THE LIBRARY
OF THE

CLASS 943.07
BOOK B47m

OTTO HARRASSOWITZ
BUCHHANDLUNG

THE LIBRARY
OF THE

CLASS 943.07
BOOK B47m

Mein Leben

und

und ein Stück Zeitgeschichte.

Von

Karl Biedermann,
ord. Honor.-Professor a. d. Universität in Leipzig.

Eine Ergänzung zu des Verfassers „Dreißig Jahren deutscher Geschichte".

Erster Band. 1812—1849.

Breslau.
Druck und Verlag von S. Schottlaender.
1886.

Inhalt.

	Seite
Vorwort.	
Erstes Capitel. Kindheit und erste Jugend. 1812—1827.	1
Zweites Capitel. Schule und Universität. Michaelis 1827 bis Ostern 1834.	24
Drittes Capitel. Rückkehr in die Heimath. Die inzwischen in Sachsen und Leipzig angebrochene „lebendigere Zeit".	50
Viertes Capitel. Erste akademische und schriftstellerische Thätigkeit.	58
Fünftes Capitel. Mein Eintritt in die publicistische Laufbahn. . .	69
Sechstes Capitel. Die Wiederbelebung des nationalen Gedankens im Jahre 1840 und meine Betheiligung daran	80
Siebentes Capitel. Schwächerwerden der Hoffnungen auf Preußen. Scheinbares Erwachen Oesterreichs. Stellung meiner Monatsschrift zu diesen beiden Erscheinungen	97
Achtes Capitel. Gründung einer Wochenschrift: „Der Herold". . .	106
Neuntes Capitel. Ein Blick auf die Censur- und Preßverhältnisse in den vierziger Jahren.	114
Zehntes Capitel. Meine Betheiligung an allerhand „Tagesfragen". 1. Die religiösen und kirchlichen Fragen.	136
Eilftes Capitel. Meine Betheiligung an allerhand „Tagesfragen". 2. Die wirthschaftlichen und socialen Fragen.	148
Zwölftes Capitel. Meine Betheiligung an allerhand „Tagesfragen". 3. Politische Freiheitsfragen.	165

447746

Digitized by Google

Seite

Dreizehntes Capitel. Meine Betheiligung an allerhand „Tagesfragen". 4. Die ſchleswig-holſteiniſche Frage. 175

Vierzehntes Capitel. Der erſte preußiſche Reichstag. 181

Fünfzehntes Capitel. Perſönliches Heraustreten in die Oeffentlichkeit. 202

Sechzehntes Capitel. Deutſchland am Vorabend des Jahres 1848. 215

Siebzehntes Capitel. „Sächſiſche Zuſtände". 223

Achtzehntes Capitel. Die Märzbewegung von 1848. 244

Neunzehntes Capitel. Ein Blick auf die Vorgänge in Sachſen nach der Märzbewegung 1848. 300

Zwanzigſtes Capitel. Meine Betheiligung am Vorparlament und am Fünfziger-Ausſchuß. 321

Einundzwanzigſtes Capitel. Das Parlament. 358

Vorwort.

Von mir Fremden wie von Befreundeten bin ich öfters aufgefordert worden, meine Erlebniſſe, beſonders auf politiſchem Gebiete, zu veröffentlichen. Wenn ich dieſen freundlichen Aufforderungen in den hier folgenden Aufzeichnungen nachkomme, ſo geſchieht das nicht in dem Sinne und mit dem Anſpruch, als hielte ich mein Leben und Wirken für ein ſo bedeutendes, daß es auf ſolche Weiſe verewigt zu werden verdiente. Allein ich habe infolge einer nun faſt funfzigjährigen, theils literariſchen, theils perſönlichen, Betheiligung an den mannigfachſten Entwickelungsphaſen unſerer Nation mehr als mancher Andere Gelegenheit gehabt, Erfahrungen und Beobachtungen zu machen, Beziehungen zu einer großen Zahl bedeutender Zeitgenoſſen anzuknüpfen und zu unterhalten, durch alles Dieſes aber einen Schatz von Erinnerungen anzuſammeln, der zunächſt allerdings für mich und die mir Nächſtſtehenden Werth hat, doch aber auch nicht ohne ein gewiſſes allgemeines Intereſſe ſein dürfte.

Einen kurzen Abriß meines Lebens habe ich ſchon einmal, 1862, im 3. Bande der damals von Ferdinand

Schmidt herausgegebenen „Deutſchen Nationalbibliothek“ (Berlin, Brigl) veröffentlicht. Derſelbe war aber, gemäß ſeiner Beſtimmung, ſehr knapp gehalten. Auch iſt ſeitdem wieder faſt ein Vierteljahrhundert verfloſſen, welches reich an perſönlichen wie allgemeinen Erlebniſſen war.

Die gegenwärtige Schilderung meines Lebens will zugleich „ein Stück Zeitgeſchichte“ geben. Inſofern bildet ſie eine Art von Ergänzung zu meinen „Dreißig Jahren deutſcher Geſchichte 1840—70“ (Breslau, S. Schottlaender 1881—82, 2. Aufl. 1883), indem, was in letzterem Werke nur ſtreng objectiv, geſchichtlich dargeſtellt werden konnte, hier theilweiſe eine weitere Ausführung, Vervollſtändigung oder Erklärung erhält durch Eingehen auf manche mehr perſönliche und intime Seiten der betreffenden Zeitereigniſſe.

Der vorliegende erſte Band geht bis zum Frühjahr 1849, bis zur Auflöſung des Frankfurter Parlaments und zum Scheitern der auf daſſelbe geſetzten Hoffnungen. Der zweite (der noch vor Oſtern 1886 erſcheinen ſoll) wird bis zur Gegenwart reichen.

Möge das freundliche Intereſſe, deſſen ſich mein oben erwähntes Geſchichtswerk zu erfreuen hatte, auch dieſer Selbſtbiographie entgegenkommen!

Leipzig, den 30. October 1885.

Karl Biedermann.

Erſtes Capitel.

Kindheit und erſte Jugend.

1812—1827.

Ich bin geboren am 25. September 1812 in Leipzig. Wie mir erzählt worden, ſind in das Dach des Hauſes, wo ich als einjähriges Kind eben krank darniederlag, während der Völkerſchlacht bei Leipzig einzelne Kanonenkugeln eingeſchlagen. Nach dem Einzug der Verbündeten haben bärtige Koſaken, denen meine Mutter Eſſen in das unferne Lazareth ſchickte, mich liebkoſend, wie dieſe wilden Krieger gern mit Kinder thaten, auf die Arme genommen. In meiner eigenen Erinnerung finde ich mich einige Jahre ſpäter in einem Dorfe des ſächſiſchen Erzgebirges, Arnsfeld bei Annaberg, wieder. Dahin war meine Mutter, deren alleiniger Sorge ich, früh vaterlos, anheimgefallen, mit mir übergeſiedelt. Sie unterſtützte dort meine Großmutter in der Führung der Wirthſchaft des Predigers Poltermann, wobei ſie Zeit genug behielt, mich an ihren Knieen buchſtabiren zu laſſen und meine jugendliche Phantaſie mit Geſchichten und Märchen zu ergötzen. So lernte ich ſchon mit vier Jahren fließend leſen. Auch über die Schwierig-

keiten der Rechtſchreibung brachte mich die mütterliche Lehrerin ſpielend hinweg, indem ſie mich gewöhnte, die geleſenen Worte ihr aus dem Gedächtniß nach den einzelnen Beſtandtheilen herzuſagen. An dem zweiten Sohne des Predigers, Otto, hatte ich einen munteren Spielgeſellen, mit dem ich in Hof und Garten und auf den freien Plätzen des Dorfes mich wacker umhertummelte. Er war ein Jahr älter, als ich, ebenſo von Natur heftig, wie ich ruhig. So kam es, daß er mich tyranniſirte und ich ihm in der Regel nachgab. Einmal aber, als er's gar zu arg trieb, ſo daß ſein eigener Vater mir zuredete, ich ſolle mir nicht Alles gefallen laſſen, habe ich (ſo erzählte mir meine Mutter öfters mit lächelndem Behagen), ohne ein Wort zu ſprechen, nur mit vor Aufregung dunkelrothem Geſichte, ihn an der Bruſt gefaßt, derb abgeſchüttelt und gegen die Wand gedrückt. Seitdem ließ er mich in Ruhe. Im Ganzen vertrugen wir uns ganz gut, denn er liebte mich wie einen Bruder und ſah es neidlos an, daß ich in geiſtiger Entwickelung ihm voraus war, ja er pflegte, wenn etwa Beſucher ihn fragten, was er könne, mit harmloſer Genugthuung zu ſagen: „Ich kann noch gar nichts, aber mein Bruder Carl weiß ſchon viel.“ Er ſtarb leider jung.

Meine Mutter vertauſchte den Aufenthalt in Annsfeld bald mit einer Stellung als Wirthſchafterin, zuerſt in dem Hauſe des Hauptmanns a. D. v. Stieglitz in Breitenhof, dann in dem des Major a. D. v. Elterlein in Großpöhla, zwei Orten in der Nähe von Schwarzenberg im oberen Erzgebirge. In dem letzteren Hauſe waren zwei Pflegekinder, Rudolph und Emma von Neubern, beide um einige Jahre älter als ich. Im Sommer, wo die

Familie in Großpöhla wohnte, nahm ich an dem Unterricht der Kinder vom Hause bei einem Hauslehrer Theil: im Winter hatte ich Privatstunden bei dem sehr tüchtigen Lehrer des Dorfes, Mühlmann, an dem ich mit großer Liebe hing.

Ich war ein lebhaftes Kind, gesprächig und freimüthig, wie es Kinder, die nicht durch falsche Strenge eingeschüchtert werden, in der Regel sind, auch, wenn es galt, schlagfertig, ohne doch vorlaut zu sein. Daher hatten die Personen, die im Hause verkehrten, mich alle lieb und trieben gern ihren Scherz mit mir. Wie leicht bei solchem Spiel Erwachsener mit Kindern (wobei Jene oft mehr sich selbst als Diese amüsiren) unpädagogisch verfahren wird, davon ist mir ein Beispiel in lebhafter Erinnerung. Besonders häufig neckte mich ein Kaufmann Leistner, der im Dorfe wohnte. Er hatte seine Freude daran, wenn ich ihm nichts schuldig blieb. Nun gab es eben da einen älteren Herrn, Namens Fiedler, der mir wenig sympathisch war, weil er mich oft hofmeisterte. Das wußte Leistner, und so fragte er mich einmal in dessen Gegenwart: „Nun, Carl, wie lieb hast Du Herrn Fiedler?“ Ich pflegte, wie es Kinder wohl machen, den Grad meiner Liebe zu den verschiedenen Personen symbolisch dadurch auszudrücken, daß ich mit den vorgestreckten beiden Zeigefingern ein bestimmtes Größenmaß bezeichnete. Durch die Anwesenheit des Gegenstandes der Frage in Verlegenheit gesetzt, gab ich jetzt ein ziemlich großes Maß an. „Ei, ei,“ sagte Leistner, „gestern war ja das Maß viel kleiner.“ „Ja,“ erwiderte ich keck, „es ist über Nacht gewachsen.“ So ward ich durch die Zwangslage, in die man mich versetzt hatte, zu einer conventionellen Lüge verleitet.

Ein anderer, ernsterer Vorfall hat mich gelehrt, welch' großer sittlicher Verderbniß, namentlich im Punkte der Wahrhaftigkeit, Kinder durch den Umgang mit Dienstboten und ebenso durch den mit übelgearteten Spielgenossen oft ausgesetzt sind. Obgleich ich sonst die Offenheit selbst gegen meine, von mir auf's höchste verehrte Mutter war, und obgleich ich recht wohl wußte, daß nichts sie so tief kränke, als Unwahrhaftigkeit, ließ ich mich doch einmal durch Einflüsse jener Art nicht blos zur verstockten Verleugnung der Wahrheit, sondern zu einer positiven Lüge verleiten. Der eine Schlag, den ich damals von Mutterhand empfing (der einzige, den ich überhaupt jemals von ihr erhalten zu haben mich entsinne), und die Miene tiefster Bekümmerniß, womit sie mir die ganze Abscheulichkeit der Lüge deutlich machte, blieben mit unverlöschlichen Zügen in mein Gedächtniß eingeschrieben, und ich darf wohl sagen, daß ich mein ganzes Leben hindurch sowohl in meinen Handlungen und Worten, wie in der Beurtheilung Anderer, vor Allem aber in der Erziehung eigener und fremder Kinder nichts so heilig gehalten, Nichts so sehr mir zum unverbrüchlichen Gesetz meines Verhaltens gemacht habe, als: strengste Wahrhaftigkeit.

Durch die Heirath meiner Mutter mit einem Beamten auf dem Hammer zu Breitenhof, Namens Martin, wurde ich, etwa sechs Jahre alt, dorthin zurückversetzt. Der kleine Ort, aus dem „Herrenhaus", den dazu gehörigen Wirthschaftsgebäuden und Beamtenwohnungen, einem Hochofen und mehreren Eisenhütten, endlich einer Anzahl ärmlicher Wohnungen der Hammerschmiede bestehend, war damals von allem größeren Tagesverkehr weit entfernt (jetzt führt

die Eisenbahn von Schwarzenberg nach Johanngeorgenstadt nahe daran vorbei), lag aber ziemlich romantisch, rings von bewaldeten Höhen umgeben, an einem rasch dahinrauschenden kleinen Flüßchen, dem Schwarzwasser. Das Haus, in dem wir wohnten, grenzte dicht an einen weitausgedehnten düstern Forst. Anfangs machte mir dies einen schauerlichen Eindruck; allmälich fand ich mich in meinen neuen Umgebungen zurecht, um so leichter, als es mir an munteren Spielgefährten nicht fehlte. Da ward denn lustig durch die Wälder gestreift und auf die Höhen geklettert, nach Vogelnestern gespäht oder den munteren Sprüngen der Eichhörnchen zugeschaut, auch wohl, um den Weg zu kürzen, mit hochaufgeschürzten Hosen mitten durch das Schwarzwasser gewatet. Besonders mit einem Kameraden, dem Sohne des Einnehmers in dem benachbarten Breitenbrunn („Einnehmer-Ernst" nach dortigem volksthümlichen Sprachgebrauch), trieb ich mich viel umher. Zwar war mir von meinem, mit der Oertlichkeit vertrauten Stiefvater ausdrücklich Vorsicht empfohlen, speciell das Ersteigen eines steilen Felsen (des sogenannten Kammersteins) verboten worden. Allein wann hätten derartige Mahnungen Stich gehalten gegen die jugendliche Lust gerade am Gefährlichen? So hatte ich denn auch wieder, trotz des Verbots, in Gesellschaft meines Kameraden diesen Felsen erklommen, als mir plötzlich auf dem glatten Moosboden die Füße ausglitten und ich von einer ziemlich hohen Felswand kopfüber hinabstürzte. Merkwürdig war dabei, daß während des Fallens sich eine ganze Gedankenreihe in meinem Kopfe abspann, deren ich mich hinterher ganz deutlich erinnerte, und daß darunter der Gedanke an eine

Lebensgefahr nicht war, wohl aber der an das väterliche Verbot und einen durch deſſen Uebertretung verdienten Verweis. Ein junges Fichtengebüſch fing mich glücklicherweiſe auf, hemmte die Wucht des Falles und ließ mich unbeſchädigt, nur im Geſicht tüchtig zerkratzt, auf den weichen Raſen niedergleiten.

Daheim hatte ich natürlich wegen der Schrammen im Geſicht Rede zu ſtehen. Ich ſuchte die Höhe, von der ich herabgeſtürzt, in der Darſtellung möglichſt zu ermäßigen; als ich anderen Tages meinen Vater an die Unglücksſtätte führen mußte, erkannte dieſer mit Schrecken, in welcher Gefahr ich geſchwebt.

Ein großes Vergnügen war es auch für mich, in den Hütten und dem Hochofen mich herumzutreiben, dem Gebahren der, halb nackt vor dem glühenden Ofen hantirenden, Hammerſchmiede, dem Sprühen der Funken, die von den unter die gewaltigen Hämmer gebrachten feurigen Eiſenmaſſen nach allen Seiten umherflogen, dem lavaartigen Fließen des geſchmolzenen Erzes beim Gießen zuzuſehen. Es machte mir daher nicht geringe Freude, als mein Vater mir ein kleines Pochwerk aus Holz mit eigner Hand fertigte, welches dann von einem unweit unſeres Hauſes vorüberfließenden Wäſſerchen getrieben ward. Ich brachte manche Stunde angenehm damit zu. Ein älterer Burſche aus dem Orte erbot ſich, mir nahe dabei, als Schutz gegen die Sonne, eine kleine Hütte aus Fichtenreis zu bauen, und nahm mich ſofort mit in den Wald, wo er ohne viel Umſtände mit einem kleinen Handbeil eine junge Fichte zu ſeinem Vorhaben fällte. Ich machte ihm wohl Vorſtellungen, ob das auch erlaubt ſei, er jedoch beruhigte mich darüber. In

der Nacht aber ließen mich Gewiſſensbiſſe nicht ſchlafen; es ahnte mir ſo etwas von Diebſtahl, den wir begangen, und von ſchwerer Strafe, deren wir uns ſchuldig gemacht. Ich erinnere mich der entſetzlichen Beängſtigung, die ich damals litt. Dennoch wagte ich nicht, dieſelbe Jemandem mitzutheilen, mehr wohl aus Furcht, meinen gefälligen Freund, als mich ſelbſt dadurch in Verlegenheit zu bringen. Der leichte Sinn der Jugend, vielleicht auch die damals in jenen Gegenden noch ziemlich allgemein verbreitete Vorſtellung, daß eine derartige Mitbenutzung der ausgedehnten und reichbeſtandenen königlichen Forſten nichts Strafbares ſei, half mir zuletzt doch glücklich über dieſe Skrupel hinweg.

Unſchuldiger verlief ein anderer kindlicher Streich, der nur meine Umgebungen viel auf meine Koſten lachen machte. Ich hatte von frühauf einen gewiſſen mercantiliſch-induſtriellen Zug: wiederholt beſchäftigte mich der Gedanke an allerhand Erfindungen und deren Verwerthung. Damals war es die Herſtellung einer rothen Tinte, die mir im Kopfe lag. Die rothe Farbe des Eiſenſteins machte mich glauben, daraus müſſe das Gewünſchte leicht zu gewinnen ſein; ich füllte daher meine Taſchen mit verſchiedenen Stücken dieſes Minerals, vergaß jedoch, als ich nicht ſogleich zu deſſen Verwendung kam, dieſelben wieder herauszunehmen, da denn beim nächſten Wechſel der Leibwäſche ſich zeigte, wie die rothe Farbe des Steins ſich ätzend nicht blos dieſer, ſondern auch dem Körper mitgetheilt hatte. Einen ebenſo wenig günſtigen Erfolg erzielte ich ein paar Jahre darauf mit einer anderen Erfindung, an die ich mich in Gemeinſchaft mit einem Spielgefährten

wagte, der Herſtellung von Jasminöl, zu welchem Zwecke wir eine Menge blühenden Jasmins in ein Waſſerbad brachten. Die Wirkung war ein ſehr übler Geruch des fauleuden Jasmins und ein Verweis, den wir erhielten. Seitdem habe ich auf den Ehrgeiz, praktiſche Erfindungen zu machen, verzichtet, obſchon ich noch heute mich nicht enthalten kann, immer mit einem gewiſſen Neid auf die glücklichen Urheber ſolcher hinzublicken.

Mit dem Bedarf an rother Tinte hatte es übrigens in dem erzählten Falle folgende Bewandtniß. Ich war der Jugend des Ortes an Kenntniſſen überlegen, wurde daher vom Lehrer in der Schule öfters zur Aushülfe beim Buchſtabiren- und Leſenlehren der Jungen benutzt, die um Vieles älter waren, als ich. Mein Trieb des Lehrens war aber damit nicht befriedigt; ich ſammelte um mich eine Anzahl meiner Schulgenoſſen und unterwies ſie auf eigene Hand im Schreiben und Rechtſchreiben. Um das Angenehme mit dem Nützlichen zu verbinden, ſollten allerhand bunte Tinten dazu verwendet werden.

Das Schulweſen befand ſich damals an ſolchen kleinen Orten wie Breitenhof noch in einem äußerſt primitiven Zuſtande. In dem Hauſe, das meine Eltern bewohnten, war auch die Schule. Der alte Schulmeiſter war ſeines Zeichens ein Schneider, die Schulſtube zugleich ſeine Werkſtatt und die Wohnſtube für ihn und ſein zänkiſches Weib. Bald darauf trat indeß eine Aenderung zum Beſſern ein. Ich weiß nicht, ſtarb der alte Schulmeiſter oder wurde er beſeitigt, genug, an ſeine Stelle kam ein pädagogiſch geſchulter junger Seminariſt, Herr Weiſe, durch welchen der ganze Unterricht auf eine höhere Stufe gehoben

ward. Ich nahm an dieſem Unterrichte theil, hatte aber auch noch Privatſtunden bei ihm.

Da ich einmal von dem Schneider-Schulmeiſter, als einem Ueberbleibſel der „guten, alten Zeit", erzählt habe, will ich ſogleich noch zwei andere Curioſa ähnlicher Art erwähnen. An unſerem Wohnhauſe in Breitenhof befand ſich ein ſogenanntes Halseiſen zum Prangerſtehen von Verbrechern, Vagabonden u. ſ. w. Im Gebrauch habe ich es nicht geſehen. Ein anderes, ganz eigenthümliches Strafwerkzeug war mir in Großpöhla aufgeſtoßen, ein ſogenanntes „Narrenhäuschen", ein runder Behälter aus Gitterwerk, der ſich auf einem Fuße drehen ließ. Dahinein, wurde mir erzählt, ſeien früher Vagabonden und anderes liederliches Geſindel gebracht worden; dann habe man das Häuschen ſo lange um ſeine Achſe gedreht, bis der Inſaſſe ſchwindlig geworden, natürlich Alles (auch das Prangerſtehen) zur großen Beluſtigung, wenn auch ſchwerlich zur Beſſerung, der lieben Dorfjugend.

In einem Thürmchen auf dem Herrenhauſe in Breitenhof befand ſich eine Uhr mit Schlagwerk — die einzige Verkünderin der Tageszeit für ſämmtliche Bewohner des Ortes, denn eine Kirchthurmuhr gab es nur in dem fernen Breitenbrunn. Die Beſorgung des Schlagwerkes, ſo wie das Mittags- und Abendläuten gehörte zu den Verrichtungen des Lehrers und ward von Herrn Weiſe in der Regel mir und meinem oben erwähnten Kameraden übertragen. Da geſchah es nun wohl, daß wir das Aufziehen der Uhr vergaßen und in der Haſt, die ſtehen gebliebene Uhr wieder in Gang zu ſetzen, ſie ein gut Stück zu weit vorwärts rückten, was dann große Verwirrung in den

Arbeits- und Feierſtunden auf dem ganzen Hammerwerk hervorbrachte. Noch größeres Unheil richteten wir ein anderes Mal an, da wir bei dem Herabſteigen von dem Thürmchen die Treppe, welche zu demſelben von dem Corridor des Hauſes aus führte, verſchloſſen fanden und, nach langem vergeblichen Rufen, uns nicht anders zu helfen wußten, als durch mehrmaliges Anſchlagen an die Thurmglocke uns bemerkbar zu machen, was drunten für Feuerlärm gehalten wurde. Für mich ſpeciell hatte der mir aufgedrungene Ehrendienſt noch eine wenig angenehme Seite. Im Winter, wo das Abendläuten erſt bei voller Dunkelheit erfolgte, mußte ich wiederholt, von meinem Kameraden im Stich gelaſſen, ganz allein die finſteren Treppen hinaufklimmen und oben, in dem ebenfalls finſteren oder höchſtens durch hereinfallendes Mondlicht geſpenſtiſch erleuchteten Raume, bei dem unheimlichen Raſſeln des eintönig fortrückenden Uhrwerkes, nach dem Strick zum Ziehen der Glocke tappen. Da hatte ich denn gute Gelegenheit, mich jenes Furchtgefühls zu entwöhnen, welches mir theils durch frühzeitiges eigenes Leſen von Märchen und Geſpenſtergeſchichten, theils durch die Erzählungen ſolcher ſeitens Erwachſener eingepflanzt worden war und mit welchem ich lange habe kämpfen müſſen. Mit klopfendem Herzen ſtand ich dann, in der einen Hand krampfhaft das geöffnete Taſchenmeſſer haltend, um mich gegen — ich wußte nicht wen oder was — zu vertheidigen, während ich mit der andern pflichtſchuldigſt läutete.

Eine Hauptluſt im Winter war für uns Knaben das Schlittenfahren. Auf kleinen Schlitten glitten wir pfeilgeſchwind von den ſteilen Höhen hernieder, und es verdroß

uns nicht, Viertelſtunden weit den leeren Schlitten hinaufzuziehen, um dann in wenigen Minuten wieder unten anzulangen. Ich war ſehr hart gewöhnt und kerngeſund. Es verſchlug mir wenig, den ganzen Tag im Freien zuzubringen und im tiefſten Schnee zu waten, ſo daß oft meine Hoſen unten mit Eiszacken berändert waren. Nach dem Beiſpiel und auf den Rath eines älteren Freundes unſeres Hauſes, der noch aus der philanthropiſtiſchen Abhärtungszeit ſtammte (des Arztes Dr. Zeune, eines Bruders des bekannten Sprachforſchers), trug ich niemals Strümpfe in den Stiefeln, und im Sommer ging ich am liebſten, wenn es mir geſtattet wurde, ganz barfuß.

Mit dieſem friſchen, frohen Naturleben war es nun freilich auf einmal vorbei, als ich in meinem neunten Jahre in eine Erziehungsanſtalt, das Freimaurerinſtitut in Dresden, gebracht ward. Die Abſicht, mir einen vielſeitigeren Unterricht zu Theil werden zu laſſen, als dies auf dem einſamen Hammerwerk möglich ſchien, war gut und ward auch im Weſentlichen erreicht; in allem Andern jedoch war der Tauſch nicht blos höchſt ſchmerzlich für mein ganzes Empfinden, ſondern auch nachtheilig für meine körperliche und zum Theil ſelbſt für meine geiſtige Entwickelung. Als ein zwar körperlich zartes, doch geſundes und wohlgebildetes, bei einer gewiſſen angeborenen Ernſthaftigkeit gleichwohl munteres, zutrauliches und mittheilſames Kind trat ich in die Mauern jener Anſtalt ein; als ein in ſeinem Wachsthum zurückgebliebener, in ſeinem ganzen Weſen und Behaben beengter, verſchüchterter Knabe verließ ich ſie wieder. Die Verkümmerungen; die ich dort — bei nur zweijährigem Aufenthalte — erlitten, habe ich zum Theil

erſt nach langen Jahren, zum Theil niemals wieder ganz überwunden. Insbeſondere habe ich an der Fähigkeit und dem Gefühl des friſchen Sichauslebens und Sichgebens im Verkehr mit Andern ſchwere, kaum jemals völlig verſchmerzte Einbuße erlitten. Ich will keinen Stein werfen weder auf die Verwaltung jener Anſtalt, noch auf die ganze Klaſſe ſolcher Anſtalten: ſie ſind ein nicht immer zu entbehrendes und in manchen Fällen ſogar wohlthätig wirkendes Surrogat bei unzureichenden oder geſtörten Verhältniſſen häuslicher Erziehung; allein nie würde ich ohne die alleräußerſte Noth ein eigenes oder ein mir anvertrautes Kind, zumal in ſo zartem Alter, dem qualvollen und oft von ſo ſchweren Folgen begleiteten Proceſſe überantworten, den ein ſolches armes Weſen bei der gewaltſamen Verſetzung aus dem warmen Boden des Elternhauſes in das kalte, harte, von keinem Hauche dieſer wohlthuenden Atmoſphäre erweichte Erdreich eines kaſernenartigen Inſtitutslebens durchzumachen hat. Die Tage und Nächte, die ich wochenlang in unſäglichem Heimweh durchjammert, werden mir immer unvergeßlich bleiben. Was meine theure Mutter gelitten, ſie, die ganz nur Liebe für mich war und all' ihr Glück in meinem Gedeihen fand, als ſie bei einem Beſuche in der Anſtalt mich ſo verändert gefunden, davon ließ ihre ſeltene Kraft und Selbſtbeherrſchung mich damals nichts ahnen; erſt viel ſpäter geſtand ſie mir, wie ihr das Herz geblutet habe.

Einer beſonderen Gefahr jenes Verhältniſſes muß ich noch ausdrücklich gedenken. Die Erinnerung an die Erfahrung, die ich damit gemacht, gehört für mich zu den peinlichſten in meinem ganzen Leben. Wir jüngeren und

ſchwächeren Zöglinge waren der Tyrannei der älteren und ſtärkeren ſchutzlos preisgegeben. Eine Klage bei den Lehrern hätten wir um Alles nicht gewagt. Bei einigermaßen gleichen Verhältniſſen des Alters und der phyſiſchen Kraft mag es ganz gut ſein, wenn man den Einzelnen ſich ſelber Recht ſchaffen läßt; wo dies aber nicht der Fall, da erzeugt das Gefühl ungerechter und übermüthiger Unterdrückung von Seiten des Stärkeren leicht bei dem Schwächeren entweder die paſſive Stumpfheit der Selbſtwegwerfung, die Alles über ſich ergehen läßt, oder eine Reaction des mißhandelten Selbſtgefühls, die ſich dann wohl bis zur häßlichen Rache oder zur feigen Hinterliſt verirren kann. Das Eine wie das Andere war meiner Natur vom Hauſe aus völlig fremd; ich war gutgeartet und von weichem Gemüth. Dennoch entſinne ich mich, wie ich eines Tages (es ſchaudert mich noch, daran zu denken, und es iſt dies vielleicht das ſchwerſte Bekenntniß aus meinem ganzen Leben) von einem älteren Knaben auf die häßlichſte Weiſe mißhandelt und verhöhnt, mit ſchwer unterdrückter Wuth, in dem Gefühl meiner gänzlichen Ohnmacht gegen ihn und meiner Rechtloſigkeit gegenüber einer ſolchen Behandlung, in das gemeinſame Arbeitszimmer eilte und dort eine ſchriftliche Präparation meines Peinigers, die er, wie ich wohl wußte, in der nächſten Lehrſtunde nöthig brauchte, wegnahm und verſteckte, um ihm auf dieſe Weiſe eine Strafe zuzuziehen.

Und doch — ſo elaſtiſch iſt das Gemüth des Kindes! — vermochte ich an dieſe ſo ungünſtigen Verhältniſſe nicht blos mich allmälig zu gewöhnen und darin auszuharren, ſondern ſogar mich dabei wohlzubefinden und guter Dinge zu ſein. Ich ſchloß Freundſchaften, bei denen es weder an

ſchwärmeriſchen Ueberſchwänglichkeiten, noch an zärtlichen Eiferſüchteleien fehlte. Manche Privatliebhabereien, wie ſie dieſem Alter eigen ſind, wurden gemeinſam gepflegt; ſogar an kleinen poetiſchen Verſuchen, meiſt ſcherzhaft-neckiſcher Art, fehlte es nicht. Künftige Lebenspläne wurden mit allem denkbaren kindlichen Ernſt entworfen und durchgeſprochen.

Einen beliebten Gegenſtand unſerer unbelauſchten Geſpräche bildeten auch allerhand Gedanken der Flucht aus dem Inſtitut (zu deren Ausführung es natürlich nie kam) oder auch die Ausmalung irgend eines Naturereigniſſes, z. B. einer Feuersbrunſt, welches uns plötzlich die Freiheit geben könnte.

Was den Unterricht betrifft, ſo trug er einigermaßen das Gepräge des gemiſchten realiſtiſch-humaniſtiſchen Syſtems der philanthropiſtiſchen Periode. Wir trieben Latein, auch etwas Griechiſch, daneben Deutſch, Geſchichte, Geographie, Mathematik. Beſonderer Fleiß ward auf Zeichnen und Schönſchreiben verwendet, auch das Pappen war ein öffentlicher Lehrgegenſtand.

Auf dem großen Hofe der Anſtalt, rings um einen grünen Raſenplatz in deſſen Mitte, waren uns Zöglingen kleine Gärtchen angewieſen, mit denen wir in den Freiſtunden uns beſchäftigten und deren Ausrüſtung bald mit kleinen Lauben oder wenigſtens Tiſchchen und Bänkchen, bald mit Miniaturteichen, auf denen Kähne aus Baumrinde ſchwammen, für die Uebung der techniſchen Fertigkeiten und der Erfindungsgabe der Knaben einen fruchtbaren Stoff abgab.

Im Sommer ward auch unter Leitung eines Unter-

offiziers exercirt, wogegen Spaziergänge in's Freie außerhalb unſerer Anſtaltsmauern nur ſelten und unregelmäßig ſtattfanden.

So hatte ich mich in dieſelben Verhältniſſe, die mir anfangs ſo unerträglich ſchienen, zuletzt dergeſtalt hineingelebt, daß, als gegen den Schluß des zweiten Jahres ein Brief vom Hauſe mir ankündigte, ich ſolle das Inſtitut verlaſſen, dieſe Nachricht mir im erſten Augenblick faſt mehr Beſtürzung als Freude verurſachte. Nur allmälig erwachte ich zu dem Gefühl der wiedergeſchenkten Freiheit und verließ dann zwar nicht ohne ſchmerzlichen Abſchied von meinen Genoſſen, doch im Uebrigen mit leichtem Herzen mein Gefängniß. Zu den Lehrern und zum Director hatten wir nie ein innigeres Verhältniß gehabt; wenn der eine davon etwas freundlicher oder minder ſtreng war als der andere, ſo ſtanden doch alle uns kalt und fremd gegenüber und kümmerten ſich um uns höchſtens ſo viel, wie ſie ihrer Pflicht nach mußten. Eine einzige Ausnahme davon gab es. Ich hatte mit noch einigen Schülern der erſten Klaſſe Privatunterricht im Lateiniſchen und Griechiſchen bei dem Vicedirector des Seminars von Friedrichsſtadt-Dresden, Jahn. Es war das ein kleiner, etwas verwachſener Mann mit unendlich mildem Antlitz und hellen, klugen Augen. Er war mein Liebling, wie ich der ſeinige. In den wenigen Stunden bei ihm lernte ich mehr, als in allen übrigen, und ihm verdanke ich den erſten Geſchmack an den klaſſiſchen Studien und die erſte lebendigere Anregung zu deren Betreibung.

Nach Hauſe zurückgekehrt, erfuhr ich den Grund des unerwarteten Wechſels in meinem Schickſal. Ein Bekannter

meiner Mutter, Paſtor Sturz in Knobelsdorf bei Waldheim, hatte ſich erboten, meine fernere Erziehung, wenigſtens für die nächſten Jahre, zu übernehmen.

Da derſelbe ſein Amt erſt im Herbſt antrat, konnte ich den Sommer noch einmal in meinen lieben heimiſchen Bergen verleben. Um nicht in meinem Wiſſen zurückzukommen, ward ich der benachbarten ſtädtiſchen Schule zu Johanngeorgenſtadt übergeben, die unter dem wackern Rector Scheidhauer ſich eines fröhlichen Aufſchwunges erfreute. Hier fand ich mich namentlich im Lateiniſchen ſehr gefördert (die damaligen Stadtſchulen waren ſog. „lateiniſche Schulen“): ſogar an das Fertigen lateiniſcher Verſe wagte ich mich in Gemeinſchaft mit einem, um etwa vier Jahre älteren, mir beſonders zugethanen Schulgenoſſen, Funkhänel. Wir haben uns ſpäter als Männer in der parlamentariſchen Arena wiedergefunden und auf's Neue eng befreundet. Er iſt mir längſt im Tode vorangegangen.

Im Herbſte 1823 ging ich an den Ort meiner neuen Beſtimmung über. Ich fand mich hier wiederum in eine Abgeſchiedenheit von der Welt verſetzt, kaum minder groß, wenn ſchon anderer Art, als innerhalb der Dresdener Anſtaltsmauern. Mein neuer Erzieher war unverheirathet und lebte ganz allein mit uns Zöglingen, mir und dem Sohne ſeines Kirchenpatrons, Amtshauptmanns a. D. von Arnſtedt, nebſt einer Wirthſchafterin, auf einem Pfarrhofe, der an der einſamſten Stelle eines der einſamſten Dörfer Sachſens lag. In jener fruchtbaren Pflege ſind noch in faſt altgermaniſcher Weiſe die einzelnen Gehöfte von einander getrennt, oft ziemlich weit. Jedes Gehöft hat ſeine Fluren unmittelbar zur Seite in einer breit und

lang gedehnten Fläche, ſo daß es ein in ſich abgeſchloſſenes Anweſen bildet und mit andern Gütern faſt keinen, überhaupt mit der Außenwelt wenig Verkehr hat. Ein dörfiſches Leben, wie man es etwa in ſüddeutſchen Weilern oder in den Fabrikdörfern des Erzgebirges findet, giebt es dort nicht; keine Gemeindelinde verſammelt unter ihren Zweigen die Bewohner, kein gemeinſamer Dorfweg verbindet Gut mit Gut; man ſieht nicht des Abends Burſchen und Mädchen vor's Dorf hinausziehen, hört keine muntern Feierabendsgeſänge; ſelbſt das Wirthshaus iſt wenig beſucht, denn der Beſuch dort gilt kaum als recht anſtändig für den begüterten Großbauer. So war es wenigſtens damals und ſo wird es wohl in der Hauptſache noch heut ſein. Ich habe oft lange auf einer Anhöhe oberhalb der Pfarre geſtanden und auf einen Laut menſchlicher Stimmen gelauſcht, nach einer Spur menſchlicher Geſtalten geſpäht — vergebens! In tiefem Schweigen, wie ausgeſtorben, lag das langgedehnte Dorf. Eine größere Verkehrsſtraße führte nur auf weiter Entfernung daran vorbei; ſelbſt die Nachbarwege nach andern Dörfern waren ſpärlich und von einer zu gegenſeitigem Beſuch wenig einladenden Beſchaffenheit. Fremde ſahen wir faſt nie und auch Einheimiſche beinahe nur dann, wenn ein beſonderes Geſchäft ſie zum Geiſtlichen führte. Unſer geſelliger Verkehr beſchränkte ſich auf einen gemeinſamen Spaziergang ab und zu mit dem alten Schulmeiſter und ſeiner gleichfalls nicht mehr jugendlichen Tochter, auf eine Betheiligung an einer Kindtaufs- oder Kirmeßfeier bei einem der angeſeheneren Bauern, oder auf den Beſuch eines Amtsbruders aus der Nachbarſchaft. Wir ſelbſt kamen ſelten über die Grenzen des Kirchſpiels hinaus,

denn Paſtor Sturz, kränklich und hypochondriſch, führte ein faſt einſiedlerhaftes Sonderlingsleben. Nur des Sonntags gab es einige Abwechslung, indem wir dann regelmäßig unſern Lehrer auf ſein Filial Otzdorf, das Rittergut des Amtshauptmanns von Arnſtedt, begleiteten und dort einige Stunden in der Familie meines Mitzöglings zubrachten.

Der Kirchenpatron und ſein Paſtor waren Freunde und Corpsbrüder von der Univerſität her, Frau von Arnſtedt eine Landsmännin und Jugendbekannte von Sturz, daher das Verhältniß des letztern zu der Familie nahezu das eines Mitgliedes derſelben. Infolge deſſen ward auch ich wie Kind vom Hauſe behandelt und dadurch einigermaßen für die Entbehrung des eigenen Familienlebens entſchädigt. Beſonders vielſeitige geiſtige Anregung bot freilich auch dieſer Kreis nicht, da fremde Beſuche nur ſelten ihm eine größere Mannigfaltigkeit verliehen.

Meine vom Hauſe aus lebhafte und leicht erregbare Phantaſie mußte daher, da ſie in den nächſten Umgebungen ſo wenig Nahrung fand, dieſe anderswo ſuchen. Ich vertiefte mich in das klaſſiſche Alterthum, in die Welt der Griechen und Römer, die ich aus den Schriftwerken derſelben, wie ſolche mir nach und nach zugänglich wurden, eifrig ſtudirte. Beſonders Virgilius und Livius zogen mich an; die Bücher des letztern habe ich ſämmtlich im Privatſtudium durchgeleſen und weitläufig lateiniſch excerpirt. Daneben fielen mir in der Bibliothek meines Lehrers einzelne deutſche Dichter in die Hände, Klopſtock, Voß, Matthiſſon, Manches von Schiller, Körners Leier und

Schwert u. ſ. w. Ich verſchlang ſie mit Begierde und fühlte mich dadurch zu eigenen kleinen dichteriſchen Productionen angeregt. Die erſten ſchüchternen Verſuche dieſer Art fanden ſo lebhafte Ermuthigung von Seiten meines Lehrers, daß ſeitdem keine Woche verging, wo er nicht, wofern ich ihm nicht mit einem fertigen Gedicht entgegenkam, an die Abfaſſung eines ſolchen mahnte. Gewiß war dies der ſicherſte Weg, ſelbſt ein wirklich vorhandenes poetiſches Talent vorzeitig zu erſchöpfen und abzuſtumpfen. Ob wirklich ein ſolches bei mir vorhanden geweſen, weiß ich nicht. Faſt möchte ich es bezweifeln, denn die vielen kleinen Gedichte aus jener Periode, die mir in zierlichen Abſchriften, wie mein Lehrer ſie zu fertigen mich anhielt, noch aufbewahrt ſind, bekunden zwar eine vielleicht in dieſem Alter nicht häufige Gewandtheit der Form, des ſprachlichen Ausdrucks, des Verſes und Reimes, bewegen ſich jedoch in einem ziemlich gleichförmigen Fluſſe meiſt elegiſcher, empfindſamer Stimmungen und laſſen überall die Nachahmung, bald Matthiſſon'ſcher Idyllen, bald Schiller'ſcher Reflexionen, bald Körner'ſchen Gefühlsdranges, erkennen, ohne eigengeartete, auf beſtimmtes Selbſterleben hindeutende Empfindungen zu bieten. Woher hätten mir auch ſolche kommen ſollen?

Die Uebungen in Fertigung lateiniſcher Verſe ſetzte ich gleichfalls fort, was mir jedenfalls zu einer größeren Gewandtheit im ſprachlichen Ausdruck verhalf.

Meine Studienweiſe war eine ziemlich eigenthümliche. Von eigentlichem Unterricht war wenig die Rede. Außer einer wöchentlichen Stunde zur Unterweiſung in den Religionswahrheiten, wobei unſer Lehrer ſich der Schriften

Dinters bediente (den er persönlich gekannt hatte und hochschätzte), und einer Erbauungsstunde am Schluß der Woche, die im Vorlesen eines Kapitels aus den „Stunden der Andacht“ bestand, hatte ich für meinen Theil nur unregelmäßig, ab und zu, eine und die andere Lehrstunde, worin wir ein Stück aus einem Klassiker lasen. Im Uebrigen war ich auf Selbststudium angewiesen. Dies hatte das Gute, daß ich mich gewöhnte, selbstthätig zu arbeiten und mir mit eigener Kraft fortzuhelfen, aber auch den Nachtheil, daß ich nicht methodisch und nach einem festen Plane arbeiten lernte. Das Einzige, was mein Lehrer ziemlich regelmäßig mit mir betrieb, war die Anleitung zum Lateinischsprechen. Obschon ich bis dahin noch nicht die geringste Uebung darin gehabt hatte, überhaupt im Ganzen erst mäßige Vorkenntnisse im Lateinischen besaß, mußte ich doch fast vom ersten Tage an ihm jeden Abend lateinisch wiedererzählen, was ich im Cornelius Nepos, Cäsar, Sallustius oder Livius gelesen hatte. Dadurch erlangte ich eine solche Uebung und, da Pastor Sturz ein sehr gewandter Lateiner war, eine solche Correctheit im Ausdruck, daß ich bereits im Alter von 12, 13 Jahren fertig lateinisch sprach.

Der Kreis meiner Beschäftigungen war gänzlich auf die Betreibung der alten Sprachen eingeschränkt. Von den sogenannten Realien, Mathematik, Geschichte, Geographie, erfuhr ich nichts, als was ich etwa beiläufig aus dem Schröckh und dem Stein, die sich beide in meines Lehrers Bibliothek befanden, mir aneignete. So bildete sich allmälig in mir die Vorstellung aus, daß neben den klassischen Wissenschaften alles Andere nur von untergeordnetem Werthe sei

Ueber die Wahl meines künftigen Berufs bestand kein Zweifel: ich mußte Philolog werden. Mir selbst war dies recht; ich hatte keinen deutlichen Begriff von den Vorzügen des einen oder anderen Berufs; hätte ich aber auch eine andere Neigung gehabt, ich würde schwerlich gewagt haben, sie geltend zu machen oder auch nur zu äußern. Denn mein Lehrer, der mit der vollen Liebe und Fürsorge eines Pflegevaters auch die Rechte eines solchen über mich übte, hielt sich, wie es Personen von redlichem Wollen für Andere so leicht geschieht, nicht blos für befugt, sondern für verpflichtet, nach Dem, was er für mein Bestes hielt, unbedingt über mich zu verfügen, und er würde einen Widerspruch dagegen meinerseits für eine undankbare Verkennung seiner guten Absichten gehalten haben. Ich selbst, obgleich vom Hause aus an ganz andere Erziehungsmaximen gewöhnt (da meine Mutter die freieste Aeußerung meines Willens- und Gefühlslebens nicht blos geduldet, sondern ermuthigt hatte), war doch zu sehr durchdrungen von der dankbaren Ueberzeugung, daß Sturz es gut mit mir meine, daneben zu schüchtern, um an eine selbstständige Willensäußerung ihm gegenüber auch nur zu denken.

Unmittelbar vor dem Zeitpunkt, wo mein Pflegevater für nöthig fand, mich einem weiteren Lebenskreise und vielseitigeren Bildungseinflüssen zu übergeben, ward die scheinbar feststehende Bestimmung wegen meines Berufs auf unerwartete Weise noch in Frage gestellt. Der Leiter einer großen und berühmten Privaterziehungsanstalt in Dresden, Director Blochmann, welchem mein bisheriger Studiengenosse Arnstedt übergeben und dem bei gleicher Gelegen-

heit ich vorgeſtellt wurde, erbot ſich, mich koſtenfrei in ſein Inſtitut aufzunehmen. Mein Pflegevater ging darauf ein, meine Eltern folgten ſeinem Rath, und ſo war entſchieden, daß ich dorthin kommen ſollte. Mir ſelbſt, ſo ſehr ich mich in das ſtrenggelehrte Weſen hineingelebt hatte, ſagte doch ein gewiſſer Inſtinct, daß die realiſtiſchen Kenntniſſe und Fertigkeiten, die in jener, in mehr modernem Sinne eingerichteten Anſtalt gelehrt wurden, ihren bedeutenden Werth für's Leben hätten. Da, noch in der letzten Stunde, fiel die Entſcheidung anders aus. Ein vertrauter Freund meines Lehrers, der auch mich ſehr lieb hatte, der ſpätere Paſtor Axt, ſprach die Befürchtung aus, meine Bildung möchte auf dieſe Weiſe zu ſehr veräußerlicht, mein Charakter durch die etwas ariſtokratiſirende Richtung jener Anſtalt beeinträchtigt werden. Ich erinnere mich noch deutlich der großen Aufregung, in welche meinen Lehrer der Brief ſeines Freundes verſetzte. Obſchon durch den der Form nach ziemlich ſchroffen Einſpruch deſſelben tief verletzt, vermochte er doch mit ſeinem mehr weich gearteten Gemüth der Entſchiedenheit des äußerſt charakterfeſten Freundes nicht zu widerſtehen und gab nach. Ich ſelbſt, daran gewöhnt, keinen eigenen Willen zu haben, wagte auch jetzt nicht, Wunſch oder Meinung in abweichender Richtung zu äußern. So ward auf den urſprünglichen Plan, wonach ich auf der Kreuzſchule zu Dresden die letzte Vorbereitung für die Univerſität empfangen ſollte, zurückgekommen.

Es traf ſich eigenthümlich, daß gerade bei meinem Eintritt in die Familie, der ich in Dresden zu häuslicher Pflege übergeben ward, ein dieſer befreundeter berühmter

Mechaniker, Inſpector Blochmann, ein Bruder des Directors, das Modell einer Dampfmaſchine vorzeigte und erklärte. Mir fiel es wie ein Stein auf's Herz, daß ich der Beſchäftigung mit Natur und Lebenspraxis, wie ich ſie hier in einem ihrer werthvollſten Ergebniſſe gleichſam verkörpert vor mir ſah, nun für immer abſagen, mich ganz nur der Büchergelehrſamkeit widmen ſollte. Ich ahnte dunkel, was ich damit aufgäbe. Aber es war geſchehen.

Zweites Capitel.

Schule und Universität.

Michaelis 1827 — Ostern 1834.

Zu Michaelis 1827 ward ich der Kreuzschule zu Dresden übergeben. Mein Pflegevater selbst brachte mich dahin. Rector Gröbel stellte eine mündliche Prüfung mit mir an und gab mir am Schlusse derselben, da er hörte, daß ich auch lateinische Verse mache, als Thema zu solchen ein: Salve, Dresda, auf. Ohne jedes literarische Hülfsmittel mußte ich im Hotel mich hinsetzen und, noch dazu unter manchen Störungen, ein paar Dutzend lateinischer Distichen fertigen. Indeß, Rector Gröbel bezeigte sich zufrieden; ich ward sogleich in die Prima aufgenommen. Später bei meiner Einführung in die Klasse, las er meine Verse dieser vor, während ich vor Scham erröthend neben ihm stand.

Der methodische Unterricht, wie er hier betrieben ward, war mir großentheils neu und fremd; doch fand ich mich bald hinein. Von andrer Seite brachte ich in Manchem eine gewisse Ueberlegenheit mit, die um so mehr auffiel, als ich einer der jüngsten, jedenfalls der kleinste in der Klasse war, so in der Fertigkeit des Lateinsprechens und

des Verſemachens. Dadurch fand ich mich bald den vorgeſchritteneren Schülern gleichgeſtellt, den Lehrern aber, die auf Derartiges viel gaben, nahegerückt.

Die Atmoſphäre der Schule war eine durch und durch philologiſche. Von Realien ward, wenigſtens in der oberen Klaſſe, kaum das Nothdürftigſte geboten. Mathematik hatten wir in Prima, da der Lehrer der Mathematik geſtorben war, faſt zwei Jahre lang überhaupt nicht, und dann ward ganz von vorn mit den vier Spezies angefangen. Geographie gab es ebenſowenig. Geſchichte trug Baumgarten-Cruſius vor, der uns mit witzigen Anekdoten und geiſtreichen Bemerkungen angenehm unterhielt, aber nicht ſehr vorwärts brachte. Die Klaſſiker wurden von tüchtigen, zum Theil ausgezeichneten Lehrern, wie Wagner, Sillig, Baumgarten-Cruſius, zwar vorwiegend von der exegetiſch-formalen Seite, im Geiſte der Schule Gottfried Hermanns, jedoch mit Geiſt und Geſchmack erklärt. Meine für feſtſtehend geltende Beſtimmung zum Philologen, meine bisherige Gewöhnung und ein in dieſem Alter erklärlicher und verzeihlicher Ehrgeiz, mich in Dem hervorzuthun, was von den Lehrern am meiſten geſchätzt ward — Alles drängte mich immer mehr nach dieſer Seite hin, und ich ſchwelgte bereits in allerhand Plänen von Interpretation und Emendation klaſſiſcher Schriftwerke.

Mein häusliches und geſelliges Leben erlitt durch die Ueberſiedelung von dem einſamen Dorfe in die Reſidenz einen gewaltigen Umſchwung. Die Familie der verwittweten Oberſteuerrath Stelzner, welcher ich übergeben war, beſtand aus drei Söhnen, wovon der älteſte mit mir in

gleichem Alter war, einer erwachſenen und einer jüngeren Tochter. Von den gemeinſamen Schulgenoſſen kamen mehrere regelmäßig in's Haus. An geſelliger und gemüthlicher Anregung litt ich daher nicht Mangel. Dagegen trat eine bisher mir unbekannt gebliebene Anforderung peinigend an mich heran. Die Familie verkehrte geſellig mit andern Familien des höheren Beamtenſtandes. Wir jungen Leute wurden dabei ebenfalls zugezogen, und es ward von uns erwartet, daß wir uns an den Geſprächen und ſonſtigen Unterhaltungen der Erwachſenen nach Kräften betheiligten. Mein Pflegebruder Stelzner wußte ſolchen Anforderungen mit ſchicklicher Freiheit zu genügen und ſich behaglich in dieſem Elemente der Geſelligkeit zu bewegen. Mir aber fehlte es gänzlich an der dazu nöthigen Begabung und Gewöhnung: mich unaufgefordert in's Geſpräch zu miſchen, wäre mir unmöglich geweſen, und ſelbſt auf die Anrede eines Erwachſenen ſofort eine paſſende Antwort zu geben, fiel mir oftmals ſchwer. Tagelang vor einer ſolchen geſelligen Zuſammenkunft ſtand ich förmliche Angſt aus, wie ich mich verhalten, was ich thun und ſprechen ſolle, um mich nicht bloßzugeben. Beſonders hinderlich war mir dabei auch der Mangel zweier Fertigkeiten, die bei uns halberwachſenen jungen Leuten allgemein vorausgeſetzt wurden, des künſtlichen Tanzens und des Franzöſiſchſprechens. Und ich beſaß nicht Entſchloſſenheit genug, um dieſem Mangel raſch durch Nachholung des an mir Verſäumten abzuhelfen. Erſt im letzten Schulhalbjahre lernte ich Beides und erlangte in Beidem bald eine ziemliche Fertigkeit.

Die Mißempfindung, welche dieſe Erfahrungen mir

verurſachten, mag wohl weſentlich dazu beigetragen haben, daß ich über meine ganze bisherige Bildungsweiſe und ihr Verhältniß zu den allgemeinen Lebenszwecken ernſtlicher nachzudenken anfing. Denn Nichts übt einen größeren Einfluß auf den Menſchen, als ſolche, zwar an ſich kleine, aber täglich wiederkehrende und unmittelbar das perſönlichſte Gefühl berührende Vorkommniſſe. Ich empfand mit Unbehagen den Abſtand meiner bisherigen Beſtrebungen von dem, was das Leben, das jetzt zum erſten Mal mit ſeinen mannigfaltigen Verhältniſſen und Intereſſen an mich herantrat, von dem Einzelnen fordere und erwarte. Doch hätte dieſe perſönliche Empfindung allein ſchwerlich einen ſo tiefen Eindruck auf mich gemacht, wenn nicht von anderen Seiten mein Vertrauen und meine Zuneigung zu den klaſſiſchen Studien erſchüttert worden wäre. Woher mir dieſe gewichtigeren Bedenken zuerſt gekommen, wüßte ich kaum mehr zu ſagen; nur ſoviel entſinne ich mich, daß ein gewiſſer dunkler Drang nach gemeinnützigem, unmittelbar in's Leben eingreifendem Wirken ſich meiner bemächtigte, der mir die Beſchäftigung mit blos gelehrtem Wiſſen je länger je mehr als unbefriedigend erſcheinen ließ. Genug, ich war meinem innerſten Gefühle nach bereits ein Ketzer an der Philologie, während ich noch in der Schule und ſelbſt in meinen Privatſtudien mit äußerlich unvermindertem Eifer derſelben oblag. Meine älteren Freunde, welche einige Zeit vor mir zur Univerſität abgingen, beſtürmten mich in ihren Briefen von Leipzig aus mit Mahnungen wegen Ergreifung eines feſten Entſchluſſes, und, da die meiſten derſelben die juriſtiſche Laufbahn betreten hatten, ſo drängten ſie mich zur Nachfolge darin-

Einflußreiche Gönner in Dresden riethen daſſelbe. Allein, ſo ſehr ich früher mich fremder Autorität unterworfen hatte, ſo wenig vermochte ich, bei dem jetzt in mir erwachten Drange ſelbſtſtändigen Prüfens und Entſcheidens, zu einer Richtung für's ganze Leben mich unbeſehen und ohne bewußte Ueberzeugung zu entſchließen. Was ich etwa von der Juriſterei kennen lernte, hatte nichts Anziehendes für mich. Näher lag mir das theologiſche Studium, denn bei meinen Grübeleien über die wahre Beſtimmung des Menſchen und die höchſten Ziele der Menſchheit war ich natürlich auch auf mancherlei metaphyſiſch-theologiſche Bedenklichkeiten gerathen. Einer meiner vertrauteſten Freunde war Theolog. Mit ihm diſputirte ich in ſeinen Ferien über Gegenſtände ſolcher Art. Allein ſein mehr gefühlsweiches, als gedankenſcharfes Weſen reizte meine Zweifelſucht nur noch mehr und nährte ſo in mir eine Stimmung, die für einen theologiſchen Lebensberuf nichts weniger als günſtig ſchien.

Meinem Pflegevater Sturz wagte ich von dem in mir entſtandenen Zwieſpalt nichts zu ſagen, einestheils weil ich mir ſelbſt noch zu unklar war, anderntheils weil er während des letzten Jahres meines Aufenthalts auf der Schule erſt lange kränkelte, zuletzt ernſtlich erkrankte. Gerade im entſcheidenden Wendepunkte meines Lebens, als ich im Begriff war, die Schule zu verlaſſen, ſtarb er.

Da er Niemand hatte, der auf ſeine mäßige Erbſchaft Anſprüche gemacht oder Hoffnungen geſetzt hätte (ſeine einzige Schweſter lebte, als die Gemahlin des k. k. öſterreichiſchen Feldmarſchalllieutenants Baron von Langenau, in glänzenden Verhältniſſen), ſo vermachte er, was er be-

ſaß, mir und ſetzte mich dadurch in den Stand, meinen Studien ohne ängſtliche Beeilung, und ohne meinen Eltern zur Laſt zu fallen, obliegen zu können. Sein letztes geiſtiges Vermächtniß an mich war die Mahnung, „der Wiſſenſchaft treu zu bleiben".

Der Wiſſenſchaft! Ein großes, weites Wort, deſſen wahre Deutung zu finden eben damals mein ganzes Denken beſchäftigte. Ich fand mich in dieſem Beſtreben auch in Leipzig, wohin ich Oſtern 1830 überſiedelte, wenig gefördert. Weder die philoſophiſchen Vorleſungen von Krug, die ſich in dem feſten Geleiſe eines beſtimmten Syſtems bewegten, noch die philologiſchen von Hermann, die mich auf ein Gebiet zurückführten, das meiner innern Neigung bereits ein fremdes geworden war, noch weniger die theologiſchen von Theile, die ich gleichſam verſuchsweiſe hörte, gaben mir Aufſchluß über Das, was ich vor Allem zu wiſſen verlangte. Die hiſtoriſchen Vorträge von Wachsmuth und Haſſe, ſowie die Uebungen der hiſtoriſchen Geſellſchaft bei dem Letztern machten mich zwar wohl mit einzelnen Partieen der Vergangenheit bekannt, aber ohne mir deren Beziehungen zur Gegenwart und die höchſten Aufgaben dieſer letztern weſentlich näher zu bringen. Mehr ſchon regten mich die anthropologiſchen Vorleſungen Heinroths an, allein zu dem innerſten Myſterium des Menſchenlebens gaben ſie mir doch auch nicht den Schlüſſel. Im perſönlichen Geſpräch mit einzelnen Profeſſoren, an welche ich empfohlen war, vernahm ich zwar Rathſchläge über die beſte Art der Einrichtung eines feſtgewählten Studiums, aber nichts, was mich bei dieſer Wahl ſelbſt hätte leiten können.

So ſah ich mich immer wieder auf mich ſelbſt zurückgewieſen. Das einzige Entſcheidende, was ich in dieſer Lage that, war ein ausführlicher Brief an den mir am meiſten perſönlich befreundeten unter meinen früheren Lehrern, den Conrector Wagner, worin ich ihm den Zuſtand meines Gemüths offen darlegte und meinen feſten Entſchluß ausſprach, der Philologie abzuſagen, weil ſie die Anforderungen nicht erfülle, die ich an die Wiſſenſchaft als Bildnerin und Führerin der Menſchheit ſtellen müſſe. Etwas Weiteres vermochte ich nicht zu ſagen, außer, daß ich eben dieſe wahre Beſtimmung des Menſchen mit allem Ernſt und Eifer ſuche. Mein väterlich geſinnter Lehrer nahm dieſe Eröffnung, ſo ſehr ſie ſeinen auf mich geſetzten Hoffnungen widerſprach, gütig auf und rieth mir nur wohlmeinend, irgend einen beſtimmten Beruf, als Handhabe für's Leben, zu wählen. Eben dazu mahnte, zugleich aus Rückſichten des äußern Fortkommens, mein ſorglich für mich bedachter Vormund, Amtshauptmann von Arnſtedt.

Das war aber freilich nicht ſo leicht gethan. Einen Beruf zu treiben, bei dem ich nicht mit ganzer Seele betheiligt wäre, widerſtand der innern Wahrhaftigkeit meines Weſens, und, um die äußeren Nothwendigkeiten im Voraus abzuwägen, fehlte es mir zu ſehr an deren Kenntniß. Genug, ich glaubte erſt in mir ſelbſt zur vollſtändigen Klarheit gelangen zu müſſen, ehe ich durch irgend eine äußere Wahl mich dauernd bände. Ein ſolcher Entſchluß war natürlich einem geordneten Studiengange nicht eben günſtig: ich trieb mich auf allen Gebieten umher, ſuchend prüfend, verwerfend, bald angezogen, bald wieder abgeſtoßen.

In dieſem Schwebezuſtande meines Gemüths verlangte auch der poetiſche Trieb wieder ſeine Berechtigung. Ich hatte während meiner dritthalbjährigen Schulzeit mich in deutſchen Dichtungen wenig mehr verſucht. Dagegen war der Kreis meines poetiſchen Empfindens weſentlich erweitert worden durch die ausgedehntere Bekanntſchaft mit den bedeutenderen unſerer vaterländiſchen Dichter, vor Allem mit Goethe. Meine erſte Berührung mit dieſem brachte faſt mehr eine abſtoßende, als eine feſſelnde Wirkung auf mich hervor. Verwöhnt durch das Schiller'ſche Pathos, konnte ich mich in die einfach-natürliche Gefühls- und Ausdrucksweiſe Goethes nicht finden. Noch muß ich lachen, wenn ich daran denke, wie mein Freund, der (unlängſt verſtorbene) Maler Theobald von Oer, mit dem ich poetiſche Studien trieb, auf meine Bemerkung: „Goethe ſcheine mir, im Vergleich zu Schiller, keine rechte Kraft zu haben," laut aufſchreiend rief: „Goethe — keine Kraft?" Die Aufführung des „Fauſt" zu Goethes 80ſtem Geburtstag, unter Tiecks ſpecieller Leitung, war für uns Beide ein großes Ereigniß und beſchäftigte uns lange zuvor und nachher. Bei all meiner tiefen Erregtheit durch das gewaltige Dichtwerk konnte ich doch nicht umhin, in meinem damaligen Drange nach unmittelbarer Bezugnahme auf's Leben an meinen Freund die ſchüchtern zweifelnde Frage zu richten: was denn wohl Goethe durch ſeinen „Fauſt" habe wirken und nützen wollen? Mein Freund war über dieſe beengte Vorſtellungsweiſe von unmittelbar praktiſchen Zwecken der Poeſie hinaus, vermochte indeſſen doch nicht, auch mich ſofort auf ſeinen höheren Standpunkt hinüberzuführen.

In Leipzig, wo mich die große Räthſelfrage des

Lebens fort und fort bis zur tiefſten Seelenqual beſchäftigte, trat jene höchſte poetiſche Offenbarung der Neuzeit, der „Fauſt“, wieder mächtig an mich heran, aber jetzt in eigenthümlicher Weiſe. Ich nahm den Dichter ernſthaft beim Wort, forderte und erwartete von ihm wirkliche Aufſchlüſſe über den Weltplan im Großen und die Beſtimmung des einzelnen Menſchen darin, und damit für mich ſelbſt eine, wenn nicht ſpeculative, ſo doch poetiſche Selbſtverſtändigung und Beruhigung. Allein hier ließ mich der Dichter im Stich. Ein bloßer Liebesroman als Abſchluß eines ſo gewaltigen geiſtigen Anlaufes, wie ihn Fauſt im erſten Monologe nimmt, genügte mir nicht. Die Löſung, welche im zweiten Theile (der eben damals erſchien) der Dichter verſucht, befriedigte mich noch weniger, und ſo ging ich (wie das in jener Zeit von verſchiedenen Seiten geſchah), auf eigene Hand an eine Fortſetzung des „Fauſt“. Es iſt mir davon nichts mehr übrig, und ich erinnere mich nur, daß ich den Helden in gewiſſer Weiſe mit Napoleon identificiren, ihn durch den unerſättlichen Egoismus der Ehrbegierde Verderben über ſein eigenes und über andere Völker bringen laſſen und ſo zuletzt in ihm ſelbſt die Empfindung erregen wollte, daß ſein titaniſches Streben in's Ungemeſſene nicht das rechte ſei.

Ein anderer dichteriſcher Plan, der, den Goethe'ſchen Gedanken einer „Iphigenie zu Delphi“ auszuführen, und zwar in griechiſchen Verſen, von mir auf der Schule gefaßt und noch in Leipzig anfangs feſtgehalten, gelangte zum Glück in der Ausführung nicht über ein paar Anfänge hinaus. Es war gleichſam mein poetiſcher Abſchied von der Philologie. Die Beſchäftigung mit engliſcher

Literatur, der ich mich eifrig widmete, indem ich namentlich Shakeſpeare in der Urſprache ſtudirte, übte eine ſo unmittelbare Wirkung, wie der „Fauſt“, auf meine Geſammtlebensanſchauung nicht aus. Die realiſtiſche Weiſe des unſterblichen Briten, obſchon ich ihre Gewalt und Berechtigung inſtinctmäßig empfand und von der unvergänglichen Muſtergültigkeit Shakeſpeare'ſcher Dichtung eine Ahnung erhielt, ſtand doch meiner damaligen, durchaus idealiſtiſchen Sinnesart zu fremd und unvermittelt gegenüber, als daß ſie mich in meinen Anſichten vom Leben beſtimmen oder auch zu poetiſcher Nacheiferung hätte locken können.

Drei Jahre vergingen mir ſo in Leipzig ohne ſonderlich reichen oder doch zuverläſſigen Gewinn an poſitiver Wiſſensausbeute, ja auch ohne weſentliche Erfolge in meinem Streben nach innerer Klarheit.

Zu Oſtern 1833 vertauſchte ich Leipzig mit Heidelberg. Dorthin zog mich faſt mehr noch, als der Ruf der bedeutenden Lehrkräfte, durch welche Heidelberg glänzte, eine gewiſſe dunkle Hoffnung, inmitten der reicheren Natur und des aufgeſchloſſeneren Lebensverkehrs in Süddeutſchland mancherlei Förderungen für mein inneres Ringen und Streben zu gewinnen. Wieviel dabei der Gedanke an das politiſch bewegtere Leben Badens gethan habe, wüßte ich kaum recht zu ſagen. Ich war während meiner Studienzeit in Leipzig der Politik ziemlich fern geblieben. Selbſt die ſogenannte „Leipziger Revolution“ vom 2.—4. September 1830 hatte auf mich nur einen geringen und eher den entgegengeſetzten Eindruck von dem gemacht, welchen man bei einem jungen Manne vermuthen könnte. Nicht daß

ich mich für das Beſtehende oder deſſen Träger aus perſönlicher Anhänglichkeit oder aus Ueberzeugung beſonders intereſſirt hätte — ich wußte davon wenig oder nichts; — auch leuchtete mir der Nutzen einer geregelten Staatsordnung, wie ſie durch die ſächſiſche Verfaſſung von 1831 herbeigeführt ward, wohl ein, und ich konnte die Voreingenommenheit meiner ariſtokratiſcheren Freunde nicht theilen, welche ſpöttelten: „es werde noch dahin kommen, daß die Engel im Himmel den lieben Gott durch eine Verfaſſung in ſeiner Weltregierung beſchränken wollten.“ Aber die roheren Ausbrüche des Volksgeiſtes, wie ſie bei jenem Anlaß vorkamen, waren meiner, an ſtrenge Sitte gewöhnten Natur zuwider, und in meinem guten Vertrauen auf den Edelſinn und die Aufrichtigkeit aller Menſchen bildete ich mir ein, es ſei vollauf genug, wenn die Regierenden auf vorhandene Mißbräuche aufmerkſam gemacht würden; die nothwendigen Verbeſſerungen würden ſie dann ſchon von ſelbſt, ohne weiteren Zwang oder haſtiges Drängen, herbeiführen. Im Hintergrunde dieſes politiſchen Optimismus lag bei mir offenbar noch etwas Anderes, nämlich eine gewiſſe äſthetiſch-philoſophiſche Abneigung gegen alle directe Beſchäftigung mit der Politik. Einzig beſtrebt, mit meinen hochfliegenden Speculationen über Welt und Menſchheit in's Reine zu kommen, erſchien mir das politiſche Alltagsgetriebe viel zu kleinlich, um mein Intereſſe ernſtlich darauf zu wenden, und der Gedanke faſt beängſtigend, daß eine Ordnung der Dinge in's Leben treten könnte, wo die Beſchäftigung mit Politik am Ende auch für den Privatmann eine Pflicht würde.

Wie und wodurch eine Umſtimmung dieſer meiner

Anſichten erfolgte, iſt mir nicht mehr genau erinnerlich; nur ſoviel erſehe ich aus einem damals niedergeſchriebenen Bruchſtück eines Gedichtes, daß die Bundesbeſchlüſſe von 1832 einen weſentlichen Antheil daran gehabt haben müſſen.

Auch in Heidelberg, wo ich doch in der Atmoſphäre des regſamen badiſchen Liberalismus lebte, nahm die Politik in meinem ganzen Denken und Fühlen immer nur eine ſehr untergeordnete Stelle ein. Zwar wohnte ich mit Intereſſe einer wichtigen Sitzung der II. Kammer in Carlsruhe bei, ſah und vernahm mit Befriedigung in perſönlicher Nähe jene Koryphäen des Liberalismus, Welcker, Rotteck, Itzſtein u. A., deren Namen ich ſchon in unſerem Norden, vollends ſeit ich in Baden war, ſo oft mit Begeiſterung hatte nennen hören. Zwar regten die Vorträge Zachariäs über conſtitutionelles Staatsrecht mich zu vielſeitigerer Erwägung dieſer Verhältniſſe, auch wohl zu etwas freieren Anſchauungen, als die er uns beibrachte, an. Allein mehr als dieſe, ſelbſt mehr als Schloſſers geſchichtliche Vorleſungen, für die mir der rechte Sinn geſchichtlicher Lebensauffaſſung im Großen noch zu ſehr abging, nahmen mich die philoſophiſchen Studien in Beſchlag, die ich ſchon in Leipzig in letzter Zeit mit ziemlichem Eifer begonnen hatte, hier aber fortſetzte und erweiterte. Der Gedanke an einen akademiſchen Lehrberuf, ſpeciell nach dieſer Seite hin, war wenigſtens Ein feſter Punkt, der aus meinem inneren Schwanken und Schweben allmälig hervortrat und meinen Beſtrebungen eine etwas beſtimmtere Richtung verlieh. Mit Kant hatte ich mich ſchon in Leipzig beſchäftigt; jetzt griff ich zurück zu Descartes und Spinoza,

vorwärts zu Fichte, Schelling, Hegel. Ein Collegium bei Daub über Anthropologie brachte mir mannigfache Anregungen; daneben hörte ich Physik bei Muncke, um meinen Speculationen eine etwas realistischere Unterlage in der Kenntniß der Natur zu geben.

Auch meine Beschäftigung mit schöner Literatur setzte ich fort. Dem Studium des Englischen, das ich in Leipzig begonnen, fügte ich das des Italienischen bei. Mit einem italienischen Wörterbuch ausgerüstet, ohne fremde Anleitung, ja auch ohne eine grammatikalische Vorbereitung, las ich Tassos „Befreites Jerusalem" vom Anfang bis zum Ende mit hohem Genusse durch, — theils auf meiner Stube, theils in den romantischen Ruinen auf dem Heiligen Berge. Mit der neuesten deutschen und französischen Literatur machte ich nähere Bekanntschaft. Für die erstere ward mir der Verkehr mit einem Landsmanne nützlich, der aus einer literarisch hochgebildeten Familie stammte, dem, leider früh verstorbenen, Arthur Buddeus. Sein Vater war als junger Mann Secretär des Herrn von Thümmel gewesen und hatte diesen bei der Abfassung seiner „Reisen in's mittägliche Frankreich" unterstützt; seine Schwester ward später die Gattin H. Laubes. Mit ihm, einem andern Sachsen und einigen in Heidelberg studirenden jungen Franzosen hatte ich ein deutsch-französisches Kränzchen, worin wir abwechselnd Schiller, Uhland, Lamartine, Béranger, Victor Hugo u. s. w. lasen.

Im Uebrigen verbrachte ich hier, wie in Leipzig, meine Universitätsjahre in frischer, harmloser Jugendfröhlichkeit. An dem Treiben, wie es in den Verbindungen gepflegt wurde, konnte ich wenig Gefallen finden; nur den Fecht-

übungen lag ich gern und regelmäßig ob. Dagegen verkehrte ich mit einem engeren Kreiſe vertrauter Freunde in fröhlichſter Lebensluſt, wobei es an mannigfacher geiſtiger Anregung nicht fehlte. In Leipzig hatte dieſe Geſelligkeit einen anmuthig fördernden Mittelpunkt gefunden in der Familie eines der gemeinſamen Freunde, des ſpäteren Bürgermeiſters von Leipzig, Koch. Ein außerhalb der Stadt und für Leipzig faſt romantiſch gelegenes Gehöft mit weitem Garten und parkartigem Gehölz (der Kuhthurm), die Amtswohnung des Oberförſters Koch, ein Elternpaar von biederſtem Charakter, das, obſchon der ſilbernen Hochzeit naheſtehend, doch genug friſchen Sinn beſaß, um die Fröhlichkeit der Jugend zu theilen und zu ermuntern, ein Kreis blühender Schweſtern unſeres Freundes, von einfach natürlicher Bildung und von beſtem Ebenmaß zwiſchen Verſtand und Gemüth, mit denen wir jungen Männer in unbefangenem, faſt geſchwiſterlichem Umgange verkehrten, eine ausgedehnte und herzliche Gaſtlichkeit, die gern ſo oft als möglich einen heiteren Kreis, zumal jüngerer Leute, an dem großen Familientiſch oder unter den Akazien vor dem Hauſe verſammelte — ſo waren alle Elemente eines faſt idylliſch-poetiſchen Zuſammenlebens gegeben. Und, damit der traulichſten Geſelligkeit und dem gemüthlichſten Behagen in anmuthiger Umgebung auch die Würze feinerer geiſtiger Erregung nicht fehle, ward manche Stunde mit gemeinſamem Leſen oder Vorleſen, auch mit kleinen theatraliſchen Aufführungen angenehm hingebracht, zu denen ich wohl bisweilen einen Prolog oder ein kleines Gelegenheitsſtück lieferte.

Dergleichen gab es nun freilich in Heidelberg nicht. Ich

hatte mich dort aus einer gewiſſen Laune der Unabhängigkeit, zugleich um die mir verfügbaren Mittel für größere Reiſen zu ſparen, gefliſſentlich von dem geſelligen Verkehr in Familien und im Muſeum fern gehalten, den meine Freunde lebhaft pflegten, mich überhaupt auf einen engſten Kreis, meiſt ſächſiſcher Landsleute, beſchränkt. Um ſo lieber ſtreifte ich theils mit dieſen, theils allein in der herrlichen Gegend umher. Des Sonntags wurden öfters Ausflüge zu Wagen bald längs der Bergſtraße, bald über den Rhein hinüber gemacht, wobei wir ſelbſt abwechſelnd kutſchirten. Ab und zu gab es auch fröhliche Zechgelage in der alten Schloßruine. Daneben wurden aber die Collegien pünktlich beſucht.

Auch an größeren Wanderungen fehlte es nicht. Kein Ort bietet wohl zu ſolchen bequemere Gelegenheit und ſtärkeren Anreiz, als die liebliche Muſenſtadt am Neckar. Zwar war Heidelberg damals noch nicht wie heut durch Eiſenbahnen dem großen Weltverkehr geöffnet, bewahrte vielmehr eine gewiſſe idylliſche Unſchuld, anmuthig hineingeſchmiegt zwiſchen die letzten Ausläufer des Odenwaldes, den Heiligen Berg und den Kaiſerſtuhl, aus denen der Neckar, wie ein in's Freie entlaſſener wilder Knabe, im raſchen Lauf in die weite Rheinebene hinausſpringt. Allein der Ausblick von der Schloßterraſſe aus auf eben dieſe Rheinebene und das ſie im Weſten begrenzende maleriſche Haardtgebirge, die weitere Umſchau vom Kaiſerſtuhl nach Süden bis zum Schwarzwald und in's Württembergiſche hinein, nach Norden die Bergſtraße hinauf zum Melibocus und Donnersberg, endlich öſtlich in die vielverſchlungenen Thäler des Odenwaldes, dazu der in

gewaltigem Wogendrange ſich vom Süden nach dem Norden ſchlängelnde Lauf des Rheines, der die Gedanken bald nach dem Elſaß und der Schweiz, bald nach den Rebengeländen des Rheingaus und den alterthümlichen Burgen des Rheinthales lenkte — wie hätte ſich da nicht Reiſeluſt und Wanderdrang einſtellen ſollen?

Als nächſtes lockendes Ziel für kürzere Ausflüge bot ſich die Rheinpfalz dar. Dorthin lenkte ich denn auch meine Schritte ſchon in den Pfingſtferien. Ein beſonderer Anlaß kam hinzu. Auf dem Hambacher Schloß — damals noch einer maleriſchen, weitausgedehnten Ruine — fand altherkömmlich zu Pfingſten jeden Jahres ein Volksfeſt ſtatt. Im Jahre 1832 hatte ſich dieſes Volksfeſt zu einer großen politiſchen Demonſtration geſtaltet. Trotz der für viele Theilnehmer verhängnißvollen Folgen dieſes „Hambacher Feſtes" wollte man daſſelbe dennoch 1833 wiederholen. Dabei gegenwärtig zu ſein, trieb mich viel weniger ein politiſcher Drang, als jugendliche Neugier. Ich erbat und erhielt vom Univerſitätsgericht einen Paß, kam auch (obgleich ich ſchon in Mannheim hörte, daß die bairiſche Regierung alle Fremden möglichſt fern halten wolle) bei der blauweißen Schildwache jenſeits der Rheinbrücke glücklich vorbei und gelangte unangefochten nach Neuſtadt an der Haardt. Ich fand das Städtchen angefüllt mit Militär und ſaß am Abend im Gaſthof unter lauter Offizieren. Am nächſten Morgen ſtieg ich zum Hambacher Schloſſe hinan, ſah dort die ausgedehnten Vorbereitungen zum Feſt, ſchwelgte eine Zeit lang in der prachtvollen Ausſicht, die ſich von da weithin über die Rheinebene nach der Bergſtraße, dem Odenwalde und hinunter zum Schwarzwald

öffnete, und wanderte dann hinab nach Landau, gewillt, am nächſten Tage, dem eigentlichen Feſttage, nach Hambach zurückzukehren. Allein in Landau ereilte mich das Schickſal in Geſtalt eines bairiſchen Polizeicommiſſars. Ich muß hier für das jüngere Geſchlecht, welches ſo glücklich iſt, die ſogleich zu erwähnende Einrichtung nicht mehr aus eigener Erfahrung zu kennen, die orientirende Bemerkung einſchalten, daß damals ein Paßzwang beſtand, der, weſentlich verſchärft ſeit dem Hambacher Feſt von 1832 und dem Frankfurter Putſch vom April 1833, für den Reiſenden unter Anderem die harte Nothwendigkeit bedingte, ſeinen Paß täglich (binnen 24 Stunden wenigſtens einmal) von der Behörde des Orts, den er paſſirte, viſiren zu laſſen. Um dieſer Pflicht Genüge zu leiſten, verfügte ich mich (da wegen des Sonntags das Polizeibureau geſchloſſen war) in die Wohnung des Polizeicommiſſars. Dieſer war, wie ich ſogleich bemerkte, keiner von der heiteren Pfälzer Sorte, die gern lebt und leben läßt, ſondern ein griesgrämlicher Altbaier mit dem banalen kleinen verkniffenen Schnurrbart und mit einer goldenen Brille über den argwöhniſch blickenden Augen. Als ich ihm meinen Paß überreichte, ſah er mich halb beſtürzt, halb zornig an; dann aber ſprach er das große Wort gelaſſen aus: „Auf dieſen Paß kann ich Sie nur arretiren laſſen!“ Auf meine beſcheidene Bemerkung, wie ich geglaubt hätte, durch einen Paß gerade vor einem ſolchen wenig angenehmen Schickſal geſchützt zu ſein, zeigte er ſich ſehr unwillig darüber, daß die Heidelberger Univerſitätsbehörde mir einen Paß verabfolgt habe, da doch (hier ſchwatzte er aus der Schule) die bairiſche Regierung alle benachbarten Uni-

verſitäten erſucht habe, während dieſer Tage keine Päſſe auszuſtellen. Er fand es ſtrafbar, daß ich nicht den nächſten Weg zwiſchen den im Paſſe angegebenen Orten gewählt habe (worauf ich erwiderte: auf Vergnügungsreiſen gehe man nicht immer die nächſten, ſondern die ſchönſten Wege), und gab mir auf den Kopf ſchuld, ich ſei gekommen, um in Hambach „Revolution machen zu helfen“. Dazwiſchen fragte er ſichtlich ängſtlich, wie ich es in Neuſtadt gefunden hätte, und ſchien einigermaßen beruhigt, als ich ihm meine Wahrnehmungen über die dort getroffenen militäriſchen Anſtalten mittheilte. Aber auf ſeiner Abſicht, mich zu verhaften, beharrte er trotz aller meiner Vorſtellungen und Proteſtationen. Schon glaubte ich der Gewalt weichen zu müſſen, da kam unerwartete Hülfe von der Familie des Geſtrengen. Frau, Tochter und Schwiegerſohn, wahrſcheinlich von einem Spaziergange heimkehrend, traten in's Zimmer und ſahen erſtaunt das hochnothpeinliche Halsgericht, deſſen Gegenſtand ich war. Sie mochten mir wohl anmerken, daß ich kein Hochverräther und Umſtürzler ſei, genug, die Frauen neigten ſich eine um die andere zum Ohre des Gatten und Vaters, offenbar Fürſprache für mich einlegend, und ſo milderte dieſer endlich von ſelbſt ſeinen harten Spruch dahin: er wolle von meiner Verhaftung diesmal abſehen und mir nur einen Zwangspaß ausſtellen, mit dem ich mich unfehlbar am nächſten Morgen auf der Grenzſtation Speyer zum Wideraustritt aus Baiern zu melden hätte. So endete mein Abenteuer noch erträglich.

Schlimmer war es ein paar andern Heidelberger Studenten ergangen. Sie waren per Schub auf einem Leiterwagen

in Begleitung von zwei Gensdarmen über die Grenze zurückdirigirt worden, hatten ſich aber dadurch ſchadlos gehalten, daß ſie ihre Wächter unterwegs durch reichliche Spenden des edlen Pfälzer Weins trunken gemacht und in dieſem Zuſtande an der Grenze abgeliefert hatten. Uebrigens konnten wir Alle es als eine günſtige Schickung preiſen, daß wir gewaltſam vom Hambacher Feſte ferngehalten worden waren, denn das dorthin beorderte baieriſche Militair hatte in der brutalſten Weiſe, ohne jede Veranlaſſung, auf die wehrloſe Menge eingehauen; ſogar der Bürgermeiſter von Neuſtadt war, als er vermittelnd einſchreiten wollte, durch einen Säbelhieb im Geſicht verwundet worden.

Ich habe dieſe Geſchichte zu Nutz und Frommen unſerer Jugend erzählt, die gar nicht weiß, wie gut ſie es hat, daß ſie ohne Paß größere Reiſen unternehmen kann, während man damals nicht eine Tagereiſe weit ohne einen Paß ſich wagen durfte und auch dann noch arretirt zu werden riskirte.

Harmloſer und ſehr vergnügt verlief ein zweiter Ausflug in die Pfalz, den ich am Schluſſe meines Heidelberger Studienjahres mit einer Anzahl von Freunden, meiſt Sachſen, unternahm. Er ging durch die berühmteſten Weinorte jenes geſegneten Landes. Wir hatten dabei noch die beſondere Genugthuung, einen unſerer Genoſſen, der ſich leichtſinniger Weiſe nicht mit einem Paſſe verſehen hatte, ohne ſolchen glücklich in's Land hinein und wieder heraus zu ſchmuggeln.

O du herrliche Pfalz! Ich habe Dich ſeitdem noch öfters beſucht, immer mit der gleichen herzlichen Freude an Land und Leuten; ich habe ſchöne Tage verlebt unter

dem gaſtlichen Dache lieber Freunde, der beiden wackern Schwäger Buhl und Jordan in Deidesheim, zuletzt noch 1882, faſt volle fünfzig Jahre nach jener fröhlichen Studentenfahrt. Damals lebte noch Jordan, der recken-hafte und doch ſo milde, ſo liebenswürdige „Rieſe von Deidesheim“. Seitdem iſt auch er geſchieden. Sein Schwager Buhl, dieſer prächtige Menſch, war ihm lange im Tode vorausgegangen.

So oft ich in der Pfalz, dieſem lieblichen Stück Gotteswelt, mich befand, mußte ich der bekannten Worte des römiſchen Dichters gedenken: Ille terrarum mihi praeter omnes angulus ridet! („Dieſer Winkel der Erde lacht mich vor allen andern an.“)

In den Herbſtferien 1833 unternahm ich eine größere Reiſe. Zunächſt pilgerte ich den Rhein hinab, abwechſelnd zu Fuß und zu Schiff, bald allein und bald mit Genoſſen, bis Düſſeldorf. Dort weilte jetzt mein Freund Theobald von Oer als Zögling der unter Schadows Leitung ſtehenden Malerakademie. Es war die Blüthezeit der „Düſſeldorfer Schule“. Ich fand die Elite ihrer Koryphäen noch unge-trennt beiſammen: Bendemann, Leſſing, Hübner, Sohn, Hildebrandt, Reinick u. A. Die meiſten davon lernte ich perſönlich, andere wenigſtens in ihren neueſten Werken bei einem Beſuch ihrer Ateliers kennen. Ein friſches Sichaus-leben und ein ebenſo zutraulicher als geiſtig beflügelter Verkehr herrſchte in dieſem Künſtlerkreiſe, in dem ich mich freundlich aufgenommen ſah. Ich mußte dieſe Jünger der Kunſt beneiden, die mit ſo ſicherem Schaffensdrange im Reiche des Schönen walteten und daneben mit ſo kecker Laune die Stunden der Muße ausfüllten.

Nach mehrtägigem Aufenthalt bei meinem Freunde fuhr ich weiter den Rhein hinab nach Holland. Ich besuchte der Reihe nach alle die größeren Städte: Nymwegen, Utrecht, Amsterdam, Harlem, Leyden, den Haag, Rotterdam. Sie waren damals zwar noch nicht durch Eisenbahnen verbunden, aber mit den „Treckschuyten" (kleinen, von einem Pferde mit darauf sitzendem halbwüchsigen Burschen gezogenen großen Kähnen, die auf den Canälen zwischen diesen Städten hin und her fuhren) leicht zu erreichen.

In Leyden ward ich sogleich bei meiner Ankunft im Gasthof von mehreren dasitzenden jungen Leuten, Studenten, die in mir den Commilitonen erkannten, auf's Freundlichste begrüßt, verbrachte mit ihnen einen angenehmen Abend auf der Stube des Einen und begleitete sie andern Tages in ein Colleg über Livius bei Professor Peerlkamp. Als ich noch ein anderes Colleg (über Philosophie) bei Professor Newenhuis hören wollte, fand ich mich zu meinem und noch mehr zu des Professors großem Erstaunen mit diesem ganz allein. Es ergab sich, daß irgend eine akademische Feierlichkeit (ich denke, eine Doctordisputation) ihm seine Zuhörer für diesen Tag abwendig gemacht hatte. Für mich erwuchs daraus der Vortheil, daß Professor Newenhuis mich in sein nebenan gelegenes Privatzimmer mitnahm, sich von mir über allerhand deutsche Universitätsverhältnisse, über Leipziger Gelehrte, mit denen er bekannt war, u. s. w., berichten ließ, mir seinerseits von einem philosophischen Werke sprach, an dem er eben arbeitete, ja zuletzt in liebenswürdigster Weise mich auf's Land in seine Familie einlud. Leider war ich Pedant genug, diese Einladung auszuschlagen, weil nach meiner im Voraus

festgesetzten Reiseroute ich an diesem Tage noch weiter fahren mußte. Ich habe es später bereut und mir vorgenommen, nie mehr auf solche Weise mir selbst die Hände zu binden.

Die meisten Studirenden in Leyden dienten damals als freiwillige Jäger. Holland befand sich noch im Kriegszustande gegenüber Belgien. Die Erbitterung der Holländer gegen die abgefallenen Belgier war so groß, daß sie selbst das gewöhnliche Phlegma dieses Volkes überwand. Nicht blos bei der studirenden Jugend, auch bei ältern Leuten fand ich wiederholt Spuren einer hochgradigen Aufregung.

Auf meine Reise wirkte diese Spannung zwischen beiden Ländern sehr störend ein. Der Uebergang von Holland nach Belgien war gehemmt, und ich mußte, um nach letzterem Lande zu gelangen, wieder nach Deutschland zurück und erst von da aus nach Belgien reisen. Selbst gegen Deutschland hin war die belgische Grenze scharf bewacht; die Reisenden, zumal die Fußreisenden, wurden einer strengen Controle unterzogen, und so lernte ich hier zum zweiten Male die Süßigkeiten des Paßwesens schmecken.

In Belgien fand ich die Bevölkerung womöglich noch stärker erregt, als in Holland. Während aber die Holländer mit einer ruhigen Zuversicht auf die Gerechtigkeit ihrer Sache und mit patriotischer Opferfreudigkeit sich um ihren König schaarten, glaubte ich bei den Belgiern eine gewisse Selbstüberhebung wahrzunehmen, die mir doch wenig berechtigt schien, denn im offenen Felde hatten die Belgier ihren Gegnern nicht Stand gehalten, waren nur durch das Einrücken der Franzosen vor einer Wiederunterwerfung bewahrt worden. Auch die vielfach hervortretende geflissentliche Nachahmung französischen Wesens fiel mir un-

angenehm auf. Belgien war eben damals noch in einem Zuſtande der Unfertigkeit begriffen. Zehn Jahre ſpäter, wo ich wieder dorthin kam, fand ich Alles ganz anders; ſelten wohl hat ein Volk das ſchwere Werk ſeiner Neugeburt ſo raſch und ſo glücklich vollbracht.

An äußerem Glanz und an Lebhaftigkeit des Verkehrs ließ allerdings Brüſſel ſchon 1834 kaum etwas vermiſſen; ſeine place royale, ſeine rue royale und rue Madeleine, ſein Park mit den ſtattlichen monumentalen Umgebungen machten einen großartigen Eindruck im modernen Sinne, während die „untere Stadt“ mit dem prachtvollen alten Rathhaus, dem „Kornhaus“, der Kirche St. Gudule und den ſonſtigen Gebäuden mittelalterlichen Styls an die denkwürdigſten Zeiten der Geſchichte des Landes, die Zeiten eines Egmont und Hoorn, eines Oranien und Alba erinnerte. Dagegen bot das einſtmals ſo belebte und blühende Antwerpen einen wahrhaft traurigen Anblick. War ſchon vordem ſein Kleid dem Körper zu weit geworden, ſeine, in den beſten Zeiten nach Hunderttauſenden zählende Bevölkerung bedeutend herabgegangen, ſo lag jetzt ſein Verkehr völlig darnieder, weil die Holländer, im Beſitz der Forts Lillo und Liſkenshoek an der Scheldemündung, dieſen Strom, die Lebensader des Antwerpener Handels, ſperrten. So weit man von der Zinne des herrlichen Doms den Lauf der Schelde überblicken konnte, war ſie verödet; was von Schiffen zu ſehen war, lag müſſig, abgetakelt, in den großen Baſſins der Stadt. Auf Straßen und Plätzen herrſchte eine unheimliche Stille; es war wirklich, als ſollte Gras darauf wachſen. Welcher Contraſt gegen das rege Leben in Amſterdam und Rotterdam, wo täglich

Hunderte von Schiffen kamen und gingen! Nahe den Baſſins in Antwerpen fiel mir ein großes, ſtattliches Gebäude auf, das die goldene Inſchrift trug: Domus Hansae Teutonicae. Auch ein Denkmal entſchwundener Größe!

Die Citadelle trug noch ſtarke Spuren jener heftigen Beſchießung durch die Franzoſen, welcher der alte tapfre Haudegen Chaſſé nicht hatte Stand halten können. Einen peinlichen Eindruck machte es mir, daß man in Brüſſel den Namen des Königs Wilhelm nicht blos da vertilgt hatte, wo er ein Zeichen holländiſcher Herrſchaft über Belgien war, ſondern auch da, wo er das Andenken an den Begründer gemeinnütziger Stiftungen verewigen ſollte — als ob man mit der Losſagung von dem ehemaligen Herrſcher auch der Dankbarkeit für das von ihm geſtiftete Gute ſich entſchlagen müßte!

Auf meiner Fußwanderung von Brüſſel nach Namur kam ich über das Schlachtfeld von Waterloo. Ich beſtieg den künſtlich aufgeworfenen Hügel, auf welchem das koloſſale eherne Bild des britiſchen Löwen, mit der Tatze auf eine Kanonenkugel geſtützt, den engliſchen Sieg verherrlicht; das preußiſche Siegesdenkmal, ein eiſernes Kreuz mit einem Lorbeerkranz, hatten kurz vorher die Franzoſen auf ihrem Marſche zur Belagerung von Antwerpen verſtümmelt. Glaubten ſie damit auch die Niederlage auslöſchen zu können, welche die tapfere preußiſche Armee im Bund mit der engliſchen ihnen dort beigebracht?

Bei Namur verließ ich das romantiſche Maaßthal und ſtieg den Höhenzug der Ardennen hinan, den ich dann bis in's Luxemburgiſche durchwanderte. Ueber Trier mit ſeinen Denkmälern ſo vieler weit auseinanderliegender Jahr-

hunderte, durch das reizende Moſelthal, dann wieder rhein-aufwärts, kehrte ich nach ſiebenwöchentlicher Abweſenheit, bereichert mit ſchönen und intereſſanten Erinnerungen, in mein liebes Heidelberg zurück.

Bevor ich gänzlich von da ſchied (Oſtern 1834), machte ich noch eine kleinere Reiſe — mit Freund Buddeus und einem zweiten ſächſiſchen Landsmanne — durch Schwaben und die nördliche Schweiz. Im Herbſte zuvor hatte ich (bei Scheveningen) zuerſt das offene Meer erſchaut; jetzt erblickte ich, wenn auch für diesmal nur von fern, die Alpenkette, und ſo hatte ich binnen wenigen Monaten mich der beiden Naturgenüſſe, die, nach meiner Empfindung, allein an Großartigkeit mit einander ſtreiten, des Anblicks der Gletſcherwelt und des Blickes auf die endloſe Wogenmaſſe der See, erfreuen dürfen. Desgleichen bewunderte ich jetzt im Südweſten Deutſchlands die beiden gewaltigſten Denkmäler altdeutſcher Kunſt, den Freiburger und den Straßburger Münſter, wie ich im vorigen Jahre zwei ſolche im Nordweſten bewundert hatte, den Antwerpener und den, freilich damals, in ſeiner halb trümmerhaften Geſtalt, einen faſt ſchmerzlichen Anblick gewährenden, Kölner Dom. Daß ich dieſen letztern noch vollendet, in ſeiner ganzen Pracht, würde zum Himmel ragen ſehen, hätte ich damals ebenſowenig geahnt, als daß ich noch einmal in Straßburg als einer deutſchen Stadt einkehren würde. Und doch iſt Beides geſchehen, und ich preiſe mich glücklich, Beides noch erlebt zu haben.

In Straßburg, wo wir das Zeughaus beſahen, zeigte uns der uns herumführende Sergeant mit wohlberechtigtem Stolze das maſſenhaft aufgehäufte Kriegsmaterial. Das

war unter der Regierung Ludwig Philipps, bekanntlich einer sehr friedliebenden. Und unter dem kriegerischen Scepter des dritten Napoleon, als diese angeblich „ganz fertigen Zurüstungen" sich thatsächlich bewähren sollten, versagten sie, und Straßburg, einst durch die Ohnmacht des Reichs und durch Verrath dem zerstückelten und schwachen Deutschland verloren gegangen, fiel dem geeinten und erstarkten durch die Tapferkeit seiner Söhne wieder zu!

In Straßburg waren wir auch Zeugen, wie keck schon jetzt, kaum ein paar Jahre nach der Thronbesteigung des „Bürgerkönigs", Volkswitz und Parteigeist sich an dessen Person wagten. An offener Wirthstafel hörten wir eine Gruppe junger Leute, offenbar von guter Familie, laut ein Spottlied auf Ludwig Philipp singen, dessen Refrain lautete:

Ah, ah, ah, vraiment,
Louis Philippe est un chenapan!

Ueber Tübingen, Stuttgart, Heilbronn, durch das schöne Neckarthal, kehrte ich mit dem einen meiner Reisegenossen (der andere hatte sich direct ostwärts nach Sachsen geschlagen) noch einmal nach Heidelberg zurück, um es bald darauf für immer zu verlassen, als Ausbeute des dort verlebten schönen Jahres einen reichen Schatz von Eindrücken aller Art auf Geist und Gemüth mit hinwegnehmend.

Drittes Capitel.

Rückkehr in die Heimath. Die inzwischen in Sachsen und Leipzig angebrochene „lebendigere Zeit“.

Im Frühjahr 1834 kehrte ich nach Sachsen zurück. Ich brachte den Sommer bei meinen Eltern zu. Diese waren schon lange von Breitenhof nach dem benachbarten Schwarzenberg übergesiedelt, wo mein Stiefvater den Gasthof „zum Rathhaus“ gepachtet hatte. Im Herbst ging ich dann nach Leipzig, um die Vorbereitungen für meine Habilitation als akademischer Lehrer zu machen. Der ehemalige Freundeskreis daselbst war zum allergrößten Theil zerstoben. Auf dem Kuhthurm fand ich die alte trauliche Heimstätte wieder. Mein Heidelberger Studiengenosse Buddeus führte mich in seine in Leipzig lebende Familie ein, und ich verbrachte manchen genußreichen Abend in der angenehmen Gesellschaft der trefflichen Eltern meines Freundes und seiner geistvollen Schwester, der Wittwe des Professors Hänel, der späteren Gattin H. Laubes. Da wurde in anregender Weise über Literatur, Philosophie u. s. w. gesprochen, auch dies und das gemeinsam gelesen.

Die öffentlichen Zustände Sachsens und insbesondere

Leipzigs hatten während dieses letzten Jahres manche bedeutsame Aenderung erfahren. Der erste Landtag nach der neuen Verfassung von 1831 war seit dem Herbst 1833 versammelt gewesen und war es, als ich nach Sachsen zurückkam, noch immer. Die große Liberalität, womit die Regierung nicht blos die vollste Oeffentlichkeit der Kammern (auch der Ersten) in der Verfassung ausgesprochen hatte und thatsächlich gewähren ließ, sondern auch durch Herstellung einer billigen Ausgabe der stenographischen Berichte für die Verbreitung der Kenntniß von den ständischen Verhandlungen sorgte, hatte die Folge, daß das Interesse an diesen Verhandlungen sich in immer weiteren Kreisen des Volkes verbreitete. Auch ich wurde ein fleißiger Leser der „Mittheilungen" und lebte mich so mehr und mehr in das politische Getriebe zunächst meines engeren Vaterlandes hinein. Von einer auch nur annähernd ähnlichen politischen Regsamkeit und Erregbarkeit, wie ich sie in Baden gefunden, war freilich hier keine Spur; allein man begann doch mit Fragen des öffentlichen Lebens sich zu beschäftigen, man las die Landtagsberichte und besprach an öffentlichen Orten oder in Privatgesellschaften die im Ständehause zu Dresden verhandelten Angelegenheiten.

Unmittelbarer und stärker waren die Eindrücke, die ich bei meinem Wiedereintritt in Leipzig empfing. In das Jahr 1834 fielen zwei speciell für Leipzig hochwichtige Vorgänge, der Anschluß Sachsens an den preußisch-deutschen Zollverein und die Inangriffnahme der ersten größeren Eisenbahn in Deutschland, der Linie Leipzig-Dresden. Die Leipziger Messen hatten bisher einen wesentlich internationalen Charakter gehabt: neben den Vertretern der westeuro-

päiſchen Civiliſation, Engländern, Franzoſen, Holländern, hatte man Polen und Ruſſen, Griechen und Türken, Armenier und Perſer auf den Straßen und Plätzen Leipzigs verkehren ſehen. Das mußte nun, in Folge der Einbeziehung Leipzigs in das preußiſche Zollſyſtem, weſentlich anders werden. Der Freihandel, den man als unzertrennlich von der Blüthe Leipzigs anzuſehen gewöhnt war, ſollte eine bedenkliche Einſchränkung erfahren. Kein Wunder, wenn die Leipziger Bürger- und Kaufmannſchaft mit ſchweren Beſorgniſſen dem neuen Zuſtande der Dinge entgegenſah, wenn dieſe „Lebensfrage" für Leipzig alle Gemüther beſchäftigte und das ſtehende Geſprächsthema aller Kreiſe ward. Man hat den Leipzigern nachgeſagt, ſie ſeien in ihrer Angſt vor dem Zollverein ſo weit gegangen, der Regierung vorzuſtellen, ſie möge doch ja demſelben nicht beitreten, denn, thäte ſie es, ſo „würde auf Leipzigs Straßen Gras wachſen". Man hat ſie deshalb, nachdem der Zollverein gerade für Leipzigs Wohlſtand ſich als beſonders ſegensreich erwieſen, als kurzſichtig verſpottet. Ob jene Aeußerung wirklich gefallen, weiß ich nicht; doeumentariſch nachzuweiſen dürfte ſie ſchwerlich ſein. Die Vertretung der Handelsintereſſen Leipzigs lag zu jener Zeit in der Hand der ſogenannten „Kramermeiſter und Deputirten" (der Kaufmannſchaft). Ueber deren Wirkſamkeit geben die Acten im Archiv der Kramerinnung vollſtändigen Aufſchluß. Ich habe neuerdings einmal Gelegenheit und Veranlaſſung gehabt, dieſes Archiv eingehendſt durchzuſehen, habe aber ſchlechterdings nichts jener angeblichen Vorſtellung auch nur Aehnliches, ja, was mir ſelbſt überraſchend war, nicht einmal ein Actenſtück gefunden, worin überhaupt gegen den

Beitritt Sachsens zum Zollverein ein Bedenken erhoben wäre. Das geflügelte Wort von dem „Graswachsen" gehört daher doch vielleicht in die Reihe der vielen ähnlichen geflügelten Worte, welche sich oft lange in der Geschichte fortpflanzen, zuletzt aber von der Kritik für bloße Mythen erklärt werden.

Wie wenig jedenfalls die Leipziger Kaufmannschaft durch die nun wirklich eingetretene Wandlung ihrer gesamten Verkehrsverhältnisse entmuthigt oder eingeschüchtert war, zeigte sie dadurch, daß sie noch in demselben Jahre 1834 Hand an ein Unternehmen legte, welches für die damalige Zeit, zumal als das erste dieser Art in Deutschland, gar wohl für kühn und gewagt gelten konnte. Ich meine den Bau einer Eisenbahn von Leipzig nach Dresden. Dem jüngeren Geschlecht, welches sich bereits gewöhnt hat, von dem Gotthardtunnel, der Riesenbrücke zwischen Newyork und Brooklyn, den Kletterbahnen auf den Rigi u. s. w. wie von etwas Alltäglichem zu reden, mag es sonderbar vorkommen, den Tunnel bei Niederau, den Durchstich bei Machern und Aehnliches als etwas, was überhaupt nur der Rede werth sei, ansehen zu sollen. Vor 50 Jahren aber wurden diese und ähnliche Werke mit Recht angestaunt, denn an dergleichen hatte sich der Unternehmungsgeist sogar in den vorgeschrittensten Ländern bis dahin nur selten, in Deutschland noch gar nicht gewagt. Selbst in England waren die Eisenbahnen noch ziemlich neuen Datums; Frankreich besaß gar keine; in dem jungen Staate Belgien ging man eben daran, von Staatswegen einige größere Linien zu bauen. In Deutschland hatte es bisher nur eine ganz winzige Bahn, die von Fürth bis Nürnberg,

gegeben. Und nun wollte eine Gesellschaft einfacher Privaten es wagen, ohne Anleitung oder gar Unterstützung von oben eine so große Linie in Angriff zu nehmen! Die Haupturheber des kühnen Planes waren zwei Leipziger Kaufleute, Gustav Harkort und Albert Dufour. Dieser, ein Abkömmling der französischen Colonie, brachte die lebhafte Phantasie des romanischen Temperaments, Jener, ein Sohn der „rothen Erde", die ganze Zähigkeit des westphälischen Naturells dazu mit. Ihnen schlossen sich andere Leipziger an, der unlängst gestorbene Seyfferth, der noch jetzt in hohem Alter lebende Lampe, ferner ein paar Dresdener, u. A. der namhafte Advocat Eisenstuck.

Die Namen Harkort und Dufour bringen mich auf eine Erscheinung, die ich allezeit als sehr wichtig für die culturgeschichtliche Entwickelung Leipzigs angesehen habe: die starke Durchsetzung der Leipziger Bürgerschaft mit fremden Elementen, und zwar nicht sog. flottirenden, die heut kommen und morgen wieder gehen, sondern solchen, die sich seßhaft machen und so dem Stamme der Bürgerschaft zuwachsen. Heutzutage ist ein solcher Zuzug von außen in den großen Städten etwas Gewöhnliches, nicht so ehemals, wo der Bestand einer städtischen Bürgerschaft im Allgemeinen ein ziemlich stabiler war. Leipzig allein machte schon früh davon eine Ausnahme. In dem oben erwähnten Archiv der Leipziger Kramerinnung befindet sich ein altes „Kramerbuch", d. h. ein Verzeichniß der in die Krameringung Aufgenommenen. Da findet sich, daß z. B. 1686 unter 10 Neuaufgenommenen 6 von auswärts und nur 2 „Leipziger Kinder" waren, 1725 alle Neuaufgenommenen von auswärts stammten, 1725 die Auswärtigen zu den

Heimiſchen wie 8 zu 3, 1816 gar wie 20 zu 3, 1817 wie 17 zu 7 ſich verhielten. Im Buchhandel wird es ähnlich geweſen ſein, an der Univerſität ohnehin, weniger wohl im Handwerk.

Dieſe fortwährende Anfriſchung der Bevölkerung durch von außen kommende Elemente, und zwar gerade in den höheren Schichten, iſt nicht ohne bedeutſamen Einfluß auf den Charakter Leipzigs geblieben. Derartige Anſiedelungen an einem fremden Orte, zumal an einem Orte mit ſchon entwickeltem Handelsverkehr, ſind immer ein Wagniß, welchem nicht leicht Jemand ſich unterzieht, dem nicht ein größeres Maß von Willensſtärke, Selbſtvertrauen und Unternehmungsgeiſt zur Seite ſteht. Solche Eigenſchaften kommen dann aber allemal der ganzen Einwohnerſchaft, der dieſe Fremden zuwachſen, zu gute. In der That hat Leipzig wohl nicht zum kleinſten Theile es dieſen — ſei es „deutſchen“ oder auch „nichtdeutſchen Ausländern“ — den Brockhaus, Hirzel, Reimer, Mayer, Dufour, Harkort und noch vielen Andern — mit zu verdanken, wenn der Geiſt ſeiner Bürgerſchaft nach der idealen wie nach der materiellen, nach der politiſchen wie nach der wirthſchaftlichen Seite hin allzeit ein freierer, ſelbſtbewußterer und ſelbſtthätigerer geweſen iſt, als der mancher anderen Stadt von gleicher oder ſelbſt größerer Einwohnerzahl.

Der höhere Aufſchwung, den im Jahre 1834 Zollverein und Eiſenbahn hervorbrachten, machte ſich in dem ganzen Leben Leipzigs fühlbar. Wenn jener erſtere alle wirthſchaftlichen Kreiſe zu ſtärkeren Anſtrengungen anſpannte, um den veränderten Verhältniſſen gewachſen zu ſein, ſo verlieh dieſe letztere nicht blos ihren Urhebern und ihren

nächſten Theilnehmern, den Actionären, ſondern der geſammten Bevölkerung, die das neue großartige Unternehmen mit Recht als vorzugsweiſe von Leipzig ausgegangen betrachtete, ein erhöhtes Selbſtgefühl. Außerdem bot der Wechſelverkehr von Directorium, Verwaltungsrath, parlamentariſch verhandelnden Generalverſammlungen ein Bild im Kleinen des politiſchen Lebens und eine gute Vorſchule für dieſes.

Auf mich, der ich derartigen Verhältniſſen bisher fern geſtanden hatte, machten dieſelben einen ſtarken und tiefen Eindruck. Ich nahm wahr, wie eine Menge anerkannt tüchtiger, intelligenter, erfahrener Männer ihre ganze Kraft und Thätigkeit denſelben praktiſchen Intereſſen widmeten, welche als gar zu materiell und trivial zu verachten ſowohl Philologie als Philoſophie mich gelehrt hatten; ich ſah dieſe Männer mit offenbarer innerer Befriedigung in ſolchen praktiſchen Beſchäftigungen ſich bewegen, ich ſah den wachſenden Wohlſtand der Stadt und das damit Hand in Hand gehende Wachsthum auch der geiſtigen Regſamkeit ihrer Bewohner; ich erkannte die Wichtigkeit des Ineinandergreifens und gegenſeitigen Sichunterſtützens aller Theile eines bürgerlichen Gemeinweſens und die fruchtbaren Wirkungen des daraus entſpringenden Gemeingeiſtes. Und wenn ich damit das mehr oder weniger in abgeſchloſſenen Kreiſen ſich bewegende Thun und Treiben des Gelehrten verglich, ſo mußte ich mir ſagen, daß hier eine Lücke ſei, welche der Ausfüllung, ein Zwieſpalt, welcher der Vermittelung bedürfe. Den Zuſtand innerer Erregung und Gährung, in den durch derartige Beobachtungen und Vergleichungen mein ganzes Geiſtes- und Gemüthsleben gerieth,

kann ich nicht beſſer bezeichnen, als wenn ich ſage: ich fühlte einen förmlichen Durſt nach Realität, nach einem äußerlich greifbaren Zweck und Inhalt meines Strebens, und einen ſo großen Ueberdruß an der blos abſtract-idealen Geiſtesthätigkeit, daß ich den erſten beſten Handwerker, ja den einfachen Arbeiter um ſein ſaures Tagewerk beneidete und daß ich am liebſten alles ſpeculative Denken aufgegeben hätte, um irgend einer praktiſchen Beſchäftigung, und wäre es die trivialſte, mich in die Arme zu werfen.

Viertes Capitel.

Erste akademische und schriftstellerische Thätigkeit.

In der letzten Maiwoche 1835 bestand ich das combinirte Examen für die Doctorpromotion und die Habilitation als akademischer Docent, ein paar Wochen darauf hielt ich meine Probevorlesung, und endlich schloß diese dreifache Feuerprobe mit der feierlichen Disputation. Von meinen damaligen Examinatoren: Clodius, Wachsmuth, Westermann, Drobisch, lebt nur der Letztgenannte noch als ehrwürdiger Senior der Universität. Er war mir damals ein milder Richter und ein freundlicher Gönner, und ist mir fortwährend, in guten und bösen Tagen, ein treugesinnter, wohlwollender College geblieben.

Mit Eifer ging ich an meine Vorlesungen, in denen ich, außer Fundamentalphilosophie und Logik, namentlich Geschichte der Philosophie, der älteren und der neueren, vortrug. Nebenbei sammelte ich um mich, in der Form einer philosophischen Gesellschaft; eine Anzahl strebsamer Schüler zu persönlichem Gedankenaustausch. Da wurden

bald über metaphyſiſche, bald über moral- und rechts-philoſophiſche, äſthetiſche und andere Themata Abhandlungen gefertigt und Debatten gepflogen, anfangs in lateiniſcher, ſpäter in deutſcher Sprache. Dieſe Art von perſönlichem Verkehr zwiſchen Lehrenden und Lernenden war damals noch etwas ungleich Selteneres als heutzutage. Mein Verſuch fand ſo viel Anklang, daß ich wegen der großen Zahl der ſich Meldenden öfters mehrere ſolche Geſellſchaften neben einander halten mußte. Da ich ſelbſt noch ein Suchender und Strebender war, auch dem Alter nach meinen Schülern nicht allzufern ſtand, ſo war unſer gegenſeitiges Verhältniß, ohne etwas von ſeinem Ernſte einzubüßen, ein zutraulicheres, als es ſonſt wohl zwiſchen Profeſſoren und Studenten zu ſein pflegt. Mehrere meiner damaligen Schüler ſind mir ſpäter liebe Freunde geworden, und allen blieb, ſo weit ich ihr Leben verfolgen konnte, eine warme Anhänglichkeit an mich und ein gern bewahrtes Andenken an jene gemeinſamen Uebungen (an denen manche ein ganzes Triennium hindurch, einzelne ſogar noch darüber hinaus unausgeſetzt Theil nahmen), immer unverloren. Meine Norm des Verfahrens bei dieſem perſönlichen Geiſtesverkehr mit jüngeren Leuten war das ſtrengſte Gegentheil des Pythagoräiſchen αὐτὸς ἔφα: ich drang überall auf Klarheit und Conſequenz des eigenen Denkens und auf die Feſtigkeit einer ſelbſtſtändigen Ueberzeugung. So wenig ich mir einbilde, meinen Schülern neue Wahrheiten mitgetheilt zu haben, ſo glaube ich doch ſoviel mit gutem Gewiſſen ſagen zu dürfen, daß ihr Charakter, ihr Sinn für Wahrhaftigkeit und ihr Lebensernſt durch dieſe Arbeit des Denkens und die Art, wie wir dieſelbe betrieben, mannigfache Förderung erfuhr, ihr Ge-

müthsleben aber keinen Schaden litt. Es sind aus meinen Gesellschaften Leute sehr verschiedener Richtung, zumal im Religiösen, hervorgegangen, Gefühlsgläubige und Vertreter einer mehr verstandesmäßigen Richtung, aber weder Scheinheilige, noch Verächter des Höheren und flache Weltmenschen.

Inzwischen arbeitete sich der realistische Keim, der in mir Wurzel geschlagen hatte, genährt durch die Erfahrungen, die ich täglich in meiner nächsten Umgebung machte, mehr und mehr durch. Schon in meiner Habilitationsschrift (de genetica philosophandi methodo Fichtii, Schellingii, Hegelii) hatte ich die dogmatische Methode des Philosophirens bekämpft, wie sie in Fichtes Ichlehre, in Schellings Naturphilosophie, in Hegels Versuch einer Construction der ganzen Welt der Erscheinungen mir entgegentrat. Nun ging ich einen Schritt weiter und bekämpfte den Anspruch der Philosophie überhaupt, im Besitze einer vorgeblichen absoluten Wahrheit zu sein und unter diesem Vorgeben dem Leben und seinen mannigfachen Richtungen in Wissenschaft und Praxis Weg und Ziel vorschreiben zu können. In einer „Fundamentalphilosophie", die ich 1837 schrieb, versuchte ich den Gedanken durchzuführen, daß die systematische Philosophie, als eine in sich abgeschlossene Wissenschaft, die Rolle einer Lehrerin und Führerin der Menschheit, die sie bisher übernommen, an eine andere Macht abgeben müsse, an die stetige Entwickelung des Menschengeistes, wie sie in der Form der öffentlichen Meinung im Staats- und Volksleben, in der Form der empirischen Forschung auf dem Gebiete der Naturwissenschaft auftrete und unaufhaltsam voranschreite, aller

Verſuche ſpottend, durch abſtracte Formeln ſie in einen gewiſſen Kreis bannen zu wollen.

In einer zweiten Schrift: „Wiſſenſchaft und Univerſität“ (1839), worin ich mich gegen Scheidler wandte, der die Univerſität für einen „Selbſtzweck“ erklärt hatte, führte ich dies weiter aus, indem ich die Anforderungen des Lebens ſtärker in den Vordergrund rückte und gegen jede Art von Wiſſenſchaft, die dieſen Forderungen nicht gerecht werde, polemiſirte.

Wie es leicht geht, daß, wer ein Extrem bekämpft, in ſeinem Eifer in das entgegengeſetzte Extrem verfällt, ſo ging es theilweiſe auch mir. Unbefriedigt durch das blos abſtracte Wiſſen, in deſſen Banne ich ſelbſt mich ſo lange umhergetrieben, angezogen von der rings um mich her flutenden friſchen Bewegung auf allerhand praktiſchen Lebensgebieten, verfiel ich einem übertriebenen Cultus dieſer letztern und einer ungerechten Unterſchätzung jener erſtern Richtung. Manches indeß von dem, was ich damals geſagt, iſt nach dem heutigen Stande unſerer ganzen Lebensanſchauung und ſelbſt unſerer Univerſitätsbildung nicht mehr ganz ſo ketzeriſch, wie es vor nun nahezu 50 Jahren erſchien. Daß gerade ein Univerſitätslehrer derartige Aeußerungen über Wiſſenſchaft und Univerſität ſich erlaubte, war freilich etwas Ungewöhnliches und mag in den Kreiſen meiner akademiſchen Collegen manches mißbilligende Kopfſchütteln hervorgerufen haben, während die unzünftige literariſche Kritik meiner Schrift mehrſeitiges Lob ſpendete. Sonderbarer Weiſe wurde ich faſt unmittelbar nach dem Erſcheinen der erſten dieſer beiden Schriften, der „Fundamentalphiloſophie“ (1838), und zwar ohne ein Anſuchen

von meiner Seite, zum außerordentlichen Professor ernannt.

Um jene Zeit schrieb die Pariser „Akademie der moralischen und politischen Wissenschaften“ einen Preis aus für die beste Arbeit über „die deutsche Philosophie seit Kant“. Die Preisschriften sollten entweder französisch oder lateinisch abgefaßt sein. Das Thema lockte mich. Die Arbeit lateinisch abzufassen, wäre mir nicht schwer gefallen; allein es schien mir absurd, einen so ganz modernen Stoff in einer todten Sprache abzuhandeln. Des Französischen glaubte ich so weit mächtig zu sein, um es fließend zu schreiben; was meinem Styl an Correctheit fehlen möchte, hoffte ich mit Hilfe eines Bekannten, welcher Lehrer der französischen Sprache, freilich kein Nationalfranzose war, daraus entfernen zu können. Ich kam verhältnißmäßig rasch mit der Arbeit zu Stande, so daß ich sie noch vor Schluß des Jahres 1838 einsenden konnte. Das Urtheil der Akademie fiel günstiger aus, als meine Dreistigkeit, mich an einen so bedeutenden Stoff zu wagen, auch abgesehen von den Schwierigkeiten der Form, verdient hatte. Die Akademie rühmte von meiner Arbeit, daß ihr Verfasser die Fehler der Mitbewerber — es waren deren sechs — vermieden und die entgegengesetzten guten Eigenschaften in vorzüglichem Grade bethätigt habe, daß er alle philosophischen Systeme Deutschlands gründlich kenne und klar darlege, daß seine Kritik eindringend und scharf sei, ohne die Grenzen der Mäßigung zu überschreiten, sein philosophischer Standpunkt hoch und von Parteileidenschaft frei. „Mit einem Worte,“ so schloß der Bericht, „der Preis hätte dieser Arbeit zuerkannt werden können, wenn nicht

die Mängel des Styls alles Verdienſt derſelben wieder zerſtörten *)." Der Preis ward keinem der Bewerber ertheilt, vielmehr ein neuer Concurs ausgeſchrieben. Vielleicht wäre es billiger und ſelbſt dem Zwecke des Preisausſchreibens entſprechender geweſen, wenn die Akademie der Wiſſenſchaften meiner Schrift, der ſie ſo große Vorzüge nachrühmte, den Preis ertheilt und mir nur eine ſtyliſtiſche Verbeſſerung derſelben vor dem Druck zur Pflicht gemacht hätte. Ob nicht etwa doch eine gewiſſe Voreingenommenheit gegen den Ausländer, den man nicht über die heimiſchen Mitbewerber den Sieg davontragen laſſen wollte, dabei mitgewirkt, laſſe ich dahingeſtellt.

Wäre ich praktiſch geweſen, ſo hätte ich mir an dieſem Erfolge genügen laſſen und die Schrift ohne Weiteres in

*) Der Wortlaut des Berichts war (nach dem „Moniteur universel" von 1839, Nr. 133) folgender:

Ce mémoire est exempt de tous les défauts signalés dans le no 5 et il présente les qualités contraires dans un degré très remarqnable. L'auteur connaît profondément tous les systèmes philosophiques de l'Allemagne et il sait discerner l'idée dominaute de chacun d'eux et la mettre en lumière. La critique y est forte et pénétrante, sans perdre le langage, qui lui convient. L'auteur n'est point asservi, comme celui du mémoire précédent, à l'école de Kant, et il n'en impose ni les résultats ni les procédés, ni la langue aux autres écoles. Un esprit libre et ferme plane sur tous les systèmes, les expose et les juge sans passion et sans faiblesse. L'auteur habite toujours des régions élevées, où l'esprit de parti ne pénètre pas. En un mot, le prix aurait pu être décerné à ce mémoire sans un défaut qui en détruisait tout le mérite: l'incorrection et l'imperfection du style, poussées à ce degré, que l'ouvrage ne pourrait être publié sous cette forme.

deutſcher Bearbeitung herausgegeben. Ich glaubte es aber mir ſchuldig zu ſein, das einmal Angefangene auch durchzuführen. Ich arbeitete alſo die Schrift nochmals ganz aus dem Friſchen um (wobei ich nicht umhin konnte, darüber zu erſtaunen, wie die Akademie jener erſten Bearbeitung, die mir ſelbſt jetzt auch ſachlich höchſt unvollkommen erſchien, ſoviel Gunſt hatte erweiſen können) und ging ſie diesmal, durch Schaden klug geworden, mit einem Franzoſen durch. Es war nun auch nicht mehr der Styl, welcher Anſtoß erregte, allein leider ſchien die Arbeit diesmal in die Hände eines Berichterſtatters gefallen zu ſein, welcher den, damals eben in Paris in Mode gekommenen, ſtreng kirchlichen Anſichten huldigte. Ich erſah dies, als ich mir bei einem Aufenthalte in Paris 1844 das Manuſcript vorlegen ließ, aus den auf dem Rande befindlichen Bemerkungen zu ſolchen Stellen, welche etwas freiere ſpeculative Anſichten enthielten. Kurz, meine Arbeit ward zwar wiederum an erſter Stelle genannt, ihr auch wiederum das Lob ſorgfältiger und klarer Darſtellung der verſchiedenen Syſteme zuerkannt, allein Ungerechtigkeit und Leichtfertigkeit in der Beurtheilung derſelben vorgeworfen. Der Concurs blieb abermals ohne Reſultat*).

Jetzt erſt entſchloß ich mich, die Schrift in deutſcher Bearbeitung herauszugeben. Sie erſchien in zwei Bänden unter dem Titel: „Die deutſche Philoſophie von Kant bis

*) Das diesmalige Urtheil der Akademie lautete wörtlich (nach dem „Journal des Débats“ vom 30. Mai 1842):

Le mémoire No 4 a tracé avec exactitude et exposé avec clarté les différents systèmes de la philosophie allemande; mais il les juge trop légèrement et avec peu de justice.

auf unſere Zeit, ihre wiſſenſchaftliche Entwickelung und ihre Stellung zu den politiſchen und ſocialen Verhältniſſen der Gegenwart" (1842—1843). Das Schlußergebniß der Schrift war die Behauptung, daß die dogmatiſche Form der Philoſophie, d. h. der Verſuch, durch Begriffe die Summe alles Wiſſens zu erſchöpfen und an die Stelle ſtetigen Forſchens eine fertige und abgeſchloſſene Wahrheit zu ſetzen, eine Form, die nur noch in Deutſchland beſtehe, von den Fortſchritten des Lebens und des Empirismus überholt ſei, daher aufgegeben werden müſſe, während, was von den einzelnen philoſophiſchen Erkenntniſſen ſich ſtichhaltig zeige, als befruchtendes Element in die verſchiedenen Wiſſenſchaften und in die Praxis des Lebens übergehen möge. Dieſe Behauptung zog mir damals heftige Verketzerungen zu, allein die Erfahrung hat ihr ſeitdem mehr als vollauf Recht verſchafft, denn wo ſind jetzt alle jene ſtolzen Syſteme, welche mittelſt einer „intellectuellen Anſchauung" oder durch die „Dialektik der Idee" Natur- und Menſchengeſchichte zu conſtruiren, den Entwickelungsgang beider „a priori" zu beſtimmen ſich vermaßen?

In der Zwiſchenzeit hatte ſich eine bedeutſame Wandlung mit mir vollzogen. War ich bisher ſchon theoretiſch dem blos abſtracten Denken mehr und mehr fremd geworden, ſo ſagte ich mich nun auch praktiſch davon los und trat offen als Anwalt derjenigen Lebensintereſſen auf, zu denen ich mich immer entſchiedener hingezogen fühlte; ich ward Publiciſt.

Aeußere und innere Gründe wirkten zuſammen, um dieſen Entſchluß in mir zur Reife zu bringen. Meine akademiſche Thätigkeit, Anfangs von der oberſten Unter-

richtsbehörde begünſtigt und gefördert, war neuerdings Gegenſtand der Beargwöhnung und Anfechtung geworden. Man fand meine Anſichten zu frei, „zu wenig poſitiv“. Es begann damals eben im Politiſchen wie im Religiöſen jene Richtung vorzuwalten, die dort wie hier ſehr ängſtlich auf das ſog. „Poſitive“ hielt. Ob etwa von Leipzig aus Anklagen wider mich nach Dresden gelangt ſind, weiß ich nicht: auffallend war, daß man jenen Vorwurf vorzugsweiſe gegen meine philoſophiſchen Geſellſchaften richtete. Genug, man verwarnte mich, man ließ mich merken, daß ich auf Beförderung nicht zu hoffen hätte, man gab mir zu verſtehen, ich würde gut thun, mich jeder Behandlung ſowohl religionsphiloſophiſcher als rechtsphiloſophiſcher Stoffe gänzlich zu enthalten; am beſten wäre es, wenn ich mich lediglich auf Vorleſungen über Logik beſchränkte. Als ich dem damaligen Cultusminiſter, Herrn von Wietersheim, vorſtellte, daß ja darüber, was in Sachen der Religion für „poſitiv“ und unantaſtbar gelten müſſe, ſelbſt die Theologen nicht einig ſeien, und daß daher dem Philoſophen eine gewiſſe Freiheit darin noch weniger verſagt werden dürfe, verwies mich derſelbe auf die theologiſche Facultät zu Leipzig, die, wie er ſich ausdrückte, „ein recht gutes Justemilieu in dieſer Hinſicht beobachte“.

Ich erhielt um jene Zeit eine Veranlaſſung, an eine andere Univerſität (nach Dorpat) zu gehen, und theilte dies pflichtmäßig dem Miniſter mit. Darauf äußerte er: „Das Cultusminiſterium ſehe es ganz gern, wenn junge Kräfte eine Zeit lang in's Ausland gingen; ſpäter könne man ſie ja zurückberufen.“ Doch konnte ich mich nicht

entſchließen, in einen Wirkungskreis überzutreten, der mir zwar eine geſicherte äußere Exiſtenz geboten, mich aber dem Vaterlande entfremdet und mir die Art von Thätigkeit, in welche eben jetzt einzutreten ich im Begriffe ſtand, ein für alle Mal verſchloſſen haben würde. In dieſer Lage wandte ich mich vertrauensvoll um Rath an den Miniſterpräſidenten von Lindenau. Er beſtärkte mich in meinem Entſchluſſe, im Vaterlande zu bleiben, verſprach auch, in meiner Sache mit Herrn von Wietersheim zu ſprechen. Einen Erfolg davon habe ich nicht verſpürt. Wie wenig Herr von Lindenau und Herr von Wietersheim in dieſen Dingen einig gingen, ſollte ich noch in anderer Weiſe erfahren. Der Erſtere, dem ich mein inzwiſchen erſchienenes Programm zu einer Zeitſchrift überreicht und der ſich darüber billigend geäußert hatte, ermunterte mich, doch auch über volkswirthſchaftliche Gegenſtände zu leſen. Seit ziemlich langer Zeit bereits fehlte es an Vorträgen dieſer Art. Ich kündigte darauf eine Vorleſung über den deutſchen Zollverein an, mit dem ich mich ſchon damals viel beſchäftigt hatte: ich meinte: eine Kenntniß der Geſchichte der Einrichtungen und Wirkungen dieſes wichtigen Handelsbundes deutſcher Staaten ſei für die Studirenden nicht unnützlich. Darauf ward ich vom Cultusminiſterium aus bedeutet: „man wolle mich zwar nicht hindern, dieſe Vorleſung zu halten, indeſſen liege dieſelbe doch meinem bisherigen Lehrgange ſehr fern.“ In einer der erſten dieſer Vorleſungen ſtellte ſich der damalige Kreisdirector, Herr von Falkenſtein, als Hoſpitant ein, und zwar, wie er mir nicht verhehlte, im Auftrage des Cultusminiſters. Ob Letzterer fürchtete, ich möchte

über den Zollverein nicht „positiv“ genug sprechen, weiß ich nicht. Herr von Falkenstein äußerte seine Befriedigung über die Art, wie ich mein Thema behandle, und kam seitdem nicht wieder.

Eine ähnliche Ueberwachung widerfuhr mir später noch einmal, als ich Vorträge für ein weiteres Publikum angekündigt hatte. Allerdings war diesmal das Thema ein etwas heikleres: ich wollte über „Tagesfragen“ sprechen, und solcher gab es damals manche ziemlich „brennende“. Der Nachfolger des Herrn von Falkenstein, Herr von Broizem, war loyal genug, mich im voraus wissen zu lassen, daß er beauftragt sei, mich zu überwachen, wobei er mich bat, „ihn nicht in Verlegenheit zu setzen“. Ich konnte ihn darüber beruhigen, denn ich bin stets der Ansicht gewesen, daß das gefährliche Privilegium, welches ein Vortragender hat, allein zu sprechen und keinen Widerspruch von seinen Zuhörern befürchten zu müssen, demselben um so mehr die strengste Pflicht auferlegt, nichts zu sagen, was er nicht in alle Wege verantworten kann. An dem Abende, wo Herr von Broizem gegenwärtig war, sprach ich gerade über die neuesten Vorgänge auf katholisch-kirchlichem Gebiete. Als ich geendet, kam Herr von Broizem auf mich zu und drückte mir, ohne ein Wort zu sagen, mit großer Wärme die Hand. Ich hatte ihn nicht in Verlegenheit gesetzt; ich hatte zwar mit aller Offenheit, aber auch mit aller Mäßigung gesprochen.

Fünftes Capitel.

Mein Eintritt in die publiciſtiſche Laufbahn.

Die Trübung meiner akademiſchen Thätigkeit, die ich ſchon ſo bald nach dem Beginne derſelben erfuhr, trug zwar wohl dazu bei, mich für die Ergreifung eines andern Berufs geneigter zu machen; allein das eigentlich Ausſchlaggebende dafür war ſie nicht, das war vielmehr der in mir immer ſtärker werdende Drang, unmittelbar im Leben und für's Leben zu wirken.

Der Uebergang auf ein mir ganz neues Gebiet war bei alledem nicht leicht. Ich hatte bisher nur ein paar kleine Aufſätze theils politiſchen, theils wirthſchaftlichen Inhalts für das „Sächſiſche Wochenblatt" in Dresden, ein paar größere von mehr wiſſenſchaftlichem Inhalt für Ruges „Halliſche Jahrbücher" geſchrieben. Von letzteren war der eine gegen die Schrift des preußiſchen Geheimen Raths Streckfuß: „Garantien preußiſcher Zuſtände" gerichtet; ich vertrat darin die Nothwendigkeit eines geordneten Verfaſſungsweſens, wie es in Sachſen und andern deutſchen Staaten beſtand, gegenüber dem „intelligenten Beamtenſtaate", welchen Streckfuß für einen ausreichenden Erſatz

verfaſſungsmäßiger Bürgſchaften erklärt hatte. Der andere Artikel behandelte eine ſittlich-ſociale Frage; ich bekämpfte darin die Theorie des „Jungen Deutſchland“ von der ſogenannten „freien Liebe“. Dieſer Artikel war zugleich eine Art von Selbſtbekenntniß in einer meine eigene Lebensführung betreffenden wichtigen Angelegenheit. Auch mir war früher wohl die ſog. Romantik der Liebe als deren eigentlichſter und höchſter Reiz erſchienen, als etwas, was durch die Feſſel eines äußerlich gefeſteten, unabänderlichen Verhältniſſes verloren gehe. Noch als ich im Jahre 1836 das unbefangen trauliche Verhältniß zu den Schweſtern meines Freundes Koch durch ein geheimes Verlöbniß mit einer derſelben zu einem innigeren und dauernderen geſtaltet hatte, überkam mich bisweilen die Angſt, ob nicht mein in die Weite hinausdrängendes und jeder Beengung widerſtrebendes Weſen auch ein ſolches feſtes Herzensband als eine Schranke empfinden möchte. Das literariſche Zeugniß, welches ich jetzt zu Gunſten des ruhigen, aber ſicheren Glücks einer für's Leben gefeſteten Liebe, gegenüber den unſteten Erregungen wechſelnder Liebelei, öffentlich ablegte, war zugleich ein Beweis der in mir ſelbſt gewonnenen Sicherheit und Befriedigung in Bezug auf das gleiche Verhältniß und eine Bürgſchaft für deſſen Zuverläſſigkeit.

Dies allein waren meine bisherigen Thaten auf dem Felde der Publiciſtik. Eine eigentlich publiciſtiſche Lehrzeit hatte ich nicht durchgemacht. Es war daher wohl einigermaßen vermeſſen von mir, wenn ich es jetzt unternahm, nicht blos an die Spitze eines öffentlichen Blattes zu treten, ſondern ſelbſt ein ſolches ganz aus dem Friſchen zu gründen. Und doch war gerade dies mir ein inneres

Bedürfniß. Ich wollte die Ideen, die ich von den verſchiedenen Verhältniſſen und Intereſſen des Lebens, den geiſtigen wie den materiellen, in mir ausgebildet und lange mit mir herumgetragen hatte, nun öffentlich bekennen, vertreten und ſo viel möglich zur Geltung bringen. Durch eine Beſprechung der Biographie Chamiſſos von Eduard Hitzig in den „Halliſchen Jahrbüchern“ war ich mit dieſem liebenswürdigen Gönner und Pfleger junger, aufſtrebender literariſcher Kräfte bekannt geworden und hatte mich ſeines wohlwollenden Intereſſes zu erfreuen. Ihm theilte ich meinen Plan mit. Er rieth zuerſt ab, indem er mir vorſtellte, wie man bei journaliſtiſcher Schriftſtellerei zwar für den Augenblick wirke, aber ſein beſtes Theil an ſolche Einzelwirkung dahingebe und nicht leicht wieder zu geſammelter, auf Großes gerichteter Thätigkeit gelange. Als ich aber auf meinem Entſchluß beharrte, war er mit gewohnter Freundlichkeit mir zu deſſen Ausführung, zur Gewinnung eines Verlegers (in der Perſon des Chefs der angeſehenen Berliner Firma Duncker und Humblot) behilflich. Mein Unternehmen trat mit dem Beginn des Jahres 1842 in's Leben. Es war die „Deutſche Monatsſchrift für Literatur und öffentliches Leben“. Eingeführt ward dieſelbe durch ein Programm, welches ſelbſt den Umfang einer Flugſchrift hatte und den Titel führte: „Das deutſche Nationalleben in ſeinem gegenwärtigen Zuſtande und in ſeiner fortſchreitenden Entwickelung.“ Die Grundſätze, die ich hier aufſtellte und in der Zeitſchrift ſelbſt weiter ausführte, waren folgende: „Aufbau eines kräftigen Nationallebens auf der Grundlage möglichſt allſeitig entwickelter materieller Intereſſen und eines tüchtigen praktiſchen Geiſtes

im Volke; im Politiſchen conſequente Durchführung des conſtitutionellen Princips, thunlichſte Selbſtverwaltung des Volkes, Förderung des Gemein- und Aſſociationsgeiſtes; für die allgemeinen deutſchen Verhältniſſe Anſchluß der ſämmtlichen Staaten zweiten und dritten Ranges an Preußen, Weiterausbildung des Zollvereins nach der politiſchen Seite hin; im Kirchlichen möglichſte Sonderung der Gebiete von Staat und Kirche, Zurückführung der Letzteren auf ihre natürliche und urſprüngliche Grundlage, die Gemeinde; in allen ſonſtigen Zweigen des Gemeinweſens (Erziehung, Rechtspflege, Geſetzgebung), Berückſichtigung der Anforderungen des Lebens und Volksthümlichkeit; für die idealen Beſtrebungen endlich — Wiſſenſchaft, Literatur, Kunſt — möglichſt enger Anſchluß an die lebendige Wirklichkeit, beſonders auch die nationale."

Die ungewöhnliche Form und mehr noch der ungewöhnliche Inhalt dieſes Programms erregte Aufſehen. Heinrich Laube fand daſſelbe „merkwürdig, aber bedeutend", und ſchrieb einen Artikel darüber in die „Allgem. Zeitung". Die ſtarke Betonung der „praktiſchen" und „materiellen" Intereſſen zog mir manche heftige Anfechtung zu. Arnold Ruge, mit dem ich bisher als Mitarbeiter ſeiner „Jahrbücher" und auch perſönlich befreundet geweſen war, ſagte ſich jetzt von mir, dem Verächter des Hegelianismus und Kosmopolitismus, dem Lobredner der „ſchlechten Realität", förmlich los und erklärte mich für einen Böotier. Liberale Zeitungen, wie die „Sächſiſchen Vaterlandsblätter", fielen über mich her wie über einen Verräther an der Sache des Liberalismus, weil ich die Einheit des Ganzen, Deutſchlands, in die erſte Linie des zu Erſtrebenden ſtellte, die Befeſtigung

der Freiheit in den Einzelstaaten aber für abhängig erklärte von der Erringung jener Einheit. Der Angriff in den „Vaterlandsblättern“ (der mir nicht mehr zur Hand ist) muß wohl sehr stark gewesen sein, denn der eigentliche geistige Leiter dieses Blattes, Robert Blum, fand sich veranlaßt, sich deshalb bei mir gewissermaßen zu entschuldigen. „Sie kennen“, schrieb er mir, „die Redactionsverhältnisse zu genau, als daß ich über die Aufnahme des theilweise tadelnden Artikels mich weiter auszusprechen brauchte. Um so bereitwilliger soll Ihnen Genugthuung werden.“ Daß dies wirklich geschehen sei, davon ist mir nichts bewußt.

Besonders unerwartet und Vielen wohl unbegreiflich erschien es, daß gerade ein Sachse, der Angehörige eines Stammes, dessen ganzes Denken und Fühlen bisher immer den stärksten Gegensatz zu dem preußischen Wesen gebildet hatte, sich für die Nothwendigkeit einer preußischen Führerschaft erklärte. Daß gleichwohl diese meine, mit Gründen unterstützte Ansicht auch in den Kreisen der politisch reiferen und über solche Dinge unbefangener urtheilenden unter meinen speciellen Landsleuten allmälig Eingang und Anklang fand, beweist folgende an mich gerichtete Zuschrift eines sächsischen Freundes:

„Die Antipathie gegen Preußen ist uns Sachsen angeboren; namentlich haben wir, die unmittelbar aus der Zeit der Theilung Sachsens herstammen (ich bin 1814 geboren), sie wirklich mit der Muttermilch eingesogen. Kein Wunder also, wenn eine gewisse Ueberwindung dazu gehört, sich an den Gedanken zu gewöhnen, in einem größeren Staatskörper, dessen Haupt Preußen wäre, aufzugehen. Unsere Kleinheit und Beschränktheit ist uns förmlich lieb geworden. Gleichwohl verkenne ich nicht die Nothwendigkeit eines solchen Verschmelzens zu einem großen Ganzen; vielmehr bin ich

feſt überzeugt, daß in ihm das einzige Heil für Deutſchlands nationale Entwickelung zu ſuchen iſt, und vor dieſer klaren Erkenntniß müſſen freilich die bloßen Gefühlsregungen des Sachſen ſchweigen. Doch habe ich über die Verſchmelzung der kleinen deutſchen Staaten mit Preußen noch folgende Gedanken. Du wirſt mir Recht geben, daß hier von einer gewaltſamen Vereinigung mit Preußen nicht die Rede ſein kann, ſondern daß dieſe nur auf dem Wege einer inneren Nothwendigkeit, eines organiſchen Zuſammenwachſens, einer Wahlverwandtſchaft, ſtattfinden könnte. Dazu iſt aber Gleichheit und gegenſeitige Anziehungskraft der Elemente erforderlich, und eine ſolche iſt, meiner Ueberzeugung nach, zwiſchen Preußen und den übrigen Staaten noch nicht vorhanden; ſie iſt es, deren Herbeiführung ich erſt von einer conſtitutionellen Entwickelung Preußens (in vorläufig noch getrennter Stellung) erwarte. Iſt dieſe politiſche Entwickelung bis zu dem Punkte gediehen, daß ſie das Niveau der übrigen conſtitutionellen Staaten erreicht hat, dann iſt der Zeitpunkt der Verſchmelzung gekommen, und dieſe wird mit naturgemäßer Nothwendigkeit von ſelbſt erfolgen."

Wenn ſo mein Auftreten von manchen Seiten her theils auf directe Feindſchaft, theils wenigſtens auf Bedenklichkeiten ſtieß, ſo hatte es dagegen von anderen und ſehr gewichtigen ſich entweder warmer Beiſtimmung, oder doch achtungsvoller Beurtheiluug zu erfreuen. Die Zuſendung des Programms und die Einladung zur Mitarbeiterſchaft an meiner Monatsſchrift beantwortete der neben Uhland bedeutendſte Führer der Liberalen in Württemberg, Paul Pfizer, mit folgenden Aeußerungen:

„Das mir gütigſt mitgetheilte Programm ließ mich die ganze Wichtigkeit des Unternehmens würdigen, und ich erkenne vollkommen nicht nur die Zweckmäßigkeit, ſondern die Nothwendigkeit eines literariſchen Organs von praktiſcher Tendenz, weil in unſerer nationalen Lebensentwickelung die theoretiſche Seite bis jetzt noch ein ſo großes Uebergewicht über die praktiſche behauptet. Auf der anderen Seite muß ich aber auch geſtehen, daß ſowohl Neigung als Ver-

hältniſſe mich der eigentlichen Praxis allzufern geſtellt haben, um auf dem Feld der poſitiven und materiellen Intereſſen mich mit der Sicherheit bewegen zu können, die Plan und Zweck Ihrer Zeitſchrift nach der im Programm dargelegten Idee zu fordern ſcheinen. Aus dieſem Grund mußte ich Bedenken tragen, Ihrer ſo wohlwollenden als für mich ſchmeichelhaften Aufforderung zu folgen; ſollte ich aber früher oder ſpäter ſo glücklich ſein, einen paſſenden Stoff und Zeit zu deſſen Bearbeitung finden, ſo werde ich es mir zur Ehre ſchätzen, unter die Zahl Ihrer Mitarbeiter an dem patriotiſch-nationalen Werke aufgenommen zu werden."

Carl Welcker, ſeit dem Tode Rottecks (1840) der hervorragendſte Vorkämpfer des Liberalismus in Baden, ſandte mir folgende ermuthigende Worte:

„Mit großem Intereſſe habe ich mich mit Ihrer trefflichen Zeitſchrift befreundet und freue mich, daß Sie die große gemeinſchaftliche Aufgabe auf einem neuen Wege und ſo tüchtig fördern. Ueber Einzelnes möchte ich um ſo lieber mich mit Ihnen unterhalten, als neben dem Meiſten, dem ich, wenn es mir auch neu und von neuer Seite dargeſtellt war, völlig zuſtimme, bei Anderem unſere Anſichten von einander abweichen. Aber was ſind einige Briefzeilen zur Verſtändigung über ſo große Gegenſtände? Darin wird uns wohl die Zeit immer mehr vereinigen, daß die gegenwärtig von Regierungswegen zugeſtandenen poſitiven Verhältniſſe weder für materielles Wohl noch für geiſtiges und insbeſondere nicht für wahre deutſche Nationalfreiheit und Kraft uns genügende und feſte Grundlagen geben. Uns fehlt's am Erſten und Letzten, am Recht. Und was heute die Gnade gab, nimmt, ſobald man's nur als Recht geltend machen will, die Ungnade, und das treffliche Bundesſtaatsrecht hat zu jeder Rechtsverachtung gebahnte Wege. Den Acker für die Saat einer neuen Zeit fleißig umpflügen, den Samen ſtreuen, vertrauend auf Gott und unſerer großen Nation ſchlummernde und gebundene Kräfte, das können wir. Gott muß zur rechten Stunde ſein Auferſtehungswort rufen — und die erſte große europäiſche Erſchütterung wird, glaube ich, dieſer Moment ſein. Je mehr dann in redlicher geſetzlicher Entwickelung unſerer

vaterländiſchen Kräfte und Rechte nach allen Seiten hin vorgearbeitet iſt, deſto ſchneller und leichter wird die neue Zeit ſich geſtalten, deſto weniger Verwirrungen werden wir zu beklagen und zu verbeſſern haben. Möge Ihnen Gott heitere und geſunde Tage für Ihr edles Beſtreben geben und mögen Sie mir Ihr freundliches Wohlwollen erhalten!“

Von dem damaligen Vorſitzenden des königlich ſächſiſchen Staatsminiſteriums, Bernhard von Lindenau, erhielt ich folgende Zuſchrift:

„Das mir gefälligſt zugeſendete Programm einer deutſchen Monatsſchrift habe ich mit großem Intereſſe durchgeleſen, da hier ſo ziemlich der ganze Umfang der Staatsverwaltung und der Staatsintereſſen beſprochen und der Geſichtspunkt feſtgeſtellt wird, aus dem ſolche in der neuen Zeitſchrift behandelt werden ſollen. Die Grenzen ſind weit geſteckt, und, ſoll die Zeitſchrift das Verſprochene leiſten, ſo gehört dazu eine ſeltene Vereinigung vielſeitig befähigter Männer. Wenn ich früherhin, wo mein Leben mehr der Theorie, als der Praxis angehörte, vielleicht die Mehrzahl der in Ihrem Programm ausgeſprochenen Anſichten theilte, ſo mußte ſich leider aus der Erfahrung eine andere Ueberzeugung entwickeln. Eine Nachweiſung dieſes Reſultates würde die Grenzen eines Briefes bei Weitem überſteigen, und ich hebe daher, als Beleg der Discordanz zwiſchen Theorie und Praxis, nur den einzigen wichtigen Grundſatz: „wenig zu regieren“, aus. Dahin zu gelangen, gehörte zu meinen Haupt- und Lieblingszwecken, allein bald wurde die Unmöglichkeit, wenigſtens für unſer Vaterland, fühlbar, wo die wahre Communal-Selbſtſtändigkeit noch nicht zur Reife gedeihen will und wo von Kammern, Communen und Individuen eine fortdauernde Einwirkung der Regierung gewünſcht und gefordert wird.

Beinahe zum Vorwurf aber möchte ich es Ew. Wohlgeboren machen, daß bei der wohlbegründeten Empfehlung der Induſtrie des wichtigſten und beſten Induſtrie-Zweiges, des Landbaues, nicht erwähnt wurde. Denn, muß der höchſte und letzte Zweck unſeres Beſtrebens der ſein, unſere Mitmenſchen beſſer und glücklicher zu machen, ſo nimmt in dieſer Beziehung der Landbau die erſte Stelle

ein, und gern würde ich Tauſende von Webereien und Spinnereien gegen ein halbes Hundert Quadratmeilen fruchtbaren Landes vertauſchen, da dieſe jenen Zweck — bei vorausgeſetztem Parcellar-Beſitz — weit beſſer als Fabriken befördern."

Der Vorwurf, den Miniſter v. Lindenau mir am Schluſſe ſeines Briefes wegen zu geringer Beachtung der Landwirthſchaft machte, war nicht unberechtigt: der Grund davon lag jedoch darin, daß ich zwar wohl die Induſtrie in ihren verſchiedenen Geſtalten und nach ihren hauptſächlichſten Beziehungen zum Staats- und Volksleben durch eigene Beobachtung kannte, viel weniger aber die Landwirthſchaft. Wenn ich ſomit damals in der That gegen letztere mich einer Verſäumniß ſchuldig machte, ſo hat dieſe Schuld ſpäter für mich mein älteſter Sohn abgetragen, Dr. Richard Biedermann, der ſich mit meiner Zuſtimmung ſpeciell dem landwirthſchaftlichen Studium widmete und als Begründer und Herausgeber des „Centralblattes für Agriculturchemie und rationellen Wirthſchaftsbetrieb" nach dem ehrenden Zeugniß ſeiner namhafteſten Fachgenoſſen und ſogar mehrerer Regierungen ſich um die Landwirthſchaft weſentliche Verdienſte erwarb, bis leider ein früher Tod ihn den Seinigen und dieſer fruchtbaren Berufsthätigkeit entriß.

Auch der berühmte Theolog von Ammon, damals königlich ſächſiſcher Oberhofprediger, verſchmähte es nicht, über mein Unternehmen, namentlich nach der kirchlichen Seite hin, ſich in einigen Worten zu äußern. Er ſchrieb:

„Ew. Wohlgeboren ſind im Begriffe, eine literariſche Fregatte vom Stapel zu laſſen, die mit amerikaniſcher Leichtigkeit des Baues die Solidität britiſcher Bemannung und Rüſtung verbindet. Wie würde Schlözer, mein alter College und Freund (Ammon war

1794—1804 Professor in Göttingen gewesen), sich freuen, wenn er Ihre Ankündigung läse! Möge nun das herrlich bewimpelte Schiff ungehindert seinen freien Lauf durch unsere Ströme hinaus in die weite See beginnen! Der Rhein hat Klippen, die Elbe Sand, und die Oder ähnelt einem unausgekämmten Weichselzopfe. Möge es Ihnen gelingen, durch alle diese Brandungen sicher hindurch zu steuern! Ihren Ansichten von der Dogmatik und Kirche kann ich keineswegs geradezu widersprechen. Dennoch scheint es, daß das Auslaufen der Zeit in merkantilisch-politische Pragmatik einer sichern historisch-praktischen Leitung bedürfe, die ihrer Natur nach nur von der Heiligkeit der christlich-religiösen Idee ausgehen kann. Zwischen Rom und Philadelphia sind mehrere Standpunkte denkbar, und einer derselben kann doch nur der wahre und rechte sein. Mehr hierüber nach meiner Rückkehr von Teplitz wird Ihnen mit einem Herzen voll Hochachtung und Liebe darbieten Ew. Wohlgeboren ganz ergebenster v. Ammon."

Die „Deutsche Monatsschrift", welcher sich bald viele tüchtige Kräfte anschlossen, errang mit ihrer gemäßigt liberalen, vor Allem aber nationalen Haltung eine geachtete Stellung in der Tagesliteratur, obschon sie von den politischen und philosophischen Radicalen, den Männern der „Rheinischen Zeitung", der „Sächsischen Vaterlandsblätter", der „Hallischen Jahrbücher", als philisterhaft, charakterlos oder doch des höheren philosophischen Geistes baar verschrieen ward. Was ihre materiellen oder mercantilen Erfolge betrifft, so waren diese freilich viel weniger befriedigend. Obschon sie damals eigentlich die einzige Zeitschrift war, welche Tagespolitik, Volkswirthschaft, Literatur u. s. w. gleichzeitig umfaßte, so erhob sie sich doch niemals über 500 Abonnenten. Ich scheue mich nicht, dieses so wenig glänzende Resultat einzugestehen, umsoweniger, als die „Hallischen Jahrbücher", die doch, als das

anerkannte Organ einer damals weitverbreiteten und, in Preußen wenigſtens, gewiſſermaßen herrſchenden Schule der Jung-Hegel'ſchen, von Haus aus viel günſtiger geſtellt waren, nach dem eigenen Bekenntniß des Verlegers derſelben, Otto Wigand, es nicht einmal ſo weit gebracht haben. Wie anders ſind ſeitdem die Zeiten geworden! Meine Monatsſchrift hatte das Schickſal aller der Unternehmungen, welche neuen Richtungen den Boden bereiten, ſelbſt aber einen ſolchen nicht vorbereitet finden. Bahnbrecher in dieſem Sinne zu ſein, iſt vielleicht ein ehrenvolles, aber ſicherlich kein dankbares Geſchäft.

So hatte ich mein Leben und Streben dem ſchwanken Schiffe der Journaliſtik anvertraut, war aus einem Manne des Katheders ein Mann der Feder geworden. Denn, wenn ich auch meine akademiſche Stellung und Thätigkeit nicht aufgab, ſo mußte dieſelbe doch, bei der Ausſichtsloſigkeit dort und der mich ebenſo wohl befriedigenden, als ganz ausfüllenden Thätigkeit hier, gegen die neugewählte Richtung bedeutend zurücktreten. Ich war kühn genug, in dieſes ſchwanke Fahrzeug auch noch einen geliebten Gegenſtand mit einzuſchiffen und bald nach der Begründung der Monatsſchrift einen eigenen Hausſtand zu begründen.

Sechstes Capitel.

Die Wiederbelebung des nationalen Gedankens im Jahre 1840 und meine Betheiligung daran.

Noch während meiner Vorbereitungen zur Begründung der „Deutschen Monatsschrift", im Sommer 1840, traten Ereignisse ein, welche geeignet waren, dem politischen Grundgedanken meines Programms: „feste Einigung der deutschen Mittel- und Kleinstaaten im Anschlusse an Preußen", einen erhöhten Nachdruck zu verleihen. In Preußen war nach 43jähriger wechselvoller Regierung der alte König, Friedrich Wilhelm III., gestorben; an die Thronbesteigung des neuen Königs, Friedrich Wilhelms IV., knüpften sich weitgehende Hoffnungen; der lange zurückgehaltene Drang im preußischen Volke nach zeitgemäßen Reformen brach sich in lauten und immer lauteren Kundgebungen Bahn; von den Ständen der Provinz Preußen ward an die königliche Zusage von 1815 wegen Einführung von Reichsständen gemahnt. Fast in demselben Augenblicke schien Deutschland von einer ernsten Kriegsgefahr bedroht: die Franzosen, in ihrem so reizbaren Nationalgefühl schwer verletzt durch die Demüthigung, die Frankreich in der Person seines Schützlings, des Vice-

königs von Egypten, seitens der andern vier Großmächte erfahren, zeigten Lust, dafür „Revanche“ zu nehmen an der ihnen nächstgelegenen und am leichtesten zu erreichenden Großmacht, Preußen; die Parole „das linke Rheinufer“ ward ausgegeben und fand rasche Verbreitung; das Ministerium Thiers bereitete umfassende Rüstungen vor.

Diese beiden Ereignisse, jedes für sich und vollends beide gemeinsam, mußten den nationalen Gedanken nicht blos aus seinem langen Schlummer wecken, sondern ihm auch gerade die Zuspitzung geben, in welcher ich ihn in meinem Programme formulirt hatte. Der von einem Umschwunge in Preußen zu erhoffende Eintritt dieses Staates in die Reihe der Verfassungsstaaten versprach, die Bedenken zu beseitigen, welche (wie das oben mitgetheilte Schreiben eines sächsischen Liberalen zeigte) in den constitutionellen deutschen Ländern einer Annäherung an Preußen zur Zeit entgegenstanden, während andererseits Preußens eigenes Interesse diesem zu gebieten schien, sich eines solchen Anschlusses der kleineren Staaten behufs Verstärkung seiner Kraft für den Fall eines Angriffs von außen (jetzt oder künftig) zu versichern, und während die französische Kriegsdrohung das Bedürfniß größerer Einheitlichkeit im deutschen Volke hervorrufen mußte und auch wirklich hervorrief.

Ich versäumte nicht, alle diese Momente sowohl zur Unterstützung des nationalen Gedankens im Allgemeinen, als auch zur Aufklärung der Ansichten darüber, in welcher Form die deutsche Einheit zu erstreben sei, fort und fort geltend zu machen. Sogleich in dem Einleitungsartikel zu dem ersten Hefte der „Deutschen Monatsschrift“ sagte ich:

Die Bedingungen ſind gegeben, um die Einheit und Macht der deutſchen Nation dauernd zu begründen; der Punkt iſt gefunden, in welchem die verſchiedenen Theile Deutſchlands, in welchem Regierungen und Völker ſich begegnen; die Schranken beginnen zu fallen, welche bisher die kleineren deutſchen Staaten von dem großen preußiſchen, den Süden von dem Norden, die conſtitutionellen Gemeinweſen von der abſoluten Monarchie trennten. Der Gang der Ereigniſſe hat uns mit wunderbarer Gewalt in dieſe Bahn fortgeriſſen, und faſt überraſchend, wie mit einem Zauberſchlag hervorgerufen, tritt uns ein deutſcher Gemeingeiſt, ein deutſches Nationalleben entgegen, kräftig, bewußt, und ſelbſt dem Auslande, das uns eben noch verſpottete, Achtung gebietend. Schon blickt England mit Unruhe auf die raſchen Fortſchritte des deutſchen Handelsſyſtems und fürchtet einer neuen Hanſa auf den Meeren und den Märkten, die es bisher faſt allein beherrſchte, zu begegnen; ſchon vermochte die deutſche Nation durch die Energie und Würde, womit ſie den Uebermuth franzöſiſcher Eitelkeit in ſeine Schranken zurückwies, den gefährdeten Frieden Europas zu ſichern; ſchon wird die Wichtigkeit dieſes Einfluſſes, den das wieder enger verbundene Deutſchland auf die politiſche und commerzielle Geſtaltung der Staatenverhältniſſe ausübt, nicht nur von den fremden Nationen, ſondern auch von den einzelnen Gliedern der großen deutſchen Familie ſelbſt gefühlt und erzeugt in denſelben den Trieb nach immer innigerer Vereinigung. Eine reiche Zukunft liegt vor uns aufgeſchloſſen; ſorgen wir dafür, daß ſie uns nicht entgehe! Der erſte Schritt auf der neuen Bahn iſt gethan, die Richtung iſt bezeichnet; haben wir Acht auf jeden folgenden Schritt! Heften wir das Auge unverwandten Blicks auf das hohe Ziel, welches uns entgegenleuchtet! Es iſt ein großes, ein erhabenes Wort, das Wort: Nationalität; ſuchen wir es recht zu verſtehen und recht zu gebrauchen! Die Kraft dieſes Wortes ruht auf zwei mächtigen Säulen; ſie heißen: Einheit und Fortſchritt! Eine Nation ohne Einheit, ohne einen feſten Zuſammenhalt im Innern und eine ſtarke Widerſtandsfähigkeit nach außen iſt nichts als eine kraftloſe Maſſe von Elementen, von der jeder Nachbar ein Stück abreißt, die jeder kühne Abenteurer nach ſeinen Zwecken geſtaltet und benutzt. Deshalb hinweg mit dem kosmopo-

litiſchen Liberalismus, der nur von einer Propaganda der Freiheit, von einer Gemeinde der politiſch Gleichgeſinnten träumt, aber darüber die näheren Bedürfniſſe und Verhältniſſe des Nationallebens vernachläſſigt: der nicht eher für das Vaterland wirken und kämpfen möchte, als bis alle ſeine Forderungen erfüllt wären! Die Zeiten dieſes Liberalismus ſind in Deutſchland vorüber und werden hoffentlich niemals wiederkehren. Wir haben einſehen gelernt, daß das keine wahre politiſche Freiheit iſt, welche nicht zugleich und vor allen Dingen das Vaterland, die Nation groß, einig und frei macht; wir haben die Täuſchungen der franzöſiſchen Freiheitsſympathien in ihrer ganzen Gefährlichkeit und Heimtücke erkannt. Aber von der andern Seite iſt auch die Einſicht gewonnen, daß es keine Einheit und keine Stärke giebt ohne ſtetigen Fortſchritt, und daß die Bedingungen des Zuſammenhaltens der Nation zugleich die Bedingungen ihrer Entwickelung, ihres freien Wirkens und Sichauslebens ſein müſſen.

Das preußiſche Syſtem war bisher vorzugsweiſe auf die Einheit des Staatslebens, auf die Concentration der Staatsmacht gerichtet; es betrachtete das öffentliche Leben der Nation, die Freiheit der Einzelnen, die rechtlichen und politiſchen Inſtitutionen faſt nur als Mittel, die Einheit des Staats zu befeſtigen und die Benutzung der Volkskraft für die Zwecke der äußeren Politik zu erleichtern. Aber dieſe Einheit und dieſe Entwickelung war eine künſtliche, denn es mangelte ihr die freie Bewegung und Selbſtthätigkeit des Volkes, die Initiative der öffentlichen Meinung. In den conſtitutionellen Staaten war dieſe Initiative der öffentlichen Meinung längſt anerkannt und durch geſetzliche Bürgſchaften vertreten; allein, um ihre ganze wohlthätige Wirkſamkeit zu entfalten, fehlte ihr ein umfaſſender Kreis großer nationaler Intereſſen.

Die Verſchmelzung jener beiden Principien, welche bisher das deutſche Nationalleben in ſich ſpalteten, iſt der letzte, entſcheidende Schritt, der gethan werden muß, um die Entwickelung dieſes Nationallebens zu vollenden, um den politiſchen Fortſchritt an das Intereſſe der Einheit und der äußeren Macht Deutſchlands zu knüpfen, und um andererſeits dieſer Macht eine feſte und breite Baſis an der öffentlichen Meinung, an dem freien Aufſtreben der Volkskraft zu geben.

Hiermit haben wir, wenn wir uns nicht täuſchen, das politiſche Glaubensbekenntniß einer ſtarken und täglich wachſenden Partei in Deutſchland ausgeſprochen, die wir die nationale nennen möchten und zu der auch wir uns von ganzer Seele bekennen. Die nationale Partei will keine der geſetzlichen Bürgſchaften aufgegeben wiſſen, in deren Beſitz ſich die Mehrzahl der kleineren deutſchen Staaten befindet: ſie verlangt vielmehr deren fortſchreitende Entwickelung und Erweiterung; aber ſie wird nicht ungeduldig und muthlos, wenn dieſe Entwickelung, bei der eigenthümlichen Natur unſerer deutſchen Staatenverhältniſſe, nur langſam und oft auf Umwegen vor ſich geht; ſie ſtrebt nicht nach dem Fernſten und Höchſten zuerſt, ſondern nach dem Nächſten und Erreichbarſten; ganz beſonders aber ſucht ſie die Befeſtigung und den Fortſchritt der politiſchen Freiheit ebenſowohl in der Feſtſtellung und Ausbildung materieller und ſocialer Verhältniſſe, als in formellen Garantien, und ſieht aus dieſem Grunde nicht ſelten das Zuſtandekommen einer neuen Communicationslinie oder die Abſchließung eines Handelstractates als ein ebenſo wichtiges und folgenreiches Ereigniß für den Fortſchritt an, als einen Sieg der Oppoſition bei den Wahlen oder in den Kammern. Dem abſoluten Staatsprincipe gegenüber, welches gegenwärtig noch das des größten und einflußreichſten Staates in dem deutſchen Zollvereine iſt, verleugnet die nationale Partei keineswegs ihre entgegengeſetzten politiſchen Anſichten; ſie hält auch die jenem Staate fehlenden geſetzlichen Bürgſchaften der Freiheit und des Fortſchritts keineswegs für erſetzt oder überflüſſig gemacht durch die Vorzüge der Perſönlichkeiten, die daſelbſt an der Spitze der Geſchäfte ſtehen, und ebenſowenig durch den ſtreng geordneten Mechanismus der Verwaltung; allein ſie lebt des ſichern Glaubens, daß der Gang der Ereigniſſe, daß die Bahn materieller Verbeſſerungen, durch deren Verfolgung die preußiſche Politik ſich zum Mittelpunkte der deutſchen Nationalentwickelung gemacht hat, ſie in eine Richtung hineindrängen werde, welche früher oder ſpäter auch eine ausdrückliche Anerkennung freierer Staatsformen herbeiführen müſſe; und dieſe Erwartung macht es ihr leicht, ſich auch mit den dortigen Zuſtänden zu befreunden, welche, wenn ſchon unter ganz anderen Bedingungen entſtanden, als die der übrigen

deutſchen Staaten, und deshalb auch einen ganz anderen Geiſt athmend, doch nicht minder kräftige Elemente zur Förderung der allgemeinen Nationalintereſſen Deutſchlands in ſich tragen.

Dieſe Nationalintereſſen des gemeinſamen Vaterlandes ſind es, welche die nationale Partei überall zunächſt und hauptſächlich in's Auge faßt und als den unverrückbaren Richtpunkt für alle Entſcheidungen politiſcher, ſtaatswirthſchaftlicher und ſocialer Fragen betrachtet. In der beharrlichen Verfolgung dieſes Weges vertritt ſie das Syſtem des Fortſchritts, aber eines beſonnenen, ſtetigen, auf Thatſachen, nicht auf Theorien geſtützten Fortſchritts, eines Fortſchritts, den weder die ungemeſſenen Forderungen eines ideologiſchen Liberalismus, noch die ohnmächtigen Reactionsverſuche eines verſtockten Abſolutismus aus ſeiner ſichern Bahn zu reißen im Stande ſind.

In einem weitern Artikel (im erſten Hefte des zweiten Bandes) führte ich aus, wie Preußen mit ſeiner unzureichenden äußern Macht und ſeiner ungünſtigen geographiſchen Geſtaltung gezwungen ſei, ſeine Stärke theils in einer ſtraffen militäriſchen Zuſammenfaſſung aller Kräfte im Innern, theils in einer Anlehnung an ſeine beiden abſolutiſtiſchen Nachbarmächte, Oeſterreich und Rußland, zu ſuchen, und wie, ſo lange dieſe Umſtände fortdauerten, es nicht leicht zu einer freieren Geſtaltung des preußiſchen Staatsweſens kommen werde. Allein daraus folge nur, daß eine Conſtitutionaliſirung Preußens Hand in Hand gehen müſſe mit einer ſolchen Politik dieſes Staates nach außen, welche durch den Anſchluß der deutſchen Mittel- und Kleinſtaaten an Preußen deſſen Machtſtellung verſtärke.

In der Tagespreſſe ſtand ich mit dieſen Anſichten damals nahezu gänzlich allein, denn die „nationale Politik", welche Friedrich Giehne in ſeiner „Oberdeutſchen Zeitung"

predigte, war zu sehr mit anderweitigen, zum Theil etwas mittelalterlich angehauchten Ideen verquickt, als daß ich darin eine wirkliche Bundesgenossenschaft hätte erblicken mögen.

Ich berühme mich nicht, aber freuen darf ich mich doch, daß ich vom Anbeginn meiner publicistischen Wirksamkeit an — trotz dieses Alleinstehens und trotz aller Anfechtungen, die ich deshalb erleiden mußte — den Weg beharrlich verfolgt habe, welcher als der allein zum Ziele führende später allgemein anerkannt und zuletzt auch praktisch mit so glänzendem Erfolge betreten worden ist.

Erst allmälig gewann der Gedanke einer „preußischen Hegemonie" (wie man es damals kurzweg nannte) durch mehrere selbstständige Schriften, die von Männern in hervorragender socialer oder politischer Stellung ausgingen, größere Geltung und Verbreitung. Die erste Schrift dieser Art war des Herrn von Bülow-Cummerow: „Preußen, seine Verwaltung, seine Verfassung, sein Verhältniß zu Deutschland" (1842). Herr von Bülow-Cummerow war ein Großgrundbesitzer in Pommern, ein als gut königlich und conservativ bekannter Mann, ein Anhänger der ständischen Monarchie und ein Gegner des modernen Constitutionalismus. Er hatte sich sowohl als Schriftsteller wie als Mitglied mehrerer Provinziallandtage durch seine lebhafte Theilnahme an den öffentlichen Zuständen hervorgethan. In dem eben genannten Buche machte er zunächst für das innere Staatsleben Preußens verschiedene, allerdings sehr bescheidene, Reformvorschläge, betonte dagegen ziemlich entschieden die Nothwendigkeit einer engeren Verbindung Preußens mit den deutschen Staaten zweiten Ranges und

deutete ſchüchtern auf die Unvermeidlichkeit eines Fernbleibens Oeſterreichs von dieſer Combination hin.

Allerdings war darin die hegemoniſtiſche Idee in etwas einſeitiger Weiſe (mehr in der Form der bloßen Unterordnung der kleinern Staaten unter Preußen, als der einer gleichberechtigten Nebeneinanderſtellung beider) geltend gemacht; auch ſprachen mich die zum Theil etwas feudaliſtiſch ſchillernden Anſichten des Verfaſſers wenig an: allein die Wichtigkeit eines von ſolcher Stelle ausgehenden Anſtoßes zur Inangriffnahme nicht blos der preußiſchen, ſondern auch der deutſchen Verfaſſungsfrage leuchtete mir ein, und ich beſprach deshalb das Buch alsbald nach dem Erſcheinen des erſten Theils eingehend in zwei längeren Artikeln in meiner Monatsſchrift. Ich ſandte dieſelben an Herrn von Bülow und erhielt darauf mehrere ſehr liebenswürdige Briefe von ihm. In dem erſten derſelben ſchrieb er:

Der Punkt über Hegemonie iſt zwar von Wichtigkeit, aber nur von untergeordneter, und gehört jedenfalls in die zweite Reihe. In der erſten ſteht die ſchwierige Aufgabe, wie durch die Reichsverfaſſung ein nationales Deutſchland zu bilden ſei, wie aus den Unterthanen von unzähligen großen und kleinen ſouveränen Regierungen ein deutſches Volk hervortreten könne, welches nicht in Liedern, Tiſchreden und Zeitungsartikeln beſtehe, ſondern auf dem Grund organiſcher Geſetze ſich im Beſitz aller der Vortheile befinde, welche ein gemeinſames großes Nationalintereſſe erwecken und dadurch eine National-Einheit bewirken. Jetzt und ſo lange dieſer hohe Geſichtspunkt nicht in's Leben gerufen wird, erblicke ich in Deutſchland nur einen Regentenbund ohne Bürgſchaft für die Dauer."

Das Bülow'ſche Werk machte innerhalb und außerhalb Preußens großes Aufſehen. Von Wien aus erſchien in der „Allgemeinen Zeitung" ein halboffizieller ſehr entſchiedener Proteſt gegen die von Bülow-Cummerow ange-

deutete Eventualität eines Ausſchluſſes Oeſterreichs aus Deutſchland, worauf Letzterer in einer öffentlichen Erklärung dieſen Punkt zu mildern ſuchte. König Friedrich Wilhelm IV. zeichnete den Verfaſſer durch eine Einladung zur Tafel aus. Das hinderte aber nicht (es iſt das charakteriſtiſch für die damaligen Zuſtände Preußens!), daß Bülow-Cummerow Grund zu haben glaubte, zu befürchten, die preußiſche Polizei werde den zweiten Theil ſeines Buches, ſobald er erſchienen, confiſciren. Er ſchrieb mir darüber:

Da ich Urſache zu der Beſorgniß hatte, mein Buch würde hier confiſcirt werden, ſo habe ich die hier gedruckten Exemplare im Stich gelaſſen, wohl die erſten, aber nicht die letzten Bogen fertig drucken laſſen und einen zweiten Druck in Jena in größter Eile und unter großer Verſchwiegenheit veranlaßt. Während nun die hieſige Polizei ſich freut, daß ſie das Neſt mit Klein-Vögeln Bülow unter ihrer ſichern Obſervation behält, ſind die Vögel in Sachſen ausgeflogen, und ich glaube, ſie wird ſich unangenehm überraſcht finden, wenn ſie den Spaß, den ich ihr gemacht, erfährt. Ob ſie in dem erſten Aerger zugreifen wird, darüber werden wir wohl in den erſten Tagen mehr erfahren; übrigens iſt der Fall im Buchhandel noch nicht vorgekommen. Der Spaß koſtet mir über 1000 Thaler und wird dem Publikum ein Zeichen ſein, daß es mir nur an der Sache liegt. Uebrigens hoffe ich, daß dieſe factiſche Demonſtration, von mir ausgegangen, vielleicht nach Oben eine Reaction bewirkt.

Ueber die innern Zuſtände Preußens und deren Rückwirkungen auf das übrige Deutſchland äußerte ſich Herr von Bülow-Cummerow in demſelben Briefe folgendermaßen:

Wollten doch die ausgezeichnetſten Schriftſteller in Deutſchland ſich davon überzeugen, daß, ſo lange nicht in Preußen freiſinnige Inſtitutionen feſten Fuß gefaßt haben, das übrige Deutſchland für die ſeinen keine Bürgſchaft beſitzet. Dieſe werden wir aber nicht erhalten, wenn die Ariſtokratie ſich nicht an die Spitze der Bewegung ſetzet; ſie allein — glauben Sie mir! — vermag es, bedeutend ein-

zuwirken, und sie ist aufgeklärt genug, es zu wollen. So lange man in Berlin glaubt, unbedingt auf den ersten Stand rechnen zu können, wird man keinen Schritt weiter gehen, und so lange die Masse des ersten Standes sich durch ganz unverdiente Angriffe bedroht fühlt, wird sie besorgt zaudern, selbst auf solche Fortschritte anzutragen, die sie für gerecht und nützlich hält."

Im Herbst 1843 besuchte ich Herrn von Bülow-Cummerow in Berlin und ward von ihm sehr freundlich aufgenommen. Ein ziemlich bejahrter Mann (er zählte damals 68 Jahre, sah aber älter aus) von aristokratischer Haltung trat mir in violetsammtenem Schlafrock entgegen und lud mich zum Niedersitzen ein. Er sprach auch alsbald gegen mich ganz rückhaltlos seine Ansichten aus; doch entnahm ich diesem Gespräch wie auch dem zweiten Theil seines Buches, daß unsere Wege nur sehr theilweise zusammengingen. So kam es, daß unser schriftlicher Verkehr allmälig lauer ward und zuletzt aufhörte. Bekanntlich hat sich Bülow-Cummerow 1848 an die Spitze jenes „Vereins zum Schutze des Eigenthums" gestellt, den das Volk „das Junkerparlament" nannte. Doch soll ihm unvergessen sein, daß er durch seine Schrift von 1842 einen nicht unwichtigen Beitrag zur Entwickelung des nationalen Gedankens geliefert hat.

Die von Preußen aus herübergereichte Hand ergriffen mit Wärme zwei namhafte liberale Wortführer im übrigen Deutschland. Carl Steinacker, Präsident der braunschweigischen Ständeversammlung, schrieb das Buch: „Ueber das Verhältniß Preußens zu Deutschland" (1842), worin sogar die Möglichkeit berührt ward, daß Preußen, wenn es nicht zuvor durch freiwilligen Anschluß der andern Staaten verstärkt worden sei, einmal in die Lage kommen könne, zu

ſeiner Selbſterhaltung ſolche zu annectiren: Paul Pfizer, der ſchon 1831 (in dem „Briefwechſel zweier Deutſchen“) den Gedanken der preußiſchen Führerſchaft angeregt hatte, gab demſelben jetzt ſtärkeren Ausdruck in ſeinen „Gedanken über Recht, Staat und Kirche“ (1842).

Natürlich fanden alle derartige Stimmen in meiner Monatsſchrift ein ſtarkes Echo. Mit Steinacker kam ich dadurch in nähere Beziehungen, mit Pfizer war ich es ſchon vorher geweſen.

Neben der Pflege des nationalen Grundgedankens ſelbſt widmete ich meine Aufmerkſamkeit auch den nothwendigen praktiſchen Conſequenzen dieſes Gedankens, d. h. den Beſtrebungen für eine einheitlichere Geſtaltung zunächſt derjenigen Verhältniſſe, welche einer ſolchen am dringendſten zu bedürfen ſchienen. So brachte meine Monatsſchrift eine Reihe von Artikeln, die ſich mit Verbeſſerungen der Bundeskriegsverfaſſung und dahin einſchlagenden Fragen beſchäftigten. Ihr Verfaſſer war ein junger Lieutenant in der königl. ſächſiſchen Armee, Herr von Abendroth, der ſeitdem zu hohen militäriſchen Ehren emporſtieg und, nachdem er im Kriege 1870/71 ſich rühmlichſt ausgezeichnet, vor wenigen Jahren ſtarb. Ein höherer badiſcher Juſtizbeamter, Herr von Zentner, lieferte mir eine andere Reihe von Artikeln über die Nothwendigkeit einer einheitlichen deutſchen Juſtizgeſetzgebung. Für Einheitlichkeit des Poſtweſens, für eine gemeinſame Vertretung der deutſchen Handels- und Gewerbeintereſſen im Auslande durch „Zollvereinsconſulen“, für eine Betheiligung der Gewerbetreibenden an den Zollvereinsconferenzen („Zollparlament“ nannte man dies damals) und ähnliche nationale Anliegen, die wir heut zu Tage,

dem Himmel sei Dank, insgesammt entweder befriedigt oder doch ihrer Befriedigung nahe gebracht sehen, trat ich ebenfalls lebhaft ein.

Diese letztgenannten Fragen volkswirthschaftlicher Natur wurden damals mit einer wahrhaft erstaunenswerthen Rührigkeit, Zähigkeit und Entschiedenheit in der Presse behandelt von dem geistvollen Verfasser des (1842 erschienenen) „Nationalen Systems der politischen Oekonomie", Friedrich List. Seine schutzzöllnerischen Ansichten vermochte ich nicht zu theilen (obschon dieselben in viel großartigerem Wurfe und doch auch wieder mit mehr Mäßigung auftraten, als die vieler unserer heutigen Schutzzöllner — u. A. erklärte sich List entschieden gegen jede Art von Belastung der ersten Lebensbedürfnisse); allein seine unermüdliche Agitation für große nationale Interessen, z. B. für eine gemeinsame deutsche Handelsflagge, eine deutsche Kriegsflotte, deutsche Colonien u. s. w., erregten meine lebhafte Sympathie. Obschon ich sein Buch nur theilweise zustimmend, theilweise ablehnend besprochen hatte, wagte ich doch, ihn um Beiträge zu meiner Monatsschrift in jener nationalen Richtung zu bitten. Seine Antwort ist bezeichnend für die Eigenthümlichkeit des Mannes. Er schrieb:

Ew. Wohlgeboren werden mir vielleicht mein Stillschweigen auf Ihre ehrenvolle Einladung zur Mitwirkung für Ihre Zeitschrift zu Gute halten, wenn ich Ihnen sage, daß ich in Folge eines schweren Beinbruches ganz arbeitsunfähig geworden bin und jetzt erst anfange, wiederum aufzuleben. Nachdem ich die allernöthigsten Rückstände beseitigt haben werde, werde ich wohl Zeit gewinnen, für Ihre Zeitschrift Einiges zu bearbeiten, im Fall Sie es noch wünschen sollten. Auch würde ich gerne Gelegenheit nehmen, davon in der Allgemeinen Zeitung zu sprechen, wenn ich nur im Besitz Ihrer Schrift wäre.

Bis jetzt habe ich ſie weder hier noch in München finden können. Aus den Inhaltsanzeigen erſehe ich, daß auch des „Nationalen Syſtems der politiſchen Oekonomie“ darin Erwähnung geſchieht. Ob für oder wider, weiß ich nicht, hat auch im Ganzen nichts zu ſagen. Nächſt dem, daß man meiner Schrift einige Anerkennung widerfahren läßt, liebe ich am meiſten, daß man dagegen opponirt. Dieſes Heft zu ſehen, wäre ich beſonders begierig. Haben Sie irgend einen Wunſch, daß dieſer oder jener Gegenſtand von mir behandelt werde, ſo bitte ich, ihn auszuſprechen.

Vierzig Jahre ſpäter, 1883, ſtand ich an dem Grabe Liſts auf dem kleinen Friedhofe zu Kufſtein. Bekanntlich hatte der geniale, aber in ſeinen Unternehmungen nicht glückliche Mann, verdüſtert durch ſeine Mißerfolge, von der ſchutzzöllneriſchen Partei, der er durch ſeine Schriften ſo große Dienſte geleiſtet, nicht nachhaltig unterſtützt, ſich auf einer Reiſe in Tyrol 1847 an jenem Orte durch einen Piſtolenſchuß das Leben genommen. Dem Todten hat man einen verſpäteten Dank abgeſtattet in der (faſt etwas zu pomphaften) Inſchrift auf dem Grabſteine: „Deutſchlands Liſt“ und in einem in ſeiner Vaterſtadt Reutlingen ihm geſetzten Denkmal.

Wenn ich ſolchergeſtalt mit vielen der beſten Männer jener Zeit mich im Einklange wußte, ſo hatte ich dagegen von anderen Seiten fortwährend die heftigſten Anfeindungen zu beſtehen. Doch ließ ich mich dadurch in meinen Beſtrebungen nicht irre machen. Beim Beginn des zweiten Jahrganges meiner Monatsſchrift vertheidigte ich den von mir vertretenen Standpunkt einer nationalen und praktiſchen Politik in einem Leitartikel, aus dem Nachſtehendes mitzutheilen mir geſtattet ſein möge:

Wir ſind von einem doppelten Standpunkte aus angegriffen worden, vom conſtitutionellen und vom philoſophiſch-radicalen. Die

conſtitutionelle Partei hat unſere Annäherung an Preußen uns zum Vorwurf gemacht, hat uns angeklagt, daß wir den conſtitutionellen Fortſchritt in den einzelnen Staaten über dem Streben nach nationaler Einheit des ganzen Deutſchlands vergäßen. Die radicale Partei wirft uns vor, wir ſtänden nicht auf der Höhe der politiſchen Zeitbewegung, weil wir den Weg eines ruhigen, allmäligen Fortſchritts gehen, weil wir immer nur nach dem zunächſt Nothwendigen und Erreichbaren ſtreben, weil wir nicht Theorien aufſtellen, ſondern praktiſch zu wirken ſuchen. Beide Parteien beſchuldigen uns gemeinſam, wir vernachläßigten über dem Eifer für die materiellen Intereſſen die höheren, idealen Zwecke der politiſchen Freiheit und des geiſtigen Fortſchritts.

Was den erſten dieſer Vorwürfe betrifft, den Vorwurf, als verriethen wir die Selbſtſtändigkeit der kleinen deutſchen Staaten und den Fortſchritt des conſtitutionellen Lebens durch unſere Parteinahme für einen engeren Anſchluß dieſer Staaten an Preußen, ſo haben wir die große Genugthuung, die Wahrheit dieſes Gedankens nun ſchon von den Stimmführern der conſtitutionellen Partei ſelbſt anerkannt und öffentlich ausgeſprochen zu ſehen. (Hier nahm ich Bezug auf die Werke von Steinacker und Pfizer.) Wenn alſo die conſtitutionelle Partei in der Annäherung an Preußen einen Verrath an der conſtitutionellen Freiheit erblickt, ſo möge ſie dieſes Verraths nur zu allererſt ihre eigenen Führer anklagen.

Man wirft uns vor, wir vernachläßigten über dem Eifer für die materiellen Intereſſen die dringendere Sorge für die ideellen, für die Freiheit und den geiſtigen Fortſchritt der Nation, und arbeiteten dadurch einer Partei in die Hände, deren Streben eben dahin gehe, die Nation durch Gewährung materieller Vortheile ihrer höheren Intereſſen, ihrer Freiheiten und Rechte vergeſſen zu machen. Dieſer Vorwurf der Verfaſſungsfreunde läßt uns ebenſo ruhig, wie jene angeblichen geheimen Pläne der Verfaſſungsfeinde. Denn, ſo gewiß wir überzeugt ſind, daß dieſe letzteren ſich in ihren eigenen Schlingen fangen und uns ſelbſt zur Erreichung deſſen behilflich ſein müſſen, was ſie uns entziehen wollen, ſo gewiß vertrauen wir auch darauf, daß die Zukunft die Richtigkeit unſerer Berechnungen und die Lauterkeit unſerer Abſichten in's hellſte Licht ſtellen werde.

Schon die Gegenwart legt Zeugniß für uns ab. Denn ſeit wann iſt das Volksbewußtſein in Deutſchland ſo lebendig, der Drang nach freien Inſtitutionen, nach Oeffentlichkeit in allen Gebieten des Staatslebens, nach umfaſſenden Verbeſſerungen in der Geſetzgebung und der Rechtspflege, nach Abſchüttelung des auf uns laſtenden Jochs der Beamtenherrſchaft und Bevormundung mit ihrer Heimlichkeit und ihrem Pochen auf Allweisheit, ſeit wann iſt dieſer Drang ſo allgemein und unwiderſtehlich geworden, daß ſelbſt die Regierungen ihm ein Zugeſtändniß nach dem andern machen müſſen? Was hat den Geiſt der Einheit im deutſchen Volke erzeugt und genährt? Was hat uns wieder zu einer Nation im vollen Sinne des Wortes gemacht, zu einer Nation, die ſich ihrer großen politiſchen und culturgeſchichtlichen Aufgaben bewußt iſt, die nicht blos dem Auslande, ſondern auch ihren eigenen Machthabern Achtung gebietend gegenüber zu treten vermag? Der kräftige Aufſchwung unſerer materiellen Intereſſen iſt es, welcher im deutſchen Volke das Gefühl der Selbſtſtändigkeit nach außen und im Innern, das Gefühl geſunder Kraft und den davon unzertrennlichen Trieb nach dem freien Gebrauche dieſer Kraft wieder lebendig gemacht, welcher den politiſchen Reformbeſtrebungen einen größeren Nachdruck, den politiſchen Ideen eine weitere Verbreitung und einen feſteren Boden in der Maſſe der Nation verſchafft hat, als alle Theorien dies zu thun vermochten. Fern ſei es von uns und iſt es ſtets geweſen, die Beſtrebungen der conſtitutionellen Partei für Erringung freierer Formen des öffentlichen Lebens gering zu achten oder ihnen unſere Unterſtützung zu verſagen! Man ſchlage die Hefte der Monatsſchrift auf, und man wird überall ſehen, wie wir unermüdet und ungeſcheut für den Fortſchritt des politiſchen Lebens in allen deutſchen Staaten, für Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege, für größere Theilnahme des Volkes an den Angelegenheiten ſeines Gemeinweſens, gegen das Syſtem der Bevormundung und der Heimlichkeit der Verwaltung, gegen die Bedrückung der Preſſe und gegen jede Beeinträchtigung conſtitutioneller Rechte unſere Stimme erhoben haben. Wir haben auch keineswegs über der Freude an dem wachſenden Wohlſtand und den induſtriellen Fortſchritten Deutſchlands die höheren Anſprüche des Geiſtes vergeſſen

oder uns durch die Sorgfalt, womit die Regierungen dieſe Intereſſen pflegen, dazu verleiten laſſen, den Forderungen auf eine freiere Geſtaltung des Staatslebens zu entſagen. Allein die politiſche Bewegung in Deutſchland hat ſich faſt allzulange vorzugsweiſe nur in den Bahnen der Theorie umhergetrieben: es ſchien uns dringend nothwendig, ſie auf einen feſteren Boden zu verſetzen, ſie mit praktiſcheren, ſtoffigeren Elementen zu durchdringen und ihr dadurch zugleich einen größeren Nachdruck und eine weitere Verbreitung in der Maſſe des Volkes zu geben.

Die philoſophiſche Partei kann es uns nicht vergeben, daß wir dem ſpeculativen Radicalismus unſere Unterſtützung verſagt, daß wir den Anſpruch, den er macht, an der Spitze unſerer ganzen Culturentwickelung zu ſtehen, nicht anerkannt haben. Die philoſophiſche Partei will uns ſogar das Prädikat des „Nationalen“ entziehen und erklärt uns geradezu für undeutſch, weil wir die Eigenthümlichkeit des deutſchen Geiſtes, dem nun einmal eine ſolche ideale Richtung, ein ſolcher tiefer Zug nach dem Metaphyſiſchen und Transcendenten innewohne, gewaltſam zu zerſtören, ihn zur Nachahmung einer ihm fremden und entgegengeſetzten Richtung zu zwingen ſuchten.

Wir müſſen gegen dieſe Auffaſſung des Begriffs von Nationalität proteſtiren. Wenn die nationale Richtung einer Partei oder eines Schriftſtellers nur darin geſucht wird, daß derſelbe alle die „Eigenthümlichkeiten“, welche der Nationalcharakter angenommen hat, gut heiße und unterſtütze, auch wenn er ſie für Abweichungen von der wahren Beſtimmung der Nation erkennt, ſo heißt dies, dem Schriftſteller die Rolle jener falſchen Freunde anweiſen, welche den Fehlern ihres Freundes ſchmeicheln und ihn darin beſtärken, ſtatt ſie zu bekämpfen.

Iſt denn wirklich jener metaphyſiſche Hang dem Deutſchen ureigen? Thun wir denn wirklich ſeinem urſprünglichen, angeborenen Charakter Gewalt an, indem wir ihn auf die Bahn materiellen Fortſchritts, dieſen allgemeinen Kampfplatz der Nationen in unſerer Zeit, hinzudrängen ſuchen? Die Geſchichte ſagt: Nein! Sie lehrt uns, daß in früheren Jahrhunderten der deutſche Geiſt die Richtung, die wir ihm jetzt wieder geben wollen, lange Zeit mit Ausdauer

und Kraft verfolgt hat; ſie weiſt auf die Herrſchaft der Meere hin, in deren Beſitz Deutſchland ſchon einmal, durch die Macht ſeiner Hanſa, geweſen; ſie zeigt uns, wie nur in Folge unſeliger politiſcher und religiöſer Verwirrungen dieſe Macht gebrochen ward, wie die innere Zerſpaltung des Reichs das Nationalbewußtſein ſchwächte und zuletzt gänzlich unterdrückte, und wie der deutſche Geiſt durch die entſtandene Leere zu anderen Intereſſen hingedrängt wurde, um durch ſie dieſe Leere auszufüllen.

Die philoſophiſche Partei ſpricht von einer „weltgeſchichtlichen Miſſion“ der Deutſchen, die ſie auf die „Arbeit des philoſophiſchen Gedankens“ hinweiſe. Wie muß der nüchterne, praktiſche Engländer lächeln, wenn er hört, wie eine große und kräftige Nation ſich ſelbſt zur Unthätigkeit, zum müßigen Zuſchauen bei dem heißen Wettkampf verdammt, der unter den Nationen Europas entbrannt iſt und deſſen Ausgang über die Stellung und Geltung einer jeden derſelben und auch der unſeren, vielleicht auf Jahrhunderte hinaus, entſcheiden wird!

Nein! es iſt jetzt keine Zeit zum müſſigen Speculiren, jetzt, wo die wichtigſten Intereſſen Deutſchlands auf dem Spiele ſtehen, wo es ſich darum handelt, ob wir wieder als eine einige, mächtige, geachtete Nation in den Congreß der Völker eintreten, oder ob wir abermals — und dann vielleicht auf immer — in unſere frühere Ohnmacht und Zerriſſenheit zurückfallen ſollen. Jetzt gilt es, alle Kräfte aufzubieten, alle Klaſſen des Volks bei der großen Nationalſache zu betheiligen, alle Thätigkeit auf den einen Punkt zu richten: *Ausbau des politiſchen Organismus Deutſchlands im Innern, Befeſtigung und Erweiterung ſeiner äußeren Macht durch Kräftigung des praktiſchen Sinnes und des Unternehmungsgeiſtes im Volke.* Dies iſt das Ziel, welches der Gang unſerer Nationalentwickelung und der Gang der allgemeinen Weltereigniſſe uns verzeichnet; dies iſt das Ziel, welches auch wir bisher verfolgt haben und fernerhin verfolgen werden! Und ſo ſchreiben wir getroſt auch im neuen Jahre das Wort: *Nationaleinheit* auf unſere Fahne, denn unter dieſem Zeichen müſſen wir ſiegen.

Siebentes Capitel.

Schwächerwerden der Hoffnungen auf Preußen. — Scheinbares Erwachen Oesterreichs. — Stellung meiner Monatsschrift zu diesen beiden Erscheinungen.

Die Hoffnungen der deutschen Patrioten auf Preußen waren, kaum aufgetaucht, schon sehr bald wieder in sich zusammengesunken. Nicht allein, daß von der preußischen Regierung nichts geschah, um eine Neugestaltung der deutschen Verhältnisse, wie sie als ebenso nothwendig, wie durch die Zeitumstände näher gerückt erschien, irgendwie vorzubereiten oder anzubahnen, so nahmen auch die Dinge im Innern Preußens einen Verlauf, der für eine Annäherung der constitutionellen Staaten an Preußen so ungünstig wie nur möglich war. Die Wünsche nach Einführung von Reichsständen waren durch die entschiedene, fast schroffe Ablehnung, die sie seitens des Königs erfuhren, zum Schweigen gebracht; die Presse unterlag — nach einem kurzen Traum größerer Freiheit — wieder den ärgsten Verfolgungen; die Anhänger mittelalterlich-feudaler Ideen gewannen in der Umgebung Friedrich Wilhelms IV., des „Romantikers auf dem Throne", mehr und mehr Einfluß, während die echten Freunde Preußens, die fein und Deutsch-

lands Heil von einer richtigen Würdigung der Zeitbedürfnisse erhofft hatten, sich verstimmt und verzweifelnd zurückzogen.

Schon 1843, also kaum drei Jahre nach dem Thronwechsel, war dieser Rückschlag in Preußen nicht mehr zweifelhaft.

Gerade um diese Zeit gewann es das Ansehen, als sollte in dem, unter dem Drucke Metternich'scher Zwingherrschaft scheinbar völlig erstarrten, von den deutschen Patrioten längst aufgegebenen Oesterreich eine politische Bewegung erwachen.

Zu Anfang des Jahres 1843 erschien eine Schrift: „Oesterreich und seine Zukunft", welche sofort das größte Aufsehen erregte. Sie war in Hamburg und zwar ohne den Namen des Verfassers erschienen — beides die natürliche Folge der damaligen Preßverhältnisse Oesterreichs. Die öffentliche Meinung suchte den Verfasser mit richtigem Instincte in den Kreisen der höheren Gesellschaft, und der und jener klangvolle aristokratische Name ward genannt. Erst später erfuhr man, wer der Verfasser sei. Es war allerdings ein durch Geburt und Besitz hervorragender, jedoch bis dahin noch kaum öffentlich genannter, jüngerer Mann, ein Baron Andrian-Warburg, Großgrundbesitzer in Steiermark. So hatte auch Oesterreich seinen Bülow-Cummerow gefunden. Mit Letzterem hatte der Verfasser von „Oesterreich und seine Zukunft" das gemein, daß auch er zunächst nur eine zeitgemäße Reform, insbesondere aber (was in Oesterreich vor Allem noth that) eine moralische Reinigung des Verwaltungsorganismus, sowie eine größere Freiheit der Presse verlangte, erst in zweiter Linie und allmälig Verfassungsänderungen. Ueber das Verhältniß Oesterreichs

zu Deutſchland beobachtete er ein vorſichtiges Schweigen; nur empfahl er den öſterreichiſchen Staatsmännern, die bisherige Politik der theilnahmeloſen Zurückhaltung von den Bewegungen und Beſtrebungen im übrigen Deutſchland aufzugeben.

Ich habe den Baron Andrian 1848 im Frankfurter Parlamente kennen gelernt, habe ihm ſogar, da wir Beide Mitglieder des Directoriums waren, er zweiter Vicepräſident (wozu er hauptſächlich im Angedenken an jene Schrift gewählt wurde), ich damals Schriftführer, perſönlich näher-geſtanden. Seine tüchtige und ehrliche Geſinnung trat mir bei dieſem perſönlichen Verkehr in wohlthuender Weiſe entgegen; dagegen erſchien er mir und Andern nicht eigentlich bedeutend. Auch that er ſich im Parlamente in keiner Weiſe hervor, ſo daß wohl hier und da der Zweifel laut wurde: ob er denn wirklich der Verfaſſer jener epochemachenden Schrift ſein könne. Baron Andrian ward von der proviſoriſchen Centralgewalt zum Vertreter Deutſchlands in London ernannt und verblieb dort bis zum Frühjahr 1849. Er kam von da nach Frankfurt zurück gerade im Momente jener heftigen Kriſis, welche die ſogenannte „öſterreichiſche Frage", d. h. die Frage nach der künftigen Stellung Oeſterreichs zu Deutſchland, im Parlamente hervorrief. Hier bethätigte Baron Andrian nicht blos einen klaren Blick, ſondern auch einen feſten und unabhängigen Charakter. In einem „Offnen Brief an ſeine Wähler" ſprach er ſich entſchieden und rückhaltlos im Sinne des ſog. „Gagern'ſchen Programms" aus, d. h. dafür, daß Oeſterreich, da es die ſtaatsrechtliche Einheit ſeiner deutſchen mit ſeinen nichtdeutſchen Ländern nicht aufheben wolle

und könne, auf die Stellung eines organiſchen Theils des zu ſchaffenden deutſchen Bundesſtaates verzichten und ſich damit begnügen müſſe, mit dieſem Bundesſtaate in möglichſt engem Verbande zu bleiben. Er ſelbſt entſagte ſeinem Mandat als öſterreichiſcher Abgeordneter zum deutſchen Parlament, weil, wie er richtig bemerkte, die Oeſterreicher, da ſie an der künftigen Verfaſſung Deutſchlands keinen Antheil haben könnten, auch bei der Schaffung derſelben nicht mitwirken dürften.

So ehrenwerth dies Alles war und ſo ſehr es für Andrians politiſche und ſtaatsmänniſche Begabung, ſowie für die Lauterkeit ſeines Charakters ſprach, ſo zeigte ſich doch bei eben dieſer Gelegenheit, wie wenig Einfluß er auf ſeine Landsleute beſaß und wie wenig er zu einem politiſchen Führer geſchaffen war. Getreu ſeinen ausgeſprochenen Anſichten, ging er von Frankfurt fort, aber kaum einer oder zwei ſeiner Landsleute folgten ihm; die übrigen ſetzten, direct entgegen dem, was Andrian ihnen empfohlen hatte, den unedlen Kampf für Verſtümmelung des deutſchen Verfaſſungsentwurfes fort, um dieſen entweder den Wünſchen ihrer Regierung anzupaſſen, oder aber ſcheitern zu machen.

Baron Andrian iſt ziemlich früh (irre ich nicht, gegen Ende der 50er Jahre) geſtorben, hat alſo die neueren Wandlungen in den Verfaſſungszuſtänden ſeines öſterreichiſchen Vaterlandes ſowie des geſammten Deutſchlands nicht mehr erlebt.

In Oeſterreich brachte das Andrian'ſche Buch eine ſtarke Erregung unter allen nur etwas freier Denkenden hervor. Es ward das Signal zu einer ganzen Flut von

Reformſchriften theils in ähnlichem, theils (wie das zu gehen pflegt) in viel extremerem Sinne.

Wie dieſe Schriften, um nur erſcheinen zu können, in's Ausland flüchten mußten, ſo mußten auch ausländiſche Zeitſchriften zur Verbreitung der neuen Reformideen in Oeſterreich dienen.

Neben Kurandas „Grenzboten", die in Leipzig erſchienen und ſich gewiſſermaßen principiell (Kuranda war Oeſterreicher) für ein Organ der Vermittelung zwiſchen Deutſchland und Oeſterreich erklärten, war es vorzugsweiſe meine Monatsſchrift, welche von dem liberalen Jung-Oeſterreich gern und viel aufgeſucht wurde. Bei dem ſelteneren Erſcheinen der Monatsſchrift war es eher möglich, dieſe, als ein öfter erſcheinendes Blatt, durch die ſchwarz-gelben Geiſtesſchranken der öſterreichiſchen Preßpolizei hindurch zu ſchmuggeln. Sogleich einer der erſten Beiträge, die ich von Wien aus erhielt, trat direct in die brennende Frage des Verhältniſſes Oeſterreichs zum übrigen Deutſchland ein. Der Verfaſſer ging von der, freilich unzutreffenden, Meinung aus: das einzige Hinderniß eines engeren Anſchluſſes Oeſtereichs an Deutſchland beſtehe in der Weigerung der öſterreichiſchen Regierung, Verfaſſungsformen, ähnlich denen der anderen deutſchen Staaten, bei ſich einzuführen. Er ſuchte nun nachzuweiſen, daß Oeſterreich für Verfaſſungszuſtände gar wohl geeignet ſei, ja daß gerade ein Kampf der in Oeſterreich neben einander wohnenden Stämme am Erſten durch eine liberale Verfaſſung für Alle vermieden werden könne.

Wie immer man über die Richtigkeit oder Unrichtigkeit ſolcher und ähnlicher von den liberalen Oeſterreichern entwickelten Anſichten und die darauf hin gemachten Vor-

ſchläge rückſichtlich des Verhältniſſes Oeſterreichs zu Geſammtdeutſchland denken mochte — für die deutſche Preſſe war es ſchwer, ſolchen Stimmen aus dem ſtammverwandten und ſtaatsrechtlich zu Deutſchland gehörigen Oeſterreich ſich gänzlich zu verſchließen, zumal in einem Momente, wo jede Hoffnung auf Verwirklichung des Gedankens einer Einigung Deutſchlands durch Preußen ſo gut wie verſchwunden ſchien. Wenn auch ich meine Monatsſchrift manchem der zahlreich an mich gelangenden Beiträgen ſolcher Art aus Oeſterreich öffnete, ſo leitete mich dabei vielleicht auch noch die ſtille Hoffnung, die preußiſchen Staatsmänner könnten möglicherweiſe durch eine Hinwendung der öffentlichen Meinung Deutſchlands zu Oeſterreich die Gefahren inne werden, welche für Preußen darin lagen, daß dieſes ſo gar nichts für die Befriedigung dringender Wünſche der Nation that. Daß ich bei all meiner Antheilnahme an der — wirklichen oder ſcheinbaren — lebhafteren Bewegung in Oeſterreich doch das von Haus aus verfolgte Ziel: Annäherung an Preußen, nicht aus den Augen verlor und zu nichts die Hand bot, was den Weg nach dieſem Ziele hätte verſchütten können, mögen die folgenden Stellen aus dem Eingangsartikel zum Jahrgang 1844 meiner Monatsſchrift bezeugen:

Die Monatsſchrift hat ſich ſogleich bei ihrem Auftreten entſchieden zur Vertreterin der Anſicht gemacht, welche die Wiedervereinigung der getrennten deutſchen Staaten zu einem kräftigen Ganzen und die gleichmäßige Entwickelung ihrer inneren Verfaſſungszuſtände lediglich von einem entſchloſſenen Vorangehen Preußens erwartete und in dieſer Vorausſetzung der anderen deutſchen Großmacht eine Stellung angewieſen zu ſehen wünſchte, durch welche dieſelbe zwar in enger Verbindung mit Deutſchland, doch ohne eine di-

recte Wechſelbeziehung zu deſſen inneren politiſchen und commerziellen Verhältniſſen ſtehen möchte. Auch jetzt noch können wir uns von dem Gedanken nicht trennen, daß jene Combination, welcher der Zollverein als eine beſtehende Thatſache zur Baſis dient, für die Entwickelung unſerer Verfaſſungszuſtände wie für die Herſtellung einer kräftigen und durch die Gleichartigkeit ihrer inneren Elemente ſtarken Einheit der deutſchen Staaten die ſicherſten Bürgſchaften und das bereiteſte Mittel geboten haben würde. Allein von Seiten der Macht, welche allein dieſen Gedanken zur Wahrheit machen konnte, geſchah nichts für ſolchen Zweck; die ihr zugekehrten Hoffnungen der deutſchen Völkerſchaften ſahen ſich auf's Neue durch den Mangel einer offenen und entſchiedenen Fortſchrittspolitik in Preußen getäuſcht und wandten ſich entmuthigt von jener Anſicht ab. Gerade um dieſe Zeit begann in Oeſterreich jene Bewegung, von der wir oben ſprachen, und lenkte mit einem Male wieder die Augen aller deutſchen Stämme auf den alten Kaiſerſtaat hin, der ſo lange Zeit hindurch der berufene Vertreter der deutſchen Nation geweſen war. Auch wir glaubten, unſer Blatt dieſer neuen Strömung der politiſchen Sympathien Deutſchlands nicht verſchließen zu dürfen. Wir hielten es für eine heilige Pflicht, unſern Brüdern in Oeſterreich zu zeigen, wie freudig wir ihre Anſtrengungen, an der allgemeinen politiſchen Entwickelung Deutſchlands Theil zu nehmen, anerkennen, wie gern wir bereit wären ſelbſt mit Aufopferung anderer Wege, die uns ſchneller zum Ziele zu führen ſchienen, unſere Zuſtände mit den ihrigen in Einklang zu ſetzen, ſobald wir nur die Ausſicht hätten, daß wir dadurch nicht zum ewigen Stillſtande oder gar zum Rückgange verurtheilt würden.

Aus dieſem Geſichtspunkte werden wir fortfahren, der Bewegung der politiſchen Ideen in Oeſterreich, die ſich bereits nicht allein der öffentlichen Meinung, ſondern theilweiſe ſelbſt der beſtehenden ſtändiſchen Körperſchaften bemächtigt hat, unſere volle Aufmerkſamkeit zu ſchenken und unſere Zeitſchrift zum Organe der Verbreitung und Beleuchtung dieſer Fortſchrittsideen zu machen. Wir werden jeder auftauchenden Hoffnung einer Annäherung zwiſchen Oeſterreich und dem übrigen Deutſchland unſere ganze Anerkennung zollen und ſelbſt die Mittel und Wege einer ſolchen allmäligen Verſchmelzung der beiderſeitigen Intereſſen aufſuchen helfen. Auf der andern Seite

jedoch ſoll uns dieſe, immerhin unſichere und mindeſtens ſehr entfernte Ausſicht auf eine dereinſtige Ausgleichung und Verſchmelzung unſerer und der öſterreichiſchen Intereſſen nicht zum vorſchnellen Aufgeben deſſen verleiten, was wir bereits beſitzen. Wir werden uns daher den Anmuthungen derer aus allen Kräften widerſetzen, die zu wünſchen ſcheinen, daß der Zollverein ſich auflöſe und in die allgemeine Einheit des Bundes verfließe; wohl aber werden wir jeder Maßregel das Wort reden, welche dienen kann, eine Annäherung zwiſchen dem Zollvereine und Oeſterreich herbeizuführen. Wir werden einen geſteigerten politiſchen Einfluß Oeſterreichs auf das übrige Deutſchland ſo lange um keinen Preis wünſchen können, als nicht eine wirkliche Veränderung in dem politiſchen Syſteme des Kaiſerſtaats vorgegangen iſt; wir werden daher — da ein Einfluß der größeren Bundesſtaaten auf die kleineren doch nicht zu vermeiden iſt — ein Ueberwiegen der preußiſchen Macht vor der öſterreichiſchen in Deutſchland in demſelben Maße leichter ertragen, in welchem der preußiſche Staat, ſeinen Verfaſſungs- und Verwaltungszuſtänden nach, den kleineren Staaten bereits näher ſteht, als der öſterreichiſche; allein wir werden dabei niemals vergeſſen, daß ein beträchtlicher Theil der Angehörigen jenes Kaiſerſtaates unſere Stammesgenoſſen ſind und daß nur durch ein engeres Anſchließen der deutſchen Elemente in Oeſterreich an das Ganze der deutſchen Nation dieſelben vor der Erdrückung durch die übermächtigen ſlaviſchen und magyariſchen Elemente bewahrt werden können.

Der Anlauf, den man in Oeſterreich zu freiheitlichen Geſtaltungen und zu einer damit verbundenen engeren Annäherung an Deutſchland ſcheinbar genommen, war von kurzer Dauer, von viel kürzerer, als der in Preußen. Fürſt Metternich mag wohl mit kühlſtem Lächeln auf den „Sturm im Glaſe Waſſer“ herabgeſehen haben, als welchen dieſe ganze Bewegung ſich auch minder genauen Kennern der öſterreichiſchen Verhältniſſe gar bald darſtellte. Die anſcheinende Betheiligung der böhmiſchen und niederöſterreichiſchen Stände hörte wieder auf, kaum daß ſie be-

gommen: in [illegible]ntlichen Volke regte es ſich ſo gut wie gar nicht, und ſo verpuffte nach kurzer Zeit die liberale Erregung, die ſich einiger Kreiſe bemächtigt hatte, theils in einer zwar umfangreichen, aber innerlich meiſt haltloſen und nach außen ohnmächtigen Reformliteratur, theils in einigen kecken poetiſchen Freiheitsklängen, die ebenſo wenig etwas an dem Beſtehenden zu ändern vermochten.

Achtes Capitel.

Gründung einer Wochenschrift „Der Herold".

Im Herbst 1844 gründete ich eine zweite Zeitschrift neben meiner Monatsschrift, den „Herold, Wochenschrift für Politik, Literatur und öffentliches Gerichtsverfahren". Die immer lebhafter werdende Tagesdebatte machte es mir wünschenswerth, in dieselbe öfter und nachdrücklicher eingreifen zu können, als dies mittelst der, nur in längern Zwischenräumen erscheinenden, Monatsschrift möglich war. Zugleich aber hatte ich dabei noch einen besonderen Zweck im Auge, den ich auf dem Titel des „Herold" durch die letzten beiden Worte kennzeichnete. Die Frage der Verwandlung des geheimen Inquisitionsverfahrens im Strafprocesse in ein mündliches und öffentliches war damals an der Tagesordnung. Seit dem Anfange der 40er Jahre hatten mehrere deutsche Ständeversammlungen sich damit lebhaft beschäftigt, am lebhaftesten die sächsische. Die sächsische Wahlkammer hatte mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Majorität sich für das mündliche und öffentliche Verfahren erklärt. Als die Regierung dennoch nicht nachgab, beschlossen die Freunde der Oeffentlichkeit, dem

Votum der Kammer dadurch einen größeren Nachdruck zu geben, daß ſie Material ſammelten zur Bekräftigung der Vorzüge dieſes Verfahrens. Durch das ganze Land wurden Sammlungen veranſtaltet für eine Reiſe, welche der Referent der Zweiten Kammer in dieſer Angelegenheit, Advocat Braun, in die Länder des öffentlich-mündlichen Verfahrens, an den Rhein, nach Belgien, nach Frankreich, unternehmen ſollte. Braun unternahm dieſe Reiſe auch wirklich, aber auf eigene Koſten (obſchon die Sammlungen ein ganz erkleckliches Reſultat geliefert hatten), und veröffentlichte dann einen Bericht, worin er die von ihm gemachten Beobachtungen zuſammenſtellte. Zur Unterſtützung eben dieſer Beſtrebungen wollte ich nun in meinem „Herold“ regelmäßig über intereſſante Verhandlungen nach dem öffentlichen Verfahren Bericht erſtatten, theils um dieſes Verfahren in allen ſeinen Einzelheiten auch denjenigen deutſchen Ländern, wo es nicht beſtand, bekannt zu machen, theils um die Vortheile zu veranſchaulichen, welche aus der Mündlichkeit und Oeffentlichkeit der Proceßverhandlungen für eine leichtere und ſicherere Ermittelung der Wahrheit entſprängen. Es gelang mir, einen jungen rheiniſchen Juriſten, Dr. Creizenach (einen Bruder des bekannten Dichters und Literarhiſtorikers) für die Redaction dieſes Theils meiner Wochenſchrift zu gewinnen, und ſo habe ich eine ziemliche Reihe ſolcher Berichte in derſelben veröffentlicht.

Um das Blatt auch breiteren Schichten des Publikums ſchmackhaft zu machen, erſchien der „Herold“ während des erſten Vierteljahres mit einem belletriſtiſchen Feuilleton. Zuſagen zu Beiträgen dafür hatte ich von einer Anzahl namhafter Schriftſteller erhalten, ſo von

Adalbert Stifter, Lewald, Rellſtab, Duller, Bechſtein, Ed. v. Bülow, M. Hartmann, Th. Mügge, Walesrode, Schuſelka u. A. B. Auerbach, den ich auch um ſolche angegangen, lehnte bedauernd ab, weil, wie er ſchrieb, ſeine Zeit theils durch größere Productionen, theils durch ſeinen „Gevattersmann“ zu ſehr in Anſpruch genommen ſei, und er nicht gern etwas verſpreche, was er nicht ſicher ſei halten zu können. Leider ließen es die Anderen faſt durchweg bei bloßen Verſprechungen bewenden, und ſo gerieth ich mit meinem Feuilleton in Verlegenheit. Auch war damals die Verbreitung politiſcher Blätter mit belletriſtiſchen Beigaben weitaus nicht in gleichem Maße Mode wie heute; ja manche ernſtere Freunde des „Herold“ nahmen Anſtoß daran, daß der politiſche Text verkürzt werde einem Feuilleton zu Liebe. So ließ ich Letzteres nach Schluß des Jahres 1844 fallen.

Anlangend den politiſchen Inhalt des „Herold“, ſo ſtellte ſich ganz von ſelbſt eine Art von Arbeitstheilung zwiſchen ihm und der Monatsſchrift her. Die Letztere enthielt mehr eingehende Betrachtungen über allgemeine Fragen, der Erſtere mehr kurze Bemerkungen über einzelne Vorkommniſſe im öffentlichen Leben; jene beſchäftigte ſich vorwiegend mit den gemeinſamen deutſchen Intereſſen, dieſer vorwiegend mit den Zuſtänden der einzelnen deutſchen Staaten. Dieſe Einzelzuſtände traten in demſelben Maße wieder mehr in den Vordergrund und gewannen an Bedeutung, in welchem die nationale Bewegung infolge des Rückſchlags in Preußen an Stärke verlor. So geſtaltete ſich der „Herold“ allmälig zu einer Art von Sprechſaal für die verſchiedenen deutſchen Länder, und kaum eins

von dieſen gab es, das nicht darin vertreten geweſen wäre — ſei es durch Berichterſtattungen und Beſprechungen ſeitens berufsmäßiger Correſpondenten, ſei es durch freiwillige Zuſendungen aus der Mitte des Landesangehörigen. Jene wie dieſe Beiträge enthielten meiſt Klagen und Beſchwerden, bald über Mängel der Geſetzgebung und Verwaltung, bald über Ausſchreitungen einzelner Beamten, über Bedrückungen der Gedanken- oder Gewiſſensfreiheit, über ſociale Mißſtände (z. B. die damals ſehr häufigen Reibereien zwiſchen Militär und Civil) und über Aehnliches mehr.

Ich nahm mich jeder ſolchen Beſchwerde, ſo weit ſie mir ihrer Quelle nach oder durch verbürgte Thatſachen beglaubigt erſchien, kräftig an, räumte ihr nicht blos einen Platz in meinem „Herold“ ein, ſondern unterſtützte ſie auch, ſo viel ich konnte, ſelbſt mit Gründen, deckte den Einſender mit meiner Verantwortlichkeit, wogegen ich unbegründete und ihrer Zuverläſſigkeit nach zweifelhafte Beſchwerden unerbittlich zurückwies. Dadurch erlangte der „Herold“ weitverbreitete Sympathien in der Bevölkerung und eine gewiſſe Beachtung ſelbſt in den maßgebenden Kreiſen. Ein recht ſchlagender Beleg für Letzteres war es, daß ein radicaler Wortführer mich bat, eine Angelegenheit, die ihm ſehr am Herzen lag, im „Herold“ zu befürworten. Auf meine verwunderte Frage, warum er dazu nicht ſein eigenes Parteiorgan, die „Vaterlandsblätter“, benutze, erwiderte er: „er glaube, die Behörde werde mehr darauf geben, wenn die Sache im „Herold“, als wenn ſie in den „Vaterlandsblättern“ beſprochen werde.“ Von dem Vertrauen, deſſen ſich der „Herold“ in Volkskreiſen erfreute, erhielt ich mehrfach rührende Beweiſe in der Form von Zuſchriften, das eine

Mal von einem Leſeverein in einer kleinen Stadt, das andere Mal von einer ganzen Einwohnerſchaft eines kleinen Dorfes, worin mir warmer Dank für meine mannhafte Vertretung der Volksintereſſen ausgeſprochen und dies durch Beifügung der eigenhändigen Unterſchriften aller Theilnehmer beglaubigt ward.

Anders freilich dachten die Regierungen, voran die preußiſche. Ihr war mein „Herold“, an dem viele gutunterrichtete und gewandte preußiſche Schriftſteller mitarbeiteten, der ſo manche Schäden des inneren Staatslebens Preußens rückhaltlos aufdeckte und der eben deshalb in Preußen raſch Boden gewonnen hatte und täglich mehr gewann, ſehr unbequem. Auch mochte es ihr unzuläſſig erſcheinen, daß ein Nichtpreuße, ein Kleinſtaatler, ſich herausnehme, an der Großmacht Preußen etwas zu tadeln. Daß wir Kleinſtaatler, die wir die Einigung Deutſchlands von dem Vorgehen Preußens erhofften, ein ganz beſonderes Intereſſe an der inneren Entwickelung Preußens hatten, daß wir, als aufrichtige Freunde des Staates Preußen, ſeiner Größe und Macht, mit verdoppeltem Schmerze alles wahrnahmen, was die Zukunft dieſes Staates zu gefährden und ihn ſeiner deutſchen Miſſion abwendig zu machen ſchien — dafür hatten die damaligen Machthaber in Berlin ſo wenig Verſtändniß, wie für dieſe Miſſion ſelbſt.

So kam es, daß mein „Herold“ ſchon nach kaum einjährigem Beſtehen (1. October 1845) für die ſämmtlichen preußiſchen Staaten verboten wurde. Dieſes Verbot wurde, um mich deſto härter zu ſtrafen, auch auf meine Monatsſchrift ausgedehnt.

Die Monatsſchrift entzog ich den Wirkungen dieſes Verbotes dadurch, daß ich ſie mit dem 1. Januar 1846 in eine über 20 Bogen ſtarke, alſo cenſurfreie Vierteljahrsſchrift unter dem Titel: „Unſere Gegenwart und Zukunft" verwandelte. Allein dem „Herold" war damit ſein Lebensnerv durchſchnitten. Nicht nur verlor er den nahezu bedeutendſten Theil ſeiner Abonnenten, ſondern es zogen ſich auch die preußiſchen Schriftſteller von ihm zurück, weil ſie nicht mehr hoffen konnten, durch ihn auf die öffentliche Meinung ihres Landes zu wirken; dadurch büßte das Blatt wiederum an Intereſſe für das übrige Deutſchland ein, weil es nun wenig oder nichts mehr aus Preußen brachte. Endlich aber wirkte auch das von dem Großſtaat Preußen gegebene Beiſpiel verführeriſch auf die mittleren und kleinen deutſchen Regierungen. Kurheſſen war der erſte Kleinſtaat, der mit einem ähnlichen Verbot folgte. Und freilich hatten gerade die kurheſſiſchen Zuſtände vorzugsweiſe viel Anlaß zu Klagen und Beſchwerden im „Herold" gegeben. Allmälig kam dann noch eine und die andere kleine Regierung nach. In Oeſterreich war der „Herold" vom Anfang an der ſtrengſten Form der Ausſchließung, dem ſogenannten damnatur, verfallen. So blieb demſelben zuletzt faſt nur Sachſen als Feld der Verbreitung und der Wirkſamkeit übrig. Die preußiſche Regierung hatte, wie ich erfuhr, der ſächſiſchen von ihrer Unzufriedenheit mit dem „Herold" vertraulich Kenntniß gegeben, wahrſcheinlich um ſie zu einer ſchärferen Ueberwachung des Blattes oder zu einer Verwarnung der Redaction zu veranlaſſen. Aber weder hatte die ſächſiſche Regierung mich zu verwarnen für gut

befunden (wie ſie dies doch in anderen Fällen gethan), noch war mir eine ſolche Verſchärfung der Cenſur wahrnehmbar geweſen, die mich zu größerer Vorſicht hätte mahnen können. Dem damaligen ſächſiſchen Miniſterium mochte es wohl nicht unlieb ſein, ein Blatt, das auch ihm unbequem war, durch andere Regierungen ſeinem Untergange entgegengeführt zu ſehen. Brauchte es doch dann nicht ſelbſt daſſelbe zu unterdrücken, eine Maßregel, zu der es um ſo weniger gern ſchreiten mochte, als es erſt kurz vorher die „Sächſiſchen Vaterlandsblätter" unterdrückt hatte und bei dieſer Gelegenheit dem „Herold" von hocharistokratſchen Rednern in der Erſten Kammer ausdrücklich das Zeugniß der Mäßigung ausgeſtellt worden war.

Der Verleger des „Herold" war nicht geneigt, das Blatt unter ſo erſchwerenden Umſtänden länger fortzuführen. Ich konnte ihm das kaum verübeln. Mir aber fiel es ſchwer, daſſelbe aufzugeben, da ich die Ueberzeugung hatte, damit manches Gute gewirkt zu haben und auch ferner wirken zu können. Ohnehin war die liberale Preſſe Sachſens durch verſchiedene Verbote in ihrem Beſtande ſtark reducirt, während eine reactionäre Preſſe, ermuthigt durch den Schutz, den ſie fand, immer kecker ihr Haupt erhob. In dieſer Verlegenheit wandte ich mich an Braun, den gewiſſermaßen officiellen Führer der gemäßigt liberalen Partei in Sachſen, ſtellte ihm die Lage des „Herold" vor und bat ihn, ſeinen Einfluß aufzuwenden, damit es mir möglich werde, das Blatt fortzuführen. Braun erkannte die Wichtigkeit des „Herold" als eines liberalen Organes vollſtändig an und erklärte es für höchſt bedauerlich, wenn derſelbe eingehen müßte; allein weder von

seiner Seite, noch von Seiten anderer Mitglieder der liberalen Partei geschah auch nur das Allergeringste, um dieses Aeußerste abzuwenden. Das Wenigste, was ich erwarten durfte und was ich erbat, war: die Unterstützung des „Herold" durch geistige Beiträge hervorragender Parteigenossen. Aber auch diese blieb aus. Ich weiß, daß die „Sächsischen Vaterlandsblätter" sogar in einer Zeit, wo ihre äußere Lage eine durchaus nicht ungünstige war, von ihren Parteigenossen vielfach mit freiwilligen und unentgeltlichen Beiträgen unterstützt worden sind — mir ist eine ähnliche Vergünstigung seitens meiner Partei niemals zu Theil geworden, geschweige daß (wie auf jener Seite geschah) durch persönliche Bemühungen Gleichgesinnter für die Verbreitung des „Herold" etwas geschehen wäre. Es war dies leider nicht das einzige Mal, wo ich die schmerzliche Erfahrung machen mußte, um wie viel weniger thatkräftig in Bezug auf die Unterstützung ihrer Preßorgane die Mitglieder unserer Partei, im Vergleich zu anderen Parteien, sind.

Trotz alledem konnte ich mich nicht entschließen, den „Herold" aufzugeben, ohne wenigstens einen letzten Versuch gemacht zu haben, ihn aufrecht zu erhalten. Ich führte ihn daher noch eine Zeit lang im Selbstverlage fort, natürlich — unter so ungünstigen Umständen und bei der in der zweiten Hälfte der 40er Jahre wieder flauer werdenden politischen Stimmung — nur mit harten materiellen Opfern von meiner Seite, Opfern, deren Nachwehen mein ganzes Leben hindurch schwer auf mir gelastet haben. Zuletzt (1847) mußte ich das Blatt dennoch eingehen lassen.

Neuntes Capitel.

Ein Blick auf die Censur- und Preßverhältnisse in den vierziger Jahren.

Censur und Preßpolizei standen um die Mitte der 40er Jahre wieder in schönster Blüthe. Zwar hatte König Friedrich Wilhelm IV. in jener berühmten Audienz, die er dem Dichter Herwegh gab, zu diesem gesagt: „Ich liebe eine gesinnungsvolle Opposition," allein der Berliner Witz hatte dazu sofort die passende Illustration gefunden, indem eine Caricatur den König darstellte, wie er den Fuß auf die von seiner Regierung unterdrückten Blätter setzte. Das von diesem König organisirte Obercensurgericht überraschte anfangs die Welt durch mehrere wirklich freisinnige Erkenntnisse; allein dieser Freisinn hielt nicht lange vor; das von oben ausgehende Widerstreben gegen die Entwickelung einer wahrhaft unabhängigen Presse und die altgewohnte Abneigung des Beamtenthums gegen jede von der öffentlichen Meinung über ihr Gebahren geübte Controle beeinflußten allmälig auch jene Körperschaft, und bald waren die Erkenntnisse des Obercensurgerichts nur noch das Echo des allgemein gegen die Presse gerichteten officiellen Feldgeschreis.

In Sachsen hatte sich die Presse unter Lindenaus Einfluß eine Zeit lang einer großen Freiheit, wenigstens was die Besprechung innerer sächsischer Angelegenheiten betraf, zu erfreuen. Später ward Lindenau selbst etwas ängstlicher in diesem Punkte. Nach seinem Rücktritt 1843 begann auch in Sachsen ein strengeres Preßregiment.

Die damals sowohl in Preußen als in Sachsen erschienenen neuen Preßgesetze brachten der Tagespresse so gut wie keine Erleichterungen. Nach wie vor blieb diese durch Concessionen, welche jederzeit widerrufen werden konnten, durch den Postdebit, durch das unbeschränkte Recht der Verwaltung, den Vertrieb auswärtiger Blätter zu verbieten, von dem Gutbefinden der Regierenden abhängig. Die Schriften über 20 Bogen wurden zwar von der Censur befreit; dagegen schwebte über ihnen um so drohender das Damoklesschwert der Confiscation durch die Polizei, wogegen es keinen geordneten richterlichen Schutz gab.

Die in Sachsen nachgelassene Berufung an eine sog. „Administrativ-Justizbehörde" (in welcher neben Verwaltungsbeamten ein paar richterliche Beamte saßen) bot der Presse wenig Hilfe, das preußische Obercensurgericht nach seiner spätern Praxis ebenso wenig; eine wirklich richterliche Entscheidung fand nur in den süddeutschen Staaten statt. In Preußen mußten diese censurfreien Schriften vierundzwanzig Stunden vor ihrer Ausgabe bei der Behörde eingereicht werden, so daß diese volle Muße hatte, die ganze Auflage mit Beschlag zu belegen; in Sachsen hatte der Verleger nur „gleichzeitig mit der Ausgabe" ein Exemplar einzuliefern und dafür einen Empfangschein von der Behörde zu erhalten.

Das führte dann wohl (bei ſolchen Schriften, rückſichtlich deren eine Confiscation zu befürchten ſtand) zu einer ganz eigenthümlichen Manipulation. Ich ſelbſt habe, da ich meines „Herold“ wegen ein eigenes Verlagsgeſchäft errichtet hatte, dieſe Manipulationen mitgemacht.

Die ganze Auflage (oder doch der allergrößte Theil derſelben) ward, in Packete vertheilt, welche theils an die einzelnen Commiſſionäre in Leipzig zur Verſendung an ihre Committenten, theils an hieſige Sortimenter adreſſirt waren, auf einen Wagen geladen und dieſer Wagen an irgend einem verſteckten Orte nicht allzu weit von dem Local der Kreisdirection ſtationirt. Nun ging ein Commis oder Markthelfer mit dem „Pflichtexemplar“ auf die Kreisdirection, gab es ab, erhielt den Empfangſchein und eilte nun raſchen Laufes zu dem harrenden Kutſcher, um dieſen zu bedeuten, daß er abfahren könne. Der Kutſcher fuhr nun ſo ſchnell als möglich von Buchhandlung zu Buchhandlung, um ſeine Packete los zu werden. Kam dann die Preßpolizei in die Verlagshandlung, um das Buch zu confiſciren, ſo fand ſie gewöhnlich das Neſt leer; die verſchloſſenen Packete bei den Commiſſionären durften, als fremdes Eigenthum, nicht aufgemacht werden (als die ſächſiſche Regierung dies einmal verſuchte, entſtand unter den Buchhändlern ein ſo großes Geſchrei, daß die Regierung wieder davon abſtand), und ſo erhaſchte die Polizei meiſt nur wenige Exemplare in den offenen Läden der Sortimenter, wofern nicht auch dieſe gerieben genug waren, ſolche Bücher alsbald in Sicherheit zu bringen. Welch' unwürdiges Schauſpiel, eine ſolche Hetzjagd zwiſchen Behörde und Verleger!

In Leipzig waren die ausführenden Organe der Preß-

polizei erſter Inſtanz ſtädtiſche Beamte. Da kam es nun wohl vor, daß ein ſolcher Beamter ſich mehr als Bürger, denn als Organ der Polizei fühlte und nur einen zweifelhaften Eifer in der Verfolgung von Preßerzeugniſſen entwickelte. Ich ſelbſt erlebte in dieſer Hinſicht folgenden charakteriſtiſchen Vorgang:

Eines ſchönen Tages kam ein Beamter des Raths in Begleitung eines Aſſiſtenten in meine Wohnung, um ein eben erſchienenes Heft meiner Vierteljahrsſchrift im Auftrage der Behörde zu confiſciren. Die Mehrzahl der Exemplare war verſandt, aber ein Stoß ſolcher ſtand doch noch in einem Winkel des Zimmers. Der Beamte, der offenbar nichts ſehen wollte, ging überall hin, nur nicht in jenen Winkel, und war eben im Begriff, ſich wieder zu entfernen, indem er halblaut äußerte: „es ſei ja nichts mehr vorhanden," als der dienſteifrigere Aſſiſtent ihn auf das unglückſelige Opfer der Preßpolizei im Hintergrund aufmerkſam machte, worauf dann Jener — ſichtlich ungern — zurückkehrte und nun natürlich nicht umhin konnte, die Confiſcation zu vollſtrecken.

Mit der Cenſur ging es theilweiſe ebenſo. Auch dieſe war (in Sachſen wenigſtens) nicht unmittelbaren Staatsbeamten, ſondern mehr oder weniger unabhängigen Männern anvertraut, in Leipzig meiſt Profeſſoren, in den kleinern Städten Gemeindebeamten, Schulrectoren oder dgl. Bei ſolchen Männern kam dann nicht ſelten entweder ein gewiſſes Gefühl der Scham, oder auch die bekannte ſächſiſche Gutmüthigkeit mit ihrer Amtspflicht als Cenſor in Widerſtreit. Auch davon kann ich aus eigener Erfahrung ein Geſchichtchen erzählen. Als ich den „Herold" herausgab, war politiſcher Cenſor in

Leipzig ein Profeſſor und Doctor der Medicin, Neubert. Wie gerade ein ſolcher dazu gekommen, weiß ich nicht. Es war ein äußerſt gutmüthiger Mann, der nur mit ſchwerem Herzen den Rothſtift handhabte. Da geſchah es denn wohl, daß, wenn er mir einen Artikel durch Cenſurſtriche verſtümmelt hatte, ich perſönlich zu ihm ging und ihn um Gnade für meine von ihm zum Tode verurtheilten Geiſteskinder bat. Dann ſetzten wir uns zuſammen, und er half mir überlegen, wie das von ihm Geſtrichene dem gleichen Sinne nach, nur in unverfänglicherer, von ihm nicht zu beanſtandender Form, dennoch geſagt werden könne, und gewöhnlich fanden wir einen ſolchen Ausweg.

Neuberts Nachfolger in der Cenſur, Profeſſor Bülau, war ſtrenger. Wenn ich einmal zu ihm ging (was ich nur in äußerſten Fällen that), ſo zog ich faſt immer unverrichteter Sache wieder ab. Auf meine Vorſtellungen erwiderte er gewöhnlich nichts, ſondern ſah ſtarren Blickes gerade vor ſich hin, was ſo viel bedeutete, als: es bleibe bei der getroffenen Entſcheidung. Letzter politiſcher Cenſor in Leipzig iſt meines Wiſſens Profeſſor Marbach geweſen. Er bat im März 1848 die Regierung, ihn ſeines Amtes zu entheben.

Bisweilen mußte ein Preßerzeugniß, um nur überhaupt an's Licht hervortreten zu können, dem Bereiche der heimiſchen Cenſur gänzlich entfliehen und auswärts einen Cenſor ſuchen, der entweder von Natur milder war, oder der ſich nicht veranlaßt fand, etwas zu ſtreichen, was nicht gegen ſeine eigene, ſondern gegen eine ihm fremde Regierung gerichtet war. Inſofern brachte die deutſche Zerriſſenheit wenigſtens der Preſſe einigen Vortheil. Freilich

mußte ein ſolches unglückliches Preßerzeugniß bisweilen in drei, vier verſchiedenen Bundesſtaaten umherwandern, bevor es das Imprimatur (die Cenſurerlaubniß) erhielt.

Ganz eigenthümlich waren die Preßverhältniſſe in Oeſterreich. Hatte ſchon die Unterſcheidung etwas Sonderbares, die man dort zwiſchen den abſolut verbotenen ausländiſchen Geiſteswerken (den mit damnatur bezeichneten) und ſolchen machte, welche gewiſſen Klaſſen von Staatsbürgern (den Gebildeteren oder Vornehmeren) gegen die ausdrückliche Zuſicherung, ſie nicht weiter zu geben (erga schedam) geſtattet wurden, ſo brachte das für alle Oeſterreicher gleichermaßen geltende Verbot, irgend etwas im Ausland drucken zu laſſen, die allermerkwürdigſten Zuſtände hervor.

Da der öſterreichiſche Schriftſteller doch gewiſſe Dinge ſagen wollte, von denen er wußte, daß die heimiſche Cenſur ſie nicht durchlaſſen würde, ſo ging er damit in's Ausland. Natürlich durfte er ſich aber zu dieſem ſeinem auswärts zur Welt gekommenen Geiſteskinde nicht bekennen, mußte vielmehr froh ſein, wenn die Behörde, die ſeine Verfaſſerſchaft erfuhr oder ahnte, ſtillſchweigend ein Auge zudrückte. Männer wie Graf Auersperg (Anaſtaſius Grün), Baron Nimpſch von Strehlenau (Lenau), Baron Andrian u. ſ. w. ſchützte ihre hohe ſociale Stellung vor Verfolgung. Andere aber, denen ein ſolcher Schutz nicht zur Seite ſtand, wie die jüngeren Dichter Hartmann, Meißner, Beck, mußten für kürzere oder längere Zeit ihr Vaterland meiden, weil ſie ihre Dichtungen außerhalb Oeſterreichs hatten drucken laſſen.

Ebenſo war es für öſterreichiſche Schriftſteller gefähr-

lich, an ausländiſchen Zeitſchriften ſich zu betheiligen. Gleichwohl fühlten gerade die freier geſinnten unter dieſen das lebhafte Bedürfniß, über die Zuſtände ihrer Heimath ſich offen auszuſprechen, was natürlich nur außerhalb der ſchwarz-gelben Grenzpfähle geſchehen konnte.

Da ward denn Alles aufgeboten, um eine ſolche Mitarbeiterſchaft (z. B. an meiner Monatsſchrift) den Augen der Polizei zu entziehen. Die Correſpondenz zwiſchen meinen öſterreichiſchen Mitarbeitern und mir ward von jenen unter falſchen Namen, von meiner Seite unter Superadreſſen an möglichſt harmloſen Perſönlichkeiten (etwa eine alte Wirthin des betreffenden Schriftſtellers) geführt. Oder man bediente ſich einer beſonderen Gaunerſprache. So ſchrieb mir Dr. Kreuzberg in Prag (der zugleich Beauftragter für allerhand techniſch-induſtrielle Etabliſſements war) einmal wegen eines von mir gewünſchten Artikels über gewiſſe innere Zuſtände Oeſterreichs in dem Sinne, als ob es ſich um die Beſtellung einer hydrauliſchen Maſchine handle. Die Maſchine, ſchrieb er, ſei zu voluminös ausgefallen und müſſe daher in einzelnen Theilen abgeliefert werden (d. h. die Abhandlung werde in mehrere Artikel zerfallen) u. ſ. w.

Eine ähnliche Gaunerſprache bildete ſich ganz von ſelbſt — und nicht blos in Oeſterreich, ſondern auch im übrigen Deutſchland — zwiſchen Schriftſteller und Leſer aus. Der Erſtere ſprach in Andeutungen, die der Letztere wohl verſtand, die aber doch nicht ſo greifbar waren, daß der Cenſor ſie billigerweiſe hätte ſtreichen können.

Das waren ungeſunde Zuſtände, wahrhaftig nicht dazu angethan, das ſittliche Bewußtſein der Nation zu

ſtärken oder zu veredeln. Und da wunderte man ſich auch noch, wenn es unter den Schriftſtellern (oder, wie man ſie damals nannte, „Literaten"), ſo viele charakter- und geſinnungsloſe gab!

Welche Gefühle in jedem anſtändigen Schriftſteller die entwürdigende Stellung erwecken mußte, zu welcher er durch die Cenſur verdammt war, das habe ich damals in einem Artikel: „Die cenſirte und die uncenſirte Preſſe" auszudrücken verſucht, mit welchem ich meine cenſurfreie Vierteljahrsſchrift 1846 eröffnete. Ich ſetze einige Stellen aus dieſem Artikel hierher, um dem jüngern Geſchlecht, welches ſo wenig die Cenſur, wie das Paßweſen, noch aus eigener Erfahrung gekannt hat, auch von jener wenigſtens einen Begriff zu geben. Ich ſagte dort:

Ohne Cenſur ſchreiben — wißt Ihr, was das heißt? Das heißt: aus freier Bruſt in tiefen, vollen Zügen aufathmen, nachdem man vorher lange unter beengender Schnürbruſt nur in halben, krampfhaften Anſtrengungen mit gepreßter Lunge Luft ſchöpfen konnte. Das heißt: ſtark und feſt auftreten und ſichern Schritts vorwärtsſchreiten, nachdem man zuvor gewöhnt war, leiſe mit ſchleichendem Fuße hinzugleiten und in ängſtlichen Schlangenwindungen, auf den Zehen gehend, zwiſchen ſcharfen Schwertern ſich hindurch zu krümmen. Das heißt: den Kopf aufrecht, das Auge frei, die Stirn ſtolz erhoben, in echt männlicher, menſchlicher Haltung auf ſein Ziel losgehen, nicht mit ſcheu zur Erde geſenktem Blick, nicht mit demüthig gekrümmtem Rücken, nicht mit erzwungenem höflichen Lächeln um die Lippen, während das Herz blutet oder die Galle vor Grimm ſchwillt. Das Vollgefühl dieſer Freiheit kann nur der haben, der lange unter Cenſur geſchrieben hat, der empfunden hat, was es ſagen will, bei jedem Worte ſich ängſtlich fragen zu müſſen, ob es denn auch wohlgezogen und manierlich genug ſei, um von dem Cenſor ein Unbeſcholtenheitszeugniß zu erhalten; was es ſagen will, jedem etwas glieder- und muskelſtarken Gedanken erſt mit kindes-

mörderiſcher Gefühlloſigkeit die Knochen zerbrechen und ihn in eine weiche, breiartige Maſſe verwandeln zu müſſen, damit er fügſam und ſchmiegſam auf das Prokruſtesbette der Zenſur geſpannt werden könne; was es ſagen will, lügen, heucheln, betrügen zu müſſen, — ja betrügen, denn ich frage alle meine Berufsgenoſſen, auch die gewiſſenhafteſten (und ich ſelbſt glaube nicht zu den gewiſſenloſen zu gehören), ob ſie nicht faſt täglich Schmuggel treiben mit verbotenen Gedanken, die ſie unter der Nebelkappe verſteckter, aber ihren bereits in dieſes falſche Spiel eingeweihten und an das Gaunerrothwelſch der cenſirten Preſſe gewöhnten Leſern wohl verſtändlicher Andeutungen, halber Worte, oft auch bloßer Zeichen, Gedankenſtriche, Frage- und Ausrufungszeichen, durch die Zolllinien der Cenſur hindurchpaſchen, bald mit Ueberliſtung des Cenſors, bisweilen wohl auch — wenn es ein gutmüthiger oder gar „freiſinniger" Cenſor iſt (ein ſchwer zu löſender Widerſpruch) — mit geheimer Zulaſſung deſſelben. Was ſoll man aber von einem Inſtitute ſagen, welches ſo beſchaffen iſt, daß die, welche in ſeinem Dienſte arbeiten, nur durch offenbare Pflichtverletzung ſich ſelbſt und ihr Geſchäft wenigſtens einigermaßen vor der öffentlichen Schande und vor dem Gefühle der Selbſtverachtung zu retten vermögen?

Die deutſchen Regierungen haben ſich bundesmäßig gegen einander verpflichtet, „bei der Aufſicht über die in ihren Ländern erſcheinenden Zeitungen, Zeit- und Flugſchriften mit wachſamem Ernſte zu verfahren und dieſe Aufſicht dergeſtalt handhaben zu laſſen, daß dadurch gegenſeitigen Klagen und unangenehmen Erörterungen auf jede Weiſe möglichſt vorgebeugt werde". Glücklicherweiſe kommen nicht alle dieſer Verpflichtung in ihrer ganzen Strenge nach. Glücklicherweiſe? dürfen wir wirklich ſo ſagen, ohne im Namen der vielgeprieſenen deutſchen Treue und Redlichkeit tief zu erröthen? Wohl iſt es ſchlimm, daß wir ſo ſagen müſſen, aber es iſt ſo, und feierlich werfen wir alle Schuld und alle Folgen dieſes unſeligen Zuſtandes auf die zurück, die es dahin gebracht haben, daß wir uns freuen müſſen, wenn unſere Regierungen einander ihr gegebenes Wort nicht halten, weil eine ſtrenge Erfüllung dieſes Wortes den letzten nach glimmenden Funken unſerer Freiheit erſticken und die Ruhe des Grabes über Deutſchland ausbreiten würde: die es dahin ge-

bracht haben, daß der deutſche Schriftſteller die Zerriſſenheit Deutſchlands preiſen muß, weil ſie allein es iſt, welche dem in 37 Staaten geächteten freien Worte vielleicht doch im achtunddreißigſten eine Freiſtatt ſichert.

Und in einem ſolchen Gewebe von Lug und Trug ſoll die Himmelspflanze der Wahrheit gedeihen? Von einer Preſſe, die ihr Leben nur der Gnade der einen oder der heimlichen Schadenfreude einer andern Macht dankt, verlangt man Ehrenhaftigkeit, Männlichkeit, Würde? . .

In der That wirkten die Zuſtände der Cenſur und der Preßpolizei auf den Charakter der Preſſe, insbeſondere der Tagespreſſe, höchſt nachtheilig ein. Der Mangel an Selbſtverantwortlichkeit, der Gedanke, daß das geſchriebene Wort doch erſt die Cenſur paſſiren müſſe, daß aber, wenn es dieſe paſſirt habe, der Schriftſteller nicht mehr haftbar dafür ſei (nicht einmal juriſtiſch war er es nach dem Bundespreßgeſetz von 1819), dieſer Gedanke führte nur zu leicht dahin, daß der Schriftſteller mehr daran dachte, was er dem Cenſor, als was er ſeinem eigenen Gewiſſen gegenüber verantworten könne. Die Gefahr, in welcher jedes Organ der Tagespreſſe fortwährend ſchwebte, trotz der Cenſur auch noch verboten zu werden, ließ die wenigſten dieſer Organe zu einer feſten, überzeugungstreuen, conſequenten Haltung kommen. Und wirklich gehörte ein nicht geringer Grad von Selbſtverleugnung dazu, Anſichten zu vertreten, von denen man wußte, daß ſie in den maßgebenden Kreiſen für verpönt galten, Perſonen und Einrichtungen anzugreifen, die dort als unantaſtbar betrachtet wurden. Man darf es immerhin als ein günſtiges Zeugniß für den damaligen Zuſtand des öffentlichen Geiſtes in Deutſchland anſehen, daß nichtsdeſtoweniger

ſich Schriftſteller und Verleger fanden, welche dieſen Muth der Selbſtverleugnung hatten, welche ungeſcheut (ſo weit der Cenſor es geſtattete) die Wahrheit ſagten — auf die Gefahr hin, die Exiſtenz ihrer Blätter, vielleicht ihre eigne Exiſtenz auf's Spiel zu ſetzen. Aber freilich fehlte es auch an ſolchen nicht, die entweder verſtummten oder die Farbe wechſelten, wenn ſie von oben her bedroht oder mit Verſprechungen geködert wurden.

Ein beliebtes Mittel mancher Regierungen in jener Zeit, beſonders auch der preußiſchen, um „öffentliche Meinung zu machen", beſtand darin, Artikel in ihrem Sinne in ſolche Blätter zu bringen, die für unabhängig galten, um dann ſagen zu können: „Seht, die unabhängige Preſſe ſelbſt erklärt ſich für uns!" Und leider bedurfte es oft nur der Drohung mit einem Verbot oder mit Entziehung des Poſtdebits, um eine Redaction willfährig zur Aufnahme zu machen, oder einen Verleger dazu zu vermögen, daß er einen der Regierung unbequemen Redacteur mit einem ſchmiegſameren vertauſche.

Das herrſchende Cenſurſyſtem brachte aber auch eine andere Wirkung — nach der ganz entgegengeſetzten Seite — hervor. Das Publikum gewöhnte ſich daran, beſondern Geſchmack an ſolchen Preßerzeugniſſen zu finden, die entweder eine beſondere Keckheit in der Herausforderung oder eine beſondere Schlauheit in der Ueberliſtung der Cenſur verriethen und denen es gelang, wirklich einen Cenſor entweder einzuſchüchtern oder hinter's Licht zu führen. Die keckſten und rückſichtsloſeſten Blätter liefen daher den gemäßigten meiſtens den Rang ab und hatten den größten Zulauf:

Helds „Locomotive“ zählte, wie man ſagte, einmal 11,000 Abonnenten, für jene Zeit eine ungeheure Zahl.

Eine eigentliche Parteipreſſe gab es noch nicht — ebenſowenig, wie förmlich organiſirte Parteien. Nur die am weiteſten rechts und links ſtehenden Richtungen hatten ihre beſtimmten Organe — die äußerſte Rechte den „Rheiniſchen Beobachter“, den „Janus“, die „Adelszeitung“ u. ſ. w. (das Berliner „Politiſche Wochenblatt“ war eingegangen), der philoſophiſch-kosmopolitiſche Radicalismus die „Halliſchen Jahrbücher“ und die „Rheiniſche Zeitung“, der politiſche die „Sächſiſchen Vaterlandsblätter“ und die Conſtanzer „Seeblätter“. Ein ausgeſprochenes Organ der nationalen Mittelpartei in der Tagespreſſe entſtand erſt 1847 in der „Deutſchen Zeitung“ von Gervinus und Häuſſer. Die Mehrzahl der Tagesblätter neigten zwar im Ganzen entweder mehr rechts, oder mehr links, doch ohne ein feſtes und klares Programm oder doch ohne die ſichere Conſequenz der beharrlichen Geltendmachung eines ſolchen in allen Fällen.

Den allerſtärkſten Contraſt zwiſchen dem Damals und dem Heut zeigen die Zuſtände der Tagespreſſe in den beiden großen Hauptſtädten Wien und Berlin. Die Wiener Preſſe lag bis 1848 vollſtändig in den Windeln und gewährte ein wahrhaft jammervolles Bild, und auch in Berlin, wo „Onkel Spener“ und „Tante Voß“ die einzigen größeren Organe der unabhängigen Tagespreſſe waren, ſtand es nicht viel beſſer.

Ebenſo wenig, wie die Redactionen ſich an ein beſtimmtes Programm binden mochten, ja noch weniger, wollten dies die Schriftſteller, die ſich als Correſpondenten

oder Mitarbeiter der Tagespreſſe darboten. Ich ſelbſt hatte bei Gründung meiner Monatsſchrift es als mein Princip ausgeſprochen, daß alle in dieſelbe aufzunehmenden Aufſätze einen und denſelben Grundgedanken vertreten müßten, und ich wollte eigentlich, um dies noch ſtrenger durchzuführen, die Aufſätze ohne die Namen ihrer Verfaſſer abdrucken. Sie ſollten dem Publikum lediglich als Ausflüſſe der Geſammtleitung des Blattes erſcheinen, wie dies z. B. bei den engliſchen Reviews Sitte iſt. Allein ich hatte die größte Noth, dieſes Princip durchzuführen, und mußte doch öfter davon abgehen, weil viele Schriftſteller durchaus ihre „Individualität" wahren und für ihre Arbeiten mit ihren Namen einſtehen wollten.

Das bekannte geflügelte Wort von dem „verfehlten Berufe" der Tagesſchriftſteller war damals ganz anders zutreffend, als heutzutage. Daß Jemand ſich auf den publiciſtiſchen Beruf förmlich vorbereitet, die dafür nöthigen Studien (geſchichtliche, ſtaatsrechtliche, volkswirthſchaftliche ꝛc.) planmäßig betrieben hätte, wie das heut häufig und immer häufiger geſchieht, kam damals wohl nur höchſt ſelten vor. Ein gewiſſer allgemeiner Drang, „mitzureden", ſchien ausreichend, um die publiciſtiſche Laufbahn zu betreten. Meinen beiden Zeitſchriften ſtrömte eine Menge ſolcher „fahrender Literaten" zu. Doch hatte ich das Glück, daß daneben auch ſo Manche mir ihre Mitarbeiterſchaft gönnten, welche durch eine feſte Stellung im Leben, durch praktiſche Erfahrungen und wohlerworbene Kenntniſſe beſſer dazu befähigt waren — Beamte, Kaufleute, Grundbeſitzer, Militärs. Aus den ſogenannten „Gelehrtenkreiſen" habe ich nur ſehr wenig Beiträge erhalten.

Ein nicht unbeträchtliches Contingent für die Tagesschriftstellerei lieferten die vielen, theils freiwilligen, theils erzwungenen, Austritte junger, meist sehr fähiger und geistig regsamer Männer aus dem Civil- und Militärdienst, besonders Preußens. Solcher ehemaligen Referendare, Assessoren, Lieutenants u. s. w. habe ich viele unter meinen Mitarbeitern gehabt. Sie brachten meist eine genauere Kenntniß von den Verhältnissen ihres bisherigen Berufs mit, als welche ein außerhalb dieser Kreise Stehender so leicht haben konnte, aber freilich auch eine mehr oder weniger starke Verbitterung, welche sie leicht verleitete, vorzugsweise nur die Schattenseiten der Dinge zu erkennen. Ihre Kritik der Zustände, denen sie entflohen oder aus denen sie herausgedrängt worden waren, konnte daher immer nur mit Vorsicht aufgenommen werden.

Unter den preußischen Offizieren, welche ihr Zug zur Publicistik mir zuführte, war der bedeutendste Wilhelm Rüstow, der später als selbstständiger politischer Schriftsteller, als Organisator des Militärwesens in der Schweiz, als Kampfesgenosse Garibaldis bei dessen süditalienischem Feldzuge sich einen weitverbreiteten Ruf erworben, leider aber so traurig geendet hat. Sein jüngerer Bruder Alexander, der als activer preußischer Officier 1864 und 1866 sich auszeichnete und auf dem Felde der Ehre starb, war in seiner Jugend ebenfalls mein Mitarbeiter.

Auch von der Belletristik her fanden Viele ihren Weg zur Publicistik. Sie brachten freilich oft mehr nur lebhafte Empfindungen und einen gefälligen Stil, als durchgebildete, zuverlässige politische Ueberzeugungen mit.

Was heut das Gewöhnliche und Herkömmliche ist,

daß ein junger Mann, der Publiciſt werden will, in ein feſtes Verhältniß zu einer beſtimmten Redaction tritt und damit auch einer beſtimmten Parteirichtung ſich anſchließt, das war damals mehr die Ausnahme, als die Regel. Es gab eine Menge von Schriftſtellern, welche ihre Feder heut der, morgen jener Redaction anboten und denen es keine Scrupel verurſachte, wenn die eine davon liberal, die andere conſervativ war. Sie nannten das: „ihre Individualität wahren“. Eine beſondere Species darunter waren dann wieder Diejenigen, welche je nach Laune und Liebhaberei Zeitungsartikel „auf's Lager“ arbeiteten, mit denen ſie dann oft bei den Redactionen förmlich hauſiren gingen.

Auf Stellung und Parteirichtung der betreffenden Redactionen ward dabei wenig geſehen. Das ging ſo weit, daß bisweilen ein Redacteur (mir ſelbſt iſt dies mehr als einmal paſſirt) von einem ſolchen Schriftſteller ein ganzes Sortiment von Artikeln aller Art auf einmal zugeſandt erhielt, wobei er gebeten ward, das, was er nicht gebrauchen könne, kurzer Hand im Namen des Verfaſſers an die und die Redactionen weiter zu geben.

Jener angebliche Trieb der „Individualität“ oder „Unabhängigkeit“ führte mitunter auch zu ganz eigenthümlichen Erſcheinungen. Als ich neben meiner Monatsſchrift den „Herold“ begründete, und die Doppellaſt zweier Redactionen für mich allein zu ſchwer ward, gewann ich als Mitarbeiter einen nicht mehr ganz jungen Schriftſteller aus Mecklenburg. Er nahm mein Anerbieten ohne Vorbehalt an, arbeitete auch ohne Bedenken, wie es ſchien, für meine beiden Zeitſchriften. Später erfuhr ich, daß er genau in

derſelben Zeit, wo er mein Mitredacteur und alſo mein Vertrauensmann geweſen war, in andern Blättern (natürlich anonym) mich und meine beiden Blätter in der allergehäſſigſten Weiſe verunglimpft hatte. Etwas Aehnliches geſchah mir mit einem andern, bekannten Schriftſteller F., der überhaupt als Publiciſt die allermerkwürdigſten Kreuz- und Querzüge gemacht hat. Weil derſelbe als der Typus einer ganzen Klaſſe von Schriftſtellern jener Zeit gelten kann, ſo ſei mir geſtattet, über meinen Verkehr mit demſelben einiges Nähere mitzutheilen. Ich hatte kaum (im Herbſt 1841) das Programm zu meiner „Deutſchen Monatsſchrift“ veröffentlicht, als ich von F. folgende Zuſchrift erhielt:

Hochgeehrter Herr Profeſſor! Vor Kurzem erſt erfuhr ich, daß Sie eine Zeitſchrift ſeit einiger Zeit herausgeben. Ich lebe nämlich ganz zurückgezogen wie ein nordamerikaniſcher Anſiedler in einem einzeln ſtehenden Hauſe, eine Stunde von Naumburg, und das Neueſte aus der Literatur gelangt nur bruchſtückweiſe und ſehr ſpät in meine Hütte. Das iſt die Schattenſeite einer Lebensweiſe, die mir ſonſt in jeder Hinſicht beſſer bekommt, als das Leben in einer Stadt. Ich bin jetzt darüber aus, Mitarbeiter bei verſchiedenen Zeitſchriften zu werden, aber die Sache hat große Schwierigkeiten. In den meiſten Ländern gehen meine Aufſätze nicht durch die Cenſur, und dann verlangen manche Redacteure, z. B. Freund Ruge in Dresden, daß man nach ihrer Anſicht gleichſam wie auf Beſtellung arbeite, was mir durchaus unmöglich iſt. Sie können alſo denken, daß mir bei der Kunde von Ihrer neuen Redaction ſogleich ein neuer Hoffnungsſtern aufging und ich alsbald beſchloß, mich Ihnen als fleißigen Mitarbeiter anzutragen. Vorläufig ſchicke ich Ihnen beikommenden Aufſatz*) mit dem Wunſche, daß Sie ihn brauchen können. Außerdem habe ich noch mehrere bedeutende Fragen von vaterländiſch politiſcher Art unter der Feder und

*) Derſelbe betraf die hannoverſche Verfaſſungsfrage.

werde die vollendeten Aufſätze ſo frei ſein Ihnen zur Anſicht zuzuſchicken. Es verſteht ſich von ſelbſt, daß ich es nicht übel nehmen werde, wenn Sie von denſelben keinen Gebrauch machen können. Nur rückſichtlich meiner allgemeinen Anfrage, ob ich überhaupt einſchicken darf, bitte ich bald um gütige Antwort. Mit herzlichſter Hochachtung Ihr gehorſamſter F.

Der eingeſandte Artikel war ſogleich charakteriſtiſch für den Mann. Weil ihm an dem tactiſchen Vorgehen der hannoverſchen Verfaſſungspartei Einzelnes nicht gefiel, trat er in einer ſolchen Weiſe gegen ſie auf, daß er der Staatsſtreichpartei in Hannover reichlich Waſſer auf ihre Mühle lieferte.

Ich wies den Artikel zurück. Inzwiſchen war ihm mein Programm zugegangen. Mit Bezug darauf ſchrieb er mir am 19. December 1841:

Ich glaube nicht, daß Sie viel tüchtige, geiſtreiche und ſelbſtſtändige Leute finden werden, die mit der Direction und Leitung, wie Sie dieſelbe in Anſpruch nehmen, ſich zufrieden geben können. Auch halte ich dieſe Art und Weiſe, wie Sie mehr Einheit der Beſtrebung und praktiſche Nützlichkeit erzielen wollen, nicht für praktiſch. Wir Deutſchen ſind nun einmal ein eigenſinniges Volk, welches die individuelle Freiheit als das höchſte Gut ſchätzt. Alles Tüchtige, alles wahrhaft Praktiſche kann nur aus ſolchem gänzlichen, rückſichtsloſen Sichgehenlaſſen der einzelnen Geiſter entſtehen. Eine Gemeinſchaft der Beſtrebungen läßt ſich nicht befehlen, weder durch die Regierungen noch durch eine Redaction; es wird dann immer nur mit halber Luſt und halber Wahrheit gearbeitet werden. Eine ſolche Gemeinſchaft muß vielmehr ganz von ſelbſt kommen, und ſie wird es auch zuletzt. So lange dieſe nicht da iſt, kann — meiner Anſicht nach — eine Redaction weiter nichts thun, als vorläufig eine Wahl unter den ihr zunächſt Stehenden treffen; dieſen muß ſie aber alsdann auch wieder ihren vollen, unbeſchränkten Spielraum laſſen, wenn ſie ſich nicht dieſelben ganz entfremden oder ihrer beſten Geiſtesblüthen berauben will ....

Bald darauf kam F. nach Leipzig und wohnte bei mir einen oder zwei Tage lang.

Nach dieſem Beſuche ſchrieb er mir wiederum einen Brief, worin er u. A. ſagte: „er nehme an meinen Unternehmungen nun doppeltes Intereſſe und möchte ſich mit Leib und Leben daran betheiligen! Dabei hege er die Hoffnung, daß es ihm gelingen werde, in einzelnen Punkten mich mehr zu ſeiner Lebensauffaſſung hinüberzuziehen; auch glaube er, daß wir, er und ich, nicht ſo weit von einander entfernt ſeien, wie er nach Leſung des einleitenden Programms hätte glauben müſſen."

In dem Briefe vom 19. December hatte er bemerkt: „Inwiefern er mit den in dem Programm meiner Monatsſchrift entwickelten Anſichten und Grundſätzen ſich einverſtanden erklären könne, darüber ſich eingehend auszulaſſen, erlaube ihm in dieſem Augenblicke Zeit und Stimmung nicht. Ohnehin habe er den Auftrag erhalten, eine Recenſion der Programm-Brochure für die „Literariſchen Blätter" von Brockhaus zu liefern. Dort würde ich ſein motivirtes Urtheil leſen." Er hatte hinzugefügt:

Ich brauche Ihnen nicht zu ſagen, daß es durchaus anerkennend und wohlwollend ausfallen wird, wenn ſchon ich mir die Erlaubniß nehmen werde, gegen Einzelnes (!) zu polemiſiren.

Wie mußte ich erſtaunen, als ich faſt um dieſelbe Zeit in den „Blättern für literariſche Unterhaltung" eine Kritik meines Programms und meiner Monatsſchrift las, unterzeichnet mit dem vollen Namen F.'s, worin nicht etwa „gegen Einzelnes polemiſirt", ſondern meine ganze Richtung auf das Stärkſte angegriffen, mir Principloſigkeit, Halbheit, Schwäche u. ſ. w. vorgeworfen ward.

Darauf hörte ich lange nichts von F., bis ich ganz unerwarteter Weise am 15. November 1844 einen Brief erhielt, worin er sein Unrecht eingestand, aber sich deswegen damit zu entschuldigen suchte, daß er sagte: „Er habe immer einen zu strengen Maßstab an seine Freunde angelegt und verlangt, daß sie ganz ebenso denken und empfinden sollten wie er. Bemerke er in dieser Hinsicht eine Differenz, so werde er bitter. Die Folge sei, daß er mit allen seinen politischen Freunden sich übervorsen habe."

Zugleich bot er sich mir von Neuem als Mitarbeiter an. Ich ging darauf ein, weil seine Arbeiten, mit Auswahl benutzt, wirklich manches Gute enthielten, er namentlich einen sehr angenehmen Stil schrieb. Allein schon seine nächsten Aufsätze brachten mich in große Verlegenheit. Er war mit dem Turnvater Jahn lange persönlich vertraut gewesen. Nun veranstalteten damals Jahns Freunde eine „Nationalsammlung" für denselben. Das verdroß F. Vielleicht war es in der That nicht wohlgethan, Jahn auf Eine Linie mit den Göttinger Sieben und Sylvester Jordan zu stellen, nachdem er für das ihm früher widerfahrene Unrecht vom König Friedrich Wilhelm IV. nach Möglichkeit entschädigt worden war. Auch hatte Jahn sicherlich manche Schwächen, besonders ein starkes Maß von Eitelkeit. Allein F. schüttete das Kind mit dem Bade aus; er sprach dem Begründer des Turnwesens nahezu alles Verdienst ab. Ich ließ mich, weil der Artikel auch manches Richtige enthielt, verleiten, denselben aufzunehmen, wenn schon nicht ohne mehrfache Vorbehalte, bereute dies aber bald, da es mir mit Recht vielfach verdacht ward. Einen ähnlichen Ausfall F.'s

gegen Uhlich und die protestantischen Freunde druckte ich zwar im „Herold“ ab, jedoch nur, wie ich ausdrücklich erklärte, um ihn zu widerlegen, was ich denn auch sofort in der nächsten Nummer that. F. verlangte, daß jeder protestantische Geistliche, der sich nicht im strengsten Einklang mit dem Bekenntnisse seiner Kirche wisse, sein Amt niederlegen solle. Ich wies darauf hin, daß dieses Bekenntniß von den Kirchenbehörden selbst zu verschiedenen Zeiten in verschiedenem Sinne aufgefaßt und gehandhabt worden, daß der Rationalismus lange Zeit in Preußen (unter Altenstein) nicht blos die geduldete, sondern die herrschende Richtung gewesen sei. Einen zweiten Artikel gegen Uhlich wies ich zurück; F. gab ihn darauf in den „Rheinischen Beobachter“, ein politisch und kirchlich erzconservatives Blatt. Kurz vorher hatte mir F. für den „Herold“ einen sehr scharfen Artikel gegen eben denselben „Rheinischen Beobachter“ eingereicht; er bat mich jetzt, mit dem Abdruck dieses Artikels so lange zu warten, bis seine Unterhandlungen mit dem „Rheinischen Beobachter“ wegen Aufnahme jenes Artikels gegen Uhlich zum Abschluß gediehen sein würden. Und dabei glaubte er (oder rühmte sich wenigstens) außerordentlich überzeugungstreu zu handeln!

Abermals verlor ich eine Zeit lang jede Spur von F., bis derselbe plötzlich in meiner nächsten Umgebung auftauchte, indem er die Redaction eines von der sächsischen Feudalpartei begründeten Blattes übernahm. Auch dabei war wieder jene Eigenart im Spiele, zu der er sich in seinem Briefe an mich selbst bekannt hatte: mit seinen besten Freunden und Gesinnungsgenossen zu brechen, wenn sie nur in irgend einem Punkte es ihm nicht recht machten.

F. hatte oft und viel für die „Sächsischen Vaterlandsblätter“ geschrieben; er hatte in Briefen an mich R. Blum seinen „Freund“ genannt; jetzt, da beide ihm zu weit zu gehen schienen, begnügte er sich nicht damit, dieses „zu weit“ zu bekämpfen, sondern stellte seine gewandte Feder in den Dienst der ärgsten Reaction.

Was F. in den Bewegungsjahren 1848—49 getrieben, weiß ich nicht; nach dem Rückschlag von 1850 erschien er wieder in der Tagespresse, diesmal als Vertheidiger des Manteuffel-Westphal'schen Regimentes. Zuletzt ist er, wie in öffentlichen Blättern berichtet und meines Wissens nicht widerlegt ward, katholisch geworden, er, der in jenem Artikel gegen die protestantischen Freunde sich ausdrücklich als „religiösen Freidenker“ bekannt hatte! In solchen Sprüngen bewegte sich die Laufbahn dieses sehr talentvollen, aber, um es gelind auszudrücken, sonderlingshaften Schriftstellers, ein warnendes Beispiel, wohin es führt, wenn Jemand ohne feste Grundsätze nur seiner angeblichen „Individualität“, mit anderen Worten, seiner augenblicklichen Caprice folgt.

Politische Gesinnungswechsel waren in jenen Zeiten nichts Seltenes — sowohl nach rechts wie nach links. Ein junger Publicist, der beim Erscheinen meines „Herold“ mir mit großer Wärme versicherte: „mein Programm sei ihm ganz aus der Seele geschrieben“, übernahm bald darauf die Leitung des anerkannten Organs eines Verwaltungschefs, der mich und meine Blätter mit allen Mitteln der Censur und Preßpolizei verfolgte. Eben dieser Herr ist, nachdem er 1848 eine Zeit lang wieder liberal geworden, glücklich in den Hafen des höheren Staats-

dienſtes eingelaufen. Umgekehrt fand ich ſpäter manche meiner damaligen Mitarbeiter weit nach links verſchlagen. Zumal in Oeſterreich ſind derartige Wandlungen in ſtärkſtem Maße vor ſich gegangen. Zum großen Theil war an ſolchen unerquicklichen Erſcheinungen wirkliche Charakterloſigkeit ſchuld; zum Theil ſchiebe ich es aber auch darauf, daß damals die politiſchen Anſichten vielfach noch zu wenig gefeſtet und abgeklärt, ſicher abgegrenzte Parteigruppirungen noch nicht vorhanden waren, woher es kam, daß Vieles unentſchieden und unklar durcheinanderwogte, was erſt ſpäter, als die Gegenſätze ſchärfer auseinandertraten, bewußter nach rechts und links ſich ſchied.

Zehntes Capitel.

Meine Betheiligung an allerhand „Tagesfragen".

1. Die religiösen und kirchlichen Fragen.

Die nationale Frage stand für mich fortwährend in erster Linie des Interesses, und ich kam wiederholt in meiner Monatsschrift auf sie zurück. Das schloß jedoch meine Betheiligung an andern, zumal sogen. „brennenden", Tagesfragen nicht aus. Mein „Herold" insbesondere war (wie schon früher bemerkt) einer Besprechung solcher seiner Natur und Bestimmung nach vorzugsweise gewidmet. Da ich in gegenwärtigen Aufzeichnungen neben meinem Leben auch „ein Stück Zeitgeschichte" geben will, so wird es gerechtfertigt sein, wenn ich wenigstens die wichtigsten dieser Tagesfragen nach ihrem damaligen Stand und Verlauf hier aufführe, zugleich die Stellung bezeichne, die ich selbst zu jeder derselben eingenommen.

Ich berühre zuerst die religiöse und kirchliche Frage. Zu Anfang der 40er Jahre wurden die gebildeten Kreise (zumal in Preußen, wo, bei der Oede des politischen Lebens, das öffentliche Interesse sich vorzugsweise philosophischen und religiösen Fragen zugewendet hatte) in lebhafte Bewegung versetzt durch die kühnen Forschungen der jüngern

Hegel'ſchen Schule auf dieſem Gebiete. Friedrich David Strauß hatte auf ſein, 1835 erſchienenes, epochemachendes „Leben Jeſu“ 1840 ein Werk ähnlicher Richtung, die „Chriſtliche Glaubenslehre“, folgen laſſen. Darin wurden die Glaubensſätze der kirchlichen Dogmatik insgeſammt in Erfahrungsſätze der Naturwiſſenſchaft, der Pſychologie, der natürlichen Moral, der Staats- und Geſellſchaftswiſſenſchaft aufgelöſt. Bruno Bauer veröffentlichte ſeine kritiſchen Arbeiten über die Evangelien, in denen er die hiſtoriſchen Grundlagen der chriſtlichen Kirchenlehre angriff. Noch weiter ging Ludwig Feuerbach in ſeinem „Weſen des Chriſtenthums“ (1841), worin er alle überſinnlichen Begriffe für bloße Selbſttäuſchungen, gleichſam Fata Morgana oder Luftſpiegelungen des menſchlichen Geiſtes, erklärte. Zum journaliſtiſchen Organ für Vertretung und Verbreitung dieſer Ideen machten ſich Ruges „Jahrbücher“.

Auch mich hatten dieſe höchſten Fragen der Speculation früher oft und vielfach beſchäftigt. Allmälig war ich aber zu der Anſicht gekommen, in welcher ich mich durch das Beiſpiel ſo erleuchteter Männer wie Leſſing und Kant beſtärkt fand, daß für derartige Fragen, welche außerhalb und über aller ſinnlichen Erfahrung liegen, es eine allgemeingiltige wiſſenſchaftliche Löſung nicht gebe, daß vielmehr darüber der Einzelne nur ſein eigenes ſittlich-religiöſes Gefühl zu Rathe zu ziehen habe, daß der Wiſſenſchaft zwar auf dem ihr zuſtehenden Gebiete der Erſcheinungswelt das freieſte Gebahren geſtattet ſein müſſe, daß ſie aber nicht das Recht habe, über Sein oder Nichtſein einer überſinnlichen Welt in der Weiſe kategoriſch abzuſprechen, wie das dieſe junge Philoſophenſchule that. Ein Despo-

tismus des Unglaubens ſchien mir ebenſo wenig ſtatthaft wie ein ſolcher in entgegengeſetzter Richtung, und eine Geiſtesarbeit, die, wie ſcharfſinnig auch immer, doch eigentlich mit einer bloßen Verneinung abſchloß, konnte mich nicht befriedigen. Mein altes Mißtrauen gegen jede blos abſtracte Speculation ließ mich befürchten, daß auch dieſe neueſte Art derſelben dem wahren, naturgemäßen Fortſchritt ſowohl der Erfahrungswiſſenſchaften als der Lebenspraxis eher ſchädlich, als förderlich ſein möchte. Von dieſem Standpunkte aus beſprach ich gleich im erſten Hefte meiner Monatsſchrift die Schriften von Strauß und Feuerbach. Ich zollte ihrer glänzenden Dialektik alle Anerkennung, konnte mich aber nicht enthalten, in Bezug auf das Endreſultat ihrer Forſchungen gewiſſe Zweifelsfragen aufzuwerfen.

Haben ſich wohl, ſagte ich, unſere tüchtigſten Naturforſcher in den dialektiſchen Kämpfen der theologiſchen Speculation ausgebildet? Sind die bewundernswerthen Fortſchritte unſrer Technik, dieſe gewaltigen Monumente des „Uebergreifens des Geiſtes über die Natur“, wie es Strauß ausdrückt, unter der Herrſchaft und Leitung des „philoſophiſchen Bewußtſeins“ (im Sinne der modernen Speculation) zu Stande gekommen? Oder iſt das öffentliche Leben da am kräftigſten, die politiſche Freiheit da am ſicherſten, ſind die ſocialen Einrichtungen da am vortrefflichſten, wo dieſes „philoſophiſche Bewußtſein“ am ſtärkſten und allgemeinſten iſt? Leider können wir dies nicht behaupten, denn, wäre dem ſo, dann müßte Deutſchland unbedingt in jeder Hinſicht den erſten Rang unter den Nationen einnehmen, da gewiß in keinem Lande die philoſophiſche Speculation eine ſolche Geltung und einen ſolchen Aufſchwung gehabt hat wie hier. Aber im Gegentheil ſehen wir Deutſchland in eben dem Verhältniſſe, wie es in der ſyſtematiſchen Entwickelung der philoſophiſchen Ideen allen andern Ländern vorauseilt, in der praktiſchen Anwendung dieſer Ideen hinter der Mehrheit derſelben zurückbleiben. Welche nachtheilige Rückwirkungen hat nicht die Naturphiloſophie auf die

Entwickelung der empiriſchen Wiſſenſchaften in Deutſchland geäußert, da ſie, ſtatt die Natur mit dem klaren Auge des nüchternen Forſchers zu betrachten, in hochtönenden Formeln und Floskeln geheimnißvolle Räthſel auszuſprechen ſich vermaß, oder, um mit Strauß zu reden, „durch die Contemplation ſich in die kühlende Tiefe des Einen Grundes aller Dinge zu verſenken ſtrebte!“ Wie wenig hat jene „weltgeſchichtliche Anſicht“, welche ſich aus der pantheiſtiſchen Auffaſſung des Gottesbegriffs erzeugte, wie wenig hat ſie Frucht getragen für die Begründung einer rationellen Geſchichtsforſchung, wie noch viel weniger hat ſie uns das gelehrt, was uns vor Allem Noth thut: ſelbſt Geſchichte zu machen und unſere eigne „weltgeſchichtliche Miſſion“ zu erfüllen! Unſere Philoſophen haben mit großer dialektiſcher Kunſt die Irrthümer in den Lehren von den willkürlichen Belohnungen und Strafen nachgewieſen; aber die praktiſchen Folgen dieſer Irrthümer zu beſeitigen, die noch zum großen Theil auf unſrer Erziehung und auf unſrer Strafjuſtiz laſten, an die Stelle des Strafſyſtems das Syſtem der ſittlichen Beſſerung zu ſetzen, die Erziehung als eine Entwickelung des ſittlichen Triebes zu organiſiren, dies haben ſie der Praxis, der Erfahrung, der Macht des öffentlichen Geiſtes überlaſſen müſſen, und dieſer Geiſt, nicht vom „philoſophiſchen Bewußtſein“, ſondern von dem geſunden Inſtinct und dem praktiſchen Bedürfniſſe geleitet, hat eine durchgreifende Reform in der Behandlung der Verbrecher und in der ſittlichen Veredelung der verwahrloſten Klaſſen der Geſellſchaft zu Stande gebracht oder doch angebahnt.

Noch ein Zweites, was mich gegen dieſe „ſpeculative Philoſophie“ einnahm, war ein gewiſſer Geiſt der Ariſtokratie und der Ausſchließlichkeit, den ich darin zu finden meinte, ſo wenn Strauß erklärte: die philoſophiſche Verſöhnung des Geiſtes mit ſich ſelbſt gewähre dem Philoſophen die „höchſte und vollkommenſte Befriedigung“, während er der Frage, ob der Inhalt der philoſophiſchen Weltanſchauung Gemeingut aller Theile der menſchlichen Geſellſchaft werden könne, „möglichſt aus dem Wege gehen“ wollte. Dagegen bemerkte ich:

Das iſt nicht der Geiſt, in welchem das Chriſtenthum geſtiftet, nicht der Geiſt, in welchem die Reformation begonnen und vollbracht worden iſt. Bei dieſen beiden großen Weltereigniſſen war es das Volk, die ganze Gemeinſchaft der Zeitgenoſſen, für welche das Licht einer neuen Lehre entzündet ward. Sollen wir jetzt uns eine Geheimlehre gefallen laſſen, die dem allgemeinen Streben nach Oeffentlichkeit widerſtreitet?

Wenn ich ſomit in der Sache ſelbſt mich in einen Gegenſatz zu der junghegelſchen Schule ſtellte, ſo verlangte ich doch grundſätzlich für ſie wie für jede Richtung menſchlicher Wiſſenſchaft vollkommene Freiheit und erklärte mich entſchieden gegen die von Staatswegen gegen einzelne dieſer Denker verhängten Maßregeln. Gleichwohl erfuhr ich wegen des Artikels lebhafte Angriffe von Seiten der Junghegelianer. Sie wollten die Selbſtſtändigkeit der Ueberzeugung, die ſie für ſich beanſpruchten, Andern nicht gönnen.

Uebrigens blieb dieſe ganze ſpeculative Bewegung im Großen und Ganzen doch auf die engern Kreiſe der Höhergebildeten beſchränkt. Viel größere Wellenringe ſchlugen zwei andere Bewegungen, welche unmittelbar auf dem Boden des kirchlichen Lebens vor ſich gingen, die eine im Proteſtantismus, die andere im Katholicismus. Ich meine die der ſog. „proteſtantiſchen Freunde“ oder „Lichtfreunde“ und die der „Deutſchkatholiken“. Ich hatte Gelegenheit, beide in nächſter Nähe ſogleich bei ihrem Entſtehen zu beobachten. Die erſte öffentliche Verſammlung der proteſtantiſchen Freunde fand in Leipzig (1842) ſtatt; in Leipzig erſchien (in den von Blum geleiteten „Sächſiſchen Vaterlandsblättern“) jener „Offene Brief an den Biſchof Arnoldi von Trier“ von Johannes Ronge (1844), welcher

den Hauptanſtoß zu der Entſtehung des „Deutſchkatholicismus“ gab; hier bildete ſich alsbald unter Blums Einfluß (welcher, ſelbſt Katholik, zu der neuen Richtung übertrat) eine deutſchkatholiſche Gemeinde; hier hörte ich Ronge ſelbſt predigen, hatte auch Gelegenheit, einen ganzen Abend lang allein geſellig mit ihm zu verkehren; hier endlich fand (Oſtern 1845) das erſte „Deutſchkatholiſche Concil“ ſtatt.

Die Perſönlichkeit und das ganze Auftreten Ronges erweckten mir keine beſonders günſtigen Erwartungen für die von ihm vertretene Sache. Seine Predigt bewegte ſich größtentheils in allgemeinen Phraſen ohne tiefern Gehalt, und dabei trat er mit einer Zuverſicht auf, die durch das, was er bot und offenbar nur zu bieten hatte, keineswegs gerechtfertigt ward. Er verglich ſich ziemlich unverblümt mit Chriſtus und Luther, ja ſtellte ſich als den Vollender des von jenen Beiden nur begonnenen Werkes hin. Im perſönlichen Verkehr zeigte er eine ähnliche Selbſtüberſchätzung und dazu noch eine gewiſſe Eitelkeit auf ſein Aeußeres (er war eine nicht ungefällige Erſcheinung), wie ſie für einen „Reformator“, für den er ſich doch hielt und gab, am wenigſten paßte, und dazu war ſein Geſpräch ſo wenig bedeutend wie ſeine Predigt. Noch ein anderer Apoſtel des Deutſchkatholicismus, Kerbler, beſuchte mich einmal. Er ſchien mir mehr Bildung und Haltung als Ronge, doch aber für den Vertreter einer ſo großen und ſo ſchwierigen Sache auch nicht das nöthige Zeug zu haben. Große Hoffnungen habe ich daher von Haus aus auf den Deutſchkatholicismus nicht geſetzt. Nur als ein Rückſchlag aus der Mitte der Katholiken ſelbſt gegen den Mißbrauch, den die katholiſche Geiſtlichkeit, und ſpeciell der Trierer Biſchof,

mit Reliquiendienſt, angeblichen wunderthätigen Heilungen u. ſ. w. trieb, war die deutſchkatholiſche Bewegung berechtigt und freudig zu begrüßen, eben ſo wie neuerdings der ſog. „Altkatholicismus“ als ein Proteſt gegen das Infallibilitätsſyſtem der römiſchen Kirche und gegen deſſen Conſequenzen.

Wenn ſelbſt dieſer letztere es zu einem durchgreifenden und nachhaltigen Erfolge nicht hat bringen können, obſchon an ſeiner Spitze Männer von eben ſo bewährtem Charakter, als hohem wiſſenſchaftlichen Rufe ſtehen (wie Döllinger, Friedrich u. A.), wie hätte es dem Deutſchkatholicismus gelingen ſollen, dem es an ſolchen Männern gänzlich fehlte? Denn die wenigen katholiſchen Gelehrten, welche Miene machten, ſich der Bewegung anzuſchließen, zogen ſich ſehr bald wieder davon zurück. Dazu kam, daß innerhalb der Deutſchkatholiken ein radicales Element die Oberhand gewann, welches die neue Religionsgeſellſchaft nicht blos über die Grenzen ſelbſt der freieſten Richtungen im Proteſtantismus, ſondern beinahe über jede Grenze, innerhalb deren noch eine wirkliche kirchliche Gemeinſchaft möglich iſt, hinaustrieb. Daß die Deutſchkatholiken ſogleich auf ihrem erſten Concil zu Leipzig ſich von Rom und allen ſpecifiſch römiſchen Lehrſätzen entſchieden losſagten, mochte man ihnen nicht verargen, denn hier giebt es nur ein Entweder — Oder, und die Halbheit, womit die Altkatholiken ſich vor einer ſolchen Losſagung geſcheut haben, iſt vielleicht ein Hauptgrund ihrer Mißerfolge geweſen. Allein das poſitive „Bekenntniß“, welches das Concil aufſtellte, war ſo wenig poſitiv, gab ſo ſehr Alles dem Ermeſſen des Einzelnen anheim, daß nicht recht ein-

zuſehen war, wie darauf eine „Kirche“, d. h. eine Gemeinſchaft im Glauben, gegründet werden könne.

In dieſem Sinne ſprach ich mich in meinem „Herold“ ſogleich bei Mittheilung der Concilsbeſchlüſſe von 1845 aus. Das hielt mich jedoch nicht ab, den allgemeinen Grundſatz freier Entwickelung innerhalb der geſetzlichen Schranken auch zu Gunſten dieſer Bewegung zu verfechten und die theils willkürlichen, theils in ſich widerſprechenden Maßregeln, die in vielen deutſchen Staaten gegen dieſelbe ergriffen wurden, zu bekämpfen. Auch glaubte ich, man ſei es der Bewegung ſchuldig, ihr eine „billige Probe“ (a fair trial, wie der Engländer ſagt) zu geſtatten, alſo ſowohl die Thatſachen zu regiſtriren, welche deren Stand und Fortgang conſtatirten, als auch den Vertheidigern derſelben das Wort zu gönnen, um ungerechte Angriffe abzuwehren.

Früher, als die deutſchkatholiſche, hatte die Bewegung der ſog. „Lichtfreunde“ begonnen. Zuerſt ganz im Kleinen in einem Winkel der preußiſchen Provinz Sachſen. Aber ſchon die Verſammlung in Leipzig um Oſtern 1842 zählte ihre Theilnehmer nach Hunderten, und unter dieſen nicht mehr blos Geiſtliche, ſondern auch Laien. Auf die Bildung geſonderter Religionsgeſellſchaften, ſog. „Secten“, war es hier nicht abgeſehen, vielmehr wollten die „Lichtfreunde“ ein Ferment innerhalb der proteſtantiſchen Kirche ſelbſt (zunächſt der preußiſchen) bilden. „Wir ſtehen auf dem Boden der Schrift“, erklärten ſie, „aber wir legen dieſelbe aus im Lichte der Gegenwart und mit allen Mitteln der Wiſſenſchaft.“

Sie bekannten ſich alſo einfach als Rationaliſten,

Das war eine Richtung, welche (wie ſchon früher bemerkt) faſt in allen proteſtantiſchen Ländern lange Zeit hindurch ſogar die herrſchende geweſen war (auch) in Preußen, ſo lange Miniſter von Altenſtein lebte), welche aber freilich neuerdings dort und anderwärts einer ſog. buchſtabengläubigen hatte weichen müſſen.

Den Urheber und Leiter dieſer Bewegung, Pfarrer Uhlich von Pömmelte, lernte ich ebenfalls perſönlich kennen. Er machte mir einen entſchieden bedeutenderen Eindruck, als Ronge. Uhlich beſaß alle Eigenſchaften des Führers einer ſolchen Bewegung: eine ſeltene populäre Beredtſamkeit, eine nicht zu ermüdende Arbeitskraft, endlich ein großes Maß von Klugheit in Bezug auf ſtrenge Innehaltung der Grenze, die er ſich ſelbſt und ſeinen Anhängern von vornherein geſteckt hatte. Ich ſah ihn zu Pfingſten 1845 in Köthen einer Verſammlung von wohl 3—4000 Perſonen präſidiren — unter freiem Himmel, weil kein Local geräumig genug dafür war — und ich mußte das Talent bewundern, womit er dieſe große und bewegte Verſammlung zu leiten, namentlich auch die Debatte, wenn ſie einmal zu weit ausgreifen zu wollen ſchien, immer wieder in das rechte Geleiſe zurückzuführen verſtand.

Uhlich ſtand damals, ſo viel aus ſeinen Reden und Schriften zu entnehmen war, noch ganz auf dem Boden eines gemäßigten Rationalismus. Er konnte ſich daher mit Recht darauf berufen, daß er eigentlich nur einen alten, ſozuſagen verjährten Beſitzſtand gegen eine neu hereingebrochene reactionäre Strömung vertrete. Seine und ſeiner Freunde Hoffnung, daß es ihnen gelingen werde, die preußiſche Landeskirche allmälig zu jener früheren Rich-

tung zurückzuführen, konnte ich nicht theilen, und die Folge hat mir Recht gegeben; ihm und seinen Gleichgesinnten blieb zuletzt doch Nichts übrig, als aus dem Verbande der Kirche auszuscheiden und „freie Gemeinden" zu bilden. Ob Uhlich dann in seiner Opposition gegen das herrschende Kirchensystem weiter gegangen, als im Anfange jener Bewegung, ist mir nicht gegenwärtig.

Mir drängte sich bei Beobachtung dieses Kampfes zwischen Orthodoxie und Rationalismus in der protestantischen Kirche je länger je mehr der Gedanke auf, daß die Verfassung dieser Kirche an einem inneren Mangel leide. Die katholische Kirche beruht ihrem Wesen nach auf dem Princip starrer Autorität, und das Dogma von der Unfehlbarkeit des jeweiligen obersten Trägers dieser Autorität, des Papstes, ist, streng genommen, nur eine äußerste Consequenz jenes Princips, freilich eine Consequenz, durch welche dasselbe sich selbst richtet. Der Protestantismus, wenn er nicht seinen eigenen Ursprung verleugnen will, darf nicht in die gleiche Richtung verfallen. Die von Luther erhobene Berufung an das Gewissen des Einzelnen, an die „evangelische Freiheit", an das „allgemeine Priesterthum" muß dadurch zu einer Wahrheit werden, daß weder ein Einzelner, der Landesherr, noch auch eine einzelne Körperschaft, ein „Oberkirchenrath" oder ein „Oberconsistorium", die Macht hat, die Gewissen aller Angehörigen der Kirche zu binden, vielmehr diesen selbst, also den Kirchengemeinden, eine Mitwirkung dabei eingeräumt wird.

Diesem Gedanken von der Nothwendigkeit einer auf der thätigen Antheilnahme der Gemeinden an ihrem Kirchenwesen beruhenden Verfassung der protestantischen Kirche,

einer ſolchen, wie ſie unſere Schweſterkirche, die reformirte, vom Anbeginn an beſeſſen, hatte ich ſchon in jenem Aufſatze über Strauß und Feuerbach Ausdruck gegeben. Ich fand Gelegenheit, darauf öfters, zumal im meinem „Herold", zurückzukommen, da in Preußen um die Mitte der vierziger Jahre ein erſter praktiſcher Verſuch (allerdings ein erfolgloſer) mit der Anbahnung einer ſolchen Verfaſſung gemacht ward. Ich ſollte aber auch Veranlaſſung haben, perſönlich dieſer Frage näher zu treten. In Leipzig war von der Zeit des Superintendenten Roſenmüller her, alſo ſeit mehr denn fünfzig Jahren, ein Taufformular im Gebrauch, welches eine etwas mildere Faſſung des ſogen. „apoſtoliſchen" Bekenntniſſes enthielt. Jetzt auf einmal ſollte, auf Anordnung des Superintendenten Großmann, an Stelle dieſes „Roſenmüller'ſchen" das unveränderte „apoſtoliſche" Bekenntniß wieder eingeführt werden. Darüber entſtand große Aufregung: ein Theil der Geiſtlichen wollte das Roſenmüller'ſche Bekenntniß nicht aufgeben; die Stadtverordneten nahmen ſich der Sache an; es ward an's Cultusminiſterium Berufung eingelegt, und dieſes entſchied, daß es dem einzelnen Geiſtlichen frei ſtehen ſolle, ein Taufformular zu gebrauchen, welches er wolle, dafern daſſelbe nur die weſentlichen Stücke des „apoſtoliſchen" Bekenntniſſes enthalte. Damit war der einzelne Fall erledigt. Allein er hatte die weiterreichende Frage angeregt, ob es wohl richtig ſei, daß ein Geiſtlicher für ſich allein, oder auch ein Superintendent, ja ſelbſt die geiſtlich-weltliche Oberbehörde, Angelegenheiten von ſo tief einſchneidender Bedeutung, wie die Geſtaltung eines Glaubensbekenntniſſes, ohne jede Mitwirkung Derer entſcheiden könne, um deren Gewiſſen es ſich dabei handele,

der Gemeindeglieder. Und ſo entſtand eine Bewegung für Herbeiführung einer ſogen. „Presbyterial- und Synodalverfaſſung“. Eine Anzahl namhafter Männer, Geiſtliche und Laien, traten zuſammen, um eine Petition in dieſem Sinne an die Regierung oder die Kammern zu richten. Mir ward die Abfaſſung der Petition und die Berichterſtattung darüber in einer zu dem Behufe zu berufenden größeren Verſammlung übertragen. Dieſe Verſammlung war ſtark beſucht; ſie zählte wohl 600 Perſonen aus allen Ständen; auch mehrere Geiſtliche, Großmann ſelbſt an der Spitze, waren anweſend. Letzterer ſprach ſich als einer der Erſten, und zwar durchaus rückhaltlos, für Abſendung der Petition an die Regierung aus; daſſelbe thaten andere Geiſtliche, desgleichen mehrere angeſehene Laien, wie Prof. v. d. Pfordten, Buchhändler H. Brockhaus u. A. So ward die Petition einmüthig beſchloſſen und ging, mit etwa 1000 Unterſchriften bedeckt, an die Regierung ab. Sonderbarer Weiſe hatten Großmann und andere Geiſtliche, die ſich in der Verſammlung für die Petition ausgeſprochen, gleichwohl dieſelbe nicht unterzeichnet. Zahlreiche Beitrittserklärungen erfolgten — von Dresden, Chemnitz, Freiberg, Zwickau, Annaberg, Hohenſtein ꝛc.; doch fehlte es auch nicht an Gegenpetitionen im ſtrengkirchlichen Sinne — aus Leipzig, aus Glauchau (einem Hauptſitz der ſächſiſchen Orthodoxie), aus der Lauſitz.

Viele Jahre vergingen noch, bevor Sachſen wirklich eine Presbyterial- und Synodalverfaſſung erhielt; doch darf man wohl jene Leipziger Verſammlung von 1844 als die erſte Anregung dazu betrachten.

Eilftes Capitel.

Meine Betheiligung an allerhand „Tagesfragen“.

2. Die wirthschaftlichen und socialen Fragen.

Als ich meine publicistische Thätigkeit begann, war soeben durch das im Jahre 1841 erschienene epochemachende Werk Friedrich Lists: „Das nationale System der politischen Oekonomie“ eine Agitation für das Schutzzollsystem eingeleitet worden, welche, von demselben Manne mit unermüdlicher Energie und einer bis dahin kaum gekannten Kraft populärer Beredtsamkeit persönlich und in der Presse (namentlich in dem damals weitaus mächtigsten Organ, der Augsburger Allgemeinen Zeitung) fort und fort geschürt, bald sehr bedeutende Dimensionen annahm. Es bildeten sich förmliche Vereinigungen der Fabrikanten zum Zwecke der Verwirklichung der List'schen Ideen, zum Zwecke der Beeinflussung der Zollvereinsgesetzgebung im Sinne einer Erhöhung der bestehenden Schutzzölle. Ein solcher Verein von Fabrikanten tagte wiederholt zur Zeit der Messen in Leipzig. Durch meine persönliche Bekanntschaft mit einzelnen hervorragenden Mitgliedern desselben hatte ich Gelegenheit, diesen Versammlungen beizuwohnen und mir so

eine unmittelbare Anſchauung von der Bewegung zu verſchaffen.

Sogleich in einem der erſten Hefte meiner Monatsſchrift beſprach ich das Liſt'ſche Buch. Ich konnte nicht umhin, die Großartigkeit des Bildes, welches er von dem deutſchen Handel, wie er ihn ſich dachte, entwarf, anzuerkennen, die Fruchtbarkeit ſeiner Ideen in Bezug auf die Anbahnung einer nationalen Handelspolitik, die Schaffung einer deutſchen Kriegsflotte zum Schutz des deutſchen Handels auf allen Meeren und in allen Welttheilen, die Erwerbung eigener Colonien und Hinleitung der Auswanderung nach ſolchen Ländern, welche unſre Induſtrieerzeugniſſe gegen ihre Bodenerzeugniſſe eintauſchen würden, u. dgl. m.*) Auch dem Gedanken, daß wir durch geeignete Schutzmaßregeln unſre aufſtrebende Induſtrie in den Stand ſetzen müßten, gegen die erdrückende Mitbewerbung der viel weiter vorgeſchrittenen Induſtrien andrer Länder, namentlich Englands, aufzukommen (zumal ſo lange dieſe andern Länder ſich gegen die Mitbewerbung unſerer Induſtrie durch Schutzzölle abſchlöſſen, wie das damals noch England that), konnte ich mich nicht gänzlich verſchließen. Nur wollte mir ſcheinen, als ob Liſt über der, gewiß nicht zu verkennenden, Wichtig-

*) Jetzt, wo das Deutſche Reich — Dank der ebenſo umſichtigen als energiſchen Bismarck'ſchen Politik — an den Küſten Afrikas und Neuguineas Fuß gefaßt hat, iſt es von Intereſſe, in dem Liſt'ſchen Buche (S. 585) die von dem Verfaſſer vor nun 44 Jahren ausgeſprochene Mahnung zu leſen: „Preußen ſollte jetzt ſchon mit der Grundlegung einer deutſchen Flotte den Anfang machen und Verſuche anſtellen, ob und wie in Auſtralien, oder in Neuſeeland, oder auf andern Inſeln des fünften Welttheils, deutſche Colonien anzulegen wären."

keit der Verſorgung des inneren Marktes durch unſere Manufacturen die nicht minder große Wichtigkeit der Exportinduſtrie einigermaßen unterſchätze und zu wenig Werth auf ſolche Handelsverträge lege, durch welche letztere gefördert und zugleich eine größere Freiheit des gegenſeitigen internationalen Handels angebahnt werden könnte. Ich nahm alſo einen mittleren Standpunkt ein zwiſchen der Schutzzollpolitik Liſts und der Theorie einer unbedingten Handelsfreiheit.

Eine Frage, die neuerdings wieder aufgetaucht iſt, regte ich ſchon damals in meinem „Herold" an, die Frage der Differentialzölle, als eines Mittels zur Förderung des directen Handels (namentlich des Handels mit Colonialwaaren) zwiſchen den Erzeugungsländern und Deutſchland, und des davon zu erhoffenden leichteren Abſatzes deutſcher Manufacturwaaren eben dahin. Ich kam dadurch in einen brieflichen Meinungsaustauſch mit zwei Männern, welche ihrer praktiſchen Berufsſtellung nach dieſem Gegenſtande ein lebhaftes Intereſſe zuwandten, dem damaligen Senator (ſpäterem Bürgermeiſter) von Bremen, Duckwitz, und dem Präſidenten des preußiſchen Handelsamtes, Herrn v. Rönne. Duckwitz ſchrieb mir:

. . . In Berlin wird das Wort „Differentialzoll" noch bis auf dieſe Stunde als etwas Diaboliſches angeſehen; ſo lange dieſes aber der Fall iſt, würde eine Vereinigung der Hanſeſtädte mit dem Zollvereine keinen Zweck haben, denn die erſte Bedingung einer ſolchen Vereinigung kann nur ſein: Differentialzölle auf alle Zufuhr außereuropäiſcher Waaren (mit Ausnahme einiger Droguen- und Farbeſtoffe) von europäiſchen, nicht dem Zollverein angehörenden Häfen. Zu dieſen Häfen iſt auch Holland und Belgien zu zählen, denn das Eine wie das Andere wird niemals für deutſche Ausfuhr etwas

leiſten, und alle ihnen gewährte Begünſtigung iſt ein Schaden für Deutſchlands eigenen Handel.

Man begeht ein großes Unrecht an Bremen, wenn man vorgiebt, Bremen müſſe dazu genöthigt werden, ſich mit dem Zollverein zu einer Differential-Zollpolitik zu vereinigen; gerade umgekehrt liegt die Sache! Schon vor vier Jahren habe ich mit den einflußreichſten Zollmännern in Berlin wegen dieſes Punktes verhandelt und bin ganz desperat heimgekehrt, und vor vier Wochen habe ich es wenig anders gefunden.

Der Zweck einer gemeinſamen Handelspolitik des Zollvereins und der Hanſeſtädte muß ſein: Begünſtigung der directen Zufuhr von den Productionsländern, Differentialzölle gegen Javaproducte und allmälig gegen diejenigen aller der Staaten, die uns gleiches Recht verweigern, Zurückführung der holländiſchen und belgiſchen Häfen auf bloße Tranſitplätze. Die in Deutſchland zollbegünſtigten Waaren müſſen nach ihren Schiffspapieren bei der Ankunft in Antwerpen und Rotterdam für eine deutſche Stadt beſtimmt ſein, nicht für jene Häfen, alſo ſofort tranſitiren. Für Antwerpen und Rotterdam beſtimmte Waaren ſind als indirecte zu behandeln. Ohne dieſe Beſtimmung wird Antwerpen ewig der Tummelplatz der Fremden für Deutſchland bleiben und gerade das verewigt werden, was wir Alle beſtrebt ſind aus unſerm Handel zu verbannen.

Es iſt nicht nöthig, die begünſtigten Waaren niedriger zu beſteuern; man kann eben ſo gut die jetzigen Steuern beſtehen laſſen und indirect eingehende Waaren höher beſteuern; in Folge der höheren Beſteuerung werden ſie wegbleiben und den begünſtigten das Feld räumen. Die Controle iſt dann um ſo leichter, weil wenig zu controliren ſein wird. Man fürchtet hier die hohen Steuern nicht, wenn damit nur etwas für den Handel bezweckt wird; nur ohne ſolchen Zweck hat man keine Luſt, ſich hohen Steuern und ſchweren Controlen zu unterwerfen.

Präſident von Rönne äußerte ſich folgendermaßen:

Ew. Wohlgeboren ſage ich für Ihr gefälliges Schreiben meinen verbindlichſten Dank. Ich habe daſſelbe, wie den leitenden Artikel in der gefälligſt mit eingeſandten Nr. 5 des „Herold“ mit vielem

Intereſſe geleſen, und mich gefreut, durch dieſen Aufſatz eine neue Anregung zur öffentlichen Beſprechung einer für die gemeinſamen Handelsintereſſen Deutſchlands ſo überaus wichtigen Frage gegeben zu ſehen, wie die Einführung von Differentialzöllen im Verein mit einem Handelsbunde mit den deutſchen Nordſeeſtaaten darbietet, wenn man ſie als ein Mittel zur Beförderung der directen Importation und dadurch zum vermehrten Abſatze deutſcher Producte in transatlantiſche Länder, vorzugsweiſe aber als eine Coercitivmaßregel gegen fremde, eine uns feindſelige Handelspolitik befolgende Staaten, um ſie dadurch einem freien Verkehr geneigter zu machen, betrachtet. Die öffentlichen Blätter, welche vorzugsweiſe den Handelsintereſſen gewidmet ſind, fangen mehr und mehr an, dem Gegenſtande ihre Aufmerkſamkeit zuzuwenden, auch in den Hanſeſtädten, deren Anſchluß an einen ſolchen Handels- und Schifffahrts-Verein zur vollſtändigen Erreichung des Zweckes ſo weſentlich iſt, wie denn namentlich die „Weſerzeitung“ in Nr. 286 eine Reihe von Aufſätzen unter der Ueberſchrift „die Politik des Zollvereins zu den deutſchen Nordſeeſtaaten“ eröffnet hat, welche dieſer Frage gewidmet ſind und in denen Ihres Aufſatzes in Nr. 5 des „Herold“ anerkennend Erwähnung geſchieht. Da, wie Ew. Wohlgeboren ſelbſt ſagen, jede Frage dieſer Art vor allen Dingen die Feuerprobe der öffentlichen Debatte beſtehen muß, und der nächſte Zweck, dieſe herbeizuführen, erreicht iſt, ſo enthalte ich mich für jetzt, auf Einzelnes in den von Ihnen dargelegten Anſichten näher einzugehen, was noch einer genaueren Erörterung zu unterwerfen ſein möchte. Dahin rechne ich namentlich die Frage, ob der Differentialzoll durchweg durch einen den begünſtigten Zufuhren zu ertheilenden Rabatt an den beſtehenden Tarifzöllen herbeizuführen ſei, oder durch einen Zuſchlag für die nicht begünſtigten, oder ob endlich vielleicht, zur Ausgleichung des Intereſſes der Conſumenten und der Steuerärarien, eine ſolche Normirung ſich empfehlen möchte, daß der bisherige Zollſatz die Mitte zwiſchen den künftigen Differentialzöllen beſtimmte, mit andern Worten, ob, abgeſehen von der Einführung von Differentialzöllen, wegen derſelben und neben ihnen eine Abänderung des Tarifs nöthig ſei oder nicht?

Trotz dieſer vom Präſidenten des preußiſchen Handels-

amtes hier entwickelten Anſichten über Differentialzölle wurden doch die aus vielen Manufacturorten des Rheinlandes an die preußiſche Regierung gerichteten (in meinem „Herold“ wiedergegebenen) Petitionen um Anbahnung eines directen Bezuges der Colonialwaaren und einer damit zuſammenhängenden Förderung des Exports von Manufacturwaaren durch Einführung von Differentialzöllen vom preußiſchen Finanzminiſter ziemlich vornehm ablehnend beſchieden.

Eine ſociale Frage in dem Sinne wie heutzutage, wo ſie das Intereſſe weiteſter Kreiſe in Anſpruch nimmt, gab es zu Anfang der vierziger Jahre in Deutſchland nicht. Der Arbeiterſtand ſelbſt war dieſen Ideen meiſt noch gänzlich fremd. Er hatte überhaupt wohl über ſich, ſeine Lage und die Möglichkeit einer Verbeſſerung derſelben wenig oder gar nicht nachgedacht. Höchſtens brachten einzelne Handwerksgeſellen von ihren Wanderungen in der Schweiz oder in Frankreich freiere Anſichten mit, beſonders aus dem erſten Lande, wo es bereits organiſirte „Bildungsvereine“ gab, die von deutſchen Handwerkern viel beſucht wurden.

In Deutſchland ſtießen derartige Vereinigungen meiſt auf polizeiliche Hinderniſſe. Nur Gewerbevereine gab es, in denen aber lediglich die ſelbſtſtändigen Handwerksmeiſter, nicht die Geſellen oder Gehilfen, das Wort führten. Die erſten Anregungen zu einer „ſocialen Frage“ gingen von Solchen aus, die weder ſelbſt Arbeiter waren, noch auch, zum größeren Theil wenigſtens, den Arbeitern naheſtanden und ſich mit ihren Verhältniſſen vertraut gemacht hatten. Die in Curs geſetzten ſocialiſtiſchen Ideen waren entweder ein bloßer Widerhall der in Frankreich gerade damals auftauchenden ſocialiſtiſchen Bewegung oder nur Folgerungen

aus gewiſſen theils politiſchen, theils philoſophiſchen Syſtemen. So ward die „Rheiniſche Zeitung“ aus einem ultrademokratiſchen zuletzt ein nahezu ſocialdemokratiſches Blatt; ſo predigte Ruge in ſeinen „Deutſchen Jahrbüchern“ die „Auflöſung des Liberalismus in Humanismus“ und vollzog damit den Uebergang in ſeine „Deutſch-franzöſiſchen Jahrbücher“, die er ſeit 1843 in Paris herausgab und an denen mehrere entſchieden ſocialiſtiſch geſinnte deutſche Schriftſteller, wie K. Marx, Engels, Heß u. A., mitarbeiteten. Ruge ſelbſt neigte mehr und mehr den Ideen des franzöſiſchen Socialismus zu.

Eine andere Pflanzſtätte für ſocialiſtiſche Ideen war die Philoſophie Ludwig Feuerbachs. Dieſer hatte den Menſchen von jeder Beſchränkung, welche die Rückſicht auf ein Ueberſinnliches ihm auferlegen könnte, losgeſprochen und hatte ihn angewieſen, ſeine ganze Aufmerkſamkeit und Thätigkeit dem irdiſchen Leben zuzuwenden. Die Jünger Feuerbachs, auf dieſem Wege weiterſchreitend, zogen nun die Conſequenzen dieſer dem Menſchen zugeſprochenen ſchrankenloſen Freiheit, insbeſondere in Bezug auf möglichſten Lebensgenuß. Einer derſelben, K. Grün, ſprach geradezu aus: „Um das wahre Weſen des Socialismus zu entdecken, müſſe man von Feuerbach ausgehen, nicht von den Fabrikarbeitern, von der logiſchen Nothwendigkeit, nicht von einem praktiſchen Bedürfniß.“

Die ſocialen Forderungen, welche die Schüler Feuerbachs, Grün, Heß u. A., aus deſſen Lehren entwickelten, waren (wie das faſt immer geſchieht, wo man nicht von gegebenen praktiſchen Verhältniſſen ausgeht, ſondern ſich in dem dünnen Aether logiſcher Speculation bewegt) die aller-

äußerſten, die ſich nur denken laſſen. Die Ideen eines St. Simon, eines Fourier, eines Proudhon waren für dieſe deutſchen Socialiſten „überwundene Standpunkte“. Was ſie als nothwendige Conſequenz des Gedankens, daß der Menſch ein abſolut freies Weſen ſei, darſtellten, war nichts Geringeres, als daß ein Jeder nicht mehr und nichts Anderes zu arbeiten (zu produciren) nöthig haben dürfe, als wozu er Neigung fühle, daß er dagegen von der Geſellſchaft verlangen könne, wonach nur immer ſein Herz begehre, nicht allein was zu ſeiner und der Seinen Erhaltung nothwendig ſei, ſondern auch irgend welche Mittel eines materiellen oder geiſtigen Lebensgenuſſes und ſelbſt Luxus.

Nicht lange währte es, ſo ſchoß eine ziemlich umfängliche ſocialiſtiſche Literatur empor. Außer den ſelbſtſtändigen Werken dieſer Richtung, wie der Schrift von Engels „Die Lage der arbeitenden Klaſſen in England“ (beinahe der einzigen Schrift, die ſich auf den Boden concreter Thatſachen ſtellte) und anderer von Heß, von K. Grün, von Marx, von Lüning, entſtanden auch eine Menge von periodiſchen und Sammelſchriften, die ſich entweder ausſchließlich oder doch häufig mit derartigen Fragen beſchäftigten. Dahin gehörten neben der „Rheiniſchen Zeitung“ und den Ruge'ſchen „Jahrbüchern“ die „Trierſche Zeitung“, die „Einundzwanzig Bogen aus der Schweiz“ von Herwegh, das „Deutſche Bürgerbuch“ und die „Rheiniſchen Jahrbücher“ von Püttmann, das „Weſtfäliſche Dampfboot“ von Lüning, „Der Sprecher“ von Grün, „Der Geſellſchaftsſpiegel“ von Heß, das „Kölniſche Volksblatt“ u. ſ. w.

An praktiſchen Verſuchen, die Lage des Arbeiterſtandes zu verbeſſern, fehlte es ſchon damals nicht gänzlich; aber ſie

waren theils unzulänglich, wie die „Arbeitsnachweisungs-Anstalten", theils beruhten sie auf unrichtigen volkswirthschaftlichen Grundsätzen, wie die sog. „Bürgerrettungs-Anstalten", welche verarmten Handwerkern Vorschüsse gewährten. Vielfach segensreich wirkte und wirkt bis auf den heutigen Tag der 1844 in Berlin gestiftete „Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen". Allen diesen Anstalten, ebenso den meisten der vielen Vorschläge zu solchen, die damals auftauchten, war das gemeinsam, daß sie die Abhilfe socialer Mißstände lediglich von einer hingebenden Thätigkeit der wohlhabenderen und gebildeteren Klassen erwarteten. An die Möglichkeit einer Selbsthilfe der Arbeiter dachte man wenig oder nicht. Höchstens war letzteres der Fall bei den in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre hier und da entstehenden „Bildungsvereinen" der Arbeiter, die wenigstens zum Theil von diesen selbst ausgingen, zum Theil aber doch auch von den schon bestehenden Gewerbevereinen (also von Arbeitgebern) entweder gegründet oder doch patronisirt wurden.

Die schwere Theuerung des Winters 1846/47, verbunden mit einer Gewerbestockung in manchen Industriezweigen, lenkte die öffentliche Aufmerksamkeit zuerst nachdrücklicher auf die eigentlich praktische Seite der socialen Frage, d. h. die Linderung der in Arbeiterkreisen vorhandenen Nothstände.

Ich selbst hatte meine Aufmerksamkeit schon früh den Arbeiterverhältnissen zugewendet. Als Knabe war ich durch eigene Anschauung mit den Zuständen der Arbeiterbevölkerung meiner erzgebirgischen Heimath, der Bergleute, der Hammerschmiede, der Spitzenklöpplerinnen u. s. w., vertraut

geworden. Mein persönlicher Verkehr mit Fabrikanten zu Anfang der vierziger Jahre hatte mich manchen Blick in das Verhältniß des Arbeitgebers zum Arbeiter thun lassen. Die von Fr. List und seinen Anhängern ausgegebene Losung: „Schutz der nationalen Arbeit," die zunächst nur die Sicherung der Arbeitgeber gegen fremde Concurrenz bezweckte, legte mir die Betrachtung nahe, inwieweit dieser „Schutz" auch den Arbeitern zu Gute komme. In meinem Artikel über das List'sche System hatte ich bereits diese Seite der Sache (die „Vertheilung der Güter" neben der Schaffung solcher) in's Auge gefaßt. Ich studirte nun eifrig die Schriften zur socialen Frage, sowohl die im mehr praktischen Sinne verfaßten, als die rein speculativen, ganz besonders auch die socialistische Literatur der Franzosen, die mir um Vieles gründlicher und scharfsinniger erschien, als die ihrer deutschen Nachbeter. Bei einem Aufenthalte in Paris im Jahre 1844 wohnte ich Vorlesungen bei, die in dem Redactionslocale der „Démocratie pacifique" (des Preßorgans der Fourieristen) gehalten wurden.

Schon in meiner Monatsschrift hatte ich manche dahin einschlagende Aufsätze gebracht, z. B. über die socialistischen Ansiedelungen in Amerika; in meiner Vierteljahrsschrift schrieb ich (sogleich im ersten Jahrgange 1846) drei umfängliche Artikel unter dem gemeinsamen Titel: „Socialistische Bestrebungen in Deutschland", worin ich theils den philosophischen Socialismus kritisirte, theils alles Das zusammenstellte, was mir von beachtenswerthen Anläufen und Versuchen im Sinne eines „praktischen Socialismus" bekannt geworden war. Auch über einzelne weitergehende Vorschläge,

z. B. den eines Gewinnſtantheiles der Arbeiter, den eines ſtaatlichen Schutzes für letztere, den einer gerechteren Vertheilung der Steuerlaſt u. ſ. w., ließ ich mich eingehend aus. Das den Arbeitern neuerdings durch die Reichsgeſetzgebung zugeſprochene Recht, zum Behufe der Erzielung angemeſſener Löhne ſich zu vereinigen, äußerſten Falls ſogar die Arbeit einzuſtellen, habe ich ſchon damals vertreten. Die wichtige Frage der Beſchaffung von Anlagecapital für den kleinen Handwerker zur Errichtung oder Erweiterung eines ſelbſtſtändigen Gewerbebetriebes beſchäftigte mich ebenfalls lebhaft; doch war mir nicht beſchieden, das Ei des Columbus zu finden; dies blieb dem praktiſchen Geſchick meines ſehr verehrten, leider zu früh dahingegangenen, Freundes Schulze-Delitzſch vorbehalten.

Eine andere Maßregel, die mir für Beſſergeſtaltung der Handwerkerverhältniſſe nützlich ſchien, die Beſchränkung des langen Creditgebens, habe ich wiederholt theils in der Preſſe (z. B. der „Gartenlaube"), theils perſönlich in Handwerkerkreiſen (der Polytechniſchen Geſellſchaft in Leipzig, dem Gewerbeverein in Weimar) anzuregen verſucht, bin aber dabei jedesmal auf einen unüberwindlichen Widerſtand aus der Mitte der Handwerker ſelbſt geſtoßen. Wie mir ſchien, lagen dieſem Widerſtande ziemlich kleinliche und kurzſichtige Motive zu Grunde: die vermögenderen Gewerbetreibenden mochten denken, ſie könnten ein längeres Creditgeben wohl aushalten und ſich durch höhere Preiſe dafür ſchadlos halten; die kleineren fürchteten, durch Beſchränkung des Credits einen Theil ihrer Kunden an jene zu verlieren. Es fehlte eben der rechte Gemeinſinn, der das wohlverſtandene Intereſſe der einzelnen Standesgenoſſen in dem aller ſucht und findet.

In dem Nothstandswinter 1846/47 suchte ich dadurch nützlich zu wirken, daß ich mittelst einer ausgedehnten Correspondenz genaues statistisches Material über die Erwerbs- und Nahrungsverhältnisse der nothleidenden Arbeiterbevölkerung (zunächst im sächsischen Erzgebirge und Voigtlande) zusammentrug und dasselbe sodann in meinem „Herold" veröffentlichte.

In demselben Winter hielt ich öffentliche Vorlesungen vor einem größeren Publikum über „Socialismus und sociale Fragen", die ich dann auch 1847 herausgab. Den Hauptinhalt derselben bildete die Darstellung und Kritik der socialistischen Systeme der Franzosen, Engländer, Belgier ꝛc. Ich wiederholte diese Vorlesungen, nachdem ich sie in Leipzig gehalten, in Dresden. Dort war gerade ein außerordentlicher Landtag zur Berathung von Maßregeln für Abhilfe des Nothstandes zusammengetreten. Die „sociale Frage" hatte damals den Reiz des Neuen, Geheimnißvollen; der Socialismus erschien wie ein drohendes Gespenst, von dem man gern wissen wollte, was und wie nahe es wohl sei. So kam es, daß in meinen Vorlesungen viele Mitglieder der hohen Aristokratie aus der Ersten Kammer, auch höhere Staatsbeamte u. dgl. sich einfanden, überhaupt eine so zahlreiche Zuhörerschaft (wohl 250—300 Personen), daß ich nach der ersten Vorlesung ein größeres Local wählen mußte.

In meiner Behandlung der socialen Frage ging ich möglichst objectiv zu Werke. Ohne die Uebelstände unserer bestehenden Wirthschaftsordnung zu verschweigen oder zu beschönigen, wies ich doch entschieden alle die Theorien zurück, die mir entweder unausführbar oder mit der Natur

des Menſchen und der Geſellſchaft unvereinbar erſchienen, verſchwieg aber auch nicht, daß der ſocialen Bewegung einzelne beachtenswerthe Momente zu Grunde lägen, daß es daher falſch ſein würde, dieſelbe von Haus aus abweiſen, todtſchweigen oder unterdrücken zu wollen, daß es vielmehr darauf ankomme, das Geſunde darin von dem Ungeſunden zu ſcheiden, letzteres fernzuhalten, erſteres dagegen womöglich in einer praktiſch ausführbaren Weiſe zur Geltung zu bringen.

Am Schluſſe meiner Vorleſungen ſagte ich:

Wir dürfen uns nicht von dieſer Bewegung fortreißen laſſen, nicht ihretwegen unſere bisher gewohnten Beſtrebungen für den Fortſchritt, namentlich auf politiſchem und volkswirthſchaftlichem Gebiete, als nutzlos und irrig aufgeben. Aber freilich müſſen wir bei allen unſeren Beſtrebungen für politiſche und ſonſtige Culturfortſchritte immer ſchon das weitere Ziel einer ſocialen Reform vor Augen haben und uns die Wege dazu offen erhalten. Die politiſche Reform muß der ſocialen vorangehen, ihr die Wege bahnen. Das größte Unglück wäre es, wenn die ſocialiſtiſche Bewegung die politiſche überholte, wenn, bevor noch die Mittelklaſſen vollſtändig politiſch emancipirt und zur Theilnahme am Staatsleben herangebildet wären, die Bewegung ſchon in die untern Klaſſen eindränge und von dort aus die beſtehende Ordnung aus den Angeln zu heben verſuchte. Dann hätten wir das Schlimmſte zu fürchten, den rohen Ausbruch noch ungebildeter und unreifer Elemente, einen gewaltſamen Umſturz aller Verhältniſſe, bei dem gar nicht abzuſehen wäre, wann und wie ſich aus ſeinem Schlunde wieder eine friedliche Ordnung hervorarbeiten möchte.

Je mehr man die politiſche Bildung und Reife des Volkes fördert, je mehr man daſſelbe an der Aufrechthaltung der Ordnung und an der Pflege allgemeiner Intereſſen betheiligt durch freie Theilnahme am Staatsleben, durch Selbſtregierung, deſto ſicherer iſt man vor einer ſolchen gewaltſamen Eruption, deſto leichter kann man die ſociale

Bewegung durch allmäliges Reformiren in ungefährliche und wohlthätige Bahnen lenken.

Schon hat der unvermeidliche Zwang der Noth die Regierungen dahin gebracht, daß sie theilweise ernstliche Anstalten gemacht haben, um die sociale Lage der untern Klassen zu verbessern und allgemeine sociale Uebelstände abzustellen*). Dasselbe Gefühl hat sich auch der Klassen bemächtigt, welche sonst nur ungern an gesellschaftliche Reformen zu denken pflegen. Die Besitzenden, die Reichen, die Arbeitgeber selbst erkennen die Nothwendigkeit, von freien Stücken etwas für die ärmeren, von ihnen abhängigen Mitbrüder zu thun, um nicht die Kluft zwischen diesen und sich noch größer und am Ende unheilbar werden zu lassen. In den gesetzgebenden Körperschaften, in Versammlungen und Vereinen der Arbeitgeber, der Fabrikanten und Kaufleute ist die Frage der socialen Reform bereits seit mehreren Jahren zu einer Tagesfrage geworden, und die neueste furchtbare Noth hat sie noch mehr in den Vordergrund gerückt. Hoffen wir, daß man, auf diesem Wege besonnen und ohne Zaudern vorwärts gehend, eine friedliche und befriedigende Lösung derselben finden werde, wenn auch nicht heut und morgen, wenn auch nicht auf einmal vollständig, so doch allmälig und dem Ziele immer näher kommend!

Offener konnte ich gewiß nicht mein aufrichtiges Interesse an einer Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes, aber auch meine wohlerwogene Ueberzeugung aussprechen, daß eine solche nicht auf dem Wege grundstürzender Neuerungen, sondern nur auf dem einer allmäligen Reform zu erreichen sei. Gleichwohl ist meine Stellung zur Arbeiterfrage und zu den Arbeitern von manchen Seiten her entstellt und verdächtigt worden, nicht

*) Eben damals waren in Sachsen und anderwärts polizeiliche Verordnungen gegen das Auslohnen der Arbeiter mit Waaren oder mit unterwerthigen Münzen ergangen.

ſowohl von den Arbeitern ſelbſt (in deren Kreiſen mir vielfach ein Vertrauen entgegengekommen iſt, das ich jederzeit nach Kräften zu rechtfertigen geſucht habe), wohl aber von politiſchen und ſocialiſtiſchen Gegnern. Die Radicalen, denen ich in den vierziger Jahren ſehr unbequem war, hatten es (weil ich auf einen gewiſſen Anſtand in meinem Aeußern hielt) zu einer ſtehenden Redensart gemacht, mich als einen „Ariſtokraten in Glacéhandſchuhen“ zu ſchildern, der es nicht über ſich bringe, „die ſchwielige Hand des Arbeiters zu drücken“. Im völligen Gegenſatze dazu haben ſocialiſtiſche Agitatoren der Neuzeit mehr als einmal verſucht, auf Grund jener meiner Vorleſungen mich zu einem ihnen Gleichgeſinnten zu ſtempeln, der nur, wie ſie meinten, ſeine Sympathien für den Socialismus jetzt entweder verleugne oder aus Charakterſchwäche abgeſchworen habe. Nur Herr Auguſt Bebel iſt ehrlich genug geweſen, bei einer der vielen literariſchen Fehden, die wir mit einander gehabt, offen zu bekennen, daß ich immer derſelbe geblieben, und daß, wenn unſer Verhältniß ſich geändert habe (Herr Bebel war als junger Mann mir mehrere Jahre lang ſehr anhänglich), daran nur ſein Meinungswechſel Schuld ſei.

Es war eine dankenswerthe Inconſequenz der damaligen ſächſiſchen Regierung, daß ſie, die mir ſeit meiner Rede am Verfaſſungsfeſte 1845 das Halten akademiſcher Vorleſungen über Gegenſtände des öffentlichen Staatslebens verwehrte, gleichwohl dieſen öffentlichen Vorleſungen, zu denen Jedermann Zutritt hatte, keinerlei Hinderniſſe in den Weg legte. In Preußen war man ſo duldſam nicht: eine Anfrage, von einem Mittelsmann in meinem Namen an die Berliner Polizeibehörde gerichtet, ob mir wohl

geſtattet ſein würde, jene Vorleſungen auch dort zu halten, ward abfällig beſchieden.

Auf den beſonderen Wunſch einer Anzahl von Setzern und Druckern in Leipzig (derjenigen Klaſſe der Arbeiter, die am früheſten Sinn für ſolche allgemeine Intereſſen verrieth), gab ich einem Kreiſe dieſer einen auf ihr Verſtändniß berechneten Auszug aus meinen Vorleſungen. So lange ich von den ſocialiſtiſchen Syſtemen ſprach, ſchien es ſie ſehr zu intereſſiren; als ich aber zu einer Kritik dieſer kam und dabei die, anſcheinend hochgeſpannten Erwartungen der Zuhörer von einer möglichen Ausführung der darin enthaltenen Vorſchläge weſentlich herabſtimmen mußte, erkaltete dieſes Intereſſe ſichtlich, ſo daß ich meine Vorträge früher abbrach, als ich eigentlich beabſichtigt hatte.

Eine wiſſenſchaftliche Auseinanderſetzung mit den Vertretern des Socialismus, wozu ich dieſe in meiner Vierteljahrsſchrift aufgefordert hatte, führte zu nichts, da dieſe Herren jeden Widerſpruch gegen ihre Anſichten von vornherein für unberechtigt und letztere für unfehlbar zu halten ſchienen. Das Gleiche war der Fall mit einem Briefwechſel zwiſchen mir und einem Communiſten, zu welchem Letzterer (ein Ungenannter) den Anlaß gegeben hatte, und den ich in meinem „Herold" abdruckte.

Der „Communiſt" ſtellte mir zwar das Zeugniß aus:

Sie haben durch Ihre bisherigen Arbeiten den guten Willen, dem Volke zu helfen, deutlich gezeigt, und wir geben uns alſo der Hoffnung hin, daß Sie ſich künftig mehr und mehr der einzig wichtigen Frage der Zeit, dem Socialismus oder geradezu Communismus, zuwenden werden, denn nur durch gründliche Erörterung derſelben kann die eine und ganze Freiheit erkannt und erlangt werden.

Allein vergebens ſuchte ich ihm die Unhaltbarkeit ſeines Syſtems nachzuweiſen; vergebens forderte ich ihn auf, er möge doch ſtatt bloßer allgemeiner Namen und Begriffe, wie „organiſirte Geſellſchaft“ u. dgl., einmal deutlich ſagen, wie er ſich eine ſolche nach dem Princip des Communismus eingerichtete Geſellſchaft denke. Nachdem ich eine ganze Reihe von „Offenen Briefen“ im „Herold“ an ihn verſchwendet, auf keinen derſelben aber eine Antwort erhalten hatte, ſchloß ich dieſe unfruchtbare Correſpondenz.

Neben dem indirecten und halb verſchämten Bekehrungsverſuch, den dieſer „Communiſt“ unternahm, indem er mir als nothwendige Conſequenz meines politiſchen Liberalismus den (früheren oder ſpäteren) Uebergang zum Communismus einzureden ſuchte, ward auch einmal ein directer von einem der damaligen Leipziger Wortführer des Socialismus an mir gemacht. Derſelbe rückte mir eines ſchönen Tages plötzlich auf die Stube und begann, mir die alleinſeligmachende Lehre des Socialismus vorzutragen. Dabei iſt Eines mir noch in friſcher Erinnerung. Eben damals war es das traurige Schickſal der Schleswig-Holſteiner, das alle wahrhaft deutſchen Herzen bewegte. Ich ſprach davon zu dem Apoſtel des Socialismus; dieſer aber erwiderte höhniſch lachend: „Ob die Schleswig-Holſteiner Deutſche oder Dänen ſeien, ſei ihm ganz gleichgiltig“. Die Begriffe „Nation“ und „Vaterland“ waren für ihn nicht da!

Zwölftes Capitel.

Meine Betheiligung an allerhand „Tagesfragen".

3. Politische Freiheitsfragen.

Wenn ich die paar Jahrgänge meines „Herold" von 1844—47 durchblättere, so möchte ich wie der Prinz in Lessings „Emilia Galotti" ausrufen: „Klagen, nichts als Klagen!" In der That war die politische Atmosphäre jener Jahre mit allerhand Stoffen der Unzufriedenheit, der Verstimmung, ja des Pessimismus bis zur äußersten Spannung angefüllt. In Preußen getäuschte Verfassungshoffnungen und statt des anfänglichen Einlenkens der neuen Regierung in etwas freiere Bahnen schon sehr bald wieder erst Stillstand, dann Rückgang („gehemmter Fortschritt und geförderter Rückschritt" nannte es der Berliner Witz mit Anspielung auf die zwei ehernen Rosse vor dem königlichen Schloß); in Oesterreich das alte Metternich'sche System in seiner ganzen Strenge und Starrheit; in den Verfassungsstaaten fast allerwärts Conflicte — in Baiern wegen nicht verrechneter Ueberschüsse und wegen der sogen. „Kniebeugungs-Frage" (des auf die protestantischen Soldaten ausgeübten Gewissenszwanges, bei Processionen mit

vor der erhobenen Monſtranz niederzuknieen), in Baden wegen ſyſtematiſcher Urlaubsverweigerungen bei der Wahl liberaler Staatsdiener zu Abgeordneten, in Sachſen wegen des hartnäckigen Widerſtandes eines Miniſters gegen Anträge der Stände auf zeitgemäße Reformen im Gerichtsweſen, und ſo beinahe in jedem Lande oder Ländchen wegen irgend etwas. Und, was das Schlimmſte, es war das nicht zufällig, ſondern es war „Methode" in dieſer Abweiſung aller liberalen Forderungen und Antaſtung ſelbſt ſchon beſtehender und geſetzlich verbürgter Rechte. Denn um eben jene Zeit (1844) erfuhr man durch Carl Welckers „Wichtige Urkunden für den Rechtszuſtand der deutſchen Nation", daß über Dieſes und noch manches Andere in den „geheimen Wiener Conferenzen von 1834" die Regierungen ſich vereinbart hatten und daß daher alle jene einzelnen Acte der Regierungen in Sachen der Urlaubsverweigerungen, der Ueberſchreitungen des Budgets, der Preßverfolgungen u. ſ. w. nur ebenſo viele einzelne Maſchen in dem großen reactionären Netze ſeien, mit welchem nach dem Plane des Altmeiſters der Reaction, Fürſt Metternich, ganz Deutſchland überſponnen und jede freiere Regung des Volksgeiſtes erſtickt werden ſollte.

Wer jene Zeit mit Bewußtſein erlebt hat, wird mir zugeben, daß man damals in ganz anderer Weiſe ein Recht hatte, über „Reaction" zu klagen, als heutzutage. In der That muß ich immer lächeln, wenn ich manche unſerer heutigen Wortführer im tiefſten Bruſtton ſittlich-politiſcher Entrüſtung von dem „Hereinbrechen einer allgemeinen Reaction" und der „Vernichtung aller Volksfreiheiten" reden höre. Dieſe Herren müſſen wohl von jener Zeit der vier-

ziger (vollends der fünfziger) Jahre wenig oder nichts wiſſen, ſonſt könnten ſie ſo nicht ſprechen. Was hätten wir damals darum gegeben, wenn wir auch nur ein Viertheil von den wohlverbürgten Rechten und Freiheiten beſeſſen hätten, deren wir uns heute erfreuen und die uns bereits ſo ſehr zur Gewohnheit geworden ſind, daß wir kaum noch daran denken.

Daß ſich mein „Herold" zum Organ der damals von allen Seiten her ertönenden Beſchwerden machte, habe ich ſchon geſagt. Aber auch in meiner Monatsſchrift, noch mehr ſpäter in meiner cenſurfreien Vierteljahrsſchrift, fanden viele davon ein lebhaftes Echo. Auf alle derartige Vorgänge aus jener Zeit hier zurückzukommen, iſt nicht meine Abſicht (obſchon die nähere Schilderung des einen und anderen vielleicht ganz lehrreich wäre); nur eines derſelben glaube ich ſpeciell gedenken zu ſollen — theils weil ich dabei die Genugthuung hatte, durch einen Artikel meiner Monatsſchrift zur Abwehr eines gefahrdrohenden Angriffes auf ein wichtiges ſtändiſches Recht beizutragen, theils weil der Verfaſſer dieſes Artikels, der ſich des betreffenden Rechtes ſo warm annahm, kein Geringerer war, als — der frühere königlich ſächſiſche Miniſterpräſident Bernhard von Lindenau.

Der Hergang der Sache war folgender. In der badiſchen Wahlkammer hatte der dortige Finanzminiſter von Böckh bei einer Verhandlung, wo es ſich um eine ohne vorherige ſtändiſche Genehmigung von der Regierung gemachte Ausgabe handelte, in ſehr ſchroffer Weiſe das Recht der Kammer, dieſe Verausgabung nachträglich anzufechten, beſtritten, indem er ſchließlich kurzweg ſagte: „Die Summe

iſt bezahlt und bleibt bezahlt, und es führt zu gar Nichts, wenn auch die Kammer hinterher ſie ſtreichen will." Dieſer Anſicht des badiſchen Finanzminiſters hatte ich in meiner Monatsſchrift eine Aeußerung gegenübergeſtellt, welche Lindenau 1836 im Schoße der ſächſiſchen Wahlkammer gethan und worin er mit klaren Worten den Ständen das Recht zuerkannt hatte, ſolchen Ausgaben, die von der Regierung ohne vorherige ſtändiſche Bewilligung gemacht worden wären, eventuell die Genehmigung zu verſagen.

Dieſer mein Aufſatz war von dem Abgeordneten Welcker in einer ſpäteren Sitzung der badiſchen Kammer dem Miniſter von Böckh vorgehalten worden; der Letztere aber hatte in ſeiner kurzangebundenen Weiſe darauf erwidert: „der Verfaſſer des fraglichen Aufſatzes habe weder den Miniſter von Lindenau noch ihn verſtanden." Dies bewog mich, an Herrn von Lindenau (der damals ſchon aus dem ſächſiſchen Staatsdienſt zurückgetreten war und als Privatmann in Altenburg lebte) zu ſchreiben und ihn um eine authentiſche Erläuterung jener 1836 von ihm gethanen Aeußerung zu bitten. Herr von Lindenau entſprach dieſer meiner Bitte in der liebenswürdigſten Weiſe.

Zunächſt erhielt ich von ihm folgende kurze Mittheilung:

Vor wenig Stunden von einer Badecur in Töpliz heimgekehrt, finde ich Ew. Wohlgeboren verehrte Zuſchrift vom 15. Auguſt hier vor, die ich ſofort mit der Verſicherung zu beantworten eile, daß Sie in den nächſten Tagen einen kleinen Aufſatz über den fraglichen Gegenſtand, zur Aufnahme in Ihre Zeitſchrift, unter meinem Namen erhalten ſollen. Irre ich nicht, ſo ſind wir, Sie und ich, einverſtanden, und gern ſpreche ich mich über dieſe wichtige Frage des conſtitutionellen Lebens aus, da letzteres zur Täuſchung werden

würde, wenn die ständiſche Beanſtandung nicht verwilligter Ausgaben unerlaubt oder erfolglos ſein ſollte. Mit ausgezeichneter Hochachtung Ew. Wohlgeboren gehorſamſter Lindenau.

Altenburg, den 1. September 1844.

Dieſem erſten Schreiben folgte einige Tage darauf ein zweites, welches ſo lautete:

Ew. Wohlgeboren überſende ich anliegend den verſprochenen Aufſatz und überlaſſe Ihnen den davon zu machenden Gebrauch. Ich habe mich dabei blos auf die ſächſiſche Verfaſſungs-Urkunde beſchränkt und die Erörterung thunlichſt abgekürzt, um nicht dadurch in anderweite ſtaatsrechtliche Discuſſionen verwickelt zu werden, die ich nach dem nunmehrigen Abſchluß meines politiſchen Lebens auf alle Weiſe zu vermeiden wünſche. Mit ausgezeichneter Hochachtung Ew. Wohlgeboren gehorſamſter Lindenau.

Altenburg, den 7. September 1844.

Angeſchloſſen war dieſem Briefe der nachſtehende Aufſatz, den ich natürlich ſofort in meiner Monatsſchrift veröffentlichte:

Ueber den Umfang des ſtändiſchen Bewilligungsrechtes.

Von Bernhard von Lindenau.

In Veranlaſſung einer in der II. badiſchen Kammer über die Grenzen des ſtändiſchen Bewilligungsrechtes erfolgten miniſteriellen Aeußerung haben einige öffentliche Blätter ſich auf eine Erklärung bezogen, die bei einer ähnlichen Berathung am ſächſiſchen Landtage des Jahres 1836 von mir, als damaligem ſächſiſchen Staatsminiſter, abgegeben wurde. Für den Fall, daß letzte eine irrige war, werde ich für einen unpraktiſchen Ideologen, Theorienjäger, Radicalen erklärt, und, da ich dieſe Bezeichnungen nicht auf mich angewendet zu ſehen wünſche, ſo möge das Nachſtehende jene Erklärung rechtfertigen.

Natürlich drückt das darüber Geſagte nur meine perſönliche und nur eine auf der königl. ſächſ. Verfaſſungsurkunde beruhende An-

ſicht aus, da ich in die badiſche Streitfrage einzugehen nicht gemeint bin.

Meine Erklärung findet ſich abgedruckt in „Biedermanns deutſcher Monatsſchrift", Maiheft 1844, S. 418, und das eigentliche punctum saliens meiner Behauptung beſteht darin:

„daß, wenn eine durch außerordentliche Bedürfniſſe erheiſchte, ſtändiſch jedoch nicht bewilligte Ausgabe gemacht wurde, es dann Sache des Miniſters ſei, letzte zu rechtfertigen, deren Nothwendigkeit nachzuweiſen und dadurch die Bewilligung nachträglich zu erhalten."

Ein Beiſpiel wird die Sache noch klarer machen. Für einen beſtimmten Zweck werden von den Kammern 1000 Thaler verwilligt, vom Miniſter aber 2000 Thaler ausgegeben; würde nun die Rechtfertigung der Mehrausgabe von den Kammern nicht anerkannt, ſo können Letzte, nach meiner Anſicht, eine miniſterielle Verantwortlichkeit beantragen, über deren Vorhandenſein und Folgen der Staatsgerichtshof zu entſcheiden hat. (Verf.-Urk. § 142. 148, Geſetz das Verfahren in den an den Staatsgerichtshof gelangenden Sachen betr. § 1. I.)

Meine damalige Ueberzeugung, die unverändert auch meine jetzige iſt, beruht zunächſt auf folgenden Anordnungen der ſächſiſchen Verf.-Urk.:

§ 97. „Die Stände haben die Befugniß, hierbei die Nothwendigkeit, Zweckmäßigkeit und Höhe der Anſätze zu prüfen, . . . auch ſich, ſowohl wegen der Annahme der angeſetzten Summen, als über die Art der Deckung . . . zu entſchließen." — § 98. „Bei jedem ordentlichen Landtage wird den Ständen eine genaue Berechnung der in den vorhergegangenen drei Jahren ſtattgefundenen Einnahmen und Ausgaben . . . mitgetheilt." — § 99. „Um Beides beurtheilen zu können, werden ihnen . . . die nöthigen Erläuterungen gegeben, ſowie Rechnungen und Belege mitgetheilt werden."

Den Ständen wird hiernach

a. das Recht eingeräumt, die Höhe der Ausgabepoſitionen zu prüfen und darüber zu beſchließen; b. die Mittheilung der erforderlichen Ueberſichten verſprochen, um die Richtigkeit der Aus-

gaben oder, mit andern Worten, deren Uebereinſtimmung mit den ſtändiſchen Beſchlüſſen prüfen zu können.

Wird ſomit durch die Verf.-Urk. die ſtändiſche Prüfung und Beiſtimmung zur Feſtſtellung der Ausgabenhöhe erfordert, und ſollen den Ständen die Mittel zur Controle gewährt werden, ſo iſt auch damit die Verbindlichkeit der Regierung ausgeſprochen, von der ſtändiſch beſchloſſenen oder genehmigten Höhe einſeitig nicht abzuweichen. Geſchieht es demohngeachtet, ſo liegt darin eine Verletzung der Verfaſſung, die entweder analogiſch nach § 105 der Verf.-Urk. zu beſeitigen iſt*), oder wegen deren nach § 141 eine Anklage des betreffenden Miniſterialvorſtandes ſtattfinden kann.

Die in der ſächſiſchen Kammerpraxis den Miniſtern zugeſtandene und in gewiſſer Beziehung hier eingreifende Befugniß, mehrere gleichartige Ausgabeposten unter einer Hauptrubrik zuſammenzufaſſen, laſſe ich unberückſichtigt.

Durch ein Feſthalten an dieſen Anſichten wird das ſo wichtige ſtändiſche Bewilligungsrecht unverkümmert aufrecht erhalten, während es zur leeren Täuſchung und der eigentliche Zweck dieſes Rechtes — Erhaltung eines ſtreng geregelten Staatshaushalts — völlig

*) Dieſer § 105 lautet: „Ohne Zuſtimmung der Stände kann kein Anlehen giltig gemacht werden. Wenn in außerordentlichen, dringenden und unvorhergeſehenen Fällen ſchleunige finanzielle Maßregeln erfordert werden, zu welchen an ſich die Zuſtimmung der Stände nothwendig iſt, ſo iſt eine außerordentliche Ständeverſammlung einzuberufen. Sollten jedoch äußere Verhältniſſe eine ſolche Einberufung durchaus unmöglich machen, ſo darf der König unter Verantwortlichkeit der ihn hierbei berathenden Vorſtände der Miniſterialdepartements das zur Deckung des außerordentlichen Bedürfniſſes unumgänglich Nöthige proviſoriſch verfügen, auch erforderlichen Falls ausnahmsweiſe ein Anlehn aufnehmen; es ſind aber die getroffenen Maßregeln ſobald als irgend möglich der Ständeverſammlung und ſpäteſtens an dem nächſten ordentlichen Landtage vorzulegen, um deren verfaſſungsmäßige Genehmigung zu bewirken; auch iſt ſelbiger über die Verwendung der erforderlich geweſenen Summe Nachweiſung zu geben.“

vereitelt werden würde, wenn eine Ueberſchreitung der ſtändiſchen Bewilligung willkürlich und unverantwortlich ſein ſollte.

Als dieſe Frage am Landtage 1836 zur Sprache kam, konnte ich als ſächſiſcher Miniſter über meine desfallſige Erklärung nicht einen Augenblick zweifelhaft ſein, da im Königreiche Sachſen die Verfaſſungsurkunde vollſtändig zur Wahrheit werden ſollte und es in der That geworden iſt, und alle Beziehungen der Staatsgewalten unter ſich auf Redlichkeit, Wohlwollen und Vertrauen beruhen.

Allein, habe ich mich im Vorſtehenden für ein Recht der Kammern und für deſſen Sicherung gegen miniſterielle Willkür erklärt, ſo läßt mich mein lebhaftes Intereſſe für das Vorwärtsſchreiten und Gedeihen des conſtitutionellen Lebens in unſerm deutſchen Vaterlande den Wunſch beifügen, daß von dieſem Rechte der Anklage nur ſehr ſparſam und nur in den dringendſten Fällen Gebrauch gemacht werden möge, wenn daraus nicht anders mehr Nachtheil als Vortheil entſpringen ſoll. Denn man bedenke, daß es ſich für den Miniſter in Fällen der vorliegenden Art meiſtens um die nothwendige Alternative einer Verantwortlichkeit handelt: entweder um eine Mehrausgabe, oder um die Unterlaſſung einer wohlthätigen Maßregel, die eine ſolche Ausgabe erfordert. Muß der Miniſter von den Kammern wegen jeder Ausgabeüberſchreitung eine ſtrenge Beurtheilung, ja Anklage befürchten, ſo wird er beides, Ausgabe und wohlthätige Maßregel, unterlaſſen, dadurch meiſtens ſich gegen Verantwortlichkeit ſichern, allein damit auch häufig der guten Sache mehr ſchaden als nützen. Hier, wie in allen Verhältniſſen zwiſchen Regierung und Ständen, kann ein ſtarres Feſthalten und Verfolgen des Princips bis zur äußerſten Spitze nur ſchaden, während durch eine freundlich vermittelnde Ausgleichung das Gute faſt jederzeit gelingt. Halte ich mich überzeugt, daß die große Mehrzahl aller denkenden Deutſchen im conſtitutionellen Leben das Mittel zur Verbeſſerung und Vervollkommnung unſerer bürgerlichen Verhältniſſe erblickt und darum deſſen Ausbreitung wünſcht, ſo möge auch unſern deutſchen Kammern der Gedanke, die Ueberzeugung ſtets gegenwärtig ſein, daß dieſer Zweck durch den Erfolg aller Landtage, durch das überwiegende Wohlbefinden aller conſtitutionellen Staatsbürger am ſicherſten befördert wird, während jedes Zerwürfniß zwiſchen Regierung und Ständen,

jeder daraus entſpringende Nachtheil das Gegentheil bewirkt: denn überzeugender als Schrift und Wort iſt die Thatſache!

Ich konnte mir nicht verſagen, den Abdruck dieſes Lindenau'ſchen Aufſatzes in meiner Monatsſchrift mit einem „Offenen Briefe an Herrn von Böckh" zu begleiten, worin ich mit Bezug auf eine von ihm gethane einlenkende Aeußerung, „daß zwiſchen ſeiner Erklärung und der Lindenau'ſchen von 1836 kein weſentlicher Unterſchied ſei," meinem Herzen in Folgendem Luft machte:

Kann ich in der neueſten Erklärung des Herrn Miniſters von Lindenau nur eine erwünſchte Bekräftigung ſeiner früheren erblicken, dahin gehend, daß, wie Herr von Lindenau ſelbſt in ſeiner Zuſchrift an mich es ausdrückt, „die Beanſtandung nicht bewilligter Ausgaben weder unerlaubt noch erfolglos ſein dürfe," ſo werden Ew. Excellenz mir es auch nicht verargen, wenn ich dieſer Conſequenz einer ſich unwandelbar treu bleibenden Geſinnung einen höheren Werth beilege, als der, obſchon immerhin ſehr erfreulichen, Bekehrung Ew. Excellenz von einer entgegengeſetzten zu einer der Lindenau'ſchen ſich mehr annähernden, obgleich auch jetzt noch nicht ganz deutlich ausgeſprochenen Anſicht; wenn ich daher zwar Ew. Excellenz die Anerkennung außerordentlicher ſtaatsmänniſcher Gewandtheit und großer Redegabe nicht verſage, dagegen aber das Gefühl wahrer und inniger Hochachtung für den hochverehrten Mann aufſpare, deſſen Name, als des Schöpfers und Pflegers der ſächſiſchen Verfaſſung, ſchon lange mir und allen Sachſen theuer war, der aber mir und gewiß allen Freunden des conſtitutionellen Fortſchritts in ganz Deutſchland noch unendlich verehrungswürdiger geworden iſt durch die Offenheit und Entſchiedenheit, mit welcher er, ohne ſich durch die bei unſeren Staatsmännern ſo gewöhnliche Scheu vor der Oeffentlichkeit oder durch ſonſtige Rückſichten abhalten zu laſſen, unter ſeinem Namen, durch das Organ der Preſſe, für die Grundſätze, welche er als die echt conſtitutionellen erkannt hat, und gegen eine Anſicht auftritt, die leider von manchen conſtitutionellen deutſchen Regierungen ganz unumwunden geltend gemacht und von

Ew. Excellenz, wenigſtens allem Anſcheine nach, eine Zeit lang getheilt worden iſt. Hiermit, Ew. Excellenz, glaube ich die Vertheidigung des angefochtenen Aufſatzes der „Deutſchen Monatsſchrift“ vollſtändig genug geführt zu haben, um wenigſtens den von Ihnen mir gemachten Vorwurf der Ignoranz und des leichtſinnigen Mißverſtehens offenkundiger Aeußerungen als widerlegt und abgewieſen betrachten zu können, und ich habe nur den Wunſch hinzuzufügen, daß dieſe perſönliche Angelegenheit, die ich, wäre ſie nur eine ſolche geweſen, ſchwerlich ſoweit verfolgt haben würde, durch die Erklärungen, welche ſie zu Tage gefördert, dem Allgemeinen, der guten Sache des conſtitutionellen Lebens in Deutſchland förderlich ſein möge. In tiefſter Ergebenheit verharre ich Ew. Excellenz gehorſamſter

Karl Biedermann.

Leipzig, den 9. September 1844.

Dreizehntes Capitel.

Meine Betheiligung an allerhand „Tagesfragen“.

4. Die ſchleswig-holſteiniſche Frage.

Die deutſchnationale Bewegung ſchien beinahe ſchon wieder ihrem Niedergange nahe, da kam ihr vom Norden her, durch den Kampf der Schleswig-Holſteiner gegen däniſche Vergewaltigung, ein neuer belebender Anſtoß.

Eine „ſchleswig-holſteiniſche Frage“ hatte es ſchon länger, beſonders aber ſeit dem Erſcheinen von Lornſens epochemachendem Werke: „Die Unionsverfaſſung Dänemarks und Schleswig-Holſteins“ (1841), gegeben. Auch ich hatte mich lebhaft daran betheiligt. Gleich im erſten Jahrgange meiner Monatsſchrift war das Lornſen'ſche Buch von Fr. v. Florencourt beſprochen und dabei eingehend das Recht der Schleswig-Holſteiner gegen Dänemark, das ſittlich-politiſche wie das hiſtoriſche, erörtert worden. Seitdem hatte ich die Sache der Herzogthümer nicht aus den Augen verloren. Zwei Hauptwortführer derſelben, Hanſen-Eckernförde und Olshauſen-Kiel, hatten mich auf ihren Reiſen, die ſie zum Zwecke der Erweckung von Sympathien für ihre Sache durch Deutſchland mach-

ten, in Leipzig aufgesucht. Das Gleiche hatte der Schleswig-Holsteiner Wienbarg gethan.

Beinahe wäre ich indeß in ein falsches Fahrwasser gerathen. Es hatte sich in Holstein eine (wie ich später erfuhr, nur kleine und wenig einflußreiche) Partei gebildet, die man die „neu- oder jungholsteinische" nannte. An ihrer Spitze stand damals Olshausen mit seinem „Kieler Correspondenzblatt". Diese Partei ging von der Ansicht aus: Schleswig, auf dessen Einverleibung in Dänemark eine starke Partei im Königreich drang, werde, da es staatsrechtlich nicht zu Deutschland gehöre, also auch vom deutschen Bunde nicht geschützt werden könne, doch nicht zu halten sein; man solle daher seine Bestrebungen lieber ausschließlich darauf concentriren, für Holstein ein besseres Verhältniß zu Dänemark zu erreichen, wobei man sich auf dessen Eigenschaft als deutsches Bundesland stützen könne.

Von diesem Standpunkte aus sandte mir ein Schriftsteller in Kiel, Feldmann, mehrere Aufsätze für die Monatsschrift. Ich vermuthe, daß er mir durch Olshausen empfohlen war. Bald aber wurde ich von zwei Seiten her, von Florencourt und von Hansen, vor ihm gewarnt. Hansen schrieb:

Der gute Feldmann lebt zu isolirt und beurtheilt unsere Verhältnisse nur von der Stube aus Schleswig kennt er gar nicht.

Florencourt ging näher auf die Sache ein. Er äußerte sich über die Stimmung in Schleswig-Holstein so:

Was Feldmann anbetrifft, so nehmen Sie sich doch ja in Acht und prüfen Sie, ehe Sie diesen Jungholsteinern Ihre Blätter öffnen! Ich kenne diese schleswig-holsteinischen Verhältnisse sehr genau, denn ich habe sechs Jahre in Kiel gelebt und bin mit den dortigen Persönlichkeiten wohl bekannt. Die jungholsteinische Partei besteht

zur Zeit erſt aus drei Menſchen, dem Advokaten Olshauſen, dem Herausgeber des „Kieler Correſpondenzblattes“, und aus zwei Creaturen von ihm, dem Advokaten Radlof und eben dem Herrn Feldmann. Wenn derſelbe ſich auf irgend einen Landeswunſch rückſichtlich einer Trennung Schleswigs von Holſtein beruft, ſo ſagt er die Unwahrheit. Beide Provinzen haben einſtimmig dieſe Richtung mit dem höchſten Unwillen aufgenommen, und alle ehrenwerthen Männer haben dagegen proteſtirt. Schleswig und Holſtein ſind Ein Land, ſie haben ſeit ſechshundert Jahren eine ungetrennte Verwaltung, gemeinſchaftliche Bildungsanſtalten, gemeinſchaftliche Gerichte u. ſ. w.; die Beamten ſind ſeit ſechshundert Jahren in beiden Ländern durch einander geworfen, haben ſich dort verheirathet u. ſ. w., ſo daß man, wenn man auf die Abſtammung geht, die Mehrzahl der angeſehenen Familien in Holſtein vielleicht Schleswiger und umgekehrt in Schleswig Holſteiner ſind. Für dieſe Einheit iſt viel Blut gefloſſen, und alle Verträge ſprechen dafür. Auch iſt die Erbfolge ganz unzweifelhaft für beide Länder dieſelbe bis auf die Grafſchaft Pinneberg, die aber holſteiniſch iſt. Einen ſchnöden Vergleich dadurch, daß er die Hälfte ſeines angeſtammten Landes Schleswig den Dänen abträte, um in Ruhe die andere Hälfte beſitzen zu können, wird der präſumtive Kronerbe, das Auguſtenburgiſche Haus, gewiß nicht eingehen: geſchähe es aber, ſo würde es ſich ſehr ſchlecht bei den Schleswig-Holſteinern dadurch empfehlen. Auch iſt es nicht wahr, was Feldmann behauptet: in ſprachlicher Rückſicht ſei Schleswig däniſch. Im Süden Schleswigs wird nur deutſch geſprochen; im Norden ſpricht der gemeine Mann däniſch; der Gebildete (und darauf kommt es allein an, denn dieſer zählt allein, wenn von dem Gehalte und der Individualität einer Nation die Rede iſt) iſt ganz deutſch; ja ſelbſt die däniſch ſprechenden Bauern in Nordſchleswig wollen Deutſche ſein. Vor drei Jahren wurde durch Einfluß des däniſchen Hofes der Antrag auf dem ſchleswigſchen Provinziallandtage durchgeſetzt, daß in den däniſchen Gemeinden die däniſche Gerichtsſprache eingeführt werden ſolle. Man ging von dem, theoretiſch richtig und billig klingenden Principe aus, daß die Gerichtsverhandlungen in der dem Volke geläufigſten Mundart gehalten

werden müßten. Sämmtliche Gemeinden ſind aber ſchon nach einem Jahre mit der Bitte um Aufhebung dieſer Beſtimmung eingekommen, weil ſie ſich bei dem Deutſchen beſſer ſtänden und es auch genugſam verſtänden.

Dieſe letzte Stelle des Florencourt'ſchen Briefes hat ein beſonderes Intereſſe inſofern, als ſie beweiſt, daß 1842 auch im Norden Schleswigs das däniſche Element noch ſehr ſchwach war. Die Däniſirung dieſes Landestheiles ward bekanntlich in der Reactionszeit nach 1850 planmäßig betrieben. Man hat daher ſicherlich kein Recht, auf die „däniſche Nationalität" in Nordſchleswig ein gar ſo großes Gewicht zu legen.

Zu einer „brennenden" Frage ward die ſchleswig-holſteiniſche, als 1844 in der däniſchen Ständeverſammlung in Roeskilde an die däniſche Regierung der Antrag auf Einverleibung Schleswigs geſtellt und als dieſem Antrag in dem „Offenen Briefe" Chriſtians VIII. (1846) Rechnung getragen ward. Damit war der Funken in ein Pulverfaß geworfen. Jetzt waren mit einem Male alle Parteien in Schleswig-Holſtein einmüthig in der Vertheidigung des alten, in der „Unionsverfaſſung" verbrieften Rechtes, wonach beide Herzogthümer „für immer ungetheilt" bleiben ſollten; jetzt gab es nur noch eine einzige Partei, die ſchleswig-holſteiniſche, und keiner war fortan ein wärmerer Vertheidiger der Zuſammengehörigkeit Schleswig-Holſteins, als Olshauſen.

Die Bewegung in den Herzogthümern wirkte mächtig auf Deutſchland zurück; das „Schleswig-Holſtein meerumſchlungen" ward zur deutſchen Nationalhymne, wie es 1840 das Becker'ſche „Rheinlied" geweſen war: auch ward es

nicht, wie dieſes, in hundert verſchiedenen Melodien, ſondern nach einer einzigen, und zwar einer ſehr ſchönen, kräftigen Melodie geſungen.

Meine beiden Blätter, „Monatsſchrift“ und „Herold“, nahmen ſich des gefährdeten Rechtes unſerer Brüder im Norden auf das Entſchiedenſte an. Auch Feldmann ſchrieb mir nun Artikel in gut ſchleswig-holſteiniſchem Sinne. Ich ſelbſt verfaßte eine „populäre Beleuchtung der ſchleswig-holſtein-lauenburgiſchen Frage“, worin ich, neben einer „Geſchichte der Herzogthümer in ihrem Verhältniß zu Dänemark“ und einer Aufzählung der verſchiedenen, die ſtaatliche Unabhängigkeit der Herzogthümer vom Königreich ſichernden Verträge, insbeſondere den Rechtspunkt in Betreff der Erbfolge, ſowie das Intereſſe Deutſchlands an dieſer Frage und die Pflicht, welche der Bund und die beiden deutſchen Großmächte gegen die Herzogthümer hätten, ſcharf betonte. Dieſe Beleuchtung ging als außerordentliche Beilage zum „Herold“ in einer ſtarken Auflage nach allen Seiten hinaus und namentlich nach den Herzogthümern ſelbſt.

Im Sommer 1846 machte ich eine Reiſe nach Kiel, um aus eigener Anſchauung die dortigen Verhältniſſe kennen zu lernen. Ich kam in Kiel zu einer Zeit an, wo die Bewegung ſoeben in einen entſcheidenden Wendepunkt getreten war. Die beiden Ständeverſammlungen von Schleswig und von Holſtein hatten ſich ſelbſt aufgelöſt, weil ihnen verwehrt ward, über den „Offenen Brief“ freimüthig zu discutiren und von dem übelberathenen König von Dänemark an den beſſer zu berathenden Herzog von Schleswig Holſtein zu appelliren. Mann für Mann

hatten die Abgeordneten, nachdem ſie gegen dieſe Verletzung der Rede- und Petitionsfreiheit proteſtirt, den Ständeſaal verlaſſen. Dieſe tapfere That der Vertreter des Landes feierte die erſte Geſellſchaft Kiels, die Harmonie, durch ein den Abgeordneten gewidmetes Feſtmahl. Es war mir vergönnt, daran Theil zu nehmen. Hier ſah ich und lernte zum Theil näher kennen, was Stadt und Univerſität Kiel, was das Land an Notabilitäten beſaß; hier und ebenſo in einer von Olshauſen abgehaltenen Volksverſammlung überzeugte ich mich, welch ein mannhafter Geiſt, welche ruhige, aber zähe Kraft in Vertheidigung ihrer Rechte die Bevölkerung dieſer Lande belebe, welche Einmüthigkeit alle Stände und alle Parteien zu dieſem einen patriotiſchen Zwecke verbinde.

Ein erfreuliches Zeugniß eben dieſer Einmüthigkeit ſind die Verhandlungen, welche der Selbſtauflöſung der beiden Ständeverſammlungen vorausgingen. Sie durften nur weſentlich beſchnitten in der „Ständezeitung" wiedergegeben werden. Durch die freundliche Vermittelung eines der Abgeordneten zur holſteiniſchen Ständeverſammlung, des Ober-Landgerichtsadvokaten Clauſſen in Kiel, gelang es mir, die Verhandlungen wenigſtens der holſteiniſchen Stände unverkürzt und unverkümmert durch einen Abdruck in meiner cenſurfreien Vierteljahrsſchrift (im 6. und 7. Bande 1847) als ein ehrendes Denkmal jenes Kampfes der wackeren Schleswig-Holſteiner für ihr gutes Recht einer ſpäteren Zeit aufzubewahren.

Vierzehntes Capitel.

Der erste preußische Reichstag.

Durch die schleswig-holsteinische Bewegung war der nationale Gedanke, so weit er die Gemeinsamkeit der deutschen Interessen nach außen und die gemeinsame Abwehr einer diesen Interessen drohenden Gefahr betraf, wieder erweckt und gekräftigt worden. Nun sollte auch, wie es schien, demselben Gedanken von anderer Seite her, durch eine Annäherung Preußens an die deutschen Verfassungsstaaten, Vorschub geleistet werden. Zu Anfang des Jahres 1847 erschien eine Reihe von Verordnungen des Königs Friedrich Wilhelm IV. von Preußen, durch welche die Landtage sämmtlicher acht preußischen Provinzen zu einem sog. „Vereinigten Landtag" auf den 11. April nach Berlin berufen wurden. Dieses „Februarpatent", wie man es kurzweg nannte, war eine Ueberraschung sonder Gleichen. Noch kurz vorher hatte der König alle an ihn gebrachten Wünsche und Anträge wegen Entwickelung der preußischen Verfassungszustände, auch solche, die von Provinziallandtagen ausgegangen, entschieden, beinahe schroff zurückgewiesen. Und jetzt that er mit einem Male einen Schritt, der beinahe unausbleiblich mitten in eine tiefgehende Verfassungs-

reform hinein führen mußte, ja, der bereits eine ſolche enthielt. Denn die Berufung der geſetzlichen Vertreter aller Provinzen zu gemeinſamen Berathungen, das war, wenn nicht ſchon der Anfang wirklicher Reichsſtände, ſo doch gewiß eine Vorſtufe dazu.

Daß der König ſchon zu derſelben Zeit, wo er jene ablehnenden Beſcheide erließ, ſich ſelbſt mit der Aufſtellung von Grundzügen einer Verfaſſung für Preußen beſchäftigt hatte, daß jene Ablehnungen möglicherweiſe gerade deshalb erfolgt waren, weil der König ſich die Genugthuung nicht verkümmern laſſen wollte, die Verfaſſungsfrage aus völlig freier, eigner Initiative wieder in Fluß gebracht zu haben — davon wußte man (vielleicht wenige Vertrauteſte ausgenommen) damals nichts. Einzelne myſteriöſe Andeutungen in öffentlichen Blättern (z. B. der „Allgemeinen Zeitung") waren entweder nicht beachtet, oder nicht verſtanden, oder nicht geglaubt worden. Auch nach dem Erſcheinen des „Februarpatents" hat eine Darlegung ſeiner Entſtehungsgeſchichte noch lange auf ſich warten laſſen. Eine erſte Enthüllung über die Verfaſſungspläne des Königs aus dem Jahre 1844 erſchien im 3. Bande der von Ludmilla Aſſing herausgegebenen „Tagebücher" Varnhagens van Enſe (1862). Dieſe Enthüllung war aber von der Art, daß damit nicht ſowohl die Stellung des Königs zu der Verfaſſungsfrage in ein helleres, als vielmehr die einer andern hohen Perſon in ein zweifelhaftes Licht gerückt ward. Ob dies Abſicht war, bleibe dahingeſtellt; jedenfalls ward damals — in der unſeligen Conflictszeit — die Varnhagen'ſche Darſtellung vielfach in dieſem Sinne ausgebeutet. Es war daher doppelt dankenswerth, daß

der Altmeiſter der preußiſchen Geſchichte, Ranke, in ſeiner Lebensbeſchreibung Friedrich Wilhelms IV. in der „Allgemeinen deutſchen Biographie“ (auch als Separatabdruck erſchienen) die von Friedrich Wilhelm IV. mit den Prinzen, den Miniſtern und anderen Vertrauten betreffs ſeiner Verfaſſungspläne gepflogenen Berathungen in authentiſcher und vollſtändiger Form veröffentlichte, ſo daß man nun genau erſehen kann, welchen Antheil ein jedes einzelne Mitglied dieſes Staatsrathes an den betreffenden Verhandlungen und Entſchließungen gehabt hat. Doch, wie geſagt, 1847 war dies Alles noch in tiefes Geheimniß gehüllt, und der Entſchluß des Königs erſchien daher als ebenſo überraſchend und faſt unerklärlich nach ſeiner Entſtehung, wie unberechenbar und wohl kaum recht erwogen in ſeinen möglichen Folgen.

Dieſe letzteren vorzugsweiſe waren es, welche mich — von dem Augenblicke an, wo ich das wichtige Ereigniß erfuhr — auf das Lebhafteſte und Anhaltendſte beſchäftigten. Undenkbar ſchien es mir, daß ein ſolcher weltgeſchichtlicher Act, wie das erſte Parlament eines Volkes von 16 Millionen, vorüber- und dieſes Parlament ſelbſt wieder auseinandergehen könne, ohne tiefe und bleibende Spuren in der Geſchichte nicht Preußens allein, ſondern Geſammtdeutſchlands zurückzulaſſen. Mit erneuten Hoffnungen ſah ich den, beinahe ſchon verſchüttet geglaubten Weg einer friedlichen Reform der preußiſchen und der deutſchen Verfaſſungsverhältniſſe wieder eröffnet, die Gefahr einer gewaltſamen Kataſtrophe, die ſonſt unvermeidlich ſchien, abgewandt. Das ſehr ungenügende Maß von Rechten, welches das Patent dem „Vereinigten Landtage“ zumaß, die vielen Erſchwerungen,

mit denen es deſſen Thätigkeit umgab, der Mangel einer vollen Oeffentlichkeit ſeiner Verhandlungen — das Alles galt mir als minder bedeutend gegenüber der weltgeſchichtlichen Thatſache, daß hier zum erſten Mäl eine Geſammtvertretung desjenigen deutſchen Großſtaates tagen ſollte, der meiner feſten Ueberzeugung nach der allein mögliche Kryſtalliſationskern eines künftigen deutſchen Bundesſtaates war, und daß auf dieſem Wege thatſächlich, nicht auf dem Papiere, der Grund gelegt werde zu einer Geſammtvertretung eben dieſes größeren Ganzen.

Mit Heinrich Simons „Annehmen oder Ablehnen?", worin die Stände ermahnt wurden, der Berufung des Königs nicht zu folgen, konnte ich mich daher, bei aller Anerkennung des Scharfſinns ſeiner Deductionen, unmöglich befreunden. Meiner Ueberzeugung nach mußten vielmehr die Abgeordneten Mann für Mann erſcheinen, aber mit dem feſten Entſchluſſe, ſich nicht bei den Rechten, die das Februarpatent ihnen einräumte, zu beruhigen, vielmehr auf eine Erweiterung dieſer Rechte, auf eine Verwandelung dieſes „Vereinigten Landtags" in wirkliche „Reichsſtände" zu bringen.

In dieſem Sinne verfaßte ich eine Gegenſchrift unter dem Titel: „Die Aufgabe des erſten Vereinigten Landtags in Preußen." Um mich darin ganz frei ausſprechen zu können, gab ich derſelben vermittelſt ſplendiden Drucks und kleinen Formats den Umfang einer cenſurfreien Zwanzigbogenſchrift. Ich ging darin von dem aus, was für mich fort und fort das Ein und Alles der ganzen politiſchen Bewegung war, von der Idee der Anbahnung einer lebensfähigen, kräftigen deutſchen Einheit. Eine ſolche Anbahnung

erblickte ich in dem neueſten Schritt des Königs, vorausgeſetzt, daß dieſer Schritt nur der erſte auf der eingeſchlagenen Bahn wäre und letztere mit Entſchloſſenheit und ohne Wanken weiter verfolgt würde. Dazu, ſagte ich, könne der „Vereinigte Landtag" viel thun, wenn er den Uebergang Preußens in einen Verfaſſungsſtaat auf friedlichem Wege, ohne Erſchütterung, herbeiführen helfe, indem er das zu dieſem Zweck ſtreng Nothwendige, und nur dieſes, mit voller Zähigkeit erſtrebe.

Unter dieſem ſtreng Nothwendigen verſtand ich: eine regelmäßige Wiederkehr der Sitzungen des Vereinigten Landtags, ſein Recht der Zuſtimmung zu allen Staatsſchulden, eine entſcheidende Mitwirkung bei der Geſetzgebung und beim Staatshaushalt und eine wirkſame Controle aller Einnahmen und Ausgaben des Staats. Der Landtag, forderte ich, ſolle wachen, daß dieſe Rechte ausſchließlich ihm, nicht einem „Ausſchuß" oder einer „Deputation" zuertheilt würden, ſolle, falls ſeinen gerechten Forderungen nicht entſprochen würde, weder irgend eine ihm etwa angeſonnene Geldbewilligung ausſprechen, noch auch Wahlen für einen Ausſchuß oder für die Staatsſchuldendeputation vornehmen, vielmehr gegen jede Aufnahme von Staatsſchulden (unter welcher Form es ſei) ohne die Mitwirkung von „Reichsſtänden" (wie ſolche das Staatsſchuldengeſetz von 1820 vorſchreibe) feierlich proteſtiren.

Zum Schluß ſagte ich:

Die Zeiten ſind vorüber, wo die ſtarke Hand eines Einzelnen von der Höhe des Thrones herab das Ruder des Staates ſicher zu führen und das Staatsſchiff durch jede Brandung hindurch zu ſteuern vermochte. Selbſt ein Friedrich der Große vermöchte dies jetzt nicht

mehr! Eine „ſtarke“ Regierung bei einem gebildeten Volke iſt heutzutage nur die, welche ſich mit der ganzen Macht des Volksgeiſtes, der im Volke verbreiteten Intelligenz nicht blos umgiebt, ſondern durchdringt, und welche dadurch ſicher iſt, jederzeit die Majorität des Volkes, die Meinung und die Sympathien der Beſten und Edelſten im Lande für ſich zu haben. Nur auf ſolche Weiſe kann auch Preußens Regierung ſtark im Innern, ſtark nach außen ſein. Nur auf ſolche Weiſe kann auch in Preußen die Krone wieder die Macht, den Glanz und die Würde zurückerlangen, die ſie — verhehlen wir uns das nicht! — trotz des blendenden Nimbus abſoluter Allmacht und Heiligkeit in letzter Zeit mehr und mehr eingebüßt hat.

Ein Kampf, wie der, welcher ſich in den letzten fünf Jahren zwiſchen Königthum und Volk in Preußen entſponnen hat, ein Kampf, in welchem das Königthum direct und perſönlich, durch keine verantwortlichen Rathgeber gedeckt, den Ständen, den Corporationen, ja den Einzelnen im Volke gegenübertrat, wo es mit ſeinem: „Der König hat geſprochen!“ jeden Widerſtand zu brechen verſuchte, und doch überall, ſtatt des gehofften ehrfurchtsvollen Schweigens und Gehorchens, nur ſtärkeren Widerſpruch und empfindliche Widerlegungen der königlichen Behauptungen erfuhr — ein ſolcher Kampf erſchüttert und unterhöhlt die tiefſten Grundlagen nicht blos des abſoluten Königthums, ſondern des Königthums überhaupt.

Wer alſo in dem Königthum ein nothwendiges und heilſames Element unſerer Staatsverfaſſungen erblickt, wer das monarchiſche Princip werth hält und werth gehalten wiſſen will, der trage nach Kräften dazu bei, jenem Kampf ein Ende zu machen und das in den Strudel der Parteiung hineingezogene Königthum aus demſelben heraus auf einen Standpunkt zu retten, wo es fortan über den Parteien und unberührt von dieſen ſtehen könne als der leitende und ſchirmende Genius des Landes, der das Getriebe der politiſchen Gewalten ruhig ſeinen Gang in den vorgezeichneten Bahnen gehen läßt und nur zu Zeiten, wenn daſſelbe ſtockt oder aus dem Geleiſe zu kommen droht, regelnd und lenkend eingreift.

Sagen wir es frei heraus: die abſolute Monarchie iſt für Preußen nach ſeiner inneren wie nach ſeiner äußeren Lage bereits eine Unmöglichkeit geworden, und nach den Verordnungen vom 3. Februar

mehr denn je. Preußen muß ſich verjüngen durch die Aufnahme eines neuen Princips in ſein Staatsleben, des Princips der berechtigten Antheilnahme des Volkes an ſeinen öffentlichen Angelegenheiten — mit einem Worte, des conſtitutionellen Princips. Nur darum handelt es ſich gegenwärtig, ob dieſes Princip auf dem Wege ruhiger und geſetzlicher Entwickelung in's Leben treten, oder ob es ſich gewaltſam durchſetzen und die Schranken des Beſtehenden im ſtürmiſchen Laufe niederreißen werde.

Englands Könige verliehen einſt ſchon in früher Zeit ihrem Volke mit klugem Sinne die Rechte und Freiheiten, die ſie als zu einer kräftigen und gedeihlichen Entwickelung des Volkslebens nothwendig erkannten, und das Königthum in England blieb ſtark und geachtet, ſo lange und ſo weit es jene Rechte und Freiheiten nicht wieder antaſtete, und ſteht ſtark und geachtet noch heut da. In Frankreich dagegen ließ man es in dem Kampfe zwiſchen dem abſoluten Königthum und dem erwachten Volksgeiſte bis zum Aeußerſten kommen — und das Königthum ſelbſt fiel in Trümmer und mit ihm die ganze beſtehende Ordnung der Dinge. Möge die Geſchichte nicht vergebens geſprochen haben!

Das war im März 1847! Damals ahnte ich nicht, daß ſchon ſo bald— nach kaum Jahresfriſt — ein Königthum in Frankreich, weil es den noch größeren Fehler begangen, aus einem conſtitutionellen wieder ein abſolutes werden zu wollen, ſich ſelbſt und die ganze beſtehende Ordnung der Dinge zu Grunde gerichtet, noch weniger, daß bald darauf auch das preußiſche Königthum einen offenen Kampf mit dem Volke zu beſtehen gehabt haben würde!

Meine Schrift wurde, ſo viel ich mich erinnere, in Preußen nicht verboten — man trug wohl Scheu vor ſolchen äußerſten Maßregeln angeſichts des nahe bevorſtehenden Zuſammentritts des Vereinigten Landtags —; wohl aber fielen officielle und officiöſe Organe heftig darüber

her. Sie fanden es unerhört, daß ein Nichtpreuße ſich herausnehme, preußiſchen Ständen ihr Verhalten gegenüber ihrem König vorzeichnen zu wollen.

Am 11. April 1847 trat der Vereinigte Landtag zuſammen. Um mich ſo genau als möglich über die darin vertretenen Richtungen und Stimmungen zu informiren, ging ich ſelbſt nach Berlin und verweilte daſelbſt wohl eine Woche lang. Schon vorher hatte ich einzelne Mitglieder der Verſammlung, die dort zuſammenkommen ſollte, näher kennen gelernt. Einer der hervorragendſten Abgeordneten zum rheiniſchen Provinziallandtage, der ſpätere Miniſter Hanſemann, hatte mich auf ſeiner Durchreiſe nach Berlin aufgeſucht und ſeine Anſichten über die Lage der Dinge mit mir ausgetauſcht. Ebenſo ein jüngeres Mitglied deſſelben Landtags, Stedtmann. Durch Beide wurde ich jetzt mit den bedeutenderen Perſönlichkeiten, zunächſt der liberalen rheiniſchen Oppoſition, wie Beckerath, Camphauſen, Mevißſen, bekannt gemacht. Die rheiniſchen Liberalen hatten ihren Sammelpunkt (wenn ich mich recht entſinne) im Ruſſiſchen Hof. Auch aus anderen Provinzen fanden ſich Gleichgeſinnte dort ein. Mir ward vergönnt, ſolchen Zuſammenkünften beizuwohnen. Noch erinnere ich mich lebhaft der gedrückten Stimmung, welche am Abend nach der erſten Debatte über die Adreſſe auf die Thronrede in dieſem Kreiſe herrſchte. Der ſo maßvolle und dabei doch ſo entſchiedene Adreßentwurf Beckeraths war auf heftigen Widerſtand nicht blos ſeitens der ſtrengen Abſolutiſten, ſondern auch ſeitens jener Halben geſtoßen, welche zwar die Nothwendigkeit einer Verfaſſungsreform zugaben, aber um Alles nicht „den König drängen“ wollten, ohne zu

bedenken, daß, wenn das Nothwendige nicht bald geſchehe, leicht ein ſolches „Drängen“ von ganz anderer Seite und auf ganz andere Weiſe erfolgen könne! Dieſen Halben erſchien Graf Arnim mit ſeinem Amendement, welches etwas zu ſagen ſchien und doch im Grunde nichts ſagte, wie ein Retter in der Noth, und es war daher die höchſte Gefahr vorhanden, daß dieſes zur Annahme gelange. Die Liberalen der Provinz Preußen hielten bereits Alles für verloren und ſchienen nicht abgeneigt, den Entſchluß, zu dem ſie ſchon nach Anhörung der Thronrede hingeneigt hatten, jetzt wirklich auszuführen, d. h. den Landtag zu verlaſſen. Die zäheren Rheinländer brachten ſie dahin, von dieſem Entſchluſſe abzuſtehen und mit ihnen gemeinſam den Schlachtplan für den zweiten Tag der Adreßdebatte zu entwerfen. Die Frucht dieſer Berathung war der Antrag Auerswald, der zwar den Beckerath'ſchen Entwurf etwas abſchwächte, doch aber den Standpunkt der Forderung gewiſſer Rechte für das preußiſche Volk feſthielt. Es gelang denn auch wirklich der Oppoſition am nächſten Tage, nachdem noch mehrere ihrer beſten Redner in den Kampf eingetreten, den Arnim'ſchen Antrag, wenngleich nur mit geringer Mehrheit, zu Falle und darauf den Auerswald'ſchen zur Annahme zu bringen.

Neben dem Ruſſiſchen Hof gab es noch andere Sammelpunkte der Oppoſition. So bei Hanſemann. Hier lernte ich u. A. die beiden Schleswig-Holſteiner W. H. Beſeler und Tiedemann kennen, welche nach Berlin gekommen waren, um durch perſönliche Rückſprache mit einflußreichen Mitgliedern des Vereinigten Landtags vielleicht ein wirkungsvolles Eintreten deſſelben für die von

den Dänen bedrohte Nationalität der Herzogthümer zu veranlaſſen. Den Erſteren ſollte ich im Jahre darauf als Collegen in Frankfurt wiederfinden. Eine Art von „politiſchem Salon“ hielt auch J. Jacoby, der, obſchon nicht Abgeordneter, doch offenbar in der Abſicht und mit der Hoffnung nach Berlin gekommen war, auf die liberal geſinnten Abgeordneten, zumal ſeiner Provinz Oſtpreußen, perſönlich einzuwirken. Durch ſeine „Vier Fragen eines Oſtpreußen“, mit denen er alsbald nach dem bedeutungsvollen Königsberger „Huldigungslandtag“ 1840 in die Verfaſſungsfrage eingegriffen hatte, war Jacoby in weiten Kreiſen bekannt geworden. Ich fand daher auch das Zimmer, das er in Berlin bewohnte, ziemlich angefüllt mit Solchen, die ſeinen Rath begehrten oder doch ſeine Anſicht kennen lernen wollten. Auch in der von Dr. Julius, dem ehemaligen Redacteur der „Leipziger Allg. Zeitung“, errichteten „Leſehalle“, ebenſo in einzelnen öffentlichen Localen, trafen ab und zu Gleichgeſinnte zuſammen, beſprachen die Thronrede, die Adreßentwürfe, die Reden einzelner Abgeordneten, oder ergingen ſich in Muthmaßungen über Verlauf und Ausgang des Landtags. In einem dieſer Locale ſah ich H. Simon, doch ohne zur Zeit ihm näher zu kommen.

Auffallend war mir die Theilnahmloſigkeit der Berliner Bevölkerung angeſichts der Eröffnung des Vereinigten Landtags. Ich war auf meiner Reiſe nach Berlin mit einem jungen Schriftſteller, Emil Frensdorf, zuſammengetroffen und bekannt geworden, der in Belgien ſeine journaliſtiſche Schule gemacht hatte und nun, gleich mir, dieſe epochemachende Wandlung der Dinge in Preußen aus der Nähe beobachten wollte. Er iſt damals in Berlin haften geblieben und

hat ſich mehr als ein Menſchenalter lang als ein gewiſſenhafter, gut unterrichteter, vor Allem aufrichtig patriotiſcher und wohlmeinender Berichterſtatter manches Verdienſt um die vaterländiſche Sache erworben. Wir wohnten zuſammen in Berlin und gingen bald nach unſrer Ankunft aus, um die Volksſtimmung zu ſtudiren. Es war Sonntag, und die öffentlichen Locale waren daher gefüllt. Allein nirgends konnten wir, wie ſehr wir auch ſpähten und lauſchten, ſelbſt nur das geringſte Zeichen von Theilnahme an dem für den nächſten Tag bevorſtehenden wichtigen Ereigniß entdecken. Auch als die Thronrede in der Staatszeitung gedruckt erſchien, war davon, daß etwa ein Zudrang zu den Ausgabeſtellen des Blattes ſtattgefunden hätte, nichts zu entdecken. Und eben ſo wenig ſah man am Tage der Eröffnung ſelbſt ein Zuſammenſtrömen von Menſchen oder Kundgebungen von Sympathien für die Vertreter des Volkes.

Zum Theil erklärt ſich dieſe Gleichgiltigkeit wohl aus dem Umſtande, daß ein größeres parlamentariſches Leben dem preußiſchen Volke damals noch etwas durchaus Unbekanntes und Ungewohntes war, daß die Männer, welche im Vereinigten Landtage gar bald die allgemeine Aufmerkſamkeit auf ſich ziehen ſollten, bis dahin nur in den abgeſchloſſenen Räumen provinzialſtändiſcher Verſammlungen ihre Thätigkeit entfaltet hatten; zum Theil freilich war ſie doch auch ein Zeichen der noch mangelhaften politiſchen Bildung des Volkes.

Zu großer Befriedigung gereichte es mir, daß die liberale Partei im Landtage genau den Gang einhielt, den

ich in meiner Schrift als wünschenswerth bezeichnet hatte, und daß sie bei diesem Vorgehen wenigstens in der Ständecurie nicht selten eine Majorität errang. So bei den Abstimmungen über die Landrentenbank und über die Ostbahn, bei welcher letztern Frage namentlich die Abgeordneten aus der Provinz Preußen offenbar einen hohen Grad von politischem Muth und Selbstverleugnung bewiesen, indem sie die Verantwortung dafür auf sich nahmen, daß sie, um wichtigen Rechten des Volkes nichts zu vergeben, materielle Interessen ihrer Provinz hintansetzten.

Bis dahin hatte die liberale Partei im Ganzen gut zusammengehalten. Angesichts der Ausschußwahlen fiel sie auseinander. Ein kleiner Theil verweigerte die Theilnahme an diesen Wahlen; ein anderer wählte „mit Vorbehalt" (der Rechte des Landtags); die Meisten wählten bedingungslos.

Welches von diesen Dreien das Richtige sei, darüber ward damals viel gestritten. Die Wahlverweigerer warfen den Wählenden Halbheit, diese wiederum Jenen Doctrinarismus vor. Die Einen waren der Meinung, man dürfe den König nicht durch Widerstand reizen, sonst werde er nicht nur keine weiteren Zugeständnisse machen, sondern wohl gar die gemachten zurücknehmen; die Anderen dagegen erklärten es für eine bedenkliche Inconsequenz, wenn die Opposition, nachdem sie in Reden und Anträgen in so entschiedener Weise die Existenz eines Ausschusses neben dem Vereinigten Landtag bekämpft habe, nun gleichwohl dazu mitwirke, diesen Ausschuß in's Leben zu rufen.

Ich hatte schon beim Beginn des „Vereinigten Land-

tags“ den Entschluß gefaßt, eine Geschichte desselben zu schreiben. Alsbald nach meiner Rückkehr von Berlin legte ich Hand daran und folgte den Verhandlungen dergestalt auf dem Fuße, daß schon im October 1847 die „Geschichte des ersten preußischen Reichstags“ (so nannte ich das Buch) erscheinen konnte.

Um in meiner Darstellung der einzelnen Momente des Landtags und meinen Urtheilen über einzelne Persönlichkeiten möglichst sicher zu gehen, hatte ich mehrere der namhaftesten Mitglieder der Opposition, wie Hansemann, Beckerath, Schwerin, Auerswald u. A., um vertrauliche Mittheilungen, gebeten, und es war dieser Bitte in wohlwollendster Weise entsprochen worden. Mit Hilfe dieser Mittheilungen habe ich in meinem Geschichtswerk mit größter Gewissenhaftigkeit die Gründe für und wider die Verweigerung der Wahlen auseinandergesetzt, um so für ein möglichst unparteiisches Urtheil Unterlagen zu geben. Da das Buch bald nach seinem Erscheinen nicht blos in Preußen, sondern auch in Sachsen und wahrscheinlich noch in andern deutschen Staaten beschlagnahmt ward, so dürfte es nicht in allzu viele Hände gelangt sein. Die Gerechtigkeit scheint daher zu erfordern, daß ich aus jenen Mittheilungen hervorragender Führer der Opposition von der einen und von der andern Seite wenigstens Einiges hier wiedergebe, wobei ich natürlich von alledem Umgang nehme, was einen zu vertraulichen Charakter trug und dessen Veröffentlichung daher als eine Indiscretion erscheinen könnte.

Zunächst gebe ich also hier eine Vertheidigung des Standpunktes Derer, welche wählten, und zwar ohne Vorbehalt wählten, aus der Feder des Grafen Schwerin.

Derſelbe ſchrieb mir:

Hochgeehrter Herr Profeſſor!

Aus Ew. Wohlgeboren gefälligen Zuſchrift habe ich mit großem Vergnügen Ihre Abſicht, eine kritiſche Geſchichte des erſten Vereinigten Landtags und ſeiner Mitglieder zu ſchreiben, erſehen, indem es für die neue Entwickelung, die mit demſelben für unſer Vaterland begonnen, nur erwünſcht ſein kann, wenn das Urtheil von den verſchiedenſten Standpunkten aus gefällt wird. Namentlich aber kann eine Feder, die einen ſo anerkannten Ruf, wie diejenige Ew. Wohlgeboren, in der publiciſtiſchen Literatur genießt, Allen nur erwünſcht ſein, die es wahrhaft gut mit dem Fortſchritt in Preußen meinen, wenn auch nicht überall eine übereinſtimmende Anſicht über den Weg, der zu gehen ſein möchte, und ſomit auch nicht ein überall beifälliges Urtheil vorausgeſetzt werden darf. In Bezug auf meine Perſon darf ich dies vielleicht rückſichtlich meines Verhaltens bei der ſogenannten „Declaration der Rechte“*) und der Wahl der „Ausſchüſſe“, die Sie die beiden wichtigſten Momente in Betreff der Verfaſſungsfrage zu nennen belieben, annehmen. Es gereicht mir jedoch zum beſonderen Vergnügen, Ihnen, ſoweit dies thunlich, einige Gründe für mein Verfahren angeben zu dürfen.

Was zunächſt die „Declaration der Rechte“ betrifft, ſo habe ich mich nicht davon zu überzeugen vermocht, daß ſie irgend einen praktiſchen Effect hervorzubringen im Stande ſein würde, und deshalb habe ich mich ihr nicht anſchließen zu können von vornherein offen erklärt. Es war vorauszuſehen, daß ſie zur Discuſſion nicht werde zugelaſſen werden, ſowie, daß ſie wegen der

*) Es war dies eine, vom Abg. von Vincke und 137 Genoſſen dem Landtagsmarſchall übergebene, Aufzeichnung ſolcher Rechte, welche nach der Anſicht ihrer Verfaſſer dem preußiſchen Volke bereits durch frühere Geſetze oder Erlaſſe von Königen erworben ſein ſollten. Der eigentliche Urheber der „Declaration“ war übrigens (zufolge einer von Herrn v. Auerswald mir gemachten Mittheilung) Herr von Vincke nicht; wer es jedoch geweſen, verſchwieg mein Gewährsmann.

Form, in der ſie gehalten war, ſelbſt wenn die Discuſſion und Beſchlußfaſſung geſtattet wäre, die Majorität nicht würde für ſich gewinnen können. Unter dieſen Vorausſetzungen mußte ſie aber mehr ſchaden als ſie nützen konnte. Die Vertreter der Krone waren ſchon bereitwillig auf eine Erörterung über die Differenzpunkte eingegangen, und ich konnte daher den Zeitpunkt nicht geeignet zu einer Demonſtration halten, mit der man ſich der Krone auf eine mir zu ſchroff ſcheinende Weiſe entgegenſtellte. Von mir hochverehrte Männer haben die Sache anders angeſehen, und es befinden ſich ihre Namen unter den Unterzeichnern; mir aber iſt es Bedürfniß, ſelbſtſtändig zu handeln, und ich durfte mich daher auch in dieſer Frage nicht Freunden anſchließen, mit denen ſonſt Einen Weg zu gehen mir Freude iſt und Ein Ziel zu erſtreben ich mir bewußt bin. Ebenſo habe ich, abweichend von der Anſicht vieler Freunde, an den Ausſchußwahlen, und zwar ohne allen Vorbehalt und Erklärung, Theil genommen. Wollte ich die Gründe, die mich dazu beſtimmt haben, vollſtändig entwickeln, ſo würde ein Eingehen auf die ganze Geſchichte des Landtages, auf die geſtellten Anträge und die königlichen Erklärungen erforderlich ſein, aus denen ſich mir die Ueberzeugung gebildet, daß es für die fortſchreitende Entwickelung unſrer Verfaſſungsangelegenheit am erſprießlichſten ſein werde, einen Conflict mit der Krone zu vermeiden, der, nachdem der Antrag, die Wahlen auszuſetzen, ablehnend vom König beſchieden war, unvermeidlich ſchien, wenn man die Wahlen verweigerte. Enthielt ſich die Oppoſition der Wahl, ſo konnten die Ausſchüſſe — und es war dies ſogar das Wahrſcheinliche — eine Zuſammenſetzung erhalten, die ſie gefährlich gemacht haben würde, wenn die Regierung ſie hätte zu Parteizwecken benutzen wollen: wählte aber der ganze Landtag, ſo war vorauszuſetzen, daß die Ausſchüſſe aus Männern componirt werden würden, die ihre Stellung ebenſo im Ausſchuß wie im Landtage zu behaupten wiſſen würden. Zu dieſen Gründen der Nützlichkeit und der Politik kam allerdings für mich noch ein principieller Grund hinzu, der es mir ohne Verletzung des Gewiſſens möglich machte, demſelben Gehör zu geben. In den Verhandlungen des Landtages ſelbſt habe ich es verſchiedentlich ausgeſprochen, daß ich die An-

ſicht nicht theilen könne, die das, was die frühere Geſetzgebung dem Volke an Rechten gewährt oder verheißen hat, als ipso jure nun dem Landtage zuſtehend betrachtet; vielmehr iſt für die durch die Geſetzgebung vom 3. Februar in's Leben gerufene Vertretung immer erſt ein Anſpruch auf Gewährung dieſer Rechte vorhanden, der ein Recht erſt durch Anerkennung ſeitens der Krone wird. Dieſer Anſpruch mußte erhoben werden und iſt erhoben worden, die Krone hat dies nicht verhindert, ſondern im Gegentheil gründliche Prüfung zugeſagt, und da konnte ſie, meinem Gefühl nach, nun auch mit Grund fordern, daß man ihrer Entſcheidung nicht eigenmächtig vorgreife, ſondern ſich ihr vorläufig unterordne. Ich gebe gern zu, daß auch der Standpunkt, von dem aus die Wahlen verweigert worden ſind, ſeine volle Berechtigung hat, und ich bin gewiß weit davon entfernt, meine Collegen zu tadeln, die ihn mit Conſequenz behauptet haben, ja ich ſtehe gar nicht an, zuzugeſtehen, daß beim Beginn des Landtages er auch der meinige war und daß ich ihn erſt nach längerem Zögern verlaſſen habe, nachdem ich zu der Ueberzeugung gekommen war, daß er nicht der für die weitere Ausbildung der Verfaſſung günſtige ſei. Eine Wahl mit Vorbehalt aber oder unter Vorausſetzungen wollte mir nicht als gerechtfertigt einleuchten: die Entſcheidung konnte nur liegen zwiſchen Wahl oder Nichtwahl.

Meiner Anſicht nach kann Preußen die neue Phaſe der Entwickelung, in die es getreten iſt und deren ſich jeder Vaterlandsfreund wahrhaft freuen wird, weil er in ihr die Bürgſchaft für eine Zukunft ſieht, in der der friſche Wind eines freien und öffentlichen Staatslebens weht, nur dann glücklich durchmachen, wenn von allen Seiten Maß gehalten, vor Allem aber ein ſchroffer Conflict zwiſchen Ständen und Krone vermieden wird. Freilich wird es nicht immer ganz leicht ſein, hier das Richtige zu treffen, aber bei dem hohen Sinn unſeres Königs, dem rechtlichen Willen unſeres Gouvernements und dem geſunden praktiſchen Sinn unſeres Volkes läßt ſich hoffen, daß einzelne Ungleichheiten ſich wieder ebnen.

Herr von Beckerath, der „mit Vorbehalt“ gewählt

hatte, motivirte dies in einem Briefe an mich folgendermaßen:

Erwäge ich die durch den Beitritt zu den Beschlüssen der Herrencurie herbeigeführte Sachlage*), so glaube ich sagen zu können, daß von dem Rechtsboden und von einer consequenten, auf das erreichbare Ziel gerichteten Politik Diejenigen nicht abgewichen sind, welche die Ausschüsse mit dem bestimmten Vorbehalt gewählt haben, daß dem Rechte des Vereinigten Landtags in Bezug auf die Gesetzgebung und auf Geldanleihen kein Abbruch geschehe. Der Schlüssel zu dem Befremdlichen, was auch diese Vollziehung der Wahlen dem ersten Eindruck nach für die öffentliche Meinung gehabt haben mag, liegt in dem Beitritt der Ständecurie zu den Beschlüssen der Herrenkammer. Es läßt sich aber nicht leugnen, daß für diesen Beitritt sehr triftige Gründe sprachen. Hoffentlich wird der wichtigste derselben sich bewähren, nämlich die Erwartung in Erfüllung gehen, daß der moralische Eindruck der Haltung des Landtages und nicht weniger des Landes die Krone zu billigen Concessionen veranlassen und so die politische Entwickelung Preußens ohne Zerwürfniß zwischen Fürst und Volk, vielmehr durch ein Zusammenwirken beider, stattfinden werde.

Weiter schrieb mir Beckerath:

Daß im Allgemeinen an diesem Landtage neben den Manifestationen einer entschiedenen Opposition Handlungen der äußersten Nachgiebigkeit, und zwar manchmal von einer und derselben Person ausgehend, vorkamen, muß nach meiner Meinung mehr den Zuständen, als den Charakteren zugeschrieben werden. Das Verhalten der Regierung war ein Schwanken zwischen Concession und Verweigerung; eine Zeit lang schien selbst die erstere die Oberhand zu gewinnen; es ist erklärlich, daß die Deputirten gegenüber

*) Danach sollte nur bedingungsweise um Aussetzung der Wahlen zu den Ausschüssen gebeten werden, nämlich „bis zur Entscheidung des Königs über die anderen Anträge“ (speciell den wegen Beschränkung der Wirksamkeit der Ausschüsse). Diese Entscheidung war inzwischen, freilich abfällig, erfolgt.

einer unentſchiedenen und dem Anſcheine nach ſich dem Volke zuwendenden Regierung alle Rückſicht beobachteten und, ohne im Großen und Ganzen ihr Princip zu verletzen, die Brücke zu zerſtören vermieden, auf welcher, wie man damals hoffte, beide Theile ſich zu einem Bundesſchluſſe für Jahrhunderte begegnen würden. Ein ſpäterer Landtag wird beſtimmtere Situationen bringen, die beſtimmtere Schritte möglich machen.

Vom Standpunkte der abſoluten Wahlverweigerung aus ſchrieb dagegen Hanſemann:

„Nicht wählen, wenn das Amendement wegen der Ausſchüſſe von der Kammer nicht angenommen wird!“ — Das war bis zum Tage vor der Wahl das allgemeine Loſungswort. Dies ſagten Camphauſen und Beckerath noch in einer Vorverſammlung, in welcher etwa 30 Mitglieder darüber beriethen, ob die zweite Curie jenes Amendement der Herrncurie annehmen wolle. Erſt am Abend vor der Wahl, in einer größeren Vorverſammlung im Hôtel de Russie, betonten Auerswald, Camphauſen und Beckerath das „Wählen mit Vorbehalt“; beſonders der Letztere that dies am beharrlichſten. Ohne ihn würden die Liberalen der Rheinprovinz ſich nicht in dieſer Frage geſpalten haben; die Preußen würden kein anderes Verfahren, als die Rheinländer, eingeſchlagen haben (denn viele von ihnen ſind dem Beiſpiele Auerswalds in dieſer Sache nur mit großem Widerſtreben gefolgt); die Poſener hätten dann, wie immer, mit dem Rhein und Preußen geſtimmt; dies hätte wieder die Liberalen der anderen Provinzen geſtärkt, und ſtatt der 58 Nichtwähler würden dann es wahrſcheinlich 150, vielleicht über 200 geweſen ſein. Wie ſind aber Männer wie Beckerath, Camphauſen u. A. zu einem Verfahren gekommen, welches ich als inconſequent und politiſch unweiſe betrachte? Dadurch, daß gutgeſinnte Männer wie Graf Dyrhn, Humboldt u. A. glaubten und verbreiteten: „die Ultrapartei wünſche nichts mehr, als daß nicht gewählt würde, weil dann der König alles Gewährte zurücknehmen und gegen jeden Forſchritt eingenommen werden würde.“ In ähnlicher Weiſe iſt auch früher auf dem Landtage auf Schwächung der liberalen Deputirten hingewirkt worden.

Noch einer Episode aus dem „Vereinigten Landtag" sei gedacht. Beckerath hatte beantragt, „die politischen und bürgerlichen Rechte für unabhängig vom religiösen Glaubensbekenntniß zu erklären". Nur die kleine Minderheit von 158 stimmte für den Antrag. Ein hochkirchlich Conservativer beantragte, die Namen dieser 158 in's Protokoll aufzunehmen, „damit das Land und ganz Europa erfahre, wer für Beibehaltung eines christlichen Staates und wer dagegen gestimmt habe". Dieser Antrag ward nicht unterstützt. Beckerath sandte mir aber die Namen jener 158, und ich veröffentlichte sie in meiner „Geschichte des ersten preußischen Reichstages" — natürlich in einem anderen Sinne, als in welchem jener hochkirchliche Zelot sie bekannt gemacht haben wollte. Einundzwanzig Jahre später ward die Gleichstellung aller Religionsgesellschaften in Bezug auf die politischen und bürgerlichen Rechte ihrer Mitglieder von Bundesrath und Reichstag des Norddeutschen Bundes angenommen und zum Gesetz erhoben!

Am Schlusse meiner „Geschichte des ersten preußischen Reichstages" hatte ich Folgendes ausgesprochen:

Der entscheidende Schritt aus dem absoluten in den Verfassungsstaat muß gethan werden — darüber kann nach den Verhandlungen dieses Reichstags kein Zweifel mehr sein. Je später man sich zu diesem Schritte entschließt, desto schwieriger wird er; je länger man die Gabe aufschiebt, desto mehr wird sie an Werth einer freiwilligen verlieren, wird als eine abgedrungene erscheinen. Ist es wohl weise von einer Regierung gehandelt, die Befriedigung der gerechtesten Wünsche des Volkes so lange hartnäckig zu versagen, bis sie in Bedrängniß ist? Solche Grundsätze sind wahrhaftig nicht conservativ, sondern destructiv, ja revolutionär,

denn ſie ſäen den Samen von Revolutionen, ſie provociren faſt gewaltſam das Volk, ſich das zu erzwingen, was man ſeinen gemäßigtſten und inſtändigſten Bitten verweigert. Durch ſolche Grundſätze iſt ſchon manches Land und manche Regierung in Verwirrung und Unglück geſtürzt worden. Möge Preußens guter Genius es vor einem ähnlichen Schickſal bewahren!

Das Buch ward, wie ſchon erwähnt, alsbald verboten. Das Obercenſurgericht in Berlin, welches über ſolche Verbote zu entſcheiden hatte, war damals ſchon längſt von dem freieren Standpunkte, auf den es ſich eine Zeit lang erhoben hatte, herabgeſtiegen. Um ſo mehr durfte ich mich freuen, als ich von ſicherer Hand (durch den verſtorbenen Gerichtspräſidenten Wentzel) erfuhr, daß der Staatsminiſter a. D. von Schön ſich in anerkennendſter Weiſe über mein Geſchichtswerk ausgeſprochen habe. Eine noch viel größere Genugthuung ſollte mir etwas ſpäter zu Theil werden. Im Jahre 1849 war ich Mitglied der ſog. „Kaiſerdeputation", welche dem König Friedrich Wilhelm IV. im Namen des Frankfurter Parlamentes die Kaiſerkrone antrug. Am Abend des verhängnißvollen 3. April, wo der König uns Audienz ertheilte, waren wir zu S. K. H. dem Prinzen von Preußen (unſerm dermaligen hochehrwürdigen Kaiſer) geladen. Natürlich wurden wir auch J. K. H. der Frau Prinzeß von Preußen vorgeſtellt. Als die Reihe an mich kam, richtete die hohe Dame an mich die Frage: „Sie haben eine Geſchichte des Vereinigten Landtages geſchrieben?" Ich bejahte — in hohem Grade überraſcht, daß eine Fürſtin des Königshauſes von einer ſo ſtreng verbotenen Schrift Kenntniß genommen hatte. Wie viel größer aber ward mein Erſtaunen, als die Prinzeſſin fortfuhr: „Sie haben leider damals nur zu richtig prophezeit!"

und gleichzeitig mich zur Abfassung einer Geschichte des Frankfurter Parlamentes ermunterte.

Als eine Art von Ergänzung zu der „Geschichte des ersten preußischen Reichstages“ veröffentlichte ich später in meiner Vierteljahrsschrift: „Unsere Gegenwart und Zukunft“, (Band 9 und 10) eine Reihe von Charakteristiken der namhaftere Mitglieder beider Curien dieser hohen Versammlung.

Fünfzehntes Capitel.

Persönliches Heraustreten in die Oeffentlichkeit.

Ich habe bisher nur von meiner öffentlichen Wirksamkeit als Schriftsteller gesprochen; ich muß nun auch von meinem persönlichen Auftreten in der Oeffentlichkeit ein paar Worte sagen, da das nächste Jahr (1848) mir zu einem solchen öffentlichen Auftreten einen ganz besonderen Anlaß bot.

Den Drang zu einem unmittelbar persönlichen Wirken in der Oeffentlichkeit (welches doch noch ganz etwas Anderes ist, als das bloße Wirken mit der Feder) hatte ich ebenfalls schon früh empfunden, allein der wirkliche Entschluß dazu ward mir hier ungleich schwerer, als dort. Es gehört dazu eigentlich ein gewisser angeborener Ehrgeiz des Sichgeltendmachens, des überall in der vordersten Reihe Stehens. Und an diesem Ehrgeiz gebricht es mir. Ich habe allzeit eine gewisse Scheu gefühlt, aus meiner Zurückhaltung heraus- und in den Vordergrund zu treten, und habe diese Scheu nur dann überwunden, wenn es mir schien, als könne ich durch mein Eintreten entweder etwas Gutes fördern, oder etwas Schlimmes verhüten. Dieselbe Zurückhaltung habe ich auch als Redner bevb-

achtet, ſo oft ich glaubte, daß Andere das, was ich etwa ſagen möchte, ebenſo gut oder beſſer ſagen würden, und habe mich nur dann zum Reden entſchloſſen, wenn ich fand, daß dieſe Anderen entweder ſchwiegen oder Wichtiges unerwähnt ließen. Daher habe ich im Frankfurter Parlamente (1848) ſelten, im Reichstage (1871—73) noch ſeltener geſprochen. Dort war ich einer der Jüngeren und ließ als ſolcher gern Aelteren, Erfahreneren den Vortritt: hier gehörte ich ſchon zu den Aelteren und räumte friſchern Kräften das Feld. In Frankfurt habe ich — außer meiner Jungfernrede, die ich gleich in den erſten Tagen über die Stellung des Parlamentes zu den Einzellandtagen hielt, und einigen kleinen polemiſchen Plänkeleien — eigentlich nur zwei größere Reden gehalten, eine über das Verhältniß von Kirche und Staat und eine über das preußiſche Erbkaiſerthum. Ich hatte die Genugthuung, daß im erſten Falle der nach mir eingezeichnete Redner, mein, mir an Beredtſamkeit weit überlegener, werther Freund Löwe-Calbe, unter Verweiſung auf das von mir Geſagte auf's Wort verzichtete, und daß im zweiten Falle Dahlmann mir ſagen ließ: „meine Rede gehöre zu dem Beſten, was er in der Paulskirche gehört". Im Reichstage habe ich ausführlicher ein einziges Mal geſprochen, beim Haftpflichtgeſetz. Ich hatte zu dieſem die erſte Anregung gegeben durch einen Antrag, den auf meinen Betrieb die Leipziger National-Liberalen an den Reichstag von 1868 gerichtet; ich hielt es daher für meine Pflicht, nach beſten Kräften mit dafür zu wirken, daß das Geſetz in möglichſt zweckentſprechender Faſſung in's Leben trete, was freilich doch nur theilweiſe der Fall war.

Anders war meine Stellung in der ſächſiſchen Kammer. Auf dem Landtage von 1849/50 lag es mir, als einem Mitbegründer der ſog. „Gothanerpartei", ob, Alles aufzubieten, um im Sinne unſerer Beſchlüſſe Sachſen womöglich bei dem Dreikönigsbündniß feſtzuhalten und deſſen Abſchwenkung in das öſterreichiſch-altbundestägliche Lager zu verhüten. So weit es auf die Kammer ankam, gelang mir dies auch; daß freilich Herr v. Beuſt die Kammer auflöſte und mittelſt eines Staatsſtreichs die alten Stände wieder einberief, konnte ich nicht hindern. Als ich 1869 wiederum in die Kammer eintrat und darin bis 1876 verblieb, ward ich von der kleinen, aber feſt zuſammenſtehenden national-liberalen Fraction zu ihrem Führer erkoren und mußte als ſolcher natürlich, ſo oft es Noth that, in die Breſche treten.

Ein Redner im großen Stile zu ſein, habe ich nie beanſprucht; dazu fehlt mir das Temperament, die Leidenſchaft. Robert Heller in ſeinen „Bruſtbildern aus der Paulskirche" (S. 41) hat, wie ich glaube, meine Redeweiſe im Ganzen zutreffend, nur im Schlußſatze zu günſtig, gekennzeichnet, wenn er ſagt:

> In der blut- und leidenſchaftsloſen Debatte, die ſich darum mit mehr Glück an die Einſicht, als an den Willen der Verſammlung wendet, vertritt Biedermann die nüchterne Sitte und theoretiſche Erkenntniß, die das Eigenthum ſeines ſächſiſchen Heimathlandes iſt. Seine Rede bewegt ſich ſtets in klarem, niemals mit hinreißendem Fluſſe. Wo es aber nicht ſowohl gilt, den Standpunkt des politiſchen Vorwärts erſt zu gewinnen, als ſich auf demſelben mit gutem Umblick zu behaupten, iſt er einer der beſten Redner des Hauſes.

Doch — ich habe hier weit vorgegriffen, denn ich wollte

zunächſt von den erſten Anfängen meines perſönlichen Auftretens in der Oeffentlichkeit ſprechen.

Für Einen, der von der abſtracten Wiſſenſchaft oder der ſogenannten „Gelehrſamkeit“ herkommt, wie das bei mir der Fall war, iſt es viel ſchwerer, als für einen Mann von irgend welchem praktiſchen Beruf, Handhaben zum Eingreifen in das Getriebe des ſocialen oder politiſchen Lebens zu finden und zu gebrauchen. Jener Erſtere ſteht in der Regel entweder für ſich allein — innerhalb der engen Zirkel ſeiner beſonderen Wiſſenſchaft — oder höchſtens in Gemeinſchaft mit Fach- und Strebegenoſſen, die meiſt eben ſo wenig wie er von dem draußen fluthenden öffentlichen Leben wiſſen und verſtehen. Es war daher für mich ein Glück, daß ich zunächſt in mannigfache Beziehungen zu allerhand Leuten der friſchen Lebenspraxis gerieth. Mein Freund und ſpäterer Schwager Koch beſaß als vielbeſchäftigter Advocat zahlreiche Verbindungen mit Juriſten, Kaufleuten, Buchhändlern u. ſ. w. Durch ihn trat auch ich ſolchen Kreiſen näher. Um mich ſelbſt hatte ſich eine Anzahl junger, ſtrebſamer Männer geſammelt, theils frühere Schüler von mir aus meiner philoſophiſchen Geſellſchaft, theils Freunde dieſer. Aus jenen älteren und dieſen jüngeren Elementen erwuchs zunächſt ein geſelliger Verein, die ſogenannten „Maikäfer“, wie wir uns ſcherzhaft auf einem Ausflug über Land an einem ſchönen Maitage tauften. Unter dieſem Namen hat der Verein, dem ſich immer neue Mitglieder anſchloſſen, weit über ein Dutzend Jahre beſtanden und hat durch allerhand Lebensäußerungen, bald heiterer, bald ernſter Natur, eine gewiſſe Localberühmtheit erlangt.

Einen ſtehenden Mittelpunkt unſerer harmlos fröh-

lichen Geſelligkeit bildete das gaſtliche Haus des Buchhändlers Georg Wigand; bei ihm wurden die „Capitel“ abgehalten: er führte den Ehrennamen des „Maikäfervaters“, wie ſeine liebenswürdige Gattin den der „Maikäfermutter“. Zu dieſen Capiteln wie zu ſonſtigen beſonderen Gelegenheiten lieferte der „gekrönte Dichter“ der Geſellſchaft, Profeſſor W. Wenck, zahlreiche ergötzliche Blüthen ſeines immer regen Humors. Mehrere davon ſind in die von G. Wigand herausgegebene ſcherzhafte Liederſammlung „Deutſchlands Leierkaſten“ übergegangen: andere finden ſich in der von Wenck ſelbſt ſpäter veröffentlichten Ausgabe ſeiner Gedichte. Auch eine „Chronica derer Maikäfer“, in mittelalterlichem Chroniſtenſtyle verfaßt und von R. Härtel mit entſprechend alterthümlichen Lettern gedruckt, ward bei den „Capiteln“ vorgetragen.

Zu dem engeren Kreiſe der Maikäfer gehörten außer mir und meinem Schwager Koch die Buchhändler Georg Wigand, Guſtav Mayer, Raimund Härtel, dann eine Anzahl jüngerer Juriſten, damals noch in den Anfängen ihrer Laufbahn, ſpäter meiſt zu ehrenvollen Stellungen in Staat oder Gemeinde emporgeſtiegen: ſo der ſpätere Geheime Regierungs-Rath Krug, die beiden ſpäteren Vicebürgermeiſter Leipzigs, Eichorius und Stephani, der Appellationsgerichtsvicepräſident R. Wenck, der Oberappellationsgerichtsrath Klemm, die Advocaten Falk, Göring, der Geſchichts-Profeſſor W. Wenck, der Arzt Dr. Clarus, der Kaufmann Eichorius u. A. m. Als Hoſpitanten nahmen während ihres zeitweiligen Aufenthaltes in Leipzig daran Theil die beiden Schriftſteller G. Kühne und B. Auerbach und der Maler und Kunſtſchriftſteller Fr. Pecht. Von allen dieſen leben zur Zeit nur noch die wenigſten.

Aus dieſem Kreiſe gingen dann auch manche gemeinſame Unternehmungen hervor, die über das blos Geſellige hinausgriffen. Zuerſt entſtand, auf meine Anregung, 1843, ein ſogenanntes „Landtagskränzchen“, ein Verein zu regelmäßigen Beſprechungen der dem damals verſammelten ſächſiſchen Landtage vorliegenden wichtigeren Fragen, theils vor deren Behandlung im Landtage, theils nachher. An dieſem Verein betheiligten ſich neben der Mehrzahl der engeren Genoſſen unſeres Kreiſes auch verſchiedene außerhalb deſſelben ſtehende Männer von hervorragender Stellung in der Bürgerſchaft, wie die Stadträthe Vollſack und Duſour, der Stadtverordnetenvorſteher Kaufmann Pohlentz, der Stadtgerichtsrath Steche. Jedenfalls war dies eine gute parlamentariſche Schule, und in der That iſt von den Mitgliedern dieſes „Landtagskränzchens“, ein großer Theil ſpäter wirklich in die parlamentariſche Arena eingetreten, ſo außer mir Koch, Duſour, Steche, Eichorius, Stephani und noch ganz neuerlich Klemm. Der damalige Leipziger Profeſſor von der Pfordten wohnte mehrmals als Gaſt unſern Sitzungen bei und erregte unſere Bewunderung durch ſeine haarſcharfe Dialektik und ſeine fortreißende Beredtſamkeit.

Von viel ausgebreiteterer Wirkung war ein anderes, ebenfalls von mir angeregtes, von den „Maikäfern“, vor Allen dem feurigen, für alles Neue leicht zu gewinnenden G. Wigand gefördertes Unternehmen, die Begründung eines großen Leſemuſeums, woran es damals in Leipzig noch fehlte. Den Vorſitz im Directorium deſſelben erhielt Pfordten, ich ward zu deſſen Stellvertreter gewählt. Das Muſeum, Ende 1844 eröffnet, ward in den nächſten Jahren

der Mittelpunkt eines vielbewegten geſelligen und politiſchen Treibens.

Inzwiſchen war mir von anderen Seiten her, und zwar gänzlich ohne mein Zuthun, eine mannigfache eingreifende Thätigkeit zugewieſen worden. 1841 hatte ſich, hauptſächlich auf R. Blums Betrieb, aus den damals ſehr zahlreichen Schriftſtellern in Leipzig ein „Literatenverein" gebildet. Mir ward, obſchon ich gerade dieſen Kreiſen bisher ziemlich fern geſtanden, faſt einſtimmig der Vorſitz übertragen. Das gleiche Vertrauen ward mir zu Theil bei dem 1845, auf Anregung ſeitens des Literatenvereins, in Leipzig veranſtalteten „Deutſchen Schriftſtellertages". Mein Stellvertreter im Präſidium war hier der Dichter Heinrich König. Er hat in dem Buch: „Ein Stillleben" in ſeiner bekannten liebenswürdig heiteren Weiſe über den Congreß berichtet. Dieſer zählte wohl über 100 Mitglieder, darunter eine Menge der namhafteſten Schriftſteller, ſo H. Laube, G. Kühne, B. Auerbach, Kuranda, W. Jordan, Boas, Danzel, Gerſtäcker, Diezmann, Willkomm, Hartmann, Wuttke, Oettinger, Heller, J. Rank u. ſ. w., auch einen hocharistokratiſchen, den Fürſten Karl Friedrich Schwarzenberg, bekannt unter dem Namen: „Der Landsknecht" wegen ſeiner Schrift: „Aus dem Wanderbuch eines Landsknechts." Die Verhandlungen des Schriftſtellertages betrafen das Verlagsrecht und das Verhältniß der Schriftſteller zu den Buchhändlern, den Nachdruck in Zeitungen und Zeitſchriften, Maßregeln für Aufrechthaltung der „Würde der Preſſe" u. dgl. m. Bei dem darauf folgenden Feſtmahl, welchem Laube präſidirte, kam es zu einer etwas peinlichen Scene, indem W. Jordan

einen poetiſch ſchwungvollen, aber ſtark freigeiſteriſch gefärbten Toaſt ausbrachte, Auerbach mit großer Wärme dagegen ſprach.

Eine andere, mir noch unerwartetere Aufforderung erhielt ich zur Uebernahme des Vorſitzes in dem, 1845 von Bock und Schreber gegründeten Turnverein. Derſelbe hat ſich ſpäter zu dem großen, durch ſeine hervorragenden Leiſtungen weithin berühmten „Allgemeinen Leipziger Turnverein“ entfaltet. Gern bot ich meine Dienſte zur Leitung der für die Einrichtung eines ſolchen Vereins unentbehrlichen parlamentariſchen Verhandlungen dar; weil ich jedoch, obſchon ſtets ein warmer Freund des Turnweſens, doch niemals ein mehr als ſehr mittelmäßiger Turner geweſen bin (meine Jugend fiel in die Zeit, wo das Turnen theils verpönt, theils außer Uebung gekommen war), ſo ſuchte ich dieſes Amt möglichſt bald einem Würdigeren zuzuwenden.

Wenn ich damals und ſpäter bei den allerverſchiedenſten Gelegenheiten mit dem Vorſitze in Vereinen und Verſammlungen betraut worden bin, ſo lag der Grund davon wohl in einer mir angeborenen und durch die Art meines Bildungsganges geförderten Hinneigung zu einer ſtreng ſachlichen, jede perſönliche Parteilichkeit fernhaltenden Behandlung der meiner Leitung unterſtellten Angelegenheiten, einer Eigenſchaft, die mir auch als Publiciſt und Geſchichtsſchreiber zu Statten gekommen iſt, während für mehr perſönliche Erfolge des Redners und Parlamentariers eine gewiſſe Einſeitigkeit, ein ſchärferes Parteinehmen für oder wider vielleicht größere Vortheile bietet.

Zum öffentlichen Auftreten auf politiſchem Gebiete gaben mir die betrübenden Auguſtereigniſſe des Jahres 1845 (von denen weiter unten des Näheren die Rede ſein wird) den erſten Anlaß. Bekanntlich fand am 12. Auguſt 1845 in Leipzig ein höchſt bedauerlicher Exceß gegen die Perſon des damaligen Prinzen, des ſpäteren Königs, Johann ſtatt. Der Exceß ward mit Waffengewalt niedergeſchlagen, wobei mehrere wohl notoriſch Unſchuldige durch die Kugeln des Militärs das Leben verloren. Gegen den Exceß ſelbſt, deſſen Entſtehen ich als Zuſchauer beobachtete, wäre ich gern mahnend eingeſchritten; allein völlig unbekannt in den weiteren Kreiſen der Leipziger Bevölkerung, wie ich damals noch war, mußte ich jeden Verſuch dieſer Art von Haus aus für ausſichtslos erachten, zumal die Männer, welche dazu berufen geweſen wären und welche ſich in der unmittelbaren Umgebung des Prinzen befanden, wie der Vorſteher der Stadtverordneten, der Commandant der Leipziger Communalgarde u. A., nicht das Geringſte thaten, um durch ihr Anſehen und ihre Anſprache die irregeleitete Menge von ihrem geſetzwidrigen Vorhaben abzubringen. Ich konnte nichts thun, als in meinem „Herold“ mit ſtrengſter Unparteilichkeit und nach möglichſt genauer Erörterung der Thatſachen nach beiden Seiten Gerechtigkeit zu üben. Als aber beim Herannahen des ſächſiſchen Verfaſſungsfeſtes, welches jedesmal am 4. September (dem Tage der Verkündigung der Verfaſſung im Jahre 1831) durch eine Parade der Communalgarde und ein darauf folgendes Feſtmahl gefeiert zu werden pflegte, die Radicalen den Gedanken anregten, an die Stelle dieſes Feſtes eine Todtenfeier für die am 12. Auguſt Gefallenen zu

ſetzen, da erſchien dieſer Plan mir und meinen Freunden höchſt bedenklich, weil zu fürchten ſtand, durch eine ſolche Feier und die dabei zu erwartenden Reden möchte die kaum geſtillte Erbitterung des Volkes wieder erweckt, ja könne wohl gar zu neuen bedauerlichen Ausſchreitungen der Anſtoß gegeben werden. Wir erklärten uns daher gegen dieſen Plan, wohl aber dafür, daß die Verfaſſungsfeier benutzt werde, um in entſchiedener, aber gemeſſener Weiſe der Stimmung der Leipziger Bürgerſchaft mit Bezug ſowohl auf jenes Ereigniß, als überhaupt auf das ganze Syſtem der Regierung Ausdruck zu geben. Die Radicalen, wohl in der Hoffnung, uns noch umzuſtimmen, luden uns zu einer Beſprechung ein. Im Begriff, mich dahin zu verfügen, erhielt ich eine Sendung von dem Kreisdirector v. Broizem mit der Bitte, zu ihm zu kommen. Ich fand ihn in großer Aufregung. „Ach, lieber Herr Profeſſor," rief er mir entgegen, „denken Sie nur, R. Blum und ſeine Freunde wollen eine Todtenfeier veranſtalten! Was ſoll das geben? Ich bitte Sie, ſuchen Sie das zu verhüten!" Ich ſagte ihm, daß ich eben auf dem Wege ſei, dies zu thun. Ich theilte ihm dann auch unſeren Plan mit und verhehlte ihm nicht, daß dabei manches freiſinnige, vielleicht auch manches ſtarke Wort geſprochen werden würde. Er hatte dagegen gar nichts einzuwenden, wenn nur das Todtenfeſt unterbliebe.

Die Beſprechung war, wie vorauszuſehen, reſultatlos: wir konnten die Radicalen nicht von ihrem Vorhaben abbringen, blieben aber natürlich bei dem unſeren ſtehen. Ein Comité, aus angeſehenen Bürgern beſtehend, nahm die Sache der Verfaſſungsfeier in die Hand, und

mir ward der Auftrag zu Theil, in Form eines Toastes auf den Landtag, dessen Zusammentritt nahe bevorstand, die Gesinnungen der Bürgerschaft auszusprechen. Die Verfassungsfeier fand in würdigster Weise und in gehobenster Stimmung, jedoch ohne jede Spur einer bedenklichen Erregung, unter zahlreicher Betheiligung aus den besten Kreisen der Bürgerschaft statt. Die Radicalen sahen sich isolirt, und ihre Todtenfeier unterblieb.

Für mich persönlich hatte meine beim Verfassungsfest gehaltene Rede ein unangenehmes Nachspiel. Ich hatte diese Rede nachträglich drucken lassen, und zwar, weil ich bei den damaligen Censurverhältnissen nicht hoffen durfte, sie unverstümmelt durch die sächsische Censur zu bringen, außerhalb Sachsens, in Braunschweig. Ich hatte dies hauptsächlich mit darum gethan, um zu zeigen, daß ich die Verantwortung für das, was ich gesagt, nicht scheute.

Bald darauf ward ich von dem Criminalgericht vorgefordert und von einem jungen Gerichtsassessor „vor besetzter Gerichtsbank", d. h. in Gegenwart von ein paar alten Männern, die offenbar von der ganzen Sache wenig verstanden und ziemlich theilnahmlos dreinschauten, verhört. Ich war der „Aufreizung gegen die Regierung" beschuldigt. Der Proceß zog sich nahezu zwei Jahre durch alle Instanzen hindurch und ward erst in höchster Instanz durch das Plenum des Oberappellationsgerichts zu meinen Gunsten entschieden. Ich ward „in Mangel mehreren Verdachtes" freigesprochen. Es war das eine bei dem alten Gerichtsverfahren beliebte Wendung in solchen Fällen, wo man dem Angeklagten keine wirkliche Schuld nachweisen konnte, ihn aber doch nicht ohne einen leisen Makel ent-

laſſen wollte. Im vorliegenden Falle war nun freilich eine ſolche Entſcheidung etwas eigenthümlich. Denn von einer zweifelhaften Urheberſchaft der angeſchuldigten Rede (in welchem Falle allein ein Mehr oder Weniger von „Verdacht“ hätte Platz greifen können) war nicht die Rede; nur darum konnte es ſich handeln, ob die Rede wirklich „aufreizend“ ſei oder nicht. Darüber aber gab es doch nur ein einfaches Ja! oder Nein! Noch eigenthümlicher war es, daß dieſe angeblich „aufreizende“ Rede auch in der Zeit, wo die unteren Inſtanzen mich deshalb ſtraffällig fanden, niemals confiscirt wurde, vielmehr unbehelligt öffentlich angezeigt, ausgeſtellt und verkauft werden durfte.

Eine weitere Folge dieſer Unterſuchung war die, daß das Cultusminiſterium mir das Halten von Vorleſungen ſtaatsrechtlichen Inhalts verbot. Ich hatte in letzter Zeit an die Stelle meiner früheren philoſophiſchen Vorleſungen ab und zu ſolche über ſächſiſches Verfaſſungsrecht geſetzt. Der damalige Cultusminiſter Herr von Wietersheim hatte ſogar noch zu einer anderen, wahrhaft unerhörten Maßregel gegen mich greifen wollen. Bei meiner Habilitation 1835 war durch die Nachläſſigkeit des damaligen Decans, Profeſſor Clodius, ein Formfehler begangen, es war weder mir (wie wohl hätte geſchehen ſollen, was ich aber nicht wußte) eine Beſcheinigung über die von mir rite erlangte venia docendi ertheilt, noch auch, wie es ſcheint, in den Acten der philoſophiſchen Facultät etwas darüber vermerkt worden. Nach dem Ausgange meines Preßproceſſes hatte Herr von Wietersheim ſich die Facultätsacten einſenden laſſen und hatte darauf an die Facultät reſcribirt: „ich

ſei ja gar nicht rite habilitirt und hätte alſo gar nicht das Recht, Vorleſungen zu halten.“ Er hatte dabei außer Acht gelaſſen, daß ich ſchon vor nahezu zehn Jahren von demſelben Cultusminiſterium, dem er jetzt vorſtand, zum außerordentlichen Profeſſor ernannt worden war! Wie nicht anders zu erwarten, hatte die Facultät auf das fragliche Reſcript in ſehr würdiger, entſchiedener Weiſe erwidert, daß, wenn 1835 ein Formfehler begangen worden ſei, dies unmöglich mir zum Nachtheil gereichen könne.

Von jenem Verfaſſungsfeſte 1845 kann man das Hervortreten einer gemäßigt-liberalen Partei in Leipzig datiren. Eine radicale beſtand ſchon länger, wohlorganiſirt unter der Führung Robert Blums. Die nächſten Lebensäußerungen dieſer gemäßigt-liberalen Partei bildete eine Anzahl von Petitionen und Beſchwerden an den Landtag, in denen dasjenige beſtimmtere Form erhielt, was ich in meiner Rede nur kurz hatte andeuten können. Bei den nächſten Stadtverordnetenwahlen, im Spätherbſt 1845, ward ich mit einer Anzahl meiner politiſchen Freunde in das Collegium gewählt, ebenſo aber Robert Blum mit mehreren ſeiner Parteigenoſſen.

So erhielt ich nun einen beſtimmten, berufsmäßigen Anlaß, mit den öffentlichen Angelegenheiten — zunächſt einer großen, wohlhabenden, durch ihre Selbſtthätigkeit und Selbſtregierung ausgezeichneten Stadtgemeinde — mich eingehender zu beſchäftigen. Zwei Jahre ſpäter, im März 1848, ſollte dieſe meine Stellung im Stadtverordneten-Collegium mich auf einen größeren politiſchen Schauplatz führen.

Sechzehntes Capitel.

Deutschland am Vorabend des Jahres 1848.

Das denkwürdige Jahr 1848, das viele der Jetztlebenden nur vom Hörensagen und daher meist sehr unvollständig kennen, kam keineswegs (wie wohl öfters angenommen wird) gleich einem Dieb in der Nacht über Deutschland; vielmehr hatte es seinen Schatten schon lange weit vor sich her geworfen, und zwar einen sehr breiten und dunklen Schatten! Nur völlig Kurzsichtige, oder die nicht sehen wollten, konnten die Zeichen der Zeit, die auf eine nahende Krisis deuteten, verkennen. Rings an den Grenzen Deutschlands, im Süden und Westen, hatte es längst gewetterleuchtet; in der Schweiz hatte sich die hochgespannte politische Atmosphäre bereits in einigen starken Schlägen (im Sonderbundskriege) entladen; in Italien und Frankreich war man eines gewaltsamen Ausbruchs jeden Tag gewärtig. In Deutschland selbst herrschte eine dumpfe Schwüle, wie vor dem Gewitter. „Es lag etwas in der Luft," wie man zu sagen pflegt. Die Ahnung, daß es so, wie es sei, nicht bleiben könne, ergriff selbst solche Ge-

ſellſchaftskreiſe, welche ſonſt — in ihrer ſocialen Entfremdung vom eigentlichen „Volke" — über das, was in dieſem vorgeht, ſich leicht täuſchen. Einen recht ſchlagenden Beweis dafür liefern die vor ein paar Jahren (1880) erſchienenen „Erinnerungen aus meinem Leben" von Richard Freiherrn von Frieſen, königl. ſächſ. Staatsminiſter a. D. Darin wird der Zuſtand Deutſchlands vor den Märztagen von 1848 folgendermaßen geſchildert:

> Das Jahr 1847 ging zwar äußerlich ruhig vorüber, aber überall — nicht nur in Sachſen, ſondern in ganz Deutſchland — herrſchte Unzufriedenheit, Mißtrauen, Beſorgniß für die Zukunft. Die ſtaatlichen Einrichtungen Deutſchlands, ſowohl der Bund ſelbſt, als die Verfaſſungen eines großen Theils der Einzelſtaaten, waren alt geworden, paßten nicht mehr zu den veränderten Verhältniſſen, zu den Ideen, die ſich der Bevölkerungen in weiten Kreiſen bemächtigt hatten. Allgemein war die Ueberzeugung, daß es ſo nicht fortgehen könne. Viele Tauſende an ſich keineswegs revolutionär und antimonarchiſch Geſinnter, die aber keine Möglichkeit eines friedlichen, ſtreng verfaſſungsmäßigen Ausganges ſahen, wurden für die Idee einer allgemeinen, wenn auch gewaltſamen Umwälzung nach einer oder der anderen Richtung geneigter und empfänglicher gemacht.

Dieſe ſo entſchiedene Ausſprache eines Mannes, der nach Geburt, Erziehung, geſellſchaftlicher Stellung und Beruf (Herr von Frieſen war ſchon 1847 höherer Staatsbeamter, Regierungsrath im königl. ſächſiſchen Miniſterium des Inneren) bereits damals zweifellos zu den ſtreng Conſervativen gehörte, iſt in mehrfacher Hinſicht höchſt bedeutſam. Nach Herrn von Frieſen war ein tiefgehender, vielleicht ſogar „gewaltſamer" Umſchwung oder Umſturz der beſtehenden Verhältniſſe nahezu unvermeidlich; zugleich

aber geſteht er ein, daß der Grund dieſer „unvermeidlichen“ Kriſis nicht ſowohl in unzuläſſigen oder überſpannten Forderungen der Völker, als vielmehr darin beſtanden habe, daß die deutſchen Verfaſſungszuſtände, die allgemeinen wie die der Einzelſtaaten, „altgeworden,“ veraltet geweſen ſeien, und daher „zu den veränderten Verhältniſſen und den in den Völkern lebenden Ideen nicht mehr gepaßt hätten“. Herr von Frieſen ſcheint alſo die Ereigniſſe von 1848 nicht ſowohl einer überſtürzenden Richtung, die ſich des Volksgeiſtes bemächtigt hätte, oder abſichtlichen Agitationen einzelner Parteien zuzumeſſen — nach ſeiner ausdrücklichen Erklärung waren „viele Tauſende an ſich keineswegs revolutionär oder antimonarchiſch geſinnter Männer für die Idee einer allgemeinen Umwälzung empfänglich gemacht“ — vielmehr einer falſchen Politik der herrſchenden Gewalten, welche verſäumt hatten, die „altgewordenen“ und deshalb „zu den veränderten Verhältniſſen nicht mehr paſſenden“ ſtaatlichen Einrichtungen und Verfaſſungen rechtzeitig zu verjüngen und dadurch den „veränderten Verhältniſſen“ wieder anzupaſſen. Die, wie Herr von Frieſen ſagt, „allgemeine“ Ueberzeugung, „daß es ſo nicht fortgehen könne,“ war allerdings wohl ſehr berechtigt; dagegen iſt nicht einzuſehen, warum es „keine Möglichkeit eines friedlichen, ſtreng verfaſſungsmäßigen Ausganges“ des zwiſchen den „altgewordenen“ Einrichtungen und den „veränderten“ Verhältniſſen entſtandenen Conflictes hätte geben ſollen. Wie ſchroff auch dieſer Conflict, wie groß und weitverbreitet auch — nach Herrn v. Frieſens eigenem Eingeſtändniß — in ganz Deutſchland „die Unzufriedenheit, das Mißtrauen, die Beſorgniß für

die Zukunft" ſein mochten — noch immer wäre es Zeit geweſen, die hochgeſpannten Gegenſätze auszugleichen, das Mißtrauen zu beſchwichtigen, die Beſorgniß für die Zukunft zu ſtillen. Man durfte nur ungeſäumt nachholen, was man zu lange hatte anſtehen laſſen: die gerechten, begründeten Forderungen des Zeit- und Volksgeiſtes befriedigen, wodurch man zugleich am ſicherſten in den Stand geſetzt worden wäre, unbegründete, zu weit gehende Forderungen unter dem Beifall aller Verſtändigen abzuweiſen.

Auf die Dringlichkeit eines ſolchen Verfahrens die Regierungen aufmerkſam zu machen, ſie an die raſche und rückhaltloſe Gewährung nothwendiger und heilſamer Reformen zu mahnen — das wäre wohl zunächſt die Sache und die Pflicht der Conſervativen geweſen, denn Dieſen am meiſten mußte daran gelegen ſein, es zu einer „allgemeinen", wohl gar „gewaltſamen Umwälzung" nicht kommen zu laſſen. Ob Herr von Frieſen und ſeine conſervativen Geſinnungsgenoſſen irgend welche Schritte in dieſer Richtung gethan haben, ſagt er uns nicht: nach der Art und Weiſe, wie z. B. in Preußen die Conſervativen damals verfahren ſind, als die beſte und vielleicht letzte Gelegenheit dazu geboten war, durch Einlenken auf den Weg der Reformen einer „gewaltſamen Umwälzung" vorzubeugen, ich meine den Vereinigten Landtag 1847, ſteht nicht zu vermuthen, daß dieſe Partei überhaupt irgend etwas gethan hat, um die zu befürchtende Kriſis rechtzeitig abzuwenden: eher wohl hat ſie durch ihr Gebahren die Regierungen in dem ſtarren Feſthalten an dem, wie auch immer „altgewordenen", Beſtehenden ermuthigt und beſtärkt.

Für uns, die gemäßigt Liberalen, die wir weder (wie vielleicht manche weiter links Stehende) eine „gewaltsame Umwälzung“ wünschten, noch aber auch „einen friedlichen, verfassungsmäßigen Ausgang“ der vorhandenen Spannung für „unmöglich“ hielten, sobald nur die Regierungen sich zu einer vernünftigen Reformpolitik herbeilassen würden — für uns war die Lage eine sehr schwierige. Still zu schweigen und den Dingen ihren Lauf zu lassen, komme daraus was wolle, verbot uns unser politisches Gewissen und unsere sehr gegründete Besorgniß um die Zukunft des Vaterlandes, wenn es noch länger so weiter ginge. Wenn wir aber, von solchen Beweggründen getrieben, uns das zu thun entschlossen, was die Conservativen hätten thun müssen, und was sie mit viel mehr Aussicht auf Erfolg als wir gethan haben würden, nämlich: die Regierungen warnen, dann konnten wir sicher sein, nicht allein tauben Ohren zu predigen, sondern auch als unruhige Köpfe, wo nicht als Verbrecher verdächtigt und verfolgt zu werden.

Ich meinerseits hatte mich dadurch nicht abhalten lassen, nach besten Kräften meine Pflicht zu thun. Ich hatte in meiner Monatsschrift wiederholt auf die Gefahren der allgemeinen Lage und auf die nach meiner Ueberzeugung eben so dringliche als recht wohl mögliche Beseitigung dieser Gefahren — durch zeitgemäße Reformen — hingewiesen. Ich hatte noch in dem Neujahrsartikel von 1845 gesagt:

Auch ohne besondere Sehergabe läßt sich mit ziemlicher Sicherheit voraussagen, daß die abwärts gekehrte Bewegung, in die wir

nach dem kurzen Aufſchwunge des Jahres 1840 zurückgefallen ſind, in dieſer Richtung ſo lange fortgehen wird, bis entweder wieder einmal ein äußerer Anſtoß uns emporſchnellt, oder bis wir auf einem Punkte angelangt ſind, wo nach den ewigen Geſetzen des Gleichgewichts der Kräfte (die in der politiſchen Welt ſo gut gelten wie in der phyſiſchen), ein Rückſchlag erfolgen muß. Es iſt traurig, daß dem ſo iſt, aber es iſt ſo. Und wer trägt daran die Schuld? Die liberale Partei gewiß nicht. Sie hat, ſo weit es ihr geſtattet war, nach Kräften gewarnt, hat auf die Gefahren aufmerkſam gemacht, in welche man ſich und das Ganze ſtürze, wenn man die Bahnen eines ſtetigen, geſetzlichen Fortſchritts den Völkern beharrlich verſchließe und dadurch die unſaubern Geiſter des gewaltſamen Umſturzes und der Zerſtörung entfeſſele; ſie hat jedes, auch das kleinſte Zugeſtändniß dankbar aufgenommen und mitten unter den drohendſten Anzeichen dennoch die Ausſicht auf eine friedliche und gedeihliche Löſung der großen Lebensfragen unſerer Zeit offen zu halten geſucht, um den Muth ihrer Anhänger weder in den Unmuth des Verzagens, noch in den wilden Ausbruch der Verzweiflung ſich verkehren zu laſſen. Sie hat ſich dadurch als wahrhaft conſervativ gezeigt, während das Syſtem des Rückſchritts, das ſich mit Unrecht conſervativ nennt, es dahin gebracht hat, daß der volle Pulsſchlag, der 1840 durch alle Adern des preußiſchen und des deutſchen Volkes ging, wieder einem krankhaften, fieberiſchen Zucken der Glieder gewichen iſt, daß die Milch der Liebe und des Vertrauens, die damals in vollen Strömen floß, ſich in bittere Galle verwandelt hat, daß, wie damals ein Gefühl froher Hoffnung alle Herzen hob, ſo jetzt eine dumpfe Verſtimmung und Verbiſſenheit durch alle Länder und Provinzen ſchleicht und das ganze Volksleben vergiftet. Nur mit Angſt kann man daran denken, wohin es auf dieſem Wege zuletzt mit uns kommen muß, und nur mit Wehmuth daran, wie ſo ganz anders es ſein könnte, wenn man, dem friſchen Impulſe des Jahres 1840 folgend, die Entwickelung der deutſchen Zuſtände unverkümmert und unbeengt ſich hätte vollziehen laſſen.

Schließlich hatte ich die Frage geſtellt: „was unter den gegebenen Umſtänden, bei der beinahe völligen Hoff-

nungsloſigkeit aller, auch der gemäßigtſten Beſtrebungen für eine Beſſerung dieſer Zuſtände, die liberale Partei thun ſolle?"

Soll ſie (hatte ich geſagt) einen Kampf aufgeben, den ſie als erfolglos erkennen muß, und mit übereinandergeſchlagenen Armen ruhig zuſehen, wie der Wagen in ſchwindelnder Eile unaufhaltſam dem Abgrunde zurollt?

Und ich hatte geantwortet:

Nein! Das darf und das wird ſie nicht. Sie wird auf ihrem Poſten ausharren, komme was da wolle; ſie wird fortfahren, eine Richtung zu bekämpfen, die in ihrer weiteren Verfolgung ſich ſelbſt, uns Alle, das ganze Vaterland in's Verderben ſtürzen muß; ſie wird fortfahren, in echt conſervativem Sinne den Geiſt des Volkes für den geſetzlichen Fortſchritt zu bilden und zu kräftigen, damit er weder unter dem Drucke jenes falſchen Conſervatismus in Starrheit und Stumpfheit verſinke, noch auch, wenn dieſe Feſſeln ſich einmal plötzlich löſen ſollten, die Grenzen der Mäßigung und Beſonnenheit überſchreite. Wir wenigſtens haben uns beim Eintritt in das neue Jahr dieſes Gelübde gethan, und wir hoffen, daß uns die Kraft nicht fehlen werde, es zu halten.

Der Dank für dieſe wohlgemeinte Warnung war ein Verbot, welches die damalige preußiſche Regierung über meine Monatsſchrift verhängte, ein Verbot nicht blos des Vertriebes derſelben in Preußen ſelbſt, ſondern auch des Durchganges mit der Poſt durch Preußen in die jenſeits gelegenen Länder!

Das Gleiche widerfuhr mir, als ich 1847, nach dem ergebnißloſen Verlauf des erſten Vereinigten Landtags in Preußen, in meiner „Geſchichte des erſten preußiſchen Reichstags" von dem Mangel an Entgegenkommen gegen eine ſo gemäßigte und ſo loyale Vertretung des preußiſchen Volkes ſchweres Unheil für den preußiſchen Staat pro-

phezeite. Das Buch ward verboten und ſtreng verfolgt. Man wollte nicht hören; man glaubte, die Gefahr beſchworen zu haben, wenn man Die zum Schweigen brächte, die davor warnten!

Und, wie in Preußen, ſo ſtand es allerwärts in Deutſchland. Es iſt darauf ſchon oben (im zwölften Capitel) hingewieſen und Einzelnes davon des Näheren berichtet worden.

War es da zu verwundern, wenn ſolche Folgen eintraten, wie Herr von Frieſen ganz zutreffend ſie ſchildert, wenn ſelbſt der Gemäßigtſten und Ruhigſten ſich das nicht abzuweiſende Gefühl bemächtigte, „daß es ſo nicht fortgehen könne“?

Siebzehntes Capitel.

„Sächsische Zustände".

Von den größeren deutschen Verfassungsstaaten war das Königreich Sachsen lange Zeit derjenige gewesen, der sich am meisten einer ruhigen Entwickelung seiner politischen Verhältnisse erfreute, während er zugleich in materiellem Wohlsein, Dank ebenso sehr der wachsamen Fürsorge seiner Regierung, wie dem rührigen Geiste seines Volks, gedeihlich vorangeschritten war. Als ich 1842 die publicistische Laufbahn betrat, bot mein engeres sächsisches Vaterland das erfreuliche Bild eines fast ungestörten Friedens zwischen der Regierung, der Volksvertretung und dem Volke. Das Ministerium Lindenau, welches seit Einführung der Verfassung (1831) ununterbrochen die Geschäfte geführt, war nicht blos aufrichtig constitutionell, sondern auch — nach damaligem Maßstabe — überwiegend liberal. Gegen einzelne radicale Ausschreitungen in den Jahren nach 1830 war es mit Strenge eingeschritten; im Uebrigen ließ es den Volksgeist, der freilich ein sehr gemäßigter war, ruhig gewähren. Die Presse erfreute sich bei der Besprechung von Landesangelegenheiten einer weitgehenden Freiheit und war nur dann zu größerer Zurückhaltung genöthigt, wo Ver-

hältniſſe Sachſens zu anderen, zumal mächtigen Staaten in Frage kamen. Zwar hatte die ſächſiſche Regierung, gleich allen andern deutſchen, an den geheimen Wiener Conferenzen Theil genommen, allein vor den ſtörenden Rückwirkungen dieſer Conferenzen auf das innere Leben der Einzelſtaaten blieb Sachſen durch die verfaſſungstreue und gewiſſenhafte Politik des Königs und ſeiner Miniſter ſo gut wie verſchont. Insbeſondere im Punkte des ſtändiſchen Budgetrechtes verfuhr die ſächſiſche Regierung ſtreng loyal. Nirgends wohl ward das Princip der ſogenannten „Specialbudgets“ (Vorlegung der einzelnen Ausgabepoſten zur ſtändiſchen Bewilligung und Controle) aufrichtiger gehandhabt als in Sachſen, obſchon die Wiener Conferenzen ſich dagegen erklärt hatten. Von Conflicten wegen nicht verrechneter Ueberſchüſſe oder eigenmächtiger Ueberſchreitungen der geſetzlichen Voranſchläge wußte man in Sachſen nichts. An dieſer Loyalität in der Finanzgebahrung iſt übrigens in Sachſen zu allen Zeiten und unter allen Miniſterien — ſelbſt das Beuſt'ſche von 1850—1866 nicht ausgenommen — jederzeit feſtgehalten worden. Auch im Punkte der Oeffentlichkeit der Ständeverhandlungen verfuhr das Miniſterium Lindenau höchſt liberal; nicht nur hatte es in der Verfaſſung die Oeffentlichkeit beider Kammern feſtgeſetzt, ſondern es ſorgte auch durch eine überaus billige Ausgabe der wortgetreuen ſtenographiſchen Berichte über die Verhandlungen beider Kammern dafür, ſolche den weiteſten Kreiſen des Volkes leicht zugänglich zu machen. Dabei entfaltete das Miniſterium Lindenau auf dem Gebiete der Geſetzgebung eine höchſt wohlthätige organiſatoriſche Thätigkeit. Durch eine treffliche Städte-

ordnung (eine Nachbildung der Stein'schen für Preußen) schuf es einen kräftigen, mit weiten Rechten der Selbstverwaltung ausgestatteten Bürgerstand; durch wohlwollende Ablösungsgesetze und durch eine zu deren leichtern Durchführung errichtete höchst zweckmäßige Anstalt, die sogenannte „Landrentenbank", rief es einen freien Bauernstand in's Leben; durch die Anbahnung einer grundsätzlichen Reform des Steuerwesens, insbesondere die Aufhebung der Steuerfreiheit des ritterschaftlichen Grundbesitzes, stellte es größere Gleichheit und Gerechtigkeit in Vertheilung der Staatslasten her. Der, 1833 erfolgte, Anschluß Sachsens an den preußisch-deutschen Zollverein (das verdienstliche Werk des Finanzministers von Zeschau) erschloß der vielgestaltigen sächsischen Industrie neue Absatzwege, den Leipziger Messen neue Zuflußquellen an Stelle der, in Folge der Wandlungen des Welthandels mehr und mehr versiegenden bisherigen. Genug, das sächsische Volk befand sich materiell wohl und war politisch im Großen und Ganzen zufrieden.

Und doch sollte dieser anscheinend so glückliche Zustand im Laufe weniger Jahre in sein directes Gegentheil umschlagen, dergestalt zwar, daß lange schon vor Eintritt der Katastrophe von 1848 Sachsen zu den politisch erregtesten Ländern Deutschlands gehörte.

Der erste Grund zu diesem merkwürdigen Umschwunge lag darin, daß allmälig auch der sächsische Volksgeist eine etwas wärmere Temperatur annahm. Das war eine natürliche und unausbleibliche Folge theils der im Allgemeinen fortschreitenden Entwickelung des Volkes, theils insbesondere der gesteigerten und ausgedehnteren Gewerbs-

und Handelsthätigkeit, denn ein gewerblich regſames, namentlich aber ein an den größeren Bewegungen des Welthandels theilnehmendes Volk iſt allezeit auch für politiſche und ſociale Reformideen empfänglicher, als ein in den engeren Grenzen des Landbaus und der Kleininduſtrie ſich haltendes. Daher erklärt es ſich auch, daß dieſe Ideen vorzugsweiſe theils in dem Centralpunkte eines großartigen materiellen und geiſtigen Verkehrs, Leipzig, theils in dem induſtriereichen Erzgebirge und Voigtlande Wurzeln ſchlugen und ſich ausbreiteten, während die vorwiegend ackerbautreibenden Gegenden des Landes, die fruchtbaren Niederungen des Leipziger und des Dresdener Kreiſes und die Oberlauſitz, daß ferner die Landeshauptſtadt Dresden, der Sitz des Hofes und des höheren Beamtenthums, von dieſem neuen Geiſte weniger berührt wurden.

Die erſten ſtärkeren Regungen des ſächſiſchen Volksgeiſtes waren übrigens an ſich keineswegs der Art, um einen Conflict mit der Regierung herbeizuführen; eher ſchienen ſie dazu angethan, den Einklang zwiſchen ihr und dem Volke noch mehr zu befeſtigen. Der hannoverſche Staatsſtreich von 1837 brachte allerdings eine lebhafte Erregung in Sachſen hervor; allein die nächſte Empfindung, die er bei dem Sachſen erweckte, war die der Befriedigung in dem Gedanken, daß ſo etwas unter einem Monarchen wie Friedrich Auguſt II. und unter einem Miniſterium Lindenau nicht möglich wäre.

In dieſem Gefühle ward ein an die Volkskammer gebrachter Antrag: „die ſächſiſche Verfaſſung unter die Garantie des Bundes zu ſtellen“, als „unnöthig“ zurückgewieſen. Mit Genugthuung vernahm man, daß die ſäch-

ſiſche Regierung ſich am Bundestage in jener Minderheit befunden habe, welche, wiewohl vergebens, ſich des gekränkten Rechts der Hannoveraner angenommen. Daß die ſächſiſchen Miniſter (auch Lindenau nicht ausgenommen) aus übergroßer Aengſtlichkeit, um nicht bei dem König Ernſt Auguſt anzuſtoßen, die Gewinnung Dahlmanns (des Hauptes der „Göttinger Sieben") für die Univerſität Leipzig verſcherzt hatten, erfuhren damals nur Wenige.

Beim Gutenbergsfeſt 1840 hatte der Sachſe wiederum Gelegenheit, ſich der größeren Liberalität ſeiner Regierung im Vergleich mit anderen zu freuen. Während in Berlin die Säcularfeier der größten Erfindung aller Zeiten, und einer deutſchen Erfindung, durch polizeiliche Chicanen vereitelt ward, fand eine ſolche in Leipzig ohne die geringſte Schwierigkeit ſtatt. Ja ſo weit ging das Vertrauen der ſächſiſchen Regierung zu dem guten Geiſte der Bevölkerung, daß am letzten Tage der Feier ein großartiges Volksfeſt, unter Theilnahme von wohl 30—40 000 Menſchen von nah und fern, ſtattfinden durfte, ohne daß auch nur die kleinſte Polizeimacht zu deſſen Ueberwachung aufgeboten war.

Zwei andere wichtige Ereigniſſe brachte noch das Jahr 1840: die Kriegsdrohung Frankreichs und den Thronwechſel in Preußen. Beide fanden einen lebhaften Widerhall im ſächſiſchen Volke. Auf Straßen wie in Salons ſang man das Becker'ſche Rheinlied, ſprach auch gelegentlich von „Geſammtdeutſchland", „deutſchem Nationalgefühl" und dergleichen, doch ohne dabei an einen Gegenſatz ſolcher nationalen Regungen zu dem ſächſiſchen Staats- und Stammesbewußtſein zu denken. Den Ver-

faſſungsbeſtrebungen des preußiſchen Volkes wünſchten alle Wohldenkenden in Sachſen den beſten Erfolg, aber wiederum nicht ohne das ſtolze Gefühl, daß Sachſen ſich längſt ſchon im ſicheren Beſitz und unverkümmerten Genuß deſſen befinde, was man in Preußen erſt ſo ungeduldig erſtrebe, einer zeitgemäßen, freiſinnigen Verfaſſung.

Indeſſen war doch — das ließ ſich nicht verkennen — durch alle dieſe Vorgänge ein ſtärkerer Wellenſchlag und eine gewiſſe Unruhe zunächſt in die Kreiſe der Höhergebildeten auch in Sachſen gekommen. Zumal in Leipzig machte ſich dies bemerkbar. Von hier war 1837 der Anſtoß ausgegangen zur Veranſtaltung einer Nationalſubſcription für die ihrer gewiſſenhaften Ueberzeugung willen ihrer Stellen entſetzten „Göttinger Sieben“. Hier hatte man das Gutenbergsfeſt als ein Feſt nicht blos des Buchhandels und Buchdruckes, ſondern in erſter Linie der deutſchen Preſſe, mit manchen feurigen Wünſchen für deren größere Entfeſſelung gefeiert. Von Leipzig aus ward durch die, 1839 von der Firma F. A. Brockhaus begründete, „Leipziger Allgemeine Zeitung“ in die Bewegung, welche 1840 ſich des Nachbarlandes Preußen bemächtigte, lebhaft eingegriffen. In Leipzig ward Georg Herwegh, der feurige Freiheitsſänger, auf ſeinem Triumphzuge aus der Schweiz nach Berlin von einem Kreiſe begeiſterter Verehrer gefeiert, und derſelbe Kreis lauſchte mit Andacht den mit beißender Satire gewürzten „unpolitiſchen Liedern“, welche Hoffmann von Fallersleben als fahrender Rhapſode hier und an anderen Orten vortrug. In Leipzig ſammelte ſich allmälig ein Kreis von Schriftſtellern, die aus aller Herren Ländern hierher ſtrömten, weil es ihnen daheim

zu eng ward, weil ſie in Leipzig freier zu athmen, von hier aus leichter ihre Geiſteserzeugniſſe, in gebundener und ungebundener Rede, in die Welt ſenden zu können hofften.

Das Verhältniß der ſächſiſchen Regierung zu ihren Ständen war lange ein überwiegend gutes. Nur ſelten und nur ganz vorübergehend ward daſſelbe durch einzelne Zwiſchenfälle getrübt. Die Zuſammenſetzung beider Kammern, der Wahlkammer nach dem Princip der Ständevertretung, der oberen Kammer in vorwiegend ariſtokratiſchem Sinne, wies die geſammte Landesvertretung von vornherein mehr auf einen Kampf einzelner Standesintereſſen untereinander, als auf die Anregung allgemeiner politiſcher Fragen hin. Der Regierung fiel dabei in der Regel die dankbare Rolle zu, zwiſchen dieſen ſtreitenden Intereſſen zu vermitteln, und ſie unterzog ſich dieſer Aufgabe — namentlich ſo lange Lindenau die Seele des Miniſteriums war — meiſt in einem wohlmeinenden und gerechten Sinne. Der Volksmund hatte daher wohl nicht ganz Unrecht, wenn er ſagte: „die Regierung ſei liberaler, als die Kammern, ſelbſt die Wahlkammer.“ Der von Haus aus mehr praktiſch nüchterne und auf das nächſte Bedürfniß gerichtete, als zu theoretiſchen Speculationen hinneigende Geiſt des ſächſiſchen Volkes und das in den Kammern vorherrſchende juriſtiſche Element waren ohnehin der Verfolgung allgemeiner politiſcher Principfragen wenig günſtig. Auf dem erſten Landtag nach der neuen Verfaſſung (1833—34) hatten ſich in der Wahlkammer ein paar vereinzelte Stimmen in jenem warmen und etwas derben Bruſtton vernehmen laſſen, wie er in den ſüddeutſchen Kammern öfters gehört ward. Sie waren von der Mehrheit der Kammer mitleidig

lächelnd, wie eine ganz fremdartige Erſcheinung, angeſtaunt worden. Noch auf dem Landtage von 1836—37 ſtanden die beiden liberalen Dioskuren Todt und v. Dieskau (Beide aus dem Voigtlande) beinahe völlig vereinzelt. Der Antrag Todts, die Kammer möge eine Adreſſe auf die Thronrede erlaſſen, ward nur von ſechs Stimmen, einſchließlich derjenigen v. Dieskaus, unterſtützt. Die heftigen Angriffe Beider gegen eine kurz vorher erlaſſene Preßverordnung fanden wenig Anklang. Nur in der hannoveriſchen Frage gelang es ihnen, eine wärmere Temperatur in der Kammer zu erzeugen. Der Landtag 1839—40 fand die liberale Oppoſition durch einige neue Mitglieder verſtärkt. An des ausgetretenen von Dieskau Stelle war in Plauen ein angeſehener Advocat, Braun, gewählt worden (1848 Juſtizminiſter); neben ihm erſchien aus dem Voigtland der Rittergutsbeſitzer Otto von Watzdorf, der bereits unter der alten feudalen Verfaſſung „Landſtand" und einer der Wenigen geweſen war, die ſchon damals auf die Nothwendigkeit einer Verfaſſungsreform hinwieſen. Selbſt der Dresdener und der Lauſitzer Kreis hatten diesmal ein paar Liberale gewählt, Klinger-Dippoldiswalde und Henſel-Camenz. Indeſſen ging auch dieſer Landtag ruhig und ohne eigentlichen Conflict zwiſchen Regierung und Volksvertretung (einen kleinen Streit über das Petitionsrecht der Unterthanen ausgenommen) vorüber. Denn bei dem, allerdings ziemlich heftigen Kampfe um die zum Neubau des Hoftheaters geforderte Bewilligung handelte es ſich nicht um politiſche Principfragen, ſondern um ſehr materielle Intereſſen, und hier gruppirte ſich daher auch die Oppoſition ganz anders.

Der Landtag von 1842—43 brachte zuerſt eine ſtarke Trübung in das Verhältniß der Regierung zur Zweiten Kammer. Der Oppoſition waren einige namhafte Elemente zugewachſen: ein intelligenter Großinduſtrieller aus dem Voigtlande, Georgi = Mylau (1848 Finanzminiſter), ein Erzgebirger, Stadtrath Oberländer aus Zwickau (1848 Miniſter des Innern), endlich aus Leipzig Heinrich Brockhaus, der Chef der berühmten Firma F. A. Brockhaus, ein Mann von hoher und vielſeitiger Bildung.

Die allgemeine Stimmung im Lande war zum Theil auch eine andere geworden. Das bewegte Jahr 1840 hatte doch Spuren hinterlaſſen. Man begann allmälig die Dinge mit etwas größeren Maßſtäben zu meſſen, als mit den beſchränkten eines blos auf ſich ſelbſt angewieſenen Kleinſtaates; man ſuchte Fühlung zu nehmen mit den parlamentariſchen Factoren und mit der öffentlichen Meinung anderer deutſcher Verfaſſungsſtaaten; man wagte ſich an Fragen von allgemeiner, nationaler Bedeutung. Eine ſolche Frage, die damals in mehreren deutſchen Kammern gleichzeitig angeregt ward, war die einer Reform des Strafproceſſes, der Einführung des Anklageverfahrens mit Mündlichkeit und Oeffentlichkeit an Stelle des veralteten ſchriftlichen und geheimen Inquiſitionsverfahrens. Eine ſtarke Mehrheit der Zweiten Kammer erklärte ſich für dieſe Reform: der Juſtizminiſter v. Könneritz ſtellte ihrem Verlangen einen unbeugſamen Widerſtand entgegen. Faſt zwei Wochen lang ward Tag für Tag mit allen Waffen der Wiſſenſchaft wie der Praxis für und wider das Princip der Mündlichkeit und Oeffentlichkeit gekämpft; mehr als dreißig Redner nahmen das Wort, und davon ſtand nur

einer auf Seiten des Miniſters! Gleichwohl beharrte Letzterer auf ſeiner Meinung und gab ſehr entſchieden zu verſtehen, daß er nicht weichen werde, und wenn die ganze Kammer, ja beide Kammern ſich gegen ihn erklären ſollten.

Darüber entſtand im Lande eine große Aufregung. Die Frage, um die es ſich handelte, war eine populäre, für Jedermann leicht verſtändliche. Die Schattenſeiten des alten Inquiſitionsproceſſes waren von einem großen Theil der Juriſten längſt anerkannt und viel beſprochen worden. Bei dem großen Einfluß, den der Juriſten- und insbeſondere der Advocatenſtand allezeit in Sachſen geübt hat, mußte dieſe Hinneigung deſſelben zu der von der Kammermehrheit geforderten Reform auch das Urtheil der Laien nach dieſer Seite hin wenden. Und ſo geſchah es in der That. „Mündlichkeit und Oeffentlichkeit!“ ward in weiteſten Kreiſen die Parole des Tages. Die Deputation der Zweiten Kammer, welche den Antrag darauf empfehlend begutachtet hatte, und ihr Berichterſtatter, Advocat Braun, wurden von einem zu dem Ende in Leipzig zuſammengetretenen Comité zu einem Feſtmahl dahin eingeladen und von einer aus den angeſehenſten Männern der Stadt beſtehenden Verſammlung dankend und feiernd begrüßt.

Manches Andere kam hinzu, was den entſtandenen Riß zwiſchen Volk und Regierung erweiterte. Bei den Verhandlungen über die Juſtizreform ſowie bei einem neuerlichen Antrage Todts auf eine Adreſſe war vom Miniſtertiſche aus wiederholt mit großer Entſchiedenheit erklärt worden, daß die Regierung zwar an dem Buchſtaben der Verfaſſung feſthalte, aber jedem Verſuch einer erweiternden Auslegung dieſes Buchſtabens ſchlechterdings entgegentreten,

überhaupt zu keinerlei Reformen die Hand bieten werde, so lange sie nicht selbst die Ueberzeugung von deren Nothwendigkeit und Angemessenheit gewonnen habe. Damit schien jeder mögliche Einfluß der Volksvertretung auf eine Fortbildung staatlicher Einrichtungen für immer im voraus abgeschnitten und die Alleinberechtigung der Minister, über Zulässigkeit oder Unzulässigkeit von Reformen zu entscheiden, in schroffster Weise ausgesprochen. Dies verletzte die öffentliche Meinung, und um so mehr, je mehr man sich bewußt war, bisher nichts erstrebt oder gefordert zu haben, was irgendwie über die Grenzen äußerster Mäßigung hinausgegangen wäre. Es war nicht unbemerkt geblieben, daß jene Theorie ministerieller Allmacht und Unfehlbarkeit gegenüber der Volksvertretung vorzugsweise von zweien der Minister, dem Justizminister von Könneritz und dem Finanzminister von Zeschau, vertreten worden war, während der Ministerpräsident von Lindenau sich bei den betreffenden Verhandlungen schweigend verhalten hatte. Die daraus geschöpfte Vermuthung von einem Meinungsgegensatz zwischen Lindenau und seinen Collegen sollte noch während des Landtages von 1842/43 ihre Bestätigung finden. Lindenau vertrat gegenüber der oberen Kammer ein von dieser bestrittenes Recht der Wahlkammer; er wurde dabei von jenen beiden Collegen, obgleich sie anwesend waren, im Stiche gelassen; der König scheint sich letzteren zugeneigt zu haben; genug, Lindenau trat bald nach dem Landtage aus dem Cabinet. Bei der großen und wohlverdienten Popularität Lindenaus mußte dieser Rücktritt desselben das Vertrauen zum Ministerium bedeutend schwächen und starke Befürchtungen wegen einer der

Lindenau'ſchen entgegengeſetzten Politik, die nun Platz greifen möchte, erwecken.

Zu dieſen politiſchen Urſachen der Aufregung kamen bald auch religiöſe. In Sachen der Religion aber war man damals in Deutſchland und zumal in Sachſen faſt noch reizbarer und argwöhniſcher, als in Sachen der Politik. Schon die alten ſächſiſchen Stände hatten bei jedem Landtage ſich von ihren Fürſten „Reverſalien" zu Gunſten der Unantaſtbarkeit ihrer proteſtantiſchen Kirche geben laſſen. Sie hatten auch in die Verfaſſung von 1831 einen Artikel aufgenommen, der die Jeſuiten und ähnliche Orden für immer aus Sachſen verbannte. Auf dem Landtage von 1842/43 war über angebliche ultramontane Uebergriffe und zu große Nachſicht der Regierung dagegen Klage geführt worden. Jetzt auf einmal verlautete: in einer neu errichteten katholiſchen Kirche (in Annaberg) ſei das ſpecifiſche Jeſuitenzeichen (INRI) angebracht und die Kirche ſei dem heiligen Ignatius Loyola (dem Stifter der Geſellſchaft Jeſu) geweiht. Das gab gewaltigen Lärm. Die ſtädtiſche Vertretung Annabergs verlangte vom Miniſterium Beſeitigung jener Inſchrift und ſtrenge Unterſuchung; das Miniſterium glaubte dazu keine Veranlaſſung und keine Befugniß zu haben, weil nach Ausſage des katholiſchen Biſchofs in Sachſen eine ſolche Bezugnahme auf den heiligen Ignatius noch keineswegs eine Unterſtellung der Kirche unter jeſuitiſchen Einfluß bedeute. Die öffentliche Meinung beruhigte ſich dabei nicht; es erfolgten neue Eingaben an das Miniſterium; es erfolgten Dank- und Zuſtimmungsadreſſen an die Annaberger aus verſchiedenen Theilen des Landes.

Um eben dieſe Zeit begann die deutſchkatholiſche Bewegung. Die erweckte Jeſuitenfurcht wendete dieſer Bewegung eine Sympathie zu, die letztere ſonſt vielleicht in ſolchem Maße nicht gefunden hätte. Die Regierung verhielt ſich, dieſer Bewegung gegenüber, ſchwankend, machte ihr zuerſt Zugeſtändniſſe, nahm dieſe dann zurück, gab ſpäter wieder Einiges nach. Sie berief ſich dabei auf die Verfaſſung, welche ihr eine ſolche Zurückhaltung gebiete, und ſie hatte allerdings den Buchſtaben der Verfaſſung für ſich: nichtsdeſtoweniger griff im Volke die Meinung um ſich, als folge ſie dabei äußeren Rückſichten.

Auch innerhalb der proteſtantiſchen Kirche Sachſens entſtand eine Bewegung, zunächſt in Form des Verlangens nach einer freieren Kirchenverfaſſung. Sodann griff (um die Mitte des Jahres 1845) auch die Bewegung der ſog. „proteſtantiſchen Freunde“ von der Provinz Sachſen aus nach dem Königreich herüber. Uhlich ſelbſt erſchien und hielt in Leipzig und anderwärts Verſammlungen ab.

Die Regierung erließ ein Verbot dieſer Verſammlungen; gleichzeitig erging eine amtliche Bekanntmachung der Miniſter, worin dieſe erklärten: „Sie ſeien durch ihren Eid verpflichtet, für Aufrechthaltung der auf die Augsburgiſche Confeſſion gegründeten Kirche zu ſorgen.“

Darin ſah man eine Zurückweiſung auch der auf eine Abänderung der Kirchenverfaſſung gerichteten Beſtrebungen. Die Aufregung wuchs; es wurden Verſammlungen gehalten, in denen man gegen die miniſterielle Bekanntmachung „im Namen der durch die Verfaſſung gewährleiſteten Gewiſſensfreiheit“ proteſtirte. Die Folge war, daß die Regierung nun ein Verbot aller öffentlichen Verſammlungen erließ.

Die durch alle dieſe zuſammenwirkenden Urſachen erzeugte hochgradige Erregung des Volksgeiſtes, noch geſchürt von einzelnen radicalen Blättern, hatte jene tiefbedauerlichen Vorgänge vom 12. Auguſt zur Folge, von denen andeutungsweiſe ſchon früher die Rede geweſen iſt. Der Bruder des Königs, Prinz Johann, war Commandirender ſämmtlicher Communalgarden des Landes. In dieſer Eigenſchaft hielt er am 12. Auguſt eine Revue der Leipziger Communalgarde ab. Nun hatte ſich die Anſicht verbreitet, der Prinz ſei ultramontan geſinnt, und ſeinem Einfluß entſprängen alle die Maßregeln der Regierung, welche ſo große Erregung im Volke hervorgebracht hatten: Duldung der Jeſuiten, Feindſchaft gegen die Deutſchkatholiken und die proteſtantiſchen Freunde u. ſ. w. Die Anſicht war durch nichts begründet, auch in ſich haltlos, denn in conſtitutionellen Staaten ſind nur die Miniſter und Niemand ſonſt für die Maßregeln der Regierung verantwortlich; allein ſie beſtand, ſie wurde — zwar nicht öffentlich, aber (was ſchlimmer) heimlich — weitergegeben und wurde nicht rechtzeitig bekämpft. Letzteres zu thun, wäre Pflicht der officiöſen Preſſe geweſen. Der liberalen war dies nicht wohl möglich: hätte ſie jenes Gerücht, wenn ſchon in beſter Abſicht, um es zu widerlegen, erwähnt, ſo würde man (wie damals die Stimmung gegen ſie in den maßgebenden Kreiſen war) wahrſcheinlich geſagt haben, ſie heuchle jene Abſicht blos, um das Gerücht zu verbreiten. Ich ſelbſt hatte in meinem „Herold“ die vielangefochtene miniſterielle Bekanntmachung zwar durchaus freimüthig, ſelbſt ſcharf beſprochen, hatte aber als muthmaßliches Motiv derſelben angegeben, „daß die Regierung

ſich durch eine Hinneigung zu der ſtrenggläubigen Richtung oder durch eine übertriebene Beſorgniß (betreffs der religiöſen Bewegung im Volke) zu einem ſolchen Verfahren habe bewegen laſſen," hatte alſo jeden Gedanken an eine außerhalb der Regierung liegende Triebfeder ſchlechterdings ferngehalten.

Genug aber, jene Anſicht beſtand, und die bedauerlichen Folgen zeigten ſich bald. Schon bei der Revue der Communalgarde war der Prinz ſehr kühl empfangen worden; am Abend rottete ſich ein Haufen Volks vor ſeiner Wohnung, dem Hotel de Pruſſe, zuſammen, der abwechſelnd durch Ziſchen und Pfeifen, durch Abſingen des Liedes „Eine feſte Burg u. ſ. w.", durch Hochs auf Ronge und Czerski, zuletzt durch einzelne Steinwürfe gegen das Hotel, ſeiner Geſinnung zweifelloſen Ausdruck gab. Leider ließ man die Tumultuanten wohl eine Stunde lang ruhig gewähren. Weder war eine ausreichende Polizeimannſchaft zur Stelle, um die Menge zu zerſtreuen, noch ward rechtzeitig die Communalgarde aufgeboten, welcher geſetzlich bei derartigen Anläſſen die Herſtellung der Ordnung an erſter Stelle oblag. Statt ihrer erſchien plötzlich Militär, welches dann, anſcheinend ohne zuvor einen beharrlichen Verſuch zur Auseinandertreibung der Menge mit dem Bajonnet gemacht zu haben, ja ſelbſt wohl ohne eine allſeits vernehmbar gewordene Drohung mit Anwendung der Feuerwaffe, von zwei Seiten her Salven gab und dadurch eine Anzahl Menſchen tödtete — zum größern Theil, wie ſchon angedeutet, höchſt wahrſcheinlich Unſchuldige, wie ſowohl nach ihrer Perſönlichkeit als nach dem Orte, wo ſie gefallen waren, glaubhaft erſchien.

Dieſe Wendung der Sache brachte eine furchtbare Aufregung in der Stadt und im ganzen Lande hervor. Die Behörden — bis hinauf zu den Miniſtern — waren offenbar betroffen über dieſen blutigen Ausgang; trotz der verfügbaren Militärmacht (welche in das Schloß Pleißenburg zurückgezogen ward) war Leipzig mehrere Tage lang vollſtändig ohne Obrigkeit. Sowohl der Stadtrath als die königliche Kreisdirection enthielten ſich jeder amtlichen Einwirkung, ließen geſchehen oder vollzogen wohl gar ſelbſt, was die unter Robert Blums Leitung ſtehenden Volksverſammlungen im Schützenhauſe beſchloſſen. Robert Blum war recht eigentlich Herr der Stadt. Man muß ihm die Gerechtigkeit widerfahren laſſen, daß er ſeine Herrſchaft nicht mißbrauchte, vielmehr Ruhe und Ordnung erhielt, wofür ihm denn auch ſpäter in einer von einer großen Anzahl von Bürgern (worunter ſehr conſervative) unterzeichneten Adreſſe gedankt ward. Erſt nach faſt einer Woche trat in dieſem höchſt merkwürdigen Zuſtande eine Aenderung ein: nun ergingen ſcharfe Rügen ſeitens des Königs an die Behörden und an die Bürgerſchaft der Stadt Leipzig; zugleich ordnete die Regierung eine „Erörterung“ der Vorgänge vom 12. Auguſt (d. h. des Schießens) an, jedoch mit einer vorausgeſchickten Erklärung, wonach ſie das Verfahren der Militärbehörde am Abend des 12. Auguſt von vornherein als gerechtfertigt anzuſehen ſchien.

So war im Laufe weniger Jahre auch im Königreich Sachſen der frühere Zuſtand friedlichen Zuſammenwirkens und gegenſeitigen Vertrauens zwiſchen Volk und Regierung in ſein directes Gegentheil umgeſchlagen.

Ich ſchrieb damals für meine cenſurfreie Viertel-

jahrsſchrift „Unſere Gegenwart und Zukunft“, einen Aufſatz unter derſelben Ueberſchrift, die ich dieſem Capitel vorangeſetzt habe: „Sächſiſche Zuſtände.“ Darin verſuchte ich, jenen merkwürdigen Umſchwung in den Verhältniſſen Sachſens zu veranſchaulichen und zu erklären. Er begann mit folgender Schilderung:

Bis vor nicht langer Zeit nahm Sachſen unter den conſtitutionellen Staaten Deutſchlands eine eigenthümliche Stellung ein. Es repräſentirte gleichſam den Stand der Unſchuld, der kindlichen Naivetät des conſtitutionellen Bewußtſeins. Alles war hier Liebe und Güte, gegenſeitiges Vertrauen und Entgegenkommen. Eine gutgeartete Regierung und ein harmloſes, friedliches Volk, welches feſt an ſeiner Verfaſſung hing, aber in dieſer ſelbſt weit mehr ein Band zwiſchen ſich und der Regierung erblickte, als eine Waffe, mit welcher, oder ein ſtreitiges Terrain, um welches man ſich gegenſeitig zu bekämpfen habe. Verfaſſungskämpfe kannte man nur vom Hörenſagen aus andern Staaten. Selbſt wenn einmal eine Regierungsmaßregel über die Grenzen der Mäßigung, die man gewöhnlich ſtreng innehielt, hinauszugehen ſchien, ließ man nach einigen mahnenden Worten von der einen und einigen begütigenden von der andern Seite die Sache immer auf ſich beruhen und ſchloß ſchnell wieder Frieden, wie in einer ſoliden Ehe, wo man ſich wohl einmal überwirft, aber ebenſo bald wieder verſöhnt, „um den Nachbarn kein Aergerniß zu geben,“ und weil man weiß, daß man doch zuſammen leben muß, und ſich daher lieber vertragen, als gegenſeitig das Leben ſchwer machen will. Die ſüddeutſchen Conſtitutionellen ſahen vornehm lächelnd auf die ſächſiſchen Kammern herab, in denen zwiſchen Miniſtern und Abgeordneten immer nur in dem höflichen, glatten ſächſiſchen Stil verhandelt, jede Spitze und Schärfe der Discuſſion aber behutſam vermieden wurde. Noch mehr verdroß dieſer ſtille, friedliche Entwickelungsgang des ſächſiſchen Staatslebens die radicale Partei in Preußen, welche nicht begriff, wie wir ſo ruhig auf dem langſamen Wege der „conſtitutionellen Entwickelung“ einhergehen und in Eintracht mit unſerer Regierung leben könnten, während ſie der ihrigen gegenüber fortwährend auf dem qui vive!

ſtand und keinen andern Ausweg aus der verzweifelten Gegenwart zu ſehen glaubte, als den eines totalen Umſchwunges aller Verhältniſſe.

So war es ſonſt! Und jetzt? Jetzt geht durch das früher ſo ſtille Land eine tiefe, gewaltige Aufregung; ein krankhaft gereizter Zuſtand giebt ſich in allen Bewegungen des Staats- und Volkslebens kund, ebenſo wohl in den Maßregeln der Regierung, wie in den Stimmungen der Bevölkerung. Man mißtraut ſich gegenſeitig; man beobachtet ſich mit Argwohn und paßt geſpannt auf jede Blöße, die der Gegner zeigen möchte, um da ſogleich die ſcharfe Waffe einzubohren, ſei dies nun das Schwert polizeilichen Verbots oder crimineller Anklage, ſei es die Feder des Schriftſtellers oder das ſchneidende Wort des Redners, von der Landtagstribüne herab vor den Augen und im Namen des Volkes öffentlich gegen die Miniſterbank geſchleudert. Die Regierung hält ſich hinter dem Buchſtaben der Verfaſſung verſchanzt und ſteht wie Shylock auf ihrem Recht und nur auf ihrem Recht, und der Zeitgeiſt ſchlägt wie Moſes mit dem Stabe an den ſtarren Buchſtaben des geſchriebenen Verfaſſungsgeſetzes, um daraus den lebendigen Quell der Freiheit und des echt conſtitutionellen Fortſchritts hervorzulocken. So thut ſich zwiſchen Beiden eine immer weitere Kluft auf, in welche das alte Vertrauen, die alte Gemüthlichkeit des ſächſiſchen Lebens, ja auch die alten koſtbaren Eigenſchaften des ſächſiſchen Volkes, ſeine Offenheit und Zutraulichkeit, unrettbar zu verſinken drohen, wenn nicht bald und ernſtlich daran gedacht wird, eine Brücke über den gähnenden Riß zu ſchlagen.

Ich unternahm es ſodann, dieſen ſcharfen Contraſt zwiſchen dem Sonſt und dem Jetzt zu erklären, indem ich die verſchiedenen Maßregeln der Regierung in den letzten Jahren einer Kritik unterzog — einer Kritik, die, wie ich ſagen zu dürfen glaube, bei aller rückhaltloſen Freimüthigkeit doch nichts enthielt, als was ich auf's Strengſte mit Thatſachen und Gründen zu belegen vermochte.

Der Aufſatz machte ſogleich bei ſeinem Erſcheinen

großes Aufſehen. Sehr gemäßigte, ja conſervative Männer, Männer in angeſehenen bürgerlichen Stellungen, zollten ihm die Anerkennung, daß er wahr ſchildere, gründlich urtheile und in ſeinem Tadel zwar ſcharf, aber fern von Leidenſchaft oder Gehäſſigkeit ſei. Was aber dem Artikel alsbald ein ganz ungewöhnliches Gewicht und die weiteſte Verbreitung verſchaffte, das war ein Schritt der unerwartetſten Art, zu welchem das Miniſterium ſich durch denſelben verleiten ließ. Der Band meiner Vierteljahrsſchrift, welcher den Aufſatz enthielt, war (obſchon von 1846 datirt) doch noch unmittelbar vor Weihnachten 1845 erſchienen. Am erſten Feiertag erhielt ich die Nachricht, daß derſelbe von der Kreisdirection mit Beſchlag belegt worden ſei. Schon dies konnte, wie damals die Verhältniſſe lagen, nur dazu dienen, den Eindruck, den er ohnehin machte, zu verſtärken. Wie groß aber war vollends die Senſation, als bald nach den Feiertagen der Aufſatz vom Miniſterium des Innern, „im Einverſtändniß mit dem Geſammtminiſterium", ohne daß meinerſeits irgend ein Schritt geſchehen war, durch eine mit den Unterſchriften ſämmtlicher Miniſter verſehene „Bekanntmachung" in der (officiellen) Leipziger Zeitung freigegeben, zugleich folgende Erklärung beigefügt ward:

Uebrigens ſind die in jenem Aufſatze enthaltenen Aeußerungen über die amtliche Wirkſamkeit und die Geſinnung mehrerer Miniſter zu unwürdig, um von ihnen auf irgend eine Weiſe beachtet zu werden. Die Unterzeichneten erklären dies mit dem Hinzufügen, daß ſie ſich durch dergleichen Angriffe in treuer Erfüllung ihrer Pflicht gegen König und Vaterland nicht werden irre machen laſſen.

Das hieß denn freilich, die Preſſe als eine Macht anerkennen, da man mit einem ſolchen Aufgebot der

außerordentlichſten Mittel ihr gegenübertrat, in einer Form, die ſonſt nur bei großen Staatsacten (z. B. proviſoriſchen Geſetzen, für welche ſämmtliche Miniſter nach der Verfaſſung ſolidariſch verantwortlich ſind) in Anwendung zu kommen pflegte.

Die Folge war, daß von dem Aufſatz binnen kaum zwei Monaten drei Auflagen nahezu vergriffen waren. Wie weit die Wirkung des Aufſatzes reichte (ſelbſt bis in die Kreiſe der Beamtenwelt hinein), davon hatte ich bald darauf Gelegenheit mich perſönlich zu überzeugen. Bei einem Beſuch in Dresden ward ich von einem Freunde in die Geſellſchaft „Albina" eingeführt, deren Mitglieder vorzugsweiſe Männer des höheren Beamtenſtandes, Geheime Juſtiz-, Regierungs- und dergleichen Räthe waren. Auch an dieſem Abend waren viele ſolche gegenwärtig. Sie ſuchten einer nach dem andern meine Bekanntſchaft und knüpften Unterhaltungen mit mir an, und ich war, ohne es zu wollen, der „Löwe" des Abends.

Die andere Wirkung freilich, die mir viel wichtiger geweſen wäre, die nämlich, daß der Aufſatz das Miniſterium zu einer Aenderung ſeiner Politik veranlaßt hätte, blieb leider aus. Vielmehr ging daſſelbe unbeirrt auf dem betretenen Wege vorwärts. In dieſem Feſthalten an ſeiner unfreiſinnigen Politik ward es beſtärkt durch die Mißerfolge der liberalen Partei auf dem im Herbſt 1845 eröffneten neuen Landtage. Nur in der Frage der Mündlichkeit und Oeffentlichkeit errang dieſelbe einen kleinen Sieg, indem der Juſtizminiſter — trotz ſeines beim Landtag 1842 erklärten „Niemals" — ſich doch zu einem, wenn auch nur halben Zugeſtändniß herbeiließ; in allen anderen Fragen jedoch,

insbesondere auch in der wichtigen Frage wegen des Verfahrens des Militärs am 12. August, unterlag sie einer conservativen Mehrheit in der Zweiten Kammer. Sie selbst spaltete sich je mehr und mehr in eine gemäßigtere und eine radicalere Gruppe. Das zum Theil etwas heftigere Vorgehen dieser letzteren machte manche Abgeordnete, die bisher zur liberalen Partei gehalten hatten, dieser abwendig, trieb sie auf die conservative Seite hinüber, und die Art und Weise, wie die Radicalen diese Einbuße in der Kammer durch lärmende Huldigungen, die sie sich von ihren Anhängern im Lande bereiten ließen, zu ersetzen suchten, schadete der gemeinsamen liberalen Sache nur noch mehr. Die Fehler der radicalen Partei benutzend und gestützt auf eine eben dadurch immer stärker werdende reactionäre Strömung, konnte das Ministerium immer rücksichtsloser gegen alle freieren Regungen verfahren, insbesondere die unabhängige Presse fast gänzlich stumm machen, dagegen eine gesinnungslose, sich in Servilismus überbietende Presse großziehen.

Und so kam es auch in dem einst so friedlichen und so zufriedenen Sachsen zuletzt dahin, daß (wie Herr von Friesen sagt) das zu lange starre Festhalten an überlebten und unhaltbar gewordenen Zuständen einen Umschlag als früher oder später unvermeidlich erscheinen ließ.

Achtzehntes Capitel.

Die Märzbewegung von 1848.

Zu den traurigsten Folgen der unfertigen Zustände Deutschlands, wie sie ehemals waren, gehörte auch die, daß das deutsche Nationalleben seinen Schwerpunkt nicht in sich selbst hatte, daß es von äußeren Anstößen hin und her getrieben wurde, bald von einem Wiener oder Petersburger Wind in das Fahrwasser der Reaction, bald von einem Pariser Aufstande nach der entgegengesetzten Seite. Heutzutage brauchen wir uns weder um das Eine noch um das Andere zu kümmern. Ein Sieg der Reaction in Oesterreich mag uns mit Besorgnissen für unsere dortigen Stammesverwandten erfüllen, allein unser eigenes Staats- und Volksleben berührt er nicht. Und ob Frankreich eine republikanische, royalistische oder imperialistische Regierungsform hat, mag für unsere Beziehungen zu Frankreich nicht gleichgiltig sein, auf unsere inneren Zustände übt es keinen Einfluß.

So war es aber damals nicht. Daß jeder gewaltsame Umschwung in Frankreich auch einen solchen in Deutschland nach sich ziehen müsse, galt für eine zweifellose Thatsache. „Wenn Ludwig Philipp einmal die Augen schließt, wird

Vieles anders werden," konnte man alle Tage und von den verſchiedenſten Seiten hören. Daß eine Kataſtrophe der Art wie die Februarrevolution noch bei deſſen Lebzeiten eintreten würde, hatte man allerdings nicht für möglich gehalten. Freilich, als man den anſcheinend ſo klugen König mit einer Starrheit, welche nur noch durch die ſeines Miniſters Guizot überboten ward, alle, auch die berechtigtſten Reformwünſche ſeines Volkes ſchroff zurückweiſen ſah, während eine bedenkliche politiſche und ſittliche Fäulniß die höheren, eine tiefgreifende Erbitterung gegen das Beſtehende die unteren Klaſſen der franzöſiſchen Geſellſchaft ergriffen hatte, da mußte man auf das Aeußerſte von dorther gefaßt ſein, gleichzeitig aber auch auf einen wahrſcheinlich nicht ausbleibenden Rückſchlag nach Deutſchland herüber. Gerade beim Ausbruch der franzöſiſchen Februarrevolution befanden ſich zwei meiner Freunde in Paris. Der eine davon ſchrieb mir am 23. Februar, nach der Abdankung Guizots: „nun ſei hoffentlich Alles beendet, und es werde wieder Ruhe eintreten." Ich ſchrieb ihm zurück: „meiner Anſicht nach ſei dies erſt der Anfang vom Ende." In der That bin ich noch heut überzeugt, daß auch ohne die beiden verhängnißvollen Schüſſe vor dem Hotel Guizots die Revolution ſich ſchwerlich mit dem Sturze eines Miniſters begnügt haben würde. Die Zuſtände dort waren zu verworren. Das herrſchende Syſtem — nicht blos Guizots, ſondern des Königs ſelbſt — hatte ſich zu verhaßt, hatte ſich unmöglich gemacht. Weiß man doch aus einem in den Tuilerien gefundenen Briefe des Prinzen von Joinville an ſeinen Bruder, den Herzog von Aumale, wie dieſer Prinz ſelbſt von der Starrheit

ſeines Vaters in Verweigerung, aller, auch der gerechteſten Forderungen der Oppoſition die ſchlimmſten Folgen für das Königshaus und das Königthum befürchtete.

In der Nacht vom 28. auf den 29. Februar (es gab damals noch keine überall hin reichenden telegraphiſchen Verbindungen) gelangte die Nachricht von der am 24. Februar erfolgten Flucht Ludwig Philipps und Einſetzung einer proviſoriſchen Regierung in Paris nach Leipzig. Ich erfuhr ſie am 29. Februar früh. Mir war es keinen Augenblick zweifelhaft, daß auch in Deutſchland, auch in Leipzig die Wogen der Aufregung alsbald ſehr hoch gehen würden, ebenſowenig aber, daß die Radicalen beeifert ſein würden, ſich der Bewegung zu bemächtigen. Und wirklich vernahm ich noch im Laufe des Vormittags aus glaubhafter Quelle, daß dieſelben mit einer Demonſtration zu Gunſten der Pariſer Revolution umgingen.*)

Schon einmal, nach den Auguſtereigniſſen von 1845, war es mir (wie früher berichtet) gelungen, einen von den Radicalen beabſichtigten Appell an die heftigeren Volksleidenſchaften dadurch zu verhindern, daß ich den Kern der Bürgerſchaft für eine mehr ruhige, darum nicht minder

*) In dem Buche: „Robert Blum. Ein Zeit- und Charakterbild für das deutſche Volk“, von Hans Blum (1878) erzählt Letzterer (S. 250): „Sein Vater habe auf einem Balle im Hotel de Pologne die Nachricht vom Erfolg der Pariſer Revolution erhalten und ſei ſofort, noch während des Balles, mit einigen Freunden zu einer Berathung über die Schritte, die nun in Leipzig geſchehen müßten, zuſammengetreten. Alle hätten darin übereingeſtimmt, daß die Stadtverordneten und womöglich auch der Stadtrath die Wünſche der Bürgerſchaft vor den Thron bringen müßten. Am nächſten Morgen habe ſich aber ergeben, daß auch die Gemäßigten, unter Biedermanns

nachdrückliche Kundgebung berechtigter Wünſche und Beſchwerden gewann. Weit dringlicher noch ſchien es mir jetzt, einer ähnlichen Ueberſtürzung vorzubeugen, die Bewegung von Haus aus in eine gemeſſene Bahn zu leiten. Nach raſcher Beſprechung mit einigen näheren Freunden begab ich mich zum Vorſteher der Stadtverordneten, Advocat Werner, deſſen Stellvertreter ich ſeit Anfang des Jahres war. Er war ein ruhiger, der Tagespolitik eigentlich fernſtehender, aber wohlmeinender, mir perſönlich vertrauensvoll zugethaner Mann. Ich beſtimmte ihn leicht, noch für denſelben Abend eine Sitzung der „Deputation zum Localſtatut“ (Verfaſſungs-Deputation) der Stadtverordneten anzuſetzen. In dieſer Deputation ſaßen die einflußreichſten Mitglieder des Collegiums von rechts und links. Ihr wollte ich den Entwurf einer Adreſſe unterbreiten, die meiner Anſicht nach unverweilt von beiden ſtädtiſchen Collegien gemeinſam an den König gebracht werden müßte. Die Adreſſe, die ich ſofort entwarf und am Abend vorlegte, lautete:

Allerdurchlauchtigſter König! Ew. Majeſtät nahen die ehrerbietigſt Unterzeichneten, Stadtrath und Stadtverordnete der

Führung, genau daſſelbe Ziel verfolgten“. Ich laſſe dahingeſtellt, ob wirklich von Haus aus die Radicalen „genau daſſelbe Ziel“ wie wir verfolgt, oder ob ſie nicht ihre urſprünglich weitergehenden Abſichten, bewandten Umſtänden nach, unſerem Vorgehen anzupaſſen, bezüglich aufzuopfern für räthlich befunden haben. Das geplante Feſt zu Ehren der Pariſer fand übrigens ein paar Tage ſpäter noch ſtatt; allein inzwiſchen hatten die Dinge in Folge unſres Vorangehens einen ſolchen Verlauf genommen, daß es unſchädlich verpuffte und ſich ſchließlich in eine „Zuſtimmungsadreſſe an die Stadtverordneten“ zuſpitzte.

Stadt Leipzig, mit einer eben ſo ehrfurchtsvollen als dringenden und vertrauensvollen Bitte, einer Bitte, deren Inhalt, wenn auch vielleicht überraſchend im Hinblick auf die Stellung der Bittenden, als bloßer Vertreter einer Commune, nicht des Landes, dennoch, ſo hoffen wir zuverſichtlich, vor Ew. Majeſtät weiſem und hohem Geiſte ſich rechtfertigen wird durch die Macht der Beweggründe, die uns dazu hindrängen.

Allerdurchlauchtigſter König! Ein Ereigniß hat ſtattgefunden, welches die ganze Weltlage zu verändern, welches namentlich Deutſchlands und ſomit auch Sachſens, auch Leipzigs Zukunft auf's Ernſtlichſte zu gefährden droht. In dem Lande, welches ſeit langen Zeiten vorzugsweiſe beſtimmend auf Europas, auf Deutſchlands Geſchicke eingewirkt hat, iſt ein Umſchwung der Dinge eingetreten, deſſen Ende und deſſen Folgen für die übrigen Länder ſich noch gar nicht überſehen laſſen. Fragen wir uns: was für uns, für unſer deutſches und unſer ſächſiſches Vaterland aus dem Rückſchlage jener Ereigniſſe hervorgehen werde, ſo drängt eine doppelte Befürchtung ſich unſern Gemüthern auf. Von der einen Seite kann leicht die Rückwirkung der dortigen Vorgänge, wie ſchon einmal im Jahre 1830, uns Störungen der öffentlichen Ordnung, gewaltſame Ausbrüche einer leidenſchaftlich erregten Volksſtimmung bringen, eine Gefahr, zu deren Abwendung gewiß jeder wahre Freund ſeines Vaterlandes und der geſetzlichen Freiheit mit allen Kräften beizutragen wünſchen wird. Daß Anläſſe zu einer ſolchen Befürchtung in unſern öffentlichen Zuſtänden, ſowohl den allgemeinen deutſchen, wie den ſpeciellen ſächſiſchen, vorhanden ſind, Das, Ew. Majeſtät! in dieſem ernſten Momente, zu verſchweigen oder gar zu leugnen, würde gegen unſer Gewiſſen und gegen die heiligen Pflichten ſein, die wir Ew. Majeſtät, dem Lande und unſern Mitbürgern ſchulden. Ja, Ew. Majeſtät! wir ſprechen es aus mit der ganzen Offenheit, welche der gebieteriſche Drang der Umſtände erheiſcht: auch in Sachſen, wie leider in den meiſten deutſchen Ländern, wird ſchmerzlich jene innige Eintracht und Wechſelwirkung zwiſchen dem Geiſte der Verwaltung und dem Geiſte des Volks — wir meinen den unabhängigen, denkenden und beſonnenen Theil des Volks — vermißt, wodurch allein doch

eine aufrichtige und vollständige Ausführung und Ausbildung der Verfassung möglich ist.

Wenn wir gleichwohl die Wünsche und Anliegen, die wir in dieser Richtung mit Bezug auf unser nächstes Vaterland hegen, für jetzt unterdrücken, so bewegt uns dazu der Hinblick auf die größern und dringendern Anliegen unseres gesammten deutschen Vaterlandes, sowie die feste Zuversicht, Ew. Majestät selbst werde aus freiem Antriebe, in weiser Erwägung der außerordentlichen Zeitumstände, diejenigen Maßregeln beschließen, welche geeignet sind, das Vertrauen des Volks zu der Verwaltung des Landes zu befestigen, den gesetzlichen Fortschrittsbestrebungen freie Bahn und vor Allem freie Aeußerung zu gewähren, und so jeder Gefahr eines ungesetzlichen Ausbruchs wirksamst vorzubeugen.

Allein, Ew. Majestät! eine andere, nicht so leicht zu beseitigende Gefahr droht uns von dem Rückschlage jener Ereignisse und der gleichzeitigen Verwickelungen in Italien, der Schweiz und beinahe an allen unsern Grenzen, die Gefahr, daß entweder die innere Gährung Frankreichs sich nach außen Luft mache, oder daß durch ähnliche unglückliche Maßregeln, wie im Jahr 1792, durch eine Coalition der absoluten Mächte gegen den Sieg des freien Princips in Frankreich, Italien oder der Schweiz, auf der einen Seite Frankreich zum Losbrechen gewaltsam herausgefordert, auf der andern Seite aber — was uns das ungleich Schlimmere und Bedrohlichere dünkt — Rußland der willkommene Anlaß gegeben werde, mit seinen Waffen und seiner Politik uns zu umspannen. Wir aber, und mit uns gewiß alle Deutsche, wollen eben so wenig Russen als Franzosen werden, wir wollen weder unser Gut und Blut im Dienste des Absolutismus hingeben zur Unterdrückung freier Völker, noch aber auch, und wäre es selbst im Namen der Freiheit, deutsche Länder und deutsche Bevölkerungen von dem gemeinsamen Vaterlande losgerissen sehen. Daß jede Kriegsgefahr, komme sie vorher sie wolle, Deutschland am Ersten und Stärksten bedroht, ist eben so zweifellos, als die Erinnerung an Das, was Deutschland, was Sachsen, was insbesondere Leipzig von einer solchen zu leiden hat, mit blutigen Zügen in Aller Herzen eingegraben ist.

Zu der Weisheit Ew. Majestät und Ihrer hohen Bundesgenossen, der durchlauchtigen Fürsten des deutschen Bundes, hegen wir zwar das Vertrauen, daß dieselben alle die in der Bundesverfassung vorgesehenen Mittel zu einer kräftigen Vertheidigung Deutschlands gegen jede äußere Gefahr vorbereitet haben und in thätige Wirksamkeit setzen werden. Aber, Ew. Majestät! die Geschichte, die traurige Geschichte unsres Vaterlandes wird uns rechtfertigen, wenn wir die Ansicht aussprechen, daß in Momenten wie dieser nicht die physische Macht allein, nicht die auch noch so treffliche Heer- und Wehrverfassung den Sieg zu entscheiden und Schmach und Unterdrückung von einem Lande abzuwehren vermag, wenn sie nicht Hand in Hand geht mit jener moralischen Macht, welche nur aus der innigen Begeisterung der ganzen Nation für die Sache des Vaterlandes, seiner Regierung und seiner Institutionen entspringt. Die deutschen Fürsten selbst haben dies schon einmal, in jener verhängnißvollen Zeit von 1813 und 1814, anerkannt. Um aber diese Macht eines kräftigen Nationalgeistes nicht allein zu wecken und zu stärken, sondern um derselben auch den belebenden Einfluß auf die Einheit der ganzen Nation und die imposante Gewalt nach außen zu verleihen, wodurch allein schon entweder der fremde Angriff verhindert oder doch der Sieg der vaterländischen Waffen verbürgt wird, dazu, Ew. Majestät! bedarf es, nach unsrer innigsten und gewissenhaftesten Ueberzeugung, einer Umgestaltung der bisherigen Politik des Bundes, welche nur eine Politik der Cabinette, nicht der Völker war, eines Aufgebens jenes Systems des Mißtrauens gegen den deutschen Nationalgeist, als dessen natürlicher Rückschlag auch im Volke Mißtrauen und Abneigung gegen die Bundesgewalt sich zeigt, dazu bedarf es vor Allem der Beseitigung jener unseligen Ausnahmegesetze, welche die freie Entwickelung der deutschen Volkskraft so schmerzlich lähmen, und, an ihrer Stelle, der Erschaffung freisinniger, volksthümlicher Institutionen, welche, indem sie der Nation gestatten, sich als ein einiges und freies Volk nicht blos zu fühlen, sondern auch zu äußern und zu bethätigen, zugleich den andern Völkern Achtung gebieten und ihnen die Hoffnung rauben, uns bei einem Angriffe schwach, getrennt, uneinig im Innern zu finden. Solcher Institutionen giebt es

hauptſächlich zwei, von deren ungeſäumter Herbeiführung wir uns die wohlthätigſten Folgen für die Erhaltung der innern und äußern Sicherheit Deutſchlands verſprechen. Es ſind dies: die Entfeſſelung der öffentlichen Meinung, der Preſſe im ganzen Umkreiſe des deutſchen Bundes, und: die Berufung von Vertretern ſämmtlicher deutſcher Völker an den Sitz des Bundestags, um dieſe hohe Verſammlung mit der moraliſchen Macht eines öffentlich ausgeſprochenen und verkörperten Nationalwillens zu umgeben, um jenen Zuſammenhang zwiſchen ihr und der Nation herzuſtellen, der jetzt ſo oft vermißt wird, um ihren Beſchlüſſen eine ſichere Grundlage und einen ſtarken Rückhalt in dem Vertrauen und den Sympathien aller deutſchen Völker zu geben und dem Auslande zu zeigen, daß Deutſchlands Fürſten und Völker Eins ſind in dem Entſchluſſe, jeden fremden Angriff und Einfluß auf Deutſchland abzuwehren.

Allerdurchlauchtigſter König! Wohl wiſſen wir, daß die Erfüllung dieſer patriotiſchen Wünſche nicht von Ew. Majeſtät und Ihrer Regierung allein abhängt; allein wir vertrauen, daß Sachſens Stimme, mit der Kraft der Wahrheit und der richtigen Erkenntniß der Zeitverhältniſſe ſowie der allgemeinen Nationalanliegen am Bundestage geltend gemacht, nicht ohne Anklang und Erfolg bleiben wird in einem Momente von ſo gebieteriſcher Wichtigkeit. Welches aber auch der Erfolg unſrer Bitten und der Entſchließungen Ew. Majeſtät auf dieſelben ſein möge, ſo haben wir geglaubt, eine heilige und unabweisbare Pflicht zu erfüllen, indem wir, zwar nur die Vertreter eines Theiles des Landes, aber eines Theiles, deſſen Wohl und Wehe vielleicht mehr, als das irgend eines andern Theiles, mit dem Wohl und Wehe des Ganzen zuſammenhängt, in dieſem ernſten und verhängnißſchwangern Zeitpunkte zu Ew. Majeſtät unſere Stimme erheben und als loyale Staatsbürger, als warme Freunde der geſetzlichen Ordnung und des friedlichen Fortſchritts, als betraut mit der Sorge um das Wohl unſerer Commune und darum verpflichtet, Nichts, auch das Fernſte nicht, unbeachtet zu laſſen, was dieſes Wohl gefährden könnte, Ew. Majeſtät unſre Anliegen und Wünſche in Betreff der großen Nationalintereſſen

unſeres Vaterlandes vertrauensvoll vortragen. In tiefſter Ehrfurcht verharren Ew. Majeſtät unterthänigſt gehorſamſte

Der Stadtrath und die Stadtverordneten Leipzigs.

Leipzig, den 1. März 1848.

Mein Entwurf ſtieß in der Deputation auf mehrfachen Widerſpruch. Die von der Rechten fanden ihn theilweiſe zu weit gehend, zu ſtark, die von der Linken dagegen zu zahm, zu nichtsſagend. Doch ſtimmte ſchließlich die Mehrheit mir bei und beſchloß, die Adreſſe dem Collegium zur Annahme zu empfehlen.

Am nächſten Morgen (1. März) fand die öffentliche Plenarſitzung des Collegiums ſtatt. Die ungewöhnliche Stunde und die noch ungewöhnlichere Tagesordnung, beides im Localblatt angekündigt, hatten eine außerordentliche Menge von Zuhörern herbeigezogen, ſo daß nicht blos die Tribünen dicht gefüllt waren, ſondern auch, auf die Bitte der Draußenſtehenden, die Thüren des Sitzungsſaales geöffnet wurden. Als ich in den Saal trat, kam Robert Blum auf mich zu und ſagte: „Ich werde gegen Ihren Entwurf ſprechen, allein wir werden dafür ſtimmen.“ Und ſo geſchah es. Blum hielt eine ſchwungvolle Rede, worin er meinen Adreßentwurf der Lahmheit und Zahmheit bezichtigte — „wie das ſo die Art der Gemäßigten iſt“, ſchließlich aber erklärte: „er und ſeine Freunde würden dennoch, um der Einigkeit willen, dafür ſtimmen.“ Die beiden Mitglieder der Rechten, die am Abend vorher den Gedanken einer Adreſſe an den König bekämpft hatten, entfernten ſich vor der Abſtimmung; ſo ward die Adreſſe mit Einmüthigkeit beſchloſſen.

Durch eine Deputation wurde der Stadtrath zum Beitritt eingeladen. Und auch dieſer erfolgte einſtimmig.

Zwei wichtige Erfolge waren ſo auf einmal erreicht: die radicale Partei hatte — mit anerkennenswerther Selbſtverleugnung — uns, den Gemäßigten, die Führung überlaſſen, und der, in ſeiner Mehrheit ſehr conſervative Stadtrath hatte ſich uns angeſchloſſen und unſere Sache zu der ſeinigen gemacht.

Noch am Nachmittage des 1. März ging eine aus Mitgliedern des Stadtraths und des Stadtverordneten-Collegiums (unter letzteren war auch ich) zuſammengeſetzte Deputation nach Dresden ab. Am nächſten Morgen hatten wir Audienz. Dem König war, wie herkömmlich, die Adreſſe vorher überreicht worden. Er empfing uns in ſichtlich erregter Stimmung; wir ſahen Thränen in ſeinen Augen, aber mehrmals ſtampfte er auch wie zornig mit dem Fuße auf den Teppich. Seine Antwort, die uns ſpäter von ſeiner eigenen Hand geſchrieben mitgegeben ward, erklärte unſere Forderungen und Beſchwerden für unberechtigt, uns ſelbſt, als Vertreter einer einzelnen Gemeinde, für nicht befugt, die Stimme in ſolchen allgemeinen Angelegenheiten zu erheben. Was den König beſonders ſchmerzlich berührt hatte, war die Stelle der Adreſſe, die von dem Zwieſpalt „zwiſchen dem Geiſte der Verwaltung und dem Geiſte des Volkes“ ſprach. Er hatte dies auf ſeine Perſon bezogen, während es natürlich nur auf die Miniſter ging. Eine Rechtfertigung oder überhaupt Entgegnung unſererſeits machte der König dadurch unmöglich, daß er nach den haſtig an uns gerichteten Worten ſofort das Zimmer verließ.

So kehrten wir unverrichteter Sache nach Leipzig zurück. Der Zweck unſerer Reiſe war inzwiſchen — wie, weiß ich nicht — längs der ganzen Bahnlinie bekannt geworden, und faſt auf jeder Station wurden wir (obſchon es ſchon dunkel war) von angeſammelten Menſchenhaufen erwartet und mit dringlichen Fragen nach dem Erfolge unſerer Sendung beſtürmt. In Leipzig angelangt, fanden wir den Weg vom Bahnhofe bis zum Rathhauſe, wohin wir uns begaben, insbeſondere den Marktplatz, von Menſchenmaſſen dicht angefüllt. Auf dem Rathhauſe waren ſämmtliche Stadträthe und Stadtverordnete verſammelt; auch Kreisdirector von Broizem war zugegen. Einer von den Rathsmitgliedern, die mit in Dresden geweſen, verſuchte der unten harrenden hocherregten Menge die königliche Antwort vom Balcon herab mitzutheilen; allein ſeine Worte verhallten ungehört. Auch mir gelang es nicht, mich allſeits vernehmlich zu machen. Vielhundertſtimmig rief man nach Blum. Dieſer, mit ſeiner Stentorſtimme und vermöge der durch den Klang ſeines Namens alsbald hergeſtellten Ruhe, fand Gehör. Die Mittheilung der abſchlägigen Antwort des Königs erregte laute Unzufriedenheit, die Blum aber dadurch beſchwichtigte, daß er erklärte: „im conſtitutionellen Staate ſeien die Miniſter für das verantwortlich, was der König thue; an ſie müſſe man ſich halten; auf ihre Entlaſſung müſſe man antragen; das ſolle gleich morgen in öffentlicher Stadtverordnetenſitzung geſchehen.“ Ungeheurer Jubel folgte dieſen Worten und begleitete den vom Balcon in das Rathszimmer zurückkehrenden Blum. Dort trat ihm in größter Erregung der Kreisdirector mit den Worten entgegen: „Aber, lieber Herr Blum, was haben Sie da

von der Entlaſſung der Miniſter geſagt?“ worauf Blum mit ſeiner unerſchütterlichen Kaltblütigkeit: „Ja wohl, Herr Kreisdirector, die werden wir beantragen, und Sie ſelbſt müſſen beim König dieſen Antrag befürworten.“ „Was muthen Sie mir zu?“ ſtotterte Herr von Broizem. Allein er hatte doch den ganzen Ernſt der Lage erkannt und fuhr noch in derſelben Nacht mit einem Extrazuge nach Dresden, um dem Könige und den Miniſtern den Stand der Dinge in Leipzig vorzuſtellen und einer zweiten Deputation (deren ſofortige Abſendung noch in der Nacht beſchloſſen ward) einen beſſeren Empfang zu bereiten. Einen ſolchen fand dieſe denn auch; der König hörte ſie ruhig an, als ſie das Mißverſtändniß wegen jenes Punktes der Adreſſe aufklärte, zugleich aber die in derſelben ausgeſprochenen Wünſche dringender wiederholte. In der Sache ſelbſt freilich lautete der königliche Beſcheid noch immer ungünſtig; der König berief ſich auf ſeine Pflicht als Bundesglied; Alles, was er thun könne, ſei: beim Bundestag auf Erleichterungen für die Preſſe hinzuwirken. Daß der Bundestag an demſelben Tage (am 3. März) einſtimmig (alſo auch unter Zuſtimmung des ſächſiſchen Bundestagsgeſandten) den Beſchluß gefaßt hatte, den Regierungen die Aufhebung der Cenſur anheimzugeben, und daß Baden und Württemberg dieſelbe ſchon früher aufgehoben, war in Dresden anſcheinend noch unbekannt.

Inzwiſchen hatte in Leipzig in einer abermaligen Sitzung der Stadtverordneten Robert Blum wirklich den Antrag geſtellt, den König um Entlaſſung der Miniſter zu bitten, welche ihn in einer Täuſchung über die Stimmung des Landes erhalten hätten. Dieſem Antrage

uns zu widerſetzen, hatten wir, ich und meine Freunde, keinen Grund, da allerdings aus der Antwort des Königs hervorging, daß die Miniſter den König ſowohl über die inneren Zuſtände Sachſens, als auch über den Ernſt der allgemeinen Lage im Unklaren gelaſſen haben mußten, und daß daher nicht zu hoffen ſtehe, dieſelben würden nach Maßgabe dieſer Lage ihr Syſtem ändern. Der Antrag wurde in beiden Collegien einſtimmig angenommen.

Inzwiſchen hatte einer der Miniſter, Herr v. Falkenſtein, bereits freiwillig ſeine Entlaſſung genommen. In ſein Departement, das des Innern, fielen allerdings viele gerade derjenigen Maßregeln, welche die meiſte Unzufriedenheit erregt hatten; gegen ihn war daher die Mißſtimmung im Lande beſonders groß. Allein man wußte auch, daß die eigentlichen Träger des Syſtems, welches man bekämpfte, mehr noch als Herr v. Falkenſtein die Herren v. Könneritz und v. Zechau ſeien, und daher brachte dieſer Rücktritt Falkenſteins das Verlangen nach einem totalen Miniſterwechſel, der zugleich auch ein Syſtemwechſel wäre, nicht zum Schweigen; im Gegentheil ward in einer neuen Adreſſe von Leipzig aus an den König die Bitte gerichtet: „ſich mit Männern zu umgeben, welche das Vertrauen des Landes hätten.“

Die Miniſter erklärten: „ſie würden ſich vor dem Landtage verantworten, der deshalb außerordentlicher Weiſe auf den 30. März einberufen werden ſolle.“ Auch ſolle die Cenſur bis dahin „ſuspendirt“ ſein. Gerade dieſe letztere Maßregel erſchien als ein Beweis, wie wenig die Miniſter geſonnen ſeien, von ihrem bisher befolgten Syſtem ernſtlich abzugehen, denn ſchon war der Bundestagsbeſchluß

bekannt, der viel mehr gewährte; auch wußte man, daß die Leipziger Cenſoren in einer Collectiveingabe der Regierung die Unmöglichkeit eines Fortbeſtehens der Cenſur vorgeſtellt und um Entlaſſung von ihren Aemtern gebeten hatten. Anlangend jene Berufung der Miniſter auf den Landtag, „als die allein verfaſſungsmäßige Inſtanz, vor der ſie Rede zu ſtehen hätten," ward daran erinnert, wie die Miniſter wiederholt und in den wichtigſten Fragen (z. B. wegen der Gerichtsöffentlichkeit) entſchieden erklärt hätten, daß ſie ſelbſt einem einmüthigen Votum der Kammern, wenn es gegen ihre Ueberzeugung gehe, nicht weichen würden. Woher nun jetzt mit einem Male, fragte man, dieſe Rückſichtnahme auf den Landtag? Hofften die Miniſter, durch eine willfährige Majorität, wenn auch etwa nur der Erſten Kammer, ſich gegen die öffentliche Mißſtimmung decken zu können? Genug, die vorhandene Aufregung, ſtatt durch ſolche Beſchwichtigungsverſuche abgeleitet zu werden, ſtieg nur immer höher, je hartnäckiger die alten Miniſter ſich und ihr Syſtem zu behaupten ſuchten.

Bei alledem ward die öffentliche Ordnung in Leipzig nicht einen Augenblick geſtört. Das einzige Mal, wo ein Volkshaufe ſich an der Wohnung eines Bürgers vergreifen wollte, der ſich als Gegner der Bewegung gezeigt haben ſollte, ward noch zur rechten Zeit Blum herbeigerufen, der dieſe Ausſchreitung durch ſein Anſehen verhinderte. Zwar fanden allabendlich unter Blums oder eines ſeiner Vertrauten Vorſitz im Schützenhauſe große Volksverſammlungen ſtatt, ähnlich denen von 1845, und es mögen da wohl manche flammende Reden gehalten worden ſein; allein etwas Ungeſetzliches iſt darin, ſo viel mir bekannt, nicht

vorgekommen. Nach dem Schluſſe einer jeden ſolchen Verſammlung zog ein Theil der dabei Anweſenden, namentlich jüngere Leute, vor die Wohnung dieſes oder jenes Bürgers, der als Redner im Stadtverordneten-Collegium hervorgetreten war, und brachte ihm ein Vivat. Allein von tumultuariſchen Auftritten, von Widerſetzlichkeiten gegen die Organe der Obrigkeit oder dergleichen hörte man nichts. Vorſichtshalber wurde der Wachtdienſt der Communalgarde verſchärft; es bildeten ſich zu ihrer Unterſtützung „freiwillige Compagnien“, allein niemals iſt, ſo viel ich weiß, ein wirkliches Einſchreiten jener oder dieſer nöthig geworden. Die Tribünen im Saale der Stadtverordneten, ja ein Theil des Saales ſelbſt waren bei jeder Sitzung von Zuhörern überfüllt, aber nie geſchah auch nur das Geringſte, um etwa einen Druck auf die Verſammlung zu üben. Wenn ja einmal bei einer etwas feurigeren Rede die Zuhörerſchaft in Beifallsbezeigungen ausbrach, ſo genügte die leiſeſte Mahnung des Vorſitzenden, um ſofort die Ruhe herzuſtellen. Als aus der Mitte des Publikums an das Collegium das Geſuch gerichtet ward, es möchte ſeine Sitzungen in ein anderes Local verlegen, wo eine größere Zahl von Zuhörern Platz fände, wies das Collegium dieſes Geſuch kurzer Hand ab, weil es auch ſelbſt den Schein vermeiden wollte, als gebe es einem Drucke von außen nach. Und die Bittſteller beruhigten ſich dabei ohne Murren. Es war klar, die ganze Bürger- und Einwohnerſchaft Leipzigs hegte und bethätigte den einmüthigen Willen, zwar in der Erſtrebung deſſen, was ſie als nothwendig für das ganze Land zu erkennen glaubte, alle geſetzlichen Mittel aufzubieten und darin nicht nach-

zulaſſen, aber auch Alles zu vermeiden, was von dieſem ſtreng geſetzlichen Wege abführen könnte. Sie ſtand mit unerſchütterlichem Vertrauen zu ihren berufenen Vertretern, den Stadtverordneten, und zeigte dies ebenſo wohl darin, daß ſie ſich allen Schritten dieſer anſchloß (Zeugniß dafür war u. A. eine von einer ſehr großen Zahl der angeſehenſten Bürger an die Stadtverordneten gerichtete Zuſtimmungsadreſſe), als auch darin, daß ſie ſich jeder Handlung oder Aeußerung enthielt, welche das geſetzliche Vorgehen der Stadtverordneten hätte kreuzen können. Die Stadtverordneten ihrerſeits ſicherten ſich dieſes Vertrauen dadurch, daß ſie den Weg, den ſie von Anfang an eingeſchlagen hatten, mit der gleichen Mäßigung, aber auch der gleichen Feſtigkeit Schritt vor Schritt verfolgten.

Je länger freilich der Kampf gegen das alte Syſtem dauerte und je weniger er, trotz aller Deputationen und Adreſſen, zu einem befriedigenden Ziele zu führen ſchien, um ſo ſchwieriger ward unſere Lage. Zumal ſeitdem aus dem übrigen Deutſchland immer mehr von Zugeſtändniſſen verlautete, welche eine Regierung nach der andern den Wünſchen ihres Volkes und dem Geiſte der Zeit gemacht, ſeitdem der Bundestag ſelbſt mit immer volleren Händen ſolche Zugeſtändniſſe gab, ſo daß ſchließlich faſt nur in Sachſen Alles beim Alten bleiben zu ſollen ſchien! Von Tag zu Tag mußten wir befürchten, daß die Erfolgloſigkeit unſerer geſetzlichen Agitation die Geduld des erregbareren Theiles der Einwohnerſchaft erſchöpfen, daß dieſer ſich unſerem mäßigenden Einfluß entziehen und daß die Bewegung, unſerer Leitung entſchlüpft, einen ſtürmiſcheren Charakter annehmen möchte. Hans Blum erzählt (S. 261) von ſeinem Vater:

Nur durch das immer erneute Verſprechen, daß auf friedlichem und geſetzlichem Wege Alles ſicher erreicht werde, konnte er die meiſterloſen, wüſten Elementarkräfte, die jede Revolution entfeſſelt, niederhalten. Da aber Woche auf Woche verſtrich, ohne den erſehnten unblutigen Sieg zu bringen, begann der Neid und die Mißgunſt unverantwortlicher, weit „entſchiedenerer“ Geſellen gegen den verdienten Führer in den Maſſen zu wühlen und zu hetzen.

Gern will ich glauben, daß Robert Blum in jenen Tagen ſich redlich Mühe gegeben hat und daß es ihm ſchwer genug geworden iſt, die ausbrechenden Leidenſchaften zurückzudämmen. Wir, die Gemäßigten, vermochten in dieſer Richtung wenig zu thun, weil uns eine ſo unmittelbare Fühlung mit den Maſſen, wie er ſie beſaß, nicht zu Gebote ſtand.

Eine ſehr werthvolle Unterſtützung erhielten wir durch eine, ſchon am 4. März vom Senate der Univerſität beſchloſſene, von dem damaligen Rector magnificus, Profeſſor von der Pfordten, meiſterhaft abgefaßte Adreſſe an den König, die ſich durchaus der von mir entworfenen anſchloß, ja ſogar, durch Hinzufügung weiterer Wünſche, noch über dieſelbe hinausging. Dagegen ließ das Land uns längere Zeit im Stich. Noch am 10. März (nachdem wir ſchon mehr als acht Tage lang im vollen Kampfe mit dem alten Syſtem begriffen waren) erhielt ich aus der dritten Stadt des Landes, Chemnitz, einen Brief von Bernhard Eiſenſtuck, worin derſelbe fragte: „Was ſoll man thun?“ und ſich auf den Vorſchlag beſchränkte: „alle Gemeindebehörden ſollten Petitionen ablaſſen“, aber nicht ſofort an den König, ſondern erſt an den außerordentlichen Landtag, der beſten Falles nach drei Wochen zuſammentreten würde! Allerdings ward, wie Eiſenſtuck noch ſchrieb, in Chemnitz eine

„Monſtre-Petition" unterzeichnet, welche „die äußerſten Forderungen" an den König ſtellte. Allein dies Letzte konnte unſerer Sache nur ſchaden, während jenes Erſte jedenfalls viel zu ſpät kommen mußte. Erſt allmälig trat eine und andere Gemeindebehörde, meiſt aus dem Erzgebirge, mit Petitionen oder Deputationen uns zur Seite.

In der Reſidenz Dresden herrſchte eine der Leipziger Bewegung gerade entgegengeſetzte Strömung. Nur ein Theil des jüngeren Nachwuchſes zeigte Sympathien für unſere Beſtrebungen; aber er war ohne entſcheidenden Einfluß auf die maßgebenden Kreiſe der Stadt. Ein von dem bekannten Philologen Profeſſor Köchly im Stadtverordneten-Collegium geſtellter Antrag auf eine der Leipziger ähnliche Adreſſe ward mit 34 gegen 24 Stimmen durch Uebergang zur Tagesordnung beſeitigt. Alles, wozu ſich die Stadtverordneten herbeiließen, war die Abſendung einer Deputation, im Verein mit dem Stadtrath, an den König mit der Bitte um baldige Einberufung der Stände. Die Adreſſe einer Bürgerverſammlung, welche ähnliche Wünſche enthielt, wie die Leipziger Adreſſe, ſuchte der Stadtrath durch eine Erklärung ſeinerſeits zu entkräften. Die abenteuerlichſten Gerüchte von angeblich hochverrätheriſchen Plänen der Leipziger liefen in Dresden um und wurden geglaubt. Im Leipziger Stadtverordneten-Collegium war von dem etwas heißblütigen Buchhändler Otto Wigand der Gedanke geäußert worden: „Wenn alle Adreſſen und Deputationen erfolglos blieben, ſo müſſe man in Maſſe nach Dresden ziehen, um dem König die Wünſche der Leipziger Bürgerſchaft vorzutragen." Dieſer Gedanke, mit großem Feuer entwickelt, war von den Tribünen beklatſcht, dann in den

Schützenhausverſammlungen weiter erörtert, auch in der Preſſe beſprochen worden. An ſeine Ausführung dachte von den tonangebenden Factoren Niemand auch nur im Entfernteſten. Im Gegentheil, als derſelbe um ſich zu greifen ſchien, erhoben Stadtrath und Stadtverordnete ihre abmahnende Stimme dagegen, und das Gleiche geſchah in der Preſſe. Auch Robert Blum bot, wie ſein Sohn (S. 260) berichtet, ſeinen ganzen Einfluß auf, „um dieſen Maſſenzugsunſinn zu hintertreiben“. In Dresden jedoch ſah man im Geiſte ſchon die Leipziger in hellen Haufen anrücken. Die Gegner der Bewegung beuteten dies für ihre Zwecke aus. „Eine geheime Macht,“ ſchrieb man mir von dort, „war nicht unthätig, den Bewohnern Dresdens dieſen Beſuch als ein revolutionäres Eindringen vorzuſpiegeln, welches nichts Geringeres bezwecke, als: den König zu entthronen; daher ſah man dem Beſuche mit Furcht entgegen.“ Genug, am 10. März ward die ganze Communalgarde Dresdens unter die Waffen gerufen und nach dem Leipzig-Dresdener Bahnhof dirigirt, um die anrückenden Leipziger mit dem Bajonnet zurückzutreiben. Da dieſe natürlich nicht kamen, ward eine große Loyalitätsdemonſtration, in Form eines Vorbeizuges der Communalgarde am Schloſſe, inſcenirt.

Eine eigenthümliche Illuſtration erhielt nachträglich dieſe Loyalitätsdemonſtration der Dresdener wenige Tage ſpäter. Am 14. März, nachdem der König endlich die Bitten der Leipziger gewährt und die alten Miniſter entlaſſen hatte, zogen in Dresden Schaaren halbwüchſiger Burſchen Abends durch die Straßen, ſtörten die nächtliche Ruhe durch Geſchrei, Pfeifen, Abſingen der Mar-

ſeillaiſe u. dgl. m., brachten den entlaſſenen Miniſtern Pereats und warfen in der Harmonie, im Polizeigebäude, in der Wohnung des Herrn von Könneritz Fenſter ein. Dieſelben Auftritte wiederholten ſich am 15. Abends, und die zu Tauſenden angeſchwollenen Maſſen mußten endlich durch die Communalgarde zerſtreut werden. Das war eine bittere Satyre auf den 10. März, zumal wenn man damit die Haltung Leipzigs verglich, wo (wie erwähnt) die öffentliche Ruhe und Ordnung ſelbſt in der Zeit der höchſten Spannung niemals auch nur im Geringſten geſtört worden war.

Doch ich kehre zu der Zeit vor dem 14. März zurück. Die alten Miniſter, ermuthigt durch die Haltung der Reſidenz und durch das Schweigen eines großen Theiles des Landes, glaubten jetzt gegen Leipzig einen entſcheidenden Schlag führen zu dürfen. Bei Wurzen und noch näher an Leipzig heran wurden Truppen zuſammengezogen; von der preußiſchen Regierung wurde bewaffnete Hilfe erbeten und von dieſer zugeſagt. Es war, ſo verlautete ſpäter, die Abſicht geweſen, Leipzig wie eine im Aufruhr befindliche Stadt zu behandeln, die Führer der Bewegung zu verhaften u. ſ. w.

Da, noch im letzten Augenblicke, ward dieſes Aeußerſte ſammt den unberechenbaren Folgen, die es hätte haben können, durch die Weisheit des Königs abgewendet. In außerordentlicher Sendung erſchien am 11. März in Leipzig Herr von Carlowitz, früher Präſident der Erſten Kammer, ſeit 1846 an Stelle des Herrn von Könneritz (der nur noch den Vorſitz im Cabinet behalten hatte) Juſtizminiſter. Herr von Carlowitz war von ſeiner ſtändiſchen Thätigkeit her als ein Mann von ſtreng ariſtokratiſchen und conſervativen

Anſichten, aber auch als ein Mann von freierem Blick und von größeren politiſchen Maßſtäben, als die Mehrzahl ſeiner ſächſiſchen Standes- und Parteigenoſſen, bekannt. Er hatte bei mehreren Gelegenheiten ſeine Unzufriedenheit mit den geſammten Zuſtänden Deutſchlands und ſeine feſte Ueberzeugung von der Dringlichkeit einer Reform derſelben ſehr rückhaltlos bekundet. Deshalb war ſchon ſein Eintritt in's Miniſterium von der öffentlichen Meinung nicht ungünſtig aufgenommen worden. Jetzt ſah man in der ihm ertheilten Vertrauensſendung (von der man annahm, daß ſie direct vom König ausgegangen) eine Wendung der Dinge zum Beſſeren.

Herr von Carlowitz ließ alsbald nach ſeiner Ankunft in Leipzig Stadtrath und Stadtverordnete auf's Rathhaus entbieten, um ihnen Namens des Königs und der Regierung Eröffnungen zu machen. Aehnliches war nach den Auguſtereigniſſen 1845 ſeitens des damaligen außerordentlichen königlichen Commiſſars, Geheimrath von Langenn, geſchehen. Dieſer hatte an Rath und Stadtverordnete harte Worte gerichtet, jede Entgegnung oder Rechtfertigung aus der Mitte der Collegien aber kurzer Hand abgeſchnitten. In Erinnerung daran ward im Collegium der Stadtverordneten der Wunſch laut, daß diesmal nach Anhörung der königlichen Botſchaft eine Discuſſion geſtattet ſein möchte. Mit dem Auftrage, dieſe Bitte ihm vorzutragen, begaben wir, die beiden Vorſteher, uns zu Herrn von Carlowitz. Derſelbe empfing uns in einem Nebenzimmer des Rathhauſes. Auf eine Discuſſion in voller Sitzung, ſagte er, könne er ſich nicht einlaſſen; wohl aber wolle er uns den Inhalt ſeiner Sendung gleich hier mittheilen. Er für

ſeine Perſon, bemerkte er dabei, werde ſein Amt jedenfalls nur noch bis zum Zuſammentritt des Landtages beibehalten, dann aber zurücktreten. Die Regierung fordere von der Stadt Leipzig: „Die Stadtverordneten ſollten ſich aufregender Reden enthalten; die Schützenhausverſammlungen ſollten aufhören oder doch jede politiſche Agitation unterlaſſen; die nächtlichen Umzüge ſollten eingeſtellt werden; der Zug nach Dresden ſolle unterbleiben.“ Wir erwiderten darauf: „Ungeſetzliches ſei in den Stadtverordnetenſitzungen nicht geſprochen worden; die freie Rede müſſe geſtattet ſein; jeder Redner werde, was er geſagt, gern vor Gericht vertreten; über die Schützenhausverſammlungen ſtehe dem Collegium keine Controle zu; ſie zu verbieten oder zu beſchränken, wenn ſie die Verſammlungsfreiheit mißbrauchten, ſei Sache der Behörden; den Umzügen ſei durch eine Bekanntmachung des Stadtraths bereits ein Ende gemacht; von dem Zuge nach Dresden ſei ebenfalls abgemahnt worden; mehr könnten wir nicht thun; die Ruhe werde erhalten bleiben, wenn nur die Truppen zurückgezogen würden, deren Annäherung an die Stadt eine bedenkliche Aufregung hervorgebracht hätte.“ Zugleich ſprachen wir unſer ſchmerzliches Bedauern darüber aus, daß die Wünſche und Bitten der ſtädtiſchen Vertreter, die von der ganzen Bürgerſchaft getheilt würden, ſo gar kein Gehör fänden.“ Das Geſpräch dauerte wohl eine Stunde lang. Herr von Carlowitz entließ uns eben ſo höflich, wie er uns empfangen hatte. Die gemeinſame Sitzung der beiden Collegien unterblieb; die „Forderungen“ der Regierung wurden den Stadtverordneten von dem königlichen Commiſſar ſchriftlich mitgetheilt und von ihnen

ebenſo (ganz in dem Sinne, wie wir es ſchon mündlich gethan) beantwortet. Zugleich ward die dringende Bitte um Zurückziehung der Truppen ausgeſprochen. Mit wem Herr von Carlowitz etwa ſonſt noch in Leipzig verkehrt hat, weiß ich nicht; am 12. März Nachmittags reiſte er nach Dresden zurück. Zuvor hatte er noch die Zurückziehung der Truppen aus der Nähe Leipzigs angeordnet. Tags darauf, am 13. März, erfolgte der Rücktritt der alten Miniſter, und zwar laut amtlicher Bekanntmachung in folgender Form:

> Seine Majeſtät der König haben den Staatsminiſter von Könneritz entlaſſen. Seine Majeſtät der König haben gleichzeitig auch die Entlaſſung der anderen Miniſter (folgen die Namen) angeordnet.

Ich kann nicht unterlaſſen, hier nochmals auf die Frieſen'ſchen „Erinnerungen" zurückzukommen. So richtig Herr von Frieſen die allgemeine Sachlage, wie ſie vor 1848 in Deutſchland war, geſchildert, ſo völlig unzutreffend, ja geradezu entſtellt iſt das Bild, das er von den damaligen Zuſtänden Leipzigs während der Märztage und von dem Verhalten des Herrn von Carlowitz entwirft. Er ſchreibt (a. a. O. S. 69 u. 71):

> In Leipzig, wo durch die Jahre lang andauernde Wirkſamkeit der dort aus ganz Deutſchland zuſammengekommenen revolutionären Elemente der Boden von Grund aus durchwühlt war, aber auch in den höhern und gebildetern Theilen der Bevölkerung die ſeit dem 12. Auguſt 1845 herrſchende bittere Verſtimmung gegen die Regierung noch nicht aufgehört hatte, fielen die Pariſer Nachrichten wie Funken in eine Pulvertonne. Robert Blum und Conſorten traten ſofort an die Spitze der Bewegung und bemächtigten ſich der Leitung derſelben, indem ſie den Stadtrath und die Stadtverordneten willenlos mit ſich fortriſſen. Leipzig war damals mehrere Tage

lang im Zuſtand offener Revolution, in den Händen der äußerſten Radicalen . . .

Inmittelſt nahmen die Zuſtände in Leipzig immer mehr und mehr den Charakter einer offenen Revolution an, und das Miniſterium fühlte die unbedingte Nothwendigkeit, dem ein Ende zu machen. Zu dieſem Behufe wurde der Miniſter von Carlowitz am 11. März als außerordentlicher königlicher Commiſſar mit ſehr weitgehender Vollmacht und der beſtimmten Weiſung dorthin geſendet, Ruhe und Ordnung, überhaupt einen geſetzlichen Zuſtand wiederherzuſtellen. Zu ſeiner Unterſtützung wurden ſächſiſche Truppen in der unmittelbaren Nähe von Leipzig zuſammengezogen, über welche er unbedingt und für alle Fälle verfügen konnte. Für den äußerſten Fall war er, im Einverſtändniß mit der königlich preußiſchen Regierung, ſogar ermächtigt, preußiſche Truppen aus den nahe an der Grenze gelegenen Garniſonen zu requiriren. Dieſer Lage und dieſer Aufgabe war Carlowitz nicht gewachſen: er, der wohl noch nie in ſeinem Leben einer aufgeregten Volksmenge perſönlich gegenübergeſtanden, nie in ſeinem Leben einem echten Demagogen in's Auge geſehen, nie mit einer ſo gewaltigen revolutionären Perſönlichkeit, wie Robert Blum war, auch nur geſprochen hatte, fand in Leipzig Zuſtände vor, hörte dort Anſichten ausſprechen und Forderungen ſtellen, die weit über Alles hinausgingen, was er bis dahin für möglich gehalten hatte. Da verlor er Muth und Beſonnenheit; da verließ ihn die Macht der Ueberzeugung und die Kraft des Widerſtandes. Er that gar nichts, reiſte vielmehr nach Dresden zurück, ohne von dem Militär Gebrauch gemacht, ohne auch nur irgend eine kräftige Maßregel zur Wiederherſtellung des geſetzlichen Zuſtandes angeordnet und getroffen zu haben. Der Eindruck, den er von Leipzig zurückbrachte, läßt ſich mit ſeinen eigenen Worten kurz ausdrücken: „Ich habe in einen Abgrund geſehen; es iſt Alles verloren!“

Wie wenig das Anführen Frieſens: „Robert Blum und Conſorten ſeien an die Spitze der Bewegung getreten,“ wie wenig die Phraſe: „Leipzig war mehrere Tage lang im Zuſtande offener Revolution,“ der thatſächlichen Wahr-

heit entſpricht, geht wohl genugſam aus meiner Darſtellung der damaligen Ereigniſſe hervor, die ſich durchweg auf eigenes Miterleben gründet. Wenn ſodann Herr von Frieſen in höchſt dramatiſcher Weiſe Herrn von Carlowitz als „einer aufgeregten Volksmenge gegenüberſtehend“ ſchildert, ſo wird darüber Jeder, der Leipzig in jenen Tagen geſehen hat, nur lächeln können. Selbſt wenn Herr von Carlowitz ſich in eine Schützenhausverſammlung begeben hätte, würde er einer im Frieſen'ſchen Sinne „aufgeregten“, d. h. Gewaltthätigkeiten drohenden, Volksmenge ſchwerlich gegenübergeſtanden haben. Mit der „gewaltigen, revolutionären Perſönlichkeit“ Robert Blums iſt Herr von Carlowitz, wie ich beſtimmt zu wiſſen glaube, niemals in perſönliche Berührung gekommen. Wäre es geſchehen, ſo würde Blum dies ſicherlich nicht verſchwiegen haben. Ebenſo grundlos iſt die Angabe Frieſens: „Carlowitz habe Forderungen ſtellen hören, die weit über Alles hinausgingen, was er bis dahin für möglich gehalten.“ Und nicht minder halte ich es für ſchlechthin unglaublich, daß Herr von Carlowitz, dieſer ſo ruhige und verſtändige Mann, den Eindruck, den er von Leipzig mitgebracht, in den effectvollen Worten geſchildert haben ſollte: „Ich habe in einen Abgrund geſehen; es iſt Alles verloren!“

Freilich, Herr von Frieſen faßt die Sendung des Herrn von Carlowitz ganz anders auf, als ſie ſicherlich gemeint war und als man auch in Leipzig dieſelbe (jedenfalls richtiger, als Herr von Frieſen) verſtand. Letzterer ſieht in Herrn von Carlowitz nicht den perſönlich Beauftragten des Königs, der Sr. Majeſtät unbefangenen Bericht über die Zuſtände Leipzigs erſtatten ſollte, ſondern

lediglich einen von den andern Miniſtern abgeordneten Vollſtrecker ihrer gegen Leipzig feindſeligen Abſichten. „Hätte Herr von Carlowitz," ſagt er, „was er thun mußte, wenn er ſeine Pflicht erfüllen wollte, die Stadt, als er ſich überzeugte, daß gütliche Verhandlungen nichts halfen, militäriſch beſetzen und etwaigen gewaltſamen Widerſtand kräftig unterdrücken laſſen, ſo wären damit natürlich die berechtigten Forderungen des Volkes nicht beſeitigt, aber es wäre der geſetzliche Boden erhalten worden."

Doch warum mit Herrn von Frieſen ſtreiten? Iſt er doch auf's Schlagendſte widerlegt durch die Thatſache, daß unmittelbar nach der Rückkehr des Herrn von Carlowitz nach Dresden nicht etwa dieſer (was doch nothwendigerweiſe geſchehen mußte, wenn er wirklich, wie Herr von Frieſen meint, ſeine Pflicht ſo ſchnöde verſäumt hatte), ſondern vielmehr deſſen Collegen vom Könige entlaſſen wurden. Und zwar, nach der eigenthümlichen Form, worin dieſe Entlaſſung verkündigt wurde, in nicht gerade gnädiger Weiſe. Iſt dies nicht der ſicherſte Beweis, daß der König, durch den Bericht des Herrn von Carlowitz darüber belehrt, daß er von ſeinen andern Miniſtern über die Vorgänge in Leipzig und überhaupt über die Stimmung im Lande in einem bedauerlichen Irrthum erhalten worden war, nun, da er dies erkannt, mit wahrhaft königlichem Sinne dieſen Irrthum zu verbeſſern und durch einen unverzögerten Perſonen- und Syſtemswechſel den Wünſchen des Volkes Rechnung zu tragen bemüht war? Einen noch directeren Beweis eben dafür bin zufällig ich ſelbſt in der Lage beizubringen. Bei einer Veranlaſſung, auf die ich ſpäter zurückkomme, hatte ich

die Ehre, wiederum vor dem Könige zu ſtehen, diesmal nicht als Bittſteller, ſondern in anderer Eigenſchaft. Da ſagte Se. Majeſtät zu mir (offenbar in Erinnerung an jene Audienz vom 2. März und an meine, ihm wohl bekannt gewordene, Verfaſſerſchaft der Leipziger Adreſſe): „Ich glaube gern, daß Sie ein conſervativer Mann ſind und es aufrichtig meinen.“ Und dann fügte er die hochbedeutſamen Worte hinzu: „Ich habe in dieſen letzten vierzehn Tagen Vieles hinter mich werfen müſſen, aber ich ſehe jetzt, daß es ſo beſſer iſt, und werde dabei beharren.“

Ich habe für nöthig befunden, die einſeitige Darſtellung der Leipziger Märztage und der Stellung, welche Herr v. Carlowitz dazu einnahm, wie ſie in den Frieſen'ſchen „Erinnerungen“ ſich findet, etwas eingehender zu beleuchten und ihr meine eigenen, auf Selbſterlebniſſen beruhenden Beobachtungen gegenüberzuſtellen — ich habe es für nöthig befunden, theils um einen Dahingeſchiedenen, der ſich nicht mehr ſelbſt vertheidigen kann, vor einer, meiner Ueberzeugung nach durchaus unverdienten, üblen Nachrede zu bewahren, theils um das nicht minder große Unrecht, welches der Leipziger Bevölkerung dadurch angethan wird, daß Herr v. Frieſen ſie als „im Zuſtande offener Revolution befindlich“ darſtellt, von ihr abzuwehren, theils endlich um eine grobe Entſtellung der Geſchichte jener Tage, die Herr v. Frieſen ſich zu Schulden kommen läßt, wahrheitsgetreu zu berichtigen. Ich kehre jetzt zu der Erzählung des weiteren Verlaufs der Dinge zurück.

Durch die Weisheit und die hochherzige Selbſtverleugnung des Königs war eine Ausgleichung herbeigeführt

und ein ernsterer Conflict, wie ihn die Starrheit der alten Minister beinahe herbeigeführt hätte, glücklich vermieden. Durch das einmüthige, beharrliche, dabei niemals aus den Grenzen der Gesetzlichkeit weichende Vorgehen der Leipziger Bürgerschaft aber war dieser königliche Entschluß erleichtert, war eine friedliche Lösung der vorhandenen Spannung angebahnt worden, eine solche, wie sie in ähnlicher Weise, das heißt ohne jede tumultuarische Bewegung, kaum in irgend einem anderen deutschen Staate damals stattgefunden hat.

An Zustimmungs- und Beglückwünschungskundgebungen fehlte es, nachdem wir das Ziel glücklich erreicht hatten, uns in Leipzig und speciell mir nicht. Aus dem Lande sowohl als auch von auswärts gelangten deren viele an mich, und zwar von Männern der verschiedensten politischen Richtungen. Die Conservativen erkannten an, daß ich der Ordnung, die Liberalen, daß ich der Sache eines vernünftigen, zeitgemäßen Fortschritts einen nicht unwichtigen Dienst geleistet, indem ich die Bewegung, die unter allen Umständen unausbleiblich war, alsbald in die rechten Wege geleitet und darin erhalten hätte. Unter den Liberalen war Mancher, der bald darauf, weil ich auch da mich nicht weiter nach links treiben ließ, mich als einen zu lauen Freund, wo nicht als einen „Verräther" des Volkes verunglimpfte. Der ultraradicale Ruge, damals Bürger und Stadtverordneter von Leipzig, bezeugte mir in einem Billet „seine ganze herzliche Hochachtung für diese folgenreiche That". Von auswärtigen Stimmen war mir besonders ein Artikel der Times werthvoll, dieses Hauptorgans einer politisch hochgebildeten und

durch eine lange Schule praktiſcher Erfahrungen hindurchgegangenen Nation. Darin hieß es:

Unter den zahlreichen Adreſſen, die in Deutſchland entſtanden ſind, haben wir keine mit mehr Intereſſe geleſen, als die der ſtädtiſchen Behörden Leipzigs. Ihre Sprache iſt ſehr beachtenswerth (hier folgt ein längeres Citat aus der Adreſſe). Es liegt Etwas in der Mäßigung und Feſtigkeit dieſer Adreſſe der Mittelklaſſen in Deutſchland, was mehr Achtung einflößt, weil es den Stempel der Wahrheit und Redlichkeit trägt, als alle die conventionellen Phraſen, in welchen die Nation ſogar in Zeiten wie die jetzigen von einigen ihrer Herrſcher angeredet wird."

Männer von einer der meinigen ganz entgegengeſetzten politiſchen Richtung wandten ſich an mich — bald mit Mahnungen, ich möge doch ja verhindern, daß die Bewegung ſich überſtürze und ausarte (ein Rath, der freilich, wenn er überhaupt nöthig geweſen wäre, zeitiger hätte kommen müſſen), bald mit Vorſchlägen, welche theilweiſe bekundeten, wie ſehr dieſen Männern ſelbſt ihr bisheriger ſtreng conſervativer Standpunkt verloren gegangen war. Ein ehemaliger Offizier, der als militäriſcher Schriftſteller einen gewiſſen Ruf genoß, übrigens für ultraconſervativ galt, der Oberpoſtrath v. P., ſchrieb mir einen langen Brief, worin er mich beſchwor, ich möchte „meinen jetzt großen, bald vielleicht machtloſen Einfluß" aufwenden, um den Sieg der (nach ſeiner Anſicht zweifellos hereinbrechenden) communiſtiſchen Bewegung aufzuhalten, zugleich mir den Plan zu einer Nationalbewaffnung in ſehr demokratiſchem Sinne, mit freier Wahl der Offiziere durch die Mannſchaften, überreichte. Ein Anderer (Buchhändler Ch. E. K.), gleichfalls als ſehr conſervativ und loyal bekannt, hielt den Moment für geeignet, unter den „Volkswünſchen" auch

den zur Geltung zu bringen, „daß die jungen Prinzen proteſtantiſch erzogen würden“. Er erſuchte mich, die Befürwortung dieſes Wunſches in einem öffentlichen Blatte zu übernehmen. Ich erwiderte ihm in einem Offenen Briefe in dem fraglichen Blatte: „es ſcheine mir ſehr wenig paſſend, in einem Moment, wo man Beſeitigung jedes Glaubenszwanges verlange, einen ſolchen Zwang der regierenden Familie auferlegen zu wollen. Man ſolle vielmehr darauf denken, ſachliche Bürgſchaften für allgemeine Gewiſſensfreiheit zu erlangen.“

Die erſten Wochen des März waren für mich perſönlich begreiflicherweiſe eine Zeit faſt ununterbrochener Aufregung und Anſtrengung geweſen. Nachdem ich einmal die Initiative ergriffen, konnte ich mich nicht entbrechen, auch in jedem neuen Stadium der Bewegung dieſelbe, ſei es anſtoßgebend, ſei es ſonſtwie eingreifend, im rechten Geleiſe fortleiten zu helfen. Noch eine ganz beſondere, zwar ehrenvolle, aber auch mühevolle nnd verantwortliche Aufgabe ward mir im Stadtverordneten-Collegium zu Theil. Bei der Dringlichkeit, womit wir Beſchlüſſe faſſen und die gefaßten ausführen mußten, konnte von dem herkömmlichen ſchleppenden Geſchäftsgange nicht die Rede ſein. Die Sache machte ſich vielmehr ganz von ſelbſt einfach ſo: in der Sitzung ward ein Antrag geſtellt (auf eine Adreſſe, eine Erklärung, eine Bekanntmachung oder dergleichen) und daraufhin ein Beſchluß gefaßt; die Formnlirung (der Adreſſe, Erklärung u. ſ. w.) ward regelmäßig mir überlaſſen; dem Stadtrath ward von unſerem Beſchluß Mittheilung gemacht, er trat bei nnd beauftragte ebenfalls eines ſeiner Mitglieder (auch immer das

gleiche), mit mir zusammen den gemeinsamen Beschluß zu redigiren.

Neben dieser berufsmäßigen Thätigkeit im Stadtverordneten-Collegium war ich auch oft genöthigt, in der Tagespresse oder sonstwie auf das Publikum aufklärend zu wirken, Mißverständnisse zu berichtigen, absichtliche Entstellungen unserer Bestrebungen abzuwehren u. s. w. So entwarf ich nach dem obenerwähnten Kreuzzug der Dresdener gegen uns Leipziger, auf einen von Dresden aus mir kundgegebenen diesfallsigen Wunsch, eine Adresse an die Bewohner Dresdens und ließ sie, mit vielen Unterschriften versehen, dorthin abgehen, worin ich die alberne Mär, als hegten wir Leipziger hochverrätherische Absichten, widerlegte, die Gesetzlichkeit unseres Vorgehens nachwies und die Dresdener ermahnte, sie möchten doch nicht aus Eifersucht gegen Leipzig der gemeinsamen Sache schaden, sondern lieber Hand in Hand mit uns die berechtigten Wünsche des Volkes am Throne vertreten. Aus allerhand Orten im Lande kamen bald Einzelne, bald ganze Deputationen nach Leipzig, um über Zweck, Stand und Verlauf der Bewegung, über das, was wir gethan und was wir noch zu thun gedächten, sich näher zu unterrichten, und auch diese wendeten sich großentheils an mich. Ich kam während dieser ganzen Zeit buchstäblich fast keine Stunde lang zur Ruhe, ja auch wenig nach Hause, war beinahe fortwährend auf dem Wege zwischen meiner Wohnung, dem Stadtverordnetensaal, dem Rathhaus u. s. w. Zu Alledem trat ich auch noch, des guten Beispiels halber, in eine der freiwillig gebildeten Compagnien ein und ward von dieser zum Zugführer gewählt.

Hauptmann der Compagnie war der Rector magnificus, Herr von der Pfordten.

Mitten unter allen diesen, zum Theil so verschiedenartigen Beschäftigungen fand ich doch Zeit, meine Gedanken über die Lösung der deutschen Frage (die mich nicht minder lebhaft beschäftigte, als unsere sächsischen Angelegenheiten) in einer Flugschrift zusammen zu stellen, die ich unter dem Titel: „Das Deutsche Parlament, ein Entwurf, der in Frankfurt a/M. zusammentretenden Versammlung deutscher Männer gewidmet," herausgab. Ich erörterte darin die Nothwendigkeit einer Umgestaltung des Bundes sowohl in freiheitlicher als in einheitlicher Richtung, legte dabei das Hauptgewicht auf die Herstellung eines Parlamentes, das ich mir aus einem Senat, als Vertretung der Fürsten und ihrer Regierungen, und einem aus Volkswahlen hervorgehenden Unterhause zusammengesetzt dachte und dem ich ziemlich weitgehende Befugnisse im nationalen Sinne beilegte.

Ich lud einen kleinen Kreis näher Befreundeter zu mir ein, um ihnen meine Arbeit vorzulesen und ihr Urtheil darüber zu hören. Auch Herr von der Pfordten sagte mir sein Kommen zu. Da erhielt ich ganz kurz vor der anberaumten Zusammenkunft von ihm folgendes Billet:

Geehrter Herr College! Eine unvermeidliche Reise hindert mich, morgen Abend bei Ihnen zu erscheinen, was ich in Eile mit der Bitte, mich zu entschuldigen, Ihnen mittheile.

Hochachtungsvoll Ihr ergebenster Pfordten.

Herr von der Pfordten war, wie alsbald verlautete, nach Dresden zum König beschieden worden, kehrte auch

nicht nach Leipzig zurück, ſondern übernahm das Miniſterium des Innern und proviſoriſch auch das des Auswärtigen. Als Candidat für letzteres ward gerüchtsweiſe Freiherr von Beuſt genannt, damals Geſandter in London. Derſelbe mag aber wohl gefühlt haben, daß er in ein „Märzminiſterium“ nicht tauge. So erhielt Herr von der Pfordten es ſpäter endgiltig. Zwei hervorragende Mitglieder der gemäßigt liberalen Partei in der zweiten Kammer, der letzte Präſident derſelben, Advocat Dr. Braun, und deſſen Freund, Kaufmann Georgi (Beides Voigtländer), wurden mit den Departements der Juſtiz und der Finanzen, der Erſtere zugleich mit dem Vorſitze im Miniſterrathe betraut. Kriegsminiſter wurde der Generalmajor Graf von Holtzendorff. Das Cultusminiſterium blieb vorläufig unbeſetzt und ward proviſoriſch von Dr. Braun mit verwaltet.

Das von Braun entworfene, vom König genehmigte Programm des neuen Miniſteriums enthielt eine reiche Fülle liberaler Zugeſtändniſſe, als: Preßfreiheit ohne Conceſſionen und Cautionen, Aufhebung der Cenſur für immer; Oeffentlichkeit und Mündlichkeit in Civilſachen, in Criminalſachen Geſchworne; Vereinsfreiheit mit Repreſſivmaßregeln gegen Mißbrauch; geſetzliche Ordnung der kirchlichen Verhältniſſe im Geiſte ‚der Duldung‘ und Parität; Wahlreform; Vereidung des Militärs auf die Verfaſſung. Nach der nationalen Seite ward „eine kräftige Mitwirkung zu zeitgemäßer Geſtaltung des Deutſchen Bundes, mit Vertretung des Volkes bei demſelben“, zugeſagt.

Damit war eine ganz neue Aera des innern Staatslebens auch für Sachſen erſchloſſen, zugleich der allgemeinen deutſchen Bewegung die Hand geboten.

Dieſe letztere hatte inzwiſchen weſentliche Fortſchritte gemacht; ſie war aus dem Stadium allgemeiner Wünſche und zum Theil unklarer Gefühle in das Stadium beſtimmter praktiſcher Anläufe zu einer Neugeſtaltung Deutſchlands hinübergelangt. Eine Verſammlung liberal und national geſinnter Männer war am 5. März in Heidelberg zuſammengetreten, hatte Grundzüge einer künftigen deutſchen Verfaſſung — im Sinne eines monarchiſch-conſtitutionellen Bundesſtaats mit einem Oberhaupte und einer in zwei Häuſer getheilten Volksvertretung — entworfen, zugleich, behufs Anbahnung der alsbaldigen Berufung eines deutſchen Parlaments, die Veranſtaltung einer freien Verſammlung von liberalen Abgeordneten und anderen Wortführern der öffentlichen Meinung („Vorparlament" taufte ſie alsbald der Volksmund) in Frankfurt a. M. am 31. März beſchloſſen. Der Bundestag ſeinerſeits hatte ebenfalls die Reform der Bundesverfaſſung in die Hand genommen und die Regierungen aufgefordert, „Vertrauensmänner", d. h. Männer weniger ihres, als des öffentlichen Vertrauens, nach Frankfurt a. M. zu ſenden, um ihn dabei mit ihrem Rathe zu unterſtützen. Gleichzeitig hatten die Höfe von Wien und Berlin (auf Betrieb des Königs von Preußen, wie man ſpäter erfuhr) die deutſchen Regierungen zu Conferenzen über eine Bundesreform eingeladen, als deren muthmaßlicher Sitzungsort Dresden bezeichnet ward. Endlich aber verlautete, daß einige ſüddeutſche Fürſten durch eine außerordentliche Geſandtſchaft erſt die andern Königshöfe, zuletzt den Berliner beſchicken wollten, um den König von Preußen zu beſtimmen, ſofort proviſoriſch die oberſte Leitung der Dinge in Deutſchland auf ſich zu nehmen, ein Parla-

ment zu berufen und mit diesem, für sich und im Verein mit den anderen Fürsten, eine Verfassung für Deutschland zu vereinbaren.

Uns in Leipzig war von allen diesen so verschiedenartigen, zum Theil sich kreuzenden Plänen bisher nur einer näher getreten, der des „Vorparlamentes". In einer im Leipziger Schützenhause am 12. März abgehaltenen Versammlung Liberaler, die sich im Uebrigen mit der Aufstellung einer Reihe von „Forderungen des Volkes" (nach dem Muster der sog. Offenburger) beschäftigte, war auch die Beschickung des „Vorparlamentes" von Sachsen aus beschlossen und waren zu dem Ende Wahlen vorgenommen worden. Die meisten Stimmen fielen auf Blum, mich und Todt. Blum, der schon anderweit eine persönliche Einladung zum „Vorparlament" erhalten hatte, verzichtete zu Gunsten Todts.

Um nähere Aufschlüsse über die Natur des geplanten „Vorparlamentes", insbesondere über die Legitimation zum Eintritt in dasselbe, zu erhalten, schrieb ich an einen ehemaligen Mitarbeiter meiner Zeitschriften den Oesterreicher Wiesner, der, wie ich wußte, sich damals in Heidelberg aufhielt und unter den Theilnehmern der Versammlung vom 5. März genannt war. Unterm 16. März erhielt ich von ihm eine Antwort, in der sich folgende Stelle befand:

. . . Sie haben wohl in Norddeutschland keine Ahnung von der Aufregung, die in Süddeutschland herrscht. Der Strom des politischen Lebens ist über seine Ufer getreten und hat die Leute bewogen, das, was sie bis jetzt heilig oder doch in Ehren gehalten, über Bord zu werfen. Nicht blos in kleinen Kreisen, in großen Volksversammlungen spricht man mit größter Entschiedenheit von

der Conſtituirung einer ſüddeutſchen Republik oder ſüddeutſcher Republiken. Die deutſche Nationalität iſt ſo tief geſunken, daß die Leute ſie gern aufgäben, wenn Preußen oder Oeſterreich der Richtung des neu hervorgebrochenen Lebens einen Damm entgegenſetzen ſollten. „Was iſt Nationalität ohne Freiheit?“ ruft Alt und Jung, und wenn man antwortet: „Giebt es Freiheit ohne Nationalität?“ ſo wird man ausgelacht. Solche Anſichten hegt beinahe die ganze thatkräftige Jugend, auch ein großer Theil der Bürger, hegt die dichte Maſſe der Proletarier.

... Ich habe vollen Grund, zu fürchten, daß die Verſammlung in Frankfurt ſchwer einen freien Beſchluß faſſen kann. Ein Heer von 40 000 Mann aus dem Volke will von allen Seiten, bewaffnet ſo gut es geht, am 30. nach Frankfurt ziehen. Von allen Seiten wollen bewaffnete Schaaren in die alte Reichsſtadt kommen. Ich fragte einen der gutunterrichteten Theilnehmer dieſes Planes: „was denn das Volksheer in Frankfurt wolle?“ „Es will,“ hieß es, „das deutſche Parlament beſchützen.“ „Das iſt nicht nothwendig,“ meinte ich, „die Frankfurter werden die deutſchen Männer nicht beißen.“ Ich kam bald auf die wahre Abſicht. Man will die Volksvertreter ein wenig ſondiren, ob ſie ſich für eine deutſche Republik erklären. Aus dem Plane wird übrigens kein Geheimniß gemacht. Vor wenigen Tagen wurde hier über eine Eingabe an das Nationalparlament debattirt, worin daſſelbe erſucht wird, zu erwägen, ob die Republik nicht die beſte Verfaſſung für Deutſchland wäre.

Dieſer Brief erregte mir ſchwere Beſorgniſſe. Seinem Verfaſſer war offenbar ernſtlich bange vor einer republikaniſchen Schilderhebung in Süddeutſchland und einer Terroriſirung des „Vorparlaments“. (Nicht lange darauf freilich ward Wiesner ſelbſt ein eifriger Republikaner.) Bei einer ſolchen Wendung der Dinge in Deutſchland ſtand meines Erachtens entweder eine gefährliche Spaltung zwiſchen dem republikaniſchen Süden und dem überwiegend monarchiſchen Norden, oder, wenn die republikaniſche Bewegung auch hier

durchdränge, eine Herrschaft der roheren Elemente, ein unberechenbares Chaos in Aussicht.

Während ich noch mit solchen Befürchtungen mich trug, las ich plötzlich in den wiedererstandenen „Sächsischen Vaterlandsblättern", dem Organe Blums, die Notiz: Blum sei auf der Eisenbahn mit den süddeutschen Gesandten zusammengetroffen, und einer derselben, Max v. Gagern, habe ihm gesagt: „falls der König von Preußen sich weigere, die provisorische Leitung über Deutschland anzunehmen, seien ihre Fürsten entschlossen (vielleicht hatte er nur gesagt: „gezwungen"), abzudanken und der Republik das Feld zu überlassen."

So abenteuerlich dies klang, so erhielt doch die angebliche Aeußerung Gagerns in meinen Augen eine gewisse Beglaubigung durch den Brief Wiesners, und umgekehrt. Fast zur gleichen Zeit bekam ich vom Stadtrath Klinger (dem früheren Abgeordneten zur Zweiten Kammer) folgendes Billet:

> Max von Gagern ist soeben mit dem Eisenbahnzuge von Dresden hier angekommen und im Hôtel de Bavière abgestiegen. Wollen Sie ihn nicht besuchen, um über die Bundesangelegenheit mit ihm zu sprechen? Sie haben mehr als Andere ein Anrecht darauf.

Ob ich Gagern aufgesucht, weiß ich nicht mehr; doch vermuthe ich, daß es geschehen, jedenfalls aber habe ich ihn nicht mehr angetroffen*). Um so mehr verlangte es

*) Daß Max v. Gagern am 21. März von Dresden nach Berlin gereist ist, geht aus dem Buche: „Das Leben des Generals Friedrich v. Gagern," von Heinrich v. Gagern (2. Bd. S. 710) hervor. Doch ersieht man daraus nicht, ob und warum derselbe den Umweg über Leipzig genommen.

mich, über deſſen Sendung und überhaupt über den Stand der deutſchen Frage Näheres zu erfahren. Das konnte ich nirgends beſſer, als bei den neuen Miniſtern in Dresden, von denen ich drei, Braun, Georgi, von der Pfordten, näher kannte. Ohnehin hatte ſchon am 18. März, bald nach Einſetzung des neuen Miniſteriums, Braun an mich geſchrieben:

Verehrter Freund! Wie ich weiß, haben Sie großen Einfluß in Leipzig. Um Anwendung dieſes Einfluſſes im Sinne der neuen Verwaltung bitte ich. Dieſe Bitte iſt gerechtfertigt, da ich Ihnen verſichern kann, daß das jetzige Miniſterium den beſten Willen hat, im echt liberal-conſtitutionellen Sinne zu verfahren, und daher Ihre Meinung vertritt. Wenden Sie, ich bitte, Ihren Einfluß auch darauf an, daß die Aufregung dort mehr und mehr ſchwinde. Dadurch leiſten Sie unſerm Miniſterium einen wirkſamen Dienſt und befeſtigen die neue Verwaltung. Denn man wird dies als Ergebniß unſeres Eintritts anerkennen, und dies wird uns Vertrauen ſichern. Ueber einige Fragen wünſchte ich perſönlich mit Ihnen mich zu beſprechen. Wenn Sie alſo nach Dresden kommen, bitte ich um Ihren Beſuch. Freundſchaftlichſt empfiehlt ſich Ihr hochachtungsvoll ergebener Braun.

Ich hatte gezögert, dieſer Einladung Folge zu geben, um auch den Schein zu vermeiden, als wolle ich mich an die neuen Miniſter drängen, wohl gar Etwas bei ihnen ſuchen. Jetzt aber mußten alle ſolche Bedenken ſchweigen. Ich fuhr ſofort (am 22. März) nach Dresden und hatte zuerſt ein längeres Geſpräch mit Braun und Georgi, welches ſich indeß vorzugsweiſe um innere ſächſiſche Fragen, beſonders die Reform des Wahlgeſetzes und die Neubildung der Kammern, drehte. Ich ſprach beiläufig gegen Beide offen den Wunſch aus, daß, wenn es zu Conferenzen in der deutſchen Frage käme, bei denen die ſächſiſche Regierung

vertreten wäre, sie mir einen Antheil an dieser Vertretung gönnen möchten, da mir eine glückliche Lösung gerade dieser Frage vor Allem am Herzen liege.

Das Zustandekommen solcher Conferenzen und die Betheiligung der sächsischen Regierung daran war damals noch in der Schwebe. Die preußisch-österreichische Einladung war noch nicht zurückgenommen (sie wurde dies erst am 25. März), allein die inzwischen eingetretenen Vorgänge, die Wiener und die Berliner Revolution, hatten nicht blos jene früher geplanten Conferenzen in Dresden, sondern auch die jetzt von den süddeutschen Fürsten vorgeschlagenen in Berlin in hohem Maße zweifelhaft gemacht. Jedenfalls war das neue sächsische Ministerium noch im Unklaren darüber, was geschehen werde und was es selbst thun solle. Kein Wunder, wenn Braun und Georgi sich über diese ganze Angelegenheit mit einer gewissen Zurückhaltung äußerten.

Die Residenz war an diesem Tage in großer Aufregung. Die Vereidigung des Militärs auf die Verfassung ward unter entsprechenden Feierlichkeiten vollzogen. Am Nachmittage fand ein Vorüberzug einer großen Volksmenge vor dem Hôtel de Pologne, wo Braun und Georgi wohnten, mit Vivatrufen für diese Minister statt, und am Abend war die Stadt erleuchtet.

Minister von der Pfordten, den ich auch aufsuchte (er wohnte im Hôtel de France auf der Wilsdrufer Gasse und war bei der den neuen Ministern dargebrachten Huldigung, als ein dem Volke noch wenig Bekannter, unberücksichtigt geblieben), empfing mich äußerst liebenswürdig, nannte mich nicht anders als „lieber Herr College", ver-

kehrte überhaupt in dieſer ganzen Zeit äußerſt zutraulich, faſt familiär mit mir. Doch hatte ich den Eindruck, als fürchte er, ich möchte wegen meiner Stellung zu der März-bewegung, die ihn und ſeine Collegen auf die Miniſter-ſeſſel erhoben hatte, auch für mich einen Antheil an den Früchten dieſer Bewegung beanſpruchen, und als wolle er mich gleichſam begütigen, wenn ich mich darin getäuſcht fände. Bei einer ſpäteren Gelegenheit; wo dies gar zu deutlich hervortrat, konnte ich nicht umhin, ihm offen zu ſagen: „er möge doch ja nicht glauben, daß ich ‚abge-funden' oder ‚verſorgt' ſein wolle." In dieſem Sinne war es wohl auch zu deuten, wenn er gleich bei unſerer erſten Begegnung mir mit einer gewiſſen Befliſſenheit ſagte: „er habe bei Beſetzung des (bis dahin noch vacanten) Cultus-miniſteriums dem König auch meinen Namen genannt."

Der König hatte ſich für Oberländers Eintritt in's Miniſterium entſchieden; nur gegen deſſen Erhebung an die Spitze des Cultusminiſteriums gingen dem König Be-denken bei. Oberländer hatte einmal, als Berichterſtatter in der Kammer über das Verbot der Ruge'ſchen „Jahr-bücher", ſehr freie religiöſe Anſichten geäußert.

Pfordten theilte mir dies mit, und daß ſie in Ver-legenheit ſeien, was zu thun. Ich ſchlug ihm vor, er möge doch mit Oberländer tauſchen, dieſem das Innere überlaſſen und ſelbſt das Cultusminiſterium übernehmen, was ohnedies auch ſachlich richtiger erſchien, da Oberländer Verwaltungsbeamter (Stadtrath in Zwickau), Pfordten Profeſſor geweſen war. Pfordten fand meinen Vorſchlag beachtenswerth und ging darauf ein.

Bei einer ſpäteren Anweſenheit in Dresden ſuchte ich

auch Oberländer auf, den ich von früher her kannte. Ich fand ihn in einem Gasthof zweiten Ranges abgestiegen, fast bestürzt über seine Standeserhöhung. Bei einem Spaziergange, den wir zusammen machten, kamen wir natürlich auch auf die mancherlei brennenden Fragen zu sprechen, mit denen das neue Ministerium es zunächst zu thun haben werde. Da er hierbei in Betreff des Wahlgesetzes und der Neubildung der Kammern ziemlich weitgehende Ansichten entwickelte, machte ich ihn darauf aufmerksam, daß seine Collegen Braun und Georgi in manchem Punkte anders dächten, und frug ihn, ob er es nicht für gerathen halte, sich vorher mit ihnen darüber zu verständigen. „Ach was," sagte er, „ich bleibe bei meinen Ansichten fest stehen, können wir uns nicht vertragen, so gehe ich." Der Fall trat wirklich ein, wie ich es geahnt; Oberländer blieb, aber die Einheitlichkeit und damit die Stärke des Ministeriums erlitt einen bedenklichen Stoß.

Auf dem Lesemuseum in Dresden traf ich eine Anzahl Abgeordneter von der entschiedenen Linken und anderer Mitglieder dieser Partei aus verschiedenen Theilen des Landes. Ich theilte ihnen mit, was mir Wiesner aus Heidelberg geschrieben, und meine dadurch erweckten Befürchtungen wegen einer republikanischen Majorität im Vorparlamente. Sie stimmten mir bei, daß dies ein Unglück sein würde, und versprachen, möglichst zahlreich dort zu erscheinen, um dies verhindern zu helfen. Sie kamen auch wirklich sehr zahlreich zum Vorparlament, stimmten aber freilich insgesammt mit den Führern der republikanischen Partei Hecker und Struve.

Kaum von Dresden zurückgekehrt, erhielt ich von

Pfordten auf außerordentlichem Wege folgendes eilige Schreiben:

Geehrteſter Herr Profeſſor! Unter Bezugnahme auf unſere neulichen Beſprechungen erſuche ich Euer Wohlgeboren, ſich morgen mit dem erſten Zuge hierher zu begeben und mich auf dem Miniſterium des Auswärtigen aufzuſuchen. Die Ernennung Oberländers für das Innere iſt geſtern definitiv erfolgt, und mir iſt der Cultus und das Aeußere zugetheilt. Mehr zu ſchreiben verbietet mir ein heilloſer Geſchäftsdrang. Alſo auf baldigſtes Wiederſehen! Ihr ergebenſter Dr. v. d. Pfordten.

Dresden, 24. März 48, 2½ Uhr Mittags.

Ich fuhr ſogleich am andern Morgen wieder nach Dresden. Wie Pfordten mir ſagte, handelte es ſich um die Conferenzen in der deutſchen Frage, von denen ſchon neulich die Rede geweſen war und für deren Beſchickung die ſächſiſche Regierung ſich nun doch noch entſchieden hatte. Der ſächſiſche Geſandte in Berlin, General von Minckwitz, ein alter, verdienter Militär, ſtand der neuen Ideenbewegung völlig fremd gegenüber und hatte wohl ſelbſt gebeten, ihn in dieſer Sache durch einen außerordentlichen Bevollmächtigten zu unterſtützen. Pfordten ſagte mir, daß er dazu mich auserſehen habe, da die Beamten ſeines Reſſorts, Diplomaten der alten Schule, ihm ebenfalls für die Behandlung gerade dieſer Frage weniger geeignet erſchienen. Große Hoffnungen ſchien er übrigens auf die Conferenzen nicht zu ſetzen. Und allerdings war denſelben durch die unglücklichen Ereigniſſe in Berlin (vom 18. März u. ff.) die Spitze abgebrochen: der Hauptzweck der ſüddeutſchen Geſandtſchaft, den König von Preußen proviſoriſch mit der Leitung der deutſchen Angelegenheiten zu betrauen, erſchien nach dem, was dort geſchehen, nicht wohl mehr ausführbar.

Pfordten ließ durchblicken, daß ich möglicherweise längere Zeit in Berlin würde bleiben müſſen. Bei der geringen Ausſicht, dort viel nützen zu können, andererſeits bei dem lebhaften Wunſche, den ich hegte, am Vorparlamente Theil zu nehmen (wo mir, bewandten Umſtänden nach, jetzt der Schwerpunkt der deutſchen Bewegung zu liegen ſchien), ward es mir ſchwer, mich zu entſcheiden. Ich forderte Bedenkzeit und ging, die Sache bei mir erwägend, ein Stündchen ſpazieren. Zu Pfordten zurückgekehrt, fragte ich denſelben: „ob er wirklich gar Niemand anders für dieſe Sendung wiſſe“, und erſt auf ſeine beſtimmte Verneinung nahm ich an. Darauf ward ich zu einer Sitzung des Geſammtminiſteriums zugezogen, worin über die Conferenzfrage verhandelt werden ſollte. Irgend welche beſtimmte Inſtruction erhielt ich jedoch nicht, weder mündlich noch ſchriftlich. Dem König war, wie Braun ſagte, mein Schriftchen über das Parlament vorgelegt worden und hatte ſeine Billigung gefunden. Darauf hin allein ward mir mündlich der Auftrag ertheilt, nach beſtem Wiſſen und Gewiſſen die Regierung in Berlin zu vertreten. Ich ward ſodann von dem Geheimen Referendar von Weber vereidigt und ſchließlich dem König durch Pfordten vorgeſtellt, nachdem ich, ſo gut es ging, meinen Reiſeanzug in eine einigermaßen audienzfähige Toilette (irre ich nicht, mit Pfordtens Hilfe) verwandelt hatte. Pfordten ſtellte mich dem König (wahrſcheinlich, weil er glaubte, der König könne wegen meiner Betheiligung an der Leipziger Adreſſe ein Vorurtheil gegen meine Perſon hegen) mit den Worten vor: „Majeſtät, hier iſt Profeſſor Biedermann, den wir in einer außer-

ordentlichen Miſſion nach Berlin ſenden wollen; er ſteht politiſch ohngefähr auf demſelben Standpunkte wie ich, manchmal ich etwas mehr rechts, er etwas mehr links.“ Darauf ſagte der König zu mir jene Worte, auf die ich ſchon früher Bezug genommen habe: „Ich glaube gern, daß Sie ein conſervativer Mann ſind und es aufrichtig meinen. Ich habe in dieſen letzten vierzehn Tagen Vieles hinter mich werfen müſſen, aber ich ſehe jetzt, daß es ſo beſſer iſt, und werde dabei beharren.“ Als ich mir zu bemerken erlaubte: „Meiner Ueberzeugung nach werde nun in Sachſen ſich Alles ruhig und friedlich entwickeln, vorausgeſetzt nur, daß die deutſche Frage zu einem befriedigenden Abſchluß gelange,“ erwiderte Se. Majeſtät, ohne ſich zu bedenken: „Auch dafür bin ich zu jedem Opfer bereit!“

So fuhr ich am nächſten Tage (den 26. März) nach Berlin — ohne Inſtruction, ja auch ohne irgend welche ſchriftliche Vollmacht oder Beglaubigung. Pfordten hatte mich nur, wie er mir mittheilte, bei Herrn v. Minckwitz angemeldet. Dieſer bezeigte ſich ſehr erfreut über mein Kommen, ſagte mir aber, daß in der Hauptſache die Conferenzen eigentlich ſchon beendet, die ſüddeutſchen Geſandten ſogar wahrſcheinlich bereits abgereiſt ſeien. Letzteres war nicht der Fall; ich traf wenigſtens zwei davon, den naſſauiſchen, Herrn Max von Gagern, und den württembergiſchen, Herrn von Sternenfels, noch am Abend zufällig im Engliſchen Hofe. Allerdings aber hatten die Geſandten ſchon mit dem preußiſchen Miniſter des Auswärtigen Beſprechungen gehabt; etwas Endgültiges jedoch war nicht ausgemacht worden, vielmehr ſollten die weiteren Verhandlungen nun am Bundestage ſtattfinden. Herr v. Minckwitz,

der wohl ohne Instruction gewesen war, hatte lediglich Alles „ad referendum genommen".

Noch spät am Abend meiner Ankunft schrieb mir derselbe: „Er habe mich beim Minister des Auswärtigen angemeldet und derselbe wolle mich früh um 9 Uhr empfangen. Er werde mich abholen." Er kam denn auch in seinem Wagen, und wir fuhren — durch die, zum Theil noch sehr sichtbare Spuren des Kampfes vom 18. März tragenden Straßen — nach dem Ministerium des Auswärtigen. Dem General fiel die schwarz-roth-goldne Cocarde auf, die ich am Hute trug, und verwundert frug er mich, ob dies in Leipzig allgemein Sitte sei, worauf ich ihm sagen mußte, daß sein dermaliger Chef, Herr v. d. Pfordten, bevor er Minister geworden, als Hauptmann einer freiwilligen Compagnie in Leipzig, deren Zugführer ich gewesen, zuerst diese Cocarde an den Hut gesteckt und uns dadurch zur Nachfolge veranlaßt habe. Uebrigens hatte damals schon längst der Bundestag selbst die einst von ihm so streng verpönten Farben zu „Bundesfarben" erklärt und eine schwarz-roth-goldne Fahne auf seinem eigenen Palais aufgehißt.

Preußischer Minister des Auswärtigen war soeben Baron Heinrich von Arnim geworden: sein Unterstaatssecretär war Herr v. Bülow. Beide waren gegenwärtig. Das über die Besprechung mit den süddeutschen Gesandten aufgenommene Protocoll ward mir vorgelegt; ich konnte constatiren, daß, so weit die Ansichten der königlich sächsischen Regierung mir bekannt seien, dieselben mit dem hier Vereinbarten übereinstimmten und so ward das Protocoll von mir und dann vom General von Minckwitz mit-

unterzeichnet. Die vereinbarten Punkte betrafen nur einige allgemeine Grundzüge zu einer künftigen Bundesverfaſſung; insbeſondere in Betreff der Angelegenheiten, welche als gemeinſame zu behandeln ſein würden; der Punkt wegen einer proviſoriſchen Regierung des Königs von Preußen über Deutſchland (der eigentlich ſpringende Punkt bei der ſüddeutſchen Geſandtſchaft) war übergangen. Während wir noch mit dem Protocoll beſchäftigt waren, klang plötzlich Trommelwirbel von der Straße herauf. „Es ſind unſere Garden," ſagte Herr v. Bülow, „die nach Schleswig-Holſtein marſchiren." Er wollte damit ausdrücken, daß, wenn Preußen auch ſich dermalen nicht formell an die Spitze Deutſchlands ſtellen könne, es doch thatſächlich ſeine Pflicht als Vormacht Deutſchlands thue.

Neben meiner amtlichen Sendung hatte ich noch einen privaten Auftrag vom Miniſter Braun an den neuen preußiſchen Juſtizminiſter Dr. Bornemann. Die Miniſter waren, wie ich erkundete, im Schloſſe verſammelt. Dorthin begab ich mich daher. War mir ſchon vorher bei der Fahrt zum Miniſter des Auswärtigen das vielfach noch aufgeriſſene Straßenpflaſter aufgefallen, ſo ſah ich jetzt im Schloſſe in einem großen Vorgemach, durch das ich gewieſen ward, in den Fenſtern eine Anzahl runder Löcher, offenbar von Kugeln, die hier eingeſchlagen hatten.

Das Vorzimmer war angefüllt von auswärtigen Deputationen aller Art, die zu den Miniſtern wollten. Die Letzteren ſchienen in fortwährender Bewegung und dazu in einiger Aufregung zu ſein, bald Deputationen empfangend, bald wieder unter einander berathend. Ich hatte Gelegenheit, dies zu bemerken, da Bornemann (deſſen hab-

haft zu werden mir einige Mühe koſtete) mich im Fluge dem und jenem ſeiner Collegen, u. A. Herrn v. Auerswald, vorſtellte, der dann wieder ebenſo im Fluge ſich nach der und jener Einrichtung bei uns in Sachſen, z. B. der Zuſammenſetzung der Kammern, erkundigte.

In mein Hotel zurückgekehrt, erſtattete ich einen kurzen Bericht an Miniſter von der Pfordten, und machte mich ſodann zur Abreiſe fertig, da meine Miſſion ſo unerwartet ſchnell (mir ſehr zu Danke!) erledigt war. Da hatte ich noch ein eigenthümliches Begegniß. Auf der Hinreiſe nach Berlin war ich mit einem Polen (Bobrowicz) zuſammengetroffen, der 1831, bei dem großen Durchzug vertriebener Polen durch Sachſen, in Leipzig ſitzen geblieben und heimiſch geworden war. Er war in Berlin in demſelben Hotel mit mir abgeſtiegen. Jetzt kam er, um mich zu fragen, ob ich wohl einer Deputation ſeiner Landsleute geſtatten würde, mir aufzuwarten. Sie hätten gehört, ich gehe zum Vorparlament, und wollten mir gern die Sache Polens an's Herz legen. Bekanntlich waren von dem großen Hochverrathsproceſſe her (wegen des geplanten Angriffs auf die Feſtung Poſen) eine Menge Polen noch im März 1848 in Berlin inhaftirt, welche aber nun in die nach dem 18. März erlaſſene allgemeine Amneſtie einbezogen und dadurch frei wurden.

Ich antwortete auf jene Anfrage, daß ich zwar ſchwerlich für die Sache Polens etwas würde thun können, jedoch die Höflichkeit ſeiner Landsleute nicht zurückweiſen wolle. Darauf ging er, und bald traten ein Dutzend Polen bei mir ein, an ihrer Spitze kein Geringerer als — Mieroslawski! Dieſer, ein Mann von nicht ſehr großer,

aber gedrungener Geſtalt, mit einem ſcharf geſchnittenen, blaſſen Geſicht und blitzenden dunklen Augen, hielt in lebhaftem Franzöſiſch eine feurige Anrede an mich, worin er etwa ſagte: „Die jetzt in den Beſitz der Freiheit gelangte deutſche Nation werde gewiß der Freiheit unterdrückter Völker, und ſomit auch der Polen ſich annehmen.“ Ich erwiderte in demſelben Idiom ohngefähr daſſelbe, was ich bereits ſeinem Landsmann Bobrowicz geſagt hatte, und damit war dieſer Zwiſchenfall erledigt.

Auf der Heimreiſe nach Leipzig ward ich noch einmal, und das auf recht widrige Art, an die Vorgänge des 18. und 19. März erinnert. Ein junger Mann (nicht aus den niederen Klaſſen) erzählte ſehr redſelig von jener beklagenswerthen Scene am 19. früh, wo das Volk den König gezwungen hatte, mit entblößtem Haupte die Leichen der gefallenen Barrikadenkämpfer zu begrüßen. Er erblickte darin eine ganz beſondere Heldenthat der Berliner Bevölkerung. Ich konnte mich nicht entbrechen, ihm zu ſagen, daß ich in einer ſolchen Beſchimpfung eines Monarchen durchaus nichts Rühmliches, wohl aber, wenn derſelbe Monarch zu regieren fortfahre, wegen der dadurch nothwendig in ihm erzeugten furchtbaren Verbitterung, etwas für Volk und Staat ſehr Gefährliches fände. Die Folgen jener Scene des 19. März ſind denn auch in der That dem preußiſchen und dem deutſchen Volke nicht erſpart geblieben.

Am nächſten Tage fuhr ich wieder nach Dresden und erſtattete Herrn von der Pfordten mündlichen Bericht über den Verlauf meiner Sendung. Wir ſprachen dann über das Vorparlament, zu welchem abzureiſen ich mich nun allerſchleunigſt rüſten mußte. Da ich mich bedenklich dar-

über aussprach, was wohl dabei herauskommen werde, rief Herr von der Pfordten: „Bringen Sie uns mit, welche Verfassung Sie wollen, nur halten Sie uns die Republik vom Leibe!“

Als ich mich von Braun und Georgi verabschieden wollte, sagten mir diese: „Es sei ihre Absicht gewesen und sei noch ihr Wunsch, mich als Vertrauensmann der sächsischen Regierung an den Bundestag zu senden: indessen habe Todt auf diesen Posten Anspruch erhoben, habe sich auf seine Dienste als langjähriger Führer der Opposition in der Kammer berufen, zugleich gewisse persönliche Verhältnisse angeführt, welche ihm eine Veränderung seiner gegenwärtigen Lage durchaus wünschenswerth, ja nothwendig machten, und sie als seine politischen Freunde und alten Kammercollegen könnten ihm diese Bitte nicht wohl abschlagen. Sie ersuchten mich, bis zum letzten Zuge nach Leipzig zu warten; sei bis dahin Todt nicht eingetroffen, so würden sie mir das Mandat geben.“

Ich erwiderte, daß ich gern zurückstände, überhaupt keinerlei Anspruch weder auf diese noch auf sonst eine amtliche Stellung machte, wohl aber bereit wäre, jede anzunehmen, in der ich nach ihrer und meiner Ueberzeugung dem Allgemeinen nützen könne, worauf Georgi: „Ich schätze Sie dafür nur um so höher!“ Doch konnte ich nicht umhin, den beiden Ministern anheimzugeben, ob es nicht das Beste sein würde, wenn sie den sächsischen Bundestagsgesandten abberiefen und Todt an dessen Stelle setzten, da die öffentliche Meinung eine Erneuerung des Bundestagspersonals (wozu z. B. Baden durch die Ernennung Welckers zum Bundestagsgesandten bereits den Anfang

gemacht) immer dringender fordern werde und es doch gut wäre, wenn Sachsen für sein Theil es nicht erst so weit kommen ließe. Wollten sie dann, neben Todt, mich als Vertrauensmann nach Frankfurt senden, so sollte mir das recht sein. Braun und Georgi gaben mir zu, daß ich Recht hätte, scheuten aber die Kosten der Pensionirung des bisherigen Bundestagsgesandten, mehr noch vielleicht den zu besorgenden Widerstand des Königs gegen eine solche ungewöhnliche Maßregel. Nur wenige Tage später erklärte das Vorparlament eine Reinigung des Bundestags von seinen alten Elementen für dringlich, und der Bundestag gab seine Zustimmung dazu! Auch dann noch zögerte die sächsische Regierung mit der Abberufung ihres Gesandten, allein endlich erfolgte diese doch, und Todt trat an dessen Stelle, ging auch, als der Bundestag aufgelöst wurde, in die Stellung eines „Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt" über. Der Posten eines „Vertrauensmannes" war inzwischen erloschen, da die Aufgabe der Vertrauensmänner, die Vereinbarung eines Verfassungsentwurfs, ihren Abschluß gefunden hatte. Schon im Sommer 1848 ward indeß Todt von Frankfurt abberufen. Damals muß meine Ernennung an dessen Stelle in Dresden wieder ernstlich in Frage gekommen sein, denn der sächsische Geh. Reg.-Rath Weinlig, der um jene Zeit wegen gewisser Verhandlungen mit dem Reichsministerium nach Frankfurt kam, theilte mir es als so gut wie sicher mit, und Sylvester Jordan, der kurhessische Bevollmächtigte bei der Centralgewalt, sprach mir in seinem und anderer Bevollmächtigter Namen ihre Freude darüber aus, daß sie mich zum Collegen erhalten würden.

Indeſſen traf als neuer Bevollmächtigter der bisherige Director im Miniſterium des Innern, Geheimer Rath Kohlſchütter, in Frankfurt ein. Er hatte, wie ich hörte, die Stelle als eine Art Erholungspoſten erhalten, weil ſeine Geſundheit angegriffen war. In ſeine Dresdner Stelle war dann Todt eingerückt. Von mir aus iſt ſelbſtverſtändlich damals auch nicht das Geringſte in dieſer Sache geſchehen. Nur ſpäter frug ich einmal einen nahen Bekannten, der auch eine Stelle im Miniſterium zu Dresden bekleidete, aus welchen Gründen man denn wohl jene mich betreffende Abſicht wieder aufgegeben habe. Er meinte: es ſei das wohl geſchehen wegen meiner zu ſchroffen Parteiſtellung gegenüber der allergrößten Mehrzahl der ſächſiſchen Abgeordneten zum Parlamente. Mit dieſem Gegenſatze hatte es allerdings ſeine Richtigkeit: ich war nach wie vor gemäßigt liberal, Jene waren Vollblutdemokraten und wurden zum größten Theil in Frankfurt erklärte Republikaner.

Daß freilich der amtliche Vertreter der königlich ſächſiſchen Regierung gerade in dieſen Kreiſen, wenn nicht eine persona grata, ſo doch eine persona non ingrata habe ſein ſollen, war mir einigermaßen überraſchend.

Aber allerdings wird ſich bald Gelegenheit finden, zu conſtatiren, welchen Einfluß die ſächſiſchen Radicalen im Jahre 1848 auf das Märzminiſterium von mehr als Einer Seite her übten.

Wäre ich übrigens auch damals an Todts Stelle gekommen, ſo würde ich doch nicht lange darauf geblieben, vielmehr wahrſcheinlich nach ſehr kurzer Zeit freiwillig davon zurückgetreten ſein. Denn ſchon im Auguſt 1848

ſchlug das Märzminiſterium (unter Pfordtens Leitung) in der deutſchen Frage einen Weg ein, auf dem ich ihm nicht hätte folgen können, gegen den ſogar mich öffentlich im Parlamente zu erklären ich für meine Pflicht hielt.

Am 28. März ſpät kam ich von meinem dritten Beſuche in Dresden zurück. Da war es nun höchſte Zeit, nach Frankfurt abzureiſen, wenn ich noch zum Vorparlament, welches auf den 31. März ausgeſchrieben war, rechtzeitig eintreffen wollte. Es waren drangvolle Stunden. Noch im letzten Moment, faſt ſchon den Fuß im Eiſenbahnwagen, vielfach unterbrochen von Beſuchen aller Art, mußte ich das Programm zu einer Zeitung abfaſſen, die unter meiner Redaction erſcheinen ſollte. Damit hatte es folgende Bewandniß. Die angeſehene Firma B. G. Teubner in Leipzig und Dresden wollte ein neues Blatt unter dem Titel „Dresdner Journal, Herold für ſächſiſche und deutſche Intereſſen“ in's Leben rufen und bat mich um Uebernahme der Redaction. Mir kam ein ſolcher Antrag gerade jetzt ſehr unerwartet. Ich hatte ſoeben meine Vierteljahrsſchrift „Unſre Gegenwart und Zukunft“ mit dem 10. Bande abgeſchloſſen, weil ich zu deren ferneren Herausgabe (zumal im eigenen Verlag) bei dem ſehnlichen Wunſche und der wohl nicht unbegründeten Hoffnung, in's Parlament gewählt zu werden, die nöthige Muße und Sammlung nicht finden zu können glaubte. Und nun ſollte ich gar eine täglich erſcheinende Zeitung übernehmen. Wußte ich doch nicht einmal, wann ich vom Vorparlament zurückkommen würde. Ich ſprach dieſe Bedenken offen und entſchieden gegen den Verleger aus; allein er beſtand auf ſeinem Wunſche, meinte, ich könnte mich ja während

meiner Abweſenheit vertreten laſſen, könnte auch von Frankfurt aus erſprießlich für das Blatt wirken, und ſchon mein Name auf dem Titel ſei ihm von Werth. Ungern gab ich nach und ſuchte wenigſtens durch ein etwas ausführlicheres Programm dem Blatte den feſten Curs, den es einhalten ſollte, im voraus vorzuzeichnen. Ich ſagte darin, nachdem ich die neue Zeit, wie ſie für Sachſen, für Deutſchland durch die Märzbewegung aufgegangen ſchien, in einigen großen Zügen geſchildert, Folgendes:

Alſo: freie Bewegung und Bethätigung des Volksgeiſtes in aller und jeder Hinſicht, im Beſondern aber Preßfreiheit, Verſammlungs- und Redefreiheit, Glaubensfreiheit, öffentliches und volksthümliches Gericht, entſcheidender Einfluß der parlamentariſchen Majoritäten auf das Syſtem und die Zuſammenſetzung des Miniſteriums, erweitertes Wahlrecht, Volksbewaffung — endlich eine Neugeſtaltung und Befeſtigung des deutſchen Bundes auf volksthümlichern und einheitlichern Grundlagen, als bisher — Das iſt das große Werk, an welchem Regierungen und Völker Deutſchlands — wenigſtens ihrer Mehrzahl nach — in dieſem Augenblicke mit vereinten Anſtrengungen bauen, zu welchem auch wir unſer Scherflein nach Kräften beitragen möchten. Wir ſind dabei zum erſten Mal in der erwünſchten Lage, nicht gegen die Regierung und ihr Syſtem ankämpfen zu müſſen, vielmehr ihren aufrichtigen Beſtrebungen für Förderung jener großen Aufgabe unſern aufrichtigen Beifall und Beiſtand gewähren zu können. Wir werden daher das Miniſterium unterſtützen, ſo lange es den feſten Willen, die Macht und Fähigkeit zeigt, Das zu verwirklichen und durchzuführen, was es theils ausdrücklich in ſeinem Programme verſprochen, theils ſtillſchweigend als die nothwendigen Conſequenzen des Princips, in deſſen Namen es aufgetreten iſt, auf ſich genommen hat. Wir werden es mit allen unſern Kräften vertheidigen ſowohl gegen die Angriffe, welche von den Anhängern des alten, geſtürzten Syſtems gegen dasſelbe verſucht werden möchten, wie gegen die Anfeindungen Solcher, denen überhaupt Nichts recht iſt, was nicht von ihnen ſelbſt aus-

geht, und welche ſich wenig darum kümmern, ob ſie die ganze friedliche und gedeihliche Entwickelung unſerer Zuſtände wieder in Frage ſtellen, wenn ſie nur ihrem Gelüſte des Opponirens um jeden Preis, der Rechthaberei und der perſönlichen Anfeindung ein Genüge thun können. Bei alledem werden wir keineswegs miniſteriell um jeden Preis ſein, ſondern wir werden es nur ſo lange ſein, als die Miniſter den Grundſätzen, die wir eben als die bewegenden und leitenden der neuen Zeit bezeichnet haben, aufrichtig und mit aller Energie ihres Willens huldigen; wir werden ſie an ihre Pflicht mahnen, wenn wir ſie in der Ausführung dieſer Grundſätze läſſig zu finden glauben; wir werden ſie offen tadeln, wo wir in ihren Unternehmungen ein Schwanken, eine Unſicherheit der Anſichten bemerken, und wir würden die Erſten ſein, ſie entſchieden anzugreifen und auf ihren Rücktritt zu bringen, wenn jemals — was wir aber nicht fürchten — auch dieſe Männer ihren übernommenen Verpflichtungen und dem in ſie geſetzten Vertrauen des Volks treulos den Rücken kehren könnten. Aber wir werden nicht Alles auf einmal von ihnen verlangen; wir werden den Schwierigkeiten der Lage, in die ſie eingetreten ſind, billige Rechnung tragen; wir werden ſie nicht ohne weiteres verdammen, wenn ſie nicht ſofort allen Wünſchen und allen Erwartungen zu genügen im Stande ſind; vor Allem aber werden wir uns hüten, das Vertrauen des Volkes, deſſen das neue Miniſterium nothwendig bedarf, wenn es die ſchwere Aufgabe, die es übernommen hat, zum Heil des Landes glücklich durchführen ſoll, durch vorſchnelles und liebloſes Aburtheilen über daſſelbe oder einzelne Perſönlichkeiten darin, durch Verbreitung grundloſer Gerüchte oder willkürlicher Vermuthungen muthwillig zu untergraben. Unſere Beſtrebungen ſollen ſich aber nicht darauf beſchränken, die Entwickelung der Verhältniſſe, wie ſie jetzt von oben her angebahnt wird, fördern zu helfen; vielmehr werden wir auch dahin zu wirken ſuchen, daß von unten her, aus dem Volke ſelbſt, dieſer Entwickelung möglichſt entgegen gekommen werde. Bildung und Aufklärung des Volks in allen ſeinen Schichten, richtige Benutzung aller Mittel des Volksaufſchwunges, namentlich des Verſammlungsrechts und der freien, öffentlichen Beſprechung, und Anleitung zur praktiſchen Ausführung aller der Ideen, welche nicht allein die politiſche, ſondern

auch die ſociale Befreiung, Kräftigung und Veredelung des Volks bezwecken, ſoll eine unſerer Hauptaufgaben ſein.

Ich konnte dem Blatte noch viel weniger ſein, als ich ſchon gefürchtet. Meine lange ununterbrochene Abweſenheit erſt beim Vorparlament und beim Fünfzigerausſchuß, dann beim Parlament, ließ mich zu einer eigentlich leitenden Thätigkeit für daſſelbe ſo gut wie gar nicht gelangen. Höchſtens mit Rechenſchaftsberichten und ſonſtigen Mittheilungen von Frankfurt aus, ab und zu mit einem Leitartikel konnte ich es unterſtützen. Mit meiner Vertretung in der Redaction hatte ich wenig Glück. Ich vertraute dieſelbe erſt einem jungen Dresdner Schriftſteller an, den ich als geſchickt in derartigen Dingen kannte und der es auch war; allein derſelbe ging (wie das damals ſo Vielen paſſirte) immer weiter links, und es kam dahin, daß meine politiſchen Freunde von Leipzig aus klagten: „das unter meinem Namen erſcheinende Blatt greife ſie und meinen eigenen politiſchen Standpunkt an.“ Darauf übertrug ich die Redaction einem Leipziger Gelehrten, der aber wieder nach anderer Seite hin die Sache verdarb; kurz, ich hatte wenig Freude und viel Aerger mit dieſem Blatte, zu dem ich mich kaum recht bekennen mochte und deſſen Mißgriffe doch mehr oder weniger auf mein Conto geſchrieben wurden. Ich war daher faſt froh und konnte keineswegs mich ablehnend verhalten, als nach einem halben Jahre der Verleger, anſcheinend die Unzuträglichkeiten dieſes Verhältniſſes ſelbſt einſehend, mich von der Redaction entband. Freilich ſah ich voraus, was nun mit dem Blatte werden würde. Herr v. d. Pfordten (nicht mehr der „deutſche Mann“ vom März 1848, ſondern der

berechnende „Diplomat“, der er indeſſen geworden war oder als den er ſich nun entpuppte), wollte gern das „Dresdener Journal“, welches gegen ſeine, allmälig immer bedenklicher werdende, auswärtige Politik öfters opponirt hatte, an ſich ziehen und hatte ſchon unter der Hand einen jungen gewandten Beamten ſeines Reſſorts in die Redaction (vorläufig nur des Feuilletons) zu bringen gewußt. Nach meinem Rücktritt übernahm Letzterer die Leitung des Blattes, und damit hörte das „Dresdner Journal“ auf, ein unabhängiges Organ zu ſein.

Neunzehntes Capitel.

Ein Blick auf die Vorgänge in Sachsen nach der Märzbewegung 1848.

Die Vorgänge in Sachsen nach der Märzbewegung von 1848 — bis zum Sommer 1849 — fallen eigentlich aus dem Rahmen dieser Aufzeichnungen heraus, da ich während dieser ganzen Zeit von Sachsen abwesend war, also nicht nach eigenen Beobachtungen über das damals Geschehene sprechen kann (wie das doch für eine solche Selbstbiographie sich gehört), noch weniger aber etwa dafür mitverantwortlich bin. Eine objective Geschichtsdarstellung derselben habe ich früher einmal zu geben versucht — noch unter dem frischen Eindruck jener Ereignisse und mit sorgfältiger Benutzung alles dessen, was Augenzeugen darüber berichteten — in dem Aufsatze „Das Königreich Sachsen" im 5. und 6. Bande der von F. A. Brockhaus herausgegebenen „Gegenwart" (1850 und 1851).

Wenn ich gleichwohl mich gedrungen fühle, auch hier wenigstens „einen Blick" auf jene Vorgänge zu werfen, so habe ich dafür einen doppelten Grund. Einmal möchte ich gern mir selbst die Beruhigung verschaffen, daß die mancherlei politischen Verirrungen, die schon im

Laufe des Jahres 1848 vorkamen, die ſich dann 1849 bis zu dem ſog. „Unverſtandslandtag“ und endlich zu dem höchſt beklagenswerthen Maiaufſtande in Dresden ſteigerten, daß dieſe Verirrungen nicht die nothwendige und unvermeidliche Folge der Märzbewegung und der durch dieſe herbeigeführten neuen Ordnung der Dinge, vielmehr nur die Wirkung hinzutretender, mit jener Bewegung nicht direct zuſammenhängender Umſtände geweſen ſind. Sodann aber möchte ich ein paar Worte ſagen zur Klarlegung der Stellung, welche meine politiſchen Freunde in Sachſen — wenn auch ohne meine perſönliche Mitwirkung, ſo doch mit meiner theils vorgängigen, theils nachträglichen Beiſtimmung — zu jenen Vorgängen eingenommen haben.

Allen geſchichtlichen Erfahrungen zufolge iſt es immer äußerſt ſchwierig, wenn eine ganze Bevölkerung erſt einmal in den Zuſtand einer hochgradigen Erregung verſetzt iſt, ſie wieder in das ruhige Geleiſe des herkömmlichen, geordneten Lebensganges zurückzuführen. Das ſollte für alle Staatslenker eine Mahnung ſein, es ſo weit überhaupt nicht kommen zu laſſen. Leider nur wird dieſe Mahnung oft mißachtet. Letzteres war (wie ich oben des Näheren gezeigt habe) vor 1848 faſt allerwärts in Deutſchland, auch in Sachſen, geſchehen, und daher war es nicht zu verwundern, wenn — um einen Ausdruck des Herrn v. Frieſen zu wiederholen — die Nachricht von der Pariſer Revolution „wie ein Funke in ein Pulverfaß fiel“. Eine Bewegung, ſogar eine ſtarke Bewegung war ſchlechterdings unausbleiblich und wäre wohl durch keinerlei Maßregeln zu verhindern geweſen. Was Sachſen anlangt, ſo war gerade hier die Bewegung durch unſere, der Gemäßigten, raſches

Zuthun von Haus aus in streng gesetzlichen Grenzen gehalten, den bestehenden Gewalten war in keiner Weise Zwang angethan, es waren keine andern Mittel angewendet worden, um den berechtigten Wünschen nach nothwendigen Reformen Ausdruck zu geben, als das durchaus verfassungsmäßige und loyale Mittel der Petition. Insofern war die Lage hier entschieden günstiger, als da, wo man es bis zu einer gewaltsamen Erhebung des Volkes hatte kommen lassen, wie z. B. in Berlin und Wien. Das Programm des Märzministeriums — abgesehen davon, daß dasselbe die Sanction des Königs erhalten hatte — enthielt an sich Nichts, womit sich nicht hätte regieren lassen. Die darin gewährten Freiheiten — Vereins- und Versammlungsrecht, Preßfreiheit, öffentliches Gericht, Geschworene, ein freies Wahlgesetz u. s. w., alle diese bestehen heutzutage bei uns in unbestrittener Geltung, und Niemand zweifelt daran, daß damit Ordnung und Ruhe, daß damit eine starke Regierung bestehen kann, denn sie besteht thatsächlich neben und mit jenen Freiheiten.

Freilich aber zeigten die bedauerlichen Nachwirkungen jenes Systems, welches zu lange den Gebrauch der Freiheit, selbst einer noch so mäßigen, dem Volke vorenthalten hatte, sich jetzt darin, daß das Volk, nicht allmälig an diesen Gebrauch gewöhnt und für denselben herangebildet, nun mit einem Male in den Besitz der Freiheit, und zwar einer sehr weitgehenden, gelangte, wo es dann, wie nun einmal die menschliche Natur ist, kaum ausbleiben konnte, daß die rechte Grenze zwischen Gebrauch und Mißbrauch öfters überschritten ward. Dazu kam noch eine indirecte Folge eben jenes reactionären Systems, welches so lange

auf dem Volke gelaſtet hatte; viele etwas heißblütigere oder auch etwas ängſtlichere Freunde der Freiheit hatten die Meinung: um einer Wiederkehr ſolcher Zuſtände vorzubeugen, wie ſie vor 1848 ſo lange geherrſcht, könne man die errungenen „Volksrechte“ nicht weit genug ausdehnen und mit nicht genug Schutzwehren umgeben, müſſe man die Gewalt und Autorität der Machthaber auf's Aeußerſte beſchränken, damit ſie ja nicht in die Verſuchung geriethen oder doch nicht im Stande wären, auf jenes reactionäre Syſtem zurückzukommen. Dieſe Leute vergaßen, daß jedes Extrem in das entgegengeſetzte umſchlägt, daß, wie die Ueberſpannung der Reaction einen Rückſchlag dagegen hervorgerufen hatte, ſo die Ueberſpannung der Freiheitsforderungen und mehr noch des Freiheitsgebrauchs früher oder ſpäter wieder zu einer Reaction führen müſſe, wie das denn auch nicht ausgeblieben iſt.

Eines Umſtandes möchte ich hier noch beſonders gedenken, der auf die ungünſtige Entwickelung der ſächſiſchen Verhältniſſe in dem Bewegungsjahre 1848 meines Erachtens von nicht geringem Einfluſſe geweſen iſt. Das alte ſächſiſche Wahlgeſetz für die Zweite Kammer enthielt neben anderen Beſchränkungen der Wahlfreiheit auch die, daß der zu Wählende dem Wahlkreiſe ſelbſt angehören müſſe. Vielleicht hatte man gefürchtet, es möchten ſonſt zu viel Abgeordnete aus den größeren Centren des Verkehrs und der Bildung in die Kammer kommen, und dieſe möchten zu vorgeſchrittene politiſche Anſchauungen mitbringen. Thatſächlich war aber der Erfolg jener Beſtimmung der gerade entgegengeſetzte: dieſelbe ſchuf eine Klaſſe von Localpolitikern, die, weil ſie ſelbſt nur in engen und

kleinen Verhältniſſen ſich bewegten, auch in der Politik keine großen Maßſtäbe kannten und anwendeten, wohl aber in ihrer Abgezogenheit oder im Umgange nur mit Solchen, die in der gleichen Beſchränktheit lebten, allerhand extreme Theorien bei ſich ausbildeten, nach denen ſie dann, ohne Kenntniß oder Beachtung der Bedürfniſſe und Intereſſen eines größeren Staats- und Culturlebens- eigenſinnig, doctrinär verfuhren. Ich werde Gelegenheit haben, darauf bei Beſprechung der Wahlen zum deutſchen Parlamente zurückzukommen, wo zwar jene Beſchränkung nicht mehr beſtand, wohl aber die Folgen derſelben ſich fühlbar machten. Schon vor 1848 gab es mehr als einen Radicalen in der und jener kleinen erzgebirgiſchen Stadt, der ſelbſt auf einen Mann wie Blum als auf einen nicht genug „Entſchiedenen“ mitleidig herabſah, weil Letzterer, inmitten des großartigen Leipziger Lebens ſtehend, manche politiſche Nothwendigkeiten beſſer begriff und mehr reſpec- tirte, als ein kleinſtädtiſcher Localpolitiker. In der Ver- tretung Sachſens im Parlament, vollends dann beim ſog. „Unverſtandslandtage“, traten die Folgen jenes Bezirks- zwanges in recht grellen Erſcheinungen zu Tage.

Nach alledem war die Aufgabe, die den Märzminiſtern zufiel, das neue Reich der Freiheit mit den nothwendigen Bürgſchaften der Ordnung zu umgeben, ein zwar liberales, aber zugleich kräftiges und von den Schwankungen der Tagesmeinung unabhängiges Regiment zu führen, eine überaus ſchwierige, und wenn es ihnen nicht gelungen iſt, dieſelbe ſo, wie es gewiß ihr ernſter Wille war, durchzu- führen, ſo hat man ſchwerlich das Recht, deshalb ſofort einen Stein auf ſie zu werfen, wie das wohl häufig von

den Jetztlebenden geſchieht. Iſt es doch ihren Collegen in anderen Staaten, ſelbſt in den beiden deutſchen Großſtaaten, nicht beſſer ergangen! Zu leugnen iſt freilich nicht, daß ſie einzelne ſchwere Fehlgriffe gethan (wie ich denn z. B. die Bildung des Geſchworenengerichts durch allgemeine Wahlen für einen ſolchen, und zwar einen ſo großen halte, daß es mir unbegreiflich iſt, wie Braun, dieſer genaue Kenner des Geſchworenengerichts, ihn begehen konnte, ebenſo die Umgeſtaltung der Communalgarden in „Volkswehren“ mit Aufnahme aller Klaſſen der Bevölkerung in dieſe), daß ſie eine zu geringe organiſatoriſche, ſchaffende Thätigkeit entwickelt haben, daß ſie ſolchen Ausſchreitungen, wie ſie ſchon im Sommer 1848 z. B. im Schönburgiſchen vorkamen, nicht raſch und energiſch genug entgegengetreten ſind, u. ſ. w. Was meiner Anſicht nach ihnen die Durchführung ihrer Aufgabe am meiſten erſchwert und ſchließlich unmöglich gemacht hat, war die falſche Stellung, in welche ſie, allerdings nicht am wenigſten durch eigne Schuld, zu den vorhandenen politiſchen Parteien geriethen. Und hier komme ich zugleich auf die Stellung zu ſprechen, welche meine politiſchen Freunde zu dem Märzminiſterium eingenommen haben.

Nach meinem Abgange zum Vorparlament hatte ſich aus dem Kreiſe der engeren Geſinnungsgenoſſen heraus, die in den Märztagen mir zur Seite geſtanden, unter Hinzutritt anderer, wahlverwandter Elemente, ein „Deutſcher Verein“ gebildet, deſſen Tendenz eine gemäßigtliberale, monarchiſch-conſtitutionelle, vor Allem aber nationale war. Er hatte ſich in Leipzig raſch ausgebreitet, allmälig auch über andere Landestheile verzweigt.

Freilich ging es auch hier, wie gewöhnlich bei ſolchen tiefgreifenden Wandlungen im Staatsleben: ſo Mancher, der geſtern noch der Bewegung, ehe dieſelbe durchgedrungen, kühl, ängſtlich, wenn nicht feindlich gegenübergeſtanden, war für die nun ſiegreiche plötzlich gewonnen. Wie man in Frankreich 1848 Republikaner „von geſtern“ und „von morgen“ unterſchied, d. h. Solche, die es im Herzen ſchon vorher geweſen, und ſolche, die es erſt (wirklich oder ſcheinbar) geworden waren, ſo gab es auch bei uns 1848 Solche, welche vorher keineswegs ſo „liberal“ oder „national“ geweſen, wie ſie jetzt ſich anſtellten, welche vielleicht auch, wenn andere Zeiten kommen ſollten, es wieder nicht ſein würden, welche aber augenblicklich ſich zu dieſer Fahne bekannten, ſei es, daß ſie unter derſelben Schutz gegen die Uebergriffe einer radicaleren Richtung ſuchten, oder daß ſie es thaten, weil ſie ſo mit der damaligen Regierung ſich im Einklang zu wiſſen glaubten. Als mir die erſte, der Zahl nach recht ſtattliche Liſte des Leipziger „Deutſchen Vereins“ nach Frankfurt geſendet wurde, überfiel mich ein gewiſſes Gruſeln beim Anblick ſo manchen Namens, den ich hier nicht zu finden gewärtig war. Indeß — der Stamm des „Deutſchen Vereins“, ſeine Leitung und auch die große Mehrzahl ſeiner Mitglieder war aufrichtig national und gemäßigt liberal geſinnt und hat auch in dieſem Sinne nach Kräften gewirkt.

Der „Deutſche Verein“ oder, beſſer geſagt, die „Deutſchen Vereine“ (denn es gab, wie ſchon bemerkt, deren bald mehrere im Lande) waren entſchloſſen, feſt zu dem neuen Miniſterium zu halten, in deſſen Programm ſie ein vollauf genügendes Maß von Freiheit erkannten;

ſie waren entſchloſſen, daſſelbe in der ehrlichen Durchführung dieſes Programms und in einer kräftigen Handhabung der Regierungsgewalt zu unterſtützen, ganz beſonders auch in der Abwehr übertriebener, ungebührlicher Forderungen, wie ſolche ſchon bald und je länger je mehr von der, immer weiter nach links drängenden, Partei der „Vaterlandsvereine“ (oder doch einem Theile derſelben, denn es gab auch hier eine gemäßigtere und eine extremere Richtung) an das Miniſterium geſtellt wurden. Das Verhältniß der „Deutſchen Vereine“ zu den Miniſtern, insbeſondere zu Braun und Georgi, war inſoweit ein durchaus befriedigendes, und es fanden auch in der erſten Zeit mehrfach perſönliche Beziehungen hinüber und herüber ſtatt.

Nicht ſo günſtig geſtaltete ſich das Verhältniß der „Deutſchen Vereine“ zur Regierung, ſpeciell zu Pfordten, in Bezug auf die nationale Frage. Die „Deutſchen Vereine“ hielten von vornherein feſt zur Nationalverſammlung in Frankfurt, nicht blos als der geſetzlichen Vertretung des Geſammtwillens der Nation, ſondern auch, weil ſie bald erkannten, daß die Mehrheit dieſer Verſammlung auf einen Zuſtand der Dinge hinarbeite, der eben ſo viele Bürgſchaften einer vernünftigen Freiheit, als der nothwendigen Ordnung und Stabilität böte. Sie erwarteten von dem liberalen ſächſiſchen Miniſterium, daß es dieſen Beſtrebungen der Frankfurter Majorität möglichſt Vorſchub leiſten, keinesfalls Schwierigkeiten bereiten werde.

Anfänglich ſchien auch das Miniſterium dieſen Weg gehen zu wollen. Die Worte, die Pfordten zu mir bei meinem Abgange zum Vorparlament geſprochen: „Bringen Sie uns, welche Verfaſſung Sie wollen, nur nicht die

Republik"; die dem Vertrauensmann Todt mitgegebene Instruction, welche dem Heidelberger Programm vom 5. März entsprach, indem sie einen „Bundesstaat mit einem Oberhaupte" in Aussicht nahm, und worin ausdrücklich — ganz im Sinne der von Sr. Majestät zu mir gesprochenen Worte — die Nothwendigkeit einer „Beschränkung der Selbstständigkeit der einzelnen Glieder des (künftigen) Bundesstaates zu Gunsten der Einheit" anerkannt war — Alles das schien darauf hinzudeuten, daß die neuen Minister die Wichtigkeit einer kraftvollen Gestaltung Gesammtdeutschlands, nicht am wenigsten auch im Interesse einer Befestigung der innern Zustände Sachsens, richtig begriffen. Auch die radicale Partei schien anfänglich mit den „Deutschen Vereinen" in dem Respect vor dem Ansehen der Nationalvertretung übereinzustimmen. Als das Ministerium dem (zum letzten Mal berufenen) alten Landtage ein Decret vorlegte, worin die „Zustimmung" der sächsischen Regierung zu der Einsetzung einer provisorischen Centralgewalt und zur Wahl des Erzherzogs zum Reichsverweser ausgesprochen war, erhob sich einer der extremsten Wortführer der, durch die Ergänzungswahlen in die Zweite Kammer gelangten, radicalen Partei, Tzschirner, und verlangte: „die Regierung solle sich anheischig machen, alle Beschlüsse der Frankfurter Nationalversammlung ohne Weiteres für rechtsverbindlich zu erachten."

Allein bald zeigte sich ein wesentlicher Umschwung in den Ansichten sowohl der Linken als auch des Ministeriums. Schon als ich gegen Ende des April einmal wieder nach Sachsen kam und bei einer Reise nach Dresden auch Pfordten aufsuchte, fand ich seine Stellung zur deutschen

Frage wesentlich verändert. Mit großer Selbstzufriedenheit setzte er mir auseinander, indem er sich behaglich in seinem Lehnsessel wiegte, wie er als Minister Sachsens darauf hinarbeite, „das Gleichgewicht zwischen Oesterreich und Preußen zu erhalten“. Dieses Gefühl der Bedeutsamkeit seiner Stellung als Minister eines der größeren Staaten zweiten Ranges hatte sich dann offenbar bei ihm immer mehr gesteigert. In einem Decret vom 26. August 1848 (welches aber in der Zweiten Kammer erst am 19. October zur Verhandlung gelangte) stellte er sich dem Parlamente gegenüber nicht blos streng auf den Standpunkt der „Vereinbarung“, sondern er wollte auch den sächsischen Ständen ein Recht der Zustimmung oder Nichtzustimmung zu der künftigen Reichsverfassung vorbehalten. Dieses letztere war um so bedenklicher, als inzwischen auch die radicale Partei (von der doch vorauszusetzen war, daß sie in einer künftigen, nach einem freieren Wahlgesetz gebildeten Kammer, wenn nicht in der Majorität, doch jedenfalls stark vertreten sein werde) eine totale Schwenkung gegenüber Frankfurt gemacht hatte. Weil die Frankfurter Mehrheit ihr zu conservativ verfuhr, sagte sie dem ganzen Parlamente den Kauf auf und zog sich auf den Standpunkt des Einzelstaates und seiner Particularrechte zurück. Einer der Wortführer der sächsischen Radicalen im Parlamente, Schaffrath, hatte bereits der Mehrheit des letzteren gedroht: „man werde gegen sie den Hebel in den Einzellandtagen ansetzen.“ Und so geschah es in der That. Dieselbe Linke, in deren Namen Tzschirner verlangt hatte, die Regierung solle sich im Voraus allen Beschlüssen des Parlaments unterwerfen, zollte jetzt dem Pfordten'schen Decret, welches das allerdirecteste

Gegentheil davon enthielt, ausdrücklich Beifall. Pfordten aber, durch dieſe Bundesgenoſſenſchaft der Radicalen nicht, wie man hätte glauben ſollen, abgeſchreckt, vielmehr anſcheinend nur in ſeinem Vorhaben beſtärkt, erklärte: „Die Regierung werde ihr Decret nicht zurückziehen, möge in Frankfurt beſchloſſen werden, was wolle.“

Es war nämlich dieſes Decret dasjenige, gegen welches im Parlamente offen aufzutreten ich, ſo leid es mir war, für meine Pflicht gehalten hatte. Bevor mein Antrag zur Verhandlung kam (was wegen ſeiner Connexität mit andern ähnlichen Anträgen auch erſt ſpät geſchah), wandte ich mich noch zuvor vertraulich an Braun, um vielleicht eine Aenderung in der Haltung des Miniſteriums und damit die Vermeidung eines Conflictes zu erreichen. Allein Braun antwortete mir — zwar artig, aber ablehnend — unterm 16. November 1848 Folgendes:

Indem ich Ihnen für Ihren werthen Brief ergebenſt dankbar bin, bedaure ich nur, daß ich Ihrer guten Abſicht nicht entſprechen konnte. Es iſt unmöglich, daß die Regierung ihr Decret vom 26. Auguſt d. J. zurückziehe. Die darin ausgeſprochenen Grundſätze ſind das Ergebniß reiflicher Ueberlegung unter Berückſichtigung der ſächſiſchen Verfaſſungsverhältniſſe und der Lage der Dinge. Es fällt, davon bitte ich überzeugt zu ſein, der Regierung nicht ein, den Beſchlüſſen der Nationalverſammlung entgegenzutreten, aber, da die Regierung und Niemand zur Zeit ſelbſt nur mit einiger Beſtimmtheit weiß, ob die größeren Staaten in Deutſchland aufgehen, oder Deutſchland in einem dieſer größern Staaten, ſo wäre es meiner feſten Ueberzeugung nach einer der größten Fehler der ſächſiſchen Politik, wollte man das zwiſchen den beiden größten Staaten eingekeilte Sachſen im voraus und mittelſt rechtlicher Verpflichtung von der zur Zeit unerkennbaren Wendung abhängig machen, welche die deutſchen Geſchicke noch in

Frankfurt finden können. Sachsen muß sich freie Hand behalten außerdem könnte es sich in Kurzem um seine ganze politische Existenz handeln.

Braun bezieht sich hier offenbar auf Artikel 2 der sächsischen Verfassung, wonach „kein Recht der Krone ohne Zustimmung der Stände veräußert werden kann". Es wäre vielleicht richtiger gewesen, wenn das Ministerium Braun-Pfordten, statt den Radicalen (von denen es wußte, wie sie neuerdings zum Parlamente standen) zu einer Bekämpfung desselben die Waffen zu liefern, vielmehr die Kammern zu einer Abänderung jener Bestimmung in dem Sinne veranlaßt hätte, daß die Regierung ermächtigt würde, Beschlüssen des Parlaments, als der Vertretung der ganzen Nation (an welcher ja auch Sachsen durch Abgeordnete Theil hatte) ohne eine vorherige Befragung der Stände beizutreten. So geschah es in der preußischen Verfassung von 1850 mit Bezug auf die damals in der Vorbereitung begriffene sog. „Unionsverfassung". Daß Braun beim Beginn des Parlaments den „Vereinbarungsstandpunkt" einnahm, wußte ich allerdings aus einem früheren Briefe desselben (vom 27. Mai) wo er mir schrieb:

Es kann nicht unbedenklich für die Regierungen sein, ehe und bevor man weiß, in welcher Richtung sich die Nationalversammlung in ihrer Majorität bewegt, sich auf Discretion deren Beschlüssen zu unterwerfen. Von unserer Regierung aus wird man alles Mögliche thun, um sich zu verständigen; man wird sich zu wesentlichen Opfern an Hoheitsrechten bereit erklären, indem man von der Nothwendigkeit dessen überzeugt und von dem Wunsche beseelt ist, Einheit herbeizuführen. So viel ich beurtheilen kann, ist dies auch die Ansich: der meisten Regierungen, und wenn die Nationalversammlung diese jetzige Stimmung benutzt und nicht die Regierungen ganz außer Spiel setzen will, werden gewiß viele

Schwierigkeiten geebnet und wird das große Werk der Nationalverſammlung raſcher zum Ziele geführt werden, als wenn man von Seiten dieſer einſeitig die Geſchicke Deutſchlands ordnen zu können glaubt.

Allein das war geweſen, „ehe und bevor man wußte, in welcher Richtung ſich die Nationalverſammlung in ihrer Mehrheit bewegen würde“. Jetzt, im November, wußte man dies; namentlich wußte man, wie entſchieden dieſe Majorität allen nicht blos anarchiſchen und republikaniſchen, ſondern auch ſchon demokratiſchen Tendenzen der Linken gegenübertrat, wie entſchieden und feſtgeſchloſſen ſie darauf hinarbeitete, eine Verfaſſung für Deutſchland zu gründen, welche die Intereſſen der Ordnung und Stärke mit denen der Freiheit vereinigen ſollte. Jedenfalls aber, wenn man denn doch auf dem Vereinbarungsſtandpunkt ſtehen bleiben wollte, dabei aber, wie Braun am 27. Mai ſchrieb (und gewiß aufrichtigen Sinnes ſchrieb), ſeitens der Regierung zu jedem nothwendigen Opfer für die Einheit und Größe Deutſchlands bereit war — jedenfalls war es nicht weiſe gehandelt, daß die Regierung, wie durch das Decret vom 26. Auguſt geſchah, ſich im voraus die Hände band gegenüber einer Partei, von der ſie wiſſen konnte, daß ſie gegen das Verfaſſungswerk, wie es von der conſervativen Mehrheit in der Paulskirche zu erwarten ſtand, mit aller Kraft opponiren werde. Eigenthümlich war noch eine andere Stelle in dem Braun'ſchen Briefe, welche beweiſt, welche ſonderbare Anmuthungen an das Frankfurter Parlament ſelbſt von ganz verſtändigen Männern geſtellt wurden, und wie dieſelben Männer, die dem Parlamente einen ſo weitgehenden Machtgebrauch anſannen, andererſeits dem-

ſelben die Mittel, welche dazu erforderlich geweſen wären, ſo viel an ihnen war, verſagten. Braun ſchrieb nämlich am Schluſſe ſeines Briefes:

> Hier hat die Nachricht von dem gewaltſamen Tode Blums große Senſation gemacht. Die Nachricht davon, wie von den Ereigniſſen in Berlin, haben uns in die Tage des März zurückverſetzt. Zu wünſchen iſt es im Intereſſe der Nationalverſammlung, daß ſie dem gegen Einen ihres Mittels und dadurch gegen ſie ſelbſt geführten Schlag mit der größten Entſchiedenheit begegnet, ſonſt iſt es um ihren Einfluß geſchehen. Es iſt freilich aber auch zu wünſchen, daß man Maßregeln beſchließe, welchen man Nachdruck wirklich verſchaffen kann.

Wie ſich Braun dieſe „Maßregeln“ und den ihnen zu gebenden „Nachdruck“ dachte, wo es ſich um einen Conflict mit der Großmacht Oeſterreich handelte, während nach ſeiner Anſicht ſogar das kleine Sachſen das Recht haben ſollte, der Nationalverſammlung gegenüber „freie Hand“ zu behalten, iſt nicht recht verſtändlich.

Durch das Decret vom 26. Auguſt, welches offenbar für die particulariſtiſchen Tendenzen der Radicalen eine Begünſtigung und Ermuthigung enthielt, und durch die Beiſtimmung, welche letztere demſelben gezollt hatten, war eine Art von Solidarität, von ſtillſchweigendem Bündniß zwiſchen dem Miniſterium und der radicalen Partei, ebenſo aber ein ſcharfer Gegenſatz des erſtern zu den „Deutſchen Vereinen“ in's Leben gerufen und öffentlich bekundet worden.

Betraf nun gleich dieſer Gegenſatz und jene Gemeinſchaft zunächſt nur die deutſche Frage, ſo übte doch Beides auch auf die inneren Zuſtände Sachſens ſehr nachtheilige Rückwirkungen aus. Zwar fuhren die „Deutſchen Vereine“ fort, in den rein ſächſiſchen Fragen das Miniſterium

zu unterſtützen und gegen rechts oder links, je nachdem es nöthig ſchien, zu decken; allein das Verhältniß ward natürlich dennoch — bei der übergreifenden Wichtigkeit, welche die deutſche Frage hatte — ein kühleres und zweifelhafteres. Dies wirkte wiederum auf die Ausbreitung und ſomit auch auf den Einfluß der „Deutſchen Vereine“ nachtheilig ein, denn bei der Unſelbſtſtändigkeit ſo vieler Menſchen, die gern immer nur das thun, was von oben her oder von irgend einer Autorität gebilligt wird (und an ſolchen iſt leider und war noch mehr früher auch in Sachſen kein Mangel), hielten oder zogen ſich ſo Manche von den „Deutſchen Vereinen“ zurück, ſeitdem letztere nicht mehr im Einklange, eher in einem Widerſtreite mit den zeitweiligen Trägern der Regierungsgewalt ſich zu befinden ſchienen. Damit ſchwächte aber das Miniſterium die Zahl und das Gewicht ſeiner eignen Vertheidiger in der innern Politik, denn jene „um jeden Preis Miniſteriellen“, die außerhalb der „Deutſchen Vereine“ ſtanden, konnten ihm in ihrer Vereinzelung viel weniger nützen, als eine in ſich feſt geſchloſſene Partei, wenn dieſe recht viele und recht gewichtige Mitglieder in ihren Reihen zählte.

Dieſen Umſtand benutzten dann mit gewohnter Schlauheit die Radicalen, um ſich als die dem Miniſterium näherſtehende, von dieſem begünſtigte Partei darzuſtellen und durch ſolches Vorgeben in den Kreiſen eben jener Unſelbſtſtändigen ſich einen Anhang zu machen. Pfordten ſelbſt ſchmeichelte der Demokratie auf mancherlei Weiſe. Mit jenem cordialen Weſen, welches er ſo gut anzunehmen verſtand, wußte er den harmloſen Oberländer, der als der Vertreter dieſer Partei, als der „Volksmann“ im Mini-

ſterium galt, dergeſtalt zu gewinnen, daß derſelbe ſeinen Parteigenoſſen draußen im Lande ganz ernſthaft die Verſicherung gab: „der Pfordten ſei nicht blos ein ‚gut deutſcher', ſondern auch ein ‚echt freiſinniger' Mann, ein ebenſolcher, wie er, Oberländer, ſelbſt". Pfordten war von allen Miniſtern neben Oberländer der einzige, welcher dem Trauergottesdienſt für Blum beiwohnte.

Erhielt ſo die Demokratie mittelbar — durch die particulariſtiſche Haltung Pfordtens — eine Art von Anlehnung an das Märzminiſterium, ſo geſchah das Gleiche in der allerunmittelbarſten und ſtärkſten Weiſe durch einen andern der Miniſter, durch Oberländer. Das Gerücht: „Oberländer habe vor Annahme des Miniſterpoſtens nicht blos Blums Rath, ſondern deſſen förmliche Erlaubniß dazu eingeholt," halte ich (obſchon bedauerlicherweiſe ſelbſt Laube in ſeinem „Deutſchen Parlament", S. 139, es nachgeſprochen hat) für ein bloßes Geſchwätz. Daß aber Oberländer unter einem gewiſſen Drucke von Blums energiſcher Perſönlichkeit und ſeinem im Volke viel geltenden Anſehen ſtand, davon habe ich ſelbſt einen überraſchenden Beweis erlebt. Bei eben jenem Beſuche in Dresden, wo ich Pfordten ſprach, ſuchte ich auch Oberländer auf. Ich fand ihn in ſeinem Weſen gänzlich unverändert (während ſowohl Pfordten als Braun mir bereits etwas miniſterielle Manieren zeigten), freilich aber auch in ſeinen Anſichten: er war noch immer viel mehr Parteimann, als Staatsmann. Ich aß bei ihm und nach Tiſch gingen wir zuſammen ſpazieren. Da geſtand er mir offen, daß, wenn Blum nicht in's Parlament gewählt werde, alſo in Sachſen bleibe, ihm vor deſſen agitatoriſcher Thätigkeit bange ſei, und

fragte mich um Rath: „ob man ihm dann nicht irgend eine öffentliche Stellung geben könne“ (was doch wohl so viel hieß, als: wie man ihn für die Regierung unschädlich machen könne). Damals war eben die Einsetzung einer Commission für die Arbeiterverhältnisse (des sog. „Arbeiterparlaments“) von der Regierung angeordnet. Ich rieth ihm, Blum dabei in irgend einer Weise, etwa als Commissar der Regierung (was dann der Geh. Reg.-Rath Weinlig wurde), zu betheiligen. Blum ward nachträglich noch gewählt, und so erledigte sich Oberländers Besorgniß.

Allein auch ohne die directe Mitwirkung der gewaltigen Persönlichkeit ihres Führers wußte dennoch die sächsische Demokratie sich des Ministers Oberländer zu versichern, indem sie ihm, „dem alten Volksmann, der auch in seiner neuen Stellung nicht aufhören werde und dürfe, dies zu sein und in diesem Sinne sein Amt zu führen“, bald schmeichelte und bald drohte. Und Oberländer hielt sich denn auch wirklich für verpflichtet, diesen Mahnungen nachzukommen, erst und vor Allem „Volksmann“ und nur in zweiter Linie Minister, Staatsmann zu sein, in jener ersten Eigenschaft aber allen Forderungen des „souveränen Volkes“ möglichst zu genügen, auch solchen, welche der Minister, der Staatsmann, unbedingt als unzulässig oder gar gefährlich erkennen mußte. Eine in dieser Hinsicht sehr bezeichnende Anekdote erzählt Friesen (a. a. O. 1. Bd. S. 77), der unter Oberländer im Ministerium des Innern arbeitete. Bei Berathung des Gesetzentwurfs über Vereine und Versammlungen im Schooße des Ministeriums verlangte Oberländer die Aufnahme einer Bestimmung in das Gesetz, wonach auch verheirathete Frauen das Recht haben

ſollten, an politiſchen Vereinen und Verſammlungen ſich zu betheiligen, ja wonach ſogar den Ehemännern unter Strafandrohung verboten werden ſollte, ihre Ehefrauen daran zu hindern. Seine Räthe machten dagegen Vorſtellungen. Da brach Oberländer die Discuſſion darüber mit den Worten ab: „Sie haben Recht, meine Herren, es iſt Unſinn und kann ſehr gefährlich werden; aber das Volk will es einmal, und da müſſen wir gehorchen.“ Die Partei der „Vaterlandsvereine“ erwies ſich für ſolche Nachgiebigkeit Oberländers gegen alle und jede „Volkswünſche“ dadurch dankbar, daß ſie ihn als den einzigen Miniſter, der wahrhaft einer „nach dem Herzen des Volkes“ ſei, auf den Schild hob. Umgekehrt rühmte ſie ſich ſeiner Beiſtimmung zu ihrem Thun und Treiben und wußte dadurch nicht blos in den Kreiſen des eigentlichen „Volks“, ſondern auch bei vielen Gebildeten ſich Anhang zu verſchaffen. Bei den Wahlen zum erſten Landtag nach dem Wahlgeſetz von 1848 ließ Oberländer ſich als Candidat für die Zweite Kammer von der demokratiſchen Partei aufſtellen, ward auch gewählt und trat in die Kammer ein. Durch alles Dieſes ſetzte ſich Oberländer in einen immer ſtärkeren Gegenſatz zu ſeinen Collegen Braun und Georgi; allein Braun war nicht energiſch genug, auch wohl etwas zu indolent, um dem bedenklichen Gebahren Oberländers wirkſam entgegenzutreten, Georgi aber hatte zu viel mit den, durch die allgemeine Kriſis ſchwer bedrohten, finanziellen und wirthſchaftlichen Verhältniſſen Sachſens zu thun (denen er nach Kräften aufhalf), als daß er ſich ſehr um die Politik hätte kümmern können. Pfordten endlich brauchte die Demokratie für ſeine particulariſtiſchen Zwecke.

Nach dem Rücktritt des Märzministeriums im April 1849 schrieb mir ein sehr wohldenkender und gut unterrichteter Mann aus Sachsen nach Frankfurt:

Dieser Rücktritt hat in Sachsen auch nicht die entfernteste Sensation gemacht. Wie sich das neue, rein bureaukratische Ministerium (Held-Weinlig ꝛc.) durchschlagen und nehmen wird, ist noch kaum zu sagen; so viel ist indeß klar, es muß die Kammern auflösen, nachdem es zuvor alle undeutschen Schritte seiner Vorgänger desavouirt hat . . . Oberländer ist für Sachsen der Unstern gewesen; wohin ich höre, überall gleichlautender Tadel über dessen Verhalten. Braun und Pfordten sind ihm gegenüber schwach gewesen und haben sich vor dem Geschrei der Radicalen gefürchtet. Oberländer hat übrigens zwei Tage nach seinem Rücktritt seine früheren Collegen (als Abgeordneter in der Kammer) geradezu denuncirt: „er sei der echte Volksmann gewesen, habe aber im Ministerium nicht durchdringen können."

Ich gestehe, daß ich eines solchen Schrittes, wie dieser letzte, Oberländer nicht für fähig gehalten, überhaupt aber ihm etwas mehr staatsmännische Einsicht und politischen Muth zugetraut hätte. Fast möchte ich es bereuen, seiner Zeit gegen Pfordten den Gedanken geäußert zu haben, den dieser aufnahm: er möge an Oberländer das Ministerium des Innern abgeben; denn offenbar hat gerade in diesem Departement, in welches die Handhabung der gesammten Preß-, Vereins-, Versammlungspolizei usw. fiel, ein solcher Mangel an Charakter, wie er leider bei Oberländer sich herausstellte, vorzugsweise schädlich gewirkt.

So darf es freilich nicht Wunder nehmen, wenn auf der einen Seite die demokratische Bewegung, fort und fort wachsend, allmälig jedes Maß überschritt und zuletzt alle Dämme durchbrach, auf der andern einer längst im Stillen lauernden Reaction durch diese Ueberstürzungen der Radi-

calen und durch die offenbare Ohnmacht des Miniſteriums ihnen gegenüber erſt der noch halb ſchüchterne Verſuch eines Wiederhervortretens, dann ein immer kühneres Fußfaſſen und endlich der vollſtändige Sieg auch über die berechtigten Forderungen in freiheitlicher wie in nationaler Richtung leicht gemacht ward. Allein nochmals ſpreche ich es als meine feſte Ueberzeugung aus: weder Jenes noch Dieſes war eine nothwendige oder auch nur natürliche Conſequenz der Märzbewegung von 1848 und der Art und Weiſe, wie dieſe in Sachſen verlief, vielmehr die Folge der Fehler, welche theils die frühere Verwaltung begangen hatte, indem ſie zu lange mit dringlichen Reformen zurückhielt, theils das Märzminiſterium (hauptſächlich infolge ſeiner ungleichartigen Zuſammenſetzung) beging, einmal dadurch, daß es den Ueberſtürzungen der demokratiſchen Partei nicht genug Energie entgegenſetzte, ſodann durch ſeine unglückliche Behandlung der deutſchen Frage, wodurch es den ihm entgegengebrachten Beiſtand der gemäßigten Partei von ſich ſtieß, jedenfalls in ſeinen Wirkungen weſentlich ſchwächte.

Soeben, da ich die ſchriftlichen Denkmäler jener merkwürdigen Zeit wieder einmal durchblättere, fällt mir ein Actenſtück in die Hände, welches damals viel Aufſehen erregte, die ſog. „Schwertadreſſe“. Es war dies eine von der Lauſitz ausgegangene Eingabe an den König, worin, unter Hinweis auf die unverkennbar republikaniſchen Geſinnungen eines großen Theiles der Abgeordneten in dem neuen Landtage, auf die demokratiſchen Verſuche einer Unterwühlung der ſoldatiſchen Zucht im Heere u. A. m. und auf die von Alledem dem Throne und dem Lande

drohenden Gefahren, der König aufgefordert wird, dagegen „alle, da nöthig ſelbſt die äußerſten Mittel zu ergreifen". Ich laſſe Werth und Tendenz dieſer Adreſſe hier auf ſich beruhen, hebe aber eine Stelle daraus hervor, welche beweiſt, daß ſelbſt Männer von ſo ſtreng conſervativen Geſinnungen, wie die Abſender dieſer Adreſſe, alſo Männer, die gewiß nicht gerade Freunde der Märzbewegung waren, dennoch ihr die Gerechtigkeit widerfahren ließen, nicht ſie habe das Unheil verſchuldet, welches im weiteren Verlauf jener erregten Zeit leider über Sachſen kam. Es heißt dort:

> Dieſer troſtloſe Zuſtand iſt, unſerer innigſten Ueberzeugung nach, nicht die unmittelbare, nicht die unbedingte Folge jener Grundſätze, welche des Königs Regierung am 16. März 1848 dem Volke verkündete. Eine gewiſſenhafte Innehaltung dieſer Grundſätze, eine ſtrenge Ahndung eigenmächtiger Auslegung und willkürlicher Ueberſchreitung derſelben, entſchiedenes Auftreten gegen die Beſtrebungen einer rein demokratiſchen und republikaniſchen Partei, mit Einem Worte, eine kräftige, ihre Stellung und ihren Beruf wahrhaft erfaſſende Regierung würde das zum Glück und zum Segen des Landes zu wenden vermocht haben, was jetzt ihm zum Verderben gegeben zu ſein ſcheint.

Zwanzigstes Capitel.

Meine Betheiligung am Vorparlament und am Fünfziger-Ausschuß.

Am Nachmittag des 29. März reiste ich zum Vorparlament nach Frankfurt ab. Die Reise dahin dauerte damals noch volle 24 Stunden, denn die Eisenbahn ging nur von Leipzig bis Eisenach. An letzterem Orte traf ich mit Hannoveranern und Braunschweigern zusammen, die gleich mir zum Vorparlament reisten, und ward mit ihnen bekannt. In unserem Postwagen befand sich auch Dahlmann, der, von der preußischen Regierung zum „Vertrauensmann" ernannt, von Berlin kam. In einem zweiten Wagen fuhren Blum und Rouge mit uns. In Hanau wurden diese — anscheinend schon erwartet — von einem Volkshaufen mit Hurrahrufen und Flintenschüssen dermaßen lärmend begrüßt, daß beinahe unsere Pferde scheu geworden wären; Beide hielten, auf dem Verdeck des Wagens stehend, schwungvolle Reden an die versammelte Menge.

Frankfurt, die alte Wahl- und Krönungsstadt deutscher Kaiser, hatte sich zum Empfang der Fürsprecher des deutschen

Volks wie eine Braut geſchmückt und begrüßte uns mit Ehrenpforten, Guirlanden und Kränzen. Viele der Ankommenden wurden von Frankfurter Familien als Gäſte aufgenommen. Mich hatte ſchon lange im voraus ein werther früherer Bekannter, Dr. G. Varrentrapp, zu ſich eingeladen. Er wohnte damals im zweiten Stock des Hauſes ſeiner Schwiegermutter, Frau Lutteroth, am Roßmarkte. Frau Lutteroth ſelbſt, eine ſtattliche Dame von lebhaftem Geiſte, hatte ebenfalls einem Mitgliede des Vorparlaments bei ſich Wohnung geben wollen, und zwar am liebſten einem hervorragenden Demokraten — wohl aus einem gewiſſen Reize des Contraſtes, denn bis dahin war ſie immer gewohnt geweſen, in ihren prächtigen Salons die Crême der heimiſchen und auswärtigen Ariſtokratie, Diplomaten, Bundestagsgeſandte u. ſ. w., zu empfangen und zu bewirthen. Irre ich nicht, ſo war jetzt der freigemeindliche Prediger Baltzer aus Nordhauſen ihr Gaſt. Sie hielt auch während der drei Tage des Vorparlaments eine Art offener Tafel, und es ward als ſelbſtverſtändlich angenommen, daß ſowohl Baltzer als ich dazu mitbringen könnten, wen wir wollten. Uebrigens klagte Frau Lutteroth — zwar nicht öffentlich, aber im Vertrauen, ſo oft ſie (was täglich geſchah) auf ein Plauderſtündchen zur Frühkaffeezeit bei ihrem Schwiegerſohn erſchien, über den Terrorismus, den die Demokratie in Frankfurt übe, und wie ihr ſelbſt dadurch der gewohnte Lebensgenuß verkümmert werde. Sie wage es nicht mehr, in ihrer Equipage auszufahren, ja kaum noch, gute Handſchuhe auf der Straße zu tragen — aus Furcht, inſultirt zu werden.

Noch am Abend meiner Ankunft — dem Vorabend

des Vorparlaments — führte mich mein freundlicher Wirth in verschiedene öffentliche Locale: Wolfseck, Holländischer Hof u. s. w., wo improvisirte parlamentarische Versammlungen stattfanden. Hier überall ward bei einem Schöppchen Wein die Alles beherrschende Frage: „Republik oder Monarchie“ abgehandelt. Für jene traten die lebhafteren Süddeutschen — Kapp aus Heidelberg, Hoff aus Mannheim, Zitz aus Mainz u. A., für diese die ruhigeren Norddeutschen, Rüder aus Oldenburg, Aßmann aus Braunschweig, Wurm aus Hamburg, in längeren oder kürzeren Reden ein. Die Frankfurter Bevölkerung war zwischen beiden Richtungen getheilt. Schon an diesem und ebenso an den nächsten Abenden sah man häufig Schaaren die Straßen durchziehen, eine Fahne voran, welche symbolisch (je nachdem sie roth oder schwarz-roth-golden war) die, welche ihr folgten, entweder als Republikaner oder als Monarchisten kennzeichnete. Dabei war es aber merkwürdig, daß das Losungswort, woran die beiden Parteien sich erkannten und bei dessen Austausch es auch wohl zu handgreiflichen Auseinandersetzungen kam, nicht: „Republik“ und „Monarchie“ lautete, sondern: „Republik“ und „Parlament“.

Instinctmäßig nahm das Volk an, daß die Männer, die sich im Vorparlament zusammenfänden, vorwiegend dem Gedanken der Herstellung einer festen Ordnung in Deutschland huldigten, während die Republikaner gesonnen schienen, Alles, was von einer solchen noch aufrecht stand, vollends aufzulösen. Sehr entschiedene Gegner ihrer Bestrebungen fanden die Republikaner an den Männern der stattlichen und wohlorganisirten Frankfurter Bürgerwehr. Ein ein-

mal unternommener Angriff auf die Paulskirche, in der das Vorparlament tagte, wurde von dieſer Bürgerwehr mit blutigen Köpfen zurückgewieſen.

Als ich am Morgen des 31. März zur Paulskirche ging, begegnete mir unterwegs Max von Gagern (den ich in Berlin bei Gelegenheit meiner kurzen diplomatiſchen Miſſion hatte kennen lernen) am Arme eines hochgewachſenen, ſtattlichen Mannes mit markigen, ausdrucksvollen Zügen, gewölbter Stirn und dunklen, weit vorſtehenden Jupiterbrauen. Es war ſein älterer Bruder, Heinrich v. Gagern, erſt Abgeordneter, ſeit der Märzbewegung Miniſterpräſident in Heſſen-Darmſtadt. Er war in weiteſten Kreiſen ſchon durch ſeinen Antrag in der Darmſtädter Zweiten Kammer auf Herſtellung eines deutſchen Bundesſtaates mit Preußen an der Spitze, noch in viel höherem Maße aber durch ſein Miniſterprogramm bekannt und populär geworden, welches letztere durch die Beſtimmtheit und zugleich Beſonnenheit, womit es die nothwendigen nationalen und freiheitlichen Reformen präciſirte, zu einer Art von Muſterprogramm für andere Märzminiſter geworden war. In der Begleitung der beiden Gagern befand ſich Buhl, ein vertrauter Freund der Brüder. Max von Gagern machte mich mit ſeinem Bruder bekannt. Infolge einer Aeußerung — ich weiß nicht mehr, ob von Buhl oder mir — dahin gehend, daß wir in ihm den wahren Führer der ganzen deutſchen Bewegung zu verehren hätten, lehnte Gagern dies beſcheiden ab und ſagte: „Auf meinen Geiſt bilde ich mir wenig ein; wenn etwas an mir Werth hat, ſo iſt es meine aufrichtig nationale Geſinnung.“ „Aber,“ ſetzte er hinzu, „iſt es nicht traurig, wenn eine Eigenſchaft,

die allgemein ſein ſollte, einem Einzelnen als Vorzug angerechnet werden kann?“

Gagern hatte den ihm von Vielen zugedachten Vorſitz im Vorparlamente, als unverträglich mit ſeiner dermaligen amtlichen Stellung, von ſich gewieſen. Später, als er zum Präſidenten des wirklichen Parlaments gewählt ward, verzichtete er auf ſeinen Miniſterpoſten, um ſich ganz nur jener Vertrauensſtellung zu widmen und jede Colliſion zu vermeiden.

An ſeiner Stelle ward zum Präſidenten des Vorparlaments der berühmte Juriſt Mittermaier gewählt, der die gleiche Stelle in der badiſchen Zweiten Kammer viele Jahre lang zur Zufriedenheit bekleidet hatte. Hier aber — in der ſo viel zahlreicheren Verſammlung, bei der parlamentariſchen Ungeſchultheit der meiſten Theilnehmer derſelben und bei der gewaltigen Erregtheit, welche namentlich die Süddeutſchen zum großen Theile mitbrachten — verſagte ihm ſowohl die Kraft der Stimme als die Geiſtesgegenwart in Leitung der Debatten. Seine Stellvertreter waren (infolge einer Art von Compromiß zwiſchen der Rechten und der Linken) Dahlmann, Sylveſter Jordan, Itzſtein und Blum. Von dieſen war nur Blum vermöge ſeines ausgiebigen Organs und zugleich ſeiner ſchlagfertigen Rede dazu geeignet, jenen Mängeln des Präſidenten etwas nachzuhelfen, und er that es mehrmals mit Geſchick und Erfolg. So namentlich das eine Mal, als plötzlich die Kunde von außen in die Verſammlung hereindrang: ein bewaffneter Volkshaufe rücke gegen die Paulskirche heran, und ſich Vieler ſichtlich eine ſtarke Unruhe bemächtigte. Da erinnerte Blum an die Würde der Verſammlung und

brachte es wirklich dahin, daß auch die Aengſtlichen ſich faßten. Bald darauf kam die Nachricht, daß die Frankfurter Bürgerwehr die Ruheſtörer zerſtreut habe.

Sogleich am erſten Tage platzten die Geiſter tüchtig aufeinander. Auch hier war es der Gegenſatz von Monarchie und Republik, der ſich wie ein rother Faden durch alle Verhandlungen zog. Der vorbereitende Ausſchuß hatte ein Programm vorgelegt, welches ſich offen und entſchieden zum monarchiſch-conſtitutionellen Bundesſtaate bekannte. Dem ſtellte G. v. Struve ein anderes, ſehr umfängliches entgegen, welches nicht blos ultrademokratiſch und republikaniſch, ſondern auch etwas ſocialiſtiſch war. Für und gegen beide Programme ward heftig hin und her geſtritten. Große Erregung brachte es hervor, als Carl Vogt (der berühmte Naturforſcher), damals Profeſſor in Gießen, den alten Vorkämpfer des ſüddeutſchen Liberalismus, Carl Welcker, der in den Märztagen von der badiſchen Regierung zum Bundestagsgeſandten ernannt worden war, in unwürdiger Weiſe angriff, indem er ſpöttiſchen Tones ſagte: „Der Herr Abgeordnete oder vielmehr der Herr Bundestagsgeſandte Welcker.“ Darüber erhob ſich in der Verſammlung ein Tumult, den zu ſtillen der Präſident außer Stande war: die Sitzung mußte für einige Zeit aufgehoben werden. Durch beſonders heftige Zwiſchenrufe that ſich mein Nachbar zur Linken hervor, und zwar in markant ſchwäbiſchem Dialekt. Als derſelbe ſpäter meinen Namen hörte, machte er ſich mir in den Worten bekannt: „Sie ſind der Karl Biedermann? Ich bin der Robert Mohl.“ Nach unſeren norddeutſchen und ſpeciell unſeren ſächſiſchen Maßſtäben hätte ich mir den Mann, der mir

als berühmter Staatsrechtslehrer und charaktervoller Mann längst bekannt und von mir hochgeschätzt war (er hatte seinem Vaterlande Württemberg wegen seines Freimuthes den Rücken kehren müssen, und war jetzt Professor in Heidelberg), doch anders gedacht: Mohl behielt diese schwäbische Einfachheit und Derbheit auch als Reichsminister, was er später wurde, unverändert bei, was ihm, als wohlthuender Gegensatz zu der diplomatisirenden Weise z. B. Schmerlings, bei dem Parlamente sehr zum Vortheil gereichte. Meine so formlos eingeleitete Bekanntschaft mit ihm ward später im Parlamente, wo wir in demselben Club saßen, eine intimere und ist mir sehr werthvoll geblieben.

An diesem ersten Tage kam es zu keiner Entscheidung zwischen den Parteien, sondern nur zu einem Waffenstillstande. Die Frage über die künftige Verfassung Deutschlands ward von der Tagesordnung des Vorparlamentes abgesetzt und dem Parlamente vorbehalten.

Am zweiten Tage erneuerte sich der Kampf. Diesmal schickte die republikanische Partei statt des zwar leidenschaftlichen, aber weniger redegewandten Struve ihren Hauptwortführer Friedrich Hecker voran, einen feurigen Redner von bestechender und fortreißender Gewalt des Wortes, in seinem Aeußeren eine noch jugendlich elastische Erscheinung mit von langen, kastanienbraunen Locken eingerahmtem Kopf, interessanter Gesichtsbildung und einem halb burschikosen, halb chevaleresken Wesen in seinem Auftreten. Hecker verlangte, das Vorparlament solle beisammen („permanent") bleiben bis zum Zusammentritt des wahren Parlaments. Die Absicht war leicht zu durchschauen. Das Vorparlament war nicht durch regel-

mäßige Wahlen aus allen Theilen Deutschlands und aus allen Parteien zusammengesetzt, sondern es waren dazu theils öffentliche Aufforderungen nach gewissen Kategorien (z. B. an alle Mitglieder der Einzellandtage), theils private Einladungen ergangen. Jenen ersteren war natürlich nur theilweise und vorzugsweise von den Mitgliedern der mehr vorgeschrittenen Parteien stattgegeben worden; diese letzteren waren (durch) eine merkwürdige Nachlässigkeit des vorbereitenden Ausschusses) fast ausschließlich in die Hände des Herrn v. Itzstein gelangt und von diesem überwiegend an Männer der extremen Linken vertheilt worden. Es war ferner natürlich, daß die, näher bei Frankfurt wohnenden Süddeutschen ungleich zahlreicher gekommen waren, als die Norddeutschen. Es war endlich vorauszusehen, daß dieses Mißverhältniß noch viel größer werden würde, wenn das Vorparlament längere Zeit beisammen bliebe, weil alsdann Viele durch ihre amtlichen oder privaten Geschäfte genöthigt sein würden, die Versammlung zu verlassen, wo dann die Norddeutschen nicht so bald wiederkehren möchten, während es für die Süddeutschen leicht wäre, zu einer oder einigen Sitzungen sich wieder einzufinden und damit ihrer Partei den Sieg zu verschaffen. Rechnet man zu alledem noch die Schwäche, ja beinahe Ohnmacht, in welcher sich nach den Märztagen ein Theil der deutschen Regierungen befand, so war fast mit Sicherheit vorauszusehen, daß eine Versammlung von mehr als 500 Männern, auf welche die Bevölkerungen als auf ihre Vertrauensmänner hinblickten, wiederholt in die Versuchung kommen würde, in die Regierungsangelegenheiten der einzelnen Länder einzugreifen, also Convent zu

ſpielen, und daß es der conſervativen Minderheit ſchwer ſein möchte, die beweglichere Mehrheit davon, daß ſie dieſer Verſuchung nachgebe, abzuhalten. Iſt dies doch ſelbſt dem Ausſchuſſe, den die Verſammlung zurückließ, ſchwer genug geworden. Genug, Permanenz des Vorparlaments war, daran konnte man kaum zweifeln, wenn nicht ſchon die Republik ſelbſt, ſo doch ein ſtarker Anlauf dazu. Glücklicherweiſe ward dieſe Gefahr — unter den damaligen Umſtänden wahrhaftig keine geringe — von Deutſchland abgewendet. Daß es ſo kam, war in erſter Reihe das Verdienſt Gagerns, der mit ſeiner überzeugenden Beredtſamkeit und ſeinem großen perſönlichen Anſehen die Mehrheit der Verſammlung auf dem rechten Wege erhielt. Er hatte den Muth, offen und entſchieden auszuſprechen (was damals in den Augen Vieler und namentlich der großen Maſſe faſt ſchon als Hochverrath an der neuerrungenen Freiheit galt): man müſſe die beſtehenden Gewalten, auch den Bundestag, nicht noch mehr ſchwächen, vielmehr wieder ſtärken, zugleich aber in eine ſolche Verbindung und Wechſelbeziehung mit den Vertretern der Nation und mit dem öffentlichen Geiſte bringen, daß dadurch das gemeinſame Wohl des Vaterlandes gefördert würde. „Nicht zu zerſtören gilt es," rief Gagern, „ſondern aufzubauen." Für mich und gewiß für viele Gleichgeſinnte war es eine angenehme Ueberraſchung, daß der Hecker'ſche Antrag mit ſo großer Mehrheit abgelehnt ward. Sogar von den Süddeutſchen ſtimmte die Mehrheit dagegen. Nach Gagerns Vorſchlag ward beſchloſſen, den (urſprünglich auf 15 berechneten) Ausſchuß, den die Verſammlung einſetzen ſollte, um mit dem Bundestag zuſammen das Weitere wegen Zuſtandebringung eines

Parlaments, und was ſonſt etwa nöthig, vorzukehren, auf die Zahl von 50 zu erhöhen.

Noch eine ſehr aufregende Scene ſpielte ſich am vorletzten Tage des Vorparlaments, den 2. April, ab. Die Hecker'ſche Partei verlangte die ſofortige Reinigung des Bundestags von allen den Elementen, welche ſich an den volksfeindlichen „Ausnahmebeſchlüſſen", insbeſondere denen von 1832, betheiligt hätten, und die Nichtigkeitserklärung dieſer Beſchlüſſe ſelbſt durch den Bundestag. Nicht eher, als bis dies geſchehen, ſolle der Bundestag das Parlament einberufen, ſolle der Ausſchuß mit ihm verkehren dürfen. In der Sache war auch die Mehrheit dem Antrage auf Erneuerung des Bundestags nicht abgeneigt; nur wollte ſie nicht, daß dadurch die Berufung des Parlaments aufgehalten oder ein Zuſammenwirken des Fünfziger-Ausſchuſſes mit dem Bundestage, wie es Gagern im Sinne hatte, verhindert werde. In dieſer Richtung ſtellte der badiſche Abgeordnete Baſſermann ein Amendement. Dasſelbe ward, unter Verwerfung des Antrags der Hecker'ſchen Partei, angenommen. Darauf verließ ein Theil dieſer letzteren, Hecker ſelbſt an der Spitze, geräuſchvoll die Verſammlung, was natürlich große Senſation ſowohl innerhalb letzterer als namentlich auf den dichtgefüllten Gallerien hervorrief. Doch ſetzte die Verſammlung nach einiger Zeit ihre Verhandlungen unbeirrt fort. Am andern Morgen theilte der Präſident mit: „der Bundestag habe ſchon zuvor, auf einen Antrag des Frankfurter Senats, die Aufhebung der Beſchlüſſe von 1832 ausgeſprochen; auch eine Aenderung des Geſandtenperſonals nach den Wünſchen des Vorparlaments ſei zum Theil ſchon erfolgt,

zum Theil angebahnt.“ Nach dieſer Mittheilung traten die Seceſſioniſten wieder in die Verſammlung ein. Die übrigen Verhandlungen, welche die Feſtſtellung des Wahlmodus für das Parlament und Aehnliches betrafen, verliefen ruhig.

Im Allgemeinen war der Verlauf des Vorparlaments ein ungleich beſſerer, als ich gefürchtet hatte. Trotz der ſtarken numeriſchen Ueberlegenheit des ſüddeutſchen Elements hatte doch die monarchiſche und gemäßigt liberale Richtung entſchieden über die republikaniſche geſiegt, hatte die wiederholten Anläufe dieſer letzteren jedesmal mit großen Majoritäten abgeſchlagen. Die Stadt Frankfurt feierte dieſen glücklichen Ausgang am Abend des 3. April durch eine allgemeine Illumination, eine ſo glänzende und ſinnige, wie ich ſelten eine geſehen.

Bei den Wahlen zum Fünfziger-Ausſchuß, die mit möglichſt gleichmäßiger Berückſichtigung der verſchiedenen deutſchen Landſchaften vollzogen wurden, war die conſervative Mehrheit anfänglich geneigt, die demokratiſche Minderheit grundſätzlich auszuſchließen. In einer Vorbeſprechung von zahlreichen Mitgliedern derſelben machte ſich dieſe Anſicht geltend. Ich fand mich veranlaßt, dagegen zu ſprechen. Man hatte für Sachſen mich und Heinrich Brockhaus in Ausſicht genommen — die beiden Einzigen, welche in der Verſammlung auf der conſervativen Seite geſtimmt hatten. Ich bat, man möge ſtatt des Einen von uns R. Blum wählen, der notoriſch die Anſichten eines nicht geringen Theils des ſächſiſchen Volkes vertrete. Da der Fünfziger-Ausſchuß eine Art von Vertrauensorgan der Nation ſein ſollte, ſo ſchien es mir nicht richtig, die Vertreter einer Richtung, zu der (mochte ſie immerhin eine

falſche ſein) nun einmal ein ziemlich großer Theil des Volkes ſich bekannte, grundſätzlich davon fernzuhalten. „Der Ausſchuß," ſagte ich, „werde vorkommenden Falls mit mehr Erfolg nach unten für Erhaltung der Ordnung wirken können, wenn ihn nicht der Vorwurf treffe, daß er einſeitig nur Eine Partei vertrete. Auch ſei zu befürchten, daß, wenn man die andere Partei gänzlich vom parlamentariſchen Boden ausſchließe und jeder Möglichkeit, ihre Anſichten hier zu vertreten, beraube, ſie zu anderen Mitteln, um dieſe geltend zu machen, greifen möchte." Meine Anſicht drang durch, und ſo kamen mehrere Mitglieder der Minorität auf die Wahlzettel der Majorität. Nur die Seceſſioniſten blieben endgiltig ausgeſchloſſen. Infolge deſſen hatten (da die Minorität wohl meiſt nur Männer ihres Mittels wählte) die von der Majorität auf ihre Liſte geſetzten Mitglieder dieſer letztern, darunter Blum, unter allen Gewählten die meiſten Stimmen, was dann von ihren Freunden irrigerweiſe als eine ihrer perſönlichen Bedeutung widerfahrene Auszeichnung gedeutet worden iſt.

Ich war zum Vorparlament in der Erwartung gegangen, daſſelbe werde mich höchſtens eine Woche lang vom Hauſe fernhalten. Nun wurde ich in den Fünfziger-Ausſchuß gewählt, und ſofort nach Verkündigung des Wahlreſultats ward von allen Seiten als eine ſelbſtverſtändliche patriotiſche Pflicht anerkannt, nicht nur, daß keiner der Gewählten ſich dieſem Auftrag entziehe, ſondern auch, daß Keiner, der nicht durch ganz dringliche Geſchäfte dazu gezwungen ſei, Urlaub nehme und ſich von Frankfurt entferne. So ſah ich meinen Aufenthalt in Frankfurt auf unbeſtimmte Zeit hin verlängert.

Um meinem freundlichen Wirth nicht länger zur Last zu fallen, suchte ich mir ein eigenes Quartier. Ich fand eines, wo ich Wand an Wand auf der einen Seite mit J. Jacoby, auf der anderen mit Uhland und dessen Gattin wohnte. Uhland war als Vertrauensmann für Württemberg in Frankfurt. Mit dem Ersteren, meinem Collegen im Fünfziger-Ausschuß, hielt ich gute Nachbarschaft, doch ohne mich enger mit ihm zu befreunden. Er schien sehr viel Verkehr mit Außenstehenden, namentlich auch mit Polen, zu haben. Noch am späten Abend hörte ich oft lebhaftes Gespräch in seinem Zimmer. Uhland sah ich nur von meinem Fenster aus täglich zu ganz bestimmter Stunde mit seiner Lebensgefährtin spazieren gehen, Beide, so viel ich beobachten konnte, stumm und mit scheinbar gleichgiltigen Gesichtern neben einander her wandelnd, so daß, wer es nicht anders wußte, schwerlich geahnt hätte, welch' innige Geistes- und Seelenverwandtschaft diese beiden trefflichen Menschen verband.

Auch sonst habe ich Uhland kaum anders als schweigsam gesehen; persönlich nähergekommen bin ich ihm nicht. Von der Tribüne herab habe ich ihn nur dreimal gehört: das erste Mal im Vorparlament, wo er, als Hecker und seine Freunde gegen den Bundestag tobten und die sofortige Ausmerzung der alten Bundestagsgesandten verlangten, mit seiner klassischen Ruhe und einem echt poetischen Bilde dazwischen trat, indem er die wenigen, aber höchst eindrucksvollen Worte sprach: „Wenn der Frühling kommt und neue Blätter hervortreibt, fallen die alten von selbst ab." Dann wieder im Parlament, als es sich um das Kaiserthum handelte, äußerte er (was seitdem oft

widerholt worden iſt): „Es wird kein Kaiſer über Deutſchland herrſchen, der nicht mit einem Tropfen demokratiſchen Oeles geſalbt iſt.“ Sein drittes Auftreten ging mich ſelbſt und meine politiſchen Freunde näher an. Es war gegen das Ende des Frankfurter Parlamentes, wenige Tage vor Ueberſiedelung der Linken nach Stuttgart. Wir waren damals nur noch ein ganz kleines Häuflein von der gemäßigten Partei in der Paulskirche zurückgeblieben, alſo völlig in der Minderheit gegenüber der Linken. Letztere wollte eine Proclamation an's deutſche Volk erlaſſen; wir verlangten die Aufnahme zweier Sätze in dieſelbe, nämlich einmal die Erklärung, daß die Bewegung nur der Reichsverfaſſung (nicht der Republik) gelte, und zweitens die, daß jede fremde Einmiſchung (von der franzöſiſchen Republik aus) ſtreng ferngehalten werden ſolle. Uhland als Berichterſtatter über die Proclamation, obſchon ſelbſt der Linken angehörend, befürwortete beide Anträge, freilich ohne Erfolg. Seine Autorität ward ſo wenig hier, als Tags darauf, wo er gegen die Verlegung des Parlaments nach Stuttgart ſprach, von ſeinen Parteigenoſſen reſpectirt.

Was meine Collegen im Fünfziger-Ausſchuß betraf, ſo ſtand ich mit allen auf gutem, nur mit wenigen auf eigentlich vertrautem Fuße. So klein die Körperſchaft war, ſo bildeten ſich doch auch hier Gruppen oder Parteien, die ziemlich feſt zuſammenhielten. Es war wieder eine Rechte und eine Linke, die ſich ſchieden, wenngleich nicht ſo ſchroff wie im Vorparlamente. Denn die in den Ausſchuß gewählten Mitglieder der Linken des Vorparlaments, Blum, H. Simon, J. Jacoby, Abegg, Spatz u. A., waren oder ſchienen wenigſtens hier ungleich gemäßigter, als

dort. Ich ſelbſt nahm eine mittlere Stellung ein, hielt mich unabhängig nach beiden Seiten und ſtimmte im einzelnen Falle nach meiner freien Ueberzeugung. Dadurch war ich allerdings einigermaßen iſolirt, während die mehr links und die mehr rechts ſtehenden Mitglieder ſowohl perſönlich enger mit einander verkehrten, als auch, wie ich annehmen möchte, über die im Ausſchuß einzunehmende Haltung ſich öfters, wo nicht regelmäßig, zuvor verſtändigten. Doch genoß ich nach rechts und links Vertrauen, ſo daß ich in verſchiedene Commiſſionen gewählt, auch mit dem Schriftführeramte betraut ward. Von der Rechten war es der Pfälzer Buhl, eine echt ſüddeutſche, liebenswürdige Perſönlichkeit, mit dem ich gern und öfters geſellig verkehrte. Ein Anderer, Paſtor Jürgens aus Stadtoldendorf im Braunſchweigiſchen, ſuchte mich gefliſſentlich auf, veranlaßte mich auch wohl zu gemeinſamen Spaziergängen. Ich merkte bald: ihm ſei um mein politiſches Seelenheil bange und er fürchte — warum, weiß ich nicht — ich möchte mich „vom Linken umgarnen laſſen“. Einmal (im Engliſchen Hof) kamen wir über irgend eine im Ausſchuß zur Verhandlung ſtehende Frage in einen Principienſtreit, und er ließ ſich in ſeinem Eifer des Bekehrens ſo weit fortreißen, daß ich für gut fand, das Geſpräch abzubrechen und mich von ihm abzuwenden. Am andern Tage in der Sitzung kam er auf mich zu und fragte mich, wie ich geſchlafen hätte. Ich erwiderte: „Ganz gut.“ „Ich nicht,“ ſagte er; „mir ging mein Betragen gegen Sie geſtern Abend im Kopfe herum.“ Das war ehrlich geſprochen und ſöhnte mich raſch mit ihm aus. Jürgens war kränklich, hatte eine ſehr reizbare Galle, und man mußte ihm deshalb etwas

zu Gute halten. Doch habe ich die Art nicht ſchön finden können, wie er ſpäter in ſeinem Buche „Das deutſche Verfaſſungswerk“ die ſog. Kaiſerpartei und ſpeciell auch mich behandelt hat.

Im Engliſchen Hof fand ſich des Abends ein großer Theil der Ausſchußmitglieder, dazu der Vertrauensmänner, auch wohl der Bundestagsgeſandten zuſammen, und es gab da immer einen lebhaften und intereſſanten Gedankenaustauſch. Von den Vertrauensmännern kannte ich Max Gagern; Albrecht war mein Leipziger College; Droyſen lernte ich bald kennen. Unter den Bundestagsgeſandten war Sylveſter Jordan ſchon früher in Briefwechſel mit mir geweſen. Durch Max Gagern ward ich auch mit ſeinem älteſten Bruder, dem General Friedrich von Gagern, bekannt, als dieſer Frankfurt auf der Durchreiſe nach Karlsruhe berührte. Der General war kleiner, als ſeine Brüder, aber von gedrungener Geſtalt. Sein etwas ſtark geröthetes Geſicht drückte nicht blos große Intelligenz, ſondern vornehmlich auch große Willensſtärke aus.

Durch Buhl erfuhr ich manche einzelne Züge von ihm. Er galt für den bedeutendſten Kopf in ſeiner Familie und war es wohl auch. Sein Bruder Heinrich hatte einmal geäußert: „Ich bin nicht werth, dem Friedrich die Schuhriemen aufzulöſen.“ Bekanntlich hat Heinrich v. Gagern ſeinem Bruder ein pietätvolles Andenken geſtiftet in dem Buche „Das Leben des Generals Friedrich von Gagern“. Man erſieht daraus, wie viel ſelbſt der Vater, der vielerfahrene Diplomat Hans von Gagern, auf das Urtheil dieſes Sohnes gab. Und gewiß mit Recht, da man eben dort ſich überzeugt, mit welchem Scharfſinn, mit welcher feinen

Beobachtungsgabe der Letztere schon als ganz junger Mann politische Zustände zu beurtheilen verstand. So finden sich in dem erwähnten Buche zwei Denkschriften, die der erst Neunundzwanzigjährige auf Veranlassung des Vaters für diesen abfaßte. Die eine, überschrieben „Der gegenwärtige Zustand", enthält eine Schilderung der deutschen Verhältnisse bald nach den Befreiungskriegen von so einschneidender Schärfe und von einem so freien Standpunkte aus, wie man ihn bei dem Abkömmling eines alten reichsfreiherrlichen Hauses (trotz alles in der Familie Gagern traditionellen Freisinns) und bei einem jungen Militär (Friedrich von Gagern war damals Generalstabs-Offizier in niederländischen Diensten) kaum erwarten sollte. Zum Belege dessen sei hier nur der eine Satz angeführt: „Ein Gedanke ist es, welcher die Fürsten wie ein Gespenst verfolgt — es ist die Furcht, die Deutschen möchten sich je einmal erinnern, daß sie einst ein Vaterland hatten; alle Bemühungen der Höfe sind darauf gerichtet, die letzten Spuren dieses gemeinsamen Bandes zu vernichten; alle Maßregeln zielen dahin, die Deutschen einander zu entfremden und einen Provinzialegoismus zu schaffen." Interessanter noch ist die zweite Denkschrift: „Von der Nothwendigkeit und den Mitteln, die politische Einheit Deutschlands herzustellen." Denn hier findet sich schon (im Jahre 1823!) mit voller Klarheit der Gedanke ausgesprochen, dem erst viele Jahre später (1831), Paul Pfizer in seinem berühmten „Briefwechsel zweier Deutschen" einen fast noch schüchternen Ausdruck gab, der Gedanke der preußisch-deutschen Einheit ohne Oesterreich. Sogar die Idee eines deutschen Parlamentes, und zwar

eines von Preußen zu berufenden, tritt darin ſchon hervor!

Friedrich von Gagern bekleidete 1848 einen hohen Ehrenpoſten in der niederländiſchen Armee. Beim Ausbruch der deutſchen Bewegung litt es ihn aber nicht länger außerhalb des Vaterlandes: er erklärte ſich gegen die Seinen bereit, irgend welche Stellung anzunehmen, worin er nach ihrer Meinung der deutſchen Sache nützen könne. Eben damals bedurfte die badiſche Regierung eines energiſchen Mannes an die Spitze ihrer Truppen, um den etwas geſchwächten militäriſchen Geiſt und Gehorſam derſelben wirkſam wieder herzuſtellen. Sie berief den General von Gagern, und auf dem Wege zur Uebernahme dieſes wichtigen Poſtens war es, wo derſelbe Frankfurt paſſirte. Seine Perſönlichkeit machte den Eindruck einer durchaus in ſich gefaßten, ihrer ſelbſt ſichern Kraft und ließ ihn daher als den rechten Mann nicht blos für den damals ihm angetragenen Poſten, ſondern unter Umſtänden auch für noch Größeres erſcheinen. Schon ſehr bald ſollte er Gelegenheit haben, dies zu zeigen.

Friedrich Hecker, nachdem der Verſuch, das Vorparlament für ſeine republikaniſchen Ideen zu gewinnen, geſcheitert war, appellirte an das Glück der Waffen. Im badiſchen Oberlande (jenem ſüdweſtlichen Winkel Deutſchlands, der halb an die Schweiz, halb an Frankreich ſtößt, wo daher damals begreiflicherweiſe die Erregung der Gemüther am ſtärkſten war) ſammelte er eine Freiſchaar, mit welcher er zunächſt ſein engeres Vaterland Baden, von da aus wohl auch das übrige Deutſchland zu republikaniſiren hoffte. Der Fünfziger-Ausſchuß ſandte ihm zwei ſeiner Mitglieder,

Venedey und Spatz, entgegen, um ihn von diesem wahnwitzigen und verbrecherischen Unternehmen abzumahnen. Natürlich aber vergebens. Nun ward General Gagern mit badischen und großherzoglich hessischen Truppen abgeordnet, um die Freischaaren Heckers zu zerstreuen. Damals erzählte mir Buhl eine Aeußerung des Generals, die charakteristisch für denselben ist. „Ich werde," hätte derselbe gesagt, „Alles aufbieten, um die Rebellen in Güte von ihrem verbrecherischen Vorhaben zurückzubringen, denn es ist nicht gut, wenn derartige Bewegungen durch die Waffen niedergeschlagen werden müssen; die Versuchung liegt zu nahe, das gleiche Mittel auch einmal gegen eine an sich berechtigte Bewegung anzuwenden." Von diesem Standpunkte aus hat denn auch wirklich General v. Gagern nicht allein beim Zusammentreffen seiner Truppen mit denen Heckers diesen letztern zu einer Unterredung aufforderu lassen, worin er ihm sowohl das Verbrecherische als das Thörichte seines Beginnens vorgestellt haben wird, sondern er hat auch, nachdem dies vergeblich gewesen, später nochmals, da andere Freischärlerführer geneigt schienen, sich in Güte zu ergeben, sich vor die Front begeben, um mit ihnen zu verhandeln, und ist dann in dieser exponirten Stellung von den aus den Reihen der Freischaar auf ihn abgefeuerten Kugeln tödtlich getroffen worden.

Die Hecker'sche Schaar wurde von den Regierungstruppen, trotz des Falles ihres Führers, rasch zerstreut. Hecker selbst verließ darauf sein Vaterland und siedelte in die große nordamerikanische Republik über. Dort hat er als friedlicher Farmer gelebt bis zum Secessionskriege 1861. In diesem kämpfte er mit einem von ihm errichteten und

commandirten, aus Deutſchen beſtehenden Regimente gegen die ſüdſtaatlichen Rebellen. Bei der für die Regierungstruppen unglücklichen Schlacht von Bell-Run deckte er mit ſeinen Deutſchen den Rückzug des geſchlagenen Heeres. Einmal noch iſt er dann zu einem kurzen Beſuch nach Deutſchland herübergekommen. Es war nach den glorreichen Waffenthaten der Deutſchen von 1870/71 und der Errichtung des neuen deutſchen Kaiſerthums. Damals berührte er auch Leipzig. Vor ſeinem Weggange von hier verſammelte ſich zum Abſchied eine Anzahl „alter Achtundvierziger“ um ihn — wohl nur aus einer gewiſſen Pietät, denn zu ihren damaligen Anſichten bekannte ſich von dieſen jetzt wohl keiner mehr. Auch ich ward aufgefordert, in das betreffende Local zu kommen, und ich wollte mich, gerade weil ich 1848 Heckers Gegner geweſen war, dem nicht verſagen. Hecker begrüßte mich als alten Collegen in faſt vertraulicher Weiſe, obſchon wir in Frankfurt nie ein Wort gewechſelt hatten. Er war, obſchon natürlich ſehr gealtert, noch immer eine ſtattliche Erſcheinung. Auf den Wunſch der Andern brachte ich ihm in Aller Namen einen Abſchiedstoaſt zur Rückkehr in ſeine transatlantiſche Heimath und gedachte dabei ſeiner dortigen militäriſchen Thaten, die uns Deutſchen dieſſeits des Oceans zu großer Freude gereicht hätten. Darauf antwortete er in einer Rede, worin er zwar ſeine Befriedigung darüber, daß er Bürger einer Republik ſei, nicht verleugnete, aber doch anerkannte, daß Deutſchland unter ſeinem ruhmreichen Kaiſer glücklich und zufrieden ſein könne. Nicht lange darauf meldeten öffentliche Blätter ſeinen Tod.

Ich kehre zum Fünfziger-Ausſchuß zurück und muß da

noch einer Verhandlung gedenken, bei der ich ſelbſt ſpeciell betheiligt war und die zugleich einigermaßen in die ſpätere Geſchichte des Parlamentes hinübergriff. Der Bundestag hatte in der erſten Zeit ſich als ein gefügiges, ja beinahe willenloſes Organ der Ausführung unſerer oder der durch uns ihm zugemittelten Beſchlüſſe des Vorparlamentes erwieſen. So erinnere ich mich einer faſt komiſchen Scene gleich am erſten Tage unſerer Sitzungen. Der Ausſchuß hatte, in Ausführung der Beſchlüſſe des Vorparlamentes, wegen der Wahlen zum Parlamente gewiſſe Normen aufgeſtellt, welche nun dem Bundestage zur Berückſichtigung bei der Ausſchreibung dieſer Wahlen mitgetheilt werden ſollten. Zu dieſem Geſchäfte ward nächſt den beiden Vicepräſidenten Abegg und Blum auch ich deputirt. Wir verfügten uns vom Römer, wo unſere Sitzungen ſtattfanden, in's Bundestagspalais auf der Eſchenheimer Gaſſe. Der greiſe Portier, dem es wohl noch nicht vorgekommen war, daß einfache Privatperſonen ohne Uniform, ja ohne Frack und Cylinder, in dieſes Heiligthum einzudringen gewagt, machte erſt faſt Miene, als wollte er uns nicht einlaſſen. Auf die etwas barſche Aufforderung Blums, uns zu melden, führte er uns in ein Vorzimmer und verſchwand. Nicht zwei Minuten ſpäter kam in höchſter Eile der k. k. öſterreichiſche Präſidialgeſandte, Graf Colloredo, ein Cavalier von den feinſten Wiener Manieren, aus dem Sitzungszimmer heraus und ſagte zu uns: „Der Bundestag habe zwar ſoeben einen etwas abweichenden Beſchluß gefaßt, allein er werde ſofort beantragen, denſelben abzuändern; wir möchten nur wenige Minuten verziehen.“ Und in der That kehrte er nach allerkürzeſter Friſt zurück, um uns zu

verkündigen: „Der Bundestag werde ſich beeilen, das von uns Gewünſchte den Regierungen zur Nachachtung mitzutheilen.“

Allein ſchon ein paar Wochen darauf machte der Bundestag einen Verſuch, ſich von dem Fünfziger-Ausſchuß zu emancipiren und die ihm entſchlüpfte Autorität wieder an ſich zu nehmen. Mancherlei Vorkommniſſe etwas anarchiſcher Natur, denen der Ausſchuß bei allem guten Willen doch nicht recht wirkſam hatte ſteuern können, gaben dazu einen Grund oder doch Vorwand. Mehr noch ſchien die äußere Lage Deutſchlands — der Bund war im Kriege mit Dänemark, in Polen regte es ſich, u. dgl. m. — eine Zuſammenfaſſung der deutſchen Kräfte, die, wenn auch nur vorläufige, Schaffung einer gewiſſen einheitlichen Gewalt anzurathen. Der Bundestag ſelbſt war nicht mehr ganz der alte: ein Theil der früheren Bundestagsgeſandten, allerdings erſt ein Theil, war ausgeſchieden und durch Männer der neuen Zeit erſetzt.

Genug, an den Fünfziger-Ausſchuß gelangte mit einem Male, und zwar nicht direct und offen, ſondern auf einem etwas myſteriöſen Umwege, mit Hilfe einzelner Perſönlichkeiten im Ausſchuſſe ſelbſt und im Collegium der Vertrauensmänner, ein Antrag auf Schaffung einer außerordentlichen Behörde, eines Triumvirates, welches mit ganz beſonderen Vollmachten bekleidet ſein ſollte. Das erregte Aufſehen, auch Mißtrauen im Schooße des Ausſchuſſes. Zwei Tage beinahe ward lebhaft darüber discutirt: die meiſten Stimmen erklärten ſich mehr oder weniger entſchieden gegen den Antrag, nur wenige dafür, bedingungslos faſt keine. Zuletzt ward einſtimmig ein Antrag von mir

angenommen, wonach in Bezug auf Diplomatie und Militärwesen womöglich eine gewisse einheitliche Executive mit dem Bundestage vereinbart, von einer besonderen Behörde für innere Angelegenheiten jedoch zur Zeit abgesehen werden sollte. Behufs der Verhandlungen darüber mit dem Bundestage ward eine schon vorhandene Commission des Ausschusses um zwei Mitglieder verstärkt; ich war unter diesen zweien. Wir hatten eine gemeinsame Sitzung mit einer Commission des Bundestages und einer der Vertrauensmänner. Dieselbe fand im Sitzungssaale des Bundestages statt, und so saß ich an demselben großen runden Tische, von dem so viele freiheitsfeindliche und so gar wenige für die Nation heilsame Beschlüsse ausgegangen waren. Die Verhandlung bot mancherlei interessante Momente. Sonderbarerweise war es der neue badische Bundestagsgesandte Welcker, der am Entschiedensten, ja mit einer gewissen Heftigkeit die Sache des Bundestages vertrat. „Sie wollen Schindluder mit dem Bundestage spielen," rief er aus (es sind das seine eigensten Worte), das geht aber nicht." Die älteren Mitglieder des Bundestages sahen offenbar stillvergnügt zu, wie der „alte Volksmann" Welcker so warm für sie eintrat, ließen ihn reden und verhielten sich fast gänzlich schweigend. Nur einmal, als ich im Laufe der Debatte äußerte: „die öffentliche Meinung zeige sich besorgt vor einer Wiederkehr der alten, reactionären Politik, und man dürfe dieser Besorgniß keine Nahrung geben, um nicht eine neue Erregung hervorzubringen," wandte sich der, unfern von mir sitzende, k. k. österreichische Präsidialgesandte Graf Colloredo zu mir und sagte mit dem tiefsten Brustton selbsteigenster Ueberzeugung: „Aber

ich bitte, meine Herren, wie mögen Sie nur glauben, daß jemals wieder eine Reaction in Deutschland Platz greifen könne?" Ich habe dieser Worte oft gedenken müssen, als schon kaum drei Jahre darauf durch ganz Deutschland eine Reaction ging, so planmäßig, so schonungslos, so alle edelsten Gefühle der Nation mit Füßen tretend, wie es weder in den 20er, noch in den 30er oder 40er Jahren etwas Aehnliches gegeben hatte, eine Reaction, deren Ausflüsse der sonst so milde Dahlmann mit den vernichtenden Worten brandmarkte: „Das Unrecht hat jede Scham verloren."

Der Antrag auf eine dreiköpfige Executive war damit nicht begraben; er tauchte in etwas anderer, weniger bedenklicher Gestalt wieder auf: die Drei sollten vom Bundestage „nach Vereinbarung mit den Vertrauensmännern und dem Fünfziger-Ausschusse" ernannt werden. In dieser Form erlangte er die Zustimmung des Ausschusses, wenn auch mit nicht allzustarker Majorität. Als aber darauf der Bundestag diesen vom Ausschusse angenommenen Antrag einseitig und willkürlich dahin auslegte, daß er allein jene Männer zu ernennen habe, auch sonst noch die getroffene Vereinbarung brach, da erregte dies im Ausschusse einen großen Sturm; es kam zu heftigen Aeußerungen herüber und hinüber, und aus der ganzen Sache, auch so weit sie die äußere Sicherheit Deutschlands betraf, wurde nichts. Ohnehin erachteten die größeren Regierungen, wenigstens die preußische, es für zu spät, mit einer solchen Neuschöpfung in einem Augenblicke vorzugehen, wo der Zusammentritt der gesetzlichen Nationalvertretung nahe bevorstand.

Bei Gelegenheit jenes Antrags war auch die Stellung zur Sprache gekommen, welche die Regierungen zum Parlamente haben würden. Der Bundestag hatte seiner Zeit bei der Aufforderung an die Regierungen zur Veranstaltung von Wahlen zum Parlamente letzterem die Aufgabe zugetheilt, „die Verfassung Deutschlands zwischen dem Volke und den Regierungen zu Stande zu bringen"; in dem Ausschußberichte des Bundestags, der diesem Beschluß zu Grunde lag, war die künftige Nationalversammlung als „constituirende" bezeichnet worden. Das Vorparlament seinerseits hatte noch am letzten Tage beschlossen: „die Zustandebringung der Verfassung sei ‚einzig und allein' dem Parlamente zu überlassen", und der Antragsteller, Herr v. Soiron, hatte, auf dagegen erhobenen Widerspruch, dies dahin erläutert: „es solle dem Parlament völlig anheimgegeben sein, ob es für sich allein oder nach Vereinbarung mit den Regierungen die Verfassung feststellen wolle." Jetzt nun, gerade inmitten der Reibungen zwischen Bundestag und Ausschuß wegen der Executive, verlautete plötzlich von einem Promemoria des großherzoglich hessischen Bundestagsgesandten Herrn v. Lepel, worin gesagt sei: „Die Regierungen müßten, da es nicht möglich sein werde, ihnen eine geordnete und vom Parlament anerkannte gemeinsame Vertretung zu sichern, dahin trachten (aber insgeheim), unter den Abgeordneten selbst sich Anhänger zu verschaffen, welche ihre Interessen in Parlament verträten." Das hieß denn freilich, eine planmäßige Corruption organisiren, und wohl nicht mit Unrecht gab sich über solche Tendenzen ein lebhafter Unwille im Fünfziger-Ausschuß kund. Uebrigens ward das Lepel'sche „Promemoria" von mehreren Regierungen als-

bald desavouirt, zuerſt von ſeiner eigenen in einem von H. v. Gagern Namens derſelben an den Fünfziger-Ausſchuß gerichteten Schreiben, ſodann (wie ich weiter unten conſtatiren werde) von der königlich ſächſiſchen, ebenſo von der bairiſchen. Damit verlor die Denkſchrift den bedenklichen Charakter, den ſie erſt zu haben ſchien.

Wohl aber war durch dieſen Vorgang die wichtige und ſchwierige Frage von Neuem angeregt: welches denn die Stellung der Regierungen zum Parlament ſein werde? Die Lepel'ſche Denkſchrift hatte ſehr offenherzig bekannt, daß eine gemeinſame Vertretung der Regierungen beim Parlament aus dem Grunde unmöglich ſei, weil die Intereſſen der einzelnen Regierungen in Bezug auf die künftige Geſtaltung Deutſchlands keineswegs gemeinſame und gleichartige wären. Aus dieſem Grunde eben ſollte, ſo wollte es Herr v. Lepel, jede Regierung möglichſt viele Vertreter ihrer beſonderen Intereſſen im Parlamente zu werben ſuchen. Das hätte dann einen Intereſſenkampf der Regierungen unter einander im Schoße des Parlamentes ſelbſt gegeben, mit dem unausbleiblichen Kampfe der politiſchen Parteien zuſammen ein ſchönes Chaos! Auf der anderen Seite mußten ſelbſt die wärmſten Freunde der Unabhängigkeit des künftigen Parlamentes wünſchen, daß ein Weg gefunden werde, auf welchem dieſes ſich mit den Regierungen rechtzeitig einigen könne, ſo daß ſchließlich die Verfaſſung als das Werk eines Compromiſſes zwiſchen beiden Theilen erſcheine und als ſolches von keiner Regierung zurückgewieſen werden dürfe.

Natürlich wurden ſo wichtige Fragen vielfach im Privatverkehr zwiſchen Mitgliedern des Ausſchuſſes, Ver-

trauensmännern und Bundestagsgesandten vertraulich durchgesprochen. Bei einer solchen Besprechung theilte der herzoglich braunschweigische Bundestagsgesandte, Herr v. Liebe (den ich früher, bei Gelegenheit der Conferenzen wegen Zustandebringung einer deutschen Wechselordnung, deren Mitglied er war, in Leipzig hatte kennen lernen), mir mit, daß seine Regierung (wohl auf seinen Antrieb) den Gedanken eines zu bildenden „Oberhauses" neben dem Parlamente gefaßt habe, als einer Einrichtung, wodurch der oben bezeichnete Zweck vielleicht erreicht werden könne. In Folge dieses Gesprächs ließ mir Herr v. Liebe Tags darauf folgende, auf die Bildung eines solchen Oberhauses bezügliche Stelle aus einer ihm von Braunschweig zugegangenen Instruction zur Einsichtnahme zugehen:

. . . Indessen erwarten wir von solchen Berathungen im Plenum unter folgenden Bedingungen (vorausgesetzt, daß zugleich die Oeffentlichkeit der Verhandlungen eintritt) einen wirklichen Erfolg:

1. Die Bestimmungen der Wiener Schluß- und der Bundesacte, nach welchen Einhelligkeit der Stimmen bei allen Verfassungsveränderungen erforderlich ist, muß aufgehoben werden, und auch für diesen Fall die Regel genügen, daß $^2/_3$ der Stimmen entscheiden.

2. Ebenfalls ist die Bestimmung aufzuheben, daß die Gegenstände, über welche das Plenum zu beschließen hat, zuvor in dem Engeren Rathe vorbereitet werden.

3. Jeder Staat muß das Plenum mit so viel Personen beschicken, als ihm Stimmen zustehen. Auf diese Weise wird die Versammlung auch durch ihre Zahl (69) das erforderliche Gewicht erhalten. Die Vertrauensmänner könnten als wirkliche Mitglieder in dieselbe eintreten und würden so aus der schiefen Stellung, die sie jetzt einnehmen, herausgezogen.

4. Das Plenum müßte sich selbst eine thunlichst einfache Geschäftsordnung machen.

Mir leuchtete die Zweckmäßigkeit des Vorschlages ein,

und ich beeilte mich, ſowohl dieſen ſelbſt, als meine Anſichten darüber dem Miniſterpräſidenten Dr. Braun mitzutheilen. Darauf erhielt ich zunächſt (unterm 27. Mai) folgende Antwort:

Verehrter Freund! Für Ihre liebe Zuſchrift freundlichſt dankend, habe ich zu gedenken, daß bereits von hieſiger Regierung eine Desavouirung in Betreff des bekannten „Promemoria“ im Dresdener Journal erfolgt iſt.

Was den Vorſchlag des braunſchweigiſchen Geſandten anlangt, ſo habe ich denſelben der Beurtheilung des Miniſterii unterſtellt, aber man hat ſich nicht dafür entſcheiden zu können geglaubt, da er in ſeiner Ausführung auf praktiſche Schwierigkeiten ſtoßen und von einem ſonderlichen Ergebniſſe nicht ſein dürfte. Ich gehe, weil Sie, wie ich, jetzt zu ſehr beſchäftigt ſind, um große Deductionen zu lieben, nicht ausführlicher darauf ein. Sehr würden Sie mich verpflichten, wenn Sie mir von Zeit zu Zeit Ihre Anſichten über den Gang der Dinge in Frankfurt mittheilen wollten.

In Hochachtung und Freundſchaft

Ihr

Braun.

Ich ließ mich dadurch nicht abſchrecken, ſondern ſchrieb nochmals — eingehender und eindringlicher — an Braun. Diesmal mit beſſerem Erfolge. Sein zweiter Brief in dieſer Sache (vom 1. Juli) lautete:

Verehrter Freund! Ihr letzter Brief hat mich ſehr erfreut, und ich danke Ihnen dafür beſtens. Ich hielt den Inhalt desſelben für ſo wichtig, daß ich ihn dem Geſammtminiſterium und dem König vorlegte, da er eine anziehende Schilderung der dortigen Sachlage und eine Charakteriſtik der Parteien gab, auch das Project wegen Vertretung der Regierungen in der von Braunſchweig angeregten Modalität begründete. Nach nochmaliger genauer Erörterung und Beſprechung dieſes Projects hat man ſich hier dafür entſchieden, und man wird in dieſem Maße inſtruiren.

Wann zu hoffen ſein dürfte, daß man in Frankfurt mit dem

Verfaſſungswerk zu Stande kommen wird, läßt ſich wohl vor der Hand ſelbſt annäherungsweiſe nicht beſtimmen? Und doch glaube ich, daß, ehe dieſes geordnet iſt, die dem materiellen Intereſſe ſo nöthige Beruhigung nicht zurückkehren werde. Sollten Sie mir fernerhin von dem Stande der Dinge in Frankfurt einige Mittheilungen zugehen laſſen wollen, ſo würden Sie mich ſehr verbinden. Mit Hochachtung und Freundſchaft empfiehlt ſich

Ihr

Braun.

Der Gedanke eines neben dem Parlamente berathenden und mit dieſem verhandelnden Oberhauſes ward im Laufe des Sommers noch einmal (von Gervinus in der „Deutſchen Zeitung") angeregt. Ich erinnere mich auch, daß ich im Geſpräch mit einzelnen meiner politiſchen Freunde ebenfalls darauf zurückgekommen bin; allein damals war keine Stimmung dafür im Parlamente. Ob eine ſolche beim Beginn des Parlamentes, und wenn die Frage von den Regierungen an daſſelbe gebracht worden wäre, ſich hätte erzielen laſſen, wage ich nicht zu beſtimmen. Jedenfalls hatte der Gedanke ſelbſt etwas Geſundes. Wenn die Regierungen öffentlich und parlamentariſch ihre Anſichten und Intereſſen vertreten mußten, ſo konnten ſie nicht wohl ſo enge Sonderſtandpunkte einnehmen, wie dies bei geheimen diplomatiſchen Verhandlungen möglich war. Wenn umgekehrt dem Parlamente im Oberhauſe öffentlich triftige Gründe gegen den oder jenen ſeiner Beſchlüſſe entgegengeſetzt worden wären, ſo daß die öffentliche Meinung zwiſchen dieſen und jenen hätte richten können, ſo würde auch das Parlament ſchwerlich auf etwas beſtanden haben, worauf die Regierungen ihrerſeits nicht hätten eingehen können. Und ſo wäre vielleicht doch eine Ausgleichung, eine beide

Theile bindende Vereinbarung zwiſchen Regierungen und Parlament zu Stande gekommen. Allein gerade dies letztere wollten offenbar manche Regierungen, namentlich die größeren, nicht, und darum waren wohl dieſe (wie ich ſpäter hörte) gegen den Plan geweſen. Sie wollten lieber erſt das Parlament allein ſeine Arbeit verrichten laſſen, hoffend, bis dahin, wo dieſe fertig ſein würde, ſo weit wieder Kraft geſammelt zu haben, um dann dem Parlamente nach Belieben und mit Erfolg entgegentreten zu können. Dieſer Calcül hat denn auch leider nicht getäuſcht, und ſo iſt es jenen Regierungen gelungen, das ganze Frankfurter Verfaſſungswerk zunichte zu machen. Nur ſoll man nicht ſagen, daß der Weg der Vereinbarung vom Parlamente aus verſperrt worden ſei. Sobald die Regierungen nichts dafür thaten, um als eine Einheit dem Parlamente gegenüberzutreten, ſo machten ſie ſelbſt jede Vereinbarung von Haus aus unmöglich, denn darin hatte das Lepel'ſche Promemoria entſchieden Recht: mit 36 Regierungen, deren jede rechtlich und factiſch einen andern Standpunkt einnehmen konnte, war abſolut nicht zu vereinbaren!

Nach dieſer mehr perſönlichen Abſchweifung komme ich noch mit ein paar Worten auf den Fünfziger-Ausſchuß im Ganzen und ſeine Thätigkeit zurück. Derſelbe hatte ſich mit letzterer wenig Dank verdient — das konnte man ſofort beim Beginn des Parlamentes aus ſo manchen Kundgebungen entnehmen. Man ſchien ihn — namentlich in Norddeutſchland — mehr oder weniger wie eine revolutionäre Behörde, wie eine Art von „Wohlfahrtsausſchuß" betrachtet zu haben. Man that ihm damit entſchieden Unrecht. Von einer Abſicht, die noch fortdauernde Er-

regung in Deutſchland zu unterhalten oder gar zu mehren, die Wiederherſtellung einer feſten Ordnung und die Wiederkräftigung der geregelten Gewalten zu verzögern oder zu hintertreiben, war — meinen Beobachtungen nach, und wie auch die officiellen Sitzungsberichte des Ausſchuſſes darüber Auskunft geben — ſelbſt bei den am weiteſten nach links ſtehenden Mitgliedern nichts wahrzunehmen. Die Deputationen, welche der Ausſchuß zur Herſtellung der hier und da geſtörten Ordnung entſendete (nach Prag, nach Köln, in's Rheingau, in's badiſche Oberland), haben ihren Berichten nach als ſolche nach Kräften, wenn ſchon nicht immer mit Erfolg, ihren Aufgaben genügt. Ob einzelne Mitglieder derſelben in ihrem perſönlichen Verkehr mit den Bevölkerungen vielleicht Dinge gethan oder geſagt haben, welche zu jener Aufgabe der Deputation nicht ſtimmten (wie meines Wiſſens hier und da behauptet worden), weiß ich nicht. Daß der Ausſchuß gerade in die Deputationen, die unmittelbar mit dem Volke verkehren ſollten, auch ſolche Mitglieder wählte, welche ihrer politiſchen Richtung und ihren Perſönlichkeiten nach dem Volke näher ſtanden, möchte wohl kaum zu tadeln ſein. Der Ausſchuß als Ganzes hat, nach Ausweis der amtlichen Protokolle, eine Menge von Proclamationen — „an das deutſche Volk", „an die Arbeiter", „an die Deutſchen in Frankreich und in der Schweiz" (beim Heckerputſch), „an die ſüddeutſche Bevölkerung" u. ſ. w. gerichtet, in denen ſämmtlich eindringlich zur Ruhe, zur Ordnung, zur Geſetzlichkeit ermahnt wird.

Oder ſollte man es dem Ausſchuß verübelt haben, daß er auch nach oben für Ordnung und Geſetzlichkeit

eintrat und daher beispielsweise gegen gewisse Willkürmaßregeln des Kurfürsten von Hessen einschritt, welche in der Residenz Kassel Blutvergießen veranlaßt und eine ungeheure Aufregung hervorgerufen hatten?

Freilich, das läßt sich nicht leugnen, der Fünfziger Ausschuß ist bei seinem Vorgehen gegen Ruhestörungen von unten nicht immer glücklich gewesen. Aber waren dies denn in jener Zeit die Behörden und selbst die Regierungen etwa in höherem Maße? Eben damals (im April 1848) schrieb man mir aus Sachsen: „Die Anarchie ist vollständig. Keine Obrigkeit hat den Muth, den Brutalitäten entschieden entgegen zu treten." Nun, diesen Muth wenigstens hat der Fünfziger-Ausschuß als Körperschaft, haben seine einzelnen Mitglieder, die zu solchen, mitunter ziemlich heiklen Missionen verwendet wurden, bewiesen. Die Herren Venedey und Spatz, welche Hecker abmahnen sollten, wurden von diesem mehrere Tage lang auf seinem Freischaarenfeldzug als „Geißeln" mitgeführt. Die Herren Kanzler v. Wächter und Dr. Kuranda, welche auf eine Bitte der Deutschen in Böhmen nach Prag entsendet waren, fanden sich dort inmitten einer von den Czechen terrorisirten und mit Gewaltthätigkeiten bedrohten deutschen Bevölkerung und hatten bei einer Besprechung mit einer Section des czechischen Ausschusses sogar von dem Wortführer dieser, Palaczky, offene Beleidigungen zu erfahren.

Also weder an gutem Willen, noch an Muth hat es der Fünfziger-Ausschuß fehlen lassen. Aber ihm selbst fehlte das Mittel, das doch den Regierungen noch immer zu Gebote stand: die Aufbietung — im äußersten Falle — polizeilicher oder militärischer Kräfte; er hatte nichts, um

damit zu wirken, als ſein moraliſches Anſehen und das Vertrauen des Volkes zu ihm. Das möge man, um im Urtheil über ihn billig zu ſein, nicht vergeſſen!

Erſt in den letzten Tagen des April gelang es mir, auf kurze Zeit einen Urlaub zu erhalten. Ein Aufenthalt in der Heimath war mir Bedürfniß, nicht blos um die Meinen wiederzuſehen und manches Geſchäftliche zu ordnen, ſondern auch wegen der Wahlen zum Parlamente. Meine Ausſichten, gewählt zu werden, waren wenig günſtige. Die radicale (Blum'ſche) Partei, welche nach dem kurzen Zuſammengehen mit uns in den Märztagen den Kampf gegen uns, und ſpeciell gegen mich, auf der ganzen Linie wieder eröffnet hatte, zeigte ſich entſchloſſen, Alles aufzubieten, um mich nicht in's Parlament kommen zu laſſen. Eine Wahlniederlage, die mich getroffen hätte, wäre ein großer Triumph für ſie geweſen. Meine politiſchen Freunde daheim waren zwar für unſere Sache thätig; der Deutſche Verein in Leipzig zählte, wie man mir ſchrieb, 2300 Mitglieder, während der Vaterlandsverein deren nur 1400 hatte; eine Verſammlung des erſteren behufs der Wahlen war von wohl 2000 Perſonen beſucht geweſen; im Lande gewann der Deutſche Verein ebenfalls mehr und mehr Boden. Auch der Verſuch eines Compromiſſes mit dem Vaterlandsverein, die Aufſtellung einer gemeinſamen Candidatenliſte, war gemacht worden, war aber hauptſächlich an meiner Perſon geſcheitert, indem die Radicalen ſchlechterdings die Unterſtützung meiner Candidatur verweigerten, dagegen von meinen Freunden die Aufnahme Blums in die Liſte verlangten.

Ueber dieſen Stand der Dinge, den ich theilweiſe ſchon

aus den Briefen meiner Freunde kannte, erfuhr ich das Nähere sofort bei meiner Ankunft in Leipzig. Der Deutsche Verein wollte mich nun selbstständig in Leipzig aufstellen, allein der Erfolg war noch ungewiß, da von den hier gewählten Wahlmännern (es wurde damals in Sachsen indirect gewählt) ohngefähr ebenso viele der Blum'schen wie unserer Partei angehörten. Die Blum'schen rühmten sich öffentlich: „sie würden, wo immer ich candidire, mir Blum gegenüberstellen und mich so aus dem Felde schlagen." Die Wahlen zum Parlamente fanden damals (ich weiß nicht, warum) in Sachsen nicht an Einem, sondern an verschiedenen, zum Theil weit auseinander liegenden Tagen statt. Wie war ich überrascht, als bei meinem ersten Ausgange am Tage nach meiner Ankunft Bekannte, denen ich begegnete, mich beglückwünschten, und auf meine Frage: „wozu?" mir berichteten: „ich sei sogleich in der allerersten Wahl, im Zwickauer Kreise, zum Abgeordneten für's Parlament gewählt." Bald erfuhr ich Näheres. Ich hatte mit einer Majorität von etwa $^2/_3$ aller Stimmen über meinen Gegner gesiegt, und dieser Gegner war kein Anderer, als — Robert Blum! Dieser Wahlsieg war um so unerwarteter, aber auch für mich um so ehrenvoller, als ich zu jenem Kreise gar keine Beziehungen hatte, als meine politischen Freunde eben darum nicht entfernt daran gedacht hatten, mich gerade dort aufzustellen, als endlich Blum noch vor nicht langer Zeit (durch Oberländers Bemühungen) zum „Ehrenbürger" der Stadt Zwickau ernannt worden war.

Ein paar Tage nach der Wahl besuchten mich zwei meiner Wähler, einfache Tuchmacher aus dem Städtchen Kirch-

berg, die zur Meſſe hier waren. Sie wollten ihren Abgeordneten von Angeſicht zu Angeſicht kennen lernen. Ich dankte ihnen für ihr Vertrauen, fragte ſie aber: „wie ſie denn darauf gekommen ſeien, mich zu wählen, vollends gegenüber von Blum?“ Da ſagte der Eine: „Nun, ſehen Sie, Herr Profeſſor, Blum iſt als Volksfreund bekannt, Sie auch; nun ſind Sie aber auch ein Mann der Wiſſenſchaft, und da dachten wir: wenn ein Volksfreund auch noch ein Mann der Wiſſenſchaft iſt, ſo kann das nichts ſchaden.“ Dieſer Mann theilte alſo nicht die Anſicht, die ſpäter ein ultrademokratiſcher Abgeordneter in dem ſog. „Unverſtandslandtag“ Sachſens ausſprach: „Das Volk will keine Weisheit, ſondern nur Volkskraft.“

Es ſei mir geſtattet, hier noch eine zweite, ähnliche Wahlanekdote, die mir paſſirte, zu erzählen. Beim ſächſiſchen Landtag 1849/50 ward meine Wahl in die Zweite Kammer von meinen politiſchen Freunden im Meißner Kreiſe hauptſächlich mit Hilfe der bäuerlichen Wähler, die überwiegend für mich ſtimmten, durchgeſetzt. Ich ſelbſt hatte perſönlich, außer einem Wahlprogramm, welches ich veröffentlichte, nichts für mich gethan. Als ich nun, auf den Wunſch einer großen Anzahl ländlicher Wähler, dieſen einen Bericht über meine Thätigkeit im Landtage erſtattete, fragte ich auch einen von ihnen, was ſie bewogen hätte, für mich zu ſtimmen, da ich ihnen doch perſönlich noch unbekannt geweſen ſei? Darauf erhielt ich die Antwort: „es ſei von rechts und links ſo heftig gegen mich agitirt worden, daß ſie gedacht hätten: an dem Manne muß doch etwas ſein, ſonſt würde man ſich nicht ſo viel Mühe geben, ihn zu verdrängen.“

Damals, 1848, erhielt ich, nachdem ich ſchon in Zwickau gewählt war und die Wahl angenommen hatte, noch aus 4—5 andern Wahlkreiſen (einem Lauſitzer, Grimma, Meißen, Glauchau, ſelbſt Dresden) Anerbietungen wegen einer Candidatur, aus einzelnen im Namen einer Mehrheit der Wahlmänner, alſo ganz ſichere. Natürlich mußte ich ſie insgeſammt ablehnen, gab mir aber alle Mühe (zum Theil durch Reiſen an die betreffenden Orte), an meiner Statt einen oder den andern von meinen politiſchen und perſönlichen Freunden dort zur Wahl zu bringen. Allein vergebens! Ueberall mußte ich hören: „es ſei ſchlechterdings unmöglich, Candidaten durchzubringen, die nicht bereits im Wahlkreiſe bekannt ſeien, ja wo möglich ihm angehörten“. Das waren jene Nachwirkungen des (obſchon jetzt aufgehobenen) Bezirkszwanges, auf die ich ſchon früher hingedeutet habe. Rückſichtlich meiner hatte eine Ausnahme ſtattgefunden, weil ich durch mein Hervortreten in den Märztagen, zum Theil auch ſchon durch meine publiciſtiſche Thätigkeit im ganzen Lande bekannt war.

Und was war nun die Folge? In allen den Kreiſen, wo man mich, den als durchaus gemäßigt liberal Bekannten, aus freiem Antriebe hatte wählen wollen, wählte man nun Radicale, zum Theil Ultrademokraten, ja erklärte Republikaner, weil dieſe ein gewiſſes Localanſehen im Kreiſe hatten, oder weil ſie bereits von eben dort aus in den Landtag entſendet worden waren!

In Leipzig wurde nun, da meine Candidatur daſelbſt ſich erledigte, Blum gewählt; Baſſermann, den der Deutſche Verein ihm noch in letzter Stunde gegenüberſtellte, war kaum mehr als ein ſog. „Zählcandidat“. Es hätte daher der

Drohungen nicht bedurft, unter denen eine das Wahllocal umſtehende Volksmenge die eintretenden Wahlmänner mahnte, ja Niemand ſonſt als Blum zu wählen!

Aus Blums Lebensgeſchichte von ſeinem Sohne erſehe ich nachträglich zu meiner großen Ueberraſchung, daß auch er, gerade ſo wie ich, an ſeiner Wahl in's Parlament in einem ſächſiſchen Wahlkreiſe gezweifelt, ja daß er in dieſer Verzweiflung ſogar eine ihm im Reußiſchen angebotene Candidatur angenommen hatte. In ſeinen Briefen ſchilt er auf „die Biedermänner", die „ſo niederträchtig handelten", ihn nicht auf ihre Liſte ſetzen zu wollen. Daß ſeine Partei das Gleiche mir thun wollte, ſcheint er in der Ordnung gefunden zu haben!

Einundzwanzigſtes Capitel.

Das Parlament.

Das „erſte deutſche Parlament“, welches mehr als ein Jahr lang (1848—1849) tagte, iſt Gegenſtand zahlreicher geſchichtlicher Darſtellungen geworden. Ich ſelbſt habe ſchon bald nach meiner Rückkehr von Frankfurt (1849) „Erinnerungen aus der Paulskirche“*) geſchrieben, worin ich theils die verſchiedenen Parteien ſchilderte, theils über die wichtigſten Fragen, welche das Parlament beſchäftigt hatten (die öſterreichiſche, die Oberhauptsfrage u. a.), mich ausließ, theils endlich von den letzten Wochen der Verſammlung (nach Ablehnung der Kaiſerkrone in Berlin) ein Bild zu geben verſuchte. Ich habe dann in meinen „Dreißig Jahren deutſcher Geſchichte 1840—70“ (1881—82, 2. A. 1883)**) der Geſchichte jener denkwürdigen Zeit ſo viel Raum gewidmet, als die Oekonomie des Buches nur immer zuließ (faſt 200 Seiten). Und endlich habe ich in Riehls „Hiſtoriſchem

*) Dieſelben erſchienen in Leipzig bei G. Mayer, 1849, ſind aber nach des Verlegers Tode in den Verlag von Dieckmann in Dresden übergegangen.

**) Breslau bei S. Schottlaender.

Taſchenbuche“ *) von 1877 „Beiträge zur Geſchichte des Frankfurter Parlaments“ geliefert, worin ich manche dem Parlamente gemachte Vorwürfe zu entkräften, manche irrthümliche Auffaſſungen des dort Geſchehenen richtigzu ſtellen verſucht habe.

Um daher nicht ſchon Geſagtes zu wiederholen, werde ich mich hier im Weſentlichen auf die Anführung ſolcher Momente beſchränken, bei denen ich perſönlich in beſonderem Maße betheiligt geweſen bin.

Die mehr als 600 Vertreter des deutſchen Volkes, die am 18. Mai ff. 1848 in der Paulskirche zu Frankfurt zuſammentraten, waren ſich unter einander meiſt gänzlich fremd, auch ihrer großen Mehrzahl nach meiſt parlamentariſche Neulinge. Letzteres galt von dem allergrößten Theil der Oeſterreicher, von einem ſehr großen der Preußen, alſo von wohl ⅔ der ganzen Verſammlung; nur aus den Mittel- und Kleinſtaaten kam eine Anzahl von Männern, die parlamentariſch bereits geſchult, auch unter einander meiſt bekannt waren. Dieſer Umſtand erſchwerte einigermaßen die Parteigruppirung. Es wäre wohl angezeigt geweſen, daß die Mitglieder des Fünfziger-Ausſchuſſes, die dort ſchon eine gewiſſe parlamentariſche Schule durchgemacht hatten und unter denen ſich manche Parlamentarier aus den Einzelſtaaten befanden, Kryſtalliſationspunkte für die Parteigliederung in der größeren Verſammlung abgegeben hätten. Von dieſer Anſicht ausgehend, hatte ich noch in den letzten Tagen des Ausſchuſſes, da ſchon eine Anzahl von Mitgliedern des Parlamentes eingetroffen

*) Leipzig bei F. A. Brockhaus.

war, mit einigen von dieſen und einigen Collegen aus dem Ausſchuſſe den Verſuch gemacht, den Keim zu einer Parteibildung zu legen, einer Art von Centrum oder Mittelpartei, insbeſondere zur Bekämpfung eines etwa drohenden Uebergewichts radicaler Elemente — eine Beſorgniß, die mir perſönlich, bei den faſt durchgängig radicalen Wahlen in meinem engern Vaterlande Sachſen, ſehr nahe lag. Wir hatten ſchon mehrere Abende in dieſem Sinne verhandelt; eine Verſtändigung war erzielt; man hatte mich beauftragt, mit dem Verleger des „Frankfurter Journals“ Rückſprache zu nehmen, ob er ſein Blatt zu unſerem Organe machen wolle, und ich hatte ihn nicht abgeneigt dazu gefunden. Da, als ich am nächſten Abend unſer Local in der Mainluſt betrat, ſah ich zu meiner Verwunderung in einem Zimmer neben dem unſern Robert Blum ſitzen, und als ich in unſerm Kreiſe meinen Bericht erſtattet hatte, erhob ſich einer der Anweſenden zu einer ſchwungvollen Rede, worin er erklärte, es liege uns gänzlich fern, etwa gegen Blum (deſſen Verdienſte er emphatiſch pries) und gegen die ihm Gleichgeſinnten feindlich auftreten zu wollen; vielmehr wünſchten wir nichts mehr, als Hand in Hand mit ihnen zu gehen. Verwundert ſahen wir Andern uns an; die Neuhinzugekommenen wurden völlig irre über das hier Beabſichtigte; ich meinerſeits proteſtirte ſehr entſchieden gegen dieſe Auslegung unſerer bisherigen Berathungen. Allein der Einklang unſeres kleinen Kreiſes war geſtört, und er trennte ſich, ohne ein greifbares Reſultat zu hinterlaſſen. Jener Redner war Herr von Wydenbrugk, früher der Hauptwortführer der Oppoſition im weimariſchen Landtage, ſeit den Märztagen Miniſter daſelbſt. Herr von Wydenbrugk hat auch

im Parlamente noch öfter ſolche überraſchende Frontwechſel vollzogen, ſo daß Herr von Vincke in ſeiner ſarkaſtiſchen Redeweiſe ihn einmal auf der Tribüne als den „Staatsmann von Weimar, der ſtets auf der Höhe der Zeit ſteht“, bezeichnete.

Im Parlamente ſelbſt begann die Parteibildung anfangs in etwas tumultuariſcher Weiſe. Der und Jener, welcher ſich das Talent zutraute oder doch den Ehrgeiz hatte, Gründer einer Partei zu werden, ſuchte auf irgend eine Weiſe eine Verſammlung zuſammenzubringen, in der er dann ſeine Gedanken von der zu bildenden Partei, ſein Programm u. ſ. w. entwickelte. Da geſchah es freilich, daß ſich das Ungleichartigſte erſt zuſammenfand, dann aber eben ſo ſchnell wieder auseinanderſtob, wie denn z. B. bei einer ſolchen von einem Grafen von Wartensleben veranlaßten Beſprechung der ultraradicale Ruge mit mehreren ultraconſervativen und ultramontanen Altbaiern hart zuſammenſtieß, die ganze Verſammlung aber reſultatlos verpuffte.

Auch im „Württemberger Hof“, dem ich mich anſchloß (die Clubs wurden in Frankfurt nach ihren Verſammlungsorten getauft), ging es anfangs etwas bunt her. Der Stifter des Clubs war ein kleiner Kölner Kaufmann, Raveaux. Er hatte als vieljähriger Leiter von Carnevalsfeſtlichkeiten in ſeiner Vaterſtadt ſich ein Talent ſchlagfertiger Rede und eine gewiſſe Popularität, namentlich wohl in den unteren Schichten, erworben. Seinen innerſten Sympathien nach gehörte er eigentlich der Linken an, hatte jedoch durch Erfaſſung eines glücklichen Moments im Vorparlament (bei der Seceſſion Heckers und ſeiner nächſten Freunde ſprach er

nachdrücklich mahnende Worte über die Pflicht, ſich der Mehrheit zu unterwerfen, und ſtellte damit die Ruhe in der Verſammlung wieder her) ſich den Ruf eines gemäßigten und beſonnenen Mannes und ein gewiſſes Zutrauen bei der Rechten erworben. Dieſen Ruf und dieſes Vertrauen wußte er ſich auch im Parlamente zu erhalten, und ſo ſchien er der rechte Mann, um eine Mittelpartei zwiſchen rechts und links zu gründen. Er wurde ſpäter ſogar zum Reichsgeſandten für die Schweiz ernannt. Allein allmälig trat der Grundton ſeiner politiſchen Geſinnung und Bildung, der ein entſchieden demokratiſcher war, ungemildert wieder hervor; die ſtaatsmänniſche Dämpfung, die derſelbe eine Zeit lang erfahren zu haben ſchien, erwies ſich als unzureichend: Raveaux verfiel in arge und immer ärgere Inconſequenzen, bis er zuletzt ſeine parlamentariſche Laufbahn als einer der Aeußerſten auf der äußerſten Linken beſchloß, um ſodann als Flüchtling in die Verbannung zu gehen.

Lange zuvor, ehe dieſe Wandlung bei Raveaux eintrat, hatten ſich unſere Wege ſchon geſchieden. Damals aber, im Anfange des Parlaments, wo es vor Allem darauf ankam, daß nur Jemand überhaupt den Anſtoß zu einer Parteibildung gebe und die Leitung übernehme, ſtellten Männer von anerkanntem Ruf, wie Rob. v. Mohl, Pözl, Stahl, Stenzel, Wurm, Fallati, v. Hermann, Kierulff u. A., auch geübte Parlamentarier wie Wernher von Nierſtein, Mittermaier u. A., unbedenklich ſich unter Raveaux' Fahne. Warum hätte ich es nicht auch thun ſollen?

Eine Zeit lang hielt der Württemberger Hof die richtige Mitte zwiſchen der Rechten und der Linken ein.

Er vertrat eine freisinnige, aber gemäßigte Politik, stand in solchen Fragen, wo es sich um Stärkung oder Schwächung der bestehenden Autoritäten handelte, meist fest auf Seiten dieser letzteren, war monarchisch gegenüber der republikanischen Linken. Wie es jedoch solchen Mittelparteien häufig ergeht (wie es beispielsweise in unseren Tagen den Nationalliberalen ergangen ist), so sah der „Württemberger Hof" durch ein Auseinanderstreben der, nur äußerlich in ihm vereinigten, innerlich ungleichartigen Elemente sich zu Spaltungen („Secessionen") verurtheilt, und zwar zu mehr als einer. Schon im Sommer schieden einige 40 Mitglieder, denen der „Württemberger Hof" zu weit nach rechts ging, aus und bildeten einen neuen Club, die „Westendhall". Raveaux selbst war unter diesen Secessionisten nach links. 80—90 blieben im „Württemberger Hof" zurück. Zu Anfang Octobers erfolgte eine zweite Secession von abermals 40 und einigen Mitgliedern, bei der ich selbst betheiligt war, diesmal nach rechts hin. Die Frucht dieser zweiten Secession war der „Augsburger Hof".

Der Grund, weshalb ich und meine näheren Gesinnungsverwandten uns von unseren bisherigen Parteigenossen trennten, war folgender. Bekanntlich brachten die Verhandlungen über den „Malmoer Waffenstillstand" (mit Dänemark) nicht blos im Parlamente selbst, sondern auch außerhalb desselben eine tiefgehende Aufregung hervor. Die preußische Regierung hatte diesen Waffenstillstand (im Namen und Auftrag der provisorischen Centralgewalt) unter für Deutschland und insbesondere für Schleswig-Holstein sehr wenig günstigen Bedingungen abgeschlossen. Sie hatte dabei wohl einem Drucke der anderen Großmächte, ins-

beſondere Rußlands und Englands, vielleicht auch den Klagen ihrer Seeſtädte, welche unter der däniſchen Blokade ſchwer litten, Rechnung getragen. Im Parlamente ward der Waffenſtillſtand heftig bekämpft — ganz beſonders von Dahlmann, der mit einer an dem ſonſt ſo ruhigen Manne ganz ungewöhnlichen Erregung dagegen ſprach und ſeine Rede mit den eindrucksvollen Worten ſchloß: „Es gilt die Ehre Deutſchlands, meine Herren, — die Ehre Deutſchlands!“ Bei der erſtmaligen Berathung ward denn auch der Waffenſtillſtand mit einer kleinen Majorität (etwa 30 Stimmen) verworfen. Von unſerem „Württemberger Hofe“ ſtimmten Alle dagegen mit alleiniger Ausnahme der drei Mitglieder, welche dem Reichsminiſterium angehörten (Mohl, Fallati, Wiedemann). Bei der zweiten Berathung änderte ſich dieſes Stimmenverhältniß. Die Drohung Preußens, ſich, wenn der Waffenſtillſtand endgiltig verworfen, alſo die Fortſetzung des Krieges beſchloſſen würde, von letzterem gänzlich zurückziehen zu wollen (was namentlich die ſchleswig-holſteiniſchen Abgeordneten erſchreckte), andererſeits eine in Ausſicht geſtellte Milderung gewiſſer, beſonders drückender Punkte des Waffenſtillſtandes hatte dieſen Wandel bewirkt. Genug, der Waffenſtillſtand ward jetzt mit ohngefähr ebenſo viel Stimmen angenommen, als womit er zuvor verworfen worden war. Mitglieder von der äußerſten Linken benutzten dies, um theils in der Preſſe, theils perſönlich — in einer großen, auf der ſog. Pfingſtweide bei Frankfurt abgehaltenen Volksverſammlung — die Maſſen gegen die Mehrheit des Parlamentes aufzureizen. Es kam zu dem traurigen Septemberaufſtand in Frankfurt, der zwar raſch niedergeſchlagen ward, aber

zwei Mitgliedern des Parlamentes, dem Fürsten Lichnowski und dem greisen General v. Auerswald, das Leben kostete. Das Reichsministerium fand für nöthig, theils zur Verfolgung der Schuldigen, theils zur nachhaltigen Herstellung der Ordnung allerhand Maßregeln anzuordnen und dazu die Genehmigung und Unterstützung des Parlamentes nachzusuchen. Hier nun zeigte sich der „Württemberger Hof" schwankend. Eine Anzahl seiner Mitglieder konnte sich nicht entschließen, zu irgend welchen Freiheitsbeschränkungen, auch wenn solche im Interesse der Ordnung durchaus nothwendig erschienen, die Zustimmung zu geben. Da traten wiederum einige 40 (etwa die Hälfte aller noch vorhandenen) aus und bildeten einen besonderen Club. Ich meinerseits, obschon ich die Richtung der Austretenden theilte, war insofern in einer etwas schwierigen Lage, als ich eben damals zum Vorstande des „Württemberger Hofes" gehörte, daher mein Austritt den letzteren doppelt empfindlich berühren mußte. Indeß meine Ueberzeugung stand mir höher, als jede andere Rücksicht, und so schloß ich mich den Austretenden an, zu denen ohnehin meine nächsten persönlichen Freunde, Mohl, Fallati, Rieſſer, Wurm, Laube, Koch u. A., gehörten.

Der neugebildete Club (dessen Leitung vorzugsweise mir zufiel) blieb zwar in den allgemeinen politischen Grundanschauungen im Wesentlichen auf dem Boden des Mutterclubs stehen, dessen Programm er daher auch beibehielt; dagegen unterschied er sich wesentlich, und zu seinem Vortheil, von ihm darin, daß er in allen Fragen, wobei es sich um Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung, um Stärkung der Autorität des Reichsministeriums handelte,

dieſem feſt und treu zur Seite ſtand. Auch in Verfaſſungsfragen pflegten die Mitglieder des Clubs mehr nach Rückſichten auf das Gemeinintereſſe, als nach blos doctrinären Anſichten zu ſtimmen. Ein Theil derſelben hatte bei der erſten Leſung der Verfaſſung für das blos ſuspenſive Veto bei einfachen Geſetzen geſtimmt: weil aber aus den zwiſchen der erſten und zweiten Leſung eingegangenen Bemerkungen und Ausſtellungen der Regierungen hervorzugehen ſchien, daß die Beibehaltung des in erſter Leſung angenommenen ſuspenſiven Vetos der Durchführung der Verfaſſung im Ganzen Schwierigkeiten bereiten könnte, ſtimmten ſie in der zweiten Leſung für das abſolute Veto, und ihre Schuld war es nicht (vielmehr die Schuld jener Großdeutſchen, welche um jeden Preis die Verfaſſung unannehmbar für die Regierungen machen wollten), wenn dennoch das ſuspenſive Veto, und zwar nicht blos bei Geſetzen, ſondern ſogar bei Verfaſſungsänderungen, die Mehrheit erhielt. Eines bindenden Parteibeſchluſſes hat es bei uns kaum je bedurft, da bei unſerer Trennung vom „Württemberger Hof" eben das Gleichartige ſich zuſammengefunden hatte, daher ganz von ſelbſt eine Gleichheit der Anſichten und des Handelns ſich einſtellte.

Dieſe ſeltene Einmüthigkeit des „Augsburger Hofes" erſchien Außenſtehenden wohl als das Werk einer ſehr ſtrammen Parteidisciplin, eines gewiſſen von den Leitern des Clubs auf die Mitglieder geübten Zwanges, wie denn einmal Herr v. Vincke (dem man einen ſolchen Despotismus über ſeinen Club, die äußerſte Rechte, nachſagte) mir das ſchmeichelhafte Compliment machte: „mein Club ſei der beſtdisciplinirte von allen, auch ſeinen eigenen nicht ausge-

nommen.“ In Wahrheit war dem aber nicht ſo. Vielleicht in keinem anderen Club ward die Unabhängigkeit und Selbſtſtändigkeit der perſönlichen Ueberzeugungen ſo ſehr reſpectirt, wie bei uns. Zum Theil beruhte die Gleichmäßigkeit unſeres Vorgehens auch mit darauf, daß im „Augsburger Hof“ keine Landsmannſchaft, daß weder der Norden noch der Süden ausſchließlich oder ſelbſt nur vorwiegend darin vertreten war. Unter den etwa 50 Mitgliedern, die der Club in ſeiner beſten Zeit zählte, waren 8 Oeſterreicher, 8 Preußen, 10 Baiern, 3 Sachſen, 3 Württemberger, 1 Badenſer, 1 Oldenburger, 2 Heſſen-Darmſtädter, 1 Kurheſſe, 4 Mecklenburger, 3 Hamburger, 1 Bremenſer, 1 Detmolder, 1 Anhalter, 3 Schleswig-Holſteiner.

Trotz dieſer Zuſammenſetzung, die faſt alle deutſchen Länder umfaßte und wobei die Preußen in einer ganz kleinen Minderheit waren, war gleichwohl unſer Club derjenige, der ſich zu allererſt und einſtimmig für das erbliche Kaiſerthum der Hohenzollern erklärte, während das „Caſino“ (die gemäßigte Rechte), welches weit über die Hälfte Preußen unter ſeinen Mitgliedern zählte, erſt nach langen Kämpfen eine Majorität, und immerhin nur eine mäßige, für dieſe Idee zu Stande brachte.

Für den Club ſelbſt war jene Gleichartigkeit der Anſichten ſeiner Mitglieder und die dadurch weſentlich erleichterte Schnelligkeit und Sicherheit ſeiner Entſchließungen von großem Vortheil. Weil es ihm dadurch möglich ward, den ihm nahe ſtehenden Clubs ſeine Beſchlüſſe früher mitzutheilen (wie das in Frankfurt Brauch war), als ſie die ihrigen faßten, ſo wurden dieſe Beſchlüſſe ſehr häufig maßgebend

für die anderen Clubs. Und weil man wußte, daß der Augsburger Hof, was er einmal beſchloſſen hatte, auch feſthielt und nicht leicht davon abzubringen war, paßten jene anderen, ſelbſt das numeriſch ſo viel ſtärkere Caſino, ihre Haltung nicht ſelten der des „Augsburger Hofes“ an.

Eine Erfahrung, die neuerdings bei der Seceſſion im deutſchen Reichstage ſich wiederholt hat, haben auch wir ſchon damals gemacht, die nämlich, daß, wenn eine politiſche Partei auseinanderfällt, die getrennten Theile weit eher den Parteien ſich annähern, nach deren Seite hin die Scheidung vor ſich ging, als daß ſie wieder unter ſich Fühlung ſuchten. Wie heut die Seceſſioniſten dem Fortſchritt, der übriggebliebene Theil der Nationalliberalen den Freiconſervativen ſich genähert hat, dagegen die Kluft zwiſchen Jenen und Dieſen immer größer wird, geradeſo ging es damals. Der „Augsburger Hof“ entfernte ſich je länger je mehr von ſeinem alten Stamm, dem „Württemberger Hof“, näherte ſich dagegen immer mehr dem „Caſino“ und einer Abzweigung des „Caſino“, dem „Landsberg“. Zuletzt kam es dahin, daß (infolge einer von mir im „Augsburger Hof“ gegebenen Anregung) als eine Art von organiſchem Band zwiſchen dieſen drei Clubs eine ſog. „Neunercommiſſion“ niedergeſetzt ward, beſtehend aus je drei Vertretern eines jeden Clubs. Ich war ſtändig einer der Vertreter unſeres Clubs in dieſer Commiſſion, die mehrmals einen ſehr entſcheidenden Einfluß auf die Verhandlungen des Parlaments geübt hat. Ihr Werk war u. A. die Verdrängung Schmerlings aus dem Reichsminiſterium (weil wir fanden, daß derſelbe der Verfaſſungsangelegenheit im Intereſſe Oeſterreichs eine Wendung geben wollte, die wir als nachtheilig

für Deutſchland erachten mußten) und ſeine Erſetzung durch Gagern.

Bei ſolchen wichtigen Verhandlungen im Schoße der Neunercommiſſion kam uns vom „Augsburger Hofe“ wiederum die Einmüthigkeit unſeres Clubs ſehr zu ſtatten. Wir konnten immer mit ziemlicher Sicherheit im voraus ſagen, wie ſich unſer Club zu der und jener Frage ſtellen würde, und konnten nahezu mit derſelben Sicherheit, wenn die Neunercommiſſion unter unſerer Zuſtimmung und zu unſerer Befriedigung etwas beſchloſſen hatte, für den Beitritt unſeres Clubs zu einem ſolchen Beſchluſſe uns verbürgen. Das konnten die Delegirten des „Landsberg“ ſelten, die des „Caſino“ noch ſeltener.

Seit dem Hervortreten der „öſterreichiſchen Frage“ fand (wie ſchon früher angedeutet) eine vollſtändig neue Parteigruppirung ſtatt. Die Oeſterreicher zogen ſich faſt ſämmtlich aus den Clubs, denen ſie bisher angehört hatten, zurück und bildeten zuſammen — Conſervative und Liberale, mit ganz wenig Ausnahmen — eine einzige, feſtgeſchloſſene Partei unter Schmerlings Commando (die Partei „Hotel Schröder“). Neben ſie ſtellten ſich die ſog. „Großdeutſchen“, ein Gemiſch von Ultramontanen, Particulariſten und einigen wenigen Ideologen, die, ohne ſolche Nebengedanken, nur um jeden Preis Oeſterreich bei Deutſchland erhalten wollten —, ſelbſt um den Preis, daß dieſes „Großdeutſchland“ eine ähnliche lockere Geſtalt erhalte, wie ſie der Deutſche Bund gehabt hatte. Die Partei hieß der „Pariſer Hof“. Zu dieſen beiden Parteien trat ſodann die Linke in ein Bündniß aus rein äußerlichen Gründen, einmal

weil ſie den monarchiſchen Bundesſtaat, und zweitens, weil ſie Preußen haßte.

Gegenüber dieſer unnatürlichen Coalition (ohngefähr ſo unnatürlich, wie heut die Koalition der Ultramontanen und der Fortſchritts- oder deutſchfreiſinnigen Partei), welche nahezu über die Majorität des Parlamentes gebot, hielten wir Andern es für dringend geboten, uns ebenfalls feſter zuſammenzuſchließen. Auf einen von mir in der Neunercommiſſion im Namen meines Clubs geſtellten Antrag beſchloß dieſe zuerſt eine vertrauliche Beſprechung von maßgebenden Mitgliedern aus allen den Clubs, welche nicht jener Coalition angehörten, ſodann die Veranſtaltung einer allgemeinen Verſammlung.

Noch bewahre ich die Einladung zu dieſer Verſammlung auf; ſie lautete:

Einladung an alle Abgeordnete, welche eine wahre und kräftige Einheit Deutſchlands nur in der weſentlichen Beibehaltung derjenigen Form des Bundesſtaates erblicken, welche aus der erſten Leſung des Entwurfs der Reichsverfaſſung hervorgegangen iſt, zu einer Beſprechung am Sonnabend, den 17. Februar, Nachmittags 5 Uhr, im Weidenbuſch.

Die Unterzeichner, vorwiegend unſerm und den von uns links ſtehenden Clubs angehörend, waren: Backhaus, Biedermann, Böcking, Bresgen, Cetto, Duncker, Eckert, Gravenhorſt, Grumbrecht, Höfken, Hollandt, Kierulff, Krafft, Kunth, Liebmann, Löw aus Poſen, Löw aus Magdeburg, Mittermaier, Pinckert, Reh, Rieſſer, Sprengel, Viebig, Wernher, Wichmann, Zell.

Die Frage wegen der Erblichkeit des Kaiſerthums war in der Einladung nicht beſonders betont: man wollte nur zunächſt alle Die ſammeln, welche feſt an dem monarchiſch-

conſtitutionellen Bundesſtaat ohne Oeſterreich hielten: die Entſcheidung für das erbliche preußiſche Kaiſerthum mußte dann von ſelbſt folgen. Auch hat von Denen, die auf jene Einladung hin in die neue Parteibildung eintraten, meines Wiſſens nicht Einer gegen dieſes erbliche Kaiſerthum geſtimmt.

So entſtand am 17. Februar 1849 der große „Weidenbuſchverein" oder die „Erbkaiſerpartei", wie man uns bald nannte. Weniger zutreffend war der Name (den die Gegner uns beilegten) „preußiſche Partei", denn nicht um Preußens, ſondern um Deutſchlands willen erwärmten wir uns für das preußiſche Erbkaiſerthum.

Der „Weidenbuſchverein" wuchs und wuchs — namentlich ſeitdem die Gegner immer mehr einen Stein nach dem andern aus dem Neubau der Verfaſſung Deutſchlands herauszubrechen befliſſen waren (die einheitliche Reichsgewalt, das Volkshaus u. ſ. w.), bis zuletzt faſt nichts davon übrig blieb, als ein Zerrbild derſelben und ein nur allzugetreues Ebenbild der alten bundestäglichen Verfaſſung. Er brachte es zuletzt auf mehr als 250 Mitglieder. In der entſcheidenden Sitzung des 28. März 1849 ſtimmten 268 für das Erbkaiſerthum; darunter war eine kleine Anzahl von Stimmen von außerhalb des Vereins (H. Simon und ſeine Gruppe), aus dem Vereine ſelbſt fehlte keiner, der nur irgendwie gegenwärtig ſein konnte. Der greiſe Profeſſor Schubert hatte ſich vom Krankenbett ſeiner Tochter losgeriſſen und hatte den ungeheuern Weg von Königsberg bis Frankfurt, der damals noch nicht durch eine Oſtbahn verkürzt war, zurückgelegt, um bei der hochwichtigen Abſtimmung nicht zu fehlen.

Der Verein reichte von der äußerſten Rechten bis in die gemäßigte Linke hinein. An ſeiner Spitze ſtand ein Vorſtand von neun Mitgliedern, in welchem alle die einzelnen Clubs vertreten waren. Verſammlungen des Vereins fanden regelmäßig, in der drängendſten Zeit vor der letzten Entſcheidung täglich, auch wohl zweimal des Tages ſtatt. Der Vorſitz in dieſen fiel wiederum faſt unausgeſetzt mir zu.

Vielleicht könnte es auffallend erſcheinen, daß, da ich ſo viele und wiederholte Vertrauensſtellungen als Vorſitzender — erſt des „Württemberger", dann des „Augsburger Hofes", zuletzt der großen Weidenbuſchpartei — eingenommen (und, wie ich kaum zu ſagen brauche, ohne mich dazu zu drängen), mir nicht ſchon früher auch an der Leitung des Parlamentes ſelbſt ein Antheil zugefallen iſt. Allerdings hat der „Augsburger Hof" zweimal einen der Vicepräſidenten geſtellt, allein beide Male waren es ältere Mitglieder, wie W. Beſeler, Rieſſer, die zunächſt in Frage kamen und denen ich ſelbſt gern nachſtand. Zur Zeit des Weidenbuſchvereins wieder waren gewiſſe Rückſichten auf die mehr links ſtehenden Clubs zu nehmen. So kam es, daß ich erſt in der letzten Zeit des Parlamentes zum erſten Vicepräſidenten gewählt wurde. Mitglied des Bureaus war ich — als Schriftführer — ſchon ſeit dem Beginn des Parlamentes geweſen.

Eine ähnliche Verkettung von Umſtänden bewirkte, daß mir die Theilnahme und Mitarbeiterſchaft an einer der größeren Commiſſionen verſagt blieb, was mir allerdings leid war. Die Commiſſionen wurden von den Abtheilungen gewählt — nicht ſo, wie im jetzigen Reichstag, wo die

Abtheilungen nur die Firma ſind, unter welcher die verſchiedenen Fractionen die Commiſſionen beſetzen, ſondern ſelbſtſtändig. Nun befanden ſich zufällig in der Abtheilung, der ich angehörte, ſehr Viele von der Linken, auch der ſächſiſchen, die mich natürlich jedes Mal perhorrescirten, auf der andern Seite Viele von der Rechten und äußerſten Rechten, welche auf die Mitglieder des „Württemberger Hofes“ (und ein ſolches war ich zu der Zeit, wo die wichtigſten Commiſſionen gewählt wurden) einigermaßen vornehm herabſahen. Vielleicht wäre es dort wie hier anders gekommen, wenn ich mich, wie man zu ſagen pflegt, „an den Laden gelegt hätte“; allein das widerſtand meiner Natur.

Die Zeit, die ich durch dieſe Nichtbetheiligung an Commiſſionsarbeiten erſparte, verwendete ich zu einem großen Theile auf eine Thätigkeit in der Preſſe. Außer den herkömmlichen Berichterſtattungen an die Wählerſchaft daheim in ſächſiſchen Blättern ſchrieb ich über brennende Fragen, die das Parlament beſchäftigten, namentlich für die „Deutſche Zeitung“ (die damals in Frankfurt erſchien), war auch in der ſpätern Zeit ſtändiger Mitarbeiter an der von der Erbkaiſerpartei herausgegebenen lithographirten „Parlamentscorreſpondenz“, welche an die verſchiedenen größeren politiſchen Blätter unſerer Farbe verſandt ward.

Neben all dieſen ernſten und anſtrengenden, bisweilen faſt erſchöpfenden Geſchäften des Parlaments gingen auch — während der Zeit, wo noch unſere Hoffnungen ungeknickt und daher Sinn und Muth noch friſch waren — mancherlei geſellige Erholungen her, die aber doch meiſt auch wieder auf die Gemeinſamkeit unſerer Beſtrebungen

und den Ernſt unſerer großen Miſſion zurückwieſen. Des Sonntags wurde wohl der und jener Ausflug im Verein mit Collegen in die ſchöne Umgegend von Frankfurt gemacht, wobei es auch an Vertreterinnen des ſchönen Geſchlechts nicht fehlte, denn viele der Abgeordneten hatten (wie auch ich) ihre Frauen mitgebracht oder nachkommen laſſen. Daneben hielten wir Clubgenoſſen von Zeit zu Zeit geſellige Vereinigungen, ebenfalls mit Frauen, in Frankfurt ſelbſt ab. Manche der reichen Frankfurter Häuſer machten es ſich zur Ehre, die Vertreter der Nation zu Diners oder Soupers einzuladen. Schon während des Fünfziger-Ausſchuſſes war dies geſchehen, und noch muß ich darüber lächeln, wie bei einer ſolchen Gelegenheit in einem Cirkel der haute finance von ſehr ariſtokratiſchen Damen nicht blos dem „blonden Venedey", ſondern auch dem urwüchſigen „Volksmann" Blum wetteifernd die Cour gemacht wurde, ſo daß Beide, namentlich aber Blum, die „Löwen" des Abends waren. Ein ſehr gewählter Kreis pflegte ſich in den reichgeſchmückten Salons und an der mit Silber ſchwer belaſteten Tafel der Frau Lutteroth zu verſammeln. Da fand man ſich mit Männern wie Gagern, Jacob Grimm, E. M. Arndt und anderen Notabilitäten des Parlaments zuſammen; da wechſelten heitere mit ernſten, freigeſellige mit politiſchen Unterhaltungen. Bei einem ſolchen Diner lernte ich auch durch H. von Gagern deſſen ehrwürdigen Vater, den alten Hans von Gagern, kennen, der mir leibhaftig den Wiener Congreß, den zweiten Pariſer Frieden und die Flitterwochen des weiland Bundestags, wobei er überall thätig geweſen, vergegenwärtigte.

Auch der Reichsverweſer lud ab und zu das Bureau

zu einem Diner — im wahrſten Sinne en famille. Wir fanden da außer ihm und ſeiner Gemahlin, der Gräfin von Meran, nur noch deren Schweſter und den Mann der Letztern, der, irre ich nicht, eine Art von Adjutant des Erzherzogs war. Unterhaltung wie Bewirthung waren dabei ganz einfach und ohne jedes ſteife Ceremoniel. Im Winter hielt der Reichsverweſer auch regelmäßige Routs in den Räumen des Milentz'ſchen Palais ab, das ihm zur Verfügung geſtellt war. Alle Parteien trafen ſich dort, ebenſo wie bei den ſehr gemüthlichen Präſidialdiners, die Simſon gab, und man konnte da wohl Herrn v. Radowitz Arm in Arm mit Carl Vogt wandeln ſehen.

Privatim machte ich — mit meinem Schwager Koch und unſeren beiderſeitigen Frauen — zur Erholung während der Pfingſtferien ein paar Ausflüge, einen in die Pfalz, den andern rheinabwärts bis zum Siebengebirge. Mit meiner Frau fuhr ich nach Heidelberg und zeigte ihr meine ehemalige Studentenheimath und die von mir am liebſten beſuchten Umgebungen der ſchönen Neckarſtadt.

Auf die mir zugedachte Theilhaberſchaft an der Reiſe jener Deputation, welche den Reichsverweſer von Wien einholte, mußte ich leider wegen einer Unpäßlichkeit verzichten, wogegen ich die Ehre hatte, als fungirender Schriftführer dem Erzherzog Johann in feierlicher Sitzung des Parlamentes das „Geſetz über Errichtung einer proviſoriſchen Centralgewalt" vorzuleſen, auf welches er als Reichsverweſer ſich eidlich verpflichten mußte. Wohl aber nahm ich an zwei anderen Deputationsreiſen Theil, einer ſehr heitern und genußreichen, und einer um ſo ernſteren und trübſeligeren. Zum „Kölner Domfeſte" im Auguſt 1848 ward das ganze

Parlament von den Kölnern förmlich eingeladen; der Reichsverweſer und eine große Deputation (wozu das Bureau ſich durch Zuwahlen aus der Verſammlung verſtärkte) wurden feierlich eingeholt auf einem von der Kölner Dampfſchifffahrtsgeſellſchaft dazu geſtellten, feſtlich geſchmückten, unter ſchwarz-roth-goldener Flagge fahrenden Dampfſchiff. Auch die Frauen waren mit geladen. Das war eine luſtige Fahrt, an einem prächtigen Sommertag, den ſchönen deutſchen Rhein hinab, an ſeinen Rebengeländen, ſeinen Burgruinen, ſeinem maleriſchen Siebengebirge vorüber! An jeder Halteſtelle des Schiffes wurden wir von Deputationen begrüßt; auch wo nur das Dampfſchiff vorüberfuhr, ſtanden am Ufer Gruppen von Menſchen, ganze Schulen mit Lehrern und Geiſtlichen im Ornat an der Spitze, Grüße herüberwinkend, Fahnen ſchwenkend, Hurrah rufend. In Coblenz paradirte die Bürgerwehr vor dem Reichsverweſer. Lange vor Köln kam uns ein Dampfſchiff entgegen, worauf ſich Kölner befanden, die ihre Gäſte ſchon hier in Empfang nehmen wollten, denn wir waren ſämmtlich bei Bürgern der Stadt einquartiert.

Ich habe die Eindrücke ſowohl dieſer Reiſe, als auch der Berliner Reiſe, die ich als Mitglied der ſog. „Kaiſerdeputation“ mitmachte, in meinen „Erinnerungen aus der Paulskirche“ (S. 282 ff.) zu ſchildern verſucht. Ich wüßte dieſelben auch jetzt nicht beſſer zu veranſchaulichen, als wie ich es damals, bei der noch friſchen Empfindung des kurz vorher Erlebten, gethan habe, und ſo mögen denn die folgenden Stellen aus der erwähnten Schilderung hier einen Platz finden.

Es iſt gerade ein Jahr, da fuhren wir den Rhein hinab unter

dem Zujauchzen der Bevölkerung, die ſich allerwärts an's Ufer drängte, um uns zu ſehen und zu begrüßen. Natürlich! Wir führten ja am Bord unſeres Schiffes das Symbol der jungen deutſchen Einheit, den neugewählten Reichsverweſer, und das Symbol der Volksſouveränetät, den Präſidenten der conſtituirenden Nationalverſammlung, H. v. Gagern. Die Nationalverſammlung ſtand damals auf dem Gipfel ihres Anſehens, ihrer Macht (die zu allen Zeiten nur eine moraliſche war), ihrer Popularität. Wir zogen in Köln ein unter dem Jubel einer zahlloſen, dichtgedrängten Menge, die den Reichsverweſer im Triumphe zu ſeiner Wohnung geleitete. Am Tage darauf traf der König von Preußen ein: die Deputation der Nationalverſammlung begab ſich zu ihm, Gagern redete ihn an, ſprach von den Hoffnungen, welche die Verſammlung auf ſeinen Beiſtand bei ihrem großen Einigungszwecke ſetze. Der König erwiderte mit Ausdrücken der Begeiſterung und Hingebung für dieſen Gedanken der deutſchen Einheit, „einen Gedanken," ſagte er, „den er ſchon von ſeiner Mutter geerbt habe". Darauf aber ſprach er jene bedeutungsvollen Worte: „Ich hoffe, wir werden gute Freunde bleiben; vergeſſen Sie aber nicht, meine Herren! daß es Fürſten in Deutſchland giebt, und daß ich einer derſelben bin." Dieſe Worte machten Manchen nachdenklich. Indeß dieſer etwas peinliche Eindruck verſchwand wieder vor der Begeiſterung, welche fortwährend uns, die Vertreter der Nation, überallhin begleitete, und vor der liebenswürdigen Unbefangenheit, womit der König ſelbſt am folgenden Tage, bei dem Feſte auf dem Gürzenich, dieſe der Majeſtät des Volkes und dem Gedanken der deutſchen Einheit dargebrachten Huldigungen wahrzunehmen und zu ermuntern ſchien. Nirgends war der Jubel der Verſammelten feuriger und anhaltender, als bei den Stellen der Reden und Geſänge, welche der deutſchen Sache, dem Reichsverweſer, der Nationalverſammlung galten; er wollte nicht enden, als Gagern von „der Einheit" ſprach, „die das deutſche Volk wolle und nicht entbehren könne".

Acht Monate ſpäter fuhr eine andere Deputation auf dem Rheine gen Köln, den Präſidenten Simſon an ihrer Spitze. Es war die Deputation, welche dem Könige von Preußen, als dem von der Nationalverſammlung erwählten Kaiſer der Deutſchen, die Kaiſer-

krone überbringen ſollte. Die Begrüßungen und Freudenbezeugungen längs der Ufer, an denen wir hinfuhren, waren diesmal ſpärlich gegen jene, die wir acht Monate früher empfangen hatten. In Köln, wo wir damals unter dem Jubel der Bevölkerung eingezogen waren, mußten wir uns jetzt durch ſtumme, gaffende Haufen drängen, und am Abend gab ein Stück ſouveränen Volkes uns ſein Mißfallen über den Zweck unſerer Sendung auf die unzweideutigſte Weiſe zu erkennen. Die Demokraten grollten uns, daß wir einen Kaiſer, die Ultramontanen, daß wir einen proteſtantiſchen Kaiſer über Deutſchland ſetzen wollten. Wohin war ſie gekommen, die unbedingte Verehrung für die Nationalverſammlung, die unbedingte Hingebung an ihren ſouveränen Willen, die im Auguſt vorigen Jahres uns auf allen Schritten begegnete?

Die folgenden Tage richteten unſern Muth wieder auf. Nicht blos die preußiſchen Provinzen, die wir durchſchnitten, auch Hannover, auch Braunſchweig jauchzten unſerer Sendung Beifall zu und gaben uns ihre heißeſten Wünſche mit, daß wir, rückkehrend, den Kaiſer mitbringen möchten, der Deutſchland die Einheit, die Macht, den Frieden wiedergeben ſollte. Unter dieſen erhebenden Eindrücken zogen wir in die Stadt ein, wo über den Erfolg unſerer Sendung, wo über das Schickſal Deutſchlands die verhängnißvolle Entſcheidung fallen ſollte.

Wie dieſe Entſcheidung fiel, iſt bekannt. Der König lehnte ab, nicht blos die Krone, ſondern die ganze Reichsverfaſſung; er verlangte, daß letztere von ihm und den anderen Fürſten geprüft, wenn ſie als nicht geeignet befunden würde, abgeändert, und erſt dann als rechtskräftig verkündet werden ſolle. Das hieß: das ganze Verfaſſungswerk ſo gut wie unmöglich machen! Denn daß Preußen mit Oeſterreich, ja auch mit Baiern, Sachſen, Hannover ſich über die wichtigſten Punkte der Neugeſtaltung Deutſchlands ſchwerlich einigen würde, konnte man aus dem, was über die Anſichten der verſchiedenen

Regierungen bereits amtlich bekannt war, mit Sicherheit ſchließen. Da nun aber bei einer Reviſion der Verfaſſung der eine Staat genau ſo viel Recht zu beanſpruchen hatte und ſicherlich beanſpruchen würde, wie der andere, ſo war faſt mit mathematiſcher Gewißheit vorauszuſehen, daß es zu gar nichts kommen, ſondern Alles beim Alten bleiben werde. Die Probe auf dieſes Exempel iſt ſpäter ſowohl bei dem ſog. „Dreikönigsbündniß“, als bei den „Dresdner Conferenzen“ gemacht worden. Die entgegengeſetzte Erfahrung von 1866 läßt ſich dagegen nicht anführen; damals ſtanden die ſämmtlichen norddeutſchen Regierungen unter dem ſtarken Drucke der vorausgegangenen preußiſchen Siege.

Bei einer Sachlage wie dieſe ſchien es mir die höchſte patriotiſche Pflicht, Alles aufzubieten, damit womöglich, der König noch zu einer anderen Entſcheidung bewogen würde. Und für ganz hoffnungslos durfte man einen derartigen Schritt nicht halten. Noch am Tage unſerer Ankunft in Berlin hatten die Miniſter des Königs in beiden Kammern eine viel günſtiger lautende Erklärung abgegeben, ja noch am ſelben Abend hatte der Miniſterpräſident Graf Brandenburg eine gleiche Erklärung gegen zwei Mitglieder der Kaiſerdeputation wiederholt.

Als daher nach unſerer Rückkehr von der Audienz im Schloſſe die Deputation beim Präſidenten Simſon ſich verſammelte, und als innerhalb derſelben nur Eine Stimme laut ward: „Sofort abreiſen!“ da glaubte ich dieſem Beginnen mich widerſetzen zu müſſen. Ohnehin fürchtete ich, daß, wenn wir ſo gänzlich unverrichteter Sache nach Frankfurt zurückkämen, die großdeutſche Coalition die Gelegenheit benutzen möchte, um die Oberhauptsfrage in ihrem

Sinne zu regeln. Anläufe zu Derartigem ſind in der That in unſerer Abweſenheit gemacht, glücklicherweiſe aber vereitelt worden. Meine Gründe gegen das jähe Abbrechen unſerer Sendung fanden Beachtung: man beſchloß, zu bleiben, und ſodann, auf meinen weiteren Antrag, eine Erklärung an den König zu richten. Dahlmann, Rieſſer und ich, wir wurden mit deren Entwerfung beauftragt. Da dieſer Entwurf noch nirgends vollſtändig veröffentlicht iſt (in meinen „Dreißig Jahren" habe ich nur das Schlußpetitum mitgetheilt), ſo mag er, als eines von vielen Documenten zur Geſchichte jener, wenn auch nun abgethanen, Zeit hier einen Platz finden. Er lautete:

Ew. Kgl. Majeſtät!

Die verfaſſunggebende deutſche Nationalverſammlung hatte uns, die ehrerbietigſt unterzeichnete Deputation, beauftragt, Ew. Majeſtät ehrfurchtsvoll einzuladen, die auf Ew. Majeſtät gefallene Wahl zum erblichen Oberhaupte Deutſchlands auf Grundlage der von ihr beſchloſſenen und verkündigten Reichsverfaſſung annehmen zu wollen.

Ew. Majeſtät haben in der geſtern uns bewilligten Audienz nicht geruht, die Annahme dieſer Wahl auf Grundlage der von der Nationalverſammlung feſtgeſtellten Verfaſſung auszuſprechen, vielmehr dieſelbe abhängig gemacht von einer vorgängigen gemeinſamen Berathung der Regierungen der einzelnen deutſchen Staaten, in welcher geprüft werden ſoll, ob die Verfaſſung dem Einzelnen wie dem Ganzen fromme, „ob die Ew. Majeſtät darin zugedachten Rechte Ew. Majeſtät in den Stand ſetzen würden, mit ſtarker Hand die Geſchicke Deutſchlands zu leiten und die Hoffnungen ſeiner Völker zu erfüllen".

Mit dieſer Entſcheidung, wenn wir ſolche als das letzte Wort Ew. Majeſtät anzuſehen hätten, wäre eigentlich der Auftrag der Deputation erledigt, und es bliebe derſelben nichts übrig, als in

den Schooß der Nationalverſammlung zurückzukehren und dieſer anheimzugeben, das Weitere hierüber zu beſchließen.

Angeſichts jedoch der großen und dringenden Gefahren des Vaterlandes hält ſich die Deputation für ebenſo berechtigt wie verpflichtet, noch einmal Ew. Majeſtät Blick auf den wahren Sinn und Zweck ihrer Sendung und der dieſer zu Grunde liegenden Beſchlüſſe der Nationalverſammlung ehrerbietigſt hinzulenken.

Die Nationalverſammlung hat in zweimaliger Berathung die Verfaſſung für Deutſchland feſtgeſtellt. Sie hat dabei alle beſtehenden Intereſſen und Rechte ſowohl der einzelnen Volksſtämme, als der einzelnen Regierungen, wie ſolche theils durch die Abgeordneten der verſchiedenen Länder in ihrer Mitte, theils durch die Stimmen der Bevölkerung dieſer Länder, theils durch die Bemerkungen der Regierungen zu dem aus erſter Leſung hervorgegangenen Verfaſſungsentwurf ſich geltend machten, gewiſſenhaft geprüft und ihnen alle diejenige Beachtung angedeihen laſſen, welche nur immer mit der nothwendigen Rückſicht auf die Einheit des Ganzen vereinbar ſchien.

Sie ging dabei in ihrer großen Mehrheit von der Ueberzeugung aus, daß die ſolchergeſtalt allſeits erwogene und berathene Verfaſſung nunmehr endgiltig feſtgeſtellt ſei.

Sie mußte von dieſer Ueberzeugung ausgehen, weil ein immer erneutes Infrageſtellen des von ihr Beſchloſſenen entweder auch ihrerſeits eine nochmalige, dritte Beſchlußfaſſung über das Ganze erfordern würde — ein Unternehmen, welches weder die dringende äußere und innere Gefahr des Vaterlandes, noch auch die eigene Lage der Nationalverſammlung als zuläſſig erſcheinen läßt, — oder aber das ganze Verfaſſungswerk von der Bahn der Conſtituirung durch das freigewählte Organ der Nation auf die Bahn der Octroyirung durch die Regierungen hinüberleiten würde, was weder der Hoffnungen der deutſchen Völker, noch der Lage des Vaterlandes noch den Vorausſetzungen, unter denen die Nationalverſammlung unter Mitwirkung der Regierungen ſelbſt in's Leben trat, irgend wie entſprechen möchte.

Die Nationalverſammlung ward berufen, um das Werk der deutſchen Verfaſſung „zwiſchen dem deutſchen Volk und den Re-

gierungen zu Stande zu bringen". In dieſem Auftrage liegt das Recht wie die Pflicht, daß ſie dieſes Werk nicht aus der Hand gebe, ſondern es wirklich zu Ende führe und abſchließe.

Wenn hiernach die Nationalverſammlung in ihrer großen Mehrheit eine Abänderung des Inhalts der Verfaſſung — abgeſehen von jener, welche dem verfaſſungsmäßigen Wege einer Reviſion durch künftige Reichstage vorbehalten bleibt — nimmermehr zugeben wird, ſo ſteht doch ebenſo beſtimmt zu erwarten, daß in Betreff der Ausführung dieſer Verfaſſung in Bezug auf die einzelnen Theile des künftigen Bundesſtaats die unwiderſtehliche Kraft der Wahrheit, der Patriotismus und die Einſicht der Regierungen und der Völker durch deren allſeitige freie Zuſtimmung, wie ſolche auch die Nationalverſammlung ſelbſt in ihrem Beſchluſſe vorausſetzt, eine zwangsweiſe Einführung derſelben unnöthig machen werde.

Jedenfalls würden wir das große Werk der Gründung eines deutſchen Bundesſtaates für bedeutend gefördert, ja im Weſentlichen für geſichert erachten, wenn Ew. Majeſtät geruhen wollten, die oberſte Leitung der Geſchicke Deutſchlands auf Grund der Reichsverfaſſung zunächſt für Ew. Majeſtät eigene Lande und für die Lande derjenigen Regierungen zu übernehmen, welche ihre unbedingte Zuſtimmung zu den Beſchlüſſen der Nationalverſammlung entweder bereits erklärt haben oder ſicherlich ungeſäumt erklären werden.

Mit Befriedigung hatte daher auch die Deputation die von Ew. Majeſtät Regierung im Schoße der beiden Kammern in dieſem Sinne abgegebene Erklärung vernommen, weil ſie hoffen durfte, auf dieſer Grundlage zu einer baldigen und gedeihlichen Löſung ihrer Aufgabe und damit zur Erfüllung dringender Wünſche des deutſchen Volkes und zur Abwendung großer Gefahren von dem gemeinſamen Vaterlande zu gelangen.

Iſt nun auch durch Ew. Majeſtät Antwort an die Deputation — wie wir wenigſtens dieſelbe nach ihrem Wortlaute auffaſſen müſſen — dieſe Hoffnung in eine unabſehbare Ferne gerückt, indem dadurch anſcheinend der Nationalverſammlung und der von ihr getroffenen Wahl alle Grundlage entzogen und aller fernere Zuſammenhang zwiſchen Ew. Majeſtät Regierung und der Nationalverſammlung zerriſſen wird, ſo geben wir doch die Zuverſicht nicht auf, daß

Ew. Majeſtät Weisheit und patriotiſche Hingebung, in Anerkennung der ernſten Lage des Vaterlandes und in Würdigung der ſich immer lauter kundgebenden dringenden Wünſche der Nation nach einer feſten und dauernden Einheitsgewalt, den an Ew. Majeſtät im Namen Deutſchlands ergangenen Ruf der Nationalverſammlung einer nochmaligen Erwägung unterziehen und diejenige Entſcheidung treffen werde, welche alle Freunde des Vaterlandes und der geſetzlichen Freiheit mit dankbarer Freude erfüllen, die Hoffnungen der zahlreichen Feinde deutſcher Einheit und Größe aber zu Schanden machen wird. In tiefſter Ehrerbietung verharren wir u. ſ. w.

Der Entwurf fand jedoch die Zuſtimmung der Deputation nicht. Man erblickte darin eine Ueberſchreitung unſerer Vollmacht. Wir hätten lediglich zu erklären, daß die Annahme der unveränderten Verfaſſung und die Annahme der Krone zwei untrennbare Dinge ſeien, ſonſt nichts. Die Nationalverſammlung würde eine Erklärung dieſer Art, die über unſer Mandat hinausgehe, nicht gutheißen, würde uns desavouiren.

Daß wir, indem wir durch unſere Erklärung eine Brücke der Verſtändigung zu bauen verſuchten, von dem Auftrage der Deputation einigermaßen abwichen, hatten wir, die Verfaſſer des Entwurfes, uns nicht verhehlt; allein der Verſuch einer Verſtändigung erſchien uns ſo überwiegend wichtig, das Zuſtandekommen des Bundesſtaates, wenn der König zunächſt auch nur die Regierung über die etwa 28 Staaten übernähme, deren Regierungen bereits beigeſtimmt hatten, durch den dann zweifellos nachfolgenden Beitritt der übrigen ſo ſicher, daß wir unſererſeits die Verantwortung für dieſe Ueberſchreitung unſerer Vollmacht gern übernommen haben würden. Indeß, wie geſagt, die Mehrheit entſchied gegen uns, und ſo ward eine andere,

vom Präſidenten Simſon redigirte Erklärung — nicht an den König, ſondern an das Staatsminiſterium — abgeſendet. Dieſelbe beſagte einfach, daß eine Ablehnung der Verfaſſung einer Ablehnung der Krone gleichzuachten ſei. Sie befindet ſich in den Acten des Parlamentes.

Auf einen Lichtpunkt unſeres damaligen Aufenthaltes in Berlin — beinahe den einzigen! — muß ich doch noch kommen. Auch ihn will ich mit den Worten ſchildern, welche ich demſelben, noch ganz des Eindruckes davon voll, in meinen „Erinnerungen“ geliehen habe.

Am Abend des 3. April waren wir zum Prinzen von Preußen geladen. Wir kamen dahin noch voll der ſchmerzlichen Eindrücke des Morgens. Der Prinz, ein gerader, ſtraffer militäriſcher Charakter, empfing uns durchdrungen, wie man ſah, von der hohen Bedeutung dieſes Tages. In ernſtem, tiefeingehendem Geſpräch ſuchte er uns zu überzeugen, daß der Eindruck, den wir aus der Antwort des Königs und der Aufnahme unſerer Sendung bei ihm geſchöpft hatten, der Eindruck, als wolle man mit der Nationalverſammlung brechen, ſie wenigſtens bei Seite ſchieben und ſeinen Weg ohne ſie gehen, nicht der richtige, nicht der beabſichtigte ſei, daß man den Werth und die Bedeutung des Anerbietens der Geſammtvertretung Deutſchlands vollkommen anerkenne und nur aus Rückſichten der Pflicht wie der Politik den entſcheidenden Schritt nicht ohne die freie Zuſtimmung der anderen Fürſten thun könne. Die Prinzeſſin, eine Frau, bei welcher Geiſt und Gemüth um den Vorrang ſtreiten, vielleicht der klarſte politiſche Kopf und das wärmſte patriotiſche Herz am Hofe zu Berlin, bat, beſchwor uns faſt, mit tiefer Bewegung in ihrer Stimme und in ihren Mienen, an dem glücklichen Ausgange unſerer Sendung nicht zu verzweifeln, das Werk der Verſtändigung nicht vorſchnell abzubrechen. Es werde, es müſſe Alles noch gut enden; das Ziel ſei ja ein ſo herrliches, ein ſo nothwendiges.

Es war ein ſchmerzlicher und doch wohlthuender Austauſch von Empfindungen und Gedanken, in welchem uns dieſer Abend nach

den ſo peinlichen Erlebniſſen des Tages verging. Von der einen Seite Hoffnungen und Tröſtungen, mit aufrichtigſtem Sinne gegeben, aber doch erfolglos, weil wir nicht daran glauben konnten; von der anderen Seite ebenſo vergebliche Klagen und Wünſche, denen abzuhelfen und entgegenzukommen jenſeits gewiß nicht der Wille, leider aber die Macht fehlte.

Auf die letzten Wochen des Parlamentes gehe ich nicht näher ein. Es war das langſame Hinſterben eines Kranken, für den es keine Rettung gab. Wohl hegte ich mit einer kleinen Anzahl engerer politiſcher Freunde eine Zeit lang den Gedanken: durch eine recht einmüthige, natürlich ſtreng geſetzliche, Agitation, zu welcher der ganze beſſere Theil der Nation ſich vereinige, könne doch vielleicht der Widerſtand der wenigen Regierungen, welche die Verfaſſung zurückwieſen, könne dann am Ende auch die Abneigung des Königs von Preußen gegen Annahme der Krone überwunden werden. Als nothwendige Vorausſetzung des Gelingens betrachteten wir es, daß ein Mann wie Gagern, der ſo ſehr das allgemeine Vertrauen gerade der conſervativen Kreiſe genoß, ſich an die Spitze ſtelle. Wir haben darüber lange und wiederholt mit ihm verhandelt. Er ſetzte unſeren Vorſtellungen zwei Bedenken entgegen, ein perſönliches und ein ſachliches. „Ich bin nicht mehr, der ich vor'm Jahre war," ſagte er. Er hatte das Vertrauen zu ſich, er hatte auch wohl das Vertrauen zu der Nation verloren. Gewichtiger war ſein ſachliches Bedenken, welches darin beſtand, daß jede Agitation, auch eine noch ſo ſtreng bemeſſene und in den loyalſten Kundgebungen ſich äußernde, ſo weit ſie eine Umwandelung der Geſinnungen des Königs bezwecke, wie ein auf dieſen geübter Druck erſcheinen und ſo das An-

ſehen gerade des Factors ſchwächen möchte, der doch der Schluß- und Eckſtein des ganzen Bundesſtaates ſein ſollte, des künftigen Kaiſers.

Der Maſſenaustritt der Rechten und die Aufſtände in Dresden, der Pfalz, Baden machten jede gedeihliche Löſung der Verfaſſungsfrage vollends unmöglich.

Auch nach Sachſen hatte ich mich gewendet, um vielleicht dort eine der Verfaſſung günſtige Entſcheidung herbeizuführen; denn eine jede ſolche erſchien mir als ein Gewicht, welches zu Gunſten einer Annahme derſelben auch in Berlin in die Wagſchale fallen würde. Das Märzminiſterium war zurückgetreten und durch eines aus Beamten, die außerhalb der Kammern ſtanden, erſetzt worden. Ich ſchrieb an einen mir näher befreundeten unter den neuen Miniſtern, Weinlig. Von ihm erhielt ich, aber erſt nach dem Rücktritt auch dieſes Miniſteriums (in ſeiner Mehrheit) und unmittelbar vor der Kataſtrophe in Dresden, folgenden Brief:

Verehrter Freund!

Ich habe Ihren Brief bis jetzt nicht beantwortet. Mein, vor zwei Tagen erfolgter Rücktritt aus dem Miniſterium giebt den Schlüſſel dazu. Wenn ich gleich nicht in allen Stücken Ihre Anſicht von der Reichsverfaſſung theile — worüber ſich ganze Bücher ſchreiben ließen — ſo habe ich doch von Anfang die Ueberzeugung gehabt, daß, nachdem alle Regierungen den günſtigen Moment, ſich unter ſich und dann im Ganzen mit der Nationalverſammlung zu einigen, verſäumt hatten, das Einzigrichtige in der unveränderten Annahme der Verfaſſung liege. Ich habe von Anfang an für dieſe Anſicht mit meinem Collegen Ehrenſtein gekämpft, habe Alles verſucht, um meine andern Collegen und den König

zu bewegen, habe zuletzt auch der Kammerauflösung zugestimmt, um dem König, welcher darauf großen Werth zu legen schien, den Schein ganz freier Entschließung zu retten, und habe dadurch selbst ein gut Theil des mit der Kammerauflösung verbundenen Odiums auf mich geladen. Es wäre noch Alles gut gewesen, wenn der König am Tage nach der Auflösung die Annahme der Verfassung proclamirt hätte. Ich habe selbst die Ankunft des vom Reichsministerium hierher gesandten Commissars abgewartet, um durch ihn den König von der Unmöglichkeit, in Frankfurt noch eine Abänderung zu erzielen, vollständig überzeugen zu lassen. Alles vergeblich! So blieb nichts übrig, als: sich loszusagen . . Daß ich Ihnen während dieser Zeit des steten Kampfes nicht schrieb, werden Sie begreifen: ich wollte selbst den Schein vermeiden, als gehorchte ich in dieser Sache fremden Einflüssen und triebe Politik hinter dem Rücken meiner Collegen.

Ihr ergebenster
O. Weinlig.

Dresden, den 1. Mai 1849.

Die Gemüthsstimmung zu schildern, in welcher wir Alle, die wir unsere ganze Hoffnung auf das endliche Gelingen unserer, fast ein Jahr lang fortgesetzten Bestrebungen gesetzt hatten, die letzten Wochen des Parlamentes (eigentlich schon von unserer mißglückten Kaiserreise an) verbrachten, wäre wohl ein vergebliches Bemühen: so etwas läßt sich nur selbst erleben, und wohl dem, der es nicht erlebt! Auch die stärksten Geister, auch die scheinbar physisch kräftigsten Naturen hielten diesem Schiffbruch unserer höchsten Ideale nicht Stand. Simson, schon auf der Reise nach Berlin schwer leidend, erkrankte nach der Rückkunft von da so ernstlich, daß er das Präsidium abgeben mußte. Mein Freud Riesser war körperlich und gemüthlich

ſo angegriffen, daß er auf ärztlichen Rath Frankfurt verlaſſen und eine Erholungsreiſe antreten mußte. Ich ſelbſt, wenn auch meine gute Natur mich aufrecht erhielt, war doch ſo nervös überreizt, daß ich oft nach Hauſe gehen mußte, um mich tüchtig auszuweinen. Ich litt unter der allgemeinen troſtloſen Lage um ſo mehr, als ich, in Vorausſicht des zweifellos baldigen Zuſammenbruchs des Parlamentes, Frau und Kind bereits zu Ende des April nach Hauſe geſchickt hatte und nun allein, ohne den tröſtenden und aufrichtenden Halt einer eigenen Häuslichkeit, all das Bittere durchleben mußte, wenn ſchon die Liebenswürdigkeit der uns befreundeten Familie des Schauſpieldirectors Meck durch die Aufnahme in ihren Kreis mir dieſen Verluſt einigermaßen zu erſetzen ſuchte.

Und doch möchte ich die Erinnerung an die „große Zeit“ des erſten deutſchen Parlamentes, und doch möchte ich das Bewußtſein, jene große Zeit mit durchlebt, an der, wenn auch für den Augenblick reſultatloſen, gleichwohl in ihren geiſtigen Nachwirkungen nicht vergeblichen Arbeit des erſten deutſchen Parlamentes werkthätig Theil genommen zu haben, um Vieles nicht miſſen. Auch hat es mich nie irre machen können, wenn ſo manche Nachgeborene, die zu jener Zeit noch Knaben oder halbreife Jünglinge waren, wenn ſelbſt gelehrte Männer vom Katheder herab oder in Schriften uns, die Abgeordneten in der Paulskirche, als „Phantaſten“ von oben herab vornehm belächelten oder als politiſche Pfuſcher mit Vorwürfen überhäuften. Schwerlich möchte man doch in der ganzen Geſchichte des Parlamentarismus ſo leicht eine zweite Verſammlung finden, die in ihrer großen Mehrheit ſo viel

aufrichtigen Patriotismus, ſo viel Unabhängigkeitsſinn nach oben und unten, ſo viel uneigennützige, von perſönlichen, Berufs- und Standesintereſſen freie Hingebung an ein Allgemeines bethätigt hätte, wie das erſte deutſche Parlament. Und auch das wäre wohl der Prüfung werth, ob ohne den damals in den Boden des deutſchen Volksgeiſtes tief hineingeſenkten Fruchtkeim des deutſchen Einheitsgedankens, ob ohne dieſe ideale Vorſchule des Parlamentes von 1848 die Erfolge, die der gewaltige Realismus eines Bismarck mit den ihm zu Gebote ſtehenden phyſiſchen Machtmitteln erzielt hat, ſo leicht und ſo vollſtändig hätten erreicht werden können.

Als ein nicht zu unterſchätzendes Zeichen von dem tiefen und unaustilgbaren Eindruck, den die lange gemeinſame Arbeit in Frankfurt in den Gemüthern aller Derer, die daran Theil gehabt, zurückgelaſſen, iſt mir immer das erſchienen, daß, wo ein paar „alte Frankfurter" ſich wieder begegneten, mochte es nach noch ſo langer Zeit ſein, mochten ſie auch im Parlament ſich weniger nahe, vielleicht ſogar auf entgegengeſetzten Seiten geſtanden haben, ein Gefühl der Zuſammengehörigkeit, der Solidarität, ſie zu einander zog und aus der anders gearteten Umgebung gleichſam heraushob. Um wie viel mehr die ſchon damals einander enger Befreundeten, der gleichen Richtung Folgenden. Ich kann wohl ſagen, daß die Freundſchaften, die ich damals in Frankfurt geſchloſſen, inniger, dauernder, wandelloſer geweſen und geblieben ſind, als ſelbſt viele der aus meiner Jugendzeit ſtammenden, obſchon ſonſt dieſe letzteren die wärmſten zu ſein pflegen. Als ein ſichtbares Andenken an einen großen Kreis damaliger Genoſſen und Freunde be-

wahre ich noch drei große Porträtgruppen, die wir, eine Anzahl von Mitgliedern des Augsburger Hofes und des Casino, durch den mir persönlich befreundeten Maler Friedrich Pecht (den bekannten namhaften Kunstkritiker und Kunsthistoriker) anfertigen ließen. Die Abzüge dieser Bilder sind nicht in den Kunsthandel gekommen; sie blieben Privateigenthum der Betheiligten. Von den Originalen dieser Porträts leben freilich nur noch wenige. Es ist ein schmerzliches Geschäft, dem ich von Fall zu Fall mich unterziehe, einen nach dem andern dieser Männer als Dahingegangenen zu bezeichnen. Kaum 2, 3 auf jedem Bilde (von etwa je 30), mögen noch am Leben sein.

Im Jahre 1878, als dreißig Jahre seit dem Zusammentritt des Frankfurter Parlamentes verflossen waren, erließ ich in der damals von mir redigirten „Deutschen Allgemeinen Zeitung" einen Aufruf an die noch lebenden Mitglieder der sog. „Kaiserpartei" und bat sie um Angabe ihres jetzigen Aufenthalts, Berufs, Alters. Ich erhielt darauf eine Anzahl von Zuschriften mit den gewünschten Angaben; von Manchen, die nicht antworteten, wußte ich wenigstens so viel, daß sie noch lebten, und so konnte ich ein Verzeichniß des, nicht sehr großen, Restes jener so zahlreichen Partei zusammenstellen und veröffentlichen. Von den etwa 250 Mitgliedern, die sie zählte, waren, so weit ich es erkunden konnte, noch etwa 60 übrig, nicht ganz ein Viertheil! In den seitdem wieder verflossenen sieben Jahren hat der Tod auch unter diesem Reste stark aufgeräumt. Im ersten gesammtdeutschen Reichstage (1871—73) waren wir noch über ein Dutzend „alter Frankfurter", jetzt sitzt wohl kein einziger mehr darin.

Zu Bismarcks 70. Geburtstag, am 1. April 1885, haben wir „alten Frankfurter von der Kaiſerpartei“ — 30 an der Zahl — ihm in einer beſonderen Adreſſe unſere Verehrung und unſere Freude darüber ausgeſprochen, daß er hinausgeführt, was hinauszuführen uns in Frankfurt die Macht fehlte. Der große Staatsmann hat uns darauf in liebenswürdigſter Weiſe geantwortet, hat anerkannt, daß unſer Wirken ein wohlgemeintes und doch nicht ganz unverdienſtliches geweſen ſei. Ich ſelbſt habe zu meinem goldenen Doctor- und Docentenjubiläum (am 31. Mai 1885) noch von 20 alten Collegen und Geſinnungsgenoſſen aus der Paulskirche freundliche Glückwünſche empfangen.

Ich hatte mir vorgenommen, ſo lange in der Paulskirche auszuharren, als nicht die Majorität (welche ſeit dem Austritt faſt der ganzen Rechten natürlich bei der Linken war) etwas beſchlöſſe, was mir das längere Bleiben unmöglich machte. Dieſer Moment kam bald. Die Linke verweigerte es, in eine von ihr zu erlaſſende „Proclamation an das deutſche Volk“ die von mir und meinen wenigen noch übrigen Freunden beantragte Erklärung aufzunehmen, erſtens, daß ſie nicht die Republik, ſondern wirklich nur die „Durchführung der Reichsverfaſſung“ anſtrebe, zweitens, daß ſie jede auswärtige Einmiſchung zurückweiſe. Mit mir ſchieden Welcker, Rieſſer, Kierulff u. ſ. w. — beinahe der ganze Reſt der Gemäßigten — aus. Tags darauf beſchloß die Linke, die nun faſt gänzlich „unter ſich“ war, die Ueberſiedelung nach Stuttgart!

In den erſten Tagen des Juni verließ ich Frankfurt, nachdem ich noch an einer Beſprechung Theil genommen,

aus welcher dann die Anregung zu der Verſammlung in Gotha hervorging. Mehr als 14 Monate war ich von Hauſe entfernt geweſen. Mit welchen Gefühlen ich von Frankfurt ſchied und in die ſo lange verlaſſene Heimath zurückkehrte, wäre ſchwer zu ſchildern.

Ueber ein Jahr lang hatte ich gleichſam in einer ganz andern Atmoſphäre der Anſchauungen und Empfindungen gelebt, hatte mich nur mit den höchſten Angelegenheiten der Nation beſchäftigt, hatte den erhabenſten Ideen von deutſcher Einheit und Größe nachgehangen, mit den edelſten und erleuchtetſten, gleich mir für ſo hohe Ziele auf's Lebhafteſte begeiſterten Männern verkehrt. Jetzt trat ich wieder ein in die Kreiſe Solcher, die, von dem „Rauſche" des Jahres 1848, wie man es zu nennen beliebte, ernüchtert, zu ihren gewohnten Alltagsbeſchäftigungen und Alltagsgedanken zurückgekehrt waren und an die Hoffnungen und Enttäuſchungen der nächſten Vergangenheit, vollends an ihre eigene Betheiligung daran, um keinen Preis erinnert ſein mochten. Ich hatte die Empfindung, in dieſen Kreiſen wie ein von einem anſteckenden Uebel Behafteter, deſſen Berührung man fürchtet, im beſten Falle wie ein geiſtig Kranker oder Geſtörter, deſſen Idioſynkraſieen man ſchonen muß, betrachtet und behandelt zu werden. Ich ſelbſt kam mir beinahe ſo vor, ſo vollſtändig fremd fühlte ich mich Alledem, was die Leute hier in der Heimath trieben, dachten, ſprachen, was ſie intereſſirte, erregte, in Bewegung ſetzte, während umgekehrt ſie keinerlei ſympathiſches Verſtändniß hatten für den ungeheuren Schmerz, der mein ganzes Inneres erfüllte, oder für die hartnäckige Zähigkeit, womit ich noch immer an den Idealen feſthielt, welchen die Andern

längſt den Rücken gekehrt hatten. Eine kleine Gemeinde Gleichgeſinnter fand ich wohl noch vor, aber ſie war eine ecclesia pressa, die täglich mehr zuſammenſchmolz, täglich mehr ſich vom öffentlichen Schauplatz zurückzog, zum großen Theil auch ſelbſt innerlich allmälig verkühlte und ſich in das fügen lernte, was doch nicht zu ändern war.

Im Verlage von **E. Schottlaender** in Breslau ist erschienen:

Bericht

über die

allgemeine deutsche Ausstellung

auf dem Gebiete der Hygiene und des Rettungswesens

unter dem Protectorate

Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin

Berlin 1882—83.

Mit Unterstützung des Königlich Preußischen Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten

herausgegeben von

Dr. Paul Boerner in Berlin.

Mit Titelbild, Portrait, Situationsplan und vielen Text-Illustrationen.

Compl. in 3 Bänden broschirt Mk. 35.—; gebunden Mk. 40.—

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes.

Verlag von S. Schottlaender in Breslau.

Kloſter Friedlands letzte Aebtiſſin.

Roman aus dem ſechszehnten Jahrhundert.

Von

F. W. Zell.

Elegant broſchirt *M.* 4.—; fein gebunden *M.* 5.—

Cajus Kunghalt.

Eine Erzählung aus dem ſiebzehnten Jahrhundert.

Von

Lucian Bürger.

Elegant broſchirt Mk. 4.—; fein gebunden Mk. 5.—

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes.

Verlag von S. Schottlaender in Breslau.

Die Frauen der Petersburger Gesellschaft.

Roman

von

Wladimir Fürst Meschtschersky.

3 Bände. Elegant broschirt M. 12.—; fein gebunden M. 15.—

Kampf um Liebe.

Zwei Erzählungen

von

A. Freiherrn von Loën.

Elegant broschirt M. 5.—; fein gebunden M. 6.—

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes.

Digitized by Google

Verlag von S. Schottlaender in Breslau.

Charakter-Studien.

Vier Novellen.

Von

M. Corbus.

Verfasser von „In omnibus charitas".

Elegant broschirt M. 4.—; fein gebunden M. 5.—

Wessen Schuld?

Roman

von

O. Elster.

Elegant broschirt M. 4.—; fein gebunden M. 5.—

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Verlag von S. Schottlaender in Breslau.

Recht und Liebe.

Roman

von

Levin Schücking.

Elegant broſchirt ℳ. 4.—; fein gebunden ℳ. 5.—

Der Zigeunerbaron

und andere Novellen.

Von

Moriz Jokai.

Elegant broſchirt ℳ. 4.—; fein gebunden ℳ. 5.—

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes.

Verlag von S. Schottlaender in Breslau.

Herr und Frau Bewer.

Novelle

von

Paul Lindau.

VIII. Auflage.

Elegant broſchirt ℳ 2.50; fein gebunden ℳ 3.50.

Mayo.

Erzählung

von

Paul Lindau.

V. Auflage.

Elegant broſchirt ℳ 4.50; fein gebunden ℳ 5.50.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Karl Biedermann

Mein Leben

und

ein Stück Zeitgeschichte.

Zweiter Band.

Mein Leben

und

ein Stück Zeitgeschichte.

Von

Karl Biedermann,

ord. Honorarprofessor an der Universität in Leipzig.

Eine Ergänzung zu des Verfassers „Dreißig Jahren deutscher Geschichte".

Zweiter Band. 1849—1886.

Mit einem Portrait (Radirung) des Verfassers.

Breslau.

Druck und Verlag von S. Schottlaender.

1886.

Inhalt.

Seite

Erſtes Capitel. Der Sommer 1849: die Verſammlung zu Gotha; meine „Erinnerungen aus der Paulskirche". 1

Zweites Capitel. Der ſächſiſche Landtag von 1849/50 und der Staatsſtreich vom 3. Juni 1850. 13

Drittes Capitel. Publiciſtiſche Thätigkeit in Sachen Schleswig-Holſteins und Kurheſſens. — Die Sammelſchrift „Germania" (1851 und 1852). 31

Viertes Capitel. Zerfall der Gagern'ſchen Partei. 54

Fünftes Capitel. Die „Deutſchen Annalen", ein Preßproceß und meine Entſetzung von der Profeſſur. 63

Sechſtes Capitel. Was nun? — Meine Berufung nach Weimar. . 75

Siebentes Capitel. Schriftſtelleriſche Thätigkeit von 1850—1855. . . 88

Achtes Capitel. Stillleben in Weimar. Ein glückliches Ländchen. . . 113

Neuntes Capitel. Neue Regungen des nationalen Geiſtes in Deutſchland und meine Betheiligung daran (1859—1860). 135

Zehntes Capitel. Dramatiſche Anläufe. 164

Eilftes Capitel. Berufungen nach auswärts. Mein Weggang von Weimar 1863. 186

Zwölftes Capitel. Wie ich Sachſen wiederfand. Der „ſächſiſche Fortſchrittsverein". Der „Arbeiterbildungsverein". — Der „Journaliſtentag". — Das „Veteranenfeſt" in Leipzig 208

Seite

Dreizehntes Capitel. Nochmaliges Auftauchen und endliche Lösung der schleswig-holsteinischen Frage. 220

Vierzehntes Capitel. „Die Repräsentativverfassungen mit Volkswahlen." — Verbot der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" in Preußen. — Meine Wiederanstellung als Professor in Leipzig (1864 und 1865). 231

Fünfzehntes Capitel. Die innere Krisis Deutschlands im Jahre 1865. 248

Sechzehntes Capitel. Das Jahr 1866. 260

Siebzehntes Capitel. Neue parlamentarische Thätigkeit im sächsischen Landtage (1869—1876.) 292

Achtzehntes Capitel. Der Reichstag 1871—1873. 317

Neunzehntes Capitel. Das Parteiwesen in Sachsen seit 1866 und mein Antheil daran. 332

Zwanzigstes Capitel. Das Eingehen der „Deutschen Allgemeinen Zeitung". 355

Einundzwanzigstes Capitel. Die Bewegung für den „Arbeitsunterricht" und eine neue Auflage meiner „Erziehung zur Arbeit" 362

Zweiundzwanzigstes Capitel. Meine neuesten Schriften (1880—1885): „Geschichte der Leipziger Kramerinnung"; „Kleistbriefe"; „Dreißig Jahre deutscher Geschichte"; „Deutsche Volks- und Culturgeschichte". 371

Dreiundzwanzigstes Capitel. Mein goldenes Doctor- und Docentenjubiläum (1885). 391

Vierundzwanzigstes Capitel. Eine letzte Rückschau. 410

Erſtes Capitel.

Der Sommer 1849: die Verſammlung zu Gotha; meine „Erinnerungen aus der Paulskirche“.

Kaum aus Frankfurt nach Leipzig zurückgekehrt, erhielt ich von dort, unterzeichnet von Heinrich und Max von Gagern, Matthy, Dahlmann u. A., die Einladung zu einer am 26. Juni in Gotha abzuhaltenden Verſammlung. Es handelte ſich um unſere Stellungnahme zu dem preußiſchen Project der Errichtung eines deutſchen Bundesſtaates.

Die preußiſche Regierung hatte noch während des Parlaments, am 28. April 1849, nachdem der König die ihm von letzterem auf Grund der Reichsverfaſſung vom 28. März angebotene Kaiſerkrone endgiltig abgelehnt, an die anderen deutſchen Regierungen eine Aufforderung gerichtet, mit ihr gemeinſam das deutſche Verfaſſungswerk in die Hand zu nehmen.

Dieſer Einladung waren jedoch nur drei Regierungen gefolgt: die von Baiern, Sachſen und Hannover. 28 Regierungen zweiten und dritten Ranges, welche ſich für die vom Parlamente beſchloſſene Reichsverfaſſung

erklärt hatten, hielten sich, so lange dieses noch beisammen war und somit eine Ausgleichung nicht gänzlich unmöglich schien, an ihr Wort gebunden.

Aber auch die baierische Regierung nahm an den Verhandlungen, die am 27. Mai in Berlin eröffnet wurden, nur ganz im Anfange Theil und erklärte bald, auf die Absicht Preußens, einen Bundesstaat mit einheitlicher Spitze zu begründen, nicht eingehen zu können.

So kam es vor der Hand nur zu dem sogenannten „Dreikönigsbündniß". Die drei Regierungen von Preußen, Sachsen und Hannover legten den übrigen Regierungen und der Nation den Entwurf einer Verfassung für den zu bildenden deutschen Bundesstaat vor, luden jene zum Anschluß an ihr Bündniß ein und stellten dieser einen wirksamen Antheil an der Feststellung der Verfassung durch Wahlen zu einem Reichstag, auf welchem dieselbe endgiltig vereinbart werden sollte, in Aussicht.

Der Entwurf war in den meisten Stücken der Frankfurter Reichsverfassung nachgebildet. Gleich dieser enthielt er ein erbliches Oberhaupt des Bundesstaates in der Person des jeweiligen Königs von Preußen, ein Staaten- und Volkshaus mit allen constitutionellen Rechten, doch ohne das suspensive Veto, ausgedehnte Befugnisse der Reichsgewalt in Bezug auf Krieg, Auswärtiges, Verkehrswesen u. s. w. Das Ausscheiden Oesterreichs, welches dort nur als unzweifelhaft vorausgesetzt war, wurde hier direct ausgesprochen; zwischen dem außerhalb des Bundesstaates stehenden Oesterreich und diesem selbst sollte ein möglichst enges Bündniß (eine „Union") hergestellt werden. Worin der Entwurf von der Frankfurter Ver-

faſſung abwich, waren theils ſolche Beſtimmungen, in denen er der Selbſtändigkeit der Einzelſtaaten mehr Spielraum gewährte als jene, theils gewiſſe Beſchränkungen der dort ziemlich weitgegriffenen Freiheitsrechte des Volkes, insbeſondere aber das Wahlgeſetz zum Reichstage, welches letztere dem in Preußen eingeführten ſogenannten Dreiklaſſenſyſtem ſich anſchloß, alſo das Wahlrecht bedeutend enger begrenzte, als das in Frankfurt beſchloſſene Wahlgeſetz.

Das war der Reformplan, zu dem wir Stellung nehmen ſollten. Daß wir dies thun müßten — in einem oder dem anderen Sinne —, ſchien zweifellos. Wir, die geſetzlichen Vertreter unſerer Partei im Frankfurter Parlamente, wurden von letzterer auch jetzt noch als deren natürliche Führer und Vorkämpfer betrachtet. Unſerem Beiſpiele folgend, würden aller Wahrſcheinlichkeit nach unſere Parteigenoſſen in den verſchiedenen deutſchen Ländern, wenn erſt zu Wahlen für den conſtituirenden Reichstag verſchritten würde, an dieſen Wahlen entweder ſich betheiligen, oder ſich nicht betheiligen, der ganzen neuen Ordnung der Dinge, wenn ſie zu Stande käme, entweder freundlich oder feindlich gegenüberſtehen.

Ja, auch die fernere Haltung derjenigen Regierungen, welche damals ſich der Frankfurter Mehrheit angeſchloſſen hatten, hing wahrſcheinlich von unſerem Votum ab. An der Spitze jener Regierungen ſtanden zur Zeit noch überall Männer unſerer Partei. Nachdem dieſelben die Reichsverfaſſung angenommen und als rechtsgiltig in ihren Ländern verkündigt hatten, war es für ſie ſchwierig, ſich davon loszuſagen und zu der neuen Combination über-

zugehen. Denn leicht mochte man ihnen dies als eine falſche Nachgiebigkeit gegen die Wünſche ihrer Monarchen oder gegen eine im Hintergrunde lauernde Reactionspartei auslegen. Anders ſtand für ſie die Sache, ſobald eben jene Frankfurter Mehrheit, welcher ſeinerzeit ſie gefolgt waren, ſobald namentlich deren Wortführer und tonangebende Mitglieder durch ihr Vorangehen ihnen gleichſam den Weg bahnten, die Verantwortung für einen ſolchen Schritt von ihnen hinweg- und auf ſich ſelbſt nahmen. Der Beitritt oder Nichtbeitritt dieſer 28 Regierungen erſchien aber wiederum als bedingend für das Zuſtandekommen oder Nichtzuſtandekommen des preußiſchen Planes. Ein Bündniß von nur drei Staaten, wenn es dabei bewenden ſollte, war ein Unding, wogegen ein ſolches von einigen dreißig Staaten — ſelbſt beim vorläufigen Fernbleiben der beiden ſüddeutſchen Königreiche — immerhin als der ausſichtsvolle Kern eines wirklichen deutſchen Bundesſtaates angeſehen werden konnte.

So lag die Sache, und darum erſchien eine Verſtändigung unter uns über das, was wir thun ſollten, als durchaus nothwendig und unabweisbar, der von uns zu faſſende Entſchluß als im hohen Grade wichtig wegen ſeiner muthmaßlichen Wirkungen nach der einen oder der anderen Richtung hin.

Dieſe Wichtigkeit der von uns zu treffenden Entſcheidung hatte denn auch veranlaßt, daß von den etwa 250 Mitgliedern der ſogenannten „Erbkaiſerpartei“ nicht weniger als 150, alſo zwei Drittheile, perſönlich erſchienen waren. Andere, die nicht hatten kommen können, hatten wenigſtens ſchriftlich ihre Anſichten kundgegeben. Einer

der originellſten unſerer ehemaligen Parteigenoſſen, der „alte Zerzog“, der, wie er ſchrieb, ſoeben „ſein frankfurtmüdes Herz durch Herumſteigen auf den Tyroler Bergen erfriſchte“, gab ſeine Meinung über das, was wir zu thun hätten, in ſeiner draſtiſchen Weiſe folgendermaßen ab:

Einheit Deutſchlands um jeden Preis — auch vorläufig um den der Freiheit — das iſt meine Meinung. Sie nicht aus Fürſtenhänden nehmen zu wollen, wäre noch alberner, als daß ein König ſie nicht aus Volkes Hand nehmen ſollte. Dummes Zeug! Zottige Füllen wachſen ſich oft am ſchönſten aus — aus rotzigen Buben werden gewöhnlich die ſchönſten — Zeit bringt Roſen — Gut Ding will Weile haben u. ſ. w. Wenn man keinen anderen Troſt hat, ſo thun's auch Sprüchwörter.

Auch Paul Pfizer erklärte ſich in einem Schreiben an Gagern für Annahme der Verfaſſung. Unter den perſönlich Erſchienenen waren die beſten Namen der Partei: Gagern, Simſon, Dahlmann, R. Mohl, Vincke, Jacob Grimm, Beckerath, G. Beſeler, Duncker, Hergenhahn, Mathy, Rießer, Graf Giech, Rey u. A. m. „Ich würde mir's in meiner Sterbeſtunde nicht verziehen haben, wenn ich hier gefehlt hätte,“ ſagte Simſon.

Es war ein wehmüthiges und doch auch wohlthuendes Gefühl, mit ſo vielen wackeren und bedeutenden Strebens- und Leidensgenoſſen hier ſo bald ſchon wieder zuſammenzutreffen, nachdem man ſich erſt vor Kurzem getrennt hatte, ohne zu wiſſen, ob und wann man ſich wiederſehen würde.

Durch ein Unwohlſein zurückgehalten, kam ich erſt am zweiten Tage mitten in die bereits vollzählige Verſammlung hinein und ſah mich von allen Seiten auf's Herzlichſte begrüßt. Man hatte am erſten Tage eine

Commiſſion niedergeſetzt, welche der Verſammlung den formulirten Entwurf einer öffentlichen Erklärung vorlegen ſollte. Die Erklärung, die ziemlich lang war, beſagte im Weſentlichen Folgendes:

Obſchon feſthaltend an der Ueberzeugung, daß die Nationalverſammlung bei Verkündigung der Reichsverfaſſung vom 28. März derjenigen Stellung gemäß gehandelt hat, welche die Lage der deutſchen Dinge ihr anwies, dürfen wir doch die Augen nicht verſchließen vor der Thatſache, daß die Durchführung jener Verfaſſuug zur Unmöglichkeit geworden iſt.

Nun aber bietet ſich in der von den drei Regierungen dargebotenen Verfaſſung ein neuer Weg, auf welchem der verlorene Einigungspunkt möglicherweiſe ſich wiederfinden dürfte. Das Betreten dieſes Weges nicht zu verſchmähen, mahnt uns das von äußeren und inneren Feinden ſchwer bedrohte, vom Bürgerkrieg zerfleiſchte Vaterland. Der Verfaſſungsentwurf, wie entſchieden man auch einzelne ſeiner Beſtimmungen verwerfen möge, enthält doch die unerläßlichen Grundlagen des deutſchen Bundesſtaates, namentlich ein erbliches Reichsoberhaupt in der Perſon des Regenten des mächtigſten rein deutſchen Staates, ein Staaten- und ein Volkshaus, ſomit den Kern der Reichsverfaſſung. Wir betrachten die von den drei Königreichen dargebotene Verfaſſung als eine der Nation ertheilte unverbrüchliche Zuſage.

Auf Grund dieſer Erwägungen wurden dann die bisher dem Dreikönigsbündniß fern gebliebenen Regierungen zum Anſchluß an daſſelbe, die Bevölkerungen zur Betheiligung an den Wahlen für den, möglichſt bald einzuberufenden, Reichstag ermahnt. Betreffs dieſer Wahlen wurde der Wunſch ausgeſprochen, daß ſolche entweder nach den Landeswahlgeſetzen der einzelnen Staaten vorgenommen werden dürften, oder daß doch den Regierungen bei Handhabung des Reichstags-Wahlgeſetzes möglichſt freie Hand gelaſſen werde.

Doch glaubte man es nicht verantworten zu können, an den Bedenken gegen das Wahlgesetz das ganze Werk scheitern zu lassen.

Zwei Tage lang, am 27. und 28. Juni, wurde über diese Erklärung lebhaft hin- und hergestritten. Und in der That war es nichts Leichtes, wozu wir uns entschließen sollten. Zwar, daß die preußische Regierung uns, die wir im Parlamente nach harten Kämpfen die Feststellung einer monarchischen Verfassung Deutschlands und die Wahl des preußischen Königs zum deutschen Kaiser durchgesetzt, so schnöde behandelt, so schroff von sich gestoßen hatte, durfte jetzt nicht in Betracht kommen: angesichts des großen allgemeinen Interesses, das hier in Frage stand, mußte jede persönliche Empfindlichkeit schweigen. Allein die preußischen Staatsmänner und der König selbst hatten sich in dieser ganzen Angelegenheit so schwankend, so wechselvoll, so unberechenbar in ihren Entschließungen gezeigt, daß die Besorgniß wohlberechtigt war, ob sie es bei dem jetzt begonnenen Unternehmen anders machen würden. Auch enthielten Verfassung und Wahlgesetz so Manches, was nicht blos den mehr links stehenden Mitgliedern der großen Erbkaiserpartei, sondern auch uns vom Augsburger Hofe nicht recht munden wollte. Dies Alles macht es begreiflich, daß sich viele und heftige Stimmen gegen die vorgeschlagene Erklärung erhoben, daß insbesondere dem Mißtrauen gegen die preußischen Staatsmänner theilweise sehr starker Ausdruck gegeben wurde, von Keinem mehr als von Vincke.

Auf der anderen Seite freilich sprachen gewichtige Gründe gegen die Ablehnung des von Preußen Gebotenen. An eine Durchführung der Frankfurter Reichsverfassung

war — nach der Auflöſung des Parlamentes und nach den blutigen Aufſtänden in Sachſen, Baden, der Pfalz, welche den ruhigeren Theil der Nation maſſenweiſe in's Lager der Reaction getrieben hatten — nicht entfernt zu denken. Oeſterreich und ſeine Anhänger arbeiteten eifrigſt an der Herſtellung des alten Bundestages und damit aller der vormärzlichen Zuſtände in Deutſchland. Wenn der von Preußen projectirte Bundesſtaat mit parlamentariſchen Einrichtungen zu Stande kam, ſo war doch wenigſtens der Kern der Reichsverfaſſung, und ein entwickelungsfähiger Kern, gerettet, eine ſtarke Centralgewalt und eine mit vielen Rechten ausgeſtattete Vertretung des Volkes. Durch unſer Eintreten auf den von der preußiſchen Regierung beſchrittenen Weg konnte dieſe Regierung zu einer beharrlichen Verfolgung deſſelben ermuthigt werden, ja, wurde ſie gewiſſermaßen moraliſch dazu verpflichtet, wogegen, wenn wir ihr unſeren Beiſtand verſagten, die preußiſchen Staatsmänner, wofern es ihnen um die Sache nicht ernſt war, mit gutem Recht ſagen würden: „Wir haben das Unſrige gethan, aber die Nation hat uns im Stiche gelaſſen.“

Dies waren die Gründe und Gegengründe, die in der zweitägigen Debatte hin und her erwogen und wieder erwogen wurden. Für den Anſchluß an Preußen ſprachen am entſchiedenſten und am wärmſten Beckerath, Gagern, Simſon, dagegen am heftigſten Grumbrecht aus Hannover, Schwarzenberg aus Caſſel, während die Mitglieder des Augsburger Hofes Stahl, Wurm, R. Mohl, wenn auch mit ſchwerem Herzen, doch nach Lage der Sache es als eine patriotiſche Verpflichtung erkannten, dieſe letzte Möglichkeit einer monarchiſch-conſtitutionellen Einigung des nicht-

öſterreichiſchen Deutſchland nicht zurückzuweiſen. In dieſem Sinne äußerte auch ich mich.

Zuletzt wurde die Erklärung von allen Anweſenden bis auf 17 angenommen und mit den Namen der Zuſtimmenden (denen ſich nachträglich noch mehrere ſchriftlich anſchloſſen, wie E. M. Arndt, Droyſen, Lette, Thöl u. A.) veröffentlicht.

Die Männer von Gotha ſind wegen dieſer Erklärung viel und heftig angefeindet worden. Der Name „Gothaner" hat in der demokratiſchen Preſſe lange Zeit als gleichbedeutend mit ſchwächlich, nachgiebig, charakterlos figurirt — ziemlich ſo lange, bis dieſe Ehrentitel auf die Nachfolger und Erben der Gothaner, die heutigen National-Liberalen, übergegangen ſind. Ich meinerſeits habe das damals Gethane niemals bereut, ebenſowenig wie ich mich jemals des Namens „National-Liberaler" geſchämt habe. Ich habe es ſelbſt dann nicht bereut, als wirklich eintrat, was Viele und ich ſelbſt ſchon damals befürchteten, als die preußiſche Regierung ihr eigenes Werk ſchnöde im Stiche ließ und verleugnete. Wir wenigſtens hatten unſere Pflicht gegen das Vaterland und die Nation gethan, nicht achtend die Verunglimpfungen, von denen wir recht wohl vorauswußten, daß ſie uns treffen würden.

Auch der Vorwurf hat mich ſehr ruhig gelaſſen, der von demokratiſcher Seite uns gemacht worden iſt: „wir ſeien wortbrüchig geworden, da wir in Frankfurt uns verpflichtet hätten, an der einmal beſchloſſenen Verfaſſung nichts ändern zu laſſen, und nun doch zu einer anderen Verfaſſung übergetreten wären." Ich will dahingeſtellt ſein laſſen, ob dieſer Vorwurf nicht mit viel beſſerem

Rechte ſich auf die Frankfurter Linke zurückwenden ließe, welche auch (in der Sitzung des Parlaments vom 11. April 1849) erklärt hatte, „an der in zweiter Leſung beſchloſſenen und verkündeten Reichsverfaſſung ‚unwandelbar' feſthalten zu wollen," und deren Wortführer, Carl Vogt und Ludwig Simon, gleichwohl ſchon in der Sitzung vom 28. April ganz offen ausſprachen, daß die Reichsverfaſſung für ſie nur „die erſte Sproſſe auf der Leiter zur Republik" ſei und daß ſie nur darum für dieſelbe einträten, weil ſie hofften, „die gemäßigten Elemente mit ſich in die von ihnen erſtrebte Richtung (die Revolution) fortzuziehen". Allein in Gotha handelte es ſich ja gar nicht darum, ob man die in Frankfurt beſchloſſene Verfaſſung nach dieſer oder jener Richtung, nach vorwärts oder nach rückwärts, abändern oder nicht abändern wolle, ſondern darum, was geſchehen könne und ſolle, nachdem die Durchführung jener Verfaſſung (wie ſie das Parlament noch verſucht hatte) mit der Auflöſung des Parlaments ſelbſt ſchlechterdings zur Unmöglichkeit geworden war. Das bloße theoretiſche „Feſthalten an der Frankfurter Reichsverfaſſung", wie es die Demokratie als eine Art von Erkennungs- und Unterſcheidungszeichen für ſich proclamirt hat, iſt praktiſch völlig werthlos, kann aber unter Umſtänden ſehr gefährlich werden, wenn es nämlich eine ganze Partei abhält, einen Weg zu betreten, der, wenn auch nicht gerade zu demſelben Ziele wie jene Verfaſſung, doch zu einem ähnlichen und einem wirklich erreichbaren hätte führen können. Einen Fall, wo dieſes Letztere wirklich eintrat, werde ich ſchon im nächſten Capitel, bei Beſprechung der Verhandlungen im ſächſiſchen Landtage wegen des Beharrens

Sachſens beim Drei-Königsbündniß, zu erwähnen haben. In einem zweiten Fall, wo das doctrinäre „Feſthalten an der Reichsverfaſſung“ noch weit mehr Schaden hätte ſtiften können, nämlich bei den Berathungen über die Verfaſſung des Norddeutſchen Bundes, war die Gefahr dadurch abgewendet, daß die Partei, welche ſich darauf ſteifte und deshalb gegen die Verfaſſung ſtimmte, in der Minderheit war (was ſie auch recht gut wußte) und ſich deshalb jenen Luxus erlauben konnte, ohne damit jemand Anderen als ſich ſelbſt und ihrem politiſchen Renommée wehe zu thun.

Nach meiner Rückkehr von Gotha (nachdem ich noch von dort aus mit einigen näheren Bekannten einen Ausflug nach dem Inſelsberg gemacht hatte) beſchäftigte mich während des übrigen Theils des Sommers 1849 die Abfaſſung meiner „Erinnerungen aus der Paulskirche“. Sie erſchienen noch in demſelben Jahre.*) Ich gab darin ein Bild der verſchiedenen Parteien des Parlaments, ihres Verhältniſſes zu einander und zu dem Verfaſſungswerke. Ich beſprach eingehend den Verlauf und Ausgang der beiden wichtigſten Verhandlungen des Parlaments, derjenigen über die öſterreichiſche und derjenigen über die Oberhauptsfrage. Ich ſchilderte zwei intereſſante äußere Vorgänge aus der Frankfurter Zeit, denen ich ſelbſt beigewohnt hatte, das Zuſammentreffen einer Anzahl von Mitgliedern des Parlaments mit König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen beim Kölner Domfeſte und die ſogenannte

*) Leipzig, bei Guſtav Mayer (ſpäter, nach deſſen Tode, ſind ſie in den Verlag von Diekmann in Dresden übergegangen).

„Kaiſerdeputation“ nach Berlin. Und endlich verweilte ich noch bei den letzten, troſtloſen Wochen der Verſammlung bis zur Ueberſiedelung des kleinen Reſtes derſelben nach Stuttgart.

Es war ein halb wohlthuendes, halb ſchmerzliches Gefühl, dem ich mich dahingab, wohlthuend, indem ich mir noch einmal die gehobene Stimmung vergegenwärtigte, in der wir an unſerem großen Werke, trotz aller Schwierigkeiten und Hinderniſſe, gearbeitet, indem ich mich der vielen ausgezeichneten Männer erinnerte, mit denen ein volles Jahr lang zuſammen zu leben und zu wirken mir vergönnt geweſen; ſchmerzlich, da ich mir ſagen mußte, daß von all den Mühen und Anſtrengungen, von all dem guten Willen und all der redlichen Geſinnung dieſer Männer das ſchließliche Reſultat — für den Augenblick wenigſtens — ein nur negatives ſei. Was allein mich tröſtete, war der Gedanke, daß, was dort berathen, geplant und feſtgeſtellt worden, wenn auch für jetzt, doch nicht für alle Zeit unſerem Volke verloren ſein werde.

Zweites Capitel.

Der sächsische Landtag von 1849 50 und der Staatsstreich vom 3. Juni 1850.

Für den Spätherbst 1849 stand ein neuer Landtag in Sachsen bevor. Der sogenannte „Unverstandslandtag" war Ende April aufgelöst worden; nach der Verfassung mußten binnen sechs Monaten Neuwahlen stattfinden.

Am 30. Mai 1849 hatte das neue Ministerium (welches aus den beiden auf ihren Posten verbliebenen Ministern von Beust und Rabenhorst und den neuerdings ernannten Zschinsky, Behr und von Friesen bestand) eine vom König und sämmtlichen Ministern unterzeichnete Proclamation erlassen, worin das Dreikönigsbündniß und der von diesem ausgehende Verfassungsentwurf als „der allein noch übrig gebliebene Weg" zu einer zeitgemäßen Neugestaltung Deutschlands bezeichnet und das sächsische Volk feierlich aufgefordert wurde, der Regierung auf diesem Wege zu folgen. Der Versammlung von Gotha hatte der Minister des Auswärtigen von Beust ein sichtbares Interesse zugewendet. Die officiöse Leipziger Zeitung hatte Artikeln im Sinne der Beschlüsse jener Versammlung, die ich ihr sandte, ihre Spalten geöffnet.

Allein ſchon gegen Ende des Sommers 1849 gingen dunkle Gerüchte von einer Schwenkung der ſächſiſchen Regierung von Preußen ab zu Oeſterreich. Dieſe Gerüchte gewannen in meinen Augen eine mir ſehr unerwünſchte Beſtätigung durch den Umſtand, daß der Redacteur der Leipziger Zeitung, Profeſſor Marbach, mir plötzlich erklärte: „neuere Inſtructionen aus Dresden machten es ihm unmöglich, noch ferner Artikel von mir in der bisherigen Richtung aufzunehmen.“

Mein Wunſch, in den bevorſtehenden Landtag einzutreten, ward durch dieſe veränderte Sachlage nur verſtärkt. Galt es doch, die Regierung womöglich auf dem ſoeben erſt von ihr ſelbſt ſo warm empfohlenen Wege feſtzuhalten, ihren Abfall vom Dreikönigsbündniß und damit die Gefährdung dieſes letzteren und ſeines Zieles zu verhüten.

Meine Hoffnung freilich, dieſen Wunſch erfüllt zu ſehen, war nicht groß. Der Wind der öffentlichen Meinung hatte ſich ſeit dem Vorjahre ſtark gedreht. Von den gemäßigt Liberalen waren viele in's conſervative, wo nicht in's reactionäre Lager übergegangen. Die „Deutſchen Vereine“ waren ſo gut wie aufgelöſt. Die Demokratie hatte zwar durch den Maiaufſtand eine, wie man hätte glauben ſollen, vernichtende Niederlage erlitten; dennoch erſchien ſie wieder auf dem Kampfplatze, und es fehlte ihr auch jetzt nicht an Anhängern. Von ihr aber hatte ich, wo immer ich als Candidat auftreten würde, eine ſchroffe Oppoſition zu gewärtigen, während ich, als einer der böſen „Frankfurter“, den Conſervativen ebenfalls nicht genehm war. Und ſo mochte es leicht geſchehen, daß ich, den ein Jahr vorher wohl ein halbes Dutzend Wahlkreiſe wetteifernd in's

Parlament hatten entſenden wollen, mich jetzt vergeblich nach einem einzigen Wahlkreis für die ſächſiſche Kammer umſehen müßte.

Da, noch in der letzten Stunde, kam mir unerwartete Hilfe. Ein Frankfurter College und Parteigenoſſe, der Finanzprocurator Dr. Hallbauer in Meißen, deſſen Wahl in dem dortigen Wahlkreiſe bei ſeiner großen perſönlichen Beliebtheit für zweifellos galt, hatte die ſeltene Selbſtverleugnung, aus völlig freiem Antriebe, ohne jegliche Anregung von meiner Seite, zu meinen Gunſten zurückzutreten und Alles aufzubieten, um die ihm zugedachten Stimmen mir zuzuwenden. Und wirklich gelang es ihm im Verein mit anderen dortigen Freunden, meine Wahl zur Zweiten Kammer, wenn auch nur mit ſchwacher Mehrheit, gegenüber einem conſervativen und einem demokratiſchen Mitbewerber durchzuſetzen.

Die Phyſiognomie des Landtags von 1849/50 war eine von der ſeines Vorgängers weſentlich verſchiedene. Hatte dort die „Geſinnungstüchtigkeit" als Feigenblatt für die vielen Blößen politiſcher Reife dienen müſſen, ſo enthielten diesmal die Kammern eine ganze Anzahl hochgebildeter Männer aus den verſchiedenſten Lebens- und Berufskreiſen, darunter fünf ehemalige Miniſter, einen vormärzlichen, Herrn von Carlowitz, zwei Märzminiſter, Braun und Georgi, und zwei der im Mai zurückgetretenen, Weinlig und Held.

Der politiſchen Parteigruppirung nach zerfiel die Zweite Kammer in eine Rechte und eine Linke von annähernd gleicher Stärke. Die Rechte (zu der ich gehörte) war um ein paar Stimmen ſtärker als die Linke. Eigent-

lich Conſervative im ſtrengen Sinne gab es auch auf dieſer Seite nur etwa drei bis vier; alle Anderen waren gemäßigt liberal. Später zweigte ſich von der Rechten ein Centrum ab (unter Führung meines ehemaligen Schulkameraden Funkhänel, jetzt gräflich Schönburg'ſchen Kanzleirathes), das in Freiheitsfragen bisweilen etwas mehr links neigte, im Ganzen aber, und namentlich in der deutſchen Frage, zu uns hielt. Aber auch die Linke war eine weſentlich andere als die des vorigen Landtages. Mochte immerhin ein großer Theil ihrer Mitglieder nach wie vor an gewiſſen hergebrachten Dogmen der Demokratie feſthalten, ſo war doch die Partei als Ganzes in ihrem Auftreten ungleich gemäßigter als ihre Vorgängerin. Sie hatte zu Wortführern verſtändige Männer (die beiden Müller von Dresden und Neuſalza, Ziesler u. A.), mit denen ſich reden ließ und welche die etwa zu weit ausgreifenden Elemente der Partei im Zügel zu halten wußten. Daher war denn auch das Verhalten der Linken gegen uns ein im Ganzen rückſichtsvolles, immer in ſtreng parlamentariſchen Formen ſich bewegendes, himmelweit verſchieden von dem gehäſſigen und bisweilen faſt an Rohheit grenzenden, welches die Linke des „Unverſtandslandtages" nicht ſelten gegen die wenigen gemäßigten Elemente der Kammer eingeſchlagen hatte.

Gegen mich perſönlich zeigte die Partei anfangs noch etwas von jener Feindſeligkeit, welche nun einmal in den Kreiſen der ſächſiſchen Demokratie gewiſſermaßen traditionell geworden war. Sie hatte nicht übel Luſt, mittelſt Anfechtung der Giltigkeit meiner Wahl mich wieder aus der Kammer zu entfernen, und beinahe wäre ihr dies geglückt,

denn ich hatte nur 10 Stimmen Majorität gehabt und in einem Wahlbezirk war ein Formfehler vorgekommen. Indeß wurde doch meine Wahl für giltig erkannt. Auch die Linke, da sie wahrnahm, wie ich in meinen Ansichten zwar die Grenze nach links streng innehielt, aber ebenso entschieden die nach rechts, ließ von ihrem Mißtrauen gegen mich allmälig ab: ja es entspann sich zwischen mehreren ihrer Wortführer und mir ein höchst friedlicher und sogar geselliger Verkehr.

Viel weniger günstig gestaltete sich das Verhältniß der ganzen Kammer, auch die Rechte nicht ausgenommen, zu dem Ministerium. Dieses letztere schlug alsbald gegen uns einen ziemlich hohen, bisweilen fast verletzenden Ton an. Es stellte sich auf einen Standpunkt der Unfehlbarkeit, von dem aus es jeden ihm nicht genehmen Beschluß der Kammer wie einen unberechtigten und unbeachtbaren Ausfluß einseitiger Parteiansichten behandelte. Besonders der Ministerpräsident Dr. Zschinsky und der Kriegsminister Rabenhorst traten uns bei Meinungsverschiedenheiten in Fragen der inneren Politik öfters in dieser schroffen Weise entgegen, während der Finanzminister Behr und der Minister des Innern von Friesen in der Regel eine friedlichere Haltung beobachteten. Es wollte fast scheinen, als verträten diese Beiden eine gemäßigtere Richtung, die aber im Ministerium in der Minderheit sei.

Wir von der Rechten hatten gehofft, mit der Regierung wenigstens in den inneren Fragen Hand in Hand gehen zu können, indem wir gegen etwaige zu weit gehende Forderungen der Linken ihr unseren Beistand liehen (was wir auch redlich thaten), dagegen aber auch

mit ihr gemeinsam wichtige und dringende Reformen durchführten. Die Regierung selbst hatte bei der Eröffnung des Landtages eine ganze Reihe solcher Reformen in der Form von Gesetzentwürfen aus dem Gebiete des Gemeindewesens, der Rechtspflege und Verwaltung, des Kirchen- und Schulwesens u. s. w. angekündigt. Allein diese Entwürfe ließen von Monat zu Monat auf sich warten; was an uns gelangte, waren beinahe ausschließlich solche Vorlagen, welche entweder auf eine Stärkung der Regierungsgewalt (wie das Tumultmandat) oder auf Beschränkung der freiheitlichen Bewegung im Volke (wie das Vereinsgesetz) abzielten. Das ganze Vorgehen des Ministeriums machte den Eindruck, als ob dasselbe nur Derartiges mit unserer Hilfe zu Stande bringen, dann aber so bald als möglich sich unser entledigen möchte — in der Hoffnung, mittelst des neuen, das Wahlrecht wesentlich beschränkenden Wahlgesetzes, welches uns ebenfalls vorgelegt war, einen Landtag, der mehr nach seinem Sinne wäre, zu erhalten. Ebendarauf deuteten sehr unverblümt die Stimmen reactionärer Blätter (wie der „Freimüthigen Sachsenzeitung"), welche nicht müde wurden, eine Auflösung des Landtages als etwas Zweifelloses und beinahe Selbstverständliches hinzustellen.

Auch die Preßorgane der Regierung gingen offenbar darauf aus, uns in der öffentlichen Meinung herabzusetzen und so für eine Beseitigung dieser Kammern Stimmung im Volke zu machen. Ein anerkannt officielles Blatt, das „Dresdner Journal", brachte eine Correspondenz aus der Provinz, worin den Kammern der Vorwurf absichtlicher Verschleppung der Gesetzgebungsarbeiten gemacht und u. A. beklagt wurde, daß auf diese Weise dem Volke die längst

erſehnte neue Kirchen- und Schulordnung wiederum vorenthalten bleiben werde. Daß dieſe Kirchen- und Schulordnung den Kammern von der Regierung noch gar nicht vorgelegt war, verſchwieg das officielle Blatt wohlweislich! Durch dieſe Sachlage fand ich mich gedrungen, am 17. Mai 1850 — nach beinahe ſechsmonatlichem Beiſammenſein der Kammern! — folgenden Antrag einzubringen:

Die Kammer möge in einer an den König zu richtenden Adreſſe erklären: „wie ſie aufrichtig entſchloſſen ſei, die Staatsregierung auf dem von Sr. Majeſtät in der Thronrede bezeichneten Wege zur Befeſtigung öffentlicher Sicherheit und Ordnung, in der ‚feſten Handhabung der Geſetze‘ und der ‚Anbahnung heilſamer, unſeren Zuſtänden entſprechender Reformen‘*) mit allen Kräften zu unterſtützen, wie ſie dagegen ein gedeihliches und vertrauensvolles Zuſammenwirken der Volksvertretung mit dem Miniſterium nur dann für möglich erachte, wenn letzteres durch die That beweiſe, daß es auch ſeinerſeits zur entſchiedenen und rückhaltloſen Betretung dieſes Weges der Reformen entſchloſſen ſei.“

In den Motiven zu dieſem Antrage ſagte ich:

In Folge der Vorenthaltung dieſer in Ausſicht geſtellten Vorlagen ſieht die Volksvertretung ſich an der Entwickelung derjenigen organiſatoriſchen und reformatoriſchen Thätigkeit behindert, welche zur Befeſtigung einer dauernden Ruhe und Zufriedenheit im Lande — neben der, unſtreitig ebenſo nothwendigen, ‚feſten Handhabung der Geſetze‘ — dringend geboten erſcheint; ſieht ſie das Land um den Genuß der Früchte verkürzt, welche daſſelbe mit Recht von dem jetzt verſammelten Landtage erwartet; ſieht ſie die namhaften Koſten, welche der Landtag verurſacht, ohne die entſprechenden Vortheile verwendet; ſieht ſie endlich ſich ſelbſt dem Mißmuth und den Vorwürfen des in ſeinen Erwartungen getäuſchten Volkes ausgeſetzt und muß mit Schmerz erfahren, wie das öffentliche Vertrauen nicht blos zu der gegenwärtigen Volksvertretung, ſondern zu dem conſtitutionellen

*) Es waren dies die Worte der Thronrede.

System überhaupt täglich abnimmt, die politiſche Gleichgiltigkeit täglich wächſt — eine Beobachtung, welche zwar die extremen Parteien der Reaction und der Anarchie mit Freude, alle Freunde einer vernünftigen Staatsordnung dagegen, und insbeſondere alle aufrichtig Conſtitutionellen, nur mit der tiefſten Trauer und Beſorgniß erfüllen kann.

Mein Antrag erhielt die Unterſchriften hervorragender Mitglieder ebenſowohl der Linken als der Rechten und des Centrums, ſo daß er als der vollgiltigſte Meinungsausdruck der allergrößten Mehrheit der Kammer gelten konnte. Zur Verhandlung in der Kammer gelangte er nicht mehr, da bald darauf der unheilbare Bruch zwiſchen Kammer und Regierung auf einem andern Gebiete, dem der deutſchen Frage, erfolgte.

Der Abfall Sachſens vom Dreikönigsbündniß war längſt eine offenkundige Thatſache geworden. Gleichwohl zögerte und zögerte das Miniſterium, dieſen Schritt den Kammern mitzutheilen und ſich wegen deſſelben vor ihnen zu rechtfertigen.

Da ergriff in der Erſten Kammer Herr von Carlowitz die Initiative, indem er das Miniſterium wegen ſeines Verhaltens in der deutſchen Frage interpellirte. In einer glänzenden und tief einſchneidenden Rede ſagte er dem Miniſter von Beuſt die bitterſten Wahrheiten wegen ſeines Wankelmuths und ſeiner — wie er geradezu ausſprach — „undeutſchen“ Geſinnung. Allein trotz ſeiner Beredtſamkeit gelang es ihm nicht, die Kammer zu einer beſtimmten Kundgebung zu bewegen. So groß war daſelbſt die Zerfahrenheit der Anſichten und der Parteien in der deutſchen Frage, daß keiner der geſtellten Anträge eine Mehrheit erhielt, ſomit gar nichts beſchloſſen wurde.

Nun endlich ließ ſich das Miniſterium herbei, den Kammern, und zwar der Zweiten Kammer zuerſt, eine ausführliche Denkſchrift vorzulegen, worin es ſowohl ſeinen früheren Anſchluß an das preußiſche Verfaſſungsproject als ſeinen ſpäteren Rücktritt davon zu begründen verſuchte. Zur Begutachtung dieſer Denkſchrift wurde von der Kammer ein beſonderer „Deutſcher Ausſchuß“ niedergeſetzt, und dieſer wählte mich zum Berichterſtatter. Mein Bericht füllte nahezu acht Druckbogen. Die Debatte darüber in der Kammer ſelbſt dauerte drei Tage, meine Schlußrede am letzten Tage allein faſt zwei Stunden. Gegen das Miniſterium trat eine ganze Reihe von Rednern von der Rechten und vom Centrum auf, u. A. die beiden ehemaligen Staatsminiſter Braun und Held, für daſſelbe nur zwei von der äußerſten Rechten, ein Geheimer Finanzrath von Pohlentz und ein Ceremonienmeiſter von Frieſen. Letzterer war noch im Frühſommer 1849 ein anſcheinend eifriges Mitglied des „Deutſchen Vereins“ geweſen.

Eine eigenthümliche Stellung nahm die Linke ein. Sie erkannte offenbar ſelbſt, daß mit dem „Feſthalten an der Frankfurter Reichsverfaſſung“ nichts gethan, vielmehr das einzig Praktiſche das ſei, was wir erſtrebten, die Durchführung wenigſtens der Dreikönigsverfaſſung; allein ſie fühlte ſich in ihrem demokratiſchen Gewiſſen gebunden, weil ſeiner Zeit die Linke in Frankfurt ein ſolches Schlagwort ausgegeben und weil die demokratiſche Preſſe ſeitdem wieder eben dieſes „Feſthalten“ als Unterſcheidungszeichen aller wahrhaft „Geſinnungstüchtigen“ von den „geſinnungsloſen Gothanern“ proclamirt hatte. Indeſſen war die Dresdener Linke doch verſtändig genug, um den Gothanern

im Herzen Recht zu geben, und ſo kam es, daß ihre meiſten Redner, auch wenn ſie gegen uns ſprachen, dies doch mit großer Zurückhaltung und durchweg in einem achtungsvollen Tone thaten, während ſie die volle Schärfe ihrer Angriffe wider das Miniſterium richteten. Ja, bei der Abſtimmung über die von uns geſtellten Anträge (die einen Wiederanſchluß Sachſens an Preußen bezweckten) ſuchten die Führer der Linken abſichtlich und ausgeſprochenermaßen uns den Sieg zu verſchaffen, was indeß (in Folge eines Irrthums eines der Ihrigen) nur theilweiſe gelang*). So kam es, daß zwar unſer Hauptantrag eine, freilich ganz ſchwache, Mehrheit erlangte, die weiteren, denſelben ergänzenden Anträge dagegen durchfielen.

Hätte die Linke ſich überwinden können, mit uns zu ſtimmen und ſo unſeren Anträgen eine an Einſtimmigkeit grenzende Mehrheit (gegen 3—4 Stimmen der äußerſten Rechten) zu verſchaffen, ſo wäre der Eindruck eines ſolchen Votums der Kammer wohl ein ganz anderer geweſen; wie jetzt die Sache in beiden Kammern verlaufen war, glaubte Herr von Beuſt unbeirrt auf ſeinem Wege vorwärts gehen zu können.

Schon während der Verhandlungen über unſere Anträge hatte derſelbe durchblicken laſſen: möglicherweiſe könne es auf eine ganz andere Geſtaltung der Bundesverfaſſung hinauskommen, als auf einen Bundesſtaat mit parlamentariſchen Einrichtungen, und er ſelbſt würde ſich für

*) Ich habe über die ganz merkwürdige Scene, die ſich dabei abſpielte, das Nähere in meinen „Dreißig Jahren“ (II. Band, S. 28) mitgetheilt.

befugt halten, den Beitritt Sachſens auch zu einer ſolchen Combination zu erklären. Davon nahm ich Veranlaſſung, noch während dieſer Verhandlungen den Antrag zu ſtellen:

Die Kammer möge ihr Recht der Zuſtimmung zu jeder Feſtſtellung einer deutſchen Verfaſſung, die von allen oder einzelnen deutſchen Regierungen ausgehe und woran die ſächſiſche Regierung ſich betheiligen möchte, wahren.

Dieſer Antrag ward am 7. März einſtimmig angenommen (auch die äußerſte Rechte ſtimmte dafür), ebenſo gegen nur drei Stimmen (ſonderbarerweiſe von der Linken) ein zweiter Antrag von mir, der ſo lautete:

Die Kammer wolle für ſtrenge Aufrechthaltung dieſes Rechtes die Rathgeber der Krone ausdrücklich verantwortlich machen.

Hatte ſeiner Zeit das Märzminiſterium die Zuſtimmung der Kammern gegenüber einer von der Geſammtvertretung der deutſchen Nation feſtzuſtellenden Verfaſſung vorbehalten, ſo waren wir gewiß im vollſten Rechte, wenn wir das Gleiche in Bezug auf eine von den Regierungen ohne Mitwirkung der Nation ausgehende Verfaſſung beanſpruchten.

Nicht lange darauf verlautete von einem in München geſchloſſenen Bündniß der Königreiche Bayern, Sachſen, Württemberg und Hannover mit Anlehnung an Oeſterreich. Eine von mir deshalb am 21. März an das Miniſterium gerichtete Anfrage ward ungenügend beantwortet. Inzwiſchen mehrten ſich die Anzeichen, daß Oeſterreich und die ihm anhängenden Staaten, darunter Sachſen, einfach einer Wiederherſtellung des alten Bundestages zuſtrebten. Ich brachte daher am 24. April den Antrag ein:

Die Kammer wolle — zur Wirksammachung ihres Beschlusses vom 7. März — ihren Ausschuß für die deutsche Frage beauftragen, ungesäumt Erörterungen anzustellen, ob nicht der Zeitpunkt eingetreten sei, wo die Kammer ihr verfassungsmäßiges Recht der Zustimmung zur Feststellung der deutschen Verfassungsangelegenheit geltend zu machen habe, bejahenden Falles aber der Kammer darüber, wie dies zu bewerkstelligen, Vorschläge zu machen.

Bei den Verhandlungen über diesen Antrag im Deutschen Ausschuß war es, wo Herr von Beust die Erklärung abgab:

Unter Umständen könne allerdings der Bundesvertrag in seiner ganzen Ausdehnung wieder aufleben, und es falle bedenklich, eine bestimmte Erklärung darüber abzugeben, ob zu den Beschlüssen des dann wieder erstehenden Bundestages die Zustimmung der Stände nothwendig sei.

Diese Erklärung rief unter allen Parteien die größte Aufregung hervor. Wie? die ganze so hoffnungsreiche Bewegung des Jahres 1848 sollte damit enden, daß wir wieder dahin zurückgeworfen würden, wo wir vor dem März jenes Jahres gestanden? Um dies zu verhüten, mußte das Aeußerste gewagt werden. Ich brachte im Deutschen Ausschuß den Antrag auf eine Adresse an den König ein, worin Se. Majestät dringend gebeten werden sollte, der von seinem Ministerium in der deutschen Frage eingeschlagenen Politik Halt zu gebieten. Der dem Antrage beigefügte Adreßentwurf enthielt zunächst folgende Bitte an den König:

Se. Majestät möge sofort Anordnungen treffen, daß nicht allein die Zustimmung Sachsens zur Wiederherstellung des alten Bundestages in keinem Falle gegeben werde, sondern daß auch Sachsen sich von allen Verhandlungen über eine solche fernhalte,

eventuell dagegen proteſtire, daß ferner zu jeder Aufrichtung einer neuen Verfaſſung für Deutſchland ſeitens der Regierung die Zuſtimmung der Kammern vorbehalten werde.

Sodann fuhr der Entwurf fort:

Allerdurchlauchtigſter! Mit ſehnſuchtsvoller Erwartung ſieht die Volksvertretung einer beruhigenden Zuſicherung aus Ew. Majeſtät Munde in dieſer hochwichtigen Angelegenheit entgegen. Dieſe Beruhigung erſcheint um ſo dringender in einem Augenblicke, wo von der Volksvertretung die Bewilligung bedeutender Geldmittel für Zwecke der Staatsverwaltung verlangt wird.*) Die Verpflichtung, welche die Verfaſſungsurkunde den Abgeordneten des Volks auferlegt, für Aufbringung des ordentlichen und außerordentlichen Staatsbedarfs zu ſorgen, kann mit völlig ruhiger und gewiſſenhafter Ueberzeugung nur dann erfüllt werden, wenn die derſelben gegenüberſtehende und von ihr unzertrennliche Berechtigung der Volksvertretung, die Verwendung der bewilligten Gelder genau zu überwachen und überhaupt auf die Verwaltung und Geſetzgebung denjenigen Einfluß zu üben, der dem Volke ſichere Gewähr giebt für eine ſeinen wahren Bedürfniſſen entſprechende Gebahrung mit den Kräften und Mitteln des Landes, nicht durch eine gänzlich außerhalb der Verfaſſung ſtehende Macht, dergleichen der wiederhergeſtellte Bundestag ſein würde, bedroht erſcheint. Allerdurchlauchtigſter! Zeither ſchon hat ſich die Volksvertretung in ihrem Gewiſſen gedrungen gefühlt, in wichtigen Fragen der inneren Politik und Geſetzgebung dem von den gegenwärtigen Räthen der Krone befolgten Regierungsſyſteme zu widerſprechen — trotz des ernſten, wiederholt bethätigten Willens, in bedenklicher Zeit der Regierung die Unterſtützung nicht zu verſagen, welche das Wohl des Landes erheiſcht. Jetzt iſt ſie es Ew. Majeſtät, iſt ſie es dem Lande und ſich ſelbſt ſchuldig, frei und offen zu bekennen, daß ſie zu ihrem tiefen Leid befürchten muß, dem feſten Verharren des Miniſteriums auf dem bezeichneten Standpunkte in der deutſchen Frage gegenüber an der Grenze zu ſtehen,

*) Es war eine Anleihe von 36 Millionen Mark für Eiſenbahnbauten von der Regierung gefordert worden.

über welche hinaus ein aufrichtiges und ſegensreiches Zuſammenwirken der geſetzgebenden Gewalten nicht mehr möglich erſcheint. Sie vertraut aber, daß es der Weisheit und Fürſorge Ew. Majeſtät gelingen werde, dieſes Unheil abzuwenden.

Als die Kammer am 1. Juni Vormittags zuſammentrat, lag mein Antrag ſammt dem Adreßentwurf (beides vom Ausſchuß genehmigt) gedruckt auf den Pulten der Abgeordneten. Allein gleichzeitig circulirte das mehrfach beglaubigte Gerücht, daß vor der Berathung darüber die Auflöſung der Kammer erfolgen werde.

Es fehlte nicht an Solchen (ſogar auf der Linken), welche betreten dreinſchauten und der Meinung zu ſein ſchienen, wir hätten ſo weit nicht gehen ſollen; Einzelne machten mir Vorwürfe, daß ich es dahin getrieben hätte, Vorwürfe, die ich in dem Bewußtſein, nur meine Pflicht als gewiſſenhafter Volksvertreter erfüllt zu haben, ruhig hinnahm.

Das Gerücht hatte nicht gelogen. Der Vorſitzende des Miniſteriums, Dr. Zſchinsky, verlas ein königliches Decret, welches die Auflöſung der Kammern (nach dem Verfaſſungsgeſetz von 1848 unterlag auch die Erſte Kammer einer ſolchen) ausſprach. Am 3. Juni erſchien ſodann ein weiteres Decret, welches die Wiedereinberufung der alten, im Jahre 1848 in allen verfaſſungsmäßigen Formen aufgehobenen Stände verfügte. Als zuerſt von dieſer Maßregel verlautete, erſchien dieſelbe ſo unglaublich, daß ein Bekannter von mir, Rath in einem der Miniſterien, bei Erwähnung derſelben als einer angeblich bevorſtehenden erwiderte: „Das ſei wohl ein ſchlechter Witz!“ Leider war es mehr!

Dem ſtreng gewiſſenhaften König Friedrich Auguſt II. hatte man — wie es heißt, unter Mithilfe einer namhaften juriſtiſchen Autorität Sachſens — vermittelſt einer ſpitzfindigen Deutung des Ausdruckes „proviſoriſches Geſetz“ (wie das Verfaſſungsgeſetz von 1848 aus ganz anderen Gründen bezeichnet worden war) die Sache ſo dargeſtellt, als ſei es kein Staatsſtreich. In officiellen und officiöſen Artikeln ſuchte das Miniſterium das Geſchehene zu rechtfertigen und alle Schuld auf die Kammern zu wälzen, mit welchen ſchlechterdings nicht auszukommen geweſen ſei. Sie hätten, hieß es darin, unausgeſetzt die wichtigſten Geſetzgebungsgegenſtände verſchleppt, gegen jede nothwendige Maßregel einen hartnäckigen Widerſtand erhoben und ſo das Regieren mit ihnen unmöglich gemacht.

Zur Vertheidigung gegen dieſe ebenſo maßloſen als durch nichts begründeten Vorwürfe verfaßte ich ein Schriftchen: „Die Wiedereinberufung der alten Stände in Sachſen aus dem Geſichtspunkte des Rechts und der Politik; zugleich eine Rechtfertigung der Kammern von 1849—50.“*). Darin wies ich, geſtützt auf ſtreng actenmäßiges Material, die Haltloſigkeit, ja Leichtfertigkeit aller gegen die Kammern erhobenen Anklagen nach, indem ich zugleich conſtatirte, wie nicht irgend ein Conflict in der inneren Politik, vielmehr nur die deutſche Frage es geweſen ſei, welche den Bruch herbeigeführt habe. Das wollte man damals und noch lange Zeit ſpäter nicht eingeſtehen, weil man wohl einſah, daß gerade in der deutſchen Frage der Widerſtand der Kammern gegen die Beuſt'ſche

*) Leipzig, bei Otto Wigand, 1850.

Politik ein sehr wohlberechtigter gewesen sei; zuletzt hat aber doch Herr v. Beust in offener Kammersitzung bekennen müssen, daß nur jener Widerstand gegen seine Politik in der deutschen Frage die Auflösung der Kammern herbeigeführt habe.

Heut, wo man diese, nun so weit hinter uns liegenden Dinge mit größerer Unbefangenheit betrachtet, als im Augenblicke des Geschehens, dürfte unter allen nur halbwegs Gebildeten wohl kaum noch eine Meinungsverschiedenheit herrschen sowohl über die Rechtlosigkeit jenes Beust'schen Staatsstreichs, als über die Nichtigkeit der Vorwürfe, durch welche man denselben zu beschönigen versucht hat. Ich komme daher auf den Inhalt jenes meines Schriftchens und die darin enthaltenen Beweisführungen hier nicht zurück. Damals freilich war von einem kräftigen Widerspruche der öffentlichen Meinung, geschweige denn von einem gesetzlichen Widerstande gegen eine so zweifellose Verfassungswidrigkeit nicht die Rede. Die wenigen Stimmen in der Tagespresse, welche sich dawider zu erheben wagten, wurden durch terroristische Maßregeln zum Schweigen gebracht.

Meine Schrift blieb merkwürdigerweise unbeschlagnahmt und unverfolgt: man scheute sich doch wohl, mit polizeilichen Maßregeln Beweisführungen todtzuschlagen, welche durchweg mit actenmäßigen Thatsachen belegt waren.

Aehnliche gesetzliche Handhaben zur wirksamen Bekämpfung eines derartigen Gewaltstreichs, wie deren die kurhessische Verfassung von 1831 so viele enthielt, gab es leider in Sachsen nicht. Auch ließ sich bedauerlicher Weise im sächsischen Volke jener strenge und unbeugsame Rechts-

ſinn vermiſſen, den das kurheſſiſche Volk in ſeinem Kampfe mit der Haſſenpflug'ſchen Staatsſtreichpolitik bewährte. Das Allergeringſte, was man in Sachſen hätte erwarten dürfen, wäre das geweſen, daß, wo nicht alle, doch der größte Theil der Mitglieder der alten Ständeverſammlung, die man jetzt wieder einberief, dieſer Berufung, als einer ſchlechterdings ungeſetzlichen und verfaſſungswidrigen Maßregel, nicht Folge leiſten würden. Aber auch das geſchah nicht! Nur ein ganz kleiner Bruchtheil, kaum mehr als ein halbes Dutzend, hatten ſo viel klares Rechtsbewußtſein und ſo viel Charakterfeſtigkeit, um ihre Mitwirkung zu dem Beuſt'ſchen Staatsſtreiche zu verſagen, allen gegen ſie gerichteten Drohungen tapfer Stand zu halten und es ruhig geſchehen zu laſſen, daß ihnen, als „Renitenten“ (Ungehorſamen), von den verfaſſungswidrigen Kammern die active und paſſive Wahlfähigkeit entzogen wurde. In dieſer kleinen Zahl befanden ſich vier Leipziger, insgeſammt Männer von anerkannt loyaler, ja conſervativer Geſinnung: Guſtav Harkort, Heinrich Brockhaus, Friedrich Fleiſcher und Wilhelm Seyfferth.

Auch der Senat der Univerſität Leipzig, die höchſte wiſſenſchaftliche Autorität im Lande, gab ein rühmliches Beiſpiel verfaſſungstreuer Geſinnung. Nach der alten, aber 1848 abgeänderten Verfaſſung hatte er das Recht und die Pflicht, zur Erſten Kammer einen Vertreter der Univerſität zu wählen. Er verweigerte jetzt dieſe Wahl, weil er die Wiederberufung der alten Stände als verfaſſungswidrig anſah. Aber auch dafür wußte Herr von Beuſt Rath: er erklärte, daß diejenigen Senatsmitglieder, welche nicht wählten, als nicht mitzählend zu

betrachten seien, und so brachte er glücklich eine Minoritätswahl zu Stande. Dann vollzog er noch einen neuen Staatsstreich, indem er das Statut der Universität eigenmächtig änderte, die Wahl des Universitätsdeputirten zur Ersten Kammer und die des Rectors von dem Senat (der Versammlung der ordentlichen Professoren) auf die Gesammtheit aller Professoren, auch der außerordentlichen, übertrug, wobei er wohl davon ausging, daß letztere, welche vom Ministerium noch mehr zu hoffen hätten, als die ordentlichen, demselben leichter zu Willen sein würden.

Daß der Verfassungsbruch von 1850 auf so wenig Widerstand im Lande stieß, ja sogar vielfach Billigung fand, erklärt sich zumeist aus den Nachwirkungen des unseligen Maiaufstandes 1849, welche machten, daß ein sehr großer Theil der Geschäftsleute und Besitzenden vor jedem Gedanken an irgend eine neue politische Bewegung ängstlich zurückscheute. Eine ehrenwerthe Ausnahme machte ein hochconservativer Graf Hohenthal-Püchau, der einen scharfen Protest gegen den Staatsstreich veröffentlichte, zugleich, wie auch Herr v. Carlowitz, aus Sachsen für immer fortging.

Es bestätigte sich hier auf's Neue die auch sonst schon öfter gemachte Erfahrung, daß, wie ein Uebermaß von Reaction schließlich leicht Bewegungen von unten hervorruft, und das Bewußtsein, zu weit gegangen zu sein, dann gewöhnlich den Widerstand der Regierenden gegen diese Bewegungen lähmt, so ein Mißbrauch der Freiheit eben so leicht zu Gewaltstreichen von oben ermuthigt und das Volk zum passiven Geschehenlassen solcher geneigt macht.

Drittes Capitel.

Publiciſtiſche Thätigkeit in Sachen Schleswig-Holſteins und Kurheſſens. — Die Sammelſchrift „Germania“ (1851 und 1852).

Meine Thätigkeit im ſächſiſchen Landtage hatte mich nicht verhindert, die allgemeinen deutſchen Angelegenheiten fortwährend im Auge zu behalten. Während des Landtages ſelbſt hatte ich theils ſchriftliche, theils perſönliche Beziehungen unterhalten ſowohl mit preußiſchen als mit hannoverſchen Geſinnungsgenoſſen, von denen letztere in der gleichen Lage wie wir in Sachſen ſich befanden. Denn auch Hannover war von der „Union“ abgefallen*). Ein hannoverſcher Abgeordneter unſerer Partei ſchrieb mir:

> Da Sie zum Berichterſtatter in der deutſchen Frage gewählt ſind, ſo lege ich Ihnen unſeren traurigen Beſchluß in authentiſcher Form bei. Ob Sie mehr erreichen, als wir, wer weiß es? Berlin operirt ſo verkehrt, daß hier ſelbſt die entſchiedenſten Gothaner in's Schwanken gerathen. Ich fürchte, auch Ihre Hoff-

*) „Union“ ſollte urſprünglich das nach dem Wunſche der preußiſchen Regierung mit Oeſterreich zu errichtende Bündniß heißen; der Name ward aber auf das zwiſchen Preußen und den kleineren Staaten zu Stande gekommene Bündniß übertragen.

nungen auf Erfurt dürften von Tag zu Tag kleiner werden. Es weht ein eiſiger Nordwind durch unſer armes Vaterland, der ſelbſt tüchtige Leute ſchwach macht und ſie ihre Vergangenheit mit Füßen treten läßt. Unſere Kammern ſind in ihren Mehrheiten ſo ſchwachmüthig, wie es nur je vor dem März der Fall ſein konnte; dabei haben dieſe Leute eine ſolche Angſt vor einem Miniſterwechſel, daß Alles, was Stüve will, ihnen wie ein Befehl gilt. Vorläufig ſind wir bis zum 28. Februar vertagt, um den, faſt aus lauter „Stüvianern“ zuſammengeſetzten Ausſchüſſen Zeit zum Arbeiten zu geben. Möge es Ihnen in Dresden beſſer gehen, obgleich die öffentlichen Nachrichten nicht ſonderlich lauten!

Von den Mitgliedern des Unions-Parlaments ſuchten mich zwei, Max Duncker und Graf Dyrhn, in meinem Tusculum auf dem Kuhthurm bei Leipzig auf. Ich erwiderte dieſen Beſuch während unſerer Kammerferien zu Oſtern und verweilte einige Tage in Erfurt, wo ich viele der alten Parteifreunde aus Frankfurt (Gagern, Simſon, Rießer, Böcking, Hergenhahn, Rüder u. A.) wiederfand und neue — beſonders aus Preußen — hinzugewann. Auch Herrn von Carlowitz traf ich dort, der mitten aus ſeiner parlamentariſchen Thätigkeit in Dresden heraus vom König von Preußen zum Commiſſar beim Unions-Parlament ernannt worden war. (Herr von Carlowitz hatte ſich inzwiſchen in Preußen angekauft.) Ich ſaß an der table d'hôte neben ihm; er begrüßte mich freundlich, verhielt ſich aber während der ganzen Tiſchzeit ſchweigend; offenbar war er bedrückt durch die unerquickliche Rolle, die ihm — bei der zweideutigen Haltung der preußiſchen Regierung gegenüber dem Parlament — zugefallen war. Er hat ſich ſpäter gegen einen Vertrauten bitter darüber beklagt. „Er habe,“ hat er geſagt, „das Commiſſariat erſt dann angenommen, als König Friedrich Wilhelm IV.

ihm persönlich die feste Versicherung gegeben, daß es seiner Regierung mit dem Zustandebringen der Union voller Ernst sei." Herr v. Radowitz, der andere Commissar, nahm die Sache leichter. Er half sich damit, den Mangel entscheidender Thaten, der auf Seiten der preußischen Regierung immer mehr hervortrat, durch um so schöner klingende Redensarten zu verdecken. Gerade damals, als ich nach Erfurt kam, hatte er im Ausschusse des Volkshauses eine seiner hochtönenden Reden gehalten. In jenem orakelhaften Tone, den man an ihm kannte, hatte er gesagt: „es gebe viele Wege, auf denen das junge Unionswerk zerstört, vielleicht kaum einen, auf dem es sicher an's Ziel geführt werden könne." Und dann hatte er mit jener eisernen Ruhe, die von Vielen als das Zeichen einer unfehlbaren Ueberzeugung betrachtet ward, dem Ausschuß auseinandergesetzt, daß, wenn das Parlament die Sache der Union fördern wolle, es den von den Regierungen ihm vorgelegten Verfassungsentwurf nicht etwa einfach annehmen dürfe, sondern abschwächen (also verschlechtern) müsse.

Die Männer unserer Partei waren über eine solche in der That unerhörte und wohl noch nie dagewesene Zumuthung im höchsten Grade entrüstet. Besonders mein Freund Rießer, in dessen Charakter strengste Wahrhaftigkeit den Grundzug bildete, konnte sich gar nicht darüber zufrieden geben.

Aus diesen mysteriösen Andeutungen ging jedenfalls so viel hervor, daß die preußische Regierung und der König schon entweder den Muth oder die Lust verloren hatten, das von ihnen begonnene Werk unbeirrt durchzuführen, daß sie

entweder vor Oeſterreich und dem hinter dieſem ſtehenden Rußland zurückwichen, oder daß ſie ſich jener ſpecifiſch preußiſch und nebenbei abſolutiſtiſch geſinnten Partei zuneigten, die im Erfurter Parlament durch mehrere ſehr entſchiedene und talentvolle Redner, wie Stahl, vertreten war und die in dem parlamentariſchen Bundesſtaate eine Gefahr für Preußen erblickte. Schon munkelte man auch von einem bevorſtehenden Abfall Kurheſſens, alſo der Herausbrechung eines neuen Steines aus dem Bau der Union, durch öſterreichiſche Intriguen. Kein Wunder, wenn die Stimmung unter unſeren Freunden in Erfurt eine äußerſt gedrückte war und ich von dort eben ſo wenig einen ermuthigenden Eindruck mit mir nehmen konnte, als ich einen ſolchen dahin gebracht hatte.

Nach meiner Rückkehr vom Landtage wendete ich meine Thätigkeit (abgeſehen von dem Schriftchen gegen den Beuſt'ſchen Staatsſtreich) ausſchließlich den allgemeinen deutſchen Angelegenheiten zu. In erſter Linie dieſer ſtand damals das unglückliche Schickſal der Schleswig-Holſteiner. Dieſelben waren von Preußen aufgegeben, das ſeinen Frieden mit Dänemark gemacht hatte. Wollten ſie nicht ihren Erbfeinden, den Dänen, ſich widerſtandslos unterwerfen, ſo mußten ſie mit ihren alleinigen Kräften den Kampf gegen dieſe beſtehen. Der entſchiedene Entſchluß, den ſie faßten, dies zu thun, und das opferwillige Eintreten dieſes wackeren Stammes für ſein Recht und ſeine deutſche Nationalität fachte auch im übrigen Deutſchland noch einmal einen Funken der Begeiſterung aus der Aſche der tief niedergebrannten nationalen Hoffnungen an. Freiwillige eilten unter die Fahnen Schleswig-Holſteins, darunter als

einer der Erſten der ehemalige Präſident des Parlaments und des Reichsminiſteriums, Heinrich von Gagern.

Früher ſchon war ein jüngerer Abgeordneter zum Parlament, Hans von Raumer, ebendahin abgegangen. Er war ſchon in Gotha in der Uniform eines ſchleswig-holſteiniſchen Jägers erſchienen. Bekanntlich ward dem ehrenvollen, wenn auch nicht glücklichen Kampfe der Schleswig-Holſteiner gegen die Dänen dadurch ein Ziel geſetzt, daß ein öſterreichiſcher und ein preußiſcher Commiſſar an der Spitze einer Abtheilung öſterreichiſcher Truppen im Namen des wiederhergeſtellten Bundestages dieſelben zwangen, die Waffen niederzulegen und ſich auf's Neue dem däniſchen Joche zu beugen.

Hans von Raumer, dieſer prächtige Menſch, kehrte zwar unverwundet, aber mit dem Keime eines tödtlichen Nervenfiebers zurück (wohl weſentlich mit eine Folge der tiefen ſeeliſchen Erſchütterung über das ſo ſchmachvolle Gebahren Deutſcher gegen Deutſche) und ſtarb nicht lange darauf. Bald nach ſeiner Heimkehr (am 24. Januar 1851) hatte er mir Folgendes geſchrieben:

> Sie werden ſich kaum darüber wundern, daß Sie einen aus Baiern datirten Brief von mir erhalten; für einen Menſchen, der blos aus dem Grunde nach Schleswig-Holſtein gegangen war, um beim letzten Kampf für des Vaterlandes Recht und Ehre nicht zu fehlen, war nichts mehr daſelbſt zu ſuchen, nachdem die Macht der Verhältniſſe den Verzicht auf den Kampf nothwendig gemacht und die Regulirung der Rechtsfrage einer Diplomatie in die Hände geliefert hat, die das wackere, vielgeprüfte Volk von einer Entwürdigung zur anderen nöthigen wird. Dies Trauerſpiel kann ich ebenſogut aus meiner troſtloſen baieriſchen Heimath mitanſehen.

Auch ein ehemaliger Mitarbeiter meiner „Monats-

ſchrift", von dem ich lange nichts gehört, Alexander v. Rüſtow, hatte für Schleswig-Holſtein ſo lange mitgekämpft, bis den tapferen Streitern von den eigenen Landsleuten die Waffen aus den Händen geriſſen wurden. Er ſchrieb an mich aus Brandenburg am 5. December 1851:

> Gedrängt von meiner Neigung, trat ich im Frühjahr 1850 in die ſchleswig-holſteinſche Armee, diente hier im Generalſtabe und als Batteriechef, focht als ſolcher glücklich bei Miſſunde, verblieb nach Auflöſung der alten Armee im Contingent und bin ſeit der vor Kurzem erfolgten Ueberlieferung der Letzteren an die Dänen außer aller Thätigkeit.
>
> Eingedenk der gütigen Theilnahme, die Sie, hochgeehrter Herr, meinen erſten literariſchen Arbeiten geſchenkt, wende ich mich vertrauensvoll mit der Bitte an Sie, mir zur Wiederanknüpfung literariſcher Verbindungen behilflich ſein zu wollen. Wenn meine Neigung und die reichen Erfahrungen der letzten Jahre, die mich in die verſchiedenſten Stellungen führten, zur Bearbeitung militäriſcher Themata mich vorzugsweiſe befähigen würden, ſo glaube ich doch durch Uebung und vermehrte, weil beſtimmten Zwecken geltende Aufmerkſamkeit auch für die Beſprechung allgemeiner politiſcher Tagesfragen Stoff und Geſchick erwerben zu können.

Dem wackeren Manne war Beſſeres, als eine ſolche journaliſtiſche Thätigkeit, beſchieden. Es glückte ihm, 1852 in die preußiſche Armee wieder einzutreten und mit dieſer, 1864 gut machen zu helfen, was Preußen 1850 an Schleswig-Holſtein geſündigt. Als Führer einer Artillerieabtheilung beſtand er erſt ein rühmliches Gefecht bei Ravenskoppel und wirkte dann durch Beſchießung der däniſchen Kriegsſchiffe vom Flensburger Hafen aus zu dem glorreichen Uebergange nach Alſen mit. Im Kriege von 1866 hatte er einen nicht unrühmlichen Antheil an

dem Siege von Gitschin und an der standhaften Zurückweisung der österreichischen Angriffe von den Höhen bei Chlum, dann wieder an der Entscheidungsschlacht von Königgrätz. In dieser ward er schwer verwundet und starb im Hospital zu Horzitz an der Cholera, jedenfalls völlig ausgesöhnt mit seinem preußischen Vaterlande, dessen unbefriedigende politische Verhältnisse einst ihn und seinen Bruder Wilhelm aus den Reihen der preußischen Armee vertrieben hatten.

Zur Unterstützung der braven Schleswig-Holsteiner mit Geldmitteln wurden damals allerwärts in Deutschland Sammlungen veranstaltet. In manchen Staaten jedoch, auch in Sachsen, stießen solche auf polizeiliche Hindernisse. Ich hatte mich an ein paar Gesinnungsgenossen vom Landtage her, den Pfarrer Kalb und meinen Freund Funkhänel, mit der Bitte gewendet, in ihren Kreisen dergleichen Sammlungen einzuleiten. Darauf antwortete mir Kalb am 31. Juli 1850:

> Ich habe um die Erlaubniß nachgesucht, wenigstens für „die verwundeten Krieger der schleswig-holsteinschen Armee" eine öffentliche Sammlung zu veranstalten; aber auch dieses, rein auf humane Motive begründete Gesuch ist mir vom Ministerium des Innern durch die Rochlitzer Amtshauptmannschaft abgeschlagen worden mit dem überflüssigen Hinweis darauf, daß es mir unverwehrt sei, von selbst eingehende Gaben anzunehmen. Aber solche fließen hier spärlich ohne vorausgegangene öffentliche Aufforderung. So führt der Mangel an nationalem Patriotismus bis zur Unmenschlichkeit! Doch will ich versuchen, was sich indirect thun läßt.

Kalb kam bei dieser Gelegenheit auch auf unsere gemeinsame Thätigkeit im Landtage zurück. Er war dort ein hervorragendes Mitglied des Centrums gewesen. Nun schrieb er:

Vor Kurzem hatte ich den Beſuch einiger Mitglieder unſerer Centrumspartei. Keiner von uns bereut ſeine Wirkſamkeit auf dem letzten Landtage; ich ſelbſt freue mich ſogar manches ſcharfen Wortes; es war prophetiſch.

Dann fügte er hinzu:

Sie glauben kaum, wie das Verfahren von oben das Volk demoraliſirt und die, leider geringe, Zahl gebildeter, ſelbſtändiger Männer indignirt. Ueberall wird das materielle Wohl, das ſinnliche, egoiſtiſche Intereſſe der Gott Moloch, der jeden idealen, moraliſchen Aufſchwung vernichtet. Wir aber bleiben feſt bei dem, was wir wollten und wie wir es erſtrebten!

Funkhänel hatte mir ſchon am 15. Juli geſchrieben:

Auch ich bin für Hilfsvereine der von Dir vorgeſchlagenen Art, jedoch auch mit Dir für das Abwarten dazu paſſender Vorgänge in Schleswig-Holſtein. Vielleicht wird die ſchaudererregende Apathie unſerer kalten Hundstage durch die Sympathien für die Leiden und die Opferfreudigkeit Jener, die ſich bald ſchämen möchten, daß wir mit ihnen gemeinſam den deutſchen Namen tragen, auf kurze Zeit beſiegt. Ich werde dafür ebenſo gern thätig ſein, wie auch Kalb, obgleich ich mich für jetzt troſtlos vergebens nach Männern umſehe, welche nebſt uns dazu bereit ſein werden.

Da es mit Sammlungen ſo wenig tröſtlich ausſah, griff ich zu einem andern Mittel, um wenigſtens einiges Geld für die ſchleswig-holſteiniſche Sache zuſammenzubringen. Ich ſchrieb ein Flugblatt von etwa Einem Bogen, worin ich das Recht Schleswig-Holſteins und die Pflicht Deutſchlands, ihm zu helfen, nachdrücklich betonte. Der mir befreundete Buchdruckereibeſitzer R. Härtel druckte daſſelbe umſonſt (die unentgeltliche Ueberlaſſung des dazu nöthigen Papiers, um die ich eine der angeſehenſten Leipziger Papierhandlungen anging, ward mir verweigert); ich verſandte es maſſenweiſe an Geſinnungsgenoſſen im ganzen Lande (zum Preiſe von 20 oder 25 Pf. das Exemplar) und

brachte auf dieſe Weiſe doch über 1200 Mark zuſammen, die ich an das Hamburger Comité für Schleswig-Holſtein einſendete.

Das war leider Alles, was ich in dieſer Sache thun konnte. Der Aufforderung, ſelbſt nach Kiel zu kommen und als Publiciſt von dort aus die öffentliche Meinung in Deutſchland für Schleswig-Holſtein erwärmen zu helfen, welche ein mir befreundeter ehemaliger Frankfurter an mich richtete, der ſelbſt in ſolcher Stellung ſich äußerſt thätig erwies, vermochte ich zu meinem aufrichtigen Bedauern, meinen ganzen Verhältniſſen nach, nicht zu entſprechen.

Nächſt der ſchleswig-holſteiniſchen Frage war es die kurheſſiſche Angelegenheit, welche mich am lebhafteſten beſchäftigte. Nicht lange nach dem Staatsſtreich vom 3. Juni, der uns in Sachſen betroffen hatte, weil wir der alt-bundestäglichen Politik Beuſt's beharrlichen Widerſtand geleiſtet (der Volksmund taufte deshalb den Landtag von 1849—50 den „Widerſtandslandtag"), verſuchte das Gleiche in Kurheſſen der Miniſter Haſſenpflug. Das dortige Märzminiſterium Eberhard-Wippermann, welches treu zur Union hielt, mußte beſeitigt werden, und an ſeine Stelle mußte ein Haſſenpflug treten („der Heſſen Fluch", wie er ſchon bei ſeiner früheren miniſteriellen Wirkſamkeit daſelbſt genannt worden war) — Alles nur, damit Kurheſſen gleich Sachſen und Hannover von der Union abgelöſt und dieſe vollends geſprengt werde. Das Hinderniß, welches für dieſen Schritt die kurheſſiſche Kammer bot, die ebenfalls nichts vom alten Bundestag wiſſen wollte, beſeitigte Haſſenpflug in derſelben Weiſe, wie es in Sachſen Herr von Beuſt gethan. Nur ging er etwas plumper

zu Werke, indem er rein abſolutiſtiſch — mit Ukaſen — zu regieren verſuchte. Dem ſetzte das wackere heſſiſche Volk, einſchließlich der Behörden, der Gerichte, ja der Offiziere, einen zwar ſtreng geſetzlichen, aber dergeſtalt zähen Widerſtand entgegen, daß Haſſenpflug mitſammt ſeinem Herrn, dem Kurfürſten, aus dem Lande fliehen und die Hilfe des damals bereits von Oeſterreich inſcenirten Rumpfbundestages anrufen mußte.

Es kam nun Alles darauf an, ob Preußen ſeine Pflicht thun und das verfaſſungstreue kurheſſiſche Volk gegen die Vergewaltigung durch jene vollkommen rechtloſe Frankfurter Verſammlung, welche ſich Bundestag nannte, ſchützen werde. Darauf mit allen Mitteln der Preſſe hinzuarbeiten, erſchien als eine gebieteriſche, wenn auch ſchwerlich erfolgreiche Aufgabe. Ich habe mich dieſer Danaidenarbeit damals nach beſten Kräften unterzogen. Da die „Deutſche Zeitung“ eingegangen war, ſo ſchrieb ich Artikel in dieſem Sinne für die in Braunſchweig bei Vieweg (unter Baumgartens tüchtiger Leitung) erſcheinende „Deutſche Reichszeitung“.

Auch dieſe ſo gerechte Sache ging — Dank dem Miniſterium Manteuffel! — hoffnungslos verloren!

Ich hatte, nachdem der Staatsſtreich ſchon vollzogen, die Hoffnung auf ein Einſchreiten Preußens zu Gunſten der verfaſſungstreuen Kurheſſen aber noch nicht geſchwunden war, auf das Gerücht hin von einer günſtigen Wendung dort und einem möglichen Wiedereintritt des Miniſteriums Eberhard-Wippermann, an den Letztgenannten, dem ich in Frankfurt näher getreten war, Glückwünſche geſchrieben. Darauf antwortete mir dieſer unterm 25. October 1850

(alſo noch vor dem Tage von Olmütz) in wenig hoffnungsvoller Stimmung Folgendes:

Verehrteſter Herr! Für die Theilnahme an dem Verlaufe unſerer öffentlichen Angelegenheiten bin ich Ihnen ſehr dankbar. Man findet doch immer Beruhigung darin, wenn man ſieht, daß man in ſo ſchweren Dingen nicht von Männern gemißbilligt wird, auf deren Urtheil man mit Recht einen Werth legen darf. Das Schwerſte ſcheint uns noch bevorzuſtehen; von einem Miniſterwechſel (einer Wiederbeſeitigung Haſſenpflugs) ſind wir ſehr fern. Was darüber geſagt wurde, iſt in Beziehung auf mich wenigſtens nur ein Gerücht geweſen.

Caſſel, 25. October 1850.

Ihr
ergebenſter
Wippermann.

So war denn unſere Partei aus allen ihren Poſitionen herausgeſchlagen! Die Union, dieſer letzte, wenn auch ſchwache Reſt der Frankfurter Reichsverfaſſung, Schleswig-Holſtein, Kurheſſen, Alles war hingeopfert an Oeſterreich und ſeine Bundesgenoſſen! Unſer einziger Troſt — freilich ſelbſt ein ſehr ſchmerzlicher! — war der, daß es nicht unſere beſondere Parteiſache, ſondern die Sache der ganzen Nation war, für die wir gekämpft hatten und mit der zugleich wir jetzt unterlagen.

Für den Augenblick war nichts mehr zu machen. Eine direct politiſche, d. h. parlamentariſche Thätigkeit, auch wenn ich zu einer ſolchen unter ſo troſtloſen Umſtänden mich hätte entſchließen mögen, war mir verſagt, denn in den „alten Ständen“ gab es für mich keinen Platz. Aber auch eine Wirkſamkeit in der Tagespreſſe war dem Sachſen außerordentlich erſchwert durch die drakoniſchen Preßordonnanzen des Miniſteriums, welche die Zeitungen vollſtändig in die Gewalt der Regierung gaben. Unter

dieſen Umſtänden kam mir ein Anerbieten ganz gelegen, welches von der Leipziger Verlagsbuchhandlung Avenarius und Mendelsſohn um dieſe Zeit an mich gelangte. Dieſelbe ging damit um, eine Sammelſchrift zu begründen, welche in größeren wiſſenſchaftlich gehaltenen Artikeln theils wichtige Partien aus der deutſchen Vergangenheit, theils Fragen von allgemeinem Intereſſe aus der Gegenwart behandeln ſollte, um das Intereſſe der Nation an ihren allgemeinen Angelegenheiten möglichſt wach zu erhalten und ſie vor dem Verſinken in Apathie zu bewahren. Deren Leitung hatten ſie mir zugedacht. Bei den ſo troſtloſen öffentlichen Zuſtänden, der weit verbreiteten Abſpannung im Volke, dem Ekel ſelbſt vieler der Höhergebildeten an jeder auch nur an's Politiſche ſtreifenden Thätigkeit erſchien freilich ein ſolches Unternehmen ebenſo ſchwierig in ſeiner Durchführung als nicht eben ſehr ausſichtsvoll in ſeinen Erfolgen. Indeſſen es mußte gewagt werden.

Mein erſtes Geſchäft war, mich nach tüchtigen Mitarbeitern umzuthun, und natürlich dachte ich dabei zunächſt an die vielen namhaften Gelehrten unter meinen ehemaligen Frankfurter Collegen und Geſinnungsgenoſſen, und wandte mich an eine Anzahl ſolcher mit der Bitte um Unterſtützung. Um ferner das Unternehmen unter den Schutz eines möglichſt populären Namens zu ſtellen, erſuchte ich den ehrwürdigen E. M. Arndt, mit dem ich in der Paulskirche bekannt geworden war, eine Art von Protectorat deſſelben zu übernehmen. Und der liebenswürdige Greis ſagte bereitwillig zu.

Die Schrift erſchien unter dem Titel: „Germania, die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der deutſchen

Nation, herausgegeben von einem Verein von Freunden des Volkes und Vaterlandes, eingeführt durch Ernſt Moritz Arndt." (Leipzig, bei Avenarius und Mendelsſohn, 1851, 1852).

Der treffliche Mann zeigte ſowohl in ſeinen Briefen an mich, wie in den Worten, womit er das Unternehmen einleitete und gleichſam einweihte, die ganze unverwüſtliche Friſche ſeines Geiſtes und jenen unzerſtörbaren Glauben an „die Ewigkeit ſeines Volkes", dem er einſt in der Paulskirche ſo warmen und begeiſternden Ausdruck gegeben hatte. Hier die Hauptſtellen aus ſeinen Briefen!

Bonn, den 25. des Erntemonds 1850.

Dank für Ihr Andenken, lieber Freund, und für die willkommenen Sendungen! Ihre Erinnerung iſt bei mir im Herzen und im Munde wohlbewahrt. Was die beiden Sendungen betrifft, ſo iſt die letzte an die Thoren, die Friedenspropheten Burritt und Richards, die mich hier ein paar Mal perſönlich angelaufen haben, faſt zu glimpflich und zu deutſchbeſcheiden abgefaßt*). Auf die erſte Sendung und ihren Inhalt hätte ich Ihnen ſchon früher geantwortet, wenn ich nicht mehrere Tage leider an Leib und Seele unwohl geweſen wäre. Dem Leibe iſt für den Augenblick wenigſtens wieder wohler; an der Seele müſſen, wie die Dinge eben in ſchändlicher Feigheit und Lügenhaftigkeit vor uns hinlaufen, wohl alle ehrliche Deutſche krank ſein. Ich ſende Ihnen hiebei, was Sie und Ihre Freunde verlangt haben. Ich konnte und durfte in meinem Sinn und aus meiner Art nicht anders ſprechen. Möge

*) Es bezieht ſich dies auf einen „Offenen Brief an die Verſammlung der Friedensfreunde zu Frankfurt", den ich hatte drucken laſſen. Ich erwiderte darin auf deren Einladung: „Jetzt ſei für das, in ſeinem höchſten Recht (auf Schleswig-Holſtein) angegriffene Deutſchland nicht die Zeit zu ſolchen Friedensdemonſtrationen. Sie möchten ſich an Dänemark adreſſiren."

es Ihnen gefallen! Möge es in Ihrer Schaffenslaune geſchrieben ſein! Können Sie, wie es iſt, es für Ihren Zweck nicht gebrauchen (d. h. es ganz und unverändert abdrucken laſſen), ſo bitte ich, es mir baldigſt zurückzuſenden. Was künftige Mitwirkung und Mitarbeit an Ihrem Neuen angeht, ſo kann der überalte Greis da nicht viel mehr verſprechen: er fühlt doch, daß er im 81. Jahre des irdiſchen Lebens pilgert, er kann nur ſagen: Verremos. So viel in aller Kürze; ich habe mich heute ſchon heruntergeſchrieben. Gruß und Freundſchaft!

In deutſcher Treue E. M. Arndt.

Bonn, den 26. November 1850.

Kürzeſt, theurer Freund, ein paar kurze Worte, wie die Zuſtände meiner älteſten Tage und die Unruhen, die ſie und die geſchwind wirbelnde und umrollende Zeit geben und erlauben: a) Jene bekannten Einleitungsworte überlaſſe ich Ihnen, ob Sie dieſelben mit abdrucken laſſen wollen oder nicht. Sie ſcheinen mir noch zu paſſen — gleichſam eine zweite, andere zu ſchreiben, wüßte ich im jüngſten Gange der Dinge keine Veranlaſſung. b) Es geht dem Alten, der bald von ſeinem 81. Lebensjahre eingeholt iſt, weder aus dem Gehirn noch mit der Hand nicht mehr geſchwind. Wenn ich Ruhe gewinnen kann, werde ich ſehen, ob ich vielleicht in einigen Monaten der Zeitſchrift auch etwas liefern kann aus lebendiger Anſchauung heraus, deren ich viel über die Völker zu ihrer Zeit gehabt habe, z. B. über ihre ethiſche, geiſtige, politiſche Stellung zu uns. c) Ihre Hoffnungen, daß Preußen ſich doch noch ermannen und gutes Leben in die deutſche Bewegung bringen könne, möchte ich ſie doch theilen können! Selbſt einen Krieg könnt' ich wünſchen, wenn als Grund und Ziel deſſelben das Edle, Freie und Deutſche vorangeſtellt und in ſolchem Sinn wirklich gekämpft würde. Aber ich ſehe den Mann und die Männer nicht, die Solches wollen und führen könnten. Gebe Gott, daß uns der preußiſche Reichstag irgend ein Belebendes, Erquickendes, die Halbheit und die Feigheit Entblößendes und Zermalmendes bringe! Welches Herz iſt nicht zerriſſen von Heſſens und Holſteins Lage, und was man Oeſterreich und ſeinen Trabanten

gegen ſie erlaubt*)? Andere Unruhe, welche eben Herz, Haus und Geldbeutel in dieſen Wochen anſtößt, werden Sie begreiflich finden, wenn ich Ihnen erzähle, daß nun vier meiner Söhne mit preußiſchen Landwehren ausziehen, von welchen der jüngſte noch in Holſtein bei den Jägern ſteht. — Alles dies gern, wenn's nicht bloßem Schein, ſondern Vaterland und Recht und Freiheit gelten ſoll; aber Menſchenherz bleibt doch Menſchenherz, wenn das meinige auch nicht aus weichlichem Teige geformt iſt. Ade! In deutſcher Treue Ihr E. M. Arndt.

Bonn, den 10. des Wintermonds 1851.

Spät, theurer Freund, zu ſpät antworte ich Ihnen auf Ihre letzte Sendung vom 13. December, die richtig in meine Hände gekommen und wovon das Päckchen an Dahlmann abgeliefert worden. Dieſe Verſpätung liegt nicht in meiner Art, ſondern in einem, wie Gott es uns zuweilen zuſammenwirft, Zuſammenſtoßen ſo verſchiedener plagender Menſchen, Geſchäfte und Verdrießlichkeiten, die den alten Mann die letzten Wochen auseinandergeriſſen und faſt zerriſſen haben, wozu Sie ſich noch das andere Mitniederreißende, woran alle Guten jetzt wohl kranken, weiter denken können. Kurz, ich bin ſo gehetzt geweſen und auch mitunter unbaß, daß ich die Aufſätze in der „Germania" kaum nur im Ganzen habe durchlaufen, aber nicht durchleſen gekonnt. Es iſt auch ſonſt hier in der Stadt und ſelbſt in meinem Hauſe durch fortwährende Einquartierungen, Ausrüſtungen und Hin- und Hermärſche mehrerer meiner Söhne und durch andere Plagen, welche die nichtigen Manteufeleien herbeiführen, fortwährende Unruhe geweſen, wodurch der ſtille Muſenſitz im Gehirn begreiflich keine wärmenden und zündenden Beſtrahlungen des geiſtigen Sonnenſcheins empfangen kann. Ob ich dazu kommen werde, auch einige Bogen für die „Germania" zu liefern, ſteht noch dahin. Die Luſt iſt freilich da, und einige Embryonen ſcheinen ſich zuweilen ſchon

*) Damals war es auch, wo Arndt die Verſe ſchrieb:

„Wohl Vieles wird vergeben und vergeſſen,
Doch nimmer Schleswig-Holſtein, nimmer Heſſen!"

in mir herumzuſtoßen; aber das Alter, das Alter — ſolche Hemmſchuhe des friſch fortlaufenden Lebenswagens kennt Ihr Jüngeren nicht. Ade! Möge der ſchändliche, ſchmutzig rauhe Alp der Gegenwart nicht zu ſchwer auf Ihnen laſten! Beſſeren Neujahrswunſch weiß ich heut kaum. In deutſcher Treue Ihr E. M. Arndt.

In dem Einleitungswort, durch welches Arndt die „Germania" einführte, ſagte er:

Für die Zukunft vertraue ich dem deutſchen Geiſt und der deutſchen Wiſſenſchaft, den deutſchen Gedanken, welche durch die politiſchen und diplomatiſchen Zettelungen und Hetzereien doch nicht ausgelöſcht werden können. Denn wem dürfte ich vertrauen, dürfte ich Gott und ſeinem Evangelium noch vertrauen, wenn ich dieſen höchſten Evangeliſten der Menſchheit nicht glauben wollte? Darum rufe ich aus mit den alten Heiden: Fata viam invenient! das überſetze ich mir in aller Kürze: „Gott verläßt keinen Deutſchen, wenn er ſich nicht ſelbſt verläßt". Geiſt und Gedanke werden endlich das Vaterland finden und ſchaffen, welches in dieſen jüngſten Jahren wieder vergeblich geſucht worden iſt. Wir ſind in dem letzten Jahrhundert, wir ſind in den letzten fünf Jahren durch ihn weiter gekommen; wir werden ferner durch ihn weiter kommen. Es heißt hier: „Deutſchlands Männer, haltet feſt! Und es wird Euch endlich doch ein Vaterland werden, und an Eurem Evangelium deutſcher Einheit und Gemeinſamkeit werden die ſpitzeſten und feinſten Ränke der Diplomaten und die alleinherriſchen Gelüſte der Hinterliſt und Habſucht zerſchellen."

Von Denen, die ich zur Mitarbeiterſchaft aufgefordert, erhielt ich manch' freundliche und ermunternde, nur leider wenige entſchieden zuſagende Antworten. Der meiſten ehemaligen Strebegenoſſen hatte ſich ein tiefer Unmuth, der ihre Thätigkeit lähmte, einzelner eine ſchier peſſimiſtiſche Stimmung bemächtigt. Ich theile aus dieſen Briefen Dasjenige mit, was zur Kennzeichnung der damals theils in dieſen Kreiſen ſelbſt vorherrſchenden, theils von den

Briefschreibern in ihren Umgebungen wahrgenommenen Stimmungen dienen kann.

Dahlmann schrieb:

Bonn, 18. Semptember 1850.

Lassen Sie es mich nur geradezu gestehen, lieber Herr College und Mitkämpfer, daß ich den Muth bewundere, der Sie in der gegenwärtigen — nicht Lage, sondern Niederlage unserer vaterländischen Angelegenheiten an ein umfassendes literarisches Unternehmen für die deutsche Nation denken läßt. Ich versichere Sie, daß ich für den Augenblick nicht einmal für einen Zeitungsartikel festen Boden finden kann, und gleichwohl zähle ich mich keineswegs zu der Partei der Verzweiflung.

Soll ich nun ganz ehrlich Antwort geben, so ist es diese: Liegt Ihnen an meiner Zusage etwas, und wollen Sie vor der Hand, da ich mich in den stillen Stubenfleiß wieder einzuleben und den schlimmen Stoß, den meine Gesundheit erlitten, noch mannigfach wieder gut zu machen habe, das Wort für die That nehmen, so sehen Sie mich als beigetreten an! Wollte ich aber, wie es dermalen mit mir steht, thätige Mitwirkung versprechen, so würde das eine leere Täuschung sein, die ich weder gegen Sie, noch gegen mich selbst verschulden darf. Die Hinopferung von Schleswig-Holstein ist herzzerreißend, und man wird beflissen sein, das gleiche Schicksal den braven Hessen zu bereiten. Und dennoch ist mir so zu Sinne, als werde auf diesen Schlachtfeldern der Weg zur Einheit Deutschlands gebahnt. Ihrer Unternehmung gutes Gelingen wünschend Dahlmann.

Von Berthold Auerbach erhielt ich folgende zwei Schreiben:

Dresden, 15. September 1850.

Ich habe Dir schon oft gesagt, daß ich mich nur lebensfreudig zu erhalten vermag, wenn ich in einem mir poetisch entsprechenden Gebiete poetisch producire: das läßt über der zu schaffenden Welt die traurige Corruption der täglichen Wirklichkeit wenigstens auf Zeiten vergessen. Ich bin gerade jetzt so voll von mancherlei zum Theil gut aussehenden Plänen, daß ich zu nichts

Anderem es bringen könnte. Darum, lieber Freund, Du ergänzeſt Dir ſchon all das flüchtig hier Hingeworfene, faſſe Alles zuſammen und Du wirſt mir's gewiß nicht verargen, daß ich mich jetzt zu einer ſo abziehenden Arbeit nicht verbinden kann. Ich finde den Plan des Werkes ſo, daß ich nichts mehr hinzuzuſetzen wüßte. Ich reiſte durch Baden und Württemberg: wie gräßlich iſt das herrliche Baden verwüſtet, und die Jeſuiten ſind jetzt dort in voller Thätigkeit, während überall ſich die ſchauderhafteſte Corruption aufthut, indem das Denuncianten- und Spionirweſen in höchſter Blüthe ſteht. Wer eine Privatrache auszuüben hat, denuncirt friſchweg und iſt des Erfolges gewiß. In Württemberg hat man die Menſchen politiſch zerklüftet. Dennoch iſt dort mehr politiſches und nationales Bewußtſein (wie im Süden überhaupt), als hier. Wir ſuchen bei der allgemeinen Stumpfheit hier für Schleswig-Holſtein zu thun, was möglich iſt.

Dresden, den 28. September 1850.

Du haſt Recht, lieber Biedermann, wer unmittelbar für das politiſche Leben zu wirken berufen iſt, darf nicht raſten, darf nicht auf das mächtige Donnerwetter mit Regen und Blitz thatlos warten, ſondern muß einſtweilen die Wieſen wäſſern, Dämme und Schleuſen bauen ꝛc. Ich finde es darum nicht nur gut, ſondern auch tapfer von Dir, daß Du das, gewiß erſprießliche Werk friedlicher Belehrung auf literariſchem Wege neu aufnimmſt. So ſehr ich nun auch Dein Unternehmen billige und ihm allen Erfolg wünſche, kann ich doch zu meinem innigen Bedauern (Du weißt ja, wie gern ich Dir zur Seite bin) Deinen Wünſchen nicht entſprechen. Wird mein Name genannt, ſo weiß ich, daß man von mir eine thätige Mitwirkung erwartet und erwarten muß, und da ich das vorausſichtlich nicht erfüllen kann, muß ich ganz mit Stillſchweigen übergangen werden. Nicht wahr, Du erkennſt dies in Deiner gerechten Weiſe und bleibſt mir ſtets der Alte, wie ich bin Dein Freund Berthold Auerbach.

Einer der Verzweifeltſten war R. v. Mohl. Er ſchrieb:

Heidelberg, den 30. November 1850.

Welche Zeiten! Es iſt doch in der That ohne Beiſpiel, daß eine große Nation ſo zu Grunde geht an der völligen Heilloſig-

keit einiger weniger Menſchen. Wir haben durch Handeln und Unterlaſſen viel geſündigt; allein dies haben wir nicht verdient. Es iſt zum Raſendwerden, wohin man ſieht! Was wird dies für eine Abrechnung geben! Indeſſen — Gott befohlen! Das Lamentiren ändert doch nichts.

Beinahe noch peſſimiſtiſcher äußerte ſich der alte wackere Steuzel, Profeſſor in Breslau. Am unmittelbarſten drückte natürlich die traurige Lage Schleswig-Holſteins auch auf die ſtärkſten Geiſter der dabei unmittelbar Betheiligten. Droyſen, damals noch in Kiel, ſchrieb mir unterm 19. November 1850, wo zwar das Schickſal der Herzogthümer noch nicht beſiegelt war (der verhängnißvolle Tag von Olmütz war bekanntlich der 29. November 1850), wo aber doch Niemand ſich mehr über das, was kommen werde, täuſchen konnte:

Wir ſind im Beginn eines Kampfes, in dem ſich zeigen muß, wie ſtark unſere geiſtigen Bataillone gegen Bajonette und diplomatiſche Stilette ſind. Sie in Sachſen ſind übel daran, wir noch um etwas übler. Aber es iſt in uns Niederſachſen eine Zähigkeit, Trotzigkeit und naßkalte Nüchternheit, daß alle dieſe Miſère uns nur Ekel empfinden läßt. Wir bleiben einſtweilen ſcharf am Winde; wir warten ab, bis die Croaten hier ſind, das Weitere muß ſich dann finden. Oh, daß man in Berlin einen Tropfen von dieſem Blute hätte — gehabt hätte, denn jetzt würde es kaum mehr helfen!

Aus einem etwas früheren Stadium der ſchleswig-holſteiniſchen Kriſis (am 12. September 1850) hatte mir Lorenz Stein, damals auch in Kiel, geſchrieben:

Die Nähe des Feindes, die Vorbereitungen zur Landesverſammlung, bei der ich Abgeordneter bin, die Kriegsunruhe, die Cholera und die jetzige wirkliche Eröffnung der Landesverſammlung, endlich die geſpannteſte Erwartung auf den Angriff auf die Dänen, der jetzt endlich definitiv beſchloſſen ſcheint, haben mir die Muße

genommen, recht ernſtlich über Ihr großartiges Unternehmen nachzudenken. Seien Sie verſichert, daß, ſobald die Verhältniſſe mich wieder einen ruhigen Gedanken faſſen laſſen, ich mit Vergnügen Ihnen nützlich zu werden hoffe; aber freilich kann in unſeren armen, hartbedrängten Herzogthümern Niemand für das Nächſte und nicht einmal für das Entferntere einſtehen.

Vom entgegengeſetzten Ende Deutſchlands, aus Württemberg und Baden, gab der rührige Publiciſt Aurelio Buddeus folgenden, wenig tröſtlichen Bericht über die dortigen Zuſtände:

Ich kann wahrlich nicht ſagen, daß mich meine Tour durch Württemberg und das badiſche Oberland aufgeheitert hätte. Es giebt keine eigentlichen Parteien und Ueberzeugungen mehr, es giebt nur zwei Stimmungen: eine wahrhaft entſetzliche Erbitterung gegen Alles, was ſich als Autorität gerirt, und eine gänzliche Indifferenz. Ein Gedanke, Eine Erwartung, Eine Ueberzeugung geht aber durch alle Schichten, das Bewußtſein, daß ein radicalſter und gewaltigſter Bruch — unabwendbar, wie ein Erdbeben oder eine Ueberſchwemmung — baldigſt bevorſtehe. Hoffend ſieht ihm ſelbſt die Demokratie nicht entgegen; wohin er führen ſoll, das iſt Niemandem auch nur entfernt klar. So lange ich die Welt zu beobachten Gelegenheit habe, iſt mir noch niemals in irgend einer Richtung eine ſolche Allgemeinheit gleichartiger Erwartung großer, unberechenbarer Ereigniſſe, einer vollkommen radicalen Vernichtung des Beſtehenden, entgegengetreten, wie in dieſen letzten Wochen. Niemand macht Geſchäfte oder andere Pläne auf Monate hinaus; Jeder thut nur das Augenblickliche ab und nimmt nachher wieder etwas Augenblickliches auf. Kein Verhältniß conſolidirt ſich; es iſt eine gewiſſe Zerſplitterung, die nach den verſchiedenſten Seiten hin zu einem Quaſi-Leichtſinn, zu einer Quaſi-Inſolidität führt. Man lebt wie in Zelten, weil man dem Boden nicht eine Secunde traut, worauf man die Häuſer bauen müßte. Die Preſſe ſchweigt wunderſamer Weiſe darüber, als wäre dies Alles etwas Natürliches und Selbſtverſtändliches.

Nicht beſſer klang es in dem Briefe eines (unlängſt verſtorbenen) Frankfurter Freundes und Parteigenoſſen:

Nur mit Schmerz kann man die Feder ergreifen, wenn man ſieht, daß auf tolle Ueberſtürzungen der Demokratie nur noch wahnſinnigere Ueberſtürzungen der Reaction folgen, die um ſo verdammenswerther ſind, als deren Urheber wenigſtens alle zurechnungsfähig ſind. Auch Preußen, der wahre Halt Deutſchlands, iſt nun geopfert, und durch ſein eigenes Miniſterium! Doch denke ich auch wie Sie: ſelbſt in ſo jammervoller Zeit für unſer Vaterland ſoll man nicht verzweifelnd den Poſten verlaſſen, und, iſt auf dem einen jede Wirkſamkeit unmöglich geworden, ſo ſuche man ſich einen andern! Es gilt jetzt, während der kommenden Zeiten eine wahrhaft conſtitutionelle Partei heranzubilden in Deutſchland und ſie möglichſt zu vergrößern, damit, wenn wieder einmal ein Umſchwung kommt, man nicht wieder einem Extrem, einer äußerſten Reaction gegen die jetzige Reaction und dann umgekehrt, in die Hände falle. Darauf hin wird in verſchiedenen Verhältniſſen durch verſchiedene Mittel hingearbeitet werden müſſen, und ſchon aus dieſem Grunde, da das nationale Gefühl wach erhalten werden muß, billige ich von ganzen Herzen Ihr Unternehmen mit der „Germania".

Etwas muthiger ließ ſich Duckwitz, der ehemalige Reichshandelsminiſter, vernehmen. Er ſchrieb mir von Bremen aus unterm 2. September 1850:

Es freut mich immer ſehr, wenn ich bemerke, daß die Beſtrebung, unſerem Vaterlande Dasjenige zu ſchaffen, was ihm Noth thut, noch immer bei ſo vielen tüchtigen Männern rege bleibt. So begrüße ich denn auch mit Freuden Ihr neues Unternehmen und wünſche demſelben das beſte Gedeihen. Gewiß aber haben Sie vollkommen Recht, wenn Sie ſagen, daß die Erreichung Ihres Zweckes davon abhängt, daß eine hinreichende Zahl patriotiſcher und einſichtsvoller Männer daſſelbe ſtützen. In den meiſten Fächern werden ſolche Männer nicht fehlen, aber in demjenigen Fache, in welchem Sie von mir Rath begehren, hapert es am allermeiſten. Sehe ich die Flut von Druckſchriften und

Zeitungsartikeln über commerzielle Fragen, womit in dieſem Jahre wieder Deutſchland überſchwemmt iſt, ſo werfe ich ſie ſtets mit einem Gefühle von Bitterkeit zur Seite, weil aus allen der Egoismus, die Rechthaberei und ein Verſteifen in abgedroſchene Theorien ſonnenklar hervorleuchtet. Faſt Keiner will dem Wohle des Ganzen ein Opfer bringen, Jeder verſchleiert lieber ſeinen Egoismus durch Sophiſtereien.. Dazu kommt, daß unſere Gelehrten und Beamten mit den Verhältniſſen des großen Welthandels und der Seeſchifffahrt nicht gründlich bekannt ſind, während unſere Kaufleute, denen eine ſolche Kunde beiwohnt, keine Neigung haben, ſich in Federkriege einzulaſſen. Der hieſige preußiſche Conſul, den ich verſucht habe zu bewegen, Ihr Unternehmen durch Aufſätze zu unterſtützen, erwiderte: „Es hilft ja doch Alles nichts; zehn Jahre lang haben wir gepredigt, und es iſt nicht beachtet worden!“ So iſt unter unſern Kaufleuten durchweg die Stimmung.

Immerhin war es eine ſtattliche Reihe hochachtbarer, zum großen Theil hervorragender Schriftſteller, welche mir ihre Mitwirkung mehr oder weniger beſtimmt zuſagten. Auch hat die „Germania“ in ihren beiden Jahrgängen (1851 und 1852) eine Anzahl tüchtiger Arbeiten von meiſt ſehr namhaften Verfaſſern und aus den verſchiedenſten Gebieten des öffentlichen Lebens gebracht, ſo im Erſten Bande:

„Preußen und Oeſterreich in ihrem Verhältniß zu Deutſchland“ von Paul Pfizer; „Die Staats- und Rechtsverfaſſung Kurheſſens in ihrer geſchichtlichen Entwickelung“ (bis zu den neueſten Verfaſſungskämpfen) von Wippermann; „Deutſche Nationalerziehung“ von Dieſterweg; „Die deutſchen Kaiſerdynaſtien und ihre Beſtrebungen für die Einheit und Erblichkeit des Reichs“ von O. Abel; „Die deutſche Kleinſtaaterei und ihre Folgen“ von L. von Rochau; „Deutſches Univerſitätsleben“ von Bechſtein; „Deutſchlands äußere und innere Bodengeſtaltung und ihr Einfluß auf die Culturverhältniſſe des Landes“ von B. Cotta; „Die deutſchen März-

miniſterien, I. Das Miniſterium Bekk in Baden" von L. Häuſſer; „Nord- und Süddeutſchland in ihrem Verhältniß zur Einheit Deutſchlands" von Paul Pfizer; „Schleswig-Holſteins Kriegsmarine 1848 bis 1850" von Wurm; „Die Fortſchritte der Chemie in Deutſchland, beſonders in ihrer Anwendung auf die Landwirthſchaft," von J. A. Stöckhardt; „Geſchichte der deutſchen Landwirthſchaft von den älteſten Zeiten bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts" von Langethal; „Albrecht Dürer und ſeine Zeit" von Stark; „Die Entwickelung des deutſchen Strafrechts" von Köſtlin; „Die Entwickelung des parlamentariſchen Lebens in Deutſchland" von Biedermann.

im zweiten Bande:

„Die chriſtlich-germaniſche Staatslehre und ihre Bedeutung in der Gegenwart" von H. von Sybel; „Scandinavien, Deutſchlands Stammverwandter und Nachbar" von E. M. Arndt; „Das Volksſchriftenweſen in Deutſchland" von H. Pröhle; „Der alte und der neue Bundestag" von B. W. Pfeiffer; „Süddeutſche Städte und Städtebündniſſe" von Klüpfel; „Deutſche Muſik im 16. Jahrhundert" von Joh. Voigt; „Die deutſchen Märzminiſterien, II. Heſſen-Darmſtadt und ſeine Märzminiſter"; „Das Märchen und ſeine Behandlung in Deutſchland" von Bechſtein; „Die materiellen Zuſtände der untern Klaſſen in Deutſchland ſonſt und jetzt" von Landau; „Die deutſchen Märzminiſterien, III. Preußen und ſeine Märzminiſter," von E. Frensdorff; „Das deutſche Volksſchulweſen von Luther bis auf unſere Zeit" von Kirchmann; „Die deutſche Landwirthſchaft im 19. Jahrhundert" von Langethal; „Der politiſche Journalismus in Deutſchland am Ende des Jahres 1851" und „Das deutſche Zeitungsweſen während der letzten 21 Jahre"; „Fortſchritte und Mängel der deutſchen Strafgeſetzgebung" von Köſtlin; „Die Verſuche zur Einigung Deutſchlands ſeit der Auflöſung des Reichs" (bis zum Jahre 1848) von Biedermann.

Gleichwohl konnte die „Germania" es nur auf zwei Jahrgänge bringen: die Ungunſt der Zeiten, die Abſpannung und Gleichgiltigkeit der gebildeten Kreiſe war zu groß!

Viertes Capitel.

Verfall der Gagern'schen Partei.

Bei der Verſammlung zu Gotha hatten noch am letzten Morgen (29. Juli) Verabredungen ſtattgefunden wegen einer feſteren Organiſation der Partei, regelmäßiger Einwirkungen auf die öffentliche Meinung durch die Preſſe u. dgl. m. Ein Comité von fünf Perſonen war zur Anordnung des Weiteren niedergeſetzt worden. Allein dabei war es auch geblieben. Die Verhältniſſe erſchienen freilich für die Befeſtigung, ja ſelbſt für den Fortbeſtand einer Partei, die ſo ſchwere Niederlagen erlitten hatte, wenig günſtig. Gleichwohl durfte, meiner Anſicht nach, die Erhaltung engerer Beziehungen wenigſtens unter den bisherigen Parteigenoſſen nicht aufgegeben werden. Denn wer mochte wiſſen, ob nicht bald einmal eine Wendung eintreten könnte, welche die Partei wieder auf den öffentlichen Schauplatz zurückriefe?

In meine Correſpondenz wegen der „Germania" hatte ich wohl hier und da derartige Gedanken einfließen laſſen. Ich ſchließe dies aus mehreren der Antworten, welche

gleichfalls dieſe Frage berühren, freilich in ſehr verſchiedenem Sinne.

Am lebhafteſten ergriff die Idee einer Neuconſtituirung der Partei Gervinus. Er ſchrieb mir zuerſt unterm 4. April 1851:

Mir dünkt, die unabhängigen Geiſter in Deutſchland ſollten dazu thun, ſich in dieſen Zeiten häufiger, vielleicht ſyſtematiſch aufzuſuchen und ſich zu beſprechen, die Eiſenbahn zur Stellvertreterin der Preſſe zu machen. Hier in der Gegend haben wir ſeit Wochen ſchon angefangen, ſonntägliche unſchuldige Rundeſſen zu halten. Das dient vortrefflich, die Meinungen zu ſammeln und zu einigen, und, daß dies geſchehe, iſt nach unſeren Erfahrungen ein dringendes Bedürfniß. Ueber dies und Einſchlagendes wünſchte ich Sie in Leipzig zu ſprechen; vielleicht knüpft ſich an unſere hieſigen Beſprechungen ein politiſcher Plan. Davon müßte ich es abhängig machen, ob ich Ihnen für die „Germania" eine beſtimmte Zuſage machen kann oder nicht*). Soll ich ganz aufrichtig ſein? Es thut mir eigentlich leid, ſo viele tüchtige Kräfte aus der Tagespreſſe wieder heraustreten und in die Monatspreſſe ſich zurückziehen zu ſehen. Sie werden mir die Unmöglichkeit entgegenhalten, ſich dort zu behaupten. Aber einige Zufluchtsorte giebt's doch noch immer, und man müßte ſie nicht verlaſſen bis zum letzten Augenblicke; ja ſelbſt vor kühneren Anſchlägen ſollte man jetzt nicht mehr erſchrecken. Doch dies eignet ſich beſſer zum Beſprechen; wenn nichts dazwiſchen kommt, denke ich Sie bald — kurz vor oder nach Oſtern — in Leipzig perſönlich zu ſehen.

Ein zweiter Brief, vom 28. Auguſt 1851, lautete:

Aus meiner projectirten Frühlingsreiſe iſt nichts geworden,

*) Gervinus dachte wohl damals an ein Wiederaufleben der „Deutſchen Zeitung". Im Jahre 1860 ward zu einem ſolchen wirklich ein Verſuch gemacht. Wilhelm Beſeler intereſſirte ſich lebhaft dafür. Allein die zu dem Ende veranſtalteten Zeichnungen ergaben kein genügendes Reſultat.

weil ich mich auf ärztliches Andringen im Mai bis Juni nach Baden begeben mußte; damals verſchob ich den Reiſeplan in Gedanken auf den Spätſommer; und auch daraus iſt nichts geworden, weil ich noch einmal nach Schwalbach mußte, von wo ich nach vierwöchentlichem Aufenthalte geſtern zurückkehrte und Ihren Brief vom 24. d. vorfand. Ich brauche nicht hinzuzuſetzen, daß es der ſchlechte Zuſtand meiner Geſundheit iſt, der mich vom Reiſen noch weniger als vom Arbeiten abhält. Außer einer kleinen Pflichtarbeit für die Reichszeitung, die ich in beſſeren Stunden zugeſagt hatte, habe ich ſeit nun faſt zwei Jahren nichts Ernſtliches ausarbeiten können und habe auch noch jetzt Urſache, mich ſehr zu ſchonen. Erklären Sie ſich aus dieſem Grunde allein mein Zurückbleiben hinter dem Verſprechen namentlich auch des perſönlichen Beſuchs! Es wäre mir außerordentlich werthvoll, Sie einmal perſönlich zu ſprechen; denn Alles, was mit der Preſſe beabſichtigt zu werden ſcheint, drängt uns auf mündliche Mittheilungen und Austauſchungen. Ich habe daher noch immer meinen Ausflug nach Braunſchweig, Leipzig, Berlin vor Augen, um ihn, ſobald es immer geht, auszuführen. Ich verſpare auch bis dahin Alles, was ich auf dem Herzen habe, um ſo mehr, als es täglich weniger gerathen wird, brieflich ſich näher auszulaſſen.

Aber auch diesmal blieb es beim bloßen Vorſatze.

Schon während des Erfurter Parlaments waren Anregungen zu einer Zuſammenkunft der früheren Parteigenoſſen in Erfurt unter ſich und mit gleichgeſinnten Mitgliedern des Parlaments, namentlich aus Preußen, ergangen. Darauf bezieht ſich nachſtehender Brief Wurms vom 15. März 1850:

Daß das ſogenannte „Gothaer Comité“ uns einmal berufen werde, war uns hier (Rießer und mir) wahrſcheinlich; es iſt aber nicht geſchehen. Was das Dorthin-Reiſen (nach Erfurt) nach bloßer Privatberedung betrifft, ſo verſteht ſich von ſelbſt, daß Jeder ſich freuen wird, die alten Bekannten wiederzuſehen. Ich habe mich aber für meinen Theil entſchloſſen, nicht nach Erfurt zu

gehen, und will meine Gründe kurz entwickeln. Wenn man uns haben wollte, wenn man uns Mittheilungen zu machen hätte oder unſere Anſicht zu verwerthen wünſchte, ſo kann man uns rufen. Das Comité hat es nicht gethan, wie es überhaupt ſeit Gotha kein einziges Lebenszeichen von ſich gegeben hat. Ich unterſcheide zwiſchen Denen, welche, wie Sie und Koch, einem Staate angehören, in welchem nicht gewählt wird, und Denjenigen, die in meinem Falle ſind, d. h., die in einem der wählenden Staaten wohnen, aber weder gewählt ſind, noch auch nur irgend einen Schritt gethan haben, um gewählt zu werden. Da ich nun zu der letzteren Kategorie gehöre, ſo widerſtrebt es mir, mich aufzudrängen, wie das wenigſtens ſcheinen könnte. Andere werden vielleicht die Sache anders anſehen, harmloſer, als ein freundſchaftliches Wiederſehen. Es werden alſo nicht allein von Ihrer, ſondern auch von meiner Kategorie Parteigenoſſen erſcheinen. Man wird ſich beſprechen, die Parlamentsmitglieder werden den Anderen freundlich entgegenkommen. Entweder aber wird es bei einem ſolchen vertraulichen Austauſch bleiben, oder man wird verſuchen, wenn auch nur zur Notiz für die Parteigenoſſen, eine Parteierklärung herbeizuführen. Gelingt dies, ſo kann es eben nur wieder lauten: „Man halte für gut, daß der preußiſchen Regierung bei der Gründung des Bundesſtaates alle Unterſtützung zu Theil werde.“ Eine ſolche Erklärung möchte jedoch den mannigfachſten Mißverſtändniſſen unterliegen, wenn ſie im Sinn der Majorität der Berliner Kammern erfolgte, welche nicht für thunlich erachtet hat, den Namen Schleswig-Holſteins in den Kammern auszuſprechen. Ich laſſe den Männern und ihren Motiven alle Gerechtigkeit widerfahren, aber ihre Politik iſt nicht meine Politik. Gelingt es aber nicht, die früheren Parteigenoſſen noch einmal zu einer mehr als nichtsſagenden Erklärung zu vereinigen (und es wird nicht gelingen, wenn Sie, oder ich, oder Lette, oder manche Andere erſcheinen), ſo iſt ganz nutzloſerweiſe ein Bruch vorhanden. Man würde Angeſichts des nicht zahlreichen, aber reſpectabeln Publikums, welches noch auf die Gothaer Partei blickt, ſich trennen von anerkannten Trägern der Ideen, die auch unſere Ideen ſind, ohne der Sache das Geringſte zu nützen und ohne Noth.

Ein anderer ehemaliger Genoſſe des Augsburger Hofes, Fallati, ſchrieb unterm 30. September 1850:

Auch ich beklage, daß unſere Partei nach rechts und links ſich vom Kerne löſt; aber ich bin nicht der Anſicht, daß eine Verſammlung oder irgend ein Aufruf zur Verbindung für gewiſſe Eventualitäten (bis jetzt, wo Niemand anzugeben wußte, was zu thun ſei) zu unſerer Kräftigung beigetragen haben würde. Liegt einmal ein beſtimmtes, praktiſches Ziel wieder vor zu gemeinſamem Handeln, dann iſt's anders — und vielleicht kommt das bald!

Auf eben dieſe Angelegenheit bezog ſich folgende Stelle eines Briefes, den mir mein Schwager Koch aus Partenkirchen (wo er zu ſeiner Erholung verweilte) am 14. Auguſt 1850 ſchrieb:

Baſſermann iſt ſeit ſechs Monaten ſehr leidend, findet aber hoffentlich hier Geneſung. Ich freue mich ſeines Umganges. Wie wir, hält auch er es für durchaus nothwendig, daß unſere Partei baldigſt zuſammentrete, und hat in dieſem Sinne Gagern zu beſtimmen geſucht; dieſer ſcheint aber von der Furcht, die Sache werde in der Zahl der Erſcheinenden und ſonſt kläglich ausfallen, gefeſſelt geweſen zu ſein, und jetzt iſt auf ihn in dieſer Beziehung gar nicht zu rechnen. Gagerns Eintritt in die ſchleswig-holſteiniſche Armee war uns Beiden gleich überraſchend, für Baſſermann um ſo mehr, als er noch wenige Tage früher denſelben in Mannheim beſucht und hier nur von der Belebung der Partei und den Mitteln dazu geſprochen hatte. Dieſer Schritt iſt des ritterlichen Gagern würdig, und doch habe ich ihn nur mit Schmerz begrüßt, denn hoffentlich iſt die Zeit nicht fern, wo wir ſeiner wieder bedürfen; mag er uns für dieſe Zukunft erhalten bleiben!

So kam es in dieſer Sache zu nichts. Kleine Zuſammenkünfte im engſten Kreiſe — zufällige oder beabſichtigte (wie ich z. B. eine ſolche 1851 mit Wurm und W. Beſeler bei letzterem in Braunſchweig hatte und wie ſie wohl auch ſonſt hier und da ſtattgefunden haben mögen)

— konnten eine geregelte Organiſation der Partei weder erſetzen, noch aber auch zu Wege bringen. Auf eine ſehr bedenkliche Folge des Mangels einer ſolchen Organiſation machte ganz zutreffend Aurelio Buddeus auf Grund ſeiner publiciſtiſchen Erfahrungen aufmerkſam in einem Briefe vom 19. Auguſt 1851, worin er ſagte:

Ihr Brief vom 16. d. iſt mir ganz aus dem Herzen geſchrieben. Betreffs der Klagen über die Zerfahrenheit der Partei und den Mangel einer Gruppirung um beſtimmte Organe kann Niemand Ihnen mehr beiſtimmen, als ich. Ich habe es ſchon ſchwer empfinden müſſen, als die Partei noch machtvoll war und ich, vereinſamt auf einem baieriſchen Poſten, Briefe über Briefe nach allen Seiten um Nachrichten über zunächſt zu verfolgende Wege, über aller Orten gleichzeitig geltend zu machende Momente u. ſ. w. ausſendete. Nicht Eine Antwort, nicht Eine Parole habe ich erhalten! Ich wirkte nach Kräften als verſprengter Parteigänger; aber endlich verliert man Richtung und Ziel für beſtimmte Fragen und kann nur an der allgemeinen Idee feſthalten. Jetzt ſcheint es mir die Hauptſache, das Programm zur Neubildung der Partei auf der jetzigen Grundlage zunächſt in den Zeitungen, wo dies noch möglich iſt, auszuſprechen. Aber wo iſt's noch möglich? Meines Erachtens poſitiv nur in der Deutſchen Allgemeinen Zeitung in Leipzig und vielleicht in der Deutſchen Reichszeitung in Braunſchweig. So viel ich unſere jetzige Lage beurtheilen kann, könnte ein ſolches Programm doch nur lauten: „Nicht das jetzige Miniſterium Preußens, aber Preußen dennoch trotz alledem und alledem!“ Allein wie würden da unſere Gegner über uns herfallen und uns Thatſachen über Thatſachen entgegenhalten! Ich halte daher die Aufſtellung eines wirklichen Programms für jetzt nicht an der Zeit; das, was ich für an der Zeit halte, iſt unausführbar, eben weil wir nicht mehr zuſammenhängen. Ich meine nämlich: man müßte den wirklich zuverläſſigen Schriftſtellern der Partei (denn auch wir haben eine Menge von Landläufern ohne Disciplin) gewiſſe, von den Parteiführern (aber wer ſind dieſe jetzt?) vereinbarte Leitideen geben, auf denen ihre Corre-

ſpondenzen und Leaders zu ſußen hätten und die man monatlich in ſolche Zeitungen bringen müßte, die nicht direct oder doch nicht ſtreng zu uns gehören. Aber nun ſagen Sie einmal Einem: „Du mußt ein Deutſchland mit preußiſcher Spitze als einzige Zukunft hinſtellen, dem Preußen der Gegenwart zwar die Befähigung dazu abſprechen, aber doch ohne durch eine zu ſcharfe Kritik ſeines Staatslebens den Gegnern allzuviel Gelegenheit zu geben, alle möglichen Antipathieen dagegen wieder in den Vorgrund zu drängen und die eingeſchlummerten von Neuem zu wecken!“ Denken Sie ſich, was daraus die Leute machen würden, in deren Händen doch vorzugsweiſe die Correſpondenzen liegen (und dieſe wirken viel mehr, als Leaders) — was iſt davon zu hoffen?

Das Alles war leider nur zu wahr. Und doch erſchien es mir als ein Unglück, daß die große Partei, welche ſich im Parlamente zu Frankfurt zuſammengefunden hatte und welche in ihren letzten Zielen damals und noch in Gotha ſo durchaus einig und feſt war, ſchon ſo bald in Folge mangelnder dauernder perſönlicher Fühlung ihrer Mitglieder unter einander ſich verzettelte, auseinanderfiel und damit natürlich ihres Einfluſſes auf die weiteren Kreiſe der Nation allmälig verluſtig ging. Griffen doch unter ihren eigenen Mitgliedern, ſelbſt denen, die lange als unbeſtreitbare Führer der Partei gegolten hatten, Meinungsverſchiedenheiten Platz, die wohl kaum in ſolcher Weiſe hervorgetreten wären, wenn man von Zeit zu Zeit in größeren Zuſammenkünften der Parteigenoſſen ſeine Ideen über die augenblickliche Stellung der Partei ausgetauſcht und über die je nach dem Wechſel der äußeren Verhältniſſe auf die öffentliche Meinung zu übenden Einwirkungen ſich verſtändigt hätte.

Von Alledem geſchah aber nichts, und ſo zerbröckelte gleichſam die ſo große und ſeiner Zeit ſo einmüthige

Partei — nicht in beſtimmte Sonderparteien, ſondern in ganz individuelle Richtungen und Stimmungen, wie das ja leider deutſche Art iſt.

Als ich um die Mitte der fünfziger Jahre auf einer Reiſe auch nach Heidelberg kam, wo damals Gagern, Gervinus, Häuſſer, W. Beſeler, Welcker u. A. zuſammen lebten, hörte ich zu meinem großen Befremden und zu meinem noch größeren Schmerz, daß ſelbſt unter dieſen Männern ſich tiefe Spaltungen aufgethan hatten. Das ging ſo weit, daß jene behaglichen „Rundeſſen", von denen Gervinus in ſeinem Briefe an mich mit ſo großer Befriedigung ſprach, theils ganz aufgehört hatten, theils, wenn ſie noch ſtattfanden, ſtreng auf das gemeinſame Eſſen und Trinken und eine völlig unpolitiſche Unterhaltung beſchränkt blieben, weil jedes politiſche Geſpräch allemal zu unliebſamen Streitigkeiten führte. Ich ſelbſt hatte Gelegenheit, dies zu erproben. Während meiner Anweſenheit fand wieder einmal ein ſolches Eſſen im Badiſchen Hofe ſtatt, aber wie war ich erſtaunt, dabei kein Wort von Politik zu hören und, als ich meinen Nachbar verwundert darum befragte, den oben angegebenen Grund zu vernehmen; wie noch mehr, als ich bei einem nach dem Eſſen unternommenen gemeinſamen Spaziergange bemerkte, wie Gervinus und Gagern, Gagern und W. Beſeler gefliſſentlich vermieden, mit einander zu gehen und ein Geſpräch anzuknüpfen!

Recht ſchmerzlich fühlbar machte ſich dieſe unter den Führern und Mitgliedern der ehemals Gagern'ſchen Partei eingeriſſene Verſchiedenheit der Anſichten — und zwar gerade in Bezug auf die deutſche Frage! — als 1859, im

italieniſchen Kriege, die Gelegenheit gekommen ſchien, wo eine wohlorganiſirte und mit der öffentlichen Meinung in fortwährender Fühlung gebliebene nationale Partei eine heilſame, aufklärende Wirkung auf letztere, ja vielleicht einen nicht bedeutungsloſen Einfluß auf den Gang der deutſchen Angelegenheiten hätte üben können.

Doch darauf wird an einer ſpäteren Stelle zurückzukommen ſein!

Fünftes Capitel.

Die „Deutschen Annalen", ein Preßproceß und meine Entsetzung von der Professur.

Nach dem Eingehen der „Germania" beschloß die Verlagshandlung Avenarius und Mendelssohn im Einvernehmen mit mir die Herausgabe einer periodischen Schrift, welche sich unmittelbarer, als die „Germania", an die Gegenwart anschließen sollte. So entstanden die „Deutschen Annalen zur Kenntniß der Gegenwart und Erinnerung an die Vergangenheit" (1853). Dieselben brachten neben einzelnen Leitartikeln zur Besprechung allgemeiner Fragen regelmäßige Uebersichten über ganze Gebiete des öffentlichen Lebens und die darauf in der letzten Zeit vorgegangenen Veränderungen, so gleich im ersten Bande über den Stand der deutschen Zollfrage, der Kirchenfrage, des Unterrichts- und Erziehungswesens u. s. w.

Die „Annalen" wurden eröffnet mit einem Artikel: „Deutschland und das französische Kaiserthum." Darin ward die unableugbare Thatsache, daß der Urheber des Staatsstreichs vom 2. December 1851, Louis Bonaparte, der sich ein Jahr darauf zum erblichen Kaiser als

Napoleon III. gemacht hatte, von einem großen Theile der deutſchen Cabinette als „Retter der Geſellſchaft“ begrüßt worden war, zum Ausgangspunkte einer, allerdings für die Anbeter des Erfolgs nicht ſchmeichelhaften, Ausführung genommen. Wegen dieſes Artikels, ſowie wegen zweier anderen Stellen des Bandes, wovon die eine die Wirkſamkeit des wiederhergeſtellten Bundestags, die andere gewiſſe Maßregeln der preußiſchen Regierung gegen die freieren kirchlichen Richtungen betraf, wurde eine ſtrafrechtliche Unterſuchung gegen mich eingeleitet. Die Artikel waren nicht von mir ſelbſt geſchrieben; der erſte, hauptſächlich ſchuldig befundene, hatte den bekannten Publiciſten L. von Rochau zum Verfaſſer. Allein ich habe jederzeit ſtreng an dem Grundſatz feſtgehalten, als Redacteur meine Mitarbeiter durch meine Verantwortlichkeit zu decken; auch war nach dem damaligen ſächſiſchen Preßgeſetze der Redacteur neben dem Verfaſſer und gleich dieſem ſtrafrechtlich haftbar.

Der berühmte Criminaliſt Geheimer Rath Dr. Wächter, der die Acten meines Proceſſes (ich weiß nicht, bei welcher Veranlaſſung) eingeſehen hatte, äußerte einmal gegen mich: „es ſei das Scandalöſeſte, was er kenne.“ Ich ſelbſt beſchränke mich hier auf die Anführung folgender Momente. Nach dem damaligen ſächſiſchen Preßgeſetze mußte von jeder Zeitſchrift ein Exemplar an das zuſtändige Unterſuchungsgericht, ein zweites an das Miniſterium des Innern abgegeben werden. Das Miniſterium konnte (wie jede Polizeibehörde), wenn es etwas Strafbares in der Zeitſchrift zu finden glaubte, dieſelbe confiſciren, hatte ſie aber dann einfach „zur Beſchlußfaſſung“ an das Unter-

ſuchungsgericht „abzugeben“. Letzteres ſeinerſeits ſollte, wenn es etwas Verbrecheriſches in der Zeitſchrift fände, „von Amtswegen“ deren Beſchlagnahme verfügen. Nun hatte der betreffende Unterſuchungsrichter die „Annalen“ vierzehn Tage lang (!) in Händen gehabt, ohne „von Amtswegen“ das Geringſte gegen die Zeitſchrift und mich zu unternehmen. Ja, ich weiß aus guter Quelle, daß derſelbe ſich ſpäter dahin geäußert hat: „Er habe nichts Strafbares darin gefunden.“ Nach vierzehn Tagen hatte derſelbe aber vom Miniſterium des Innern (!) durch die Kreisdirection die Anregung erhalten, „ob nicht wegen gewiſſer (genau bezeichneter!) Stellen der Zeitſchrift criminalrechtliche Unterſuchung einzutreten habe,“ und war „veranlaßt“ worden, „von ſeiner diesfallſigen Entſchließung Mittheilung an die Kreisdirection (!) zu machen“.

Man hat damals von oben her dieſen Vorgang zu leugnen verſucht, wobei man die Ungeſetzlichkeit eines ſolchen Verfahrens offen eingeſtand. Infolge einer Correſpondenz in der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“, welche die obige Thatſache berichtete, erklärte in hohem Tone das amtliche „Dresdner Journal“:

Das Miniſterium des Innern wird nie und nimmer (!) eine Juſtizbehörde zur Einleitung einer Criminalunterſuchung veranlaſſen können!

Nur ſchade, daß der Unterſuchungsrichter ſelbſt ſo naiv geweſen war, mir die Verordnung der Kreisdirection zu zeigen und die einzelnen Stellen zu bezeichnen, wegen deren er mich, auf „Veranlaſſung“ der Verwaltungsbehörde (!), inquirirte.

Die Anklage, welche nunmehr derſelbe Unterſuchungs-

richter, der von ſich aus keine Schuld an mir gefunden hatte, gegen mich formulirte, lautete in Bezug auf den Rochau'ſchen Artikel (die anderen, vom Gericht ſelbſt als mehr nebenſächlich behandelten Punkte laſſe ich weg) auf „Beleidigung deutſcher Regenten und ihrer Bevollmächtigten", weil in dem Artikel geſagt ſei, dieſelben hätten dem Staatsſtreich vom 2. December 1851 Beifall gezollt.

In meiner Vertheidigung ſagte ich: „Wenn darin eine Beleidigung liegen ſollte, ſo müßte doch zunächſt in dem Artikel eine Beleidigung Napoleons, als des Urhebers jenes Staatsſtreichs, gefunden werden; denn nur dann, wenn der Staatsſtreich ſelbſt als etwas Unehrenhaftes hingeſtellt ſei, könne die Billigung deſſelben für tadelnswerth erachtet und ein ſolcher Tadel als eine ‚Herabſetzung des Billigenden in der öffentlichen Achtung' betrachtet werden. Das ſei aber nicht geſchehen."

Das erkennende Gericht erſter Inſtanz, das Appellationsgericht zu Leipzig, ließ darauf die Anklage wegen „Beleidigung deutſcher Regenten" fallen, formulirte aber nun wirklich eine (ganz neue) Anklage wegen „Beleidigung eines auswärtigen Regenten", des Kaiſers der Franzoſen. Ich wandte dagegen ein, daß, als der Artikel erſchien, Louis Bonaparte von der ſächſiſchen Regierung notoriſch noch nicht als „Kaiſer" anerkannt geweſen ſei, der Geſetzesparagraph „wegen Beleidigung auswärtiger Regenten" aber, ſeiner ganzen Faſſung nach, nur auf monarchiſche Regenten Anwendung finde.

Das Oberappellationsgericht in Dresden, die zweite erkennende Inſtanz, nahm von dieſem Vertheidigungsmomente gar keine Notiz; dagegen gab es zu, daß „Injurien im

engſten Sinne“ (gegen Napoleon) in dem Artikel nicht enthalten ſeien, ſondern nur „relative Beleidigungen“ — ein Begriff, der meines Wiſſens weder in dem ſächſiſchen Strafgeſetzbuch, noch überhaupt im Criminalrecht eine Begründung findet. Die vom Appellationsgericht mir zuerkannte Strafe von zwei Monaten Gefängniß ward einfach beſtätigt.

Ob es nach dem alten Inquiſitionsproceſſe, wie er damals noch in Sachſen beſtand, zuläſſig war, daß in jeder Inſtanz die Anklage abgeändert ward, vermag ich als Laie nicht zu beurtheilen. Jedenfalls lag eine Härte für den Angeklagten darin, daß er gegenüber dieſer in der letzten Inſtanz erhobenen Anklage — wegen „relativer Beleidigungen“ — ſich nicht mehr ſollte vertheidigen können. Allerdings gab es die Möglichkeit einer ſog. „dritten Vertheidigung“, die aber nur „im Gnadenwege“ erlangt werden konnte. Bei meinem Preßproceſſe im Jahre 1845 war mir dieſelbe gewährt worden, und das Plenum des Oberappellationsgerichts (welches in ſolchen Fällen entſchied) hatte mich freigeſprochen. Diesmal, bei den ſo ganz eigenthümlichen Wendungen, welche im Verlaufe meines Proceſſes die Anklage genommen, glaubte ich um ſo eher auf die gleiche Vergünſtigung hoffen zu dürfen. Allein mein Geſuch ward abſchläglich beſchieden. Ein mir perſönlich bekannter Rath im Juſtizminiſterium, den ich, da dieſer Beſcheid länger ausblieb, fragte, was ich wohl zu gewärtigen hätte, meinte: „man pflege ein ſolches Geſuch dann nicht zu genehmigen, wenn man, wie hier, vorausſehe (!), wie das Urtheil der dritten Inſtanz ausfallen würde.“

Auch die Verwandelung der Freiheitsſtrafe in eine

Geldstrafe, die sonst bei Preßprocessen gewöhnlich war und selbst in solchen Fällen stattgefunden hatte, wo es sich um eine längere Freiheitsstrafe, als hier, handelte, ward mir versagt. Alles, was ich erreichte, war eine Herabsetzung des Strafmaßes von zwei auf einen Monat.

Die Abbüßung dieser Strafe im „Stockhause" zu Leipzig ward mir von dem daselbst fungirenden Beamten nach Möglichkeit (wie ich dankbar bekenne) erleichtert. Von der Befugniß, meine Correspondenz beim Ein- und Ausgange zu controliren, machte derselbe nie Gebrauch; wenn ich Besuche empfing (was eigentlich nur in seiner Gegenwart geschehen durfte), war er fast immer so discret, mich und die mich Besuchenden allein zu lassen — zu nicht geringer Störung seiner Geschäftsthätigkeit, denn ich erhielt so außerordentlich viele Besuche (selbst von mir persönlich ferner stehenden angesehenen Männern der Stadt), daß die Amtsdiener, die mich jedesmal dazu aus meiner Zelle holen und dann wieder dahin zurückbringen mußten, gar nicht aus ihrer Verwunderung herauskamen. Das Reglement freilich, welches für die Gefangenen bestand und welches, wie ich hörte, seit den Maiereignissen 1849 verschärft war, wußte von solchen zarten Rücksichten nichts; es behandelte den „politischen Verbrecher" wenig anders als den gemeinen Sträfling. Das Fenster meiner Zelle war dergestalt vergittert, daß ich kaum einen schmalen Streifen vom Himmel sehen konnte, und als mir der Gefangenenarzt, weil der ungewohnte Mangel an Bewegung meine Gesundheit angriff, mir einen regelmäßigen Spaziergang auf dem, natürlich sorgsam verschlossenen, Corridor vor den Zellen verordnete, mußte dies

in Begleitung eines Amtsdieners (auf meine Koſten) geſchehen, weshalb ich lieber darauf verzichtete.

Schon bald nach dem Beginn der Unterſuchung war ich von meinem Amte als Profeſſor ſuspendirt, das Halten von Vorleſungen mir unterſagt worden. Jetzt erfolgte meine gänzliche Enthebung von der Profeſſur. Herr von Falkenſtein, der ſeit Kurzem das Cultusminiſterium an Stelle des Herrn von Beuſt übernommen hatte, erklärte: „Das Miniſterium ſei zu dieſer Maßregel durch meine Verurtheilung zu einer Freiheitsſtrafe nicht blos berechtigt, ſondern im Intereſſe der Univerſität verpflichtet.“ Vergebens verwendete ſich die philoſophiſche Facultät — aus freiem Antriebe und, wie mir geſagt worden, einſtimmig — zu meinen Gunſten mit der Erklärung, „daß ſie auch nach jenem Straferkenntniß ſich es keineswegs zur Unehre rechne, mich unter ihre Mitglieder zu zählen“; vergebens legte ich Berufung ein an die ſog. Ministri in Evangelicis, in Sachſen die höchſte Inſtanz in derartigen Univerſitätsangelegenheiten. Da ich mich auf § 24 des Staatsdienergeſetzes bezog (weil dieſes von denjenigen Vergehen von Staatsdienern, die deren Entſetzung nothwendig machen ſollten, ausdrücklich die „politiſchen“ ausſchloß), ward ich bedeutet, daß nicht nach dem Staatsdienergeſetz gegen mich verfahren worden ſei, ſondern nach „dem in dieſer Beziehung geltenden Kirchenrecht.“ Damit konnte nur die Kirchenordnung von 1580 gemeint ſein, welche u. A. auch von der „Entſetzung von Profeſſoren“ (die man damals den „Kirchendienern“ gleich achtete) ſpricht. Allein gerade dieſes Geſetz ordnete für ſolche Kirchendiener, die „in der Lehre verdächtig“ wären (damals bekanntlich

das ſchwerſte Vergehen!) keineswegs ſofortige Entlaſſung, vielmehr nur eine (genau vorgeſchriebene) „Verwarnung“ an, „dergeſtalt, daß ſich kein Kirchendiener zu beklagen habe, er ſei übereilt oder es ſei ungebührlicher Weiſe mit ihm Proceß gehalten worden“. Eben ſo wenig nahm man Rückſicht auf den Bundesbeſchluß vom 19. September 1819, der doch wahrhaftig den Univerſitätslehrern nicht günſtig war, gleichwohl aber vorſchrieb, eine Maßregel dieſer Art ſolle „nie anders, als auf den vollſtändig motivirten Antrag des der Univerſität vorgeſetzten Regierungsbevollmächtigten oder von demſelben vorher eingeforderten Bericht beſchloſſen werden“.

Schon als ich gegen meine Suspendirung reclamirt hatte, fand ſich in dem abſchläglichen Beſcheide des Cultusminiſteriums darauf die auffallende Stelle: „Ich hätte, nachdem mir ein Gehalt von 500 Thalern ausgeſetzt worden, dem damaligen Vorſtande des Cultusminiſteriums (Herrn von Beuſt) die beſtimmte Verſicherung gegeben, künftig von politiſcher Polemik mich gänzlich fern halten zu wollen.“ Gegen dieſe Unterſtellung verwahrte ich mich in meiner Berufung an die Ministri in Evangelicis ſehr nachdrücklich. Um zu erklären, was damit überhaupt gemeint ſein ſollte, muß ich Folgendes anführen.

Seit 1838, wo ich Profeſſor geworden war, hatte ich bis 1852, alſo vierzehn Jahre lang, niemals auch nur einen Pfennig Gehalt bezogen. Alle meine Collegen, ſelbſt viel jüngere, waren beſoldet. Unter dem Miniſterium Wietersheim wäre ein Geſuch um Gehalt von meiner Seite vorausſichtlich gänzlich erfolglos geweſen; als aber 1848 meine politiſchen Freunde an's Ruder kamen, widerſtand es meiner

Natur, von ihnen etwas für mich zu erbitten; der Gedanke wäre mir schrecklich gewesen, auch nur den Schein auf mich zu laden, als wollte ich diese günstige Lage zu meinem Privatvortheil ausbeuten.

Nun trat aber im Jahre 1852 etwas ein, was mir den Bezug eines Gehaltes, wenn auch nur eines noch so kleinen, auf's Höchste wünschenswerth machte. Herr von der Pfordten hatte als Rector der Universität eine sehr wohlthätige Einrichtung angebahnt, die er dann als Cultusminister ihrer Verwirklichung entgegenführte: eine Pensionsanstalt für die Hinterlassenen von Professoren. Diese Anstalt trat jetzt in's Leben; allein sie war beschränkt auf diejenigen Professoren, die ein Gehalt bezogen. Somit sah ich, und ich ganz allein, meine Familie von den Wohlthaten derselben ausgeschlossen. Wollte ich ihr diese Wohlthaten sichern, so mußte ich um ein Gehalt nachsuchen. Allerdings fiel mir dies gerade jetzt besonders schwer, denn der Cultusminister, an den ich mich bittend wenden mußte, war derselbe Herr von Beust, den ich als Minister des Auswärtigen in der Kammer so heftig bekämpft hatte. Auch verhehlte ich mir nicht, daß ein solcher Schritt von meiner Seite möglicherweise Mißdeutungen unterliegen könnte. Um in letzterer Beziehung sicher zu gehen, theilte ich mein Vorhaben zwei Männern mit, deren streng ehrenhafter und erprobter Charakter mir Bürgschaft dafür war, daß sie mir nicht dazu rathen würden, wenn sie irgend ein Bedenken dabei fänden. Es waren das der, damals in meiner Nähe, auf dem Lande bei Leipzig, zurückgezogen lebende ehemalige kurhessische Kriegsminister Oberst Bödiker und mein Landtagscollege Professor Raschig, von denen

Jener politiſch ganz auf meinem Standpunkte, Dieſer etwas weiter links ſtand. Beide billigten meinen Entſchluß vollkommen und erklärten ihn im Hinblick auf mein ganzes politiſches Vorleben für durchaus unbedenklich.

So reichte ich denn ein Geſuch beim Miniſterium ein, richtete zugleich an Herrn von Beuſt ein Privatſchreiben, worin ich das ſichere Vertrauen ausſprach, daß er ſo gerecht ſein werde, zwiſchen dem Abgeordneten und dem Profeſſor zu ſcheiden, den Letzteren nicht entgelten zu laſſen, wozu der Erſtere durch ſeine gewiſſenhafte Ueberzeugung genöthigt geweſen ſei.

Faſt umgehend erhielt ich die Gewährung meines Geſuchs, und zwar reichlicher, als ich ſelbſt erwartet hatte. Wie es in derartigen Fällen Brauch war, nahm ich Gelegenheit, Herrn von Beuſt perſönlich meinen Dank abzuſtatten. Er empfing mich in der liebenswürdigſten Weiſe, wies ſogar die Bezeigung meines Dankes mit der Erklärung zurück: „es ſei ihm eine Freude geweſen, mich feſter an die Univerſität zu ketten.“ Im weiteren Geſpräche that er allerdings die Aeußerung: „es ſei ihm nicht ganz leicht geworden, meinem Geſuche zu entſprechen, weil ich Conflicte mit dem Miniſterium gehabt hätte; er hoffe, ich würde ihn nicht in Verlegenheit ſetzen.“ Da ich dies nur auf die Conflicte mit dem Miniſterium Wietersheim wegen meiner akademiſchen Thätigkeit beziehen konnte, ſo erwiderte ich ohne Bedenken: „ich beſorgte ähnliche Conflicte jetzt um ſo weniger, als ich mich auf ein mehr neutrales Gebiet, die Geſchichte, zurückgezogen hätte“, worauf Herr von Beuſt auf eine neuere Verordnung wegen des obligatoriſchen Beſuchs gewiſſer Geſchichtscollegien und auf andere akademiſche

Angelegenheiten überging. Von Politik war in dem ganzen Geſpräche mit keinem Worte die Rede.

Ich war in der That nicht ohne Beſorgniß geweſen, Herr von Beuſt möchte, wenn auch nur ganz von fern, meiner politiſchen Stellung zur Regierung in Verbindung mit dem mir gewährten Gehalte Erwähnung thun, und ich hatte für dieſen Fall die miniſterielle Verordnung wegen des Gehaltes zu mir geſteckt, feſt entſchloſſen, bei der leiſeſten Andeutung ſolcher Art dieſelbe dem Miniſter zurückzugeben und auf das mir zugedachte Gehalt zu verzichten.

Wie mußte ich daher erſtaunt ſein, mich jetzt als einen Menſchen behandelt zu ſehen, der ſich erſt dem Miniſterium verkauft, dann aber auch noch den Käufer um ſeine Waare betrügt! Ich laſſe dahingeſtellt, ob es für ein Miniſterium beſonders ehrenvoll ſei, ſich zu einem ſolchen Kaufgeſchäfte offen zu bekennen. Was mich betrifft, ſo war, Gott ſei Dank, mein Ruf als politiſcher Charakter bereits feſt genug begründet, um den Verdacht der Käuflichkeit in den Augen aller Derer, die in derartigen Dingen anſtändig dachten und daher auch Anderen immer nur das Gleiche zutrauten, von vornherein auszuſchließen. Auch iſt mir in der Oeffentlichkeit nirgends ſelbſt nur die geringſte Spur eines ſolchen Verdachts gegen mich begegnet.

Daß Herr von Beuſt nach jenem Geſpräche mit mir und nach dem ganzen Tone meines vorausgegangenen Schreibens an ihn zu einer ſo unwürdigen Verunglimpfung meines Charakters den Anlaß gegeben haben ſollte (Cultusminiſter war er damals ſchon nicht mehr), konnte ich kaum für möglich halten. Ich hatte in ihm — trotz unſerer politiſchen Gegnerſchaft — ſtets den Mann von

ehrenhaftem Charakter geachtet, und durfte erwarten, daß auch er mir gegenüber allezeit nur das Gleiche thun würde. Ich ſchrieb deshalb an ihn, erinnerte ihn an unſer Geſpräch und drückte die zuverſichtliche Hoffnung aus: er ſelbſt werde jene abgeſchmackte Deutung des zwiſchen uns Vorgefallenen Lügen ſtrafen.

Allein mein Brief blieb ohne Antwort! Dieſes Schweigen des Herrn von Beuſt, ſowie gewiſſe Aeußerungen, die derſelbe ſpäter einmal gegen meinen Schwager Koch gethan hat, nöthigen mir zu meinem aufrichtigen Bedauern den Glauben auf, daß ich doch eine zu günſtige Meinung von ihm gehegt habe.

Nur widerſtrebend habe ich dieſe leidige Geſchichte aus der Vergeſſenheit wieder hervorgezogen; allein ſie gehört zu einer gewiſſenhaften Schilderung meines Lebens. Ich kann ſie mit ruhigem Gewiſſen erzählen, denn es iſt darin nichts, deſſen ich für meine Perſon mich zu ſchämen hätte.

Ueber meinen Preßproceß und meine Enthebung von der Profeſſur habe ich gleich damals mich öffentlich ausgeſprochen in einem Aufſatz in „Otto Wigands Jahrbüchern für Wiſſenſchaft und Kunſt“, 2. Band (1855), unter dem Titel „Ein Wort in eigener Sache“.

Sechstes Capitel.

Was nun? — Meine Berufung nach Weimar.

Da was nun? Was ſollte ich anfangen? Wohin ſollte ich mich wenden?

Das Cultusminiſterium hatte, „weil es mein Talent keineswegs verkenne und nur bedauere, daß ich daſſelbe nicht in angemeſſener Weiſe verwenden zu wollen ſcheine,“ mir eine meinem bisherigen Gehalt entſprechende Summe noch auf die zwei nächſten Jahre ausgeſetzt, „damit ich mir inmittelſt einen geeigneten Wirkungskreis ſuchen könne“. Herr von Falkenſtein (der inzwiſchen an des Herrn von Beuſt Stelle Cultusminiſter geworden war) machte mir auch das Anerbieten, mich bei einer der öffentlichen Bibliotheken anzuſtellen, worauf ich ihm freilich erwidern mußte: „es möchte damit leicht wieder ebenſo gehen, wie mit dem mir gewährten Gehalt, das heißt: man möchte von mir eine Gegenleiſtung erwarten, zu der ich mich nicht verſtehen könnte.“

Eben damals war der Literar- und Kunſthiſtoriker Hettner, bis dahin außerordentlicher Profeſſor in Jena, einem Rufe nach Dresden gefolgt. Herr von Beuſt hatte

davon Gelegenheit genommen, ſich ſowohl an den Herzog von Coburg als an den großherzoglich ſächſiſchen Staatsminiſter von Watzdorf zu wenden und ihnen den Wunſch zu äußern, ſie möchten doch (gewiſſermaßen im Umtauſch gegen Hettner) mich in Jena anſtellen. Dieſe Thatſache erfuhr ich ſpäter ſowohl durch meinen Schwager Koch, dem Herr von Beuſt ſelbſt ſie mitgetheilt, als durch Herrn von Watzdorf, als ich bald darauf zu dieſem in nähere Beziehungen anderer Art trat.

War es ein Zug von Gutmüthigkeit, der Herrn von Beuſt zu dieſem Schritte bewogen hatte? Oder war es ein geheimes Gefühl davon, daß mir in Sachſen Unrecht geſchehen ſei? Ich weiß es nicht. Die, immerhin anzuerkennende, gute Abſicht des Herrn von Beuſt ſcheiterte daran, daß Hettner in Jena kein Gehalt gehabt hatte, mir alſo mit einer Berufung an ſeine Stelle wenig geholfen geweſen wäre.

An einer anderen deutſchen Univerſität, als etwa Jena, wieder angeſtellt zu werden, durfte ich — unter den damaligen politiſchen Verhältniſſen — ſchwerlich hoffen. So richtete ich denn mein Abſehen auf Zürich. Freilich mußte ich fürchten, daß mir dort gewiſſe angeblich daſelbſt wirkſame Einflüſſe der in die Schweiz geflüchteten ſächſiſchen Demokraten im Wege ſtehen möchten.

Es war eine recht ſchwere, ſorgenvolle Zeit für mich, und noch heute begreife ich kaum, wie es mir dennoch gelang, den Kopf oben zu behalten und den Muth nicht zu verlieren. Großes Verdienſt dabei hatte meine gute Frau, die nie verzagte, auch nie (was für mich eine Hauptſache war) das feſte Zutrauen verlor, daß das, wofür ich jetzt

büßen mußte, mein beharrliches Ankämpfen gegen die undeutſche und reactionäre Politik des Miniſteriums Zſchinsky-Beuſt, nicht leichtſinnig von mir unternommen, vielmehr nur durch eine gewiſſenhafte und wohlerwogene Ueberzeugung mir aufgenöthigt worden ſei.

Meine Geſundheit war durch die Vorgänge dieſes Jahres und durch anſtrengende Arbeiten daneben ziemlich angegriffen, eine Erholung dringendes Bedürfniß für mich. Allein Preßproceß und Gefangenſchaft hatten meine Mittel erſchöpft. Von meinen Parteigenoſſen (unter denen es ſo manche recht wohlhabende gab) dachte ein einziger daran, durch eine augenblickliche Hilfeleiſtung mir meine ſchwierige Lage in etwas zu erleichtern — einer, der weder beſonders vermögend war, noch mir beſonders nahe ſtand. Es war das Moritz Haupt. Lebte er noch, ſo würde ich — bei dem ächt vornehmen Weſen, das ihn auszeichnete — kaum wagen dürfen, ſeine edle That zu erwähnen; leider iſt er ſchon längſt dahingegangen; ſeine Manen werden mir die Indiscretion vergeben, zu der mein dankerfülltes Herz mich drängt.

Ich hatte Haupt erſt 1849 kennen gelernt. Vorher waren wir Jahre lang in Leipzig ohne nähere Berührung neben einander hergegangen, er der Aeltere, bereits als Gelehrter einen namhaften Ruf Genießende, ich der Jüngere, gerade ſeinen Kreiſen ferner Stehende. Nur dem Namen und der Perſönlichkeit nach wußten wir Einer vom Andern. Wie wir ſpäter, als wir einander näher getreten waren, gegenſeitig uns geſtanden, hatte er mich, wie ich ihn, dem äußeren Auftreten nach für „unausſtehlich hochmüthig“ gehalten, beiderſeits mit Unrecht. Unſere erſte Bekannt-

ſchaft wurde durch die Berliner Reiſe der Kaiſerdeputation, der ich angehörte, vermittelt. Zu unſerer Begrüßung auf der Vorbeireiſe hatte der „Deutſche Verein“ zu Leipzig ſeinen Vorſitzenden Dr. Göſchen und Moritz Haupt nach Magdeburg entſendet. Natürlich wandten ſich dieſe beiden zunächſt an mich; am Abend, wo die Mitglieder der Kaiſerdeputation (die in Magdeburg übernachtete) ſich mit Gleichgeſinnten aus der Stadt zuſammenfanden, ſaßen wir Drei beiſammen. Es wurden Reden gehalten, und auch ich, obſchon nicht redſelig und auf dieſer Reiſe am wenigſten dazu aufgelegt, fand mich doch veranlaßt, ein paar auf die allgemeine Lage bezügliche Worte zu ſprechen. Als ich geendet, umarmte mich Haupt (der in ſolchen Momenten leicht ſich lebhaft erwärmte), und, nachdem wir das oben erwähnte offenherzige Geſtändniß ausgetauſcht, war die Schranke zwiſchen uns gefallen, waren wir einander nähergekommen. Ich habe dann, nachdem ich vom Landtage zurück war, mit einem Kreiſe bedeutender Menſchen, zu denen Haupt gehörte, geſellig verkehrt; doch beſchränkte ſich unſer gegenſeitiges Verhältniß eigentlich immer nur auf unſere politiſche Wahlverwandtſchaft; ein intimeres war es ſchon inſofern nicht, als unſere Berufsintereſſen und Beſchäftigungen auseinander gingen, er der ſtrenge Gelehrte, ich mehr dem äußeren, praktiſchen und öffentlichen Leben zugewandt. Ihn (nebſt Mommſen und Jahn) traf ſchon vor mir ein dem meinigen ähnliches Schickſal: er ging ſeiner akademiſchen Thätigkeit in Leipzig wegen angeblicher entfernter Theilnahme an der Maibewegung verluſtig; doch erhielt er bald darauf einen Ruf nach Berlin als Profeſſor der Philologie.

Von dort ſandte er mir jetzt eine nicht unbeträchtliche Summe — als ein Darlehn, das ich je nach meinen Verhältniſſen zurückzahlen möge — und ſtellte eine größere in Ausſicht, wenn ich deren bedürfe. Ich habe damals mit tiefgerührtem Herzen dieſen Beweis werkthätiger Freundſchaft entgegengenommen, habe nach ein paar Jahren das Geld zurückerſtattet, das dankbare Andenken aber an dieſen ächten Liebesdienſt in mir unauslöſchlich bewahrt.

So konnte ich die mir nöthige Erholungsreiſe (durch einen Theil von Deutſchland) machen. Ich beſuchte auf derſelben eine Menge alter Frankfurter Freunde, verweilte bei einigen (Buhl, Böcking,) längere Zeit und kehrte körperlich und geiſtig gekräftigt in die Heimath zurück.

Nach Zürich hatte ich mich ſchon bald gewendet, war aber ohne Antwort geblieben. Da, im Frühjahr 1855, erhielt ich ganz unerwarteter Weiſe aus Weimar, von dem dortigen Verlagsbuchhändler und Hofbuchdrucker Hermann Böhlau einen Brief, worin er mich aufforderte, die Redaction der in ſeinem Verlage erſcheinenden „Weimariſchen Zeitung“ zu übernehmen. Dieſelbe ſollte, wie er mir ſchrieb, zu einem Preßorgan „von mehr als localer Bedeutung“ erhoben werden.

Da der Gedanke der Wiedergewinnung eines akademiſchen Berufes bei mir im Vordergrunde ſtand, ſo ließ mich im erſten Augenblick dieſes freundliche Anerbieten ziemlich kalt. Erſt auf Zureden meiner Frau trat ich demſelben näher. Ich dankte Herrn Böhlau für ſeine liebenswürdige Abſicht, verhehlte ihm aber auch die Bedenken nicht, die ſich mir bei Vergegenwärtigung der Stellung, in die ich eintreten ſollte, aufdrängten. Und in der That waren dieſe Bedenken

nicht gering. Die „Weimariſche Zeitung“ war Eigenthum der großherzoglich ſächſiſchen Regierung, alſo eine, wenn nicht ſtreng officielle, ſo doch officiöſe Zeitung, der Redacteur derſelben jedenfalls von der Regierung abhängig, an deren Inſtructionen gebunden. Konnte ich ein ſolches Amt übernehmen, ohne für meine politiſche Selbſtändigkeit fürchten zu müſſen? Allerdings war die weimariſche Regierung als aufrichtig liberal und national bekannt. Herr von Wydenbrugk (zu dem ich niemals in ein derartiges Verhältniß getreten ſein würde) war nicht mehr Miniſter. Herrn von Watzdorf hatte ich kennen gelernt — erſt bei Gelegenheit der Kaiſerdeputation in Berlin, wo er der einzige fürſtliche Bevollmächtigte war, der, wie wir mit Freuden vernahmen, unſere Sendung bei dem, mit dem ſeinigen verwandten, Königshofe unterſtützte, der ſich auch perſönlich zu uns hielt und vertraulich mit uns verkehrte (ſichtlichermaßen zum großen Mißbehagen des Königs), dann wieder in Erfurt, wo er Vicepräſident des Staatenhauſes war. Schon bei dieſen flüchtigen Begegnungen hatte ich eine äußerſt günſtige Meinung von ihm gewonnen. Allein war es nicht denkbar, daß dieſe ſo liberale und nationale Regierung dem allgemeinen Andrange der Reaction, dem faſt alle deutſche Staaten unterlagen, zuletzt ebenfalls nachgeben müßte? Und wenn nun Herr von Watzdorf geſtürzt würde oder freiwillig zurückträte, wie dann? Würde ich dann nicht genöthigt ſein, um meiner Ueberzeugung willen abermals zum Wanderſtabe zu greifen?

In dieſer Bedrängniß ſchrieb ich zunächſt an den alten Frankfurter Collegen und Freund Droyſen, der inzwiſchen von Kiel nach Jena übergeſiedelt war, alſo auch den

weimariſchen Verhältniſſen näher ſtand, und bat ihn um Rath. Ich erhielt von ihm umgehend am 11. März 1855 folgenden Brief:

Die Sache ſteht nach meinem Dafürhalten ſo, daß, wenn Ihnen unſere Univerſität keine Stellung bieten kann, jede andere deutſche Univerſität aus bekannten Gründen ſich hüten wird, es zu thun, denn ſie ünd alle — mit Ausnahme von Jena und vielleicht Göttingen — nicht eben ſehr muthvoll. Fällt Ihnen alſo dieſe Ausſicht, ſo viel ich ermeſſe, ganz hinweg, ſo müſſen Sie nach Ihren ökonomiſchen Verhältniſſen entſcheiden, wie genehm Ihnen das weimariſche Anerbieten ſein darf. Seine Schattenſeiten haben Sie hervorgehoben. Allerdings iſt die Zeitung eine halboffizielle und damit Ihre Stellung in Etwas genirt. Nicht minder richtig iſt, daß, wenn einmal Watzdorf abgeht, nicht berechnet werden kann, wer ſtatt ſeiner eintritt. Aber einmal: er ſitzt ſehr feſt im Sattel; ſodann: Sie werden nicht von dem Miniſterium, ſondern von dem Blatt und deſſen Verleger beſtellt. Und endlich: es iſt die Abſicht, noch mehr als bisher das Officielle des Blattes von dem ſonſtigen Beſtande deſſelben zu trennen. Vor Allem aber: dieſe kleinen Staaten ſind ihrer Natur nach liberal und unſere Richtung ſteht ihnen völlig nahe. Ich würde, wenn Sie irgend ſonſt eine Ausſicht hätten, in Ihre bisherige Thätigkeit wieder eintreten zu können (natürlich die Schweiz nehme ich aus), Ihnen verdenken, wenn Sie ganz in dieſe Zeitungsarbeit übergingen. Aber wenn Sie ſich trotz aller Bedenken dazu entſchlöſſen — und gerade dieſes Blatt iſt für Sie eine Art von réparation d'honneur — ſo würde ich der Preſſe Glück wünſchen, Sie ganz gewonnen zu haben. Alle perſönlichen Beziehungen in Weimar ſind erfreulich und angemeſſen. Ich meine, Sie thun am beſten, perſönlich weiter zu verhandeln und ſich dann zu entſchließen.

Aehnlich rieth Wurm in Hamburg, an den ich mich auch gewendet hatte.

Gerade in dieſen Tagen (unterm 17. März 1855) erhielt ich vom Miniſter von Watzdorf eine Zuſchrift,

aus welcher ich ersehe, daß ich mich im Januar 1855 (wahrscheinlich wegen des Ausbleibens einer Nachricht aus Zürich) an ihn mit der Frage gewendet hatte, ob vielleicht doch in Jena Hoffnung auf eine Stelle für mich sei. Die Zuschrift lautete:

Euer Wohlgeboren bitte ich recht angelegentlich um Verzeihung, daß ich Ihr gefälliges Schreiben vom 17/20. Januar erst heute beantworte. Abgesehen von einem längeren Unwohlsein, hat mich daran früher auch der Umstand verhindert, daß ich über den Gegenstand Ihres Wunsches nicht meine Ansicht allein, sondern zugleich das Urtheil unseres Curators in Jena entscheiden lassen wollte, und das Gutachten des letzteren sich zufällig verzögert hatte. Ich kann nunmehr nur bedauern, daß wir Ihnen in Jena kein Feld einer Thätigkeit eröffnen können, wie es Ihren Wünschen entsprechen würde. Die verschiedenen von Ihnen vertretenen Fächer sind in Jena bereits zur Zeit mehrfach vertreten, so daß nicht allein das Bedürfniß der Studirenden befriedigt, sondern auch, was ich besonders hervorheben muß, keinerlei Mittel für Besoldung eines Gelehrten von Ihrem Rufe vorhanden sind. Ich beklage dies recht aufrichtig, nicht allein, weil es mir Freude gemacht hätte, einer Ihnen wohl bekannt gewordenen Empfehlung entsprechen zu können, sondern auch, weil ich mich sehr gefreut hätte, unserer thüringischen Universität Ihre Wirksamkeit zuführen zu können.

Ein anderes, höchst sonderbares Zusammentreffen war folgendes. Avenarius, einer der Verleger der „Germania", schrieb mir von Berlin aus am 19. März 1855:

Ein Pariser deutscher Buchhändler, Fr. Kleinsieck (rue de Lille, no. 11), schreibt mir unterm 8. d. Mts. Folgendes: „Man wünscht, daß ich für ein sobald als möglich hier zu gründendes deutsches Journal einen tüchtigen Hauptredacteur anschaffe. Ich denke zunächst an Herrn von Rochau. Der Mann scheint mir für den Posten völlig geeignet und ist auch wohl geneigt, einen solchen Platz anzunehmen, der ihm ein Jahrgeld von 12000 Franken

ſichern dürfte. Seine jetzige Adreſſe iſt mir unbekannt; ich irre mich aber wohl nicht, wenn ich annehme, daß dieſe Mittheilung durch Ihre Güte am ſchnellſten und beſten in ſeine Hände gelangen wird. Bemerken muß ich noch, daß die Geldfrage geſichert iſt, daß die franzöſiſche Regierung das Journal gern ſehen und den Redacteuren für ihre politiſchen Meinungen allen Spielraum geſtatten will, ſoweit dieſelben nicht gegen das Beſtehende anlaufen. Eine Unterſtützung ihrerſeits ſteht in Ausſicht, da ſie von der Ueberzeugung ausgeht, daß die Verbreitung der Wahrheit die Intereſſen der Deutſchen eben ſo ſehr wie die der Franzoſen befördern muß. Iſt Herr von Rochau unzugänglich, ſo kennen Sie wohl einen andern Mann, der aber alle Eigenſchaften haben muß, um ſich an die Spitze des Unternehmens zu ſtellen; für die Dii minorum gentium iſt ausreichend geſorgt." Rochau hat nun, was ich im Voraus wußte, abgelehnt; bei Ihnen wird es vielleicht eben ſo ſein. Dennoch halte ich es für Pflicht, Ihnen dieſe Mittheilung zu machen und Ihnen anheim zu geben, ob Sie darauf eingehen können oder wollen.

Ich habe das Schreiben mit der Anfrage des Pariſer Verlegers vollſtändig wiedergegeben, weil letztere ein eigenthümliches Schlaglicht auf gewiſſe Intentionen des damaligen Hauptes der franzöſiſchen Regierung, des Kaiſers Napoleon III., wirft. Aber klingt es nicht wie eine Ironie des Schickſals, daß für ein Journal, welches „die franzöſiſche Regierung gern ſehen, vielleicht unterſtützen würde", in erſter Linie Herr von Rochau, der Verfaſſer jenes Artikels gegen Napoleon in meinen „Annalen", in zweiter Linie ich, der um jenes Artikels Willen Haft und Abſetzung erlitten hatte, in's Auge gefaßt werden ſollte?

Gegenüber dieſer Offerte ward mir allerdings die Entſchließung nicht ſchwer.

Ich war inzwiſchen, wie Droyſen und Wurm mir riethen und wie Böhlau ſelbſt wünſchte, nach Weimar

gereist, um mich persönlich über die Sachlage zu orientiren und mit Herrn von Watzdorf zu sprechen. Derselbe empfing mich in der liebenswürdigsten Weise, wie einen Gesinnungsverwandten, und ich fand mich in der Ueberzeugung bestärkt, daß mein Verhältniß zu ihm ein durchaus befriedigendes, zu Conflicten schwerlich jemals Anlaß gebendes sein würde. Auch die Herzlichkeit, womit alte und neue Bekannte in Weimar (zu jenen gehörte ein ehemaliger Studiengenosse von mir, der Rector des dortigen Gymnasiums, Hofrath Sauppe, zu diesen der Staatsanwalt Genast) mir den Wunsch, mich als einen der Ihrigen begrüßen zu dürfen, kundgaben, stimmte mich immer geneigter für die Annahme der mir gebotenen Stellung. Ich besprach mit Böhlau eine Art von Programm, worin ich die Grundsätze präcisirte, nach denen ich als Redacteur der Weimarischen Zeitung dieses Blatt zu leiten gedächte, und welches Böhlau Herrn von Watzdorf überreichen sollte.

Darauf erging dann am 2. April von Seiten des Ministeriums an mich die vorläufige Anfrage, ob ich geneigt sei, die Stelle anzunehmen; am 5. April theilte Herr von Watzdorf mir mit, daß auch höchsten Orts die Wahl meiner Person auf kein Bedenken stoße.

Mein Verhältniß zur Regierung war in dem von mir entworfenen, vom Minister von Watzdorf genehmigten Programm folgendermaßen formulirt:

Die Weimarische Zeitung, obschon kein eigentliches Regierungsblatt, vielmehr, wie ausdrücklich und öffentlich erklärt werden soll, in ihrem nichtamtlichen Theile lediglich die Ansichten ihres Redacteurs aussprechend und unter dessen Verantwortlichkeit auftretend, steht dennoch, als Eigenthum der Regierung, zu dieser in Beziehungen,

welche ihr gewiſſe Rückſichten ſelbſtverſtändlich auferlegen. Dieſe Rückſichten werden ſich in zweierlei Richtung äußern müſſen:

A. Die Weimariſche Zeitung wird weder in inneren Landesangelegenheiten, noch in Fragen der auswärtigen Politik eine grundſätzliche Oppoſition gegen die von der Regierung eingeſchlagene Richtung machen dürfen. Dies ſchließt nicht aus, daß in untergeordneten Fragen oder in Fragen von rein praktiſcher, techniſcher Natur die Zeitung bisweilen auch eine andere, als die von der Regierung vertretene Anſicht in ihren Spalten ſich äußern laſſen könne. Dagegen kann in keinem Falle von der Redaction verlangt werden, daß ſie eine mit ihren oben (in dem Programme) dargelegten Grundſätzen in Widerſpruch ſtehende Anſicht oder Maßnahme unter ihrem Namen und unter ihrer Verantwortlichkeit vertrete und vertheidige, oder vertreten und vertheidigen laſſe.

Sollte eine derartige grundſätzliche Meinungsverſchiedenheit zwiſchen der Regierung und der Redaction der Weimariſchen Zeitung über eine beſtimmte Frage eintreten, und die Regierung gleichwohl eine Beſprechung dieſer Frage von ihrem Standpunkte aus in der Zeitung wünſchen, ſo würde dies in der Form beſonderer, direct von der Regierung ausgehender und mit einem beſtimmten, ihren officiellen Charakter andeutenden Zeichen verſehener Artikel geſchehen. Die Redaction iſt gehalten, ſolche von der Regierung direct ihr zugefertigte und als officiell bezeichnete Artikel (für welche ſie dann natürlich auch nicht die Verantwortlichkeit trägt) unweigerlich und vor allen anderen aufzunehmen, auch wenn dieſelben nicht ihre Anſichten ausſprechen.

B. Die Redaction wird bei der Beſprechung der Verhältniſſe anderer Staaten ſowie bei der Mittheilung von Thatſachen in Bezug auf ſolche ſorgfältig Alles zu vermeiden haben, was den Regierungen der betreffenden Staaten einen gerechten Grund zu Reclamationen bei der diesſeitigen Regierung geben könnte.

Auf ein ſolches Programm hin glaubte ich es getroſt wagen zu dürfen, eine halbofficielle Zeitung unter einem Miniſterium v. Watzdorf zu redigiren. Und ich habe

es nie bereut, ja ich kann ſagen, daß, als ich die Zuſtände in Weimar und die maßgebenden Perſönlichkeiten bis hinauf zur höchſten Spitze näher kennen lernte, ich über die Aengſtlichkeit lächeln mußte, womit ich mich vor Conflicten hatte ſicherſtellen wollen. Während der acht Jahre meiner Redaction der Weimariſchen Zeitung iſt von ſolchen Conflicten niemals auch nur die leiſeſte Spur zu bemerken geweſen! Gewiß war es nichts Geringes — in jener Zeit der wildeſten Reaction, wo faſt kein deutſches Land ohne ſeinen Staatsſtreich blieb, — daß ich beim Antritt meiner Redaction als die leitenden Grundſätze der halbofficiellen Zeitung folgende ankündigen und daß ich dieſe Grundſätze auch praktiſch unbehindert und unbeirrt geltend machen konnte:

1. für die politiſchen Verhältniſſe des inneren Staatslebens: das monarchiſch-conſtitutionelle Princip in aufrichtiger und conſequenter Durchführung, namentlich im Sinne möglichſter Selbſtregierung der einzelnen Kreiſe der Staatsgeſellſchaft und der Heranbildung des Volkes zur Selbſtthätigkeit, unter Beſchränkung des Eingreifens von oben auf das wirklich Nothwendige;

2. für das Gebiet der volkswirthſchaftlichen Intereſſen: Erhaltung, Erweiterung und Entwickelung des Zollvereins im Sinne einer immer größeren Annäherung an das Syſtem der Handelsfreiheit, allmälige Anbahnung des gleichen Syſtems möglichſt freier Bewegung im inneren Gewerbeweſen;

3. für das religiöſe und kirchliche Leben: Fernhalten jeder Art von Extremen, jeder Ausſchließlichkeit und Unduldſamkeit, jeder Einmiſchung fremdartiger, namentlich politiſcher Elemente in die Behandlung religiöſer Verhältniſſe, Beförderung der Entwickelung des religiöſen und kirchlichen Bewußtſeins des Volks aus und durch ſich ſelbſt.

Als Hauptaufgaben der Zeitung bezeichnete ich dann: das Intereſſe des Volkes an ſeinen öffentlichen (Staats- und

Gemeinde-) Angelegenheiten zu wecken, eine richtige Einsicht von denselben zu verbreiten, den Sinn wahrer, auf strenge Gesetzlichkeit begründeter, staatsbürgerlicher Freiheit, ein thätiges Gemeingefühl, eine lebendige Vaterlandsliebe zu nähren: insbesondere auf dem Gebiete der volkswirthschaftlichen und gesellschaftlichen (socialen) Interessen die Begriffe des Volks von den Gesetzen und Bedingungen des Verkehrs, der Arbeitstheilung und der daraus hervorgehenden Verhältnisse zu läutern, Vorurtheilen oder absichtlich verbreiteten Irrlehren in dieser Beziehung entgegenzutreten; den Geist der Selbstthätigkeit und der freien Vereinigung (den Associationsgeist) in seiner Richtung auf die Förderung volkswirthschaftlicher und gemeinnütziger Zwecke zu pflegen; die Maßregeln der Gesetzgebung und Verwaltung, die bestehenden öffentlichen Einrichtungen (z. B. das öffentliche Gerichtsverfahren, die Presbyterialverfassung im Kirchenwesen u. s. w.), sowie die allgemeinen Grundsätze der Staats-, Bezirks- und Gemeindeverfassung dem Verständniß des Volkes näher zu bringen und dadurch eine lebendigere Antheilnahme des letzteren an diesen Einrichtungen und Bestrebungen zu vermitteln."

Siebentes Capitel.

Schriftstellerische Thätigkeit von 1850—1855.

In die Zeit zwischen dem Landtag 1849—50 und meiner Uebersiedelung nach Weimar (1855) fallen — außer meiner Thätigkeit für die „Germania“ und die „Deutschen Annalen“, sowie einem längeren Artikel über Sachsen in Brockhaus' „Gegenwart“ (1850 und 1851) — drei größere schriftstellerische Arbeiten, die „Erziehung zur Arbeit“*), der erste Band meines „Deutschland im 18. Jahrhundert“**), und das „Frauenbrevier“***).

Das erstgenannte Buch vertrat, seinem Grundgedanken nach, den von mir seit lange eingenommenen Standpunkt möglichster Verbindung und Ausgleichung zwischen Wissenschaft und Leben, Theorie und Praxis. Ich hatte während meines fast fünfjährigen Aufenthalts auf dem Lande, fern von beinahe jeder Geselligkeit, meine freien Stunden, besonders die Abende, zu meiner Erholung vielfach mit allerhand kleinen praktischen Beschäftigungen (zumeist

*) Erschienen 1852 bei Avenarius und Mendelssohn in Leipzig.
**) Erschienen von 1854—1880 bei J. J. Weber in Leipzig.
***) Erschienen 1856 ebenda.

Fertigung von Spielſachen für meine Kinder) ausgefüllt und hatte dabei den großen Reiz empfunden, den ſolche praktiſche Beſchäftigungen, als eine Unterbrechung der rein geiſtigen Thätigkeit, gewähren. Ich hatte auch meinen älteſten Knaben, den ich, weil er ſchwächlich war und daher noch nicht wohl zur Stadt in eine Schule gehen konnte, eine Zeit lang ſelbſt unterrichtete, zu ähnlichen praktiſchen Arbeiten (ſo weit ſie ſeinem Alter angemeſſen waren) angewieſen und hatte auch dabei die Erfahrung gemacht, wie ſehr eine derartige praktiſche Thätigkeit der menſchlichen und namentlich der Kindesnatur zuſagt. Dies veranlaßte mich, der Sache weiter nachzudenken, die einſchlagende Literatur zu ſtudiren (eben damals ertönten allerhand Klagen über unſere Lernſchule aus den Kreiſen praktiſcher Schulmänner ſelbſt), und ſo entſtand das Buch, das mir bei der Abfaſſung große Freude machte, weil ich das Gefühl hatte, damit einem wirklichen Bedürfniß zu dienen und etwas für das nachwachſende Geſchlecht Nützliches zu thun. Um nicht durch meinen Namen irgendwie den, allerdings völlig grundloſen, Verdacht zu erregen, als ſei es bei der von mir vorgeſchlagenen pädagogiſchen Reform auf einen politiſchen Nebenzweck abgeſehen, gab ich das Buch unter dem angenommenen Namen Karl Friedrich heraus.

Das Buch erregte ein gewiſſes Aufſehen in der Lehrerwelt: in der pädagogiſchen Preſſe, in Lehrerverſammlungen ward dafür und dawider geſchrieben und geſprochen. Ich kam durch daſſelbe in Beziehungen zu verſchiedenen Perſönlichkeiten, die entweder ähnliche Ideen ſchon vertreten und zum Theil praktiſch verwirklicht hatten, oder durch mein Buch zu ſolchen angeregt worden waren, ſo zu dem würdigen

Barup, dem Nachfolger Fröbels in Keilhau, und der Wittwe Fröbels ſelbſt, zu Dr. Georgens und ſeiner ſpäteren Gattin, Fräulein Gayette, zu Frau von Marenholz, dieſer eifrigen und werkthätigen Freundin der Fröbel'ſchen Kindergärten, u. A. m. Einen unmittelbaren Erfolg hatte die Sache damals nicht: eine Zeit der allgemeinen Reaction von der einen, der Erſchlaffung von der andern Seite, wie es die Jahre 1850 ff. waren, iſt Reformen (auch wenn ſie durchaus unpolitiſcher Natur ſind) wenig günſtig. Nahezu ein volles Menſchenalter mußte vergehen, ehe der 1852 von mir ausgeſtreute Samen, von anderer Seite her befruchtet, Wurzeln ſchlug und Keime trieb; aber ich hatte doch noch die Freude, im höheren Alter das in praktiſche Wirkſamkeit treten zu ſehen, was ich 30 Jahre vorher nur wie einen Zukunftsgedanken hinausgeworfen hatte. Ich werde in einem ſpäteren Stadium meines Lebens darauf zurückkommen.

Die Idee einer Culturgeſchichte unſeres Volkes hatte mich ſchon lange beſchäftigt, eigentlich ſchon ſeit dem Anfang der vierziger Jahre. Doch war ich nicht dazu gekommen, der Ausführung dieſer Idee näher zu treten. Als ich nach der Rückkehr vom Landtage meine Vorleſungen wieder aufnahm, wandte ich dieſe theilweiſe auf die deutſche Culturgeſchichte, zunächſt des vorigen Jahrhunderts. Ich fand Intereſſe dafür bei meinen Zuhörern. Sodann hielt ich im Winter von 1852—53 Vorträge ebendarüber vor einem größeren Publikum. Dadurch bekam mein Vorhaben beſtimmtere Geſtalt. Als ich dann 1853 von meinem akademiſchen Amte ſuspendirt war, benutzte ich dieſe unfreiwillige Muße zur weiteren Durch- und Aus-

arbeitung jener Vorträge. Urſprünglich dachte ich mit Einem Bande auszukommen; allein der Stoff wuchs und wuchs mir dergeſtalt unter den Händen, daß ſchließlich vier Bände daraus geworden ſind.

Als ich zuerſt an die Arbeit ging, war auf dieſem Gebiete noch äußerſt wenig vorgearbeitet. Der allergrößte Theil jener culturgeſchichtlichen Monographien, die wir jetzt beſitzen, iſt erſt ſeitdem (vielleicht mit in Folge des von mir gegebenen Anſtoßes) entſtanden. Ich mußte daher den Stoff aus dem Allergröbſten herausarbeiten, ihn dann ſichten und zu einem möglichſt anſchaulichen Bilde geſtalten. Das war ein mühſames Geſchäft. Der Zugang zu erſten Quellen, wie Archive u. dgl., war damals noch viel ſchwieriger, als heut; auch war ich perſönlich nicht in der Lage, durch Reiſen da- und dorthin derartige Quellen mir zu erſchließen. Ohnehin iſt es bei einem Werke, welches ſich über einen längeren Zeitraum und über alle möglichen Seiten der Cultur erſtrecken ſoll, beinahe unmöglich, Alles und Jedes aus erſten, d. h. handſchriftlichen und urkundlichen Quellen zu entnehmen; man hat ſchon genug und übergenug zu thun, wenn man nur die Quellen zweiter Ordnung, d. h. die gedruckten, möglichſt vollſtändig benutzen will. Letzteres habe ich nach Kräften gethan, wie das dem vierten Bande meines Werkes beigegebene Quellenverzeichniß bekundet. Daſſelbe führt nahezu 1000 Druckſchriften und doch auch allerlei Handſchriftliches als von mir verwerthetes Material auf, wobei noch die vielen Druckſchriften weggelaſſen ſind, welche ich durchgemuſtert habe, ohne darin etwas für mein Buch Brauchbares zu finden.

Das Unternehmen war in doppelter Hinſicht ein

Wagniß, in ſachlicher und perſönlicher. Die Culturgeſchichte als Wiſſenſchaft lag damals noch ſo zu ſagen in den Windeln. Eine feſtgeſtellte wiſſenſchaftliche Methode der Culturgeſchichtsſchreibung gab es nicht. Dagegen ward mit ſogenannter Culturgeſchichte in halb oder ganz unwiſſenſchaftlicher, häufiger noch in novelliſtiſcher, feuilletoniſtiſcher und ſonſtiger Form viel dilettantiſcher Unfug getrieben. Ich mußte mir alſo eine Methode erſt ſchaffen, denn ich wollte nicht blos die verſchiedenen Seiten des Culturlebens getrennt und unverbunden (etwa wie es Wachsmuth gethan) neben einander gruppiren, ſondern ſie dermaßen in einen organiſchen Zuſammenhang bringen, daß daraus ein allſeits abgeſchloſſenes, anſchauliches Bild der ganzen Zeitperiode entſtände. Die Schwierigkeit einer ſolchen organiſchen Verbindung erwies ſich noch als mäßig beim erſten Bande, der es mit den politiſchen, materiellen, ſocialen Zuſtänden Deutſchlands im 18. Jahrhundert zu thun hatte, denn dieſe vertrugen einerſeits eher eine geſonderte Behandlung, fügten ſich andererſeits leichter zu einer Einheit zuſammen; ſie ward aber größer und größer bei den folgenden Bänden, wo es darauf ankam, die feineren, ich möchte ſagen, unwägbaren culturgeſchichtlichen Erſcheinungen (geiſtige, ſittliche, geſellſchaftliche u. a. Zuſtände) mit den politiſchen, wirthſchaftlichen u. ſ. w. in Wechſelwirkung zu ſetzen.

Ich habe für dieſen Zweck (der Auffindung einer richtigen Methode) nicht blos für mich allein die eingehendſten Vorſtudien gemacht, ſondern auch mit ſachkundigen Freunden, wie dem tüchtigen Culturgeſchichtsforſcher Archivrath Brückner in Meiningen und dem berühmten Literar-

hiſtoriker Hettner, perſönlich und ſchriftlich vielfachen Gedankenaustauſch gepflogen, mit Letzterem u. A. in Form eines „Offenen Briefwechſels“ in „Weſtermanns Illuſtrirten Monatsheften“.

Zu dieſen ſachlichen Schwierigkeiten kam dann die perſönliche, daß ich ſelbſt auf dem Gebiete der Geſchichtsſchreibung im größeren Stile eigentlich noch ein Neuling war. Denn weder meine „Geſchichte des erſten preußiſcher Reichstags“, noch meine „Erinnerungen aus der Paulskirche“ (wie freundliche Anerkennung auch beide Schriften ſebſt von den competenteſten Beurtheilern gefunden hatten, jene, wie ſchon erwähnt, von dem Staatsminiſter von Schön, dieſe u. A. von dem politiſch vielerfahrenen Baron von Stockmar) konnten doch als wiſſenſchaftliche Geſchichtsarbeiten im ſtrengeren Sinne kaum gelten.

Aus allen dieſen Gründen ging ich nicht ohne eine gewiſſe Zaghaftigkeit an die Veröffentlichung dieſes größeren culturgeſchichtlichen Werkes.

Da war es mir denn nun eine große und unverhoffte Genugthuung, ſogleich den erſten Band deſſelben nicht blos von der tagesläufigen Kritik nahezu einmüthig in überaus günſtiger, theilweiſe faſt überſchwänglicher Weiſe als eine zeitgemäße und wohlgelungene Arbeit begrüßt, ſondern auch dieſes günſtige Urtheil von einer Reihe der namhafteſten und competenteſten Männer brieflich bekräftigt zu ſehen. Und eben dieſe Gunſt, ja, ich kann wohl ſagen, eine von Band zu Band ſteigende, iſt meinem Werke auch in ſeinen weiteren Stadien zu Theil geworden. Das langſame Vorrücken deſſelben, zum Theil veranlaßt durch die inneren Schwierigkeiten der Arbeit, zum Theil durch äußere Umſtände

(der erſte Band erſchien 1854, der letzte 1880, ſo daß das nonum prematur in annum hier faſt verdreifacht zutraf) hat allerdings meinen Herrn Verleger faſt zur Verzweiflung gebracht, mir ſelbſt — um ſeinet- und um meinetwillen — viel Kummer bereitet, allein für Form und Gehalt des Buches iſt daſſelbe jedenfalls von Vortheil geweſen.

Wenn ich im Nachſtehenden einige der mir werthvollſten von den vielen zuſtimmenden Aeußerungen über mein „Deutſchland im 18. Jahrhundert“ anführe, ſo wolle man darin nicht einen Ausfluß perſönlicher Eitelkeit erblicken (ich fühle recht wohl, daß Manches in meinem Buche anders und beſſer ſein könnte, und daß auch hier das In magnis et voluisse sat est zutrifft), vielmehr mir es um deswillen zu gute halten, weil — bei der Ungunſt, in welcher noch immer hier und da und insbeſondere bei manchen unſerer Hiſtoriker von der ſtrengen Obſervanz die Culturgeſchichte ſteht — mir natürlicherweiſe viel daran gelegen ſein muß, ſowohl für dieſe Wiſſenſchaft ſelbſt, der ich mehr als mein halbes Leben gewidmet habe, als auch für meine Behandlung derſelben durch die Stimmen namhafter Gewährsmänner gewiſſermaßen öffentliches Zeugniß abzulegen.

Dahlmann ſchrieb mir bald nach Empfang meines erſten Bandes:

> Ihr Buch hat mich mehrfach gefreut; ich machte Mr. de Tocqueville, der hier dieſen Sommer die Verhältniſſe Deutſchlands im 18. Jahrhundert ſtudirte, damit vertraut, und es war ihm in hohem Grade willkommen.

Hettner, der um die gleiche Zeit ſeine treffliche „Literaturgeſchichte des 18. Jahrhunderts“ begann, nahm ſchon aus

dieſem Grunde lebhafteſten Antheil an meiner Arbeit. Als ich ihm den erſten Band geſandt hatte, erhielt ich von ihm einen ſehr freundlichen Brief, dem ich nur folgende Stellen entnehme:

> Es iſt meine feſte Ueberzeugung, daß wir nur auf dem von Ihnen eingeſchlagenen Wege zu einer wirklichen, ihrem Begriffe entſprechenden Culturgeſchichte kommen. . . Ich wurde fortwährend an das dritte Capitel von Macaulays Geſchichte erinnert. . . . Ich kann Ihnen nicht genug meine Freude ausdrücken, daß Sie uns ein ſo reiches und farbiges Bild dieſer Zeit aufrollen. Was ich bis jetzt geleſen habe, hat mich auf's Lebhafteſte beſchäftigt und mir ganz neue, ungeahnte Blicke eröffnet.

Nach dem Erſcheinen des zweiten Bandes ſchrieb er mir:

> Ich kann Ihnen nicht warm genug ſagen, wie ſehr mich der erſte Eindruck gefreut, belehrt und angeregt hat, und wie ſehr ich auf das gründlichere Studium geſpannt bin. Sie haben das große Verdienſt, einer neu aufblühenden jungen Wiſſenſchaft durch Wort und That unabläſſig Stachel und Sporn zu geben. Sie haben aber auch die Freude, zu ſehen, daß die junge Saat gedeiht, kräftig aufſproßt und ſich weiter und weiter verbreitet.

Da die ſpäteren Bände meines Werkes (ſchon vom zweiten an) vorzugsweiſe auch literarhiſtoriſchen Inhalts waren, ſo lag es nahe, daß wir, Hettner und ich, unſere Gedanken über das uns gemeinſame Thema vielfach austauſchten, und wir haben dies gethan nicht wie Rivalen, ſondern wie gute Kameraden, die ſich einer den andern zu fördern ſuchen. Hettner hatte für jeden neuen Band meines „Deutſchland" ein warm anerkennendes Wort, wenn auch nur privatim (zu einer öffentlichen Beſprechung kam er bei den ſpäteren Bänden nicht), während ich meinerſeits mit vollſter Ueberzeugung privatim wie öffentlich das

viele Bedeutende in ſeiner „Literaturgeſchichte des 18. Jahrhunderts“ hervorzuheben vermochte. Er, in glücklicherer Lage, als ich, gelangte ſchon 1870 zu dem Abſchluß ſeines groß angelegten Werkes, hörte aber nicht auf, den Fortgang des meinigen nach wie vor mit freundlichſtem Intereſſe zu verfolgen. Als auch ich endlich — zehn Jahre ſpäter — an das gleiche Ziel gelangt war, ſchrieb er mir (am 2. September 1880):

> Erſt vorgeſtern bin ich aus Wildbad zurückgekehrt. So habe ich bisher Ihr treffliches Werk nur flüchtig durchblättern können. Glückauf zur glücklichen Vollendung des langjährigen Werkes, das Ihnen ein monumentum aere perennius ſein wird! Was ich bisher geleſen habe, hat meine tiefſte Aufmerkſamkeit erregt. Ich finde überall Urſprünglichkeit und Selbſtſtändigkeit und in der Zuſammenhäufung des Materials ſtaunenswerthe Gründlichkeit. Aber ſofort kann ich zu keiner öffentlichen Beſprechung kommen. So leid es mir thut, muß ich daher doch das „Aufgeſchoben iſt nicht aufgehoben“ geltend machen. Eine Arbeit wie dieſe Ihre Cultur- und Literaturgeſchichte darf nicht flüchtig beſprochen werden, zumal von mir nicht, der dem Leſer Rechenſchaft über das gegenſeitige Verhältniß unſerer verſchiedenen Auffaſſungen und Darſtellungen ſchuldet.

Leider ſollte die hier geäußerte Abſicht Hettners nicht mehr in Erfüllung gehen. Denn bald darauf ſchon erfaßte den anſcheinend kräftigen Mann jene tückiſche Krankheit, die, nachdem ſeine gute Natur ſich mehrmals aus ihren Umſtrickungen wieder frei gemacht hatte, zuletzt doch (1882) ſeinem Leben — zum tiefſten Schmerz ſeiner zahlreichen Freunde, denen auch ich mich von ganzem Herzen zuzähle — vorzeitig ein Ziel ſetzte.

Was ein anderer werther Freund, der ſchon oben genannte namhafte Culturgeſchichtsforſcher Archivrath

Brückner in Meiningen, mir über mein Buch geſchrieben, übergehe ich, weil darin zu ſehr die Stimme warmherziger Freundſchaft die der Kritik übertönt.

Aber auch von mir ferner Stehenden vernahm ich viele billigende und ermuthigende Worte. So von dem namhaften Literarhiſtoriker Koberſtein, der ſich über den (durchaus literarhiſtoriſchen) dritten Band gegen mich brieflich ſo ausſprach:

> Ich kann es in vollſter Wahrheit ſagen: niemals leicht habe ich eine vollere und reinere Freude an einem Buche gehabt, als an dieſer vortrefflichen Darſtellung des geiſtigen Lebens unſeres Volkes in der erſten Hälfte des vorigen Jahrhunderts. Wie ſchön und treffend haben Sie die Hauptrichtungen dieſes Lebens in den Hauptvertretern deſſelben nachgewieſen! U. ſ. w.

Klüpfel in ſeinem „Wegweiſer durch die Literatur" (Jahrgang 1858) ſagte:

> Beſonderer Pflege erfreut ſich neuerlich die Culturgeſchichte, welche ſich zu einer ſelbſtſtändigen Disciplin auszubilden beginnt. Unter den ſelbſtſtändigen Arbeiten auf dieſem Gebiete ragt Biedermanns „Deutſchland im 18. Jahrhundert" als die nach Inhalt und Form bedeutendſte Leiſtung hervor.

Der, leider ſo früh verſtorbene, Häuſſer äußerte ſich nach dem Erſcheinen des zweiten Bandes in einer Recenſion in der Augsburger Allgemeinen Zeitung folgendermaßen:

> Die Pauſe von faſt vier Jahren, die das Erſcheinen des erſten Theils von der Fortſetzung dieſes Werkes trennt, konnte Einen beinahe beſorgt machen, es möchte die Schwierigkeit der Aufgabe die Vollendung hindern. Wir würden das von Herzen bedauert haben, denn es wird uns hier über einen der intereſſanteſten Lebensabſchnitte unſeres Volkes eine Fülle werthvollen Stoffes geboten, deſſen Studium die reichſte Anregung giebt ſo-

wohl zur Erkenntniß unſerer Gegenwart, als zum richtigen Verſtändniß unſerer geſammten Entwickelung.

Der berühmte Theolog Tholuck, der in ſeiner „Vorgeſchichte des Rationalismus“ von einem ganz anderen Standpunkte als dem meinigen zu ganz ähnlichen Reſultaten in Bezug auf die kirchlichen, religiöſen, ſittlichen Zuſtände der ſogenannten „guten alten Zeit“ gekommen war, ſchickte mir ſein Buch mit folgenden Zeilen:

Das große Vergnügen und die Belehrung, welche ich aus Ihrem ſchönen Werke „Deutſchland im 18. Jahrhundert“ erhalten, ließ mich noch während der Abfaſſung den Entſchluß faſſen, Ihnen die letzte Abtheilung meines Buches zuzuſenden, und gerade dieſe, weil Sie daraus erſehen werden, wie meine, in einer ganz anderen Richtung erfolgten Studien mich auf mannigfachen Punkten zu ganz gleichen Reſultaten geführt haben. Insbeſondere ſpreche ich Ihnen noch, in Uebereinſtimmung mit anderen meiner Fachgenoſſen, meinen Dank aus für den ſo ſehr würdigen Geiſt und Ton, in welchem Spener und die von ihm ausgegangene Richtung von Ihnen behandelt worden iſt. Wie wohlthuend empfindet man den Geiſt dieſer Darſtellung — ich will nicht ſagen im Vergleich zu Barthold, ſondern auch ſchon im Vergleich mit Schriftſtellern wie . . .

Der theologiſche Antipode Tholucks, David Strauß, der ſich nach Abfaſſung ſeiner größeren Werke religiöſen Inhalts auf das literarhiſtoriſche Gebiet begeben und den ich deshalb um eine Beſprechung meines Buches zu bitten gewagt hatte, antwortete mir:

Nichts konnte mir willkommener ſein (da ich mich eben mit den Vorarbeiten zu einer Reihe von Dichterleben aus dem 18. Jahrhundert beſchäftige), als ein Werk, das ſich über den geiſtigen und geſelligen Boden der erſten Hälfte deſſelben mit ſo gründlicher Sachkenntniß verbreitet. Aber wenn Sie mich der Beurtheilung eines ſo weitgreifenden Werkes gewachſen glauben, ſo

überſchätzen Sie die Kenntniſſe eines Dilettanten um Vieles. Gern würde ich indeſſen die erſte beſte Gelegenheit ergreifen (die letzte wäre in meinem beabſichtigten Buche), Ihres Werkes dankbar und rühmlich zu gedenken.

Rudolf von Gottſchall urtheilte über das fertige Werk in den „Blättern für literariſche Unterhaltung:"

Das ganze Werk, deſſen Beginn in eine Zeit fällt, in welcher die Culturgeſchichte keineswegs auf ihrer jetzigen Höhe ſtand, am wenigſten ſich eines ſolchen Antheils erfreute, wie das gegenwärtig der Fall iſt, beruht auf den ſorgſamſten Studien, iſt in der geläuterten Form gehalten, wie ſie philoſophiſche Durchbildung allein der Darſtellung zu geben vermag, und verleugnet nirgends das geſchmackvolle und unparteiiſche Urtheil des Literarhiſtorikers.

Die „Wiſſenſchaftliche Beilage zur Leipziger Zeitung" (der man — nach meiner politiſchen Stellung zu letztgenanntem Blatte — eine Voreingenommenheit für mich nicht Schuld geben wird) brachte aus der Feder des Geheimen Raths von Witzleben, Directors des Staatsarchivs, erſt 1875, dann 1880 eine überaus freundliche Beſprechung meines Buches. In dem zweiten dieſer Artikel hieß es:

Unſere Beſprechung des Biedermann'ſchen Culturgeſchichtswerk im Jahre 1875 haben wir mit den Worten geſchloſſen, daß es wohl verdiene, als ein Volksbuch in des Wortes edelſter Bedeutung Platz zu finden in jedem deutſchen Hauſe, wo Verſtändniß und Intereſſe für die großen Motoren und Impulſe unſeres geiſtigen und nationalen Lebens vorhanden iſt. Heute, wo das ganze großartige literariſche Unternehmen abgeſchloſſen vor uns liegt, wüßten wir Beſſeres zu ſeiner Empfehlung nicht zu ſagen, als daß wir das vor fünf Jahren geſprochene Wort einfach wiederholen. Wir haben es bei dem gegenwärtig vorliegenden Werke mit einem Meiſterwerke erſten Ranges zu thun, das zugleich als erſtes Unternehmen, das reiche Culturleben des achtzehnten Jahrhunderts in großen Zügen der Gegenwart und Zukunft darzulegen, eine bisher ſchwer empfundene Lücke in der

deutſchen Literatur in einer ſeines Gegenſtandes in hohem Grade würdigen Gründlichkeit, Wiſſenſchaftlichkeit und Anſchaulichkeit ausfüllt.

Zunächſt über den letzten Band (der unſere klaſſiſche Literatur behandelt), zugleich aber über das ganze Werk ließ ſich der hervorragende Germaniſt und Literarhiſtoriker Zarncke in ſeinem „Literariſchen Centralblatt“ ſo aus:

Eine geſundere kritiſche Koſt iſt uns nicht leicht geboten worden, als die, welche wir hier empfangen. Man fühlt es, daß der Verfaſſer von einer höheren Warte aus das menſchliche Leben betrachtet hat, wie ſeine hervorragende Stellung in den politiſchen Kämpfen unſeres Volkes ſie ihm gewährte, daß er mit den Motiven und Handlungsweiſen der Menſchen wohlbekannt iſt, tief hinter die Couliſſen geblickt hat, und daß er Charaktere zu beurtheilen und an ihren Platz zu ſtellen verſteht; man fühlt es, daß er gewohnt iſt, ſich über Alles ſcharfe und beſtimmte Begriffe zu bilden, und daß er gelernt hat, dieſe im Kampfe der Meinungen klar zum Ausdruck zu bringen. Manche ketzeriſche Anſicht wird ausgeſprochen friſch von der Leber weg, und ſie berührt — gegenüber hergebrachter panegyriſcher Tradition — nicht ſelten erquickend. Wir meinen: was hier über Goethe und Schiller, auch was über Leſſing und Kant geſagt iſt, gehört mit zu dem Beſten, was über dieſe Männer und ihre Werke bisher vorgebracht worden iſt. Wir beglückwünſchen den Verfaſſer zur Vollendung ſeines Werkes, von dem die beiden erſten Bände bereits in neuer Auflage vorliegen. Es wird ihm, ſeitdem er ſeiner einfluß- und erfolgreichen politiſchen Thätigkeit entſagt hat, nun auch im Kreiſe der Gelehrtenwelt, der Hiſtoriker und Literarhiſtoriker, einen ehrenvollen Namen ſichern.

Auch vom Auslande her gingen mir manche wohlwollende Aeußerungen über mein Buch zu. Die Encyclopaedia Britannica (2. edition) charakteriſirte es ſo:

Biedermanns „Germany in the XVIII. century“ is the most favourable example of works on „Culturgeschichte“.

Der engliſche Biograph Leſſings und Schillers, James Sime, ſagte in der Einleitung zu ſeiner Leſſing-Biographie:

In my study of the period (of Lessing) J have been much indebted to Biedermanns „Deutschland im 18. Jahrhundert", a book of great research and excellently written.

Einer der namhafteſten nordamerikaniſchen Gelehrten, Mr. White, bis vor Kurzem Präſident (Rector) und Profeſſor der Geſchichte an der Cornell-University zu Ithaka im Staate New-York, eine Zeit lang Botſchafter der Vereinigten Staaten am kaiſerlich deutſchen Hofe, hatte ſchon während ſeines Aufenthaltes in Berlin mir durch zweite Hand ſehr Freundliches über mein Buch ſagen laſſen. Nach ſeiner Rückkehr auf ſeinen Poſten in Ithaka kam ich in Correſpondenz mit ihm, da er einen jungen Mann ſeines Vertrauens mit einem Empfehlungsbriefe an mich adreſſirte, zugleich mir einige ſeiner Schriften ſendete. Im Verlaufe dieſer Correſpondenz erhielt ich zuerſt am 24. December 1884 von ihm einen äußerſt liebenswürdigen Brief, worin er ſagte:

I have long known yon through your „Dentschland im 18. Jahrhundert". I have enjoyed and profited by your work so much, that you have soemed to me like an old friend. It is one of my regrets, that I was unable to present my respectful compliments to you during my stay in Germany, but my visits to Leipsic were few and brief, and in eaoh case every moment of my time in your city was taken of.

I am especially glad to learn, that yon continne to work in yonr splendid field and that we are likely to have from you a „Deutsche Volks- und Culturgeschichte". I hope, that some arrangement can be made for its translation in America. Everything which tends to make these great nations know each other and appreciato tho good that is in each, is of the greatest value. Be assured, dear sir, tha the opinion which some of your competitors entertain regarding Culturgeschichte, is not shared by the most thonght-

ful men in this country. There is, indeed, a tendency to extol minute special studies as the chief end of man. I consider many of these special investigators as very useful men, but really as „hewers of wood and drawers of water“ to those engaged in large, broad studies like your own.

Später (kurz vor einer Reiſe nach Europa, die er 1885 antrat) ſchrieb er mir:

Allow me to say in conclusion, that among my dearest hopes is that of revisiting Germany at some day not very distant, and I shall then consider it both a pleasure and a duty, to present my respects to you in person and to thank you for the noble work you have done in the historical field.

Nach dem Erſcheinen des letzten Bandes meines Werkes ſandte ich daſſelbe u. A. auch an den berühmten franzöſiſchen Cultur- und Literarhiſtoriker Mr. Taine (der mich 1870, kurz vor dem Kriege, in Leipzig beſucht hatte) mit der Bitte, er möge doch eine Anzeige deſſelben in einer der großen wiſſenſchaftlichen Zeitſchriften Frankreichs entweder ſelbſt verfaſſen oder doch veranlaſſen. Darauf erhielt ich von ihm aus Mruthon St. Bernard in Savoyen, wo er ſich zur Cur befand, am 12. Auguſt 1880 folgende Zeilen:

Je suis fort honoré de cet envoi; je connaissais de réputation les premiers volumes, et je Vous félicite d'avoir pu achever un si grand ouvrage. Il est plus complet que le mien*); je n'ai décrit dans la sociôté du 18. siècle en France que ce qui conduisait à la révolution et je vois par la table de votre livre que Vous avez épuisé le projet en ce qui concerne l'Allemagne. Ma santé n'est pas très-bonne et j'ai peine à finir le travail commencé; je viens en outre d'avoir un grand deuil de famille qui m'ôte toute liberté d'esprit. Si Vous ajoutez à cela ma médiocre connaissance du 18. siècle allemand, Vous

*) „La France avant la révolution“.

verrez que je ne serais pas un très-bon juge d'un ouvrage comme le vôtre. Mais de retour à Paris, où j'habite l'hiver, j'en parlerai à qui de droit. Une étude aussi vaste et aussi consciencieuse y trouvera certainement des appréciations. Agréez, Mr., je Vous prie, l'assurance de mes sentiments les plus distingués et les plus dévoués.

Als ich mir ſpäter eine nochmalige Anfrage wegen meines Buches erlaubte, ſchrieb mir Mr. Taine am 18. Mai 1884:

J'en ai parlé à Mr. Bourdeau (du Journal des Débats). Il a votre livre en haut estime. Je suis certain, qu'il louera, comme il convient, l'étendue des informations, l'abondance du détail, la sureté de la critique, la disposition des matières, et je suis heureux de m'associer d'avanco à l'éloge qu'il fera de votre travail.

Die beiden Briefe erfreuten mich um ſo mehr, weil ſie zugleich bekundeten, daß der berühmte franzöſiſche Gelehrte, auch darin ganz auf der Höhe der Wiſſenſchaft und ihrer großen internationalen Aufgabe ſtehend, im Verkehr mit Gleichſtrebenden von jedem nationalen Gegenſatze abſieht.

Der von Mr. Taine genannte Mr. Bourdeau ſchrieb im vorigen Herbſt an mich und kündigte mir eine Beſprechung meines Buches von ſeiner Hand in der Revue des deux Mondes für die erſten Monate von 1886 an.

Mein drittes Werk aus jener Zeit, das „Frauenbrevier", entſtand auf ganz beſondere Veranlaſſung. Der bekannte namhafte mediciniſche Lehrer und Schriftſteller Profeſſor Karl Bock kam eines Tages zu mir und theilte mir den Plan mit, eine Reihe von Vorträgen für Frauen zu halten. Er wollte über Körperpflege, diätetiſche Behandlung der Kinder u. dgl. ſprechen; ich möchte mein Fach, die Culturgeſchichte, vertreten. Ich ging auf

den Gedanken ein, und ſo veranſtalteten wir zuſammen einen Cyclus von Vorträgen, der vom November 1854 bis tief in den Sommer 1855 hinein reichte. Allwöchentlich fanden zwei Vorträge ſtatt, einer von Bock, einer von mir. Unſere Zuhörerſchaft beſtand aus nahezu 300 Frauen und Mädchen theils aus der höheren Geſellſchaft, theils aus dem Mittelſtande. Die Aufmerkſamkeit und die Ausdauer dieſer ausſchließlich weiblichen Zuhörerſchaft war bewundernswerth und beſchämte Alles, was ich von männlichen oder auch von gemiſchten Auditorien kennen gelernt hatte; die letzte Vorleſung war noch ebenſo zahlreich beſucht, wie die erſte. Am Schluſſe des Curſus überreichten die Damen uns Beiden, als ſichtbare Zeichen ihrer Dankbarkeit, zwei ſilberne Becher und zwei Lorbeerkränze.

Dieſe Vorträge nun arbeitete ich aus und ließ ſie drucken. Der, meinem Gefühl nach etwas zu anſpruchsvolle, Titel: „Frauenbrevier“ ſtammt nicht von mir her, ſondern von dem Verleger, Herrn J. J. Weber.

Das Buch fand raſchen Abſatz, ſo daß es in nicht zu langer Zeit vergriffen war. Der Verleger machte indeß keine Anſtalt zu einer neuen Auflage, und mir, offen geſagt, graute es einigermaßen vor einer ſolchen, weil ich mir bewußt war, daß ich dann das Buch nach manchen Seiten hin bedeutenden Veränderungen würde unterziehen müſſen. Erſt nach Vollendung meines großen Culturgeſchichtswerkes (1880) gelangte ich dazu, eine zweite („umgearbeitete“) Auflage fertigzuſtellen, welche 1881 erſchien. Sie iſt in mehreren Abſchnitten eine völlig neue Arbeit, ſo namentlich in den Capiteln 18 und 19 (S. 250 bis 403), welche die „Völkergeſchichte“ behandeln. Ich

machte hier ein ganz neues Experiment, indem ich es unternahm, die Geſchichte der verſchiedenen Zeiten und Völker (Alterthum und Neuzeit) dem Wiſſensbedürfniß der Frauenwelt anzupaſſen. Wie ich dabei verfuhr, habe ich im Vorwort zu dieſer zweiten Auflage in folgenden Worten angegeben:

Nichts iſt ſchwieriger, als das rechte Maß und die rechte Methode zu finden, um Frauen und Mädchen in die Kenntniß der Geſchichte ſo einzuführen, daß nicht durch die Maſſe des Gegebenen ihr Gedächtniß überfüllt oder ihr Geiſt verwirrt werde, doch aber auch nichts von dem ihnen fremd bleibe, was von allgemein menſchlichem Intereſſe iſt. Ich habe verſucht, eine ſolche Auswahl zu treffen, und ich habe zugleich danach geſtrebt, die Hauptmomente der Menſchengeſchichte der Theilnahme und dem Verſtändniß meiner Leſerinnen dadurch näher zu bringen und vor einem zu leichten Wiederverſchwinden aus ihrem Gedankenkreiſe zu behüten, daß ich dieſelben, wo immer möglich, in engere Beziehung zu bildneriſchen, dichteriſchen oder muſikaliſchen Schöpfungen ſetzte, in denen geſchichtliche Thatſachen oder Perſönlichkeiten ſich widerſpiegeln. So glaubte ich den doppelten Zweck zu erreichen, einmal, durch ein ſolches künſtleriſches Medium die Gebilde nüchterner Geſchichtsbetrachtung meinen Leſerinnen näher zu bringen und vertrauter zu machen, und ſodann, ihnen den Genuß muſikaliſcher, dichteriſcher oder bildneriſcher Kunſtwerke zu würzen, indem ich ſie auf die geſchichtlichen oder auch auf die ſagenhaften und mythologiſchen Grundlagen aufmerkſam machte, auf denen dieſe Kunſtwerke ſich auferbauen.

Noch wäre an dieſer Stelle eines hiſtoriſchen Unternehmens zu gedenken, zu welchem ich 1854 den Plan faßte und die Vorbereitungen traf, welches aber erſt mehrere Jahre ſpäter wirklich in's Leben trat. Ich meine die „Staatengeſchichte der neueſten Zeit", welche von 1858 an in einer Reihe einzelner Ländergeſchichten bei Sal. Hirzel in Leipzig erſchien.

Mein leitender Gedanke dabei war der, dem gebildeten (nicht dem „gelehrten“) Publikum ein Werk zu geben, welches geeignet wäre, daſſelbe in einer für dieſe Kreiſe berechneten, gemeinverſtändlichen, knappen, dabei doch das Weſentliche enthaltenden Darſtellung über die neueſte Geſchichte der verſchiedenen Staaten etwa vom Anfange des 19. Jahrhunderts oder von 1815 an bis möglichſt nahe zur Gegenwart aufzuklären und zu belehren.

Die Vorarbeiten für dieſes Unternehmen waren äußerſt ſchwierige und langwierige. Es galt, für jedes Land womöglich einen ſolchen Darſteller zu finden, der mit den Zuſtänden und der neueſten Geſchichte dieſes Landes durch eigene Anſchauung, nicht blos aus zweiter Hand durch Bücher, bekannt wäre. Das erwies ſich für manche Länder als gar nicht leicht, und ich mußte lange und viel nach Mitarbeitern ſuchen, manche davon auch wieder aufgeben, die vor den Schwierigkeiten der Aufgabe zurückſchreckten. Allerdings waren letztere nicht ganz gering: insbeſondere gehörte ein großes Maß von Selbſtverleugnung dazu, einen meiſt überreichen Stoff in einen ſo engen Rahmen zuſammenzudrängen. Ich habe wegen Hollands mit dem dortigen Führer der Liberalen und zeitweiligen Miniſterpräſidenten Thorbecke, wegen Belgiens mit dem Profeſſor Arendt in Löwen und dem Baron von Stockmar, wegen Oeſterreichs zuerſt mit dem Baron von Andrian, und ſo noch mit vielen Anderen einen umſtändlichen Briefwechſel gepflogen. Für England hatte anfangs Wurm zugeſagt, der aber dann wieder zurücktrat; für die Schweiz wollte ich Bluntſchli gewinnen, der auch nicht abgeneigt ſchien, für Griechenland oder die

Türkei Fallmerayer, den bekannten geiſtvollen „Fragmentiſten“. Des Letzteren Briefe ſind charakteriſtiſch; ich theile Nachſtehendes daraus mit:

München, den 19. April 1855.

Seit vorigem Sommer fangen bei mir Arbeitskraft und Geſundheit zuſehends zu ſinken an. Die Sache iſt ſo weit gekommen, daß ich ſeit längerer Zeit ſelbſt den größeren Theil des Tages im Bette bleiben muß unter der doppelten Geißel der Grippe und der Arthritis vaga, wie es die Aerzte nennen. Hier und da ein Artikel für die A. A. Z. oder für die Wiener „Donau“ iſt Alles, was ich vermag, und was immer in dieſer Gattung letzten Winter geleiſtet wurde, iſt unter den peinlichſten Umſtänden hinter dem warmen Ofen zu Stande gekommen. Ich bin überall im Rückſtande, bei der Akademie mit den verſprochenen Abhandlungen, bei den Redactionen mit den zugeſagten Artikeln, und endlich bei mir ſelbſt mit einem ſchon längſt begonnenen und wieder fallen gelaſſenen dritten Fragmentenbande.

Daß unter ſolchen Umſtänden an eine neue und umfaſſende Arbeit nicht zu denken ſei, und ich auf Ihre freundlichen, ehrenvollen und in beſſeren Zeiten ſo willkommenen Anträge durchaus nicht eingehen kann, iſt leider klar. Auch ſonſt einen Vorſchlag zu machen und auf ein geeignetes Individuum hinzuweiſen, bin ich nicht vermögend, da ich völlig iſolirt lebe und je eher je lieber den Plan ganz verlaſſen und die Winterquartiere beziehen möchte. Es thut mir in der That leid, mit einer Verneinung den Verkehr mit einem Manne zu eröffnen, den ich ſchon vor der Revolution hoch achtete und den ich in ſeinen literariſchen Manifeſtationen mit Eiferſucht überall hin begleitete und verfolgte, am Ende aber allein vorwärts eilen laſſen muß.

München, den 28. Auguſt 1856.

Ganz ohne Antwort kann ich Ihre verehrte Zuſchrift vom 25. Juni l. J. doch nicht laſſen, ob ich gleich weder etwas Tröſtlicheres noch etwas Entgegenkommenderes zu ſagen habe, als im letzten Jahre. Seit Ende Mai war ich abweſend vom Hauſe, und

die lange Wander- und Badecur, von der ich erſt vor einigen Tagen zurückgekommen bin, hat bisher wenig oder gar keine Beſſerung der gichtiſchen Uebelſtände gebracht, die mir ſeit Jahr und Tag nur hin und wieder einen lichten Augenblick zur Arbeit übrig laſſen. Wie ich jetzt bin, kann ich nicht arbeiten; taedet me librorum. Nur Noth oder Zorn würden meine geiſtige Erſtarrung flüſſig machen; aber durch eine ſpecielle und völlig unverdiente Gunſt der Götter habe ich den Stachel weder des einen noch des andern dieſer beiden Reizmittel zu empfinden. Die Unſterblichkeit kann man mit den Mitteln, wie ich ſie beſitze, und auf Wegen, die meine Muſe wandelt, nicht erringen; warum ſoll ich alſo Bücher ſchreiben, die vor meinem Ableben ſchon wieder beſeitigt und vergeſſen ſind? Mit einem ſolchen Menſchen — Sie ſehen es ja doch ſelbſt — iſt nichts zu machen, und man muß nur die liebenswürdige Standhaftigkeit beklagen, mit der Sie ein antediluvianiſches Foſſil lebendig machen wollen.

Auch an Dahlmann hatte ich mich gewendet, theils um Rath, theils in der, freilich nur ganz ſchwachen und ſchüchternen Hoffnung, daß am Ende er — vielleicht von ſeiner Entmuthigung nach 1848 einigermaßen zurückgekommen — ſich entſchließen könnte, an die wichtigſte aller Staatengeſchichten, die Geſchichte Deutſchlands. Hand anzulegen. Er ſchrieb mir darauf:

Bonn, den 2. December 1854.

Ihr Unternehmen geht mir in den letzten Wochen viel durch den Sinn; laſſen Sie mich in aller Kürze Ihnen meine Anſicht mittheilen! Bei allen menſchlichen Unternehmungen iſt, denke ich, wenn man über den Zweck einig iſt, die Ausführbarkeit das Zweite. Daß nun der an ſich höchſt lobenswerthe Plan ſich in Bezug auf England und Rußland ausführen laſſe, darüber hege ich wenig Zweifel, inſofern die dafür in's Auge gefaßten Perſönlichkeiten mit dem Raume Rath zu halten wiſſen; auch für andere Ausländer werden ſich die Hiſtoriker des 19. Jahrhunderts am Ende finden; aber wie ein ſolcher für Deutſchland ſich finden ſoll,

das weiß ich nicht. Ohne Charakteriſtik der regierenden Herren und ihrer Räthe giebt es keine lebendige Geſchichte Deutſchlands im 19. Jahrhundert (der miſerable Behſe hat wenigſtens das Verdienſt, die Nothwendigkeit dieſes Elements erkannt zu haben); wer aber darf jetzt auf deutſchem Boden dieſe geben und wem flöſſen auch nur die Quellen dazu? Von andern Dingen gar nicht zu reden, ſehen Sie doch nur unſere Zeitungen an, ob eine einzige von ihnen es wagen darf, von den wahren Beweggründen zu reden, welche unſere regierenden Herren in die Arme von Rußland führen? So lange es aber ſo ſteht, müſſen Autor und Verleger ſich mit unſerem 19. Jahrhundert ſtill halten. Die Geſchichte unterbliebe, auch wenn man ſie ſchriebe, denn aus Anſpielungen erwächſt kein Geſchichtswerk, welches Leben hat. Möglicherweiſe kann ſich in dieſem Betracht in Jahresfriſt viel ändern; es können auch deutſche Zukunftsziele, die für den Augenblick gänzlich verwiſcht ſind, wieder an's Licht treten. Darum würde ich rathen, die deutſche Geſchichte, wenn nicht auszuſchließen, doch vor der Hand gänzlich zurückzuhalten und alle Kraft allein darauf zu verwenden, daß, was erſcheint, auch wirklich Geſchichte im echten Sinne des Wortes ſei, belehrend, warnend und erwärmend. Insbeſondere wären alle kriegeriſche Details, in welchen der Hiſtoriker niemals ſattelfeſt iſt, möglichſt zu vermeiden.

Dahlmann.

Immerhin waren allmälig einige recht tüchtige Kräfte für das Unternehmen gewonnen, wie Rochau, Baumgarten, Springer, Pauli, Reuchlin, Roſen. Rochau eröffnete den Reigen 1858 mit einer „Geſchichte Frankreichs vom Sturze Napoleons I. bis zur Wiederherſtellung des Kaiſerthums, 1815—1852". Es war kein auf tiefere Studien gegründetes, aber ein leicht faßlich und angenehm geſchriebenes Werk, welches den großen Vorzug hatte, daß ſein Verfaſſer aus einem faſt fünfzehnjährigen Aufenthalt in Frankreich (Rochau war dorthin nach dem ſog. Frankfurter Aprilputſch

als Flüchtling gegangen und daſelbſt bis zur deutſchen Märzbewegung 1848 geblieben) die dortigen Zuſtände, auch viele der in den letzten Jahrzehnten im öffentlichen Leben hervorgetretenen Perſönlichkeiten genau kannte. Das Rochau'ſche Geſchichtswerk hielt ſich ſtreng in dem Rahmen, den nach meinem Wunſche alle dieſe einzelnen Ländergeſchichten einhalten ſollten: es ging in nur zwei, mäßig ſtarken Bänden von 1815 bis 1852, alſo bis faſt zur Gegenwart.

Schon der zweite Beitrag, die „Geſchichte Italiens von der Gründung der regierenden Dynaſtien bis zur Gegenwart", von Dr. H. Reuchlin, die 1859—73 erſchien, trat aus dieſem Rahmen inſofern heraus, als ſie vier Bände umfaßte, wovon der vierte allein 35 Bogen ſtark war. Indeſſen bot Italien gerade damals (nach 1859) ein ſo actuelles Intereſſe, daß die größere Ausführlichkeit der Geſchichte dieſes Landes wohl gerechtfertigt erſchien. Ich hatte daher dem Verfaſſer das Zugeſtändniß dieſer Erweiterung des urſprünglich feſtgeſetzten Maßes gemacht. Indem derſelbe ſodann ſein Buch bis zur Vollendung der Einheit Italiens mit dem Einzug Victor Emanuels in Rom 1870 fortführte (der 4. Band erſchien erſt 1873), erlangte das Werk einen erwünſchten Abſchluß; auch war es dem Verfaſſer gelungen, eine Menge des werthvollſten neuen Materials (zum Theil durch ganz perſönliche Beziehungen) zu beſchaffen, ſo daß dieſe „Geſchichte Italiens", wenn auch etwas Anderes, als ſie eigentlich ſein ſollte, doch ein ſehr intereſſantes Buch, zugleich eine Art von Quellenwerk, wenigſtens für die letzten Jahrzehnte, wurde.

Ganz andere Bahnen wieder ſchlug die „Geſchichte Rußlands" von Th. v. Bernhardi ein. In drei ſtarken Bänden

geht dieſelbe nur bis zum Congreß von Aachen (1818). Sie enthält viel Neues und Werthvolles, aber ſie iſt ihrem Umfange und ihrer ganzen Anlage nach weit mehr ein gelehrtes, als ein populäres Werk. Ihr ganzer erſter Theil handelt nur von Alexander I. in Wien und in Paris, ihr zweiter zu mehr als der Hälfte von Rußland ſeit Peter dem Großen; erſt dann kommt ſie auf das neuere Rußland.

Mein Verleger, Herr Hirzel, hatte mit dem (wegen ſeiner intimen Kenntniß einer Menge wichtiger Verhältniſſe und bedeutender Perſönlichkeiten mit Recht hochangeſehenen) Verfaſſer auf eigene Hand verhandelt, ſo daß mir faſt nur übrig blieb, meine Bedenken gegen den von dieſem uns mitgetheilten Plan ſeiner Arbeit auszuſprechen, denen aber nicht Rechnung getragen ward. Um Herrn Hirzel nicht in Verlegenheit zu ſetzen, was offenbar geſchehen wäre, wenn ich mein Widerſpruchsrecht als Herausgeber des Werkes (wie ich gekonnt) geltend gemacht hätte, und weil derſelbe auch wegen eines anderen Theiles der „Staatengeſchichte“ Unterhandlungen angeknüpft hatte, ohne mich zu fragen, trat ich 1862 — noch vor dem Erſcheinen der „Geſchichte Rußlands“ — von dem ganzen Unternehmen zurück.

Es ſind ſeitdem, als Theile der „Staatengeſchichte“, eine Menge ganz gediegener Werke erſchienen, manche davon, die „Geſchichte Oeſterreichs“ von Springer, die „Geſchichte Spaniens“ von Baumgarten, die „Geſchichte Englands“ von Pauli, die Geſchichte Griechenlands“ von Mendelsſohn, die „Geſchichte der Türkei“ von Roſen, mehr oder weniger im Rahmen meines urſprünglichen Planes gehalten, andere wieder — ſo neben dem Bernhardi'ſchen Werke die

„Geſchichte Deutſchlands im 19. Jahrhundert“ von H. v. Treitſchke, deren dritter, ſehr ſtarker Band erſt bis 1830 reicht — ſo breit angelegt, daher ſo umfangreich und ſo theuer, daß ſie wohl faſt nur in den Bibliotheken der „höheren Zehntauſend“ ihren Platz finden, nicht aber (was doch, zumal bei einer vaterländiſchen Geſchichte der neueſten Zeit, ſo wünſchenswerth wäre) ein Gemeingut aller Gebildeten werden dürften.

Schwerlich wird auf dieſe Weiſe Das erreicht, was ich im Auge gehabt hatte: die Kenntniß der jüngſten Vergangenheit und damit gleichzeitig den Sinn für Geſchichte überhaupt in möglichſt weiten Kreiſen unſeres Volkes zu verbreiten. Daß dieſer Zweck aufgegeben ward, war mir aufrichtig leid, allein ich konnte es nicht hindern. Zwar hätte ich nach ſtrengem Rechte — da die Idee der „Staatengeſchichte“ von mir ausgegangen, ich alſo der geiſtige Urheber des Unternehmens war — daſſelbe in meiner Hand behalten und nach meinem Plane weiterführen können. Allein es wäre dies nach meinem Gefühl eine Unbilligkeit gegen den Verleger geweſen, der bereits große Koſten darauf verwendet hatte und durch einen Uebergang des Unternehmens in einen andern Verlag wahrſcheinlich Schaden gelitten hätte, eine Unbilligkeit, deren ich mich nicht ſchuldig machen wollte.

Achtes Capitel.

Stillleben in Weimar. Ein glückliches Ländchen.

Im Herbſt 1855 ſiedelte ich mit meiner Familie nach Weimar über. Es waren nur drei Stunden Eiſenbahnfahrt, und doch fühlte ich mich in der kleinen thüringiſchen Reſidenz wie in eine ganz andere Welt verſetzt. In meiner ſächſiſchen Heimath war ich angefeindet, verfolgt, wie ein Verbrecher behandelt worden — hier kam man mir von allen Seiten mit ſichtlichem Zutrauen und Wohlwollen entgegen. S. K. H. der Großherzog, dem ich mich vorſtellen mußte, empfing mich äußerſt gnädig mit den Worten: „Sie ſind uns durch Ihre Schriften beſtens empfohlen, und wir empfangen Sie mit dem vollſten Vertrauen!“ Mein Verhältniß zu dem dirigirenden Staatsminiſter von Watzdorf war vom erſten bis zum letzten Tage meiner Redactionsführung das allerbefriedigendſte; ja es hat (wie ſich weiter unten zeigen wird) meine amtlichen Beziehungen zu ihm weit überdauert und bis zu ſeinem, leider viel zu frühen, Tode unverändert fortbeſtanden. Herr von Watzdorf behandelte mich vom erſten Tage an nicht wie einen ihm Untergebenen (was ich doch in gewiſſer

Hinſicht war), ſondern wie einen Geſinnungsgenoſſen und Vertrauten, ja (ich darf es ſagen, da er ſelbſt es geſagt hat) wie einen politiſchen Freund. Er beſprach mit mir rückhaltlos Fragen der inneren wie der äußeren, namentlich der deutſchen Politik, ließ ſich gegen mich mit größter Offenheit über Verhältniſſe und Perſonen aus, und geſtattete mir tiefe Einblicke in ſeine ganze Denk- und Handlungsweiſe.

Daß Herr von Watzdorf ein aufrichtig liberal und national geſinnter Staatsmann ſei, hatte ich längſt gewußt; allein, je näher ich ihm trat, deſto mehr mußte ich ihn verehren und lieben wegen der Klarheit, Sicherheit und Aufrichtigkeit, womit er in beiden Richtungen, ſelbſt unter den ſchwierigſten Verhältniſſen, unbeirrt ſeinen Weg ging. Beſonders intereſſant war mir die Beobachtung ſeines Verhaltens in der inneren Politik. In ihm war ſo gar nichts von jenem Büreaukratismus, von dem ſonſt auch die beſten Staatsmänner ſelten ganz frei ſind, dem Pochen auf Untrüglichkeit und dem eiferſüchtigen Wachen über der eigenen Würde. Ihm war es immer nur um die Sache, niemals um ſeine Perſon zu thun. „Sehen Sie," ſagte er mir einmal, „wenn einer meiner Räthe eine andere Anſicht vertritt, als ich, ſo frage ich mich immer: ‚hat der Mann nicht am Ende Recht, muß er nicht die Specialitäten ſeines Reſſorts genauer kennen, als ich?'" Dieſelbe Zurückhaltung beobachtete er auch — und das wollte mehr ſagen — gegenüber den Organen des Volkes. Als einmal im Landtage die Rede auf die Stellung des Miniſteriums zu den Bezirksausſchüſſen kam, erklärte Herr von Watzdorf: er reformire nur in äußerſten Fällen den Ausſpruch eines Bezirksausſchuſſes, denn ein ſolcher ſtehe den praktiſchen

und örtlichen Verhältniſſen näher, kenne die Bedürfniſſe der Bevölkerung beſſer, als die Behörde am grünen Tiſch. Und, daß dem wirklich ſo ſei, beſtätigte ſofort mit ſichtlicher Befriedigung der Führer der demokratiſchen Partei im Landtage, Rechtsanwalt Fries.

Zu den Lieblingsſchöpfungen des Miniſters gehörte das Syſtem einer ausgedehnten Selbſtverwaltung des Volkes, wie es ſich in eben dieſen Bezirksausſchüſſen und in einem mit weiten Befugniſſen ausgeſtatteten Gemeindeleben in Stadt und Land darſtellte. Es war ihm nicht leicht geworden, wie er mir oft vertraute, dieſes Syſtem in's Leben zu rufen und lebensfähig zu erhalten; es hatte Mühe gekoſtet, einerſeits die Staatsbeamten der hergebrachten Vielregiererei zu entwöhnen, andererſeits die Bevölkerung ſelbſt dahin zu bringen, daß ſie ſich auf eigene Hand zu helfen ſuche und nicht immer auf Anleitung oder Anregung von oben her warte. Aber es war ihm gelungen!

Unverkennbar günſtig war der Einfluß des Syſtems und der Perſönlichkeit Watzdorfs auf die Beamten, namentlich die höheren. Abgeſehen von einer ſie auszeichnenden allgemeinen Bildung und geiſtigen Strebſamkeit, welche weit über die Grenzen ihres ſpeciellen Berufs hinausreichte, waren ſie auch — nach der liberalen wie nach der nationalen Seite hin — von einer Unbefangenheit und Vorurtheilsloſigkeit, wie man ſolche in dieſen Kreiſen nicht häufig antrifft. Und das war nicht blos ein „Liberaliſiren", womit ſie etwa ihrem Chef oder dem Großherzog gefällig zu ſein meinten, ſondern ihre freie und deutſche Geſinnung war offenbar „in der Wolle gefärbt", beruhte auf eigener, feſter Ueberzeugung, wennſchon das rühmliche Beiſpiel, das

ihnen fortwährend von oben her gegeben ward, daran gewiß auch seinen Antheil hatte.

Daß ein Minister wie Watzdorf sich der allgemeinsten Popularität erfreute, auch ohne sie zu suchen, kann nicht Wunder nehmen. Mich davon zu überzeugen, hatte ich Gelegenheit, als Watzdorf nach einer langen, schweren Krankheit, die er auf seinem Gute Berga überstanden, in die Residenz zurückkehrte und von der ganzen Bevölkerung mit lauten, ungeheuchelten Huldigungen empfangen ward. Fast noch denkwürdiger war mir eine Scene, die ich einst als Zuschauer im Landtage mit erlebte. Es war das in der Zeit der ärgsten Reaction, wo wahrscheinlich von den größeren Höfen aus so manche mächtige Einflüsse dahin strebten, den kleinen thüringischen Staat, der wie eine glückliche Oase inmitten der politischen Wüste dastand, die damals den größten Theil von Deutschland bedeckte, in die allgemeine Strömung mit hineinzuziehen. Im Lande selbst gab es eine zwar kleine, aber wegen eben jener auswärtigen Bundesgenossenschaft nicht ungefährliche Partei, welche insgeheim an dem Sturze des verhaßten liberalen Ministers arbeitete. Watzdorf selbst theilte mir dies mit und verhehlte die Besorgnisse nicht, die er deshalb — nicht für seine Person, wohl aber für die gute Sache — hegte.

Nun begab sich Folgendes. Bei dem Bau der neuen Kaserne oberhalb der Stadt Weimar war, wie das zu gehen pflegt, die ständische Bewilligung nicht unbedeutend überschritten worden. Der Finanzausschuß rügte dies, und dessen Berichterstatter Fries ließ ein paar scharfe Worte fallen über das Recht, welches die Stände wohl hätten, einer solchen Ueberschreitung die nachträgliche Genehmigung

zu verſagen. Alsbald erhob ſich einer der feudalen Gegner Watzdorfs, ſchloß ſich mit gut geſpielter ſittlicher Entrüſtung der Rüge des Finanzausſchuſſes an und ließ durchblicken, daß er und ſeine Geſinnungsgenoſſen nicht abgeneigt wären, mit der Linken gegen die Genehmigung zu ſtimmen. Man wußte, daß der Großherzog auf jenen Bau ein beſonderes Gewicht legte, und die Herren mochten daher denken, wenn die Genehmigung verſagt würde, ſo müſſe dies Watzdorfs Stellung erſchüttern. Aber was geſchah? Plötzlich ſtand Fries auf und erklärte mit gehobener Stimme: „So ſei es nicht gemeint! Wenn etwa die Herren auf der Rechten dächten, die Linke ſolle ihnen dazu helfen, das Miniſterium Watzdorf zu ſtürzen, ſo täuſchten ſie ſich ſehr; 10 000 Thaler (ſo viel betrug die Ueberſchreitung) ſei der Linken ein Miniſterium Watzdorf noch lange werth!“ Und richtig, die ganze Linke ſtimmte wie Ein Mann für die Genehmigung, und die paar Feudalen blieben mit ihrer Abſtimmung dagegen in einer kläglichen Minderheit.

An dem Großherzog Karl Alexander hatte Watzdorf bei ſeinen liberalen und nationalen Beſtrebungen einen ſicheren Rückhalt. In ihm lebte der freie und hohe Geiſt ſeines großen Vorfahren Karl Auguſt, der ja auch in jener trüben Zeit von 1817 ff. ſein kleines Land und ſeine Univerſität Jena vor den hereinbrechenden Wogen der Reaction und der Demagogenriecherei mannhaft, ſoweit er nur konnte, geſchirmt hatte.

Von demſelben hohen Geiſt waren auch die beiden fürſtlichen Frauen beſeelt, die dem Großherzog zur Seite ſtanden, die Großherzogin-Wittwe, eine Schweſter der

Kaiſer Alexander I. und Nicolaus von Rußland, daher gewöhnlich „Frau Großfürſtin“ genannt, und die regierende Großherzogin, eine niederländiſche Prinzeſſin. Sie theilten ſich mit ihm und unter ſich in die ſchöne Aufgabe, einerſeits den idealen Intereſſen, welche auf den Schutz eines Hofes wie der weimariſche recht eigentlich Anwartſchaft zu haben ſchienen, andererſeits ſolchen praktiſchen und humanen Beſtrebungen, welche auf den materiellen, geiſtigen und ſittlichen Fortſchritt des Volkes abzielten, mit warmem Herzen und offener Hand jede Förderung zu bieten.

Was die Regierung des Landes betraf, ſo war ſchon der vorige Großherzog, der 1853 verſchiedene edle Karl Friedrich, darin dem ruhmreichen Beiſpiel ſeines unvergeßlichen Vaters gefolgt. Von ihm erzählte man ſich in Weimar eine Geſchichte, die ihn hoch ehrte. Ein fremder Fürſt habe ihn beſucht, und Karl Friedrich ſei mit ihm im Park zu Ettersburg umhergewandelt. Da habe Jemand gehört, wie der fürſtliche Gaſt dem Großherzog zugeredet habe: er ſolle doch die liberalen Zugeſtändniſſe, die er 1848 ſeinem Volke gemacht, zurücknehmen, wie aber der alte Herr darüber in großen Zorn gerathen ſei und mit erhobener Stimme geſagt habe: „Was denken Euer Liebden von mir? Ich bin ein ehrlicher Mann und halte mein Wort!“ Schon unter ihm hatte Watzdorf einen Miniſterpoſten bekleidet und bereits ſo viel Vertrauen im Volke genoſſen, daß die Märzbewegung 1848 an ihm ſpurlos vorüberging.

Dem glücklichen Ländchen blieb daher auch das Schickſal erſpart, welches damals ſo viele deutſche Staaten, große und kleine, traf, das Schickſal, durch Staatsſtreiche

und Verfaſſungsbrüche die Rechtsordnung geſtört und das Rechtsgefühl des Volkes auf's Tiefſte verletzt zu ſehen. Selbſt die mancherlei kleinen Ausſchreitungen, die wohl 1848 vorgekommen waren, erfuhren in Weimar eine mildere Behandlung, als vieler Orten; politiſche Verfolgungen kamen nicht vor. Und die Folge von Alledem war die, daß die Verirrten von ſelbſt ſich allmälig zu ruhigeren Anſichten bekehrten und gute, brauchbare Staatsbürger wurden, daß keinerlei Verbitterung im Volke Platz griff, daß (wie die obige Landtagsſcene beweiſt) auch zwiſchen der Oppoſition und der Regierung keineswegs ein ſo ſchroffer Gegenſatz beſtand, wie ſonſt wohl häufig, vielmehr jeder Theil das Gute an dem andern anerkannte und ehrte. Als Fries zum erſten Mal (nach hartnäckigem Kampfe) in das Präſidium des Landtags gewählt war, und ich dies dem Miniſter mittheilte, meinte dieſer lächelnd: „Nun, das iſt auch kein Unglück; Fries iſt ein verſtändiger Mann." Und als bei den nächſten Neuwahlen die Oppoſition verſtärkt in den Landtag zurückkehrte, ließ ihn das ebenfalls ſehr ruhig.

Dieſe Harmloſigkeit der politiſchen Zuſtände im Großherzogthum kam auch mir zu gute. In der Reſidenz erſchien eine demokratiſche Zeitung „Deutſchland", welche ungleich verbreiteter war, als das Regierungsblatt; allein ich erinnere mich nicht, daß dieſelbe auch nur ein einziges Mal unſer Blatt oder mich ſelbſt im Entfernteſten ſo feindſelig oder gar ſo gehäſſig angegriffen hätte, wie mir das leider ſeitens der Demokratie meines ſächſiſchen Vaterlandes ſo häufig geſchehen war. Zwiſchen dem Führer der dortigen Demokratie, Fries, und mir bildete ſich ſogar allmälig ein

Verhältniß der Annäherung aus. Fries bewies mir offenbar Vertrauen, zog mich bei nationalen Fragen (wo wir auf gleichem Boden ſtanden) gern zu Rathe, wie wir denn beiſpielsweiſe gemeinſam eine öffentliche Kundgebung gegen die bekannte undeutſche Aeußerung des hannoverſchen Miniſters Grafen von Borries vorbereiteten. Auch geſellig verkehrten wir. Ich war daher kaum überraſcht, wohl aber erfreut, als ich im Reichstage 1871 Fries als meinen Nachbar auf den Bänken der Nationalliberalen fand.

Bei ſo glücklichen Verhältniſſen blieb mir, als Redacteur der Weimariſchen Zeitung, die Aufgabe, welche in der Regel bei officiellen und officiöſen Blättern in erſter Linie ſteht, nämlich ein Kampf gegen die Oppoſition, zu meiner Freude ſo gut wie erſpart; um ſo ausſchließlicher konnte ich mich jener andern, mir ungleich mehr ſympathiſchen, zuwenden, die ich ſchon in meinem Antrittsprogramm in erſte Linie geſtellt hatte: der Belehrung und Aufklärung des Volks über Fragen des Staatsrechts, der Volkswirthſchaft u. ſ. w. Mit welcher Unbefangenheit ich dabei zu Werke gehen durfte, ohne befürchten zu müſſen, von oben her verleugnet zu werden, dafür nur das eine Beiſpiel, daß ich angeſichts bevorſtehender Landtagswahlen in einem Leitartikel ausführte, wie es viel richtiger und für Volk und Regierung zuträglicher ſei, wenn nicht Staatsbeamte, ſondern möglichſt unabhängige Männer in die Kammer gewählt würden.

Wie die politiſchen und die geſchäftlichen, ſo waren auch die geſelligen Verhältniſſe, welche Weimar mir bot, die angenehmſten und befriedigendſten. Die Geſellſchaft Weimars theilte ſich, wie das faſt überall, zumal aber in Reſidenzen, zu geſchehen pflegt, in verſchiedene, von ein-

ander geſonderte Gruppen. Mit der Hofgeſellſchaft kam ich nur in ganz vereinzelten Fällen in Berührung, fand dieſelbe aber dann immer ſehr liebenswürdig. Dem Kreiſe, der ſich um Franz Liszt und die Fürſtin von Wittgenſtein auf der ſog. „Altenburg“ ſammelte und der zumeiſt aus begeiſterten Jüngern der „Zukunftsmuſik“, daneben aus einigen Schriftſtellern beſtand, blieb ich fern, obſchon es an Anregung zur Theilnahme daran mir nicht fehlte. In der letzten Zeit meines Aufenthalts in Weimar bildete ſich ein anderer Kreis von Kunſtjüngern, aber ſolchen der bildenden Kunſt, um die von dem Großherzog geſtiftete „Kunſtakademie“; von dieſen habe ich einzelne, wie den Director der Akademie, Graf Kalkreuth, kennen gelernt, doch ohne eigentlich mit ihnen zu verkehren. Näher ſtand ich jenen älteren Meiſtern, welche außerhalb der Akademie eine ſelbſtſtändige Stellung behaupteten, wie Fr. Preller, Hummel, Genelli, Marterſteig. Mit den erſten Beiden traf ich im Winter ziemlich regelmäßig zuſammen bei einer Billardpartie, zu welcher allabendlich auf dem nahen Belvedere ſich eine Anzahl von Weimaranern einfand und wo es immer recht heiter herging. Ein vierter Kreis, der aus höheren Staats- und Hofbeamten, Geiſtlichen, Profeſſoren des Gymnaſiums und anderen Gelehrten, Advocaten, Aerzten, Buchhändlern, auch ein paar Offizieren beſtand, hatte ſeinen Mittelpunkt in dem „Mittwochsverein“, wo jedes Mal ein kurzer Vortrag von einem der Mitglieder gehalten und dann gemeinſam ein äußerſt frugales Abendeſſen eingenommen wurde. Dies war der Kreis, in dem ich mich vorzugsweiſe viel und gern bewegte und wo ich mich äußerſt freundlich aufgenommen ſah. Derſelbe Kreis erweiterte ſich dann durch

Hinzutritt von noch anderen Elementen aus der Bürgerschaft, — Kaufleuten, Juristen, Lehrern u. s. w. — zu der „Erholungsgesellschaft", die namentlich im Sommer durch ein sehr hübsch gelegenes, ausgedehntes Gartenlocal einen angenehmen Aufenthalt auch für Familien bot.

Sehr entwickelt war in eben diesen Kreisen die Privatgeselligkeit. Die äußeren Formen derselben waren durchaus einfache, bequeme und gemüthliche. Da man nicht zusammenkam, um zu schwelgen oder zu prunken, sondern um sich zu erholen und zu erheitern, so wurden an die materiellen Genüsse die bescheidensten Ansprüche gestellt. Formelle Einladungen lange vorher waren nicht gebräuchlich: frühestens am Vorabend, bisweilen erst an dem betreffenden Tage selbst ward rasch ein kleiner Kreis zusammengebeten, und fast immer stellte sich derselbe vollzählig ein. Die Unterhaltung war lebhaft, zwanglos, geistig angeregt und anregend, aber ohne Affectation und künstliches Geistreichthun.

Für mich und meine Frau, die wir fünf Jahre lang, auf dem Lande lebend, fast jeder Geselligkeit außerhalb des Familienkreises baar gewesen waren, hatte dieser Verkehr, der Geist und Gemüth gleichmäßig befriedigte, einen ganz besonderen Reiz, und wir gaben uns demselben mit großer Befriedigung hin. Meine gute Frau, die in den schweren Vorjahren meine Lasten und Sorgen redlich getheilt und nach Kräften mir erleichtert, dabei aber freilich fast den letzten Rest des ihr angeborenen glücklichen Humors zugesetzt hatte, lebte in dieser wohlthuenden Atmosphäre von Herzlichkeit, Sympathie und Gesinnungsgleichheit gleichsam wieder auf und gewann die frühere Frische zurück. Unsere Kinder,

die vorher viel gekränkelt hatten, erholten ſich ſichtlich in der kräftigen thüringiſchen Berg- und Waldluft, fanden auch in den uns befreundeten Familien zuſagende Spiel- und Strebegenoſſen. Genug, in unſer ganzes Leben fiel nach langer Zeit wieder der erſte heitere Sonnenblick.

Zu kleinen Ausflügen in die Nachbarſchaft, zumeiſt ebenfalls in Geſellſchaft, gaben die, zwar nicht hoch-romantiſchen, aber doch anmuthigen Umgebungen Weimars vielfach Gelegenheit und Anreiz. Hier waren es beſonders einige uns näherſtehende Familien, wie die des Oberhofpredigers Dittenberger, des Hofraths Schöll, des „Papa Genaſt", des Dr. Locher u. a., mit denen gemeinſam wir ſolche Partien unternahmen — bald in die ſchönen Parks von Belvedere, Tiefurt, Ettersburg, die ſo reich ſind an klaſſiſchen Erinnerungen, bald nach Oberweimar oder auch in das unferne Badeörtchen Berka. Wir Aelteren ergingen uns da in ernſten oder heitern Geſprächen, während eine zahlreiche Jugend ſich luſtig um uns her tummelte.

Mit Jena knüpften ſich ebenfalls Beziehungen an. Zwar Hettner war fort, und Droyſen ging bald darauf nach Berlin; dafür machte ich neue, werthvolle Bekanntſchaften an den Geh. Kirchenräthen Haſe und Schwarze, dem Juriſten Danz, dem Philoſophen Cuno Fiſcher u. A. Das 300jährige Beſtehen der Univerſität ward 1858 mit großer Feierlichkeit begangen, und natürlich fehlten wir Weimaraner dabei nicht. Von den noch lebenden vier älteſten berühmten Jenenſern: Arndt, Alexander von Humboldt, Heinrich von Schubert und K. Benedict Haſe war nur der Letzte (den ich 1844 in Paris kennen gelernt hatte) herbeigekommen und erſchien noch ſehr rüſtig.

Es war ein ſchönes, würdiges Feſt. Mir gab es Anlaß zu der kleinen Schrift: „Die Univerſität Jena nach ihrer Stellung und Bedeutung in der Geſchichte deutſchen Geiſteslebens von ihrer Gründung bis auf die Gegenwart, eine Feſtgabe zum 300jährigen Jubiläum der Univerſität, zugleich ein Beitrag zur deutſchen Culturgeſchichte.“ *)

Ein zweites Schriftchen erwuchs mir gleichfalls aus jenenſiſchem Boden. Der Vorſtand der dortigen „Geſellſchaft zur Roſe“ bat mich um einen Vortrag, und ich ſprach in Folge deſſen in dem ſog. Roſenſaal vor einem vorzugsweiſe den Univerſitätskreiſen angehörenden Publikum über „Friedrich den Großen und ſein Verhältniß zur Entwickelung des deutſchen Geiſteslebens“. Der Vortrag erſchien ſpäter als Broſchüre**).

An Gelegenheit zu Vorträgen dieſer Art fehlte es auch in Weimar nicht. Ich betheiligte mich an den Beſtrebungen des Vereins für Errichtung eines Cranachdenkmals durch zwei Vorträge, in denen ich über „das deutſche Familienleben im vorigen Jahrhundert“ ſprach. In dem „Mittwochsverein“ gab ich das eine Mal Einiges „aus der Mappe eines deutſchen Publiciſten“ zum Beſten (allerhand Curioſa zur Geſchichte der Preß- und Cenſurverhältniſſe vor 1848); ein anderes Mal entwarf ich eine kurze vergleichende Zuſammenſtellung der Entwickelung des Staatslebens in Deutſchland, England und Frankreich. Letzteren Vortrag habe ich in „Raumers hiſtoriſchem Taſchenbuch“ (Jahrgang 1858) veröffentlicht:

*) Jena, Bran'ſche Buchhandlung, 1858.

**) Braunſchweig, bei G. Weſtermann, 1859

die Curioſa haben, etwas erweitert, ihren Platz in dieſen Memoiren (1. Band, 9. Capitel) gefunden; die beiden Vorträge über deutſches Familienleben druckte Böhlau in ſeinem „Weimarer Sonntagsblatt“ ab. Nach Uhlands Tode (1862) veranſtaltete ich mit Böhlau zuſammen in dem „Gewerbeverein“ eine Todtenfeier, bei welcher ich die Gedächtnißrede auf den verewigten Dichter hielt. Dieſen Vortrag, wie auch die für das Cranachdenkmal, beehrten die großherzoglichen Herrſchaften mit ihrer Gegenwart; der Uhlandfeier wohnte auch Königin Auguſta von Preußen bei, die bei ihren fürſtlichen Verwandten zum Beſuche anweſend war. Auch in Apolda, in Erfurt hielt ich auf Anſuchen dortiger Vereine Vorträge in größeren Verſammlungen über irgend welche geſchichtliche oder politiſche Themata.

Noch kurz vor meinem Weggange von Weimar bat mich Frau von Watzdorf, einem Kreiſe von Familien, der in jedem Winter Belehrung und Anregung in Vorträgen aus verſchiedenen Gebieten zu ſuchen pflegte (Familien höherer Staats- und Hofbeamten), einen Cyclus ſolcher zu halten. Ich konnte mich dieſem Erſuchen von ſolcher Seite nicht wohl verſagen, obwohl meine Zeit gerade damals ſehr beſchränkt war, fand mich aber durch das ſehr lebhafte Intereſſe belohnt, welches meine vornehmen Hörer und Hörerinnen an den Vorträgen nahmen. Auch daraus iſt ein Buch entſtanden unter dem Titel: „Deutſchlands trübſte Zeit oder der 30jährige Krieg in ſeinen Folgen für das deutſche Culturleben.“*)

Neben ſolchen kleinen wiſſenſchaftlichen Streifzügen in

*) Daſſelbe bildet den 5. u. 6. Halbband von Serie I der bei Brigl in Berlin erſchienenen „Deutſchen Nationalbibliothek“.

Rede und Schrift, zu denen mir meine Redactionsthätigkeit Muße ließ (während mein großes Culturgeſchichtswerk „Deutſchland im 18. Jahrhundert“ allerdings nur langſam vorrückte), erwachte in mir auch wieder der Drang praktiſch-gemeinnützigen Wirkens. Es war damals die Zeit, wo in das deutſche Gewerbeleben neue Bewegung kam, wo die Frage der Gewerbefreiheit die Gemüther zu beſchäftigen anfing. In der Stadt Weimar hatte früher ein Gewerbeverein beſtanden, war aber eingeſchlafen. Es gelang mir, mit Hilfe des hochverdienten, meinem Vorhaben zugeneigten Oberbürgermeiſters Bock, denſelben wieder in's Leben zu rufen. Der Verſuch freilich, den ich in Gemeinſchaft mit Fries unternahm, den Verein für den Gedanken der Gewerbefreiheit zu gewinnen, ſcheiterte im Anfange gänzlich; wenig fehlte, daß wir Beide vor dem ſich erzürnt aufbäumenden Zunftgeiſt förmlich die Flucht hätten ergreifen müſſen. Allmälig indeß ward doch ſo viel erreicht, daß, als 1858 der erſte „Congreß deutſcher Volkswirthe“ in Gotha tagte (an deſſen Zuſtandebringung ich mich betheiligte), ich vom Gewerbeverein zu Weimar als Delegirter dorthin entſendet und, da ich bei meiner Rückkehr mittheilte, man habe ſich auf dem Congreß überwiegend zu Gunſten einer freieren Geſtaltung der Gewerbeverhältniſſe ausgeſprochen, dies ruhig hingenommen ward. Die Leitung des Vereins führte ich einige Zeit lang in Vertretung eines dem Namen nach an die Spitze geſtellten Handwerkers, gab ſie aber ſo bald als möglich ab an einen dazu Befähigteren, den Baumeiſter Kohl, der ſich dann das Verdienſt erwarb, eine erſte geſammtthüringiſche Gewerbeausſtellung, und zwar eine ſehr gelungene, zu Stande zu bringen.

Ich hatte in der letzten Zeit meines Leipziger Aufenthaltes einem dortigen „Gesellenverein“ geschichtliche Vorträge gehalten und dabei große Freude gehabt an dem lebhaften Wissenstriebe und dem gesunden, von socialistischen Hirngespinnsten völlig freien Sinne dieser jungen Leute.

In der Erinnerung daran that ich im Gewerbeverein in Weimar einmal die Aeußerung: es wäre doch wünschenswerth, wenn hier etwas Aehnliches zur Fortbildung der Arbeiter geschähe. Darauf erschien bei mir eine Deputation von Gehilfen und bat mich im Namen derselben, die Gründung eines solchen Vereins in die Hand zu nehmen. Ich that dies, und so entstand neben dem Gewerbeverein (von letzterem unabhängig, ja von manchen der Handwerksmeister anfangs mit wenig günstigen Augen angesehen) ein „Gesellenverein“. Die mir angebotene Leitung desselben wies ich ab, um die jungen Leute daran zu gewöhnen, sich selbst zu regieren, was denn auch recht wohl gelang. Nur bei besonderen Fällen holten sie meinen Rath ein. Dagegen hielt ich ihnen regelmäßig Vorträge theils über Fragen der Volkswirthschaft (diese abwechselnd mit Dr. Emminghaus, dem jetzigen Director der Lebensversicherungsgesellschaft zu Gotha), theils über geschichtliche und andere für sie passende Themata. Aus diesem Gesellenverein wuchs dann ein Gesellenturnverein, aus diesem wieder eine „Turnerfeuerwehr“ heraus. Von dem Vorstand der letztern erhielt ich im Jahre 1884 zu meiner großen Ueberraschung ein Schreiben, worin ich, als Urheber des Vereins, dringend gebeten ward, zur Feier seines 25jährigen Bestehens nach Weimar zu kommen und die Festrede zu halten. Die darin sich kundgebende dankbare Anhänglichkeit rührte und erfreute

mich um ſo mehr, als ja natürlich der größte Theil der gegenwärtigen Vereinsmitglieder von mir nur aus Mittheilungen ihrer älteren Genoſſen etwas wiſſen konnte. Ich mochte mich daher auch der an mich gerichteten Aufforderung nicht entziehen. Und ich hatte es nicht zu bereuen, denn bei meiner kurzen Anweſenheit in Weimar fand ich mich von ſo viel Liebe umgeben, erhielt auch von dem unter dieſen Arbeitern unverändert fortlebenden guten Geiſte ein ſo erfreuliches Bild, daß ich noch heut gern an die dort verlebten Stunden zurückdenke.

In größerem Umfange ward meine Thätigkeit in Anſpruch genommen, als ſich einerſeits eine Vereinigung der thüringiſchen Gewerbevereine zur gemeinſamen Berathung gewerblicher Zeitfragen bildete, andererſeits eine, zunächſt für Sachſen begründete, „Volkswirthſchaftliche Geſellſchaft“ ſich zu einer „ſächſiſch-thüringiſchen“ oder „mitteldeutſchen“ erweiterte, und mir in beiden Körperſchaften der Vorſitz übertragen ward.

So ward allmälig auch die, ſonſt ſo ſtille Muſenſtadt in die Bewegung hineingezogen, welche — zunächſt auf wirthſchaftlichem, bald auch auf politiſchem Gebiet — rings umher bereits wieder ſich zu entwickeln begann, zumal als 1859 die Verſammlung „Deutſcher Genoſſenſchaften“ unter Schulzes, 1862 der „Congreß deutſcher Volkswirthe“ unter Lettes Vorſitz, 1863 gar der „Deutſche Abgeordnetentag“ ſich dorthin flüchtete, um ſich der unbehinderten Verſammlungs- und Redefreiheit zu erfreuen, die im Staate Karl Alexanders herrſchte.

Mir fiel bei den erſten beiden Verſammlungen die nicht ganz geringe Mühe zu, für die örtlichen Vorbereitungen

Sorge zu tragen. Dafür hatte ich die Freude, die (mir ſchon zuvor befreundeten) Leiter der beiden Verſammlungen als liebe Gäſte in meinem Hauſe zu empfangen.

Der Abgeordnetentag führte mir viele ehemalige, zum Theil lange nicht geſehene Geſinnungsgenoſſen zu. Auch Heinrich von Gagern war erſchienen. Meine Einladung, bei mir zu wohnen, hatte er freundlich dankend mit dem Bemerken abgelehnt, daß er möglichſt für ſich zu bleiben wünſche. Doch beſuchte er mich und zeigte mir und meiner Frau das alte liebenswürdige Wohlwollen. Unſer Wiederſehen hatte inſofern etwas Peinliches, als wir beiderſeits wußten, daß unſere politiſchen Standpunkte nicht mehr die gleichen ſeien. Doppelt peinlich ward aber für mich und andere ehemalige Anhänger Gagerns die Situation, als Gagern im Abgeordnetentage ſeine Anſichten über die Nothwendigkeit einer Erhaltung Oeſterreichs bei Deutſchland in einem ziemlich langen, auch der Form nach der alten Sicherheit und Friſche Gagern'ſcher Reden entbehrenden Vortrage auseinanderſetzte und von der Verſammlung mit nur ſchlecht verhehlter Ungeduld angehört ward. Wir, die wir ohne Wandel auf dem Standpunkte, den ehemals Gagern einnahm, dem eines deutſchen Bundesſtaates unter Preußens Führung und ohne Oeſterreich, ſtehen geblieben waren (außer mir waren in der Verſammlung von ſolchen auch Häuſſer, Cetto u. A.), wir durften uns der ſchmerzlichen Pflicht nicht entziehen, hier offen Farbe zu bekennen, ſomit gegen ihn, den einſt von uns ſo hochverehrten Parteiführer, aufzutreten. Ich meldete mich deshalb zum Wort; das Gleiche that Häuſſer. Ich geſtehe aber, daß es mir eine Herzenserleichterung war, als durch den

mehrſeitig lebhaft begehrten und von der Verſammlung angenommenen Schluß der, durch eine Reihe früherer Redner bis zu ſehr ſpäter Stunde ausgedehnten Debatte ich der Erfüllung dieſer ſchmerzlichen Pflicht überhoben ward.

Ich habe Gagern ſeitdem nur noch ein einziges Mal geſehen. Es war in Wien kurz vor dem Ausbruch des preußiſch-öſterreichiſchen Krieges 1866. Gagern war damals großherzoglich heſſen-darmſtädtiſcher Geſandter am Wiener Hofe. Trotz Allem, was zwiſchen uns lag, wäre es mir doch unmöglich geweſen, Wien zu verlaſſen, ohne ihn aufgeſucht zu haben. Er war gegen mich ganz der Alte, die Herzlichkeit ſelbſt. Ich mußte bei ihm ſpeiſen, nur mit ihm und ſeiner Familie, ſeiner liebenswürdigen Gemahlin und ſeinen blühenden Kindern. Von Politik war unter uns nicht die Rede, aber den Zauber ſeiner gewinnenden Perſönlichkeit empfand ich noch einmal in vollem Maße. Die mit ihm vorgegangene Wandlung iſt für mich ſtets ein ungelöſtes Räthſel geblieben; nur ſo viel glaube ich beſtimmt zu wiſſen und möchte mich dafür verbürgen, daß auch nicht der leiſeſte unlautere Beweggrund dabei im Spiele geweſen ſein kann. An ſeinem Charakter haftet ſicherlich kein Makel; nur eine, allerdings ſchwer begreifliche, Verirrung ſeines ſonſt ſo klaren Verſtandes hat man zu beklagen. Daß eine ſo glänzend begonnene politiſche Laufbahn ſich dergeſtalt in Nebel verlaufen konnte, iſt jedenfalls ſchmerzlich; doch ſollte man niemals vergeſſen, welche großen Verdienſte dieſer Mann ſich namentlich in der erſten Zeit der ſtürmiſchen Bewegung von 1848 um die Sache der Ordnung und der Monarchie erworben hat! Ihm weſentlich war es zu verdanken, wenn nicht durch einen

Sieg der republikaniſchen Partei im Vorparlamente namenloſe Verwirrung in Deutſchland angerichtet ward.

Ich kehre nach Weimar zurück. Die Erinnerung an das „klaſſiſche" Weimar, die dort immerfort (auch) inmitten zum Theil ganz anders gearteter Erſcheinungen der Gegenwart) in zahlreichen rührenden und erhebenden Spuren dem Einheimiſchen wie dem fremden Beſucher entgegentritt — in dem Goethe- und Schillerhaus, der Fürſtengruft mit den Särgen der beiden großen Todten, den „Dichterzimmern" im Schloſſe, den vielen Inſchriften im Park, in denen Goethes Geiſt zu uns ſpricht — dieſe Erinnerung ward gerade während meines Aufenthaltes dort in würdigſter Weiſe neu belebt durch die ſchönen „Dichterfeſte" im Jahre 1857. Mit Feſtreden, Aufzügen, Vorſtellungen im Theater u. ſ. w. wurde die Enthüllung des Doppelſtandbildes Goethes und Schillers und des Standbildes Wielands (das Herders war ſchon 1850 errichtet worden) ſowie die Grundſteinlegung zu einem „Karl-Auguſt-Denkmal" feierlichſt verherrlicht. Eine Menge bedeutender Perſönlichkeiten ſammelte ſich in jenen Feſttagen in Weimar, deſſen ſonſtige Stille einer ungewöhnlichen Bewegung Platz machte.

Mir ward die Freude zu Theil, zwei werthe Freunde, den Dichter Heinrich König (den ich zuerſt beim Schriftſtellertage zu Leipzig 1845 kennen gelernt hatte) und den namhaften Culturhiſtoriker Hof- und Archivrath Brückner, (mit dem ich ſchon lange in lebhaftem Briefwechſel ſtand) als Gäſte zu beherbergen.

Die Anweſenheit dieſer und anderer Freunde der Culturgeſchichte (des Profeſſors Wachsmuth, des Con-

ſervators am Germaniſchen Muſeum Joh. Falke u. ſ. w.) benutzte ich, um einen lange gehegten Plan auszuführen, die Gründung eines „Vereins für deutſche Culturgeſchichte“. Auf dem Felſenkeller zu Weimar fanden wir uns, freilich nur wenige, in einer dem allgemeinen Feſtesjubel mühſam abgeſtohlenen Abendſtunde zuſammen und entwarfen die Statuten des Vereins. Er ſollte namentlich dazu dienen, ſolches culturgeſchichtliches Material aufzuſuchen und zu ſammeln, welches in den gewöhnlichen Geſchichtsquellen (archivaliſchen, chronikaliſchen und ähnlichen) ſich ſelten findet, z. B. Tagebücher, Briefſchaften, Rechnungs- und Haushaltungsbücher u. dgl., ebenſo die noch da und dort vorhandenen Spuren von Volksfeſten, Volksgebräuchen u. ſ. w. Es entſtanden mehrere Zweigvereine, einer in Weimar, an welchem eine große Anzahl von Beamten, Gelehrten u. A. ſich lebhaft betheiligte, einer in Meiningen unter Brückners Leitung, einer in Nürnberg unter Falke und Müller, einer in Hildesheim durch die Bemühungen Karl Seiferts; die in Nürnberg von Falke und Müller herausgegebene „Zeitſchrift für deutſche Culturgeſchichte“ brachte Berichte über die Thätigkeit dieſer Vereine, und ein reger Eifer des Suchens, Sammelns und Verwerthens culturgeſchichtlicher Stoffe zeigte ſich allerwärts. So u. A. erhielt der Zweigverein zu Weimar als werthvolles Geſchenk vom Miniſter von Watzdorf das Wirthſchaftsbuch eines fränkiſchen Rittergutes aus dem 17. Jahrhundert, und Staatsrath Bergfeld entwarf auf Grund deſſelben ein ſehr intereſſantes und lehrreiches Bild von den wirthſchaftlichen, ſocialen, ſittlichen Zuſtänden einer ſolchen Großgrundbeſitzerfamilie der damaligen Zeit. Der Aufſatz erſchien in der oben

gedachten Zeitschrift (Jahrgang 1858). Leider aber hatten alle diese Vereine das Schicksal so vieler Vereine: der anfängliche Eifer erkaltete allmälig, und so sind sie einer nach dem andern eingegangen, zuletzt auch der zu Weimar, der noch nach meinem Weggange von dort eine Zeit lang unter der kräftigen Leitung des Geh. Finanzraths Schomburg fortbestanden hatte.

Einer speziellen Sitzung dieses letztern Vereins sei hier noch ausdrücklich gedacht. Es war vor Weihnachten im Jahre 1859. Ich machte darauf aufmerksam, daß am zweiten Feiertag, den 26. December, Vater Arndt sein 90. Lebensjahr vollende. Einmüthig beschlossen die Anwesenden, dem ehrwürdigen Greis, in dem ein so langes und reiches Stück deutscher Culturgeschichte gleichsam verkörpert erschien, in einem Collectivschreiben unsere wärmsten Glückwünsche darzubringen. Ich ward mit der Abfassung und Absendung des Schreibens betraut. Darauf erhielten wir als Antwort von dem Alten die folgende prächtige Zuschrift, eine der letzten, die er abgelassen hat, denn bekanntlich starb er am 29. Januar 1860, angeblich in Folge der Erschöpfung seiner Kräfte, die er durch die allzu gewissenhafte eigenhändige Beantwortung aller der ihm zugegangenen zahllosen Glückwunschschreiben sich zugezogen hatte. Die Zuschrift lautete:

Bonn, den 8. Wintermonds 1860.

Ein fröhliches glückliches Jahr 1860 zuvor, Ihnen, theurer Freund, und dem gesammten lieben Vaterlande! Dank! Dank! muß der Neunziger rufen Ihnen und vielen Tapfern und Frommen, die ihm so freundlich mit Liebeszeichen und Ehrenzeichen an seinem Erden-Gedächtnißtage entgegengekommen sind. Gottlob, er hat ja noch Athem es leidlich zu tragen, und Ihr, lieber Freund, sollt

hören, daß er dies ohne Brille ſchreibt und ohne Krückſtock noch ſeine 4—5 Meilen über Berg und Thal laufen kann. Möchten unſere deutſchen Dinge nur auch ſo friſch und luſtig laufen! Doch heute keine Politik, ſondern nur den großen breiten Wunſch für uns Alle und für das ganze liebe Vaterland!

Möge es Ihnen wohl gehen! Grüßen Sie Alle, die des Alten in Liebe gedenken. Ich bin ja aus alten Erinnerungen ein beſonderer Liebhaber Thüringens und habe heute Mittag der Thüringer Geſundheit angeklungen aus ſonderlicher Veranlaſſung. Die Männer von Kahla, wo ich heute vor 65 Jahren um ein Haar ertrunken wäre an einem ſchönen, mit den hübſchen Mädchen der Stadt durchgetanzten Feſtabend, haben mir neulich zu fröhlicher Erinnerung ein Fäßchen köſtlichen Feſtbiers zugeſandt.

Dies beiläufig. Sie, lieber Freund, ſollen glücklich durch's Jahr 1860 wandern! In deutſcher Treue Ihr E. M. Arndt.

Neuntes Capitel.

Neue Regungen des nationalen Geistes in Deutschland und meine Betheiligung daran (1859—1860).

Die ersten Jahre in Weimar waren mir in beinahe völliger Ruhe und Abgeschlossenheit, auch nach außen hin, vergangen. In der deutschen wie in der europäischen Politik herrschte seit dem Schlusse des Krimkrieges eine, durch kein besonderes Ereigniß unterbrochene Stille, es fehlte daher der Anlaß zu jeder An- oder Aufregung nach dieser Seite hin.

Mit dem Eintritt der Regentschaft in Preußen (im October 1858) ward dies allerdings schon einigermaßen anders. Sowohl die Persönlichkeit als die ersten Handlungen des Prinz-Regenten, die Einsetzung des „Ministeriums der neuen Aera", sowie das mit diesem vereinbarte und dann veröffentlichte Regierungsprogramm, erweckten neue und allem Anschein nach zuverlässigere Hoffnungen für eine Bessergestaltung der preußischen und der deutschen Angelegenheiten, als seiner Zeit der Thronwechsel von 1840. Allein ein stärkerer politischer Pulsschlag der öffent-

lichen Stimmung ward doch erſt verſpürt, als mit der bekannten Neujahrsanrede Napoleons III. an den öſterreichiſchen Geſandten (1859) die ziemlich beſtimmte Ausſicht auf einen Krieg zwiſchen Frankreich und Oeſterreich, alſo einen Krieg unmittelbar an den Grenzen Deutſchlands und mit Bedrohung der einen deutſchen Großmacht in ihrem Beſitzſtande, an das deutſche Volk herantrat.

Mich ſelbſt riß dieſe plötzliche Wiederunterbrechung des erſt vor Kurzem eingetretenen Friedensſtandes aus dem idylliſchen Stillleben, worin ich mich vorwiegend wiſſenſchaftlichen Arbeiten hingegeben hatte, gewaltſam heraus. Ich hatte, da die Weimariſche Zeitung, bei ihren nahen Beziehungen zu der Regierung eines kleineren Staates, in Bezug auf die auswärtige Politik ſich eine gewiſſe Zurückhaltung auferlegen mußte, ſchon bisher, ſo oft ich den Drang fühlte, nach dieſer Seite hin mich auszuſprechen, dazu die „Deutſche Allgemeine Zeitung“ benutzt, der ich in Leipzig nahe geſtanden und zu der ich das gleiche Verhältniß auch von Weimar aus fortgeſetzt hatte. Für dieſe ſchrieb ich ſofort nach jenem kriegeriſchen Neujahrsgruße Napoleons (in Nr. 8 von 1859) einen Leitartikel: „Zur Situation“, worin ich ausſprach:

Der Fortbeſtand der öſterreichiſchen Herrſchaft über Italien möge auf die Länge zweifelhaft ſein; allein, daß an ihre Stelle nicht eine Herrſchaft Frankreichs trete, daran müßten Preußen und Deutſchland, im Bunde mit Oeſterreich, Alles ſetzen.

Oeſterreichiſche und öſterreichfreundliche Blätter mißdeuteten dies dahin, als ſollten Preußen und Deutſchland für Oeſterreichs unberechtigte Anſprüche in Italien (ſeine Specialverträge mit den kleinen Fürſten) eintreten:

dagegen verwahrte ich mich in einem zweiten Artikel: „Zur Verſtändigung“ (in Nr. 16) ſehr nachdrücklich.

Als dann die Wahrſcheinlichkeit einer Einmiſchung Frankreichs in die öſterreichiſch-italieniſchen Händel immer näher rückte, ſchrieb ich für die Deutſche Allgemeine Zeitung eine Reihe von Artikeln (in den Nrn. vom 23. März ff.) unter dem gemeinſamen Titel: „Die Situation: Deutſchland und Preußen.“ In dem erſten derſelben ſagte ich:

Um keinen Preis darf der Grundſatz im europäiſchen Völkerrechte Platz greifen, als ob es irgend einer einzelnen Macht zuſtehe, eine Veränderung in dem allgemeinen Status quo (auch wenn dieſelbe an und für ſich noch ſo wünſchenswerth erſcheinen ſollte) von ſich allein aus — durch Gewalt oder durch Drohungen — herbeizuführen und ſomit ſich zum Schiedsrichter Europas aufzuwerfen.

Die öffentliche Meinung in Deutſchland war damals ſehr getheilt; im Süden faſt allgemein, theilweiſe auch im Norden forderte man ein alsbaldiges Eintreten Preußens und Deutſchlands für Oeſterreich gegen Frankreich und Italien. Die Preßorgane der öſterreichiſchen Regierung trieben und drängten fortwährend nach dieſer Richtung hin. Mir dagegen erſchien als die einzig richtige Politik für Deutſchland eine ſolche, welche nur nach dem eigenen wohlverſtandenen Intereſſe der deutſchen Nation handle, ſich nicht von Oeſterreich in's Schlepptau nehmen laſſe, dagegen aber auch ſorgſam darüber wache, daß nicht Napoleon zu einer bedrohlichen Machtentfaltung gelange. Nothwendige Vorbedingung für eine ſolche ſelbſtändige, nach beiden Seiten hin Front machende deutſche Politik war meines Erachtens die unverweilte Zuſammenfaſſung aller deutſchen Kräfte in einer ſtarken und ſicheren Hand. Dieſe Hand konnte — zumal unter den jetzigen Umſtänden,

wo Oeſterreich wegen ſeines außerdeutſchen Beſitzſtandes ſelbſt Partei war — ſchlechterdings keine andere als die Preußens ſein, und ſo führte die ganze Logik der Verhältniſſe, wie mir ſchien, zu dem Ergebniß einer Wiederaufnahme des Gedankens von 1848, nämlich: einer Einigung des nichtöſterreichiſchen Deutſchlands unter Preußens Führung. In dieſem Sinne ſagte ich in dem dritten jener Artikel in der Deutſchen Allgemeinen Zeitung:

Oeſterreich ſelbſt könnte nur gewinnen, wenn Preußen durch eine freiere Verfügung über die Kräfte des Bundes in den Stand geſetzt würde, ein entſcheidendes Wort in den europäiſchen Angelegenheiten zu ſprechen. Denn das natürliche Intereſſe Preußens, welches identiſch iſt mit dem des ganzen Deutſchland, macht ihm die eiferſüchtigſte Ueberwachung jeder verſuchten Machterweiterung ſo Frankreichs wie Rußlands zu einer gebieteriſchen Pflicht, geht alſo mit dem natürlichen Intereſſe Oeſterreichs Hand in Hand und würde dieſes natürliche Intereſſe Oeſterreichs um ſo gewiſſer ſchützen helfen, wenn erſt die unſelige Rivalität beider Mächte in Deutſchland und wegen Deutſchlands beſeitigt wäre.

So hatte ich bereits Stellung zu dem öſterreichiſch-franzöſiſchen Conflicte genommen, als ich von einem politiſchen Parteigenoſſen in Leipzig, dem bekannten (ſeitdem verſtorbenen) Buchhändler Guſtav Mayer, am 4. April einen Brief folgenden Inhalts erhielt:

Iſt ſeitens der Gothaner etwas geſchehen, und was, um eventuell bei einem Stoß im Südweſten vorbereitet aufzutreten? Preußen ſcheint zu viel im Innern zu thun zu haben, und die ſpecifiſch preußiſche Genugthuung über die ihm octroyirte Wandlung zum Beſſeren ſcheint auch das preußiſche Volk vergeſſen zu machen, daß es nach den ſchmählichen 10 Jahren ſeit Olmütz einer ganz anderen Gewähr, als zahmer Miniſterreden, bedarf, um uns an Preußens deutſche Pflichterfüllung glauben zu laſſen. Wir wiſſen, daß wir ohne Preußen nichts können, aber den Glaubensſatz,

daß auch ſie ohne uns ſchwach ſind, ſcheinen die Herren Preußen nicht zu kennen. Nun glaube ich zwar an keine nahe, unmittelbare Gefahr, denn die Chancen liegen dem Aventurier in Paris keineswegs ſo günſtig, wie manche fürchten, aber bei der Unterwühlung in Italien und der Kriegsluſt Oeſterreichs kann der Teufel losgehen, ehe man ſich's verſieht. Wenn dem nun ſo iſt, ſo frage ich abermals: „Was iſt von den Reichstagsmännern geſchehen? Wiſſen Sie, wo Ihre Leute ſind, wie ſie jetzt denken?“ Ich für meinen Theil habe an der Kriegschance nichts auszuſetzen, als daß ſie zu früh und zu plötzlich kommt, denn daß wir ohne Prügel und Schwerenoth einen Schritt nach dem Deutſchen Reich weiter kommen, daran glaube ich nicht. Was den „Schutz und Trutz“ anlangt (das von Oeſterreich an Preußen geſtellte Anſinnen eines Schutz- und Trutzbündniſſes), ſo muß vor Allem die Zauberformel gefunden werden, auf welche ſich ein bedingter Bund mit Oeſterreich machen läßt: denn, je mehr ich die italieniſchen Zuſtände und die neumetternich'ſche Politik betrachte, um deſto mehr ſchrecke ich vor einem unbedingten Bündniß zurück. Alſo ein conditionales Bündniß zwiſchen Oeſterreich und dem nichtöſterreichiſchen Deutſchland! Aber davon verlautet nichts, ja nicht einmal von einer Vorfrage Preußens bei den Einzelregierungen Wenn die Regierungen ihre Pflicht verſäumen, ſo meine ich: wir ſollten thun, was an uns iſt. Alſo abermals: „Was haben Sie gehört oder gethan?“

Ich konnte auf dieſen Brief nicht anders als zuſtimmend und mit der Verſicherung antworten, daß meinerſeits Alles geſchehe, um im Sinne der von Mayer gegebenen Anregung (die durchaus mit meinen eignen Anſichten zuſammentraf) nach beſten Kräften zu wirken.

In den letzten Tagen des April führte mich eine andere Angelegenheit nach Berlin. Da die Kammern dort verſammelt waren, ſo fand ich manche alte Freunde und Collegen aus Frankfurt und ſonſtige Bekannte aus früheren Stadien der gemeinſamen deutſchen Beſtrebungen. Ich

nahm Gelegenheit, mit dieſen, ſoweit ich nur konnte, über die augenblickliche Lage zu ſprechen und ihnen meine Anſichten betreffs der daraus für unſere nationalen Zuſtände zu ziehenden Vortheile zu entwickeln. Beſonderen Anlaß dazu gab mir ein gemeinſchaftliches Eſſen, welches Herr von Vincke ſo freundlich war mir zu Liebe zu veranſtalten, und bei welchem ich, außer manchen alten Frankfurtern, auch die ehemaligen Miniſter von Arnim und Milde nebſt anderen preußiſchen Abgeordneten traf. Auch mit Rudolf von Auerswald, Lette, Wenzel, Schubert und Anderen hatte ich mehr oder weniger ausführliche Geſpräche, ebenſo mit einigen hervorragenden, der damaligen Regierung nahe ſtehenden Publiciſten. Leider fand ich nirgends eingehendes Verſtändniß oder ſelbſt nur lebhaftes, zur Thätigkeit bereites Intereſſe für eine Erfaſſung der deutſchen Frage in dem Sinne, wie ich mir ſolche dachte. Zum Theil ſah man die ganze Verwickelung als eine Preußen wenig berührende an; zum Theil verhehlte man gar nicht eine gewiſſe Schadenfreude über eine Demüthigung Oeſterreichs, in der man eine Art Nemeſis für Olmütz erblickte; endlich gab es auch Einige, welche ſo ſehr mit den inneren Zuſtänden Preußens und der Hoffnung einer Verbeſſerung derſelben durch die neue Aera beſchäftigt waren, daß ſie für nichts Anderes Sinn zu haben ſchienen.

Nach meiner Rückkehr aus Berlin wendete ich mich brieflich an verſchiedene mir mehr oder weniger naheſtehende politiſche Männer in Hannover, Baiern, Baden ꝛc., auch in Preußen, um über den Stand der öffentlichen Meinung und die Möglichkeit einer anſtoßgebenden Bewegung auf dieſelbe in der oben angedeuteten Richtung mir Gewißheit

zu verſchaffen. Die nachſtehenden Briefe enthalten die Antworten auf dieſe meine Anfragen: ſie geben ein, wie mir ſcheint, nicht unintereſſantes Bild der damaligen Stimmungen ſo ziemlich aus allen Theilen Deutſchlands.

Der Erſte, der mir auf meine Anfrage eingehend antwortete, war Schulze-Delitzſch. Ich war demſelben bei dem volkswirthſchaftlichen Congreß in Gotha im Jahre vorher perſönlich nähergetreten, nachdem ich ihm ſchon lange wegen ſeines eifrigen und erfolgreichen Wirkens in der hochwichtigen Sache des Genoſſenſchaftsweſens meine aufrichtigſte Hochachtung gezollt hatte. Er ſchrieb mir von Delitzſch aus unterm 21 Mai:

> In folgenden Hauptpunkten der von Ihnen entwickelten Anſichten ſtimme ich durchaus mit Ihnen überein. Ob und wie Deutſchland, wenn es in die bevorſtehende Kämpfe hineingeriſſen wird, ſeine alten Rechte auf abgeriſſene Ländertheile geltend machen kann und ſoll, hängt von Erfolg und Gelegenheit ab und kann uns jetzt durchaus nicht kümmern. Dagegen iſt die Frage einer feſteren inneren Einigung Deutſchlands ſchon deshalb gegenwärtig, vor Beginn des Kampfes, ſo dringend, weil deſſen Durchführung und Erfolg davon abhängen. Was wir vor Allem brauchen, iſt: Einheit der Action nach außen, alſo eine Executive, welche über die Bundeskriegsmacht verfügt. Was ich in dieſer Richtung für erreichbar und nothwendig halte, iſt das Bundesfeldherrnamt Preußens. Dafür muß die Preſſe, müſſen die Volksvertretungen wirken. Ob daraus dann im Laufe der Ereigniſſe ein Mehr werden kann, wird von den Umſtänden und von deren Benutzung abhängen.

In meiner Antwort an Schulze regte ich den Gedanken an, ob es nicht an der Zeit ſei, auf die nationalen Beſtrebungen von 1848, wie ſie in der Reichsverfaſſung vom 28. März 1849 einen legalen Ausdruck gefunden, in irgend

einer Weiſe zurückzukommen, ſei es durch Kundgebungen aus dem Volke heraus, ſei es, was natürlich das Beſte ſien würde, durch eine Initiative der preußiſchen Regierung.

Inzwiſchen hatte ich mich auch an politiſche Freunde im Süden gewendet, hatte zunächſt die Dringlichkeit einer perſönlichen Verſtändigung unter Gleichgeſinnten betont, um zu erforſchen, ob und wie etwa eine gemeinſame Einwirkung auf die öffentliche Meinung und die Regierungen, beſonders die preußiſche — in der Richtung, wie ich ſie oben bezeichnet — zu verſuchen ſei. Darauf erhielt ich aus München von dem (leider ſo früh dahingeſchiedenen) trefflichen Brater unterm 23. Mai folgenden Brief:

Das Bedürfniß einer directen perſönlichen Verſtändigung zwiſchen Denjenigen, welche mindeſtens in den allgemeinen politiſchen und nationalen Grundanſchauungen einig ſind, iſt auch hier, in dem kleinen Kreis meiner politiſchen Freunde, lebhaft genug empfunden und beſprochen worden. Immer hat uns jedoch die Beſorgniß zurückgehalten, eine größere, die öffentliche Aufmerkſamkeit unvermeidlich erregende Zuſammenkunft werde reſultatlos, ohne den Einigungspunkt gefunden zu haben, auseinandergehen und dann nur das Uebel vermehren. B. (ein gemeinſamer Freund) kommt ſoeben von einer Reiſe nach Stuttgart und Heidelberg zurück. Er hat die Sache mit Römer (dem Vater), Häuſſer, Heinrich v. Gagern, Wilhelm Beſeler u. A. beſprochen und jenes Bedenken nur neuerdings gerechtfertigt gefunden. Dadurch wäre nicht ausgeſchloſſen, daß ſich eine kleine Anzahl von Solchen, die auf wechſelſeitige Verſtändigung ſicher hoffen können, völlig unbemerkt zu mündlichem Meinungsaustauſch vereinigte und vielleicht für Weiteres einen Kern zu gewinnen ſuchte. Von einer öffentlichen Meinung in Betreff der Verfaſſungsfrage kann bei uns ſo wenig wie anderwärts geſprochen werden: ſchon die Nothwendigkeit, in der äußeren und inneren Frage gleichzeitig Zug um Zug vorzugehen, die Löſung der einen durch die Löſung der anderen zu fördern, iſt nicht hin-

länglich erkannt. Auf dieſe Erkenntniß, glaube ich, wäre vorerſt in der Preſſe unabläſſig hinzuwirken. Es ſcheint mir, daß gerade in der jüngſten Zeit die Gedanken auch anderwärts mehr dieſe Richtung nehmen, obwohl ſie ſich in dem vagen Poſtulate der „Volksvertretung beim Bunde“ bewegen, ohne eine concrete Geſtalt anzunehmen.

Aus dem Schreiben eines Mitgliedes der Demokratie in Württemberg an einen Freund in Norddeutſchland (vom 18. Mai) ward mir Folgendes mitgetheilt:

Das neuere Verhalten Preußens wird hier, wenigſtens in meinen Kreiſen, ſehr anerkannt. Preußen wollte anfänglich Oeſterreich offenbar ganz ſtecken laſſen; es war von Napoleons Verſprechungen geblendet. Erſt die deutſche, namentlich ſüddeutſche Bewegung und der von Oeſterreich herausbeſtochene franzöſiſch-ſardiniſche Vertrag hat ihm die Augen geöffnet. Man will nun in Preußen, wie die Reden vom Thron, vom Miniſterium und von den Abgeordneten zeigen, gegen Napoleon einſchreiten. Das liegt jetzt klar und das iſt anzuerkennen. Ebenſo klar liegt aber, daß Preußen bei dieſer Gelegenheit die Schmach von Olmütz und Bronnzell abſchütteln, den Deutſchen Bund vollends todtmachen und in Deutſchland weiter um ſich greifen will, und daß Oeſterreich und die kleineren Potentaten das wohl merken und verhindern wollen. Unſere Aufgabe in dieſem Streite iſt, den Fürſten mit der Republik Angſt zu machen, damit ſie ſich unter die Hegemonie Preußens flüchten. Solange Oeſterreich ohnmächtig und in Krieg verwickelt iſt, muß die Zeit benutzt werden; denn nachher iſt keiner mehr bereit, ſich zu ducken.

Nun ſchrieb mir auch B. (aus München) unter'm 1. Juni:

Die deutſche Verfaſſungsfrage jetzt anzugreifen, fanden Gervinus, Häuſſer, Gagern, Römer u. A. höchſt bedenklich. Es ſei noch keine neue Baſis für die Löſung dieſes Problems gewonnen; Oeſterreich ſei heute mächtiger in Deutſchland als je. Was mich betrifft, ſo glaube ich wohl, daß man in Berlin nicht abgeneigt wäre, auf ein deutſches Parlament einzugehen, wenn auch nur in

der Form von Kammerausſchüſſen. Wenn aber Preußen die Sache in die Hand nähme, würde es damit nicht alle Regierungen faſt unbedingt in's öſterreichiſche Lager treiben? Sind die Völker ſo mächtig und ſo entſchloſſen, um dieſe Wendung der Cabinette aufzuwiegen? Glauben Sie, daß der Prinz-Regent je ſich entſchließen könnte, an die Völker gegen die Fürſten zu appelliren? Ich glaube daher, wie die Dinge heute liegen, müſſen wir die Bürgſchaften für eine nationale Führung und Schließung des Krieges weſentlich in einem deutſchen Programm über die italieniſche Frage ſuchen. Wenn ich nicht irre, iſt es ein öſterreichiſcher Kriegszweck, die piemonteſiſche Verfaſſung zu beſeitigen und die Jeſuiten zu reactiviren. Wenn Preußen die bewaffnete Mediation ausüben will, welches Programm würden Sie wünſchen? Wir hier ſind ſo ziemlich über folgende Punkte einig: „die Franzoſen aus Italien, Oeſterreichs Beſitz ungeſchmälert, aber die piemonteſiſche Verfaſſung erhalten, conſtitutionelle Ordnungen in Mittel- und Unteritalien, Beſeitigung der öſterreichiſchen Separatverträge, d. h. des öſterreichiſchen Abſolutismus in Italien!“ Ein ſolches Programm gäbe dem Krieg einen ſo decidirten Charakter, daß wir keine ſchlimmen Rückſchläge davon fürchten müßten. Die Durchſetzung eines ſolchen Programmes gegen die ganz anders gearteten Tendenzen Oeſterreichs wäre ein Sieg der conſtitutionellen und nationalen Sache gegen Abſolutismus und Ultramontanismus in Oeſterreich und Deutſchland. Dieſes Programm iſt gegeben, und daß wir ein Programm über die Löſung der italieniſchen Frage haben müſſen, daß ſich Preußen mit Oeſterreich darüber vor dem Krieg verſtändigen muß, iſt klar.

Dieſe letzten Betrachtungen waren gewiß ſehr richtig; was aber die Mittheilungen B's über die Meinungsverſchiedenheiten ſo hervorragender Mitglieder unſerer eigenen Partei betraf, ſo zeigte ſich darin recht ſchlagend, wie wichtig es geweſen wäre, wenn die weiland Gagern'ſche oder Gothaiſche Partei auch nach dem Zuſammenbruch der „Union“ feſt zuſammengehalten und ſich ſo für eine künftige Eventualität

bereit gehalten hätte. Jetzt war sie nicht blos in alle Winde zerstreut, sondern ihre früheren Wortführer und Leiter selbst waren in dieser so hochwichtigen nationalen Frage unter sich uneins!

Auch an den damaligen Leiter der Berliner National-Zeitung, Zabel, hatte ich mich gewendet. Er antwortete mir unterm 4. Juni:

... Mit Ihren Bemerkungen über die politische Lage haben Sie vollkommen Recht. Auch sind Sie zu dem Lächeln über unsre „sanfte Abwehr" berechtigt. Aber Sie werden auch gerecht genug sein, zu erwägen, welche Schwierigkeiten Preußens Stellung darbietet. Wollen wir praktische Politik treiben, d. h. wirklich Etwas durchsetzen für Deutschlands Einheit, die doch das A und O aller unserer Anstrengungen sein muß, und wollen wir uns nicht wiederum bloßen Illusionen hingeben, so müssen wir mit den gegebenen Factoren rechnen. Daher unsere (d. h. der „National-Zeitung") Haltung, die vielleicht etwas von Seiltänzerei an sich hat, aber hoffentlich doch für den Kenner der Verhältnisse den dünnen Strich kenntlich macht, auf dem wir fortrücken. Ich habe Hoffnung, gegründete Hoffnung, daß Etwas für Deutschland dabei herauskommt, wenn's uns gelingt, im rechten Augenblick Preußen zur Action zu drängen. Sie kennen unsere Staatsmänner; sie sind von Ihrer Partei (die „National-Zeitung" war damals ein sog. demokratisches Blatt), alle Gentlemen, aber vor lauter Bedenklichkeiten und Erwägungen schwer zur That zu bringen. Dazu unsere böse zehnjährige Manteuffel'sche Erbschaft!

Um dieselbe Zeit (Anfang Juni) schrieb mir auch Schulze wieder:

Ich habe da und dort persönlich angeklopft und hingehorcht — überall Spaltung und Confusion: statt nationaler Gedanken Parteiantipathieen und kleinstaatliche Eifersüchtelei! Wir haben noch furchtbare Prüfungen zu bestehen, und nur ein großes nationales Unglück wird im Stande sein, uns durch sein Läuterungsfeuer dahin zu bringen, wo der gesunde Sinn des Volks und der

Regierungen von ſelbſt ſtehen ſollte. Doch ich breche von dieſer Jeremiade ab und gehe ſofort auf die in Ihrem letzten Briefe angeregten Gedanken ein. Die Einführung der Reichsverfaſſung wäre mir ſchon recht; die ganze demokratiſche Partei in Preußen mit Ausnahme einiger Radicalen, die kaum in's Gewicht fielen, würde dafür zu gewinnen ſein. Allein wie wollen Sie die Regierungen der Kleinſtaaten dahin bringen (ſelbſt wenn die Bevölkerungen dafür wären), eine deutſche Nationalvertretung wählen zu laſſen, welche jenen Beſchluß faßte, der ſie doch mehr oder weniger mediatiſirt? Oder wollen Sie von der Nationalvertretung jetzt ganz abſehen und das Werk des deutſchen Parlaments ohne Weiteres, als endgiltig bereits feſtgeſtellt und nur bisher ſuſpendirt, proclamirt wiſſen? Dies könnte dann Niemand Anderes als die preußiſche Regierung; aber das können wir uns doch keinen Augenblick verhehlen, daß die anderen Regierungen ſich ohne Zwang nimmermehr einer ſolchen Maßregel fügen würden. Ja, ich fürchte, daß wir ſogar einen großen Theil ihrer Bevölkerungen gegen uns hätten. Daher bleibe ich dabei: das einzig Thunliche und Mögliche iſt, daß man die ſelbſtſtändige kriegeriſche und diplomatiſche Leitung Deutſchlands während der jetzigen Kriſe für Preußen fordert, was ich wohl nicht ſcharf genug durch den Ausdruck „Bundesfeldherrnamt“ früher bezeichnet habe. Dies läßt ſich für jetzt erreichen; zu ſolchen Conceſſionen wird vielleicht die Noth die Cabinette drängen, wenn Preußen daran ſein Einſchreiten knüpft, wie es muß. Ob dieſe vorläufige und nur zeitweiſe Conceſſion nicht im Laufe der Ereigniſſe eine bleibende, in die Einführung der Reichsverfaſſung am Ende hinüberleitende Einrichtung wird — das iſt eine zweite Frage, und Preußen müßte ſehr ungeſchickt manövriren, wenn es nicht ſo werden ſollte. Erwacht in den bevorſtehenden Kämpfen der Nationalgeiſt, und führt Preußen dieſelben irgendwie glücklich zu Ende, ſo möchte alsdann ein ſolcher Umſchlag wohl leicht erfolgen.

Nun ließen ſich auch die Freunde aus Hannover vernehmen. Einer derſelben, S., ſchrieb mir am 11. Juni:

Die in Ihrem Briefe berührten Punkte erſchienen mir als ſo wichtig, daß ich es für nothwendig hielt, mit vielen unſerer politiſchen

Freunde, insbeſondere mit den Führern der Linken in unſerer II. Kammer, darüber Beſprechungen zu veranſtalten. Hier das Reſultat! Die militäriſche Leitung definitiv an Preußen zu übertragen, iſt ein Ziel, das nur von Preußens Thatkraft erreicht werden kann, da ſchwerlich je ein deutſcher Mittelſtaat freiwillig die Kriegsleitung aus der Hand geben würde, noch weniger die Diplomatie. Dieſe beiden Hauptpunkte werden daher nach unſerer Anſchauung ſo lange in den Hintergrund treten müſſen, ſo lange Preußen ſich nicht entſchließen kann, von Worten zu Thaten überzugehen und Grundzüge ſeiner Politik mehr als ahnen zu laſſen. Daher meinen wir, daß zunächſt auf eine parlamentariſche Vertretung Deutſchlands hingearbeitet werden muß, die dann, wenn Preußens Regent der Mann danach iſt, zu einer Umgeſtaltung der kläglichen Bundesverfaſſung führen wird. Im Uebrigen muß ich Ihnen offen geſtehen, daß noch in keiner politiſchen Frage uns die Entſcheidung ſo ſchwer geworden iſt, wie in der gegenwärtigen, und daß die beſten politiſchen Freunde darin auseinandergehen. Ich meinerſeits wünſche Preußens Action, aber nur dann, wenn Oeſterreich für eine andere innere Politik Garantien bietet. Für eine Garantie des Erhaltens der Lombardei bei Oeſterreich ſprechen ſich nur Wenige aus. Wäre die Zeit ſchon ſo weit gereift, daß eine große Verſammlung deutſcher Parlamentsfreunde zu erreichen ſtände, ſo möchte ich dafür gern wirken, da mir in jeder Beziehung nothwendig erſcheint, eine einheitliche Action anzubahnen.

Von anderer Seite erhielt ich aus Hannover kurz darauf folgenden Brief:

Nach meiner Anſicht wird man, was jetzt auch geſchwatzt werden mag, in Kurzem dahin übereinkommen, daß Preußen auf dem Wege freiwilliger Ueberlieferung ſowohl die militäriſche, als die politiſche Vertretung Deutſchlands nach außen hin bekommen muß, im Krieg, wie nach dem Friedensſchluß. Das wirkliche Bedürfniß nach Einheit aber iſt erſchöpft, wenn wir jene Hegemonie Preußens einführen. Eine ſtärkere Spitze und, zu deren Befeſtigung in der Nation, Volksvertretung um dieſe Spitze herum, das ſind

ja wohl unſre Wünſche. Hinſichtlich der Centralgewalt können wir, glaube ich, uns auf die preußiſche Regierung verlaſſen, einiger Nachhilfe unbeſchadet, wogegen wir die Parlamentsſache zu der unſrigen machen müſſen. In der Ahnung dieſes Verhältniſſes beginnt man hier ſich für ein Vorparlament zu intereſſiren, das dem Parlamente die Wege bahnen ſoll. Es ſoll ein freiwilliger, aber regelmäßiger Congreß von Landtagsmitgliedern ſein, für den zuvor die Stimmführer der Hauptländer zu gewinnen, an dem aber jedenfalls auch die Redactionen der größeren Blätter zu betheiligen wären, da dieſe bei auswärtigen Fragen doch den Ton angeben und beſſer Beſcheid wiſſen. Laſſen Sie mich hoffen, daß ich bald Ihre Meinung hierüber erfahren werde!

Dieſe Idee eines „Vorparlaments“ gewann in Hannover mehr und mehr Boden. L. ſchrieb mir von dort:

Nicht nur B., ſondern auch E. (ein Demokrat) wäre wohl geneigt, ſich an einer ſolchen Zuſammenkunft zu betheiligen. B. beſonders iſt erfreut, dieſe Gelegenheit geboten zu ſehen, und wünſcht nur, daß möglichſt alle Parteien und möglichſt zahlreiche Politiker zu dieſer Neubildung einer nationalen Partei ſich zuſammenfinden. Die neue Niederlage Oeſterreichs (bei Solferino) muß dies Alles beſchleunigen. Was zur Einwirkung auf Preußen und Kleindeutſchland noch geſchehen ſoll, muß hurtig geſchehen. Bevor wir indeſſen dies noch wußten, kamen wir hier dahin überein, daß ſich die Agitation vorerſt auf vollſtändige militäriſche und diplomatiſche Verſchmelzung zu beſchränken habe. Keine politiſche Conſtituirung vor dem Kriege! Denn der Krieg wird nicht warten, bis eine ſo ſchwierige Arbeit vollbracht iſt. Wohl aber wollen wir Alle dahin drängen, daß die ſämmtlichen deutſchen Heere Eins werden unter Preußens Führung, und daß Preußen in der diplomatiſchen Welt ganz Deutſchland vertritt. Dies muß, dies kann vor dem Kriege geſchehen, deſto leichter, je mehr alles Beſtreben ſich darauf wirft, und es iſt uns zugleich Bürgſchaft, daß nach einem leidlich glücklichen Kriege die jetzige Wirthſchaft nicht wieder hergeſtellt wird. Auf weniger dringliche Gegenſtände aber laſſen ſich die Gemüther jetzt nicht mehr lenken.

Ich ſchrieb nun an Schulze, er möge doch ſeine Parteigenoſſen wegen einer ſolchen Zuſammenkunft ſondiren. Meines Erachtens ſei blos die innere deutſche Frage dabei zu beſprechen, die äußere höchſtens ſo, daß man ſich zwar gegen das öſterreichiſche Syſtem, aber auch dafür ausſpreche, daß nicht Frankreich die Situation beherrſche. Schulze, der inzwiſchen auch beim Genoſſenſchaftstage in Weimar ſowohl mit mir als mit den dort anweſenden Politikern ſeiner Farbe geſprochen hatte, ſchrieb mir jetzt: Alles ſei ihrerſeits für eine ſolche Zuſammenkunft bereit, die aber zunächſt nur einen vorbereitenden Charakter haben ſolle.

Inzwiſchen war die Anſicht, daß etwas geſchehen müſſe, damit der ernſte Moment eines Krieges mit Frankreich, wenn er eintrete, uns nicht unvorbereitet finde, auch in weiteren Kreiſen durchgedrungen. Am 22. Juni erſchien in der „Rhein- und Lahnzeitung" zu Wiesbaden (in der Beilage zu Nr. 94) eine öffentliche Erklärung naſſauiſcher Staatsangehöriger, welche ſich ſehr eingehend über die ganze Sachlage ausließ und ſchließlich zu demſelben Reſultate gelangte, wie wir, nämlich: die Führung Deutſchlands nach außen ſei in dieſem kritiſchen Momente unbedingt und unverkürzt an Preußen zu übertragen und in dieſem Sinne ſei ſowohl auf die anderen Regierungen als auch auf die preußiſche, wenn letztere nicht von ſelbſt ſich dieſer nationalen Aufgabe bemächtigen wolle, zu wirken. An der Spitze der Erklärung ſtanden die Führer der naſſauiſchen Fortſchrittspartei, Braun, Lang u. A. Die gleiche Erklärung ward wenige Tage darauf von einer aus den verſchiedenſten Parteiſchattirungen zuſammengeſetzten öffentlichen Verſamm-

lung in Frankfurt a. M. ohne Widerſpruch angenommen, wie mir der nachſtehende Brief eines alten, treuen Parteigenoſſen daſelbſt, des eben jetzt vor Kurzem verſtorbenen Dr. Varrentrapp, (vom 3. Juli) anzeigte:

Einer ſo ernſten Gefahr gegenüber wie die, welche uns von dem Nationalfeinde droht, müſſen alle Deutſchen ihre politiſchen, religiöſen und ſocialen Meinungsverſchiedenheiten vorläufig vergeſſen, jeder muß ſeinen Sympathien und Antipathien Stillſchweigen gebieten und ſich freudig dem Ganzen unterordnen. Thun wir Bürger dies redlich, ſo können wir auch von den Regierungen der Klein- und Mittelſtaaten verlangen, daß ſie einmal ihren partikulariſtiſchen Souveränetätsgelüſten entſagen und ſich aufrichtig und ehrlich der Führung Eines deutſchen Fürſten unterordnen. Da nun aber einmal Preußen ſo groß wie das geſammte übrige Deutſchland iſt, als Militärmacht aber (wegen der Einheit ſeiner Armee) wichtiger als die anderen Staaten zuſammen, ſo kann jener Eine Fürſt nur ein preußiſcher ſein. Hatte man auch während der letzten zehn Jahre keine Urſache, der preußiſchen Politik Anerkennung oder Vertrauen zu zollen, und will man trotz der dort vorgegangenen grundmäßigen Umänderung auch jetzt noch kein Vertrauen zu Preußen haben, ſo muß man doch poſitiv das größte Mißtrauen in die Politik der Herren v. d. Pfordten, v. Beuſt, Borries, Dalwigk, Wittgenſtein u. ſ. w. ſetzen, die alle in faſt perſönlicher Feindſchaft gegen Preußen verfahren, die noch vor einem halben Jahre in Napoleon den Retter der Geſellſchaft begrüßten und nicht hoch genug ihn zu preiſen wußten. Schon deshalb kann Preußen nicht die Oberfeldherrnſtelle unter einem aus Bevollmächtigten ſolcher Miniſter beſtehenden Bundestagsausſchuß übernehmen, ſondern muß eine ſelbſtſtändige, freie Führerſchaft verlangen. Wir müſſen demnach ſuchen, durch einen recht allgemeinen Geſinnungsausdruck die Volksſtimmung in Preußen zu heben und die Regierung zu ſtärken. Von ſolchen Anſichten geleitet, ſprach ich zunächſt mit einigen Geſinnungsgenoſſen und, als dieſe zuſtimmten, mit etlichen Führern der demokratiſchen Partei. Wir luden darauf zum 29. Juni etwa 150 Bürger

(Protestanten, Katholiken, Juden, Demokraten, Constitutionelle, Gothaner und Conservative) zu einer Versammlung ein. Die Wiesbadener Erklärung wurde verlesen: kaum Discussion, allgemeine Zustimmung! Sehr erfreulich ist, daß dabei (mit wenig Ausnahmen) alle namhaften Demokraten und Gothaner in völliger Uebereinstimmung zusammengingen; die Conservativen hielten sich mehr bei Seite, doch hoffe ich, daß sie noch nachträglich ihre Zustimmung geben, soweit sie nicht Ultramontane sind.

Auf die Erklärung nassauischer Staatsbürger folgte schon nach wenigen Tagen (am 2. Juli) eine solche der Württemberger, die aber darin weiter ging, als jene, daß sie zugleich die alsbaldige Herstellung einer Volksvertretung verlangte. Auch sie war unterzeichnet von Liberalen und Demokraten, sogar von einzelnen Derer, die sonst für großdeutsch (d. h. österreichisch gesinnt) und ultramontan galten.

So war die Bewegung allmälig in Fluß gekommen, welche sich auf das gemeinsame Ziel einer Zusammenfassung aller Kräfte des nichtösterreichischen Deutschlands unter Preußens Führung für den Fall eines Krieges mit Frankreich richtete. Im Norden wie im Süden, unter den Demokraten wie unter den sogenannten Gothanern, hatte sie Boden gefaßt und Wurzel geschlagen. Kein Zweifel, daß es gelingen würde, eine Anzahl angesehener und in weiten Kreisen einflußreicher Männer auch zu einer noch directeren Kundgebung (etwa in Form eines Vorparlamentes) gegenüber der preußischen Regierung zu vereinigen, um diese zu veranlassen, das für Deutschland Nothwendige von sich aus möglichst bald zu thun.

Die Frage war nun: wie würde man in Berlin eine derartige Kundgebung, wenn sie wirklich erfolgte, aufnehmen? Würde man darin die Stimme der Nation

erkennen, auf die man zu achten hätte und auf die man zugleich sich berufen könnte? Oder würde man darin etwas Ungesetzliches, Revolutionäres erblicken und sich ablehnend dagegen verhalten?

Um mir auch darüber Gewißheit zu verschaffen, wandte ich mich an einen Freund in Berlin, der, seiner Stellung nach, die im Schooße des preußischen Cabinettes herrschenden An- und Absichten wohl kennen konnte. Ich theilte demselben (am 26. Juni) die Ergebnisse meiner vielseitigen Erkundigungen über den Stand der öffentlichen Meinung in Deutschland betreffs der augenblicklichen Lage mit und stellte an ihn zwei Fragen, erstens: „ob die preußische Regierung behufs eventueller Führung eines Krieges gegen Frankreich für sich die militärische und diplomatische Führerschaft in Deutschland fordern und auf dieser Forderung auch fest bestehen werde?“ zweitens: „ob er glaube, daß die preußische Regierung, zur Unterstützung dieser ihrer Forderung, wenn nöthig, an die Nation appelliren oder doch, falls aus letzterer heraus ihr eine solche Unterstützung entgegenkäme, diese acceptiren und verwerthen würde?“

Die Antwort auf diesen Brief erfolgte erst am 3. Juli. Mein Gewährsmann schrieb:

> Erst heute gelange ich dazu, Ihren inhaltreichen Brief vom 26. v. M. zu beantworten. Inzwischen habe ich von demselben bereits Gebrauch gemacht, und ich kann Sie nur dringend bitten, in Ihren Mittheilungen über die Stimmungen, Absichten und Mittel in denjenigen unserer Vaterländer, wo Sie gute Verbindungen haben, fortzufahren. Eine genaue Kenntniß dieser Dinge ist nicht blos an sich von Werth, sie kann für die hiesigen Entschlüsse geradezu entscheidend werden.

Es folgte nun eine eingehende Auseinandersetzung der

ganzen Sachlage, die ich, da ſie jetzt nichts Neues mehr bietet, übergehe. Nur folgende Stelle hebe ich daraus hervor:

Man wird von hier aus den Vorſchlag Oeſterreichs, den Prinz-Regenten von Preußen zum Bundesoberfeldherrn zu ernennen, mit der Forderung beantworten, an Preußen, als Gegenleiſtung für deſſen bewaffnete Vermittelung, die militäriſche und diplomatiſche Leitung Deutſchlands zu übertragen. Es beſteht ferner die Abſicht, nach wiederhergeſtelltem Frieden zwar nicht dieſe Dictatur in der Hand zu behalten, aber niemals zum alten Bundestage zurückzukehren, bevor derſelbe einer eingehenden Reform unterzogen iſt. Für die Erlangung dieſer oberſten Leitung wünſcht und erwartet man die Unterſtützung der öffentlichen Meinung in Deutſchland, natürlich vorausgeſetzt, daß die betreffende Kundgebung nicht den geſetzlichen Weg verlaſſe oder überſchreite

Der Brief fuhr fort:

So viel iſt ſicher, daß Deutſchland Preußen weiter voranbringen muß. Kommt man der hieſigen Stimmung nicht durch deutliche Kundgebungen in dem Sinne entgegen, daß Deutſchland die Führung Preußens wolle und verlange, ſo ſieht die Zukunft ſehr unſicher aus. Alles, was in Deutſchland in dieſer Richtung geſchieht, wirkt hier auf Regierende und Regierte ungemein belebend.

Sofort (am 6. Juli) ſchrieb ich zurück und ſtellte nun die ganz beſtimmte Frage: „ob, falls eine Verſammlung angeſehener Männer aus allen Theilen Deutſchlands zuſammenträte und die preußiſche Regierung um Uebernahme der militäriſchen und politiſchen Leitung Deutſchlands in der gegenwärtigen Kriſis, die anderen Regierungen aber um Uebertragung dieſer Leitung an Preußen bäte, man in Berlin darauf eingehen würde?“

Die Antwort hierauf erfolgte am 8. Juli, unmittelbar, wie es ſchien, nach dem Eintreffen der Nachricht von

dem, an dieſem Tage ſo unerwarteter Weiſe von Oeſterreich abgeſchloſſenen Waffenſtillſtande. Mein Gewährsmann ſchrieb:

> Gewiß iſt bei dieſer neuen Sachlage die Unterſtützung der öffentlichen Meinung für Preußen noch wichtiger, als auf dem früheren Wege. Gerade die Zeit des Waffenſtillſtandes müßte benutzt werden, um dieſe, auch dem Auslande imponirende Einheit zu ſchaffen. Wie ich die Verhältniſſe beurtheile, würde man hier es keineswegs illegal finden, wenn eine Anzahl politiſcher Wortführer aus verſchiedenen Ländern zuſammenkäme, um eine Erklärung wie die von Ihnen präciſirte abzugeben. Man würde einen ſolchen Schritt entſchieden beifällig aufnehmen, ja würde vielleicht öffentlich erklären: „man ſei bereit dazu, wenn die anderen Regierungen einwilligten!“

Der Gedanke einer Notabelnverſammlung, um durch dieſelbe Preußens Vorgehen zu unterſtützen und zu ermuthigen, hatte übrigens ſelbſt in Süddeutſchland, wie mir mehrfach von dort geſchrieben ward, ſowohl bei Conſtitutionellen als bei Demokraten Anklang gefunden.

Allein es war zu ſpät! Auf den ſo haſtig abgeſchloſſenen Waffenſtillſtand vom 8. Juli war ſchon am 11. Juli der eben ſo haſtige Präliminarfriede von Villafranca gefolgt. Oeſterreich hatte es vorgezogen, eine ſeiner ſchönſten Provinzen, die Lombardei, zu opfern, ſtatt ein Eintreten Preußens für Oeſterreichs Beſitzſtand in Italien, wie es in Berlin beabſichtigt war, um den Preis einer verſtärkten Machtſtellung Preußens in Deutſchland zu erkaufen. Preußen aber hatte den günſtigen Moment verſäumt, in einem früheren Stadium des Kriegs dieſe Machtſtellung durch ein nachdrückliches Vorgehen, geſtützt auf die ihm entgegenkommende öffentliche Meinung, zu erringen.

Inzwiſchen hatten die Verabredungen — einerſeits Schulzes und ſeiner Freunde, andererſeits der Hannoveraner — über die früher angeregte Zuſammenkunft ihren Fortgang gehabt; ſie führten zu einer doppelten Verſammlung, der vom 17. Juli in Eiſenach und der vom 19. Juli in Hannover. Aus beiden ging dann eine dritte Verſammlung, wiederum in Eiſenach, am 14. Auguſt, hervor. Auf dieſer erfolgte die Verſchmelzung der Liberalen und Demokraten zu dem gemeinſamen Zwecke, „die nationale Einheit höher zu ſtellen, als die Forderungen der Parteien, und für die Errichtung einer kräftigen Verfaſſung Deutſchlands in Eintracht und Ausdauer zuſammenzuwirken," und damit die Begründung des „Deutſchen National-Vereins", deſſen förmliche Conſtituirung ſodann am 15. und 16. September 1859 in Frankfurt a. M. ſich vollzog.

So war aus der von mir angeregten Bewegung etwas weſentlich Anderes geworden, als was ich ſelbſt mir als deren Zweck und Erfolg gedacht hatte. Unter dem Drucke einer äußeren Gefahr wäre es wohl nicht unmöglich geweſen, durch ein kräftiges Zuſammenwirken der preußiſchen Regierung und der öffentlichen Meinung eine Geſtaltung der deutſchen Verhältniſſe herbeizuführen, wie ſie für das glückliche Beſtehen eines kriegeriſchen Zuſammenſtoßes mit Frankreich unerläßlich war, wie ſie aber auch als bleibende Einrichtung im Frieden ſich wohlthätig für Deutſchland erwieſen haben würde. Dieſe Gelegenheit war ungenützt vorübergegangen. Jetzt, wo die äußere Spannung aufgehört hatte, war ein ſo unmittelbar praktiſcher Zweck unerreichbar geworden; Alles, was jetzt noch geſchehen konnte, war: den durch die nun beendete äußere Kriſis wieder

erweckten nationalen Gedanken mittelſt einer, wenn auch nur theoretiſchen, Agitation lebendig zu erhalten und zu pflegen. Auch das war nicht ohne Nutzen, denn es arbeitete wenigſtens künftigen praktiſchen Anläufen zu der Erreichung des niemals aufzugebenden Zieles einer feſteren Einigung Deutſchlands vor. In der Geſchichte der preußiſchen Politik freilich wird man das Jahr 1859 zu den vielen „verſäumten Gelegenheiten“ zählen müſſen, auf die man nur darum jetzt beruhigter zurückblicken kann, weil jenes Ziel auf anderm Wege und durch andere Factoren in ſo glorreicher Weiſe erreicht iſt.

Im Jahre darauf, 1860, glaubte ich noch einmal den Moment gekommen, wo das 1859 Verſäumte nachgeholt werden könnte. Kaiſer Napoleon heimſte von Italien den Lohn für ſeine demſelben geleiſtete Hilfe ein: er ließ ſich Savoyen und Nizza abtreten. Damit machte er einen Riß in die europäiſchen Verträge von 1815. Der Wiener Congreß hatte Nordſavoyen in die ſchweizeriſche Neutralität mit einbezogen, offenbar, um einer Vergewaltigung Italiens von Frankreich aus und ebenſo einem Einfalle franzöſiſcher Heere vom Südweſten her nach Deutſchland einen Riegel vorzuſchieben. Dieſe Sicherung ging verloren, wenn das bisher neutrale Gebiet in die Hände Frankreichs kam. Napoleon ſelbſt ſchien Scheu zu tragen, einen ſolchen Bruch der Verträge ohne die Zuſtimmung der Congreßmächte zu vollziehen: ſein Miniſter Thouvenel mußte in Noten an die franzöſiſchen Geſandten bei den großen Höfen verkündigen: die Einverleibung Nordſavoyens in Frankreich „ſolle nicht ohne die vorgängige Einwilligung Europas vor ſich gehen.“ Die kleine Schweiz ſchien entſchloſſen, das

durch die Wiener Verträge ihr zugesprochene Recht auf die Neutralität Nordsavoyens mit aller Entschiedenheit zu vertheidigen, nöthigenfalls selbst mit gewaffneter Hand, wenn sie dabei auf den Beistand auch nur Einer Großmacht rechnen könnte.

Hier nun, meinte ich, sei für Preußen abermals eine Gelegenheit gekommen, seine Aufgabe als deutsche Vormacht zu erfüllen und damit zugleich die ihm gebührende Stellung als solche einzunehmen. Und diese Gelegenheit erschien mir um so günstiger, als diesmal Süddeutschland, das bei der savoyischen Frage in erster Linie betheiligt war, bei einem entschlossenen Vorgehen Preußens sich demselben unzweifelhaft anschließen würde, wie das auch bereits Stimmen in der süddeutschen Presse ankündigten. Auch war es wünschenswerth, daß Preußen den Eindruck, den doch vieler Orten die, freilich unberechtigte, Klage Oesterreichs, „es sei von Preußen im Stich gelassen worden", zu Ungunsten des letzteren gemacht hatte, durch eine entschieden nationale That wieder verwischte.

Genug, ich hatte die Empfindung, es sollte etwas geschehen, um durch die öffentliche Meinung die preußische Regierung in Bewegung zu setzen. So verfaßte ich eine Flugschrift: „Die Savoyer Frage. Denkschrift an Preußens Staatsmänner von einem deutschen Patrioten"*). Darin führte ich aus, wie wichtig die savoyische Frage für Deutschland sei, welches Verdienst sich Preußen erwerben könne, wenn es die Neutralität Savoyens rette, und wie es dafür die Führerschaft der deutschen Kräfte beanspruchen könne.

*) Weimar, H. Böhlau.

Der geſchäftsleitende Vorſtand des Deutſchen National-Vereins übernahm die Verbreitung der Flugſchrift, namentlich auch unter den preußiſchen Abgeordneten. Einer der Hauptleiter des Vereins ſchrieb mir am 31. März 1860:

> Sie haben ganz Recht, daß in der ſavoyiſchen Frage gegen Napoleon und zu Gunſten der Schweiz in Deutſchland, namentlich ſeitens der nationalen Partei, etwas geſchehen muß . . . Nach Berlin habe ich ſchon geſchrieben und an eine Anregung der ſavoyiſchen Frage im Abgeordnetenhauſe gemahnt. Bei der dortigen Abneigung jedoch gegen die Behandlung großer, brennender Fragen habe ich wenig Hoffnung. Und doch liegt die Sache viel einfacher und günſtiger, als im vorigen Jahre.

Die Flugſchrift war auch dem damaligen preußiſchen Miniſterpräſidenten, Fürſten von Hohenzollern, unterbreitet worden, und „ſie iſt mit großem Intereſſe geleſen worden", ſchrieb man mir. Allein das war auch Alles. In der Sache ſelbſt geſchah nichts — weder im Abgeordnetenhauſe, noch von Seiten der Regierung.

Inzwiſchen war man auch in der Schweiz, an jeglicher Unterſtützung verzweifelnd, von der anfänglichen Entſchloſſenheit theilweiſe zurückgekommen; ſo beſtärkte Eines das Andere im Nichtsthun und Gehenlaſſen, und ſo gelang es dem Abenteurer an der Seine, nicht blos eine wichtige ſtrategiſche Poſition zu gewinnen, ſondern auch durch die von den Großmächten ruhig zugelaſſene Verletzung der Verträge von 1815 einen für ihn wichtigen, für das Gleichgewicht Europas bedenklichen Vorgang zu ſchaffen. Aus der Schweiz ward mir von einem in Bern lebenden Deutſchen über die dortige Sachlage unterm 3. Mai 1860 geſchrieben:

> Für die mir zugeſendete Schrift über die ſavoyer Frage

ſage ich Ihnen meinen verbindlichſten Dank. Ich habe vom Anfang an vollſtändig Ihre Anſichten über die dem Staate Preußen in dieſer Sache geſetzte Aufgabe getheilt und hoffte wirklich, daß dieſe brennende Frage den Anſtoß zu einer activen Politik geben würde, die endlich eine Entſcheidung auch in der deutſchen Frage bringen könnte. Da nun aber leider die Schweiz ſich ſelbſt gefangen gegeben hat, indem ſie die Intervention der Großmächte anrief, ohne ſich vorher in den Beſitz des neutralen Gebiets in Savoyen zu ſetzen, ſo darf man, wenn nicht unerwartete Ereigniſſe dazwiſchen treten, wohl nichts mehr hoffen. Ich ließ mich anfangs durch den in Bern herrſchenden Geiſt täuſchen. Die Stimmung war hier überwiegend ſo, daß man den Beſchluß, Nordſavoyen militäriſch zu beſetzen, mit Freuden aufgenommen hätte, und mir iſt es noch jetzt höchſt wahrſcheinlich, daß ein ſo kühner Schritt, damals gethan, wo Ruſſell, der öffentlichen Stimme weichend, das Bedürfniß neuer Allianzen anerkannte, in England, ſelbſt gegen die Abſichten des Miniſteriums, eine Wendung in der Politik herbeigeführt und dann vielleicht auch Preußen zur Action gebracht hätte. Als jedoch der Nationalrath hier zuſammentrat, offenbarte ſich ſofort, daß in dem größeren Theile der Schweiz ein anderer Geiſt wehte.

In einem kurzen Vorwort zu der Flugſchrift hatte ich geſagt:

An Preußens Staatsmänner wendet ſich ein einfacher deutſcher Patriot. Er hat keinen anderen Auftrag, als den ſeines Gewiſſens, keine andere Legitimation, als eine mehr denn zwanzigjährige redliche und eifrige Beſchäftigung mit den öffentlichen Angelegenheiten ſeines deutſchen Vaterlandes und den Bewegungen der öffentlichen Meinung kein anderes Recht, als das der Erfüllung einer Pflicht, die ſeiner Anſicht nach in ſo ernſter und ſchwerer Zeit jeder Einzelne hat: für ſein Theil zu thun, was er kann, damit das Ganze nicht Schaden leide, ne quid detrimenti capiat respublica, das Weitere der Vorſehung und Denen anheimgebend, deren amtlicher Beruf es iſt und die einſt der Geſchichte dafür verantwortlich ſein werden.

Mit dieſem salvavi animam mußte ich mich beruhigen. War ich in dieſer Angelegenheit der Vorwärts-

drängende geweſen, ſo mußte ich in einer anderen den Hemmenden und Abwehrenden machen.

Im Spätſommer 1860 beſuchte mich in Weimar ein alter Frankfurter College, ein höchſt eifriger Nationaler. Er kam von Berlin und war voll froher Hoffnungen wegen eines in den dortigen maßgebenden Kreiſen, wie er berichtete, gehegten Planes, die ſchleswig-holſteinſche Sache (die ſeit der Regentſchaft in Preußen wieder beim Bundestage in Anregung gebracht war) auf dem Wege der Bundesexecution zur Entſcheidung zu treiben! Mir erſchien dieſer Plan — nach den Erfahrungen, die nun ſchon zweimal nach einander mit den gegenwärtigen leitenden Staatsmännern in Berlin gemacht worden waren — höchſt bedenklich. Zunächſt konnte ſich eine Bundesexecution blos auf Holſtein erſtrecken; ſie gab alſo Schleswig preis — gerade das, was die Dänen wollten! Wenn man aber, wie es ſchien, in Berlin die geheime Hoffnung hegte, die Dänen würden durch einen gewaltſamen Widerſtand gegen die Bundesexecution einen Krieg herbeiführen und damit von ſelbſt der preußiſchen Action weitere Ziele an die Hand geben, ſo traten mir ſofort die Jahre 1848 und 1849/50 mit dem Malmöer Waffenſtillſtand und dem ſpäteren Friedensſchluß furchterregend vor die Seele, und ich konnte mir nichts Anderes, als einen zweiten ſchmählichen Rückzug der preußiſchen Politik, als das Ende der Sache denken.

Von dieſem Geſichtspunkte aus behandelte ich die Frage in der „Deutſchen Allgemeinen Zeitung“. Das gab Anlaß zu einem kurzen Briefwechſel mit einem von mir ſehr geſchätzten Publiciſten, L. in Br. Letzterer ſchrieb mir am 23. Januar 1861:

Aus der „Deutſchen Allgemeinen Zeitung“ entnehme ich, daß Sie die brennende Tagesfrage etwas anders auffaſſen, als wir. Meines Bedünkens muß die Gelegenheit ergriffen werden, theils um in Preußen, in Fürſt und Volk, die nöthige Unternehmungsluſt zu erzeugen, deren man auch zur Bundesreform bedürfte, theils um die Süddeutſchen herbeizuziehen, die nach Bewährung Preußens ſchreien. Eben dieſer ſüddeutſchen Abneigungen und jener preußiſchen Halbheit wegen iſt es gut, wenn die Kriegsflamme aufloht. In Süddeutſchland wird die Stimmung für Reform des Bundes nicht eher reif, als bis Preußen ſich Vertrauen erobert hat. Ich verzweifle aber daran, ſowohl die Regierung als das Volk in Preußen auf den Punkt zu bringen, wo wir ſie zu vertrauenerweckender Anbahnung der Bundesreform haben müßten, ſo lange nicht Gefahren für Preußen ſelbſt ſie aus den Nachwirkungen der langen Trägheit und der jungen Behaglichkeit eines liberalen Regiments herausnöthigen. Daher begrüße ich es mit Freuden, daß die Regierung dieſe Gefahren heraufbeſchwören will.

Da ich in einem Briefe an ihn bei meinem Bedenken ſtehen geblieben war, ſchrieb er mir abermals am 1. Februar 1861:

Mit Dank habe ich Ihren eingehenden und vertrauensvollen Brief empfangen, mit Ernſt den Gegenſatz Ihrer und meiner Anſichten erwogen und ſofort denſelben auch, da ſich die Gelegenheit ungeſucht darbot, mit meinen nächſten hieſigen Freunden beſprochen. Ihnen iſt es, wenn ich Sie recht beurtheile, immer weſentlich darauf angekommen, die auseinander ſchweifenden natürlichen Bundesgenoſſen, Preußen und die Süddeutſchen, zuſammenzubringen. Sie haben ſtets nach der mittleren Linie geſucht, auf der dieſe ſpröden und doch für einander beſtimmten Collectivweſen ſich finden und Hand in Hand marſchiren könnten. Daher hauptſächlich, nehme ich an, Ihre angeſtrengte Thätigkeit in der (leider nicht ergriffenen) ſavoyer Frage u. ſ. w. Gerade von dieſem Standpunkt aus hoffte ich mich mit Ihnen zu verſtändigen. Ich habe aus Berlin keine Nachricht von der Annahme eines feſten und klaren Programms, wie man es freilich haben ſollte, wenn

man auf einen großen Krieg lossteuert. Aber ich weiß, daß die einflußreichsten Rathgeber nach einem solchen Entschluß hindrängen.

Es war mir überraschend, daß die preußischen Staatsmänner einen Krieg gleichsam vom Zaune brechen, daß sie selbst „Gefahren heraufbeschwören" wollten, wie das aus den mündlichen Mittheilungen des alten Frankfurters und aus den damit übereinstimmenden schriftlichen meines publicistischen Collegen hervorzugehen schien. Aber ich erschrak förmlich vor dieser in Berlin so plötzlich erwachten, von der jüngsten Zauderpolitik so grell abstechenden Kriegslust. Hatte mir doch eben erst (bei Gelegenheit der savoyer Frage) von dort aus Jemand, der es wohl wissen konnte, geschrieben:

Ist man hier auch einmal einem Entschlusse nahe, so hängt sich England mit Centnerschwere an. Was die Times über Preußens Aggression gegen Dänemark (die angedrohte Execution) sagt, ist nur ein matter Abklatsch von den energischen Abmahnungen Russells. Wenn Preußen es durch einen Angriff auf Dänemark zu einem Kriege mit Frankreich bringe (so heißt es von London aus), wie Oesterreich durch den Angriff auf Sardinien, so werde sich England gegen Preußen gerade so verhalten, wie gegen Oesterreich. Palmerston ist eben unser geschworener Feind.

Wenn nun aber wirklich Napoleon sich Dänemarks annahm (er hatte damals noch nicht, wie 1863, sich in die mexikanische Expedition verstrickt), wenn England, wie höchst wahrscheinlich, wenigstens diplomatisch, auf Preußen drückte, vielleicht auch Rußland — würde dann wohl jener kühne Muth des thätigen Vorangehens, der angeblich mit einem Male in die preußischen Staatsmänner gefahren war, sich als nachhaltig erweisen? Oder würden sie nicht auf halbem Wege stehen bleiben und zurückgehen? Und

wäre dann nicht Preußens Lage und ſeine Stellung in Deutſchland nur verſchlimmert?

Wie ſehr ich mit meinen Befürchtungen Recht gehabt, davon überzeugte mich ein Brief, den ich faſt um die gleiche Zeit, unterm 23. Februar 1861, von einem politiſchen Freunde erhielt, der ebendamals, bei einem Beſuche in Berlin Gelegenheit geſucht und gefunden hatte, ſich genauer über die dortige Sachlage zu informiren. Er klagte:

Ich bin leider von Berlin ſehr enttäuſcht zurückgekehrt. Ich hatte ſo beſtimmt geglaubt, daß man in Betreff Schleswig-Holſteins einen feſten und großen Plan habe. Allein an einen ſolchen iſt nicht zu denken. Unter dieſen Umſtänden kann ich den Abgeordneten keinen ſo großen Vorwurf daraus machen, daß ſie mit vollen Segeln in die italieniſchen Sympathien hineingefahren ſind, was, wenn man irgend einen beſtimmten Plan hätte, höchſt unpolitiſch wäre. Denn es iſt klar, daß Palmerſton darin einen Freibrief für ſich ſehen wird, in Italien ad libitum zu ſchalten, ohne uns dafür auch nur die mindeſte Conceſſion in Beziehung auf Dänemark zu machen.

Zehntes Capitel.

Dramatiſche Anläufe.

War es die idylliſche Ruhe und Abgezogenheit der klaſſiſchen Muſenſtadt, welche frühere, anſcheinend längſt entſchlummerte, poetiſche Gelüſte wieder in mir erweckte, oder war es die durch den häufigen Beſuch des Theaters und die von mir in der Zeitung geübte Theaterkritik vermittelte nähere Bekanntſchaft mit der Bühne und ihren praktiſchen Erforderniſſen — genug, ich war, ehe ich mich deſſen verſah dem Drange dramatiſchen Schaffens verfallen.

Einen erſten Verſuch im Drama hatte ich allerdings ſchon 1850 in meiner Lindenauer Einſamkeit gemacht. Was mich dazumal lockte, war ein Stück engliſcher Geſchichte, der Untergang des Miniſters Carl's I., Thomas Wentworth oder Graf Strafford. Ich hatte jene Arbeit aber nur einem einzigen ſachkundigen Freunde vertraulich mitgetheilt und auf deſſen Rath ſie im ſicheren Schrein begraben. Sie trug die Spuren mangelnder Bühnenkenntniß allzuſehr an ſich.

Der Stoff, an deſſen dramatiſche Bearbeitung ich mich diesmal wagte, gehörte der vaterländiſchen Geſchichte, dem deutſchen Mittelalter an; es war ein ſchon öfters (u. A. von Rückert) behandelter Stoff: die Schuld und Sühne

des unglücklichen Kaiſers Heinrichs IV. Nachdem ich denſelben lange im Kopfe mit mir herumgetragen, ging ich im Sommer 1860, als die im vorigen Capitel erwähnten äußeren Aufregungen vorüber waren, an die wirkliche Ausarbeitung und brachte dieſe — zumeiſt im Freien, in dem Garten an meiner Wohnung oder dem nahegelegenen Park — in nicht zu langer Zeit zum Abſchluß.

Während des Dichtens empfand ich ſo recht die Wahrheit des Goethe'ſchen Wortes: „Das Machen war doch gar ſo ſchön!“ Es giebt wohl kaum irgend eine andere geiſtige Beſchäftigung, welche in ſich ſelbſt ein ſo volles Genüge gewährte, wie der Aufbau eines Drama. Die Freiheit des Gebahrens mit einem ſelbſterkorenen Stoff, die Freude, etwas Eigenes ganz aus dem Friſchen zu ſchaffen, daneben wieder die geheime Macht der in dem Stoffe ſelbſt, auch dem freigewählten, liegenden inneren Nothwendigkeit und Symmetrie der Geſtaltung — alles das zuſammen erzeugt ein ſo reines ideales Vergnügen, daß man dabei an den künftigen äußeren Erfolg oder Mißerfolg wenig oder gar nicht denkt und es beinahe bedauert, wenn die Arbeit zu Ende iſt. Denn mit dieſem Momente verſchwindet der ſelige Rauſch, in dem man ſich befand, vor der, in ihre Rechte wieder eintretenden, rauhen Wirklichkeit; die fröhliche Sicherheit, womit man zuvor in dem lichten Aether der Phantaſie ſich bewegte, macht bedenklichen Zweifeln Platz, ob denn auch der luſtige Bau den ſtrengen Anforderungen genügen werde, die eine nüchterne Kritik und ein verwöhntes Publikum an denſelben ſtellen dürften. Je zuverſichtlicher und ſelbſtbefriedigter man vorher war, um ſo befangener und ängſtlicher wird man nun.

Kommt nun hinzu, daß Der, welcher einen derartigen Anlauf nimmt, kein Jüngling mehr iſt (einem ſolchen verzeiht man es wohl, wenn er beim Ritt in's romantiſche Land der Dichtung ſich einmal verirrt oder gar bügellos wird), ſondern ein Mann über das leichtlebige Alter hinaus, ein Mann mit vorgezeichnetem Lebensberuf, dem man es mit Recht verdenken mag, wenn er in ein fremdartiges Gebiet unberufen hinüberſchweift, ſo wird die Lage eine doppelt bedenkliche. In ſolcher Lage aber befand ich mich, und mein Bangen wegen des Ausganges meines Wagniſſes war daher ein ſehr natürliches.

Aus dieſer Verlegenheit half mir meine gute Frau. Sie hatte ſchon während der Arbeit durch warme Theilnahme an deren Fortgang, ſo wie durch manchen willkommenen Rath aus der Urſprünglichkeit weiblichen Gefühls heraus mich freundlichſt unterſtützt: ſie fand jetzt auch einen Ausweg aus der Verwirrung, in der ich mich befand, indem ſie einen Freund unſeres Hauſes, der in dieſem Fache — als Dramaturg und als Dramatiker — bewandert war, den Dr. Locher (ſpäteren Director des Meiningiſchen Hoftheaters) heimlich in's Vertrauen zog. Von ihm ermuthigt, las ich das Stück ihm und unſeren beiderſeitigen Frauen vor — anfänglich mit großer Befangenheit, die aber allmälig wich, da Locher, je weiter ich las, deſto mehr ſich für die Dichtung erwärmte und endlich am Schluß verſicherte, er glaube einen Bühnenerfolg mir in ſichere Ausſicht ſtellen zu können.

Nachdem ſo das Eis gebrochen war, theilte ich das Stück auch dem, mir gleichfalls befreundeten, „Papa Genaſt“ mit, der in ſolchen Dingen eine reiche Erfahrung hatte.

Zu meiner Freude bekräftigte er vollſtändig Lochers hoffnungsvolle Vorausſage. Damit noch nicht zufrieden, bat ich auch andere hervorragende Fachkundige — Schauſpieler, Regiſſeure, Theaterleiter, Dramaturgen, Dramatiker — um ihr Gutachten. Dabei nun machte ich die intereſſante Erfahrung, wie verſchiedenartig dieſe Männer, die doch ſämmtlich dem Theater ohngefähr gleich nahe ſtanden, alſo deſſen praktiſche Anforderungen an ein Drama gleich gut kennen mußten, über den muthmaßlichen ſceniſchen Erfolg meines Stückes urtheilten. Ueber deſſen poetiſchen Gehalt ſprachen ſie ſich insgeſammt ſehr freundlich aus; im Uebrigen traten Gruner in Stuttgart, Dahn in München, Jaffé in Braunſchweig der günſtigen Prophezeihung Lochers und Genaſts unbedingt bei; Laube und Putlitz, obwohl mit der Dichtung ſehr zufrieden, ſprachen doch ihre Zweifel darüber aus, ob ſolche mittelalterliche Stoffe hinlänglich dramatiſch wirkſam gemacht werden könnten. Der Erſtere ſchrieb:

Ihr Drama hat uns Alle (er hatte es ſeiner Frau und Schwiegermutter, zwei hochgebildeten und geiſtvollen Damen, vorgeleſen), was die Fähigkeit der Compoſition betrifft, überraſcht. Sie haben ja früher nie ein Zeichen davon gegeben! Die ganze Anordnung und Eintheilung iſt klar und ſinnig, die Ausführung verſtändig und knapp, Letzteres in der zweiten Hälfte vielleicht in zu hohem Grade, weil man auf der Höhe nach größerem Drang und Schwung der Leidenſchaften begehrt. Daß ich hier (an der Burg in Wien) an eine Aufführung ſolchen Themas nicht denken kann, haben Sie ſelbſt ſchon zugegeben. Es wird Ihnen aber, fürchte ich, auch an anderen Orten ſchwer werden, die Bretter dafür zu finden. Nicht des politiſchen und religiöſen Inhalts wegen, aber wegen des fernliegenden Stoffes. Das Theaterpublikum verlangt jetzt, wie ein Kind, nur Gegenwart, Gegenwart! Und für die alte

Kaiſerzeit — mag das Pathos unſeren Intereſſen auch noch ſo verwandt ſein — bedarf es titaniſcher Dichterkräfte, um die Bühne zu erobern und zu behaupten.

Putlitz ſprach ſich ſo aus:

Zuerſt die aufrichtige Freude über Ihr edles, echt deutſches Werk, das, gedankenreich, in der ſchönen Form des Wortes, die Theilnahme jedes Leſers feſſeln muß. Ich bin nicht Kritiker, und eine Kritik werden Sie alſo nicht von mir fordern, aber der Hingabe an die Dichtung fühle ich mich, Gott ſei Dank, fähig, und ſo laſſen Sie Sich an dem Ausdruck der reinen Freude genügen, die Ihr Gedicht mir bereitete! Was ich vielleicht verſtehe, iſt dramatiſcher Aufbau, die Architektur der Stücke und das, freilich immer ſehr unſichere, Herausfühlen des Bühnenwirkſamen. Nach dieſer Seite nehmen Sie mein offenes Urtheil! Es iſt eine Ungunſt der mittelalterlichen Stoffe (und, wenn wir von echten deutſchen reden, bleiben uns ja nur die aus jener Zeit der deutſchen Zuſammengehörigkeit), daß ſie mehr epiſch, als dramatiſch ſind, daß ſie immer wieder den Conflict der Kirche mit der weltlichen Macht, der (leider unverbeſſerlichen) Sonderſtellung der kleinen Fürſten mit dem Oberhaupte des Reiches bringen müſſen. Ihr Stück hat nun, ſo viel es ging, dies Epiſche überwunden und, jeden lyriſchen Schmuck verſchmähend, durch den Conflict zwiſchen Vater und Sohn rein menſchlich zu ergreifen gewußt. Hier aber finde ich ein Bedenken. Iſt der edle Umſchlag des Königs genügend motivirt, um ſo ſehr an ihn zu glauben, daß die Verſöhnung uns völlig befriedigt und der Abſchluß nicht unſicher ausklingt? Ganz aber iſt das Epiſche des Stoffes nicht zu überwinden geweſen, und die tragiſche Schuld, der Kernpunkt jeder Tragödie, der allgemeine Grundgedanke des Stückes, löſt ſich nicht klar aus den Conflicten. Ebenſo müſſen folgerichtig die ſcharfen dramatiſchen Effecte fehlen. Das Alles ſchwächt natürlich die Wirkung auf der Bühne bei unſerem, durch pikante Koſt überreizten Publikum. Selbſt „Ernſt von Schwaben“ von Uhland, dieſe Perle unſerer Literatur, die meinem Herzen am nächſten ſteht vielleicht von allen dramatiſchen Gedichten, die wir beſitzen, hat die dauernde Gunſt des Pub-

likums nicht erobern können. So wird ſich das Stück natürlich nicht den Effectdramen anreihen, welche die Repertoires in langer Reihe von Wiederholungen beherrſchen; aber das war es auch nicht, was Sie mit Ihrer Dichtung erſtrebten: der achtungsvollen Theilnahme des Publikums wird es aber gewiß ſein: Das iſt wenigſtens meine unmaßgebliche Meinung.

Der Einzige, welcher ſich völlig ablehnend verhielt, und zwar, weil er den Stoff „Heinrich IV." für abſolut undramatiſch erachtete, war Eduard Devrient. Derſelbe ſchrieb:

Ihr Trauerſpiel „Heinrich IV." habe ich mit großem Antheil für ſeine einzelnen Schönheiten in der Ausführung geleſen und ſage Ihnen für die freundliche und vertrauensvolle Mittheilung meinen herzlichſten Dank. Ausſicht auf einen Bühnenerfolg des Gedichtes kann ich Ihnen nicht geben. Das Stück Hiſtorie, das Sie gewählt, hat in ſeinem Helden keine Sympathie; er iſt der unſeligſte der deutſchen Herrſcher und der haltloſeſte, an dem das willigſte Mitgefühl auch nicht eine kleinſte Stelle findet, ſich anzuklammern. Merkwürdig, daß Heinrich IV. ſo oft ſchon zum dramatiſchen Stoff gewählt worden, mir auffallend, daß auch Sie, verehrter Herr, ſich durch die Bewegtheit ſeines Schickſals haben verleiten laſſen. Heinrich IV. ſchließt in ſeinem Leben nirgends befriedigend ab, auch nicht in tragiſcher Erſchütterung; nichts iſt beiſammen in dieſem Schickſal und Verhalten, und darum liefert er keinen abgerundet dramatiſchen Stoff. Sein Leben löſt kein ſittliches, kein hiſtoriſches Problem. Das, glaube ich, iſt der Hauptgrund, daß auch Ihrem Gedichte die Sammlung, das Intereſſe, der wirkſame Bau nicht gelingen konnte. Es iſt ein herausgehobenes Stück Geſchichte, kein Drama. Wir intereſſiren uns nicht für den ſchofelen Vater, noch weniger für den entarteten und doch nicht hinlänglich frevelkühnen Sohn, der obenein zuletzt noch ſiegt trotz ſeiner Flucht. Die Schönheiten des Gedichtes, unter denen die Kaiſerin in Böckelheim hervorleuchtet, gehen vorüber, verſchwinden; bleibenden Eindruck macht uns nur das auseinanderliegende Wirrſal von Falſchheit, Trug, Prieſtergewalt und Elendigkeit einer troſtloſen Epoche. Ich bedaure, daß ſo verdienſtvolle Arbeit an einen unergiebigen Stoff ſich gewendet hat, dem keine Sympathie

und keine dramatiſche Form abzugewinnen iſt. Kam es darauf an, war es Aufgabe, dieſen Stoff zu behandeln, ſo, glaube ich, durfte ihm auch die erſte, größere Hälfte des königlichen Lebens nicht fehlen, die ganze, ſichtbar erlebte Verſchuldung: dann war es doch — und mehrere Gedichte in dieſer, freilich wieder untheatraliſchen, Ausdehnung haben mir vorgelegen — ein vollſtändiges Bild des Gerichtes, das über ein verpfuſchtes Königeleben gehalten wird, ein Bild des Verderbens, das ein ſolcher König über das Volk bringt. Ihrem Gedichte fehlt die Baſis des früheren Lebens; die Bezugnahmen erſetzen ſie nicht.

Gegen dieſe, doch allzu peſſimiſtiſche Auffaſſung der Perſönlichkeit Heinrichs IV. hätte ich allerdings als Hiſtoriker vom Standpunkte eines ſolchen aus Manches einzuwenden.

Für die Aufführung des Stückes lag es mir natürlich am nächſten, mich an die Hofbühne in Weimar zu wenden. Sie ſtand damals unter Dingelſtedts Leitung. Ich hatte mit dieſem, als Theaterkritiker der Weimariſchen Zeitung, vor nicht langer Zeit einen kleinen Strauß gehabt und war daher nicht ohne Beſorgniß, ob er mich etwa dies werde entgelten laſſen. Das geſchah aber nicht, vielmehr antwortete er mir auf meine Anfrage in der liebenswürdigſten Weiſe:

Euer Hochwohlgeboren beehre ich mich anzuzeigen, daß ich Ihr Trauerſpiel: „Kaiſer Heinrich der Vierte,“ in welchem ich ein treffliche Dichtung und die beſte mir bekannte Dramatiſirung dieſes oft behandelten Vorwurfs mit aufrichtiger Anerkennung gefunden habe, zur Aufführung auf hieſiger Hofbühne annehme.

Es ſei mir geſtattet, hier eine kurze Inhaltsſkizze des Stückes einzuſchalten:

Um den beinahe 30jährigen Hader im Reich zu enden, hat Kaiſer Heinrich einen Reichstag einberufen. Es gelingt ihm, durch ſein perſönliches Auftreten und durch Gewährung billiger Forde-

rungen die große Mehrzahl der Fürſten mit ſich auszuſöhnen, einen Landfrieden zu verkünden und die Wahl ſeines Sohnes Heinrich zu ſeinem Nachfolger, zum „Deutſchen König", zu erlangen. Aber eine Partei des höheren Adels, im engen Bunde mit dem römiſchen Legaten, ſucht dieſes Friedenswerk zu ſtören. Gegen ſie tritt der Kaiſer mit aller Schroffheit ſeines, zur Gewaltthätigkeit neigenden Charakters und ſelbſt mit Verletzung des formellen Rechts bei einer Gelegenheit auf, wo es ſich um einen Streit des Adels mit dem, vom Kaiſer begünſtigten, Bürgerthum handelt. Hier nun trennt der junge König ſich von ſeinem Vater. Theils die Befürchtung, es könne nochmals (wie ſchon einmal) zu einer Entſetzung ſeines Vaters und dann zur Verdrängung ihres ganzen Hauſes vom Throne kommen, theils ehrgeiziges Streben nach der Krone für ſich ſelbſt verführen ihn, mit der päpſtlichen Partei gemeinſame Sache zu machen. Es gelingt ihm, den Kaiſer auf die Burg Böckelheim zu locken und dort vor einen Reichstag zu ſtellen. Der Kaiſer wird entſetzt und ſoll in Haft gehalten werden, bis er ſelbſt verzichtet. An ſeine Stelle wird der junge König zum Kaiſer erwählt. Allein der alte Kaiſer entkommt mit Hilfe von Freunden aus der Haft; der Herzog von Lothringen und andere Fürſten, namentlich aber die großen Rheinſtädte erklären ſich für ihn, und ſo entſchließt er ſich, obwohl lang widerſtrebend, zu einem Kriege mit dem eigenen Sohn. Dieſer erkennt endlich, daß er durch ſeine Parteinahme für Adel und Kirche nichts gewonnen, wohl aber grenzenloſe Verwirrung im Reiche angerichtet hat. Noch möchte er umkehren, aber es iſt zu ſpät, denn ſeine Reue würde jetzt als Feigheit ausgelegt werden. Er muß den Kampf annehmen. Als er aber, um die weichenden Seinigen zu ermuthigen, dem eigenen Vater Stirn an Stirn entgegentreten ſoll, ſiegt ſein kindliches Gefühl, und auf die Gefahr hin, ein Feigling zu ſcheinen, flieht er. Der Kaiſer, in der Meinung, ſein Sohn fliehe wirklich aus Feigheit, will ihm nachſetzen und ihn zum Kampf zwingen; da bricht er, von der übermächtigen Aufregung zum Tode getroffen, zuſammen. Inzwiſchen hat der König die zu ſeiner Verfolgung nachgeſandten Truppen des Kaiſers geſchlagen, kommt aber nun, als Sieger, die Verzeihung des Vaters zu erflehen, die dieſer, nebſt ſeinem Segen, ihm ſterbend ertheilt, nachdem der Sohn ihm gelobt

ihn an Rom zu rächen und die Rechte des Reichs zu wahren. Die weiblichen Figuren, die Kaiserin Bertha und die kaiserliche Tochter Adelheid, die Wittwe Friedrichs von Stauffen, bilden in ihrem treuen Festhalten am Kaiser einen versöhnenden Gegensatz zu dem abtrünnigen jungen König.

Das Stück wurde in Weimar zu Anfang des Jahres 1861 aufgeführt: die Hauptrolle gab der, damals in der vollen Blüthe seiner Kraft stehende (1885 verstorbene) Lehfeld. Der Erfolg war ein durchschlagender: vom zweiten Acte an wurden Darsteller und Verfasser nach jedem Actschluß stürmisch gerufen. Denselben Erfolg erzielte das Stück in Leipzig (wo Stürmer den Kaiser darstellte), obgleich es da zur ungünstigsten Zeit, im Hochsommer, gegeben ward.

Die Versuche, das Stück noch auf anderen Bühnen zur Aufführung zu bringen, hatten keinen weiteren Erfolg, als den, immerhin nicht zu unterschätzenden, daß sie mir einen Einblick in die unendlichen Schwierigkeiten verschafften, mit denen in Deutschland jedes neue Theaterstück (wenigstens im Gebiete des höheren Dramas, und wenn der Stoff der vaterländischen Geschichte entnommen ist) zu kämpfen hat. Vielleicht ist es nicht ganz ohne Interesse für manchen meiner Leser, wenn ich die von mir in dieser Hinsicht gemachten Erfahrungen hier mittheile.

Das Hoftheater zu Dresden stand damals unter der Leitung des hochbejahrten Freiherrn von Lüttichau. Dessen rechte Hand war Dr. Pabst. An Letzteren hatte mir aus völlig freiem Antriebe Dingelstedt folgenden sehr freundlichen Empfehlungsbrief gegeben:

Der schätzbare Verfasser des Dramas „Kaiser Heinrich IV." glaubt einen Geleitsbrief desselben an Ihre Bühne, verehrter Freund

und College, nöthig zu haben. Ich ſtehe nicht an, ihm einen ſolchen in beſter Form hiermit auszuſtellen, indem ich verſichere — was eigentlich Ihrem Kennerblick und dem hieſigen Erfolge des Stückes gegenüber gleich überflüſſig iſt —, daß ſein Werk nicht nur ein treffliches an ſich, ſondern auch ein theaterfeſtes genannt werden darf. Es hat die Feuerprobe bei uns beſtanden und ſich auf dem Repertoire dauernd eingebürgert. „Gehet hin und thuet desgleichen!“ Dingelſtedt.

Die Empfehlung hatte den gewünſchten Erfolg; das Stück ward angenommen: die Rollen waren, wie mir amtlich mitgetheilt wurde, bereits ausgeſchrieben, der Tag der Aufführung anberaumt. Und doch unterblieb dieſe! Noch im letzten Augenblicke waren, wie ich auf meine Anfrage beſchieden ward, dem alten Herrn Bedenken beigegangen (oder von Andern eingeflößt worden) wegen des in dem Stücke abgehandelten Conflictes zwiſchen Staat und Kirche und der, freilich nicht eben vortheilhaften Rolle, welche ein päpſtlicher Legat darin ſpielt. Mein Dringen auf Erfüllung des mir unter amtlicher Unterſchrift und Siegel gegebenen Verſprechens der Aufführung hatte keinen Erfolg.

In Stuttgart hatte ſich Gruner warm für mein Stück verwendet. Er ſelbſt wollte den Kaiſer ſpielen. Auch dort ward es angenommen, auch von dort ward mir die Rollenvertheilung und die Feſtſetzung des Tages der Aufführung als bereits erfolgt mitgetheilt; aber auch dort hatte es damit ſein Bewenden. Als ich gegen Gruner meine Verwunderung darüber ausſprach, deutete mir dieſer an: möglicherweiſe ſei der ſcharfe Gegenſatz zwiſchen Vater und Sohn, der zu unliebſamen Vergleichungen hätte Veranlaſſung geben können, die Urſache der Nichtaufführung.

Nach einer andern Verſion wäre um die Rolle des Kaiſers ein Streit zwiſchen Gruner und einem Mitbewerber, der zugleich Regiſſeur war, entſtanden. Genug, das Stück ward auch dort ad acta gelegt!

In Braunſchweig hatte man, wie ich erfuhr, Anſtoß daran genommen, daß „ein Welf“ als ein etwas zweideutiger Charakter in dem Stücke auftritt. Welche Pietät gegen einen entfernten Namensvetter noch nach mehr als 800 Jahren!

Daß im Wiener Burgtheater an eine Aufführung nicht zu denken ſei, ſprach Laube offen aus und ließ ſich auch begreifen. Vom Berliner Hoftheater erhielt ich das bekannte, halb gedruckte, halb geſchriebene Schema der Ablehnung ohne Angabe von Gründen.

Ich kann mir denken, daß Jemand, der das Drama zu ſeinem Beruf gewählt hat, durch ähnliche Erfahrungen, wie dieſe, nicht gerade ermuthigt und angefeuert werden mag, und daß ſchon ein ſehr nachhaltiger Trieb und ein ſehr entſchiedenes Talent dramatiſchen Dichtens dazu gehört, um erſt die Unluſt, gegen derartige Hinderniſſe anzukämpfen, dann aber dieſe Hinderniſſe ſelbſt zu überwinden.

Aus den gedruckten Kritiken über „Heinrich IV.“ will ich nur Einiges hier anführen. Im Feuilleton der „Hamburger Nachrichten“ (7. Mai 1861) ſchrieb Robert Heller:

Karl Biedermann, den wir bisher als Philoſophen, als politiſchen Publiciſten und geſchmackvollen Literar- und Culturhiſtoriker kennen lernten, überraſcht ſeine zahlreichen Freunde plötzlich mit einer tragiſchen Dichtung von eng geſchloſſenem Bau, markiger Charakteriſtik und dramatiſch beredſamer Sprache. Daß das Trauerſpiel zugleich in ſeiner Handlung unſerer Gegenwart den Spiegel der Geſchichte

zu ernſter Lehre und Mahnung vorhält, das wollen wir nur mit Vorſicht erwähnen. Denn, obſchon „Heinrich IV.“ dadurch zum Tendenzſtück wird, ſo iſt er doch keineswegs tendenziös in ſeinen Einzelheiten. Die zeitgemäße Wirkung geht vielmehr ganz ungeſucht aus der lebendigen Darſtellung der Perſonen und Verhältniſſe Deutſchlands zu Anfang des 12. Jahrhunderts hervor. Was Biedermann in „Heinrich IV.“ zum tragiſchen Conflict geſtaltet, das iſt der uralte Kampf zwiſchen Staat und Kirchengewalt, hier verperſönlicht durch die Auflehnung des königlichen Sohnes wider den Kaiſer, ſeinen Vater. Letzterer vertritt die weltliche Macht, der junge Heinrich die von Rom verführte Partei Deutſchlands, und das Ende iſt die Bekehrung des Sohnes zu dem Rechte ſeines Vaters und ſeiner Nation. Kann der Verfaſſer dafür, wenn dieſer Zwieſpalt an die Concordate unſerer Zeit erinnert und wenn gleich der erſte Auftritt, der Reichstag auf dem freien Felde vor Mainz, ein Parlament vor unſer Gedächtniß ruft, dem nur der Kaiſer fehlte, um es zu der größten Reichsverſammlung zu erheben, die je bei Ingelheim, in Worms oder Augsburg tagte?

In einer Correſpondenz aus Weimar in der „Theaterchronik“ (13. April 1861) hieß es:

Aus dem reichen Repertoire unſeres Theaters ſei hier nur Einzelnes hervorgehoben, das eine beſondere Beachtung verdient: Hebbels „Nibelungen“ und Biedermanns „Heinrich IV.“. Ueberragt auch erſteres Werk, das ein vorzügliches genannt werden muß, das zweitgenannte, ſo bekundet doch auch der Dichter des letzteren Drama ein nicht geringes Talent und eine erfreuliche Bühnenkenntniß. Die Charakteriſtik iſt wohlgelungen; Alles wurzelt durchaus in den Verhältniſſen der Zeit, auf welcher die Handlung, als ihrem Träger, ruht; die patriotiſche Geſinnung, die aus der Tragödie hervorleuchtet, macht ſich als eine ſehr ehrenwerthe und kernige bemerkbar; der Diction gebührt im Allgemeinen das Prädicat einer markigen, ſchwungvollen, von poetiſchem Hauch durchwehten.

In der „Deutſchen Allgemeinen Zeitung“ (vom 29. Mai 1861) äußerte ſich Hermann Marggraff ſo:

Kaiſer Heinrich IV. war kein ſittlich reiner Menſch, und er

hat auch als Staatsmann und Regent viele große Mißgriffe begangen. Wir wiſſen aber auch, daß er viele vorzügliche Geiſteseigenſchaften beſaß, daß er ein perſönlich tapferer Mann, ein Held im Dulden wie im Handeln war, daß er in ſechszig Feldſchlachten, meiſt ſiegreich, gefochten hat, daß er eine große Zähigkeit bewies und ſelbſt ſeinen großen Gegner Gregor VII. für die ihm in Canoſſa auferlegte Demüthigung ſchließlich doch ſtrafte und in's Exil trieb. Wir haben hier alſo Alles, was zu einem tragiſchen Charakter gehört: Kraft, Schuld und endlich eine Kataſtrophe der rührendſten Art, die dem Kaiſer unſer tiefſtes Mitgefühl gewinnen muß, um ſo mehr, da er ſich ſeinem Sohne Heinrich mit einem Vertrauen hingiebt, welches deſſen Verrath nur um ſo abſcheulicher erſcheinen läßt. Der weitere Vorzug des Stoffes liegt darin, daß Heinrich IV. ſein ganzes Leben in faſt unausgeſetzten Kämpfen gegen die Anmaßungen Roms und des römiſchen Klerus wie gegen die Anmaßungen der deutſchen Großen zu Gunſten der Reichseinheit und der Freiheit der mehr und mehr aufblühenden deutſchen Städte verbrachte. Indem dieſe Kämpfe ſich bis in unſere Tage hineinziehen, gewinnt der von Biedermann behandelte Stoff, und gerade in der Art, wie Biedermann ihn behandelt hat, eine große Bedeutung für unſere Zeit. Dagegen liegt ein Hauptmangel des Stoffes darin, daß eigentlich das ſchlechte Element, das böſe Princip der Untreue, des ſchamloſeſten Verraths und der perfideſten Ueberliſtung, in der Perſon Heinrichs des Sohnes, ſchließlich ſiegt, was weder einen ſittlich noch einen poetiſch befriedigenden Abſchluß giebt. Biedermann hat ſich, im Widerſpruch mit der Geſchichte, dadurch über dieſe Klippe hinwegzuhelfen geſucht, daß er den jungen Heinrich zuletzt mitten im Wüthen einer Feldſchlacht Reue empfinden und den Vater mit ihm verſöhnt ſterben läßt. Aber dieſe Reue kommt zu plötzlich, zu unerwartet und unmotivirt, als daß ſie uns erklärlich erſcheinen oder uns gegen ihn und ſeine vorhergegangenen verrätheriſchen Handlungen verſöhnlicher ſtimmen könnte. Dagegen muß man dem Verfaſſer einräumen, daß er, meiſt im genauen und reſpectvollen Anſchluß an die Geſchichte, den Stoff eben ſo einfach als dramatiſch wirkſam in verſtändig ſich ſteigernder Entwickelung behandelt hat. Wenigſtens von der vierzehnten Scene des dritten Acts, der Böckelheimer Fürſtenverſammlung

an, geſtaltet in der That des Verfaſſers Hand den Stoff mit einer Oekonomie und Sicherheit, die faſt ſtaunen machen bei einem, zwar ſeit Langem auf anderen Gebieten höchſt rühmlich, aber auf dramatiſchem bis jetzt noch gar nicht bekannten Autor. Die Sprache iſt, wie meiſt auch die Charakteriſtik, kräftig und männlich, und einige der Hauptreden des Kaiſers, der in ſeiner kaiſerlichen wie menſchlichen Größe imponirend in den Vordergrund geſtellt iſt, werden, entſprechend vorgetragen, überall große Wirkung hervorbringen müſſen. Das Ideelle in den Kämpfen des Kaiſers iſt nachdruckſam hervorgehoben, beſonders auch das erwachende Bewußtſein des Bürgerthums in den Abgeſandten der rheiniſchen Städte an den Kaiſer.

Von ganz beſonderem Intereſſe war mir ein Urtheil K. Gutzkows in deſſen „Unterhaltungen am häuslichen Heerd“ (1861, Nr. 383). Es lautete:

Ueberraſchend iſt die ſichere Führung der Handlung, der ſcenenkundige Aufbau der Acte, im Dialog der warme, lebensfriſche Redefluß, im Charakteriſtiſchen die gewandte Anlehnung an diejenige Spielweiſe, die ſich eben bei unſeren Schauſpielern als wirkſam und ihnen geläufig vorausſetzen läßt. Das Schiller'ſche Vorbild iſt darin faſt zu ſehr erkennbar. Im Allgemeinen liegt auf unſerem deutſchen Mittelalter für die Bühne ein äſthetiſcher Bann, der ſchwer zu löſen ſein wird. Kaum iſt eine feſte Geſtaltung des Intereſſes da, ſo zerſplittert ſie ſich durch die Verfaſſung des Reichs, die ungeheure Ausdehnung ſeiner Intereſſen, die enorme Zahl von Menſchen, die mitzuſprechen haben. Die überwiegend politiſche Betonung und Beſeelung ſeines Stoffes iſt ein ſchöner Vorzug der Biedermann'ſchen Arbeit, und doch birgt auch ſie eine Gefahr: das rein Menſchliche geht im abſolut Staatsmänniſchen und Kriegeriſchen zu ſehr verloren. Nicht daß nicht Vaterrechte, Sohnespflichten, Mutterſorge und alle Accorde des Familenlebens auch bei ihm durch die Staatsaction wohllautend hindurchtönten, doch bleiben ſie mehr oder weniger abgeriſſen; ſie können den Raum nicht gewinnen, mächtig anzuſchwellen in dieſer Fülle von politiſchen Beziehungen, in dieſen Verſchwägerungen und Formalitäten der Lehnsabhängigkeit. Im Sohne des Kaiſers, dem ſpätern Heinrich V., vermißt man die Ver-

tiefung des Charakters zu jener Bedeutung, welche doch auch in Shakeſpeares hiſtoriſchen Stücken immer noch die Pſychologie neben der Chronik behauptet. Der Bruch im Gemüthe dieſes jungen Mannes mußte vom Dichter als die eigentliche Baſis ſeines ganzen Stückes gelegt und noch ſubtiler und umſtändlicher gezeichnet werden, als von ihm geſchehen iſt. Da dies unterblieb, ſo kommt es, daß uns trotz des lebendigſten Verkehrs auf der Bühne, den uns die formgewandteſte Feder vorführt, doch immer das Gefühl bleibt: die eigentliche Poeſie der Sache möchte wohl noch links oder rechts am Wege liegen, und es würde die ganze Schrift gleichſam noch einmal an's Licht gehalten werden müſſen, um neben und zwiſchen den Zeilen dasjenige erſt ſichtbar anzutreffen, worauf es der dramatiſchen Poeſie bei dieſem Stoff ankommen mußte. Der Dichter hatte dies Gefühl ſelbſt: ſeine häufigen Monologe beweiſen es. Aber im Drang nach dem rein Politiſchen und Hiſtoriſchen fand er kaum noch äußerlich den Raum, dem Pſychologiſchen und Poetiſchen mehr als flüchtig Stand zu halten. Die Folge iſt, daß ein ſo wahrhaft ſchön gedachtes Werk zwar mit allen Anzeichen der Anregung am Zuſchauer vorübergeht, aber doch in ſeiner Totalität keine überzeugende Erfüllung zurückläßt. Wir ſprachen dieſe Rüge nur im Intereſſe der feſtzuſtellenden Thatſache aus, daß unſere Bühne für die Geſchichte unſeres Mittelalters ſchwerlich ein treuer Spiegel werden dürfte. Der Biedermann'ſchen Arbeit war darum keinerlei Anerkennung zu verſagen, und dürfte ſie ſich jeder Bühne als eine die Mühe des Einſtudirens wohl belohnende Aufgabe empfehlen.

Wer erſt einmal den Reiz des Aufbaues eines Dramas gekoſtet hat und nicht ſofort durch äußere Mißerfolge abgeſchreckt worden iſt, der wird ſchwer der Verſuchung widerſtehen, das gleiche Vergnügen ſich abermals zu verſchaffen. So wenigſtens erging es mir. Noch ehe ich wußte, welches Schickſal mein „Heinrich IV." auf der Bühne haben würde, hatte ich Hand an ein neues Drama gelegt. Als am Tage der erſten Aufführung meines „Heinrich" in Weimar einer meiner dortigen Freunde, Staatsanwalt

Genaſt (der Sohn des Schauſpielers), der ſelbſt Dramatiker war und daher die Freuden und Leiden eines ſolchen kannte, theilnahmevoll zu mir kam, um mir die letzten, bangen Stunden vor dem Beginn des Theaters vertreiben zu helfen, mußte er zu ſeinem Erſtaunen von meiner Frau hören, daß ich ſpazieren gegangen ſei, um an meinem „Kaiſer Otto III.“ zu arbeiten.

Dieſer Stoff hatte mich darum angezogen, weil ich in „Ottos III.“ Leben und Schickſal am ſchlagendſten die Schuld und Sühne jener vielen deutſchen Könige abgebildet zu ſehen meinte, die ihr Intereſſe von Deutſchland ab- und ganz nur nach Italien hin gewendet. Der Gang der Handlung in dem Stücke war folgender:

Otto III., von Haus aus ein echter Deutſcher vom Sachſenſtamme (was ſich ſogleich im Anfange des Stücks darin zeigt, daß er nicht die von ſeiner Mutter ihm beſtimmte griechiſche Prinzeſſin, ſondern eine deutſche Edle, des Grafen Hoiko Tochter Giſela, zu ſeiner Gemahlin erkieſt), wird durch hochgeſpannte Ideen von der Würde des römiſchen Kaiſerthums, durch den romantiſchen Traum von einem zwiſchen Deutſchen und Römern zu ſtiftenden innigen Seelenbunde, endlich durch ſeines Vaters und Großvaters Beiſpiel — trotz der Abmahnungen ſeines Oheims Heinrich — nach Italien gelockt. Er muß Letzterem verſprechen, bald nach Deutſchland zurückzukehren, da ein großer Slavenaufſtand droht. Nachdem er den Römern einen Papſt in der Perſon ſeines Lehrers Bruno gegeben, läßt er dieſen und die Kaiſerin unter dem Schutze einer kleinen Schaar Deutſcher in Rom und eilt nach Deutſchland. Kaum iſt er fort, ſo bricht in Rom ein Aufruhr aus, der das Leben Brunos bedroht. Otto, durch eine eilige Botſchaft davon benachrichtigt, möchte am liebſten ſofort nach Rom zurückkehren, allein die Fürſten zwingen ihn, zuvor mit ihnen den Kampf gegen die Slaven zu beſtehen. Als er endlich wieder nach Rom kommt, iſt Bruno ermordet. In höchſter Wuth tödtet Otto den, gefangen vor ihn geführten, Mörder Crescentius

mit eigener Hand und wird dafür von dem 90jährigen Nilus, den das Volk wie einen Heiligen verehrt, mit dem Fluche belegt. Vergebens dringt Giſela in ihn, Rom zu verlaſſen und als deutſcher König, ganz nur ſeiner Pflicht als ſolcher geweiht, ein neues Leben zu beginnen. Völlig mit ſich und Allem, was er bisher hochgeſchätzt, zerfallen, wird Otto die Beute eines ſchlauen franzöſiſchen Prieſters, Gerbert, der ihn beredet, ſich von Giſela zu trennen und mit der Griechin zu vermählen, welche ihm, dem Herrn des Weſtens, als Morgengabe auch das oſtrömiſche Reich zubringen werde. Otto geht darauf ein; die Griechin erſcheint in Rom: ihr zu Liebe verbannt Otto ſeine Deutſchen aus ſeiner Nähe, aus welcher ſich Giſela bereits ſelbſt verbannt hat. Bald aber ſieht er ſich furchtbar enttäuſcht. Die Griechin, jeder wärmeren Herzensneigung baar, will nur die Herrſchaft an ſich reißen, ihn ſelbſt von ſich abhängig machen; als Otto ſich dagegen ſträubt, erregt ſie im Bunde mit Gerbert einen Aufſtand der Römer. Otto flüchtet in ein feſtes Caſtell; aber ſeine Lebenskraft iſt gebrochen, er ſiecht dahin. Seine Deutſchen, die trotz ſeines Verbots doch in der Nähe geblieben ſind, übernehmen ſeinen Schutz; auch Giſela kehrt, da ſie von Ottos Zuſtand hört, zu ihm zurück, um ihn zu pflegen. Ihr Vater Hoiko und ein zweiter deutſcher Großer kommen im Auftrag der Fürſten, um den König zur Rückkehr nach Deutſchland zu mahnen; wohl möchte Otto mit ihnen gehen, allein ſeine Kräfte verſagen; er kann ſie nur noch bitten, ſeinen Leichnam mit nach Deutſchland zu nehmen und in deutſcher Erde zu beſtatten: ſein letzter Auftrag an ſie, bevor er in Giſelas Armen ſtirbt, lautet:

„Bringt meinem Vetter Heinrich meine Krone!
Er iſt ein würd'ger Haupt dafür, als ich.
O hätt' ich ihm gefolgt, ich wäre glücklich,
Der mächt'ge Herrſcher eines großen Volkes,
Des ſtärkſten auf der Erde und des treu'ſten.
Ich wollte mehr ſein, und ſo opfert' ich
Das Reich, mich ſelbſt, mein Haus, und was mein Liebſtes,
Für ein Phantom. Ich bitt' Euch, ſagt den Fürſten,
Daß ſie vergeben meiner raſchen Jugend!
Und mag mein Schickſal eine Warnung ſein
Für alle künft'gen Herrſcher unſ'res Landes!"

Auch dieſes Drama ging über die weimariſche Hofbühne. Die Hauptperſonen, Otto und Giſela, wurden von Herrn Wünzer und Fräulein Bußler mit Wärme dargeſtellt. Der Erfolg war ein befriedigender, wenn auch, wie ich mir nicht verhehlen konnte, ein weniger durchſchlagender, als beim „Heinrich“. Es lag dies wohl daran, daß den Helden ſeine Schwäche und Unklarheit dem Zuſchauer weniger ſympathiſch machten. In dem Aufbau des Stückes fanden Genaſt und der damalige Leipziger Theaterdirector Wirſing einen Fortſchritt über den „Heinrich“ hinaus. Letzterer nahm den „Otto III.“ zur Aufführung an, doch kam es nicht dazu, da Wirſing bald darauf nach Prag ging.

Mein dritter dramatiſcher Verſuch: „Der letzte Bürgermeiſter von Straßburg“ entſtand ſeiner Idee und Anlage nach auch noch in Weimar, rückte aber in der Ausarbeitung wegen äußerer Störungen nur ſehr langſam vor und gelangte zum völligen Abſchluß nicht früher als 1867, wo ich, von einer Harzreiſe heimkehrend, im Eiſenbahnwagen die letzten 100 oder 150 Verſe mit Bleiſtift niederſchrieb.

Grunert, dem ich eine Skizze des Stückes mittheilte, intereſſirte ſich ſehr dafür, meinte aber: aufgeführt dürfe es nicht werden, bevor nicht wirklich eingetroffen, was ich darin prophezeite, die Rückeroberung Straßburgs; der Eindruck möchte ſonſt ein zu niederdrückender ſein. Dazu war nun freilich 1867 anſcheinend nicht die fernſte Ausſicht. So ließ ich das Stück ruhig im Kaſten liegen. Als aber 1870 die langerſehnte, faſt ſchon aufgegebene Hoffnung einer Wiedergewinnung des Elſaß plötzlich ihrer Verwirklichung näher rückte, nahm ich es wieder vor.

Laube ſtand damals eben im Begriff, die Leitung des Leipziger Stadttheaters, die ihm ſehr bedauerlicher Weiſe ſchon ſo bald verleidet worden war, wieder aufzugeben. Ich hatte ihm mein Drama anonym eingeſandt, um auch den Schein zu vermeiden, als wolle ich zu Gunſten deſſelben unſere langjährige Freundſchaft ausbeuten, und hatte mir ſeinen Entſcheid unter einer Chiffre in der „Deutſchen Allgemeinen Zeitung“ erbeten. Auf dieſem Wege erfuhr ich denn, daß er das Stück ſeinem Nachfolger, Fr. Haſe, zur Beachtung empfohlen habe. Haſe nahm es an, und die Aufführung fand zum Friedensfeſte, am 26. Mai 1871, ſtatt. Herr Stürmer, der 10 Jahre früher meinen „Heinrich“ gegeben, ſpielte jetzt — mit noch ungeſchwächter Kraft — den „letzten Bürgermeiſter“, Diedrich. Der Erfolg war ein durchaus erfreulicher. Gleichwohl iſt das Stück nirgends anders — mit Ausnahme von Bremen — zur Darſtellung gelangt, obwohl es in Weimar angenommen und auch ſchon ein beſtimmter Termin der muthmaßlichen Aufführung angeſetzt war, obſchon der neue Leiter des Stuttgarter Theaters, Feodor Wehl, mir die Aufführung daſelbſt für die Zeit nach dem Friedensſchluſſe zugeſagt, auch einige praktiſche Vorſchläge zur Verſtärkung der ſceniſchen Wirkung des Stückes gemacht hatte. Laube, dem ich das Stück, als es gedruckt war, nach Wien ſandte, ſchrieb mir darüber am 31. October 1871:

> Geleſen habe ich das Stück natürlich auf der Stelle, und zwar die erſten vier Acte mit lauter Zuſtimmung. Da iſt Alles einfach und tüchtig geführt. Der letzte Act machte mir Kopfzerbrechen; für dieſen, glaube ich, iſt eine Umarbeitung nöthig. Die jungen Liebesleute auf dem Walle ſind mißlich, und daß wir erfahren, das Mädchen ſei auch tödtlich getroffen — das iſt

theatraliſch gefährlich. (Feodor Wehl, dem ich dieſe Aeußerung Laubes mittheilte, fand die Scene unbedenklich.) Bei der jetzigen Stimmung in Deutſchland wird das wohl nicht viel zu bedeuten und das Stück ein leichtes Spiel haben. Aber wenn hier im Burgtheater von einer Aufführung die Rede ſein ſollte, wäre eben jene Umarbeitung nöthig.

Da ich von meinen erſten beiden Dramen eine kurze Skizze gegeben habe, ſo will ich es auch von dieſem:

Diedrich, der Ammeiſter (zünftleriſcher Bürgermeiſter) von Straßburg, hat bisher ſowohl die franzöſiſch geſinnte Partei der Patrizier, als auch eine unter den Handwerkern ſich zeigende radicale Partei dermaßen im Zaume zu halten gewußt, daß dem franzöſiſchen König Ludwig XIV., der um jeden Preis Straßburg haben möchte, weder eine Förderung ſeiner Intriguen für dieſen Zweck, noch aber auch ein berechtigter Anlaß zu Gewaltmaßregeln zu Theil geworden iſt. Jetzt dringt die radicale Partei auf ein Geſetz, wonach, wer nur von Uebergabe an Frankreich ſpricht, verbannt, wer mit Frankreich unterhandelt, der Todesſtrafe verfallen ſein ſoll. Diedrichs langjähriger Freund, Obrecht, iſt für Uebergabe der Stadt unter günſtigen Bedingungen, weil er deren Behauptung bei der Schwäche des Reichs für unmöglich hält. Vergebens ſucht Diedrich ihn anderen Sinnes zu machen; ſchließlich warnt er ihn, nur nicht im Geheimen mit dem franzöſiſchen Reſidenten Friſchmann zu unterhandeln. Als jener Antrag auf ein ſo hartes Geſetz in den Rath gebracht wird, widerſetzt ſich ihm Diedrich anfangs, weil er fürchtet, die ruhigeren Bürger möchten aus Angſt vor einer ſolchen Schreckensherrſchaft um ſo eher Frankreichs Schutz ſuchen. Erſt als man ihm Schuld giebt, er weiſe das Geſetz darum zurück, weil ſein Freund Obrecht wirklich unterhandle, glaubt er nicht länger ſich widerſetzen zu dürfen, um nicht das Vertrauen der Bürgerſchaft und damit den Einfluß einzubüßen, den er bisher zum Wohl der Stadt geübt hat. Inzwiſchen hat Obrecht zwar wirklich mit Friſchmann unterhandelt, allein, da dieſer ihm keine feſten Bürgſchaften für das alte Recht, den Glauben, die Sprache der Bürgerſchaft bei einer Uebergabe der Stadt geben wollte, die Unterhandlungen endgiltig abgebrochen und

will nun mit Diedrich vereint den, wenn auch hoffnungsloſen, Kampf für Straßburgs Unabhängigkeit wagen. Allein er wird noch in Friſchmanns Hauſe von dem Führer der radicalen Partei, Wolfram, angetroffen, durch Stadtknechte verhaftet und auf Grund jenes Geſetzes — obſchon Diedrich Alles thut, um ihn zu retten — zum Tode verurtheilt. Ohne von jener Entfremdung der beiden Väter und von des eigenen Vaters Hinneigung zu Frankreich etwas zu wiſſen, hat der, ſoeben erſt von Reiſen zurückgekehrte Sohn Obrechts, Walther, das befreundete Haus Diedrichs wieder aufgeſucht, deſſen Tochter Gertrud, ſeine ehemalige Geſpielin, unverändert in ihren Geſinnungen zu ihm angetroffen, ihr ſeine Liebe bekannt und ſich mit ihr unter der freudigen Zuſtimmung der Mutter verlobt. Dieſes Liebesglück iſt nun unheilbar zerſtört. Walther will ſich ſelbſt für immer aus Straßburg verbannen. Unterdeſſen hat Diedrich einen letzten Schritt gethan, um vielleicht doch Hilfe vom Reich für die Stadt zu erlangen; er iſt beim Reichstag geweſen; allein er kommt ohne Hilfe und ohne Troſt zurück. Der Kampf zur Vertheidigung der Stadt gegen die franzöſiſche Uebermacht beginnt. Walther kehrt noch einmal zurück, um an dieſem Kampfe Theil zu nehmen; Gertrud, mit anderen Frauen den Kämpfenden Munition zutragend, bleibt in ſeiner Nähe und wird mit ihm zugleich tödtlich getroffen, ſo daß wenigſtens im Tode die beiden Liebenden vereinigt werden. Im Rathe ſiegt indeß die franzöſiſche Partei; Diedrich, nachdem er Alles aufgeboten, um die Uebergabe der Stadt zu verhindern, legt ſein Amt nieder und zieht ſich zurück. Die Franzoſen ergreifen Beſitz von der Stadt. Diedrich wird vor Friſchmann citirt und als Rebell behandelt; er ſoll nur dann begnadigt werden, wenn er der Bürgerſchaft das Beiſpiel des Uebertritts zu dem Glauben des Königs giebt. Da er ſich deſſen weigert, wird er als Gefangener nach Paris abgeführt. Seine Gattin folgt ihm in die Gefangenſchaft. Scheidend richtet er an die Zurückbleibenden folgende prophetiſchen Worte:

„Es kommen ſchwere Zeiten über Straßburg,
Wie über Deutſchland; doch ſie werden enden,
Mir ſagt's mein Geiſt. Dereinſt erſcheint der Tag,
Wo Deutſchland ſich erhebt vom tiefen Falle.

Wenn erſt das Volk in eig'ner Kraft ſich regt,
Wenn erſt der Bürger ſich mit vollem Herzen
Anſchließt an's Ganze, wenn Gering und Vornehm
Den gleichen Tod für's Vaterland nicht ſcheu'n,
Dann ſchickt uns Gott wohl einen Fürſten auch,
Der dieſe Schmach, die jetzt uns knirſchen macht,
Von uns hinwegnimmt, jenen ſtolzen Adler,
Den heut wir vor den Lilien ſinken ſah'n,
In neuem Glanz zur Sonne fliegen macht.
Und wenn ſich Deutſchland jetzt vor Frankreich beugt,
Die Zeit wird kommen, wo ein fränk'ſcher Herrſcher
In ſeinem Schloß am fernen Seineſtrand
Vor Deutſchlands junger Heldenkraft erzittert.
D'rum haltet feſt an deutſcher Sprach' und Sitte,
An Eurer Väter Glauben haltet feſt!
Und lehre Jeder ſeine Kinder auch
Und ſeine Kindeskinder, auszuharren,
Auf daß, wenn einſt der Tag der Freiheit kommt,
Auch die verlor'nen Söhne wiederkehren
Mit alter Treu' in's alte Vaterhaus!"

Als ich dieſe letzten zwei Verſe (die ich, wie all das Obige, ſchon 1867 geſchrieben) bei der Aufführung 1871 am Schluſſe eines hinzugedichteten (von Frl. Haverland ſehr eindrucksvoll geſprochenen) Epilogs wiederholte, da dachte ich allerdings nicht, daß ſelbſt heut, volle 15 Jahre ſeit der Wiedervereinigung des Elſaß mit Deutſchland, ein ſo großer Theil der einſt „verlor'nen Söhne" noch immer ſich ſträuben würde, „mit alter Treu' in's alte Vaterhaus zurückzukehren"!

Elftes Capitel.

Berufungen nach auswärts. Mein Weggang von Weimar 1863.

Daß ich nicht all meine Lebtage in Weimar würde bleiben können, war mir klar. Wie befriedigt ich auch in den meiſten Beziehungen mich fühlte, ſo hatte doch meine ganze Lebens- und Berufsſtellung etwas, was auf die Dauer mir ſchwerlich genügen konnte. Die Redaction der Weimariſchen Zeitung bot mir wenig oder keine Gelegenheit zu einer publiciſtiſchen Thätigkeit im größeren Maßſtabe, d. h. einer ſolchen, durch welche ich hätte hoffen dürfen in die Geſchicke des deutſchen Volkes im Großen und Ganzen irgendwie erfolgreich einzugreifen. Selbſt in dem engen Rahmen des kleinen Staates, dem ich zunächſt mit meiner Kraft verpflichtet war, gab es — bei dem trefflichen Regierungsſyſtem und der dadurch erzeugten und fortwährend erhaltenen Zufriedenheit im Lande — ſo gut wie keinerlei Anlaß (glücklicherweiſe, mußte man ſagen!) zur Entfaltung beſonderer journaliſtiſcher Talente. Was alſo etwa von ſolchen in mir war, mußte ungenützt brachliegen.

Zwar wurde dieſe Lücke einigermaßen dadurch ausgefüllt, daß ich meine früheren Beziehungen zu der „Deutſchen Allgemeinen Zeitung“ in Leipzig fortſetzte, für dieſe Leitartikel ſchrieb, ſogar (wie ſpäter des Nähern auszuführen ſein wird) die ganze politiſche Haltung des Blattes von Weimar aus beſtimmte. Darin lag aber auch wieder etwas Schiefes und Unnatürliches. Ich war factiſch gewiſſermaßen der Leiter des Blattes und war doch nicht der nominelle, insbeſondere nicht der verantwortliche Redacteur. Aber auch abgeſehen davon, ſo war es, ſobald die politiſchen Ereigniſſe ſich drängten, wie z. B. 1859, für mich ſchwer, faſt unmöglich, mit denſelben gleichen Schritt zu halten. Ehe mein Leitartikel nach Leipzig kam, hatte ſich vielleicht die Situation ſchon wieder geändert, und ich mußte entweder mit einem neuen Leitartikel den raſch wechſelnden Begebenheiten nachhinken, oder geſchehen laſſen, daß meine Auffaſſung der Verhältniſſe, wie ſie die „Deutſche Allgemeine Zeitung“ wiedergab, ſich als eine überholte, wo nicht falſche, darſtellte.

Noch ſchlimmer ſtellte ſich dieſes Mißverhältniß in Bezug auf die inneren ſächſiſchen Verhältniſſe. Mit dieſen hatte ich perſönlich jetzt gar keine Fühlung. Ein vorübergehender Aufenthalt in Leipzig oder ein Briefwechſel mit ein paar Freunden und Geſinnungsgenoſſen in der alten Heimath konnte dieſen Mangel nicht erſetzen. Und doch erheiſchten die ſächſiſchen Verhältniſſe je länger je mehr eine eingehende, ihnen auf dem Fuße folgende Beſprechung!

Das Alles ließ ſich ertragen, ſo lange die deutſchen und die europäiſchen Zuſtände einen ruhigen und gleich-

förmigen Verlauf hatten, wie das in den erſten drei Jahren meines Aufenthalts in Weimar der Fall war. Aber ſchon beim Eintritt der Regentſchaft in Preußen ward dies anders, noch mehr in dem vielbewegten Jahre 1859. In dieſem letzteren Falle hatte ich mir damit geholfen, daß ich durch einen ausgedehnten Briefwechſel nach allen Seiten hin (ich habe Proben davon im neunten Capitel gegeben) eine Art von perſönlicher Wirkſamkeit zu üben verſuchte und auch wirklich theilweiſe übte. Allein auch dieſe perſönliche Wirkſamkeit auf politiſchem Gebiete (an die ich von Sachſen her gewöhnt war) ward mir in Weimar durch meine Stellung erſchwert. Meine nahen Beziehungen zu der großherzoglichen Regierung und ſpeciell zu Herrn von Watzdorf legten mir die moraliſche Verpflichtung auf, nichts zu thun, was Jene oder Dieſen irgendwie in ein falſches Licht ſtellen könnte. Aus dieſem Grunde habe ich mich z. B. der activen Theilnahme am „Deutſchen Nationalverein", ſo lange ich in Weimar lebte, enthalten und bin ihm erſt beigetreten, als ich wieder in Sachſen war. Ich hatte (wie aus Capitel 9 erſichtlich) weſentlich mit den erſten Anſtoß zu jener Bewegung gegeben, aus der zuletzt (durch eine Wendung, die nicht in meinem Plane lag, ſondern durch die Verhältniſſe herbeigeführt ward) der Nationalverein hervorging. Was ſchien natürlicher, als daß ich unter den erſten Theilnehmern und Gründern deſſelben ſein würde? Auch erhielt ich von den zur Eiſenacher Verſammlung fahrenden Berliner Abgeordneten, Unruh, Schulze-Delitzſch u. A., die ich auf ihrer Durchreiſe auf dem Bahnhof zu Weimar ſprach, ebenſo von Fries, die dringendſten Aufforderungen, mit ihnen dorthin

zu kommen. Allein ich hatte es für meine Pflicht gehalten, mit Watzdorf zuvor darüber zu ſprechen. Er wollte mir natürlich keine Vorſchriften über das machen, was ich thun oder laſſen ſolle, allein er drückte mir den Wunſch aus, ich möchte ein öffentliches Hervortreten gerade in dieſer Richtung mir verſagen. Die großherzogliche Regierung und er ſelbſt ſeien dafür bekannt, daß ſie dem nationalen Gedanken aufrichtig anhingen; es könnte daher leicht den Schein erwecken, als ob ich, der ich eine Vertrauensſtellung zur Regierung und zu ihm einnehme, im geheimen Auftrage der Regierung die Beſtrebungen, die im Nationalverein verkörpert ſeien, fördern helfe; ja man könnte weiter gehen und aus dem nahen verwandtſchaftlichen Verhältniß des weimariſchen Hofes zum preußiſchen Königshauſe Schlüſſe ziehen, die ſogar für den Nationalverein ſelbſt, deſſen Wirkſamkeit eine um ſo nachdrücklichere ſein werde, je mehr dieſelbe als eine völlig ſpontane, von keiner Regierung beeinflußte erſcheine, nicht günſtig wären. Ich mußte ihm darin Recht geben, und ſo enthielt ich mich für meine Perſon der öffentlichen Theilnahme am Nationalverein, während ich politiſchen Freunden, die mich wegen ihres Beitritts dazu um Rath fragten, wie Rießer und Oetker, dieſen Beitritt natürlich empfahl.

Noch etwas Anderes kam hinzu, was mir eine perſönlich eingreifende politiſche Thätigkeit in Weimar unthunlich machte. Das war der Umſtand, daß mir dort der Rückhalt einer durch landsmannſchaftliche und ſonſtige Zubehörigkeit enger an mich gebundenen Partei fehlte. In Sachſen hatte ich eine ſolche Partei gehabt und war als deren Stimmführer betrachtet worden; in Weimar wäre

ich im beſten Falle ein Offizier ohne Soldaten geweſen. Zwar wurde ich mehrfach, namentlich von Fries, veranlaßt, das weimariſche Staats- und Stadtbürgerrecht zu erwerben, damit man mich in die Gemeindevertretung und in den Landtag wählen könne. Dadurch würde ich eine perſönlich-politiſche Stellung und Wirkſamkeit erlangt haben. Allein bei der Unſicherheit, ob ich auf die Länge in Weimar bleiben würde, trug ich Bedenken, mein Leipziger Bürgerrecht, welches ich mir beim Weggange aus Sachſen vorbehalten hatte, aufzugeben.

Wenn ſolchergeſtalt meine Berufsſtellung in Weimar mir nicht jenes volle Genüge politiſchen Wirkens bot, ohne welches für Jemand, der zu einem ſolchen Wirken Trieb und Kraft in ſich fühlt, auch eine ſonſt noch ſo angenehme Lebenslage auf die Länge nicht die rechte innere Befriedigung gewährt, ſo ließ mich andererſeits meine Redactionsführung, wie wenig anſtrengend ſie auch im Ganzen war, doch nicht zu einer ſo ungeſtörten Muße und Sammlung wiſſenſchaftlichen Arbeitens kommen, daß dieſe mich für jenen Mangel hätte entſchädigen können. Mein „Deutſchland im 18. Jahrhundert“ kam weit weniger vom Flecke, als mir ſelbſt und vollends meinem Verleger lieb war, deſſen ſtets wachſende Ungeduld ich als vollkommen berechtigt anerkennen mußte. Und ſo fand ich mich nach zwei Seiten hin in einer unbehaglichen Lage.

Am liebſten wäre ich in eine akademiſche Stellung zurückgetreten, theils um zu einer concentrirtern wiſſenſchaftlichen Thätigkeit zu gelangen (und wäre es auch um den Preis des Verzichtes auf eine politiſche), theils weil ich voraus-

ſah, daß ich einen publiciſtiſchen Beruf doch ſchwerlich bis an mein Lebensende würde fortführen können. Allein die ſchüchternen Verſuche, die ich nach dieſer Seite hin machte, (obgleich ſie von Männern wie Moritz Haupt, Schubert von Königsberg, Gervinus, Droyſen ermuthigt und beziehentlich unterſtützt wurden), ließen mich erkennen, wie ſchwer es ſei, in eine ſolche Laufbahn wieder einzubiegen, wenn man erſt einmal daraus verdrängt iſt. Bei mir kam noch hinzu, daß das Fach, auf welches ich meine meiſte Zeit und Kraft verwendet hatte, und zwar, wie competente Richter mich glauben machten, nicht ohne Erfolg, das Fach der Culturgeſchichte, damals ſo wenig, wie ſelbſt heut, als „katheder fähig“ anerkannt war, mit anderen Worten, daß beſondere Lehrſtühle für Culturgeſchichte an deutſchen Univerſitäten (München ausgenommen) weder damals beſtanden, noch heut beſtehen.

Während ſo meine Wünſche nach dieſer Seite hin „fromme Wünſche“ blieben, gelangte andererſeits an mich eine ganze Reihe von Aufforderungen zur Uebernahme von Redactionen in größerm Maßſtabe.

Nur ganz flüchtig gedenke ich einer Anregung dieſer Art, welche, von Haus aus unklar und geheimnißvoll, auch in nichts zerfloß, ohne daß es meinerſeits zu einer beſtimmten Entſcheidung hätte kommen müſſen. Ich war wenig über ein Jahr in Weimar, da ſchrieb mir Brückner aus Meiningen unterm 15. November 1856:

> So eben werde ich gefragt, ob ich über Ihre Beſoldungsverhältniſſe zu Weimar und über anderweite Ihnen gemachte Garantien beſtimmte Auskunft zu geben im Stande wäre. Wozu die Anfrage, die von einem unternehmenden literariſchen Verein

gethan wurde, führen ſoll oder was ſie für einen Zweck hat, iſt mir zur Zeit nicht klar; nur ſo viel ahne ich, daß man Sie gern haben möchte.

Am 20. Mai fügte er Obigem hinzu:

Meine Anfrage geſchah im Auftrag einer Geſellſchaft, welche ein ſehr bedeutendes literariſches Unternehmen in's Leben rufen will und dabei Sie als einen Hebel in's Auge gefaßt hat. Alles iſt noch ein Geheimniß.

Die Jahre 1856 und 1857 waren, wie ich erläuternd bemerke, ähnlich den Jahren 1872—74, nur nicht in ſo großem Maßſtabe, Zeiten eines raſch aufſchießenden „Gründerweſens“. Der Napoleoniſche Crédit mobilier verführte auch in Deutſchland zur Nachahmung. Die Meininger Creditbank war damals eine ſolche „Gründung“, und ſie wollte, nach Art des Crédit mobilier, allerhand induſtrielle Unternehmungen in's Leben rufen. Da mag denn auch von einem großen Verlagsinſtitut mit beſtimmten literariſchen Productionen, vielleicht auch von einer Zeitung die Rede geweſen ſein, an deren Spitze man mich ſtellen wollte. Näheres hat darüber nicht verlautet, iſt wenigſtens nicht zu meiner Kenntniß gekommen, und ſo hatte es für mich bei jener Brückner'ſchen Anfrage ſein Bewenden.

Ernſter war es mit einer andern Angelegenheit. Im Frühjahr des Jahres 1860 bekam ich von Berlin aus eine dringliche Einladung, ſofort dorthin zu kommen. Es handle ſich um ein großes journaliſtiſches Unternehmen, deſſen Leiter ich werden ſolle. In Berlin erfuhr ich Näheres. Eine Geſellſchaft von Geld- und Geſchäftsleuten in Süddeutſchland wollte eine politiſche, Börſen- und Handelszeitung im größten Stile gründen. Dieſelbe ſollte der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“ Concurrenz machen;

wie letztere vorwiegend österreichisch war, so sollte das neue Blatt den Gedanken der preußischen Führerschaft über Deutschland vertreten, sollte namentlich in Süddeutschland Propaganda für denselben machen. Ein Capital von 90 000 Gulden rheinisch (etwa 150 000 Mark) war dafür in Aussicht genommen.

Die mir gemachten Anerbietungen für Uebernahme der Redaction waren äußerst günstige: ein ziemlich hoher Gehalt, für den Fall des Eingehens der Zeitung eine sehr anständige Abfindungssumme, ein reicher Redactionsapparat, meine Stellung eine durchaus unabhängige — genug, nach dieser Seite war Alles in bester Ordnung. Was allein mich bedenklich machte, war die Frage: „Welches Interesse hat eine Gesellschaft von Geldmännern daran, eine politische Zeitung zu gründen mit einem Programm, für welches in Süddeutschland (auch nach 1859) die Verhältnisse doch noch immer wenig günstig liegen? Sollte etwa der politische Theil im Schlepptau des mercantilen gehen, von diesem über Wasser gehalten werden? Dann lag die Gefahr nahe, daß dem Redacteur in Bezug auf diesen letzteren Theil Zumuthungen gemacht werden könnten, die gegen sein Gewissen gingen. Indeß, dem ließe sich vielleicht vorbeugen entweder durch sehr feste Vertragsbestimmungen in Bezug auf diesen Punkt, oder durch eine völlige Trennung des Börsen- und Handelstheiles vom politischen Theile, durch eine gesonderte Verantwortlichkeit für diesen und für jenen. Aber auch dann kehrte mir immer die Frage wieder: „Warum wollen Geldmänner ihr Capital an eine jedenfalls so wenig rentable Aufgabe setzen, wie die Vertretung des pr. ßischen Gedankens im Süden? Wäre das nicht

recht eigentlich ein travailler pour le roi de Prusse im Sinne des bekannten franzöſiſchen Sprichwortes?"

Bei meinem mehrtägigen Aufenthalte in Berlin fand ich die Antwort auf dieſe Frage. Die betreffende Geſellſchaft wünſchte für ein (übrigens durchaus ſolides) mercantiles Unternehmen die Zulaſſung in Preußen und bot dafür als Gegenleiſtung die Anlegung eines Capitals für einen Zweck, der, politiſch betrachtet, auch den Leitern der Geſellſchaft (wenigſtens denen, mit welchen ich verhandelte) durchaus ſympathiſch war, wennſchon ſie vielleicht als Geſchäftsmänner über ſeine finanzielle Seite ihre Zweifel haben mochten.

Vom Standpunkte der politiſchen Moral betrachtet, war das Geſchäft ein durchaus unverfängliches: die preußiſche Regierung that nichts Unrechtes, wenn ſie jenes Unternehmen zuließ, zugleich aber eine ihr angebotene Gegenleiſtung für die Vortheile, welche daraus dem Unternehmern erwachſen würden, annahm: die Leiter der Geſellſchaft handelten nicht gegen ihre Ueberzeugung, indem ſie für die preußiſche Führerſchaft Propaganda machten: wenn ſie dabei Geld zuſetzten, ſo mochten ſie und ihre Geſchäftsgenoſſen ſich damit tröſten, daß ſie nach jener anderen Seite hin einen, übrigens ganz legitimen, Gewinnſt erhoffen durften.

An ſich würde ich alſo ohne Gewiſſensbedenken an dieſer Combination mich haben betheiligen können. Aber Eines erregte mir Bedenken. Offenbar war der politiſche Zweck der Zeitung, wenn auch nichts gegen die eigene Ueberzeugung der Unternehmer Verſtoßendes, doch aber wohl eben ſo wenig etwas ihnen dergeſtalt zu Herzen Gehendes,

daß ſie für deſſen Durchführung jedes pecuniäre Opfer möchten bringen wollen. Sie würden wahrſcheinlich die 150 000 Mark à fonds perdu, d. h. auf die Gefahr hin, ſie einzubüßen, hergeben, aber auch ſchwerlich mehr. War aber damit ein Unternehmen wie das geplante, eine zweite „Allgemeine Zeitung", auf die Beine zu bringen? Ich erkundigte mich genau, was andere Unternehmungen ähnlicher Art, z. B. die weiland „Deutſche Zeitung", verſchlungen hätten, und mußte da allerdings zu der Anſicht gelangen, daß mit 150 000 Mark nicht weit zu kommen ſein möchte. Ich verlangte daher, daß die Geſellſchaft entweder ſich verpflichte, die Zeitung 4 bis 5 Jahre lang um jeden Preis und mit allen Opfern zu halten, oder daß ſie wenigſtens von Haus aus ein größeres Capital als 150 000 Mark aufbringe.

Daſſelbe ſprach ich als meine Vorbedingung gegen den Miniſter von Auerswald aus, der ſich ſowohl für das Zuſtandekommen der Zeitung als auch für meine Uebernahme der Redaction ſehr warm intereſſirte. Zugleich betonte ich gegen ihn, daß, um mit Ausſicht auf Erfolg die deutſche Politik Preußens zu vertreten, namentlich im Süden, man ſicher ſein müſſe, dieſelbe werde einen entſchiedeneren Charakter, als bisher, annehmen.

Die Sache ſchwebte während des ganzen Sommers und Herbſtes 1860. Längere Zeit hindurch erfuhr ich gar nicht, wie es damit ſtehe. Dann mit einem Male erhielt ich (am 18. November 1860) eine telegraphiſche Einladung zu einer perſönlichen Beſprechung in Frankfurt a. M., wo Alles raſch zum Abſchluß gebracht werden ſollte. Die Meinung war ſogar geweſen, die Zeitung

möchte ſchon am 1. Januar 1861 in's Leben treten. Dieſe Art, die Sache über's Knie zu brechen (zumal von der Annahme meiner Bedingung noch gar nichts verlautet hatte), gefiel mir nicht; ich lehnte daher, ohne zu der Beſprechung mich einzufinden, endgiltig ab.

Die Zeitung trat wirklich in's Leben; ſie führte den Titel „Die Zeit"; man hatte einen anderen Redacteur, eine ſehr tüchtige und erprobte journaliſtiſche Kraft, gefunden; allein, was ich vorausgeſehen und befürchtet, geſchah: nach kaum zwei Jahren ging „Die Zeit" ein; wahrſcheinlich war der Gründungsfonds erſchöpft, und die Unternehmer hatten keine Luſt, mehr zuzuſchießen.

Ich hielt es für meine Pflicht, Herrn von Auerswald die Gründe meiner Ablehnung mitzutheilen, und empfing von ihm das folgende liebenswürdige Schreiben:

Ew. Wohlgeboren gefälliges Schreiben vom 7. d. Mts. beſtätigt mir zu meinem aufrichtigen Bedauern, daß Sie ſich vorerſt nicht in der Lage zu befinden glauben, die Leitung des in Frankfurt a. M. zu begründenden Blattes zu übernehmen. Den von Ihnen für dieſen Entſchluß entwickelten Gründen vermag ich ſelbſt nicht alles Gewicht abzuſprechen, wenn ich denſelben auch nicht in vollem Umfange beizutreten im Stande bin. Vielleicht, daß Sie ſpäterhin, wenn das Unternehmen in's Leben getreten ſein und günſtige Verhältniſſe gewonnen haben ſollte, demſelben Ihre Leitung dennoch nicht verſagen, die gewiß nicht in beſſeren Händen ſein könnte. Jedenfalls ſage ich Ihnen meinen Dank für die loyale und aufrichtige Darlegung Ihrer Motive und bin überzeugt, daß Sie, wie bisher, auch fernerhin dem Gange der preußiſchen Regierung mit dem Antheil, welchen Ew. ſo viele Jahre hindurch und unter ſo ſchweren Verhältniſſen bewährt haben, folgen und unſeren Intentionen überall, wo dieſelben mit Ihren politiſchen Ueberzeugungen zuſammentreffen, [illegible] diejenige moraliſche und publi-

ciſtiſche Unterſtützung zu Theil werden laſſen werden, welche Ihnen durch das Intereſſe unſeres Geſammtvaterlandes geboten erſcheinen möchte.

Berlin, den 12. December 1860. Auerswald.

Im Jahre 1861 erhielt ich wiederum eine Einladung nach Berlin in einer ähnlichen Angelegenheit. Diesmal war es eine officielle oder doch officiöſe Zeitung, für deren Leitung man das Abſehen auf mich gerichtet hatte. Die „Preußiſche Zeitung" ſollte in eine „Allgemeine Preußiſche Zeitung" verwandelt, gleichzeitig zu einer womöglich erfolgreicheren Wirkſamkeit geſchickt gemacht werden. Die materiellen Grundlagen der „Allgemeinen Preußiſchen Zeitung" (oder, wie man ſie nach dem Stern, den ſie als Wappen führte, gewöhnlich nannte, „Sternzeitung") waren natürlich vollkommen geſicherte, die Honorarbedingungen anſcheinend zufriedenſtellende; die Schwierigkeit der Verſtändigung lag hier wo anders, nämlich in der dem Redacteur anzuweiſenden unabhängigen Stellung. Bisher war, wie ich vernahm, die Redaction des Blattes ſehr häufig nicht blos von einem, ſondern von allen den verſchiedenen Miniſtern, bald von dieſem, bald von jenem, je nach den in das Reſſort eines jeden fallenden Gegenſtänden, mit Anweiſungen, Mahnungen, Verweiſen, Bedrohungen ꝛc. bedacht worden. Daß ich eine ſolche Stellung nicht annehmen konnte, war ſelbſtverſtändlich. Ich überreichte Herrn von Auerswald ein kurzes Promemoria, worin ich ausführte, daß die „Sternzeitung" die Politik der Regierung um ſo wirkſamer vertreten werde, je zweifelloſer ſie dies nur nach der eigenen, unabhängigen Ueberzeugung ihres Redacteurs thue, zumal wenn dieſer Redacteur bereits als

ein zuverläſſiger politiſcher Charakter, vor Allem auch in Fragen der deutſchen Politik, bekannt und erprobt ſei, wie ich das von mir wohl glaube ſagen zu dürfen. Ich verlangte daher eine ähnliche Stellung wie die, welche ich als Redacteur der, im Eigenthum der großherzoglich ſächſiſchen Regierung befindlichen, „Weimariſchen Zeitung“ hätte und übte. Es müſſe mir geſtattet ſein, beſtimmte, mit der Regierung im Voraus vereinbarte Grundſätze der innern und äußern Politik ſelbſtſtändig und unbehindert zu vertreten; wolle das Miniſterium im einzelnen Falle eine andere Anſicht zur Geltung bringen, ſo müſſe das in ſeinem eigenen Namen und ſo geſchehen, daß der Redacteur nicht dafür verantwortlich ſei. Außerdem müßte ich als Redacteur nur mit Herrn von Auerswald, als Vertreter des Geſammtminiſteriums, und mit keinem andern Miniſter zu thun haben.

Herr von Auerswald gab mir zu, daß ich in der Sache Recht hätte, konnte aber nicht verhehlen, daß es ſchwierig ſein würde, ein ſolches Verhältniß zu formuliren und praktiſch durchzuführen.

Die Verhandlungen wurden nach meiner Wiederabreiſe von Berlin ſchriftlich fortgeſetzt. Da ich auf meiner Bedingung beharrte, ſo ward mir zuletzt vorgeſchlagen, ich möchte es doch einmal „probeweiſe“ verſuchen. Der damalige Leiter des Preßbureaus ſchrieb mir:

> Die unabhängige Stellung, die Sie für das Blatt fordern, entſpricht genau den Anſichten, die erſt mein Vorgänger und ſpäter ich in Bezug auf das Blatt beſtändig vertreten haben. In ſeiner jetzigen Lage iſt das Blatt todt; es iſt nur lebendig zu machen, wenn es nicht blos mechaniſches Werkzeug iſt. In dieſem Sinne ſollte es ſchon 1860 regenerirt werden (im Leitartikel vom 1. Januar 1860 kündigte es ſeine Selbſtſtändigkeit an); aber die

einzelnen Reſſorts und die entſcheidenden Inſtanzen waren ſo wenig daran gewöhnt, in der Zeitung mitunter auch etwas Nichtminiſterielles zu finden, daß allerhand Beſchwerden kamen. Wäre man nun in dieſem Augenblick nicht im Miniſterium und höher hinauf mit anderen Erwägungen vollauf beſchäftigt, ſo würde es möglich ſein, daß Herr von Auerswald die Frage abermals zur Sprache brächte und ganz entſchieden ankündigte: das Blatt werde ſich nunmehr nach der urſprünglichen Intention verwandeln. Aber dies iſt im Moment kaum möglich. Auch iſt dieſe Frage nicht wohl theoretiſch und paragraphenmäßig, ſondern nur praktiſch zu löſen. In dem Augenblick, wo wir einen Mann hätten, der mit ruhiger und energiſcher Thätigkeit Tact und maßvolles Benehmen verbände, würde die Sache ſich von ſelbſt machen. Er würde an die Stelle der Artikel des literariſchen Bureaus eigene redactionelle Artikel ſetzen; jenes erſtere würde ſeine Thätigkeit auf die wenigen Momente beſchränken, wo es ſich um einen eigentlichen Staatsminiſterialartikel handelte; einzelne von dieſem oder jenem Reſſort kommende Beſchwerden würde man beharrlich ausbiegen; ſo würde ſich allmälig eine Gewohnheit bilden, und auch die Freunde der ängſtlichen Officioſität würden begreifen, daß eine mit Tact und Einſicht verbundene Selbſtſtändigkeit Anſtöße zu vermeiden weiß. Wie geſagt, ich glaube, praktiſch würde die Frage ſich löſen, zumal Herr von Auerswald ſeine Unterſtützung dabei in vollem Maße bieten würde. Ich möchte mir daher erlauben, Ihnen einen Vorſchlag zu machen: vielleicht wäre es Ihnen möglich, für einige Monate eine Vertretung für Ihre Geſchäfte in Weimar zu finden. Iſt dies der Fall, ſo verſuchen Sie es hier vom Juli ab mit uns zunächſt auf einige Monate! Sie werden während der Zeit die hieſigen Verhältniſſe, die Schwierigkeiten der Leitung der officiöſen Zeitung und die Hilfsmittel, denſelben zu entgehen, kennen lernen. Vielleicht gelingt es Ihnen, während dieſer Zeit das Problem in einer Sie befriedigenden Weiſe zur Entwickelung zu bringen, und Sie entſchließen ſich dann zum Bleiben.

Gewiß waren ſolche Abſichten an ſolcher Stelle höchſt ehrenwerth; allein bei meinen vorjährigen Verhandlungen

wegen der „Zeit“ hatte ich die Beobachtung gemacht, daß es dem „Miniſterium der neuen Aera“ bei allem beſten Willen doch bisweilen theils an der rechten Energie des Handelns, theils an der nothwendigen Einheit unter ſeinen Mitgliedern fehlte. Ich mußte deshalb bezweifeln, ob es möglich ſein werde, die in jener Zuſchrift entwickelten löblichen Abſichten auch wirklich durchzuführen.

Um indeß nicht den Vorwurf einer zu ſchnellen abermaligen Ablehnung eines immerhin ehrenvollen Anerbietens auf mich zu laden, ging ich zum Miniſter von Watzdorf und theilte ihm den mir von Berlin aus gemachten Vorſchlag mit. Ich hatte ſchon früher ſowohl über das ſüddeutſche als über dieſes Berliner Project und meine Stellungnahme dazu ganz offen mit ihm geſprochen. Herr von Watzdorf erklärte ſich zur Ertheilung eines halbjährigen Urlaubs, wenn ich es wünſche, in liebenswürdigſter Weiſe bereit, ſprach jedoch ſeine Meinung dahin aus, daß mit einer derartigen „proviſoriſchen“ Uebernahme der „Sternzeitung“ weder mir noch auch der preußiſchen Regierung viel gedient ſein möchte. Genau daſſelbe war meine Anſicht, und ſo ſchloſſen auch dieſe Verhandlungen mit einem negativen Reſultate.

Noch weniger vermochte ich auf einen Vorſchlag einzugehen, den mir der Eigenthümer und Herausgeber der „Conſtitutionellen Zeitung“ in Dresden, Advocat Siegel, machte, als Mitredacteur in ſein Blatt einzutreten. Eine getheilte Redaction war ſo wenig nach meinem Geſchmack, wie eine unfreie.

Faſt gleichzeitig mit den erſten Berliner Verhandlungen im Jahre 1860 war von Leipzig aus, von der

Firma F. A. Brockhaus, die Anfrage an mich ergangen: ob ich mich wohl würde entſchließen können, die förmliche Leitung der in ihrem Verlag erſcheinenden „Deutſchen Allgemeinen Zeitung“ an Ort und Stelle zu übernehmen und zu dem Ende nach Leipzig zurück zu überſiedeln.

Die „Deutſche Allgemeine Zeitung“ hatte ſeit ihrem Entſtehen mancherlei Wandlungen durchgemacht. 1838 als „Leipziger Allgemeine Zeitung“ begründet und mit reichen Mitteln ausgeſtattet (ſie hatte damals drei Redacteure und eine Menge werthvoller Correſpondenzen aus Paris, London, Berlin, Wien u. ſ. w.), war ſie alsbald ein vielgeleſenes und einflußreiches Preßorgan namentlich auch für Preußen geworden, zumal als dort mit dem Thronwechſel 1840 eine „lebendigere Zeit“ anzubrechen ſchien. Allein bald verfiel ſie demſelben Schickſal, dem auch andere freiſinnige Zeitungen, preußiſche und nichtpreußiſche, erlagen: ſie ward in Preußen verboten. Nächſten Anlaß dazu gab der Abdruck jenes „Offenen Briefes“ des Dichters G. Herwegh an den König Friedrich Wilhelm IV., in welchem Herwegh die wohl etwas kleinlaute Rolle, die er dem König gegenüber in der perſönlichen Audienz geſpielt, durch eine um ſo freimüthigere Sprache quitt zu machen verſuchte.

Das Blatt hatte hierauf nicht nur den Titel, ſondern auch den Redacteur gewechſelt.

Unter ſeinem neuen Redacteur, Profeſſor Bülau in Leipzig, war die „Deutſche Allgemeine Zeitung“ (welche als ſolche wieder Zutritt in Preußen erlangte) aus einem liberalen ein conſervatives Blatt geworden und hatte zur öſterreichiſchen Politik hingeneigt. Dann war ſie, unter

andern und wieder andern Redacteuren, in immer größere Schwankungen gerathen, bis endlich Dr. Heinrich Brockhaus (nach dem Austritt seines älteren Bruders Friedrich einziger Chef der Handlung) selbst die Leitung des Blattes in die Hand genommen hatte.

Im Jahre 1850 war ich infolge des Beust'schen Staatsstreichs mit Dr. Heinrich Brockhaus, einem der standhaften „Renitenten", in nähere Berührung gekommen. Er bot mir schon damals die Redaction der Zeitung an, allein die Sache scheiterte daran, daß er mir nicht sattsam freie Hand lassen wollte. Indessen schrieb ich wenigstens von da an regelmäßige Leitartikel für die „Deutsche Allgemeine Zeitung", auch von Weimar aus; ja ich brachte es dahin, daß durch eine öffentliche Erklärung der Redaction meine Artikel (mit dem Zeichen =) als diejenigen bezeichnet wurden, welche die Ansichten der Redaction ausdrückten, während andere, die bisweilen noch die meinigen gekreuzt hatten, verschwanden, so daß seitdem die „Deutsche Allgemeine Zeitung" gewissermaßen mein Organ war. Daß das Blatt dadurch an Einheitlichkeit und Sicherheit des Auftretens, damit aber auch an Ansehen gewann, ist selbstverständlich, und ich darf wohl ohne Anmaßung sagen, daß von dieser Zeit an die „Deutsche Allgemeine Zeitung" mit zu den am meisten geachteten und beachteten Organen der unabhängigen freisinnigen deutschen Tagespresse gehört hat. Indeß blieb dabei (neben der im Eingange dieses Capitels erwähnten Schwierigkeit) auch noch der Uebelstand bestehen, daß ich, weil ich nicht am Orte selbst war, auf den übrigen Theil der Zeitung (Correspondenzen, Auszüge aus anderen Blättern und dergl.) immer nur

einen ſehr mittelbaren und daher unſicheren Einfluß üben konnte.

Das erkannten denn auch die Verleger der „Deutſchen Allgemeinen Zeitung“, Dr. Heinrich Brockhaus und ſein (inzwiſchen als Mitchef der Handlung eingetretener) älteſter Sohn, Dr. Eduard Brockhaus, an. Und ſo kam es, daß ſie ihre frühere Aufforderung an mich, nach Leipzig zurückzukommen, zu Anfang des Jahres 1863 dringender wiederholten, erſt ſchriftlich, dann perſönlich, indem Beide ſelbſt nach Weimar kamen.

Auch diesmal zögerte ich anfangs. Meine Leipziger Freunde, die ich um ihren Rath befragte, zweifelten, ob es mir möglich ſein werde, das Verhältniß ſo zu geſtalten, daß meine berechtigten Anſprüche auf völlige Unabhängigkeit in Führung des Blattes nicht auf Hinderniſſe ſtießen. Es bedurfte ziemlich langer Hin- und Herverhandlungen, mündlicher und ſchriftlicher, bis endlich ein Vertrag zu Stande kam, wie ich ihn für nothwendig hielt, um mich gegen Alles, was meine Unabhängigkeit gefährden könnte, möglichſt ſicherzuſtellen.

Ich muß jedoch bekennen — und ich thue es mit Freuden, — daß die Beſorgniſſe, die in dieſer Beziehung theils bei mir, theils bei meinen Freunden beſtanden, in der Praxis keine Beſtätigung gefunden haben. Niemals und von keiner Seite iſt auch nur der Verſuch gemacht worden, auf die politiſche Haltung, die ich der Zeitung gab, einzuwirken. Ich rechne dies den Herren Brockhaus um ſo höher an, als wir mit unſerem gemeinſamen Blatte Zeiten und Erfahrungen durchgemacht haben, die wohl einem Verleger den Gedanken hätten nahelegen können, ob

es nicht räthlicher für ihn ſei, die Richtung der Zeitung zu ändern. Schon bald nach meinem Eintritt an die Spitze der „Deutſchen Allgemeinen Zeitung“, im Jahre 1864, ward dieſelbe zum zweiten Mal in Preußen verboten. Ich komme darauf ſpäter zurück, und es wird ſich da zeigen, daß in dieſer, gewiß heiklen Angelegenheit die Herren Verleger (einſchließlich des dabei mit zu Rathe gezogenen jüngeren Sohnes des Herrn Heinrich Brockhaus, Rudolph Brockhaus) nicht allein vollſtändig mit mir Hand in Hand gingen, ſondern daß ſie auch weder ſelbſt etwas thaten, noch mir etwas anſannen, was die Unabhängigkeit der Zeitung und die von mir bei Führung derſelben befolgten Grundſätze hätte beeinträchtigen können.

Es kam ſodann das verhängnißvolle Jahr 1866, wo die „Deutſche Allgemeine Zeitung“, die Vertreterin des nationalen Gedankens, wie ein verlorener Poſten inmitten der ſtarken particulariſtiſchen Strömung in Sachſen daſtand, wo ſelbſt in dem, verhältnißmäßig noch am meiſten national geſinnten Leipzig viele Kreiſe, und gerade von den vornehmen und tonangebenden, ſich von dieſer Richtung noch abwendeten. Die Verleger der Zeitung gehörten dieſen Kreiſen an; ſie verkehrten geſellſchaftlich in denſelben; gewiß haben ſie daher in jener Zeit ſo manche Anfechtungen wegen der Haltung ihrer Zeitung erfahren. Aber niemals haben ſie — ich conſtatire dies ausdrücklich — auch nur den leiſeſten Verſuch gemacht, auf die Richtung des Blattes abſchwächend einzuwirken, niemals auch nur den Wunſch verlauten laſſen, ich möchte ſeine Richtung ändern. Ich weiß ferner, daß von einflußreicher Seite an ſie das directe Anſinnen geſtellt worden

iſt, mich aus der Redaction des Blattes zu entfernen, aber nie habe ich davon das Geringſte bemerkt: vielmehr iſt mir dies erſt ſpäter von anderer, ſicherer Hand mitgetheilt worden.

Für dieſe Probe ſowohl von eigener Charakterfeſtigkeit als von Achtung vor der Charakterfeſtigkeit Anderer werde ich ſtets ſowohl dem dahingeſchiedenen Dr. Heinrich, als dem noch lebenden Dr. Eduard Brockhaus ein ehrendes und dankbares Andenken bewahren!

So hatte ich denn, nachdem ich ſo viele Berufungen nach auswärts abgewieſen, endlich doch einer ſolchen nachgegeben, die mich nöthigte, mein liebes Weimar wieder zu verlaſſen. Leicht, wahrlich, wurde mir der Abſchied nicht. War ich doch in den acht Jahren, die ich dort verlebt, mit ſo vielen Faſern des Geiſtes wie des Herzens in der neuen Heimath feſtgewurzelt! Nicht anders erging es den Meinen. Und, hatte uns einſt das freundlichſte Entgegenkommen von allen Seiten das Heimiſchwerden in Weimar erleichtert, ſo ward uns jetzt durch die gleich herzlichen und ſichtlich aufrichtigen Beweiſe von Liebe, die man uns auf den Weg mitgab, das Scheiden nicht wenig erſchwert. Der „Mittwochsverein“ veranſtaltete mir zu Ehren ein Abſchiedsfeſt, bei welchem in einer nicht enden wollenden Reihe von Trinkſprüchen mir des Guten ſo viel nachgeſagt ward, daß ich endlich ein: Claudite jam rivos! ausrief und ſcherzhaft hinzuſetzte: „Ich könne dieſe vielen Freundlichkeiten ohne Gewiſſensbelaſtung nur in der Vorausſicht annehmen, daß dieſelben dort, wohin ich jetzt zurückkehre, leider wohl durch mancherlei Vorgänge ganz entgegen-

geſetzter Art, durch neue Kämpfe und neue Anfechtungen, quitt gemacht werden würden.“ Was denn auch geſchehen iſt.

Der Verleger der „Weimariſchen Zeitung“, Herr Böhlau, hätte gern Alles gethan, um mich zu halten; allein ſeine wohlgemeinteſten Abſichten, dem Blatte einen größeren Spielraum und dadurch mir einen befriedigenderen Wirkungskreis zu verſchaffen, ſcheiterten an den Verhältniſſen, wie ſie nun einmal waren.

Natürlich konnte und wollte ich mein letztes Wort in der Ueberſiedelungsfrage nicht ſprechen, bevor ich auch diesmal des mir ſo wohlgeſinnten Miniſters von Watzdorf Rath eingeholt haben würde. Da er gerade auf ſeinem Gute verweilte, ſo ſetzte ich ihm die Gründe, die mich diesmal geneigt machten, anzunehmen, ſchriftlich auseinander. Darauf erhielt ich von ihm einen Brief ſo wohlthuenden Inhalts, daß derſelbe mich leicht hätte veranlaſſen können, meinen Entſchluß des Fortgehens aufzugeben, wären nur die Gründe dieſes Entſchluſſes nicht ſo zwingende geweſen und wären ſie nicht von Herrn von Watzdorf ſelbſt als ſolche anerkannt worden. Er ſchrieb:

Hochgeehrter Herr Profeſſor!

Den Hauptgegenſtand Ihres Briefes vom 12. d. Mts. betreffend, habe ich abſichtlich mehrere Tage gewartet, bevor ich eine feſte Ueberzeugung gewonnen. Dieſe geht dahin, daß Sie die Leipziger Offerte annehmen ſollen, wenn ſie einigermaßen Dauer verſpricht.

Es wird mir recht ſchwer, mein lieber Biedermann, dies niederzuſchreiben. Ich achte und liebe in Ihnen einen Mann von erprobter, durchaus ehrenwerther Geſinnung, von umfaſſendem Wiſſen und großer publiciſtiſcher Befähigung, daneben einen potitiſchen Freund. Von einem ſolchen Manne ſich zu trennen, wird Jedermann, wird beſonders einem Miniſter ſchwer. Aber

ich würde unrecht handeln, wollte ich nicht dennoch obige Ueberzeugung aussprechen. Was Sie in Ihrer dermaligen Stellung beklagen, habe ich bereits seit Jahren mir gesagt. Ich habe gesucht nach der Möglichkeit einer angemessenen Aenderung, besonders auch nach der Möglichkeit einer festen Existenz. Jene habe ich nicht gefunden, und diese würde, das muß ich mir sagen, nur an äußerst wenigen, eben jetzt nicht disponiblen Punkten in Frage kommen können, und auch da, nach unseren beschränkten Verhältnissen, nur eine Existenz bieten, welche Ihnen keinesfalls genügen könnte. Da sage ich mir denn freilich: es wäre unverantwortlich, wollte ich Ihnen nicht rathen, eine im Verhältniß zur Gegenwart ungleich entsprechendere Stellung anzunehmen. Daneben, das gestehe ich trotz aller Vorliebe für Weimar und seine Zeitung, halte ich dafür, daß im allgemeinen Interesse Ihre Kräfte gerade jetzt wohl auf einem weiteren Felde verwerthet werden sollten. Sie sehen, ich bin fern von allem Egoismus. Ich gebe Ihnen die Entscheidung anheim.

Mit aufrichtiger
Hochachtung und Ergebenheit
Watzdorf.

Schloß Berga, am 17. Juni 1863.

Zwölftes Capitel.

Wie ich Sachsen wiederfand. — Der „sächsische Fortschrittsverein". Der „Arbeiterbildungsverein". Der „Journalistentag". Das „Veteranenfest" in Leipzig.

Acht Jahre hatte ich außerhalb meiner sächsischen Heimath verbracht! Als ich fortging (1855), lastete auf dem Lande mit vollster Wucht das Beust'sche System polizeilicher Allmacht, war die politische Thätigkeit im Volke gleich Null. Jetzt, da ich zurückkam (1863), zeigten sich doch wenigstens Spuren liberaler und nationaler Regungen, wenn dieselben auch großentheils (wie sich ein mir befreundeter Landsmann nicht unzutreffend ausdrückte) zur Zeit noch überwiegend „latent" waren. In der Zweiten Kammer der „reactivirten Stände" hatte sich allmälig eine, freilich noch sehr kleine, liberale Partei gebildet. Der Deutsche Nationalverein hatte eine, wenngleich nur bescheidene, Anzahl von Anhängern im Lande gewonnen. Die Regierung selbst hatte angefangen, etwas von ihrer Strenge nachzulassen; sie wollte doch nicht allzu sehr hinter der frischeren Bewegung, die mit Eintritt der Regentschaft

in Preußen erwacht war, zurückbleiben. Sie hatte mit dem alten Wahlgeſetz eine, allerdings wenig beſagende, Veränderung vorgenommen. Sie hatte beim Bundestag eine „Bundesreform“ beantragt, die indeß eben ſo wenig bedeuten wollte. Der Nationalverein war anfangs in Sachſen dergeſtalt verfehmt geweſen, daß Mitgliedern deſſelben, die zu Stadträthen erwählt worden waren, die Beſtätigung verſagt ward; das hatte ſich jetzt ſo weit geändert, daß nicht lange nach meiner Rückkehr ſogar eine Generalverſammlung des Vereins aus ganz Deutſchland in Leipzig abgehalten werden konnte.

Auch ein allgemeines „Deutſches Turnfeſt“ hatte im Auguſt 1863 in Leipzig ſtattfinden dürfen, und, o Wunder, Herr von Beuſt ſelbſt war bei dieſem erſchienen und hatte eine „ſehr deutſche“ Rede gehalten!

Seit dem Staatsſtreich von 1850 hatte die ſächſiſche Demokratie zum größten Theil ſich der Theilnahme an den Wahlen für die Zweite Kammer enthalten; jetzt nahm ſie von der Abänderung des alten Wahlgeſetzes Veranlaſſung, aus dieſer Zurückhaltung herauszutreten und wieder auf der politiſchen Bühne zu erſcheinen. Nach dem Vorgange der 1861 in Preußen in's Leben getretenen „Fortſchrittspartei“ entſtand auch in Sachſen ein „Fortſchrittsverein“. In dem Ausſchuſſe deſſelben ſaßen neben den alten Führern der Demokratie auch mehrere gemäßigt Liberale. Kaum in Leipzig angelangt, ward ich in denſelben cooptirt. Ein praktiſches Lebenszeichen hat dieſer Ausſchuß, und überhaupt der „Fortſchrittsverein“, nicht gegeben; ich erinnere mich nicht einmal eines wirklichen Zuſammentritts deſſelben, an dem ich Theil genommen hätte; indeß hatte er wenigſtens

das Gute, daß die früheren Reibereien zwiſchen Liberalen und Radicalen ſich vorläufig nicht wiederholten.

Ich will hier ſogleich bemerken, daß in Leipzig ſich dieſes verſöhnlichere Verhältniß der beiden Richtungen länger erhielt, zum Theil unter dem Einfluß der ſtärker hervortretenden nationalen Regungen, für welche der Leipziger Zweig der ſächſiſchen Demokratie ſich nicht unempfänglich erwies, während die „alten Demokraten" in Dresden (die in ihrem ſtarren „Feſthalten" nichts gelten laſſen wollten, als „Reichsverfaſſung" und „Grundrechte") mehr und mehr wieder in einen ſchroffen Gegenſatz zu den Liberalen, theilweiſe ſelbſt zu ihren eigenen Parteigenoſſen in Leipzig geriethen.

Eine gewiſſe Rivalität zwiſchen Dresden und Leipzig hat allezeit in den politiſchen Kämpfen in Sachſen eine wichtige Rolle geſpielt. So im März 1848, ſo in den 60. und noch weit in die 70. Jahre hinein. Ja es gab eine Zeit, wo dieſer örtliche Gegenſatz ſelbſt in das nationalliberale Lager eine Spaltung zu bringen drohte, die indeß glücklicherweiſe bald wieder verſchwand.

In den breiteren Schichten des ſächſiſchen Volkes, den Arbeiterkreiſen, zeigte ſich damals, als ich ihnen zuerſt wieder näher trat, auch ein regeres Leben, jedoch noch vorwiegend im guten Sinne. Die hier und da entſtandenen „Arbeiterbildungsvereine" ſtrebten nach einer ſoliden Fortbildung ihrer Mitglieder, ſuchten praktiſch auf dem von Schulze-Delitzſch vorgezeichneten Wege, durch Conſum- und Vorſchußvereine, das materielle Wohl des Arbeiters zu fördern, ihn zu Fleiß und Sparſamkeit anzuregen und von excentriſchen Ideen fernzuhalten. Allerdings fehlte es ſchon

nicht an Reibungen zwiſchen dieſer beſonneneren und einer radicaleren Richtung, welche hier und da ſich geltend zu machen ſuchte. Im Dresdener Arbeiterbildungsverein wirkte eifrig und beharrlich für jene erſtere und gegen dieſe letztere Richtung ein junger, in ſeinem Fache ſehr tüchtiger, mit einem feurigen Geiſt begabter, dabei aber verſtändiger Arbeiter, der erſt in Weimar längere Zeit den dort von mir geſtifteten Geſellenverein trefflich geleitet, ſpäter ſich in Dresden etablirt hatte, Schuhmacher Knöfel. Er ſchrieb mir begeiſterte Briefe über die Kämpfe, die er mit ſeinen radicalen Gegnern beſtanden und glücklich beſtanden habe. In Leipzig war jener Geſellenverein, dem ich einſt regelmäßig Vorträge gehalten, noch vor meinem Weggange von Leipzig polizeilich (ohne einen nachweisbaren Grund) aufgelöſt worden. An ſeine Stelle war ſpäter ein „Arbeiterbildungsverein" getreten, und dieſen ließ man gewähren. Er betrachtete ſich gewiſſermaßen als Fortſetzung jenes Geſellenvereins, was er u. A. dadurch bekundete, daß er am Abend meines Einzugs in Leipzig mir ein Geſangſtändchen brachte, um ſeine Dankbarkeit für das von mir dem früheren Verein gewidmete Intereſſe kundzugeben und mich um das gleiche Intereſſe für den neuen Verein zu bitten. Zu der Deputation, welche bei mir erſchien, um dieſe Geſinnungen auszuſprechen, gehörte Herr Auguſt Bebel, der, obſchon damals noch ſehr jung, doch bereits eine tonangebende Stellung unter ſeinen Genoſſen einnahm.

Auch dieſer Verein ſtand noch ganz auf dem Schulze'ſchen Standpunkte. Allerdings war in ſeinem Schooße eine radicalere Richtung aufgetaucht; da ſie jedoch ſtark in der Minderheit blieb, hatte ſie ſich von dem Verein

getrennt und einen besonderen Verein unter dem Namen „Vorwärts“ gebildet, an dessen Spitze der bekannte Naturforscher Professor Roßmäßler stand. Dieser Roßmäßler'sche Verein war es, der mit Ferdinand Lassalle Verbindungen anknüpfte, auf dessen Einladung Letzterer im Sommer 1863 vor einer Arbeiterversammlung in Leipzig seine Ideen vom „Ehernen Lohngesetz“ und von der Nothwendigkeit der Gründung von „Productivassociationen mit Staatshilfe“ entwickelte.

Der alte Stamm des Arbeiterbildungsvereins war von dieser Agitation damals unberührt geblieben. Insbesondere stand Herr Bebel, der Hauptleiter des Vereins, allen socialistischen Tendenzen noch völlig fern. Ich erinnere mich sehr deutlich, wie er namentlich die Versuche Lassalles, die Arbeiter als einen besondern („vierten“) Stand dem Bürgerthum feindlich gegenüberzustellen, mit großer Entschiedenheit zurückwies und verdammte. Herr Bebel hatte damals in seinem ganzen Auftreten etwas Zutrauenerweckendes, etwas zugleich Sicheres und doch Genessenes und Bescheidenes. Mir bewies er eine Anhänglichkeit, die mich freute; er frug mich häufig in Vereinsangelegenheiten um Rath, lud mich zu wichtigeren Sitzungen des Vorstandes ein, theilte mir Beschlüsse desselben vor der Ausführung mit u. s. w.

Ich habe dem ganzen Vereine eine Zeit lang nahe gestanden, habe auf Wunsch des Vorstandes Vorträge, Festreden zur Feier von Stiftungstagen u. dgl. gehalten, und habe mich im Verkehr mit diesen Arbeitern, die ein so reges Bildungsstreben und eine so gesunde Lebensauffassung verriethen, immer sehr wohl gefühlt.

Das blieb ſo bis etwa in's Jahr 1865. Noch im Winter von 1865 zu 1866 hielt Herr Bebel in einer vom Nationalverein veranſtalteten Verſammlung eine feurige Rede zu Gunſten dieſes Vereins, und um die gleiche Zeit ging er mit uns Liberalen Hand in Hand bei allerhand Beſtrebungen theils für gewiſſe Reformen des Gemeindeweſens, theils für ein zeitgemäßes Landtagswahlgeſetz. In einer betreffs dieſer letztern Angelegenheit abgehaltenen Volksverſammlung gerieth er mit der ultrademokratiſchen Partei, an deren Spitze der Cigarrenarbeiter Fritzſche ſtand, in ſtarke Conflicte, welche ſogar von Seiten Fritzſches in Thätlichkeiten ausarteten.

Indeſſen hatten doch allmälig im Arbeiterbildungsverein andere Einflüſſe Boden gewonnen. Zuerſt kam ein angeblicher Hauptmann a. D. Korn aus Ungarn, der ſich für einen pädagogiſchen Reformator gab, in dieſer Eigenſchaft ſich in einen bei uns in der Bildung begriffenen Erziehungsverein (an dem ſich auch Herr Bebel und andere Mitglieder des Arbeiterbildungsvereins betheiligten) hineindrängte und deſſen Beſtrebungen kreuzte, dann, wie ich vernahm, im Arbeiterbildungsverein ſelbſt öfters ſprach und dort ſpeciell gegen mich agitirte. Es war vielleicht ein falſcher Stolz von mir, daß ich, im Bewußtſein der redlichen Abſichten für den Verein und für die Arbeiter überhaupt, die ich allezeit gehegt und nach Kräften bethätigt hatte, es verſchmähte, dieſen Anfeindungen Stirn an Stirn entgegenzutreten, vielmehr mich vom Vereine zurückzog und ſo den Gegnern freies Feld ließ. Ob freilich ein anderes Verfahren meinerſeits in der Sache etwas geändert haben möchte, ſteht dahin; iſt doch ſelbſt ein Schulze-Delitzſch, der ſo

unendlich viel mehr, als ich, für die Arbeiter gethan hat, von einem großen Theile dieser verlassen, verleugnet, verketzert worden!

Nach Korn kamen andere Agitatoren, die im gleichen Sinne weiter arbeiteten, zuletzt Herr Liebknecht, der wohl bald einen beherrschenden Einfluß im Arbeiterbildungsvereine gewann. Und hier scheint es Herrn Bebel ergangen zu sein, wie es auch politischen Führern oft ergeht: getrieben von jenem Ehrgeize, der begabten Naturen eigen zu sein pflegt und der an sich ganz berechtigt ist, wollte er hinter dem vorwärts drängenden Rivalen nicht zurückbleiben und ging daher selbst immer weiter und weiter, bis er, in die Consequenzen seiner eigenen Aeußerungen und Handlungen verstrickt, nicht mehr zurück konnte, auch wenn er vielleicht (was ich für nicht ganz unmöglich halten möchte) das Chimärische oder auch das Verwerfliche der Bestrebungen, zu deren Apostel er sich gemacht hat, einsehen sollte.

Einer anderen Vereinsthätigkeit, die mich damals auch in Anspruch nahm, sei sogleich hier mit gedacht. Sie lag meinem damaligen Berufe, dem journalistischen, unmittelbar näher. Kurz vor meiner Rückkehr nach Leipzig, im Jahre 1863, war, hauptsächlich durch das Bemühen des Dr. Heinrich Brockhaus, ein „Deutscher Journalistentag" angebahnt worden, der in regelmäßigen Jahresversammlungen die gemeinsamen Interessen der Verleger, Redacteure und Mitarbeiter von Zeitungen und Zeitschriften, sachliche wie persönliche, berathen sollte. 1864 fand die erste Sitzung in Eisenach statt. Natürlich waren es vorzugsweise Fragen der (damals noch meist in

ſehr wenig erfreulichem Zuſtande ſich befindenden) Preß-geſetzgebung, die uns dort und auf ſpäteren Journaliſten-tagen beſchäftigten; daneben ward an dem Zuſtandebringen einer „Alterverſorgungsanſtalt für Journaliſten“ gearbeitet u. dgl. m. Ein nicht geringer Nutzen dieſer regelmäßigen Zuſammenkünfte beſtand darin, daß man ſich perſönlich kennen lernte. Da zum Theil ſehr verſchiedene Richtungen der Tagespreſſe dabei vertreten waren, ſo hatte dies das Gute, daß manche Schärfen ſich durch ſolche perſönliche Annäherung abſtumpften, abgeſehen davon, daß ſich dort Bekanntſchaften anknüpften, welche nicht ſelten dieſe Momente flüchtiger Begegnung weit überdauerten. Ich wenigſtens verdanke dieſen Verſammlungen ſo manche mir lieb gewordene und auch ſpäter fortgeſetzte Beziehungen. Ich habe drei ſolchen Verſammlungen, in Eiſenach, Leipzig und Berlin (1864, 1865, 1867), präſidirt, auf einer vierten, in Breslau (1872), das wichtige Referat über die Grundlagen eines deutſchen Reichspreßgeſetzes erſtattet, die dort gefaßten Beſchlüſſe aber ſpäter als Referent einer Preßcommiſſion im Reichstag wiederum vertreten. Ein fünfter Journaliſtentag, den ich auch beſuchte, in Bremen (1875), iſt mir in angenehmſter Erinnerung wegen der liebenswürdigen Gaſtlichkeit, womit die Bremenſer uns zu Land und zu Waſſer (letzteres auf einer ſehr genußreichen Seeſchifffahrt von Wilhelmshafen nach Bremerhafen, wozu mein alter Frankfurter College H. H. Meier uns einen Lloyddampfer ſtellte), über und unter der Erde (in dem berühmten „Bremer Rathskeller“) viel Liebes und Gutes erwieſen. Als ſtändiges Mitglied des Ausſchuſſes des Journaliſtentags war ich übrigens auch in den Pauſen zwiſchen den

Jahresverſammlungen mehrfach mit deſſen Angelegenheiten befaßt.

Doch ich kehre noch einmal zu dem Zeitpunkt meiner Ankunft in Leipzig (im Herbſt 1863) zurück. Das Jahr 1863 war für Leipzig eine Zeit der Feſte. Kaum hatte die Stadt mit größtem Glanze das Deutſche Turnfeſt begangen, ſo brachte der Herbſt das 50jährige Jubiläum der denkwürdigen Völkerſchlacht bei Leipzig. Nicht unpaſſend nannte man dieſes Feſt das „Veteranenfeſt", denn ein weſentlicher Theil deſſelben beſtand in dem Empfange, der Begrüßung, dem ehren- und liebevollen Hegen und Pflegen der, von der Stadt als Gäſte eingeladenen und zahlreich herbeigekommenen, alten Krieger von 1813—15.

Für ſolche heitere Feſte, zumal mit nationalem Anhauch, beſitzt der Leipziger einen unverwüſtlichen Fonds von Lebensluſt, Begeiſterung und, nicht am wenigſten, Talent ſinniger Veranſtaltung der Feſtlichkeiten. Das zeigte ſich auch hier. In Ausſchmückung der Häuſer, der Straßen, der Plätze war das Möglichſte geleiſtet; die Beleuchtung der Stadt, der Promenaden, des Schwanenteiches u. ſ. w. am zweiten Abend gehörte zu dem Glänzendſten und Geſchmackvollſten, was ich je geſehen. Die alten Krieger waren ganz erſtaunt und hocherfreut über den herzlichen Empfang, den ſie fanden. An allen Bahnhöfen harrten der ankommenden feiertäglich geputzte und mit Feſtzeichen verſehene Schulknaben, um ſie nach den für ſie beſtimmten Quartieren zu geleiten. Die Familien der Vornehmeren wie der einfachen Bürger machten es ſich zur Freude, die wackeren Vaterlandsvertheidiger bei ſich aufzunehmen und ſie mit allem Behagen und aller Freund-

lichkeit zu umgeben. Da kamen denn manche halb heitere, halb rührende Scenen vor. Als ein ſolcher alter Krieger von niederm Stande und aus einer kleinen märkiſchen Stadt, der bei einem Verwandten von mir wohnte, in der überſtrömenden Freude über ſein ſchönes Quartier, und was ſonſt ihm in Leipzig geboten ward, wehmüthig ausrief: „Ach, wenn doch gleich meine Alte hier wäre und das Alles mit genießen könnte"! ſchrieb ſein Wirth heimlich an die Frau, lud ſie zum raſchen Kommen ein und ſandte ihr Reiſegeld. Man kann ſich denken, welch' frohe Ueberraſchung das war und wie glückliche Tage die beiden alten Leute zuſammen noch nach dem Feſte bei ihrem gaſtlichen Wirth, der ihnen alle Herrlichkeiten Leipzigs zeigte, verlebten.

Ich ſelbſt hatte die Freude, in meiner Wohnung den „erſten Freiwilligen von 1813" zu beherbergen. Es war das der Sohn des damaligen Bürgermeiſters von Königsberg, Heidemann. Als die oſtpreußiſchen Stände 1813 aus freien Stücken und auf eigene Koſten eine „Landwehr" zu errichten beſchloſſen und zum Eintritt in dieſelbe Freiwillige aufriefen, war der junge Heidemann der Erſte, der ſich meldete. Er machte als Huſar die Feldzüge mit, zeichnete ſich aus, erbeutete u. A. einmal mit dem Zuge, den er führte, ein feindliches Geſchütz. Nach beendetem Kriege hatte er eine Anſtellung als Poſtmeiſter, ich weiß nicht mehr wo, erhalten, in ſeinem höhern Alter aber ſich mit einer kleinen Penſion nach Weimar zurückgezogen. Dort hatte ich ihn kennen gelernt. Noch vor meinem Weggange von Weimar hatten wir daſelbſt eine Erinnerungsfeier an die Erhebung des preußiſchen Volkes

im Frühjahr 1813 begangen, wobei mir die Feſtrede zugefallen war. Da hatte natürlich der „alte Heidemann“ eine hervorragende Rolle geſpielt. Eine ſolche ward ihm in Leipzig ebenfalls zu Theil; er ward zu einer Feſttafel bei meinem Schwager, dem Bürgermeiſter, zugezogen, war auch unter Denen, die bei der Grundſteinlegung zu einem Siegesdenkmal auf dem Schlachtfelde (welches leider bis dato ein ſchöner Traum geblieben iſt) die feierlichen drei Hammerſchläge thaten.

Zur Vorbereitung des Feſtes war ſchon lange vorher ein „Feſtcomité“ gebildet worden. Nach meinem Eintreffen in Leipzig cooptirte daſſelbe mich zu ſeinem Mitgliede. In dieſer Eigenſchaft ward ich am Vorabend des Feſtes, wo Fremde und Einheimiſche ſich in den dazu beſtimmten Localen zuſammenfanden, von Bekannten gewaltſam, nach raſch übergeworfener ſchwarz-roth-goldener Schärpe, dem Erkennungszeichen der Comitémitglieder, auf die Rednerbühne gedrängt und mußte wohl oder übel ein paar Begrüßungsworte an unſere Gäſte richten; am Feſttage ſelbſt fiel mir die Aufgabe zu, beim Zuge nach und von dem Schlachtfelde die „weißgekleideten Ehrenjungfrauen“ als Chargirter zu geleiten.

Nach der Rückkehr vom Schlachtfelde vertheilten ſich die alten Krieger in die vier größten Säle der Stadt, wo das Feſtmahl für ſie vorbereitet war. Da das Wetter an dieſem Tage trotz der ſpäten Jahreszeit noch ziemlich warm war, ſo waren die alten Herren (obſchon viele davon mit Wagen hinaus- und hereinbefördert worden) meiſt ſehr erſchöpft, namentlich aber ſehr durſtig. Das Auftragen der Speiſen verzögerte ſich noch etwas, und ſo ſprachen

ſie ſchon vor dem Eſſen den Weinflaſchen wacker zu, die vor den Couverts aufgeſtellt waren; bald waren dieſe leer, ſo daß ſie durch neue erſetzt werden mußten: die alten Leute aber wurden über die Maßen luſtig, begannen zu ſchwatzen, ſich zu umarmen, ja zu tanzen.

Mitten unter den Kriegern gewöhnlichen Schlags ſaß in dem Saale, wo ich mit ſpeiſte, ein ſtattlicher Greis von vornehmen, doch freundlichen Zügen, mit langen, faſt bis auf die Schultern herabfallenden, weißen Haaren. Es war der dreinndachtzigjährige General von Pfuel! Wenige Jahre darauf iſt er verſchieden. Ob wohl von Denen, die damals Leipzigs Gäſte waren, heut noch einer lebt?

Das war das „Veteranenfeſt“ zu Leipzig! Daſſelbe war — mit ſeinen heitern und ernſten Eindrücken und ſeinen Erinnerungen an eine große kriegeriſche Zeit — kaum verklungen, da trat an die Jetztlebenden unerwarteter Weiſe ein Moment neuer kriegeriſcher Spannung heran.

Dreizehntes Capitel.

Nochmaliges Auftauchen und endliche Lösung der schleswig-holsteinischen Frage.

Am 15. November 1863 starb in Dänemark der Letzte des königlichen Mannesstammes, Friedrich VII. Damit war, nach der „Unionsverfassung" zwischen Dänemark und den Herzogthümern von 1460, das Band zwischen dem Königreich und Schleswig-Holstein endgiltig zerrissen, denn kraft jenes feierlich verbrieften Vertrags fielen die Herzogthümer an die nächste männliche Linie (die Augustenburger), während im Königreich, wo die weibliche Erbfolge galt, ein Landgraf von Hessen den Thron bestiegen haben würde.

Allein dieser Vertrag war durch einen Gewaltstreich der Großmächte, das sog. „Londoner Protokoll" von 1852, zerrissen und statt dessen festgesetzt worden, daß im Königreich und in Schleswig-Holstein ein und derselbe Fürst, Prinz Christian von Glücksburg, den Thron besteigen solle. Schleswig-Holstein wäre damit für immer an Dänemark gekettet gewesen.

Gegen ein so großes nationales Unglück galt es mit allen Kräften anzukämpfen. Dazu reichte die bloße Stimme

der Preſſe nicht aus; wirkſamere Mittel mußten ergriffen werden! Ich lud einige politiſche Freunde zu mir ein, um zu berathen, was etwa von uns aus geſchehen könnte. Allein ich ſtieß auf Bedenklichkeiten. Man wollte erſt abwarten, was anderwärts geſchehen werde, um nicht allein zu ſtehen. Ich mußte mich fügen. Inzwiſchen war von weiter links her die Sache ſchon in Angriff genommen worden; eine Volksverſammlung ſollte berufen werden; mich ging man darum an, das Referat in dieſer zu übernehmen. Ich erklärte mich dazu bereit. Die Verſammlung war äußerſt zahlreich beſucht und verlief in gehobenſter Stimmung. Noch kurz vorher, bei Gelegenheit des Fürſtencongreſſes in Frankfurt, hatten „Großdeutſche“ und „Kleindeutſche“ ſchroff einander gegenüber geſtanden; jetzt einigten ſich beide in dieſer nationalen Sache. Ein Hauptwortführer der „Großdeutſchen“ in Leipzig, Profeſſor Wuttke, unterſtützte lebhaft die von mir geſtellten Anträge, welche die Wahrung des Rechts und der Unabhängigkeit der Herzogthümer bezweckten. An dem von der Verſammlung eingeſetzten „Schleswig-Holſtein-Comité“ nahmen Klein- und Großdeutſche, Conſervative, Liberale und Demokraten Theil; an ſeiner Spitze ſtand einer der angeſehenſten Männer der Stadt, Guſtav Harkort, ein Mann von ſtreng conſervativer Geſinnung, aber unbeugſamem Rechtsſinn, einer der „Renitenten“ von 1850. Zu der Verſammlung von Delegirten der „Schleswig-Holſtein-Vereine“, welche in Frankfurt a. M. ſtattfand, entſandte der Leipziger Verein gleichzeitig mich und den Profeſſor Wuttke.

Dieſe Bewegung aus dem Volke heraus für das Recht Schleswig-Holſteins fand in Sachſen einen unerwartet

kräftigen Widerhall in den maßgebenden Kreisen und bis hinauf zum Throne. Die sächsische Regierung war eine der ersten, welche am Bundestage für dieses Recht eintraten. König Johann selbst empfing in Audienz die große Deputation aus Schleswig-Holstein, welche Deutschland bereiste, um für ihre Sache zu werben. Zum Danke dafür ward dem König, als er bald darauf Leipzig besuchte, nicht blos von unserem Comité eine Adresse überreicht, sondern auch von einer großen Zahl der angesehensten Bürger und Einwohner der Stadt durch einen Zug mit Musik vor sein Palais und durch jubelnde Hochs (die der König, auf dem Balkon stehend und hernieder grüßend, freundlich entgegennahm) eine feierliche Huldigung dargebracht. Unter den Diplomaten, die am eifrigsten sich der Sache Schleswig-Holsteins annahmen, stand fort und fort in erster Linie Herr von Beust.

Für mich und meine Gesinnungsgenossen war es eine ganz eigenthümliche Lage, mit demselben Staatsmann uns plötzlich Seite an Seite zu finden, gegen den wir, wie er gegen uns, lange einen so hartnäckigen Kampf geführt hatten. Meinte er es jetzt aufrichtig mit der Vertheidigung eines nationalen Interesses, oder hatte er Hintergedanken, und welche? Indeß, danach zu fragen, war jetzt nicht der Moment: jetzt galt es nur, um jeden Preis das abzuwenden, was, einmal geschehen, nicht leicht rückgängig gemacht werden konnte, die Einverleibung der Herzogthümer in Dänemark. Wer dazu half, mußte uns als Bundesgenosse willkommen sein, auch wenn er vorher unser Gegner gewesen war, auch wenn sein bisheriges Vorgehen uns nicht eben Vertrauen zu ihm einflößte.

Bedenklicher ward für uns die Situation, als die preußiſche Regierung, ſtatt, wie wir gehofft, ſich an die Spitze der Bewegung zu ſtellen, vielmehr erklärte, daß ſie am Londoner Protokoll feſthalte und Chriſtian IX. von Dänemark als Herzog von Schleswig-Holſtein anerkenne, ſobald er nur gewiſſe Bedingungen erfülle, die Dänemark 1852 eingegangen, insbeſondere die geplante „Geſammtverfaſſung“ für das Königreich und Schleswig aufhebe. Damit ſchien der damalige Leiter der preußiſchen Politik, Herr von Bismarck, nicht allein die Sache der Herzogthümer preiszugeben, ſondern auch auf die dem preußiſchen Staate abermals gebotene koſtbare Gelegenheit zur Erfüllung ſeiner deutſchen Miſſion, und alſo, wie man faſt gezwungen war zu glauben, auf dieſe Miſſion ſelbſt zu verzichten.

Heut, wo wir wiſſen, daß und wie auf dem von Bismarck betretenen Wege das allſeits erſehnte und erſtrebte Ziel, die gänzliche Losreißung der Herzogthümer von Dänemark, glücklich erreicht worden iſt — heut fällt es ſchwer, ſich in die damalige Situation und in die Lage Derer zu verſetzen, welche, obſchon grundſätzliche Anhänger des Gedankens der Führerſchaft Preußens, doch in dieſer Sache ſich gedrungen fühlten, gegen Preußen aufzutreten. Man darf aber nicht vergeſſen, daß die preußiſche Politik ſeit 1848, alſo volle 15 Jahre lang, keinerlei Zeichen von Muth und Entſchloſſenheit, dagegen viele — und namentlich gerade in der ſchleswig-holſteiniſchen Sache — von Schwäche und Nachgiebigkeit gegeben hatte; daß Bismarck ſelbſt ſeiner Zeit den Krieg, den Preußen 1848 und 1849 gegen Dänemark zu Gunſten der Herzogthümer

führte, einen „unglücklichen", die Politik, die Preußen in dieſen Krieg verflochten habe, eine „leichtfertige" genannt hatte. Man wußte nach Bismarcks eigenen bisherigen Kundgebungen nicht anders, als daß er ein grundſätzlicher Feind aller vom Volke ausgehenden Bewegungen ſei, und man hatte daher wohl Grund, anzunehmen, daß auch dieſe ſchleswig-holſteiniſche Bewegung ihm gerade darum verhaßt ſei und er ſich gerade darum von ihr abwende, weil ſie vom Volke ausgehe und von den parlamentariſchen Körperſchaften (voran das preußiſche Abgeordnetenhaus!) getragen werde. Nach Alledem war das Mißtrauen wohl begreiflich, womit ſelbſt die grundſätzlichen Freunde Preußens das Vorgehen des damaligen Leiters der preußiſchen Politik betrachteten.

Freilich hatte man zu einem ſolchen Mißtrauen auch den mittelſtaatlichen Staatsmännern gegenüber ebenſo viel, wo nicht noch mehr Grund. Allein, wie geſagt, das Intereſſe an der Rettung Schleswig-Holſteins vor der Verſchlingung durch Dänemark erſchien als ein ſo dringliches, beherrſchte ſo ſehr alle andern Intereſſen und drängte ſie in den Hintergrund, daß, wenn denn nun einmal — leider! — nur zwiſchen Mißtrauen hier und Mißtrauen dort die Wahl ſtand, man ſich immer doch lieber der Seite zuneigte, auf welcher jetzt der feſte Wille vorhanden zu ſein ſchien, für jenes Intereſſe einzutreten. Auch ſtanden auf dieſer Seite nicht blos ſolche Staatsmänner und Diplomaten, deren Vergangenheit wenig vertrauenerweckend war, ſondern auch ſolche, die volles Vertrauen verdienten, nicht blos die Beuſt und Pfordten, ſondern auch die Watzdorf und Seebach, die leitenden Miniſter Oldenburgs, Badens u. a. m.

Wie ernſtlich alle dieſe es mit der Sache meinten und wie entſchloſſen ſie waren, den Schleswig-Holſteinern, ſo weit ſie nur könnten, zu ihrem guten Rechte zu verhelfen, erſah ich ſowohl aus den Aeußerungen des Miniſters von Watzdorf, mit dem ich fortwährend in lebhaftem Briefwechſel ſtand, als aus gewiſſen officiellen Documenten, die zwiſchen Oldenburg und Baden gewechſelt wurden und von denen mir ein Freund in Oldenburg, ein alter Frankfurter College, vertrauliche Mittheilung machte. In einem Briefe vom 26. December 1863 ſprach Herr von Watzdorf die Befürchtung aus, der angekündigte Rücktritt des däniſchen Miniſters von Hall und die Einberufung des däniſchen Reichstag auf den 25. December möchten Anzeichen dafür ſein, daß man in Dänemark ſich entſchloſſen habe, die von Preußen und Oeſterreich geſtellten Bedingungen zu erfüllen, „um den beiden Großmächten den Rücktritt vom Londoner Protokoll zu erſchweren". „Und," ſetzte er hinzu: „ich fürchte noch mehr, dieſe werden eine ſolche Erſchwerung gern acceptiren." Dann fuhr er fort:

> Es bleibt alſo zunächſt das Ausharren der Mittel- und Kleinſtaaten und des Volkes übrig. Ich zweifle nicht an dem erſteren und auch nicht an einem glücklichen Erfolge, wenn nur die Bevölkerungen neben der Ausdauer auch Beſonnenheit bewahren. Daß letzteres nicht der Fall ſein könne, fürchte ich am meiſten; um ſo mehr freue ich mich, daß Sie dafür beſonders thätig ſind. Das Freiſchaarenweſen u. dgl. iſt baarer Unſinn und verdirbt das Ganze gründlich. Hoffentlich wird doch noch der geſunde Sinn der Deutſchen ſich bewähren.

Unterm 3. Januar 1864 ſchrieb mir Herr von Watzdorf wieder:

> Am 30. December von Abends 11 Uhr an bis zum 31. Mittags

war ich in Leipzig und hätte Ihnen gern meine Neujahrswünſche in Perſon gebracht. Aber meine Zeit war ſehr beſchränkt, und ich wußte nicht, wo Sie wohnen. Dies ſagen Sie mir doch gelegentlich! Meine dortige Anweſenheit galt einer Beſprechung mit dem Großherzog von Oldenburg, der wie wir von unſerer großen Nationalfrage ganz erfüllt iſt, wenn auch nicht in allen Punkten mit uns einverſtanden. Immerhin iſt es ſtets eine Freude, den guten, braven, redlichen Herrn zu ſehen und zu hören. Der Gang der ſchleswig-holſteiniſchen Sache iſt bis jetzt beſſer, als wir hoffen durften; nach der Dispoſition am Bnnde läßt ſich hoffen, daß dort die Majorität ſicher und feſt iſt. Sachſen gebührt dabei ein großes Verdienſt. Daß Herzog Friedrich nach Holſtein gegangen, kann ich nicht billigen; etwa Baden und Gotha ausgenommen, hat es, wie ich glaube, keines der wohlgeſinnten Gouvernements gebilligt. Nachdem er aber einmal dort, kann er freilich nicht wohl ausgewieſen werden. Herzog Friedrich, der mir übrigens ganz tüchtig erſchienen iſt, wenn auch ohne Erfahrung, ſcheint leider nicht immer glücklich berathen. Weniger noch die Reiſe nach Holſtein, als der beklagenswerthe Brief an Kaiſer Napoleon, möchte dies vermuthen laſſen.

Einen weiteren Brief vom 13. Januar ſchloß Herr von Watzdorf mit den Worten:

Unter allen Umſtänden wiederhole ich, was ich auch neulich unſeren Ständen ſagte: „Behalten Sie Muth, Beſonnenheit und Ausdauer! Dies vorausgeſetzt, gebe ich die Hoffnung auf endlichen Sieg nicht auf!“

Was mich während dieſer ganzen ſchleswig-holſteiniſchen Kriſis am meiſten beunruhigte, war die Erwägung, wie es werden ſollte, wenn (was freilich kaum denkbar war) den Mittel- und Kleinſtaaten wirklich gelänge, ohne Preußen — während letzteres beim Londoner Protokoll beharrte, alſo nichts für die Ablöſung der Herzogthümer von Dänemark thäte — dieſe Lebensfrage Deutſchlands im nationalen Intereſſe und entſprechend den ſo laut kundgegebenen

Wünſchen der Nation zu löſen? Wäre damit nicht der Gedanke an eine preußiſche Führerſchaft in Deutſchland für unabſehbar lange Zeit, wenn nicht für immer, von der Tagesordnung der öffentlichen Meinung geſtrichen? Freilich auch der an eine öſterreichiſche, da Oeſterreich hier mit Preußen Hand in Hand ging. Müßte man dann nicht nothgedrungen zu ganz neuen Combinationen greifen? Oder, wenn ſolche auftauchten, was könnten ſelbſt die wärmſten Freunde der preußiſchen Führerſchaft, wofern ſie zugleich Freunde Schleswig-Holſteins, wofern ſie gegen eine ſolche Verſtümmelung des deutſchen Staatskörpers, wie die Abtrennung dieſer Länder von Deutſchland, wären, was könnten ſie dagegen mit Grund einwenden?

Daß es an ſolchen Combinationen nicht fehlte, wurde mir bald bekannt. Aus beſter Quelle erfuhr ich, daß Herr von Beuſt die ſog. „Triasidee“ in's Auge gefaßt habe, d. h. den Gedanken der Bildung einer dritten Gruppe aus ſämmtlichen deutſchen Staaten außer Oeſterreich und Preußen; ich vernahm etwas ſpäter von Herrn von Watzdorf, daß Herr von der Pfordten mit ähnlichen Plänen umgehe (obſchon Herr von Watzdorf deren Gelingen bezweifelte); ich hörte, daß ſchon ganz ernſthaft erwogen werde, ob an Baiern oder an Sachſen die Führerſchaft dieſer „dritten Gruppe“, dieſes Klein-Klein-Deutſchlands, übertragen werden ſolle.

Wenn derartige Pläne feſteren Boden faßten, wenn an deren Verwirklichung ernſtlich Hand angelegt würde, und wenn nun an die Wortführer der ſchleswig-holſteiniſchen Bewegung die Frage erginge, ob ſie auf eine ſolche Combination eintreten wollten, da ja doch, falls es zu einem Kampfe für

Schleswig-Holstein ohne die Großmächte kommen sollte, der Rest der deutschen Bundesstaaten sich um so fester zusammenschaaren, sich möglichst einheitlich organisiren müßte — was sollten wir erwidern? Wenn wir den Zweck, die Befreiung der Herzogthümer, wollten, so mußten wir auch das Mittel, die Kräftigung und Organisation der Mittelstaaten, wollen! Aber damit war die Zukunft der Nation auf wer weiß wie lange hin einer politischen Gestaltung verpfändet, die deren wahren und bleibenden Bedürfnissen unmöglich Genüge thun konnte. Entweder also mußten wir in unserem Eifer für Schleswig-Holstein nachlassen, oder unser Programm der preußischen Führerschaft, wenn nicht völlig aufgeben, so doch auf unbestimmte Zeit vertagen. Die Großdeutschen ergriffen, als der Conflict zwischen der schleswig-holsteinischen Bewegung und der österreichischen Politik brennender ward, zum Theil wenigstens den Ausweg, sich von jener erstern loszusagen; Professor Wuttke trennte sich von unserem Comité und bekämpfte in ihren weiteren Fortschritten dieselbe Agitation, die er erst hatte schüren helfen.

Glücklicherweise, wurden die Freunde der preußischen Führerschaft ihrer Verlegenheit und Besorgniß dadurch enthoben, daß, während die Mittelstaaten allmälig in's Zögern und Schwanken geriethen, andererseits der von den beiden Großmächten eingeschlagene Weg eine ungehoffte Wendung nahm, indem die dänische Regierung (in allerdings kaum begreiflicher Verblendung) deren Forderung wegen Aufhebung der Gesammtverfassung zurückwies, den Krieg gegen sie begann und so ihnen die Lossagung vom Londoner Protokoll gleichsam selbst an die Hand gab.

Die ſiegreichen Thaten der preußiſchen Armee (insbeſondere der glänzende Uebergang nach Alſen), welche zeigten, was Preußen könne, ſobald es nur wolle, welche namentlich auch den Werth der inzwiſchen in's Werk geſetzten Heeresreform in's Licht ſtellten, gaben der öffentlichen Meinung wieder eine andere Richtung, und, während die nächſtdringliche Frage, die ſchleswig-holſteiniſche, ganz im Sinne der großen Mehrheit der Nation — weſentlich doch durch Preußens ſiegreiches Vorangehen — gelöſt wurde, blieb die allgemeine deutſche Frage, die Frage wegen der Zukunftsgeſtaltung Deutſchlands, offen.

Uebrigens wird man, trotzdem, daß der Erfolg für die Bismarck'ſche Politik entſchieden hat und daß man mit dieſem Erfolge ſehr zufrieden ſein kann, dennoch, um gerecht zu ſein, anerkennen müſſen, daß die damalige Bewegung im Volke eine natürliche, einem geſunden Inſtincte entſprungene war, daß auch die deutſchen Fürſten und Staatsmänner, welche ſich dieſer Bewegung aufrichtigen Sinnes anſchloſſen, durchaus dankenswerth handelten, wobei dahingeſtellt bleiben mag, ob alle Staatsmänner, die dies thaten, auch wirklich dabei „aufrichtigen Sinnes" waren. Ja, ich möchte ſogar glauben, daß das glückliche Reſultat, welches ſchließlich erzielt ward, die wirkliche, endgiltige Lostrennung der Herzogthümer von Dänemark, zu einem Theile doch auch jener Bewegung zu danken iſt. Ich meine ſo. Der Widerſtand, den das Vorgehen Bismarcks in Deutſchland und in Preußen ſelbſt fand (ward ihm doch vom Abgeordnetenhauſe das geforderte Geld zu einem Kriege mit Dänemark verweigert!), hat wahrſcheinlich dazu beigetragen, die däniſche Regierung in jener Halsſtarrigkeit

zu bestärken, welche allein der preußischen Regierung — nach dem von ihr eingenommenen Standpunkte des Festhaltens am Londoner Protokoll, sobald Dänemark seine Verpflichtungen erfülle — die rechtliche Möglichkeit bot, erst Krieg mit Dänemark zu beginnen und sodann sich vom Londoner Protokoll loszusagen. Für diesen letzteren Act wiederum war sicherlich der Vorgang nicht ohne Bedeutung, daß auf der Londoner Conferenz Herr von Beust Namens des deutschen Bundes und gewissermaßen Namens der deutschen Nation die Unverbindlichkeit des Londoner Protokolls entschieden betonte.

Wenn diese meine Auffassung der damaligen Sachlage richtig ist, so wäre die schleswig-holsteinische Frage 1863—64 direct zwar durch die Waffen und die Diplomatie der beiden Großmächte gelöst worden, doch aber nicht ohne eine indirect fördernde Mitwirkung der öffentlichen Meinung in Deutschland und der mittel- und kleinstaatlichen Politik. Wie dem aber auch sei, freuen wir uns, daß sie endgiltig und im besten Sinne gelöst, daß Schleswig-Holstein ganz und für immer deutsch geworden ist, und lassen wir alle gegenseitigen Ein- und Vorwürfe wegen der von dem einen und dem andern Theile damals ergriffenen Politik auf sich beruhen!

Vierzehntes Capitel.

„Die Repräsentativverfassungen mit Volkswahlen.“ — Verbot der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ in Preußen. — Meine Wiederanstellung als Professor in Leipzig (1864 und 1865).

So bunt, wie im obigen Titel, reihten sich auch in meinem Leben während der Jahre 1864 und 1865 Ereignisse der verschiedensten Art aneinander.

Zunächst erhielt ich im Jahre 1864 zu einer schriftstellerischen Arbeit eine Veranlassung von außen her, die — wie bisweilen Großes und Kleines in einander spielt — mit der Möglichkeit einer bedeutsamen Wendung in der europäischen Geschichte zusammenhing. Der als Verfasser mehrerer Schriften über Rußland bekannte Freiherr von Haxthausen hatte sich an die Firma F. A. Brockhaus wegen Herausgabe einer Schrift gewendet, zu deren Veranstaltung er seinerseits von der russischen Großfürstin Helene, deren Vertrauen er genoß, den Auftrag erhalten hatte. Die Großfürstin Helene, eine geborene Prinzessin von Württemberg, Gemahlin des Großfürsten Michael, eines jüngeren Bruders des Kaisers Nicolaus und Oheims des regierenden Kaisers Alexanders II., war eine Dame von hohem Geist, die sich für die politischen

Regungen der Zeit lebhaft intereſſirte. Sie ſtand in großem Anſehen bei ihrem kaiſerlichen Neffen. Es gingen damals geheimnißvolle Gerüchte von einer bevorſtehenden tiefgreifenden Veränderung in dem innern Staatsleben des großen ruſſiſchen Reichs. In der That war Kaiſer Alexander, wie Freiherr von Haxthauſen aus vertrauten Mittheilungen ſeiner hohen fürſtlichen Gönnerin wußte, mit Plänen einer Verfaſſung umgegangen, durch welche er Rußland den weſteuropäiſchen Culturſtaaten näher rücken wollte. Nachdem er das ungeheure Unternehmen der Aufhebung der Leibeigenſchaft mit einer ſtaunenswerthen Energie in Angriff genommen, auch allerhand politiſche Reformen (im Gemeindeweſen, in der Juſtiz u. ſ. w.) angebahnt hatte, ſchien er entſchloſſen, ſein Werk durch Einführung repräſentativer, conſtitutioneller Einrichtungen zu krönen.

Dieſem kühnen Wagniß wollte die geiſtreiche Großfürſtin dadurch gleichſam vorarbeiten, daß ſie die höheren Kreiſe der ruſſiſchen Geſellſchaft, insbeſondere das Beamtenthum, mit den in Weſteuropa bereits beſtehenden und in voller Wirkſamkeit begriffenen Einrichtungen dieſer Art bekannt machte. Zu dieſem Zwecke wünſchte ſie die Abfaſſung eines oder mehrerer Werke, welche in gemeinverſtändlicher, jenen Kreiſen leicht zugänglicher Sprache theils das Weſen der conſtitutionellen Einrichtungen, theils ihre praktiſchen Wirkungen ſchildern ſollten. Dies war der Auftrag, mit welchem ſie den Freiherrn von Haxthauſen betraut hatte. Ueber Zweck und Tragweite der ihm geſtellten Aufgabe hat ſich Letzterer ſelbſt in einem Vorwort zu dem von ihm veranlaßten Werke folgendermaßen ausgeſprochen, wobei er natürlich den Antheil

ſeiner hohen Auftraggeberin an dieſem Unternehmen verſchwieg.

Es ſcheint, daß in Rußland ſich die Meinung verbreitet, daß die bisherigen Formen der Regierung den in ſo mannigfacher Weiſe ſich entwickelnden neuen ſocialen Zuſtänden gegenüber nicht mehr genügen und ausreichen. Manche Zeichen deuten darauf hin, daß der Drang und die Strömung der Zeit auch das ruſſiſche Reich in andere und neue politiſche Bahnen hinüberführen könnte. Daß Verſuche in dieſer Richtung hin werden gemacht werden, erſcheint dem, der Rußland kennt, nicht unwahrſcheinlich: mit welchem Erfolge, iſt freilich nicht vorauszuſehen.

Seit langen Jahren habe ich mich mit dem Studium ruſſiſcher Zuſtände beſchäftigt. Ich habe eine große Zuneigung für Rußland, für den eigentlichen Kern des ruſſiſchen Volks; ich glaube, daß ihm eine große Aufgabe in der Weltgeſchichte geſtellt iſt, und wünſche daher lebhaft, daß die jetzige innere Kriſis erſprießliche Folgen für Rußland haben möge. Dies in's Auge faſſend, entſchloß ich mich daher, auch mein Scherflein dazu beizutragen, daß dieſe Kriſis einer weiſen, thatkräftigen, aber vorſichtigen Leitung nicht entbehre. Es ſchien mir vor allen Dingen nothwendig, daß den gebildeten Ruſſen, den Staats- und Geſchäftsmännern (nicht den ruſſiſchen Fachgelehrten), eine richtige und klare Einſicht über das Weſen und die Principien des conſtitutionellen Syſtems, ſeine Geſchichte und die Wirkungen bei deſſen Einführung, Fortbildung und Ausbildung vorgelegt und mitgetheilt werde. Hierzu bedurfte es nun eines Buchs (nicht eines eigentlich gelehrten Werks), worin dies leicht und faßlich, aber concis und wahrheitsgetreu dargeſtellt würde. Ein ſolches Buch müßte vor Allem die verſchiedenen Wahlſyſteme, als die reale Grundlage alles ſtaatlichen conſtitutionellen Lebens, und ihre politiſchen und ſocialen Wirkungen in den verſchiedenen Staaten und Ländern, ihre Abänderungen, Umwandlungen, Erſetzungen durch ein anderes Wahlſyſtem, namentlich infolge von Mißſtänden, die durch ſie erzeugt waren, enthalten. Es müßte gewiſſermaßen ein Leſebuch zum praktiſchen Gebrauch, zur praktiſchen Ausbildung und zugleich ein Spiegel ſein, worin man Gutes und Böſes, Erſprießliches und Gefährliches, was in den conſtitutionellen

Syſtemen und ihren Anwendungen ſich herausſtellt, erkennen könnte.

Ich ſelbſt fühlte mich einer ſolchen Aufgabe nicht gewachſen: ich entwarf demnach das hier weiter unten folgende Programm eines Buchs und trat mit mehreren deutſchen Fachgelehrten über die Bearbeitung in Unterhandlung. Das Reſultat liegt hier vor.

Durch Dr. Eduard Brockhaus auf mich aufmerkſam gemacht, trug Herr von Haxthauſen mir an, den erſten Theil des Werkes, eine „Geſchichte der Repräſentativverfaſſungen mit Volkswahlen, dargeſtellt im Zuſammenhange mit den politiſchen und ſocialen Zuſtänden der Völker", zu bearbeiten. Ein zweiter Theil ſollte dann „die politiſchen und ſocialen Wirkungen der verſchiedenen Wahlſyſteme in den einzelnen Staaten" ſchildern und kritiſiren. In die Bearbeitung dieſer Materie ſollten ſich mehrere deutſche Staatsrechtskundige theilen, damit dieſelbe von verſchiedenen Standpunkten aus beleuchtet würde. In der That gelang es Herrn von Haxthauſen, vier der namhafteſten Männer dieſes Fachs dafür zu gewinnen, die Profeſſoren Gneiſt in Berlin, Waitz in Göttingen, Held in Würzburg, Koſegarten in Graz. Das Ganze erſchien dann unter dem Titel: „Das conſtitutionelle Princip, ſeine geſchichtliche Entwickelung und ſeine Wechſelwirkungen mit den politiſchen und ſocialen Verhältniſſen der Staaten und Völker, herausgegeben von Auguſt Freiherrn von Haxthauſen."*)

Die mir zufallende Aufgabe hatte für mich ſchon an ſich etwas Verlockendes. Ich hatte mich mit der Verfaſſungsgeſchichte der verſchiedenen modernen Staaten viel

*) Leipzig, F. A. Brockhaus, 1864—65.

beſchäftigt; ihre Bearbeitung verſprach daher eine nicht allzu aufhaltliche und dabei angenehme Arbeit zu werden. Konnte ich zugleich dadurch zur Verbeſſerung der Zuſtände des großen ruſſiſchen Reiches, zu deren Annäherung an unſere weſteuropäiſchen Culturzuſtände ein Scherflein beitragen, um ſo beſſer!

Groß freilich waren meine Hoffnungen auf eine Conſtitutionaliſirung Rußlands nicht. Die Verhältniſſe dort, ſo weit ich dieſelben kannte, ſchienen mir dafür wenig vorbereitet und mußten meines Erachtens ſelbſt einem ſo klaren Geiſt und einem ſo feſten Willen, wie Kaiſer Alexander dieſes Beides beſaß, große Hinderniſſe entgegenſtellen. Indeß — vielleicht war er doch der Mann, um auch dieſer Hinderniſſe Herr zu werden.

Kaiſer Alexander war indeß (um dies ſogleich hier zu bemerken) durch den 1863 ausgebrochenen polniſchen Aufſtand in der Verfolgung ſeiner Verfaſſungspläne aufgehalten, durch die darauf folgenden Ausbrüche verbrecheriſcher Geſinnung in Rußland ſelbſt, zumal die, offenbar angeſtifteten, Brände in mehreren großen Städten, vollends bedenklich geworden. Und ſo kam es, daß der hochherzige Fürſt, ohne an ſein, jedenfalls ſehr wohlgemeintes Unternehmen wirklich Hand angelegt zu haben, dem furchtbaren Schickſal, das ihn bekanntlich traf, der Ermordung durch Sprengſtoffe, unterlag.

Uebrigens ſollte, nach der Abſicht der Großfürſtin, auf die ruſſiſchen Zuſtände in dem Buche keinerlei Bezug genommen, keinerlei directe Anwendung darauf von den anderwärts in Betreff der Verfaſſungen geſammelten Erfahrungen gemacht werden. Mir konnte dies nur lieb

ſein, denn um ſo zwangloſer und unbefangener konnte ich mich in meinen Ausführungen bewegen. Sonderbar war es, daß Herr von Haxthauſen durchaus darauf beſtand, auch die republikaniſchen Verfaſſungen Nordamerikas und der Schweiz in den Kreis der Beſprechung gezogen zu ſehen. Er ſchrieb mir darüber:

Hochverehrter Herr Profeſſor! Ich bitte Sie dringend, die Republiken Amerika, Schweiz ꝛc. nicht zu übergehen; ich habe ſie mit vielem Vorbedacht in's Programm aufgenommen. Ich halte den ſocialpolitiſchen Unterſchied zwiſchen moderner Republik und conſtitutioneller Monarchie für ſehr unbedeutend. Die Geſchichte lehrt ja, wie ſie überall eine in die andere übergehen; England war unter Cromwell Republik, ohne daß die ſociale Verfaſſung weſentlich umgewandelt wurde; die Verfaſſung von Nordamerika hat ſich unter der großbritanniſchen Monarchie ausgebildet und hat ſich als Republik wenig umgewandelt: Frankreich hat die verſchiedenſten Phaſen durchgemacht: conſtitutionelle Monarchie, Republik, Imperialismus ꝛc. ꝛc. Das Buch ſoll gar nicht den Charakter haben, als ob es lediglich die conſtitutionelle Monarchie in's Auge faſſe; es ſtellt vorzugsweiſe die Wahlſyſteme und ihre ſocialpolitiſchen Folgen dar, ob in Monarchien oder in Republiken, iſt ganz gleich.

Um zu zeigen, wie ich meinerſeits meine Aufgabe erfaßte, ſei mir geſtattet, aus der „Einleitung" meines Buches ein paar Stellen herzuſetzen. Ich ſagte dort:

Jedes politiſche Syſtem, welches von Dauer ſein und nützlich wirken ſoll, muß im Einklange ſtehen mit dem Charakter der Zeit und des Volks, für welches es berechnet iſt. Einrichtungen, welche für eine vorgeſchrittene Culturperiode eine Wohlthat, vielleicht ein nicht länger zu verſchiebendes Bedürfniß ſind, würden, auf einer niedern Entwickelungsſtufe deſſelben Volks eingeführt, möglicherweiſe mehr Schaden als Nutzen geſtiftet, jedenfalls den damit beabſichtigten Zweck nicht erreicht haben.

Die beſten Herrſcher haben bisweilen darin gefehlt, daß ſie

in edelſter Abſicht, aber ohne genügende Beachtung der Natur der Menſchen und der Dinge Geſetze oder Verfaſſungsformen, die ſie anderwärts einen gedeihlichen Einfluß üben ſahen, ohne Weiteres auf die eigenen Staaten übertrugen, ohne zu bedenken, daß nicht die gleichen Vorausſetzungen der Landesart, des Nationalcharakters, der Sitten und des geſchichtlichen Herkommens hier wie dort wirkſam waren, und eben ſo haben oftmals ganze Völker ihr Heil von der Einführung von Einrichtungen vergebens erwartet, welche bei ihren Nachbarn ſich in voller Lebensfähigkeit entwickelt hatten, bei ihnen ſelbſt aber, wegen der abweichenden Grundlagen des geſammten Staats- und Geſellſchaftslebens, nicht gedeihen wollten.

Auf der andern Seite giebt es allerdings gewiſſe gemeinſame Ziel- oder Richtpunkte alles politiſchen Lebens, nach denen hin früher oder ſpäter jedes Volk im Verlaufe ſeines Culturfortſchrittes nothwendigerweiſe hingelenkt wird oder ſich ſelbſt hinlenkt. Und zwar deswegen, weil dieſe Zielpunkte eben ſo wohl einem allgemeinen und natürlichen Triebe des menſchlichen Weſens, als den nothwendigen und unabweisbaren Bedürfniſſen eines ſtärker entwickelten und vielſeitiger verzweigten Culturlebens entſprechen.

Unter dieſem doppelten Geſichtspunkte muß man auch das Repräſentativſyſtem betrachten, d. h. das Syſtem, wonach das Volk, vermittels einer ineinandergreifenden Kette von Einrichtungen, einen geſetzlich geordneten Antheil an der Regelung der öffentlichen Angelegenheiten hat. Kein Volk kann dieſes Syſtem entbehren, ſobald es einen gewiſſen Grad des Wohlſtandes, der Bildung, der materiellen und geiſtigen Entwickelung erreicht hat, ja ſchon, wenn es einem ſolchen zuſtrebt; aber es würde verkehrt ſein, daſſelbe jedem Volke, ohne Anſehen ſeiner Culturſtufe, zutheilen oder es überall unter den gleichen Formen einführen zu wollen. Es iſt die Sache einer weiſen und umſichtigen Politik, für das Inslebentreten dieſes Syſtems ſowohl die rechte Zeit — weder zu früh noch zu ſpät — als das rechte Maß — weder zu viel noch zu wenig — unter ſorgſamer Berückſichtigung aller Umſtände auszuwählen. Das Zuviel ſchadet, weil es dem Volke einen Gebrauch der Freiheit zumuthet, für den daſſelbe noch nicht vorbereitet und reif iſt; das Zuwenig, weil dann vorhandene und ſchon entwickelte Kräfte, von einer geſetzlichen Thätig-

keit ausgeſchloſſen, leicht in ungeregelte Bahnen geworfen, zur Unzufriedenheit und Ungeduld fortgeriſſen werden. 'Und ganz das Gleiche iſt der Fall mit dem Zufrüh und dem Zuſpät.

Die Schrift ward — ebenfalls im Auftrage und auf Koſten der Frau Großfürſtin — von einem jungen Franzoſen in Leipzig (unter meiner Controle betreffs richtiger Wiedergabe des deutſchen Textes) in's Franzöſiſche übertragen. Sie ſollte, wie Herr von Haxthauſen ſich ausdrückte, möglichſt viel ſowohl auf den Arbeitstiſchen hoher Beamten als in den Salons der vornehmen Geſellſchaft gefunden werden.

Zu einer zweiten auf ruſſiſche Verhältniſſe bezüglichen Arbeit ward ich von derſelben hohen Stelle aus veranlaßt. Der Geheime Rath Dr. Wächter in Leipzig, gleichfalls ein Vertrauensmann der Großfürſtin Helene (von ihrer gemeinſamen württembergiſchen Heimath her), ging mich in deren Namen um ein publiciſtiſches Gutachten über den Entwurf eines Preßgeſetzes für Rußland an. Auf meine Zuſage antwortete er:

Geehrter Herr und Freund! Meinen verbindlichſten Dank für die mir in Ausſicht geſtellte Arbeit! Ich ſehe der letzteren mit großem Intereſſe entgegen, denn Ihr Urtheil über den Entwurf iſt mir von beſonderem Werthe und wird es auch bei der Stelle ſein, von welcher aus der Entwurf kam.

Nach Einſendung des Gutachtens ſchrieb mir Wächter:

Geehrter Herr und Freund! Man iſt Ihnen für Ihre Arbeit über den ruſſiſchen Entwurf ſehr zu Dank verbunden. Wegen der Ueberſetzung des Gutachtens in's Franzöſiſche wird Herr von Haxthauſen bei der Frau Großfürſtin anfragen.

An ein für Rußland beſtimmtes Preßgeſetz war natürlich der Maßſtab unſerer weſteuropäiſchen Preßgeſetze nicht anzulegen. Der mir mitgetheilte Entwurf

erſchien mir — im Hinblick auf den Bildungsſtand der Maſſe des ruſſiſchen Volkes — ziemlich liberal. Ihn noch liberaler geſtalten zu wollen, wäre jedenfalls „verlor'ne Liebesmüh'" geweſen. So glaubte ich der Sache am meiſten zu nützen, wenn ich in meinen gutachtlichen Bemerkungen vorzugsweiſe ſolche Punkte hervorhöbe, in denen nach meiner Anſicht und nach den bei uns gemachten Erfahrungen die wohlmeinenden Abſichten des Geſetzgebers am leichteſten entweder durch das Ungeſchick oder durch die politiſche Beſchränktheit ausführender Werkzeuge vereitelt werden, und wenn ich Vorſchläge machte, wie dem vorzubeugen ſei. Inwieweit meine Bemerkungen irgend welchen Erfolg gehabt haben, das zu controliren, fehlte es mir theils an Gelegenheit, theils auch — bei den ſich eben damals drängenden wichtigen Ereigniſſen im eigenen Vaterlande — an Zeit und Aufmerkſamkeit. Von einem deutſchen Publiciſten, der längere Zeit in Petersburg gelebt, hörte ich ſpäter, daß die Wirkungen jenes, unterm 6./18. April 1865 publicirten Preßgeſetzes in mancher Beziehung günſtige geweſen ſeien, freilich aber faſt nur für die Preſſe der beiden großen Hauptſtädte Petersburg und Moskau (wo z. B. den Redacteuren der beſtehenden Zeitungen freigeſtellt ward, ob ſie ſich noch fernerhin der Cenſur unterſtellen oder auf ihre Gefahr hin den Strafbeſtimmungen für Preßvergehen ausſetzen wollten), während die Provinzialpreſſe, insbeſondere die deutſche Preſſe der Oſtſeeprovinzen, nach wie vor unter hartem Drucke ſeufze.

Während ich aber von ſo hoher Stelle aus nicht ungeeignet befunden ward, ſogar in ruſſiſche Zuſtände belehrend und begutachtend einzugreifen, geſchah das Uner-

wartete, daß die von mir redigirte „Deutſche Allgemeine Zeitung" in Preußen verboten ward. Dort hatte ſich der Gegenſatz zwiſchen der liberalen öffentlichen Meinung und dem Vorgehen der Regierung in den Jahren 1863 und 1864 bis auf's Aeußerſte zugeſpitzt. Ich meinerſeits hatte ſowohl in dem „Verfaſſungsconflict", als auch in der ſchleswig-holſteiniſchen Angelegenheit mich, wie ich meiner Ueberzeugung nach (bei den damals allein vorliegenden Momenten der Beurtheilung) nicht anders konnte, auf die Seite jener erſteren geſtellt. Die „Deutſche Allgemeine Zeitung" hatte damals in Berlin einen Correſpondenten, der, obſchon nichts weniger als radical, vielmehr ein „Altliberaler", doch mit einer durch die Angriffe auf die Rechte, ſpeciell das Budgetrecht der Volksvertretung tief verletzten Empfindung und darum allerdings bisweilen in etwas wärmerem Tone über das „budgetloſe Regiment" und Aehnliches ſich ausließ. Geſchah doch das Gleiche damals von vielen ſehr ruhigen und gemäßigten Leuten, die heute hohe Vertrauensſtellungen in Preußen einnehmen, geſchah es doch ſelbſt von einem ſo entſchieden conſervativen Manne wie Herr von Vincke! Genug aber, dieſe Correſpondenzen ſchienen ganz beſonders übel vermerkt worden zu ſein. Sie waren, wie uns geſagt ward, auf Eingebungen eines Vorgängers Bismarcks (gewiß ohne allen Grund) zurückgeführt und dahin gedeutet worden, als arbeite man auf einen Sturz des Letzteren hin.

Die „Deutſche Allgemeine Zeitung" hatte bald nach meiner Uebernahme der Redaction, weſentlich mit unter dem Einfluß der „lebendigeren Zeit", welche die ſchleswig-holſteiniſche Angelegenheit und der Krieg mit Dänemark

herbeiführten, einen ſehr erfreulichen Aufſchwung genommen. Ihr hauptſächlichſtes Abſatzgebiet war zwar nicht Preußen; immerhin jedoch erſchien ein Verbot des Blattes in dieſem Staate als ein empfindlicher Schlag für daſſelbe.

Ein ſolches Verbot durch meine Redactionsführung wirklich verſchuldet zu haben, war ich mir nicht bewußt. Zu meiner Freude ſahen auch meine Herren Verleger die Sache nicht ſo an. Eine noch größere Beruhigung gewährte mir ein Brief des Miniſters von Watzdorf. Ich hatte dieſen ſogleich von dem Geſchehenen unterrichtet und ihn um ſein offenes Urtheil darüber gebeten, ob er in meiner Zeitung etwas gefunden habe, was ein ſolches Verbot rechtfertige. Darauf antwortete er mir:

Ihr gefälliges Schreiben vom 8. December 1864, verehrter Herr Profeſſor, nimmt mit vollem Rechte an, daß mich das Verbot der „Deutſchen Allgemeinen Zeitung“ in Preußen ebenſo überraſcht, als mit Bedauern erfüllt hat. Das Letztere nicht allein wegen der Verbreitung Ihres Blattes, welches dadurch ein weites Feld des Wirkens verliert, ſondern auch wegen der beklagenswerthen Tendenz, welche ſich in dieſem Verbote ausſpricht. Das Erſtere aber, die Ueberraſchung, mag Ihnen ſagen, mein lieber Biedermann, daß ich weit davon entfernt bin, die Redaction irgend einer nur irgendwie begründeten Veranlaſſung zu dieſem Verbote zu beſchuldigen. Ich leſe Ihre Zeitung ſo regelmäßig, wie ich überhaupt Zeitungen leſen kann, wüßte aber, ſelbſt wenn ich mich auf den Standpunkt des dermaligen preußiſchen Regierungsſyſtems ſtelle, nichts, was mich einen ſolchen Vorgang hätte fürchten laſſen. Ich kann auch jetzt noch keine andere Erklärung dafür finden, als die Parteitendenz. Dieſer iſt jede ihr nicht genehme Richtung, auch wenn ſie im Ganzen ſo, wie Ihr Blatt, die Intereſſen des Staates conſequent vertritt, gefährlich, und darum verfolgt ſie dieſelbe mit allen möglichen Mitteln. Nimmt man dieſen Standpunkt als richtig an, dann erklärt es ſich leicht, wenn ein Blatt

verboten wird, welches mit Consequenz das liberale Princip vertritt, und es bedarf kaum eines scheinbaren Grundes, um die gänzliche Beseitigung zu verfügen, sobald nur das Blatt seiner Bedeutung nach überhaupt Aufmerksamkeit verdient. Es freut mich sehr, von Ihnen zu hören, daß die materiellen Wirkungen des Verbotes nicht von solcher Bedeutung sind, wie man etwa glauben möchte. Ich hoffe um so mehr, daß das geschätzte Blatt auch diese Krisis überstehen wird, ohne sich untreu zu werden. In unseren Tagen sind solche Blätter von besonderem Werth, da ja leider auf beiden Seiten die bloßen Parteistimmen in bedauerlicher Weise laut werden. Die Zeit, wo man diesen Werth auch in Preußen erkennt, wird auch kommen.

In einer von den Herren Verlegern mit mir gehaltenen Besprechung ward beschlossen, zwar Schritte zu thun, um womöglich eine Wiederzulassung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" zu erwirken, jedoch ohne dafür irgend ein Zugeständniß zu machen, welches die Unabhängigkeit des Blattes und das strenge Festhalten desselben an seiner bisherigen Richtung beeinträchtigen könnte. Herr Dr. Eduard Brockhaus begab sich zu diesem Zwecke nach Berlin. Schon sehr bald konnte er über den Erfolg seiner Mission mir folgende erfreuliche Mittheilung machen:

Ich glaube bestimmt, daß die Wiederaufhebung des Verbots bereits in den nächsten Tagen erfolgt, und zwar ohne alle Bedingungen, außer daß man „wünscht", wir möchten doch einen officiösen Correspondenten annehmen, dessen Mittheilungen wir aber ganz nach unserem Belieben benutzen oder auch nur zu unserer Information entgegennehmen könnten.

Man hatte doch wohl in Berlin erkannt, daß man zu weit gegangen sei. Dem geäußerten „Wunsche" stattzugeben, fand ich unbedenklich. Von der Freiheit, die Mittheilungen aus dem Preßbureau je nach Belieben zu

benutzen oder nicht zu benutzen, machte ich den weitesten Gebrauch; außerdem ließ ich unsere Leser nicht im Zweifel darüber, daß unter dem Zeichen ** Berlin sich ein officiöser Correspondent verberge, so daß sie wußten, woran sie damit waren, und endlich sorgte ich auch noch, so oft es mir nöthig schien, durch besondere Redactionsbemerkungen dafür, unseren eigenen Standpunkt, wenn er von dem des Correspondenten abwich, ausdrücklich zu wahren.

Daß die „Deutsche Allgemeine Zeitung" sich weder durch das Verbot noch durch dessen Wiederaufhebung in der entschiedenen, wenn auch allezeit maßvollen, Bekämpfung jeder mit ihrem Standpunkte unvereinbaren Maßregel der preußischen Regierung hat irre machen lassen, ergeben sogleich die nächstfolgenden Capitel. Auch wüßte ich nicht, daß jemals von irgend welcher Seite der Verdacht geäußert worden wäre, wir hätten unsern Curs auch nur im Geringsten geändert. Der Wunsch Watzdorfs, „die Deutsche Allgemeine Zeitung möchte diese Krisis überstehen, ohne sich untreu zu werden", ist vollständig in Erfüllung gegangen!

In meinen persönlichen Verhältnissen ging um eben diese Zeit, im Anfange des Jahres 1865, eine bedeutsame Veränderung vor.

Seit meiner Rückübersiedelung nach Leipzig hatte ich wohl bisweilen daran gedacht, ob es vielleicht dahin kommen könnte, daß ich auch in meine frühere Stellung an der Universität wieder einträte; doch hatte ich nicht gewagt, diesem Gedanken ernstlich nachzuhängen, denn noch immer war Herr von Falkenstein, der 1854 mich entsetzt hatte, Cultusminister.

Indeß wurden Wünſche ſolcher Art immer von Neuem in mir angeregt und gleichſam ermuthigt durch das liebenswürdige Entgegenkommen meiner ehemaligen Herren Collegen an der Univerſität, die mich z. B. ohne Weiteres, als wäre nichts geſchehen, wieder als Mitglied des Profeſſorenvereins aufnahmen. Ja, einzelne derſelben (und zwar gerade ſolche, die politiſch auf einem ganz andern Standpunkte ſtanden, als ich, z. B. der verſtorbene Klotz) redeten mir, ſo oft wir uns trafen, von meiner Wiederanſtellung wie von etwas, das gar nicht ſo unmöglich ſei, und ermunterten mich, Schritte dafür zu thun. Bevor ich mich dazu entſchloß, holte ich den Rath meines vieljährigen aufrichtigen Gönners, des Miniſters von Watzdorf, ein: einen beſſeren Rathgeber in dieſer Sache glaubte ich nicht finden zu können. Watzdorf antwortete mir faſt umgehend:

Verehrter Herr Profeſſor!

Was Sie mir über die Ausſicht zur Rückkehr in die akademiſche Laufbahn ſagen, erfreut mich ſehr. Ich wünſche Ihnen dieſe Rückkehr von ganzem Herzen und hoffe, daß Sie zu derſelben gelangen. Geſchieht dies, dann ſcheint mir Ihre Stellung, ganz abgeſehen von den äußeren Rückſichten, die ich nicht vollſtändig überſehe, aber nach ihrem inneren Werthe, ganz befriedigend. Fragt ſich nun, was Sie zur Realiſirung dieſes Wunſches thun ſollen, ſo verſteht ſich das von ſelbſt, daß ich es nur billigen kann, ja für nothwendig halte, daß Sie einen Schritt bei der Facultät thun. Ob auch direct, ohne Zwiſchenträger, beim Miniſterium, das ſteht auf einem andern Blatt. Ich wollte Ihnen ſofort nach Empfang Ihres Briefes „Nein!“ ſagen. Allein ich fühlte, daß dies mehr eine Eingebung des Gefühls, als der ruhigen Erwägung war, und legte deshalb die Feder auf zwölf Stunden aus der Hand. Jetzt iſt mein „Nein“ zwar auch noch

da, allein doch mit Modificationen. Ich kenne den Fall Ihrer Entlaſſung in ſeinen Einzelheiten nicht mehr genau genug, um mit vollſter Ueberzeugung ſagen zu können, man habe Ihnen Unrecht gethan. So weit ich mich des Falles erinnere, ſage ich das: weſentlich hat mir aber für dieſe Ueberzeugung immer der Grund als Maßſtab gedient, daß man, wie ich aus beſter Quelle weiß, damals ſelbſt in Dresden — in jener Zeit der finſterſten Reaction — die Meinung hatte: es ſei Ihnen Unrecht geſchehen. Sind Sie ſelbſt, wie ich glaube, bei nochmaliger ernſter Prüfung dieſer Meinung noch jetzt, dann ſage ich Ihnen: ich würde an Ihrer Stelle nicht bitten, wo es ſich um ein Recht handelt und die Veranlaſſung, dies zu üben, in officieller Weiſe durch den Facultätsbericht gegeben iſt. Ich gebe anheim, ſelbſt zu prüfen, ob dieſe meine Anſicht nicht das Erzeugniß eines gewiſſen nicht zu rechtfertigenden Stolzes oder auch Trotzes iſt. Mir ſcheint es nicht ſo.

Die Frage hat aber auch noch eine andere Seite, und dieſe iſt die wichtigere. Daß Herr von Falkenſtein, wenn er auf Ihr directes Erſuchen die Rehabilitation ausſpricht, Sie zu verbinden glaubt, iſt mir kaum zweifelhaft, eben ſo wenig, daß er es Ihnen ſehr verargen würde, wenn Sie Ihre publiciſtiſche Meinung vorkommenden Falles gegen ihn oder die königliche Regierung richten würden. Das möchte ſein. Aber würden Sie ſelbſt ſich ganz frei fühlen? Ich urtheile hier wieder nach mir und ſage: „Nein!“ Mißverſtehen Sie mich nicht! Wer mich durch irgend etwas weſentlich verbindet, wird mich damit keineswegs ſo gewinnen, daß ich Anſtand nähme, das Rechte gegen ihn zu vertreten. Aber im publiciſtiſchen Leben eine Oppoſition führen, bei welcher man ja öfters gegen die eigene Anſicht Zweifel hegen muß, iſt etwas Anderes. Hier kann ich mir denken, daß man ſich gehemmt fühlt. Ich ſpreche, wie geſagt, nur meine individuelle Empfindung aus und kann Ihnen nur anheimgeben, dieſe von Ihrem Standpunkte aus zu prüfen.

Ich hatte flüchtig den Gedanken, ob ich nicht an Herrn von Beuſt oder auch an Herrn von Falkenſtein ſelbſt ſchreiben ſollte; ich habe ihn aber aufgegeben. Man kennt meine Anſichten

in Dresden ſehr genau; eine Verwendung von meiner Seite könnte leicht eher ſchaden, als nützen. Welchen Weg Sie auch einſchlagen mögen, aufrichtig wünſche ich, daß er zum Ziele führe.

Der Rath, den Herr von Watzdorf mir gab, ſtimmte durchaus mit meiner eigenen Anſicht und Empfindung überein. So beſchloß ich denn, danach zu handeln. Ich richtete ein Schreiben an die philoſophiſche Facultät, worin ich, unter dankbarer Bezugnahme darauf, daß damals, als es ſich um meine Entlaſſung gehandelt, die Facultät für mich eingetreten ſei, dieſelbe bat, jetzt, wo ja wohl auch höheren Orts die Anſchauungen in mancher Hinſicht andere geworden ſeien, beim Miniſterium für meine Wiederanſtellung ſich zu verwenden. Decan der Facultät war Drobiſch. Mit ihm, der mir von jeher freundlich geſinnt geweſen, konnte ich die Angelegenheit in der vertraulichſten Weiſe beſprechen. Er verſprach mir ſein gewichtiges Fürwort bei der Facultät. Die letztere nahm denn auch mein Geſuch wohlwollend auf und that den Schritt, um den ich ſie gebeten. Das Miniſterium ging auf die Verwendung der Facultät ein und verfügte meine Wiederanſtellung als außerordentlicher Profeſſor mit dem früheren Gehalt, und ſo konnte ich ſchon zu Oſtern 1865 meine akademiſche Thätigkeit — nach einer Unterbrechung von nahezu zwölf Jahren (ſeit meiner Suspenſion im Herbſt 1853) — mit friſchem Muth von Neuem beginnen!

Von Herrn von Watzdorf, dem ich die erfolgte günſtige Entſcheidung ſofort gemeldet, erhielt ich folgende liebenswürdige Antwort:

Inmitten verſchiedenartiger Störungen will ich doch nicht

unterlaſſen, Ihnen, verehrter Herr Profeſſor, meinen Dank für Ihren Brief vom 1. d. Mts. und meine herzliche Freude darüber auszuſprechen, daß Ihnen volles Recht geworden. Nach Kämpfen mancherlei Art thut ſolches Ergebniß wohl — für die Perſon und als ein Sieg des Princips! Daß dieſer Sieg auch der „Deutſchen Allgemeinen Zeitung“ in Preußen in Ausſicht ſteht, höre ich mit wahrer Freude. Das Recht kommt ſchließlich doch überall zur Geltung.

Fünfzehntes Capitel.

Die innere Krisis Deutschlands im Jahre 1865.

So entschieden ich dafür gewesen war, daß das Selbstbestimmungsrecht der Schleswig-Holsteiner, begründet und bekräftigt durch den Vertrag von 1460, nicht dem Gewaltstreich von 1852 aufgeopfert werde, so wenig konnte ich doch Denen beipflichten, welche dieses Recht auch da auf die Spitze treiben wollten, wo es sich um die Einordnung der, durch die preußisch-österreichischen Siege glücklich für Deutschland gewonnenen, Herzogthümer in den deutschen Staatskörper selbst, wo es sich also zugleich um ein Gesammtinteresse der deutschen Nation handelte. Daß letzteres eine solche Stellung Schleswig-Holsteins fordere, welche die Verwendung der reichen Mittel dieser Länder in strategischer, maritimer, commercieller Beziehung zum Besten Gesammtdeutschlands sichere, das schien mir zweifellos, ebenso zweifellos aber, daß dies nur dann der Fall sei, wenn Schleswig-Holstein der deutschen Nordmacht Preußen angegliedert werde, wenn Preußen, als Großadmiral Deutschlands in der Nord- und Ostsee, die volle Verfügung

über den unvergleichlichen Kriegshafen Kiel und über die seetüchtige Bevölkerung der Herzogthümer erhalte, wenn die schleswig-holsteinische Landmacht, wenn die Festung Rendsburg dem preußischen Militärverband eingeordnet werde, wenn endlich die Herzogthümer in Bezug auf ihr Zoll-, Post-, Telegraphenwesen ein organischer Theil jenes großen Handelsbundes würden, an dessen Spitze Preußen stand, des deutschen Zollvereins.

Die sogenannten „Februarforderungen", welche die preußische Regierung dem Prinzen Friedrich von Augustenburg als Bedingung seiner Erhebung auf den Thron von Schleswig-Holstein stellte, erschienen mir daher als vollkommen gerechtfertigt, ja nothwendig. Die Herstellung eines solchen Verhältnisses hielt ich auch um deswillen für sehr ersprießlich, weil dadurch, meiner Meinung nach, zugleich der Anfang und gewissermaßen das Vorbild zu einer bundesstaatlichen Einigung auch der andern kleineren deutschen Staaten mit Preußen gegeben sein würde. Eine förmliche Einverleibung der beiden Länder in Preußen (Annexion) schien mir dagegen im gesammtdeutschen Interesse weder erforderlich, noch selbst — aus dem vorangegebenen Grunde — wünschenswerth.

Diesen Standpunkt habe ich damals in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" nach beiden Seiten hin beharrlich vertreten. Ich gerieth darüber in einen ziemlich heftigen Streit mit Herrn von Treitschke, der in seinen „Preußischen Jahrbüchern" den Gedanken der Annexion mit großer Lebhaftigkeit verfocht.

Im Herbst 1865 ward mehrseitig die Berufung eines deutschen Abgeordnetentages nach Frankfurt a. M. und

ein von dieſem abzugebendes Votum in Sachen Schleswig-Holſteins angeregt. Gleichzeitig mit ihm ſollte der Ausſchuß des Deutſchen Nationalvereins und der Centralausſchuß der „Schleswig-Holſtein-Comités“ (der ſogenannte „Sechsunddreißiger-Ausſchuß“) tagen. Ich war anfangs der Anſicht, daß dieſer Abgeordnetentag möglichſt zahlreich beſucht werden ſollte; was die von ihm einzunehmende Stellung beträfe, ſo meinte ich, daß das Intereſſe der Nation an einem engen (bundesſtaatlichen) Anſchluß Schleswig-Holſteins an Preußen in erſte Linie geſtellt, die Bevölkerung der Herzogthümer aber aufgefordert werden müſſe, dieſem Intereſſe ihr „Selbſtbeſtimmungsrecht“ unterzuordnen und anzupaſſen. In dieſem Sinne formulirte ich eine Reſolution und ſuchte für dieſelbe eine Unterſtützung theils bei den ſächſiſchen Abgeordneten, theils anderwärts zu gewinnen. Erſteres gelang mir, und mehrere davon (wie Bering, Roſe, Burck) waren geneigt, den Abgeordnetentag zu beſuchen und dort in der von uns vereinbarten Richtung zu wirken.

Dagegen begegnete ich auswärts großer Meinungsverſchiedenheit ſowohl betreffs der Frage, ob überhaupt eine ſolche Verſammlung jetzt zeitgemäß ſei, als betreffs der eventuell von ihr einzunehmenden Haltung. Im Allgemeinen waren die Süddeutſchen für Abhaltung eines Abgeordnetentages, allein ſie wollten denſelben dazu benutzen, nicht blos um den preußiſchen Annexionsbeſtrebungen entſchieden entgegenzutreten, ſondern um das „Selbſtbeſtimmungsrecht“ des ſchleswig-holſteiniſchen Volkes in äußerſter Strenge zu wahren. Selbſt der beſonnene, durch und durch national geſinnte Brater hatte ſich von dieſer Strömung

mit fortreißen laſſen. Andererſeits zeigten ſich die Preußen angeſichts jener Stimmung der Süddeutſchen wenig geneigt, überhaupt zum Abgeordnetentage zu kommen. Zwiſchen Beiden ſtand eine dritte Gruppe, meiſt aus den kleineren norddeutſchen Staaten, welche einen möglichſt zahlreichen Beſuch des Abgeordnetentages zu dem Zwecke wünſchte, damit die einſeitige Richtung der Süddeutſchen wirkſam bekämpft und einem vermittelnden Vorſchlag zum Siege verholfen werde.

Das Nähere über dieſe Gegenſätze, welche damals die öffentliche Meinung in Deutſchland ſpalteten, ergeben die nachfolgenden Auszüge aus der von mir nach den verſchiedenſten Seiten hin geführten Correſpondenz.

Ein alter Frankfurter College und Parteigenoſſe vom „Augsburger Hof", Marquard Barth aus Kaufbeuren, (unlängſt auch verſtorben) ſchrieb mir:

Ihre geehrte Zuſchrift vom 12. September kann ich erſt heut beantworten, Ihnen aber auch heute wenig Verläſſiges ſchreiben. Ich habe zwar inzwiſchen mit einigen baieriſchen Abgeordneten, wie Völk und Fiſcher, geſprochen, die ſich nicht abgeneigt zeigten, ſo weit mitzugehen, als Sie vorſchlagen daß man überhaupt gehen ſolle; eine Vorverſammlung der Mitglieder der baieriſchen Fortſchrittspartei findet aber erſt am 29. September in Nürnberg ſtatt, und, ſo viel ich aus den Erlanger Berichten über den dortigen Schleswig-Holſtein-Verein (dem Brater und Hofmann angehören) entnehme, iſt man dort zwar der Anſicht, daß die Schleswig-Holſteiner im deutſchen Intereſſe Preußen Conceſſionen zu machen haben, glaubt aber, daß man dieſes ihnen ſelbſt überlaſſen müſſe und in Frankfurt keinen darauf bezüglichen Beſchluß faſſen, ſondern nur das „Selbſtbeſtimmungsrecht" der Herzogthümer betonen dürfe. Im großen Publikum geht man wieder mit Parlamentsgelüſten ſchwanger und will durch allerlei Reſolutionen in Volksverſammlungen die Abgeordneten, die nach

Frankfurt gehen, nöthigen, dort die deutſche Frage mit der ſchleswig-holſteiniſchen zu verbinden. Meines Erachtens hätte man den Abgeordnetentag gar nicht berufen dürfen: nachdem dieſes aber einmal geſchehen iſt, wird die ganze Aufgabe, die wir dort zu löſen haben, nur darin beſtehen, daß wir, einmal hingekommen, ſehen, wie wir mit Anſtand von Frankfurt wieder fortkommen. Ich fürchte einen großen Zwieſpalt der Meinungen und erwarte auf keinen Fall irgend einen Erfolg, als höchſtens einen ſchlimmen, den nämlich, daß wir der Reaction wieder Nahrung geben. Dabei wird zugleich ein Mittel abgenutzt, das uns, zu rechter Zeit angewendet, ſpäter von großer Bedeutung hätte werden können. Indeſſen, das iſt nun einmal nicht zu ändern. In der Sache ſelbſt bewundere ich die Kindlichkeit unſeres Volkes, welches durch Alles, was ſeit März 1848 geſchehen, nicht gelernt hat, daß ein Parlament ohne Centralgewalt nicht beſtehen kann, und welches nichts Beſſeres zu thun weiß, als ſich in ſo nutzloſen Umtrieben zu ergehen. So wenig ich die Art rechtfertigen will, wie Preußen gegen die Elbherzogthümer verfährt (zumal dieſelbe ſchließlich zu nichts führen kann, weil die fremden Mächte die Annexion doch nicht zugeben werden), ſo wenig begreife ich andererſeits die Legitimitätsſchwärmerei der Schleswig-Holſteiner, und meine, wenn ſie klug wären, würden ſie ſelbſt den Anſchluß ſuchen. Jedenfalls halte ich es für die Pflicht der ruhigen Denker, in Frankfurt vereinigt den Schwindlern die Stange zu halten und dafür zu ſorgen, daß die richtige Anſicht den gehörigen Ausdruck in der Debatte finde. Auf eine Majorität werden ſie wohl verzichten müſſen.

In eben dieſem mehr vermittelnden Sinne äußerte ſich Metz von Darmſtadt. Er ſchrieb:

. . . Ich beeile mich, Ihnen meine Meinung umgehend in Folgendem mitzutheilen. 1. Gegenüber den jetzigen Umſtänden iſt Kommen unter allen Bedingungen, unbedingtes Kommen abſolute patriotiſche Pflicht! Wegbleiben wäre jedenfalls verderblich. 2. Der Preußenhaß wird in Frankfurt nicht ſo ſtark ſein, wie Sie meinen, da die kurheſſiſche, die naſſauer, unſere und die badiſche

Kammer durchaus nationalvereinlich zusammengesetzt sind und nur bei den Baiern und Württembergern von Preußenhaß theilweise die Rede sein könnte. 3. Vernünftige, gegen den etwa in Schleswig-Holstein sich regenden Localpatriotismus gerichtete Resolutionen werden eine Mehrheit finden, falls sie vorsichtig gefaßt sind. Bedenken Sie nur, daß die Schleswig-Holsteiner in Erklärungen ihrer Abgeordneten (z. B. in der letzten Eingabe an den Bund) stets Preußen die nöthigen Zugeständnisse angeboten haben. Falls Bismarck zu viel verlangt, dürfen wir meines Erachtens nicht ihm, müssen vielmehr den opferbereiten Schleswig-Holsteinern beipflichten. 4. Für eine bestimmt formulirte Resolution möchte ich noch nicht stimmen, weil am 28. September der Ausschuß des Nationalvereins und später der Sechsunddreißiger-Ausschuß tagen wird, beide aber mit den Schleswig-Holsteinern sich berathen und dann erst an eine Formulirung des Beschlusses gehen werden. Also zum Schluß: jedenfalls kommen Sie und Ihre Freunde, statt die Flinte voreilig in's Korn zu werfen! Nur Annexion und Vergewaltigung der Herzogthümer müssen wir als ehrliche Partei ablehnen. Aber selbst wer dies nach seiner wirklichen Ueberzeugung nicht will, wer also die jetzige preußische Politik billigen sollte, hat meines Erachtens zu kommen und zur Klärung der Sache offen seine Meinung zu vertreten.

Den süddeutschen Standpunkt vertrat Brater in der folgenden Auslassung:

Nach meiner Meinung kehrt die von Ihnen vorgeschlagene Erklärung das Verhältniß um, indem sie auf die Einheitsfrage und auf den Anschluß der Herzogthümer an Preußen das Hauptgewicht legt, während dem Zusammentritt der Abgeordneten im Jahre 1863 (der auch für den am 1. October maßgebend sein wird) die Absicht zu Grunde lag, vor Allem für das Recht und die Freiheit einzustehen. Man wird diesen Standpunkt um so weniger verlassen dürfen, als die Abgeordnetenversammlung alle möglichen Parteischattirungen in Betreff der Einheitsfrage umfaßt und folglich nicht dazu geeignet ist, über diese Frage in irgend einer Richtung ein Votum abzugeben, das durch seine Einmüthig-

keit einigermaßen imponiren könnte. Sobald das Verhältniß der Herzogthümer zu Preußen in der Discussion und den Anträgen an die Spitze gestellt wird, gerathen wir in ein Chaos von Meinungsverschiedenheiten und erreichen nichts, als daß sich die Zerfahrenheit der Ansichten und Absichten im Betreff der deutschen Frage von Neuem vor der Welt offenbart. Ich halte — sowohl an sich, als im Interesse der Verständigung — eine Umkehrung des von Ihnen formulirten Ausspruchs für das Richtige; man wird (dem Sinne nach) erklären müssen: „Auch Diejenigen, welche den engsten Anschluß Schleswig-Holsteins an Preußen im deutschen Interesse für wünschenswerth halten, verurtheilen doch die bisherige Politik der deutschen Mächte und dringen vor Allem darauf, daß das Selbstbestimmungsrecht der Herzogthümer anerkannt werde." Was die baierischen und ebenso die württembergischen Abgeordneten betrifft, so glaube ich nicht, daß einer von ihnen auf Ihre Proposition eingehen möchte; daß sie dagegen in ihrer großen Mehrheit einer Erklärung wie die oben angedeutete beistimmen würden, ist kaum zu bezweifeln.

Ueber die Stellung der preußischen Abgeordneten zum Abgeordnetentage sprach sich Schulze-Delitzsch eingehend so aus:

Dank für Ihre Mittheilung, verehrter Freund! In einer gestrigen Versammlung hat sich in Berlin unter den dort befindlichen Abgeordneten einstimmig (aus vielen Gründen) die Ansicht festgestellt, nicht nach Frankfurt zu gehen. Wir schaden der Sache, compromittiren unsere, ohnehin schwierige Stellung in Preußen und geben den Gegnern Waffen gegen uns in die Hände. Die ganze Einberufung ist an und für sich eine unglückliche Maßregel; dieser Abgeordnetentag kann nur die Spaltung der liberalen deutschen Partei manifestiren und ist deshalb schon vom Uebel: außerdem kann das Resultat nur eine effectlose Resolution sein, da auch die Mittel- und Süddeutschen unter keiner Bedingung ihre Regierungen dazu bringen werden, thatsächlich für eine solche Resolution einzustehen. Also auf preußische Abgeordnete rehnen Sie so gut wie gar nicht! Was übrigens den von Ihnen

formulirten Antrag anlangt, so glaube ich mit eben solcher Bestimmtheit sagen zu können, daß die große Mehrheit der liberalen Partei des preußischen Abgeordnetenhauses auf dem Boden dieses Antrags, seinem Grundprincipe nach, steht. Ich glaube dies von dem linken Centrum behaupten zu können und kann es mit Zuverlässigkeit von der Fortschrittspartei. Nur die unbedingten Annexionisten (eine sehr kleine Zahl in der Fortschrittspartei) und die Krypto-Annexionisten (ebenfalls eine sehr kleine Zahl) würden widersprechen. Es hat sich dies bei den wiederholten, sehr eingehenden Debatten in der Fraction herausgestellt. Schon der Michaelis'sche Antrag (verschleierte Annexion) fand in der Fraction so wenig Zustimmung, daß er gar nicht hätte eingebracht werden sollen, und er ist denn auch im Hause mit größter Majorität verworfen worden. Die große Majorität der Fortschrittspartei verlangt schleunigste definitive Regelung der Verhältnisse und zu diesem Behufe Einberufung der Landesvertretung nach dem Gesetze von 1848 und eine Verständigung mit dieser unter möglichster Berücksichtigung der im Interesse Deutschlands berechtigten Forderungen Preußens, also das, was Ihr Antrag will. Ich selbst stehe unbedingt auf diesem Boden und würde mich meiner Partei nicht mehr angehörig finden, wenn sie ihn verleugnete.

Nun noch ein paar Stimmen aus nord- und mitteldeutschen Kleinstaaten! Der Hannoveraner L., damals in Elberfeld, schrieb:

Mit großer Genugthuung habe ich wahrgenommen, daß Ihre und meine Stellung zu den wichtigsten Tagesfragen (Besuch der Abgeordnetenversammlung u. s. w.) sich mehr oder weniger völlig decken. Ich wünschte sehr, diese Uebereinstimmung käme auch auf der bevorstehenden Versammlung des Nationalvereins zu praktischem Ausdruck. Mehrere meiner norddeutschen Freunde gehen mit mir nach Frankfurt, um für eine Verstärkung der rechten Seite des Vereins, eine nachdrücklichere Betonung der Einheitsfrage, eine Zurechtrückung des in Eisenach verschobenen Schwerpunktis mehr nach Norden hin, zu wirken. Wir werden

für bundesstaatlichen Anschluß Schleswig-Holsteins an Preußen stimmen, als den Weg, um beide obwaltende Hauptinteressen zu befriedigen; wir werden den Ausschuß des Nationalvereins nicht sowohl zu stürzen, als in unserem Sinne zu ergänzen suchen namentlich auch durch Mitglieder aus den bis jetzt unvertretenen kleineren norddeutschen Staaten. Daß man das vorige Mal Trabert, Bürgers u. s. w. cooptirte, und Sie nicht, habe ich in einem Gespräche mit Brater u. A. als einen, an den Schein der Persönlichkeit grenzenden Mißgriff bezeichnet, wo ich dann hörte, daß Brater selbst für Sie gewesen, die damals noch überwiegend radicale Mehrheit aber gegen Sie. Jetzt ist das hoffentlich anders geworden.

Aus einem Briefe, den mir Friedrich Oetker von Berlin aus schrieb, sei Folgendes angeführt:

Ob eine directe Betonung der „preußischen Spitze" möglich sein wird, steht dahin. Jedenfalls aber, meine ich, müßte mittelbar, durch den Beschluß zu der schleswig-holsteinischen Angelegenheit, darauf hingewiesen werden. Wie mir scheint, empfähle sich eine Erklärung etwa folgender Art: „Die schleswig-holsteinische Frage erheischt im nationalen Interesse eine solche Lösung, daß die Herzogthümer zu Preußen so viel als möglich in dasselbe Verhältniß treten, worin sie stehen würden, wenn Preußen nach der Reichsverfassung an der Spitze des deutschen Bundesstaates stände." Aehnliche Anschauungen habe ich hier bei Löwe, Duncker u. A. gefunden. Ich selbst habe die Sache seit Jahr und Tag in der „Morgenzeitung" so behandelt. Auch habe ich stets und überall die Ansicht vertreten, daß die sog. Februarbedingungen (zumal im Rahmen des Berliner Compromisses) jenem Verhältnisse im Wesentlichen entsprechen oder wenigstens nicht widerstreiten. Könnte ein solcher Ausspruch in der nächsten Generalversammlung des Nationalvereins erzielt werden, so würde mir das sehr zusagen. Was meinen Sie dazu? Möchten Sie sich nicht mit den Preußen zuvor in Verbindung setzen?

Nun, der Oetker'sche Vorschlag besagte im Wesentlichen dasselbe, wie der meine, und eine Verständigung mit den

preußiſchen Abgeordneten hatte ich, wie die oben angeführte Antwort von Schulze beweiſt, auch ſchon verſucht.

Der Thüringer F. ſchrieb in ſeiner kurzen, entſchiedenen Weiſe:

Mit dem Gedanken, welcher in der von Ihnen vorgelegten Reſolution ausgedrückt iſt, bin ich einverſtanden; nur ſehe ich keinen rechten Nutzen davon, wenn ein paar hundert Abgeordnete nach Frankfurt gehen und einen Gedanken ausſprechen, der ſchon oft wiederholt worden iſt und der gerade in dem gegenwärtigen Augenblick gar keine Ausſicht auf Realiſirung hat.

Aus Frankfurt ſelbſt erhielt ich von dem ſächſiſchen Abgeordneten B. folgende Auskunft über den muthmaßlichen Verlauf des Abgeordnetentages:

Burck ſchickte mir geſtern die Reſolution, welche Sie mit den übrigen Freunden feſtgeſtellt haben. Infolge deſſen beſuchte ich heute Dr. S. Müller hier, um mit ihm nähere Rückſprache zu nehmen. Derſelbe erklärte, daß weder er noch die Süddeutſchen den Antrag annehmen würden, weil die darin enthaltene Empfehlung, den preußiſchen Forderungen entgegenzukommen, das Selbſtbeſtimmungsrecht der Herzogthümer paralyſire, und weil die Schleswig-Holſteiner bereits mehrmals erklärt hätten, daß ſie Preußen Conceſſionen machen würden. Müller ſagte mir, der „Sechsunddreißiger-Ausſchuß" werde dem Abgeordnetentag nur Eine Reſolution vorſchlagen, dahin gehend, daß nur die Völker das Recht hätten, über ſich und ihr Land zu verfügen, ferner, daß ein feierlicher, energiſcher Proteſt gegen den Gaſteiner Vertrag erlaſſen werden ſolle. Man wolle das Ur-Recht des Volks durch einen Antrag conſtatiren. Der Abgeordnetentag könne nur an dieſem Recht feſthalten; etwas Anderes wäre es, wenn wir ein deutſches Parlament hätten.

B. fügte hinzu:

Es ſteht feſt, daß die Preußen nicht kommen, dagegen die Süddeutſchen faſt vollzählig; letztere werden durch unſere großdeutſchen Sachſen einen ſtarken Zuwachs erhalten. Brater hat

größeren Einfluß als Metz; wenn nun Ersterer einen Antrag in der Form stellt, wie er andeutet, der dann vielleicht noch laxer formulirt wird, so wird ein solcher die Nassauer, Darmstädter u. s. w., zum Theil auch die Badenser für sich haben, und die wenigen wahrhaft Deutsch-Nationalen sind geschlagen! Selbst wenn ich die Badenser mit den Thüringern, Hannoveranern, denen aus den freien Städten und unseren paar Sachsen zusammenzähle, so würden im günstigsten Falle 40—50 Stimmen sich vereinigen, und Dies ist doch gar zu wenig.

Ob diese so wenig erfreulichen Aussichten auf die Ergebnisse des Abgeordnetentags (die sich übrigens vollkommen, ja in noch schlimmerer Weise bestätigten) oder ob die Pflichten meiner Redaction mich von der Theilnahme am Abgeordnetentage abgehalten haben, weiß ich nicht mehr, wohl aber, daß ich nicht dort war und daß ich mit seinen Beschlüssen mich nicht einverstehen konnte.

Sehr erfreulich war es mir, aus einem Briefe des Ministers von Watzdorf (vom 10. October 1865) zu ersehen, daß ich auch in dieser Frage mich in voller Uebereinstimmung mit dem hochverehrten Manne befand. Es hieß darin:

Ich habe mich gefreut, in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" zu lesen, daß Sie trotz des Bismarck'schen Regiments einen engen Anschluß der Elbherzogthümer an Preußen mit Freuden begrüßen würden. Ich theile vollständig diese Ansicht. Ganz abgesehen von den äußeren Gründen, welche einen solchen Anschluß für die Herzogthümer zur Nothwendigkeit machen, glaube ich auch, daß das deutsche Interesse auf diesem Wege sicherlich gefördert wird. Die innere Entwickelung kommt früher oder später gewiß, das heutige Preußen mag dagegen thun, was es will. Hiervon ausgehend, beurtheile ich auch Herrn von Bismarcks Thätigkeit weit günstiger, als viele meiner Gesinnungsgenossen thun mögen. Er hat Preußens äußeres Ansehen gehoben, hat bewiesen,

was Preußen für Deutſchland ſein kann. Ich ſage nicht: für Deutſchland iſt, denn dazu gehört ein verfaſſungsmäßig liberales Regiment. Aber Sie werden mir zugeben, daß es, Oeſterreich und den Mittelſtaaten gegenüber, von hohem Werthe iſt, daß die allſeitigen Verhältniſſe einmal klar dargelegt worden ſind. Es iſt auch für dieſe von Werth, denn man verfehlt gar leicht den richtigen Weg zum eigenen Heil, wenn man ſich infolge einer widernatürlichen Schwäche des Gegners Kräfte zuſchreibt, die man in Wirklichkeit nicht hat. Alſo denke ich, Herr von Bismarck hat in Benutzung der ihm günſtigen Umſtände der großen Sache auch Dienſte geleiſtet, mag es mit oder ohne ſeinen Willen geſchehen ſein. Daß die hier angedeutete Erkenntniß noch nicht überall durchgedrungen iſt, haben Sie aus dem „Dresdener Journal" erſehen, welches ſich mit den Mittelſtaaten und deren Gegnern beſchäftigt. Ich begreife nicht, wie Herr von Beuſt dieſe Artikel hat paſſiren laſſen können, denn (wie Sie ganz richtig bemerkt haben), wollen die Mittelſtaaten ihre alte Politik beibehalten, dann dürfen ſie wahrlich nicht die jüngſte Vergangenheit erörtern: ſie iſt ihnen nicht günſtig.

Herr von Watzdorf ſchrieb von ſeinem Gute Berga aus, wo er einen Urlaub zubrachte. Mit Bezug darauf fügte er hinzu:

Obiges mag Ihnen beweiſen, wie ich in meiner ländlichen Ruhe die Weltbegebenheiten nicht vergeſſen habe. Die Ruhe iſt mir ſehr werth und zum Gebrauche meiner Kräfte im Dienſte dringend nöthig. Der letztere mit ſeinen kleinen Begebenheiten der einzelnen Tage nimmt mich gewaltig in Anſpruch. Das beweiſt mir, daß meine Kräfte auf dieſem Gebiete ſchwinden. Sonſt klage ich nicht. Im Gegentheil. Die großen Dinge und etwa noch alle Zweige des Landlebens haben für mich ein erhöhtes Intereſſe und finden mich in größerer Ruhe, als ſonſt vielleicht der Fall war. Das iſt der Vorzug der ſpäteren Lebensjahre. Man fühlt zwar auch, aber man ſieht und urtheilt ſo, als wenn man nicht fühlte.

Sechszehntes Capitel.

Das Jahr 1866.

So kam das verhängnißvolle Jahr 1866 heran! In dem Streit zwiſchen Preußen und Oeſterreich um die Herzogthümer, der das ganze Jahr 1865 ausfüllte, hatte ich für keinen von beiden Theilen Partei ergriffen. Die von Bismarck erſtrebte völlige Annexion Schleswig-Holſteins ſchien mir durch kein allgemeines deutſches Intereſſe geboten; allein ebenſo wenig konnte ich es gutheißen, daß Oeſterreich und die Mittelſtaaten den ſo berechtigten Februarforderungen Preußens ſich widerſetzten und offenbar darauf ausgingen, aus Schleswig-Holſtein ein Werkzeug zur Verſtärkung der öſterreichiſch-mittelſtaatlichen Coalition gegen Preußen zu machen.

Als nun zu Anfang 1866 der Streit ſich immer mehr zum offenen Bruche und endlich zum drohenden gewaltſamen Conflicte zuſpitzte, da erachtete ich es für oberſte Pflicht der Tagespreſſe, dem Unglück eines „deutſchen Bürgerkriegs“ thunlichſt vorzubeugen. Ein wirklich nationales Programm hatte bis dahin keiner der Streitenden

aufgeſtellt; ſo viel man ſehen konnte, verfolgten beide lediglich Zwecke der Sonderpolitik: Preußen wollte ſich vergrößern; Oeſterreich und die Mittelſtaaten wollten nicht blos dies verhindern, ſondern womöglich Preußens Einfluß in Deutſchland ſchmälern.

Bisweilen freilich überkam es mich wie eine Ahnung, ob nicht doch vielleicht Bismarck andere, höhere Ziele verfolge, als einen bloßen Gebietszuwachs für Preußen. Die Sicherheit und Zähigkeit, womit er auf ſeinem Wege vorandrang, imponirte mir. Was könnte, ſagte ich mir, ein ſolcher Mann für Deutſchland leiſten, wenn er mit derſelben Energie wirklich nationale Ziele verfolgte! Ich gab dieſem Gedanken in meiner Zeitung wiederholt Ausdruck. Als die neue Landtagsſeſſion in Preußen heranrückte und die Rede davon war, daß die Regierung die Volksvertretung um eine Geldbewilligung für ihre ſchleswig-holſteiniſche Politik angehen, die Oppoſition aber dieſe Bewilligung verweigern werde, äußerte ich in der „Deutſchen Allgemeinen Zeitung“ (Nr. vom 14. Januar 1866): das Abgeordnetenhaus möge doch zur Regierung ſagen:

Wenn Ihr Preußens Hegemonie, nicht blos über Schleswig-Holſtein, ſondern über ganz Deutſchland, auf parlamentariſchem Wege, durch Wiederaufnahme des Unionsprojects von 1849 oder auf ſonſtige Weiſe, anſtreben wollt, ſo werden wir Euch dabei mit unſerm ganzen moraliſchen Gewicht und nöthigenfalls durch Darbietung jeder erforderlichen materiellen Hilfe unterſtützen.

Und ich ſetzte hinzu:

Um ſolchen Preis wäre, dünkt uns, ſelbſt ein Compromiß in der Militärfrage nicht zu theuer erkauft.

Am 13. März kam ich auf dieſen Gedanken zurück.

indem ich beklagte, daß „der einzige Staatsmann von zweifellos ſtarker und nachhaltiger Energie, den Preußen ſeit dem großen Freiherrn vom Stein beſeſſen“, ſich nicht entſchließen könne, ähnlich wie Stein das Ziel der Größe Preußens auf dem Wege der Entfeſſelung der Volkskraft und der Verbrüderung mit ihr, ſtatt auf dem blos äußerer Gewalt, zu verfolgen, und am 15. März ſagte ich, in Anknüpfung an einen Artikel der officiöſen Norddeutſchen Allgemeinen Zeitung, welcher auf die Möglichkeit einer Wiederaufnahme der Bundesreformpolitik von 1849 ſeitens der preußiſchen Regierung hindeutete:

Es ließe ſich immerhin denken, daß ein Mann von hellem Geiſt, dem es um die Machtſtellung ſeines Vaterlandes nach außen ſo ernſt iſt, wie offenbar dem Grafen Bismarck, die Unmöglichkeit einer Politik, die in demſelben Moment, wo ſie der größten Erhebung und Einigkeit der geſammten Volkskraft nach außen bedürfte, dieſe Kraft im Innern lähmt, ſpaltet und von ſich abwendig macht, endlich eingeſehen und darum, weil er ja doch von ſeiner äußeren Politik um keinen Preis abgehen möchte, ſeine innere zu wechſeln ſich entſchloſſen hätte. Gerade bei einer Perſönlichkeit wie Graf Bismarck wäre dann wohl anzunehmen, daß er dieſe neue Politik, einmal ergriffen, ebenſo energiſch feſthalten und durchführen würde, wie vorher die alte. Mit einem Staatsmanne, der ſo verführe, würde die liberale Partei ſich zwar niemals ebenſo innerlich in Uebereinſtimmung fühlen, wie mit einem, der „Fleiſch von ihrem Fleiſche“ wäre; allein ſie könnte, ja müßte gleichwohl ihn als Bundesgenoſſen annehmen und unterſtützen, ſobald ſie nur ſichere Bürgſchaften dafür hätte, daß er fortan wirklich und nachhaltig liberal handeln werde, wenn auch nur aus Rückſichten der äußeren Politik oder der Geſammtlage des Staates.

Als ſich zuerſt das Gerücht verbreitete, Bismarck wolle, wie Oeſterreich an den Bundestag, ſo ſeinerſeits an das deutſche Volk appelliren, wolle die Berufung

eines deutſchen Parlamentes nach unmittelbaren Volkswahlen beantragen, ſagte ich (Nr. vom 7. April):

Vom Standpunkt des gegenwärtig in Preußen herrſchenden Syſtems aus wäre es jedenfalls als ein hochwichtiges Zugeſtändniß an die öffentliche Meinung zu betrachten, wenn Graf Bismarck ſich zu einem ſolchen Appell an das deutſche Volk entſchlöſſe.

Das bloße Wort „Parlament“ freilich genügte mir nicht, um mich aus der Zurückhaltung, die ich bisher der Bismarck'ſchen Politik gegenüber beobachtet hatte, herauszutreiben. „Was ſoll,“ fragte ich, „das Parlament? Soll es nur etwa, wie das plebiscite in Frankreich, die Errichtung einer preußiſchen Dictatur ſanctioniren, an welche die diplomatiſche und Militärhoheit aller deutſchen oder doch norddeutſchen Staaten übergehen müßte? Die Einheit wäre damit freilich gewonnen; aber wo bliebe die Bürgſchaft dafür, daß eine ſolche einheitliche Gewalt auch allezeit im wahrhaft nationalen Intereſſe geübt werden würde?“

Bald darauf ward jenes Gerücht durch ein anderes abgelöſt. „Von einflußreicher Seite,“ hieß es, „wird an dem Sturze des Grafen Bismarck gearbeitet.“ „Wer wird,“ fragte ich (Nr. vom 8. April), „ſein Nachfolger ſein? Sollte man etwa zu einem liberalen Miniſterium greifen wollen, um das vom Grafen Bismarck in der auswärtigen Politik verfolgte Ziel, deſſen Erreichung auf dem von ihm eingeſchlagenen Wege ſich anſcheinend als unmöglich erwieſen hat, mit andern Mitteln, etwa mit Zuhilferufung der Vollkraft der deutſchen Nation, zu erreichen?“ Und ich antwortete darauf:

Aber wo ſind die Männer, die in echt liberalem und nationalem Geiſt, zugleich doch mit derſelben Energie, wie Graf Bismarck, die

Zügel der auswärtigen und namentlich der deutſchen Politik Preußens zu ergreifen befähigt ſein möchten? Und ſo kommen wir zu dem ſonderbaren Schluß: ſo entſchieden wir den Fall des Syſtems Bismarck wünſchen müſſen, ſo ſehr iſt doch zu beklagen, daß ſich dieſes Syſtem nicht von dieſem Manne trennen läßt, oder daß dieſer Mann ſich nicht von dieſem Syſteme hat trennen mögen; ſo ſehr bleibt zu fürchten, daß mit dem Verfehlten des Syſtems auch dasjenige verloren gehen werde, was, wenn es ſich aus der Verſtrickung mit jenem Verfehlten hätte herauslöſen laſſen, für Preußen und Deutſchland fruchtbringend hätte werden können.

Ich führe dies Alles hier an, um zu zeigen, daß ich in jener kritiſchen Zeit weder in engherziger Verkennung der gewaltigen Eigenſchaften des Grafen Bismarck demſelben einſeitig Oppoſition gemacht, noch aber auch zu blinder Bewunderung dieſes Staatsmanns und zur Verleugnung langgehegter liberaler und nationaler Anſchauungen mich habe verleiten laſſen, daß ich vielmehr immer befliſſen geweſen bin, mir die Unbefangenheit des Urtheils nach beiden Seiten hin zu wahren.

Selbſt dann, als Graf Bismarck am 9. April 1866 den entſcheidenden Schritt gethan und wirklich am Bundestage den Antrag auf Berufung eines deutſchen Parlamentes zur Berathung einer Bundesreform geſtellt hatte, beobachtete ich (ſo ſehr mich dieſer Antrag mit Freude und Hoffnung erfüllte) in meiner Zeitung demſelben gegenüber anfangs noch immer etwas von der früheren Zurückhaltung. Der Antrag, ſagte ich (Nr. vom 13. April), ſei keinesfalls von vornherein abzulehnen (wie das die meiſten liberalen Blätter thaten), wohl aber müſſe man ſein Urtheil darüber bis dahin aufſparen, wo man wiſſe, welche Art von Bundesreform Graf Bismarck im Auge

habe. Auch werde jedes deutſche Parlament, wenn die preußiſche Regierung an daſſelbe mit dem Anſpruch auf irgend welche Führerſchaft in Deutſchland herantrete, die Forderung zu ſtellen haben, „daß zuvor das preußiſche Volk ſelbſt in den vollen Beſitz und die geregelte Uebung conſtitutioneller, parlamentariſcher Inſtitutionen und Freiheiten wieder eingeſetzt ſein müſſe".

In einem weiteren Artikel (Nr. vom 15. April) bemerkte ich gegenüber Denen, welche von dem Parlamentsgedanken nichts wiſſen wollten, weil er von Bismarck komme:

Nicht, wer die nationale Idee wieder auf die Tagesordnung ſtellt, iſt das Entſcheidende, ſondern daß ſie wieder darauf geſtellt iſt und nicht ſo leicht wieder davon entfernt werden kann.

Natürlich lag es nahe, bei dieſem jetzt zu berufenden Parlamente zurückzudenken an das von 1848. Ich zog eine ſolche Parallele (Nr. vom 25. April) in folgenden Sätzen:

Im Jahre 1848 war es der aus dem Volke hervorbrechende nationale Gedanke, der ſich eine reale Macht ſchaffen wollte, aber mit dieſem Beſtreben leider ſcheiterte. Heut iſt es eine vorhandene reale Macht, die mit Hilfe des nationalen Gedankens ſich ſtärken, befeſtigen, erweitern möchte. Damals ſuchte die Nation einen Halt- und Mittelpunkt für das Gebäude deutſcher Zukunftsgeſtaltung, das ſie errichten wollte: aber der allein dazu taugliche Factor, der Staat Preußen, verſagte ſich ihr. Heut iſt es die preußiſche Regierung, welche die Nation ſucht, weil ſie ihrer bedarf; heut iſt es an der Nation, die ihr entgegengeſtreckte Hand nicht gleichfalls zurückzuſtoßen, ſondern zu erfaſſen, aber nur unter ſolchen Bürgſchaften, daß davon das allgemein deutſche, nicht das blos preußiſche Intereſſe den Gewinn habe, daß Recht und Macht gleichermaßen zu Ehren und zur Geltung komme.

Daß der Zuſammentritt des zu berufenden Parlamentes im vorhinein auf einen ganz beſtimmten Tag feſtgeſetzt werden ſollte, damit die Regierungen genöthigt wären, bis dahin über den dem Parlamente vorzulegenden Bundesreformentwurf ſich ſchlüſſig zu machen und zu einigen, ſchien mir richtig, weil ſonſt eine Verſchleppung der ganzen Angelegenheit zu befürchten ſtand. Es war dies das einzige Mal, wo ich in meinen Anſichten über eine nationale Frage mit Herrn von Watzdorf auseinanderging, welcher dieſen Druck auf die Regierungen bedenklich fand, auch fürchtete, das Parlament möchte dann doch am Ende zuſammentreten müſſen, ohne daß ein allſeits vereinbarter Bundesreformentwurf vorläge.

In dem Zuſtandekommen des Parlaments erblickte ich zugleich die beſte Bürgſchaft für eine friedliche Löſung des zwiſchen Preußen und Oeſterreich ſchwebenden Conflicts. Auf dieſem Wege, ſchien mir, könnte und müßte in ruhiger parlamentariſcher Verhandlung der Streit entſchieden werden. Wer jetzt noch an die Waffen appellire und damit dieſen friedlichen Weg wieder verſperre, der ſündige an der Nation, gegen den müſſe die Nation ſich erklären. Die ſchleswig-holſteiniſche Frage trat für mich nun in die zweite Linie zurück; vor Allem handelte es ſich jetzt, meinte ich, um eine Bundesreform; in dem dadurch neu zu geſtaltenden Deutſchland werde auch Schleswig-Holſtein ſeine richtige Stelle angewieſen erhalten.

Das Beſtreben Oeſterreichs, die ſchleswig-holſteiniſche Frage vor den Bundestag zu bringen und durch dieſen, nicht durch ein Parlament, entſcheiden zu laſſen, erfüllte mich mit Beſorgniß, denn bei der feindlichen Stellung der

österreichiſchen Mehrheit am Bundestage gegen Preußen ſchien mir davon ein neuer, gefährlicher Conflict zu befürchten. Mit ganz beſonderer Beſorgniß aber nahm ich wahr, wie die Mittelſtaaten, auch Sachſen, durch ihre ganze Haltung Oeſterreich in dieſem Vorgehen beſtärkten. In einem Artikel vom 5. Mai (Nr. vom 6. Mai) beſchwor ich die ſächſiſche Regierung, den von Preußen eröffneten Weg einer friedlichen Vereinbarung der Fürſten und Völker Deutſchlands im Parlamente doch ja nicht zu verlaſſen.

Bei dieſen blos publiciſtiſchen Bemühungen um Erhaltung des Friedens glaubte ich es aber nicht bewenden laſſen zu dürfen. Schon am 4. Mai hatte ich einen Kreis Gleichgeſinnter (darunter einflußreiche Mitglieder des Stadtraths- und Stadtverordnetencollegiums) verſammelt, um zu berathen, welche wirkſamen Schritte für Erhaltung des Friedens geſchehen könnten. Als das Beſte ward befunden, daß die ſtädtiſchen Behörden Leipzigs ſich in einer Vorſtellung an die Regierung wendeteten. Das geſchah. Einſtimmig beſchloß der Stadtrath auf den Vorſchlag meines Schwagers, des Bürgermeiſters Koch, eine ſolche Vorſtellung, und ebenſo einſtimmig trat das Collegium der Stadtverordneten, in welchem ich dieſe Maßregel motivirte, derſelben bei. Die Vertreter des Handels und der Gewerbe — Kramerinnung, Handels- und Gewerbekammer Leipzigs — ſchloſſen ſich an, und das Gleiche geſchah von Seiten anderer ſächſiſcher Handel- und Gewerbetreibenden. Sogar eine Volksverſammlung in Chemnitz neigte in ihrer Mehrheit friedlichen Ideen zu.

Die Regierung jedoch wies unſere Vorſtellung als unbegründet und unberechtigt zurück; das officielle Dresdener

Journal erklärte dieſelbe für einen Ausfluß der „Feigheit“ und des „Kleinmuthes“, drohte zugleich mit ernſteren Maßregeln bei Wiederholung ſolcher Kundgebungen, und das zweite Preßorgan der Regierung, die „Leipziger Zeitung“, entblödete ſich nicht, mich, den ſie als den eigentlichen Urheber dieſer Friedensadreſſe bezeichnete (was ich allerdings war, was geweſen zu ſein ich mir aber noch heut zum Verdienſt anrechne), perſönlicher Beziehungen zum preußiſchen Miniſterpräſidenten zu verdächtigen!

Eine Volksverſammlung in Leipzig, in welcher die Großdeutſchen den Socialdemokraten, die Herren Profeſſor Wuttke und Cramer den Herren Fritzſche und Liebknecht die Hand reichten, faßte ſcharfe Reſolutionen gegen uns. Ein namhafter Führer der ſächſiſchen Demokratie, der Stadtverordnetenvorſteher Dr. Joſeph, hatte den ehrenwerthen Muth, für den Beſchluß des Stadtraths und der Stadtverordneten in dieſer Verſammlung einzutreten, konnte aber kaum zum Worte kommen.

In Dresden ſpottete man über die „Leipziger Pfefferſäcke“, welche, wie man meinte, nur darum nach Frieden ſchrieen, weil ihnen um ihr Hab und Gut bange. Dagegen ſchloß ſich eine ſehr zahlreich beſuchte „Bürgerverſammlung“ in Leipzig — trotz einer oppoſitionellen Minderheit, die darin auftrat — in ihrer großen Mehrheit den Friedensbeſtrebungen der ſtädtiſchen Behörden an, indem ſie eine Petition an die Zweite Kammer richtete, in welcher dieſe gebeten wurde:

1) Sie wolle die hohe Staatsregierung auf das Dringendſte angehen, die Berufung eines deutſchen Parlamentes nach dem preußiſchen Vorſchlage — unerwartet einer vorgängigen Vereinbarung

über die demſelben zu machenden Vorlagen — für einen thunlichſt nahen Termin aus allen Kräften zu fördern und zu betreiben.

2) Sie wolle es dabei als ihre Anſicht ausſprechen, daß die Wahlen zu dieſem Parlament nur nach dem von der verfaſſunggebenden deutſchen Reichsverſammlung am 28. März 1849 beſchloſſenen Wahlgeſetz für das künftige deutſche Volkshaus vorzunehmen ſeien.

3) Sie wolle keine Mittel zu Rüſtungen bewilligen, welche zur Hinderung dieſer friedlichen parlamentariſchen Löſung des Conflicts oder zur Aufrechthaltung des gegenwärtigen bundestäglichen Zuſtandes dienen könnten.

Die Petition (zu deren Verfaſſerſchaft ich mich ebenfalls bekenne) ſchloß mit folgendem Appell an die Kammer:

Hohe Kammer! Die Frage ſteht gegenwärtig ſo: Krieg oder Parlament? Die Antwort kann nicht zweifelhaft ſein. Gegen einen Krieg Deutſcher gegen Deutſche, einen Krieg, deſſen politiſche Zwecke und Erfolge unklar, deſſen zerſtörende Wirkungen aber für Handel und Wandel, für Ackerbau und Gewerbe, überhaupt für jede Art von Cultur nur zu gewiß ſind, hat ſich die Stimme des Volks in zahlreichen Kundgebungen ſowohl in Sachſen als im übrigen Deutſchland entſchieden erklärt. Dagegen iſt das deutſche Parlament und die deutſche Bundesreform nicht blos ein durch die Thatſachen des Jahres 1848 dem deutſchen Volke feierlich zugeſprochenes und erworbenes, ihm nicht wieder zu entziehendes Recht, ſondern auch das gemeinſame Ziel der Wünſche und Beſtrebungen aller deutſchen Stämme und faſt aller politiſchen Parteien. Wir ſind überzeugt, auch die hohe Zweite Kammer Sachſens wird in den allgemeinen Ruf einſtimmen: nicht Krieg, ſondern Parlament!

Gegen die abfällige Entſcheidung der Regierung auf die Eingabe der ſtädtiſchen Behörden und gegen die von dem Dresdener Journal denſelben deshalb ertheilte Rüge verwahrte ſich das Collegium der Stadtverordneten durch den auf einen Antrag von mir mit allen gegen 6 Stimmen gefaßten Beſchluß:

Das Collegium ſpricht aus, daß nach ſeiner unveränderten Ueberzeugung Stadtrath und Stadtverordnete, indem ſie die Regierung baten, Alles zu vermeiden, was den Ausbruch eines Krieges in Deutſchland beſchleunigen, Sachſen ſpeciell zum Schauplatz eines ſolchen machen, endlich die in Ausſicht geſtellte und von der Nation erſehnte Neugeſtaltung Deutſchlands im parlamentariſchen Wege hindern möchte, nur nach beſtem Wiſſen und Gewiſſen gethan haben, was ſie als ihre Pflicht gegen die Stadt ſowohl als gegen das Vaterland erkannten.

Leider waren alle dieſe Bemühungen um Erhaltung des Friedens vergeblich! Herr von Beuſt wollte den Krieg, und er wußte ſeine Collegen, die Stände, den König ſelbſt auf ſeinen Weg mit fortzureißen.

König Johann hatte (wie man neuerdings durch des Miniſters von Frieſen „Erinnerungen" authentiſch erfahren hat) ſchon 1865 in einem Schreiben von Poſſenhofen aus an Herrn von Beuſt ſeine Anſicht dahin ausgeſprochen:

Ein wirklicher Bruch zwiſchen den beiden Großmächten würde ein ſo großes Nationalunglück für ganz Deutſchland ſein und ſo unberechenbare Folgen haben können, daß man eine jede Möglichkeit zur Ausgleichung, die ſich mit der Ehre und den Grundſätzen vertrage, zu benutzen verpflichtet ſei.

Im völligen Gegenſatze zu den in dieſem Schreiben ausgeſprochenen friedliebenden Geſinnungen des Königs hatte Herr von Beuſt nach Kräften den Krieg geſchürt. Er war auf die Forderung, welche Oeſterreich in der Note vom 16. März 1866 an die Mittelſtaaten ſtellte, ſie möchten rüſten, bereitwillig eingegangen und hatte dadurch, ſo viel an ihm war, Oeſterreich in ſeinem Kriegseifer und in der Hoffnung auf einen leichten Sieg über Preußen beſtärkt. Als ſodann die öſterreichiſche Regierung, im Vertrauen auf die ihr geſicherte Bundesgenoſſenſchaft der

Mittelstaaten, den verhängnißvollen Schritt am Bundestage that, der nothwendigerweise zum Kriege führen mußte, da war wiederum Herr von Beust unter Denen, welche diesen Schritt unterstützten und Preußen muthwillig zum Kriege herausforderten.

Dieses Verfahren war um so unentschuldbarer, als Herr von Beust, wie gleichfalls Herr von Friesen berichtet*), durch Herrn von der Pfordten wußte, daß eine Conferenz hoher baierischer Militärs sich einstimmig dahin erklärt hatte: „ein Krieg Oesterreichs gegen Preußen müsse unglücklich (für Oesterreich) ausfallen."

Nichtsdestoweniger trieb Herr von Beust Sachsen in diesen, aller Voraussicht nach „unglücklichen" Krieg an der Seite Oesterreichs hinein! Der alten, von ihm durch den Staatsstreich von 1850 in's Leben zurückgalvanisirten Stände war er in ihrer großen Mehrheit sicher; sie billigten und bewilligten, was er wollte, also auch die Mittel zu den Rüstungen; die kleine liberale Partei in der Zweiten Kammer, welche durch den Mund des Abgeordneten Schreck den Minister wegen dieser Rüstungen interpellirte, ließ sich durch eine ausweichende Antwort (als erfülle Sachsen damit nur seine Bundespflicht, während doch bis dahin der Bundestag keinerlei Rüstungen angeordnet hatte) beschwichtigen; seine eigenen Collegen, die andern Minister, fragte er gar nicht, ehe er die inhaltschwere Depesche, die nichts Geringeres als Krieg bedeutete, nach Frankfurt expedirte!

In wie unverantwortlicher Weise Herr von Beust in jenem verhängnißvollen Momente zu Werke gegangen, das

*) „Erinnerungen", 2. Bd., S. 250.

hat Herr von Frieſen in ſeinen ſchon öfters citirten „Erinnerungen“ mit dankenswerther Offenheit (natürlich nach allerbeſtem Wiſſen) geſchildert. Er erzählt*):

Beuſt war durch das raſche Vorgehen Oeſterreichs in hohem Grade erregt; er ſprach die bitterſten Vorwürfe darüber aus, daß Oeſterreich, welches Jahre lang den Bund ganz unbeachtet gelaſſen, jetzt auf einmal, nachdem es durch ſein eigenes Vorgehen den Krieg unvermeidlich gemacht habe, den Bund mit hineinziehen wolle. Wir waren damals allerdings in einer überaus peinlichen Lage. Preußen, deſſen auf die völlige Annexion Sachſens gerichtete Gedanken uns bekannt waren**), ſtand uns als entſchiedener Feind gegenüber; vom Bunde hatten wir nicht die allergeringſte Unterſtützung zu erwarten; ſtimmten wir gegen die Mobiliſirung des Bundesheeres, ſo beleidigten wir auch noch Oeſterreich auf's Tiefſte, verſcherzten ſeine Hilfe und waren ganz iſolirt und verloren. Für den Antrag zu ſtimmen, war aber auch bedenklich, denn es war klar, daß Preußen dies als einen Bundesbruch anſehen und uns ſofort den Krieg erklären werde. Unter dieſen Umſtänden hatte Herr von Beuſt einen eigenthümlichen Ausweg ergriffen. Obgleich er nämlich den Antrag, den Herr von der Pfordten ſtatt des öſterreichiſchen ſtellen wollte (derſelbe war, wie Herr von Frieſen bemerkt, in der Sache ganz dem letztern gleich, nur in der Form davon verſchieden), nur nach ſeiner allgemeinen Richtung, aber weder ſeinem Wortlaut, noch ſeiner Motivirung nach

*) A. a. O., 2 Bd., S. 164 ff. Herr von Beuſt hat in ſeiner Gegenſchrift („Erinnerungen zu Erinnerungen“) dies nicht zu widerlegen verſucht, jedenfalls weil er es nicht widerlegen konnte.

**) Dieſe Behauptung (daß die preußiſche Regierung vor dem Kriege von 1866 auf die Annexion Sachſens ausgegangen ſei), für welche, ſo viel mir bekannt, auch nicht die Spur eines Beweiſes vorliegt, hat Herr von Frieſen in keiner Weiſe begründet. Dieſelbe wird direct widerlegt durch das Ultimatum Preußens vom 15. Juni 1866, worin dem König von Sachſen die Integrität (Unverletztheit) ſeines Landes zugeſichert ward, ſobald er ſich nur in dem Kriege zwiſchen Preußen und Oeſterreich neutral verhalte.

kannten, ſo hatte er doch unſeren Bundestagsgeſandten angewieſen, dieſem Antrag einfach zuzuſtimmen. Als er mir dies — nach Abgang der bezüglichen Depeſche (!) — mittheilte, und ich ihm meine Bedenken darüber ausſprach, daß er in einer ſo wichtigen Angelegenheit, wo es der größten Vorſicht bedurfte, ſich einem ſeiner Faſſung nach ihm noch unbekannten Antrage habe anſchließen und uns dadurch im Voraus für einen ungewiſſen Erfolg habe binden können, ſuchte er mich durch die Bemerkung zu beruhigen: „Herr von der Pfordten werde ſeinen Antrag gewiß ſo formuliren und motiviren, daß er nicht verletzend für Preußen ſei. Aber auch in einer ſolchen Form werde der Antrag auf Mobiliſirung nach ſeiner (Beuſts) Ueberzeugung in Frankfurt nicht angenommen werden. Es komme dabei auf Hannover und Kurheſſen an; die übrigen Stimmen für und wider ſtänden ſich gleich, wenn Sachſen für den Antrag ſtimme. In Hannover ſei aber noch gar nichts geſchehen, um ſich zu einem Kriege vorzubereiten; die Armee ſei noch ganz auf dem Friedensfuße; es ſei daher ganz undenkbar, daß Hannover für die Mobiliſirung ſtimmen könne. Aehnlich verhalte es ſich mit Kurheſſen; dort fehle es an Geld, um zu mobiliſiren; auch Kurheſſen könne daher unmöglich für die Mobiliſirung ſtimmen.“ Nach Beuſts Anſicht war es daher ganz zweifellos, daß der Antrag in Frankfurt verworfen werden, und Preußen daher keinen Anlaß haben werde, dem Bunde den Krieg zu erklären. Aber das von Beuſt für unmöglich Erklärte geſchah: Hannover und Kurheſſen ſtimmten für den Antrag, und die Mobiliſirung wurde mit 9 gegen 7 Stimmen beſchloſſen.

Aber auch Herr von Frieſen und die anderen Miniſter ſind von der Mitſchuld an dem durch Herrn von Beuſt über Sachſen gebrachten Unheil keineswegs freizuſprechen. Herr von Frieſen ſagt*):

Der Gedanke, was dann aus Deutſchland werden ſolle, wenn Oeſterreich einen entſcheidenden Sieg erringe, wenn die Politik, die damals dort herrſchte und die wir in den letzten Jahren genau

*) A. a. O., S. 169.

kennen gelernt hatten, ohne jedes Gegengewicht zur alleinigen Geltung und Macht in Deutſchland gelangen ſollte, dieſer Gedanke war nicht verführeriſch

Herr von Frieſen ſah alſo ein, daß ein Sieg Oeſterreichs in ſeinen Folgen für Deutſchland und ſomit auch für Sachſen unheilvoll ſein müßte. Und doch trennte er ſich nicht von Herrn von Beuſt, als dieſer Alles that, um einen ſolchen Sieg Oeſterreichs — mit ſchweren Opfern für Sachſen — herbeizuführen!

Wenn Herr von Frieſen und die anderen Miniſter die öſterreichfreundliche und kriegeriſche Politik ihres Collegen Beuſt nach ihrer Ueberzeugung nicht billigten (wie man das nach dem eigenen Geſtändniß des Herrn von Frieſen wenigſtens von dieſem annehmen muß), ſo war es ihre Pflicht, derſelben entſchieden entgegenzutreten, äußerſten Falls, wofern Herr von Beuſt nicht davon laſſen wollte, dem König ihre Entlaſſung anzubieten und ſo eine Entſcheidung Sr. Majeſtät zwiſchen ihnen und Herrn von Beuſt herbeizuführen. Wer weiß, ob nicht dann König Johann, entſprechend jenen 1865 von ihm an Herrn von Beuſt gerichteten friedliebenden Worten, ſich von der kriegeriſchen Politik dieſes letztern losgeſagt und einer minder gefährlichen zugewendet hätte!

Indem dagegen dieſe anderen Miniſter die Mitverantwortlichkeit für des Herrn von Beuſt cavaliere Politik auf ſich nahmen, beſtärkten ſie den Monarchen in dem Glauben, daß, was alle ſeine Miniſter riethen, zu ſeinem und des Landes Beſten dienen müſſe.

Und ſo ward auch das Ultimatum Preußens vom 15. Juni, welches die letzte Möglichkeit einer Umkehr bot,

zurückgewiesen, so wurden alle Brücken der Verständigung abgebrochen und die Schiffe verbrannt!

Ich lege Gewicht darauf, ausdrücklich — auf Grund einer so unwiderleglichen Quelle, wie es in dieser Sache die „Erinnerungen“ des Herrn von Friesen sind — zu constatiren, wie leichtfertig damals mit den Geschicken des sächsischen Landes und Volkes umgegangen, wie selbst die wohlwollendsten Absichten des Königs in ihr Gegentheil verkehrt worden sind — ich lege Gewicht darauf, einmal, weil darin die beste Rechtfertigung der vor dem Kriege von mir und meinen Gesinnungsgenossen zur Abwendung desselben gethanen Schritte liegt, und sodann, weil ich an einer späteren Stelle dieser Aufzeichnungen Veranlassung haben werde, eben darauf zurückzukommen, um Vorwürfe zu entkräften, die mir und meiner Partei wegen unserer Stellung zu den Friedensverhandlungen zwischen Sachsen und Preußen gemacht worden sind.

Am 16. Juni ward Sachsen von den Preußen besetzt. Von diesem Augenblick an hörte, nach meiner Auffassung, für einen sächsischen Publicisten die Freiheit der Meinungsäußerung auf. In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 17. Juni erklärte ich daher:

Für Sachsen ist der Zustand des Krieges eingetreten. So lange dieser Zustand dauert, ist eine eigentliche Discussion der Tagesfragen nicht wohl möglich. Unter der Herrschaft der Waffen giebt es keine volle Freiheit der Meinungsäußerung; wo aber diese fehlt, da gebietet der Presse das Gefühl der eigenen Würde, nach beiden Seiten hin zu schweigen. Wir werden uns daher möglichst streng auf die Wiedergabe des Thatsächlichen beschränken müssen, und unsere wichtigste, aber auch schwierigste Aufgabe wird darin bestehen,

dieſes Thatſächliche ſo unverfälſcht und geſichtet wie möglich unſeren Leſern zu überliefern.

In der That war dieſe Aufgabe wahrheitsgetreuer Berichterſtattung keine leichte. An den Grenzen Sachſens gegen Böhmen und Schleſien hin war ein förmlich organiſirter Dienſt zur Fabrikation falſcher Nachrichten eingerichtet, welche dann ſyſtematiſch über das ganze Land verbreitet wurden — Alles, um die Bevölkerung in dem Wahne zu erhalten, Oeſterreich ſei ſiegreich, Preußen der Vernichtung nahe. Da ward von der Einnahme preußiſcher Feſtungen in Schleſien durch die Oeſterreicher, von der Gefangennahme preußiſcher Prinzen, welche Armeen commandirten, von dem Anmarſch der ſiegreichen Oeſterreicher auf Dresden und Aehnlichem gefabelt. Die öffentliche Meinung bezeichnete ziemlich beſtimmt die Perſönlichkeiten, welche bei dieſer Fabrikation und Verbreitung von Senſationsnachrichten hauptſächlich betheiligt ſein ſollten. Für das Colportiren derſelben erwies ſich (in Leipzig wenigſtens) ein großer Theil der Briefträger als beſonders eifrig. Wieder eine andere Art von Alarmnachrichten ward zu dem Zwecke in Umlauf geſetzt, um die Bevölkerung Sachſens gegen die preußiſchen Beſatzungstruppen und ſo gegen Preußen ſelbſt aufzuhetzen. Dahin gehörten die Erzählungen von der Preſſung ſächſiſcher Wehrpflichtiger zum Eintritt in preußiſche Regimenter u. dgl. m.

In der Leichtfertigkeit, womit derartige Ausſtreuungen in weiten Kreiſen geglaubt, in der Leidenſchaftlichkeit, womit ſie weitergegeben und beſprochen, in dem fanatiſchen Preußenhaſſe, zu deſſen Erzeugung ſie verwerthet wurden — in Alledem zeigten ſich recht deutlich die traurigen Wirkungen

der politiſchen Unreife und Einſeitigkeit des Urtheils, zu welcher das ſechszehnjährige Beuſt'ſche Regiment einen großen Theil des ſächſiſchen Volkes herabgebracht hatte.

Mit der entſcheidenden Schlacht von Königgrätz durfte der kurze Krieg für beendet, das Friedenswerk für in nahe Ausſicht geſtellt gelten. Damit ſchien mir der Moment gekommen, wo die Tagespreſſe ihr bisheriges Schweigen brechen und ſich der Aufgabe einer Erörterung der muthmaßlichen Friedensbedingungen unterziehen mußte. Ich meinestheils trat in dieſe Erörterungen ein, indem ich in der „Deutſchen Allgemeinen Zeitung" (Nr. vom 6. Juli) mich ſo ausſprach:

Preußen wird, ſo glauben wir nach allen Anzeichen annehmen zu dürfen, die ſehr mäßigen und berechtigten Forderungen, die es noch unmittelbar vor dem Ausbruch des Kriegs ſtellte — Forderungen, deren Erfüllung ebenſowohl durch das rechtverſtandene allgemeine Intereſſe der deutſchen Nation, wie durch Preußens natürliche Machtſtellung geboten erſcheint — auch nach dieſen ſo raſchen und ſo glänzenden Erfolgen ſeiner Waffen nicht über das Maß deſſen ſteigern, worauf es aus jenem doppelten Geſichtspunkte beſtehen muß und was ihm eben darum von der andern Seite billigerweiſe ſchon damals nicht hätte verweigert werden ſollen.

In dieſen Worten war der Fortbeſtand des ſächſiſchen Staates als zweifellos vorausgeſetzt, war an Preußen das Verlangen geſtellt, ſeine Forderungen nicht über das Maß des Nothwendigen hinaus zu ſteigern. Man ſollte denken, in einer ſolchen Behandlung der Frage wegen der künftigen Stellung Sachſens zu Preußen hätte eher alles Andere als eine „annexioniſtiſche Tendenz" gefunden werden müſſen. Aber es gab damals (und noch auf lange hin) im Lande eine Partei, welche unter „Aufrechthaltung der

Selbſtſtändigkeit Sachſens“ nichts Geringeres verſtand, als: die Wiederherſtellung — ſo zu ſagen mit Stumpf und Stiel — des Zuſtandes, wie er vor dem Kriege geweſen, einſchließlich des Herrn von Beuſt und ſeines ganzen Syſtems; welche keinen Unterſchied gelten ließ zwiſchen einem bundesſtaatlichen Anſchluß Sachſens an Preußen (der ja allerdings gewiſſe Opfer an Souveränitätsrechten erheiſchte) und einer förmlichen Einverleibung in Preußen: in deren Augen daher jeder ſchon ein „Annexioniſt“ war, der dieſem Anſchluß und der davon unzertrennlichen Ueberlaſſung z. B. der diplomatiſchen und militäriſchen Führung an die Vormacht des Norddeutſchen Bundes das Wort redete. Von dieſem Standpunkt aus hat noch zu einer Zeit, wo Sachſen bereits Mitglied des Norddeutſchen Bundes war und wo demgemäß diejenige Unterordnung Sachſens unter eine oberſte Bundesgewalt, welche in jedem Bundesſtaat unerläßlich und ſelbſtverſtändlich iſt, rechtlich und thatſächlich beſtand, ein ſächſiſches Gericht (unter Vorſitz deſſelben Mannes, der in meinem Preßproceß von 1853 als Unterſuchungsrichter fungirt hatte) in einem von mir gegen die „Leipziger Zeitung“ angeſtrengten Verleumdungsproceß gegen mich entſchieden, indem es „annexioniſtiſche Tendenzen“ in ſolchen Artikeln meiner Zeitung fand, welche nichts als ein aufrichtig bundesſtaatliches Verhältniß für Sachſen forderten. Kein Wunder! Erfahren wir doch jetzt durch des Herrn von Frieſen „Erinnerungen“ *), daß noch nach dem Friedensſchluſſe (!) „ein, der Zahl ſeiner Mitglieder nach zwar kleiner, aber durch die bürgerliche und geſellſchaftliche

*) 2 Bd., S. 236.

Stellung derſelben bedeutungsvoller Theil der conſervativen Partei" die für Sachſen durch dieſen Frieden geſchaffenen Verhältniſſe lediglich „als eine durch einen unglücklichen Krieg ihm zeitweilig (!) auferlegte Feſſel (!) betrachtete, welche man ſuchen müſſe mit der Zeit wieder los zu werden (!!)".

Und ſolche Leute hatten auch noch die Stirn, ſich ſelbſt „Bundesſtaatlich-Conſtitutionelle" zu nennen, uns Andere aber, die wir den rückhaltloſen und ehrlichen Eintritt Sachſens in den norddeutſchen Bundesſtaat mit allen ſeinen nothwendigen Conſequenzen, ohne den geheimen Vorbehalt der Wiederabſchüttelung dieſer „Feſſel", verlangten, als „Annexioniſten" zu verſchreien!

Einer der eifrigſten damaligen ſog. „Bundesſtaatlich-Conſtitutionellen", richtiger: Particulariſten — (ich will ihn nicht nennen, er weilt nicht mehr unter den Lebenden) hatte einſt auf jenem Landtage von 1849/50, auf dem es ſich um das Feſthalten Sachſens bei der Union mit Preußen handelte, ſich über den Begriff der „Selbſtſtändigkeit" und über den eigentlichen Werth gewiſſer Hoheitsrechte (z. B. der Militärhoheit) in der Hand eines Staates, der kein Großſtaat war und ſein konnte, folgendermaßen ausgeſprochen:

. . . Wenn von der Selbſtſtändigkeit, die wir bei dem Anſchluß an Preußen zu opfern haben, geſprochen wird, ſo iſt vielfach ſchon erwähnt worden, daß dieſe Selbſtſtändigkeit eigentlich in der Wirklichkeit gar nicht vorhanden iſt und auch ſeit langer Zeit nicht mehr vorhanden war. Iſt denn Sachſen ſo ſelbſtſtändig, daß es ſich ſelbſt ſchützen kann? Wenn man weiter fürchtet, daß man den Oberbefehl über das Militär bei dem Anſchluſſe an Preußen abtreten müſſe, nun, ſo weiſt die Geſchichte hinreichend nach, daß dies

bei jedem Kriege der Fall gewesen ist, daß Sachsens Heer stets auswärtige Oberbefehlshaber hatte. Bald ward es von einem Schweden, bald von einem Oesterreicher, bald von einem Franzosen befehligt. Es wird also dadurch gar nichts Neues geschehen.

War denn aber nicht die Nothwendigkeit eines Anschlusses Sachsens an ein größeres Ganzes und an die, so eben erst als im höchsten Maße kriegstüchtig erprobte Vormacht Preußen jetzt noch weit mehr eine unleugbare Thatsache, als 1850?

Leider zogen sich die Friedensverhandlungen zwischen Sachsen und Preußen sehr in die Länge. Am 28. August war der Friede zwischen Preußen und Oesterreich abgeschlossen worden; erst am 21. October kam der zwischen Preußen und Sachsen zu Stande.

Diese Frist von nahezu zwei Monaten (während im ganzen übrigen Deutschland der Friede hergestellt war) und der dadurch erhaltene Zustand der Ungewißheit hatte für die Bevölkerung Sachsens etwas äußerst Peinliches. Es konnte daher nicht Wunder nehmen, wenn die öffentliche Meinnng und ihr Organ, die Tagespresse, eine gewisse Ungeduld verrieth, wenn sie zum Abschluß der lang ausgedehnten und scheinbar endlosen Verhandlungen drängte. Man hat Denen, die dies thaten, und so auch mir, daraus einen Vorwurf gemacht. Wir hätten, hat man gesagt, uns auf die Seite des Gegners gestellt und so den sächsischen Unterhändlern ihre Aufgabe erschwert. Nun, ich meinerseits habe die damaligen Verhandlungen zwischen Sachsen und Preußen allerdings nicht wie Abmachungen betrachtet, die zwischen zwei einander grundsätzlich feindlichen Mächten stattfinden, sondern wie eine Verständigung zweier, durch

ein gemeinſames großes Nationalintereſſe auf einander angewieſenen und nur durch ein unglückliches Mißverſtändniß zeitweilig einander feindlich gegenübergeſtellten Staaten. Daher habe ich — das geſtehe ich gern — nicht ſowohl danach gefragt, ob die oder jene Beſtimmung etwa für Preußen vortheilhaft oder für Sachſen mit einem Opfer verbunden ſei, als vielmehr danach, was geſchehen müſſe, um die ſo lange erſehnte feſtere Einheit Deutſchlands (zunächſt wenigſtens Norddeutſchlands) zu Stande zu bringen und für die Dauer zu ſichern. Und da mußte ich mir ja freilich ſagen — als Sachſe nicht ohne tiefes Bedauern —, daß, was bei uns 1866 vorgegangen, der verhängnißvolle Einfluß, den zu üben damals einem einzelnen Miniſter gelungen war trotz der ganz anderen Geſinnungen des Königs und trotz der Bedenken der übrigen Miniſter, daß dies Vorkehrungen gegen die Möglichkeit einer Wiederholung ähnlicher Vorkommniſſe erheiſche — abgeſehen von dem preußiſchen Intereſſe (deſſen Wahrung nicht meine Sache war), weſentlich im geſammtdeutſchen Intereſſe und ſogar im eigenen Intereſſe Sachſens, welche beide mich als guten Sachſen und als guten Deutſchen gleichermaßen recht viel angingen.

Es kam hinzu, daß ſelbſt noch nach dem Kriege und während der Friedensverhandlungen die verderblichen Wirkungen und Nachwirkungen der unſeligen Beuſt'ſchen Politik nicht aufhörten. Unmöglich konnte es doch den Sieger zu milderen Bedingungen geneigt machen, wenn er ſah, wie Herr von Beuſt fortwährend Alles aufbot, um auch jetzt noch den Gegenſatz zwiſchen Sachſen und Preußen möglichſt zu ſchärfen, wie er die friedliche Herſtellung der von

Preußen geplanten neuen Ordnung der Dinge mit allen Mitteln zu hintertreiben ſuchte, wie er bei Napoleon III. antichambrirte, um dieſen zu einer Action gegen Preußen zu bewegen, wie ſeine Creaturen fortwährend bemüht waren, die ſächſiſche Bevölkerung gegen Preußen aufzuhetzen oder ſie in thörichten Täuſchungen zu erhalten über eine angeblich ſicher zu erwartende Wiederherſtellung des alten Zuſtandes der Dinge. Mußte es da nicht ſo kommen, wie ich in einem Artikel der „Deutſchen Allgemeinen Zeitung" (Nr. vom 26. Auguſt) ſchmerzlich beklagte daß es gekommen ſei, nämlich, „daß die ſächſiſche Regierung von Preußen als eine unverſöhnliche Feindin betrachtet und behandelt ward, daß man in Berlin ſich genöthigt glaubte, dieſer Regierung jede Macht zu nehmen, womit ſie abermals feindſelig gegen Preußen und gegen die allgemeine deutſche Nationalſache auftreten könnte?" Freilich, wenn man dies ausſprach, um vor ſolchem Treiben zu warnen, ſo hieß man „ein Landesverräther", „ein Preuße", „ein Annexioniſt"!

König Johann hatte in dankenswertheſter Weiſe die im Lande zurückgebliebenen Miniſter (die ſog. „Landescommiſſion") in einem ausdrücklichen Schreiben ermahnt, im Sinne jenes „ehrlichen und aufrichtigen Anſchluſſes an Preußen", den er ſelbſt wolle und erſtrebe, zu handeln. Er hatte damit der preußiſchen Regierung eine, gewiß von dieſer nach Gebühr geſchätzte, Bürgſchaft für ſein und ſeiner Regierung künftiges Verhalten geben und jeden etwa noch beſtehenden Argwohn in dieſer Hinſicht beſchwichtigen wollen. Allein Herr von Beuſt wußte auch dieſe edle Abſicht des Königs, ſo viel an ihm war, zu vereiteln. Nachdem er ſchon viel länger, als für die damaligen Ver-

hältniſſe Sachſens gut ſein konnte, Miniſter geblieben und erſt dann zurückgetreten war, als ſeine Collegen ihn förmlich dazu drängten*), wußte er den König zu bewegen, ihm beim Abſchied eine Art von Leumundszeugniß auszuſtellen. König Johann willfahrte dieſer Bitte mit einem Edelmuth, der ſeinem Herzen die größte Ehre machte. Er ſchrieb Herrn von Beuſt einen Brief, worin er die Verantwortlichkeit für alles Geſchehene auf ſich nahm und Herrn von Beuſt gleichſam davon entlaſtete. Und wie dankte ihm Herr von Beuſt dafür? Dadurch, daß er den Brief ſo raſch als möglich in die Oeffentlichkeit brachte, während er doch wiſſen mußte, daß er dadurch dem bei den preußiſchen Staatsmännern ohnehin vorhandenen Argwohn, als ob der König insgeheim noch der Beuſt'ſchen Politik anhänge, neue Nahrung gab, ſomit die preußiſche Regierung zu einer immer ſtrengeren Haltung gegenüber Sachſen veranlaßte!

König Johann hat ſich über den von ihm gethanen Schritt ſpäter (in einem Brief an Herrn von Frieſen, für deſſen Mittheilung**) man Letzterem nur äußerſt dankbar ſein kann) in einer Weiſe ausgeſprochen, die ein ſchönes Zeugniß ſeiner hochgeſinnten, wahrhaft königlichen Denkweiſe iſt. Er ſchrieb:

> Wenn ich mir irgend einer Eigenthümlichkeit bewußt bin, ſo iſt es ſtrenge Offenheit und Wahrhaftigkeit. Gerade deshalb war es mir unmöglich, meiner Ueberzeugung entgegen meine politiſche Vergangenheit zu verleugnen oder die Verantwortlichkeit für meine Handlungsweiſe, die ich mir bewußt war nach eigener

*) „Erinnerungen", 2 Bd., S. 237 ff.

**) Ebenda, S. 184.

Prüfung beobachtet zu haben, auf einen Andern zu wälzen. Ich hoffe daher, daß man ſich um ſo mehr auf die Wahrheit meiner Worte (in dem Schreiben an ſeine Miniſter), ſo weit ſie ſich auf die Zukunft beziehen, verlaſſen wird.

Um ſo mehr wäre es die Pflicht des Herrn von Beuſt geweſen, in dankbarer Anerkennung dieſes edelmüthigen Verfahrens ſeines königlichen Herrn ſorgfältig Alles zu vermeiden, was eine falſche Deutung deſſelben herbeiführen konnte, nicht aber um ſeines perſönlichen Intereſſes willen den König einer ſolchen auszuſetzen.

Aber auch die beiden ſächſiſchen Bevollmächtigten zu den Friedensverhandlungen in Berlin, Miniſter von Frieſen und Graf von Hohenthal, handelten ſchwerlich ganz correct und ſicherlich wenig klug, als ſie eine Einladung zum Diner beim franzöſiſchen Geſandten, dem Grafen Benedetti, annahmen und ſich mit dieſem auf Geſpräche über die preußiſcherſeits an Sachſen geſtellten Forderungen einließen. Herr von Frieſen hat über dieſes Geſpräch ſich in ſeinem Buche mit anerkennenswerther Offenheit ausgeſprochen. Er erzählt*):

Durch dieſes Geſpräch wurde ich in meiner bereits feſtſtehenden Anſicht, daß von dieſer Seite her irgend eine Unterſtützung, die über leere Worte hinausgehe, für uns nicht zu erwarten ſei, nur noch mehr beſtärkt. Ich war überhaupt nicht im Zweifel darüber, daß Kaiſer Napoleon mit Allem, was er damals für uns that oder zu thun vorgab, nicht lediglich in unſerem Intereſſe handle, ſondern in erſter Linie ſeine eigenen politiſchen Zwecke verfolgen wolle. Wir wurden dadurch, davon war ich feſt überzeugt, nicht gefördert; wir konnten für Sachſen nur dann etwas erreichen, wenn wir der preußiſchen Regierung die Ueberzeugung beibrachten, daß der König die ernſte

*) A. a. O., 2. Bd., S. 266.

und feste Absicht habe, mit seiner bisherigen Politik in der deutschen Frage zu brechen und sich dem Norddeutschen Bunde für die Zukunft fest und treu anzuschließen, daß wir, seine Bevollmächtigten, durchaus in diesem Sinne handeln wollten.

So erfreulich diese Abwendung der beiden Bevollmächtigten von der von Herrn von Beust verfolgten, ebenso trügerischen als undeutschen Politik einer Anrufung fremdländischer Hilfe zu der allein richtigen eines „ehrlichen Anschlusses" an den Norddeutschen Bunde war, wie sie König Johann ihnen vorgezeichnet hatte, so war es doch natürlich, daß ihr Verkehr mit dem französischen Gesandten seitens der preußischen Staatsmänner als ein auch von ihnen gemachter, nur aber fehlgeschlagener Versuch, solche fremdländische Hilfe zu erlangen, gedeutet ward und daß auch dies den Erfolg ihrer diplomatischen Sendung erschwerte. Herr von Friesen selbst gesteht diese Folge des von ihm und dem Grafen Hohenthal gethanen Schrittes ein, wenn er*) die Worte anführt, die Herr von Savigny zu ihm gesprochen:

Man möge ja nicht die fernerweite Intervention des Pariser Cabinets als einen günstigen Factor für Sachsen betrachten und ja nicht Schritte thun, beziehentlich wiederholen (!), welche eine Einmischung Frankreichs in deutsche Angelegenheiten bezweckten.

Ich würde auf diese, längst abgethanen und weit hinter uns liegenden Dinge nicht zurückgegriffen, vielmehr dieselben gern der Vergessenheit anheimgegeben haben, nachdem ja glücklicherweise schon unter König Johann, vollends unter unserem jetzigen allverehrten König Albert sich zwischen den beiden Herrscherhäusern von Sachsen und

*) A. a. O., S. 273.

Preußen ein ſo inniges Verhältniß ausgebildet und immer mehr befeſtigt hat, wie es ſicherlich ebenſowohl unſerem Sachſen als dem ganzen Reiche zum Heile gereicht, nachdem auch im ſächſiſchen Volke die frühere Abneigung vor einem näheren Anſchluß an Preußen wohl faſt bis auf die letzte Spur gewichen und an ihre Stelle die Ueberzeugung getreten iſt, daß Sachſens Stellung im Deutſchen Reiche eben ſo gut ihm wie dieſem zum großen Vortheil gereicht, wenn nicht Herr von Frieſen für gut befunden hätte, in ſeinem Buche — obſchon er nicht umhin kann, die damals von ſächſiſchen Diplomaten begangenen Fehler direct oder indirect einzugeſtehen — gleichwohl die Schuld der dadurch erſchwerten und in die Länge gezogenen Friedensverhandlungen weſentlich meiner Partei und ſpeciell mir aufzubürden. Verſteigt er ſich doch in ſeiner Gehäſſigkeit gegen uns bis zu der faſt lächerlichen Unterſtellung: „wir hätten nicht um die Entlaſſung des Herrn von Beuſt petitionirt, weil wir gehofft hätten, ſein längeres Verbleiben auf ſeinem Miniſterpoſten würde ſchließlich zu der von uns erſehnten Annexion führen!“ Als ob nicht die Behandlung unſerer Friedensadreſſe vor dem Kriege uns jedes weitere Petitioniren ein- für allemal hätte verleiden müſſen!

Je länger die Friedensverhandlungen ſich hinzogen und je mehr es den Anſchein gewann, als ob trotz des erklärten Willens des Königs (den ich und den wir Alle mit aufrichtigem Danke begrüßt hatten) dennoch ein feſter und inniger Anſchluß an den Norddeutſchen Bund nicht zu Stande kommen werde, deſto mehr regten ſich — das iſt nicht zu leugnen — in manchen Kreiſen der Bevölkerung

annexioniſtiſche Wünſche. Aber nicht blos im Schoße der nationalen Partei. Dieſe Wünſche fanden bekanntlich einen öffentlichen Ausdruck in der vielberufenen „Landesverſammlung vom 26. Auguſt". Wenn ich die Liſte der mehr als 300 Theilnehmer dieſer Verſammlung durchmuſtere, ſo ſtoße ich darin auch auf Namen, die ſpäter in den Reihen der Conſervativen glänzten. Der auf Antrag des vorberathenden Ausſchuſſes, deſſen Referent ich war, gefaßte Beſchluß der Landesverſammlung war übrigens ein ſtreng im Rahmen des bundesſtaatlichen Verhältniſſes gehaltener. Er lautete:

Es liegt im Intereſſe des ſächſiſchen Volkes, daß nicht allein in allen nothwendig gemeinſamen Angelegenheiten, insbeſondere des Verkehrsweſens, die Geſetzgebung und beziehentlich Verwaltung an die Organe des Bundes, Centralgewalt und Parlament, übertragen werde, ſondern daß auch Sachſen ſeine Militärhoheit und ſeine diplomatiſche Vertretung völlig und bedingungslos an die Krone Preußen abtrete, dergeſtalt, daß nur der König von Preußen Kriegsherr, wie im ganzen Gebiete des Bundes, ſo auch in Sachſen ſei, daß nur er das Recht habe, Geſandte an auswärtige Höfe zu ſchicken und ſolche zu empfangen. Nur unter dieſen Beſchränkungen erachten wir es für möglich, daß der Fortbeſtand der Selbſtändigkeit Sachſens nicht den allgemeinen und auch den eigenen ſächſiſchen Volksintereſſen nachtheilig werde.

In dieſem letzten Satze verräth ſich die Beſorgniß, es könnte wieder einmal die Politik Sachſens auf falſche Wege gelenkt werden, wenn ſie nicht feſt und unauflöslich gekettet ſei an die Geſammtpolitik eines deutſchen Bundesſtaates. Nach dem, was 1866 die Großmannsſucht eines einzelnen Miniſters über Sachſen gebracht hatte, wird man eine ſolche Beſorgniß nicht auffallend und nicht unberechtigt finden.

In den heißblütigeren Mitgliedern der Verſammlung wirkte eben dieſe Beſorgniß ſo ſtark, daß ſie der vermeintlichen Gefahr nur durch eine Einverleibung Sachſens in Preußen entgehen zu können meinten. Das war der Sinn jenes „Annexionsantrages“, der im Laufe der Debatte aus der Verſammlung ſelbſt auftauchte und, obſchon von anderer Seite bekämpft, von mir in meinem Schlußwort zurückgewieſen, gleichwohl ein großes Stimmenmehr für ſich gewann.

Dr. Joſeph, der ein entſchiedener Annexioniſt war, hatte damals ſofort von der Verſammlung aus dieſen letzten Beſchluß derſelben an das Präſidium des gerade verſammelten preußiſchen Abgeordnetenhauſes telegraphirt, und ſich dabei meiner Mitunterſchrift, ohne mein Vorwiſſen und meinen Willen, bedient. Gegen dieſen Mißbrauch meines Namens habe ich alsbald öffentlich mich verwahrt. Ich meinerſeits habe als die eigentliche, weil allein einſtimmig gefaßte, Kundgebung der Verſammlung vom 26. Auguſt in's Land hinaus den Beſchluß wegen bundesſtaatlichen Anſchluſſes Sachſens an Preußen verſendet und habe dazu eine ganze Reihe von Anſchlußerklärungen, namentlich aus den Kreiſen der großen Induſtriellen, erhalten.

Doch, wie ſchon oben geſagt, in den Augen der Particulariſten, der leidenſchaftlichen Gegner einer jeden Annäherung Sachſens an Preußen, vollends jener Conſervativen, welche ſogar das durch den Frieden geſchaffene Vertragsverhältniß Sachſens zu Preußen nur wie eine „Feſſel“ anſahen, die man ſo bald als möglich wieder abzuſchütteln ſuchen müſſe, in den Augen Solcher waren jene

Digitized by Google

beiden Beſchlüſſe, der bundesſtaatliche und der annexioniſtiſche, nahezu völlig gleichbedeutend, waren wir National-Liberalen insgeſammt „Annexioniſten“.

Dieſe Verdächtigungen und Beſchuldigungen haben ſich auch noch lange über das Jahr 1866 hinaus an unſere Ferſen geheftet. Und, weil ich als der Hauptwortführer der National-Liberalen galt, ſo häufte ſich auf meine Perſon aller Groll und alle Verbiſſenheit der vielen geheimen Gegner des „Anſchluſſes an Preußen“. Ich ward von anonymen Zuſchriften aller Art mit Beſchimpfungen, Verleumdungen, ja Bedrohungen heimgeſucht. Sogar in die Kreiſe des zarteren Geſchlechts (das bekanntlich leicht politiſch zu fanatiſiren iſt) drang die leidenſchaftliche Feindſchaft gegen mich. In einer größeren Provinzialſtadt des untern Erzgebirges war, wie mir erzählt ward, in einem Damencafé ein feierliches Pereat auf mich ausgebracht und die (leider falſche) Nachricht, daß ich den handgreiflichen Lohn für meine „Landesverrätherei“ von einer Anzahl „guter Sachſen“ erhalten hätte, mit Jubel aufgenommen worden. Als ich einmal im Spätſommer 1867 in Begleitung einer Anzahl mir befreundeter junger Männer einen Ausflug mit der Eiſenbahn in eine Nachbarſtadt Leipzigs machte und mit ihnen harmlos plaudernd in einem öffentlichen Garten ſaß, ſtreifte ein mir unbekannter Herr nahe an meinem Stuhl vorüber und flüſterte mir zu: „Gut, daß Sie Bedeckung mit haben, Herr Profeſſor, ſonſt wäre es hier nicht geheuer für Sie!“ Noch 1870 ward mir in der Zweiten Kammer, allerdings von einem particulariſtiſchen Heißſporn erſten Ranges, der Vorwurf in's Geſicht geſchleudert: „ich hätte Briefe in's

Land verſandt, in denen zu annexioniſtiſchen Kundgebungen aufgefordert worden wäre.“ Darauf erwiderte ich einfach: „er möge mir einen einzigen ſolchen Brief zeigen, oder eine einzige Perſon nennen, die einen ſolchen Brief erhalten oder bei einem Andern geſehen hätte“. Natürlich blieb er dieſen Beweis ſchuldig, allein ſo ehrenhaft, ſeine Verleumdung zu widerrufen, war er nicht.

Selbſt ein Mann wie Herr von Frieſen hat es nicht verſchmäht, noch 1880 in ſeinen „Erinnerungen“ Anſchuldigungen ſolcher Art gegen mich zu erheben. Ich habe mich mit ihm erſt brieflich, dann öffentlich auseinandergeſetzt. Das officielle „Dresdener Journal“ war ſo unparteiiſch, mich in ſeinen Spalten (Nummern vom 1., 6., 9. März 1881) den Kampf mit Herrn von Frieſen ausfechten zu laſſen, und auch die „Dresdener Nachrichten“ (die im Uebrigen zu meinen Hauptgegnern gehörten) gönnten doch (in ihrer Nr. vom 21. März 1881) einer Berichtigung von mir Raum, in der ich Folgendes conſtatirte:

1. Herr von Frieſen habe die eine ſeiner gegen mich erhobenen Beſchuldigungen ohne Weiteres als unbegründet widerrufen; 2. die andere habe er zwar aufrecht zu erhalten verſucht, habe aber bei Wiedergabe der einſchlagenden Zeitungsſtelle (aus der „Deutſchen Allgemeinen Zeitung“), die ich ſelbſt erſt in loyalſter Weiſe ihm unterbreitet, ſich Auslaſſungen erlaubt, obſchon er mir ausdrücklich eine „vollſtändige“ Wiedergabe dieſes ganzen Materials zugeſagt hatte; 3. auf meinen Vorhalt deswegen, ſowie auf den, daß er zwei ſchwere Beſchuldigungen gegen mich veröffentlicht habe, *ohne* — wie er brieflich gegen mich eingeſtanden — *den Thatbeſtand vorher zu prüfen*, habe Herr von Frieſen *geſchwiegen*!

Auch auf dieſe Berichtigung wußte Herr von Frieſen nichts zu erwidern und gab dadurch zu erkennen, daß er im Unrecht ſei.

Heutzutage ſind, Gott ſei Dank, die Anſchauungen aller leidlich politiſch Gebildeten in Sachſen (einige unheilbar Verbiſſene etwa ausgenommen) ſo weit geklärt, daß man nicht mehr Gefahr läuft, für einen ſchlechten Sachſen zu gelten, wenn man ſich als guten Deutſchen bekennt und bethätigt. Andererſeits bin ich überzeugt, daß jene „Annexioniſten" von 1866 ſich wohl insgeſammt zu bundesſtaatlichen Anſichten bekehrt haben, ſeitdem ſie geſehen, wie aufrichtig die ſächſiſche Regierung ihre bundesſtaatlichen Pflichten erfüllt, wie ferner in der Verwerthung des uns verbliebenen Maßes von „Selbſtſtändigkeit" — nämlich in Bezug auf unſer inneres Staatsleben, Induſtrie, Handel, Wiſſenſchaft, Kunſt, Schulweſen u. ſ. w. — wir unſere Stelle als dienendes Glied des großen Ganzen, des Deutſchen Reichs, auf das Ehrenvollſte und Erfolgreichſte ausfüllen, und in welcher für jedes Sachſenherz hocherfreulichen Weiſe dies ſowohl von der preußiſchen und den anderen Regierungen, als auch von der öffentlichen Meinung in ganz Deutſchland anerkannt wird.

Siebzehntes Capitel.

Neue parlamentarische Thätigkeit im sächsischen Landtage (1869—1876.)

Durch den Reichstag des Norddeutschen Bundes waren einer parlamentarischen Thätigkeit im großen Stile auf's Neue die Schranken geöffnet. Es war gewissermaßen eine Wiederaufnahme und Fortsetzung des Parlaments von 1848, nur mit ungleich mehr direct praktischen Zielen und daher voraussichtlich zu größerer realer Befriedigung der Theilnehmer. Daß ich den Wunsch und die Hoffnung hegte, an den Arbeiten dieses norddeutschen Reichstags einen Antheil zu erhalten, war wohl natürlich und verzeihlich. Hatte ich doch auch nach Frankfurt niemals aufgehört, für Wacherhaltung und Wiederbelebung des nationalen Gedankens nach Kräften in der Presse und persönlich zu wirken.

Jedoch die Aussichten dafür waren nicht günstig. Meine Partei, die national-liberale, war in Sachsen noch schwach; sie ward von rechts und links angefeindet, und diese Anfeindungen spitzten sich, wie schon im vorigen Capitel erwähnt, hauptsächlich auf meine Person zu.

Meine eigenen Parteigenoſſen ſahen mich daher von Haus aus bei den Vorbereitungen zu den Reichstagswahlen als „unmöglich" an; nirgends ward ich als Candidat auch nur genannt.

Vom Parteiſtandpunkte aus war dies wohl kaum richtig. Eine Partei, die ihre anerkannten Führer verleugnet, ſtellt damit ſich ſelbſt ein Zeugniß der Muthloſigkeit aus, was in gewiſſem Betracht faſt ſchlimmer iſt, als ein Mißerfolg bei den Wahlen, denn einem ſolchen iſt jede Partei und jedes Mitglied einer Partei ausgeſetzt.

Natürlich habe ich, was ich jetzt hier ausſpreche, damals für mich behalten. Ich habe niemals meine Perſon in den Vordergrund geſtellt, und hätte es am wenigſten bei einer Gelegenheit thun mögen, wo ja allerdings, wie nun einmal die Stimmung im Lande war, es kaum möglich ſchien, andere als ſolche Candidaten durchzubringen, die bisher noch weniger ſcharf in die Oeffentlichkeit herausgetreten waren, wenn ſie auch im Stillen unſere Anſichten getheilt hatten.

In der national-liberalen Fraction zu Berlin ſcheint man die Sache ebenſo angeſehen zu haben, wie ich ſie hier betrachte. Dr. Stephani, den wir bei der Wahl zum erſten geſetzgebenden Reichstag (im Herbſt 1867) in Leipzig mit ſchwacher Mehrheit durchbrachten, ſchrieb mir von Berlin aus:

> Wenn ich mein aufrichtiges Bedauern ausſpreche, daß Sie nicht hier ſind, begegne ich ſehr entſchiedener Zuſtimmung und Verwunderung.

Ein jüngerer Parteigenoſſe, Dr. H. Blum, der ebenfalls im Herbſt 1867 gewählt ward (von demſelben

Wahlkreiſe, der ein paar Jahre ſpäter, 1871, mich in den erſten geſammtdeutſchen Reichstag entſandte) ſprach die gleiche Empfindung gegen mich in folgenden Worten aus:

Welches traurige politiſche Sittenzeugniß ſtellt ſich unſer engeres Vaterland aus, wenn es für eine Empfehlung zum Reichstage das anſieht, was mir ohne allen Zweifel 2/3 der Stimmen meiner Wählerſchaft verſchafft hat, nämlich die vermeintliche politiſche „Integrität" der Geſinnung und des Charakters. Wie weit entfernt ſind wir von den parlamentariſchen Muſternationen, wenn wir (oder doch die Mehrzahl unſerer Mitbürger) uns ſcheuen, einen politiſch geſchulten Mann zu wählen, und lieber nach ſolchen greifen, die eine politiſche Vergangenheit noch nicht haben, wie wir vier National-Liberalen aus Sachſen ſammt und ſonders!

Das national-liberale Centralwahlcomité, welches im Frühjahr 1867 in Berlin zuſammengetreten war, hatte auf die Liſte der Candidaten, welche es von ſich aus den Wählern zur Berückſichtigung empfahl, auch meinen Namen geſetzt; allein die Partei im Großen und Ganzen war noch viel zu wenig organiſirt, als daß eine ſolche Empfehlung von fern her bei den localen Wählerſchaften eine nachdrückliche Wirkung hätte äußern können. Zwar ward mir eine Art von Candidatur von außerhalb Sachſens angetragen. Ein alter Frankfurter College, Dr. Pinkert in Erfurt, gegen den ich meinen Wunſch, an den Verfaſſungsarbeiten des conſtituirenden Reichstags Theil zu nehmen, ausgeſprochen hatte, ſchrieb mir, das Wahlcomité für den dortigen Kreis, welches vorläufig die Herren Dr. Lucius (den jetzigen Landwirthſchaftsminiſter in Preußen) und Dr. Guſtav Freytag als Candidaten in's Auge gefaßt habe, wolle ſehr gern mich als dritten hinzufügen. Zugleich erhielt ich eine Einladung zu einer Verſammlung in Erfurt, welche die end-

giltige Entscheidung in der Personenfrage treffen sollte. Da ich jedoch hieraus ersah, daß Freytag, mit dem ich persönlich befreundet war, dort ältere Rechte hatte, so hielt ich es nicht für anständig, ihm Concurrenz zu machen. Auch glaubte ich, in meiner Stellung als Parteiführer in Sachsen einer möglichen Wahlniederlage außerhalb Sachsens mich viel weniger aussetzen zu dürfen, als einer im Lande selbst.

So mußte ich — mit schwerem Herzen, wie ich nicht leugne — sowohl dem constituirenden als dem gesetzgebenden Reichstage des Norddeutschen Bundes fern bleiben, mußte es schon hoch anschlagen (und habe es auch mit aufrichtigem Dank erkannt), daß bei den Wahlen zum sächsischen Landtage von 1869/70 (durch ein völlig neues Wahlgesetz von 1868 war die alte „Ständekammer" in eine wirkliche „Volksvertretung" umgewandelt worden) eine liberale Wählerschaft, und zwar die eines Kreises der Stadt Chemnitz, mir ohne mein Zuthun ein Mandat entgegenbrachte. Hierbei wurden meine Chemnitzer Gesinnungsgenossen auch von Solchen unterstützt, die eigentlich weiter links standen, als ich. Einer derselben, ein „Alter von 1848", der wackere Rewitzer, der namentlich in Handwerkerkreisen ein großes und verdientes Ansehen genoß, wollte sogar einer zu meinen Gunsten einberufenen Wählerversammlung präsidiren. Leider erkrankte er kurz vorher gefährlich und starb. An seiner Stelle übernahm den Vorsitz Advocat Ludwig, der Führer der Chemnitzer Fortschrittspartei. Als wir, meine politischen Freunde und ich, mit ihm den Saal betraten, fanden wir denselben zu einem großen Theile von Socialisten besetzt. Doch ward meine Wahlrede mit

größter Ruhe und ohne jegliche Unterbrechung angehört und am Schlusse mit lebhaftem Beifall begleitet. Nach derselben stellten einzelne Socialisten ein paar Anfragen an mich, die ich von meinem Standpunkte aus beantwortete, und darauf erklärten sie: „nach der von Lassalle ihnen hinterlassenen Regel, bei Wahlen, wo es sich zwischen einem Conservativen und einem Liberalen handle, immer für den letzteren zu stimmen, würden sie mir ihre Stimmen geben." So ward meine Candidatur einstimmig von der Versammlung acceptirt. Chemnitz hatte bis dahin lange Zeit hindurch immer conservativ gewählt. Auch diesmal hatten die Conservativen einen Candidaten aufgestellt, und zwar einen in Chemnitz selbst seßhaften, sehr angesehenen Mann. Ich siegte über diesen mit etwa hundert Stimmen. Bei einer späteren Neuwahl hatte ich keinen Gegencandidaten.

Die Wahlen im Allgemeinen fielen so aus, daß National-Liberale und Fortschritt zusammen eine, wenn auch nur kleine und nicht in allen Fragen zuverlässige Mehrheit in der Zweiten Kammer erlangten.

Um diese Gunst der Lage nach Kräften zu nützen, betrieb ich eine vertrauliche Vorbesprechung der liberalen Abgeordneten beider Schattirungen. Es sollte womöglich ein gemeinsamer Feldzugsplan für den Landtag entworfen werden. Ein solches Zusammengehen der mehr gemäßigten und der „entschiedeneren" Liberalen (der Fortschrittler) in den inneren Angelegenheiten Sachsens erschien nach den hier obwaltenden Verhältnissen ebenso gut thunlich und angezeigt, wie z. B. in Baiern, wo eine derartige Vereinigung lange bestanden hat und meines Wissens noch

heut beſteht. In dieſem Bemühen unterſtützte mich auf's Kräftigſte der bald darauf verſtorbene, in fortſchrittlichen Kreiſen hochangeſehene Bernhard Eiſenſtuck, 1848 einer der Wortführer der Linken und eine Zeit lang zweiter Vicepräſident im Parlamente zu Frankfurt.

Wirklich kam eine Beſprechung in Chemnitz zu Stande, an welcher eine Anzahl von Abgeordneten beider Richtungen ſich betheiligten. Es wurden verſchiedene Anträge verabredet, die wir gemeinſam in der Kammer ſtellen wollten, und es wurden für deren nähere Vorbereitung theils einzelne Referenten, theils ganze Commiſſionen beſtellt.

Als eines der dringendſten Bedürfniſſe erſchien eine Abänderung der Geſchäftsordnung. Die beſtehende Geſchäftsordnung für beide Kammern war wie dazu gemacht, die Landtage in die Länge zu ziehen. Nach derſelben mußten beiſpielsweiſe bei allen Verhandlungen über Geſetzesvorlagen ſowohl die königlichen Decrete als die Deputationsberichte über den betreffenden Gegenſtand Wort für Wort in der Kammer verleſen werden, obſchon beide gedruckt den Mitgliedern vorlagen. Als beim Landtag 1849/50 die deutſche Frage zur Verhandlung kam, nahm das Verleſen des von mir erſtatteten Berichts (auf das Verleſen ihres Decrets verzichtete die Regierung) eine ganze Sitzung von 3—4 Stunden in Anſpruch. Ein anderer Uebelſtand war der, daß jeder Gegenſtand zur Vorberathung an eine Deputation verwieſen ward. Die Deputationen arbeiteten nun ſchriftliche Berichte, oft ziemlich dickleibige, aus, was allemal viele Wochen, oft Monate in Anſpruch nahm. Bis dieſe Berichte eingingen, litt die Kammer meiſt ſo ſehr

Mangel an Berathungsgegenſtänden, daß bisweilen eine ganze Reihe von Sitzungen von kaum mehr als einer, ja einer halben Stunde Dauer ſtattfand, in denen lediglich das Protokoll der vorigen Sitzung und die neuen Eingänge verleſen wurden.

Wir brachten es glücklich dahin (wenn ſchon nicht ſofort), daß an die Stelle dieſer ſchwerfälligen Geſchäftsordnung eine andere trat. Sie war das gemeinſame Werk des Profeſſors Wigard und des Dr. Schaffrath und ſchloß ſich der des Reichstags und des preußiſchen Abgeordnetenhauſes im Weſentlichen an.

Mich perſönlich intereſſirte vor Allem die Frage einer zeitgemäßen Reform unſerer Gemeindegeſetzgebung und einer Erweiterung des Syſtems der „Selbſtverwaltung" über die Grenzen der Gemeinde hinaus, auf Bezirk und Kreis. Die ſächſiſche Städteordnung von 1832, der Stein'ſchen nachgebildet, war anerkanntermaßen vortrefflich und in der Hauptſache noch jetzt den Zeitverhältniſſen angemeſſen: nur in Bezug auf die Lebenslänglichkeit der Stadtrathsmitglieder ſowie in Bezug auf Recht und Pflicht des Bürgerwerdens (angeſichts der durch die Gewerbeordnung des Norddeutſchen Bundes gewährten Freizügigkeit) und noch einige andere Punkte erſchien eine Reviſion derſelben wünſchenswerth.

Tiefer greifender Abänderungen bedurfte die Landgemeindeordnung von 1838. Die geſetzlichen Befugniſſe der Gemeindeorgane waren hier in ſo enge Grenzen eingeſchloſſen, wie ſie weder mit dem ſeitdem fortgeſchrittenen Bildungsſtande der ländlichen Bevölkerungen, noch mit den wirthſchaftlichen Verhältniſſen der Landgemeinden, zumal

der überwiegend industriellen, deren es in Sachsen so viele giebt, vereinbar schienen.

Mit der wichtigen Frage der Herstellung eines richtigen Verhältnisses zwischen selbstständigem Gewerbebetriebe und Erlangung des Bürgerrechts hatte ich mich zuerst in Weimar als Referent der „mitteldeutschen Volkswirthschaftsgesellschaft", dann wieder in Leipzig als Referent eines Comité für Vorbereitung einer Petition in eben dieser Sache eingehend beschäftigt.

Was die Idee einer erweiterten Selbstverwaltung des Volkes betraf, so hatte diese schon in dem Programm zu meiner Monatsschrift 1841 Platz gefunden. In Frankfurt hatte mir dann Wippermann, damals kurhessischer Minister, von einem Verwaltungsgesetze gesprochen, welches das Märzministerium dort eingeführt und welches sich in der Praxis bewährt habe. Als nun beim sächsischen Landtage von 1849/50 von einer Abänderung der Gemeindegesetzgebung die Rede war, ließ ich mir jenes Gesetz von Wippermann schicken und legte es der Gesetzgebungsdeputation, deren Mitglied ich war, vor. Der damalige Minister des Innern, Herr von Friesen, interessirte sich für die Sache und erbat sich von mir das kurhessische Gesetz zur Ansicht. Zu Weiterem ließ es die Kammerauflösung nicht kommen.

Inzwischen hatte ich, bei meinem achtjährigen Aufenthalte im Großherzogthume Weimar, vollauf Gelegenheit gehabt und diese Gelegenheit eifrig benutzt, die Wirkungen der dort eingeführten Gemeinde- und Verwaltungsgesetze genau kennen zu lernen. Herr von Watzdorf hatte oft und eingehend mit mir darüber gesprochen. Die Ver-

waltungschefs der einzelnen Bezirke („Bezirksdirectoren"), sowie die Räthe im Miniſterium des Innern, bei denen ich mich des Weiteren darüber informirte, fand ich von der Güte dieſer Einrichtungen ebenſo lebhaft durchdrungen, wie andererſeits die aus dem Volke hervorgegangenen Mitglieder der Bezirksausſchüſſe. Was mir ſelbſt bei meiner langjährigen Beobachtung der öffentlichen Zuſtände Weimars als ein meiner Anſicht nach nicht am wenigſten wichtiges Reſultat dieſer Selbſtverwaltung erſchien, war dies, daß durch die eingehende Beſchäftigung der Bezirksausſchüſſe mit allen möglichen, namentlich aber wirthſchaftlichen Intereſſen des Bezirks ſich bei deren Mitgliedern ein gewiſſer praktiſcher Sinn ausbildete, der ſich dann auch in den Ständeſaal verpflanzte und, wie ich zu bemerken glaubte, weſentlich dazu beitrug, daß einſeitig doctrinäre Standpunkte auch dort nicht aufkamen, vielmehr ſelbſt entgegengeſetzte politiche Richtungen auf dem Boden einer praktiſchen Behandlung aller Fragen ihre friedliche Ausgleichung fanden.

Ehe ich von Weimar ſchied, gab ich mich daran, die von mir geſammelten Beobachtungen ſammt einem werthvollen Actenmaterial (Ausſchußprotokollen u. dgl.), welches mir mit größter Bereitwilligkeit zur Verfügung geſtellt ward, zu einem Geſammtbilde der dortigen Einrichtungen zu verarbeiten. Ich ſchrieb darüber zwei Aufſätze unter dem Titel: „Die Verwaltungsorganiſation im Großherzogthume Sachſen-Weimar" in die von meinem Schwager Regierungsrath Krug herausgegebene „Zeitſchrift für Verwaltung"*) (Jahrgang 1863, 2. Band).

*) Leipzig, Roßberg'ſche Verlagshandlung.

Nach Sachsen zurückgekehrt, war ich bemüht, die in Weimar gemachten Erfahrungen auch für mein sächsisches Vaterland zu verwerthen. Mehrfache Gelegenheit dazu boten mir die, damals eben in Aufnahme gekommenen, „Städte- oder Gemeindetage". Noch ganz kurz vor dem Landtag 1869/70 nahm ich Veranlassung, meine Ideen über Selbstverwaltung auf einem in Dresden abgehaltenen sächsischen Gemeindetage, dem auch der Minister des Innern von Nostiz-Wallwitz beiwohnte, zu entwickeln, und ich hatte die Genugthuung, die Zustimmung der Versammlung dafür zu gewinnen.

Im Landtage 1869/70 stellte ich (mit Andern gemeinschaftlich) den Antrag auf Erlaß einer Bezirksverfassung. Die Kammer trat dem bei, und die Regierung legte dem nächstfolgenden Landtage einen Gesetzentwurf vor, der im Wesentlichen den von mir entwickelten Ideen entsprach, zugleich neue Gemeindegesetze für Stadt und Land. Das Referat über die Reorganisation der Verwaltungsbehörden ward von der Gesetzgebungsdeputation mir übertragen. In der Zweiten Kammer ging dieselbe ohne großen Widerspruch durch; in der Ersten versuchten die Conservativen allerhand Abschwächungen des Princips der Selbstverwaltung zu Gunsten des feudalen Elementes, und es bedurfte der ganzen Beharrlichkeit der Gesetzgebungsdeputation der Zweiten Kammer, um im sog. Vereinigungsverfahren diese Versuche zurückzuweisen. Der Minister hielt an den dem Gesetze zu Grunde liegenden liberalen Anschauungen mit anerkennenswerther Consequenz fest und bekämpfte mit uns vereint die conservativen Gegner des Entwurfs. Ich konnte daher mit gutem Fug, als Herr von Nostiz-Wallwitz

bei einer parlamentariſchen Abendgeſellſchaft in ſeinem Hauſe mich ſeiner Gemahlin mit den ſcherzhaften Worten vorſtellte: „Hier iſt mein gefährlichſter Gegner in der Kammer“, im gleichen Tone erwidern: „Excellenz ſind undankbar; ich habe in dieſen Tagen mich zu Ihrem allergetreueſten Adjutanten gemacht.“

Einzelnes in dem Geſetz, wie es ſchließlich zu Stande kam, hätte ich allerdings etwas anders gewünſcht, ſo das Inſtitut der „Kreishauptmannſchaften“, das mir in ſeiner collegialen Zuſammenſetzung zu ſehr den alten „Kreisdirectionen“ ähnlich erſcheint; allein im Großen und Ganzen erachte ich die ſächſiſche Kreis- und Bezirksverfaſſung für eine geſunde und lebensfähige Einrichtung. Sie iſt weniger complicirt, als die badiſche und die preußiſche, was mir als ein großer Vorzug erſcheint; ſie wird gewiß — vorausgeſetzt, daß man von oben und unten ſie im rechten Geiſte handhabt — allmälig (wie ſich das in Weimar gezeigt hat) den Sinn der Selbſtregierung im Volke wecken und nähren, das allzu viele Regieren vom grünen Tiſche aus auf das rechte Maß zurückführen. Freilich gehört dazu auf Seiten des Beamtenthums eine gewiſſe Selbſtverleugnung, auf Seiten der Organe des Volkes (der Gemeindevorſtände und der Mitglieder der Bezirks- und Kreisausſchüſſe) die Gewöhnung an ein, ihnen zuvor fremdes, größeres Maß von Selbſtthätigkeit und Selbſtverantwortlichkeit in Ausübung ihrer Befugniſſe.

Von Mitgliedern der Bezirksausſchüſſe, auch ländlichen, habe ich mehrfach den Audruck der Befriedigung über die ihnen zugewieſene Wirkſamkeit und über die Art, wie in den Ausſchüſſen die Dinge erledigt werden, ver-

nommen; ich habe auch gesehen, wie selbst Solche, die anfänglich Gegner der ganzen Einrichtung waren, sich später damit ausgesöhnt und befreundet haben. Wo über gegentheilige Erfahrungen Klagen laut wurden, da ließ sich meist nachweisen, daß dies nicht sowohl die Folge der Einrichtung selbst, als vielmehr die einer unrichtigen Handhabung derselben war.

Es sei mir gestattet, hier eine Stelle aus einem auf diesen Gegenstand bezüglichen Briefe des Ministers von Watzdorf anzuführen. In diesem Briefe (vom 14. Novbr. 1863) sprach er, der warme Freund des Systems der Selbstverwaltung, sich über deren Vortheile, aber auch über die nothwendigen Voraussetzungen ihres Gelingens in überzeugender Weise aus. Ich hatte ihm von meinen beiden früher erwähnten Aufsätzen den ersten, der das Wesen der Verwaltungseinrichtungen Weimars schilderte, zugesendet. Er fand diese Schilderung durchaus getreu und zutreffend. Mit Bezugnahme auf den noch ausstehenden zweiten, der die Wirkungen dieser Einrichtungen darstellen sollte, äußerte er sich folgendermaßen:

> Im Voraus darf ich mich auch dieses Theiles freuen, denn ich weiß ja aus ganz unparteischer, objectiver Beurtheilung, daß die Erfolge unserer Organisation in Gemeinde und Behörden im Allgemeinen befriedigende sind. Ich darf dies sagen, weil ich sogleich beifüge, daß wir, was namentlich die eigentlichen Staatsbehörden betrifft, doch auch hier erst am Anfange einer neuen, gesünderen Zeit stehen. Das bureaukratische Element ruht tief in unserem ganzen Wesen, und es wird, wie es in langer Zeit stetig gekommen, auch erst in langer Zeit stetig gehen. Was ich dazu beitragen kann, thue ich nach Kräften, weil ich überzeugt bin, daß mehr, als irgendwo sonst, auf diesem Felde die Frage der Zukunft für Fürst und Volk entschieden wird.

An der Erweiterung der den Gemeindeorganen auf dem Lande zustehenden Befugnisse sowie an einzelnen zeitgemäßen Verbesserungen der Städteordnung habe ich nach bestem Wissen sowohl in der Deputation als im Plenum der Kammer mitgearbeitet.

Eine sehr erfreuliche Aufgabe war mir die von der Gesetzgebungsdeputation mir übertragene Berichterstattung über den uns vorgelegten Preßgesetzentwurf. Die Vorlage war eine ziemlich freisinnige; es gelang mir, noch einige Erweiterungen derselben durchzusetzen, und so durfte das sächsische Preßgesetz von 1870 sich rühmen, eines der besten unter den neuen deutschen Preßgesetzen zu sein. Durch das Reichspreßgesetz von 1874 ist es außer Kraft gesetzt worden.

Nicht ganz so nach Wunsch ging es mir und meinen Gesinnungsgenossen beim neuen Volksschulgesetze. Unsere Absicht, den Gedanken der „Gemeindeschule" consequent durchzuführen, gelang nur zum Theil. Zwar sollen nach dem Gesetze da, wo nicht besondere Schulen einzelner Confessionen bestehen, alle Kinder die Gemeindeschule besuchen; wo aber solche Schulen sich vorfinden oder errichtet werden, da müssen die Angehörigen der betreffenden Confession ihre Kinder in diese, dürfen sie nicht in die Gemeindeschule schicken.

Im Uebrigen bahnte das Gesetz manche erfreuliche Fortschritte in unserem Volksschulwesen an, so durch Einsetzung fachmännischer Bezirksschulinspectoren, durch die erweiterten Befugnisse, welche es den Schulvorständen verlieh, durch Einführung des Zeichnens, der weiblichen Arbeiten, des obligatorischen Turnens in die Volksschule,

durch die Einrichtung von Fortbildungsschulen, endlich durch die Besserstellung der Volksschullehrer. In allen diesen Beziehungen konnten wir Liberale mit voller Ueberzeugung uns den Absichten der Regierung anschließen.

Bei dem Gesetz über die höheren Schulen, welches auf einem späteren Landtage zur Berathung stand, habe ich nach Kräften, wiewohl nur mit geringem Erfolg, gegen das meiner Ansicht nach theilweise zu weit gegriffene Maß des Lehrstoffs, sowie für eine möglichst ausgedehnte Freiheit der Lehrercollegien in der Behandlung der einzelnen Lehrgegenstände gekämpft. Selbst das obligatorische Lateinlernen der Seminaristen konnte ich nicht beseitigen.

Die schon früher in Sachsen eingeführte Presbyterial- und Synodalverfassung für die evangelisch-lutherische Kirche erhielt damals ihren Abschluß durch gesetzliche Bestimmungen über die Stellung der obersten Kirchenbehörde, Bestimmungen, welche, von einer Synode beschlossen, einer Bestätigung durch die politischen Gesetzgebungsfactoren, die Kammern, bedurften. Ich regte an und setzte es auch — bei bereitwilligem Entgegenkommen des Cultusministers Dr. von Gerber — glücklich durch, daß in einem „Einführungsgesetze" zu dieser Kirchenordnung die Rechte des Staats gegenüber der lutherischen Kirche (unbeschadet der ihr zu gewährenden größeren Selbstständigkeit) wirksam gewahrt wurden. Von der Fortschrittspartei ward beim Landtage 1875/76 eine Revision der älteren Gesetzesbestimmungen, welche das Verhältniß des Staates zur katholischen Kirche regelten (des sog. „Mandats von 1827") beantragt. Vielleicht war ein solcher Antrag nicht gerade dringlich, da jene Bestimmungen im Ganzen noch

jetzt als genügend erſchienen, auch in der Praxis die katholiſche Kirche in Sachſen ſich bisher gemäßigt gezeigt hatte. Die Art, wie von der Regierung dem Antrag entſprochen ward, befriedigte mich nicht ganz; nach meiner Anſicht blieb das neue Geſetz in einzelnen Punkten eher hinter dem alten zurück, als daß es daſſelbe verbeſſert hätte, was denn doch, wenn man einmal „revidirte", geſchehen mußte. Allein es gelang mir nicht, weſentliche Aenderungen daran durchzuſetzen. Zum Glück iſt Sachſen vom „Culturkampfe" auch ſeitdem verſchont geblieben.

Ein Vorgang, der eine gewiſſe Aufregung hervorbrachte und zu ſtürmiſchen Debatten in der Kammer Anlaß zu geben drohte, ward durch das wohlmeinende perſönliche Eintreten des Königs Johann unſchädlich gemacht. An ein adliges Fräuleinſtift in Dresden, das unter dem Protectorat der verwittweten Königin Marie ſtand, waren als Lehrerinnen Mitglieder eines weiblichen katholiſchen Ordens berufen worden, von dem es hieß, er ſei eine Abzweigung des Jeſuitenordens und falle daher unter das Reichsgeſetz wegen Ausweiſung der Jeſuiten. Eine Interpellation erfolgte deshalb in der Zweiten Kammer; die Sache ward an eine Deputation gewieſen. Da übernahm es König Johann, bei ſeiner erlauchten Schwägerin dahin zu wirken, daß die Ordensſchweſtern entfernt würden. Damit war die Sache beigelegt.

Neben den Fragen des inneren Staatslebens tauchte ab und zu auch eine nationale Frage — betreffs der Stellung Sachſens erſt zum Norddeutſchen Bunde, dann zum Deutſchen Reiche — in der Kammer auf, und es fehlte da nicht immer an kleineren und größeren Reibungen

theils mit einzelnen der Herren Miniſter, theils mit gewiſſen Elementen der Rechten, die über jedem Titelchen der „Selbſtſtändigkeit“ Sachſens eiferſüchtig wachten. Die Ausfechtung ſolcher Conflicte fiel in der Regel mir zu. Ich gehe darauf nicht näher ein, da dieſes Alles jetzt, Gott ſei Dank, längſt abgethane Sachen ſind.

Wohl aber muß ich noch Einiges über das Verhältniß der beiden liberalen Gruppen zu einander ſagen.

Beim Landtage 1869/70 wollten wir National-Liberale eigentlich gar nicht als geſonderte Fraction auftreten, vielmehr an dem Zuſammengehen aller Liberalen feſthalten, wie ſolches in Chemnitz angebahnt worden war. Da jedoch bei der am Vorabend der Landtagseröffnung veranſtalteten Beſprechung wegen Bildung des Bureaus die Herren vom Fortſchritt den Anſpruch erhoben, daß wir die von ihnen vorher in einer beſonderen Fractionsſitzung gefaßten Beſchlüſſe einfach annehmen und gutheißen ſollten, ſo erkannten wir die Nothwendigkeit, uns ebenfalls zu organiſiren. Das geſchah denn auch ſchon am andern Tage. Aber ſo groß war ſelbſt unter einem Theile meiner Parteigenoſſen noch die Furcht vor dem Banne, der auf dem Namen „National-Liberale“ ruhte, daß man beſchloß, dieſen Namen zu vermeiden und ſich „liberale Fraction“ zu nennen. Infolge der gleichen Aengſtlichkeit fand man auch für gut, an die Spitze der Fraction nominell nicht mich, ſondern ein paar weniger ſchlecht beleumundete Mitglieder zu ſtellen. Letztere Fiction ward indeſſen ſchon ſehr bald aufgegeben und die Leitung der Fraction auch der Form nach mir übertragen. Ich habe dieſelbe vier Landtage hindurch, bis zu meinem Rücktritt vom parlamentariſchen

Schauplatz, geführt. Daß dies zur Zufriedenheit meiner Parteigenossen geschehen, darf ich daraus entnehmen, daß dieselben schon am Schluß des ersten Landtags mir ein Album mit ihren sämmtlichen Photographien und der Aufschrift: „Dem treuen und kundigen Führer der liberalen Fraction", bei meinem Scheiden aus ihrer Mitte aber einen schönen silbernen, vergoldeten Tafelaufsatz mit der Inschrift: „Ihrem hochverdienten Führer Biedermann die national-liberale Partei der II. Kammer 1877", nebst kurzem herzlichen Abschiedsgruß als Andenken widmeten.

Unser Verhältniß zur Fortschrittspartei beschränkte sich beim ersten Landtage auf eine Verständigung durch Delegirte von Fall zu Fall und auf einzelne gemeinsame Versammlungen. Das hielt die Fortschrittspartei nicht ab, von Zeit zu Zeit den Versuch zu machen, im Bunde mit den Conservativen uns (um einen landläufigen parlamentarischen Ausdruck zu gebrauchen) „an die Wand zu drücken". Zum ersten Mal geschah dies mit dem bekannten (May-Pohlenz'schen) „Abrüstungsantrage", den die Herren hinter unserem Rücken, ohne uns auch nur ein Wort davon zu sagen, in die Kammer brachten. Es war das für die fortschrittlichen Redner eine günstige Gelegenheit, über Militarismus, Steuerdruck, schlechte Erwerbsverhältnisse und andere dergleichen populäre Themata sich zu ergehen. Wir ließen uns indeß nicht einschüchtern. Wir suchten dem Antrag dadurch die Spitze abzubrechen, daß wir den Zusatzantrag (das Amendement Eule) dazu stellten: „so weit es ohne Beeinträchtigung der Wehrkraft des Bundes geschehen kann," was so viel hieß, wie, den Antrag beseitigen. Als dieser Zusatz verworfen war, gaben wir

unſere zwanzig und einige Stimmen gegen den Hauptantrag ab, der aber natürlich mit großer Mehrheit (durch die Verbrüderung von Fortſchritt und Conſervativen) Annahme fand. Die Miniſter verhielten ſich auffallenderweiſe ſchweigend, obſchon es ſich doch offenbar um ein wichtiges Intereſſe des Bundes, ſeine militäriſche Sicherheit, handelte.

Eine Scene ähnlicher Art wiederholte ſich bei der Theaterfrage.

Infolge einer unerhörten Fahrläſſigkeit war das prachtvolle Hoftheater ganz kurz vor dem Zuſammentritt des Landtags 1869/70 ein Raub der Flammen geworden. Daß das Land die Koſten des Neubaues tragen müſſe, war ſelbſtverſtändlich und ward von uns nicht beſtritten; allein das Gutachten, welches ein fortſchrittlicher Abgeordneter Namens der Majorität der Geſetzgebungsdeputation erſtattete, wonach die Volksvertretung nicht blos zur Herſtellung des Theaters nach dem Koſtenbetrage des abgebrannten, ſondern zur Bewilligung jeder beliebigen Summe, welche die Regierung fordern möchte, rechtlich verpflichtet ſein ſollte, erregte unſeren Widerſpruch: wir wollten das Recht der Kammern wahren, die Bewilligung frei, nicht zwangsweiſe, auszuſprechen, und wir wollten nicht in's Ungemeſſene, ſondern nur bis zu einer gewiſſen Grenze uns binden. Hatten doch, als es ſich 1840 um den Bau des jetzt abgebrannten Theaters handelte, die alten Stände eine ſehr genau bemeſſene Summe „ein für alle Male“ bewilligt! Endlich wollten wir auch die Leitung des neuerbauten Theaters unter einen verantwortlichen Miniſter geſtellt wiſſen.

Es gab eine ſehr gereizte Debatte. Fortſchritt und Conſervative drängten ſich förmlich, mit einander wetteifernd, zum bedingungsloſen Bewilligen herbei, und zwar mit ſolcher Haſt und Ungeduld, daß ſie uns kaum unſere Gründe entwickeln ließen und mehreren unſerer Redner durch vorzeitigen Schluß das Wort abſchnitten. Später freilich, als für den Theaterbau Nachbewilligung auf Nachbewilligung gefordert wurde (obſchon auch die Civilliſte bedeutende Summen zuſchoß), als die Koſten des endlich vollendeten, allerdings prächtigen Gebäudes ſich auf mehr als das Doppelte des urſprünglichen Anſchlags beliefen, da kühlte ſich jener Uebereifer unſerer Gegner von rechts und links etwas ab, und mancher davon, namentlich auf der Linken, gab wohl ſtillſchweigend unſerem damaligen beſonneneren Vorgehen Recht. Was die Abrüſtungsfrage betraf, ſo erhielt unſere Abſtimmung darüber noch viel ſchneller eine vollſtändige Rechtfertigung. Wenige Monate nach dem Schluß jenes Landtags brach der große franzöſiſche Krieg aus. Bald nach deſſen Beginn begegnete ich einem der hitzigſten „Abrüſter“ vom Fortſchritt. „Nun,“ fragte ich ihn, „wie ſtände es jetzt wohl um uns, wenn wir nach Ihrem Antrage abgerüſtet hätten?“ Kleinlaut erwiderte er: „Ja, wer hätte das gedacht? Sie haben weiter geſehen, als wir.“ Nun, daß ein ſolcher Krieg kommen werde, gleichviel ob etwas früher oder ſpäter, das vorauszuſehen war nicht ſo ſchwer.

Beim zweiten Landtag (1871/72) hatten wir der Fortſchrittspartei (obſchon wir numeriſch ſtärker waren, als ſie) die Stellen des erſten und zweiten Präſidenten widerſpruchslos überlaſſen. Gleichwohl verfuhr dieſelbe bei den

Wahlen der Vorsitzenden in den ständigen Deputationen mit der größten Rücksichtslosigkeit gegen uns. Sie besetzte diese Stellen (wieder im Bunde mit der Rechten) theils mit ihren eigenen Leuten, theils mit Conservativen; uns schloß sie gänzlich aus.

Da war es denn doch mit unserer Geduld zu Ende. Es gab eine sehr stürmische gemeinsame Sitzung. Wir stellten ganz bestimmte Forderungen, wenn wir überhaupt noch mit dem Fortschritt zusammen gehen sollten. Das fanden einige Heißsporne von jener Seite unerhört und verließen in brüsker Weise, unter Protesten dagegen, die Versammlung. Andere, billiger Denkende, erkannten die Gerechtigkeit unserer Ansprüche auf Gleichstellung an. Zuletzt ging es wie bei dem bekannten chemischen Experiment, wo gewisse Stoffe nach einer heftigen Detonation zuvor sich schließlich verbinden: die eben erst so feindlichen Brüder verständigten sich über die Bildung einer gemeinsamen „freisinnigen Partei". Das Statut derselben (ich finde es noch unter meinen Papieren) lautete in § 1:

Die freisinnigen Mitglieder des sächsischen Landtags bilden Eine Partei, um sich über die Ziele ihrer Bestrebungen zu berathen und durch Beschlüsse zu gemeinsamem Wirken zu verbinden.

Die Geschäftsführung der vereinigten liberalen Partei ward einem aus drei Mitgliedern bestehenden Vorstande übertragen, zu welchem wir, der Fortschritt und eine dritte Gruppe, die sich zwischen uns ausgebildet hatte, je Ein Mitglied stellen sollten. Den Vorsitz in den Versammlungen hätten diese drei Vorstandsmitglieder abwechselnd zu führen. In den Versammlungen sollte die Mehrheit der Anwesenden entscheiden. Hiernach konnte es geschehen, daß eine vor-

nehmlich aus National-Liberalen beſtehende Verſammlung Beſchlüſſe faßte, denen dann die Mitglieder der beiden anderen Gruppen ſich unterwerfen mußten, ebenſo natürlich umgekehrt. Doch iſt mir nicht erinnerlich, daß derartige Majoriſirungen der einen Gruppe durch die andere und daraus entſtehende Mißhelligkeiten vorgekommen wären. Im Gegentheil, das Verhältniß der drei Gruppen zu einander bei dieſer völligen Verſchmelzung war ein durchaus erfreuliches; es fand ein aufrichtiges Zuſammengehen aller Liberalen in allen Fragen ſtatt, und dies, ſowie der günſtige Ausfall der letzten Ergänzungswahlen, bewirkte, daß wir bei dieſem Landtage über eine zweifelloſe liberale Mehrheit in der Kammer verfügten.

Auf die Regierung blieb dies nicht ohne Einfluß. Sowohl die Vorlagen, die ſie uns machte, als auch ihr Verhalten bei den Verhandlungen bekundete (wenigſtens in den meiſten Fällen), daß ſie auf die liberale Mehrheit Rückſicht nahm.

Im Allgemeinen konnten wir mit dem Verlaufe des Landtags von 1871/72 zufrieden ſein. Die Regierung hatte im Ganzen eine Mittelſtellung zwiſchen uns und den Conſervativen eingenommen, hatte ſogar in beſonders wichtigen Geſetzgebungsfragen, wie denen über Gemeindeweſen und Behördenorganiſation, ſich mehr zu uns, als zu Jenen, hingeneigt. Gewiß iſt, daß lange vorher und lange nachher kaum ein Landtag ſo fruchtbar geweſen iſt an wichtigen und zeitgemäßen Geſetzgebungsreformen, wie der Landtag 1871/72.

Leider ſollte das günſtige Parteienverhältniß, welches auf dieſem Landtage beſtanden und welches zu deſſen ſo glücklichem Verlaufe ſichtlich viel beigetragen hatte, nicht

von Dauer sein. Beinahe unmittelbar nach einem Feste, welches der „Städtische Verein" zu Leipzig den vom Landtage zurückkehrenden Mitgliedern der „vereinigten Linken" gab, erklärten, zu unserer größten Ueberraschung, öffentliche Blätter, daß der Fortschritt beschlossen habe, wieder eine besondere Partei zu bilden. Uns war kein Wort darüber gegönnt worden, und auf die verwunderte Frage unserer Preßorgane nach dem Grunde dieser so plötzlichen Wiedertrennung von uns ward von jenseits lediglich erwidert: „man glaube es sich schuldig zu sein, wieder eine selbstständige Stellung einzunehmen", mit dem naiven Zusatze: „es stehe uns ja frei, in die Fortschrittspartei einzutreten". Auch später ist niemals etwas Sicheres über die bewegenden Ursachen dieser schroffen Absage unserer bisherigen Bundesgenossen zu erfahren gewesen. Nur aus gewissen äußeren Anzeichen läßt sich vermuthen, daß die Mitglieder der Fortschrittspartei, oder doch einzelne darunter, die Meinung gefaßt hatten, ihre Partei habe beim Landtage 1871/72 nicht genug im Vordergrunde gestanden, und daß sie darüber eine gewisse Mißstimmung empfanden. So weit diese Mißstimmung sich gegen uns richtete, war sie vollkommen unberechtigt. Wir hatten — das glaube ich mit Bestimmtheit sagen zu können — nichts gethan, was die Herren vom Fortschritt irgendwie hätte kränken oder verletzen können. Wir hatten uns niemals vorgedrängt oder überhoben. Im Gegentheil, wir hatten (wie schon früher erwähnt) die Ehrenstellen der beiden Präsidenten (nur so viele gab es damals) ohne Weiteres ihne überlassen und mit den Stellen zweiten Ranges, denen der beiden Schriftführer, vorlieb genommen. Wenn in den

gemeinſamen Parteiverſammlungen ich öfter, als meine beiden Herren Collegen im Vorſtande, den Vorſitz geführt hatte, ſo war dies lediglich die Schuld dieſer Letzteren, die wenn die Reihe an ihnen war, mich häufig baten, an ihrer Statt die Verſammlung zu berufen und zu leiten, weil ſie dieſe oder jene Abhaltung hätten. Und wenn bei einzelnen beſonders wichtigen Vorlagen, wie der Bezirksverfaſſung und dem Volksſchulgeſetz, wir etwas entſcheidender in die Debatten eingegriffen hatten, als ſie, ſo hatte das ſeine ſachlichen Gründe (z. B. den, daß unſer Mitglied Dr. Panitz, als praktiſcher Schulmann, zum Referenten über das Volksſchulgeſetz, ich, als Antragſteller in der Frage der Behördenorganiſation, zum Referenten über dieſe gewählt worden war); keineswegs aber war daran eine Anmaßung unſererſeits ſchuld.

Allerdings war ſchon bei dem erwähnten Feſte eine gewiſſe Verſtimmung auf jener Seite ſichtbar geweſen. Warum, weiß ich in der That nicht. Der Feſtgeber, der „Städtiſche Verein", ſtand, ſeiner politiſchen Richtung nach, dem Fortſchritt näher, als uns: die Vertretung der „vereinigten Linken" beim Feſte in der Form eines Dankes für die zu erwartende freundliche Begrüßung hatte ich wiederholt dem Dr. Schaffrath zugeſchoben, der ſie aber beharrlich ablehnte und mir zurückgab; ein ſcherzhaftes Tiſchlied enthielt kleine ſatiriſche Spitzen gegen Den und Jenen unter uns (auch ich blieb nicht verſchont); aber ſie waren im Ganzen harmlos, und wen es nicht juckte, brauchte ſich nicht zu kratzen. Es mußte daher auffallen, daß einer der Hauptwortführer des Fortſchritts ſofort nach dieſem Liede in demonſtrativer Weiſe die Tafel verließ und abreiſte.

Die conservative Presse benutzte alles Dieses in nicht eben schöner Weise (bedauerlicherweise in erster Linie die „Leipziger Zeitung"), um einen Keil zwischen die bisherigen Verbündeten hineinzutreiben. Sie redete der Fortschrittspartei ein, „sie sei von uns in's Schlepptau genommen, von uns in den Schatten gestellt worden", und dergl. m. Und dieses Manöver gelang ihr nur allzu gut.

Beim Landtage 1873/74 war die Haltung der Fortschrittspartei (oder doch ihrer einflußreichsten Stimmführer) uns gegenüber eine so schroffe, daß, obschon mehrere ihrer einsichtigeren Mitglieder an einer Wiederannäherung der beiden liberalen Gruppen aufrichtig arbeiteten und obschon wir unsererseits auch jetzt wieder den fortschrittlichen Candidaten unsere Stimmen zum ersten und zweiten Präsidenten gaben, die Partei als solche jede Verbindung mit uns abbrach. Sie ging in Personenfragen stets, in sachlichen Fragen nicht selten weit mehr mit den Conservativen, als mit uns. Der beim Landtage 1873/74 von uns mitgewählte fortschrittliche Präsident verfuhr dermaßen parteiisch gegen uns und für die Rechte, daß endlich wir uns genöthigt sahen, beim Landtage 1875/76 einmüthig unsere Mitwirkung zu seiner Wiederwahl zu versagen.

Eine weitere bedauerliche Folge dieser feindseligen Gegenstellung der beiden liberalen Gruppen war die, daß bei den Landtagswahlen ein aufrichtiges Zusammengehen beider ebenfalls immer seltener ward. Zwar wurde noch in jüngster Zeit einmal von einem der versöhnlichsten und einsichtigsten Führer der Fortschrittspartei, Herrn Starke-Mittweida, die Anregung zu einem Wahlcompromiß zwischen National-Liberalen und Fortschrittlern gegeben; der Vor-

ſtand der national-liberalen Partei bot auch bereitwillig dazu die Hand; allein die jahrelange gegenſeitige Entfremdung vereitelte vielfach dieſe gute Abſicht: trotz der Mahnungen der Parteivorſtände ſtimmten einzelne Wählerſchaften (auch national-liberale) lieber für einen conſervativen, als für den Candidaten der andern liberalen Gruppe. Und ſo iſt der Schwerpunkt der Zweiten ſächſiſchen Kammer, der 1871/72 entſchieden in der vereinigten liberalen Partei lag, je länger je mehr in die Rechte hinüber gerückt, ſo iſt die conſervative Mehrheit immer größer, die Zahl der liberalen Stimmen immer kleiner geworden.

Ich ſelbſt entſagte 1876 der weiteren Landtagsthätigkeit, da mein Beruf ſowohl als akademiſcher Lehrer wie als Redacteur der „Deutſchen Allgemeinen Zeitung" doch zu ſehr darunter litt. Das Gleiche hatte ich ſchon 1874 rückſichtlich meiner Thätigkeit im Reichstage gethan. Von meiner Wählerſchaft hier wie dort erhielt ich ſehr freundliche Zuſchriften, worin ſie meinen Rücktritt beklagten und mir für meine Vertretung ihrer Anſichten und Geſinnungen warme Anerkennung ausſprachen.

Achtzehntes Capitel.

Der Reichstag 1871—1873.

Hatte ich den Reichstagen und Zollparlamenten im Norddeutschen Bunde fernbleiben müssen, so war mir wenigstens vergönnt, sogleich in den ersten Reichstag Gesammtdeutschlands 1871 einzutreten. Ein erzgebirgischer Wahlkreis, Mittweida-Frankenberg, trug mir eine Candidatur an, die ich gern und mit Dank annahm. National-Liberale und Fortschritt hatten sich auf mich geeinigt. Zu Gegnern hatte ich einen Conservativen und einen Socialdemokraten. Im ersten Wahlgange erlangte ich zwar die höchste Stimmenzahl unter den drei Bewerbern, jedoch nicht die absolute Mehrheit; es mußte eine Stichwahl zwischen mir und dem Socialdemokraten stattfinden. Letzterer war eine dem Wahlkreise völlig fremde Persönlichkeit, ein Lehrer aus dem Braunschweigischen; derselbe hatte auch, weil er gerade eine Strafhaft absaß, sich den Wählern nicht persönlich vorstellen können; allein von der Parteileitung aus war es befohlen, und so stimmten sie wie Ein Mann für ihn.

Um nicht mit ungleichen Waffen wider meinen Gegner zu kämpfen, versagte ich mir ebenfalls das Auftreten in

öffentlichen Wählerverſammlungen; nur in den engeren Kreiſen der für mich gebildeten Wahlcomités in Mittweida und Frankenberg erſchien ich auf deren Wunſch und ſprach einige Worte.

Es gab einen hitzigen Kampf bei der Stichwahl, und, wie ſehr auch meine politiſchen Freunde ſich anſtrengten, doch wäre der Sieg vielleicht zweifelhaft geweſen, wenn nicht (wie ich wenigſtens vermuthe) eine Anzahl conſervativer Wähler diesmal (um den Socialdemokraten nicht durchdringen zu laſſen) für mich geſtimmt hätte. So ging ich mit einer Mehrheit von etwa 1000 Stimmen aus der Stichwahl hervor.

Die national-liberale Fraction des Reichstages, der ich mich anſchloß, ſtand damals auf ihrem Höhepunkte: ſie zählte etwa 150 Mitglieder, alſo mehr als ein Drittheil der Geſammtzahl. Der Gegenſatz eines rechten und eines linken Flügels war allerdings ſchon vorhanden, jedoch noch wenig merkbar. Was mir dagegen als ein bedenklicher Uebelſtand erſchien, war Folgendes. Die Fractionsberathungen über die Vorlagen der Regierungen fanden oft erſt zu ſpät ſtatt oder dehnten ſich zu lange aus, als daß man rechtzeitig zu einem endgiltigen Reſultat hätte gelangen können. So kam es, daß nicht ſelten der Reichstag in die erſte Leſung eines Geſetzes eintrat, bevor noch die Fraction einen feſten Beſchluß über ihre Stellung dazu gefaßt hatte. Da nun aber gerade bei der erſten Leſung über das Princip des Geſetzes geſprochen wird, ſo geſchah es wohl, daß ein beſonders redeeifriger Fractionsgenoſſe auf eigene Hand, ohne einen beſtimmten Auftrag oder auch nur eine ſichere Directive ſeitens der Partei, Stellung zu der

Vorlage nahm, damit aber doch mehr oder weniger die Partei ſelbſt band. Beſonders häufig that dies der verſtorbene Lasker, der ja überhaupt der beinahe regelmäßige Wortführer der Fraction in allen möglichen Fragen war. Da nun Lasker mehr links, als rechts ſtand, ſo kam es vor, daß derſelbe ſich etwas weit nach dieſer Seite vorwagte, während die Fraction bei ruhiger Abwägung aller Umſtände es räthlicher fand, nicht ſo weit zu gehen. Dadurch lud ſie aber den Schein einer Inconſequenz und ſpeciell den eines Zurückweichens vor kühneren Anläufen auf ſich, was natürlich ihrem Anſehen wenig günſtig war. Auch kam es auf dieſe Weiſe bisweilen zu Differenzen mit dem leitenden Staatsmann, die zwar glücklicherweiſe immer bald wieder beigelegt wurden, aber doch nur um den Preis eines Rückzuges der Partei.

Gegen ſolche Uebelſtände anzukämpfen, wäre ein ſchwieriges und wahrſcheinlich vergebliches Unterfangen geweſen, denn — wie es bei ſo großen Parteien, die ſchwer zuſammenzuhalten und zu regieren ſind, in der Regel geht — die Parteileitung war eine ziemlich autokratiſche, und Lasker insbeſondere vertrug nicht leicht Widerſpruch. Für mich ſpeciell wäre es doppelt ſchwierig geweſen, einmal, weil ich als ein neu Eingetretener Solchen gegenüberſtand, die ſchon Jahre lang in Reichstag und Zollparlament geſeſſen und die Geſchäfte der Fraction betrieben hatten, daher den Vorzug größerer Erfahrung für ſich anführen konnten, ſodann aber, weil ich, durch meine Berufspflichten daheim öfters genöthigt, Urlaub zu nehmen und auf einige Zeit mich vom Reichstage zu entfernen, es zu jener Stetigkeit parlamentariſcher Arbeit nicht bringen konnte,

welche durchaus nothwendig für den iſt, der einen maßgebenden Einfluß im Hauſe und in der Fraction gewinnen will.

Auch an Commiſſionsarbeiten konnte ich eben deshalb mich wenig betheiligen. In zwei beſonderen Fällen fühlte ich mich indeß gedrungen, in die Verhandlungen ſowohl im Schooße einer Commiſſion als im Plenum thätig einzugreifen.

Das erſte Mal handelte es ſich um das ſog. „Haftpflichtgeſetz". Zu dieſem Geſetze war die erſte Anregung 1868 von Leipzig ausgegangen, und zwar durch eine Petition an Bundesrath und Reichstag, welche ich in einer national-liberalen Parteiverſammlung veranlaßt hatte. Vor Stellung des Antrages hatte ich für nöthig befunden, über die einſchlagende Geſetzgebung Frankreichs und Englands mich möglichſt genau zu unterrichten. Ich wandte mich zu dem Zwecke brieflich an Garnier-Pagès in Paris (den ich beim volkswirthſchaftlichen Congreß in Weimar kennen gelernt und der mich damals auch beſucht hatte) und an John Bright in London. Erſterer theilte mir in liebenswürdigſter Weiſe Alles mit, was mir zu wiſſen von Nöthen war. Letzterer ſchien von einer eigentlichen Haftpflichtgeſetzgebung wenig zu halten (bekanntlich iſt eine ſolche in England wirklich erſt 1880, lange nach dem deutſchen Haftpflichtgeſetz, zu Stande gekommen), legte dagegen alles Gewicht auf das Inſtitut der Fabrikinſpectoren und auf deren wirkſame Controle wegen Herſtellung der nöthigen Sicherungsmaßregeln für die Arbeiter.

Die Ausarbeitung der Petition übernahm der Rechtsanwalt Dr. H. Blum auf Grund theils des von mir beſchafften, theils des ihm ſelbſt zugänglichen Materials.

Es traf ſich glücklich, daß Blum, der 1867 in den Reichstag eingetreten war, als Mitglied und ſogar als Berichterſtatter der Petitionscommiſſion ſein eigenes und unſer Werk im Reichstag vertreten konnte. Ohne Widerſpruch ward die Petition dem Reichskanzler zur Berückſichtigung überwieſen.

Jetzt nun, im Reichstag von 1871, hatte ich meinerſeits die Freude, an der Zuſtandebringung eines Geſetzes mitarbeiten zu können, zu dem ich den erſten Anſtoß gegeben. Zu deſſen Vorberathung bildete ſich, wie das damals öfter geſchah, eine ſog. „freie" (d. h. nicht förmlich durch die Abtheilungen gewählte, ſondern lediglich von den einzelnen Fractionen aus beſchickte) Commiſſion. Die beiden Bundesrathscommiſſarien, mit denen wir verhandelten, waren die ſpäteren Miniſter Falk und Achenbach.

Mein Bemühen ſowohl in dieſer Commiſſion als im Plenum des Reichstages war vorzugsweiſe darauf gerichtet, die Haftbarkeit des Unternehmers für einen Unglücksfall nicht von einem Nachweis ſeiner Schuld, den der Beſchädigte zu führen hätte, vielmehr von einem von ihm ſelbſt zu erbringenden Entlaſtungsbeweiſe abhängig zu machen. Dadurch allein ſchien mir für den Beſchädigten, beziehentlich deſſen Familie, die Füglichkeit, zu ihrem Rechte zu gelangen, einigermaßen geſichert. Ich traf in dieſem Beſtreben zuſammen mit mehreren Abgeordneten von der Fortſchrittspartei, wie Schulze-Delitzſch, Klotz-Berlin, Schaffrath-Dresden, auch mit einem vom Centrum, Ullrich, während meine eigenen Parteigenoſſen, die National-Liberalen, und beſonders die Juriſten darunter, gegenüber dem Geſetze eine gewiſſe Zurückhaltung beobachteten. Sie waren der

Anſicht, das Geſetz, als ein bloßes Noth- oder Ausnahmegeſetz, müſſe ſich auf das Dringlichſte beſchränken, um weder der künftigen Reichsproceßordnung noch dem künftigen bürgerlichen Geſetzbuch für Deutſchland vorzugreifen.

Der Antrag, den ich ſtellte und auch im Plenum vertrat, lautete:

Wenn in einem Bergwerke, einer Fabrik u. ſ. w. ein Arbeiter beſchädigt oder getödtet wird, ſo haftet der Unternehmer für den dadurch verurſachten Schaden, wofern er nicht beweiſt, entweder, daß der Verunglückte ſelbſt an dem Unglück ſchuld war, oder daß von ihm (dem Unternehmer), ſeinen Beamten, Repräſentanten, Bevollmächtigten und zur Leitung und Beaufſichtigung des Betriebes und der Arbeit angenommenen Perſonen ſowohl bei der Anlage, als beim Betriebe des Unternehmens zur Verhütung derartiger Unfälle diejenige Vorſicht aufgewendet war, welche die geſetzlichen und polizeilichen Vorſchriften, ſowie Wiſſenſchaft und Erfahrung ihm zur Pflicht machten.

Derſelbe blieb, wie auch die Anträge von Schulze, Klotz u. ſ. w., in der Minderheit.

Die Erfahrung hat gelehrt, wie ſchwer, ja in vielen Fällen faſt unmöglich es für den Beſchädigten war, eine Schuld des Unternehmers oder ſeiner Vertreter nachzuweiſen, wie daher ein ſolcher nur in den allerſeltenſten Fällen dazu gelangte, die geſetzliche Entſchädigung von Gerichtswegen zugeſprochen zu erhalten. Faſt drei Viertheile aller haftpflichtigen Fälle (d. h. derer, wo vorausſetzlich irgend ein Vergehen des Arbeitgebers oder ſeiner Bevollmächtigten das Unglück veranlaßt hatte) mußten von den Gerichten abgewieſen werden, weil es dem Beſchädigten nicht glückte, den Schuldbeweis zu führen.

Wiederholte Verſuche bei ſpäteren Reichstagen, das 1871 Verſäumte nachzuholen und den Punkt wegen der Beweislaſt für den Arbeiter günſtiger zu geſtalten, haben

zu nichts geführt, und endlich ist man, wesentlich mit aus dem Grunde, um die vielen, meist von Haus aus für den Beschädigten wenig aussichtsvollen Processe zu vermeiden, darauf gekommen, an die Stelle einer speciellen Haftpflicht für einzelne Unglücksfälle eine allgemeine Verpflichtung der Arbeitgeber zur Entschädigung ihrer Arbeiter in allen solchen Fällen, an die Stelle des „Haftpflichtgesetzes" ein „Unfallversicherungsgesetz" zu setzen.

Als es sich zuerst um diesen Wechsel der socialpolitischen Gesetzgebung handelte (1881), konnte ich mich nicht damit befreunden. Es geschah das nicht aus einer falschen Vorliebe für das von mir mit geschaffene Haftpflichtgesetz, sondern hauptsächlich wegen des meiner Ansicht nach zu centralistischen, zu staatssocialistischen Charakters des damaligen Entwurfes. In diesem Sinne habe ich mich sowohl in mehreren Artikeln in der Tagespresse, als auch in Briefen, die ich darüber mit einem der Urheber jenes Entwurfes, Herrn Commerzienrath Baare in Bochum, wechselte, offen ausgesprochen. Ich betonte dabei die Vorzüge einer genossenschaftlichen Einrichtung des Unfallversicherungswesens und berief mich auf die mit derartigen Genossenschaften (im Elsaß, in Schlesien und anderwärts) bereits gemachten günstigen Erfahrungen, namentlich auch in Betreff der Verhütung von Unglücksfällen. Die späteren Entwürfe (zumal der letzte), die sich auf den Boden des Genossenschaftswesens stellten, erschienen mir eben darum grundsätzlich nicht unannehmbar. Allerdings gewährt die Unfallversicherung dem Beschädigten nicht wie das Haftpflichtgesetz den vollen Ersatz der durch den Unglücksfall ihm entzogenen Erwerbsfähigkeit; allein, da die haftpflichtigen

Fälle von sämmtlichen Unglücksfällen erfahrungsmäßig nur 12 oder höchstens 20 Procent betragen, und da wiederum von diesen 12 oder 20 Procent nur etwa 25 Procent Aussicht auf wirklichen Ersatz haben, also von sämmtlichen Unglücksfällen kaum mehr als 3, höchstens 5 Procent, so konnte ich mir nicht verhehlen, daß für die Arbeiter im Großen und Ganzen das Unfallversicherungsgesetz günstiger sei, als das Haftpflichtgesetz — auch abgesehen davon, daß selbst bei einem glücklichen Ausgange eines Haftpflichtprocesses der beschädigte Arbeiter vielleicht ein Jahr oder länger auf die Entschädigung warten, inzwischen aber darben mußte, während die nach dem Unfallversicherungsgesetz ihm zufallende Entschädigung sofort ausgezahlt wird.

Für die infolge des Haftpflichtgesetzes vieler Orten entstandenen Privatunfallversicherungsgesellschaften habe ich mich nie erwärmen können; was sie dem beschädigten Arbeiter boten (und was dieser, um einen langwierigen und unsicheren Proceß zu vermeiden, wohl oder übel in der Regel nahm), war doch gar zu wenig, meist viel weniger, als was das jetzige Gesetz ihm sichert.

Wohl hätte ich gewünscht, daß jener Grundsatz des früheren Gesetzes beibehalten worden wäre, wonach bei nachgewiesener schwerer Fahrlässigkeit des Unternehmers oder seiner Vertreter dem beschädigten Arbeiter der volle Ersatz zu Theil werden mußte, wie ich andererseits es bedenklich finde, daß auch bei erwiesener Schuld des Beschädigten (Leichtsinn oder Ungehorsam gegen ausdrückliche Mahnungen zur Vorsicht) diesem dennoch die gesetzliche Entschädigung unverkürzt zu Theil wird, zumal oftmals der Leichtsinn eines Einzelnen (z. B. in Bergwerken

oder in Fabriken von Explosivstoffen) die Gefährdung des Lebens einer ganzen Zahl von Mitarbeitern verschulden kann. Indeß, Alles in Allem genommen, erkenne ich an, daß durch die Unfallversicherung ein erfreulicher Fortschritt für die Arbeiter gewonnen ist, ein Fortschritt, zu dem aber immerhin das Haftpflichtgesetz die nothwendige Vorstufe und Einleitung gebildet hat.

Was mir zum zweiten Male (auf dem Reichstage von 1873) Veranlassung gab, persönlich hervorzutreten, war eine Frage, die mir in meiner Eigenschaft als Publicist ebensowohl nahe lag als vertraut war: die Frage eines Reichspreßgesetzes.

Die Reichsregierung hatte die Vorlegung eines solchen wiederholt in Aussicht gestellt, allein es war von einem Reichstag zum anderen vergeblich erwartet worden. So vereinigte man sich endlich von mehreren Seiten dahin, aus der Mitte des Reichstages selbst ein solches Gesetz hervorgehen zu lassen. Die Fortschrittspartei suchte uns zuvorzukommen und sich der Initiative zu bemächtigen; doch brachte ich es dahin, daß der Antrag noch rechtzeitig von Einigen von uns mit unterzeichnet ward. Als Grundlage diente diesem Antrag ein Gesetzentwurf, der auf dem Journalistentage zu Breslau im Jahre vorher, auf mein Referat hin, zu Stande gekommen und der an die Mitglieder des Reichstages wie des Bundesrathes vertheilt worden war.

Unser Antrag ward vom Reichstag an eine Commission von 21 Mitgliedern verwiesen. Diese bestellte mich zum Berichterstatter. Correferent war ein Conservativer, Herr von Helldorf. Er zeigte sich bei den Verhandlungen in

der Commiſſion ſehr entgegenkommend und verſöhnlich. Ueberhaupt begegnete der Entwurf, der, wie man bald ſehen wird, von den allerfreieſten Grundſätzen ausging, im Schooße der Commiſſion, die doch auch eine Anzahl conſervativer Mitglieder enthielt, einer überraſchend günſtigen Aufnahme.

Daß ein Reichspreßgeſetz lediglich auf das ſog. „Repreſſivſyſtem“ gegründet, jede Art polizeilicher Prävention davon ausgeſchloſſen bleiben müſſe, dafür erklärte ſich in der Commiſſion (wie der Bericht beſagt) „eine ganz überwiegende Mehrheit“. Mit dem Wegfall der Cautionen, Conceſſionen, des Zeitungsſtempels, der Entziehung des buchhändleriſchen Gewerbebetriebes war man „allſeits“ einverſtanden. Für die Errichtung von Buchdruckereien, Buchhandlungen, Leihbibliotheken, für die Herausgabe und den Vertrieb von Schriften und Bildwerken, auch für den Verkauf ſolcher auf öffentlichen Straßen und das Anſchlagen von Plakaten ſollten keine anderen als die Beſtimmungen der Reichsgewerbeordnung maßgebend ſein. Sogar die Entziehung des Gewerbebetriebes von Buchhändlern und Buchdruckern durch Richterſpruch, welche beizubehalten die Reichsgewerbeordnung den Einzelſtaaten freigelaſſen hatte, ward für unſtatthaft erklärt. Die durch die Preſſe begangenen Verbrechen und Vergehen ſollten keinen anderen als den allgemeinen Strafgeſetzen unterliegen, auch ſollten die erſteren ſämmtlich, von den letzteren die von Amtswegen verfolgten ausſchließlich vor Geſchworenengerichte verwieſen werden. Vertriebsverbote von Zeitungen und Zeitſchriften ſollten in keinem Falle ſtattfinden, der Poſtdebit lediglich ausländiſchen Blättern entzogen werden

dürfen. Die durch die Gerichte ausgesprochene Vernichtung eines Schrift- oder Bildwerkes sollte, wo ein solches Werk, aus mehreren Theilen bestände, immer nur den einzelnen für strafbar erkannten Theil treffen. Preßvergehen sollten binnen sechs Monaten verjähren. Eine Beschlagnahme sollte nur von einer richterlichen Behörde verfügt und nur auf Grund eines von dieser ausgestellten, die strafbare Stelle genau bezeichnenden schriftlichen Befehls vollzogen werden dürfen. Die strafrechtliche Verantwortlichkeit der bei Herstellung eines Schrift- oder Bildwerkes Betheiligten ward in der Weise abgestuft, daß, von unten angefangen, zunächst der Verbreiter, dann der Verleger, dann der Herausgeber, zuletzt der Verfasser haftbar wäre, daß jede dieser Personen die Verantwortlichkeit auf sich nehmen, solchenfalls aber nicht genöthigt werden könnte, ihren Vordermann zu nennen, umgekehrt aber auch jede straflos bliebe, sobald sie rechtzeitig ihren Vordermann angäbe, vorausgesetzt, daß dieser sich im Bereich der Reichsgerichtsbarkeit befände. Ausgenommen war der einzige Fall, wo entweder die Natur des verbreiteten Schrift- oder Bildwerkes (z. B. wenn ersteres schon durch seinen Titel, letzteres durch die zur Schau gestellten Bilder sich als unsittlich oder sonstwie strafbar kennzeichnete), oder die Art der Ankündigung eines solchen (z. B. die Hindeutung auf lüsterne Schilderungen) die Möglichkeit, daß der Verbreiter, der Verleger, der Drucker keine Kenntniß vom Inhalt gehabt hätten, ausschlösse. In solchen Fällen sollten auch diese anderen Personen neben dem Verfasser straffällig sein. Das in den bisherigen deutschen Preßgesetzen überall festgehaltene System der sog. „außerordentlichen“ oder „Fahr-

läſſigkeitsſtrafen" (welches den Zweck und häufig auch den Erfolg hatte, den Verleger oder Drucker einzuſchüchtern, ſo daß ſie ſich weigerten, eine freimüthige Schrift zu verlegen oder zu drucken), dieſes Syſtem fand in der Commiſſion „keinen einzigen Vertreter".

Im letzten Paragraphen des Geſetzes (es hatte deren nur zwölf) wurden alle Geſetze und Verordnungen der Einzelſtaaten über die Preſſe, welche dieſem Reichspreßgeſetz widerſprächen, aufgehoben, alle der Preſſe auferlegten Laſten und Leiſtungen (mit Ausnahme der allgemeinen Gewerbeſteuer), auch die ſog. Pflichtexemplare, in Wegfall gebracht.

So günſtig dieſer Verlauf der Verhandlungen in der Commiſſion war, ſo wenig hoffnungsreich war gleichwohl das weitere Schickſal des Entwurfes. Die verbündeten Regierungen hatten zwar einen Commiſſar in die Commiſſion entſendet, allein dieſer hatte ſich an den ſachlichen Berathungen in keiner Weiſe betheiligt, vielmehr nur einmal eine formale Erklärung über die Stellung der Regierungen zu dem Entwurf abgegeben, aus der zu entnehmen war, daß letztere auf denſelben ſchwerlich eingehen würden.

In der That erklärte, als der Bericht der Commiſſion in's Plenum gelangte, nach kaum eröffneter Debatte der Reichskanzler Namens der verbündeten Regierungen: dieſelben ſeien ihrerſeits mit einem Preßgeſetzentwurf beſchäftigt, den ſie unfehlbar dem nächſten Reichstage vorlegen würden, und ſie beantragten daher Ausſetzung der Debatte über den Commiſſionsbericht.

Die Stimmung im Plenum, ſo weit man ſie beobachten konnte, war dem Werke der Commiſſion nicht

eben günſtig. Selbſt in unſerer Fraction waren gerade ſolche Punkte des Entwurfes, auf welche ich ein beſonderes Gewicht legte (wie die abgeſtufte Haftbarkeit der an einem Preßerzeugniß Betheiligten), bei manchen juriſtiſchen Mitgliedern, wie z. B. Lasker, auf ſtarke Bedenken geſtoßen, und es ſtand zu befürchten, daß von dieſer Seite der ganze Entwurf, wenn nicht bekämpft, doch auch ſchwerlich beſonders warm vertheidigt werden möchte. Die Regierungen würden ihm grundſätzlich feindſelig gegenüberſtehen; die Conſervativen, trotz der von ihren Delegirten in der Commiſſion gemachten Zugeſtändniſſe, würden das Gleiche thun. Und ſo war vorauszuſehen, daß unſer Entwurf entweder ſchlechtweg abgelehnt oder in bedauerlicher Weiſe verſtümmelt werden würde. Das Eine wie das Andere erſchien aber für die Sache der Preßfreiheit bedenklicher, als wenn der Entwurf gar nicht berathen würde, denn im letzteren Falle blieb wenigſtens das Werk der Commiſſion unangetaſtet und mochte immerhin Zeugniß dafür ablegen, welch großes Maß von Freiheit für die Preſſe eine Körperſchaft für zuläſſig und zeitgemäß erachtet hatte, in welcher ſich eine Anzahl conſervativer, zum Theil ziemlich ſtreng conſervativer Mitglieder befand.

Aus dieſen Gründen widerſetzte ich mich dem Antrage des Reichskanzlers nicht, was mir ohnehin ſchwerlich viel geholfen hätte.

Dem Reichstag von 1874 ward in der That ein Reichspreßgeſetzentwurf von den Regierungen vorgelegt, und der Reichstag nahm denſelben mit wenigen Aenderungen an. Er war freilich nach Geiſt und Inhalt von dem Entwurf, welchen 1873 die Reichstagscommiſſion zum Theil ein-

ſtimmig, zum Theil mit überwiegenden Mehrheiten gut geheißen hatte, weſentlich — zum Nachtheil der Preſſe — verſchieden.

Während der Reichstagsſeſſionen von 1871—73 begann bereits der ſog. „Culturkampf“. Von den Geſetzgebungsmaßregeln, welche man gegenüber der katholiſchen Kirche und ihrer, ſeit Verkündigung des Syllabus und des Unfehlbarkeitsdogmas immer mehr hervortretenden Angriffspolitik für nothwendig erachtete, fielen dem Reichstage zwei zu, der ſog. „Kanzelparagraph“ und das Geſetz wegen Ausweiſung der Jeſuiten. Daß der Mißbrauch des geiſtlichen Wortes (in der Predigt oder bei ſonſtigen Amtsverrichtungen) unter ſtrengere Strafen geſtellt werde, als der des Wortes eines gewöhnlichen Redners, z. B. in einer Volksverſammlung, ſchien mir nicht mehr als billig, da der Staat dem Geiſtlichen als ſolchem eine bevorzugte autoritative Stellung einräumt. Ich habe daher mit voller Ueberzeugung für den „Kanzelparagraphen“, welcher eine ſolche Verſchärfung des gewöhnlichen Strafmaßes enthielt, geſtimmt. Dagegen konnte ich mich nicht entſchließen, dafür zu ſtimmen, daß eine Maßregel wie die Landesverweiſung, die ſelbſt in unſerem Strafrecht keinen Platz mehr findet, im blos polizeilichen Wege, ohne vorausgegangenen Richterſpruch, ja ohne Bezugnahme auf ein beſtimmtes Vergehen, lediglich wegen der Zugehörigkeit eines Individuums zu einem gewiſſen Orden, ſollte verhängt werden können — abgeſehen davon, daß mir dieſelbe wenig praktiſch erſchien, da es in den meiſten Fällen ſchwer ſein dürfte, Jemandem nachzuweiſen, daß er ein Jeſuit ſei.

Die Culturkampfdebatten waren damals an der Tagesordnung. Es gab Redner, welche einen förmlichen

Genuß darin fanden, immer und bei jeder Gelegenheit auf dieſes Thema zurückzukommen. Mir würde es richtiger erſchienen ſein, wenn man das Nothwendige gethan, aber ſo wenig als möglich darüber geſprochen hätte. Dieſe ewigen Wortkämpfe mußten die Leidenſchaften hüben und drüben nur immer mehr erhitzen und den confeſſionellen Gegenſatz (der ohnehin innerhalb einer und derſelben Nation etwas Bedauerliches iſt) bis zur Unverſöhnlichkeit verſchärfen. Dabei konnte ich mich der Beſorgniß nicht erwehren, ob denn wohl Reichsregierung und Reichstagsmehrheit immerfort denſelben Kampfesmuth bewahren würden, auch dann, wenn der Kampf ſich in's Unabſehbare ausdehnte und keine Ausſicht auf Sieg böte? Und daß die katholiſche Kirche ſchwerlich nachgeben, vielmehr bis auf's Aeußerſte kämpfen werde, das glaubte ich aus der Geſchichte, ſpeciell der deutſchen, ſattſam gelernt zu haben. Leider hat ſich dieſe Beſorgniß als nur zu begründet erwieſen. Von allen Denen, welche damals mit ſo großer Wärme die „Rechte des Staates" gegenüber der Curie vertraten, iſt heutzutage faſt nur noch das kleine Häuflein der National-Liberalen übrig. Die Reichsregierung ſelbſt hat das Signal zum Rückzug gegeben. Von ihr will ich gern annehmen, daß lediglich „höhere Rückſichten" ganz beſonderer Art ſie zu dieſer Umkehr vermocht haben; von den Parteien, welche erſt für, neuerlich gegen die Maigeſetze ſtimmten, iſt leider faſt zweifellos, daß weſentlich Gründe der „Parteitaktik" ſie dabei geleitet haben.

Neunzehntes Capitel.

Das Parteiwesen in Sachsen seit 1866 und mein Antheil daran.

Seit 1866 war ich wieder vielfach genöthigt, neben meiner publicistischen und, später, meiner parlamentarischen Thätigkeit auch persönlich mit Angelegenheiten des öffentlichen Lebens mich zu beschäftigen.

Zunächst fiel mir ein Haupttheil an der Leitung der, 1866 entstandenen, „national-liberalen Partei" in Leipzig und im übrigen Lande zu.

In Leipzig ging diese Partei aus den sog. „Centralhallenversammlungen" hervor, zeitweiligen Zusammenkünften Gleichgesinnter vor und nach dem Kriege. Sie behielt lange den Charakter einer losen Verbindung ohne straffere Organisation bei. Ein Ausschuß, der von Zeit zu Zeit neu gewählt ward, berief, so oft es ihm nöthig schien, die Parteigenossen zu einer Versammlung und konnte sicher sein, daß sich dabei jederzeit eine große Anzahl solcher (gewöhnlich mehrere Hunderte) zusammenfand. Eine Liste

eingeſchriebener Mitglieder, regelmäßige Mitgliederbeiträge ꝛc. gab es dagegen nicht.

Da auch ein Theil der Leipziger Demokratie zu uns hielt, ſo nahm deren erklärter Wortführer, Dr. Joſeph, anfangs eine hervorragende Stellung in unſerem Ausſchuß ein, und ich theilte mich mit ihm in den Vorſitz. Bei den Neuwahlen zum Ausſchuß (ſchon im Frühjahr 1867) fielen aber ſo wenig Stimmen auf ihn, daß er ausſchied. Seitdem lagen die Geſchäfte des Vorſitzenden mir allein ob.

Eine ähnliche lockere Parteibildung der National-Liberalen beſtand in Dresden unter Leitung eines Herrn Delbrück, eines Verwandten des preußiſchen Miniſters; doch war die Zahl der Parteigenoſſen dort ungleich geringer, als in Leipzig.

Bei den Wahlen zum Reichstag des Norddeutſchen Bundes im Herbſt 1867 (bei denen im Frühjahr war in Leipzig ein „Bundesſtaatlich-Conſtitutioneller“ gewählt worden) richteten wir unſer Abſehen auf den Vicebürgermeiſter Dr. Stephani, der politiſch noch wenig oder gar nicht hervorgetreten, dagegen wegen ſeiner verdienſtlichen Wirkſamkeit im ſtädtiſchen Weſen in weiteren Kreiſen bekannt und beliebt war. Als dieſer aus Rückſichten auf ſein Amt ablehnte, wandte ſich der Ausſchuß an einen Mann, der in verhängnißvoller Zeit, in den Märztagen 1848, ſich durch ſein Verhalten weſentliche Verdienſte um Leipzig, ja um ganz Sachſen erworben hatte, den ehemaligen königlich ſächſiſchen Staatsminiſter von Carlowitz. Derſelbe hatte — aus Unmuth über die Wendung, welche die ſächſiſche Politik unter Herrn von Beuſt nahm — ſeinen Grundbeſitz in Sachſen verkauft und war nach Preußen übergeſiedelt.

Dort war er ſchon 1852 in das Abgeordnetenhaus gewählt worden, wo er ſich der Fraction Bockum-Dolffs, die den heutigen Freiconſervativen ähnelte, anſchloß, war dann Mitglied des conſtituirenden Reichstags geweſen und hatte bei Berathung der Verfaſſung ſehr freiſinnige Anſichten entwickelt.

Im Namen des Ausſchuſſes ſchrieb ich an ihn, erhielt jedoch zu meinem und unſer Aller Bedauern folgende ablehnende Antwort:

Ew. Wohlgeboren bin ich für das mir bewahrte freundliche Andenken aufrichtig verbunden. Ich habe zwar an demſelben niemals gezweifelt, denn, wie ich ſelbſt die Schickſale eines ſo ausgezeichneten Vorkämpfers für die nationale und freiheitliche Entwickelung Deutſchlands mit reger Theilnahme unausgeſetzt verfolgt habe, ſo durfte ich wohl, ohne mich zu überheben, auch auf die Fortdauer Ihres ſchätzbaren Wohlwollens rechnen.

Immer aber iſt es ein wohlthuendes Gefühl, auch dann noch in freundlicher Erinnerung von Geſinnungsgenoſſen zu leben, wenn die Kräfte allmälig erlahmen und die Zeit gekommen iſt, jüngeren Männern Platz zu machen. In dieſer Andeutung bitte ich Sie bereits eine Antwort auf Ihr gefälliges Schreiben zu erkennen, inhalts deſſen Sie mich auffordern, eine Candidatur zum Reichstage für Leipzig anzunehmen.

Daß es mir, deſſen früheres Wirken allerdings zu Leipzig in inniger Beziehung geſtanden, und da ich die Schickſale meines Geburtslandes mit dem regſten Antheil noch immer verfolge, eine ganz beſondere Ehre ſein würde, Leipzigs ſo intelligenten Wahlkreis zu vertreten, bedarf wohl nicht erſt der Verſicherung. Allein ich habe mir ſagen müſſen, daß meine, beſonders durch ein hartnäckiges Hals- und Nervenleiden angegriffene Geſundheit dieſer Aufgabe nicht mehr gewachſen iſt, und daß für mich die Zeit gekommen iſt, mich von der politiſchen Schaubühne mit dem Bewußtſein zurückzuziehen, das Beſte gewollt, freilich nur wenig erreicht zu haben. Es kommt dazu, daß der Reichstag in eine

Jahreszeit fällt, die ich nach ärztlichem Rathe vorzugsweiſe auf dem Lande zuzubringen wünſche.

Dieſe ablehnende Antwort habe ich bereits meinem, mir ſeit 15 Jahren mit ſeltener Anhänglichkeit zugethanen Wahlkreiſe Görlitz-Lauban gegeben; ſollte es indeß wider Erwarten dort nicht gelingen, eine geeignete Perſönlichkeit meiner politiſchen Richtung zur Annahme eines Mandats zu beſtimmen, und ich dem moraliſchen Zwange, Görlitz abermals zu vertreten, doch noch nachgeben, ſo werden Sie es gewiß für gerechtfertigt halten, daß ich meinem alten Wahlkreiſe aus Dankbarkeit treu bleibe und die Wahl für Görlitz jeder andern vorziehe.

Immer aber bitte ich, allen Ihren Geſinnungsgenoſſen in Leipzig, die ſich für meine Candidatur intereſſirt haben, meinen wärmſten Dank zu ſagen, für Sie ſelbſt aber den Ausdruck vollkommener Hochachtung zu genehmigen, mit der ich bin Ew. Wohlgeboren ganz ergebener Carlowitz.

Während wir ſo wegen eines Candidaten für Leipzig in Verlegenheit waren, bereiteten die Freunde des Dr. Joſeph uns eine peinliche Ueberraſchung. In einer im Ganzen ſchwach, vorwiegend aber von Mitgliedern dieſer Richtung beſuchten Verſammlung ſchlugen ſie denſelben als Candidaten vor und gewannen für dieſen Vorſchlag eine, wenn auch nicht große, Majorität. Nun gehörte Dr. Joſeph, der 1866 als entſchiedener Annexioniſt aufgetreten war, zu den prononcirteſten politiſchen Perſönlichkeiten. Nach dem von der Partei aufgeſtellten Grundſatze konnte daher ſeine Candidatur eben ſo wenig in Frage kommen wie die meinige, ja inſofern noch weniger, als Joſeph nach Ausweis der neueren Ausſchußwahlen eine eigentlich führende Stellung in der Geſammtpartei nicht einnahm.

Aus dieſer Verlegenheit wußte der Ausſchuß ſich nicht anders zu helfen, als dadurch, daß bei der nächſten, ſehr

zahlreich beſuchten Verſammlung ſeine Mitglieder einſtimmig erklärten: „ſie fänden ſich, ihrer wohlerwogenen Ueberzeugung nach, außer Stande, den Beſchluß der vorigen Verſammlung auszuführen, weshalb ſie insgeſammt ihre Stellen niederlegten.“ Dies hatte die Wirkung, daß jener Beſchluß wieder aufgehoben, der Ausſchuß aber gebeten wurde, auf ſeinem Poſten zu bleiben.

Nun ließ auf nochmaliges Andringen Dr. Stephani geſchehen, daß man ihn als Candidaten aufſtellte, und ward denn auch gewählt.

Für die Parteigruppirung in Leipzig hatte dieſer Zwiſchenfall weitere Folgen, und darum mußte ich denſelben erwähnen. Die Freunde Joſephs waren ſofort nach dem ihnen ungünſtigen Beſchluſſe aus der Verſammlung geſchieden. Sie traten zu einer beſonderen Partei zuſammen, der ſie den Namen „Städtiſcher Verein“ gaben.

Auf die nationale Bewegung in Leipzig übte dieſe „Seceſſion“ glücklicherweiſe keinen nachhaltig ſtörenden Einfluß. Der „Städtiſche Verein“ hielt ſich weſentlich in den Grenzen des von ihm ſelbſt gewählten Titels: er beſchäftigte ſich vorwiegend, ja faſt ausſchließlich mit ſtädtiſchen Angelegenheiten, in denen er eine fortſchrittliche Richtung vertrat; wo dagegen größere Intereſſen — des engeren oder weiteren Vaterlandes — in Frage kamen, insbeſondere bei Landtags- und Reichstagswahlen, ſchloß er ſich doch wieder allmälig uns an. Man hätte vielleicht ſagen können, der „Städtiſche Verein“ vertrete den linken, wir Andern den rechten Flügel der national-liberalen Partei; allein auch das traf nicht immer zu, wie folgende Scene beweiſt, die mir noch in lebhafter Erinnerung iſt. Beim Reichstag 1874 ſtand

bekanntlich die Frage zur Entſcheidung, ob der Reichstag das, verfaſſungsmäßig ihm zuſtehende, Recht ausüben ſolle, den Friedenspräſenzſtand des Reichsheeres alljährlich feſtzuſtellen. Aus einem Bericht, den Dr. Stephani während der Oſterferien des Reichstags in einer ſehr zahlreich beſuchten Schützenhausverſammlung mit gewohnter Klarheit erſtattete, ſchien hervorzugehen, daß in der national-liberalen Fraction zu Berlin die Anſichten darüber noch einigermaßen getheilt ſeien. Von den Mitgliedern des „Städtiſchen Vereins“ waren ziemlich viele in der Verſammlung gegenwärtig; ſie hatten an beſonderen Tafeln Platz genommen. Ich trat an ſie heran und fragte: „Nun, meine Herren vom Städtiſchen Verein, was meinen Sie dazu?“ Darauf erwiderte mir ohne Beſinnen einer ihrer Hauptwortführer: „Wir müſſen eben dazu helfen, daß unſere Abgeordneten etwas mehr rechts gehen.“ Und ſo ward einſtimmig, unter allſeitiger Zuſtimmung auch der Mitglieder des „Städtiſchen Vereins“, eine von mir und Andern vorgeſchlagene Reſolution angenommen, welche den Wunſch ausſprach, daß in dieſer hochwichtigen Frage die Reichstagsmehrheit ſich nicht von der Reichsregierung trennen möge.

Das Hervortreten des „Städtiſchen Vereins“ als geſchloſſene und organiſirte Partei hatte indeß doch die Wirkung, daß auch wir, die wir einer feſten Organiſation noch immer entbehrten, für nöthig fanden, uns eine ſolche zu geben. So entſtand (am 9. October 1871) die „Gemeinnützige Geſellſchaft“. Eine grundſätzlich feindliche Stellung zum „Städtiſchen Verein“ nahm dieſelbe nicht ein, wie ſchon daraus zu erſehen, daß hervorragende Mitglieder dieſes letzteren zugleich Mitglieder jener erſteren wurden.

In ihrer Zuſammenſetzung unterſchied ſie ſich von demſelben inſofern, als ſie vorzugsweiſe aus den Kreiſen der Univerſität, des Reichsoberhandelsgerichts (ſpäter des Reichsgerichts), des Groß- und Buchhandels u. ſ. w. ſich rekrutirte, während im „Städtiſchen Verein" das eigentliche Bürgerthum überwog. Doch blieb Letzteres auch in der „Gemeinnützigen Geſellſchaft" und in deren Vorſtand nicht unvertreten. In Fragen des ſtädtiſchen Weſens, insbeſondere bei den Stadtverordnetenwahlen, ſtanden ſich allerdings die beiden Vereine bisweilen feindlich gegenüber, während ſie aber andere Male auch dabei Hand in Hand gingen. Schon vor mehreren Jahren hat der „Städtiſche Verein" ſich aufgelöſt und der „Gemeinnützigen Geſellſchaft" allein das Feld überlaſſen.

Letztere trug eine Zeit lang einen vorwiegend — wie ſoll ich ſagen? — theoretiſchen Charakter. Durch regelmäßige wiſſenſchaftliche Vorträge in jedem Winter, mit zuweilen, doch ſelten, daran ſich knüpfenden Discuſſionen, ſorgte ſie für die geiſtige Anregung und Fortbildung ihrer Mitglieder. Später trat ſie auf einen mehr praktiſchen Boden hinüber, indem ſie vorzugsweiſe ſolche Fragen in den Bereich ihrer Erörterungen zog, welche in das wirthſchaftliche oder ſociale Leben eingriffen, indem ſie ferner, direct oder indirect, allerhand gemeinnützige Einrichtungen in's Werk ſetzte. An dieſer Wendung darf ich mir einigen Antheil beimeſſen. Schon bei der Gründung der Geſellſchaft hatte ich die Aufnahme des Wortes „gemeinnützig" in den Titel derſelben beantragt und durchgeſetzt; ſpäter regte ich hier und da beim Geſellſchaftsvorſtande die Inangriffnahme einer Frage von gemeinnützigem Charakter

an, und ich hatte die Freude, daß die Gesellschaft je länger je mehr der durch ihren Namen gewissermaßen übernommenen Verpflichtung gerecht wurde.

Zu den schon bisher von der Gesellschaft theils direct in's Leben gerufenen, theils wenigstens angeregten wohlthätigen Einrichtungen gehören: ein Verein gegen Hausbettelei, ein Verein für Unterstützung talentvoller Knaben, ein Asyl für Obdachlose, die Einrichtung von Feriencolonien sowie von Spielplätzen für größere Knaben, die Einbürgerung des Handfertigkeitsunterrichts in Leipzig durch Errichtung einer Schülerwerkstatt, die Förderung der gegen die Trunksucht gerichteten Bestrebungen, ein Verein für Beschaffung von Kleidungsstücken für ärmere Confirmanden, die Begründung eines, bereits sehr reichhaltigen, Kunstgewerbemuseums und die Veranstaltung einer äußerst gelungenen Kunstgewerbeausstellung im Jahre 1879 — gewiß Zeugniß genug für den wirklich gemeinnützigen und zugleich praktischen Geist, der die Gesellschaft beseelt.

Auch da, wo sie nicht unmittelbar werkthätig eingreifen kann, sucht die Gesellschaft wenigstens durch Aufklärung der öffentlichen Meinung sich nützlich zu machen. Als in Leipzig eine verbesserte Organisation der Armenpflege (nach dem Elberfelder System) in's Leben trat, half die Gesellschaft durch zwei von ihr veranlaßte sachkundige Vorträge des Geheimen Hofraths Professor Dr. Wach und durch die daran sich knüpfenden Discussionen, derselben die Wege bahnen. Für eine Erweiterung des Haftpflichtgesetzes that die Gesellschaft Schritte, indem sie auf Grund zweier Vorträge darüber (vom Rechtsanwalt beim Reichsgericht Dr. Sachs und von mir) eine

Eingabe in dieſem Sinne an Bundesrath und Reichstag richtete, und als an die Stelle des Haftpflichtgeſetzes das Unfallverſicherungsgeſetz trat, ward auch dieſes zum Gegenſtande eingehender Erörterungen im Schooße der Geſellſchaft gemacht. Und ſo ließe ſich noch Manches anführen.

Um den nationalen Sinn der Bürgerſchaft Leipzigs immerfort lebendig zu erhalten, begeht die Geſellſchaft alljährlich den 18. Januar, den Tag der Verkündigung des erblichen Kaiſerthums der Hohenzollern und der Aufrichtung des neuen Deutſchen Reichs, durch ein Feſtmahl, betheiligt ſich ebenſo regelmäßig (wie das früher auch der „Städtiſche Verein“ that) an der volksthümlichen Feier des 2. September, des Tages von Sedan.

Die Leitung der Geſellſchaft lag immerfort in den beſten Händen, erſt in der des Dr. Georgi, dann, nach deſſen Erhebung zum Bürgermeiſter, ſeit nun ſchon mehr als zehn Jahren, in der des ſo vielſeitig gemeinnützig thätigen Dr. Genſel.

Habe ich im Obigen vorzugsweiſe von den Parteibildungen in Leipzig geſprochen, ſo muß ich nun noch auf die Verbreitung der national-liberalen Partei im übrigen Lande einen Blick werfen.

In der „Landesverſammlung vom 26. Auguſt 1866“ war beſchloſſen worden: „es möchten Schritte geſchehen zur feſteren Organiſation der national-liberalen (oder, wie es damals häufiger hieß, „liberal-nationalen“ oder auch „freiſinnig-deutſchen“) Partei im ganzen Lande.“

Bei den Wahlen zum conſtituirenden Reichstag des Norddeutſchen Bundes kam es dazu noch nicht. Auf einer Verſammlung zu Chemnitz, welcher Bernhard Eiſenſtuck

präſidirte, wogten die verſchiedenſten Schattirungen des Liberalismus in ziemlich trüber Miſchung durch einander: entſchiedene Anhänger der neuen Ordnung der Dinge, „alte Demokraten von 1848“, die „an der Reichsverfaſſung feſthielten“, ja auch Solche, die ſich eigentlich zu mehr großdeutſchen Anſichten bekannten. Erſt vor den Herbſtwahlen gelang es, eine ſelbſtſtändige national-liberale Verſammlung in Dresden zu Stande zu bringen. Dieſe ſetzte eine Art von Landesausſchuß ein — zunächſt zur Betreibung der Wahlen, gleichzeitig aber zur Organiſation der Partei im ganzen Lande. Zum Vorort ward Dresden gewählt. Allein wiederum verſchoben und verwiſchten ſich (auf einer Verſammlung in Chemnitz) die Parteigrenzen zwiſchen nationalen und anderen Liberalen, und es mußte noch als ein beſonderes Glück angeſehen werden, daß — mehr trotz, als wegen jener Verſammlung — doch vier National-Liberale in den Reichstag gelangten.

Der Schwerpunkt der Partei ward nun nach Leipzig verlegt und iſt ſeitdem hier verblieben. Ein Centralcomité ward an die Spitze geſtellt, welches durch Vertrauensmänner mit den einzelnen Wahlkreiſen in Verbindung treten und von Zeit zu Zeit Verſammlungen der Parteigenoſſen aus dem ganzen Lande veranſtalten ſollte.

Wie es bei derartigen Organiſationen in der Regel geht — die Hauptarbeit fällt immer Einem zu —, ſo ging es auch hier, und dieſer Eine war ich. Die mir aufliegende Arbeit war aber hier eine um ſo ſchwierigere, als ein ſelbſtthätiges Entgegenkommen von den einzelnen Wahlkreiſen aus auf die von Leipzig ausgehenden Anregungen nur zu häufig vermißt wurde. Eine dauernde Organiſation

der Partei, ein rühriges Zuſammenhalten der Parteigenoſſen war überhaupt nur in wenigen Landestheilen zu erreichen; in den meiſten beſchränkte ſich in der Regel die Parteithätigkeit auf die Bildung von Wahlausſchüſſen unmittelbar vor den Wahlen und die Betreibung dieſer letztern ſelbſt; waren die Wahlen vorüber, ſo hörte ſie wieder auf oder gab doch nur ſchwache Lebenszeichen von ſich.

Eine beſondere Schwierigkeit für die Entwickelung eines recht regen Parteilebens liegt für uns, die National-Liberalen Sachſens, darin, daß unſere Partei ſich vorzugsweiſe (mehr, als die conſervative und die fortſchrittliche) aus den größeren Induſtriellen (Kaufleuten, Fabrikanten ꝛc.) rekrutirt. Dieſe haben mit ihren eigenen Angelegenheiten ſo viel zu thun, daß ſie nur ſchwer und ſelten dazu kommen, Zeit und Kraft dem Allgemeinen zu widmen. Eben dieſer Umſtand erſchwert auch die Gewinnung von nicht blos geeigneten, ſondern auch zur Uebernahme eines ſolchen Amtes geneigten Candidaten für Land- und Reichstag und macht, daß die mühſam gewonnenen und glücklich durchgebrachten ſelten lange auf ihrem Poſten ausharren.

Zehn ganze Jahre habe ich unter ſo ungünſtigen Verhältniſſen und daher mit nicht geringen Opfern an Zeit und Kraft die Leitung der national-liberalen Partei Sachſens geführt. Da es an einem feſtangeſtellten Geſchäftsführer der Partei (wie er ſpäteren Vorſitzenden zur Verfügung ſtand) damals noch fehlte, der vom Vorſtand aus ſeiner Mitte gewählte Schriftführer aber, ein ſehr beſchäftigter Advokat, kategoriſch erklärte, daß er eine andere Thätigkeit, als die des Protokollirens in den Sitzungen,

uns ſchlechterdings nicht widmen könne, ſo mußte ich wohl oder übel alle laufenden Geſchäfte allein beſorgen, eine umfängliche Correſpondenz führen, Wahlaufrufe und ſonſtige Schriftſtücke in die verſchiedenen Wahlkreiſe verſenden u. ſ. w. Um den Mangel einer lithographirten Correſpondenz (wozu die nöthigen finanziellen Mittel fehlten) einigermaßen zu erſetzen, ſchrieb ich Artikel zur Verſtändigung und Anregung der Parteigenoſſen draußen im Lande, gab dieſe zunächſt in die „Deutſche Allgemeine Zeitung“ und verſandte ſie ſodann in Abzügen an eine Anzahl von Localblättern zum Wiederabdruck. Auch das war keine geringe Mühewaltung.

Im Jahre 1874 trat in der äußeren Geſtaltung der national-liberalen Partei Sachſens eine wichtige Aenderung ein. Angeſichts der immer höher anſchwellenden ſocialdemokratiſchen Bewegung ſchien es angezeigt, Alles aufzubieten, um nach dieſer Seite hin Front zu machen. Auf Anregung der „Gemeinnützigen Geſellſchaft“ entſtand der „Reichsverein für Sachſen“, deſſen ausgeſprochener Zweck war, mit Abſehen von allen ſonſtigen Parteiunterſchieden nur die grundſätzlichen Feinde des Reichs und der beſtehenden Geſellſchaftsordnung zu bekämpfen. Die national-liberale Partei ging in dieſer neuen Organiſation völlig auf. Sie entſagte ihrer Exiſtenz und Wirkſamkeit als Sonderpartei, betrachtete ſich nur noch als Glied einer größeren „Ordnungspartei“, unterſtützte daher bei den Wahlen, ſo oft es die Bekämpfung eines Socialdemokraten galt, mit demſelben Eifer einen fortſchrittlichen oder conſervativen Candidaten, wie einen ihres eigenen Mittels, je nachdem der eine oder andere mehr Ausſicht auf einen Wahlſieg zu bieten ſchien. Sie hatte ſich dabei einer Gegenſeitigkeit von den anderen

Parteien, insbeſondere der conſervativen, keineswegs immer zu erfreuen; ſie mußte auch erleben, daß der Miniſterpräſident von Frieſen in der Zweiten Kammer den „Reichsverein“ als ein „Unglück für Sachſen“ bezeichnete, weil derſelbe angeblich ein „Monopol der Reichstreue“ für ſich in Anſpruch nehme — ein gänzlich haltloſer Vorwurf, denn wir nahmen für uns nicht mehr in Anſpruch, als was wir durch unſer grundſätzliches Verhalten bekräftigten: die Selbſtloſigkeit der Unterordnung unſeres Parteiintereſſes unter das höhere Intereſſe des Reichs, und wir gönnten jeder andern Partei gern denſelben Anſpruch auf „Reichstreue“, ſobald ſie nur dieſen Anſpruch gleich uns in Thaten, nicht blos in Worten bekunden würde.

Der „Reichsverein“ hat ſich durch alles Dieſes nicht anfechten laſſen, ſondern hat unbeirrt und unermüdet ſeine Schuldigkeit gethan und damit, wie ich wohl ſagen darf, manchen Sieg der Socialdemokratie und manche Niederlage der Ordnungspartei verhindert. Erſt als die wenigen Elemente von rechts und links, die ſich ihm angeſchloſſen hatten, wieder abgebröckelt waren, ſo daß der Verein faſt nur noch aus National-Liberalen beſtand, hat derſelbe, entſprechend dieſem Sachverhalt, den Namen „national-liberaler Verein für Sachſen“ angenommen, hat jedoch auch unter dieſer neuen Firma nach wie vor den Grundſatz befolgt, immer in erſter Linie ſich als „Ordnungspartei“ zu betrachten und dieſem höheren Intereſſe ſein ſpecielles Parteiintereſſe unterzuordnen. In Dresden hatte ſich ein beſonderer „Reichsverein“ gebildet. Derſelbe hat, obwohl er nur aus National-Liberalen beſteht, dieſen Namen immerfort beibehalten.

Die oberſte Leitung des „Reichsvereins für Sachſen“ war wiederum (als ob es gar nicht anders ſein könnte) mir zugefallen. Mich dieſem Rufe zu verſagen, ging nicht wohl an, und als ich, der langen Laſt endlich herzlich müde, dieſelbe auf andere Schultern abwälzen wollte, fand ich Niemand, der ſie hätte übernehmen mögen. Erſt 1876, als Dr. Stephani aus Geſundheitsrückſichten ſein Amt als Vicebürgermeiſter niedergelegt und ſomit Muße für eine anderweite Thätigkeit im Gemeintereſſe gewonnen hatte, gelang es mir, den Vorſitz an dieſen abzugeben, mich ſelbſt aber in die beſcheidenere Stellung eines einfachen Vorſtandsmitgliedes zurückzuziehen.

Seitdem bin ich nur bei ganz beſonderen Veranlaſſungen aus dieſer meiner Zurückgezogenheit wieder herausgetreten.

Nach der Verwerfung des erſten Socialiſtengeſetzes im Reichstag von 1878 bildete ſich in Leipzig eine Vereinigung aus national-liberalen und etwas weiter rechts ſtehenden Elementen zum Zwecke einer Kundgebung für Annahme des Geſetzes. Ich nahm an dieſer Vereinigung Theil, ſprach mich aber gleichzeitig dahin aus, daß neben dem negativen Vorgehen in Bekämpfung der Socialdemokratie auch etwas Poſitives in derſelben Richtung geſchehen müſſe. Als zunächſt geeignetes Mittel dafür erachtete ich die Gründung eines Vereins, in welchem die noch nicht vom ſocialiſtiſchen Gift angeſteckten Elemente des Arbeiterſtandes zuſammengefaßt und durch Darbietung von Gelegenheit theils zu einer ſoliden Fortbildung (durch Vorträge für die Erwachſenen, regelmäßige Unterrichtsſtunden für den jüngeren Nachwuchs u. dgl.), theils zu

geſelliger Erheiterung und Erholung, ferner durch Berührung mit den bürgerlichen Kreiſen, in ihrer geſunden Entwickelung gefördert würden. Dieſe Angelegenheit in die Hand zu nehmen, erſchien mir recht eigentlich als Aufgabe des „Reichsvereins“. Auf mein Andringen beſtellte denn auch der Vorſtand deſſelben eine Commiſſion zur näheren Erwägung meines Vorſchlages. Bald zeigte ſich, daß die gleiche Idee auch von anderer, ja auch von dritter Seite in's Auge gefaßt worden war — auf der „Kirchenconferenz“ in Meißen und von Seiten des Vorſtandes des ſächſiſchen Zweigvereins der „Geſellſchaft für Verbreitung von Volksbildung“. So kam ein gemiſchtes Comité zu Stande, und dieſes rief den „Volksverein für Leipzig und Umgegend“ in's Leben. Als Mitglied erſt des Vorſtandes, dann des Ausſchuſſes, als Vorſitzender der Bibliothekscommiſſion, durch das Halten von Vorträgen, u. A. einer Gedächtnißrede auf den verſtorbenen Schulze-Delitzſch), Leitung der Discuſſionsabende u. ſ. w. habe ich dem Vereine eine Zeit lang meine Thätigkeit, ſo viel ich konnte, gewidmet. Durch Verſchmelzung mit dem „Volksbildungsverein“ verwandelte ſich der Verein ſpäter in den „Verein für Volkswohl zu Leipzig“, ohne aber ſeine Richtung zu ändern. In dieſer Geſtalt beſteht er noch heut und entfaltet eine, wenn auch in beſcheidenen Grenzen ſich bewegende (die Zahl ſeiner Mitglieder aus dem Arbeiterſtande ſchwankt zwiſchen 600 und 700, wovon 400—500 die Unterrichtskurſe in Buchführung, Geſchäftsaufſätzen, gewerblichem Rechnen, Zeichnen, Engliſch, Franzöſiſch, Stenographie u ſ. w. beſuchen), doch immerhin wohlthätige Wirkſamkeit.

Einem andern gemeinnützigen Vereine, dem „Fröbelverein", wurde ich ohne mein Zuthun nahegestellt, indem der Vorstand desselben im Jahre 1884 mich zum Vorsitzenden wählte. Bei meinen schon früher bethätigten, gerade um diese Zeit (wie später zu berichten) auf's Neue angeregten Bestrebungen für eine praktische Erziehung der Jugend fühlte ich mich den Zwecken dieses Vereins vertraut und wahlverwandt.

Und, da ich einmal von meiner neueren Antheilnahme an Vereinen spreche, so sei gleich hier noch erwähnt, daß ich als Vorstandsmitglied der Leipziger Zweig-Schillerstiftung diese Stiftung zweimal auf Generalversammlungen vertreten habe, das eine Mal 1868 in Wien, ein zweites Mal 1879 in Dresden, daß ich ferner Mitglied und eine Zeit lang Vorsitzender des Vorstandes eines Vereins war, der sich in Leipzig 1882 zur Versorgung der aus Rußland vertriebenen Israeliten bildete.

Ich kehre zu meiner politischen Thätigkeit zurück.

Bei der Spaltung der national-liberalen Fraction durch die „Secession" des linken Flügels (1882) übernahm ich, auf Wunsch des Vorstandes, in einer von diesem berufenen Vertrauensmännerversammlung unserer sächsischen Parteigenossen die Vertretung des zurückgebliebenen Stammes der Fraction gegen die Secessionisten. Ich hatte dabei die Genugthuung, daß die große Mehrheit der Versammlung mir beipflichtete, wennschon unter Denen, die zur Secession übertraten, Mehrere waren, deren Scheiden von uns ich aufrichtig beklagen mußte.

Nach dem Erscheinen des „Heidelberger Programms" vom 23. März 1884 fand wiederum eine Vertrauens-

männerverſammlung der national-liberalen Partei in Leipzig ſtatt. Die Anſichten waren hier noch getheilt. Dr. Stephani ſelbſt äußerte Zweifel, ob die „national-liberale Fraction“ im Reichstage ſich jenes Programm werde aneignen wollen. Ich mußte mich deshalb damit begnügen, einen Antrag zu ſtellen, der den Wunſch enthielt, daß eine Verſtändigung der National-Liberalen Norddeutſchlands mit denen Süddeutſchlands (von welchen letzteren das Heidelberger Programm ausgegangen) zu Stande kommen möge. Dieſer Antrag fand den Beifall der Verſammlung. Bekanntlich erfolgte eine ſolche Verſtändigung auf der großen Parteiverſammlung zu Berlin vom 18. Mai 1884. Als Vertreter der ſächſiſchen National-Liberalen in dieſer Verſammlung erklärte Dr. Genſel, dermaliger Vorſitzender des „national-liberalen Vereins für Sachſen“, unſere freudige Zuſtimmung zu dieſem Acte.

Auf einer am 6. Juli 1884 zu Döbeln abgehaltenen national-liberalen Landesverſammlung ſprach ich, wiederum im Auftrage des Vorſtandes, über die Aufgabe unſerer Partei bei den bevorſtehenden Reichstagswahlen. Ich faßte dieſe Aufgabe in den folgenden Worten zuſammen:

Durch die neueſten Schritte unſerer ehemaligen Parteigenoſſen, der ſogenannten „Seceſſioniſten“ — erſt ihren Uebergang in's fortſchrittliche Lager und damit ihre Beugung unter die Führerſchaft des Herrn Eugen Richter, dann ihre Betheiligung an der von Letzterem betriebenen grundſätzlichen Oppoſition gegen die geſammte innere Politik des Reichskanzlers, zuletzt gar noch ihre Verbrüderung mit den Ultramontanen behufs Bildung einer reichsregierungsfeindlichen Mehrheit — durch alles Dieſes iſt das Band zwiſchen uns und ihnen („zu meinem aufrichtigen Bedauern“, wie ich hinzuſetzte) gelöſt, ſind wir in die Nothwendigkeit verſetzt, die deutſch-freiſinnige

Partei grundsätzlich zu bekämpfen, zu dem Ende auch ein Bündniß mit den Gemäßigten unter den Conservativen nicht zu scheuen.

Diese Worte wurden mit allseitigem lauten Beifall aufgenommen und begegneten von keiner Seite einem Widerspruch.

Einige Zeit darauf brachte die deutschfreisinnige Dresdener Zeitung (Nr. vom 12. September 1884) einen Artikel, worin sie, unter schweren Vorwürfen gegen die „Führer der national-liberalen Partei", als ob sie aufgehört hätten, liberal zu sein, an die „liberalen Männer" innerhalb der Partei die Aufforderung richtete, sich von derselben zu trennen und zu den Deutschfreisinnigen überzutreten. Da sie unter Denen, welchen sie einen solchen Schritt ansinnen zu können meinte, auch mich nannte, so fand ich mich gedrungen, in einem Artikel des „Leipziger Tageblattes" (Nr. vom 16. September 1884) unter dem Titel „Die Aufgabe der National-Liberalen bei den nächsten Reichstagswahlen" meine Ansichten über diese Aufgabe und über die ganze Stellung der Partei, sowie über meine eigene, ausführlicher zu entwickeln. Der Vorstand des national-liberalen Vereins für Sachsen hat diesen meinen Aufsatz in einer großen Zahl von Abzügen an die Parteigenossen im Lande versandt und damit bekundet, daß die Parteileitung selbst sich zu den darin entwickelten Ansichten bekennt. Aus diesem Grunde möge es mir vergönnt sein, die Hauptstellen daraus hier wiederzugeben.

Zuvörderst bemerkte ich, gewissermaßen zu meiner Legitimation betreffs dieser öffentlichen Aussprache:

Durch die Bezugnahme auf meine unzweideutigen Aeußerungen in Döbeln könnte ich die Sache, was mich betrifft, für erledigt halten;

allein die Stellung, die ich Jahrzehnte lang als ein Wortführer erſt der ſog. „gemäßigt-liberalen", dann der daraus hervorgegangenen national-liberalen Partei eingenommen habe, und das Vertrauen, welches mir in dieſer Eigenſchaft von meinen Parteigenoſſen lange entgegengebracht worden iſt, ja noch jetzt, wie ich auf dem Döbeln'ſchen Tage mit Freuden wahrnahm, entgegengebracht wird, laſſen mir es als eine Pflicht erſcheinen, auf die von jener Seite her angeregte Frage wegen des Verhältniſſes zwiſchen uns und den weiter links ſtehenden Liberalen auch noch directer und eingehender zu antworten.

Dies that ich ſodann, indem ich fortfuhr:

Schon in Döbeln ſprach ich aus, und ich wiederhole es hier: ich halte es für die oberſte Aufgabe, wie jeder reichstreuen Partei, ſo ganz beſonders der unſeren, welche ſich die „nationale" nennt, bei den Reichstagswahlen nicht ſowohl ihr beſonderes Parteiintereſſe, als das allgemeine Intereſſe des Reichs und der Nation in den Vordergrund zu ſtellen.

Nun hat die national-liberale Partei ſich es von ihrer Entſtehung an zur Aufgabe gemacht, nicht blos den Beſtand des neu gegründeten Deutſchen Reichs gegen Solche, welche denſelben in einer oder der andern Weiſe anzutaſten geneigt wären, zu vertheidigen ſondern auch deſſen Ausbau nach allen Richtungen hin fördern zu helfen. Sie hat ſich dieſer Aufgabe nach beſten Kräften unterzogen, hat ſich dabei eine Zeit lang des Hand in Hand Gehens mit der Reichsregierung, ſowie der Bundesgenoſſenſchaft eines Theils der conſervativen Partei zu erfreuen gehabt.

Dann trat eine Zeit ein, wo das Verhältniß der National-Liberalen zur Reichsregierung ſich lockerte, wo letztere ſich infolge deſſen den Conſervativen zuwendete und endlich, um eine Mehrheit im Reichstage zu gewinnen, auch dem Centrum ſich näherte. Die Gegner der bisherigen, weſentlich reformatoriſchen Reichspolitik benutzten dies und arbeiteten darauf hin — unterſtützt durch den Umſtand, daß Einzelnes in den neuen Geſetzen wirklich verbeſſerungsbedürftig war, ſowie durch die in verſchiedenen Intereſſenkreiſen ſich kundgebende ſtarke Gegenſtrömung —, an Stelle der vorwärtsſchreitenden eine rückläufige Richtung der Reichsgeſetzgebung zur Geltung zu bringen. So entſtand ein allgemeines Unbehagen, zu-

gleich eine höchſt bedenkliche Verſchiebung der Parteien, indem die Extreme rechts und links geſtärkt, die gemäßigten Elemente in der Mitte geſchwächt wurden.

Neuerdings hat aber unſer großer leitender Staatsmann wieder eine aufbauende, ſchöpferiſche Politik in's Werk zu ſetzen begonnen, und zwar auf Gebieten, auf denen eine ſolche zwar ſchwierig, aber auch, wenn ſie gelingt, für hochwichtige Intereſſen theils der ganzen Nation, theils ihres ſchutzbedürftigſten Theils, der Arbeiter, vielverſprechend iſt. Er hat auf dem Gebiete der Socialpolitik, zur Verbeſſerung der Lage des Arbeiterſtandes, ein gewaltiges Unternehmen angebahnt, welches auf durchaus geſunden Grundlagen, der Selbſtverwaltung und dem Genoſſenſchaftsweſen, ruht. Er hat auf dem Gebiete der Colonialpolitik und der Ausdehnung des deutſchen Handels nach fremden Welttheilen Anſichten entwickelt, die, ebenſo kühn als andererſeits beſonnen und vorſichtig, in ihrer Verwirklichung für Deutſchland eine neue Epoche commerziellen Aufſchwunges, eine viel activere Rolle im großen Weltverkehr, als die es bisher zu behaupten vermochte, in Ausſicht ſtellen.

Auf dieſen Bahnen einer activen und productiven Politik dem großen leitenden Staatsmanne zu folgen, für Ausführung ſolcher und ähnlicher Pläne ihm ihre Unterſtützung zu bieten, dazu hat die national-liberale Partei in den Heidelberger und den Berliner Erklärungen (vom 23. März und 18. Mai) und in zahlreichen Zuſtimmungskundgebungen dazu aus allen Theilen Deutſchlands ſich verpflichtet. Dadurch iſt ihr für die bevorſtehenden Reichstagswahlen ihre Stellung und Aufgabe ſcharf und klar vorgezeichnet. Sie muß nach allen ihren Kräften darauf hinwirken, daß für die, nach ihrer Ueberzeugung der Nation heilſamen, ſocialpolitiſchen und wirthſchaftlichen Pläne des Reichskanzlers eine möglichſt ſichere Mehrheit geſchaffen werde, und zwar aus ſolchen Elementen, welche nicht, wie das Centrum und die extrem Conſervativen, ihre der Regierung zu gewährende Unterſtützung nach anderen Seiten hin zu allerhand rückſchrittlichen oder ſonſt der Nation und dem Reiche nachtheiligen Zwecken auszunutzen ſuchen, und ſie muß ſelbſtverſtändlich zu verhüten ſuchen, daß eine andere Majorität, als die eben bezeichnete, wirklich nur den großen nationalen Intereſſen huldigende, zu Stande

komme, ſei es eine klerikal-conſervative, welche der Freiheit und dem nothwendigen Fortſchritt gefährlich iſt, ſei es eine klerikal-deutſch-freiſinnige, welche (nach den beim Socialiſtengeſetz und der Dampfervorlage gemachten Erfahrungen) die Ausführung der ſchöpferiſchen Pläne des Reichskanzlers zu hemmen und den Gang der Reichsmaſchine in's Stocken zu bringen droht.

Die national-liberale Partei bleibt, indem ſie ſo handelt, durchaus ihren eigenen geſchichtlichen Ueberlieferungen treu, denn ſie hat ſich ſeiner Zeit aus der Fortſchrittspartei herausgelöſt, weil ſie die zu ſehr blos verneinende Haltung dieſer letzteren für unerſprießlich hielt, weil ſie das Bedürfniß und die Pflicht fühlte, eine mehr poſitive Politik zu ergreifen und werkthätig an dem Auf- und Ausbau des Reichs mitzuarbeiten.

Ueber das Verhältniß des gemäßigten und insbeſondere des nationalen Liberalismus zu dem Radicalismus bemerkte ich noch ausdrücklich:

Bis etwa zum Jahre 1848 gab es in unſerem politiſchen Leben nur den Einen Gegenſatz: „liberal oder conſervativ". Schon damals indeß beſtand ein Unterſchied zwiſchen „gemäßigten Liberalen" und ſogenannten „entſchiedenen Liberalen" oder „Radicalen". Ich habe vom Anbeginn meiner öffentlichen Wirkſamkeit an, alſo ſeit etwa 43 Jahren, immerfort zu den „gemäßigten Liberalen" gehört ich habe deshalb ſchon damals und ſpäter noch öfter von Seiten der Radicalen den Vorwurf hören müſſen: ich ſei ein „Abtrünniger", wohl gar ein „Volksverräther". Dieſer Vorwurf hat mich niemals unruhig oder in meinem Vorgehen irre gemacht, und er wird es am allerwenigſten jetzt, nachdem ich eine mehr als 40jährige, ich denke wohl makelloſe, politiſche Vergangenheit hinter mir habe.

Mit dem Jahre 1848 (zum Theil auch ſchon früher) trat ein neuer Zielpunkt politiſcher Beſtrebungen in den Vordergrund, der nationale. Es gab nun im liberalen Lager zwei Parteien, die eine, welche dieſem nationalen Geſichtspunkte äußerſten Falls (wenn es nicht anders ging) den liberalen unterordnete, und eine andere, welche ſelbſt von einem einigen Deutſchland nichts wiſſen wollte, wenn daſſelbe nicht genau nach ihrer Schablone zugeſchnitten wäre.

Damals wurden wir, die wir (in Frankfurt) einen monarchiſch-conſtitutionellen Bundesſtaat, ganz ähnlich dem jetzigen Reiche, anſtrebten, als „Reactionäre“ dem Volke denuncirt; 1866, bei der Berathung der Verfaſſung des Norddeutſchen Bundes, ſtimmte die Fortſchrittspartei gegen dieſe Verfaſſung und verlangte ſtatt ihrer die Wiederherſtellung eben jener, ſeiner Zeit von der gleichen Seite her als „reactionär“ verſchrieenen, „Reichsverfaſſung von 1849!“

Schon aus dieſen geſchichtlichen Andeutungen ergiebt ſich, wie vieldeutig und ſchwankend der Begriff des „Liberalismus“ iſt, wie wenig berechtigt der Anſpruch einer einzelnen Partei, ſich als die alleinige Vertreterin und Hüterin deſſelben darzuſtellen und Alle als „illiberal“ zu verketzern, die nicht genau ihre Wege gehen.

Allerdings giebt es gewiſſe Grenzen, die ein liberaler Politiker nicht überſchreiten kann, ohne daß er aufhörte, ein Liberaler zu ſein. Wenn die national-liberale Partei zur Verkümmerung weſentlicher, unveräußerlicher Rechte des Volkes oder der Volksvertretung, wenn ſie zur Beſchränkung des Budgetrechs des Reichstags, zur Beſeitigung der nothwendigen Garantien für die Unabhängigkeit des Wählens, zur Wiederherſtellung der alten, feudalen Zuſtände im Gewerbeweſen, in der Landwirthſchaft, in den Arbeiterverhältniſſen ꝛc. die Hand bieten wollte, dann würde man ſie mit Fug des Abfalls vom Liberalismus beſchuldigen, dann wäre der Moment gekommen, die, dermalen ſehr übel angebrachte, Zumuthung des Austritts aus der national-liberalen Partei an mich und die mir Gleichgeſinnten zu richten. Aber dahin wird es ſicherlich nicht kommen. Ja, ich vertraue, daß auch die durch die Verhältniſſe uns zugewieſenen neuen Bundesgenoſſen, die Freiconſervativen, zu einer ſolchen Politik der Reaction weder ſich ſelbſt hergeben, noch uns werden verleiten wollen.

Wenn dagegen die National-Liberalen in ſolchen Fällen, wo es galt, einen nach vielen Seiten bedeutenden Fortſchritt zu erreichen, gewiſſe Unvollkommenheiten eines Geſetzes mit in den Kauf nahmen und nicht darauf beſtanden, daß jede, auch die äußerſte „liberale“ Forderung erfüllt würde, wie beiſpielsweiſe bei der Verfaſſung des Reichs und den großen Juſtizgeſetzen, ſo iſt es lächerlich, ihnen daraus einen Vorwurf zu machen, wie die Fortſchrittspartei dies

gethan hat. Oder wenn aus höheren Rücksichten auf die Wehrhaftigkeit und Sicherheit Deutschlands, sowie auf den ungestörten Verkehr, sie für das sogenannte Militärseptennat stimmten, d h. für eine Bewilligung der Friedensstärke auf 7 Jahre, statt, wie der „Fortschritt" will, auf 3 oder auf 1 Jahr (weil eine so häufige Militärdebatte nach allen Seiten Nachtheile hat), so war dieser zeitweilige Verzicht auf die allerstrengste Ausübung des parlamentarischen Zustimmungsrechts vollkommen gerechtfertigt durch eben jene patriotische Rücksicht. Bestände der „Liberalismus" darin, daß man auch die höchsten Interessen des Reichs und der Nation einer bloßen Principienreiterei opfern müßte, so wäre damit dem Liberalismus das Urtheil gesprochen!

Wie man sieht, sind diese politischen Anschauungen dieselben, zu denen ich schon im Anfange meiner politischen Laufbahn, vor nun mehr als vierzig Jahren, mich bekannte. Wie ich damals in dem Programme zu meiner „Deutschen Monatsschrift" und in dieser selbst einen möglichst praktischen, positive Verbesserungen des Staats- und Culturlebens erstrebenden, vor Allem aber große nationale Ideen verfolgenden Liberalismus vertrat, so ist dies noch heut mein politisches Glaubensbekenntniß, und ich freue mich, sagen zu können, daß auf diesem Wege die allergrößte Mehrzahl der National-Liberalen Sachsens, insbesondere in Leipzig und Dresden, aber auch im übrigen Lande, mir gefolgt und treu geblieben ist. Gegen die Verwandlung unserer Partei in eine sog. „Partei Bismarck" (wie einzelne Heißsporne dies wollten) habe ich mich jederzeit erklärt. Bei aller aufrichtigen Bewunderung des großen Staatsmannes steht mir doch die Unabhängigkeit der eigenen Ueberzeugung für mich und meine Partei zu hoch, um sie selbst einem Bismarck zu verschreiben.

Zwanzigſtes Capitel.

Das Eingehen der „Deutſchen Allgemeinen Zeitung“.

Mit Ende des Jahres 1879 hörte die „Deutſche Allgemeine Zeitung“ auf zu erſcheinen. Die Verleger hatten ſchon in den letzten Jahren immer wachſende Einbußen dabei erlitten; ſie glaubten ihrem Geſchäft nicht länger ein ſolches Opfer anſinnen zu können, und entſchloſſen ſich daher, wenn auch mit ſchwerem Herzen, zur Aufgabe der Zeitung. Dieſelbe hatte über vierzig Jahre beſtanden; ich ſelbſt hatte faſt ein Menſchenalter lang meine Kraft und mein ganzes Intereſſe ihr gewidmet; ich brauche nicht zu ſagen, wie ſchmerzlich mir dieſer Ausgang war, den ich gleichwohl nicht abzuwenden vermochte.

Die „Deutſche Allgemeine Zeitung“ hatte niemals — die erſten Jahre etwa ausgenommen, wo ſie unter beſonders günſtigen Verhältniſſen erſchien, auch mit ſehr reichen Mitteln nachdrücklich unterſtützt ward — einen ſehr großen Abſatz gehabt. Ein wie günſtiger Boden auch für ein ſolches Blatt Leipzig zu ſein ſchien, ſo waren doch in Wirklichkeit die Schwierigkeiten, mit denen daſſelbe vom

Anfange an zu kämpfen hatte, sehr große. Es ist eine bekannte Thatsache, daß das materielle Gedeihen einer Zeitung nicht blos durch die Zahl der Abonnenten bedingt ist, sondern ebenso sehr, ja noch mehr, durch die Menge der ihr zufließenden Anzeigen. Abgesehen von dem finanziellen Ertrage dieser letzteren, welcher wesentlich dazu helfen muß, die Mittel für eine reiche geistige Ausstattung des Blattes zu gewähren, besteht auch zwischen diesen Anzeigen, zumal den localen, und dem Anreiz zum Lesen und Halten eines Blattes eine natürliche Wechselwirkung. Nun waren gerade die localen Anzeigen in Leipzig bereits so gut wie gänzlich in Beschlag genommen durch das „Leipziger Tageblatt", welches dadurch und durch seinen billigen Preis Leipzig und Umgegend beherrschte. Für das übrige Land zog wieder ein anderes Blatt, die „Leipziger Zeitung", sowohl die Abonnenten als die Anzeigen dadurch an sich, daß sie, als officielles Organ, alle amtlichen Bekanntmachungen erhielt, folglich von Staats- und Gemeindebehörden, Advocaten, Geschäftsleuten u. s. w. gehalten und gelesen werden mußte.

Ein anderer Umstand, der in Sachsen dem Aufkommen und Gedeihen einer großen Zeitung ein fast unüberwindliches Hinderniß in den Weg legt, und der wohl wesentlich daran schuld ist, daß es bisher keiner einzigen Partei, weder der conservativen, noch der liberalen, noch der radicalen, gelungen ist, längere Zeit hindurch, selbst mit Opfern, ein solches größeres Organ am Leben zu erhalten, ist der Ueberfluß an Localblättern, der kaum irgendwo so groß sein möchte, als hier. Zunächst kommt hier die Unmasse sog. „Amtsblätter" in Betracht, womit das Beust'sche

Regiment Sachſen beglückt hat. Sodann giebt es in Sachſen verhältnißmäßig mehr große, volk- und gewerbereiche Provinzialſtädte, als in irgend einem anderen deutſchen Lande. Von dieſen aber will jede ihr Localblatt haben, und zwar ein möglichſt umfängliches. Viele dieſer Localblätter erſcheinen täglich. Sie ſind ebenfalls im Beſitz der Localanzeigen ihres Erſcheinungsortes und ſeiner Umgegend und üben dadurch in weitem Umkreiſe ein thatſächliches Monopol aus. Ihren politiſchen Inhalt entnehmen ſie meiſt den größeren Zeitungen (wie denn namentlich die „Deutſche Allgemeine Zeitung" von ihnen viel ausgebeutet ward); manche davon haben aber auch, durch ihre günſtige finanzielle Lage dazu in den Stand geſetzt, ſich telegraphiſche Depeſchen beigelegt. So kommt es, daß das tägliche Leſebedürfniß wenigſtens jenes Theiles des Publikums, welcher nicht gerade ein höheres politiſches Bildungsſtreben hat (und das iſt immer ein ziemlich großer), durch die ihm ſolchergeſtalt gebotene Nahrung ſich geſättigt findet. Ihm verſchlägt es wenig, wenn er auch ſeine politiſchen Belehrungen erſt aus zweiter Hand erhält; er findet es daher nicht für nöthig, ein großes Blatt zu leſen oder gar zu halten. Ohnehin verwenden von unſeren Geſchäftsleuten ſo manche nicht gern viel Zeit auf's Leſen, ſind daher vollauf zufrieden, wenn ihnen der tägliche politiſche Stoff in möglichſt kleinen Portionen zugemeſſen wird.

Zu alledem kam nun bei der „Deutſchen Allgemeinen Zeitung" noch etwas, was ihr gerade im letzten Jahrzehnt ihres Beſtehens viel Abbruch that. Das war die Concurrenz der großen Berliner und Wiener Blätter. Früher, bei noch weniger entwickelten Preßverhältniſſen in Preußen

und Oeſterreich, war ein ſächſiſches Blatt, welches ſich mit Freimuth und verſtändnißvoll auch über dortige Zuſtände ausließ, in den beiden großen Nachbarländern, zumal in Oeſterreich, gern geleſen worden. Jetzt ward nicht blos der dortige Markt von der heimiſchen Preſſe mehr als genügend verſorgt, ſondern die, mit reichſten Mitteln ausgeſtatteten, Blätter Wiens und Berlins drangen auch immer häufiger nach Mitteldeutſchland herüber, zumal die Berlins. War es doch nur natürlich, daß der deutſche Reichsbürger (und, je deutſcher geſinnt er war, um ſo mehr) am liebſten aus erſter Quelle vernahm, was im Centrum des Reiches vorgehe, was dort geſprochen, geplant, gedacht werde. Die Berliner Zeitungen konnten Dieſes nach Dresden, Chemnitz, dem Voigtlande, desgleichen nach Thüringen, ebenſo raſch und raſcher verkünden, als ein in Leipzig erſcheinendes Blatt, mochte letzteres ſich noch ſo viel Mühe geben, durch Correſpondenzen und Telegramme das Wichtigſte von dort ſchnell zu berichten.

Nun darf man ſich keine Täuſchung darüber machen, daß heutzutage das Durchſchnittspublikum, d. h. vielleicht neun Zehntel aller Derer, die überhaupt Zeitungen leſen, dies nicht wegen der politiſchen Belehrungen thut, welche ein Blatt regelmäßig bringt, ſondern wegen der Neuigkeiten, die darin zu finden ſind. Sein Intereſſe iſt ein vorzugsweiſe ſtoffliches. Gute Leitartikel können einer Zeitung Anſehen, vielleicht auch Einfluß verleihen, aber Leſer in größerer Menge gewinnt ſie in der Regel nur in dem Verhältniß, in welchem ſie mehr und mannigfaltigeren Stoff zu bieten vermag, als ihre Concurrentinnen. Dazu aber gehören reiche Mittel, und ſolche, ich wiederhole es, gewinnt

eine Zeitung nur entweder durch ein sehr starkes Abonnement oder durch viele gutbezahlte Anzeigen, und ganz vorzugsweise durch letztere.

Ich darf, ohne anmaßlich zu sein, mich rühmen, daß unter meiner Redactionsführung die „Deutsche Allgemeine Zeitung" eine angesehene Stellung in der deutschen Tagespresse einnahm, eine angesehenere, als die Zahl ihrer Abonnenten eigentlich bedingte; daß Freunde und Feinde ihr Gewicht beilegten, was daraus hervorging, daß jene sich gern auf sie beriefen, diese sie ihrer Polemik werth fanden. Wie geachtet sie im Kreise ihrer journalistischen Collegen war, zeigte sich darin, daß auf den Journalistentagen sie regelmäßig in den Ausschuß gewählt ward und daß ihre Stimme sowohl in diesem als bei den großen Versammlungen immer Beachtung fand.

Daß sie auch eine fest zu ihr haltende und treu bei ihr ausharrende (wenngleich nicht große) Gemeinde Solcher gewonnen hatte, welche sich gern ihren Belehrungen und ihrer gemäßigten, aber sicheren Haltung verpflichtet bekannten, konnte ich aus den schriftlichen und mündlichen Kundgebungen aufrichtigsten Bedauerns über ihr Eingehen, die mir von vielen und hochachtbaren Seiten zugingen, mit wehmüthiger Genugthuung entnehmen. Noch jetzt höre ich oft schmerzliche Klagen darüber, daß die „Deutsche Allgemeine Zeitung" durch ihr Verschwinden eine nicht wieder ausgefüllte Lücke hinterlassen habe, desgleichen (namentlich von Nichtsachsen) Aeußerungen des Erstaunens darüber, daß ein Land wie Sachsen, mit einer so zahlreichen, gebildeten und im Ganzen doch nicht armen Bevölkerung, keine einzige große Zeitung besitze. Aber damit ist jene

Lücke nicht ausgefüllt, dieſe Thatſache nicht aus der Welt geſchafft.

Leider kann ich der national- oder gemäßigt-liberalen Partei den Vorwurf nicht erſparen, den ich ihr ſchon einmal, beim Eingehen meines „Herold", machen mußte, den Vorwurf, daß ſie zu wenig für ihre Parteipreſſe thut. Ja, dieſer Vorwurf iſt jetzt noch berechtigter, als damals, weil die Partei, die 1847 kaum in ihren Anfängen ſich befand, 1879 an Zahl wie an Bewußtſein ihrer Zwecke erſtarkt, einheitlich organiſirt, alſo weit mehr in der Lage und darauf angewieſen war, ſich ihrer Preſſe anzunehmen, weil ferner die Wichtigkeit der kräftigen Vertretung einer Partei in der Tagespreſſe gegen früher weſentlich zugenommen hat.

Es iſt mir ſelbſt damals, als ich meinen „Herold" (nach dem preußiſchen Verbote) auf eigene Koſten und mit ſchweren Opfern fortführen mußte, niemals auch nur entfernt eingefallen, eine directe materielle Unterſtützung ſeitens der Parteigenoſſen zu beanſpruchen; um wie viel weniger hätte mir dies beifallen können, wo es ſich um die Fortexiſtenz eines Blattes handelte, deſſen Verleger wahrſcheinlich das Anerbieten einer ſolchen Unterſtützung zurückgewieſen haben würden? Allein es giebt andere Mittel, um einer Zeitung die Wege zu ebnen und die Opfer zu vergüten, die ſie der Partei bringt, indem ſie nicht blos unermüdlich deren Sache führt, ſondern indem ſie auch allen den Haß mit auf ſich ladet, der die Partei als ſolche trifft. Wenn allerwärts je zwei, drei Parteigenoſſen ſich dazu vereinigten, ein ſolches Blatt zu halten (angenommen, daß es dem Einzelnen zu theuer wäre), wenn jeder Geſchäftsmann

innerhalb der Partei es ſich zur Regel machte, ſo oft er Anzeigen in öffentlichen Blättern erlaſſen muß, die geringen Koſten nicht zu ſcheuen und auch dem Parteiorgan eine ſolche Anzeige zuzuwenden, wenn jeder Parteigenoſſe ſich es angelegen ſein ließe, für die Verbreitung des Parteiorgans an öffentlichen Orten, in Leſecabinetten u. ſ. w. zu wirken — wenn Solches und Aehnliches beharrlich und planmäßig geſchähe, ſo müßte doch wohl eine Partei wie die national-liberale in Sachſen, die unter ihren vielen Tauſend Mitgliedern nicht wenige recht wohlhabende, andere immerhin in guten Verhältniſſen lebende zählt, ein großes Blatt lebensfähig erhalten können.

Ich ſpreche dies ganz offen aus, nicht blos, weil ich perſönlich gar nicht mehr dabei betheiligt bin, ſondern auch, weil möglicherweiſe, was ich hier geſagt habe, noch auf andere Zweige der großen national-liberalen Partei Deutſchlands Anwendung leiden könnte.

Einundzwanzigstes Capitel.

Die Bewegung für den „Arbeitsunterricht“ und eine neue Auflage meiner „Erziehung zur Arbeit“.

Fast ein Vierteljahrhundert war vergangen seit dem Erscheinen meiner „Erziehung zur Arbeit“. Die Bewegung, welche diese Schrift in der pädagogischen Welt hervorgebracht, war längst wieder verklungen, und es schien nicht, als sollte die darin angeregte Idee zu praktischer Verwirklichung gelangen. Da auf einmal kam ein Anstoß in ganz gleicher Richtung von anderer Seite, vom Auslande her. Im fernen Finnland hatte ein angesehener Schulmann, Uno Cygnäus in Helsingfors, die Anregungen, die er auf einer Reise durch Deutschland in den fünfziger Jahren, namentlich durch die Schriften von Pestalozzi und Fröbel, empfangen, alsbald in die Praxis übertragen; es war ihm gelungen, schon zu Anfang der sechsziger Jahre den „Handfertigkeits- oder Arbeitsunterricht“ nicht blos in den Seminarien Finnlands einzubürgern, sondern ihm die Geltung eines obligatorischen Unterrichtszweiges in den Volksschulen zu verschaffen. Von dort war die Bewegung nach Schweden und Dänemark verpflanzt worden. In Schweden waren

erſt einzelne Arbeitsſchulen (in Nääs, Upſala, Claeſtrop), dann auch ein Seminar für Lehrer dieſes Unterrichtsfachs (in Nääs) entſtanden, letzteres durch die großartige Freigebigkeit eines reichen Privatmannes, des Herrn Abrahamſon, und durch den unermüdlichen Eifer ſeines Neffen, des Dr. Salomon. In Dänemark ſtand der Rittmeiſter a. D. Clauſon von Kaas an der Spitze der Bewegung. Nachdem er in Kopenhagen eine Werkſtatt für den Arbeitsunterricht errichtet hatte, ſtiftete er — behufs Verwerthung dieſes Unterrichts für Arbeiten im Hauſe, zumal auf dem Lande — eine däniſche „Hausfleißgeſellſchaft".

Im Jahre 1875 kam Herr Clauſon von Kaas nach Deutſchland herüber. Durch Vorträge, die er in Berlin und Dresden hielt, ſowie durch Schriften, wirkte er für ſeine Ideen und gewann Anhänger. Einer von dieſen, der für alles Gute ſo unermüdlich thätige Dr. A. Lammers in Bremen, erſchien als Apoſtel der Clauſon von Kaas'ſchen Beſtrebungen im Winter von 1880 auf 1881 in Leipzig und hielt einen Vortrag darüber in der „Gemeinnützigen Geſellſchaft". Ich war leider verhindert, demſelben beizuwohnen, wurde aber in das von der „Gemeinnützigen Geſellſchaft" zu weiterer Erörterung der Frage beſtellte Comité cooptirt. Aus den Berathungen dieſes Comité ging die „Leipziger Schülerwerkſtatt" hervor. Die „Gemeinnützige Geſellſchaft" ſorgte zugleich für weitere Ausbreitung der Idee des Arbeitsunterrichtes, indem ſie ein Mitglied ihres Vorſtandes, den Oberlehrer Dr. Götze (einen der eifrigſten Förderer der Bewegung) zur Abfaſſung einer belehrenden Schrift „Die Ergänzung des Schulunterrichts durch praktiſche Beſchäftigungen" veranlaßte und dieſe,

ihrem Zwecke im höchſten Grade entſprechende Schrift veröffentlichte. In der Pfingſtwoche 1881 verſammelten ſich etwa dreißig Anhänger der Idee des Arbeitsunterrichtes zu einer vertraulichen Beſprechung in Berlin. Die Frucht derſelben war die Niederſetzung eines „Deutſchen Centralcomité für den Handfertigkeitsunterricht", deſſen Mitglieder aus verſchiedenen Theilen Deutſchlands genommen wurden. Die laufenden Geſchäfte ſollte ein Vollziehungsausſchuß in Bremen beſorgen, an deſſen Spitze Lammers geſtellt ward. Zum Preßorgan des Comité bot ſich von ſelbſt die von dieſem herausgegebene Zeitſchrift „Nordweſt" dar.

Schon im folgenden Jahre (1882) konnte ein öffentlicher „Congreß für den Handfertigkeitsunterricht" nach Leipzig ausgeſchrieben werden. Er war zahlreich beſucht und mit einer reichhaltigen Ausſtellung von Arbeiten aus den verſchiedenen bereits in Gang geſetzten Schülerwerkſtätten verbunden. Solche Congreſſe haben ſeitdem regelmäßig ſtattgefunden: 1883 abermals in Leipzig, 1884 in Osnabrück, 1885 in Görlitz. Ebenſo ſind an verſchiedenen Orten (in Emden, Dresden, Leipzig) Curſe eingerichtet worden, in denen Lehrer von Volks- und anderen Schulen durch geſchickte und intelligente Handwerker und Künſtler mit den erforderlichen techniſchen Fertigkeiten vertraut gemacht wurden, deren es zur Ertheilung von Arbeitsunterricht bedarf.

Wie Deutſchland, ſo ſind auch andere Länder von der Bewegung erfaßt worden. In Oeſterreich ward die Frage des Arbeitsunterrichtes ſchon 1875 durch aufgeklärte Schulmänner und Techniker (wie Schwab und Eitelberger) angeregt. In Frankreich iſt der neue Unterrichtszweig bereits

durch Geſetz in den Schulen eingeführt. In Belgien, in Holland, in Rußland, in Nordamerika hat er ebenfalls Wurzel geſchlagen. Sogar die Regierung von Neuſeeland hat ſich ohnlängſt über die Fortſchritte des Arbeitsunterrichtes in Deutſchland durch Dr. Götze in Leipzig berichten laſſen, und dieſer Bericht iſt ausführlich in den Acten des dortigen Parlaments abgedruckt worden.

Innerhalb des Deutſchen Reiches iſt zur Zeit Sachſen entſchieden derjenige Staat, wo die Bewegung für den Arbeitsunterricht die weiteſte Verbreitung in der Bevölkerung, zugleich die kräftigſte Förderung von oben her gefunden hat. Es beſtehen hier bereits einige fünfzig Arbeitswerkſtätten. Im Jahre 1885 hat ſich ein „Sächſiſcher Landesverband" zur gemeinſamen Förderung dieſer Beſtrebungen gebildet. Lehrercurſe ſind in Dresden, Leipzig, Stollberg abgehalten worden. Von den Vorſtänden und Lehrern der Leipziger Schülerwerkſtatt iſt ein „Vorlagewerk" für den Arbeitsunterricht ausgegangen, gezeichnete Modelle für Papparbeiten, Tiſchlerei, Holzſchnitzerei, Metallarbeiten und Modelliren in Gyps. Die Regierung hat vom Anbeginn an der Bewegung nicht blos ihr ermunterndes Intereſſe, ſondern auch vielſeitig fördernde werkthätige Hilfe zugewendet. Beim Landtage 1885 haben beide Kammern die Summe von 10 000 Mk. auf zwei Jahre für Zwecke des Arbeitsunterrichtes bewilligt.

Mit welcher Freude ich eine Bewegung begrüßte, die ſo ganz meinen eigenen früheren Beſtrebungen entſprach, brauche ich wohl nicht zu ſagen. Wenn die Vertreter und Leiter dieſer Bewegung mir die Ehre anthaten, mich als

den „Neſtor“ derſelben zu feiern, wenn ſie aus dieſem Grunde bei jeder ihrer Verſammlungen, der ich beiwohnte, mich mit dem Vorſitz betrauten, ſo konnte ich eine ſolche Freundlichkeit wohl ungeſcheut annehmen; nur mußte ich immer und immer betonen, daß mein Verdienſt der blos theoretiſchen Anregung ein ſehr beſcheidenes, ja ein nur zweifelhaftes ſo lange geweſen ſei, bis Andere gekommen, die das mir fehlende Talent, die Sache praktiſch in Angriff zu nehmen, beſeſſen und erſt dadurch vollendet hätten, was ich unvollendet gelaſſen. Zur Förderung der jetzt auf praktiſchem Gebiete in Fluß gekommenen Bewegung thue ich, was ich kann. Ich habe den Verſammlungen in Berlin 1881, in Leipzig 1882 und 1883, in Görlitz und Chemnitz 1885 präſidirt, habe bei Veranſtaltung und Einrichtung der Lehrercurſe in Leipzig 1884 und 1885 mit Rath und That geholfen, wirke für mein beſcheidenes Theil mit an der allgemeinen Bewegung als Mitglied des „Deutſchen Centralcomité“, wie als Mitglied des Vorſtandes der Leipziger Schülerwerkſtatt.

Daß auch meine wiſſenſchaftliche Thätigkeit für eben dieſe Sache in Anſpruch genommen, daß ich mehrſeitig, zumal aus Lehrerkreiſen, aufgefordert wurde, meine vor dreißig Jahren erſchienene, ſeitdem ſo ziemlich vergriffene, „Erziehung zur Arbeit“ neu aufzulegen und als ein theoretiſches Hilfsmittel in den Dienſt der jetzigen Bewegung zu ſtellen, war wohl nicht unnatürlich. Obſchon ich vorausſah, daß ich die Schrift zu einem großen Theile vollſtändig würde umarbeiten müſſen, gab ich doch dieſen ſo ehrenvollen Aufforderungen nach, und ſo erſchien 1882 eine „zweite, völlig umgearbeitete Auflage“ der „Erziehung zur

Arbeit“ *). Sie enthält, nebſt manchen Erweiterungen und Umänderungen im Einzelnen, mehrere ganz neue Capitel; dennoch iſt es mir gelungen, durch Kürzungen, wie ſie bei der jetzigen Sachlage möglich und nöthig erſchienen, die ganze Schrift auf nahezu drei Bogen weniger, als die frühere, zuſammenzudrängen. Sie umfaßt in dieſer neuen Geſtalt folgende Abſchnitte:

Die Frage der „Erziehung zur Arbeit“ in ihrer geſchichtlichen Entwickelung bis etwa 1850 (neu); Mängel und Nachtheile des blos theoretiſchen Unterrichts; die Ueberbürdungsfrage (neu); die Schule und das Leben; die Anleitung der Jugend zu ſchaffender Thätigkeit eine Forderung der menſchlichen und insbeſondere der kindlichen Natur; eine mehr praktiſche Erziehung der Jugend ſpeciell für Deutſchland ein nationales Bedürfniß; pädagogiſche Vorzüge der praktiſchen Methode; Beleuchtung der Einwürfe gegen den Arbeitsunterricht (neu); iſt es möglich, in unſeren Schulen Raum zu ſchaffen für Einfügung von Arbeitsſtunden und wie? (neu); die Organiſation des Arbeitsunterrichts nach pädagogiſchen Grundſätzen (neu); die neueſte Bewegung für Einführung des Arbeitsunterrichts (neu).

Aus dem zuletzt angeführten Abſchnitte der Schrift ſei mir geſtattet, dasjenige hier wiederzugeben, was den Stand dieſer neueſten Bewegung für die „Erziehung zur Arbeit“ charakteriſirt. Ich ſagte dort:

Man iſt in Deutſchland bereits emſig daran, ſich eigene Wege für Einführung und Gliederung des Arbeitsunterrichts zu bahnen. Allerdings gehen dieſe Beſtrebungen zur Zeit noch in ihren Richtungen theilweiſe auseinander. Einverſtanden iſt man allgemein in den Kreiſen der Anhänger dieſer Reform theils über die geſundheitlichen Vortheile des Arbeitsunterrichts, theils darüber, daß mittels deſſelben eine mehr harmoniſche Ausbildung von Geiſt und Körper anzuſtreben und zu erzielen ſei. Dagegen ſpalten ſich die Anſichten und die dadurch beeinflußten praktiſchen Verſuche in Bezug auf die näheren

*) Leipzig, Verlag von Heinrich Matthes.

oder entfernteren, directen oder indirecten Zwecke, die der Arbeitsunterricht verfolgen ſolle. Die Einen ſtellen den Nützlichkeitsſtandpunkt voran; ſie erſtreben daher vorzugsweiſe ſolche Arbeitserzeugniſſe, die leicht eine Verwerthung finden; ſie wollen durch Anlernung des nachwachſenden Geſchlechts zur Betreibung gewiſſer Erwerbszweige einer heruntergekommenen Bevölkerung aufhelfen und ſo indirect zur Heilung wirthſchaftlicher und ſocialer Mißſtände beitragen. Dieſer Geſichtspunkt herrſcht z. B. in den ſchleſiſchen Schulwerkſtätten vor. Andere erachten es für einen ausreichenden Gewinn, wenn nur überhaupt die Jugend zu größerer techniſcher Geſchicklichkeit erzogen werde; ſie haben dabei die Hebung des Handwerks und ſpeciell auch des Kunſtgewerbes im Auge. Dieſe Richtung vertritt, beſonders nach Seiten der Ausbildung des Geſchmackes und des Schönheitsſinnes, vorzugsweiſe die unter des Herrn von Schenkendorff tüchtiger Führung ſtehende Arbeitsſchule zu Görlitz. Wieder Andere weiſen alle Rückſichten wirthſchaftlicher Nützlichkeit entweder gänzlich zurück, oder ſtellen ſie doch nur in die zweite Linie; ihnen iſt der Arbeitsunterricht eine Ergänzung des herkömmlichen Lernunterrichts — nicht blos in der Hinſicht, daß er eine von dieſem vernachläſſigte Seite der Bildung, die körperlich-techniſche, zu Ehren bringen ſolle, ſondern gleichzeitig auch ſo, daß er dem Lernunterricht ſelbſt Hilfsmittel biete (wiſſenſchaftliche Apparate und Anſchauungsmittel für Geometrie, Phyſik, Chemie, Geographie u. ſ. w.) und ſich ſo gewiſſermaßen in deſſen Dienſt ſtelle. In dieſem Sinne arbeitet ſchon lange die Schulwerkſtatt von Beuſt in Hottingen bei Zürich; in dieſem Sinne ſind mit bemerkenswerther Uebereinſtimmung die verſchiedenen Leipziger Anſtalten thätig (das Barth'ſche Inſtitut, das Blindeninſtitut, die Schülerwerkſtatt, die ſozuſagen freiwillige Arbeitsſchule der Zöglinge des Realgymnaſiums). Eine Art von Combination des ökonomiſchen und des wiſſenſchaftlichen Zweckes ſtrebt die Dresdener Schulwerkſtatt an.

Indeſſen wäre es jedenfalls voreilig, aus dieſer dermaligen Verſchiedenheit der Anſichten und der Methoden auf bleibende trennende Gegenſätze unter den Freunden und Förderern des Arbeitsunterrichts in Deutſchland ſchließen zu wollen. Dazu iſt die ganze Bewegung noch zu neu, zu ſehr noch gleichſam im Fluſſe.

Es ſteht zu erwarten, daß, bei längerem Fortgang der Bewegung, theils durch die Preſſe, theils und vor Allem durch den perſönlichen Ideenaustauſch, zu welchem die jährlichen Congreſſe Anlaß bieten, die verſchiedenartigen Anſichten ſich allmälig mehr abklären und dadurch wohl auch einander mehr nähern oder in großen gemeinſamen Mittelpunkten ſich zuſammenfinden werden.

In einem wichtigen Punkte beſteht ſchon jetzt unter den Pflegern des Arbeitsunterrichts kaum noch eine Meinungsverſchiedenheit, darin nämlich, daß dieſer Unterricht, um wahrhaft fruchtbar, namentlich nach der pädagogiſchen Seite hin, zu wirken, nicht von bloßen Technikern (Handwerkern oder auch Künſtlern), ſondern von pädagogiſch gebildeten Lehrern ertheilt und geleitet werden muß. Höchſtens das mag noch zweifelhaft ſein, ob und wieweit in einzelnen Fällen, nach beſonderen localen Verhältniſſen, etwa neben den Lehrern auch Handwerker vorübergehend zugezogen werden müſſen. Als der richtigſte Weg iſt allſeits anerkannt, auch bereits mit ſichtlichem Eifer und mit beſtem Erfolge in Angriff genommen worden die planmäßige Vorbildung der zur Ertheilung des Arbeitsunterrichts beſtimmten Lehrer mit Hilfe geſchickter und intelligenter Handwerker.

Die diesmalige Bewegung für Einführung des Arbeitsunterrichts hat einen von allen früheren weſentlich abweichenden Verlauf genommen. Früher hatte jede ſolche Bewegung faſt immer einen vorzugsweiſe theoretiſchen und ſozuſagen idealen Charakter; man ſtellte Grundſätze auf, man ſprach Wünſche aus, man machte Vorſchläge: aber man gelangte ſelten dazu, dieſe Grundſätze, Wünſche, Vorſchläge in die Praxis zu übertragen und ſo nach ihrer Ausführbarkeit zu prüfen. Diesmal hat man den umgekehrten Weg beſchritten: man hat mit der Praxis, mit der Einrichtung von Arbeitsſchulen, mit der Veranſtaltung von Lehrcurſen begonnen, und erſt nachdem dies geſchehen, und mit Zugrundelegung der dabei gemachten Erfahrungen, geht man nun daran, eine gemeinſame Theorie und Methode der neuen Unterrichtsweiſe zu finden.

Daß die ganze Bewegung ſich abermals, wie freilich früher ſchon mehrmals geſchehen, im Sande verlaufen ſollte, iſt diesmal wohl kaum zu befürchten. Dafür hat ſie ſchon in kurzer Zeit in

der öffentlichen Meinung Deutſchlands zu breiten Raum gewonnen und zu tiefe Wurzeln geſchlagen. Auch erfreut ſie ſich bereits der Beachtung und der Gunſt von Seiten hochſtehender und maßgebender Perſonen. Dazu kommt, daß auch die Nachbarländer rings um Deutſchland ſich lebhaft an der Bewegung betheiligen — im Norden Skandinavien, im Süden Oeſterreich, im Weſten Frankreich — und daß ein gewiſſer Wettſtreit unter dieſen Nationen erwacht iſt, in welchem Deutſchland nicht wird zurückbleiben wollen, ſchon deshalb nicht, weil in manchen der genannten Länder, namentlich in Oeſterreich und Frankreich, man offenbar darauf ausgeht, die beſſere praktiſche Vorbildung der Jugend weſentlich auch mit als Hebel für die Belebung und Vervollkommnung der Induſtrie, insbeſondere der Kunſtinduſtrie, zu benutzen.

Schon dieſes hochwichtige wirthſchaftliche und ſociale Intereſſe nicht minder aber auch das ebenſo wichtige pädagogiſche und humane für eine harmoniſchere Ausbildung und für die Geſundheit des nachwachſenden Geſchlechts, wird hoffentlich ein genügender Sporn für Regierungen, Gemeinden, Vereine und Private ſein, dieſer brennenden Frage einer gründlichen Reform unſeres Unterrichtsweſens eine mehr als blos vorübergehende Aufmerkſamkeit und Theilnahme zuzuwenden.

Zweiundzwanzigstes Capitel.

Meine neueſten Schriften (1880—1885):

„Geſchichte der Leipziger Kramerinnung“; „Kleiſtbriefe“; „Dreißig Jahre deutſcher Geſchichte“; „Deutſche Volks- und Culturgeſchichte“.

Es ward mir doch recht leicht um's Herz, als endlich zu Oſtern 1880 mein großes Culturgeſchichtswerk „Deutſchland im 18. Jahrhundert“ mit dem Schluß des vierten und letzten Bandes (der allein 800 Seiten enthielt) vollendet vor mir lag. Bei den vielen Geſchäften anderer Art, die mich nur ſelten zu der für eine ſolche Arbeit nöthigen Ruhe und Sammlung kommen ließen, und bei den großen Schwierigkeiten dieſer Arbeit ſelbſt hatte ich bisweilen faſt gezweifelt, ob es mir noch beſchieden ſein werde, dieſelbe glücklich zu Ende zu bringen.

Eine neue Auflage der erſten beiden Bände von „Deutſchland im 18. Jahrhundert“, ebenſo eine meines „Frauenbrevier“ (ſ. oben 7. Capitel) ward noch im Laufe des Jahres 1880 in's Werk geſetzt. Dann aber fand ich Muße, an die Ausführung anderweiter literariſcher Pläne zu gehen, die ich ſchon lange mit mir herumgetragen, an die ich aber bisher nicht hatte Hand anlegen können.

Bevor ich zu dieſen komme, muß ich zweier kürzerer Arbeiten gedenken, welche ſich vor und zwiſchen dieſelben hineinſchoben.

Im Sommer 1880 gelangte an mich von dem Vorſtande der Kramerinnung zu Leipzig der ehrenvolle Auftrag, zu dem für den 23. Januar 1881 bevorſtehenden fünfzigjährigen Jubiläum der von der Innung begründeten und unterhaltenen Handelsſchule und dem damit zu verbindenden 400jährigen Jubiläum der Innung ſelbſt als Feſtſchrift eine „Geſchichte der Leipziger Kramerinnung“ zu verfaſſen. Die Geſchichte einer für den Handel, nicht blos Leipzigs, ſondern auch Sachſens, ſo wichtigen Körperſchaft zu ſchreiben, war eine Aufgabe, welche mein Intereſſe erweckte. Nachdem ich durch eine vorläufige Einſicht in das Archiv der Kramerinnung mich überzeugt hatte, daß daſſelbe für eine ſolche Geſchichte hinreichend ausgiebiges Material böte, und nachdem ich für die Behandlung meines Themas mir vollkommenſte Freiheit ausbedungen hatte (was mir bereitwilligſt zugeſtanden ward), ging ich mit Eifer und Luſt an die Arbeit, die denn auch rechtzeitig vollendet ward.

Das Kramerarchiv umfaßt etwa 700 Actenſtücke, zum Theil von ziemlichem Umfange. Davon mußte ich für meinen Zweck etwa 150 genauer durchſtudiren (die übrigen enthielten Specialitäten, die hier höchſtens beiläufig in Betracht kamen), und mußte deren Inhalt (was das Schwierigſte war) auf den mir angewieſenen Raum von etwa 12 Druckbogen zuſammendrängen. Die Denkſchrift ward als Manuſcript in höchſt ſplendider Ausſtattung für die Mitglieder und die Gönner der Krammerinnung

gedruckt*). Da einzelne Abſchnitte derſelben ein allgemeineres Intereſſe boten, ſo habe ich, im Einvernehmen mit dem Vorſtande der Kramerinnung, dieſe Abſchnitte, etwas weiter ausgeführt, durch Abdruck in der „Vierteljahrsſchrift für Volkswirthſchaft und Culturgeſchichte", herausgegeben von Dr. Eduard Wiß**), auch einem größeren Publikum zugänglich gemacht, ſo den über Leipzigs Stapelrecht, den über die Zollkriege Sachſens mit Preußen und Oeſterreich im vorigen Jahrhundert, den über die ſächſiſche Acciſe.

Zur Herausgabe der „Kleiſtbriefe" gab mir ein glücklicher Zufall Stoff und Anregung. Bekanntlich war die Braut des Dichters Heinrich von Kleiſt die älteſte Tochter des Generals von Zenge in Frankfurt a. O., Namens Wilhelmine. Nachdem ſich das Verhältniß durch Kleiſts Schuld gelöſt hatte, ward Wilhelmine von Zenge die Gattin des Philoſophen Krug, der erſt in Frankfurt a. O., dann in Königsberg (als Kants Nachfolger), zuletzt in Leipzig Profeſſor an der Univerſität war. Ich habe ſie hier als ältere Matrone gekannt; ſie hatte in ihrem Weſen etwas äußerſt Feines, Liebenswürdiges, Mildes, in ihren Zügen Spuren ehemaliger Schönheit. Einer der Söhne des Ehepaares Krug heirathete eine Schweſter meiner Frau, und dieſer Umſtand verhalf mir zur glücklichen Entdeckung der Kleiſtbriefe. Die Töchter meines Schwagers (der als Geheimer Regierungsrath in Zwickau 1870 ſtarb) theilten mir einmal beiläufig mit, daß ſie aus ihres Vaters Nachlaß

*) Unter dem Titel: „Geſchichte der Leipziger Kramerinnung 1477—1880. Ein urkundlicher Beitrag zur Handelsgeſchichte Leipzigs und Sachſens." Leipzig, Oscar Leiner.

**) Berlin, F. A. Herbig.

allerlei Briefſchaften und andere Papiere beſäßen, die von deſſen Eltern herrührten. Darunter war u. A. ein Tagebuch, welches der ſpätere Profeſſor Krug als Schüler in Pforta geführt hatte. Wichtiger erſchien mir ein Packet Briefſchaften, die ſich bei näherer Beſichtigung als Briefe Kleiſts an ſeine Braut erwieſen. Sie ſtaken noch in den Originalcouverts und waren von der Hand der Braut ſorgfältig numerirt und mit Ort und Tag der Abſendung verſehen. Bisher kannte man nur die ſechszehn Briefe Kleiſts an ſeine Braut, die Eduard von Bülow in ſeiner Kleiſtbiographie mitgetheilt hatte. Auch von dieſen fanden ſich hier die Originalhandſchriften. Ein Brief der Braut (aus ſpäterer Zeit) an eine Freundin ergab, daß dieſelbe Abſchriften von einigen der Briefe Kleiſts der Freundin geſandt hatte, es „ihrem Zartgefühl überlaſſend", was ſie davon an L. Tieck (der darum gebeten hatte) geben wolle. Dieſe Abſchriften ſind es jedenfalls, die, von Tieck an Bülow weitergegeben, von letzterem zum Abdruck gebracht worden ſind. Der Abdruck iſt kein ganz correcter und vollſtändiger, ſei es, daß die Abſchriften ſelbſt lückenhaft waren, ſei es, daß, Bülow Einzelnes theils weggelaſſen, theils geändert hat. Auch bemerkte ich, daß die bis dahin noch nicht veröffentlichten Briefe des Dichters an ſeine Braut gerade die intereſſanteren waren, daß ſie namentlich mehr, als die ſchon veröffentlichten, dazu beitrugen, das Verhältniß Kleiſts zu ſeiner Braut und umgekehrt in das rechte Licht zu ſtellen.

So erbat ich mir von meinen Nichten die Ermächtigung, dieſe ſämmtlichen Briefe herauszugeben. Zuerſt theilte ich die von Bülow noch nicht veröffentlichten acht-

zehn Briefe in „Nord und Süd“ mit*); dann veranstaltete ich eine Ausgabe sämmtlicher Briefe mit einer Einleitung, worin ich namentlich das Verhältniß Kleists zu seiner Braut näher beleuchtete und gewisse falsche Ansichten darüber, die sich (zum Theil auf Grund des bisher unvollständig bekannten Briefwechsels) gebildet hatten, zu berichtigen suchte**). In dem Besitze der Tochter der Professorin Krug fand sich ein Porträt dieser aus ihrer Jugend; dasselbe ward mir zum Abdruck (neben dem bekannten Bildniß Kleists) freundlichst überlassen. Es zeigt die Braut als eine ebenso zarte wie geistig belebte Schönheit.

Ich komme jetzt zu meinen beiden größeren schriftstellerischen Arbeiten aus jüngster Zeit, den „Dreißig Jahren deutscher Geschichte“ und der „Deutschen Volks- und Culturgeschichte“. Beide Stoffe hatten mich, wie schon erwähnt, lange beschäftigt; jetzt endlich gelangte ich dazu, sie zu bearbeiten.

Im Herbst 1881 erschien der erste, zu Ostern 1882 der zweite Band meiner „Dreißig Jahre deutscher Geschichte vom Thronwechsel in Preußen bis zur Aufrichtung des neuen deutschen Kaiserthums, 1840—1870, nebst einem Rückblick auf die Zeit von 1815 bis 1840“***). Eine zweite Auflage folgte zu Ostern 1883.

Ich hatte bei dieser Geschichtsdarstellung den großen

*) Octoberheft von 1881 und September- und Octoberheft 1882.

**) „Heinrich von Kleists Briefe an seine Braut. Zum ersten Male vollständig nach den Originalhandschriften herausgegeben. Mit den Bildnissen Kleists und seiner Braut.“ Breslau, S. Schottlaender, 1884.

***) Breslau, S. Schottlaender.

Vortheil, die ganze Periode, welche ich ſchilderte, ſelbſt miterlebt, an manchen hochwichtigen Ereigniſſen derſelben, z. B. der Märzbewegung von 1848, dem Frankfurter Parlament, der Verſammlung zu Gotha, dem Kampf um die Union u. ſ. w., mehr oder weniger unmittelbar thätigen Antheil genommen, einer Menge der hervorragendſten Perſonen dieſer Zeit nahe geſtanden zu haben. Allerdings lag darin die Gefahr, daß meine Geſchichtsauffaſſung von der Parteiſtellung, die ich ſelbſt dabei eingenommen, nicht unbeeinflußt bleiben möchte. Ich habe mich ſorgſam bemüht, dieſe Gefahr zu vermeiden, den Politiker über dem Hiſtoriker zu vergeſſen, mir ein möglichſt unbefangenes Urtheil nach allen Seiten zu wahren, natürlich ohne meinen Standpunkt zu verleugnen. Daß mir dies gelungen, erſah ich zu meiner Freude aus den Stimmen der öffentlichen Kritik über mein Buch. Es mag nicht häufig vorkommen, daß einem Geſchichtswerk, welches es weſentlich auch mit der Schilderung von Parteien und Parteikämpfen zu thun hat, und zwar ſolchen, die zum Theil noch in die Gegenwart hereinragen, welches daher, bei aller Objectivität, doch nicht vermeiden kann und vermeiden will, beſtimmte Stellung zu dieſen Parteikämpfen zu nehmen, daß einem ſolchen Geſchichtswerk in den Preßorganen der allerverſchiedenſten politiſchen Richtungen die rückhaltloſe Anerkennung zu Theil wird: „es habe, ohne farblos zu ſein, doch nach allen Seiten hin gerecht und unparteiiſch Licht und Schatten vertheilt“, wie das meinen „Dreißig Jahren“ widerfuhr. Es ſei mir vergönnt, von den vielen außerordentlich günſtigen Urtheilen über mein Buch (ein eigentlich ungünſtiges iſt mir nicht zu Geſicht gekommen) einige der

in dieſer Beziehung beſonders charakteriſtiſchen hier anzuführen.

Zuerſt von conſervativer Seite! Die „Norddeutſche Allgemeine Zeitung“ ſagte:

Bei der Beurtheilung des Biedermann'ſchen Buches wird man nicht außer Acht laſſen dürfen, daß es kein „gelehrtes“ Werk ſein will, ſondern ſich, unbeſchadet der bei ſeiner Abfaſſung bethätigten Gründlichkeit, nicht blos an die engeren Kreiſe der Fachgenoſſen, ſondern an Alle wendet, denen es um geſchichtliche Bildung, um eine deutliche und vorurtheilsloſe Erkenntniß vaterländiſcher Zuſtände ernſtlich zu thun iſt. Es iſt, um es kurz zu ſagen, ein Volksbuch, was dem Autor der „Dreißig Jahre deutſcher Geſchichte“ vorſchwebt.

Der „Deutſche Reichsanzeiger und königlich preußiſche Staatsanzeiger“ äußerte:

Die klare, flüſſige Darſtellung kommt dem Werk ſehr zu Statten, und ſo dürfte es ſeinen Zweck, ein gern geleſenes Volksbuch zu ſein, wohl erfüllen.

Aehnlich der „Staatsanzeiger für Württemberg“:

Der Name des Verfaſſers iſt der eines unſerer bekannteſten Politiker und Culturhiſtoriker und bürgt dafür, daß in dem Werke Gediegenes geboten wird. Das Gebotene zeichnet ſich durchweg durch große Klarheit und jene Art der Darſtellung aus, welche, ohne oberflächlich zu ſein, doch dem Leſer das Leſen nicht zu einer Arbeit, ſondern zu einer angenehmen Beſchäftigung macht.

Die „Schleswiger Nachrichten“ betonten ausdrücklich ihre politiſche Gegenſtellung zu dem Verfaſſer des Buches, um ſo erfreulicher war mir ihr Ausſpruch:

Biedermann iſt liberal, national-liberal: wir ſtehen auf anderem, conſervativem Standpunkte. Selbſtredend urtheilen wir über ſehr Vieles anders. Von doppeltem Gewicht muß deshalb auch unſer Zeugniß ſein, daß wir mit lebhaftem Intereſſe das Buch geleſen haben und es für einen ſehr werthvollen Beitrag zu der Geſchichte jener Zeit erklären müſſen, der wohl verdient, daß er viel geleſen

und von den künftigen Darſtellern ſpäterer Zeit, die den Thatſachen ferner ſtehen werden, ſorgfältig benutzt wird.

Sogar die „Dresdener Nachrichten", welche mehr als irgend ein anderes Blatt mich wegen meiner politiſchen Stellung fort und fort angefeindet, ließen ſich zu der Aeußerung herbei:

Das Werk ſollte in keinem Hauſe fehlen!

Auch die freiconſervative „Schleſiſche Zeitung" ſtimmte in dieſes Lob ein, indem ſie ſagte:

Die Darſtellung iſt ruhig, klar und einfach, der Stoff mit geſundem Sinn und oft erprobter Geſchicklichkeit ausgewählt und gruppirt; der Geiſt, von dem das Ganze getragen wird, iſt national-patriotiſch. Das Buch hat, neben ſeinen unleugbaren Vorzügen als populäre Darſtellung, beſonders den Werth eines lebhaft empfundenen und warmen Stimmungsbildes.

Ebenſo der „Hamburger Correſpondent":

Wir empfehlen das Biedermann'ſche Geſchichtswerk gern als ein gediegenes Volksbuch, als werthvolle Quelle für ſpätere Hiſtoriker, als Denkmal echt patriotiſcher Geſinnung.

Nicht weniger günſtig lauteten aber auch die Urtheile der fortſchrittlichen Preſſe. Die „Voſſiſche Zeitung" ſagte:

In dieſem Werke ſind nicht blos die politiſchen, ſondern auch die religiöſen, wiſſenſchaftlichen, literariſchen, wirthſchaftlichen und ſocialen Vorgänge berückſichtigt, ſo daß uns ein Geſammtbild des geſchichtlichen Lebens unſeres Volkes im weiteſten Sinne entrollt wird. Biedermanns Haltung iſt die freiſinnige und unparteiiſche, die aus ſeinen früheren Geſchichtswerken bereits bekannt iſt.

Die „Kieler Zeitung" bemerkte:

Geſchrieben iſt das Werk klar und gut aus liberaler Geſinnung heraus, welche ſich nirgends übernimmt und auch den Gegnern volle Aufmerkſamkeit gewährt.

Was mich nicht am Wenigſten erfreute, war, daß auch die Zeitungen Deutſch-Oeſterreichs — „Preſſe", „Neue Freie

Presse", „Prager Politik", „Grazer Tagespost" — sich mit meiner Darstellung einverstanden bezeigten, obgleich ich doch, der Natur der Sache nach, vielfach den national-deutschen Standpunkt gegenüber dem specifisch österreichischen hatte vertreten müssen.

Ein viel größeres Wagniß, als die „Dreißig Jahre", war die „Deutsche Volks- und Culturgeschichte für Schule und Haus", welche ich in den Jahren 1882 ff. ausarbeitete und im Jahre 1885 veröffentlichte*). Denn bei dieser handelte es sich darum, eine neue Methode der Geschichtsdarstellung zur Geltung zu bringen, insbesondere auch, einer solchen Eingang in den Geschichtsunterricht auf Schulen zu verschaffen.

Schon 1860 hatte ich ein Schriftchen veröffentlicht: „Der Geschichtsunterricht auf Schulen, seine Mängel und ein Vorschlag zu seiner Reform"**). Darin empfahl ich für Schulen, namentlich höhere, eine solche Methode des Geschichtsunterrichts, welche überall möglichst von fertigen Zuständen, von einem Gewordenen, ausgehe, die einzelnen geschichtlichen Begebenheiten und Personen aber, als ebenso viele Factoren des Werdens, diesem Zuständlichen und Gewordenen ein- und unterordne. Dadurch werde der Schüler abgerundete, anschauliche Bilder erhalten, die sich der Seele leichter einprägten und darin fester hafteten, während die herkömmliche chronologische, erzählende, vorzugsweise auch biographische Methode lediglich eine Reihe einzelner Thaten und Persönlichkeiten, einzelner Jahr-

*) Wiesbaden, J. Fr. Bergmann.

**) Braunschweig, G. Westermann.

zahlen u. ſ. w. dem Schüler überliefere, die von ihm nur äußerlich in's Gedächtniß aufgenommen würden und eben darum bald wieder daraus verſchwänden.

Das Schriftchen fand, wie das bei ſolchen Reformvorſchlägen zu gehen pflegt, hier lebhaften Widerſpruch, dort warme Zuſtimmung. Von beſonderer Wichtigkeit war mir der Ausſpruch eines hochangeſehenen Pädagogen, des berühmten Verfaſſers der „Briefe über engliſche Erziehung", des Geheimen Raths Dr. Wieſe. Er war damals Decernent für das höhere Schulweſen im königlich preußiſchen Cultus- und Unterrichtsminiſterium. Ich hatte ihm mein Schriftchen geſendet, und er ſchrieb mir darauf:

> Sehr erwünſcht würde mir für unſere Realſchulen ein Lehrbuch der Geſchichte ſein, welches nach der von Ihnen gegebenen trefflichen Probe ausgearbeitet wäre. Bei den Gymnaſien würde es jedenfalls zum Privatſtudium, dem in der Geſchichte Vieles überlaſſen werden muß, zu empfehlen ſein.

Der Plan eines ſolchen Lehrbuchs hatte mir ſeitdem immer vor der Seele geſchwebt; erſt jetzt aber — nach mehr als zwanzig Jahren — kam ich dazu, ihn auszuführen.

Inzwiſchen hatte die Culturgeſchichte, alſo die Darſtellung des Zuſtändlichen, neben der politiſchen Geſchichte, der Darſtellung einzelner Begebenheiten, mehr und mehr bereits im Schulunterricht Eingang gefunden. In Preußen war dieſelbe ſchon 1859 durch eine Verordnung des Cultusminiſters von Bethmann-Hollweg als Lehrgegenſtand empfohlen worden, indem es darin hieß:

> In den beiden oberen Klaſſen der Gymnaſien und Realſchulen tritt eine Erweiterung des Geſchichtsunterrichts ein durch Aufnahme des Culturgeſchichtlichen, der Literatur, der Kunſt und ſolcher Mittheilungen aus den Gebieten der Wiſſenſchaft, Religion, der Erfin-

dungen, des Verkehrs, der Sitten und Einrichtungen, die geeignet sind, ein anschauliches Bild von der Individualität des Volkes und den Fortschritten der gesammten Menschheit zu erzeugen.

In den Lehr- und Prüfungsordnungen für Realschulen und Seminarien im Königreich Sachsen vom Jahre 1877 war gesagt:

Lehrziel ist: Kenntniß und Verständniß der wichtigsten, insbesondere der culturgeschichtlichen, Begebenheiten und Personen.

Noch entschiedener war dies in einer neuer Verordnung (von 1884) ausgesprochen.

In der Lehrerwelt selbst war ferner auch die Erkenntniß immer allgemeiner durchgedrungen, daß eine Beschränkung des ungeheuren Geschichtsstoffs auf das Wesentlichste und Wichtigste durchaus unumgänglich sei, wenn eine Ueberfüllung der Schüler mit unverdautem Material vermieden, eine wirkliche geistige Durchdringung und Aneignung des Dargebotenen erzielt werden solle.

So fand ich den Boden jetzt schon bedeutend mehr vorbereitet für eine Geschichtsbehandlung, wie ich sie mir als zweckmäßig dachte für den Geschichtsunterricht in Schulen, ebenso aber auch für Aneignung der Geschichte, insbesondere der vaterländischen, seitens der breiteren Schichten des Publikums.

Als die von mir in der „Deutschen Volks- und Culturgeschichte" angestrebten Ziele bezeichnete ich im Vorwort dazu:

1) eine stärkere Hervorhebung des culturgeschichtlichen Elements; 2) eine solche Anordnung des Stoffes, mittelst deren die großen geschichtlichen Begebenheiten und Personen nicht vereinzelt, nach der Zeitfolge, sondern in ihrem inneren, organischen Zusammenhang vorgeführt würden,

ſo daß die Geſchichte nicht ein bloßes Gedächtnißwerk, ſondern ein Gegenſtand wirklichen, ſelbſteignen Verſtändniſſes für den Schüler oder Leſer ſei; 3) eine ſorgfältige Auswahl des Wichtigſten, um Schule und Haus vor Ueberbürdung zu bewahren und ein leicht faß- und behaltbares Bild der vaterländiſchen Geſchichte zu geben.

Was dies letzte betrifft, ſo ging ich von dem Grundſatz aus, daß in den Geſchichtsunterricht auf Schulen (im Unterſchiede von dem auf Univerſitäten) und ebenſo in ein Geſchichtsbuch für den zwar gebildeten und nach Bildung ſtrebenden, aber nicht „gelehrten" Theil des Leſepublikum nur Dasjenige gehöre, was ſich dadurch als „wichtig erweiſe, daß es „nachhaltige Wirkungen auf das Volks- und Culturleben geäußert habe". Unter ſtrenger Befolgung dieſes Grundſatzes gelang es mir, die ganze deutſche Geſchichte von der Urzeit bis zur Errichtung des neuen Kaiſerthums 1871, und zwar politiſche und Culturgeſchichte, auf etwa 35 Bogen eines großen Octav nicht zu engen Drucks zuſammenzudrängen.

Der erſte Theil des Buchs (Urzeit und Frankenreich) erſchien zu Oſtern, der zweite (843—1519) im Sommer, der dritte (1519—1871) im Herbſt 1885.

Ich war auf Widerſpruch, vielleicht heftigen Widerſpruch, ſeitens der, wie ich meinte, in Lehrerkreiſen noch zahlreichen Anhänger der alten, erzählenden Methode und der Gegner der Culturgeſchichte, auf eine im beſten Falle kühl ablehnende Haltung der Schulb hörden gegenüber einem ſolchen Neuerungsverſuche gefaßt. Wie angenehm ward ich daher überraſcht, als nicht allein die pädagogiſche Preſſe ſich äußerſt günſtig über mein Buch ausſprach,

ſondern auch hochgeſtellte oder ſonſt hervorragende Schulmänner aus verſchiedenen deutſchen Staaten demſelben eine überaus freundliche Theilnahme zuwendeten.

Von ganz beſonderem Werthe war mir natürlich das Urtheil des Mannes, deſſen ermunternde Worte vor einem Vierteljahrhundert eigentlich mit zuerſt mir Muth und Trieb zu der Arbeit, die ich jetzt endlich vorgenommen, eingeflößt hatten, des Geheimen Raths Dr. Wieſe. Ich war geſpannt, ob er die gute Meinung, die er, nach der von mir 1860 gegebenen Probe, von einer von mir zu fertigenden Arbeit, wie die jetzt vorliegende, gehegt hatte, durch dieſe ſelbſt gerechtfertigt finden würde. Zu meiner großen Freude war dies der Fall. Geheimer Rath Dr. Wieſe ſchrieb mir von Potsdam aus, wo er ein otium cum dignitate genießt, unterm 4. November 1885:

> Ich halte eine verſtärkte Berückſichtigung des Culturgeſchichtlichen in den oberen Klaſſen für nothwendig, wenn ſie auch bei der Kürze der gegebenen Zeit eine nicht leichte Aufgabe der Lehrkunſt iſt. Ihre Arbeit iſt dafür in hohem Grade inſtructiv, und ich meine, jeder Lehrer der Geſchichte auf den höheren Stufen unſerer Gymnaſien und Realſchulen müßte Ihr Buch als Ergänzung der mehr nach außen hervortretenden thatſächlichen und perſönlichen Seite der Geſchichte willkommen heißen. Es ſcheint mir auch ſehr geeiguet, den Schülern für Privatſtudien beſondere Aufgaben daraus zu ſtellen.

Er berührte ſodann Einiges, was er in dem Buche noch vermiſſe, indem er ſagte:

> So reich das von Ihnen verarbeitete Material iſt, hätte ich meinerſeits doch gehörigen Orts noch eingehendere Angaben über Religion, Sitten und Sittlichkeit gewünſcht, ebenſo eine zuſammenfaſſende Charakteriſtik des deutſchen Mittelalters und der Eigenſchaften des deutſchen Geiſtes, die mit Nothwendigkeit Deutſchland

zur Stätte der kirchlichen Reformation, dann freilich auch der innerlichen wie äußerlichen Verwüſtungen des 30jährigen Krieges machten. Auch will ich nicht verhehlen, daß meines Erachtens die Darſtellung an mancher Stelle durch Aufnahme einzelner charakteriſtiſcher Züge aus der Wirklichkeit des Lebens hätte belebter und ſo, neben der Schule, auch für „das Haus" geeigneter gemacht werden können.

Doch fügte er hinzu:

Das mögen ſubjective Deſiderien ſein, und meiner hochſchätzenden Würdigung des Werkes thun ſie keinerlei Eintrag.

Die von dem verehrten Manne hier gegebenen Winke werden bei einer zweiten Auflage, ſobald mir eine ſolche beſchieden iſt, gewiß nicht unberückſichtigt bleiben. Wie möchte ich mir einbilden, ſogleich auf den erſten Wurf ein Werk geliefert zu haben, das nicht mancher Verbeſſerungen fähig und bedürftig wäre? Aber es gereicht mir ſchon zu großer Befriedigung, daß ein ſo erfahrener Schulmann mein Buch nach ſeiner ganzen Anlage und nach dem allergrößten Theile ſeines Inhalts für geeignet erklärt, Lehrern und Schülern als Leitfaden beim Geſchichtsunterricht zu dienen.

Der Wieſe'ſche Brief ſchloß mit den freundlichen Worten:

Mit theilnehmenden Wünſchen für eine ſeinen Werth anerkennende Verbreitung Ihres Werkes bin ich u. ſ. w.

In ähnlich freundlicher Weiſe äußerten ſich die beiden Referenten über das Schulweſen im königlich württembergiſchen Cultusminiſterium, die Herren Oberſtudienräthe Günzler und von Henzler. Der Erſtere ſchrieb mir:

Ich fühle mich verpflichtet, Euer Hochwohlgeboren meinen freudigſten Dank dafür auszudrücken, daß Sie bei Ihren ausgedehnten Arbeiten, welche Ihnen die Anerkennung der Männer

vom Fach in vollstem Maße erworben, es nicht verschmäht haben, den Lehrern und der reiferen Jugend unserer Mittelschulen ein Buch an die Hand zu geben, das in hervorragender Weise geeignet ist, in diesen Kreisen ein volleres, tieferes Verständniß der Geschichte unseres Volkes und der Entwickelung seines Culturlebens anzubahnen und zu fördern. Euer Hochwohlgeboren haben mit diesem Werke, das in seiner maßvollen Beschränkung des Stoffes den Lehrern und dem besseren Theile der Schüler es ermöglicht, sich mit dem Inhalt gründlich vertraut zu machen, unseren Mittelschulen einen hochwichtigen Dienst geleistet; mit voller Ueberzeugung und recht gern werden es sich die Referenten unserer Cultusministerialabtheilung angelegen sein lassen, bei den mannigfach sich ihnen darbietenden Anlässen Ihre „Deutsche Volks- und Culturgeschichte" der Lehrer- und Schülerwelt zu fleißiger Benutzung anzuempfehlen.

Oberstudienrath von Henzler äußerte sich folgendermaßen:

Ich habe mich davon überzeugt, daß die Auswahl und Anordnung der Geschichtsbilder, welche in dem neuen Lehrbuch vorgeführt werden, eine höchst zweckmäßige ist und daß die hierbei angestrebte Hervorhebung des culturhistorischen Elements dazu beiträgt, das Buch nicht blos für den Geschichtsunterricht bei reiferen Schülern, sondern auch für jeden denkenden Lehrer besonders werthvoll zu machen. Ich zweifle daher nicht daran, daß das neue Werk in den betreffenden Kreisen die wohlverdiente Anerkennung finden wird und daß demselben im Interesse der Hebung des Geschichtsunterrichts auch von Seiten der mit der Schulleitung betrauten Organe die wünschenswerthe Förderung und Verbreitung zu Theil werden wird. So weit ich in meinem Wirkungskreis hierzu beitragen kann, wird dies mit dem wärmsten Interesse und mit voller Ueberzeugung geschehen.

Ebenso günstig lauteten die Urtheile der drei Referenten im königlich sächsischen Cultusministerium. Der Referent für das Gymnasialwesen, Geheimer Schulrath Dr. Vogel, schrieb:

Ich beglückwünſche Sie zu dem Abſchluſſe des Werkes und knüpfe daran den Wunſch, daß recht viele Lehrer für ihren Unterricht aus demſelben Nutzen ziehen mögen. Erfreulicherweiſe findet das culturhiſtoriſche Moment ſchon jetzt im Unterricht viel mehr Berückſichtigung, als früher, aber doch noch immer zu wenig, ſo daß ein Werk wie das Ihrige ſicher zur rechten Zeit erſcheint.

Geheimer Schulrath Dr. Bornemann, Referent für die Realgymnaſien und Seminarien, ſprach ſich ſo aus:

Ihre Sendung habe ich mit wirklichem Intereſſe geleſen. Die gebotene Gelegenheit, das Werk zu empfehlen, habe ich benutzt und werde ſie ferner nicht vorübergehen laſſen.

Der Referent für das Volksſchulweſen endlich, Geheimer Schulrath Kockel, äußerte:

Es wird mir zum Vergnügen gereichen, gelegentlich auf das nun vollendete Werk aufmerkſam zu machen, das, wenn es auch zunächſt nicht für die Volksſchule beſtimmt iſt, den Lehrern derſelben doch Anſchauungen vermittelt, welche bei dem Schulunterrichte nicht ohne Einfluß bleiben werden.

Zu ganz beſonderer Freude gereichte es mir, daß das königlich ſächſiſche Cultusminiſterium die Gewogenheit hatte, in einer zu dem Zwecke erlaſſenen Verordnung die Directionen der Gymnaſien, Realgymnaſien und Seminarien ausdrücklich auf mein Buch aufmerkſam zu machen und ihnen deſſen Anſchaffung für die Lehrer- und Schülerbibliotheken anzuempfehlen.

Aehnliche zuſtimmende Zuſchriften wie die obigen erhielt ich auch von hochgeſtellten Schulmännern in anderen deutſchen Ländern, insbeſondere von mehreren preußiſchen Provinzialſchulräthen. Der eine davon, Dr. Lahmeyer in Kaſſel, ſchrieb:

Jetzt, da das Schuljahr ſeinem Ende entgegengeht und Geſchäfte aller Art drängen, habe ich nur einzelne Partien des

Buches lesen können. Aber ich habe dies mit großem Interesse gethan und zweifle schon nach derjenigen Kenntniß, welche ich bis jetzt gewonnen habe, nicht daran, daß Sie, hochgeehrter Herr Professor, sich durch Ihr Werk um Schule und Haus ein namhaftes Verdienst erworben haben. Es wird mir eine Freude sein, bei geeigneter Gelegenheit auf das anregende Buch aufmerksam zu machen.

Dr. Rein, bisher Seminardirector in Eisenach, seit Kurzem Professor der Pädagogik in Jena, schrieb mir noch von Eisenach aus:

Mit großer Freude habe ich Ihre „Deutsche Culturgeschichte" begrüßt. Von der Einführung derselben in unsere Schulen verspreche ich mir eine neue Epoche des Geschichtsunterrichts. Ich habe auch bereits Schritte gethan zur Einführung des Buches in unsere Seminare zu Weimar und Eisenach.

Der Leipziger Lehrerverein, der nahe an 600 Mitglieder zählt, hatte mir bei Gelegenheit meines 50jährigen Doctorjubiläums (auf das ich im nächsten Capitel kommen werde) durch eines seiner Vorstandsmitglieder Gruß und Glückwunsch entboten. Ich fühlte mich dadurch veranlaßt, demselben mein Buch, sobald es vollendet war, als Gegengabe zu senden. Darauf erhielt ich folgendes Schreiben:

Sie haben dem Leipziger Lehrerverein durch Uebersendung Ihres neuesten Geisteswerkes eine so hohe Ehre erwiesen und sein Rüstzeug in so bedeutender Weise vermehrt, daß ich beauftragt bin, in seinem Namen Ihnen den innigsten Dank dafür auszusprechen. Wie Sie einst der Methodik des Geschichtsunterrichts durch einen der fruchtbarsten Gedanken eine neue Richtung gaben, so verpflichten Sie sich jetzt den Geschichtslehrer zu lebhaftestem Danke durch den Reichthum und die Klarheit des dargebotenen Stoffes. Die Lehrerwelt, und in dieser ganz besonders der unterzeichnete Verein, wird nicht vergessen, was die Pädagogik Ihnen schuldet. Im Namen des Leipziger Lehrervereins dessen erster Vorsteher: Lehrer Rocke.

Namens des Halle'ſchen Lehrervereins erſuchte mich Director Dr. Wohlrabe, demſelben die Grundzüge der in meinem Buche befolgten Methode in einem mündlichen Vortrage zu entwickeln. Ich that dies in einer, wohl von 200 Lehrern Halles und der Umgegend beſuchten Verſammlung und begegnete auch dort vielſeitiger Zuſtimmung und keinerlei grundſätzlichem Widerſpruch.

Eigentlich abfällige Urtheile über mein Buch ſind mir in der pädagogiſchen Preſſe (ein paar katholiſche Blätter ausgenommen) nicht zu Geſicht gekommen. Nur einige ganz vereinzelte Stimmen, offenbar von Vertretern der ſog. „erzählenden Methode", bezweifelten die Anwendbarkeit meiner Ideen auf den Geſchichtsunterricht, während ſie dem Buch ſeinen Werth für „das Haus" nicht beſtritten. Einzelne „Deſiderien", ähnlich den von Wieſe geäußerten, wurden hier und da angeregt; im Ganzen und Großen aber darf ich, ohne mich einer falſchen Selbſttäuſchung hinzugeben, den von mir gemachten Verſuch der praktiſchen Durchführung einer neuen Methode im Geſchichtsunterricht auf Schulen wohl für gelungen erachten.

Seine zweite Beſtimmung — „für's Haus" — hat mein Buch ebenfalls (nach den darauf bezüglichen Urtheilen der Tagespreſſe) nicht verfehlt. Nur einige dieſer Urtheile ſeien hier mitgetheilt.

Die „Norddeutſche Allgemeine Zeitung" ſagt:

In gedrängter Kürze, dabei aber in lebendiger, nicht trockener Schilderung iſt die Geſchichte des Volkes wie ein organiſches Ganzes behandelt, in welchem Alles in engſter Wechſelwirkung zu einander ſteht, Fürſten und Volk, Erfindungen und Handel, Literatur, Ideen und nationale Thaten. Biedermanns Geſchichte unſeres Volkes hält ſich frei von Ueberſchwänglichkeiten, iſt aber durchglüht von Liebe

für deutſches Weſen und deutſche Art und bringt allen Regungen der Volksſeele volles Verſtändniß entgegen. Möge mit dieſem Buche auch mehr Verſtändniß für die Geſchichte der neueſten Zeit in das Haus, in die Familie wandern! Wir haben hier nicht die Urſache zu unterſuchen, weshalb unſere jungen Männer und jungen Mädchen mit ihren Geſchichtskenntniſſen bei den Befreiungskriegen (beſten Falls!) hängen bleiben. Thatſache iſt, daß nur durch ſpäteres Nachſtudiren dieſem, für das Verſtändniß unſerer Tage wichtigſten Theile der deutſchen Geſchichte Intereſſe abgewonnen werden kann. Da iſt denn mit Biedermanns „Volks- und Culturgeſchichte“ gewiß Manchem und Mancher eine Weihnachtsfreude bereitet, die gern ihre Zeit begreifen möchten, aber vergebens ihre auswendig gelernten Geſchichtszahlen aus der römiſchen Kaiſerzeit zu Rathe ziehen.

In dem Blatte „Haus und Herd“ heißt es:

Wenn unſeren Gelehrten oft mit Recht der Vorwurf gemacht wird, daß ſie nur für Gelehrte ſchreiben, ſo bildet Profeſſor Karl Biedermann hiervon eine rühmliche Ausnahme. „Deutſche Volks- und Culturgeſchichte für Schule und Haus“ nennt ſich dies wahrhaft nationale Werk. Vorzugsweiſe iſt Alles das betont, was volksthümlich iſt. Es iſt nicht eine bloße Geſchichte der Höfe und Cabinete, der Kriege, Schlachten, Verträge u. ſ. w., obgleich ſelbſtredend auch davon das Weſentliche ſorgfältig mitgetheilt wird, ſondern vor Allem eine Geſchichte der Denk- und Lebensweiſe, der Sitten und Gewohnheiten, der Rechte wie der Laſten unſeres Volkes, eine Geſchichte der einzelnen Stände: Bauern, Bürger, Adel, und ihres Verhältniſſes zu einander, eine Geſchichte der geiſtigen und materiellen Zuſtände in jeder Zeitperiode, der deutſchen Städte und des Bürgerthums, Landwirthſchaft, Gewerbe, Handel, Erfindungen, Wiſſenſchaft und Künſte, nicht in letzter Linie der Religion und des Familienlebens, genug, ein Geſammtbild von dem Leben unſeres Volkes von ſeinen älteſten bis herab auf die neueſten Zeiten.

Die „Straßburger Poſt“ äußerte ſich ſo:

Ein warmer nationaler Ton durchzieht das ganze Werk und führt es ſo den Herzen ſeiner Volksgenoſſen näher, als es das

gelehrteſte Werk thun könnte. Was nur in den verſchiedenen Jahrhunderten die deutſche Volksſeele bewegt hat', zieht Biedermann in den Kreis ſeiner Betrachtungen, ſchildert er kurz und knapp mit dem gereiften Urtheil eines greiſen Volksführers. Für Schule und Haus hat er ſein Werk geſchrieben; möchten alle Vaterlandsfreunde dafür ſorgen, daß es dort überall zu finden ſei, daß die in ihm enthaltenen guten Samenkörner auf fruchtbaren Boden fallen!

Auch auf dieſem Gebiete — dem des „Hauſes“ — hatte ich mich der Billigung und Empfehlung meines Buches von autoritativer Seite zu erfreuen. Die „Geſellſchaft für Verbreitung von Volksbildung“ lenkte in ihrem Vereinsorgane die Aufmerkſamkeit der Vorſtände von Volksbibliotheken darauf hin, und der Vorſtand des ſächſiſchen Landesverbandes dieſer Geſellſchaft empfahl es ausdrücklich in einem Circular den in ſeinem Bereiche beſtehenden Bibliotheken dieſer Art.

Dreiundzwanzigſtes Capitel.

Mein goldenes Doctor- und Docenten-jubiläum (1885).

In das Jahr 1885 fiel die fünfzigſte Wiederkehr des Tages, an dem ich einſt die philoſophiſche Doctorwürde erlangt, zugleich an der Univerſität Leipzig mich als Docent habilitirt hatte. Welches dieſer Tag ſelbſt geweſen ſei, wußte ich nicht mehr genau und war auch mit Sicherheit nicht zu ermitteln, da in den Facultätsacten jener Zeit beſtimmte Vermerke über derartige Vorgänge ſich nicht finden. Alles, was ſich vorfand, war — entſprechend dem damaligen Brauch, wonach das Diplom über eine Doctorpromotion am nächſten Sonntag an der Kirchenthür von St. Pauli angeſchlagen ward — die Angabe dieſes Sonntags auf dem Diplome. Es war der Sonntag Exaudi. Im Jahre 1885 fiel dieſer Sonntag auf den 31. Mai; für dieſen Tag ward daher die Begehung des Jubiläums ſeitens der Univerſität anberaumt.

Schon einige Zeit vorher merkte ich, daß, abgeſehen von der officiellen Feier, noch etwas Anderes im Werke

ſei. Werthe Freunde kamen verſtohlen in meine Wohnung, hatten geheime Beſprechungen mit den Meinen und verſchwanden wieder, ohne mich aufzuſuchen. Von Frau und Töchtern ward ich um Dieſes und Jenes geheimnißvoll befragt, ohne daß ich errathen konnte, zu welchem Zwecke. Endlich, etwa acht Tage vor dem 31. Mai, erhielt ich eines Morgens ein feierliches Schreiben, bei deſſen Leſung ich auf das höchſte überraſcht, aber auch freudig bewegt war.

Das Schreiben lautete:

Aus Anlaß Ihres bevorſtehenden Doctorjubiläums haben wir, um Ihren Collegen, Freunden und Verehrern Gelegenheit zu einer gemeinſchaftlichen Feier zu geben, uns vereinigt, am Vorabend, den 30. d., Abends 8 Uhr, ein Abendeſſen in dem Ihnen wohlbekannten Saale des Kaufmänniſchen Vereins zu veranſtalten. Indem wir uns beehren, Sie hierdurch dazu einzuladen, geben wir uns der Zuverſicht hin, daß Sie unſer Vorhaben freundlich aufnehmen werden.

Das Schreiben war unterzeichnet:

Dr. Genſel (Handelskammerſekretär, ehemal. Reichstagsabgeordneter Vorſitzender des nationalliberalen Vereins für Sachſen u. ſ. w.)

für ſich und im Auftrage der Nachbenannten:

Heinrich Brümmer (Glaſermeiſter); Prof. Dr. Fricker (Decan der philoſ. Facultät); Dr. Georgi (Oberbürgermeiſter, ehemal. Reichstagsabgeordneter); Guſt. Goetz (Eiſengießereibeſitzer, Mitglied der Handelskammer); Dr. W. Goetze (Oberlehrer am Realgymnaſium); Dr. Friedrich Hofmann (Redacteur der „Gartenlaube“); Richard Lindner (erſter Vorſteher des Kaufmänniſchen Vereins); Moritz Pohlentz (Stadtrath); Dr. Schill (Vorſteher der Stadtverordneten und Landtagsabgeordneter); Herm. Schnoor (Mitglied der Handelskammer); Dr. Simſon (Reichsgerichtspräſident, ehemal. Präſident des Frankfurter Parlaments); Dr. Tröndlin (Bürgermeiſter und Reichstagsabgeordneter); Uhſe (Redacteur des „Leipziger Tageblatt“); Dr. Wachsmuth (Vorſitzender der Handelskammer); C. Aug. Werner

(Tischlerobermeister); Dr. Wiener (Reichsgerichtsrath); Dr. Windscheid (Rector magnificus der Universität); Zur Straßen (Professor an der Akademie der bildenden Künste und der Kunstgewerbeschule).

In diesen Namen waren Universität, Stadt, Bürgerschaft, Frankfurter Parlament, Deutscher Reichstag, sächsischer Landtag, national-liberaler Verein für Sachsen, Gemeinnützige Gesellschaft, Schülerwerkstatt, Lehrerstand, Kaufmännischer Verein, Verein für Volkswohl, Presse — genug, alle Seiten meiner Wirksamkeit und meiner Lebensstellung vertreten. In liebenswürdigster Weise hatten die Veranstalter des Festes zur Betheiligung daran Collegen, Parteigenossen, Freunde, Verwandte, alte Schüler von mir von hier und auswärts eingeladen.

Der Saal des Kaufmännischen Vereins, in welchem die Festlichkeit stattfand, war ebenso reich als sinnig ausgeschmückt. Gegenüber der mittleren Tafel und meinem Sitze an dieser stand auf einem Postamente eine getreue Nachbildung der Frankfurter Paulskirche in Baumkuchen; auf der Tafel selbst lag ein großer Doctorhut aus feinem Gebäck — beides von der kunstreichen Hand des Hofconditors Herrn Felsche.

Ueber den Verlauf des Abends hat das „Leipziger Tageblatt" ausführlich berichtet. Der so dankenswerthen Freundlichkeit der Veranstalter des schönen Festes ebensowie der Theilnehmer daran glaube ich es schuldig zu sein, diesen Bericht hier wiederzugeben. Er lautet:

Der Saal des Kaufmännischen Vereins, in welchem nach 8 Uhr das Festmahl begann, war geschmackvoll mit Lorbeerbäumen und Draperien in den Reichsfarben geschmückt, während unter den Fahnen natürlich auch diejenige der philosophischen Facultät unserer Universität nicht fehlte. Am Mahl nahmen etwa siebzig Personen

Theil, und es mußte für den Jubilar ein beſonders freudiges Gefühl ſein, an ſeinem Ehrentage nicht nur die Vertreter der ſtädtiſchen Behörden, der Univerſität, des Reichsgerichtes, ſondern auch des Lehrerſtandes, Kaufmannsſtandes, wie der Gewerbetreibenden um ſich zu erblicken, die ſich alle einmüthig zu ſeinen Geſinnungsgenoſſen rechneten. Die Begrüßungsrede hielt Handelskammerſecretär, ehemal. Reichstagsabgeordneter, Dr. Genſel; zwiſchen dieſem und dem Rector Magnificus, Profeſſor Dr. Windſcheid, hatte der gefeierte Jubilar auf blumengeſchmücktem Stuhle Platz genommen. Dr. Genſel führte Folgendes aus:

„Verehrte Feſtgenoſſen! Wenn ich im Namen Derer, welche Sie zur Theilnahme an dieſer Vorfeier für das 50jährige Doctor-Jubelfeſt unſeres Profeſſors Biedermann aufgefordert haben, zuerſt das Wort ergreiſe und Sie willkommen heiße, ſo bitte ich doch, mich nicht als eigentlichen Feſtredner zu betrachten, ſondern nur als den Herold, welcher den durch ihr Alter, ihr Amt oder ihr Verhältniß zum Jubilar beſſer dazu Berufenen die Bahn öffnet.

Meine Herren! Nicht groß iſt die Zahl Derjenigen, welche es erreichen, den 50jährigen Gedenktag der Erlangung einer Würde, eines Amtes, einer ſelbſtſtändigen Stellung zu feiern — wie Wenigen aber iſt es vergönnt, ſolchen Tag in ſo jugendlicher Friſche des Körpers und des Geiſtes, mit ſo ungebeugter Kraft des Arbeitens und des Genießens zu begehen, wie unſerem Jubilar!

Alt zu werden iſt Gottes Gunſt,
Jung zu bleiben iſt Menſchen-Kunſt.

Doppelt zu bewundern iſt dieſe Kunſt, wenn ſie ſich bewährt in einem Leben voll harter Arbeit und ſchwerer Kämpfe, einem Leben, welchem herbe Enttäuſchungen und Kränkungen ſo wenig fremd geblieben ſind, wie die bittere Sorge um das tägliche Brot für Weib und Kinder.

Durch die Tagesblätter lief neulich eine aus ähnlichem Anlaß wie heute gefertigte Zuſammenſtellung, welche zeigte, daß gerade den Lehrern der Geſchichte ein hohes und geſegnetes Alter öfter beſchieden zu ſein ſcheint, als anderen Sterblichen. Aber wohl keiner von Denen, die dort genannt wurden, hat an dem ſauſenden Webſtuhle der Zeit, deſſen Wirken er uns ſchildert, ſelber in dem Maße

mit Hand angelegt wie unſer Freund, dem ſchon in jugendlichem Alter der Drang innewohnte, ſeine Kraft im öffentlichen Leben zu bethätigen und nutzbar zu machen.

Als junger Docent, unter dem allezeit drohenden Schwerte der Cenſur, Begründer und Leiter freimüthiger Zeitſchriften; in dem für Leipzig verhängnißvollen Jahre 1845 gegen eine radicale Partei zum Stadtverordneten gewählt; in demſelben Jahre Vorſitzender der allgemeinen deutſchen Schriftſtellerverſammlung; im Frühlingsrauſche des Jahres 1848 einmal — es klingt uns jetzt faſt wunderbar — Vertreter der königlich ſächſiſchen Regierung bei den Berliner Conferenzen über die deutſche Frage; darauf Mitglied des Vorparlaments und Mitglied, eine Zeit lang auch Vicepräſident der Nationalverſammlung in Frankfurt in der Paulskirche, deren Abbild wir hier vor uns ſehen; 1849 noch Theilnehmer der Verſammlung in Gotha; dann Abgeordneter zur II. Kammer des ſächſiſchen Landtags, der bald aufgelöſt wurde, um den alten, anderthalb Jahre zuvor feierlich aufgehobenen Ständen wieder Platz zu machen; 1852, nach dem Staatsſtreich in Paris, wegen eines von ihm aufgenommenen Artikels gegen Louis Napoleon verurtheilt und ſeines Lehramtes entſetzt; einige Jahre darauf, in halb unfreiwilliger Verbannung aus der Heimath, Redacteur des freiſinnigen weimariſchen Regierungsblattes — wahrlich, er durfte, als er in jener Zeit einmal veranlaßt war, einen Abriß ſeines Lebens zu geben, mit Recht ſagen, daß dieſer ſich unwillkürlich zu einem Ausſchnitt der allgemeinen Geſchichte unſeres Volkes geſtalte.

In unſer Aller Gedächtniß, verehrte Feſtgenoſſen, lebt ſein ſpäteres Wirken als Führer der kleinen, aber wie Ein Mann zuſammenſtehenden national-liberalen Fraction in der ſächſiſchen II. Kammer und als Mitglied des deutſchen Reichstags. Ebenſo liegt vor unſeren Augen ſeine mannigfaltige Thätigkeit auf dem Gebiete des für unſere Zeit ſo charakteriſtiſchen gemeinnützigen Vereinslebens. Erſt dieſer Tage noch hat er in Görlitz bei dem Handfertigkeits-Congreſſe, der ihn zu ſeinen geiſtigen Vätern zählt, den Vorſitz geführt. Aber nur Einzelne von Ihnen, meine Herren, wiſſen wohl, daß unſer Jubilar ſchon vor 42 Jahren den hieſigen Geſellenverein, der nach kurzem, aber ſegensreichem Beſtehen in der

Reactionszeit aufgelöſt wurde, und bald darauf den Leipziger Turnverein hat begründen helfen.

Unter einem früheren Bilde unſeres Freundes finde ich den Wahlſpruch:

‚Sich ſelbſt getreu!‘

Meine Herren, wenn wir heute, wo wir ſein Wirken während eines halben Jahrhunderts an uns vorüberziehen laſſen, ein kurzes Wort finden ſollten, das ſein Weſen treffend kennzeichnete, wir könnten kein beſſeres finden als dieſes ſo ſchlichte und doch ſo vornehme ‚Sich ſelbſt getreu!‘ Und hiermit, verehrte Feſtgenoſſen, enthülle ich, wie ich glaube, auch das Geheimniß ſeiner ewigen Jugend. Sich ſelbſt getreu ſein, bringt nicht immer Anerkennung und äußere Erfolge, aber es bringt, was mehr iſt, den Frieden der Seele.

In den Kämpfen des öffentlichen Lebens wird mit gutem Grunde der Mitkämpfer beſonders hoch geſchätzt, auf den man ſich unter allen Umſtänden verlaſſen kann — das brauche ich von unſerem Jubilar nicht erſt zu rühmen. Schwerer iſt es, ſich ſelbſt getreu zu bleiben, und ein höheres Maß von echtem Mannesmuth wird erfordert, wo es gilt, im Kreiſe der Partei in Stunden hocherregter Leidenſchaft dem Andrängen heißblütiger Genoſſen Stand zu halten. Wie oft hat Biedermann als allezeit beſonnener Warner lieber den Vorwurf der Halbheit und Lauheit auf ſich genommen, als auch nur einen Finger breit vom Wege des Rechts und der Vernunft abzuweichen! So namentlich 1866 — ich will das hier ausdrücklich bezeugen, da man ihn ſo hartnäckig fälſchlich des Gegentheils bezichtigt hat.

Unſer Freund gehört nicht zu Denen, welche nichts lernen und nichts vergeſſen. Aber ſeine Grundanſchauungen, ſeine Ideale hat er in allem Wechſel der Zeiten feſtgehalten. Am 17. Januar 1849, als in der Paulskirche um das Schickſal Deutſchlands heiß gekämpft wurde, hielt Biedermann eine Rede für das Erbkaiſerthum der Hohenzollern, die Sie noch heute nicht ohne tiefe Bewegung leſen können. ‚Alſo, meine Herren,‘ — ſo ſchloß er unter dem rauſchenden Beifall der Mehrheit — ‚wenn wir als erbliches Oberhaupt den Monarchen des mächtigſten Einzelſtaates hinſtellen, ſo

haben wir die Einheit ſchnell und ſicher begründet, wir haben die Macht Deutſchlands nach außen befeſtigt, wir haben alle Garantien gegeben für das Wiederaufleben des Vertrauens, des Verkehrs und des Wohlſtandes, nach dem das Volk ſo dringend verlangt. Ja, meine Herren, wir haben damit die Einheit gewonnen und — ich bin davon feſt überzeugt — der Freiheit nichts vergeben.' Ein Jahr ſpäter galt das den Meiſten als ein leerer Traum. Er aber hielt das Vertrauen unerſchütterlich feſt, und nach 22 langen Jahren, ‚als die Zeit erfüllt war', ſah er, und ſahen wir mit ihm, das Kaiſerthum in neuer Herrlichkeit erſtehen. Mit wie berechtigtem Selbſtgefühl durften am 1. April d. J. jene dreißig alten Frankfurter dem Fürſten Bismarck, deſſen Thatkraft erreicht hat, wofür ſie damals gekämpft und gelitten, ihren beſonderen Glückwunſch ſenden!

Und damit laſſen Sie mich ſchließen! Möchte unſerem Jubilar ein Lebensabend beſchieden ſein, deſſen ſonniger Glanz noch rückwärts den ganzen Tag verklärt! Möge er noch manche Frucht reifen ſehen von Dem, was er ausgeſä't, gepflanzt und treu gepflegt hat! Und möge ihm bis an's Ende erhalten bleiben der klare Blick und die Freude am Schaffen und das warme Herz für unſer Volk!"

In das von dem Redner auf den Jubilar ausgebrachte Hoch ſtimmte die Verſammlung begeiſtert ein.

Nachdem Herr Dr. Genſel eine Reihe eingelaufener Glückwunſchſchreiben, darunter diejenigen der Herren Reichsgerichtspräſidenten Simſon (der verreiſt war), Prof. Dr. Fricker (der wegen Unwohlſeins dem Feſte hatte fern bleiben müſſen), Juſtizrath Schaffrath-Dresden, Dr. Löwe-Calbe, Georg Beſeler, Max Duncker (Berlin), Juſtizrath Pinckert (Erfurt), von denen Letzterer mit einem kurzen begeiſterten Gedicht vertreten war, verleſen hatte, ergriff Seine Magnificenz der Rector der Univerſität, Prof. Dr. Windſcheid, das Wort. Er führte in geiſtvollen Worten aus, wie man die Menſchen im Allgemeinen in Idealiſten und Realiſten einzutheilen pflege, und wie bei der Beurtheilung derſelben die Idealiſten, denen man nachſage, daß ſie haltlos in luftigen Regionen ſchwebten, während der Realiſt die Welt nehme wie ſie ſei, leider oft ſchlecht wegkämen. Aber beim Idealismus wie Realismus ſeien nur die Extreme von Uebel, die

Mitte zwiſchen Beiden ſei allein das Rechte. Werde einmal in dieſer Hinſicht geſündigt, nun, ſo wünſche er um der Menſchheit willen, daß immer nach der Seite des Idealismus hin geſündigt werde. Die Idee ſei das heilige Feuer, das im Menſchen nie erlöſchen dürfe; ſie ſei das Bewußtſein, daß es über dieſen Erſcheinungen noch ein Höheres gebe, nach dem alles Sein hinaufſtrebe. Die Ideen beherrſchten die Welt, ſie ſeien die Pionniere des Fortſchritts in der Welt, und es ſei etwas Großes und Ruhmvolles, daß der Jubilar in ſeinem thatreichen Leben die Ideen ſtets hochgehalten habe. Keine tiefere und höhere Idee aber ſei im Leben gedacht worden, als die Idee der Ehe, der vollen Hingabe einer Perſon an die andere, und da der Jubilar auch den Segen der Ehe reichlich an ſich erfahren, ſo ſei dies Jubelfeſt zugleich auch ein Feſt, an dem ſeine Familie mitjubiliren könne. Redner brachte zum Schluß ein Hoch auf den Jubilar und ſeine Familie aus. Der nächſtfolgende Redner war Prof. Dr. Maurenbrecher, Lehrer der Geſchichte an unſerer Hochſchule, der den Jubilar als Mann der Wiſſenſchaft feierte. Die hiſtoriſchen Schriften deſſelben ſeien in zwei Klaſſen zu theilen, in hiſtoriſche Quellenſchriften und in Schriften, die eine Darſtellung der Vergangenheit in größerem Zuſammenhang gewährten. Zu den erſteren gehörten ſeine werthvollen Werke über die Ereigniſſe der vierziger Jahre, deren Grundzüge wohl kein einziger gleichzeitiger Autor mit ſo hiſtoriſcher Treue geſchildert habe, wie der Jubilar, und die auf ihn ſtets einen tiefen Eindruck gemacht hätten. Zu den Werken der zweiten Gattung gehörten ſeine culturgeſchichtlichen Arbeiten, in denen er biete, was leider ſo Wenige böten, wirkliche Culturgeſchichte, das heißt, eine Geſchichte des geſammten Zuſtandes der Menſchheit auf politiſchem, kirchlichem und ſocialem Gebiet. Biedermann ſei ein wirklicher Culturgeſchichtsſchreiber, das ſei die charakteriſtiſchſte Bezeichnung für ihn. Das Hoch des Redners galt dem Culturhiſtoriker Biedermann. Im Namen des Leipziger Lehrervereins ſprach der Oberlehrer Kirchhoff, der die Verdienſte des Jubilars um die Volksſchule, ſeine Arbeiten beim Zuſtandekommen unſeres Volksſchulgeſetzes, ſeine Schrift über die Grundzüge des Geſchichtsunterrichts in den Schulen, ſowie ſeine Beſtrebungen um den Handfertigkeitsunterricht ſchilderte und ſein Glas auf das Wohl

des Jubilars Namens der deutſchen Volksſchule leerte. Nachdem durch Herrn Dr. Genſel einige weitere, inzwiſchen eingetroffene Glückwünſche von den national-liberalen Vereinen in Grimma und in Burgſtädt (letzteres im früheren Reichstagswahlkreis des Jubilars), vom Dichter Ernſt Scherenberg in Elberfeld ꝛc. zur Kenntniß der Verſammlung gebracht waren, derſelbe auch einen mündlichen Gruß von Seiten des Vicebürgermeiſters a. D. Dr. Stephani kundgegeben hatte, ſprach der Privatdocent Dr. Carl Walcker, der die großen Verdienſte des Jubilars um die Geſchichte, Theorie und Praxis der Volkswirthſchaft pries. Er ſchilderte die Thätigkeit Biedermanns bei der Berathung des Haftpflicht- und Unfallverſicherungsgeſetzes und ſeine Arbeiten auf dem Gebiete der Arbeiterfrage. Sein Hoch galt dem Nationalökonomen Biedermann. Nach Verleſung eines Telegramms des Centralcomité der national-liberalen Partei, von den Herren von Benda, Gneiſt ꝛc. unterzeichnet, entwarf Herr Schnoor ein farbiges Bild von der Thätigkeit des Jubilars im Landtage an der Spitze der, damals „beſtgehaßten", national-liberalen Partei und brachte mit einem Hoch auf den Jubilar dieſem den Dank für ſein Wirken im Dienſte unſeres engeren Vaterlandes dar. Reichsgerichtsrath Dr. Wiener nahm Bezug auf die Beſtrebungen des Jubilars für Begründung eines einigen deutſchen Kaiſerreiches und des Reichsgerichts und bezeichnete ſich demnach als einen Homuneulus aus der Retorte, an welcher der Jubilar ſo überaus thätig geweſen ſei. Ein Feſt, wie dasjenige, welches heute gefeiert werde, ſei immer eine Viviſection, welche man mit dem Jubilar ausübe; er werde gewöhnlich erſt als Ganzes gefaßt und dann bis in's Einzelne zergliedert. Er wolle von der Zergliederung abſehen und den Jubilar wieder als ein Ganzes betrachten. Da erſcheine er denn vor ihm als eine echte, ſchöne Menſchenblüthe, als ein Producent und ein Product der heutigen Cultur. Wenn die bisherigen Redner die Vergangenheit Biedermanns gewiſſermaßen mit Beſchlag belegt hätten, ſo wolle er jetzt die Zukunft deſſelben in gleicher Weiſe für unſer deutſches Vaterland mit Beſchlag belegen. Das vom Redner ausgebrachte Hoch galt „Biedermann dem Zukünftigen". Der Profeſſor Dr. Woldemar Wenck brachte hierauf einen poetiſchen Trinkſpruch aus, der den Jubilar in humoriſtiſchen,

fließenden Verſen feierte und den wir, da er ſich allſeitigen Beifalls erfreute, hier vollſtändig zum Abdruck gelangen laſſen wollen. Derſelbe lautete:

Mein ganzes Gemüth, ja der animus totus
War bei jedem Wunſch für den Jubel-promotus,
Den Mann, den man einſtmals, mit gutem Bedachte,
Promovebat — nach vorwärts bewegte und brachte.
Doch, daß recht man ihn preiſt, pflegt man Das zu erleſen,
Worin er ein promovens ſelber geweſen:
Was er vorwärts gebracht, was er vorwärts bewegt,
Darauf ſei auch von mir der Accentus gelegt.
Und da bring' ich vor Allem zu ernſtem Betrachte,
Wie am Gründerweſen er theilhaft ſich machte.
Am Gründerweſen? Wer hielt' da im Nu
Vor 'nem Dutzend von Jahren das Ohr ſich nicht zu?
Der Gefühlvolle dachte mit ſtarrenden Haaren
An Die, die durch Gründer zu Grunde gefahren,
Und, dem Gründer die Wege bereitet zu haben,
Den Grund zu der Gründung des Gründers zu graben,
Des Gründers Genoß und Gehilfe zu ſein,
Das Lob auch, es galt nicht für bieder und fein!
Unſer Biedermann aber, vor Jungen und Alten
Muß zu ſolchem Lob er ſein ſtille uns halten;
Denn, was darin die Menſchheit von Biedermann ſpricht,
Seine beſten Freunde vertuſchen es nicht.
Und hält er denn ſelber damit hinter'm Buſch?
Vertuſcht man doch nur, wo die Wahrheit ein Tuſch!
Mich aber bedünkt, daß ein Schatten auf alle
Die Gründungen jener Vergangenheit falle,
Nur damit in ſo hell'rer, geſammelter Glorie
Ein Gründer heraustret' in deutſcher Hiſtorie;
Wer den Gründer erſt ſucht, ei, ich denk', der verſchlief
Jüngſt den erſten Aprilis recht gründlich und tief.
Nun, und gilt's, bei der Gründung des Manns zu erfahren,
Wer die wack'ren Bereiter des Grundes ihm waren,
Wen als Vorarbeiter und Helfer man preiſt,

Ja ſo weiß ich, daß Einer Karl Biedermann heißt.
Faſt hätt' ich, des Jubel-Doctors von heute
Einen Jubel-Freund mich zu nennen, die Freude:
Denn, kaum ſchmückte des Doctorhuts Herrlichkeit ihn,
So begann ich vor ihm ſchon die Mütze zu ziehn.
Und ſo möcht' ich wohl gern als Primärquelle gelten,
Um von Dem, was er ſchuf, was er wirkte, zu melden:
Wie in Hoffnung ſchon lange nach Solchem er rang,
Was dann zauberiſch ſchnell in die Wirklichkeit ſprang;
Wie für deutſchen Volkes- und Landes-Int'reſſen
Seinen Mann er geſtanden und theilweis geſeſſen.
Doch, was hier ich vernommen, bringt ſchon mir zu Sinn:
Die Primärquelle flöſſ' hier als Ueberfluß hin!
Und ſo bring' ich als Freund nur kurz, bündig und wahr
Ihm, dem gründungsbetheiligten Freund-Jubilar
Und all' Denen, die, wie der Promotus, ſich rührten,
Daß die Gründung, die deutſche, ſie mit promovirten,
ein Hoch!

Oberbürgermeiſter Dr. Georgi betonte, daß der Jubilar, zu deſſen Schülern er einſt gehört und dem er dann auch als Anwalt in ſeinen politiſchen Proceſſen eine Zeit lang gedient habe, nicht allein in ſeiner wiſſenſchaftlichen Thätigkeit ſich eine hervorragende Bedeutung erworben habe, ſondern auch in ſeiner Stellung zum Leipziger Bürgerthum. Redner ſchilderte das Eingreifen Biedermanns in die ſächſiſche Verfaſſungsgeſchichte und hob ſeine unwandelbare Liebe zu unſerem Vaterlande und die Freiſinnigkeit ſeiner Geſinnung hervor. Dem Dank, den er dem Jubilar im Namen der Stadt Leipzig darbringe, müſſe er aber auch einen warmen Gruß als politiſcher Freund deſſelben hinzufügen. Auch in dem Reichstagscollegen Biedermann habe er ſtets die Wahrhaftigkeit und Lauterkeit ſeines Weſens ſchätzen gelernt. Redner ſchloß mit den Worten: „Es lebe Biedermann, der deutſche und Leipziger Bürger!“

Der Jubilar dankte hierauf in bewegten Worten:

„Als er die Einladung zu der heutigen Feier erhalten, unterzeichnet von einer Reihe hochangeſehener und von ihm hochverehrter Männer, da habe ihn faſt ein Gefühl des Erſchreckens befallen. Er

habe ſich gefragt: womit er ſo viel Freundlichkeit verdient? Endlich habe er ſich zu ſeiner Beruhigung geſagt, daß Wohlwollen und Liebe freie Gaben ſeien. Von dieſem aufrichtigen Wohlwollen habe er ſogleich beim Eintritt in dieſen Saal und dann während des ganzen Abends die allſeitigſten, wohlthuendſten Beweiſe erhalten. Auch das habe ihm ſein durch ſo viele Kundgebungen der Sympathie faſt bedrücktes Gewiſſen erleichtert, daß er darin eine gewiſſe Ausgleichung finde für ſo manche Vorgänge entgegengeſetzter Art, für ſo manche Anfeindungen, Verunglimpfungen, Verleumdungen, denen er in ſeinem Vorleben oftmals ausgeſetzt geweſen ſei. Ein Vorredner habe das Dichterwort citirt: „Wer den Beſten ſeiner Zeit genug gethan“ ꝛc. Das ſei auch für ihn immer das ſchönſte und höchſte Ziel geweſen. Daß er dieſes Ziel erreicht habe, das maße er ſich nicht an: aber mit Freuden bekenne er, daß von den Beſten unſerer Zeit ihn nicht wenige ihres Wohlwollens, manche ihrer näheren Freundſchaft werth gehalten. Das ſei ein Schatz köſtlicher Erinnerung für die Tage des Alters, und zu dieſem Schatze liefere der heutige Abend einen werthvollen Beitrag. Eines noch ſei in der Zuſammenſetzung ſowohl des Einladungscomité als der heutigen Verſammlung ſelbſt, was ihm zu beſonderer Genugthuung gereiche. Es ſei ihm bisweilen der Vorwurf gemacht worden, und er ſelbſt habe wohl das Bedenken gehegt, daß er ſeine Thätigkeit nicht genug auf Einen Punkt concentrirt, ſie auf zu Vieles ausgedehnt habe. Durch die Gegenwart und die Anſprachen von Männern ſo verſchiedener Berufs- und Lebenskreiſe ſei ihm die Beruhigung geworden, daß die mancherlei Beſtrebungen, durch die er, einem inneren Drange folgend, in das praktiſche und öffentliche Leben eingegriffen habe, doch nicht ganz ohne Frucht geblieben, daß ſie als wohlgeſinnte erkannt und empfunden worden ſeien. Selbſt als Mann der Wiſſenſchaft dürfe er jene ſeine Wirkſamkeit im praktiſchen Leben nicht für verloren halten, denn ſie allein habe ihn befähigt, gerade den Wiſſenszweig, dem er ſeine Thätigkeit beſonders gewidmet, die Culturgeſchichte — und zwar die „ächte“ Culturgeſchichte, wie ſie ſein verehrter College Prof. Maurenbrecher zu ſeiner aufrichtigen Freude ſo anerkennend geſchildert, d. h. die organiſche und allſeitige Erfaſſung des Culturlebens einer Zeit — mit Erfolg zu pflegen. Der Jubilar dankte hierauf ſpeciell

dem Rector magnificus, Geh. Rath Dr. Windscheid, dafür, daß derselbe der Seinen und insbesondere seiner Gattin so freundlich gedacht. In der That habe er hier, im Schooß der Familie, jederzeit die Stärkung und die Ermuthigung zum Ausharren gefunden, deren er bei den mancherlei Widerwärtigkeiten des äußeren Lebens oftmals recht dringend bedurft habe."

Der Toast des Jubilars galt den Männern der Wissenschaft und Praxis, den Vertretern seiner Heimathstadt Leipzig und seinen zahlreichen Schülern und politischen Gesinnungsgenossen. Im Namen der Schüler des Jubilars sprach zum Schluß noch in herzlichen Worten der Oberlehrer Döhler aus Mittweida. Damit hatten die Festgrüße und Ovationen für den Jubilar ihr Ende erreicht. Die Theilnehmer des Festes blieben jedoch noch längere Zeit in zwanglosen Gruppen beisammen, und es war bereits früher Morgen, als die letzten Gäste von dem wohlausgerüsteten Mahle sich auf den Heimweg begaben. Die Stimmung war während des ganzen Abends eine ungetrübte, festliche, und Jeder konnte die Ueberzeugung gewinnen, daß auf den Jubilar das Schiller'sche Wort in der That mit vollem Rechte Anwendung finden kann: „Wer den Besten seiner Zeit genug gethan, der hat gelebt für alle Zeiten".

An dem eigentlichen Jubeltage, dem 31. Mai, erweckte mich früh ein, von dem Besitzer des großen Gartengrundstücks, in welchem ich wohne, Herrn Prell, freundlichst veranstaltetes Musikständchen, während gleichzeitig mehrere in der Nähe ausgehängte Fahnen in den deutschen Farben mir einen festlichen Morgengruß zuwehten. Gegen Mittag erschienen dann im Namen des Senats der Universität Rector und Prorector, Geh. Rath Dr. Windscheid und Geh. Rath Dr. Zarncke, im Namen der philosophischen Facultät an Stelle des erkrankten Decans Prof. Dr. Fricker dessen Vorgänger im Amte, Prof. Dr. Leskien, begleitet von den Herren Professoren Geh. Hofrath Dr. Overbeck und Dr. Maurenbrecher. Der Rector magnificus beglück-

wünſchte mich in einer überaus warmen und herzlichen Anſprache, an deren Schluß er ſagte:

So haben Sie allezeit gewirkt — dem Vaterland zu Nutz und Frommen, der Univerſität zur Ehre, der Jugend zum Segen.

Profeſſor Leskien überreichte mir, ebenfalls mit freundlicher Anrede, das „goldene" Diplom, durch welches die philoſophiſche Facultät mir ihre Glückwünſche darbrachte. Daſſelbe (entworfen von dem Profeſſor der klaſſiſchen Philologie, Geh. Rath Dr. Ribbeck) lautet in elegantem Latein:

Q. B. F. F. F. Q. S.
Viro venerabili
Friderico Carolo Biedermann
philosophiae doctori et artium liberalium
magistro professori philosophiae
honoris causa ordinario,
philosopho eidem et historico et politico
qui per saeculi dimidium
philosophiae face nostrae potissimum nationis in omni cultur humano progressus
indagans atqne illustrans
cum publicae vitae rationes institutaque
tum morum litterarumque historiam recentiorem
et scholarum salnbri disciplina et librornm disertissimorum copia
docte, facunde, eleganter enarravit
qniqne civem propositi tenacem patriae amantissimum
strenuum sanae sanctaeqne libertatis militem
instaurandae qualis nunc floret Germaniae acriter intentum
non intra doctorum tantum coetus se praestitit
honores summos suos
ante decem lustra
rite impetratos et
die XXXI mensis maji anni MDCCCXXXV

in solemni doctorum philosophiae et magistrorum
artium creatione renuntiatos
gratulatur
ordo philosophorum universitatis litterariae Lipsiensis
eique placidam cum integra valetudine senectutem
exoptat*).

Zu ganz besonderer Freude gereichte es mir an dieser Widmung, daß meine hochverehrten Herren Collegen von der Facultät auch mein „außerhalb der gelehrten Kreise" sich bewegendes Wirken nicht, wie ja bisweilen geschieht, als etwas meinem eigentlichen Berufe Fremdartiges und Fernliegendes ansahen, vielmehr als etwas mit dieser Berufsthätigkeit wohl Bestehendes und ihr Ebenbürtiges freundlich anerkannten.

Das königliche Ministerium des Cultus und öffent-

*) Auf deutsch:

„Dem ehrwürdigen Manne Friedrich Karl Biedermann, Doctor der Philosophie, Magister der freien Künste und ord. Hon.-Professor der Philosophie, welcher, gleichzeitig Philosoph, Historiker und Politiker, ein halbes Jahrhundert lang mit der Fackel der Philosophie hauptsächlich unserer Nation Fortschritte in jeder Art menschlicher Cultur erforscht und beleuchtet, welcher die Gestaltungen und Einrichtungen des öffentlichen, sowie die Fortschritte des sittlichen und geistigen Lebens theils in fruchtbaren Vorlesungen, theils in einer Menge höchst eingehender Schriften gründlich, beredt und in gefälliger Form geschildert, welcher sich als überzeugungstreuen Bürger und warmen Patrioten, als tapferen Vorkämpfer einer gesunden und edlen Freiheit, als eifrig bemüht um die Herstellung eines solchen Deutschland, wie es jetzt blühend dasteht, auch außerhalb der gelehrten Kreise bewährt hat, beglückwünscht die philosophische Facultät der Leipziger Universität zu der vor 50 Jahren erlangten Würde eines Doctors der Philosophie und Magisters der freien Künste, und wünscht ihm ein friedliches Alter und eine ungetrübte Gesundheit."

lichen Unterrichts beehrte mich hochgeneigteſt mit einem Glückwunſchſchreiben. Das Gleiche geſchah von Seiten des Raths der Stadt Leipzig. In der Zuſchrift des letzteren war geſagt:

Auch den Intereſſen unſerer Stadt, deren Bürgerſchaft Ihnen durch wiederholte Wahl in's Stadtverordnetencollegium ehrende Beweiſe ihres Vertrauens gegeben hat, haben Sie rege Theilnahme erwieſen.

Unwillkürlich mußte ich dabei an jenen höchſten Beweis ehrenden Vertrauens denken, den mir die Bürgerſchaft Leipzigs in den verhängnißvollen Tagen des März 1848 gab, da ſie, an ihrer Spitze Stadtrath und Stadtverordnete, einmüthig mit mir den Weg betrat, auf dem es gelang, die hochgehende Bewegung der Gemüther in ein ruhiges und ſicheres Geleiſe zu leiten. In der Erinnerung an jene mir unvergeßliche Zeit durfte ich den Glückwunſch, den jetzt der Rath mir bot, als eine nicht unverdiente Anerkennung meines damals bethätigten Intereſſes an dem Wohl meiner theuren Vaterſtadt ohne Bedenken annehmen.

An ſonſtigen ſchriftlichen Glückwünſchen in der Form von Zuſchriften, Telegrammen, Karten gingen an und nach dem Feſttage eine große Zahl, wohl an 300, von nah und fern ein — von älteren und jüngeren Freunden, von ehemaligen Schülern (darunter ſogar ein Kabeltelegramm von einem ſolchen aus Nordamerika, ebenſo ein Telegramm aus Italien), von akademiſchen Collegen, hieſigen und auswärtigen, von ehemaligen parlamentariſchen Parteigenoſſen, u. A. von 20 „alten Frankfurtern“, von Zeitungsredactionen, von Verlegern, von Dichtern, Schriftſtellern und Schrift-

ſtellervereinen und von einer Anzahl mir ſonſtwie mehr oder weniger naheſtehender hochangeſehener Männer.

Aus Berlin erhielt ich von den Herren von Benda, von Cuny, Franke, Gneiſt, Hammacher, Hobrecht, Jeruſalem, F. Weber und M. Weber telegraphiſch folgenden, mich hocherfreuenden Gruß:

Dem langjährigen Kämpfer für die freiheitlichen und nationalen Güter unſeres Volkes, dem treubewährten Parteigenoſſen ſendet die herzlichſten Glückwünſche zur heutigen Feier das Centralcomité der national-liberalen Partei.

In Dresden fand gerade am 31. Mai die Landesverſammlung des national-liberalen Vereins für Sachſen ſtatt. Dieſelbe telegraphirte an mich:

Ihrem wackeren Vorkämpfer bringen die hier verſammelten National-Liberalen herzlichen Glückwunſch zum heutigen Jubel- und Ehrentage.

Aehnliche Glückwünſche ſandten die national-liberalen Vereine zu Burgſtädt und Grimma, der freiſinnige Verein zu Zwickau, der Reichsverein zu Dresden, letzterer in den Worten:

Sie haben in der vorderſten Reihe gekämpft, als es galt, der nationalen Sache den Boden zu erobern. Ihr opfermuthiges Wirken hat Ihnen die dankbare Zuneigung der Vaterlandsfreunde eingetragen. Wenn auch dem thätigen Eingreifen in die Politik entrückt, werden Sie immer als das geiſtige Haupt der national-liberal geſinnten Männer unſeres Landes verehrt werden.

Hocherfreulich war es mir, daß auch mehrere der hervorragendſten Mitglieder der ſächſiſchen Fortſchrittspartei, die Herren Juſtizrath Dr. Schaffrath, Oberbürgermeiſter Streit, Curt Starke, mich freundlich beglückwünſchten, wie ich andererſeits mit eben ſolcher Freude bei meinem Feſtmahl einzelne Conſervative bemerkte.

Mein Nachfolger in der Zweiten Kammer, der ſich zu meinem Bedauern 1882 von uns getrennt und der „Seceſſion“ angeſchloſſen hatte, telegraphirte mir:

Einſt Ihr Nachfolger, jetzt von Ihnen politiſch getrennt, aber für immer unverändert Ihr Verehrer, ſendet ſeinen herzlichen Glückwunſch zum Jubelfeſte C. Roth.

Auch noch andere ehemalige Parteigenoſſen und Mitſtreiter, die ſeitdem ſich weiter links hin gewendet, bezeugten mir doch ihre fortdauernde freundliche Geſinnung.

Von ſonſtigen Telegrammen ſei mir noch vergönnt nachfolgende ſpeciell zu erwähnen:

Vom Präſidenten Simſon aus Wilhelmshöhe:

Herzliche Glückwünſche dem theuren, hochverehrten Freunde zu ſeinem heutigen Jubelfeſte!

Von dem alten Frankfurter Collegen Pinckert aus Erfurt, zugleich im Namen von Max Duncker und Georg Beſeler in Berlin:

Schon glänzet das Haar Dir bald ſilberweiß;
Doch im Herzen, da lodert die Glut noch ſo heiß
In Liebe zum Vaterlande.
Das Banner, um das in St. Paul wir geſchaart,
Du ſchützteſt es kräftig nach Mannes Art,
Ob der Kampf noch ſo heftig entbrannte.

Heut tönet herab aus verklärtem Gefild
Der Chor der geſchied'nen Genoſſen ſo mild
Zum Preis für den wackeren Streiter.
Und wir, die Gleiches mit Dir erſtrebt,
Die des Kampfes ſiegreichen Ausgang erlebt,
Wir rufen: „Gott ſchütze Dich weiter!“

Von Löwe-Calbe:

Meinen herzlichſten Glückwunſch zu Ihrem Doctorjubiläum, den ich zugleich dem freiſinnigen Schriftſteller, dem muthigen Uni-

verſitätslehrer, beſonders dem reichbegabten und wackeren Volksvertreter darbringe. Möge Ihnen noch manches Jahr die geiſtige Friſche und die rüſtige Arbeitskraft erhalten bleiben, von der Ihre Freunde und die ganze Nation noch manche ſchöne Gabe erwarten!

Von Guſtav Freytag:

Dem gelehrten Geſchichtsforſcher und Journaliſten, welcher Zuſtände deutſcher Vergangenheit ſo wahrhaft und liebevoll dargeſtellt hat, wie die Verhältniſſe der Gegenwart, dem tapferen Manne, der durch ein Menſchenalter für die Einheit des nationalen Staates kämpfte und duldete, dem werthen Parteigenoſſen, der Andern ein Vorbild treuer Hingabe geworden iſt, an ſeinem Ehrentage Dank und innigen Glückwunſch!

Von Ernſt Scherenberg:

Dem ehrwürdigen, hochverdienten Vorkämpfer für deutſche Reichseinheit, Cultur und Geiſtesfreiheit ſende ich zur heutigen Jubelfeier den Gruß treueſter Freundſchaft.

Von einer Anzahl meiner gegenwärtigen akademiſchen Hörer und Schüler (die große Mehrheit derſelben war, ebenſo wie viele meiner Herren Collegen, wegen der Pfingſtferien abweſend von Leipzig) erhielt ich eine Glückwunſchadreſſe zugeſtellt, von einem ſtudentiſchen Verein, der mich ſchon früher zu ſeinem Ehrenmitgliede ernannt hatte, der „Freien wiſſenſchaftlichen Vereinigung", eine ſilberne Feſtgabe. Einen von demſelben geplanten Feſtcommers hatte ich dankend abgelehnt. Eine zweite ſolche Gabe widmete mir der Fröbelverein. Durch ein ſchönes Kunſtwerk, eine Büſte der Königin Luiſe von Preußen, erfreute mich ein lieber jüngerer akademiſcher College, durch eine goldne Schreibfeder eine meinem Hauſe befreundete junge Dame, durch das äußerſt wohlgetroffene Portraitmedaillon des berühmten Meiſters Friedrich Preller deſſen Sohn, Sanitätsrath Preller, durch ein gelehrtes Schriftwerk, „Verfaſſungsgeſchichte Dresdens",

der Archivar Dr. Richter in Dresden. Von ganz besonderem Werthe war mir — sowohl an sich als durch die Namen der Geber — eine kostbare Lachmann-Ausgabe Lessings, welche ich von einem Kreise hochachtbarer Männer Leipzigs schon am Vorabend des Festes empfing — mit der Aufschrift: „Dem hochverdienten Arbeiter auf dem Gebiete der Literatur- und Culturgeschichte als freundschaftliches Andenken.“ Durch sinnigen und reichen Blumenschmuck ward ich von vielen Seiten erfreut.

Es waren schöne, mir unvergeßliche Tage, deren Nachklang noch lange wohlthuend in meiner Seele fortzitterte, die mich für manches Trübe und Schwere früherer Zeiten entschädigten, die einen hellen Glanz weithin auf meinen ganzen Lebensabend werfen!

Vierundzwanzigstes Capitel.

Eine letzte Rückschau.

Am Schlusse dieser Selbstbiographie angelangt, fühle ich das Bedürfniß, noch einmal die Summe meines Lebens zu ziehen, auch Manches nachzutragen, was sich auf meine Person und mein Privatleben bezieht und was bisher, wo ich vorzugsweise meine Stellung und Thätigkeit nach außen in's Auge faßte, entweder gar nicht oder nur flüchtig berührt werden konnte.

Damit hoffe ich zugleich den freundlichen Wunsch eines Recensenten des ersten Bandes dieses Buchs (in der „Weser-Zeitung") zu erfüllen, welcher gern mehr „Persönliches", mehr „subjective Plauderei" von mir hören möchte. Er mag es verantworten, wenn ich nun vielleicht allzu sehr in's Plaudern über persönliche Dinge verfalle.

So oft ich meinen langen Lebenslauf überblicke, befällt mich immer von Neuem der Zweifel, ob der Gang, den ich eingeschlagen, auch wohl der richtige gewesen sei, und selbst die mancherlei wohlthuenden Kundgebungen der Sympathie und Werthschätzung, durch welche ich noch zuletzt

bei meinem Jubiläum und auch ſonſt vielfach erfreut und ermuthigt worden bin, helfen mir nicht völlig darüber hinweg.

Ich habe immer Diejenigen beſonders glücklich geprieſen, die ihre Thätigkeit dergeſtalt auf Einen Gegenſtand concentrirten, daß ihr ganzes Leben gleichſam damit verſchmolz und ihr Name ſelbſt untrennbar davon auf die Nachwelt überging.

Mir war es nicht gegeben, mit einer ſolchen glücklichen Einſeitigkeit mich zu begnügen; mich trieb ein Drang, dem ich vielleicht zu ſehr nachgab, nach verſchiedenen Richtungen hin und ließ mich ſo zwar in Dem und Jenem Manches erreichen, aber mehr nur anſtoßgebend und bahnbrechend, als ein Ganzes ſchaffend und das Begonnene an's letzte Ziel hinausführend.

Ich darf von Glück ſagen, daß wenigſtens viele der Anregungen, die ich gegeben, nicht ohne Folgen geblieben ſind, daß der von mir ausgeſtreute Same, wenn ſchon zum Theil von anderer Hand weiter gepflegt und befruchtet, aufgegangen und gereift iſt.

Wenn ich in meiner Jugend mich von der ſtrengeren Wiſſenſchaft ab- und dem äußeren, insbeſondere dem öffentlichen Leben zugewendet habe, ſo bin ich ſpäter zu der Wiſſenſchaft zurückgekehrt und habe die in der friſchen Beſchäftigung mit dem Leben gewonnenen Einblicke in deſſen mannigfache Beziehungen für die Wiſſenſchaft fruchtbar zu machen geſucht. Auf dieſem Gebiete wenigſtens — dem der Culturgeſchichte — glaube ich etwas, zwar nicht Vollendetes, aber doch in ſich Abgerundetes und einen gewiſſen Abſchluß Bietendes geleiſtet zu haben.

Zwar habe ich auch hier insofern nur Pionierdienste gethan, als die Culturgeschichte selbst sich noch in den Anfängen befindet, auch keineswegs schon als ebenbürtiger Sproß in die Familie der Wissenschaften aufgenommen ist. Indeß auch das wird kommen. Der jetzige Zustand, wo man von oben her den Lehrern an höheren Schulen vorschreibt, Culturgeschichte, speciell deutsche, vorzutragen, gleichwohl aber — bei dem Mangel besonderer Lehrstühle für diese Wissenschaft auf den Universitäten — es dem Zufall überlassen bleibt, ob für die studirenden künftigen Lehrer sich Jemand findet, der sie mit Stoff und Methode der Culturgeschichte bekannt macht, — dieser Zustand ist auf die Länge unhaltbar, und so wird man der Culturgeschichte die ihr bis jetzt versagte Gleichberechtigung mit der politischen Geschichte auch auf den Universitäten über kurz oder lang doch einräumen müssen. Dazu wenigstens in etwas mitgeholfen zu haben, wenn ich selbst es auch nicht mehr erleben sollte, ist mir immerhin einiger Lohn für die Arbeit eines halben Lebens, die ich dieser Wissenschaft gewidmet habe. Das Sic vos non vobis ist mir nichts Ungewohntes.

Für mein äußeres Fortkommen freilich hätte ich besser gesorgt, wenn ich in den hergebrachten und geebneten Bahnen gewandelt wäre, entweder an Philologie oder Philosophie festgehalten oder aber mich der politischen Geschichtswissenschaft zugewendet hätte. Allein mich lockte es, gerade einer jungen, aufstrebenden Wissenschaft, deren hohe Bedeutung für die allgemeine Bildung der Nation ich zu erkennen glaubte, Vorkämpfer und Bahnbrecher zu werden; auf den äußeren Erfolg achtete ich dabei nicht.

So ist allerdings mein Leben seinem größten Theile nach ein „Kampf um's Dasein", bisweilen ein recht harter Kampf, gewesen. Jene Sorge um meine und der Meinen tägliche Existenz und um der Letzteren möglichst gesicherte Zukunft, von welcher der mir befreundete Festredner bei meinem Jubiläum sprach, ist mir in der That bis heut beinahe niemals gänzlich erspart geblieben. Dem Himmel Dank, es hat mir weder an dem nöthigen Muthe, diesen Kampf zu bestehen, noch an der nöthigen Arbeitskraft, um ihn mit Ehren zu bestehen, gemangelt! Möge nur Beides bis an mein Ende mir erhalten bleiben!

Stimmen in der Presse haben bei eben jener Gelegenheit sich verwundert darüber geäußert, daß mir es nicht gelungen sei, eine mich völlig sichernde Stellung an der Universität zu gewinnen. Damit Niemandem Unrecht geschehe, weder Andern, noch mir, möchte ich constatiren, daß seit 1865 sowohl der vorige Cultusminister, Dr. von Falckenstein, als der gegenwärtige, Dr. von Gerber, mir ein von mir stets dankbarst anerkanntes Wohlwollen gezeigt und meine politische Stellung mich in keiner Weise haben entgelten lassen. Auch im Schooße der philosophischen Facultät ward gegen meine Person, so viel ich weiß, keinerlei Widerspruch erhoben. Die freundliche Absicht des Herrn Cultusministers Dr. von Gerber, mir eine ordentliche Professur zu verleihen, scheiterte lediglich an der Abneigung der Facultät (oder einer kleinen Mehrheit derselben) gegen eine Vermehrung der ordentlichen Professuren überhaupt. Dies glaubte ich zur Steuer der Wahrheit anführen zu sollen!

Was ich zur Pflege der mir von Gott verliehenen

Arbeitskraft thun konnte, habe ich redlich gethan. Ich habe mich gehütet, dieſelbe durch Ueberſpannung vorzeitig zu erſchöpfen, und habe andererſeits durch Maßhalten in allen Lebensgenüſſen dafür Sorge getragen, daß der Körper kein Hemmniß, vielmehr ein bereites Werkzeug des Geiſtes ſei.

Ich hatte auf der Schule die üble Gewohnheit angenommen, oft bis ziemlich tief in die Nacht hinein zu arbeiten. Von dieſer Gewohnheit bin ich gründlich zurückgekommen, ſo gründlich, daß ich bereits ſeit längſter Zeit ſchon nach dem Abendeſſen nur in allerſeltenſten Fällen zur Arbeit zurückkehre. Thue ich es dennoch einmal, ſo kann ich ſicher ſein, daß meine Familie einſtimmig lauten Proteſt dagegen erhebt, und ich bin dann faſt immer, ich weiß nicht, ſoll ich ſagen, ſo ſchwach oder ſo vernünftig, nachzugeben. Auch am Morgen verkürze ich nicht gern allzu ſehr meine Nachtruhe. Ich brauche und gönne mir reichlichen Schlaf. Um ſo angeſtrengter und ausgiebiger arbeite ich während der 8 bis 9 Stunden, die ich täglich auf productive geiſtige Thätigkeit verwende, und ich glaube die Wahrnehmung gemacht zu haben, daß ich damit eben ſo viel, ja mehr erreiche, als ſo mancher von Denen, welche anders verfahren. Wenn ich die Reihe meiner ſelbſtſtändigen Schriften (abgeſehen von den zahlloſen Artikeln für Zeitungen und Zeitſchriften) zuſammenzähle und dazu noch die viele Zeit berechne, die ich in praktiſchen Beſchäftigungen aller Art — in Parlamenten, Vereinen, Verſammlungen u. ſ. w. — aufgewendet habe, ſo kann ich mir zu meiner Beruhigung ſagen, daß ich wenigſtens nicht müſſig gegangen bin.

Nicht ſo ſicher bin ich darüber, ob eine andere An-

gewöhnung beim Arbeiten, die mir anhaftet, lobenswerth ſei oder nicht. Das iſt die, daß ich bei größeren Arbeiten faſt niemals etwas in der Form niederſchreibe, in der ich es endgiltig belaſſen möchte, vielmehr das zuerſt raſch Hingeworfene regelmäßig zwei-, dreimal, auch wohl öfter, über- und umarbeite. Indeß finde ich, daß dadurch die Klarheit der Gedanken und die Leichtigkeit des Stils nicht wenig gewinnt.

Sehr nützlich iſt es mir geweſen, daß ich ſchon früh gelernt habe, gegen äußere Störungen beim Arbeiten mich nicht ſowohl abzuſchließen, als abzuhärten. Dazu waren mir vornehmlich auch meine Kinder behilflich, in deren Mitte ich ganze Tage leſend oder ſchreibend zubrachte, während ich ſie um mich herum unbeengt ſpielen und ſchwatzen ließ. So bin ich gegen derartige äußere Eindrücke dermaßen gefeit, daß ich ſelbſt dann arbeiten kann, wenn über oder unter mir jene Menſchenquälerei muſikaliſcher Uebungen getrieben wird, der man, dem Himmel ſei's geklagt, heutzutage nirgends entgehen kann.

Ich habe oben von meinem „Maßhalten in Lebensgenüſſen" geſprochen. Daraus mache ich mir kein beſonderes Verdienſt. Zu leidenſchaftlichen Ausſchreitungen war, glaube ich, von Haus aus meine Natur wenig angelegt. Auch ward mir gegen Verſuchungen dieſer Art ſchon früh ein wirkſamer Talisman zu Theil in den von meiner Mutter und meinem Pflegevater Sturz gleichermaßen meiner Seele feſt eingeprägten Grundſätzen der Gewiſſenhaftigkeit und der Wahrhaftigkeit. Als beſten Schutz in dieſer Hinſicht gab meine theure Mutter, als ſie mich aus ihrer unmittelbaren Aufſicht und Fürſorge entließ, die herzliche

Digitized by Google

Mahnung mit: „nie etwas zu thun, wovon ich nicht ihr offen Rechenschaft ablegen könne“.

Dieser mütterlichen Mahnung bin ich stets eingedenk gewesen, und so haben weder sinnliche Lockungen noch schlechte Beispiele Macht über mich gewonnen.

Ein Duckmäuser oder „Spielverderber“ bin ich bei Alledem nie gewesen. Ich habe mich gern mit den Fröhlichen gefreut, habe harmlosen Genüssen mich ungescheut hingegeben und selbst das Horazische desipere in loco im rechten Maße nie verschmäht.

Auch von den schädlichen Einflüssen jener anderen Leidenschaften, die zwar feiner, als die mehr sinnlichen, aber oft eben so heftig, ja heftiger sind — ich meine die, deren gemeinsame Quelle ein ungemessener Ehrgeiz ist — bin ich so ziemlich frei geblieben. Zwar müßte ich heucheln, wenn ich sagen wollte, ich hätte keinen Ehrgeiz (wer hätte diesen nicht?); allein es ist mir immer geglückt, desselben so weit Herr zu werden, daß er weder meine Gemüthsruhe allzu sehr stören, noch vollends meinen Grundsätzen Eintrag thun konnte.

Zu einem „Streber“ in jenem schlimmen Sinne, welchen das an sich so edle Wort neuerdings erhalten hat, hatte ich nie das Zeug — das bekundet wohl genugsam so mancher in diesem Buche verzeichnete Vorgang aus meinem Leben. Auch von einer Ansteckung durch die so weit verbreitete Ordens- und Titelsucht konnte bei mir (selbst wenn ich ihr nicht ohnehin abgeneigt gewesen wäre) nach meiner ganzen Stellung und Haltung im öffentlichen Leben nicht wohl die Rede sein. Dagegen bin ich (wie ich gar

nicht leugne) für Kundgebungen der Werthschätzung und Sympathie seitens meiner Mitbürger, wenn sie ungesucht mir entgegengebracht wurden (und das ist zu meiner Freude oft genug geschehen), niemals unempfindlich gewesen; doch habe ich auch solche niemals gesucht, noch weniger etwa künstlich veranlaßt. Beispiele des Undankes aus solchen Kreisen oder der Versagung einer Anerkennung, die ich verdient zu haben glaubte (was ja wohl im öffentlichen Leben vorkommt und auch mir nicht immer erspart geblieben ist), haben mich zwar schmerzlich berührt, aber meinen Eifer im Dienst der guten Sache nicht geschwächt.

So ist es mir gelungen, inmitten der heftigsten Kämpfe und der größten Schicksalswechsel im politischen Leben doch im Ganzen und Großen den nöthigen Gleichmuth mir zu bewahren und damit zugleich Kraft und Lust zu unbeirrtem Weiterstreben nach dem mir vorgesteckten Ziele.

In Bezug auf die positiven Mittel zur Pflege und Erhaltung körperlich-geistiger Frische (die zweckmäßige Ausarbeitung und Kräftigung des Körpers) habe ich in der Jugend sehr verschiedenartige Phasen durchgemacht. Im Elternhause ward ich (wie früher erwähnt) ziemlich hart gehalten, hatte auch volle Freiheit und viel Gelegenheit, auf Höhen und in Wäldern mich tüchtig umherzutummeln. An freier Bewegung fehlte es auch im Freimaurerinstitute nicht gänzlich, wohl aber an der rechten frischen Luft, denn die hohen Anstaltsmauern gestatteten dieser nur beschränkten Zutritt zu unserem Spielplatze. Beim Pastor Sturz, der im Punkte unserer Gesundheit überängstlich war, ward ich fast verzärtelt, auch zu einer

regelmäßigen Uebung des Körpers nicht angehalten. Auf der Schule führte ich — mehr aus eigener Neigung und im Uebereifer des Lernens, als infolge einer „Ueberbürdung“ mit Hausarbeiten — eine vorwiegend ſitzende Lebensweiſe. Erſt auf der Univerſität holte ich das Verſäumte ſo weit als möglich nach, in Leipzig durch fleißiges Fechten, Schwimmen, Schlittſchuhlaufen, Reiten (das Turnen war damals weniger gebräuchlich), in Heidelberg durch häufige kleinere und größere Fußreiſen.

Jedenfalls habe ich es als eine große Segnung anzuſehen, daß mein Körper trotz der Hemmungen, die er in ſeiner Entwickelung erfahren, es zwar in ſeinem Wachsthum nur bis zu einer anſtändigen Mittelgröße gebracht hat, allein in ſeinem innern Organismus offenbar durchaus normal und kräftig gebildet iſt, infolge deſſen ich noch jetzt, im höheren Alter, mich einer ungeſtörteren Geſundheit und einer ausgiebigeren Geiſtesthätigkeit erfreue, als ſelbſt mancher weit Jüngere. Auch bin ich bis jetzt mit regelmäßigen Bade- oder anderen Kuren verſchont geblieben; zu meiner Erholung und Auffriſchung hat mir immer ein jährlicher mehrwöchentlicher Aufenthalt in kräftigender Luft, bald an der See, bald im Hoch- oder Waldgebirge, vollauf genügt.

Zu weiteren Reiſen, wie ſie ſo wünſchenswerth ſind, um auch dem Geiſt durch neue Eindrücke eine erhöhte Schwungkraft zu geben, habe ich es leider im Ganzen nur wenig bringen können. Seit jener erſten Reiſe, die ich als Heidelberger Student nach Holland und Belgien unternahm und von der ich im 1. Bande erzählt habe, vergingen volle zehn Jahre, bevor ich wieder einmal über die Grenzen Deutſchlands hinausgelangte. Erſt 1844 reiſte

ich (zuſammen mit G. Wigand und einigen anderen ſächſiſchen Landsleuten) nach Paris. Bei nur etwa dreiwöchentlichem Aufenthalte daſelbſt konnte ich natürlich nur das Wichtigſte ſehen und von der Geſammtphyſiognomie der „Weltſtadt“ (es war das „alte Paris“ lange vor den Napoleon-Haußmann'ſchen Umgeſtaltungen) und ihres vielbewegten Lebens nur einen flüchtigen Eindruck mit hinwegnehmen; doch wurde mir ſchon dadurch Manches in dem Weſen und dem Charakter des franzöſiſchen Volkes klar, und außerdem machte ich mehrere mir ſehr werthvolle Bekanntſchaften namhafter Gelehrten und Politiker, wie Couſin, Carnot, Mignet, Michel Chevalier, Lerminier, Duveyrier, zu denen ich Zutritt erhielt.

Erſt nach abermals 22 Jahren (1866) gelangte ich dazu, die Hauptſtädte Oeſterreichs und Ungarns zu beſuchen. In Wien fand ich eine Anzahl Collegen von Frankfurt wieder; in Peſt hatte ich die Freude, mit den Hauptführern der Landtagsmehrheit, Deák, Eötvös u. A., zu verkehren. Ich fand dieſelben unſeren nationalen Beſtrebungen günſtig geſinnt. Ein zweites Mal, wo ich kurze Zeit in Wien verweilte (bei der Generalverſammlung der Schillerſtiftung 1868), bewegte ich mich vorzugsweiſe in den Kreiſen dortiger Schriftſteller und Dichter; am intereſſanteſten war mir die perſönliche Bekanntſchaft des liebenswürdigen Freiherrn Münch von Bellinghauſen (Fr. Halm).

Meine langgehegten Wünſche, einerſeits das öffentliche Leben Englands aus eigener Anſchauung kennen zu lernen, andererſeits an Italiens Natur- und Kunſtſchätzen mich zu erfreuen, blieben ſtets „fromme Wünſche“ (nur ein flüchtiger Blick in letzteres Land war mir geſtattet bei

einer Tour an den Gardaſee und nach Verona), und ebenſo wenig konnte ich bis jetzt den wiederholten freundlichen Einladungen der Herren Abrahamſon und Salomon auf ihren ſchöngelegenen Landſitz Nääs in Schweden, noch viel weniger natürlich den zahlreichen Aufforderungen amerikaniſcher Freunde zu einem Beſuche der großen transatlantiſchen Republik folgen. Ich werde mich wohl damit zufrieden geben müſſen, neben den meiſten Theilen von Deutſchland Einiges von den angrenzenden Ländern kennen gelernt zu haben.

Des Deutſchen liebſte Aufenthaltsſtätte iſt und bleibt doch immer das eigene Haus und der eigene Herd. Auch mir iſt er dies ſtets geweſen. Im Schooß der Familie habe ich jederzeit Glück und Zufriedenheit in reicher Fülle gefunden. Ungetrübter wäre dieſes Glück geweſen, wenn nicht unſer älteſter Sohn Richard wegen ſeiner Kränklichkeit ſchon früh uns Sorge gemacht hätte. Durch ſein liebevolles Weſen und ſein, ſelbſt im Kampfe mit ſeinem wachſenden Leiden niemals ermattendes, tüchtiges Streben hat er uns gleichwohl viel Freude bereitet, und wir danken Gott dafür, daß er ihn uns wenigſtens bis in ſein 37. Altersjahr gelaſſen hat. Ich habe ihm oben (1. Bd. S. 77) ein Denkmal väterlicher Liebe geſtiftet, und man wird mir dies zugute halten. Mein jüngerer Sohn Karl, der gleich dem älteren einen praktiſchen Beruf (als Ingenieur) erwählte, hat eine ihn befriedigende Stellung im kaiſerlichen Patentamte gefunden und iſt glücklich verheirathet. Zwei Töchter, Anna und Thereſe, verſchönern und erheitern unſer Alter durch ihre treue Pflege. Drei andere Kinder, zwei Mädchen und ein Knabe, wurden uns ſchon im zarteſten

Alter durch den Tod wieder entriſſen. Meiner Gattin als getreuer und tapferer Lebensgefährtin in Freud und Leid, als intereſſe- und verſtändnißvoller Theilnehmerin meiner Beſtrebungen (was übrigens in vollem Maße auch alle meine Kinder ſind) dankbar zu gedenken, habe ich im Verlaufe dieſer Aufzeichnungen mehrfach Gelegenheit gehabt.

Für Eines bekenne ich mich den Meinen zu ganz beſonderem Danke verpflichtet. Sie haben eine mir anhaftende unerfreuliche Anlage, wenn nicht völlig geheilt, doch weſentlich gebeſſert: die hypochondriſche Neigung, Vorkommniſſe des äußeren Lebens allzuſchwer zu nehmen, wegen des Zukünftigen mich über Gebühr zu ſorgen, betreffs des Vergangenen mich mit allerhand ſelbſtquäleriſchen Gedanken zu tragen, ob nicht Dies und Jenes hätte vermieden oder anders geſtaltet werden können. Sonderbar iſt es dabei, daß, im vollen Gegenſatz zu dieſer unglücklichen Stimmung im Privatleben, ich in der Politik eher zu einem gewiſſen Optimismus neige, indem ich hier auch in den ſchlimmſten Zeiten niemals den Muth verlor, vielmehr immer eine Wendung zum Beſſern erhoffte und auf eine ſolche hinzuwirken ſuchte.

Endlich noch ein Wort über das Capitel der Freundſchaften, das ja im Leben jedes Deutſchen mit Recht eine große Rolle ſpielt! In meiner Jugend hatte ich eine Anzahl von Schul- und Univerſitätsfreunden, darunter manche, mit denen ich auf's Innigſte verbunden war und auch, nach echt deutſcher Art, ſattſam ſchwärmte. Von dieſen Freundſchaften ſind mir bedauerlicher Weiſe viele dadurch verloren gegangen daß meine ehemaligen Freunde

entweder durch ihre Berufs- und Lebensſtellung (mehrere davon traten in den höheren Staatsdienſt), oder durch ihre ſonſtige politiſche Parteiſtellung in einen Gegenſatz zu mir geriethen, der bei den meiſten (nicht bei allen) ſtärker war, als die Erinnerung an unſere frühere Gemeinſchaft. Zum Erſatz dafür hat mir andererſeits die Politik eine große Anzahl neuer Freunde zugeführt (wie ſchon die Erwähnung ſolcher in dieſen Blättern und der mitgetheilte Briefwechſel mit ihnen bezeugt), und dieſe neuen Freundſchaften, erwachſen aus einer innigen Gemeinſamkeit der höchſten Intereſſen und der ernſteſten Beſtrebungen, haben ſich als dauerhafter und unzerſtörbarer, denn jene, bewährt. Die wohlthuende Erinnerung an dieſe Freundſchaften haftet zu meiner Freude tiefer in meiner Seele, als die minder erfreuliche an die vielen politiſchen Gegnerſchaften, an denen es mir ja auch nicht gefehlt hat. Es iſt mir bisweilen faſt zum Vorwurf gemacht worden, daß ich erfahrene Unbill zu leicht vergäße. Das gilt indeß nur, ſo weit eine ſolche mich perſönlich betrifft; den Gegner einer von mir hochgehaltenen Sache werde ich ſtets ſo lange, als er dies iſt, unerbittlich bekämpfen. Allerdings aber bin ich von Natur jedem Conflicte abgeneigt, ſo ſehr zwar, daß im gewöhnlichen Leben es mich faſt beängſtigen kann, wenn ich einen ſolchen vorausſehe. Es iſt mir daher ſelbſt oft wunderbar erſchienen, daß ich bei meiner Thätigkeit im öffentlichen Leben durch meine Ueberzeugungen ſo häufig zur Beſtehung von Kämpfen, ſelbſt heftigen Kämpfen, genöthigt worden bin. Das Zeugniß aber iſt mir ſelbſt von Gegnern faſt immer ausgeſtellt worden, daß ich durch meine Art der Kampfesführung vorhandene

Gegenſätze nicht unnöthigerweiſe verſchärft, eher nach Möglichkeit gemildert habe.

Doch — da bin ich unwillkürlich aus meinem Privatleben wieder in die Politik hinüber gerathen! Und ſo möge denn am Ende dieſer Aufzeichnungen auch noch ein politiſches Wort ſtehen!

Als ich vor nun faſt 25 Jahren einen kurzen Abriß meines Lebens gab, ſchloß ich denſelben mit folgenden Betrachtungen:

Von meinen Zeit- und Strebegenoſſen dürften doch wohl manche nicht ohne alles Intereſſe Erlebniſſe leſen, an denen ſie ſelbſt näher oder ferner Theil genommen. Das jüngere Geſchlecht aber möge an den Schilderungen der äußeren und inneren Kämpfe, die wir Aelteren zu beſtehen gehabt, nicht vornehm gleichgiltig vorübergehen, vielmehr daraus lernen, daß wir es uns haben redlich ſauer werden laſſen, und daß ihm, welches auf unſern Schultern ſteht, die Pflicht obliegt, das von uns Begonnene weiter und, ſo Gott will, an ein glückliches Ende zu führen.

Von den „Zeit- und Strebegenoſſen“ des Verfaſſers ſind ſeitdem viele, viele dahingegangen, und nur ein kleiner Reſt davon mag noch vorhanden ſein, der überhaupt dieſen Mittheilungen ſein Ohr leihen kann. Was das jüngere Geſchlecht anbetrifft, ſo iſt mit dieſem und für dieſes eine hochwichtige Veränderung vorgegangen. Damals (1862) galt es noch die mühſame Erreichung deſſelben hohen Zieles — der Einheit Deutſchlands — an welches wir Aelteren alle unſere Kräfte geſetzt hatten. Dieſes hohe Ziel iſt jetzt längſt erreicht, und das „jüngere Geſchlecht“ iſt in der glücklichen Lage, in die große Zeit, die mit der Begründung des neuen Deutſchen Reichs und des erblichen Kaiſerthums der Hohenzollern angebrochen, entweder ſchon

hinein geboren, oder doch hinein gewachsen zu sein. Die Aufgabe dieser unserer Nachfolger ist damit eine leichtere und dankbarere, ihre Pflicht und Verantwortung dagegen eine nur um so ernstere geworden. Sie müssen das, was wir Aelteren mit redlichen Mühen, aber vergeblich, erstrebt, was ihnen, den Jüngeren, als ein glückliches Loos zugefallen, um so sorgsamer hegen und pflegen, erhalten und ausbauen helfen. Sie mögen aus diesen Aufzeichnungen vor allen Dingen das lernen, daß es sehr undankbar und sehr thöricht von ihnen sein würde, wenn sie, weil an der neuen Ordnung der Dinge ihnen vielleicht dies und jenes nicht gefällt, die ungeheuren Fortschritte verkennen und mißachten wollten, die unsere Nation mit und seit 1871 gemacht hat. Wenn die hier gebotenen Erinnerungen an unsere, der Aelteren, Kämpfe und Opfer den Erfolg haben, die Jüngeren Mäßigung und Geduld in ihren Wünschen, Ausdauer, aber auch Selbstlosigkeit in der Verfolgung politischer Ideale zu lehren, so werden sie nicht vergeblich geschrieben sein!

Verlag von E. Schottlaender in Breslau.

Heinrich von Kleists Briefe an seine Braut.

Zum ersten Male vollständig nach den Originalhandschriften herausgegeben

von

Karl Biedermann,

ord. Honorarprofessor an der Universität Leipzig.

Mit den Bildnissen Kleists und seiner Braut.

Elegant broschirt M. 4.—; fein gebunden M. 5.—.

Professor Biedermann war so glücklich, sämmtliche Briefe Kleists an seine Braut, Wilhelmine von Zenge, im Original zu entdecken, und so erscheinen dieselben nun vollständig, unverkürzt, wortgetreu, ganz so, wie Kleist sie geschrieben. Beigegeben ist, nebst dem Portrait Kleists selbst, ein anmuthiges Jugendbild der Braut.

Diese erste vollständige Veröffentlichung der Briefe Kleists an seine Braut ist entschieden ein äußerst werthvoller Beitrag zur Kleist-Literatur. Bisher hatte man nur ein dürftiges Bruchstück dieses Briefwechsels aus Ed. von Bülows Kleist-Biographie gekannt. Daraufhin hatten sich ganz falsche Ansichten über Kleists Verhältniß zu seiner Braut und über diese selbst gebildet. Der vollständige Abdruck der Briefe hat solche falsche Ansichten berichtigt; auch hat der Herausgeber, der als gründlicher und unbefangener Historiker und Literarhistoriker sattsam bekannt ist, in einem längeren Vorwort alles Nöthige beigebracht, was zur Klarstellung jenes Verhältnisses und zur Aufhellung so mancher dunklen Stellen in Kleists eigenem Leben dienen kann. Bei dem großen und verdienten Interesse, welches sich neuerdings sowohl den Werken als auch der Persönlichkeit des unglücklichen Dichters (der so früh so tragisch endete) immer mehr zuwendet, werden diese Briefe Kleists an seine Braut allen Kennern und Freunden unserer vaterländischen Literatur um so willkommener sein.

Neuer Verlag von J. F. Bergmann in Wiesbaden.

Deutsche Volks- und Kulturgeschichte

von den frühesten Zeiten bis 1871.

Von

Karl Biedermann,

ord. Honorarprofessor an der Universität Leipzig.

34 Bogen. M. 6.—, elegant geb. M. 7.50.

„Soeben ist ein Buch zum Abschluß gediehen, welches wir der Aufmerksamkeit unserer Leser dringend empfehlen möchten. Es ist die „Deutsche Volks- und Kulturgeschichte für Schule und Haus" von Karl Biedermann. In einem einzigen Bande wird hier die ganze Geschichte unseres Volkes von den ältesten bis auf die neuesten Zeiten (bis 1871) geboten, und zwar nicht blos die äußere, sogenannte politische, sondern auch die Geschichte des inneren oder Kulturlebens, der Sitten, Gewohnheiten, der materiellen, geistigen, sittlichen und religiösen Zustände der verschiedenen Zeiten, der Rechtseinrichtungen, der Fortschritte in Gewerbe, Kunst, Wissenschaft ꝛc.

Gartenlaube 1885, Nr. 52.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Verlag von E. Schottlaender in Breslau.

1840—1870

Dreißig Jahre deutscher Geschichte

von

Karl Biedermann,

ord. Honorarprofessor an der Universität in Leipzig.

2 Bände. Dritte Auflage, mit einer Vorrede des Verfassers.

Eleg. broschirt 10 Mk.; fein in Halbfranz gebunden 13 Mk.

Bei der Beurtheilung des Biedermann'schen Buches wird man nicht außer Acht lassen dürfen, daß es kein „gelehrtes Werk" sein will, sondern sich, unbeschadet der bei seiner Abfassung bethätigten Gründlichkeit, nicht blos an die engeren Kreise der Fachgenossen, sondern an Alle wendet, denen es um geschichtliche Bildung, um eine deutliche und vorurtheilslose Erkenntniß vaterländischer Zustände ernstlich zu thun ist. Es ist, um es kurz zu sagen, ein Volksbuch, was dem Autor der „Dreißig Jahre deutscher Geschichte" vorschwebt. Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Biedermann ist liberal, nationalliberal: wir stehen auf anderem, konservativem Standpunkt. Selbstredend urtheilen wir über sehr Vieles anders. Von doppeltem Gewicht muß deshalb auch unser Zeugniß sein, daß wir mit lebhaftem Interesse das Buch gelesen und es für einen sehr werthvollen Beitrag zu der Geschichte jener Zeit erklären müssen, der wohl verdient, daß er viel gelesen und von den künftigen Darstellern späterer Zeit, die den Thatsachen ferner stehen werden, sorgfältig benutzt wird. Schlesinger Nachrichten.

In diesem Werke sind nicht blos die politischen, sondern auch die religiösen, wissenschaftlichen, literarischen, wirthschaftlichen und socialen Vorgänge berücksichtigt, so daß uns ein Gesammtbild des geschichtlichen Lebens unseres Volkes im weitesten Sinne entrollt wird. Biedermanns Haltung ist die freisinnige und unparteiische, die aus seinen früheren Geschichtswerken bereits bekannt ist. Vossische Zeitung.

. . . . . Der Liberalismus kämpft auf seiner ganzen Linie um die seit dem Jahre 1848 mühsam errungenen Freiheiten, zugleich leider um die Grundlagen der verfassungsmäßig gewonnenen Reichseinheit gegen Pfaffen und Junker. In solchen Tagen sollte es jedem deutschen Manne und jeder deutschen Frau nicht blos als Pflicht, sondern als Bedürfniß erscheinen, sich durch den Besitz der „Deutschen Geschichte" von Karl Biedermann zu wappnen mit dem Besten, was der in vierzig Jahren erprobte Vorkämpfer der liberalen und nationalen Partei Deutschlands seinem Volke in dem gegenwärtigen harten Kampfe zum Rüstzeug zu bieten vermochte. Magdeburger Zeitung.

Biedermanns „Dreißig Jahre" eignen sich besonders zu einer patriotischen Festgabe aus Vatershand für den heranwachsenden Sohn, aus der Hand der Frau für ihren im Kampfe der Zeit stehenden Gatten. Gartenlaube.

. . . . Zu diesen Wenigen zählt der Besten Einer, Karl Biedermann. Was er erzählt, das ist Selbsterlebtes; seit dem Jahre 1842 steht Biedermann auf dem politischen Kampfplatze. In dem „deutschen Professor" steckt — und mag das Niemand verachten — der Glaube, die Kraft, die Zuversicht und Zukunft des deutschen Volkes. Gruß Dir, Biedermann, Du deutscher Professor! Das Loblied, das Du in der hannoverischen Frage im Jahre 1837 Deinen Collegen gesungen, es mag als Dein Loblied den freundlichen Leser erquicken! Presse, Wien.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes.

UNIVERSITY OF MINNESOTA
wils (v 1-2)
943.07 B47m
Biedermann, Karl, 1812-1901.
Mein leben und ein st uck zeitgeschichte
3 1951 002 124 942 6